Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: C. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Frkf. (M) 10618

Nummer 1 — Bad Ems, Mittwoch den 2. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Der Neunstundentag der Reichsbeamten

WTB. **Berlin**, 30. Dez. Der Erlaß der Reichsregierung über die Regelung der Dienstzeit der Beamten hat, wie die Expreß-Korrespondenz mitteilt, folgenden Wortlaut:

1. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig und ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen.

2. Der Dienst ist in der Regel an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden. Regelmäßige Mehrleistungen können innerhalb des Kalenderjahres durch regelmäßige Minderleistungen ausgeglichen werden und umgekehrt. Soweit der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht, ist die Dienstzeit entsprechend zu erhöhen.

3. Dem Dienst an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit ist die Teilnahme an Sitzungen, Besichtigungen und dergleichen gleichzustellen. Soweit die Erledigung des Dienstes an der Dienststelle und in der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit aus dienstlichen Gründen unzulässig ist, kann eine anderweitige Regelung stattfinden.

4. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenvertretung festgesetzt. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen. Nur dort, wo aus dringenden örtlichen oder sachlichen Gründen eine solche Einteilung unmöglich erscheint, kann mit Genehmigung der obersten Reichsbehörde und des Reichsministers des Innern durchgehend gearbeitet werden. Diese regeln die Bewilligung der Ausnahmen in der Dienstzeit und hierbei darf die Wochendienstzeit nicht unter 51 Dienststunden festgesetzt werden.

Für eine Ueberschreitung der bestimmungsmäßigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Ein Ausgleich kann durch Dienstbefreiung zu anderen Zeiten gewährt werden.

Wie die vorgenannte Korrespondenz weiter erfährt, hat die Reichspostverwaltung Ausführungsbestimmungen zu dem Erlaß der Reichsregierung über die Regelung der Dienstzeit der Beamten, ihren Dienststellen zugehen lassen, in denen folgende Ausnahmen von dem wöchentlichen Arbeitsmaß von 54 Stunden zugelassen werden.

Bei den selbständigen Fernsprechämtern kann bei der Festsetzung des Arbeitsmaßes die Arbeitszeit der ausschließlich im reinen Fernsprechvermittlungsdienste verwandten weiblichen Beamten je nach der Schwierigkeit der Leistung bis auf 48 Stunden herabgesetzt werden. Das Gleiche kann mit Genehmigung des Reichspostministeriums ausnahmsweise auch bei anderen größeren Fernsprechvermittlungsstellen geschehen. Wo die Arbeitsverhältnisse dies erforderlich erscheinen lassen, kann der reine Aufsichtsdienst im Ortsamt, Fernamt und Meldeamt dem reinen Fernsprechvermittlungsdienst gleichgeachtet werden. Für die erstmalige Durchführung wird bestimmt, daß für alle im Fernsprechvermittlungsdienst beschäftigten weiblichen Beamten eine Erhöhung des jetzt bestehenden Leistungsmaßes um sechs Stunden alsbald einzutreten hat.

Ruhepausen der im Bahnpostdienst beschäftigten Beamten können bei schwierigen und anstrengenden Dienstleistungen bis zu einer Stunde als Arbeitszeit angerechnet werden. Die bisherigen allgemeinen Vorschriften über die Einteilung des Dienstes, die Arbeitsweise und Sonntagsruhe bleiben bestehen. Die Zeit einer Dienstbereitschaft sowie diejenige Zeit, die die Beamten zur Wahrnehmung des Nachtdienstes in den Diensträumen zubringen müssen, wird nur zur Hälfte als Arbeitszeit gerechnet, jedoch sind Arbeitspausen während der Nacht, die nur bis zu zwei Stunden betragen, in der wirklichen Dauer nach anzusetzen. Die geringere Bewertung darf für den einzelnen Beamten für höchstens zwölf Stunden seines Wochenleistungsmaßes Platz greifen.

Politische Nachrichten

Deutschland

Aufhebung des Ausnahmezustandes?

Der „Montag" teilt mit, daß in der nächsten, am 3. Januar stattfindenden Sitzung des 15er-Ausschusses des Reichstages ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes gestellt werden würde. Bei der Demokratischen Partei und auch teilweise beim Zentrum soll dem Blatt zufolge die Neigung bestehen, einem solchen Antrag zur Annahme zu verhelfen.

Zur 3. Steuernotverordnung.

Berlin, 29. Dez. Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, um über die dritte Steuernotverordnung zu beschließen.

Die „Welt am Montag" verboten.

Die „Welt am Montag" ist vom Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, auf 4 Wochen verboten worden. In dem Verbot heißt es, das Blatt habe in seiner Ausgabe vom 24. Dezember in einem Artikel „Verschleierte Inflation" eine unsachliche Kritik an den finanziellen Maßnahmen des Reiches und der Länder geübt, die geeignet sei, das für die Gesundung unser wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt notwendige Vertrauen in der Oeffentlichkeit zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu erschüttern und dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden.

Streik im Buchdruckergewerbe.

Berlin, 30. Dez. Die 21. Versammlung der Berliner Buchdruckereibesitzer beschloß, sämtlichen Arbeitnehmern im Berliner Buchdruck- und Zeitungsgewerbe zum nächsten Termin zu kündigen, weil das Arbeitsministerium den die 54stündige Arbeitszeit ab 1. Januar vorsehenden Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärte.

Notgeld.

Berlin, 29. Dez. Der Reichsminister der Finanzen hat das auf Papiermark lautende Notgeld für das unbesetzte Gebiet der Länder Preußen, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Lippe, Bremen, Lübeck, Waldeck und Schaumburg-Lippe zum 2. Januar mit Einlösungsfrist bis 31. Januar aufgerufen. Die Sperre der hinterlegten Deckung ist aufgehoben. Zum 15. Januar hat der Reichsfinanzminister das wertbeständige Notgeld für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Hannover und Stadt Berlin aufgerufen. Die Einlösungsfrist beträgt einen Monat. Die als Deckung des wertbeständigen Notgeldes hinterlegten Stücke der Goldanleihe und Goldschatzanweisungen werden für die Aussteller vom 7. Januar an freigegeben. Das Notgeld der Reichsbahn bleibt von dem Aufruf unberührt.

Berlin, 29. Dez. Die beim Minister des Innern alljährlich einzureichenden Nachweisungen über die im Vorjahre erfolgten Einbürgerungen von Ausländern fallen fort. Dem amtlichen Preußischen Preisedienst zufolge treten künftig an ihre Stelle nach einer Verfügung des Ministers des Innern jährliche Anzeigen über die Zahl der im Vorjahre erfolgten Einbürgerungen.

Berlin, 29. Dez. Wie der amtliche Preußische Preisedienst erfährt, kommen aus den Steuerüberweisungen des Reichs zur Verteilung: Einkommensteuer auf jeden Rechnungsanteil der Provinzen 25, Landkreise 50, Gemeinden 250 Millionen Billionen. Für Totationen stehen eine Million Billionen zur Verfügung.

Der neue japanische Botschafter in Berlin

Berlin, 30. Dez. Zum Nachfolger des bereits im August nach Japan abgereisten bisherigen japanischen Botschafters in Berlin, Hioki, ist, der Gesandte in Wien, Kumataro Honda, ernannt worden. Dieser ist 49 Jahre alt und steht seit 1898 im diplomatischen Dienst. Er findet eine durch seinen Vorgänger in bester Weise geschaffene freundliche Atmosphäre in Berlin vor. Sie dürfte ihm nicht schwer fallen, die bereits bestehenden guten Beziehungen zwischen der hiesigen japanischen Botschaft und amtlichen und privaten deutschen Kreisen weiter zu entwickeln.

•

Bayern

Die Vorschläge der Volkspartei.

München, 30. Dez. Der Landesausschuß der Bayrischen Volkspartei beschloß nach eingehenden Beratungen, es solle ein Volksbegehren eingeleitet werden, daß 1. der Landtag aufgelöst, 2. der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werde, der den neu zu wählenden Landtag ermächtigen solle, mit einfacher Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder eine neue Verfassungsurkunde zu beschließen. Die Begründung des Gesetzentwurfes, der dem Volksbegehren zu unterbreiten sei, solle als besonderes Ziel der neuen Gesetzgebung enthalten: a) die Einführung eines Staatspräsidenten, der u. a. das Recht haben soll, den Landtag aufzulösen b) die Einführung des Zweikammersystems zur Verselbständigung des parlamentarischen Betriebes und zur Verringerung seiner Kosten, c) eine Aenderung des Wahlrechtes im Sinne einer Verbindung zwischen Wahlkreis und Abgeordneten, d) eine Erweiterung der Volksrechte (Volksbegehren und Volksentscheid).

•

Sachsen

Arbeitszeit in dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Köthen, 31. Dez. Hier fand gestern eine Konferenz der am Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen statt, der aus allen Revieren von 200 Delegierten besucht war. Nach reger Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers zustandegekommenen Schiedsspruch über die Arbeitszeitverlängerung und die Tariferegelung abzulehnen, weil er jeden rechtlichen Grundlage entbehre und weil die darin festgesetzte Arbeitszeit weit über den Rahmen der Vorkriegszeit hinaus in den Braunkohlenrevieren hinausgehe. Schließlich richtete die Versammlung einen Appell an den Reichsarbeitsminister, die Rechtslage wiederherzustellen. Bis zur Neuregelung soll an der bisherigen tariflichen Arbeitszeit festgehalten werden.

•

Aus dem besetzten Gebiet

Rückkehr von Ausgewiesenen.

Coblenz, 31. Dez. Dem ausgewiesenen Oberregierungssekretär Hannemann, dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion in Horchheim, wurde von der Besatzungsbehörde die Rückkehr in das besetzte Gebiet gestattet.

Zur Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebs.

Berlin, 29. Dez. Nachdem seit dem 10. Dezember der Eisenbahnverkehr mit den Regiebahnen im besetzten Gebiet aufgenommen ist, werden die im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung erwachsenen Stand-, Lager- und Platzgelder nicht mehr niedergeschlagen oder erstattet. Die Gebühren für Erbringung des Abfertigungsnachweises für Unbestellbarkeitsmeldungen und für die Ausführung der Verwenderanweisungen werden wieder erhoben.

Um die Goldgehälter und Arbeitszeit.

Köln, 29. Dez. Wie die Kölnische Zeitung aus dem Ruhrgebiet berichtet, ist am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Meyer-Essen zwischen den Zechenverbänden und den Angestelltenverbänden über die Gehaltsfrage (Goldgehälter) und über die Arbeitszeit verhandelt worden. Da die Angestelltenvertreter mit den von den Arbeitgeberverbänden angesetzten Goldgehältern nicht zufrieden waren, kam auch keine Einigung über die verlängerte Arbeitszeit zustande. Nun wird der Reichs- und Staatskommissar am 3. Januar in beiden Fällen einen Schiedsspruch fällen. Ebenso haben zwischen den Zechenverbänden und den Bergarbeiterverbänden über die verlängerte Arbeitszeit in den Kokereien geführten Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt. Durch Schiedsspruch vom 30. November war der Gesamtdurchschnittslohn des Bergarbeiters auf 4,20 Mark für die Schicht festgesetzt worden. Dazu kam eine Teuerungszulage von 0,050 Milliarden gleich 25 Prozent des Goldmarklohnes. Diese Teuerungszulage wurde inzwischen von 25 Prozent auf 10 Prozent herabgesetzt. Viele Zechen haben nun erklärt, sie könnten nur mit Mühe die Goldlöhne aufbringen, wenn in der nächsten Woche die Teuerungszulagen nicht ganz wegfallen. Gegen diesen beabsichtigten Abbau wehren sich die Bergarbeiterverbände.

•

Frankreich

Abgeordneter Noblemaire †.

Paris, 30. Dez. Der Abgeordnete Noblemaire, der auch kurze Zeit Frankreich beim Völkerbund vertrat, ist heute nacht gestorben.

General Buat †.

Paris, 30. Dez. Der Chef des Generalstabs, General Buat, ist heute nacht an den Folgen einer Operation gestorben. Er war 55 Jahre alt.

Havas zum deutschen Optimismus.

Paris, 29. Dez. Zu dem von der englischen Presse wiedergegebenen Auszügen aus der am 24. Dezember von dem deutschen Geschäftsträger in Paris überreichten Note bemerkt Havas in einer offiziösen Auslassung:

Obwohl die deutsche Note ausgesprochen technischen Charakter trage, lasse sie viel deutlicher, als man annehmen konnte, den wahren Zweck Deutschlands erkennen, der weit weniger darin bestehe, im Ruhrgebiet und im Rheinlande zu einem für die Besatzungsmächte und das Reich annehmbaren „modus vivendi" zu gelangen, als vielmehr darin, die politische und administrative Hoheit Berlins in den besetzten Gebieten wiederherzustellen. Um es genauer zu sagen: das deutsche Memoran um vom 24. werde zwar nicht die Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung auf, stelle jedoch fest, daß sie in keiner Beziehung eine auch nur stillschweigende Anerkennung der Operation beabsichtige. Wie man sehe, handle es sich also für Deutschland nicht darum, angesichts der durch die Besetzung geschaffenen neuen Lage Erleichterungen herbei zu führen, Deutschland ziele vielmehr darauf ab, den französisch-belgischen Behörden die Kompetenz jeder Aktion zu entziehen und die Beschlagnahme des rheinisch-westfälischen Pfandes illusorisch und unnütz zu machen. Man begreife leicht, daß unter diesen Umständen die ersten von den französischen Beamten an Ort und Stelle eingegangenen Gutachten sich gegen sämtliche zu diesem Zwecke von Berlin geforderten Maßnahmen aussprächen. Die deutsche Regierung gebe sich Illusionen hin und setze ihre Landsleute schweren Enttäuschungen aus, wenn sie sich einbilde, daß man in Paris und in Brüssel sich so leichten Herzens bereit finden werde, die erzielten Ergebnisse der französisch-belgischen Politik beeinträchtigen zu lassen.

Degouttes Ansicht über das deutsche Memorandum.

Paris, 30. Dez. Der Matin glaubt berichten zu können, daß nunmehr auch Degoutte seine Ansicht über das deutsche Memorandum betreffend die Herstellung eines modus vivendi in besetzten Gebieten dem Quai d'Orsay mitgeteilt habe. Er sei ebenso wie der Oberkommissar Tirard gegen die von der deutschen Regierung gewünschte Abänderung des Regimes.

Dementie der bulgarischen Gesandtschaft.

Paris, 30. Dez. Die bulgarische Gesandtschaft in Paris dementiert die Nachricht, im Hafen von Varna seien durch ein italienisches Schiff 8000 Gewehre mit Munition und Bomben geladen worden. Die Nachricht sei erfunden.

Zum Schicksal der „Dixmude".

Paris, 29. Dez. Der sozialistische Populaire, dem für seine Mitteilung die Veranwortung überlassen werden muß, teilt zu dem Verlust des Luftschiffes „Dixmude" mit, der erste Monteur des Luftschiffes Mombert sei wenige Tage vor dem Aufstieg in Lieusaint in Urlaub gewesen. Er habe seinen Freunden gegenüber erklärt, daß die bevorstehende Kreuzfahrt ihm gewisse Befürchtungen verursache. Einige Apparate der „Dixmude" seien nicht in Ordnung und die von ihm gemeldeten Schäden seien nicht berücksichtigt worden. Er habe deshalb die Fahrt für äußerst gefährlich angesehen und geäußert, er habe den ganz bestimmten Eindruck, daß er diesmal von der Fahrt nicht wiederkehren werde.

Paris, 30. Dez. Ueber das Schicksal des lenkbaren Luftschiffes „Dixmude" und seiner Besatzung liegen zuverlässige Meldungen noch nicht vor. Dem Matin wird aus Tunis berichtet, ein Segelschiff, das gestern nach dem Hafen von Sfax zurückgekehrt ist, beobachtete vor Cheba an der tunesischen Küste ein Floß, auf dem drei Mann sich befanden. Es werde angenommen, daß es sich um drei Mann der Besatzung der „Dixmude" handle. Ein Schlepper wurde sofort zur Erkundung ausgeschickt. Havas bezweifelt, daß die Nachricht aufrecht erhalten werden könnte.

•

England

Die Times zu den Untersuchungsausschüssen.

London, 29. Dez. Die Times schreibt in ihrem Leitartikel, die Untersuchungsausschüsse der Reparationskommission stellten eine neue Anstrengung dar. Daß derartige Ausschüsse in einer Lage wie der jetzigen gebildet werden könnten, sei an sich schon ein großer Gewinn und ein hoffnungsvolles Zeichen. Es sei jedoch unmöglich, irgendwelche endgültigen Schlüsse über die deutschen Finanzen zu ergielen, wenn nicht sicher feststehe, welches die deutschen Einnahmequellen seien. Seien das Ruhrgebiet und das Rheinland ein Teil Deutschlands oder nicht? Könne Deutschland diese reichen Gebiete als einen integralen Teil seines Wirtschaftslebens ansehen, oder muß es ohne sie rechnen? Der größte Dienst, den die Untersuchungsausschüsse leisten könnten, würde sein, der öffentlichen Meinung der Welt einen kühlen und objektiven Bericht über die tatsächliche finanzielle Lage Deutschlands zu geben.

Botschafterwechsel in Washington.

London, 31. Dez. Reuter meldet aus Washington: Der britische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Als Nachfolger wird in amtlichen Kreisen der britische Gesandte in Madrid, Howard, genannt.

Zur gefälligen Kenntnisnahme

Wir machen darauf aufmerksam, daß ab 1. Januar 1924 die Anzeigenpreise in unserer Zeitung herabgesetzt wurden.

Oesterreich

Oesterreichische Hilfe für deutsche Künstler.

Wien, 30. Dez. Die Genossenschaft bildender Künstler Wiens widmete den notleidenden Kollegen in Deutschland eine Dreimillionenspende, die durch den deutschen Gesandten Pfeiffer persönlich dem Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands in Berlin übergeben wurde. Die Genossenschaft bildender Künstler Wiens führt die Aktion weiter und hofft, in allernächster Zeit wieder einen namhaften Betrag zur Verfügung stellen zu können.

Verkehr mit Devisen.

Wien, 30. Dez. Wiener Korr.-Bureau. Durch Verordnung des Finanzministeriums werden im Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und österreichischen Kronen Erleichterungen eingeführt. Danach wird die Aufnahme von Valutadarlehen im Ausland bei den befugten Devisenhändlern im Inland, die bisher nur den protokollierten Firmen unter bestimmten Voraussetzungen gestattet war, nunmehr allgemein freigegeben. Die bisherigen Bestimmungen über die Ablieferung von Exportvaluten bei Wertpapierausführung werden in dem Sinne abgeändert, daß nur mehr die Hälfte des Gegenwertes der ausgeführten Effekten der Oesterreichischen Nationalbank abgeliefert werden muß.

Schweiz

Lausanne, 29. Dez. Das Bundesgericht hat gestern im Patentprozeß zwischen der AEG. in Berlin als Klägerin und der Basler Glühlampenfabrik A.-G. als Beklagte entschieden, daß das von der Klägerin im Oktober 1910 in der Schweiz erworbene Patent betr. die Herstellung von Glühlampendraht aus Wolframmetall zu Recht bestehe. Die Verwendung des Wolframdrahts zur Anfertigung von Glühlampen durch Nichtberechtigte wurde als Patentverletzung erklärt und die Beklagte zur Einstellung ihrer Fabrikation, soweit dabei Wolframdraht verwendet wurde, sowie zur Zahlung von 100 000 Francs Schadenersatz an die Klägerin verurteilt.

Weitere große Lawinenstürze.

Bern, 30. Dez. In den Berggegenden der Schweiz sind weitere große Lawinen niedergegangen. Die Gotthardlinie war bei Goeschenen vorübergehend unterbrochen. Bei Zuoz im Engadin sind zwei Skifahrer in einer Lawine umgekommen. Die Forsten erlitten wieder großen Schaden.

Stresemann in Lugano.

Lugano, 30. Dez. Der Minister des Aeußern Dr. Stresemann ist hier eingetroffen.

Holland

Holländische Spende für Deutschland.

Amsterdam, 30. Dez. Heute morgen traf an der Grenze in Zevenaar zum ersten Male seit der Ruhrbesetzung ein Extrazug mit deutschen Kindern aus dem Ruhrgebiet ein, der nach Amsterdam und Utrecht bestimmt ist. Das Rote Kreuz sandte in den letzten zwei Wochen 39 Waggons mit Lebensmitteln, Kleidern usw. nach Deutschland. Eine Anzahl der in Berlin wohnenden Holländer, darunter der niederländische Gesandte, erläßt heute in den Blättern einen Aufruf, worin um reichliche, vor allem schnelle Spenden für die notleidende deutsche Bevölkerung gebeten wird.

Griechenland

Venizelos in Griechenland.

Marseille, 30. Dez. Venizelos, der gestern abend hier eingetroffen ist, reiste heute vormittag auf dem Dampfer „Andros" nach Griechenland.

Italien

Der deutsche Botschafter beim Papst.

Rom, 29. Dez. Der Papst empfing gestern den deutschen Botschafter, der ihm seine Glückwünsche zum neuen Jahr aussprach.

Serbien

Direkte Verhandlungen Serbiens mit Deutschland.

Belgrad, 28. Dez. In einer im Außenministerium abgehaltenen Ministerkonferenz wurde die durch die Einstellung der deutschen Reparationszahlungen in den Beziehungen mit Deutschland geschaffene Lage erörtert. Es wurde beschlossen, entsprechend dem Rate der Reparationskommission mit Deutschland in direkte Verhandlungen über die Regelung der Lieferungsfragen für das bereits bestellte Material zu treten.

Amerika

Amerikanische Nahrungsmittelkredite für Deutschland wieder verschoben.

Paris, 29. Dez. In einer offiziösen Mitteilung der Havasagentur zur Frage der amerikanischen Nahrungsmittelkredite für Deutschland heißt es: eine Entscheidung der alliierten Regierungen, an die die Repko den deutschen Antrag verwiesen habe, scheine noch nicht unmittelbar bevorzustehen; in alliierten Kreisen scheine man im allgemeinen der Auffassung zuzuneigen, daß diese Zuständigkeitsfrage keine sofortige Lösung erfordere, da ja die Repko unverzüglich das Garantiekomitee mit der Berichterstattung über die Angelegenheit betraut habe. Erst wenn man über den tatsächlichen Bedarf Deutschlands und seine tatsächlichen Vorräte an Brotgetreide und Speisefutter unterrichtet sei, könnten die alliierten Regierungen und die Repko zweckentsprechend ihre Entscheidungen treffen.

Amerikanische Sachverständige.

Paris, 30. Dez. Havas berichtet aus Newyork: Die amerikanischen Sachverständigen für die Ausschüsse der Reparationskommission sind gestern nach Europa abgereist. General Dawes weigerte sich, Vertretern der Presse Erklärungen abzugeben.

Mexiko

Das Petroleumgebiet in der Hand der Aufständischen.

London, 31. Dez. Reuter meldet aus Washington: Ein Telegramm aus Veracruz besagt, die Garnison des Hafens von Tuxpan habe sich den Revolutionären unter Huerta angeschlossen. Dies gebe den Aufständischen die völlige Herrschaft über das Petroleumgebiet, dessen Hafen Tuxpan sei.

Berliner Viehmarkt.

Rußland

Russisch-rumänische Handelsverhandlungen.

Moskau, 28. Dez. In Odessa begannen russisch-rumänische Handelsverhandlungen. — In Tiraspol traten die Vertreter der Sowjetregierung mit der rumänischen Regierung zur Regelung der Frage der Flüchtlinge zusammen.

Festsetzung der Ostgrenze von Polen.

Warschau, 29. Dez. Am 27. Dezember haben die Beratungen der gemischten Kommission für die Festsetzung der Ostgrenze von Polen begonnen, woran Mitglieder der russischen und polnischen Kommission teilnahmen.

Vom Wirtschaftsleben

Zwischen den Festen haben sogar die Börsenmakler einmal ruhige Tage. Nur einmal treten sie in dieser Woche in Aktion und an diesem einen Börsentage ist das Geschäft selbstverständlich außerordentlich flau. Dann aber wird es mit vollen Segeln in das neue Jahr hineingehen und man rechnet allgemein damit, daß die Börsenluft dann nicht mehr lau und flau weht, sondern daß sie vollen Wind in die Segeln bläst. Ob sich diese Hoffnung wohl erfüllen wird?

Auch die Börse — oder vielmehr gerade sie — muß dem neuen Währungsstand ihren Tribut zollen. Das Erwachen aus dem Traum der Milliarden und Billionen ist vielleicht nirgends so bitter gewesen, als gerade hier. [illegible] auch an der Börse bis heute [illegible] der Billionenziffern ge[illegible] kann sich sehr wohl vorstellen, daß [illegible] noch mit einiger Liebe an diesen Billionenziffern klebt. Sie haben Monate, ja jahrelang das Futter geliefert, an dem die Börse fette Weide hatte. Das waren die Zeiten, in denen der ehrliche und solide Arbeiter das Gefühl hatte, daß der Geldstrom an ihm vorbei ging und daß bestenfalls ein paar Spritzer für ihn abfielen. Die Hauptsache aber fand jedenfalls ihren Weg in die Taschen der Spekulanten und der Entwertungs-Profitianen. Das hat nun ein Ende. Man weiß aus ganz authentischer Quelle, daß der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht von den verschiedensten Seiten um alles in der Welt beschworen worden ist, doch den Dollarkurs der deutschen Papiermark noch um einige Billionen in die Höhe schnellen zu lassen. Jeder Sprung wäre für die Spekulation und für die Börsenstammgäste noch eine neue Gewinnchance gewesen. Und was hätte man nicht alles „zum Abgewöhnen" noch gerne mitgenommen!

Aber der Währungskommissar war unerbittlich und infolgedessen haben die Kurse an der Börse sich ziemlich konsolidiert. Die Spekulation sitzt dabei und besieht sich trauernd die leeren Taschen. Zwar hüllt man immer noch aus alter Anhänglichkeit den Billionenschleier um die Kurse, aber in Wirklichkeit liegen die Dinge doch so, daß auch das Schulkind heute schon durch diesen Schleier hindurchsieht. Und man braucht blos eine Billion = 1 Mark zu setzen, um zu wissen, wie es im Reich der deutschen Effekten aussieht. 20 Billionen, d. h. 20 Mark auf das Stück von 1000 Mark sind selbst bei gut fundierten Industrie-Aktien keine Seltenheit und diejenigen Aktien, die auf Goldpari stehen, kann man mit der Laterne suchen. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß bei den meisten Industriegesellschaften das Aktienkapital stark verbessert worden ist — selbst dann bleiben die Kurse noch erschreckend niedrig und an die Stelle des Haussetaumels, den wir in den verflossenen Monaten und Jahren schaudernd erlebt haben, ist jetzt die nackte Wahrheit getreten und sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als eine ungeheure Entwertung der deutschen Industriewerte.

Als im November mit der Einführung der festen deutschen Währung ernst gemacht werden sollte, konnte man die eigentümliche Beobachtung machen, daß die Effektenspekulation zunächst noch im alten Geleise weiterlief. Sehr viele Einsichtige hätten damals gerne ihren ganzen Effektenbesitz abgestoßen, wenn das deutsche Papiergeld damals schon stabil gewesen wäre. Denn daß die Effektenkurse sinken würden, ließ sich schon damals mit absoluter Sicherheit voraussehen, so fieberhaft auch die Spekulation noch am Beweise des Gegenteiles arbeitete. Mittlerweile aber hat jeder die Dinge sehen gelernt, wie sie sind. Und jetzt handelt es sich darum, auf den Entwertungstaumel auch an der Börse zu verzichten und sich wieder etwas an das solide Meter von früher zu gewöhnen. Die Abhaltung von Börsentagen während der ganzen Woche tut es freilich allein auch nicht.

Sieht man den Dingen auf den Grund, so erkennt man sofort, daß das Heilmittel überhaupt nicht an der Börse liegt. Denn hier spiegelt sich doch nur das wieder, was im eigentlichen Wirtschaftsleben vor sich geht. Das Grundlegende ist also die Wirtschaftsreform. Und da ist es der erste Schritt zur Besserung, daß die Bilanzen der Aktiengesellschaften im neuen Jahre in Goldrechnung aufgemacht sein müssen. Vorbei der Schwindel der ungezählten Nullenreihen. Die festen sich gleichbleibenden Ziffern aber werden wieder dazu zwingen, daß man die Kursbildung auf eine solide Grundlage stellt. Das Publikum hat bisher nur von dem Entwertungsgewinn gezehrt und die Gesellschaften haben nennenswerte Dividenden überhaupt nicht mehr verteilt. Sie werden jetzt wieder auf Gewinn arbeiten müssen, damit das Kursniveau sich wieder etwas hebt. Dieser Grundsatz aber wird sich in ganz zwingender Weise unserem gesamten Wirtschaftsleben und unserer Industrie aufzwingen. Die Kalkulation wird eine ganz andere werden müssen und unendlich viel Ballast, den man bis jetzt mitgeschleppt hat, wird fallen [illegible] schmals Arbeit und wieder [illegible] düstern unserer Industrie im [illegible] Zeit.

Verkehr

Frankfurt a. M., 30. Dez. Von Sonntag, 30. Dezember 1923 ab treten auf der Strecke Frankfurt (M.) Hbf. — Bad Homburg — Usingen Sonn- und Feiertags nachstehende Fahrplanänderungen in Kraft: 1. Pz. 2014 Usingen ab 11,00 Vm., Frankfurt (M.) Hbf. an 12,58 Vm. wird täglich befördert. 2. Pz. 2035 wird Sonntags bis Usingen durchgeführt in nachfolgendem Fahrplan: Frankfurt (M.) Hbf. ab 1,22 Nm., Homburg 2,02/2,10, Usingen an 3,09 Nm., 3. Pz. 2028 Homburg ab 6,30 Nm., Frankfurt (M.) Hbf. an 7,12 Nm. verkehrt nur noch Werktags. Dafür verkehrt 4. Pz. 2026 von Usingen bis Frankfurt (M.) Hbf. Usingen ab 6,59 Nm., Homburg 7,49/50, Frankfurt (M.) Hbf. an 8,37 Nm.

Frankfurt a. M., 30. Dez. Von Sonntag, den 30. Dezember 1923 ab erhalten die Schnellzüge D 57/58 München — Frankfurt (M.) — Gießen — Köln Aufenthalt in Friedberg.

Berlin, 30. Dez. Die ernste Finanzlage Deutschlands zwingt dazu, die Fahrten des Seedienstes, die bisher zweimal wöchentlich von Swinemünde über Danzig nach Pillau und zurück erfolgten, vorläufig einzustellen, zumal der Verkehr in der Winterperiode äußerst schwach geworden ist. Die letzte Abfahrt von Swinemünde findet am 3. Januar abends, die letzte Abfahrt von Pillau am 5. Januar vormittags statt.

Berlin, 30. Dez. Der Vorverkauf von Platzkarten für D-Züge wird vom 1. Januar ab im allgemeinen eingestellt. Bei der Reichsbahndirektion Berlin wird mit Rücksicht auf die dort bestehenden besonderen Verhältnisse der Vorverkauf noch beibehalten.

Gerichtliches

Berlin, 30. Dez. Zu der Meldung der Frankfurter „Volksstimme", daß der Oberreichsanwalt gegen den Redakteur der „Volksstimme" Quint ein Verfahren wegen Landesverrates eingeleitet habe, erfahren wir von zuständiger Stelle: Dem Reichsjustizministerium ist die Angelegenheit des Redakteurs Quint lediglich durch den Bericht des Oberreichsanwalts vom September dieses Jahres bekannt geworden. Eine endgültige Entschließung ist damals in der Sache nicht getroffen worden. Seitdem hat die Führung der Untersuchung ausschließlich in der Hand des Oberreichsanwalts gelegen. Dieser hat inzwischen wegen der drohenden Verjährung die gerichtliche Vernehmung Quints veranlaßt. Eine Entschließung über die Erhebung der Anklage liegt überhaupt noch nicht vor.

Wetterbericht

Einstellung des Dampferverkehrs.

Hamburg, 30. Dez. Nachdem der Eisgang auf der Oberelbe zum Stillstand gekommen ist, besserten sich die Eisverhältnisse im Hafen etwas. Den Hafeneisbrechern gelang es, die ziemlich starke Eisdecke, die während der Feiertage sich bildete, aufzubrechen, sodaß die Verbindung mit den im Hafen liegenden Schiffen, die völlig vom Verkehr mit der Stadt abgeschnitten waren, notdürftig wieder aufgenommen werden konnte. Von der Unterelbe wird starkes Treibeis gemeldet. Die treibenden Eisstücke werden durch Ebbe und Flut zusammengeschoben und frieren zu größeren Massen zusammen, sodaß die Großschiffahrt darunter schwer leidet und schwächere Dampfer im Eise stecken bleiben. Die Hamburger Eisbrecher bemühen sich, das Eis in Bewegung zu halten. Die größten Eismassen befinden sich auf der Strecke zwischen Hamburg und Krautsand. Die Alster ist vollkommen vereist, der Dampferverkehr ganz eingestellt.

Jolanda und Salomea.

Roman von A. Böttcher

22 (Nachdruck verboten.)

Auf alle neugierigen Fragen hat Onkel Paolo nur ein breites Lächeln und Ninella preßt fest die Lippen zusammen, damit kein Wort des Geheimnisses herausperlt.

Jetzt rollt der Wagen durch die Porta Pia, eine breite Allee entlang, vorbei an schmucken Villen und großen Gärten ...

Plötzlich hält er vor einem reizenden Landhaus.

Sämtliche Fenster sind erleuchtet. Das zierliche gußeiserne Portal steht weit offen. Aus dem hell beleuchteten Hausflur eilt ein junges Mädchen mit weißem Latzschürzchen und weißem Häubchen auf dem dunklen Krauskopf herbei und macht vor Salomea einen tiefen Knix.

Die Kinder sind schon aus dem Wagen gesprungen. Bedächtiger folgen die Eltern.

Sie begreifen noch immer nicht.

Da faßt der rotbärtige Hüne Salomea bei der Hand und geleitet sie die niedrige Freitreppe hinauf.

„Dein Haus, mein Kind! Ein kleines Weihnachtsgeschenk von dem alten Onkel für die Tochter seiner geliebten Schwester!" — —

„Onkel!"

Fest drückt Salomea die Hand des alten Südafrikaners.

Dann traten alle ein in das blumengeschmückte Eßzimmer, in welchem an zierlich gedeckter Tafel bereits ein kleines Festmahl die Herrin des Hauses und ihre Familie erwartet.

„Ich hab' alles gewußt! Ich hab' alles gewußt!" jubelt Ninella hinein in die Freudenrufe der Kinder. „Das Mädchen da ist meine ältere Schwester Anita. Die wird Köchin sein und ich Stubenmädchen. Ich wußte alles, alles — und hab' nichts gesagt!"

Dabei lacht sie fröhlich auf.

Und die Kinder stimmen jubelnd ein in dies frohe Lachen. Und auch die Eltern lächelnd glückselig.

Der alte Südafrikaner aber steht daneben und wischt sich eine Träne aus dem Auge. Er denkt an seine tote Schwester.

* * *

Auch im Palazzo Bonmartino findet eine ganz eigene Weihnachtsfeier statt.

Der alte Marchese hat durch seine Tochter dem Bedientenpersonal eine größere Summe aushändigen lassen, die sie nach Belieben verwenden können.

Er selbst ruht wie gewöhnlich in seinem Lehnstuhl. Nur daß er diesen Stuhl hat vom Fenster fort an den Kamin rücken lassen, in welchem ein helles Feuer lustig flackert.

Auf dem runden Tisch steht eine mit blauem Seidengazeschirm verhängte Lampe. Der Marchese liebt das elektrische Licht nicht; es schmerzt seine müden Augen.

Jolanda sitzt am Tisch und liest in einem Buch von De Amicis. Oder sie tut wenigstens so, als ob sie lese. In Wirklichkeit jedoch beobachtet sie ängstlich den Vater, der ihr heute erregter, nervöser als je erscheint.

Auch ihr hatte der Marchese eine bedeutende Summe als Weihnachtsgeschenk übergeben, damit sie sich kaufe, wonach ihr Herz begehrt.

Doch Jolanda wies das Geld sanft zurück. „Daß ich dich noch habe, mein teurer Vater" — hatte sie innig gesagt — „ist mir Weihnachtsfreude genug. Ich habe weiter keinen Wunsch."

Ein schmerzliches Zucken war über die eingefallenen Züge des alten Mannes gegangen. Aber er hatte geschwiegen.

Und nun ruht er zurückgelehnt mit geschlossenen Augen in seinem Stuhl und duselt, wie jetzt so oft ...

Oder grübelt er? Grübelt er? ...

Jolanda ist sich nicht ganz klar darüber; aber dieser eigentümliche Zustand beunruhigt sie tief.

„Jolanda!" ruft es plötzlich matt vom Kamin her.

Sie fliegt hin zum Vater.

„Komm Kind, setz dich her zu mir! ... Doch erst ziehe den Lampenschirm fort, damit ich dich genau sehen kann! ... So ist es recht! ... Jetzt komm her — recht nahe!"

Jolanda holt einen niedrigen Schemel und läßt sich nieder zu den Füßen des Vaters.

„So, mein Kind ... Und nun sieh mir in die Augen! Fest, ohne mit den Wimpern zu zucken! Ich will dich etwas fragen."

Sanft schlingt Jolanda beide Arme um den Vater und blickt voll zu ihm auf.

„Ich höre, lieber Vater."

Ein paarmal öffnet der alte Mann die Lippen und schließt sie wieder.

Dann sagt er hastig in verhaltener Erregung:

„Du hast deinen alten Vater sehr lieb, Jolanda. Nicht wahr?"

Jolanda erbebt. Alles Blut strömt ihr zum Herzen.

Sie zögert.

„Nun?" drängte der Marchese. „Du hältst mich für einen guten Menschen. Nicht wahr?"

„Ja, Vater," erwidert Jolanda leise.

Kleine Pause.

Große Schweißtropfen perlen auf der Stirn des alten Mannes. Seine Lippen zittern.

„Jolanda — wenn ich — nun ein anderer wäre, als ... als du glaubst —" murmelt er stockend — „würdest du mich auch noch lieb haben?"

Fester schlingt Jolanda die Arme um die gebrechliche Greisengestalt.

„Du bist mein Vater. Ich würde dich lieben, wie du auch seist — ob gut, ob schlecht."

„Jolanda! Auch ... auch, wenn ich ... ein — Verbrecher wäre?"

„Auch, wenn du ein Verbrecher wärst!"

Der Marchese schweigt. Aber ein tiefer befreiender Seufzer hebt seine Brust, und seine umflorten Augen blicken mit rührender Dankbarkeit in die groß und voll zu ihm aufgeschlagenen Augen seines Kindes.

So verharren beide längere Zeit.

Dann schiebt der Marchese seine Tochter sanft von sich.

„Spiel' mir etwas auf dem Klavier vor, Jolanda! Etwas von Chopin!"

Bald durchfluten die zauberhaften Klänge eines Nocturnos des unsterblichen Meisters den Raum — zart, schmelzend, anschwellend, jubelnd — —

Der Marchese aber sitzt zurückgelehnt in seinem Stuhl und lächelt verklärt.

Zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren zeigt sein Gesicht den Ausdruck voller Ruhe. — — — — — —

*

Acht Tage später.

Draußen in der kleinen traulichen Villa vor der Porta Pia — alles Freude und Jubel.

Salomea konnte es zuerst kaum fassen, daß dies schmucke, von immergrünen Eichen und Lorbeergebüsch umgebene Häuschen ihr eigen sei. Zu lange hatte sie in Armut und Elend gelebt, um sich sofort an den Gedanken zu gewöhnen, von nun an mit Mann und Kindern draußen vor der Porta Pia zu hausen — im vornehmsten Teil der ewigen Stadt, wo die Geburts- und Geldaristokratie ihre Residenz für den Sommer aufschlägt.

Doch Onkel Paolo bestand darauf, daß das neue, vollständig eingerichtete Haus sofort bezogen werde. Mag doch das bischen Miete, welche die alte Baracke in der Via Flaminia Nr. 85, fünf Treppen hoch, kostet, zum Kuckuck gehen! Und die paar verschlissenen, wurmstichigen Möbel dazu! Nur Kleider und [illegible] geschafft werden in das neue Heim.

Und so geschah es.

Nach wenigen Tagen schon hat die Familie [illegible] sich häuslich eingerichtet in der kleinen „Villa Fortuna", und Ninella ist nicht wenig stolz, daß sie im hellen, zierlichen Kattunrock und schwarzem Latzschürzchen, auf dem hübsch frisierten Krauskopf ein kokettes Häubchen, ihre Herrschaft bei Tisch bedienen darf.

Onkel Paolo hat ein Stübchen im oberen Stockwerk bezogen. Er will Angelina, das Ebenbild seiner verstorbenen Schwester, immer um sich haben. Das war seine einzige Bedingung. —

Unter Kanonengedonner und Glockengeläut, bei Sang und Klang, mit Lachen und Scherzen, Jubilieren und Frohlocken ist das neue Jahr heraufgestiegen.

Salomea hat ihre Kinder in zierliche himmelblaue Anzüge gekleidet und fährt mit ihnen auf den Monte Pincio zum Nachmittagskorso.

Die Plappermäulchen der beiden Aeltesten sind keinen Augenblick ruhig. Alles bewundern sie; alles weckt ihre kindliche Neugierde.

„Mama!" ruft Rinaldo wohl schon zum zwanzigsten Male, während seine lachenden Augen tanzen vor Wonne — „wie schön! Wie schön! Ich hab' gar nicht gewußt, daß die Welt so schön ist! Nun fahren wir im Wagen wie die vornehmen Leute —"

„Ja," fällt Angelina ein, indem sie beide Händchen begeistert auf den Wagen drückt — „und soviel, wie wir jetzt zu essen bekommen! Früher hatte ich immer Hunger!"

Glückselig lächelnd blickt Salomea auf ihre Lieblinge.

Ja, die Welt ist doch schön! —

Als sie gegen Abend nach Hause zurückkehrt, findet sie ihren Mann in nicht geringer Aufregung.

Ein galonierter Diener hat ein Billett von Jolanda gebracht, in welchem sie Salomea dringend bittet, sofort nach dem Palazzo Bon[illegible]

Kleine Meldungen

Der Führer der deutschen Landwirtschaft †.

Der Führer der deutschen Landwirtschaft, Prof. Dr. Heinrich Dade, der seit 1895 Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrates, zeitweilig auch Generalsekretär des ehemals königlich preußischen Landesökonomiekollegiums und der Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammer war, ist in Berlin gestorben.

Weitere Gültigkeit des Notgeldes.

Es wird hiermit bekanntgegeben, daß das vom Rheingaukreis bisher ausgegebene Notgeld, soweit dasselbe zum Einzug nicht aufgefordert wurde, bis auf weiteres seine volle Gültigkeit behält und als Zahlungsmittel nicht verweigert werden darf.

Gerichtsgebühren.

Eisenbahnunglück bei Fulda.

Frankfurt a. M., 30. Dez. Im Bahnhof Burghaun bei Fulda fuhr am Samstag abend gegen 10 Uhr der D-Zug 282 (Holland-Münster-Frankfurt) auf einen im Ueberholungsgleis haltenden Güterzug auf, wodurch der Schlußbremser des Güterzuges getötet, vier Reisende des D-Zuges und ein Bremser des Güterzuges leicht und der Lokomotivführer des D-Zuges schwer verletzt wurden. Als Ursache des Unglücks wird Ueberfahren des Einfahrtssignales angenommen. Eine Untersuchung ist im Gange.

Unglücksfälle beim Rodeln.

In der Umgebung Berlins haben sich beim Rodeln zahlreiche Unglücksfälle ereignet. In den Müggelbergen verunglückten allein 30 Personen, von denen mehrere schwere Verletzungen davontrugen. Auf der Rettungswache in Wilmersdorf wurde ein Mann eingeliefert, der sich beim Rodeln eine schwere Gehirnerschütterung zugezogen hatte.

St. Goarshausen, 30. Dez. Die Direktion einer hiesigen Aktiengesellschaft, die schon wiederholt Brot verteilen ließ, hat jetzt ein größeres Quantum Kohlen für die minderbemittelte Bevölkerung der Gemeinden St. Goarshausen und Kestert gestiftet.

Ein Kaufmann aus Pforzheim übergab in Berlin einem Manne, der sich als Gepäckträger anbot, seine Aktentasche, die zwei Kilogramm Feinsilber, Platinringe, einen Scheck über 305 schwedische Kronen und anderes enthielt. Am Anhalter Bahnhof war der Gepäckträger plötzlich verschwunden. Der Kaufmann ist um etwa 300 000 Goldmark geschädigt.

Berlin, 29. Dez. Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers sind bei Mackendorf-Doehren-Harbke im Braunschweigischen Steinkohlen- und Eisenerzfelder entdeckt worden. Eine Gesellschaft in Hamburg hat vom Braunschweiger Bergwerksamt das Mutungsrecht erhalten und wird mit dem Abbau der Steinkohle beginnen. Die Steinkohle liegt unter Äcker-, Wald- und Oedlandböden. Das erste Mutungsfeld ist etwas über zwei Millionen Quadratmeter groß. In der nordwestlichen Hälfte liegen sechs Kohlen, die von einer Mächtigkeit von je 60 Zentimetern übereinander. Die gewonnene Steinkohle ist von großem Heizwert. In der Nähe der Kohlenfelder sind auch große Eisenerzfelder entdeckt worden, deren Ausbeute mit der Kohlenförderung vereinigt werden soll.

Dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge werden vom 1. Januar ab die Gebühren des deutschen Gerichtskostengesetzes in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Konkurs- und Strafsachen sowie die Gebühren des preußischen Gerichtskostengesetzes in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, ferner die Gebühren der Notare in Gold berechnet. Die Gerichtsgebühren wie die Gebühren der Notare wurden ganz erheblich ermäßigt.

Graz, 30. Dez. Die Tagespost meldet aus Leoben: Der legitimistische Landwirt ist endgültig beurlaubt worden. Sein Amt übernahm provisorisch der Handelsminister. Unter den Gründen der Demission wird auch der Streit um ... angeführt.

Paris, 28. Dez. Im Alter von 92 Jahren ist heute hier der Erbauer des Eiffelturms, Ingenieur Alexander Eiffel, gestorben, der nach dem Panamaskandal völlig zurückgezogen gelebt hatte.

Handel und Industrie

Berlin, 29. Dez. Auf dem heutigen Berliner Viehmarkt war der Auftrieb sehr stark. Da die Nachfrage nicht sehr groß war, sanken die Preise ziemlich beträchtlich. Es wurden für Schweinefleisch ungefähr 77 bis 80 Pfennig für das Pfund Lebendgewicht, für Rind- und Hammelfleisch 40 bis 50 Pfennige erzielt.

Aus Stadt und Land

† Bad Ems, 2. Jan. Am 1. Januar 1924 ist Herr Kurkassenrendant Heinrich Wagner nach 50jähriger Dienstzeit in den wohlverdienten Ruhestand getreten.

† Bad Ems, 2. Jan. (Vom Wetter im Dezember.) Der Christmond ist im Ganzen als mild zu bezeichnen; nur die letzten Tage sind wirklich winterlich zu nennen. Der höchste Thermometerstand betrug + 9 Grad am 17. Dezember, abends 8 Uhr, der niedrigste — 23 Grad am 31. d. Mts. morgens 8 Uhr. Niederschläge wurden an 11 Tagen 48,1 Millimeter gemessen. Die höchste Tagesmenge 16 Millimeter fiel am 23. Dezember. Die Jahresmenge für 1923 beträgt 779,7 Millimeter und damit die höchste innerhalb der letzten 10 Jahre; die nächstniedrige 758,5 fiel 1916, während 1921 die niedrigste mit 357 Millimeter verzeichnet wurde. — Vom letzten Sonntag ist zu erwähnen, daß der Thermograph morgens 2 Uhr — 8 Grad anzeigte, bei starkem Schneefall vormittags hob sich die Temperatur auf — 3 Grad um 1,30 Mittags, um von da rapid zu fallen, um 6 Uhr abends wurden — 6 Grad, um 12 Uhr nachts — 13 Grad, um 6 Uhr morgens — 18 Grad und um 8 Uhr morgens — 20 Grad Celsius registriert.

Diez, 2. Jan. Der ehemalige Schüler des Marburger Gymnasiums Hans Fendler zu Fachingen bestand am Technikum zu Berlin die Prüfung zum Ingenieur mit der Note sehr gut.

Das Märchen von der vergessenen Stadt

Von Karl Demmel.

Nicht weit von der deutschen Grenze lag einmal ein stilles, verträumtes Städtchen. Die Ingenieure hatten beim Bauen der Eisenbahn nicht an es gedacht. So wob die kleine Stadt allmählich etwas wie Weltvergessenheit um sich. Wenn ein Reisender aus der Hauptstadt des Reiches sich mal nach dorthin verirrte, bestaunte man ihn wie ein Wunder. Man sprach sogar abends im Wirtshaus von dem seltsamen Gast. Die holprigen Straßen waren so sauber, und hinter niedrigen, weißen Fensterrahmen lugten die zartesten Gardinengewebe durch das Fensterglas. Ab und zu stand in einer solchen Fensterbank ein Kistchen, darin blühten Geranien und Fuchsien, auch mal das blaue Vergißmeinnicht und rote, rote Kressen prangten. In den Häusern walteten still und emsig die Hausfrauen. Fabriken gab es dort noch nicht; das Städchen wollte das Sprichwort: „Handwerk hat goldenen Boden" nicht verleugnen. Im gemütlichen Rythmus hämmerte der Schuster und der Kupferschmied in seiner Werkstatt, so daß es durch die stillen Straßen klang. Jeden Morgen lag das frischgebackene Brot vor des Bäckers Haus auf langen Gestellen und duftete gar so lieblich. Kurz, alles ging seinen gewohnten Gang wie die alte Turmuhr auf dem kleinen Ratsgebäude. Auf dem Marktplatz des Ortes liefen all die engen Nebengassen zusammen wie ein Strahlennetz. Dort hatten die längst, längst Verstorbenen vor vielen Jahren Kastanien gepflanzt. Jedes Jahr um die Zeit der Maien blühten die nun schon so groß gewordenen Bäume und ihre Blüten sahen wie weiße Kerzen aus. In einem wackelig gewordenen Häuschen am Marktplatz sollte im obersten Giebelstübchen ein junger Poet seine ersten Gedichte geschrieben haben, die aber nicht in die Oeffentlichkeit gelangen. Heute ist jener Dichter einer der meist gelesenen im Lande. Aus seinen Werken leuchtet aber immer noch das Heimweh nach dem kleinen Nest heraus. Das Herz der Stadt gleichsam bildet ein morscher, grauer Sandsteinbrunnen. Aus dem großen Steinbecken ragt auf einem Sockel eine Heiligengestalt heraus, unermüdlich einen Strahl des klarsten Wassers spendend. An einem bestimmten Tag im Jahr trinken alle Einwohner von dem Wasser, man rühmt ihm an diesem Tage eine Heilkraft nach. Die Kirche hat dem vereinsamten Städchen die Krone aufgesetzt. Sie liegt an einem kleinen Hügel, mächtige Steinstufen führen hinan. Eine zum Erschauern ehrfürchtige Stille war in dem kleinen Dom. Hier war es, als wäre Gott selbst unter der Gemeinde. Tag für Tag bimmelten die hellen Glocken die Messe ein. Aus dem versteckt liegenden, ganz mit Efeu überwachsenen Pfarrgebäude schritt dann der Seelenhirt zu seiner treuen Schar. Er war sehr alt und hatte ganz silberweißes Haar.

Da, wo sich ein tiefer, düsterer Wald hinter den letzten Häusern zeigt, lag die noch viel ältere Wassermühle. Mit dem Müller sollte es auch nicht ganz geheuer sein; es hieß, er hätte sich in eine Wassernixe verliebt. Aus Gram darüber sollte ihm auch die Frau gestorben sein. Der Müller kam nie in die Stadt. Tag und Nacht drehte sich das große Holzschöpfrad, worüber sich ein schmales, schnellfließendes Bächlein ergoß. In der Kirchgasse war das Gasthaus „Zum goldenen Fisch". Hier pflegten die Stadtgrößen zusammenzukommen. Hier wurden auch alle Stadtneuigkeiten erzählt und erörtert. Um die Ecke befand sich die Druckerei des Lokalblättchens. Hier wurden des Dachstubenpoeten Gedichte das erstemal gedruckt, hier fing so ganz klein sein dichterischer Ruhm an. Was sonst noch an Politik und Wissenschaftlichem in dem Blättchen stand, wurde geglaubt und war ausschlaggebend. Hinter allen Häuschen der Stadt waren zierliche, bis ins Kleinste gepflegte Gärten angelegt mit wilden Rosen und Jasminlauben. Hier tuschelten die verliebten Mädchen ihre Geheimnisse gegenseitig aus, hier saß die Familie Sonntags nachmittags, die Hausfrau mit einer Handarbeit, der Hausherr mit der langen Pfeife und probierten den Sonntagskuchen. Manch dichtverwachsenes Laubenversteck weiß sich auch über ein reizendes, kleines Liebesidyll auszuschweigen. Das Schulhaus war ein bröckeliger, einfacher Bau. Täglich fiel von den Wänden eine Schicht des Kalkverputzes herunter, womit sich die Jungen an die Köpfe warfen. Manchmal drang der Gesang der Kinderstimmen aus den Klassenfenstern, wozu der Lehrer auf einer verstimmten Geige spielte. So träumte das vergessene Städtchen dahin, wußte nichts von dem wilden Leben da draußen, nichts von Elend und Not. Alles atmete mit satter Behaglichkeit, jeder war so gestellt, daß er sein Auskommen hatte und noch trotzdem manch harten Taler in die Sparbüchse tun konnte.

Jeder war zufrieden.

An einem schwülen Augusttag hat der große Krieg plötzlich das versteckte Städtchen aus seiner weltvergessenen Versunkenheit gerissen. Die Kanonenkugeln sausten darüber hin. Auf den Feldern, wo früher goldenes Getreide stand, floß viel, viel Blut. Alles ist damals in das innere Land geflüchtet. Nun ist alles öde und verlassen dort. Das Städtchen liegt in Schutt und Trümmern, nur ab und zu sind fleißige Hände bei der Wiederaufrichtung rege. Ich klettere über die Steinhaufen und kann manches Häuschens Standort noch bestimmen. Schon wuchert das Unkraut darüber hin. Vom Kirchturm steht nur noch ein abgebrochener Stumpf, wie ein Zeigefinger anklagend gen Himmel deutend. Nur der alte Brunnen ist ganz verschont geblieben, er rauscht noch sein altes, ewiges Lied, er hat mir auch das Märchen von der vergessenen Stadt erzählt...

Erfolg

haben Anzeigen

im „Lahnboten"

Neues aus aller Welt

Warme Weihnachten in Amerika. Während wir fast in ganz Europa während der Weihnachtsfeiertage durch eine scharfe Kältewelle überrascht worden sind, hat in den Vereinigten Staaten von Amerika ganz warmes Wetter geherrscht. Eine Meldung vom 23. Dezember teilt mit, daß z. B. in Arkansas eine Temperatur von 50—60 Grad Fahrenheit herrschte. Die Felder standen in Blüte. Dieselbe Erscheinung wird aus dem Staate Ohio gemeldet. Auch in Kanada war das Wetter ganz außergewöhnlich warm. So besagt ein Bericht aus Montreal, daß keine Spur von Eis und Frost zu sehen war, sondern daß im Gegenteil das mildeste Dezemberwetter herrschte, das man überhaupt je erlebt hatte. Auch hier fingen die Bäume an zu knospen und die Blumen an zu blühen. Die Schmetterlinge wagten sich hervor und die Vögel begannen zu zwitschern. Die Einzigen, die den Kopf hängen ließen, waren die Kohlenhändler, die dort noch nie so schlechte Geschäfte gemacht haben wie in diesem Jahr.

Der berühmte amerikanische Detektiv Pinkerton, der Held zahlreicher Geschichten, ist am 12. Dezember in Los Angelos (Kalifornien) gestorben. Der Weltruf dieses Namens geht nicht auf ihn, sondern auf seinen Vater Allan Pinkerton zurück. Dieser Pinkerton wurde in großer Armut in Glasgow geboren und wanderte von dort nach Canada und weiter nach den Vereinigten Staaten von Amerika aus. Seine ersten Detektivstreiche glückten ihm gegen Bankfälscher und Pferdediebe. Dann machte er die Entdeckung und Verhinderung von Eisenbahndiebstählen zu seiner Spezialität. Berühmt wurde er dadurch, daß er einen Anschlag, der gegen den Präsidenten Lincoln gerichtet war, entdeckte und dadurch verhinderte. Er wurde dann bei dem Ausbruch des Bürgerkrieges von Lincoln an die Spitze eines Geheimdienstes gestellt, der während des Krieges ausgezeichnete Dienste tat. Nach Beendigung des Krieges gründete der alte Pinkerton besondere Niederlassungen in Chicago, Newyork und Philadelphia. Er wurde aber auch in vielen verwickelten Fällen nach England und dem europäischen Festlande gerufen. Eine seiner berühmtesten Taten war die Verhaftung McDonalds, eines gefährlichen und geriebenen Fälschers, der die Bank von England um Riesensummen betrog und im Jahre 1873 von Pinkerton unschädlich gemacht wurde. Weiter gelang Pinkerton die Unschädlichmachung einer Verbrecherbande, die in dem Kohlengebiet von Pennsylvanien die Bevölkerung durch Betrug und Diebstahl brandschatzte. Sein Sohn William, der jetzt gestorben ist, wurde im Jahre 1846 geboren und verdiente sich in dem Geheimdienst seines Vaters während des Bürgerkrieges die ersten Sporen. Später teilte er sich mit seinem Bruder Robert in das väterliche Geschäft. Die Pinkertons arbeiteten nur gegen feste Bezahlung und zahlten ihren Angestellten niemals Prämien. Auch ließen sie sich nie auf Ehescheidungssachen oder bedenkliche Geschäfte ein.

Der Alkoholschmuggel blüht. Ein untrügliches Zeichen für den Blütestand des Alkoholschmuggels ist die Tatsache, daß die Zufuhr von Alkohol von der kanadischen Seite her nach den Vereinigten Staaten in der letzten Zeit sehr zurückgegangen und neuerdings fast ganz eingestellt worden ist. Es beruht das darauf, daß die kanadischen Alkoholverkäufer nicht mehr in der Lage sind, mit den Preisen zu konkurrieren, zu denen der von der Seeseite her eingeschmuggelte Alkohol in den Vereinigten Staaten zu haben ist. Die allerbesten Sorten von schottischem Whisky sind in den Vereinigten Staaten schon im Schleichhandel für 50—70 Dollar die Kiste zu haben. Kanadischer Brannt kostet dagegen 70—85 Dollar und echter schottischer Whisky kann von der kanadischen Seite her nicht unter 90—100 Dollar die Kiste geliefert werden. So hat also der Schmuggel von der Seeseite her den kanadischen Schmuggelbetrieb vollkommen überflügelt. Im übrigen ist dieser Zustand ein Beweis dafür, daß das angeblich trockene Amerika im Alkohol nach wie vor schwimmt.

Plauderei vom Tage

Einige Jahre schon besuchte sich Vater Petrus das Erdenbild auf dem Weltall. Bald zuckte ein Lächeln, aber noch ein schmerzlicher Zug über sein Gesicht. Murmelnd, es hörte sich an wie Fluchen, kam er zu dem Schluß: „Erdenwurm bleibt eben Wurm." Trotzdem war er sich seiner schweren Pflicht, bei den Guten das Böse und bei den Bösen das Gute zu entdecken, bewußt. Eine Stichprobe, ob es überhaupt noch gute und böse Menschen gibt, schien dringend erforderlich, denn diese Menschenschöpfe hatten bewiesen, daß es kein Maß gibt mit dem immer gemessen wird. Kurz entschlossen begab sich Vater Petrus auf die Reise. Mit Länderstrichen, welche mit Putschen usw. behaftet waren, hatte er traurige Erfahrungen gemacht. Um nun sein bißchen Glauben an die Menschheit zu erhalten, wollte er es in diesem Jahre mit einem milderen Klima versuchen und erinnerte sich vom Hörensagen an die Lahn. Diese wäre, nach früheren Schilderungen, nicht so dicht bevölkert, es würde also auch weniger gesündigt. Die Bewohner galten als äußerst brav und gut erzogen. Einen Wohnsitz hatten die an Schönheit gewöhnten Augen des Vater Petrus bald entdeckt. Bad Ems, das liebliche Bild, schien sich für das ganze Tal zu verbürgen. Trotz seines ehrwürdigen Aussehens erlebte er in den ersten Stunden ..., was ihm zu denken gab. — „Ne, suchste Einen?" redete ihn ein Mann an, welcher sicher mit den Nachteilen und Vorteilen der heutigen Zeit vertraut war. Diese Frage wurde gewichen verneint; er sah sich aber gezwungen, folgende kleine Rede mit anzuhören: „Du auswärts gehst bei awerhaupt kaaner Orweit, es solle noch neueste Beschlüsse nur noch Emser beschäftigt wern. Det is ach vollständig richtig, denn det bische Orweit könne mer ach allah schaffe, et kommt alles off unsere frühere Orweitgewer druff an. Alles soll abgebaut wern, Lebensmittel, Bekleidung, korz alles. Du machst der gor kane Begriff, wot mer deshalb schu gesesse hon. Kontrollkommissione mußte gewählt wern, ohne det es nir zu mache. Jetzt kimmt ower det schwerste. Wenn de noch en Aweilche Zeit hast, will ich det noch schnell erzehle. Zu Cunos Zeite, du kennst doch Cuno?" Vater Petrus sann nach, sein großes Gedächtnis konnte sich dieses Namens nicht erinnern. „Also," fuhr der Redner fort, „Cuno hot domols en passives Verhalte der Orweit gegenüber befohle. Die ganze Fabrike sinn still geleit worn, die Orweit woch abgebaut un die Orweiter honse freibleibend mit voller Pension beurlaubt. Na, der Rummel ging ganz schee, bis uff amol Korzschluß kom und schon sotze mer in der Tinte. Wot de heut siehst, sinn alles kimmerliche Reste, na, du waßt doch Bescheid, hast doch ach in der Zeit gelebt. Jetzt kimmt's ower, do die Orweit wieder ufgebaut wern soll; die erschte Besprechunge sinn schon gewese. Siehste, noch Fachausdrick hatt dot Entwicklungsstadium. Wege Gedankesammlung kann nur von Zeit zu Zeit a Sitzung sein. Haste schon mol so ne Sitzung mitgemacht?"

Vater Petrus stand wie auf heißen Kohlen; ich hätte mich doch erst informieren sollen, dachte er. Lautlos wandte er sich ab, diesem Thema war er nicht gewachsen, und ließ den verblüfften Mann in seiner schönsten Rede stehen. Fluchtartig begab sich Petrus in sein Quartier, um über das Gehörte nachzudenken. Vielleicht ist dieses ein Ausnahmefall, denn sonst müßte doch das kürzeste Erdenglück Einbildung sein. Na, ich will versuchen und mich etwas mehr orientieren. Ein Lokal (Zusammenkunft aller Bürgerkreise) schien für seinen Zweck das Günstigste. In dem Glauben, Gemütlichkeit wäre selbstverständlich, nahm er an einem Tische Platz mit den Worten: „Na, da wären wir ja glücklich." Der Mitinhaber des Tisches, ein finster blickender Herr, nahm von seinem Erscheinen überhaupt keine Notiz. Erst als Vater Petrus, nach seiner früheren Gewohnheit, ein regelrechtes Männerabendbrot bestellt hatte, wurde das finstere Gegenüber wunderbar schnell gesprächig. Mit Notizbuch und Bleistift bewaffnet, redete er den alten Herrn an: „Verzeihung, sind Sie von hier? Nein. — Na, ich habe mir's gleich gedacht. Geschäftlich, wenn ich fragen darf?" Um weiteren Ausfragen zu entgehen, wurde diese Frage „Ja" beantwortet. „Exportieren Sie?" Da dieses ohne Antwort blieb, fuhr der Ausfrager leutselig fort: „Ja, man muß heute sehen, wie man am besten rum kommt. Ich hatte ein Import- und Exportgeschäft und mache die Substanz der ...menschen zu Geld. Es ist doch gut, daß die Substanz noch da ist, sonst wären die Fabriken gezwungen, zu arbeiten. So können sie in Ruhe abwarten, ob der Dollarkurs beständig ist und sich die Verhältnisse nicht von selbst regeln. Heute heißt's nur Geld verdienen."

Niedergeschmettert lauschte Vater Petrus diesem Redeschwall und konnte nur zu der Frage kommen: „Von was leben denn die früheren Arbeiter der Fabriken?" „Ach, die, für die wird von der Stadt gesorgt. Erwerbslosenfürsorge ist das geläufigste Wort. 780 Milliarden oder 78 Pfg. und unbeschränkten Urlaub erhält jeder Arbeiter pro Tag, vorausgesetzt, daß die Bedingungen für Aufnahme erfüllt sind." Ganz benommen von dieser wunderbaren Gewissensentlastung erhob sich Vater Petrus. Nichts wie weg, war die Parole, sein Glaube war erloschen. Gott sei Dank, sagte er, als seine friedliche Pforte erreicht war. Mit gemischten Gefühlen machte er sich an seinen Bericht:

Herr, Deine Ebenbilder haben sich verschoben. Der Geist, welchen Du gepflanzt, ist verschwunden. Mein Amt werde ich wohl bald niederlegen können; ich kann nicht mehr unterscheiden: Gibt es nur gute oder böse Menschen. Vielleicht lassen wir ein Schild anbringen: Geschlossene Gesellschaft, denn nur durch Druck ist diese neue Menschheit auf einen etwas besseren Weg zu führen. Ich bitte, diesen kurzen Bericht zu entschuldigen, denn mein Aufenthalt auf der Erde war genau so. Wäre er länger gewesen, würde ich keine Worte finden, um die Verhältnisse zu schildern. Herr, Deine Geduld ist groß.

Gewaltsam strebten die Millionen
Erleichterung für ihr Erdenlos,
Berechnet wurden alle Traditionen,
Geschrieben Sozialgesetze, Papier ist's blos.

J. W. M.

Infolge der erhöhten Papierpreise und Betriebskosten sind wir leider vom 1. Januar des neuen Jahres ab nicht mehr in der Lage, die Freiexemplare beizubehalten.

Der Verlag.

Vorsicht bei der Auswanderung nach Rumänien. Wie dem Deutschen Auslands-Institut von reichsdeutscher Seite aus Rumänien geschrieben wird, haben sich dort die Verhältnisse so zugespitzt, daß die rumänische Regierung bereits Maßnahmen gegen die Zuwanderung deutscher Reichsangehöriger in Erwägung gezogen hat. Es ist dringend davon abzuraten, daß Reichsdeutsche, ohne sich vorher genügend unterrichtet zu haben, auf gut Glück nach Rumänien auswandern, um sich dort einen geeigneten Arbeitsplatz zu suchen. Sie fallen nur zu leicht, wenn ihre eigenen Barmittel erschöpft sind, der Unterstützung von deutsch gesinnten Leuten zur Last, da die deutschen Konsulate in Rumänien nicht in der Lage sind, Unterstützungen zu bezahlen. Selbst Facharbeiter haben wenig Aussicht auf Einstellung, da durchschnittlich alle Betriebe voll besetzt sind. Ueberdies kontrolliert der Staat jetzt die einzelnen Betriebe auf die Anzahl der jeweils beschäftigten Ausländer und weist alles unbarmherzig aus, was durch einen einheimischen Arbeiter nur einigermaßen ersetzt werden kann. Es heißt sogar, daß allen Deutschen, die erst seit dem 1. Januar 1923 nach Rumänien gekommen sind, die weitere Aufenthaltsbewilligung verweigert werden soll; daher würden also auch alle diejenigen, welche jetzt noch ins Land kommen, ohne weiteres unter diese Verordnung fallen. Es ist daher unbedingt Vorsicht geboten und allen denen, die nach Rumänien auswandern wollen, zu raten, sich vorher bei den zuständigen Stellen in Deutschland eingehend zu erkundigen.

Summarische Justiz. Wie aus Newyork gemeldet wird, gelten in der Stadt Harlow im Staate Oklahoma besonders strenge Gesetze gegen die Neger. Es ist dort immer Brauch gewesen, daß kein Neger die Nacht in der Stadt verbringen durfte. An allen sichtbaren Stellen, auf Plätzen und Straßen sind Schilder angebracht mit der Inschrift: O, Neger, laß die Sonne in Harlow nicht über Deinem Haupte untergehen. Diese Vorschrift ist bis vor kurzem strikt innegehalten worden. Vor ein paar Tagen indessen wurde sie von einem der angesehensten Bürger der Stadt, einem Hotelbesitzer namens Birch, durchbrochen. Dieser Mann nahm einen Neger als Portier in sein Haus und stellte ihn fest an. Am nächsten Tage bereits erschienen 15 Männer vor dem Hotel, die sich in keiner Weise unkenntlich gemacht hatten. Es waren 15 Bürger der Stadt, die von dem Hotelier die Herausgabe des Negers verlangten, um ihn zu lynchen. Der Hotelbesitzer suchte ihnen zunächst den Gedanken auszureden und widersetzte sich dann der Ausführung. Daraufhin zog einer der 15 kurzer Hand einen Revolver und schoß den Hotelbesitzer über den Haufen. Dann wurde der Neger aus dem Hotel herausgeholt und ebenfalls erschossen. Das Ganze ist ein Fall von Lynch-Justiz, wie es sich brutaler kaum denken läßt.

Ein Konkurrent Amundsens. Die Zeitung Sjoefartstidende in Christiania veröffentlicht eine Meldung aus Newyork, in der dem Nordpolfahrer Roald Amundsen eine „freundschaftliche" Konkurrenz bei seinem Nordpol-Flugplan in Aussicht gestellt wird. Es war in einer früheren Nachricht davon die Rede, daß das Luftschiff „Shenandoah" von der amerikanischen Marineverwaltung Amundsen für seinen Nordpolarflug zur Verfügung gestellt werden sollte. Jetzt hat aber die Marineverwaltung der Vereinigten Staaten den Plan gefaßt, einen eigenen Flug nach dem Nordpol zu unternehmen und dabei wird das erwähnte Luftschiff in erster Linie Verwendung finden. Es wird voraussichtlich von Lakewood, New Jersey, nach Alaska fahren und dann versuchen, von dort aus den Nordpol zu erreichen. Dann soll die Rückkehr nach Alaska erfolgen. Der Plan ist also etwas anders als der Amundsens. Der norwegische Polarforscher hat die Absicht, von Spitzbergen nach Alaska über den Pol hinwegzufliegen. Die Amerikaner stellen ihm übrigens für dieses Unternehmen weiterhin ihre Hilfe in Aussicht.

Landwirtschaftlicher Kalender für Januar

Ackerbau. Abheben von Rainen und Erde und Straßenkotfahren auf bedürftige Aecker, Saatfelder, wo Wasser stehen bleibt, entwässern, Mistfahren und bei leichterem Frost Mistjauche auf die Wintersaaten; bei sehr starkem Frost ohne Schnee unterläßt man es. Die Wege sind nachzusehen und auszubessern.

Hauswirtschaft. Der Landwirt schließe seine vorjährige Rechnung ab und mache danach seinen Wirtschafts- und Haushaltungsplan für das neue Jahr. Der „Hartmonat" ist zwar die Zeit der Ruhe für die Natur, der Landmann hat darin auch manche Feierstunde, in welcher er etwa ein nützliches Buch lesen kann. Doch gibt es je nach der Witterung auch manche Januararbeit, welche er nicht versäumen darf. In seiner Hofraite Ausbessern von Acker- und Hausgeräten, Dreschen von Kleesamen, Umstechen von Getreidehaufen, Ueberdecken von Rüben-, Kartoffeln-, Runkelgruben usw.

Garten- und Obstbau. Bei offener Erde sind Obstkerne zu legen und die früher gesäten nachzusehen, Pfropfreiser, namentlich von Steinobst, zu schneiden, kühl und trocken aufzubewahren, Gartenländer können rajolt werden, die Mistbeete werden mit Pferdemist warm gelegt, die Spargelbeete mit Mist überdeckt, damit die Winterfeuchtigkeit das Flüssige zu den Wurzeln führe. Das eingeschlagene Gemüse ist nachzusehen, der Samenvorrat zu reinigen, die Baumschulen sind vor den Hasen zu schützen.

Viehzucht. Pflege des Mastviehs und der jungen Tiere durch zweckmäßig zusammengesetzte Fütterung, warm gehaltene und doch auch zeitweilig gelüftete Stallungen; Kühe kalben, Schafe lammen und zeitig gefütterte, warm gesetzte Hühner, namentlich die Cochinchinesen und deren Bastarde fangen an Eier zu legen. Die Düngerbereitung und Aufbewahrung werde aufmerksam betrieben.

Bienenzucht. Schütze die Stöcke vor Frost, Schnee, Mäusen, hüte sie vor Beunruhigung, namentlich bei warmen Sonnenblicken, welche sie aus den Stöcken locken und wobei die heraustretenden zugrunde gehen.

Bekanntmachung

Aufbewahren! Ausschneiden!

Betrifft: Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn. Gültig ab 1. Januar 1924.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 sind die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn grundlegend geändert worden. Danach ist der Steuerabzug wie folgt geregelt:

A. Allgemeines.

Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abzüglich fester Papiermarkermäßigungen nach dem Familienstand sowie zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge als Steuer einzubehalten. Künftig dagegen bleibt ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers bei jedem Arbeitnehmer ein bestimmter Teil des Arbeitslohnes, nämlich bei Zahlung des Arbeitslohns

1. für volle Monate 50 Goldmark monatlich,
2. für volle Wochen 12 Goldmark wöchentlich,
3. für volle Arbeitstage 2 Goldmark täglich,
4. für kürzere Zeiträume 0,50 Goldmark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden

vom Steuerabzug frei. Durch diesen sogenannten „steuerfreien Lohnbetrag" werden die Werbungskosten abgegolten, der Familienstand wird besonders berücksichtigt (s. u.). Die unter 1 bis 4 bezeichneten Beträge scheiden also bei der Berechnung der Steuer von vornherein aus und sind daher vom Arbeitslohn in Abzug zu bringen.

Von dem den steuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohns sind bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. als Steuer einzubehalten, sofern es sich um einen ledigen oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer handelt. Der Satz von 10 v. H. ermäßigt sich um je 1 v. H. für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder des Arbeitnehmers, wenn sie auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkt sind, sowie für jeden auf dem Steuerbuch vermerkten mittellosen Angehörigen des Arbeitnehmers. Der hiernach einzubehaltende Hundertsatz ergibt sich aus der nachfolgenden

Tabelle.

Zahl der minderjährigen Kinder und mittellosen Angehörige	Verheirateter Arbeitnehmer	Lediger oder verwitweter Arbeitnehmer
—	9 v. H.	10 v. H.
1	8 „ „	9 „ „
2	7 „ „	8 „ „
3	6 „ „	7 „ „
4	5 „ „	6 „ „
5	4 „ „	5 „ „
6	3 „ „	4 „ „
7	2 „ „	3 „ „
8	1 „ „	2 „ „
9	—	1 „ „
10	—	—

1. Verwendung der einbehaltenen Steuerbeträge.

a) Grundsätzlich (Ausnahme unter 2) hat jeder Arbeitgeber die einbehaltenen Beträge in bar oder durch Ueberweisung an die Kasse des Finanzamts abzuführen, in dessen Bezirk die Betriebsstätte liegt. Es sind abzuführen:

Die in der Zeit vom 1. bis 10. eines Monats einbehaltenen Beträge spätestens bis zum 15., die in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 25. d. Mts., die in der Zeit vom 21. bis zum Schluß einbehaltenen Beträge bis zum 5. des folgenden Monats. Dabei ist anzugeben, daß es sich um Steuerbeträge handelt und für welchen Zeitraum sie gezahlt werden.

b) Nach Ablauf eines jeden Kalendermonats, spätestens bis zum 5. des folgenden Monats, also nicht mehr, wie bisher, bei jeder einzelnen Abführung, ist der Kasse des Finanzamts der Betriebsstätte eine Bescheinigung mit folgendem Wortlaut zu übersenden:

„Es wird hiermit nach bestem Wissen und Gewissen versichert, daß die an die Kasse des Finanzamts in . . . . von mir (uns) für den Monat . . . . 192.. abgeführten Steuerabzugsbeträge von insgesamt . . . . Goldmark mit dem Gesamtbetrag der vom Arbeitslohn meiner (unserer) Arbeitnehmer in diesem Monat einbehaltenen Steuerbeträge übereinstimmen."

Die Bescheinigung ist von dem Arbeitgeber oder einer zur Vertretung der Firma rechtlich befugten Person zu unterschreiben. Sie kann auf den Postabschnitt gesetzt werden.

2. Markenverfahren.

Arbeitgeber, die zu Beginn eines Kalenderjahres nicht mehr als drei Arbeitnehmer in einem dauernden Dienstverhältnis beschäftigen, haben die einbehaltenen Beträge durch Ankauf von Steuermarken an das Reich abzuführen. Die Steuermarken lauten auf Goldmark und sind vom 10. Januar 1924 ab bei den Postämtern erhältlich. Die Verwendung der einbehaltenen Beträge durch Ankauf, Einkleben und Entwerten von Steuermarken hat innerhalb derselben Frist zu erfolgen, wie die Abführung der Beträge im Ueberweisungsverfahren.

B. Einzelheiten.

1. Arbeitslohn: Dem Steuerabzug unterliegt wie bisher der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in öffentlichem oder privatem Dienst beschäftigte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung, gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form beziehen. Der Begriff des Arbeitslohnes ist jedoch insofern erweitert, als fortan auch die Entschädigung, die den in privatem Dienst oder Auftragsverhältnissen stehenden Personen zur Bestreitung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwandes gezahlt werden, zum Arbeitslohn gehören. Diese Dienstaufwandsentschädigungen unterliegen also künftig dem Steuerabzug.

2. Steuerbuch: Der Arbeitgeber ist nach wie vor an die amtlichen Eintragungen auf dem Steuerbuch gebunden. Er darf einen hinzugekommenen Familienangehörigen erst dann berücksichtigen, wenn das Steuerbuch von der zuständigen Stelle berichtigt worden ist. Auf den Steuerbüchern für 1924 ist lediglich der Familienstand vermerkt. Der steuerfreie Lohnbetrag ist nicht einzutragen. Er ist ohne Weiteres vom Arbeitslohn in Abzug zu bringen. Mittellose Angehörige sind nur zu berücksichtigen, wenn sie von dem Finanzamt auf dem Steuerbuch vermerkt sind. Das Steuerbuch und die Einlagebogen (beim Markenverfahren) hat der Arbeitgeber während der Dauer des Dienstverhältnisses bis zum Schluß des Kalenderjahres aufzubewahren. Weigert sich der Arbeitnehmer, das Steuerbuch vorzulegen, so hat der Arbeitgeber 10 v. H. des vollen Arbeitslohnes — ohne jede Ermäßigung — als Steuer einzubehalten.

3. Lohnkonto: Bisher hatte der Arbeitgeber regelmäßig vierteljährlich Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen über den Steuerabzug im abgelaufenen Kalendervierteljahr auszuschreiben. Diese Verpflichtung fällt während des Jahres weg. Dafür hat der Arbeitgeber lediglich den von ihm gezahlten Arbeitslohn unter Angabe des Zahltages und getrennt nach laufenden Bezügen und einmaligen Einnahmen (z. B. Tantiemen, Gratifikationen, Nachzahlungen) sowie nach Barlohn und Sachbezügen und die vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge unter genauer Bezeichnung des Arbeitnehmers kontenweise für jeden Arbeitnehmer in Goldmark fortlaufend aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind bis zum Ablauf des dritten auf die Lohnzahlung folgenden Kalenderjahres aufzubewahren. Der Arbeitslohn ist auch dann aufzuzeichnen, wenn mit Rücksicht auf die Höhe der Ermäßigungen ein Steuerabzug nicht vorzunehmen ist, es sei denn, daß der Arbeitslohn wöchentlich nicht mehr als 12 Goldmark beträgt.

4. Abschlagszahlungen: In den Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß als Lohnzahlung auch Vorschuß- und Abschlagszahlungen gelten. Daher ist auch von diesen Zahlungen der Steuerabzug vorzunehmen.

5. Akkordlohn: Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit, sondern nach dem Erfolg der Arbeit gezahlt, z. B. bei Akkordarbeit, so sind von dem vollen Lohnbetrag 4 v. H. ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers einzubehalten. Der steuerfreie Lohnbetrag darf nicht in Abzug gebracht werden.

6. Einmalige Einnahmen: Erhält ein Arbeitnehmer außer seinen laufenden Bezügen einmalige Einnahmen, z. B. Tantiemen, Gratifikationen, so ist vom vollen Betrag dieser Einnahmen der sich nach dem Familienstand ergebende Hundertsatz als Steuer einzubehalten. Auch hier darf der steuerfreie Lohnbetrag nicht in Abzug gebracht werden.

7. Abrundung: Die durch den Abzug vom Arbeitslohn einzubehaltenden Steuerbeträge sind in allen Fällen auf den nächsten durch 5 Goldpfennig teilbaren Betrag nach unten abzurunden.

8. Inkrafttreten: Die neuen Bestimmungen finden erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der für eine Arbeitsleistung gezahlt wird, die nach dem 31. Dezember 1923 erfolgt.

Diez, den 29. Dezember 1923.

Das Finanzamt

Wandkalender
für das Jahr 1924
sind zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Amtlicher Teil

I. 10943. Diez, den 21. Dezember 1923.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Betrifft: Erkrankungen u. Todesfälle an Milzbrand bei Menschen.

Die auf Grund der jährlichen Milzbrandstatistik gemachten Feststellungen haben ergeben, daß die Meldungen über Milzbrandfälle unter Menschen, die durch die Erhebungsformulare der Ortspolizeibehörden nachgewiesen werden, sehr oft nicht mit den Wochennachweisungen der Kreisärzte übereinstimmen bezw. ganz unterblieben sind. Ich nehme daher Bezug auf meine Kreisblattverfügung vom 1. Juni 1910, I. 4755, Kreisblatt Nr. 129, und erwarte, daß die von der Ortspolizeibehörde auszufüllenden Erhebungsformulare so rasch wie irgend möglich nach der Genesung oder dem Tode des Erkrankten in doppelter Ausfertigung durch meine Hand dem Herrn Regierungs-Präsidenten eingereicht werden.

Der Landrat

I. 10880. Diez, den 27. Dezember 1923.

An die Magistrate und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Betrifft: Aufstellung der Viehbestandsverzeichnisse für die Erhebung der Beiträge zu den Viehseuchenentschädigungsfonds für 1923.

Zu Punkt 5 der Bekanntmachung des Herrn Landeshauptmanns vom 28. November 1923, veröffentlicht durch meine Kreisblattverfügung vom 20. Dezember 1923, I. 10880, — Kreisblatt Nr. 157 — ist angeordnet, daß die Aufstellung der Viehbestandsverzeichnisse nach dem Ergebnisse der Viehzählung am 1. Oktober 1923 zu erfolgen hat. Da aber bei dieser Viehzählung Pferde nicht gezählt worden sind, so müssen diese jetzt noch ebenfalls nach dem Stande vom 1. Oktober d. Js. aufgenommen und in das Viehbestandsverzeichnis eingetragen werden.

Der Landrat

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Gattin, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Katharine Kaffine
geb. Weyer

nach langem Leiden im Alter von 64 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familien Kaffine u. Pfeifer

Bad Ems, Milwaukee Wis (U. St.), den 1. Januar 1924.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 2 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Neujahrswunsch-Ablösung 1923/24

An der Ablösung haben sich durch Zeichnung von Beiträgen beteiligt:

1. Heck, Bürgermeister, 2. Stern, Julius, Kaufmann, 3. Klein, Wilhelm, Kaufmann, 4. Stallschmidt, Fritz, Kaufm., 5. Reinhard, Karl, Gastwirt und Bäckermeister, 6. Kah, L. Kaufmann, 7. Buck, Josef, Buchbindermeister, 8. Sterkel, W. Bäckermeister, 9. Müller, W. Fahrradhandlung, 10. Berninger, Heinrich, Kaufmann, 11. Meckel, Fr. Buchhändler, 12. Rau, A. Kaufmann. 13 Seyberth, Adolf, Bäckermeister, 14. Wuth, Fritz, Apotheker, 15. Ströbel, H., Bezirksschornsteinfegermstr. 16. Bemmerer, Mich., Konditormeister; 17. Aßheid, L., Gastwirt, 18. Jäger, Rud., Uhrmacher, 19. Bodenheimer u. Stern, Kaufm., 20. Wolf, J. Kaufm., 21. Tischer, C. Dentist, 22. Schmiemann, B. Kaufmann, 23. Hatzenkamp, K. Metzgermeister, 24. Lotz, Ado., Metzgermeister, 25. Nold, Fritz, Metzgermstr. 26. Thomas, Karl, Metzgermeister, 27. Schmidt, H. Kaufmann, 28. Schade u. Füllgrabe, 29. Rosenthal, Louis, Rentner, 30. Bremser, Heinrich, Gastwirt, 31. Tritsch, Jakob, Schlossermeister, 32. Ströhm, August und Hermann, Spediteure, 33. Schwarz, Wilhelm, Bäckermeister, 34. Finkler, R. Ingenieur, 35. Rosier, H. Kaufmann, 36. Thielmann, Kaufmann, 37. Paul, C. Stadtrentmeister a. D., 38. Levita, Gebrüder, Kaufmann, 39. Seibel, Willi, Malermeister, 40. Hatzfeld, Ernst, Konditormeister, 41. Hennemann, Gustav, Bäckermeister 42. Zimmermann, Aug., Drogist, 43. [illegible], Josef, Schneidermeister, 44. Lotz, Heinrich, Bäckermeister, 45. Kröller, Heinrich, Kaufmann. 46. Pfeifer, Karl, Mühlenbesitzer, 47. Balzer, Georg, Kaufmann, 48. Dinslage, Ernst, Kaufmann, 49. Ameke, Max, Baurat, 50. Petzhull, Dr. Medizinalrat, 51. Fuchs, Wilhelm, Fabrikant, 52. Meitzen, Theodor, Kaufmann, 53. Merkel, Georg, Friseur, 54. Künzler, W. Bürgermeister a. D., Freiendiez, 55. Müller, Polizeisekretär, 56. Meyer, Otto, Kaufmann, 57. v. Bismarck, Major a. D., 58. Schreiber, Familie, Bäckerei und Kolonialwarengeschäft, 59. Kaltwasser, Aug. Lehrer, 60. Schneider, W. Eisenb.-Sekretär a. D., 61. Möbelhaus Zimmermann, 62. Grün, W. Kaufmann, 63. Stahl, Walter, Bankvorsteher.

Allen Gebern herzlichsten Dank!

Diez, den 31. Dezember 1923.

Der Bürgermeister.
Heck

FRANZISKA BALTIN
ALBERT RATEL
VERLOBTE

BAD EMS — NEUJAHR 1924 — MERRIS

Braunkohlenbriketts
eingetroffen.
Friedr. Wesseling Ww.
Kohlenhandlung, Bad Ems. Tel. 39.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei dem Hinscheiden meiner lieben, guten Frau innigen Dank!

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Egert.

Bad Ems, den 31. Dezember 1923.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: 1 Millimeterzeile 8 Goldpfg. auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem zweifachen Emser Multiplikator berechnet. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems. Zuschr.: B. Fazer, Helfingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 85, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 2 — Bad Ems, Donnerstag den 3. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 1. Jan. Beim Reichspräsidenten fand am Neujahrstage der übliche Empfang des diplomatischen Korps statt, zu dem sich die Botschafter, die Gesandten und die Geschäftsträger sämtlicher in Deutschland vertretenen Mächte eingefunden hatten, und bei dem auch der Reichskanzler zugegen war. Als Doyen des diplomatischen Korps hielt der apostolische Nuntius Monsignore Pacelli folgende Ansprache:

Herr Reichspräsident!! Der Beginn des neuen Jahres versammelt wiederum die Vertreter der fremden Staaten um Ihre Person, um Ihnen und der deutschen Nation, deren höchstes Amt Ihnen anvertraut ist, ihre Glückwünsche und Wünsche darzubieten. Das soeben verflossene Jahr ist nicht ohne schwere Schmerzen und Leiden für die Menschheit dahingegangen, aber besonders an diesem Tage, den man gewöhnlich mit Freude und Fröhlichkeit feiert, richten sich unsere Blicke mit einer um so innigeren Teilnahme auf gewisse unglückliche Klassen des Volkes, in dessen Mitte wir leben. Das sind die werktätigen Stände, ebenso wie die Geistesarbeiter. Das ist der Mittelstand, das sind Kranke, Greise, Frauen und Kinder, denen oft das Allernötigste zum Leben fehlt. Wir sprechen den edlen Herzen unseren Beifall aus, die sich bemühen, ein so erschütterndes Elend zu lindern, und wir wünschen glühend, daß alle Nationen sich jener gesunden und ruhigen Wohlfahrt erfreuen mögen, die auf Gerechtigkeit, auf friedlicher Arbeit und auf brüderlicher Liebe beruht. Das ist es, Herr Reichspräsident, was ich, der ich jetzt wiederum die Ehre habe, bei dieser Gelegenheit im Namen des beim Reich beglaubigten diplomatischen Korps an Sie das Wort zu richten, mit ganzem Herzen von der göttlichen Vorsehung, der höchsten Lenkerin der menschlichen Geschicke, erflehe.

Der Reichspräsident **Ebert** erwiderte hierauf mit folgenden Worten:

Herr Nuntius! **Meine Herren! Es ist mir eine** ganz besondere Freude, wieder aus Ihrem Munde die Glückwünsche entgegenzunehmen, die Sie mir und dem deutschen Volke aus Anlaß des heutigen Tages im Namen des diplomatischen Korps auszusprechen die Güte hatten. Dankbaren Herzens begrüße ich die Worte des Mitgefühls, mit denen Sie der Not des deutschen Volkes und derjenigen unserer Volksgenossen gedacht haben, die in diesem schweren Winter unter bitterer Bedrängnis leiden. Mit aufrichtiger Genugtuung stellen wir fest, daß weite Kreise der fremden Nationen sich der in Deutschland herrschenden Not bewußt geworden sind, und, vom Geist wahrer Menschenliebe beseelt, uns Hilfe und Beistand geleistet haben; manches Leiden ist dadurch gemildert, und vielen ist auf diesem Wege wirksam geholfen worden. Mit Recht haben Sie auf diesen Geist allgemeiner Menschenliebe hingewiesen, der zusammen mit dem Gefühl der Gerechtigkeit gegenüber den anderen Nationen die sichste Gewähr für den Fortschritt und das gedeihliche Zusammenarbeiten der Völker bietet. Es ist bei Beginn dieses neuen Jahres der sehnlichste Wunsch des deutschen Volkes in seinem harten und duldenden Ringen um sein Leben und seine Zukunft, daß auch ihm bald das hohe Gut ruhiger Arbeit und friedlichen Lebens im Kreise der Völker beschieden sei. Mit der Hoffnung, daß der von Ihnen so warmen Herzens gewürdigte Geist der wahren Menschlichkeit im neuen Jahre sich weiter ausbreiten und immer tiefere Wurzeln fassen möge, verbinde ich, Herr Nuntius, meine Herren, die Bitte, Ihren Staatsoberhäuptern, Regierungen und Völkern meine herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche für ein glückliches und friedliches neues Jahr zu übermitteln.

Der Reichspräsident begrüßte alsdann die diplomatischen Vertreter und tauschte in persönlichen Einzelgesprächen mit ihnen Neujahrswünsche aus.

Im Anschluß daran empfing der Reichspräsident den Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre. Hierbei hielt der **Reichskanzler** folgende Ansprache:

Herr Reichspräsident! **Namens der hier versammelten Minister und Staatssekretäre des Reiches** habe ich die Ehre, dem Herrn Reichspräsidenten die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahre zu entbieten. **Das Jahr 1923, das nunmehr hinter uns liegt, hat besonders harte Schicksalsschläge unserem** Volk und Vaterland beschieden. Ich brauche nur auf die Besetzung der reichsten und betriebsamsten Industriegegend an der Ruhr hinzuweisen und alle die ungeheuerlichen Folgeerscheinungen, die sich daran geknüpft haben. Die schwere Beeinträchtigung unseres Finanz- und Wirtschaftslebens, die dadurch verursacht worden ist, zwingt uns jetzt, geradezu brutale Maßnahmen zu treffen, um wenigstens die [illegible] Verhältnisse unseres Staatslebens zu be[illegible]. Darüber hinaus liegt das Jahr 1923 hinter uns. Es [illegible] der ganze Stammt der deutschen Nation dazu, dem Jahre 1924 und der politischen Entwicklung in ihm getrost entgegenzusehen. Aber die edlen Eigenschaften des deutschen Volkes, die in der Zeit der Not besonders hell zu Tage treten, lassen uns die Hoffnung schöpfen, daß es uns trotz aller entgegenstehenden Hindernisse möglich sein wird, das deutsche Volk und Vaterland einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Die Männer, die Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, mit Ihrem Vertrauen beehrt und an verantwortungsvolle Regierungsstellen berufen haben, fühlen sich heute ganz besonders von dem ernsten und heiligen Pflichtgefühl durchdrungen, von neuem feierlichst zu erklären, daß sie ihre ganze Kraft daransetzen werden, um unser geliebtes deutsches Vaterland im kommenden Jahre aus seinem tiefen Verfall herauszuführen und die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nach Möglichkeit zu gesunder Entwicklung zu bringen. Dies Ihnen, Herr Reichspräsident, am heutigen Tage zum Ausdruck zu bringen, ist uns ein Herzensbedürfnis. Eine Regierung, die fest in sich vereint und entschlossen auf das gemeinsame Ziel, das deutsche Vaterland zu retten, ihre Kraft und Anstrengung einsetzt, wird in einmütigem Zusammenwirken mit Ihnen, Herr Reichspräsident, eine Gewähr dafür bieten, daß das Jahr 1924 ein erfolgreiches sein wird für den Wiederaufstieg unseres Volkes und Reichs!"

Der **Reichspräsident** erwiderte darauf:

Die Glückwünsche, die Sie mir zum neuen Jahre auszusprechen so freundlich waren, erwidere ich Ihnen aufs herzlichste. Mit lebhafter Genugtuung nehme ich Ihre, von großem vaterländischen Pflichtgefühl getragene Versicherung der selbstlosen und verantwortungsbewußten Arbeit im Dienste des deutschen Volkes entgegen. Mit Recht haben Sie darauf hingewiesen, daß das abgelaufene Jahr dem deutschen Volke schwere Opfer auferlegt hat. Insbesonderblicken unsere Brüder an Rhein und Ruhr auf ein Jahr harter Bedrängnis zurück. Dankbar erinnern wir uns aber auch heute des Opfermutes, mit dem alle Schichten der Bevölkerung das harte Los tragen und weiter tragen. Möge das neue Jahr diesen deutschen Gebieten eine Erleichterung ihres schweren Schicksals dadurch bringen, daß es gelingt, auf der Grundlage des wahren Friedens und des Rechts der Völker die Lebensmöglichkeiten und die wirtschaftlichen Kräfte ihrer Bewohner wieder zu entfalten. Groß ist die wirtschaftliche Not in weiten Schichten unseres Volkes. Die Reichsregierung mußte zu tiefeinschneidenden Maßnahmen greifen, zu Maßnahmen, die den einzelnen schwer treffen, aber doch notwendig sind, um die Lebensfähigkeit des Landes zu erhalten. Bei allen Anstrengungen des Reiches ist dem schlimmsten Elend aber nur zu steuern, wenn jeder Einzelne nach besten Kräften mithilft. Mit Befriedigung kann man feststellen, daß bei uns wie im Auslande sich viele menschenfreundliche Herzen und Hände regen. Aber noch sind unter uns viele, die unberührt von der Not des Volkes abseits stehen! An sie richtet sich unser dringender Appell zur Menschenpflicht! Auch die Zukunft wird von uns allen schwere Opfer fordern, wenn wir unsere nationale Existenz erhalten und sichern wollen. Zur Erreichung dieses Zieles ist mehr denn je gerade heute der Wille des ganzen deutschen Volkes zur Zusammengehörigkeit notwendig. Nicht in dem Widerstreit der Interessen und Ideen, nicht in dem täglichen Betonen der bestehenden Gegensätze liegt der Weg zur Zukunft unseres Volkes, sondern im Hervorheben des Gemeinschaftlichen und im Willen zur Volkszugehörigkeit, die unserer aller Schicksalsgemeinschaft ist.

Daß dieser Wille und dieser Geist der Sammlung das deutsche Volk im neuen Jahre mehr als bisher leiten möge, ist mein herzlichster Wunsch am heutigen Tage. Hierzu nach besten Kräften beizutragen, ist die aufrichtige Bitte, die ich an Sie, meine Herren, richte!

Hiernach empfing der Reichspräsident den Reichstagspräsidenten **Löbe** und den Vizepräsidenten **Riesser**, welche ihm Glückwünsche des Reichstages übermittelten und die Hoffnung aussprachen, daß das neue Jahr durch eine Erleichterung der außenpolitischen Lage wie durch eine innere Sanierung dem deutschen Volke segensreich werden möge. — Der Reichspräsident erwiderte die Wünsche mit Worten des Dankes und gab der Erwartung Ausdruck, daß der Reichstag, dessen Tätigkeit durch die dringende Not der finanziellen Lage zurzeit etwas in den Hintergrund getreten ist, bald wieder in seine vollen Rechte und seine ganze Arbeit eingesetzt werde.

Darauf sprach eine Abordnung des Reichsrats, dem Reichspräsidenten die Glückwünsche des Reichsrats aus. Später übermittelten die Vertreter des Heeres und der Marineleitung dem Reichspräsidenten die Wünsche des Reichsheeres und der Reichsmarine zum neuen Jahr.

Politische Nachrichten

Deutschland

Die deutsche Not

Oesterreichs Hilfe für Deutschland.

Wien, 1. Jan. (Wolff.) Das Ergebnis der Sammlungen für die Deutschlandshilfe des Landes Nieder-Oesterreich haben bereits den Betrag von 2 Milliarden Kronen überschritten. Außerdem wurden 1000 Verpflegungsstellen für deutsche Kinder die Mitte Januar hier eintreffen sollen, gestiftet.

Der Dank des Reichspräsidenten an Oesterreich.

Berlin, 31. Dez. (Wolff.) Der Reichspräsident hat dem österreichischen Bundespräsidenten folgendes Telegramm zugesandt:

Bundespräsident Hainisch, Wien. Zum Jahreswechsel spreche ich Ihnen und dem stammesverwandten österreichischen Volke herzlichsten Glückwunsch aus. Deutschland gedenkt in aufrichtiger Dankbarkeit der vielen Beweise hilfsbereiter Anteilnahme des Brudervolkes. Möge das neue Jahr unsere Länder fördern auf dem Wege der Gesundung, den Oesterreich zu unserer Freude bereits mit gutem Erfolge beschritten hat.

gez. Ebert, Reichspräsident.

•

Berlin, 31. Dez. Die Germania veröffentlicht das Geleitwort des Reichskanzlers zum neuen Jahre, in dem es heißt: Die deutsche Regierung hat zu Ende des Jahres 1923 den Weg der Verständigung beschritten, sie wird ihn auch im Jahre 1924 weiter gehen, ungeachtet der Hindernisse, die sich ihr entgegenstellen. Obwohl aus tausend Wunden blutend, hat das deutsche Volk noch nicht den Mut verloren. Es hofft immer noch, weil es selbst schafft und Werte erzeugt, in die freie Arbeit eintreten zu können in der Reihe aller Nationen, die bestrebt sind, die Wunden des Krieges und der Nachkriegszeit zu heilen. Wir sind dankbar für jedes Zeichen von Wohlwollen, dankbar auch für jede willige Hilfsbereitschaft der Welt, sei sie wirtschaftlich oder politisch gedacht. Deutschland hat den Willen zur Mitarbeit und wird ihn durch die Tat beweisen, wenn seine Hände von den Fesseln befreit sein werden, die es heute noch an der Mitarbeit in der Reihe aller Nationen behindern.

•

Die „Zeit" enthält einen Ausblick in das neue Jahr, in dem Reichsminister des Aeußern, Dr. Stresemann u. a. sagt: An die Stelle der Scheinblüte der deutschen Wirtschaft, die das Ausland immer zu einer wirklich großen Prosperität stempeln wollte, ist heute die völlige deutsche Armut getreten. Es ist klar, daß wir Leistungen nach außen in dieser Situation nicht zu übernehmen vermögen. Es ist weiter klar, daß wir einer internationalen Anleihe bedürfen, die uns die Möglichkeit gibt, für unsere Lebensmittelversorgung das Nötige herbeizuschaffen, unsere Währung zu stabilisieren, unserer Industrie die notwendigen Rohstoffe zuzuführen, um so den Grund zu legen für eine zukünftige, wirkliche deutsche Wirtschaftsprosperität. Dazu ist nötig eine Zeit ruhiger Entwicklung, die Sicherheit der Grenzen, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität.

•

Laut „Voss. Ztg." wird der 15er-Ausschuß des Reichstags bereits am 8. Januar zur Beratung der dritten Steuernotverordnung zusammentreten.

•

Zur Antwort Frankreichs und Belgiens.

Berlin, 31. Dez. Nach der „B. Z." ist die Antwort Frankreichs und Belgiens auf die deutsche Weihnachtsdenkschrift über einen modus vivendi im Ruhrgebiet nicht vor Mittwoch oder Donnerstag zu erwarten.

•

Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter.

Berlin, 1. Jan. Wie die Blätter melden, fand am Montag nachmittag eine längere Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Berlin statt, in der die schwebenden politischen Fragen erörtert wurden

•

Neujahrswünsche der Heeresleitung an die Reichswehr.

Berlin, 31. Dez. (WB.) An das Reichsheer! — Dem deutschen Reichsheer Glück zum neuen Jahre! Hinter uns liegt ein Jahr angestrengter und erfolgreicher Arbeit. Das Heer schreitet vorwärts auf dem Wege der Ausbildung und der Festigung zum Wohle des Vaterlandes. Warme Anerkennung gilt allen Kommandeuren und Truppen, welche für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reich eingesetzt waren und sind. In mustergültiger Disziplin haben sie oft unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Schuldigkeit getan und bewiesen, daß in der jungen Wehrmacht die alten Soldateneigenschaften lebendig sind. Besonderer Dank gebührt allen Bestrebungen, welche darauf abzielen, durch die in uns liegende Kraft der Ordnung und Selbstlosigkeit in den wirtschaftlichen Nöten des Volkes zu helfen. Wenn uns die Möglichkeit belassen bleibt, auf diesem Wege vorwärts zu schreiten, so wird die Reichswehr immer mehr zu einem segensreichen und ausschlaggebenden Teil der Reichsgewalt werden. Das Heer geht einem nicht leichten Jahre entgegen. Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes lasten schwer auch auf der Reichswehr. Von ihr wird Aufopferung und selbstlose Hingabe neben dem stillen Tragen von Entbehrungen verlangt. Ich vertraue darauf, daß die Reichswehr auch diesen Forderungen gewachsen sein und fest stehen wird in Treue, in Gehorsam, in Kameradschaft und in Einigkeit. Gez. von Seeckt, General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

Neujahrswünsche an Heer und Flotte.

Berlin, 31. Sept. Aufruf Dr. Geßlers. — An die Wehrmacht! Auch beim diesjährigen Jahreswechsel drängt es mich, allen Angehörigen von Heer und Marine meinen wärmsten Dank und Anerkennung für ihre treue Pflichterfüllung in schwerer Zeit auszusprechen. Berufen zum Schutz der deutschen Heimat, hat die Reichswehr voll ihre Schuldigkeit getan und sich damit in weitesten Kreisen des Volkes neues Vertrauen und Ansehen erworben. Für das kommende Jahr vereinigen wir uns zu dem Gelübde, daß die Reichswehr allen Schwierigkeiten zum Trotz bleibt, eiserne Klammer der Einheit des Reiches und unerschütterlicher Grundstein der verfassungsmäßigen Ordnung, auf der sich unser Vaterland aufbaut zu Größe und Freiheit.

•

Keine Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Wie der „Lokalanzeiger" aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben will, werden die Bemühungen der Reichsregierung über die Abänderung des Ausnahmezustandes in linksgerichteten politischen Kreisen als nicht ausreichend angesehen. Vertreter der S. P. D. hätten deshalb gestern mit Mitgliedern der bürgerlichen Koalitionsparteien Fühlung genommen, inwieweit im bürgerlichen Lager für eine restlose Beseitigung des Ausnahmezustandes Neigung vorhanden wäre. Die Sozialdemokraten seien für eine sofortige Einberufung des Reichstages eingetreten. Auf bürgerlicher Seite sei man indessen der Meinung, daß schon aus außenpolitischen Gründen eine restlose Aufhebung des Ausnahmezustandes gegenwärtig nicht möglich wäre.

Berlin, 31. Dez. (WB.) Verordnung über die Abänderung des bestehenden Ausnahmezustandes vom 23. Dezember 1923. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Artikel 1. Hinter § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 29. September 1923, Reichsgesetzblatt I, Seite 905, werden folgende Paragraphen 5a und 5b eingeschaltet: § 5a. Gegen das Verbot regelmäßig erscheinender Druckschriften. Eine Beschwerde an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ist zulässig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Der Staatsgerichtshof entscheidet in der Besetzung von drei Mitgliedern, von denen mindestens eins dem Reichsgerichte nicht angehört. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen in Ziffern 2 und 3 der Verordnung über das Verfahren vor dem Staatsgerichtshofe zum Schutze der Republik in Verwaltungssachen vom 1. August 1923 Reichsgesetzblatt I, Seite 675 Anwendung. Die Einzelheiten des Staatsgerichtshofs sind schriftlich zu begründen und dem Beteiligten zuzustellen. — § 5b. Auf die Beschränkungen der persönlichen Freiheit findet das Gesetz betr. Verfassung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegs- und Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916, Reichsgesetzblatt Seite 1329 Anwendung. An die Stelle des Reichsmilitärgerichts tritt der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Für Besetzung und Verfahren gelten die Bestimmungen des § 5a.

Artikel 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie findet auch Anwendung, soweit an diesem Tage auf grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 regelmäßig erscheinende Druckschriften verboten oder Personen in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt sind. Personen, die sich am Tage der Verkündung dieser Verordnung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 in Haft befinden, sind alsbald darüber zu belehren, daß ihnen gegen ihre Verhaf-

tung jederzeit das Rechtsmittel der Beschwerde an den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik zusteht. Der Reichspräsident: gez. Ebert. Der Reichskanzler: gez. Marx. Der Reichsminister des Innern: gez. Dr. Jarres.

*

Vorkriegsarbeitszeit.

Berlin, 31. Dez. Mangels Verständigung der Tarifparteien hat das Reichsarbeitsministerium zur Regelung der Arbeitszeitfrage für den Mansfelder Kupferschieferbau einen Schlichtungsausschuß eingesetzt, der einen Schiedsspruch gefällt hat. Danach soll angesichts der schwierigen Wirtschaftslage der Mansfelder Werke und um die Arbeitsgelegenheit der Arbeitnehmer zu sichern, unter Aufhebung der von der Mansfelder Aktiengesellschaft eingeführten Arbeitszeitverlängerung die Vorkriegsarbeitszeit eingeführt werden. Ueber verschiedene Manteltarifstreitigkeiten werden die Parteien im Bezirk verhandeln. Im übrigen soll der zum 31. Dezember gekündigte Manteltarifvertrag noch weiter laufen. Arbeiterentlassungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden.

*

Berlin, 31. Dez. Mit Schluß dieses Monats erlischt die Befugnis der Krankenkassen, zu den früheren Beiträgen 2 v. H. des Grundlohnes als Notzuschlag zu erheben. Die wirtschaftliche Lage läßt nicht zu, diese Befugnis auf das neue Jahr zu erstrecken. Wo bisher der Notzuschlag erhoben worden ist, sinkt mit Beginn des neuen Jahres der Krankenbeitrag ohne weiteres.

*

Der auf dem Boden der Hirsch-Dunckerschen Organisationen stehende Gewerkschaftsbund aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten.

Der auf dem Boden der Hirsch-Dunckerschen Organisationen stehende Gewerkschaftsbund der Angestellten ist, wie die „Voss. Ztg." meldet, aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten. Der Schritt wird begründet mit dem Hinweis auf das Vorgehen der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Arbeitgeberschaft, das jeglichen Verständigungswillen mit den Arbeitnehmern vermissen lasse.

Bayern

Verfassungsreform in Bayern.

Die Versammlung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei hat am 29. Dezember beschlossen, daß ein Volksbegehren eingeleitet wird, wonach 1. der Landtag aufgelöst, und 2. ein Gesetzentwurf vorgelegt wird auf Ermächtigung des neu zu wählenden Landtages, mit einfacher Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder eine neue Verfassungsurkunde zu beschließen. Die Begründung des Gesetzentwurfes, der dem Volksbegehren zu unterbreiten ist, soll als besondere Ziele der neuen Gesetzgebung enthalten: a) Einführung des Staatspräsidenten, der u. a. auch das Recht der Landtagsauflösung haben soll, b) Zweikammersystem, Vereinfachung des parlamentarischen Betriebes und Verringerung seiner Kosten; c) Aenderung des Wahlrechts im Sinne einer Verbindung zwischen Wahlkreis und Abgeordneten; d) Erweiterung der Volksrechte (Volksbegehren und Volksentscheid).

In der Begründung dieser Forderungen wird gesagt: Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei ist der Auffassung, daß das bayerische Parlament erst dann wieder seine Arbeitsfähigkeit erlangt und das bayrische Staatswesen erst dann zu gesunden vermag, wenn die aus den Verhältnissen der Revolution des Jahres 1918 heraus geborene Verfassung geändert wird. Eine neue Verfassung muß geschaffen werden, die bayrischen Stempel trägt, die echt deutschen und christlich vaterländischen Geist hat. Dies kann nur geschehen, wenn der Wille des Volkes die Parteisucht kleiner Minderheiten des Parlaments überwindet. Der Landesausschuß ruft daher das bayrische Volk auf, im Wege des Volksbegehrens und des Volksentscheids die in der Revolution geschaffene Verfassung zu ersetzen durch eine von christlichen und vaterländischen Idealen beherrschte neue Verfassungsurkunde.

Die Bayrische Volksparteikorrespondenz schreibt dazu: Die Verwirklichung der Verfassungsreform scheiterte bisher an der Zusammensetzung des Landtags, dessen Minderheit sich den bekannten Paragraphen 92 zunutze machte, um alle Aenderungen der Revolutionsverfassung zu verhindern. An dem Mißbrauch dieses Verfassungsparagraphen hat sich der Landtag selbst zugrunde gerichtet. Damit war die Stunde gekommen, zum Volke zu gehen und ihm zu sagen: schafft uns die Voraussetzungen für eine neue Verfassung, die mit den bayrischen Bedürfnissen in Einklang steht, damit das Volk von den schädlichen Folgen der seit Jahr und Tag dauernden Verfassungskrise erlöst wird.

*

München, 31. Dez. Wie die München-Augsburger Abendzeitung schreibt, werde augenblicklich aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei gegen landfremde Studenten an der Münchener Universität mit denen preußische oder deutsch-österreichische Studenten gemeint seien, planmäßig Stimmung gemacht. Landtagsabgeordneter Rathmayer habe auf den bayrischen Geist hingewiesen, der jetzt in München sein Unwesen treibe. Eine unverhältnismäßig große Anzahl nichtbayrischer Studenten studiere auf Kosten der bayrischen Steuerzahler. Das Blatt erwartet vom Senat der Universität, daß er die Studentenschaft gegen derartige Angriffe klar in Schutz nehme.

Langheinrich †.

München, 31. Dez. Der in Künstlerkreisen bekannte Architekt Max Langheinrich, der auch zu den Gründern der „Elf Scharfrichter" gehört, ist im Alter von 55 Jahren gestorben.

Thüringen

Einigung der Bürgerlichen in Thüringen.

Erfurt, 1. Jan. Die Thüringer Allgemeine Zeitung meldet aus Weimar: Die gesamten bürgerlichen Parteien und Verbände Thüringens beschlossen, am Montag nachmittag in Weimar die Gründung eines bürgerlichen Ordnungsbundes zur Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste und faßten folgende Entschließung: Die versammelten Parteien und Verbände beschließen eine Einheitsliste mit dem Ziele, die sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Landtag gründlich zu brechen, die Wiederkehr einer einseitigen Klassenregierung zu verhindern und gemeinsam nach der Wahl danach zu streben, die in den letzten Jahren dem Thüringer Staatswesen durch die sozialistisch-kommunistische Regierung zugefügten Schäden zu heilen.

Verhaftung untreuer Beamten in dem thüringischen Ministerium.

Berlin, 1. Jan. Aufgrund der Feststellungen der zu den thüringischen Landeszentralbehörden entsandten Reichsbeauftragten die zu einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft in Weimar geführt haben, ist, wie uns aus Weimar mitgeteilt wird, von der dortigen Staatsanwaltschaft Regierungsassessor Kunze vom thüringischen Ministerium des Innern wegen des dringenden Verdachts der Urkundenfälschung und Aktenbeseitigung verhaftet worden. Kunze, der Vorbildung für den mittleren Gemeindebeamtendienst besitzt, wurde im April 1922 als Assistent im Ministerium des Innern eingestellt und am 10. 4. 1923 zum Regierungsassessor ernannt.

Aus dem besetzten Gebiet

Bekanntmachung der Arbeitgebervereinigung in Düsseldorf.

Köln, 31. Dez. Die Arbeitgebervereinigung für die Eisen- und Stahlerzeugende und verarbeitende Industrie in Düsseldorf und Umgebung, zu der alle derartigen Werke in Düsseldorf, Benrath, Ratingen, Hilden, Großenbaum, Huckingen und Lintorf gehören, erläßt, wie die Köln. Ztg. aus Düsseldorf berichtet, eine Bekanntmachung an ihre Arbeiter, daß vom 2. Januar an für diese Werke nur noch zu den Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und den Arbeitnehmerverbänden gearbeitet wird. Vom 2. Januar ab beträgt in diesen Werken die Arbeitszeit einschließlich der Pausen für sechs Wochentage in den Hüttenwerken durchschnittlich 59 Stunden (Tagesschicht 58, Nachtschicht 60 Stunden, für Arbeiter in der weiterverarbeitenden Industrie 57½ Stunden. Für die Bezahlung werden täglich die Arbeitsstunden zugrunde gelegt, d. h. ein Arbeiter, der zehn Stunden arbeitet, erhält auch für zehn Stunden Stundenlohn. Bei der Einstellung in die Werke sollen vor allem ehemalige Werksangehörige berücksichtigt werden.

Der Verkehr über die Rheinbrücke (Ludwigshafen) gestattet.

Ludwigshafen, 31. Dez. Durch Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission ist von heute ab der Verkehr über die Rheinbrücke für die Bewohner des besetzten Gebiets gegen Vorzeigen lediglich ihres Personalausweises gestattet. Die Bewohner des rechtsrheinischen Gebiets dagegen bedürfen für das Betreten des besetzten Gebietes nach wie vor eines Paßvisums.

Verkehr bei Dortmund.

Dortmund, 31. Dez. Im Verfolg der Dortmunder Verhandlungen mit der Regie sind von deutscher Seite alle Vorbereitungen getroffen worden, um den Verkehr zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet über sämtliche Uebergangsstationen sofort in Gang zu bringen. Bei den Inspektionen der französischen Regie sind entsprechende Weisungen zur beschleunigten Aufnahme des Personenverkehrs noch nicht eingegangen. Die deutschen Dienststellen, die für den Verkauf von Regiefahrkarten vorgesehen sind, sind von der Regie noch nicht mit entsprechenden Fahrkarten, Tarifen, Material usw. ausgerüstet. Diese Verzögerungen werden von den Handel- und Gewerbetreibenden sowie von der Arbeiterbevölkerung aufs unliebsamste empfunden.

Oesterreich

Neujahrswunsch des österreichischen Bundespräsidenten.

Berlin, 31. Dez. (WB.) Dem Reichspräsidenten ist vom österreichischen Bundespräsidenten folgendes Telegramm zugegangen: Anläßlich des neuen Jahres bitte ich nebst wärmsten Glückwünschen für Ihr persönliches Wohlergehen die Versicherung entgegenzunehmen, daß ganz Oesterreich in herzlichster Sympathie des schwergeprüften deutschen Volkes gedenkt und die feste Hoffnung hegt, daß auch für Deutschland bald bessere und glücklichere Zeiten kommen möchten. gez. Hainisch.

Ungarn

Die Urheber des Bombenattentats in Csongrad verhaftet.

Budapest, 31. Dez. (WB.) Die Untersuchung des Bombenattentats in Csongrad hat zu der Verhaftung sämtlicher Täter geführt, die morgen der Staatsanwaltschaft zugeführt werden. Der Haupttäter, der die Bombe warf, ist der 22jährige Landwirt Sinko, der intellektuelle Urheber der aktive Oberleutnant Priska, der mit Zustimmung der Militärbehörde ebenfalls verhaftet wurde. An dem Verbrechen sind außerdem noch 5 Personen mitschuldig. Auf Grund der Aussagen der Verhafteten gelang es, eine größere Menge Patronen die mit Sprengstoffen gefüllt waren, zu beschlagnahmen.

Frankreich

Das französisch-tschechoslowakische Bündnis.

London, 31. Dez. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, das französisch-tschechoslowakische Bündnis sei weiterhin das in den diplomatischen Kreisen am meisten erörterte Thema. In London herrsche allgemeine Ueberraschung darüber, daß die Staatskunst Prags, die bisher viel Vorsicht und Mäßigung gezeigt, sich in eine Allianz habe verwickeln lassen, die früher oder später fast unvermeidlich Europa wieder in zwei bewaffnete Lager teilen müsse. Die öffentliche Meinung Italiens sei wegen des zwischen Paris und Prag geplanten Paktes am meisten besorgt, weil sie der Ansicht sei, daß, wenn ein derartiger Pakt auch in erster Linie gegen Deutschland gerichtet sei, er doch die Konsolidierung der Kleinen Entente möglicherweise mit Unterstützung Griechenlands bedeute, und der geplanten italienisch-russischen Verständigung im Wege stehen könnte. Das Ergebnis könnte sein, daß die Versöhnung zwischen Italien und einigen seiner früheren Feinde, wie Ungarn und Bulgarien, beschleunigt würde und daß diese Versöhnung mit der letzten italienisch-spanischen Annäherung verbunden werde. Inzwischen seien weitere Symptome einer italienisch-polnischen Annäherung vorhanden. Die italienische Firma Perrone verhandele mit dem polnischen Generalstab wegen des Baues großer Rüstungs- und Munitionswerke in Polen.

Belgien

Neujahrsempfang im königl. Schloß.

Brüssel, 1. Jan. (WB.) Bei den Neujahrsempfängen im Königlichen Schloß sagte der König in Erwiderung auf eine Ansprache des Präsidenten der Deputiertenkammer, die Regelung der Reparationsfrage sei für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts Belgiens unerläßlich. Die Berechtigung der Reparationen sei, wie von der ganzen Welt, so auch von Deutschland anerkannt worden. Dem Präsidenten des Senats erwiderte der König auf dessen Ansprache, die Haltung Belgiens sei durch seine politische und geographische Lage bestimmt und ziele darauf ab, die bestehenden Freundschaften aufrechtzuerhalten und die unerläßlichen Stützen zu bewahren.

Schweiz

Beunruhigung über Rußland.

Genf, 31. Dez. Verschiedene Blätter der französischen Schweiz geben ihrer Beunruhigung darüber Ausdruck, daß die russische Regierung ihre Teilnahme an der von dem Völkerbund im Januar einberufenen Kommissionstagung zur Beschränkung der Rüstungen zur See unter der Bedingung zugesagt habe, daß diese Tagung nicht in Genf stattfinde, und zwar mit Rücksicht auf den Freispruch im Conradi-Prozeß. Nach dem Völkerbundsberichterstatter der Gazette de Lausanne legt der Völkerbund den größten Wert auf die Teilnahme der Russen, die an den Konferenzarbeiten stark interessiert sind. Die russische Forderung bringe den Völkerbund daher in die Verlegenheit, zwischen der Schweiz, die keine Flotte besitze, und der Seemacht Rußland zu wählen. Die Gazette de Lausanne weist darauf hin, daß der Beschluß des Völkerbunds in dieser Frage weittragende Folgen für die Schweiz und den Völkerbund selbst haben könne, vor allem, wenn Rußland eines Tages in den Völkerbund eintreten sollte.

Spanien

Sir Horace Rumbold Botschafter in Madrid.

London, 31. Dez. Sir Horace Rumbold ist zum Botschafter in Madrid ernannt worden als Nachfolger Howards, der Botschafter in Washington wird, nachdem, wie bereits gemeldet, Geddes aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten ist.

Jolanda und Salomea.

Roman von A. Böttcher

23 (Nachdruck verboten.)

Schimpfend und knurrend stelzt Paolo Mons in dem Zimmer umher. Der Name Bonmartino versetzt ihn noch immer in furchtbaren Zorn.

„Bin neugierig, was die Bande wieder will!" brummt er ärgerlich. „Von denen kommt nichts Gutes!"

Salomea wechselt gar nicht erst die Toilette. Nach wenigen Minuten schon befindet sie sich auf dem Wege nach dem Corso Umberto.

— — — — — — — — — —

Zum dritten Male betritt Salomea Belloni den alten Palazzo.

Ernst, schweigsam, doch voll Ehrerbietung geleitet der Diener die mit einfacher Eleganz gekleidete Dame durch verschiedene, matt erleuchtete Gänge bis zu einer Polstertür, die er behutsam öffnet.

Dämmerlicht umfängt die Eintretende.

Zuerst vermag sie nichts zu unterscheiden.

Dann bemerkt sie am Kamin einen Lehnsessel, auf dem eine gebückte Gestalt sitzt, die Knie trotz der im Zimmer herrschenden Wärme mit einer dicken Decke umwickelt.

Und daneben, ein Buch in der Hand, aus dem sie vorgelesen zu haben scheint, eine dunkle Frauengestalt.

Jetzt wendet die Frauengestalt den Kopf.

Ein Freudenschimmer huscht über ihr ernstes Antlitz. Rasch erhebt sie sich und streckt der Eintretenden stumm beide Hände entgegen.

Salomea fühlt, wie ihr Herz sich zusammenkrampft... Großer Gott! Ist dieses bleiche Geschöpf Jolanda? Die blühende, jugendfrische, strahlende Jolanda?

Auch Salomea spricht kein Wort; die Kehle ist ihr wie zugeschnürt. Schweigend blickt sie von Jolanda auf den alten Mann im Lehnstuhl und wieder auf Jolanda...

„Vater!" sagt Jolanda langsam, indem sie Salomea bei der Hand faßt und sie dem alten Manne zuführt. „Vater! Salomea Belloni ist hier!"

Der Marchese zuckt zusammen. In seinem Dämmerzustand hatte er das Eintreten der fremden Dame gar nicht bemerkt.

Er öffnet die Augen und starrt die junge Frau an wie ein Gespenst.

Dann winkt er matt mit der zitternden Rechten ab.

„Erst meine Geschichte! Meine Geschichte!" stöhnte er. „Ich würde sie nicht über die Lippen bringen, wenn diese Augen verächtlich auf mir ruhten."

Schweigend zieht Salomea sich in den äußersten Winkel des Zimmers zurück. Was werden die nächsten Minuten ihr bringen? Was will der alte Mann von ihr? Er, der ihr Bruder ist und doch ihr — ärgster Feind? ...

Inzwischen hat der Marchese mit Aufbietung all seiner Kräfte die Fassung wiedergewonnen.

Geradeaus blickend, als sehe er in ferne Weiten, beginnt er langsam, eintönig:

„Ich zählte elf Jahre und mein Bruder Bernardo kaum zehn, als unsere Mutter starb. Ich liebte meine Mutter sehr. Sie war eine edle, vornehm gesinnte Frau, uns Knaben das herrlichste Vorbild. Nie wieder habe ich ein Weib gesehen wie sie; nie wieder werde ich eines sehen. In meinen Augen war sie vollkommen ... Lange, lange konnte ich ihren Tod nicht verwinden. Und auch mein Vater war untröstlich; er schien die Lust am Leben zu verlieren. Sogar sein Interesse an seinem blühenden Bankhaus erlahmte. Er ging auf Reisen. Vorher hatte er die Hälfte seines beträchtlichen Vermögens aus der Bank herausgenommen; die andere Hälfte blieb darin, und die Firma wurde auf seine beiden Söhne, auf mich und meinen Bruder Bernardo übertragen. Mein Bruder war ein vorzüglicher Geschäftsmann, klug, vorsichtig, berechnend. Ich umso weniger; ich kannte nie den Wert des Geldes und gab aus, wie es meiner Laune gerade behagte. Auch kümmerte ich mich fast gar nicht ums Geschäft. Was Wunder, daß das Bankhaus sich nicht auf seiner Höhe halten konnte!

Wie bereits erwähnt — mein Vater hatte meine verstorbene Mutter von Herzen geliebt, und nie dachten wir daran, daß er ihr je eine Nachfolgerin geben könne. — Viele, viele Jahre vergingen; mein Vater blieb einsam.

„Da merkten wir Söhne bei einem längeren gemeinsamen Aufenthalt in Venedig, daß er, damals ein schon bejahrter Mann, einer jungen Fischerstochter nachlief, eine kleine Liebelei, wie wir glaubten, und wir amüsierten uns im Stillen über diese Laune. Aber die Sache wurde ernst. Trotz unserer Vorstellungen, trotz der bedrohlichen Angriffe von seiten des jähzornigen Bruders der Fischerstochter, welcher die Ehre seiner Schwester verteidigen zu müssen glaubte, ließ mein Vater von seiner tollen Liebe nicht ab.

Er heiratete das Mädchen. Wir Söhne waren empört — vorerst, daß er unserer vornehmen Mutter eine solch niedrig geborene Nachfolgerin gab. Dann aber auch, weil wir uns pekuniär benachteiligt sahen. Ein heftiger Streit entspann sich, der bald zum vollständigen Bruch führte.

Ich hatte mich inzwischen verheiratet — eine sehr schöne, stolze, vornehme, aber vollständig verarmte Römerin aus fürstlichem Geblüt war meine Frau geworden ... Ich liebte meine Claudia namenlos; um ihr ein Vergnügen zu bereiten, streute ich Geld mit vollen Händen aus. Und dieses Glück steigerte sich noch, als uns ein Töchterchen geboren wurde — mein Ebenbild, wie man mir allgemein sagte. Doch von der Geburt des Kindes ab kränkelte meine Gattin. Sie wurde launenhaft, extravagant und verschwenderisch, und ich verliebter Tor befriedigte jeden ihrer Wünsche, auch den wahnsinnigsten.

Inzwischen hatten wir lange Zeit nichts von meinem Vater und seiner jungen Frau gehört. Wir wußten nur, daß das Paar auf Madeira lebte und daß ihnen ein Töchterchen geboren worden war.

„Da erhielten wir plötzlich eine Depesche aus Madeira, mein Bruder und ich möchten sofort hinkommen, der Vater läge im Sterben und verlange nach seinen Söhnen.

Wir gingen hin ... Der Vater starb, und wir nahmen seine Leiche mit uns nach Rom."

Der Marchese schweigt einige Augenblicke erschöpft. Weder seine Tochter, noch Salomea hatten ihn auch nur mit einer Silbe unterbrochen. Beide hängen mit atemloser Spannung an seinen Lippen, wenn auch ganz verschiedene Empfindungen ihr Herz durchzucken bei den seltsamen Enthüllungen des alten Mannes.

„Unser Bankgeschäft war damals dem Ruine nahe", fährt er nach einer Weile mit Anstrengung fort, „teils durch verfehlte Spekulationen meines Bruders, teils durch meine Verschwendungssucht. Unsere einzige Hoffnung ruhte auf dem Testament meines Vaters. Wenn wir auf einmal wieder eine tüchtige Summe in die Hände bekämen — der drohende Bankrott und die damit verbundene Schande ließen sich vermeiden.

„Welch Entsetzen packte uns aber, als bei der Testamentseröffnung sich herausstellte, daß mein Vater sein ganzes Vermögen seiner zweiten Gattin und deren Töchterchen hinterließ, mit dem Hinzufügen, seine Söhne aus erster Ehe hätten bereits früher ihren Teil erhalten. Für meine Mutter und Tochter [illegible] das Vermögen an die beiden [illegible]

Ein leises Geräusch von der Ecke her, wo Salomea sitzt, läßt den Marchese innehalten.

In der ersten Erregung ist Salomea aufgesprungen. Es ist wahr. Sie kennt bereits den Inhalt des Testamentes [illegible] Ihre Augen flammen; ihre Fäuste ballen sich. Dieses sanftere Gefühl ist wie weggewischt. Hin möchte sie stürzen zu dem alten Manne dort im Lehnstuhl, ihm Aug' in Auge gegenüberstehen und ihm zurufen: „Schurke! Was hast Du getan an meiner armen, kranken Mutter! Bekenne und — büße!"

Doch ein Blick auf Jolanda, die, bleich, angstvoll jede Bewegung des geliebten Vaters verfolgend, am Kamin lehnt, besänftigt ihren flammenden Zorn.

Sie setzt sich wieder.

Auch den Marchese hat die Erinnerung übermannt. Aufseufzend wischt er sich die dicken Schweißtropfen von der geröteten Stirn.

„Meine Frau war zu der Zeit gerade besonders leidend," fährt der Marchese abermals, jetzt mit merklich zitternder Stimme und stoßweise, fort. „Zu ihrer krankhaften Nervosität — hatte sich die Malaria gesellt, und der Arzt riet uns dringend einen längeren Aufenthalt im Gebirge an, wenn ich das Leben meiner Frau retten wolle ... Meine Claudia — in Lebensgefahr! Ich liebte diese Frau so sehr, daß mich schon der Gedanke an ihren Verlust fast wahnsinnig machte! Aber wie konnte ich mit der Schwerkranken ins Gebirge gehen — jetzt, da wir vor dem Bankrott standen?

„Ich klagte meinem Bruder mein Leid. Wir hatten niemals viel Sympathien für einander, aber in dringlichen Fällen war es meine Gewohnheit, mich an ihn zu wenden, wenn ich mir keinen Rat wußte ... Er hörte mich ruhig an. Dann sagte er langsam, jede Silbe scharf betonend:

„Willst du die ganze Angelegenheit mir überlassen, Umberto?"

Ich verstand ihn zuerst nicht.

„Ich meine, ob du zufrieden bist, wenn ich Geld herbeischaffe, auf welche Weise es auch sein mag. [illegible] Frau auf Madeira — sie weiß nichts von dem [illegible]

(Schluß folgt.)

Griechenland

Ministerwechsel.

Paris, 2. Jan. Nach einer vom Petit Parisien wiedergegebenen Nachricht hat das griechische Kabinett demissioniert. In liberalen Kreisen glaubt man, daß Venizelos Zaimis berufen werde, um eine Regierung zu bilden, Zaimis werde Venizelos zum Außenminister machen und 3 oder 4 Politikern, die den antivenizelistischen Parteien angehören, Portefeuilles anbieten.

Jugoslavien

Ueber die Lage in Mazedonien.

Belgrad, 1. Jan. Nach dem Eintreffen eines telegraphischen Berichtes aus Sofia über die Erklärungen Zankoffs wurde eine Ministerkonferenz abgehalten, in der Nintschitsch über die Haltung der bulgarischen Regierung referierte. Die Konferenz beschloß, den jugoslawischen Gesandten in Sofia, Rakitsch, zur mündlichen Berichterstattung nach Belgrad zu berufen.

Die Erklärungen Zankoffs in der Sobranje über die Lage in Mazedonien haben in der hiesigen Oeffentlichkeit große Entrüstung hervorgerufen. Die Blätter weisen mit Entschiedenheit die inkorrekte Haltung der bulgarischen Regierung zurück, die sich anmaße, sich in innere Angelegenheiten Jugoslawiens einzumischen. Die Prawda z. B. schreibt, obwohl Bulgarien den Friedensvertrag nicht erfüllt und die Abrüstung nicht vollzogen habe, erdreiste es sich ein stehendes Heer wegen des Zankapfels Mazedonien zu verlangen. Die Drohungen Zankoffs schüchtern in Jugoslavien niemanden ein.

England

Abbau der irischen Armee.

London, 1. Jan. Der irische Freistaat setzt rasch seine Truppen auf den Friedensstand herab. Der Finanzminister beschloß, die Ausgaben für die Armee auf vier Millionen Pfund zu beschränken. Das stehende Heer soll etwa 20000 Mann zählen, also weniger als zwei Drittel der nach dem englisch-irischen Vertrag zulässigen Zahl. Die Demobilisierung wird zusammen mit der Entlassung von über 10000 Gefangenen sehr auf das Angebot von Arbeitskräften einwirken. Deshalb sollen 2 Millionen Pfund für gelegentliche Arbeiten bewilligt werden.

Die Stimmung in England.

WTB. London, 1. Jan. Die Neujahrsbetrachtungen der englischen Presse sind fast durchweg zuversichtlich gestimmt. Die unmittelbare bevorstehende Aussicht einer Regierung der Arbeiterpartei nimmt darin den Hauptplatz ein.

Der „Daily Telegraph" schreibt, die Jahreswende falle mit einem wirklichen Wendepunkt in den Angelegenheiten Englands als Nation zusammen. Die Aussicht auf eine sozialistische Regierung innerhalb weniger Wochen sei das größte Ereignis in der britischen Politik seit Menschengedenken.

Die radikale „Daily News" schreibt, die sorgfältig genährte Panik wegen der Aussichten auf eine Arbeiterregierung werde bald im Lichte der Wirklichkeit zerstört werden. Der kommende Regierungswechsel verspreche Gutes für das britische Volk. Bezugnehmend auf die Anwesenheit einer Anzahl hervorragender Geschäftsleute in Rußland die versuchen, mit der Räteregierung größere Geschäfte zustande zu bringen, als bisher abgeschlossen wurden, fährt das Blatt fort, eine der ersten Aufgaben der nächsten britischen Regierung werde sein, amtlich das neue Rußland anzuerkennen. Nur durch Anerkennung könne der Handel zwischen beiden Nationen in erheblichem Maße wiederhergestellt werden. Auch in der größeren Frage der Wiederherstellung Europas sei die Aussicht besser als je seit der Ruhrbesetzung.

In der „Times" heißt es: England scheine zum ersten Mal in seiner Geschichte bestimmt zu sein, eine Arbeiterregierung im Amt zu sehen. Je eher die Arbeiterpartei an ihren eigenen Persönlichkeiten die riesigen Schwierigkeiten der Verwaltung erfahre, und die Last der Verantwortlichkeit fühle, die die Regierung und die Führung der Millionen ihrer Mitbürger auferlege, um so besser und sicherer sei es für den geschichtlichen Staat England. Wenn die allernächsten Wochen ein Arbeiterkabinett auf die Regierungsbank brächten, so werde England sich darauf verlassen, daß die Arbeiterminister als Engländer denken und handeln werden.

Kellog, der neue Botschafter der Vereinigten Staaten.

London, 31. Dez. Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten Kellog ist in London angekommen. Er erklärte, das wirtschaftliche und politische Chaos in vielen Teilen der Welt erfordere die toleranteste und großzügigste Art staatsmännischer Behandlung besonders von Seiten der Großmächte. Er glaube aber, daß das Jahr 1924 erfreulicher sein werde als das Jahr 1923.

London, 1. Jan. Zu der Behauptung, die britische Regierung sei in irgendeiner Weise für die Veröffentlichung der jüngsten deutschen Note betreffend die Verhältnisse in den besetzten Gebieten verantwortlich, stellt Reuter fest, daß von keiner amtlichen britischen Stelle eine Information über die Note ausgegeben worden sei.

Lord Curzon über die konservative Partei.

London, 1. Jan. In einer Neujahrsbotschaft sagt Lord Curzon, die konservative Partei ist noch immer weitaus die stärkste und keine andere Partei hat irgendwelchen Anspruch darauf zu regieren. Die Konservativen müssen ihre ganze Kraft einsetzen, um zu verhindern, daß eine Politik, die nur von einem kleinen Teile der Allgemeinheit gutgeheißen wird, dem Lande aufgezwungen werde.

Amerika

Neujahrsbotschaft des amerikanischen Handelssekretärs Hoover.

WTB. London, 2. Jan. Der Newyorker Berichterstatter der Times schreibt: In der Neujahrsbotschaft des Handelssekretärs Hoover herrsche ein optimistischer Ton vor. Nach der Ansicht Hoovers sind die wirtschaftlichen Aussichten für Amerika gut, die Weltlage sei hoffnungsvoll und zwar infolge der Einleitung von Verhandlungen für die Regelung des deutschen Problems, das Hoover die größte wirtschaftliche Bedrohung der Welt nennt. Hoover erklärte weiter, die Stabilisierung des französischen Franken und eine große Verminderung in den europäischen Rüstungen seien unbedingte Vorbedingungen für die Wohlfahrt der Welt. Die finanzielle Stärke und Stabilität der westlichen Halbkugel und die Aussicht auf eine baldige Gesundung über die französisch-deutschen Beziehungen schaffe eine hoffnungsvolle Grundlage, auf der das neue Jahr aufbauen müsse.

Wirtschaftliches

Zwischen den Festen haben sogar die Börsenmakler einmal ruhige Tage. Nur einmal treten sie in dieser Woche in Aktion und an diesem Börsem einen Börsentage ist das Geschäft selbstverständlich außerordentlich flau. Dann aber wird es mit vollen Segeln in das neue Jahr hineingehen und man rechnet allgemein damit, daß die Börsenluft dann nicht mehr lau und flau weht, sondern daß sie vollen Wind in die Segeln bläst. Ob sich diese Hoffnung wohl erfüllen wird?

Auch die Börse, — oder vielmehr gerade sie — muß dem neuen Währungszustand ihren Tribut zollen. Das Erwachen aus dem Traum der Milliarden und Billionen ist vielleicht nirgends so bitter gewesen als gerade hier. Deshalb hat man auch an der Börse bis heute noch nicht die Vorspiegelung der Billionenziffern ganz aufgegeben und man kann sich sehr wohl vorstellen, daß man immer noch mit einiger Liebe an diesen Billionenziffern klebt. Sie haben Monate, ja jahrelang das Futter geliefert, an dem die Börse fette Weide hatte. Das waren die Zeiten, in denen der ehrliche und solide Arbeiter das Gefühl hatte, daß der Geldstrom an ihm vorbei ging, und daß bestenfalls ein paar Spritzer für ihn abfielen. Die Hauptsache aber fand jedenfalls ihren Weg in die Taschen der Spekulanten, und der Entwertungs-Profitanten. Das hat nun ein Ende. Man weiß aus ganz authentischer Quelle daß der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht von den verschiedensten Seiten um alles in der Welt beschworen worden ist, doch den Dollarkurs der deutschen Papiermark noch um einige Billionen in die Höhe schnellen zu lassen. Jeder Sprung wäre für die Spekulation und für die Börsenstammgäste noch eine neue Gewinnchance gewesen. Und was hätte man nicht alles „zum Abgewöhnen" noch gerne mitgenommen!

Aber der Währungskommissar war unerbittlich und infolgedessen haben die Kurse an der Börse sich ziemlich konsolidiert. Die Spekulation sitzt dabei und besieht sich trauernd die leeren Taschen. Zwar hüllt man immer noch aus alter Anhänglichkeit den Billionenschleier um die Kurse, aber in Wirklichkeit liegen die Dinge doch so, daß auch das Schulkind heute schon durch diesen Schleier hindurchsieht. Und man braucht bloß eine Billion gleich 1 Mark zu setzen, um zu wissen, wie es im Reich der deutschen Effekten aussieht. 20 Billionen d. h. 20 Mark auf das Stück von 1000 Mark sind selbst bei gut fundierten Industrie-Aktien keine Seltenheit und diejenigen Aktien, die auf Goldpari stehen, kann man mit der Laterne suchen. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß bei den meisten Industriegesellschaften das Aktienkapital stark verwässert worden ist — selbst dann bleiben die Kurse noch erschreckend niedrig und an die Stelle des Hausseraumels, den wir in den verflossenen Monaten und Jahren schaudernd erlebt haben, ist jetzt die nackte Wahrheit getreten und sie besagt nicht mehr und nicht weniger als eine ungeheure Entwertung der deutschen Industriewerte.

Als im November mit der Einführung der festen deutschen Währung ernst gemacht werden sollte, konnte man die eigentümliche Beobachtung machen, daß die Effektenspekulation zunächst noch im alten Geleise weiterlief. Sehr viele Einsichtige hätten damals gerne ihren ganzen Effektenbesitz abgestoßen, wenn das deutsche Papiergeld damals schon stabil gewesen wäre. Denn daß die Effektenkurse sinken würden, ließ sich schon damals mit absoluter Sicherheit voraussehen, so fieberhaft auch die Spekulation noch am Beweise des Gegenteils arbeitete. Mittlerweile aber hat jeder die Dinge sehen gelernt, wie sie sind. Und jetzt handelt es sich darum, auf den Entwertungstaumel auch an der Börse endgültig zu verzichten und sich wieder etwas an das solide Metier von früher zu gewöhnen. Die Abhaltung von Börsentagen während der ganzen Woche tut es freilich allein auch nicht.

Sieht man den Dingen auf den Grund, so erkennt man sofort, daß das Heilmittel überhaupt nicht an der Börse liegt. Denn hier spiegelt sich doch nur das wieder, was im eigentlichen Wirtschaftsleben vor sich geht. Das Grundlegende ist also die Wirtschaftsreform. Und da ist es der erste Schritt zur Besserung, daß die Bilanzen der Aktiengesellschaften im neuen Jahre in Goldrechnung aufgemacht sein müssen. Vorbei der Schwindel der ungezählten Nullenreihen. Die festen sich gleichbleibenden Ziffern aber werden wieder dazu zwingen, daß man die Kursbildung auf eine solide Grundlage stellt. Das Publikum hat bisher nur von dem Entwertungsgewinn gezehrt und die Gesellschaften haben nennenswerte Dividenden überhaupt nicht mehr verteilt. Sie werden jetzt wieder auf Gewinn arbeiten müssen, damit das Kursniveau sich wieder etwas hebt. Dieser Grundsatz aber wird sich in ganz zwingender Weise unserem gesamten Wirtschaftsleben und unserer Industrie aufzwängen. Die Kalkulation wird eine ganz andere werden müssen und unendlich viel Ballast, den man bis jetzt mitgeschleppt hat, wird fallen müssen. Arbeit und nochmals Arbeit und wieder Arbeit — das wird der Leitstern unserer Industrie im neuen Jahre sein müssen.

Berlin, 31. Dez. Nach der „B. Z." hat der Reichsfinanzminister der Staatsschuldenverwaltung mitgeteilt, daß er einer Aussetzung der am 2. Januar fälligen Gewinn- und Tilgungsauslosung der Sparprämienanleihe zustimme. Eine Entscheidung über das weitere Schicksal dieser Anleihe im Zusammenhang mit der Lösung der Zinszahlungsfrage für alle anderen Reichsanleihen wird dem Blatt zufolge mit der dritten Steuerverordnung fallen.

Aus dem Zeitungsgewerbe.

Berlin, 31. Dez. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger teilt mit: Der Umrechnungssatz für die am 7. Januar fällig werdende Vorauszahlung auf die Anzeigensteuer für die Dezember-Abschlagszahlung beträgt 1 Goldmark gleich 1 Billion. Der Umrechnungssatz für die endgültige Abrechnung für die Anzeigensteuer für das ganze vierte Quartal 1922 beträgt 1 Goldmark gleich 592 Milliarden.

Freigabe zur Einfuhr.

Berlin, 1. Jan. Im weiteren Verfolg des Abbaus der Außenhandelskontrolle wird durch eine dieser Tage im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung kommende Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers nunmehr auch eine größere Anzahl Waren zur Einfuhr freigegeben: Es handelt sich hauptsächlich um Waren folgender Gruppen: gewisse pflanzliche und tierische Rohstoffe, Erzeugnisse des Abschnittes 1 des Zolltarifs, einzelne Stoffe aus dem Gebiet der Steine, Erden, Metallerze, Mineralöle, Steinkohlenteere, Steinkohlenteerstoffe, Bienenpflanzen, Erdwachs, Seifen außer Feinseifen, gewisse Schmier- und Putzmittel, einzelne chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben, Farbwaren, Kunstwolle, Ramie, Jute, Manila-Hanf, Linoleum, Felle, Häute, Leder, Kautschuk, gewisse Oel- und Kautschukwaren, Hutgeflechte, Holzspan, Stroh, Bast und ähnliche Geflechte, Spaterie, Spateriewaren, gewisse Waren der Schnitz- und Formerstoffe, Halbstoffe zur Papier- und Pappenbereitung, Pappen, Packpapiere, Pflastersteine, gewisse Steine, Platten aus Gips, Schlacken, gewisse Tonwaren, Isolatoren, gewisse Glas- und gewisse Glaswaren, gewisse Maschinenteile, gewisse Wagen (Wiegevorrichtungen), Geldschränke und Kästen, Schrott, Eisenabfälle, Blei, Zink, Zinn, Nickel Kupfer, gewisse Waren daraus, gewisse Erzeugnisse der Feinmechanik, Optik, Dampflokomotiven, auf Schienen laufend, Dampfmaschinen, gewisse Motoren, Maschinen, Wagen für zwei- und einschienige Bahnen, Personen- und Lastwagen, Schlitten ohne Verbindung, mit Antriebsmaschinen, Schiffe ausgenommen, Fluß- und Binnenschiffe, zu Luxuszwecke, Uhrenteile aus unedlen Metallen, Klaviere, Klaviermechaniken, Klaviaturen. Durch Aufhebung dieser Einfuhrverbote wird selbstverständlich der im deutschen Zollsystem liegende Schutz der deutschen Erzeugung nicht berührt. Die Fortsetzung des Abbaues der Einfuhrverbote ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

Wie wird es mit der Währung?

Die Rentenmark hat über den Skeptizismus und das Mißtrauen des deutschen Publikums gesiegt. Während früher das Wertverhältnis zwischen Geld und Ware sich ständig zu ungunsten des Geldes (der Papiermark) veränderte, erleben wir jetzt umgekehrt, daß sich das Wertverhältnis zwischen Geld und Ware zu gunsten des neuen Geldes (der Rentenmark) verbessert. Hierbei ist außer Betracht geblieben, daß für einige Waren (in erster Linie Fleisch) ein gewisser Rückschlag eingetreten ist, der auf die Feiertage und gewisse markttechnische Dinge zurückzuführen ist. Die Tatsache, daß einer der Hauptkritiker des Rentenmarkprojektes, der jetzt auch zum Reichsbankpräsidenten ernannte Dr. Schacht, in der Praxis einer der Hauptkämpfer der Rentenmark geworden ist, beweist, daß jedem Reformplan eine gewisse unerbittliche Logik innewohnt, zu der sich selbst die Gegner bekennen müssen, wenn — und sei es selbst gegen ihren Willen — zur Durchführung des Planes geschritten ist. Dr. Schacht hat den Uebergang zur Goldwährung als unmittelbar bevorstehend bezeichnet und mit dieser Erklärung augenscheinlich sondieren wollen, wie sich die öffentliche Meinung dazu stellt. In der Diskussion über das technische Vorgehen bei der Währungsreform hat man viel zu wenig den springenden Punkt beachtet. Das Wichtigste war, daß überhaupt erst einmal wieder Vertrauen für ein vom Reich (bezw. einem von ihm ins Leben gerufenen Organ) ausgegebenes Zahlungs- und Umlaufsmittel entstand, daß dieses Geld in den Taschen des Publikums blieb und sich nicht übereilig in Waren und andere Sachgüter umzusetzen suchte. Durch die „Zwischenwährung" ist das erreicht worden, was die Voraussetzung für jede Gesundung der Währung ist: Das Publikum gibt das ihm zur Verfügung stehende Bargeld nicht mehr Hals über Kopf aus, sondern wartet, bis der Bedarf eintritt. Die Ueberzeugung, daß man wenigstens fürs erste für zurückgehaltene Ware nicht mehr erzielen würde als für die in normaler Weise zum Verkauf gestellte Ware, hat die Produzenten und Händler jeder Art veranlaßt, zu den früheren soliden Methoden des Angebotes und der Preisstellung zurückzukehren.

Es gilt bis heute in vielen Kreisen des deutschen Volkes als besonders klug und witzig die Lage schwarz in schwarz zu malen und jeder Reformmaßnahme ein baldiges Fiasko zu prophezeien. Trotz der günstigen Erfahrungen, die während der verflossenen sieben Rentenmarkwochen gemacht worden sind, kündigen solche Schwarzseher für Ende Januar oder Anfang Februar den großen Kurssturz der Zwischenwährung an, und machen damit das Heer jener Schakale mobil, die all die Jahre hindurch unseren kranken Wirtschaftskörper benagt haben. Das Ende des Jahres hat einen neuen Schritt der Reichsregierung bei der französischen und belgischen Regierung gebracht. Währungspolitisch ist das Ziel dieses erträgliche politische Verhältnisse zu schaffen, bis eine endgültige Lösung der schwebenden Streitfragen erzielt ist. Damit soll das Hindernis aus dem Wege geräumt werden, welches der Aufnahme eines großen internationalen Valuta- und Sanierungsdarlehns im Wege stand. Gelingt es, die Zustimmung der Reparationskommission zu einer bevorzugten Behandlung eines internationalen Valutadarlehens zu erhalten, so wird Deutschland den zweiten endgültigen Schritt zur Beseitigung des Währungselendes, den Schritt zur Goldwährung, tun können. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, wenn wir glauben würden, die Währungsreform könnte gelingen, ohne daß gleichzeitig die großen außenpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme gelöst werden.

Dr. Troll

Ein Unglück für den deutschen Weinbau

Ein nie dagewesener, unerhörter Notstand ist in den Kreisen der Klein- und Mittelhändler der deutschen Weingebiete eingetreten. Die Gründe liegen klar zu tage. Der Winzer erntet im Jahre nur einmal; der Wein ist sein einziges Produkt. Seit Menschengedenken hat der Winzer im Jahre auch nur eine Einnahme: der Erlös aus dem Verkauf seiner Weine. Von diesem Erlös müssen die Kosten des Haushaltes und die Kosten des Weinbaues das ganze Jahr hindurch gedeckt werden. Das ging in normalen Zeiten, je nach dem Ausfall der Ernte, einmal gut und einmal schlecht; aber ein in das andere Jahr gerechnet, hatte der Winzer sein spärliches Auskommen. Das ist nun auf einmal anders geworden. Die 1921er Weine waren sehr gut, und die Preise, die im Herbst 1921 und im Winter 21/22 gezahlt wurden, überstiegen alles bisher Dagewesene. Unter normalen Verhältnissen hätte der Winzer mit dem Erlös zwei Jahre wirtschaften können, aber er hatte nicht — wie so viele andere — mit den Tücken der Inflation gerechnet. Schon im Vorsommer 1922 kostete ein leeres Fuderfaß mehr, als man im Herbst 1921 für ein volles Fuder 1921er Wein erlöst hatte. Die Kosten der Lebenshaltung und Bewirtschaftungskosten der Weinberge waren in gleicher Weise gestiegen. Als der Herbst 1922 nahte, waren nicht nur die Herbsterträge aus 1921, sondern auch die Reserven aus früheren Jahren vollkommen aufgebraucht. Die Preise für die 1922er Moste und Weine setzten sofort hoch ein. Es wurden bis 10000 Mark bezahlt, etwa zehnmal so viel als der Erlös für die 1921er Weine. Not und Unkenntnis der Verhältnisse veranlaßten die meisten Winzer, ihre Erzeugnisse für diesen Preis abzusetzen. Aber schon im Winter 1922/23 war der Erlös verbraucht und nun stand das Gespenst der krassen Not vor der Tür gar vieler Winzerfamilien. Man griff zu den Reserven im lebenden und toten Inventar. Was irgend entbehrlich schien, wurde verkauft, und wer Kredit hatte, machte Schulden. Das Jahr 1923 war für den Weinbau ein großes Unglücksjahr. Es schien, als ob sich die Elemente gegen den armen Winzer, der einen Verzweiflungskampf um seine Existenz führte, verschworen hätten. Spätfröste, kalte, nasse Witterung in der ersten Entwicklungsperiode, schlechte Blütezeit, Rebenschädlinge aller Art setzten die Hoffnungen auf einen guten Herbst, von Tag zu Tag herab, und nun, wo die Lese da war, lohnte es sich kaum, die wenigen Trauben zu herbsten. Der Kenner der Verhältnisse wird durch diese Notlage nicht überrascht, er hat diese Entwickelung vorausgesehen und hat darauf hingewiesen. Sodann muß festgestellt werden, daß bei der derzeitigen Finanzlage des Reiches an eine Unterstützung von dieser Seite nicht zu denken ist, und daß dem Winzer mit Papiermark-Darlehen überhaupt nicht geholfen werden kann, weil die erforderlichen Riesensummen nirgends aufgebracht werden können. Die Krisis des Weinbaues wird durch die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unendlich verschärft und eine positive Hilfsaktion ist erst dann möglich, wenn auf diesem Gebiete eine Aenderung eingetreten ist. Da dieser Zeitpunkt notwendig nicht mehr lange auf sich warten lassen kann, richtet der Winzerstand schon heute an die, die für die Erhaltung unseres heimischen Weinbaues Sorge zu tragen haben, die Bitte: 1. Den Spar- und Darlehnskassen hinreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit dieselben die dringendsten Kreditbedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigen können. 2. Die Winzer von allen Steuern und öffentlichen Abgaben bis zum Herbst 1924 — den Zeitpunkt der ersten Ernte-Einnahme — zu befreien. 3. Durch geeignete Maßnahmen den Bezug von Kunstdünger, Futtermitteln, Kupfervitriol, Schwefel, Weinzucker usw. gegen langfristigen Kredit möglich zu machen. 4. Den Standesorganisationen der Winzer bei den zuständigen Stellen für die Dauer der brennenden Not Gehör zu verschaffen. Wenn der Weinbau in der gegenwärtigen Krisis nicht zugrunde gehen soll, muß ihm geholfen werden. Namentlich die kleinen Winzer [illegible] in einer verzweifelten Lage: [illegible] setzen stehen vor dem Ruin.

Aus Stadt und Land

Bauernregeln. Januar warm, daß Gott erbarm! Gibt's im Januar viel Regen, bringt's den Früchten keinen Segen. Wenn es nicht wintert, so sommert es nicht. Wenn's Gras wächst im Januar, wächst es schlecht das ganze Jahr. Wenn der Januar viel Regen bringt, werden die Gottesäcker gedüngt. Vinzenten (22.) und Pauli Bekehr (25.) Sonnenschein, deuten auf ein gutes Jahr.

Die **Handelskammer zu Limburg** teilt mit, daß der Güterverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wieder aufgenommen ist und hierfür folgende Bestimmungen gelten: 1. Der Versand von dem besetzten nach dem unbesetzten Gebiet erfolgt in der Weise, daß mit Regiepapieren bis zum Tarifübergangspunkt abgefertigt und die Fracht bis dahin vom Versender gezahlt wird. Gleichzeitig ist ein deutscher Frachtbrief für die Reichsbahnstrecke bis zur Bestimmungsstation beizugeben, auf dem die Restfracht beim Empfänger erhoben wird. 2. Beim Versand vom unbesetzten nach dem besetzten Gebiet ist ein deutscher Frachtbrief zu verwenden. Die Fracht ist bis zum Tarifübergangspunkt vom Absender zu zahlen. Als Bestimmungsstation ist der Tarifübergangspunkt anzugeben. In Spalte „zulässige Erklärung" ist zu setzen „zur Weiterbeförderung im Regiebetrieb nach . . . .". Nachnahmebelastungen, Angabe des Interesses an der Lieferung nachträgliche Verfügungen sind verboten. Frachtbriefe über zollfreie Sendungen müssen mit einem auffallenden Vermerk „Nach Position . . . des interalliierten Zolltarifs vom März 1923 zollfrei" versehen sein. Den zollpflichtigen Sendungen ist die Zollquittung und Einfuhrbewilligung beizugeben oder im Frachtbrief anzugeben, ob und wo diese Papiere etwa hinterlegt sind. Die Fracht für die Regiestrecken wird beim Empfänger erhoben.

Bad Ems, 31. Dez. (Volksbildung.) Der gestrige Volksbildungsabend verlief, wie zu erwarten war, sehr harmonisch und stimmungsvoll. Herr Graesse und Herr Priester erfreuten zu Beginn durch das große Violinkonzert von Bruch, später noch durch das berühmte Air von J. S. Bach, eine italienische Komposition, und zuletzt durch die immer gern gehörte Träumerei von Schumann. Etwa 60 Lichtbilder wurden in zwei Serien gezeigt und durch passende Gesänge der Damen Frl. Schaerffenberg, Frl. Wagner und Frl. Grötsch sowie Violin- und Klaviersolis wirkungsvoll ergänzt. Außer den alten Weihnachtsgesängen hörten wir wunderbar moderne Kompositionen von Regen (Marias Wiegenlied), von Humperdink (Weihnachtslied), das berühmte Ave Maria und ein liebliches Weihnachtsduett beim Schlußbild der deutschen Meister. Die Bilder waren durchweg wunderschön, farbenprächtig und getreue Nachbildungen der großen italienischen, spanischen, holländischen und deutschen Meister. Eine größere Anzahl Besucher wurde durch den Gewinn eines schönen Kunstbildes erfreut. Allen Mitwirkenden sei auch an dieser Stelle für den Abend herzlich gedankt.

Bad Ems, 2. Jan. (Musikalisches.) Am nächsten Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, wird der evangelische Kirchengesangverein in der evangelischen Pfarrkirche das kirchliche Oratorium „Die fromme Ruth" von Hermann Müller zur Aufführung bringen. Der Verein hat dasselbe Musikwerk vor einigen Jahren schon einmal aufgeführt und damit vielen Beifall gefunden. Die volkstümliche und ansprechende Musik, die reich an Klangschönheiten und dynamischen Abwechslungen ist, werden dem neuen Oratorium auch diesmal wieder viele Freunde zuführen. Die Solostimmen sind besetzt mit Frl. J. Schaerffenberg (Ruth) Sopran, Frl. H. Wagner (Naemi) Mezzosopran, Frl. M. Grötsch (Erzählerin) Alt, Herrn Ingenieur Kempf aus Nassau (Boas) Baß. Die Orgelbegleitung liegt in Händen des Herrn W. Schmidt. Außer dem Kirchenchor wird auch der evangelische Bläserchor mitwirken. Anfang und Ende des Konzertes gestatten den Besuch auch den auswärtigen Musikfreunden. Der Vorverkauf der Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfg. und 1 Mark findet durch die Mitglieder des Kirchenchors sowie von Freitag ab durch Herrn Hilzinger und Frau Frauendorf statt. Die Besucher werden herzlich gebeten, sich die Karten durch den Vorverkauf zu besorgen, damit der störende Kartenverkauf am Eingang der Kirche möglichst wegfällt. Textbücher sind noch in geringer Zahl für 30 Pfg. zu haben. Es wird empfohlen, noch vorhandene Textbücher von der früheren Aufführung mitzubringen, da Benutzung des Textbuches viel besseres Verständnis und größeren Genuß bedingt. — Der Verein hat für mittellose Gemeindeglieder eine größere Anzahl Freikarten zur Verfügung gestellt; entsprechende Wünsche sind bei den Mitgliedern vorzubringen.

Bad Ems, 2. Jan. In Ergänzung der gestrigen Notiz wird bemerkt, daß auch der Hausverwalter am Kursaal Herr W. Bailly nach 36jähriger Dienstzeit mit Beginn dieses Jahres in den Ruhestand getreten ist.

✝ **Bad Ems**, 3. Jan. (Turn-Verein). Heute abend 7,30 Uhr Turnen der Damen-Abteilung in der Turnhalle. Das Turnen der Aktiven und Zöglinge findet am Samstag, den 5. Januar, abends 8 Uhr statt.

Nassau, 3. Jan. Die städt. Suppenküche in Nassau wird am 3. Januar eröffnet werden. Die Küche ist in einem Raume in dem Rathausneubau eingerichtet, wo die Empfänger, zunächst etwa 30, die Suppe abholen. Die Spenden für die Küche fließen so reichlich, daß die städtische Wohlfahrtskommission noch eine größere Zahl speisen könnte.

Diez, 1. Jan. Die in der vergangenen Woche niedergegangenen gewaltigen Schneemassen verbunden mit der außergewöhnlich starken Kälte lassen viele Diezer mit Sorgen den kommenden Tagen entgegensehen. Die Gefahr einer Hochflut ist nicht ausgeschlossen. Der Magistrat hat in Gemeinschaft mit der Freiwilligen Feuerwehr alle Vorbereitungen getroffen, um bei eintretendem Hochwasser Leben und Eigentum der Einwohnerschaft zu schützen, sowie den notwendigen Verkehr im Hochwassergebiet aufrechtzuerhalten. Die Freiwillige Feuerwehr hat zu diesem Zweck eine **Wasserwehr** gebildet. Der Hochwasserdienst wird aufgenommen, sobald das Wasser weitere Teile der Stadt überschwemmt und der Verkehr unmöglich geworden ist. Die Einwohnerschaft wird diese neue Einrichtung der Freiwilligen Feuerwehr mit Genugtuung begrüßen und ihr Dank dafür wissen. Da der Dienst von den Wehrmännern ehrenamtlich versehen wird, kann die Einwohnerschaft der Freiwilligen Feuerwehr gegenüber ihren schuldigen Dank am besten dadurch abstatten, daß sie ihr recht viele freiwillige Spenden zukommen läßt. Alle diesbezügliche Zuwendungen werden zum Ausbau der Wasserwehr oder für die Unterstützungskasse verwendet werden.

Aus dem Unterlahnkreis. (Mietzuschläge der Landgemeinden.) Für den Monat Januar sind für die Landgemeinden des Kreises folgende Mietzuschläge festgesetzt worden: Zinsensteigerung 100 Proz., Verwaltungskosten 3 Billionen Proz., laufende Instandsetzungen 8 Billionen Prozent. Ab 1. Februar tritt auch voraussichtlich für die Landgemeinden die geplante gesetzliche Neuregelung der Mietpreisbildung in Kraft.

Verkehr

Verkehrsschwierigkeiten.

Berlin, 2. Jan. Nach einer Meldung aus Lübeck wird infolge des heftigen Frostes der Schiffsverkehr nach den deutschen Häfen immer schwieriger. Das Treibeis beginnt Küste und Häfen zu blockieren. Der Schiffahrtsverkehr nach Schweden und Dänemark steht vor der Einstellung, nachdem noch am Sonntag wenige Dampfer mit schwerer Kraft den Lübecker Hafen erreichen konnten.

Wetterbericht

Schneefall im Thüringerwald.

Erfurt, 31. Dez. Am gestrigen Sonntag herrschte in ganz Thüringen, besonders im Thüringerwald, ununterbrochen Schneefall. Dadurch sind im Eisenbahnverkehr große Verkehrsstockungen eingetreten. Die meisten Züge erlitten beträchtliche, zum Teil drei- bis vierstündige Verspätungen. Heute herrscht starker Frost. Das Thermometer sank in den Morgenstunden bis auf 15 Grad Celsius unter Null.

Amtlicher Teil

Abschrift.

Gesch.-Nr. I A. II e 15 651 M. f. L.
I b 691 M. d. J.

Berlin W. 9, den 19. November 1923.

Aufwertung der Landwirtschaftskammerbeiträge.

Die Landesaufwertungsverordnung vom 7. November 1923 (Gesetzsamml. S. 501) schafft für die Zahlung der Beiträge zu den Landwirtschaftskammern wichtiges neues Recht. Künftig sind die Beiträge, soweit sie nach dem 1. Januar 1923 fällig geworden sind, aufzuwerten.

Grundsätzlich sind die Beiträge fortan nach dem Goldwerte zurzeit der Entstehung der Schuld zu leisten (§ 2). Als Goldumrechnungssatz ist gemäß § 2 Abs. 3 durch Anordnung vom 7. Nov. 1923 (Gesetzsammlung S. 505) der auf Grund des § 2 Abs. 3 der Reichsaufwertungsverordnung vom 11./18. Oktober 1923 (Reichs-Gesetzbl. I. S. 939/979) für die Reichssteuern festgesetzte Goldumrechnungssatz bestimmt worden. Der Umrechnungssatz wird täglich den Postanstalten, einschließlich der Postagenturen und Posthilfsstellen, telegraphisch mitgeteilt und durch Aushang in diesen Anstalten sowie durch die Presse veröffentlicht.

Als Zeitpunkt der Entstehung der Schuld gilt im allgemeinen der Tag, an dem die Landwirtschaftskammer die Beitragshöhe beschlossen hat (§ 3 Abs. 1 c). Für diejenigen Umlagen, bei denen die Beitragshöhe nach einem Vergleichswerte (Roggen, Gold usw.) an einem bestimmten Zeitpunkte bemessen worden ist, bestimmen wir auf Grund des § 3 Abs. 2 diesen Zeitpunkt als den der Entstehung der Schuld.

Der Goldmarkbetrag, der für den Tag der Entstehung der Schuld festgestellt ist, ist auf volle 5 Pfennig nach unten abzurunden und nach dem am Tage der Zahlung maßgebenden Goldumrechnungssatz in Papiermark umzurechnen (§ 4 Abs. 1). Die Abrundungsvorschrift in § 18 Abs. 1 des Landwirtschaftskammergesetzes wird hierdurch nicht berührt.

Innerhalb einer Schonfrist von einer Woche können die Beiträge zu dem auf den letzten Tag vor Beginn der Schonfrist berechneten Papiermarkbetrage entrichtet werden (§ 4 Abs. 2). Soweit eine bestimmte Zahlungsfrist gesetzt ist, beginnt die Schonfrist nicht vor dem ersten Tage der Zahlungsfrist, im übrigen beginnt sie mit Ablauf des Tages, an dem den Zahlungspflichtigen die Möglichkeit zur zahlenmäßigen Feststellung des Beitrages gegeben, im allgemeinen also mit Ablauf des Tages, an dem die Höhe der Beiträge und die Zahlungsaufforderung in der üblichen Weise bekannt gemacht sind (§ 4 Abs. 2, Abs. 3 b).

Für die nach dem 31. Dezember 1922, aber vor dem 1. September 1923 fälligen Beiträge ist ein Vielfaches der ursprünglichen Schuld zu Grunde zu legen und nach dem Goldmarkbetrage vom 1. September 1923 umzurechnen (§ 5).

Im Falle der Stundung sind die nach dem 31. September 1922 fälligen Beiträge jährlich mit 5 v. H. vom Goldbetrage zu verzinsen. Die Landwirtschaftskammer kann im Falle der Stundung zur Vermeidung unbilliger Härten bestimmen, daß von der Aufwertung oder Verzinsung ganz oder teilweise abgesehen wird (§ 7).

Kleinbeträge sind von der Aufwertung ausgeschlossen (§ 9).

Zur Durchführung der Verordnung bestimmen wir auf Grund des § 13 noch folgendes:

1. Soweit es sich um Rückstände aus bereits fälligen Umlagen handelt, hat die Landwirtschaftskammer den Goldmarkbetrag des Beitrages je Taler Grundsteuerreinertrag (für Schleswig-Holstein hinsichtlich der beiden letzten Umlagen auch je Hektar der beitragspflichtigen Fläche) unter Beachtung der Vorschrift im § 5 der Verordnung festzustellen und den Gemeinde- und Gutsvorstehern mitzuteilen. Die Abrundungsvorschrift im § 4 Abs. 1 gilt nur für den Gesamtbetrag der Schuld, nicht auch für den Satz je Taler Grundsteuerreinertrag oder Hektar. Wenn sich die Hebelisten bei der Landwirtschaftskammer befinden, hat diese auch den Gesamtbetrag der Goldschuld zu berechnen.

Die Gemeinde- und Gutsvorsteher haben die rückständigen Beiträge nach dem am Tage der Zahlung maßgebenden Goldumrechnungssatz in Papiermark umzurechnen und einzuziehen.

Zur Erläuterung der Aufwertung wird folgendes Beispiel gegeben:

a) Restbeitrag aus einer Umlage vom Mai 1923 = 5200 Mk.,
b) Aufwertung gemäß § 5 = 100 × 5200 = 520 000 Mk.,
c) Goldmarkbetrag am 1. September 1923 nach dem Goldumrechnungssatz von 1 300 000 = 0,40 Mk.,
d) Zahlung am 20. November 1923, Goldumrechnungssatz (angenommen) 600 Milliarden, mithin für 0,40 Goldmark = 240 Milliarden Papiermark, die als Beitrag zu zahlen sind.

2. Bei neuen Umlagen empfiehlt es sich, den Hundertsatz von vornherein nach Goldmark mit der Maßgabe zu bestimmen, daß die Umrechnung in Papiermark ungeachtet der Vorschrift im § 1 Abs. 2 zu b der Landesaufwertungsverordnung nach dieser zu erfolgen hat. Der sich ergebende Beitrag ist, soweit die Zahlung innerhalb der Schonfrist (§ 4 Abs. 3, 4) erfolgt, nach dem am letzten Tage vor Beginn der Schonfrist, im übrigen nach dem am Tage der Zahlung maßgebenden Goldumrechnungssatz in Papiermark umzurechnen.

Beispiel:

a) beitragspflichtiger Grundsteuerreinertrag 300 Taler,
b) Beitragssatz 3 Goldpfennig je Taler Grundsteuerreinertrag, mithin für 300 Taler = 9 Goldmark,
c) bei Zahlung innerhalb der Schonfrist Goldumrechnungssatz am Tage vor Beginn der Schonfrist 600 Milliarden (angenommen), mithin für 9 Goldmark = 5400 Milliarden Papiermark,
d) bei Zahlung einen Tag nach der Schonfrist Goldumrechnungssatz an diesem Tage 610 Milliarden (angenommen), mithin für 9 Goldmark = 5490 Milliarden Papiermark.

Wir haben keine Bedenken dagegen, daß dem Hundertsatz in Gold eine bestimmte Menge Getreide gegenübergestellt und daß zugelassen wird, die Beiträge auch in Getreide zu leisten. Das Ablieferungsverfahren ist in diesem Falle vor der Landwirtschaftskammer zu regeln.

3. Die Landwirtschaftskammer kann für die Entrichtung der Beiträge eine bestimmte Zahlungsfrist vorschreiben.

4. Die Gemeinde- und Gutsvorsteher haben die eingehenden Beiträge fortan unmittelbar an die Landwirtschaftskammer oder die von ihr zu bezeichnende Stelle spätestens am Tage nach der Zahlung abzuführen. Die Landwirtschaftskammer bestimmt die Mindestsumme, bis zu der Beiträge anzusammeln sind, ehe sie abgeführt werden. Sie kann ein anderes Ablieferungsverfahren (z. B. kostenpflichtige Ueberbringung durch Boten, Selbstabholung) mit den Erhebestellen vereinbaren.

Die Kosten der Abführung des Geldes trägt die Landwirtschaftskammer; sie werden von den Erhebestellen einbehalten.

Die Gemeinde- und Gutsvorsteher sind für die pünktliche Ablieferung der aufkommenden Beiträge verantwortlich und können für etwaige Schäden, die der Landwirtschaftskammer durch schuldhafte Verzögerung der Ablieferung entstehen, in Anspruch genommen werden.

5. Die bisher von den Landwirtschaftskammern erhobenen Verzugszuschläge bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Beiträge kommen in Wegfall.

•

Die Herren Oberpräsidenten (für Sigmaringen der Herr Regierungspräsident) wollen wegen Verständigung der Gemeinde- und Gutsvorsteher das Erforderliche ungesäumt veranlassen.

Zugleich im Namen des Ministers des Innern.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

J.-Nr. II b 5909. Diez, den 28. Dez. 1923.

Vorstehender Abdruck zur allgemeinen Kenntnis.

Der Landrat

Nr. 1829. Diez, den 20. Dezbr. 1923.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Betrifft: Wucherbekämpfung.

Die Ortspolizeibehörden wollen darauf halten, daß die Lebensmittelgeschäfte ihre Waren fortab nur noch in Goldmarkbeträgen auszeichnen, daß sie eine besondere Liste an sichtbarer Stelle und in deutlich lesbarer Schrift in ihren Schaufenstern und dergleichen anbringen und in ihren Laden aufstellen, daß in der Liste der angewandte Multiplikator, Tag und Tageszeit für welchen er gilt, und bei jeder Ware ihr in Goldmark festgesetzter Grundpreis angegeben ist.

Der aus Grundpreis und Multiplikator sich ergebende Papiermarkpreis braucht nicht angegeben zu werden;

z. B. Multiplikator vom 20. 12. 1923, nachm. 3 Uhr bis 21. 12. 23, nachm. 3 Uhr 1 Goldmark gleich 1000 Milliarden Papiermark.

1. Gries 1 Pfund . . . 0,35 Goldmark
2. Schmalz 1 Pfund . . . 1,18 Goldmark

Zuwiderhandlungen sind der Amtsanwaltschaft auf Grund des § 6 der im Kreisblatt Nr. 111 vom Jahre 1921 abgedruckten Verordnung zur Strafverfolgung anzuzeigen. Im übrigen nehme ich auf mein Ausschreiben vom 18. ds. Mts. Bezug.

Der Landrat.

Nachlaß-Versteigerung

Am Freitag, den 4. Januar 1924, nachmittags 3 Uhr versteigere ich im Hinterhaus des Kaufmanns Umsonst, Bahnhofstraße, nachfolgende Gegenstände:

1 Bett, Zubehör, 1 Kommode, 1 Theke, 1 eintüriger Kleiderschrank, Kochherd mit Rohr, 1 Sofa, 1 Vorratsschrank, Regulator, Schuhe, Kleider und anderes mehr.

Besichtigung eine halbe Stunde vorher.

Bad Ems, Wilhelmsallee 42.

Gerichtsvollzieher Wilhelm.

MINNA WÖLL
KARL KERN
VERLOBTE
RETTERT EISIGHOFEN
NEUJAHR 1924

Vereinsnachrichten Diez.

Radfahrklub 1920, Diez.

Am [illegible], den 4. Januar im Hotel „Viktoria" [illegible]

Wandkalender
für das Jahr 1924
sind zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Sauberes, nicht zu junges
Mädchen
für halbe Tage gesucht.
Bachhausstr. 3, I., Bad Ems.

Junger
Kaufmann
mit allen kaufmänn. Büroarbeiten vertraut sucht Stellung. Industrie bevorzugt. Angebote unter D. 1583 an die Geschäftsstelle.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Privat. Katalog 16 frei. [illegible]

Hüte
für Damen und Kinder können Sie
selbst arbeiten
nach Beyers Führer für
Putzmacherei
im Hause
Die neuesten Modelle!
Überall zu haben u. d. Nachn. v. Verlag Otto Beyer, Leipzig-T

Herren- u. Damenfahrräder, Bereifungen
Elektrische Koch- und Heizapparate
Elektrische Bügeleisen für Reise und Haushalt. Dampfmaschinen und Modelle.
Taschenlampen. Batterien und Birnen.
Reparaturen gebrochener Fahrrad-Rahmen, Einziehen neuer Rohre, Emaillieren, Vernickeln.
Eigene Emaillieranlage.
Mech. Werkstätte Sebastian Holler
BAD EMS, Römerstr. 22 Benzin . Oel . Garage

Guterhaltenes rotes
Tuchmäntelchen
mit Mützchen für 3 jähriges Kind passend, zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

3 Wagen Dung
zu vertauschen gegen Heu oder Kartoffeln.
Marktstrasse 69, Bad Ems.

Stahlschlitten
(2sitzig) zu verkaufen.
Freiendiez, Ratweg 8.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Gegenpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachlieferung od. Rückzahlung des Bezugspreises. — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Millimeterzeile 8 Goldpf., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Vereinsanzeigen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Dollar-Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems. Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: C. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Köln (M) 10618

Nummer 3 — Bad Ems, Freitag den 4. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Außenpolitische Jahreswende

Die außenpolitische Lage ist an der Wende der Jahre 1923 und 1924 noch vollkommen unübersichtlich. Zu dieser Unklarheit trägt in erster Linie die politische Lage in England bei. Niemand weiß mit Sicherheit zu sagen, wer in England im neuen Jahre das Staatsruder in die Hand nehmen wird. Die allgemeine Ansicht scheint dahin zu gehen, daß man die Regierung der Arbeiterpartei überlassen wird. Ganz so sicher ist das indessen noch nicht, da die Konservativen sich als die stärkste Partei des Parlamentes betrachten können und zum Teil wenigstens keine besondere Neigung zeigen, die Macht aus der Hand zu geben. Aber selbst wenn die Konservativen als die Geschlagenen des Wahlkampfes die Regierung abgeben, und die Arbeiterpartei als die stärkste Partei nach ihnen, das Steuer in die Hand nehmen — selbst dann weiß man noch keineswegs mit voller Bestimmtheit, was werden wird. Die Arbeiterpartei weiß natürlich ganz genau, daß sie mit der Uebertragung der Regierungsbildung auf eine recht gefährliche Probe gestellt werden soll und sie wird deshalb die Hand von aller radikalen Programmforderungen wegtassen. Sie wird sich vielmehr von vornherein auf eine Kompromißpolitik einrichten und man kann im voraus nicht sagen, was dabei herauskommt. Immerhin wäre außenpolitisch mit einer stärkeren Aktivität in der Reparations- und in der Ruhrfrage zu rechnen, ebenso wie wohl auch die Anerkennung der Sowjet-Regierung wenigstens als Frage der nahen Zukunft ins Auge gefaßt werden würde. Aber man weiß an der Jahreswende nur nicht, mit Bestimmtheit, ob Ramsay MacDonald der künftige englische Ministerpräsident sein wird und deshalb wird man am besten zur Zeit noch auf Prophezeiungen verzichten. Der Januar wird sicher nicht zu Ende gehen, ohne wenigstens in diesem Punkte Klarheit geschaffen zu haben.

Eins kann man auch an der sonst so unsicheren Jahreswende mit aller Bestimmtheit behaupten: Die französische Politik hat sich nicht geändert. Die Auslassung der Havas-Agentur, die die deutschen Ruhrforderungen direkt auf den Kopf stellte, ließ die Herrschaft des alten französischen Geistes in der Außenpolitik erkennen. Der französische Ministerpräsident hat es nicht unterlassen, beim Neujahrsempfang der Pariser Diplomaten diesen Eindruck zu bestätigen. Das deutsche Volk hat alle Ursache, die französischen Neujahrswünsche nicht zu überhören. Herr Poincare redet von dem französischen Bedürfnis nach dauerndem Frieden und von der Aussicht, daß endgültige Gesundung und endgültiger Frieden nahe seien. Wie der französische Ministerpräsident sich Gesundung und Frieden vorstellt, hat er bei demselben Neujahrsempfange deutlich gesagt, als er die Beharrlichkeit der französischen Politik rühmte, die endlich doch ihre Früchte getragen habe. Herr Poincare hat also beim Neujahrsempfange die Ruhrbesetzung als Grundlage des Friedens und der Gesundung gepriesen. Heute kann man nur feststellen, daß die Ruhrpolitik auch zu Beginn des neuen Jahres das Kernproblem und die Kernfrage der gesamten europäischen Politik ist.

Da die Außenpolitik nach der englischen Seite noch vollständig undurchsichtig ist, so kommt der einzige Lichtstrahl, der die Zukunft wenigstens einigermaßen erhellt, von jenseits des Weltmeeres. Der amerikanische Handelsminister Hoover hat sich in einer Neujahrsbotschaft außerordentlich optimistisch über die Gesamtlage ausgesprochen. Er sieht nicht nur die Lage Amerikas in günstigem Lichte, sondern ist auch der Ansicht, daß das deutsche Problem einer günstigen Lösung nähergerückt sei. Er vertraut dabei auf das baldige Zusammentreten einer Konferenz, die für die deutsch-französischen Beziehungen eine hoffnungsvolle Lage schaffen werde. Wenn man noch den Klang der Worte Poincares im Ohr hat, so fehlt einem für diese amerikanische Botschaft etwas der Glaube. Aber eins bleibt doch haften: Die Ueberzeugung, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich wieder für die europäische Politik erwärmen und wohl auch entschlossen sind, etwas für die Gestaltung dieser Politik zu tun. Der Grund dieser Haltung liegt natürlich im eigenen amerikanischen Interesse. Wie die englischen Staatsmänner ebenso wie die Wirtschaftspolitiker dieses Landes über den Einfluß der französischen Ruhrpolitik auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands klagen, so hebt auch Hoover hervor, daß kein Land der Welt, also auch Amerika nicht, von diesen Folgen unberührt bleibe.

Die Feststellung der französischen Antwort begonnen.

Paris, 3. Jan. Nachdem nunmehr auch der Bericht des Generals Degoutte vorliegt, hat man am Quai d'Orsay mit der Feststellung der französischen Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember begonnen. Das französische Dokument wird indessen Herrn von Hoesch kaum vor kommenden Dienstag überreicht werden, da Poincare erst am 7. Januar aus dem Marne-Departement wo er seit gestern nachmittag zur Beteiligung an den auf Sonntag festgesetzten Senatswahlen weilt, zurückkehren wird. Die französische Antwort soll zudem mit der belgischen Antwort verglichen werden.

Ueber den allgemeinen Sinn der französischen Antwort werden bereits verschiedene nicht sehr optimistische Angaben in die Oeffentlichkeit gebracht. Namentlich dürften die deutschen Anregungen auf finanziellem Gebiet scharf kritisiert und auch zum größten Teil verworfen werden. Die französische Regierung beabsichtigt indessen, in alle Fälle die Türe zu weiteren Verhandlungen offen zu halten. Es scheint überhaupt in Paris ein lebhafter Wunsch zu bestehen, die Aussprache mit Deutschland durch Einbeziehung des Reparationsproblems zu erweitern. Man erwartet in Frankreich, daß der Anstoß zu neuen Reparationsverhandlungen von Berlin ausgeht und hat daher vorherrschend den Rechberg'schen Plan im Auge, weil kein anderes Projekt dieselben Aussichten habe, eine zufriedenstellende und dauerhafte Lösung des Problems zu bieten. Doch wird in den maßgebenden politischen Kreisen hinzugefügt, wenn nicht dieser Plan, so ein anderer. Die Besprechungen Rechbergs am Quai d'Orsay sind als abgeschlossen zu betrachten. Immerhin hat der deutsche Großindustrielle gestern noch Verhandlungen mit politischen Kreisen geführt. Doch dürften diese heute zum Abschluß gelangen. Rechberg tritt Freitag seine Rückreise nach Berlin an, und wird sich dort unverzüglich mit den Regierungsstellen ins Benehmen setzen. Unter Vorbehalt sei die von gewissen Politikern aufgestellte Hypothese wiedergegeben, wonach infolge der innerpolitischen Krise in England mit einer Neuorientierung der französischen Politik im Sinne einer konstanten kontinentalen Politik unter Berücksichtigung Deutschlands zu rechnen sei.

Politische Nachrichten

Deutschland

Der neue mexikanische Gesandte beim Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Jan. Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten mexikanischen Gesandten Ortiz Rubio zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Der Anschlag gegen Noske.

Hannover, 2. Jan. In der Silvesternacht und gestern früh wurden in Hannover wieder mehrere Kommunisten verhaftet, die im Verdacht stehen, an dem Bombenanschlag gegen den Oberpräsidenten Noske beteiligt zu sein.

Zur Aufwertung der Hypotheken.

Berlin, 3. Jan. Wie verlautet, kann es als völlig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß ein Verbot der Aufwertung von Hypotheken durch die Regierung erfolgen wird. Ueber die Aufwertung der Hypotheken sind zur Zeit Erörterungen in der Schwebe und es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Aufwertung der Hypotheken bis zu 10 Prozent des Vorkriegswertes erfolgt. Eine Aufwertung würde aber zum Teil der Heranziehung zur Steuer dienen. Endgültige Beschlüsse in dieser Richtung sind jedoch noch nicht gefaßt. Es ist möglich, daß man sich dahin entschließt, die Aufwertung von Hypotheken von Fall zu Fall durch ein Schiedsgerichtsverfahren entscheiden zu lassen.

Bombenattentat in Hannover von den Kommunisten vorgeschlagen.

Hannover, 2. Jan. Zu der vor einiger Zeit vor den Toren der Stadt erfolgten Sprengstoffexplosion und der kurz darauf gegen das Regierungsgebäude verübten Bombenattentat teilt das Polizeipräsidium mit: Die Bombenattentate sind von Mitgliedern der Kommunistischen Partei ausgeführt worden. Die Zentralleitung in Berlin und die Bezirksleitung Hannover hatten Anweisung ergehen lassen, Sprengstoffe und Sprengkörper zu beschaffen und ein besonderes Kommando zu bilden, um die Bevölkerung, die Behörden und mißliebige Personen und Beamte zu beunruhigen. Es ist gelungen, einen Teil der Sprengstoffe zu beschlagnahmen, die als Mittäter in Frage kommen. Gestern abend ist ein Mann verhaftet worden, der im Besitz einer fertigen Bombe war.

Bayern

Vorlage über eine Abänderung des Landtagswahlgesetzes.

Wie die Blätter aus München melden, hat nunmehr die bayrische Regierung die Vorlage über eine Abänderung des Landtagswahlgesetzes dem Landtag zugehen lassen. Der Rechtsausschuß des Reichstags tritt laut dem V. T. am 3. Januar zusammen und wird sich mit der Handhabung des Ausnahmezustandes in der Wahlzeit beschäftigen.

Thüringen

Weitere Festnahme von hohen Staatsbeamten.

Am 2. Januar wurde auch der thüringische Innenminister Herrmann wegen Verdunkelungsgefahr vorläufig festgenommen. Soweit bekannt ist, wird ihm der Vorwurf gemacht, Anstellungen von Kriminalbeamten in einigen Fällen in unzulässiger Form vordatiert zu haben. Es ist zu erwarten, daß die Ermittelungen bald eine Klärung der Angelegenheit bringen werden. Wie verlautet, wird die Reichsregierung zu den Ermittelungen der nach Weimar entsandten Reichsbeauftragten erst Stellung nehmen, nachdem das thüringische Staatsministerium zu diesen Feststellungen sich geäußert hat. Die Aussprache mit den thüringischen Staatsministern wird voraussichtlich am nächsten Samstag in Berlin sein.

Frankreich

Beileid der Deutschen Regierung zum Untergang der „Dixmude".

Paris, 1. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat von Hoesch, hat der französischen Regierung das Beileid der deutschen Regierung zu dem Verlust des lenkbaren Luftschiffes „Dixmude", bei dem anscheinend 50 Menschen den Tod gefunden haben, ausgesprochen. Er hat zu gleicher Zeit dem Wunsch Ausdruck verliehen, es möge gelingen, durch Auffinden Geretteter die Trauer des französischen Volkes zu lindern.

Um den Pariser Botschafterposten.

Paris, 3. Jan. Das Räsonnement über den vermutlichen Nachfolger des verstorbenen deutschen Botschafter Dr. Mayer wird in der Presse fortgesetzt. Das Journal glaubt zu wissen, daß Herr von Hoesch dem ihm angetragenen Botschafterposten mit dem Bemerken abgelehnt habe, daß die ersten Aufgaben seine Kräfte überteigen. Als vermutlicher deutscher Botschafter wird wieder Staatssekretär Bergmann genannt.

Die französisch deutschen Handelsbeziehungen.

Paris, 2. Jan. Havas berichtet aus Berlin: Ein Vertreter der Berliner französischen Kolonie hat bei dem gestrigen Empfang in der französischen Botschaft den Wunsch ausgedrückt, daß das geplante Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland möglich gemacht werde. Die französische Kolonie bringe den Wunsch zum Ausdruck, das Jahr 1924 möge eine politische Entspannung bringen, die für die französischen Geschäftsleute in Deutschland die Grundlage des Erfolges sei, damit sie ihre Aufgabe im Interesse der französischen Industrie und des französischen Handels durchführen könne. Der Botschafter versicherte die Franzosen in Berlin der wachsamen Aufmerksamkeit, die die französische Regierung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland widme und erklärte, möge das Jahr 1924 allen denen, die die Aufgabe haben, den Frieden wieder herzustellen, jenen klaren Blick und jenes feine Gefühl für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen geben, die allein in der Lage sind, ein dauerhaftes Gebäude für die nötige Solidarität aufrecht zu erhalten.

England

Zum französisch-slowakischen Vertrag.

London, 2. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch werde gegen Ende des Monats nach der Belgrader Konferenz der Kleinen Entente einen Besuch in London abstatten, um der britischen Regierung die wirkliche Bedeutung des französisch-tschechoslowakischen Vertragsentwurfes darzulegen.

Baldige Kabinettssitzung.

London, 2. Jan. Der Daily News kehrt heute Baldwin nach der Riviera zurück. Die Kabinettssitzung werde demnächst über die Thronrede beschließen.

Thomas über das Programm einer Arbeiterregierung.

London, 2. Jan. Der englische Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede in Derby, in dem Programm einer Arbeiterregierung würden keine törichten Forderungen enthalten sein, die Abstimmung im Unterhaus würde sonst sehr bald die Antwort darauf erteilen. Eine Arbeiterregierung würde jedoch versuchen, den Frieden im Auslande wiederherzustellen.

Engl. Stimmen zur Veröffentlichung der deutschen Note.

London, 2. Jan. Zu den von französischer Seite gegen die britischen Regierungsstellen erhobenen Vorwürfe wegen der Veröffentlichung des Inhalts der letzten Deutschen Denkschrift führt der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph aus, in gegenwärtigen Augenblick könne die Diplomatie nicht offen geführt werden. Der Annahme müsse entgegengetreten werden, daß das in Frage kommende Memorandum über die besetzten Gebiete Frankreich und Belgien allein und nicht die übrigen Alliierten angehe. Lord Curzon selbst habe in einer seiner Reden erklärt, daß Großbritannien als eine der Besetzungsmächte Anspruch darauf habe, mit Bezug auf Veränderungen des Besetzungsregimes zu Rate gezogen zu werden.

Amerika

Hoover über die wirtschaftliche Lage.

Paris, 2. Jan. In der Erklärung des Staatssekretärs Hoover zum Neujahrstage heißt es nach einer Washingtoner Meldung des Newyork Herald noch, im Jahre 1923 hätten die Vereinigten Staaten den höchsten Produktionsstand seit dem Kriege aufzuweisen gehabt. Die Beschäftigung sei rege gewesen, die Reallöhne hoch und die Kapitalzusammlung habe sich vermehrt. Der Wohnungsbau habe Fortschritte gemacht und das Eisenbahnwesen habe die stärksten Verbesserungen seit dem Kriege erfahren. Das ganze sei Hand in Hand gegangen mit einem bemerkenswerten Nachlassen der Spekulation und der gefährlichen Kreditüberspannung. Amerika habe niemals in der Geschichte einen so hohen Standard of Life und einen so hohen Grad kommerzieller und industrieller Tätigkeit erlebt, wie jetzt. Die wirtschaftlichen Aussichten für Amerika seien glänzend und die Lage in der Welt sei hoffnungsvoll, allerdings nur auf Grund der Aussichten, die die aufgenommenen Verhandlungen über eine Regelung der deutschen Frage böten. Selbst wenn diese letztere Regelung zustande komme, so gebe es noch genügend andere wichtige Probleme im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der internationalen Handelsbeziehungen auf Grund des Wiedereintritts von deutscher Kohle und deutschem Stahl in den Wettbewerb auf den Weltmärkten und im Zusammenhang mit der etwaigen Rückkehr von Kapitalien nach Europa, die nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden seien.

Griechenland

Venizelos in Griechenland.

Athen, 3. Jan. Venizelos hat an die griechische Regierung ein Funkentelegramm gerichtet, worin er seine Absicht kundgibt, eine Volksabstimmung über die beiden Fragen zu veranlassen: 1. Republik oder Monarchie. 2. Die Dynastie des griechischen Königshauses oder eine andere Dynastie.

Athen 3. Jan. In einer gemeinsamen Besprechung der republikanischen Partei mit Venizelos wurde beschlossen, in der ersten Sitzung des Parlaments die Abdankung der Dynastie auszusprechen.

Einberufung der Nationalversammlung und Absetzung der Dynastie.

Paris, 2. Jan. Wie demEcho de Paris aus Athen berichtet wird, haben 62 liberale Abgeordnete vom republikanischen Flügel der Partei unter dem Vorsitz von Papanastasiu einstimmig dessen Vorschlag angenommen, ohne die Ankunft Venizelos' abzuwarten, heute die Nationalversammlung für eröffnet und die Dynastie Glücksburg für abgesetzt zu erklären. Die Versammlung beschloß ferner, die Einführung eines Senats zu verlangen, wie er seit 1864 in Griechenland nicht mehr besteht. 81 liberale Abgeordnete haben unter dem Vorsitz des ehemaligen griechischen Gesandten in Washington Rosson jede Zusammenarbeit mit den Republikanern abgelehnt und beabsichtigen, sich unter Venizelos neu zu gruppieren.

Um die Zukunft der Insel Korfu.

Paris, 2. Jan. Nach einer Pariser Meldung aus Athen hat ein französisches Syndikat der griechischen Regierung vorgeschlagen, das Schloß des ehemaligen deutschen Kaisers auf Korfu in ein zweites Monte Carlo umzuwandeln, wobei Griechenland ein großer Teil der Gewinne zufallen soll. Auch ist

Griechenland vertreten worden, den Militärs Flüchtlingen aus Klein-Asien Mittel zu verschaffen. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, beabsichtigt man in Athen, Venizelos um Rat zu fragen.

Japan

Der neue Premierminister

Tokio, 2. Jan. Der Vorsitzende des Kronrates, Vicomte Kiyura, der für den Posten des Premierministers in Betracht kommt, ist in den Palast berufen worden.

Aus dem besetzten Gebiet

Der Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.

Wiesbaden, 2. Jan. Die Interalliierte Rheinlandkommission erläßt eine Verfügung Nr. 236, wonach den gegebenen jetzigen Verhältnissen entsprechend für die im besetzten Gebiet ansässigen Personen der Verkehr zwischen diesem Gebiet und dem unbesetzten Deutschland freigegeben wird. Aus dem Wortlaut der Ordonnanz sind folgende Bestimmungen hervorzuheben: Jede im besetzten Gebiet wohnhafte Person, die im Besitz einer Ausweiskarte (Paß) ist, kann zwischen dem besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland verkehren. Jede über 16 Jahre alte Person, die ihren Wohnsitz im unbesetzten Gebiet hat in einem Umkreis, der von der Grenze des besetzten Gebiets durchzogen wird, und die Veranlassung hat, sich oft in das besetzte Gebiet desselben Umkreises zu begeben, kann die Ausweiskarte oder einen Paß erhalten. Die gleichen Bestimmungen gelten für Personen im unbesetzten Deutschland im Umkreis der Grenze des besetzten Gebiets, die in einem dem unbesetzten Gebiet angrenzenden Umkreis wiederholt Geschäfte oder andere Angelegenheiten zu besorgen haben. Die Gesuche um Passierkarten sind schriftlich an den Oberdelegierten zu richten. In besonders dringenden Fällen und ausnahmsweise können Bewohner des besetzten Gebietes, die den Besuch von im unbesetzten Deutschland wohnenden Personen zu erhalten wünschen, im Namen dieser Personen ein Gesuch bei dem Delegierten der Rheinlandkommission ihres Kreises einreichen. Diese Ordonnanz tritt sofort in Kraft.

Wiederaufnahme des Personenverkehrs zwischen Mannheim und Ludwigshafen.

Karlsruhe, 2. Jan. Am Donnerstag, dem 3. Januar, setzt der Personenverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen, Rheinsheim und Germersheim, sowie Maxau und Maximiliansau in beschränktem Umfange wieder ein. Zugleich mit dem Personenverkehr wird auch der Wagenladungs-, nicht aber Fracht- und Eilstückgutverkehr auf den vorstehenden Uebergängen wieder aufgenommen. Der Verkehr von Lußhof nach Speyer kann erst nach der Instandsetzung der Schiffsbrücke aufgenommen werden.

25jähriges Bestehen der Idsteiner Zeitung.

Idstein, 2. Jan. Die Idsteiner Zeitung beging gestern das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Das Blatt erscheint seit seiner Gründung in dem Verlage von Gg. Grandpierre-Idstein.

Neue Verordnung Degouttes über die Polizeiverwaltung auf den Zechen.

Köln, 2. Jan. Die „Köln. Ztg" meldet aus Düsseldorf: Durch die neue Verordnung Nr. 91 des Generals Degoutte ist die Bestimmung in der Verfügung 750 über die Polizeiverwaltung auf den Zechen wie folgt geändert: In der Ausübung der Polizeigewalt in den von der „Micum" unmittelbar oder mittelbar betriebenen Bergwerken und industriellen Anlagen und für deren Sicherheit fahren die zuständigen deutschen Verwaltungsstellen unter folgendem Vorbehalten fort: Keine die vorerwähnten Bergwerke oder industriellen Anlagen betreffende Mitteilung kann zwischen den deutschen Verwaltungsstellen und dem Personal der Betriebe ausgetauscht werden, ohne Vermittlung des Direktors, der von der „Micum" an die Spitze der Betriebe gestellt ist. Falls der Direktor bestimmt, nicht verpflichtet zu sein, die ausgetauschten Befehle durch die Revierbeamten befolgen zu lassen, und falls sich die Revierbeamten weigern, die von dem Direktor geforderten Verhütungsmaßnahmen zu treffen, so wird der Konflikt auf Ansuchen der Parteien vor einen Vergleichsausschuß gebracht, der sich aus dem Chef der Bergwerksverwaltungen der „Micum" und dem Berghauptmann in Dortmund zusammensetzt. Falls es diesen beiden Beamten nicht gelingen sollte, den Konflikt beizulegen, wird dieser vor den Präsidenten der „Micum" gebracht, der selbständig entscheidet.

Seit 17. Oktober 56 102 deutsche Eisenbahner bei der Regie eingestellt.

Paris, 2. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat die französisch-belgische Regie seit dem 17. Oktober 56 102 deutsche Eisenbahner eingestellt. Nach der gleichen Agentur sind am 28. Dezember 20 Ausweisungsbefehle rückgängig gemacht worden.

Rückkehr von Ausgewiesenen.

Unkel, 2. Jan. Der ausgewiesene Bürgermeister Decker durfte zurückkehren und wird sein Amt wieder übernehmen.

Einberufung des Sechzigerausschusses.

Köln, 2. Jan. Der Sechzigerausschuß für die besetzten Gebiete ist auf Mittwoch, den 9. Januar, mittags 1,30 Uhr, nach Köln einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidiums, ferner als Beratungsgegenstände: Versammlungsverbot, Separatistenfrage und die Frage der Besatzungskosten.

Verhandlungen über die Eisenbahnfrage in Köln.

Köln, 2. Jan. Die Verzögerung in den Verhandlungen über die Eisenbahnfrage in der britischen Zone, die durch den Wunsch der Franzosen auf Einverleibung der Eisenbahndirektion Köln in die Regie zurückzuführen ist, ist keineswegs auf Schwierigkeiten bei den Verhandlungen der örtlichen Behörden zurückzuführen. Die neue Wendung ist, nach einer Meldung der Köln. Ztg., darauf zurückzuführen, daß von Paris aus der Wunsch auf Einverleibung der Kölner Eisenbahnen in die Regie laut wurde. Ueber diesen neuen Abschnitt in der Verkehrsfrage wird augenblicklich zwischen Paris und London verhandelt. Die örtlichen Behörden müssen abwarten, auf welcher Grundlage eine Einigung erzielt wird, um dann ihrerseits die Verhandlungen durch Erledigung der technischen Fragen abzuschließen.

Eisenbahnunglücke

Breslau, 1. Jan. Heute abend fuhr auf dem Bahnhof Trebnitz an der Strecke Kobelwitz-Heidersdorf ein Schneezug, bestehend aus einer Lokomotive und einem Schneepflug, auf einen festgefahrenen Personenzug auf. Der Packwagen und der Personenwagen entgleisten. Ein Bahnunterhaltungsarbeiter wurde getötet und zwei Zugbeamte schwer und zwei Reisende leicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt worden, daß der Lokomotivführer des Schneezuges bei unsichtigem Wetter den vorgeschriebenen Halteort überfuhr.

Mainz, 2. Jan. Heute morgen ist der von Wiesbaden kommende Schnellzug vor dem Stellwerk 4 in einen von Bingen kommenden Personenzug hineingefahren. Es werden etwa 20 Verletzte gemeldet. Das Unglück soll auf ein Nichtfunktionieren der Signalapparate, verursacht durch die Schneefälle und den Frost, zurückzuführen sein.

Handel und Industrie

Zum Streik in der Berliner Metallindustrie.

Der Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie, der infolge der Herabsetzung der Löhne durch die Arbeitgeber ausgebrochen ist, bereits am Montag zu einigen Arbeitsniederlegungen führte, hat sich weiter ausgedehnt. Dem Vorwärts zufolge wurden in allen Betrieben, wo die Arbeiter passive Resistenz übten, die Belegschaften ausgesperrt. Bisher ist dies in 20 Betrieben geschehen. Auch die großen Werke der Berliner Metallindustrie sind in Mitleidenschaft gezogen. So liegen bei der A. E. G. das Dynamowerk und die Lokomotiv- und Akkumulatorenfabrik still. Auch bei Borsig und den Bergmannwerken wird nicht gearbeitet. Der Siemens-Konzern ist gleichfalls zum größten Teil in die Bewegung einbezogen worden.

Einsetzung der technischen Nothilfe in der Kaligrube.

Fulda, 2. Jan. Auf Anordnung der Regierung in Kassel wurde die Technische Nothilfe auf der Kaligrube bei Neuhof eingesetzt, nachdem infolge von Differenzen über die Arbeitszeit der Betrieb stillgelegt worden war. Die Nothilfe übernahm die Aufrechterhaltung der Kesselanlagen und des Betriebskraftwerks.

Großfeuer in der Firma Siemens.

Berlin, 2. Jan. Heute mittag ist in Siemensstadt im sogenannten Kleinmotorenbauwerk der Firma Siemens u. Halske aus unbekannter Ursache ein Großfeuer ausgebrochen. Der Feuerwehr gelang es nach zwei Stunden, den ausgebrochenen Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Sachschaden ist bedeutend.

Wirtschaftliches

Die Reichsindexziffer

WTB. Berlin, 2. Jan. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Samstag, den 29. Dezember, dem wegen des Jahreswechsels an Stelle des Montags gewählten Erhebungstages auf das 1147milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 22. Dezember (1150milliardenfach) ist demnach eine Abnahme von 0,3 v. H. zu verzeichnen.

Für den Durchschnitt des Monats Dezember berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1247milliardenfache gegenüber dem 657milliardenfache im Durchschnitt des Monats November. Das entspricht einer Steigerung von 89,8 v. H. „Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt Dezember auf das 1182milliardenfache, die Ernährungskosten allein auf das 1512milliardenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Karlsruhe. (Bedeutende Herabsetzung der Hotelpreise in Baden.) Wie der badische Verkehrsverband mitteilt, ist eine allgemeine Senkung der Hotelpreise zu beachten. Nach den neuesten Mitteilungen beträgt der Mindestpensionspreis einschl. Zimmer pro Tag in St. Blasien im 1. Hotel 6 Mark, in guten mittleren Hotels 4 Mark und in einfacheren Gasthäusern 3.50 Mark. Die Pensionspreise in Todtmoos betragen 3 bis 5 Mark, die Uebernachtungsgebühren daselbst für Passanten (Wintersportler und Touristen) 0,60, 0,80 und 1 Mark.

Ernste Worte in ernster Zeit

Die Schwelle des neuen Jahres ist überschritten und in Berlin hat sich in der Silvesternacht der übliche Rummel abgespielt. Vielleicht hatte dieser Silvesterrausch diesmal einen ganz besonders unangenehmen und peinlichen Zug. Er mußte bei jedem Beobachter, der die Dinge nur von außen sieht, den Eindruck erwecken, als schwimme man in Berlin nicht nur im Geld, sondern auch in allen möglichen guten Sachen. Und dieser Eindruck ist umso beklagenswerter, als die Augen des Auslandes besonders scharf auf uns gerichtet sind. Eine ganze Reihe von Hilferufen sind in der letzten Zeit von deutscher Seite aus an das Ausland gerichtet worden. Sie haben bei dem größten Teil des Auslandes Zustimmung gefunden, weil man weiß, daß das deutsche Volk tatsächlich schwere Not leidet. Aber ein mißgünstiger Teil des Auslandes hat lebhaft widersprochen und sich dabei auf eine Reihe von Aeußerlichkeiten bezogen, die den deutschen Appell an die Hilfsbereitschaft des Auslandes allerdings scharf in Mißkredit bringen können. Zu diesen Aeußerlichkeiten, die uns diskreditieren, gehört in ganz besonderem Maße der Berliner Silvesterrummel. Man glaubt z. B. in Deutschland gar nicht, welchen Echo im Auslande die Anzeichen gefunden haben, in denen Berliner Hotels zur Silvesterfeier einladen. Sie berechnen dabei 45 Mark für Eintritt und trockenes Gedeck. Als wir Weihnachten feierten, bildete die Tatsache, daß der Berliner 5 Mark und mehr für ein kleines Weihnachtsbäumchen ausgab, eine ausländische Sensation. Jetzt kommt die Neujahrsschwelgerei hinzu und der Eindruck ist fertig: Man lebt nirgends so gut und hat nirgends so viel Geld wie in Berlin und in Deutschland.

Wie gesagt, beschränken sich die Berichte über solche Aeußerlichkeiten nicht nur auf die deutschfeindliche Presse, sondern werden überall abgedruckt. Da nimmt es nicht Wunder, daß das Rote Kreuz in Genf die andern Länder zur Unterstützung Deutschlands u. a. mit der Begründung einladet, man müsse auf diese Weise die wohlhabenden Deutschen an ihre Pflicht erinnern, ihren armen Landsleuten zu helfen. Diese Lektion ist bitter, aber leider nicht unberechtigt. Niemand hat dem deutschen Ruf im Auslande so geschadet wie der deutsche Protz. Leider hat er seine Rolle auch heute noch nicht ausgespielt. Und da die Oeffentlichkeit namentlich in Berlin noch niemals sich durch Selbstzucht ausgezeichnet hat, so hätte man in diesem Falle wirklich einmal ein schärferes Eingreifen der Behörden gegen den Berliner Silvesterrummel wünschen mögen. Es geht auf die Dauer nicht an, daß sich das deutsche Volk durch den Geldmob von Berlin in Verruf bringen läßt.

Neues aus aller Welt

Ingenieur Eiffel †. In Paris starb dieser Tage der Erbauer des Eiffelturmes, der als technische Leistung in der ganzen Welt Bewunderung erregte. Als Spezialist für kühne Eisenkonstruktion schuf er Brücken, Viadukte, Bahnhofshallen (Budapest), Pavillons. Aufsehen erregten seine Sternwartkuppeln (Nizza), die mit geringstem Kraftaufwand bewegt werden können. 1900 erstellte er den Eiffelturm für die Pariser Weltausstellung, der schon vor dem Kriege der Funkentelegraphie diente, nun die bedeutendste Radiotelegraphie-Hauptstation Frankreichs ist. Im Jahre 1893 entging Eiffel schwerer Bestrafung. Er hatte für nie geleistete Dienste 19 Millionen Francs von der Panamagesellschaft auszahlen lassen. Das freisprechende Urteil des Kassationshofes gründete sich auf der inzwischen eingetretenen Verjährung.

Vom Westerwald, 1. Jan. Seit 20 Jahren sind im Westerwald nicht mehr solche ungeheure Schneemassen niedergegangen als in der Weihnachtswoche. Der Schnee liegt im Durchschnitt 1,50 Meter, an besonders freien Stellen bis zu 5 Meter hoch. Die Dörfer liegen tief verschneit und sind meist von jeder Verbindung abgeschnitten. Wanderer, die unterwegs von den Schneestürmen überrascht wurden, mußten um Hilfe rufen und von den Dorfbewohnern aus dem Schnee geschaufelt werden. Auch Schlitten blieben in den Schneemassen stecken. Am schlimmsten geht es der Eisenbahn, die wiederholt stecken blieb. In einem Falle — bei Rößbingen war es — war der Zug bereits 20 Meter neben den Schienen hergelaufen, als man merkte, daß eine Entgleisung stattgefunden hatte. Schneepflüge sind ununterbrochen mit der Freimachung der Eisenbahnstrecken und der Landstraßen beschäftigt. Der Westerwald im hohen Schnee ist seit einigen Tagen das Ziel vieler Schneeschuhläufer.

Wintersport im Harz. Das anhaltend schöne Winterwetter im Harz hat gute Voraussetzungen für den Wintersport geschaffen. Bei gelindem Frost ist in den letzten Tagen wieder Neuschnee gefallen. Das gesamte Brocken-, Braunlage-, Torfhaus- und Wurmberggebiet liegt unter einer harschigen Schneedecke, die an manchen Stellen, insbesondere auf dem Brocken, und dem [illegible]berggebiet einen halben Meter erreicht hat. Die große wintersportliche Veranstaltung hat der Wintersportplatz Altenau für den 13. bis 19. Januar angesagt. Die Wintersportwoche wird eingeleitet mit dem großen Staffellauf des Oberharzes. Ski-

---

Jolanda und Salomea.

Roman von A. Böttcher

24 (Nachdruck verboten.)

„Bernardo!" rief ich entsetzt. „Du wolltest —"

„Ich will Geld schaffen, damit unser Geschäft wieder floriert und — damit deine Claudia wieder gesund wird! Du nimmst den letzten Rest von Geld aus unserer Kasse und schaffst deine Frau fort; ich sorge dafür, daß in kurzer Zeit die Kasse wieder voll ist — verstanden?"

Ich erbebte. Der Schurke hatte meinen wunden Punkt getroffen. Claudia! Meine Claudia — wieder gesund!

Bernardo lachte, als er mein Schwanken sah — ein häßliches, [illegible] Lachen, das mir durch und durch ging.

„Damit dich nicht etwa — Gewissensbisse oder sonstige [illegible]

[illegible]

„Der Rest meiner Geschichte ist rasch erzählt," fährt er schneller, hastiger fort. „Es wurde alles so, wie mein Bruder vorausgesagt. Meine Claudia genas, unser Bankgeschäft florierte. Welche Mittel er angewandt — ich weiß es jetzt noch nicht. Ich scheute mich, direkt zu fragen, und er wich jeder Anspielung geschickt aus. Aber von jener Zeit ab überfiel mich stets ein gewisses Grauen, wenn ich mit meinem Bruder zusammen war, und ich atmete auf, als er vorschlug, er wolle nach Brasilien gehen und eine Filiale unseres Bankhauses in Rio de Janeiro gründen. Doch auch dann fand ich keine Gewissensruhe. Meine Claudia, um derentwillen ich zum Verbrecher geworden, starb nach wenig Jahren — ich erblickte darin eine Strafe Gottes. Meine Gewissensqualen wuchsen und wuchsen — besonders in letzter Zeit, seit ich weiß, daß das Kind der von uns benachteiligten Frau in dürftigen Verhältnissen hier in Rom lebt. Und doch fand ich in meiner Furcht nicht den Mut, das Unrecht sofort wieder gut zu machen; und wieder war es Bernardo, der mich davon zurückhielt. Endlich hatte ich mich aufgerafft: Bernardo wollte das Unrecht, was er damals begangen, wieder gut machen. Zu spät. Auch ihn muß die Angst gepackt haben vor dem Entsetzlichen, was er getan. Er verschwand. Wo er ist, weiß ich bis heute nicht. Nun liegt es jetzt, zu büßen für uns beide — an mir allein!"

Tief ernst, feierlich schließt der alte Mann sein Bekenntnis. Die Augen fest auf Salomea gerichtet, wartet er auf seine Verdammungsurteil.

Langsam steht Salomea auf.

Und auch der Marchese hat sich aus seinem Lehnstuhl erhoben.

Aug' in Auge stehen die beiden einander gegenüber: der alte Mann demütig, gebeugt, das weiße Haupt gebeugt — die junge Frau stolz, hochaufgerichtet, mit flammenden Blicken.

„Salomea!" zittert es von seinen Lippen. „Salomea! [illegible]"

Sie schweigt. Ihre Augen forschen [illegible]

Noch tiefer senkt er das weiße Haupt.

„Du hast recht, mich zu verdammen," [illegible] er mit verlöschender Stimme. „Ich habe zu viel Unglück über dich und deine arme Mutter gebracht. Ich verdiene kein Erbarmen."

Mit einem zitternden Seufzer, der wie ein Stöhnen klingt, sinkt er in den Sessel zurück — totenbleich, am ganzen Leibe bebend vor namenloser Erregung.

„Vater! Vater!" schreit Jolanda auf, die zusammengesunkene Gestalt mit beiden Armen umfangend.

Salomea erbebt.

Ist dieser arme, bemitleidenswerte, todkranke Greis da vor ihr noch ihr ärgster Feind? Ihr Todfeind, dem sie Rache geschworen?

Sie bedeckt das Antlitz mit den Händen. Ein furchtbarer Kampf tobt in ihrem Herzen.

Und plötzlich stürzt sie zu dem leise Schluchzenden hin.

„Mein — Bruder!" ringt es sich von ihren Lippen.

Tiefes Schweigen.

Totenstille.

Dann hebt der müde Greis langsam beide Arme. Ein unsäglich rührender Ausdruck breitet sich auf seine welken Züge. Die matten Augen verklärt in das stolze, jetzt liebevoll zu ihm geneigte Frauenantlitz.

„Meine — Schwester, hab' Dank!" flüsterte Marchese Umberto glückselig. „Jetzt — kann ich — ruhig sterben... Dank! ... Dank!"

O glorreiche Feierstunde, wo sich getrennte Herzen versöhnen!

Abgestoßen der Haß wie ein böses Fieber; weggewischt der Groll gleich einem widerlichen Schmutzfleck; besänftigt der lodernde Zorn; demütig geworden der sich bäumende Stolz. Alles, woran das Herz rastlos gelitten wurde — plötzlich verschwunden, und es ist in solchem Weihemoment, als jubilierten Engel in silberglitzernden Flügeln und sonnenstrahlenden Gewändern oben in den Gefilden des Himmels.

* * *

Wieder sind Monate vergangen.

Der leuchtende Frühling rüstet sich zum Einzug in Rom.

Goldenster Sonnenschein hingebreitet über die ewige Stadt. Die ganze Natur wie in glückseligem Bangen, erwartend den Weihekuß des hereinbrechenden Lenzes.

Auch in dem Palazzo Sonmartino auf dem Corso Umberto hinweggewischt die dumpfe Trauerstimmung. Zwar jubeln noch nicht wie ehedem frohes Lachen und Scherzen, Singen und Tanzen durch die altehrwürdigen Räume; aber Herzensfrohsinn ist wieder eingezogen.

Von dem Marchese Bernardo hat man nichts mehr gehört. Niemand weiß: existiert er noch? Hat die wohlverdiente Strafe ihn ereilt? Hat er bereut? Oder lebt er sein schuldbeladenes Leben drüben in der neuen Welt weiter — ohne Furcht vor einem plötzlich hereinbrechenden Gottesgericht? ...

Der alte Marchese Umberto, dessen Leben nur noch an einem Fädchen zu hängen schien, erholt sich zusehends, nachdem die Last von seinem Gewissen geschwunden und seine Schwester ihm verziehen. Das arme, kranke Herz klopft wieder regelmäßiger und kräftiger.

All sein Barvermögen, sowie die gesamten Einkünfte des Bankhauses „Gebrüder Sonmartino" hat er auf seine „Schwester Salomea Belloni" übertragen lassen — trotz ihres Sträubens. Nur eine ganz geringe Summe behielt er für sich und seine Tochter zum notdürftigen Lebensunterhalt.

Doch weigert Salomea sich aufs entschiedenste, in dem alten Palazzo als ihr Eigentum Einzug zu halten. Die Pracht der glänzenden Räume drückt sie. Draußen vor der Porta Pia, in der kleinen, lorbeerumrankten, sonnenüberstrahlten „Villa Fortuna", welche die Güte des braven Onkels Paolo ihr gespendet — dort will sie hausen, nicht in dem düsteren, hohen Palast.

Das Wiedersehen zwischen dem Marchese Umberto und dem Südafrikaner gestaltete sich überaus merkwürdig.

Mit dem festen Vorsatz, sich zu versöhnen, begegneten sie einander. Als die beiden Männer sich jedoch gegenüberstanden — da brach nochmals der alte Haß mit voller Macht los.

„Nichtswürdiger, du wolltest meinen Vater töten!" kreischte der Marchese mit aufflackernder Lebenskraft, indem er die zitternde Hand wie zum Schlage hob.

„Mörder meiner Schwester!" wütete der rotbärtige Hüne und wollte sich auf den andern stürzen.

Doch Salomea und Jolanda, die angstvollen Herzens dem ersten Begegnen der beiden früheren Feinde beiwohnten, besänftigen die aufkochenden Zornwellen, bis beide Männer einander schließlich die Hand reichten — Boris Wasse freilich vorerst mit abgewandtem Gesicht und leisem Knurren.

Seitdem begannen sie, sich aneinander zu gewöhnen — ja der noch immer leidende Marchese freut sich förmlich auf die geistauffrischende Stunde, in der allwöchentlich der brave Südafrikaner in seiner ungenierten, polternden Art

Klubs, wobei auch die Harzer Staffel für die Teilnahme an den deutschen Meisterschaftswettbewerben im Skilauf ausgewählt werden soll. Altenau will mit seiner Wintersportwoche auch eine Wintersport-Ausstellung, die erste, dieser Art im Harz, verbinden.

Oberwesel. Das Pfarrhaus wurde hier umgebaut und auf dem Martinsberg ist ein Gesellenheim neu erbaut worden. — Die letzten Tage wurde ungewöhnlich viel Wild von den Höhen des tiefverschneiten Hunsrückens auf Schlitten nach hier gebracht. Wie man allgemein vermutet, befindet sich das Wild durch den unglaublich hoch liegenden Schnee in verzweifelter Lage und kommt nahe an die Dörfer und wird leicht erlegt.

Rhens, 1. Jan. Heute wurde hier ein 13jähriger Junge beerdigt, der vor einigen Tagen mit seinem Rodelschlitten aus einer schmalen abschüssigen Seitengasse gerade in eine Droschke hineinsauste und schwer verletzt wurde; in der Droschke selbst befand sich ein Rodler, der einen Armbruch erlitten hatte und auf der Fahrt zum Krankenhause sich befand.

Wiesbaden, Der Sondercharakter unserer Bäderstadt tritt in diesen Tagen recht sinnfällig in die Erscheinung. Wie im nahen Taunus sind auch hier in den letzten Tagen große Schneemassen niedergegangen. Auffallenderweise ist die Gegend im ganzen Kochbrunnengebiet, insbesondere in der Spiegel-, Gold-, Häfnergasse, vom Bäcker- und vom Kochbrunnen und der Kranzplatz, infolge der Bodenwärme vollständig schneefrei, sogar fast ganz trocken.

Bochum, In einem Bergwerk im Ruhrgebiet wurde von einem italienischen Ingenieur unter einer Arbeitskolonne ein Bergmann namens Alfons Richard als Sänger mit außerordentlichem Stimmaterial entdeckt, der mühelos und glanzvoll ein hohes C erklingen läßt. Auf Veranlassung des Ingenieurs wird der ehemalige Bergmann jetzt von einem italienischen Gesangsmeister ausgebildet.

München, 1. Jan. Ein erschütterndes Unglück, dem Vater und Sohn zum Opfer fielen, ereignete sich beim Eisschießen auf dem Regen in Zwiesel (Bayern). Während sich eine Anzahl Männer mit Eisschießen begnügten, brach die Eisdecke ein. Drei Teilnehmer, konnten sich mit Mühe retten, während der Bäcker Alois Rampfl unter dem Eise verschwand. Sein 15jähriger Sohn suchte den Vater mit Aufbietung aller Kraft und allen Mutes zu retten, wurde von ihm jedoch mitgerissen und in die Tiefe gezogen. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Stuttgart. Der bekannte Komponist Hans Pfitzner ist auf seiner Reise von München nach Stuttgart seiner ganzen Barschaft und seiner Papiere im Zuge beraubt worden.

Essen, 1. Jan. Die im Auftrage der holländischen Regierung bei Winterswijk aufgenommenen Bohrungen, die in einer Tiefe von 1287 Metern beendet wurden, haben das Vorkommen eines Steinkohlengebirges ergeben, das ebenso reich sein soll wie die besten Vorkommen im Ruhrbezirk. Die Kohle scheint erste Qualität Industriekohle zu sein. In größeren Tiefen wurde magere Hausbrandkohle angetroffen. Ueber den Steinkohlen liegt eine mehr als 100 Meter dicke Lage Steinsalz, in welchem auch Anzeichen von Kalisalzen festgestellt wurden. Das Steinsalzlager befindet sich in einer Tiefe von 500 bis 650 Meter. Die erste Steinkohle erreichte man in einer Tiefe von 700 Meter. Insgesamt wurden sieben Schichten Steinkohle angebohrt, von denen die letzte eine Dicke von 1,70 Meter hat.

Konstanz. (Eine saftige Strafe.) Wegen Kartoffelwuchers mußte der Landwirt Eugen Maier von Wollmatingen vor dem Wuchergericht erscheinen. Er hatte in der Zeit der größten Kartoffelnot für einen Zentner Kartoffeln 5 Franken verlangt. Das Gericht erblickte darin eine grobe und schamlose wucherische Ausbeutung der städtischen Bevölkerung und verurteilte Maier zu zwei Wochen Gefängnis und 2000 Goldmark Geldstrafe. Außerdem wird das Urteil in den Konstanzer Zeitungen veröffentlicht.

Freiburg, (An den Galgen) Bei einem Umzug durch Freiburg während der Septemberunruhen wurde ein Galgen mitgetragen, der die einladende Inschrift trug: „Erholungsheim für Kapitalisten!" Der Träger dieses absonderlichen Banners, der 23jährige Hilfsarbeiter Karl Hauer, bekam ein Strafmandat von der Staatsanwaltschaft zugestellt, das auf 6 Wochen Gefängnis lautete. Das Schöffengericht, an das der Bestrafte appelliert, sah das Mitführen des Galgens als groben Unfug an, doch wurde die Strafe auf zwei Wochen Haft ermäßigt.

Der kälteste Fleck der Welt. Bei der gegenwärtig herrschenden Kälte wird es ein Trost sein zu hören, daß es noch eine unendlich viel kältere Stelle auf der Welt gibt. Der Unterschied ist so bedeutend, daß wir vergleichsweise von einer Sommertemperatur sprechen können. Dieser kälteste Fleck der Erde befindet sich in einem chemischen Laboratorium in der holländischen Stadt Leyden. Dort bemüht sich der Naturforscher Professor Kamerlingh Onnes, den absoluten Nullpunkt der Temperatur zu erreichen. Es ist dies der Punkt, unter dem die Temperatur überhaupt nicht weiter gesenkt werden kann. Dieser Nullpunkt liegt etwa 500 Grad Fahrenheit unter dem Gefrierpunkt. Er stellt eine Kälte dar, von der wir uns überhaupt keinen Begriff machen können. Der genannte Professor arbeitet schon reichlich lange daran, sein Ziel zu erreichen. Je tiefer man die Temperatur hinabdrückt, desto schwieriger wird es. Es bedarf zuweilen einer Arbeit von Monaten und fast von Jahren, um die Temperatur um ein Tausendstel Grad zu senken. Professor Onnes hat kürzlich auf Befragen erklärt, daß er kaum an die Möglichkeit glaubt, bis zu dem absoluten Nullpunkt zu kommen, wenn nicht ganz neue chemische Reaktionen gefunden werden, die ihm zu Hilfe kommen. Die Annäherung an den Nullpunkt ist aber schon bis auf einige zehntel Grad erreicht. Wie gut, daß wir nicht in dieser Temperatur zu leben brauchen!

Der amerikanische Flug nach dem Nordpol. Ueber den selbständigen Plan eines Nordpolfluges, den die amerikanische Marineverwaltung unabhängig von dem des norwegischen Kapitäns Amundsen verfolgt, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Im amerikanischen Marineministerium ist eine besondere Nordpolabteilung gebildet worden und der Vorsitzende dieser Abteilung Conteradmiral Moffett hat in den letzten Dezembertagen über die Ausarbeitung des Planes Bericht erstattet. Danach soll eine ständige Basis für die Nordpolexpedition in Nome (Alaska) eingerichtet werden. Daneben sollen Hilfsstationen errichtet werden in Point Barrow und auf Spitzbergen. Diese Hilfsstationen werden deshalb eingerichtet, weil sie näher am Nordpol liegen und bei ungünstigen Wetterverhältnissen vielleicht einen leichteren Zugang bieten. Die Basis wird beweglich durch Schiffe hergestellt, die mit Landungsmasten versehen sind. Sie soll für das Luftschiff Shenandoah und sechs Flugzeuge dienen. Den Flugzeugen soll in der Hauptsache der Kundschafterdienst zufallen, jedoch überläßt man es dem Verlauf der Expedition, ob sie nicht auch einen selbständigen Flug zum Nordpol unternehmen können. Jedenfalls will man den Hauptwert darauf legen, daß zunächst die Millionen von Quadratmeilen ausgekundschaftet werden, die in der Umgebung des Nordpols noch ein vollständig unbekanntes Land darstellen. Man rechnet also nicht sicher damit, daß schon im Sommer des Jahres 1924 der Nordpol selbst erreicht werden wird, sondern wird sich gegebenenfalls auch damit begnügen, die Vorarbeit zu leisten, die gewissermaßen zur Erschließung des Geländes notwendig ist. Das Luftschiff Shenandoah wird von seinem jetzigen Standort in New Jersey über Texas und dann über San Diego nach Nome fliegen, und zwar im Juni dieses Jahres. Die Expedition ist für die Monate Juni, Juli, August berechnet. Man hat dabei nicht nur die Erreichung des Nordpols im Auge, sondern auch die Erschließung eines östlichen Luftweges. Man hält diese Erschließung deshalb für wertvoll, weil z. B. die direkte Verbindung von England nach Japan über den Nordpol hinweg noch nicht die Hälfte der Strecke in Anspruch nimmt, wie der Weg, der durch die gemäßigte Zone führt. Wie aus allem hervorgeht, ist die amerikanische Expedition sehr groß angelegt und da sie mit allen anderen Hilfsmitteln ausgestattet ist, so hat sie auch alle nur erdenkbare Aussicht auf Erfolg. Wenigstens ist der Conteradmiral Moffett der Ueberzeugung, daß es keine ernstliche Schwierigkeiten geben wird. Der norwegische Polarforscher Amundsen wird gegen dieses Konkurrenzunternehmen einen etwas schwierigen Stand haben.

Wetterbericht

Obersdorf.

Berlin, 31. Dez. Im Walser Tal (Obersdorf) hat, wie die B. Z. meldet, eine Lawine zwei Häuser mit zahlreichen Bewohnern verschüttet. Näheres ist noch nicht bekannt, da die Telephonleitungen gestört sind.

Mailand, 1. Jan. Infolge des anhaltenden Schneefalls ist die französische Grenzstation Modane eingeschneit. Jeder Güterverkehr ist gesperrt. Die Personenzüge zwischen Italien und Frankreich erlitten erhebliche Verspätungen. In den savoyischen Hochtälern sind zahlreiche Lawinen niedergegangen. In einem verschütteten Hause sind neun Opfer zu beklagen.

Rom, 1. Jan. In Cagliari ist dieser Tage seit 23 Jahren zum ersten Male wieder Schnee gefallen.

Nach einer Meldung des Lokalanzeigers aus Lübeck wird infolge des anhaltenden Frostes der Schiffsverkehr nach den deutschen Häfen immer schwieriger. Das Treibeis beginnt Küsten und Häfen immer mehr zu blockieren. Der Schiffsverkehr nach Schweden und Dänemark steht vor der Einstellung, nachdem noch am Sonntag dänische Viehdampfer mit schwerer Kraft den Lübecker Hafen erreichen konnten.

Aus Stadt und Land

Eine bemerkenswerte nassauische Straße. Im Herbst 1821 wurde der zur Kunststraße umgebaute Kommunalweg Königstein—Soden—Höchst dem Verkehr übergeben, so daß man heute hier von einem fälligen Straßenjubiläum sprechen könnte. Die Straße ist sowohl im Hinblick auf die Schönheit der Landschaft, die durchschnitten wird, als auch mit Rücksicht auf ihre vorzügliche bauliche Konstruktion ein bemerkenswertes Denkmal der alten nassauischen Straßenbaukunst. Aus den im Staatsarchiv in Wiesbaden noch vorhandenen Akten usw. über den Neubau der Chaussee Königstein—Höchst geht hervor, daß dieses Werk schon 1813 in Angriff genommen werden sollte, aber, wie die Verhandlungen der nassauischen Deputiertenversammlung im April 1818 beweisen, erst 1817 angefangen worden ist. Die Verzögerung der Arbeiten hatte wahrscheinlich ihren Grund in den zu jener Zeit noch unfertigen konstitutionellen Zuständen. In der neuen konstitutionellen Verfassung vom halben September 1814, der ersten in Deutschland, waren natürlich auch die Landstände mit ihren Befugnissen usw. vorgesehen. Sie konnten aber erst nach Ueberwindung verschiedener Hindernisse im März 1818 zum erstenmale zusammentreten. Dieser Versammlung legte nun die nassauische Regierung den Kostenanschlag für den in Rede stehenden Straßenbau in Höhe von 11 555 Gulden 40 Kreuzer vor und begründete die Vorlage eingehend mit den Bedürfnissen des Verkehrs und den Erfordernissen erhöhter Zolleinnahmen. Die auf dem Kilometerstein 5,0 bei Soden eingehauene Inschrift: „Erbaut 1817—1821" bestätigt die obigen Angaben in Bezug auf die Zeit des Baues; es ist daher zu verwundern, wenn gleichwohl noch heute in weiten Kreisen die Meinung besteht, Napoleon I., der doch schon 1815 abgedankt hatte, habe unsere Straße erbaut. Unter diesen Umständen dürfte es nicht überflüssig sein, die gen. Napoleonlegende, wie es eben geschehen ist, zu widerlegen, zumal man auch von anderen großen nassauischen Straßen hören und lesen kann, diese Straßen seien von Napoleon I. gebaut worden. Bis jetzt ist aber dabei ein urkundlicher oder aktenmäßiger Beweis für die Richtigkeit einer solchen Behauptung meines Wissens noch nicht erbracht worden, und es scheint fast, als ob es sich auch hier wieder um eine allgemeine Annahme handelt, die bei näherem Zusehen unhaltbar sein dürfte. Solche unbewiesenen Meinungen spielen gerade in der nassauischen Kulturgeschichte vielfach eine unerwünschte Rolle. Es wäre daher zu begrüßen, wenn von berufenen Stellen festgestellt würde, inwieweit ihr Bestehen etwa auf den Einfluß Napoleons I. zurückzuführen ist. So lange das nicht geschehen ist, sind Zweifel an der allgemeinen Volksmeinung in fraglicher Hinsicht berechtigt. Der nassauische Wegebau gelangte schon im vorigen Jahrhundert zu einer gewissen Berühmtheit, und er ist daher auch unter einem der bekannten sieben nassauischen „W" begriffen. In ihrer Fürsorge für den Verkehr war die nassauische Regierung auch eine der ersten, die den Eisenbahnbetrieb in ihrem Lande einführte. Als dritte Eisenbahn in Deutschland konnte schon am 26. September 1839 die Eisenbahn Frankfurt—Wiesbaden in Betrieb gesetzt werden. Bei dieser Bahn wurde auch der erste dem Verkehr dienende elektrische Telegraph auf dem europäischen Festlande 1844 angelegt. Die Höchst—Sodener Bahn wurde 1847 als zweite nassauische Bahn eröffnet. Welche Stelle die nassauischen Taunusstraßen bei den vor etwa 20 Jahren in Homburg abgehaltenen Kraftwagenrennen gespielt haben, ist bekannt. Bei dieser Sachlage darf man der alten nassauischen Regierung schon zutrauen, daß sie auch ohne Napoleon das Straßennetz ihres Landes in jedesmal den Zeitverhältnissen angepaßtem Zustande erhielt. Dieses Netz war auf der Grundlage aufgebaut, welche schon die vorgeschichtlichen Wege boten, die teilweise auf den Wasserscheiden der Flußläufe, teils an den Seitenabhängen der Flußtäler und in diesen selbst dahin zogen und die zu den grundlegenden unveränderlichen Faktoren gehörten und noch gehören, die den Charakter eines Landes und Volkes bestimmen helfen. Auch unsere Höchst—Soden—Königsteinerstraße liegt im Zuge einer alten Römerstraße, die den Main mit dem Limes verband, wo die Reste eines Limesturmes ausgegraben worden sind. Von da zieht ein Weg (Rennstraße) über die Wasserscheide zwischen Ems und Weil nach der Lahn. Ueber diese ebenfalls bemerkenswerte Volksstraße berichten wir vielleicht ein andermal. H. B.

Bad Ems, 3. Jan. Hier verunglückte vor einigen Tagen beim Rodeln ein junger Mann, der nicht unerheblich verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde.

Bad Ems, 4. Jan. Der Ziegenzuchtverein für Bad Ems und Umgegend ladet seine Mitglieder zu einer Generalversammlung für Samstag, den 5. Januar d. Js., abends 8 Uhr im Vereinslokal „Gasthaus zur Sporkenburg" ein. Mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Not ist es wohl eine der wichtigsten Aufgaben, unsere Ziegenzucht in jeder Art und Weise zu fördern und zu pflegen, damit unsere große Milchnot in der Stadt immer mehr behoben wird. Die Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, nun zu dieser Versammlung zu erscheinen, da wichtige Besprechungen und Entschließungen für den Verein getroffen werden sollen. Es liegt kein Trinkzwang in der Versammlung vor, sodaß ein jeder an der Versammlung auch kostenlos beiwohnen kann; auch werden Neuanmeldungen entgegengenommen.

Bad Ems, 4. Jan. Die von der Preisprüfungskommission in der Sitzung vom 28. 11. 23 für zulässig erachteten 50 Prozent als Aufschlag zu den Friedensgrundpreisen sind ab 17. Dezember 1923 nicht mehr für gerechtfertigt erachtet worden, weil sich ergeben hat, daß alle anderen Festsetzungen auf der Grundlage des Friedenspreises ohne Aufschlag ermittelt wurden. Da inzwischen jedoch festgestellt worden ist, daß von keiner Seite ein Abbau dieses ungerechtfertigten Zuschlages von 50 Prozent zu den Friedensgrundpreisen erfolgt ist, ermahnt die Preisprüfungskommission hiermit erneut, nur die reinen Friedensgrundpreise der Preisberechnung zu Grunde zu legen. Die Kommission wird mit aller Schärfe die Befolgung dieser Anordnung kontrollieren und Zuwiderhandlungen unnachsichtlich der Staatsanwaltschaft mitteilen.

Bad Ems, 4. Jan. (Vor 50 Jahren.) Bis zum Jahre 1872 hatte die Spielgesellschaft im Kursaal den Kurbetrieb, soweit er sich auf die Unterhaltung der Gäste und die Pflege des fiskalischen Teiles der Anlagen bezog, zu bestreiten, während die Stadt den ihr gehörigen Teil der Anlagen unterhielt. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Staat und Stadt wurde mit Beginn des Jahres 1874 die Kurkommission organisiert. Die erste Sitzung fand am 12. Januar statt. Regierungsrat Sartorius konstituierte als Kommissar der Regierung die Kurkommission mit nachstehenden Mitgliedern: von Seiten des Staates: Landrat Nasse aus Diez und Badeinspektor Müller; von Seiten der Stadt: Bürgermeister Brodzina und Dr. Döring. Zum Vorsitzenden wurde Landrat Nasse bestellt; als dessen Stellvertreter sollte der jeweilige königliche Badekommissar fungieren. Der Kommission wurden die Kursaalräumlichkeiten mit Inventar, sowie die sämtlichen fiskalischen und Gemeindekuranlagen und Waldpromenaden überwiesen. Als Rendant wurde August Bögelsberger angenommen, in dessen Hause „Wilhelmsburg" auch die Büros der Kurkasse untergebracht waren, bis sie 1877 in den Kursaal verlegt wurden. Im Jahre 1879 trat in der Organisation insofern eine Aenderung ein, als der jeweilige königliche Kur- und Bade-Polizei-Kommissar zugleich Vorsitzender der Kommission war.

Am 1. April 1921 übernahm dann der Staat den gesamten Betrieb und die Kurkommission wurde nach 47jähriger Tätigkeit aufgelöst; die letzten staatlichen Mitglieder waren Direktor Ritz (Vorsitzender) und Oberrentmeister Höhn, städtischerseits Franz Ermisch und Franz Schmitt jr. Während des Bestehens der Kurkommission waren als Badekommissare tätig: Kammerherr von Lepel-Gnitz (1873—1887), Kammerherr von Rathenow (1888—1890), Oberst von Wittich (1891—1903), Oberst von Dresky (1903 bis 1909) und Oberstleutnant von Kaisberg (1910 bis 1919).

Verkehr

Frankfurt a. M., 1. Jan. (Tarifabbau bei der Straßenbahn.) Die Straßenbahnbeförderungspreise erfahren von heute ab eine Herabsetzung, die im Durchschnitt 16,66 Prozent beträgt. Vor allem kommt für die Einzelfahrscheine der 10-Pfennig-Tarif wieder zur Einführung. Entsprechende Preisherabsetzungen sind auch bei den Wochen- und Monatskarten vorgesehen.

Land- und Forstwirtschaft

Wiesenbau. Sumpfige Wiesen werden bei Frost mit Erde und Kompost überfahren, auch süße Wiesen so gedüngt. Nur Wiesen mit Moos- und Haidekräutern dürfen gewässert werden.

---

und Weise im Palazzo Bonmartino von seinen Erlebnissen und Erfahrungen in den Goldminen Transvaals erzählt.

So sind scheinbar in den Palazzo Bonmartino wieder Glück und Zufriedenheit eingezogen.

Aber auch nur scheinbar.

Jolanda ist es, deren Herz schmerzlich trauert, obgleich sie dem Vater stets ein frohes Gesicht zeigt.

So lange der geliebte Vater todkrank war, so lange sie Tag und Nacht um ihn besorgt sein mußte — da hatte sie keine Zeit zum Nachdenken.

Aber jetzt, da alles seinen alten gewohnten Weg geht, jetzt kommt es ihr so recht mit ganzer Macht zum Bewußtsein, was sie an Vittorio Graziano verloren.

Niemand ahnt den geheimen Kummer der jungen Marchesina — niemand, außer Salomea. Sie weiß, woher die tiefen Schatten unter den ehemals so lachenden Augen kommen, weiß, warum die früher rosigen Wangen jetzt so durchsichtig bleich erscheinen.

Und ihr im Glück heimlich mitempfindendes Herz beschließt, einen Gewaltstreich auszuführen, um die — sie ist dessen sicher — einander noch immer tief und innig Liebenden wieder zu vereinen.

Sie schreibt ein paar kurze Zeilen an den jungen Staatsanwalt unter seiner früheren Adresse, in denen sie in einer wichtigen Angelegenheit um seinen Besuch bittet. Erst nach mehreren Tagen kommt Antwort — aus Florenz, wohin Vittorio sich hat versetzen lassen — vielleicht um die ihm zugefügte Kränkung eher zu vergessen, vielleicht auch, weil sein Gewissen ihn von Rom wegtrieb, sein Gewissen, welches ihn beständig mahnt, daß er ein vor vielen Jahren begangenes Verbrechen nicht zur Anzeige bringt und somit seine Pflicht verletzt.

Salomea ist tief betrübt. Vittorio Graziano nicht mehr in Rom! Also — ein Wiedersehen zwischen ihm und Jolanda und eine vielleicht erlösende Aussprache — vereitelt. Was nun?

Da kommt ihr der Zufall zu Hilfe. ...

Bei einer Spazierfahrt durch den Park der Villa Borghese sieht sie auf einer Bank einen Herrn sitzen, der Vittorio sehr ähnelt; nur erscheint er ihr älter, magerer.

Sofort läßt sie den Wagen halten.

Sie hat sich nicht getäuscht. Es ist der junge Staatsanwalt, der sich beruflich für einige Tage in der ewigen Stadt aufhält.

Mit der ihr eigenen geraden Offenheit steuert sie sofort auf ihr Ziel los.

Doch der junge Staatsanwalt will nichts von dem Gesprächsthema wissen. Selbst als Salomea äußert, sie sei überzeugt, Jolanda liebe ihren ehemaligen Bräutigam noch, selbst da lehnt er halsstarrig ab.

„Nein. Als Jolanda [illegible] meinen Brief nicht zu beantworten [illegible] Meinen Brief, in dem ich ihr versicherte, sie nie zu lassen, was auch zwischen uns treten möge!"

„Ein Brief? Was für ein Brief?"

Wie ein Blitz fährt es Salomea durch den Kopf: Dieser Brief ist ein Anhaltspunkt; mit ihm hat es eine besondere Bewandtnis! Entweder Jolanda hat ihn nie erhalten oder — —

Und schon ist ihr Entschluß gefaßt.

Sie bittet Vittorio Graziano, sich nach der Villa Fortuna vor der Porta Pia, ihrem neuen Heim, zu begeben; sie selbst wolle sofort zu Jolanda fahren, um sie nach jenem Brief zu fragen.

Nur widerstrebend fügt der junge Staatsanwalt sich dem Wunsch der energischen Frau. —

Eine halbe Stunde später erwartet Vittorio in der Villa Fortuna mit Ungeduld Salomeas Rückkehr, deren Zuversicht auch ihn wieder mit einem Schimmer von Hoffnung erfüllte.

Klopfenden Herzens geht er in dem traulichen Empfangszimmer auf und ab, in das ihn Ninetta zum Warten gewiesen.

Da — unten Räderrollen. Ein Wagen hält.

Vittorio eilt ans Fenster und schiebt die schweren Atlasvorhänge beiseite.

Ein dunkles Frauenkleid verschwindet gerade im Portal.

Und jetzt öffnet sich die Tür.

Hastig wendet Vittorio sich um.

„Jolanda!"

„Vittorio!"

Ein einziger Schrei des Entzückens.

Sie liegen einander in den Armen. —

„Jolanda, Einzig-Geliebte — du hast also meinen Brief damals nicht erhalten?"

„Nein, Liebster."

„Und du glaubtest, ich würde dich so leicht aufgeben?"

„Mußte ich es nicht glauben, da keine Nachricht mehr von dir kam? Was stand in dem Brief, Vittorio?"

„Daß ich dir gehöre — bis in den Tod!"

„Aber du weißt ja nicht, Geliebter — weißt nicht —"

„Ich weiß alles, Jolanda. Und deshalb schrieb ich [illegible] jenen Brief!"

„O, Vittorio!"

„Meine Jolanda!"

Ein letzter Händedruck ... ein zärtlicher Kuß ... ein langer, tiefer Blick — —

Die beiden haben einander wiedergefunden.

— — — — — — — — — — — —

Im weiten, erhabenen Petersdom, in einer der kleinen Seitenkapellen, kniet ein junges Paar.

Die einfach gekleidete Braut ist bleich; aber aus ihren großen Augen strahlt jubelndes Glück, als sie die Hand [illegible] ihres Erwählten legt zum ewigen Bunde.

Durch die hohen, buntfarbigen Kirchenfenster blickt die helle [illegible] den ganzen Dom mit feierlich [illegible] Leuchten erfüllend.

Und über allem das tiefe Summen der Glocken, welche Ostern einläuten — das hehre Fest der Auferstehung.

— Ende. —

Beziehen Sie sich bitte

auf

den **Lahnboten**

bei allen Anfragen, Bestellungen und Bewerbungen, die Sie auf Anzeigen in unserer Zeitung einreichen.

Kleine Meldungen

Konferenz der baltischen Staaten.

Warschau, 1. Jan. Wie die Blätter melden, findet am 21. Januar in Warschau eine Konferenz der baltischen Staaten statt, an der Esthland, Lettland, Finland und Polen teilnehmen. Das Programm der Konferenz ist noch nicht festgesetzt.

Grenzfestsetzung im Sudan.

London, 1 Jan. Reuter meldet: Am 28. Dezember wurde in London das Protokoll unterzeichnet, durch das die Grenze zwischen Sudan und Französisch-Aequatorial-Afrika geregelt wird. Die Frage war seit dem Zwischenfall von Faschoda in der Schwebe geblieben.

Kopenhagen, 31. Dez. Aus Kanada wird gemeldet, daß Prinz Erik von Dänemark sich mit Miß Booth, der Tochter eines reichen kanadischen Industriellen verloben wird. Der Prinz soll auf seine sämtlichen Anrechte auf die Krone von Dänemark verzichtet und seinen Titel als Prinz von Dänemark abgelegt haben. Der König hat ihm trotzdem den Titel eines Grafen von Rosenberg verliehen.

Mord an Missionaren.

Paris, 31. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Han-Kau sollen Missionare der lutherischen Bruderschaft in Tao-Jang in der Provinz Hu-Peh von Banditen gefangen genommen worden sein. Herr und Frau Hoff sind als verletzt, Frau Kilon als gefangen gemeldet. Es verlautet auch, daß drei Missionare von dem berüchtigten Banditenführer Lao-Jang-Jen getötet worden seien.

Erdbeben in Trier.

Trier, 2. Jan. In der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar gegen 2 Uhr 45 Min. wurde hier ein Erdbeben verspürt, das mehrere Sekunden andauerte. Nach einer minutenlangen Pause wurden noch weitere Stöße wahrgenommen. Schaden ist außer einer zersprungenen Fensterscheibe nicht angerichtet worden. Das Beben wurde auch im Ruwertale verspürt. Man vermutet, daß es sich um die Ausläufer eines entfernten Bebens handelt.

Börse und Handel

Wiesbadener Viehmarktbericht vom 31. Dezember.

Aufgetrieben 18 Ochsen, 17 Bullen, 67 Kühe und Färsen, 173 Kälber, 59 Schafe, 133 Schweine. Marktverlauf: In allen Viehgattungen gedrücktes Geschäft: Markt geräumt. An Preisen wurden (1 Pfund Lebendgewicht) in Goldmark notiert: Rinder Ochsen: 40—60 Pfg., Bullen 35—50 Pfg., Färsen und Kühe 25—60 Pfg., Kälber 60—90 Pfg., Schafe 35—55 Pfg., Schweine 75—85 Pfg., unreine Sauen und geschnittene Eber 60—65 Pfg.

Erbenheim. (Ferkelmärkte). Die vor zwei Jahren hier eingeführten Ferkelmärkte sollen auch, obgleich manche derselben im verflossenen Jahr besser hätten befahren werden können, im Jahre 1924 wieder abgehalten werden. Es sind im ganzen sieben Märkte genehmigt und auf den 7. Februar, 6. März, 3. April, 1. Mai, 7. August, 4. September und 2. Oktober festgesetzt worden.

Berlin, 31. Dez. (Wolff.) Börsenbericht. Der Verkehr am letzten Börsentage des Jahres war sehr still. Es machten sich keine besonderen Einflüsse geltend, um die schon am Schluß der vergangenen Woche eingetretene Lustlosigkeit zu beseitigen. Die Kursbewegung war geringfügig, aber vorwiegend nach unten gerichtet. Nur einige Werte konnten ihren Kursstand etwas bessern. so Hoesch, Oberschlesischer Koks und Scheidemantel. Bemerkenswert war die Festigkeit der deutschen Anleihen. Dreiprozentige Reichsanleihe besserte sich von 950 auf 1200 Milliarden. Im späteren Verlauf erwies sich, der Verkehr eher widerstandsfähig, doch blieb das Geschäft lustlos. Geld war leicht und zu etwa ½ Prozent ziemlich stark angeboten.

Berlin, 31. Dez. (Wolff.) Produktenbericht. Die Geschäftslage am Produktenmarkt hat sich gegen den Schluß der Vorwoche kaum geändert. Die Nachfrage nach Roggen konnte nicht voll befriedigt werden, da namentlich sächsische Mühlen sich kauflustig zeigten, während vom Inlande das Angebot geringfügig blieb. Die Preise erfuhren aber nur vereinzelt Aenderungen. In Weizen besteht ruhiges Geschäft bei einiger Nachfrage für inländische Mühlen. Für Gerste und Hafer zeigte sich kein besonderes Interesse. Mehl war fest auf Begehr für den Konsum und zum Versand, sonst war der Verkehr ruhig.

Jagd und Fischerei im Januar

Mit Beginn des Monats Januar haben die meisten Wildarten Schonzeit. Auch die Zugbewegung der Vogelwelt ist zum Stillstand gekommen, oder nur in geringem Maße vernehmbar, und auf Wassergeflügel und etliche Raubvögel beschränkt.

Der Abschuß weiblichen Hoch- und Damwildes, der Wildkälber und Rehe ist beendet. Die Fütterung tritt in ihre Rechte.

Sauen stehen unter Umständen noch in der Rauschzeit. Die Treibjagden nehmen ein Ende und von Mitte des Monats ab erhält endlich auch der Hase, der vielverfolgte und allseits begehrte wieder Ruhe, die er an milderen Tagen ungesäumt benutzt, den Freuden der Liebe zu huldigen.

Alles Wildgeflügel, mit Ausnahme der Wildenten, Gänse und Fasanen hat Schonzeit. Alles Haarraubwild trägt sein wertvolles Winterkleid, sodaß sich seine Erbeutung mit Falle und Schußwaffe, gerade in der heutigen Zeit reichlich lohnt, und dem kundigen Weidmann klingenden Ertrag einbringt. Gegen Ende des Monats zeigen sich bei Fuchs und Edelmarder die Anzeichen erwachender Ranzzeit.

An gefiederten Räubern treiben sich, wie „Der Deutsche Jäger“ München ferner mitteilt, Wander- und Zwergfalken umher und sie und die heimischen Habicht, Sperber und vor allem Raben und Nebelkrähen zehnen zur rechten Zeit die, auf der weißen Fläche weithin sichtbaren Hühnervölker und vergreifen sich auch an ermatteten oder kranken Hasen. Auch jetzt verspricht die Aufhütte guten Erfolg.

Flüchnot und Eigennutz nähren auch wieder das Wildererunwesen, dessen Bekämpfung an die Pflichttreue des Jagdschutzbeamten oft die höchsten Anforderungen stellt.

Der Huchen wird jetzt in den großen Flüssen mit der Spinnangel gefangen. Bachsaiblinge und Forellen werden zwar gesetzlich frei, ihres noch wenig schmackhaften Fleisches wegen, von echten Anglern noch geschont. Aeschen gehen in milden Tagen noch an die Angel, bilden aber in dieser Jahreszeit keine begehrenswerte Beute des Sportfischers. Die Quitte leicht und geht in die Reusen.

Allerlei Nützliches

Linoleum- und Dielenbehandlung. Um Linoleum glänzend zu erhalten, wäscht man dasselbe regelmäßig alle 2—3 Wochen mit einer Mischung aus gleichen Teilen Milch und Wasser. Nach Verlauf von 3—4 Monate werden die Teppiche usw. mit einer schwachen Lösung von gelbem Wachs in Terpentin abgerieben. So behandelt hält sich das Linoleum vorzüglich und sieht so [illegible] wie neu aus. — Einen schönen, dauerhaften Anstrich für weiche Dielen erhält man wie folgt: 1 Kilogramm guter Tischlerleim, 30 Gramm gepulvertes, doppeltchromsaures Kali, 100 Gramm Kasseler Braun, 10 Liter Wasser werden in einem Gefäß zusammengemengt, und erst nach 6 Stunden allmählich bis zum Siedepunkt erwärmt. Die Mischung muß so lange stehen, damit sich der Leim auflösen kann und derselbe beim Erhitzen nicht anbrennt. Der Anstrich wird warm, aber nicht heiß mit einem gewöhnlichen Zimmerbesen aufgetragen. Derselbe wird nach 2 bis 3 Tagen vollständig wasserdicht und verhält sich ebenso wie ein nicht deckender, guter Firnisanstrich.

Dem Knarren der Türen kann man abhelfen, wenn man den knarrenden Teil des Kegels oder Scharniers daran mit der Spitze eines gewöhnlichen Bleistifts etwas reibt. Graphit bildet bekanntlich ein gutes Schmiermittel.

Lebensweisheiten

Nur das Herz spricht zum Herzen, und die ganze Moral eines Pädagogen wiegt das liebevolle, zärtliche Geplauder einer verständigen Frau nicht auf, der man aufrichtig zugetan ist.

*

Da vorzugsweise das weibliche Geschlecht infolge seines tieferen Gefühls zur Frömmigkeit bestimmt ist, so soll das Weib zur Priesterin des Hauses gebildet werden.

*

Die Wahrheit, die man weiß, ist nie verderblich, nur die, welche man vermuten und sich konstruieren muß.

*

Auf und [illegible] an, wo [illegible] Kampf ums Dasein die Hände [illegible] ist der sichere Untergang.

*

[illegible] ist ein freundlicher [illegible] Befreundeter.

*

Man wird immer finden, so [illegible] klingen mag, daß die Taktlosen [illegible] die Feinfühligen langmütig sind.

*

Nie Meister will ich sein, mit [illegible] Nein, Schüler stets, noch höh'ren Lichts [illegible]

Heute abend 10 Uhr verschied unser lieber, treuer Vater und Großvater

Karl Groß

(Stadtältester der Stadt Diez)

nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von 87 Jahren.

In tiefer Trauer:
Namens der Hinterbliebenen:

Hermann Groß, Oekonomierat, nebst Frau u. 3 Kindern

August Groß

Norden (Ostfriesland) und Potsdam, den 2. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr vom Krankenhause Diez aus statt.

Vereinsnachrichten Bad Ems.

Ziegenzuchtverein für Bad Ems und Umgegend

Samstag, den 5. Januar, abends 8 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal.

Ein hervorragendes Fachblatt seiner Art ist die

Illustrierte Jagdwochenschrift **„St. Hubertus“** Cöthen (Anhalt)

Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großartiger Bilderschmuck. Wertvolle Kunstbeilagen.

Wirkungsvolles Anzeigenblatt.

Bezugspreis 12 Mark für das Vierteljahr. — Jede Postanstalt und Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.

Probenummern vollständig kostenlos bitte zu verlangen von dem

Verlag des St. Hubertus (Paul Schettlers Erben, Gesellsch. m. b. H.), Cöthen (Anhalt).

Die Belebung Ihres Geschäfts bringt unzweifelhaft ein **Inserat** im **Lahn-Boten**

der einzige im Unterlahnkreis erscheinenden Tageszeitung.

Amtlicher Teil

Diez, den 2. Januar 1924.

Anstelle des von seinem Amt zurückgetretenen Bürgermeisters Schäfer in Mudershausen ist der Landwirt Heinrich Seel zum Bürgermeister der Gemeinde Mudershausen gewählt und bestätigt worden.

Der Landrat

Nachtrag zur Wirtschaftskonzessionssteuerverordnung vom 13. März 1923.

I.

Der § 2 der Wirtschaftskonzessionssteuerordnung vom 13. März 1923 erhält folgende Fassung:

Die Steuer beträgt, wenn die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Wirtschaft (eines neuen Kleinhandels) erteilt ist, 3 vom Hundert der Anlage- und Betriebskapitals zuzüglich 6 vom Hundert des Ertrages.

Steht bei Festsetzung der Steuer der Betrag des einen oder des anderen der beiden Veranlagungsmaßstäbe noch nicht fest, so ist er zu schätzen und die Steuer ist vorbehaltlich späterer endgültiger Festsetzung zu veranlagen und zu erheben.

Für Bars, Dielen, Likörstuben, Kabaretts und sonstige Schankwirtschaften, die vorwiegend Wein und Liköre ausschenken, erhöht sich die Steuer auf das Vierfache vorstehender Sätze.

Für Erlaubniserteilungen an Personen, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reiches haben, wird die Steuer auf das 10fache vorgenannten Sätze erhöht.

II.

Ferner wird der § 3 der bestehenden Wirtschaftskonzessionssteuerordnung des Kreises wie folgt geändert:

Im Falle der Uebertragung einer bestehenden Wirtschaft (eines bestehenden Kleinhandels) an einen anderen Gewerbetreibenden wird die Steuer innerhalb des 1. Jahres nach der Erlaubniserteilung an den Vorgänger mit demselben Betrage wie bei neuen Erlaubniserteilungen erhoben; wiederholte Uebertragungen innerhalb des 1. Jahres sind mit der doppelten Steuer zu belegen.

Dagegen werden bei Uebertragungen
innerhalb des 2. oder 3. Jahres höchstens 90 v. H.,
innerhalb des 4. und 5. Jahres höchstens 80 v. H.,
innerhalb des 6., 7. und 8. Jahres höchstens 70 v. H.,
innerhalb des 9. oder 10. Jahres höchstens 60 v. H.,
nach dem 10. Jahre 50 v. H.
des Steuerbetrages erhoben, welcher nach § 2 für den Fall der Errichtung einer neuen Wirtschaft zu berechnen wäre.

III.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Oktober 1923 in Kraft.

Diez, den 14. September 1923.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

NACHRUF.

Stadtältester Karl Gross ist gestorben

Weit über ein Menschenalter hat der Verstorbene als Stadtverordneter, Magistratsschöffe, Beigeordneter in seltener Pflichttreue und Uneigennützigkeit unserer Stadt, seinem Diez, gedient. Deshalb ward ihm die höchste Auszeichnung, die zu verleihen uns gegeben ist. Möchte das, was er als Mitglied der städt. Körperschaften unter Hintansetzung seiner Person geleistet hat, befruchtend auf uns, auf den Geist unserer Jugend wirken, auf daß es der Stadt nie an Männern fehle, die gewillt sind ihr Bestes herzugeben für die Allgemeinheit.

Diez, den 3. Januar, 1924.

Der Magistrat:
Heck, Bürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung:
Thomas, Vorsteher.

Erteile Unterricht in **Mathematik Latein und Französisch**

Offerten unter E. 6 an die Geschäftsstelle d. Lahnboten

Gut erhaltenes **Kleid** und neuer **Blusenrock** preiswert zu verkaufen. Näheres Geschäftsstelle.

Hege und Jagd

ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler Jagd- u. Hundevereine. — Übersichtliche Darstellung des In- u. Auslandes. Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Offingen-Donau.

Israel. Gottesdienst, Ems

Freitag	Abend	4½	Uhr.
Samstag	Morgen	9	Uhr.
„	Nachm.	4½	Uhr.
„	Nachts	5½	Uhr.

Evangelischer Kirchengesangverein Bad Ems.

Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr in der evang. Pfarrkirche Aufführung des Oratoriums

„Die fromme Ruth“

von Hermann Müller,

unter frdl. Mitwirkung von Frl. J. Schaerffenberg (Ruth), Frl. H. Wagner (Naemi), Frl. M. Grötsch (Erzählerin), Herrn Ingenieur Kempf aus Nassau (Boas), Herrn W. Schmidt (Orgel) und dem ev. Bläserchor.

Leitung: Herr Lehrer Hch. Schmidt.

Eintrittspreise: 1 Mk. (Altar), 50 Pfg. (Schiff und Empore), Textbuch 30 Pfg.

Kartenvorverkauf von Freitag ab durch Frau Steuber, Frau Frauendorf und die Mitglieder des Kirchenchors.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren herzlichen Dank.

Diez, den 4. Januar 1924.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Gensch.

Verlag von J. Neumann in Neudamm.

Die reichhaltigste und verbreitetste Jagdzeitung ist unstreitig unsere

Deutsche Jäger-Zeitung

Organ für Jagd, Schiesswesen, Fischerei, Zucht und Dressur von Jagdhunden.

Herausgegeben und redigiert unter Mitwirkung hervorragender Weidmänner, Hundekenner u. Naturforscher

Einzige Jagdzeitung, die zweimal wöchentlich erscheint, also 104 mal im Jahre!

Jede Nummer ist reich illustriert und bringt Abhandlungen sowie kürzere Mitteilungen aus allen Zweigen des Jagdwesens des In- und Auslandes. Die Deutsche Jäger-Zeitung ist unentbehrlich für jeden, der jagdliche Belehrung und Unterhaltung in echt weidgerechter Form sucht.

Wegen der Vielseitigkeit und Gediegenheit ihres Inhalts ist sie auch die bei weitem verbreitetste deutsche Jagdzeitung. Daraus erklärt sich die allgemein anerkannt hervorragende Wirkung der in ihr erscheinenden Inserate.

Probenummern auf Wunsch umsonst und postfrei.

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Komme in einigen Tagen nach Diez, Nassau, Bad Ems und Umgegend zum **Stimmen der Klaviere**. Meldungen nimmt die Geschäftsstelle entgegen. FUNK, Klavierstimmer

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Textzeilenanzeigen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fayer, Heilinspektor. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm 10618

Nummer 4 — Bad Ems, Samstag den 5. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Deutschland und Amerika in geschichtlicher Entwickelung

Das deutsche Element in den Vereinigten Staaten von Amerika, das während des Krieges in den Hintergrund gedrängt worden ist, tritt neuerdings wieder mehr hervor und ihm verdanken wir vor allen Dingen, daß sich in den Vereinigten Staaten eine so große Hilfsbereitschaft offenbart. Wenn Blut dicker ist als Wasser — wie immer behauptet wird — so müssen sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen doch noch einmal sehr wertvoll erweisen. Denn in der amerikanischen Siedlungsgeschichte haben gerade Deutsche eine ganz hervorragende Rolle gespielt. Es ist gegenwärtig der Wiederbelebung der deutsch-amerikanischen Beziehungen von Interesse, nähere Einzelheiten darüber in einem Artikel des Professors Learned in einer Amerika-Sondernummer der „Leipziger Illustrierten Zeitung" zu lesen.

„Die ersten Deutschen, die in der Geschichte Nordamerikas erwähnt werden, sind Heinrich Christiansen, der im Dienste einer niederländischen Handelsgesellschaft zuerst die Gegenden am Hudson erforschte, und Peter Minnewit, der Direktor der Kolonie Neu-Niederland, der die Insel Manhattan auf der sich jetzt der Hauptteil von Newyork befindet, von den Indianern erwarb. Die Deutschen waren nächst den Engländern die an Zahl und Bedeutung hervorragendsten Siedler, begründeten aber zunächst keine eigenen Kolonien, sondern arbeiteten an der Urbarmachung von Virginia, Neu-England, Newyork, und Neu-Schweden mit.

Hauptsächlich waren es Leute, die wegen ihrer Religion im 17. Jahrhundert die Heimat verließen. Mennoniten und Hugenotten, die mit den englischen Quäkern nahe Beziehungen hatten, veranlaßten auch die deutschen Pietisten zur Auswanderung und die Besuche William Penns in Deutschland 1671 und 1677 führten zur Bildung der „Frankfurter Landgesellschaft" und zur Begründung von Germantown, der ersten ständigen Siedlung in Nordamerika durch Franz Daniel Pastorius 1683. Germantown wurde dann der Ausgangspunkt für die deutsche Ansiedlung in den reichen Landstrichen an den Flüssen Schuylkill, Perkiomen, und Conestoga, Susquehanna und Juniata, und später im Cumberlandtal, in Westmaryland, im Tale von Virginia und den Tälern des Ohio und Mississippi.

Die Verwüstungen Ludwigs 14. in der Rheinpfalz führten zu einer verstärkten Auswanderung der Pfälzer, und im Laufe von wenig mehr als 10 Jahren nahm die Einwanderung aus der Schweiz und aus der Pfalz so zu, daß im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts die ganze Gegend von Deutschen besiedelt war. In rascher Folge entstanden neue Siedlungen besonderer Sekten, die viel für die Ausbreitung der Kultur taten.

„Die „Tenker" oder „Dunker", die ihren Namen nach dem dreimaligen „Untertunken", des ganzen Körpers, bei der Taufe hatten, gründeten am Cocalico-Flusse das Kloster Ephrata. Die Sonnenfelder aus Schlesien ließen sich 1734 in der Grafschaft Montgomery nieder. Die mährischen Brüder kamen 1741 nach Pennsylvanien, wo sie Bethlehem und Nazareth gründeten und so wurde die ganze Provinz Pennsylvanien rasch eine deutsche Kolonie, in der sich deutsches Leben entfaltete. Die klappernden Webstühle der Krefelder in Germantown bildeten den Anfang der noch heute in Amerika führenden Textilindustrie von Philadelphia. Die Pfälzer Bauern führten eine neue Art der Bearbeitung des Bodens ein, die die Grundlagen der amerikanischen Landwirtschaft schuf. Die Druckereien in Germantown und Ephrata übertrafen bald die englischen Druckereien. Der deutsche Drucker Christoph Saur druckte die deutsche Bibel von 1743, die Brüder in Ephrata den „Märtyrer-Spiegel", das umfangreichste Buch der amerikanischen Kolonialzeit.

Die Schulen und musikalischen Uebungen der Mährischen Brüder nehmen einen hervorragenden Platz in der Geschichte des Erziehungswesens und der Musikgeschichte ein. Die „Schulordnung" des Deutschen Christoph Dock wurde die erste Darstellung der deutschen Unterrichts-Methode, die die Ausbildung des Schulwesens förderte. „In den frühen Häusern der Mennoniten, der Dunker und der Anfänger der von den Dunkern abgezweigten „Amischen", sagt der Verfasser, „findet der Fremde noch heute die Sitten, die Kleidung, die Sprache die Bücher und das kulturelle Leben der deutschen Pietisten, der „Stillen im Lande", fast ganz wie vor zwei Jahrhunderten. Germantown, Ephrata, Lititz, Lancaster und Neu-Hannover sind jetzt noch die Wahrzeichen der ersten deutschen Kultur in Amerika."

Zur Antwort auf das deutsche Memorandum

Der diplomatische Redakteur der Havasagentur schreibt, daß die ihm gewordenen Andeutungen über den Inhalt der gestern am Quai d'Orsay festgelegten Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember ihm gestatten, folgendes über den Inhalt mitzuteilen: Die lokalen französischen Behörden im besetzten Gebiet sind im allgemeinen ausdrücklich gegen die Gemeinsamkeit der von der deutschen Regierung im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden verlangten Maßnahmen. Sie seien geeignet, dem Wert des Pfandes und sogar der Sicherheit der besetzenden Mächte Abbruch zu tun. Man könne also annehmen, daß die französische Regierung sich auf die Rechte berufen werde, die sich aus dem Vertrag herleiten, und daß sie nicht verfehlen werde, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß gewisse Forderungen, die sie stellt, bereits, wenigstens teilweise, namentlich was die Wiedereinstellung der Eisenbahner betrifft, Befriedigung erlangt hätten. Man habe auch Grund zu der Annahme, daß den anderen deutschen Vorschlägen keine Folge gegeben werde, da sie die leitenden Grundsätze der französischen Reparationspolitik, die so oft proklamiert worden sind, in Frage stellen könnten. Die französische Note sei in einem sehr gemäßigten Tone abgefaßt worden und trage lediglich technischen Charakter, da sie verschiedene ganz und gar nicht die Möglichkeit zu späteren Verhandlungen, je nachdem die Umstände dazu die Möglichkeit bieten werden.

In einer weiteren Mitteilung bestätigt der diplomatische Berichterstatter der Havas-Agentur nochmals die obigen Angaben und fügt hinzu, daß außer den bereits gewährten Erleichterungen im Verkehr des besetzten Gebietes weitere Maßnahmen, soweit sie angebracht erschienen, in Aussicht genommen seien. Die Aufhebung der Ein- und Ausfuhr-Lizenzen werde jedoch nicht vollzogen werden.

Neuer Reparationsplan von Benesch

Paris, 4. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph meldet seinem Blatt, daß der tschecho-slowakische Ministerpräsident Benesch einen Reparationsplan ausgearbeitet hat, der im Wesentlichen folgendes vorsieht: Deutschland übernimmt die direkte Verantwortlichkeit für eine Anleihe, die von Frankreich zu Wiederherstellungsarbeiten im zerstörten Gebiet aufgenommen wird. Nordamerika und Großbritannien willigen ein in die allgemeine Annullierung der interalliierten Kriegsschulden.

Politische Nachrichten

Deutschland

Aufwertung von Industrieobligationen.

Berlin, 3. Jan. In teilweiser Anlehnung an die viel erörterte Reichsgerichtsentscheidung vom 28. November v. J. zugunsten der Hypothekengläubiger hat die Erste Zivilkammer des Landgerichts 1 Berlin eine Entscheidung über die Aufwertung von Industrieobligationen getroffen (Urteil vom 5. Dezember 1923 16 O 407/23). Das Erkenntnis richtet sich gegen die Bankelektrischen Werke, die für eine ihrer auf 1000 Goldmark lautenden Obligationen im Juli 1923, als der Dollar zwischen 200 000 und 700 000 stand, tausend Papiermark bot. Auf Klage eines Obligationsgläubigers wurde sie zur Zahlung von 750 Goldmark an den Kläger verurteilt.

In der Begründung stellt sich das Landgericht zwar auf den Standpunkt, daß wir gegenwärtig nur eine Papierwährung hätten, und daß die hohe Bewertung ihrer Aktien und ihr wertvoller Besitz an Aktien in Rechnung zu setzen. Auch könne man ohne weiteres annehmen, daß der Gegenwert der Obligationsanleihe in Sachwerten angelegt worden sei, die nunmehr in Papiermark ausgedrückt, im Werte gestiegen seien, so daß die Beklagte schon hierin den Ausgleich für den ihr angesonnenen Ausgleich finden könne. Das Bedenken, daß nunmehr der Goldwert einer Obligation höher angesetzt werde als der einer Aktie, erklärt das Urteil durch den Hinweis, als gegenstandslos, daß allerdings den Anleihegläubigern der Vorzug vor den Aktionären hinsichtlich der Sicherheit ihres Kapitals gebühre, wofür sie sich ja auch mit einer geringeren Verzinsung begnügten. Andererseits aber sei unstreitbar, daß die Abfindung des Obligationsgläubigers, der seinerzeit eine Summe, von sehr erheblichem wirtschaftlichen Wert hingegeben habe, mit dem Bruchteil eines Goldpfennigs gegen Treu und Glauben verstoße, und daher nicht zugelassen werden könne. Bei der Bemessung des dem Gläubiger zu zahlenden Betrags hat das Gericht auf der einen Seite die allgemeine Beamung berücksichtigt, an der der Gläubiger ebenfalls mittragen müsse. Deswegen sei seine Forderung von 1000 Goldmark auf 750 Goldmark herabzusetzen.

Noch keine Einigung im Konflikt der Metallindustrie.

Die Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsminister gestellten Schlichter, dem früheren Minister Wissell, zur Beilegung des Konfliktes in der Berliner Metallindustrie scheiterten daran, daß die Unternehmer die Unbefangenheit des Schlichters anzweifelten und den Reichsarbeitsminister zu einer Entschließung anriefen. Trotz des Einspruchs der Unternehmer hat der Schlichter weitere Verhandlungen angesetzt. — Von den annähernd 180 000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den Betrieben des Vereins Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind, arbeiten dem Vorwärts zufolge zurzeit 150 000 Arbeiter nicht.

10-Stundenarbeit in der oberschl. Eisenindustrie.

Nach einer Meldung des Berl. Tageblatts aus Breslau ist in der oberschlesischen Eisenindustrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ein Abkommen getroffen worden, wonach die Arbeitszeit allgemein auf zehn Stunden festgesetzt wird. Im Bergbau ist auch hinsichtlich der Ueberstundenarbeit ein Ueberarbeitsabkommen geschlossen worden, in welchem die Arbeitgeber sich verpflichtet haben, die Löhne gemäß den letzten Schiedssprüchen zu zahlen.

Der Afabund tritt sofort aus der Zentralarbeitsgemeinschaft aus.

Der Bundesausschuß des Afabundes hat den Vorstand der Organisation beauftragt, den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft sofort zu vollziehen. Von größeren Angestelltenverbänden gehört jetzt nur noch der deutschnationale Handlungsgehilfenverband der Arbeitsgemeinschaft an. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wird Mitte Januar über seine Haltung Beschluß fassen.

Zum 15er-Ausschuß.

Berlin, 3. Jan. Der Fünfzehnerausschuß beschäftigte sich im weiteren Verlauf der Sitzung mit einer Verordnung über die Betriebsstillegungen und die Arbeitsstreckung vom 13. Oktober. Die Verordnung über den Verkehr mit Zahlungsmitteln, durch die die öffentlichen Kassen von der Verpflichtung entbunden werden, Zahlungsmittel unter 20 Milliarden in Zahlung zu nehmen, wurde vom Ausschuß angenommen, nachdem der Regierungsvertreter erklärt hatte, daß jetzt die Auszahlung von gerichteten Rentenpfennigstücken in vollem Gange sei. Alsdann beschäftigte sich der Ausschuß mit einer Anordnung des Reichsarbeitsministeriums über die Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter vom 24. Oktober. Angenommen wurde ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, im Sinne des seinerzeit im Reichstag gestellten entsprechenden Antrags zu verfahren, wonach Jugendliche bis 16 Jahren, die einen Familienzuschlag zur Erwerbslosenfürsorge erhalten, zur Uebernahme von Arbeit und zum Besuch der Berufsschule usw. verpflichtet sind, und wonach dieser Familienzuschlag nicht in bar an die Jugendlichen selbst, sondern an den Haushaltungsvorstand oder in Form von Beköstigung den Jugendlichen selbst zu gewähren ist. Zum Schluß wird ein Antrag angenommen, ersucht an die Regierung eine Anfrage zu richten, wie sie sich zu den Beschlüssen des Fünfzehnerausschusses bezüglich der Personalabbauverordnung vom 27. Oktober zu verhalten gedenke, insbesondere, ob sie dem darin beantragten Ueberwachungsausschuß zuzustimmen bereit sei.

Berlin, 3. Jan. Der Fünfzehnerausschuß des Reichstages hat heute beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, von dem Erlaß der Verordnung über eine Erhöhung der Umsatzsteuer für die besetzten Gebiete abzusehen, da die darin enthaltene Ausnahmestellung der besetzten Gebiete politisch unerwünscht sei. Der Ausschuß befaßte sich mit dem Verordnungsentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden, durch den der Entschädigungsanspruch eingeschränkt wird. Der Antrag die Verordnung nicht in Kraft zu setzen, wurde abgelehnt.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Dresden sind am Mittag neuerliche Verhandlungen zwischen den führenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Parteien des Landtages und der Sozialdemokratischen Partei eingeleitet worden, die auf die Bildung eines Koalitionskabinetts unter Führung des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Buck hinzielen. Dem Blatte zufolge soll die Kandidatur Buck Aussicht auf Erfolg haben, da der Deutschen Volkspartei die Person Bucks genehm sein soll.

In einer Sitzung der Vertreter des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels mit Vertretern des Berliner Polizeipräsidiums und der Preisüberwachungsstellen wurde, laut „Voss. Ztg." beschlossen, die Großhandelsspanne für Lebensmittel im durchschnittlich 5 Prozent herabzusetzen.

Bayern

Aus dem Verfassungsausschuß des Landtags

München, 3. Jan. Im Verfassungsausschuß des Landtages haben heute die Verhandlungen über die Anträge begonnen, die sich mit der Frage der Landtagsauflösung beschäftigen. Die Bayerische Volkspartei erklärte, sie halte nach wie vor an der bedingungslosen Auflösung fest. Die Redner der übrigen Parteien widersprachen der Behauptung der Bayerischen Volkspartei, daß die Abänderung der Anträge eine Verschleppung der Landtagsauflösung bedeuten würde. Ein Antrag Held (Bayr. Bauernpartei) will die Regierung ermächtigen, die zur Ausgleichung des bayrischen Staatshaushaltes erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Eine Antrag der Demokraten besagt, daß die Regierung nicht über die zum Ermächtigungsgesetz angenommenen Anträge hinausgehen dürfe. Finanzminister Dr. Krausneck erklärte, daß die Regierung sich mit einer Abänderung des Finanz- und Ermächtigungsgesetzes nicht abfinden werden könne. Sie müßte, nachdem der Landtag versagt hätte, sich über ihre Bedenken hinwegsetzen, sie habe ja bereits von sich aus gehandelt, so bezüglich des Personalabbaus. Gegenüber einem sozialistischen Redner erklärte der Minister, daß gerade die sozialistische Partei den Anfang der Inflation verschuldet habe. Inbezug auf die Frage der Aufwertung der Hypotheken erklärte der Finanzminister, man scheine im Reiche selbst der Meinung zu sein, daß ein gesunder Mittelweg eingeschlagen werden müsse. Die Abstimmung über die Anträge wurde auf Freitag vertagt.

Vor den Wahlen.

München, 3. Jan. Im bayrischen Landtag haben die Demokraten einen Antrag eingebracht, daß, falls die Aufhebung des Ausnahmezustandes während der Zeit der Wahlvorbereitungen abgelehnt wird, Sicherungen getroffen werden, daß Zeitungen und Flugblätter erscheinen können und die Rede- und Versammlungsfreiheit garantiert wird.

Neuordnung der bay. Ministerien.

München, 3. Jan. Nachdem durch Beschluß des bayerischen Landtages die Zahl der bayerischen Ministerien von acht auf fünf verringert werden muß, dürfte sich laut Augsburger Abendzeitung entsprechend dem Plan des Wirtschaftsministeriums bei der Neuordnung folgende Gliederung ergeben: Ministerium des Aeußeren und Inneren, Ministerium für Kultus und Unterricht, Finanzministerium, Justizministerium und Wirtschaftsministerium. In dem Wirtschaftsministerium würden Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe einschließlich der Staatsbauverwaltung und Arbeiterfragen vereinigt sein.

Verfassungsrechtliche Aenderungen.

München, 3. Jan. Der neue bayerische Wahlgesetzentwurf bringt eine weitere Neuerung: Statt der bisherigen 8 Wahlkreise sollen nur noch 4 Wahlkreise, nämlich der Wahlkreis Oberbayern-Schwaben, der Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz, der Wahlkreis Pfalz und der Wahlkreis Franken. Die für Coburg bisher geltende Sonderregelung mit 2 Abgeordneten wurde im neuen Entwurf fallen gelassen. Coburg soll nur noch einen Abgeordneten bekommen. Die neue Wahlkreiseinteilung entspricht der Reichstagswahlkreiseinteilung.

München, 3. Jan. Die dem bayerischen Landtag zugegangene Regierungsvorlage über die Aenderung des Landtagswahlgesetzes sieht dem Vernehmen nach eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten auf 114 vor.

Die Ursache des Explosionsunglücks in Oppau.

München, 4. Jan. Der umfangreiche Bericht der bayrischen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Explosionsunglücks im Stickstoffwerk Oppau bei Ludwigshafen vom 21. September 1921 ist nunmehr erschienen. Zusammenfassend stellt der Bericht u. a. fest, es sei nicht zu bezweifeln, daß die Ursache des Unglücks im explosiven Zerfall eines Teiles des im Silobau 110 lagernden Ammonsulfatsalpeters zu erblicken sei. Es erscheine nicht wahrscheinlich, daß die

Explosion durch Entz[illegible] gebracht worden sei, die [illegible] Weise herbeigebracht worden. Da[illegible] dürfte zur Explosion in keiner Beziehung stehen.

Haftbefehl wegen Hochverrats.

München, 3. Jan. Das Volksgericht in München erließ gegen den 1900 in München geborenen Karl Leo Grafen von Moulin-Eckart Haftbefehl wegen Hochverrats.

Sachsen

Das neue sächsische Kabinett

Wie dem Vorwärts aus Dresden gemeldet wird, beschloß die sozialdemokratische Landtagsfraktion, ohne die Stellungnahme des für den 6. Januar einberufenen Landesparteitages abzuwarten, der Bildung der großen Koalition in Sachsen ihre Zustimmung zu geben. Der Ministerpräsident soll von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt werden. Nach der Voss. Ztg. sollen die Verhandlungen zwischen den Landtagsfraktionen über die Kabinettsbildung bereits zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Es werde folgende mutmaßliche Ministerliste genannt: Ministerpräsident Heldt (Soz.), Inneres Müller-Chemnitz (Soz.), Arbeit Elsner (Soz.), Wirtschaft Fellisch (Soz.), Finanzen Dr. Dehne (Dem.), Justiz Bünger (Dt. Vpt.), Volksbildung Dr. Kaiser (Dt. Vpt.).

Der Rechtsausschuß zur Auflösung des Landtags.

Dresden, 3. Jan. Der Rechtsausschuß des Landtages hat heute gegen fünf sozialdemokratische Stimmen beschlossen, dem kommunistischen Antrage entsprechend dem Plenum die Auflösung des Landtages zu empfehlen. Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete stimmten gleichfalls für die Auflösung, doch behielten sich die Fraktionen ihre endgültige Stellungnahme für die morgige Plenarsitzung vor.

Widerrufung von Beschlüssen der Staatsregierung durch das Reichsgericht

Nach einer Mitteilung des Evangelischen Pressedienstes wurden der Präsident und der Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums Dr. Böhme und Dr. Ihmels, die von der sächsischen Staatsregierung zwangsweise pensioniert worden waren, durch Beschluß des zuständigen Reichsgerichtshofes in ihren Aemtern bestätigt.

Minister Hermann im Untersuchungsgefängnis.

Wie die Voss. Ztg. aus Weimar meldet, ist der thüringische Minister des Innern Hermann auf Antrag des Oberstaatsanwalts in das Weimarer Untersuchungsgefängnis überführt worden. Die Untersuchung gegen ihn soll mit größter Beschleunigung geführt werden.

Frankreich

Großes Interesse für den Rechbergschen Plan in der Pariser Presse

Paris, 4. Jan. Der von einem Morgenblatt gestern veröffentlichte Rechbergsche Plan bildet in Paris, da er bei dem französischen Publikum bisher nur bruchstückweise bekannt war, das große Ereignis des Tages. Das Interesse für diesen Plan hat sich in so bedeutendem Maße verstärkt, daß ein Teil der Pariser Presse auf die französische Regierung, um eine sofortige Prüfung des Planes und evtl. Meinungsäußerung in Berlin einzuwirken beginnt. In gut unterrichteten Kreisen verlautet sogar, daß Frankreich jetzt eine direkte Verständigung mit Deutschland unter Zugrundelegung des Rechbergschen Planes herbeizuführen beabsichtigt. Für diese Tendenzen ist auch ein Artikel bezeichnend, den der Direktor des Intransigeant Leon Bailby gestern abend in seinem Blatte erscheinen läßt. Bailby kommt zu dem Schluß, daß die französische Regierung so schnell wie möglich im Einverständnis mit ihrem Delegierten im Hotel Astoria, Herrn Barthou, die politische Seite des Projektes prüfe und nach Einblick in die Sachverständigengutachten sich zum Handeln entschließe. [illegible] Blatte schreibt Bailby folgendes: Wir [illegible] auf irgend eine Weise bezahlt werden und dieses Verfahren erscheint uns zu diesem Zwecke beachtenswert. Das vorliegende Projekt bietet ohne Zweifel keine absolute Sicherheit, doch wäre sie zu fühlen.

Einzelheiten des Rechbergschen Plans

Der Pariser „Figaro" bringt den Plan des deutschen Industriellen Rechberg mit einem ausführlichen Kommentar. Das Projekt ist in 9 Paragraphen gegliedert.

In Paragr. 1 wird Frankreich das Recht zugestanden, unter den deutschen Wirtschaftszweigen (Industrie, Bergbau, und Schiffahrtsunternehmungen) diejenigen herauszusuchen, an denen es sich zu beteiligen wünscht. In Frage kommen nur diese Unternehmungen, die einen bestimmten noch festzusetzenden Mindestgewinn aufzuweisen haben. Diese Mindestsätze werden aus den in Goldmark umgerechneten Dezemberumsätzen der einzelnen Unternehmen errechnet.

Nach Paragr. 2 werden die von der französischen Regierung ausgezählten Werke ihre Aktien um 30 Proz. erhöhen. Der deutsche Staat verpflichtet sich, kostenlos diese Unternehmungen in G. m. b. H. oder Aktiengesellschaften umzuwandeln.

Nach Paragr. 3 gehen die neuen Aktien sofort in den Besitz des deutschen Staates über, der die an die Werke zu zahlende Entschädigung festsetzt. Die Aktien werden dann an Frankreich übergeben.

Paragr. 4. Diese Aktien werden von der französischen Regierung den französischen Industriellen abgetreten.

Paragr. 5. Die deutsche Regierung verpflichtet die Unternehmungen bei jeder Kapitalserhöhung binnen 30 Jahren 30 Prozent des Mehrwertes gegen bar oder durch Vermittlung der deutschen Regierung Frankreich anzubieten. Die abgetretenen Aktien dürfen vor Ablauf von 30 Jahren durch Deutschland nicht verkauft werden. Ebenso darf ein Verkauf dieser Aktien durch Frankreich binnen 30 Jahren nicht erfolgen.

Paragr. 6. Wenn die französische Regierung nicht imstande ist, sämtliche Aktien an ihre Industriellen zu verkaufen, so darf sie die nicht verkauften im eigenen Besitz erhalten. Da der Betrag der Aktien der französischen Regierung wohl ein Recht auf die deutschen Reparationen, aber

kein Recht auf die Kontrolle der deutschen Industrie noch auf die Beeinflussung ihrer Geschäftsentwicklung

gibt, werden die deutschen Aktien, solange sie im Besitz der französischen Regierung bleiben, Stimmrecht nur soweit besitzen, als sich auf die Verteilung und Festsetzung der erzielten Gewinne erstreckt.

Paragr. 7. Der Gesamtbetrag der abzutretenden Aktien, die der französischen Regierung übergeben werden, ist dem deutschen Reich als Verrechnung auf die an Frankreich zu zahlenden Reparationen in Voraussetzung der Verzichtleistung Englands und Amerikas auf ihre Schuldforderungen gegenüber Frankreich auf den Betrag von [illegible] 25 Milliarden Goldmark festgesetzt. Die Zahlungen, die zur Deckung dieser herabgesetzten Schuld der deutschen Regierung benötigt werden, werden nach einem neuen Plane ausgearbeitet werden.

Paragr. 8. Zahlungen und Sachlieferungen auf Reparationskonto werden aufgehoben, wenn ihr Betrag durch den Wert der deutschen Aktien gedeckt ist, die nach den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens in französischen Besitz übergehen.

Paragr. 9. Die französische Regierung muß ersehen, daß die Ablieferung eines Betrages von 30 Proz. des bestehenden Aktienkapitals sowie die Verpflichtung von jeder künftigen Kapitalsvermehrung denselben Prozentsatz an sie abzuführen,

die äußerste Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmungen darstellt.

Die französische Regierung verzichtet offiziell darauf, in Zukunft irgend welche Ansprüche auf eine höhere Prozentbeteiligung an den deutschen Unternehmungen geltend zu machen.

Ueber die Zustände in Thüringen.

Das Presseamt der thüringischen Regierung macht dem Hin und Her über die Ernennung eines Reichskommissars für Thüringen selbst ein Ende. Es teilt mit, daß tatsächlich ein Beauftragter der Reichsregierung in Thüringen eingetreten ist, um sich nach Artikel 15 der Reichsverfassung davon zu vergewissern, daß die Reichsgesetze durch die thüringische Landesregierung auch richtig ausgeführt werden. Die thüringische Regierung hat sich mit einem Protest begnügt und im übrigen den Reichskommissar gewähren lassen. Angesichts der Anwesenheit von Reichswehrtruppen wäre ihr wohl auch kaum etwas anderes übrig geblieben.

So hat das Schicksal der sozialdemokratischen Regierung Dr. Zeigner schließlich auch Thüringen noch erreicht. Die Lage ist trotz aller sozialdemokratischen Schönfärberei genau dieselbe. Der Reichskommissar, der in Weimar und in anderen thüringischen Städten nach dem Rechten gesehen hat, ist allerdings der thüringischen Regierung nicht so zu Leibe gerückt, wie Dr. Heinze es in Sachsen getan hat. Das liegt aber wohl nur daran, daß die thüringische Regierung an sich schon als erledigt gelten kann und daß sie nur noch die Geschäfte führt, bis die Neuwahlen über die Bildung der künftigen Regierung Thüringens entschieden haben. Ganz konnte man aber die thüringische Regierung trotz ihres vermutlichen nahen Endes nicht sich selbst überlassen, da der begründete Verdacht bestand, daß sie die letzte ihr gewährte Gnadenfrist noch wirklich zum Nutzen ihrer Parteiwirtschaft ausbeuten würde. Dem hat nun wohl der Reichskommissar einen Riegel vorgeschoben. Denn man kann annehmen, daß er auch nach seiner Rückkehr aus Weimar die weitere Entwicklung der Dinge noch im Auge behalten wird.

Wenn die thüringische Regierung gegen die Kontrolle ihrer Tätigkeit sich lange zur Wehr gesetzt hat, so weiß sie selbst am besten warum. Das was in Thüringen von regierungswegen geschehen ist, hat in sehr vielen Fällen das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen, weil es eine Auswirkung übelster Parteiwirtschaft ist. Zu einem richtigen Skandal haben sich vor allen Dingen die Zustände in Jena entwickelt. Der thüringische Kultusminister hat die Universität in Jena mißhandelt, wie wohl noch nie zuvor ein wissenschaftliches Institut von einem Kultusminister mißhandelt worden ist. Die Amtstätigkeit des Zehn-Gebote-Hoffmann in Preußen und seiner braunschweigischen Kollegin ist immer noch erträglich im Vergleich mit dem Kulturfrevel, der unter einem sozialistisch-kommunistischen Kabinett über das Land Thüringen und insbesondere über die Landesuniversität Jena hereinbrach. Der thüringische „Kultusminister" bevölkerte die Universität mit seinen Kreaturen und ging dabei über alle Rechte des Professorenkollegiums unbekümmert hinweg. Der Verfassungsgrundsatz, daß die Wissenschaft frei sein müsse, existierte für diesen Kultusminister nicht. Die Wissenschaft hatte seiner Ansicht nach sozialistisch-kommunistisch zu sein, oder aber sie hatte jedes Recht auf Berücksichtigung verloren. Der Genosse Strecker, der in Hessen als Vertreter des Schulwesens sich völlig unmöglich gemacht hatte, erlebte in Jena eine fröhliche Wiederauferstehung und hatte dort Gelegenheit, seine Erziehungsgrundsätze restlos und hemmungslos in die Tat umzusetzen. Aehnlich wie Müller-Brandenburg die thüringische Polizei reformierte, so reformierte dieser Strecker die Wissenschaft. Die Professoren der Universität Jena waren der Willkür einer sozialistisch-kommunistischen Geistestyrannei hilflos preisgegeben und die Studentenschaft litt unter diesem Zustande so sehr, daß ein Auszug der Musensöhne schließlich unvermeidlich geworden wäre. Die Zustände wurden derart unhaltbar, daß sogar die Jenaer Demokraten, die von jeher sehr weit links standen, die Hilfe der Reichsregierung gegen das Treiben ihres Kultusministers anriefen. Wenn die Reichsregierung sich nicht einer fahrlässigen Haltung schuldig machen wollte, so mußte sie diesem Rufe Folge leisten und endlich in Thüringen nach dem Rechten sehen.

Explosion in einer Fabrik.

Paris, 4. Jan. Aus Berria (Illinois) wird gemeldet: In einer hiesigen Fabrik hat sich eine schreckliche Explosion ereignet, der zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen sein sollen. Das Fabrikgebäude und ein benachbartes Gebäude wurden vom Feuer zerstört. 60 Personen konnten nach dem Hospital fortgeschafft werden. Infolge der hohen Flammen war es den Rettern unmöglich, in die Gebäude einzudringen. Unter den Trümmern sind zahlreiche Tote begraben.

Weitere Erleichterungen in Aussicht gestellt.

Paris, 3. Jan. Ministerpräsident Poincare hat dem Text des französischen Antwortentwurfes auf die deutsche Denkschrift vom 21. Dezember endgültig zugestimmt. Der Entwurf wird im Laufe des heutigen Tages dem französischen Botschafter in Brüssel zugehen, damit er der belgischen Regierung zur Stellungnahme unterbreitet wird.

Der diplomatische Havasredakteur bestätigt nochmals die von ihm bereits veröffentlichten Angaben über den Inhalt des französischen Antwortentwurfes und fügt hinzu, daß außer den bereits erwähnten Erleichterungen im Verkehr der besetzten Gebiete weitere Maßnahmen, soweit sie durch die Lage gerechtfertigt erscheinen, in Aussicht genommen seien. Die Aufhebung der Aus- und Einfuhrlizenzen werde nicht bewilligt werden.

Vor den Senatswahlen.

Paris, 2. Jan. Ministerpräsident Poincare ist heute vormittag nach seinem Wahlkreis im Maasdepartement abgereist, um für die Wahlen zum Senat am kommenden Sonntag seine Kandidatur zu vertreten. Er kehrt am Montag nach Paris zurück.

Belgien

Die franz. Antwortnote bei der belgischen Regierung

Paris, 4. Jan. Petit Parisien berichtet, daß der Text der französischen Antwortnote auf die deutschen Vorschläge dem französischen Gesandten in Brüssel mitgeteilt worden sei, der ihn dem belgischen Außenminister unterbreitet habe. In französischen Kreisen lege man sich große Zurückhaltung auf. Man gibt zu, daß man in Belgien großen Wert auf eine Verständigung lege. Die Note sei daher in sehr gemäßigten Ausdrücken abgefaßt. Sie habe einen stark technischen Charakter und ermögliche weitere Besprechungen. Die Ansichten der französischen Vertreter im besetzten Gebiet, die gegen die deutschen Angebote gerichtet seien, hätten in der Note ihren Niederschlag gefunden.

Zur Stellungnahme der belg. Regierung.

Brüssel, 4. Jan. Die Etoile Belge ist in der Lage, über die Stellungnahme der belgischen Regierung schon einige Andeutungen zu machen. Das Blatt schreibt:

Die deutsche Regierung verlangt vor allem die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrlizenzen. Diese Forderung kann, wie wir glauben, für den Augenblick nicht bewilligt werden. So wünschenswert es auch für die französische und belgische Regierung sein muß, in dem denkbar weitesten Maße zu der Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten beizutragen, so können sie doch nicht auf ihre Pfänderpolitik verzichten. Sie sind deshalb gezwungen, auch ferner eine Kontrolle über die Erzeugung der Industrie auszuüben. Das will nicht sagen, daß sie gewissen deutschen Vorschlägen hinsichtlich der Entmilitarisierung gewisser Verwaltungsstellen und über den Verkehr und die Rückkehr der Beamten usw. zustimmen werden. Die belgische Antwort wird vo[illegible]

Die Frühlingsmädchen

Novelle von Rudolf Herzog.

Wie eine breitausladende grüne Glocke wölbte sich das einsame Bergland der Eifel. Und die Riesenglocke, die von Horizont zu Horizont reichte, trug wie ein winzig Krönchen eine alte, kleine Stadt, die in der jungen Sonne funkelte wie ein wahrhaftig Geschmeide, und das Krönchen wieder trug einen Knauf, der die Sonne zuerst empfing, die Schloßruine aus vergangenen Jahrhunderten, die im heitergrünen Hügel ein paar blitzblanke Fenster zeigte. Von diesen Fenstern aus fand das Auge ungestört den Einblick in alle Winkel und Falten der [illegible] Bergstadt, schweifte es ungestört über die stille Riesenglocke des Hochlandes, von Horizont zu Horizont.

Es war ein ganz Verwundern im Städtchen gewesen, als der frühere Schiffsarzt Doktor Frühling [illegible] die alte Schloßruine an sich brachte und [illegible] der Kleinbürger [illegible]. Der Doktor Frühling kümmerte sich nicht um das Verwundern anderer Leute. Er war von seinen Schiffsjahren, die ihn über Gebühr, aber nach eigenem Wunsch und Willen zwei Jahrzehnte lang in fremden Meeren festgehalten hatten, nicht daran gewöhnt, [illegible]. Und so [illegible] er eines Tages mit einem Kölner Baumeister an, [illegible] Grund und Boden von Schutt und Steingeröll [illegible], an den [illegible] Schloßmauern ziehen und zwischen die Umgrenzungen des alten [illegible] größere und kleinere Wohngemächer hineinbauen [illegible]. Als auch die Maler ihre Arbeit getan hatten, hing er eigenhändig die Gardinen vor die Fenster, rückte und schob den herzhaften Hausrat so lange zurecht, bis jeder Winkel heimelig, wohnlich und warm geworden war, bepflanzte die Hälfte des großen Gartenlandes mit Obstbäumen, Beerenobst und Gemüsen, die andere mit Rosen, Flieder und allen schönen Bauernblumen, brachte ein Messingschild am Tor an, auf dem zu lesen stand: „Dr. med. Frühling, prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer", und verschwand, um nach Monatsfrist mit einer um zwanzig Jahre jüngeren Frau stillvergnügt aus dem blitzblanken Fenster heraus auf die verwunderte Stadt zu schauen und dann über die Stadt hinweg in die wunderbar lautlose, unendliche Weite.

„Nun bist du geborgen," sagte er, und legte seine große, braungebrannte Hand auf ihre schmale, weiße. „Geborgen und — dein eigener Herr."

„Ja," wiederholte sie, „geborgen," und drückte ihre Schulter wie im Nachklang einer Liebkosung an die seine.

„Und dein eigener Herr, Maria. Das ist das Wort der Worte. Darüber hinaus gibt's nichts."

„Ich bin dir so, so dankbar dafür — nein, sagen läßt sich das nicht. Das kam alles so atemlos schnell. Die furchtbare Nacht am Waisen[illegible]. Der [illegible] Entschluß. Und dann war ein Mensch bei mir im [illegible], und auf Erden [illegible] gewesen, und [illegible] mit dem [illegible] Geschöpf [illegible] alles, was ich auf der Welt besaß."

„Nicht Alles", sagte der Doktor Frühling. „Denn [illegible] eines Frühlings."

„Du — —", erwiderte sie und [illegible] sich fester gegen ihn.

„Es ist seltsam", begann er nach einer Weile, „und es [illegible]. Die gelehrten Leute, die Mädchen in die Welt setzen, [illegible] Jungvolk [illegible] erzogen, bis es flügge ist oder die Alten vorzeitig dahin sind. Kein Gedanke daran, daß den Mädchen gegenüber ein doppelt und dreifaches Pflichtmaß zu walten hat. Die Herren Buben schwimmen die Wälle und verschwinden in der weiten Welt, um die Ellbogen zu gebrauchen. Die Jüngferchen aber — keine Eltern, kein Geld, dafür die halbfeine Schulbildung, die zum Dienen nicht taugt und zur Selbständigkeit noch weniger — was wird aus all den Dingerchen, die einmal aus so lieben Kinderaugen guckten? Herumgejagte und gestoßene Menschenkinder, daß sich die Alten noch im Grabe herumwerfen möchten vor Scham, daß sie nicht besser vorgesorgt haben, und wenn's das Blut unter den Nägeln gekostet hätte; armselige, die sich an ein paar Brotrinden von Tag zu Tag durchs Leben knabbern; sehnsuchtshungrige, die kurzerhand alle Erinnerungen abschütteln, um ein paar Jahre im seichten Oberwasser zu schwimmen; lebensmüde, die nach einem tieferen Wasser Ausguck halten, um ihre Erinnerungen abzutun mit Gegenwart und Zukunft —"

„Du — —", sagte die junge Frau hastig und schmiegte sich noch dichter an seine Schulter.

„Ist dir warm, Maria?" fragte der Doktor. „Dann ist es gut. Mädchen und Frauen muß warm sein, denn sie geben der ganzen Welt von ihrer Wärme ab. Kind, es müßte doch verdammt betrüblich um die gesamte Mannschaft stehen, wenn sie nicht mal soweit brächte, daß die lieben Frauensleute sich sich auf der Fahrt durchs Leben gesichert fühlen."

„Mann, Mann!"

„Wenn sich die kleinen Kammern da hinter uns", fuhr der Doktor fort, „mit Mädels füllen sollten statt mit Buben, so wäre das sehr lustig, denn die kleinen Deerns habe ich immer gern gehabt. Ja, pflichtmäßig [illegible]. Aber es wäre auch ein größeres Maß an Pflicht. Denn das höchste Ziel der Eltern muß sein und bleiben, aus ihren Kindern freie, lebensstarke Menschen zu gestalten, die über einen Sack voll Sturm gerade so lachen wie über eine saftige [illegible] und das Steuer darum keine Sekunde aus den Fingern lassen. Da denke ich mir denn die Erziehung von Mädchen als die Krone aller Aufgaben im elterlichen Pflichtbewußtsein."

Nun lächelte sie vor sich hin.

„Du denkst wohl, so ein alter Junggeselle und Seefahrer — na ja, die Probe steht noch aus. Aber stell' mich nur vor die Probe." — —

Ein Jahr lang hauste der Doktor Frühling nun auf dem Schloßberg. Im Städtchen hatte man das Verwundern nie ganz abgetan, trotzdem ihn seine ärztliche Tätigkeit bald unter die Leute brachte und sein kleiner Einspänner, den er selber kutschierte, auf alle Landstraßen gesehen wurde, die zu den Dörfern ein paar Meilen weit im Kreise führten. Der wettergegerbte Vierziger, der ein halbes Dutzend Sprachen beherrschte, in allen Ländern beider Erdhalbkugeln und auf allen Meeren der Welt zu Hause war, der „im Schlosse" wohnte und eine Frau besaß, die seine Tochter sein konnte, stand der Empfindungswelt der Eifelstädter zu hoch und fern, als daß sie einen regeren Verkehr mit ihm gesucht und gefunden hätten, und der Doktor machte durchaus keine Miene, ihnen entgegenzukommen. In den Stunden, die sein ärztlicher Beruf ihm frei ließ, sah man ihn mit seiner mädchenhaft schlanken Frau im Garten schaffen und walten, traf die beiden wohl auf einsamen Wanderungen im windgekämmten Buchenwald [illegible] an der geheimnisvollen Wasserfläche eines Maares, das aus schwarzer Tiefe von feuerflammenden Erdjahrtausenden berichtete, oft auch Schulter an Schulter in dem kleinen Einspänner, wenn der Doktor von einem Dorfbesuch heimkehrte und ihm seine Frau in milder Abendluft entgegengewandert war.

(Fortsetzung folgt.)

dem Wunsch eingegeben werden, an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den besetzten Gebieten mitzuarbeiten.

England

Zur Thronrede.

London, 3. Jan. Wie die Times meldet, besprach sich der gestern nach der Downing Street zurückgekehrte Premierminister Baldwin mit einer Anzahl seiner Kollegen, darunter dem Schatzkanzler. Da sich einige Kabinettsmitglieder noch im Auslande befinden, soll vor nächster Woche keine reguläre Kabinettssitzung abgehalten werden. Immerhin werden zwischen den in London weilenden Ministern weitere Erörterungen über die Thronrede stattfinden, die unter den gegenwärtigen Umständen eine ungewöhnliche Bedeutung habe und im Entwurf schon vorbereitet sei.

Gegenseitige Unterstützung der konservativen und liberalen Partei.

London, 2. Jan. Die Aktion der Leitung der konservativen Vereinigung der Londoner City für eine Zusammenarbeit der Konservativen mit der Liberalen Partei gegen die Arbeiterpartei wird dem Reuterschen Büro zufolge fortgesetzt. Der Ausschuß der Vereinigung veröffentlicht eine Mitteilung, in der erklärt wird, daß die Bildung einer Arbeiterregierung dem Volkswillen widersprechen würde. Es würde sich als schädlich erweisen, wenn die konservative Regierung in den jetzigen schwierigen Zeiten ihre Arbeit Unerfahrenen überlassen müßte. Die Mitteilung tritt für eine konservative Regierung ein, die von den Liberalen unterstützt würde oder umgekehrt für eine von den Konservativen unterstützte liberale Regierung.

Griechenland

Paris, 3. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat die Kammer nach langer Debatte die Wahl des Vorsitzenden auf kommenden Samstag verschoben.

Amerika

Newyork, 4. Jan. Der Washingtoner Berichterstatter des Newyork World meldet, daß zwischen dem Präsidenten Coolidge, dem Staatssekretär Hughes und dem amerikanischen Vertreter im zweiten Ausschuß des Wiederherstellungsausschusses, Robinson, eine Besprechung über die Frage einer Untersuchung bei amerikanischen Banken betreffs die Höhe der deutschen Depositen stattgefunden habe. Nach dem Berichterstatter verlautet, daß die amtliche Auffassung dahin gehe, daß eine solche Untersuchung praktisch und rechtlich undurchführbar sei.

Paris, 4. Jan. Wie die Chicago Tribune aus Chikago meldet, erklärte der dritte Sachverständige der amerikanischen Bankierkommission, Robinson aus Los Angeles, bei der Abreise nach Europa, die amerikanischen Mitglieder der Sachverständigenkommission zur Untersuchung der deutschen Finanzen würden vielleicht keine endgültige Lösung des Reparationsproblems ausfindig machen, aber sie träten an ihre Aufgabe mit der Ueberzeugung heran, daß ihre Arbeit behilflich sein werde, den Weg zu einer Regelung einiger europäischer Probleme frei zu machen und einige von den Wunden zu heilen, die der Krieg der Welt geschlagen hat.

Mexiko

London, 2. Jan. Das Reutersche Büro meldet aus Mexiko: Der Tankdampfer „Mexican Eagle" ist in Tampico eingetroffen, nachdem er zuvor durch ein Kanonenboot der Aufständischen nach Veracruz gebracht und dort gezwungen worden war, 8000 Faß Rohöl an die Aufständischen zum Betrieb der Eisenbahn auszuliefern.

Rußland

Russisch-deutscher Handelsverkehr.

Moskau, 3. Jan. Der hier eingetroffene Chef der russischen Handelsvertretung in Berlin, Stomonjakoff, erklärte, wie die Russische Telegraphen-Agentur meldet, Vertretern der Presse, daß der russisch-deutsche Handelsverkehr, der im Oktober 1923 seinen Höhepunkt erreichte, gegenwärtig im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise in Deutschland etwas zurückgegangen sei. Die russische Einfuhr habe eingeschränkt werden müssen. Auch die Nachfrage nach russischen Rohstoffen sei geringer geworden. Trotzdem bleibe Deutschland der größte Käufer für russisches Getreide. 1923 habe die Handelsvertretung nach Deutschland über eine Million Tonnen Getreide verkauft. Der Gesamtumsatz der Handelsvertretung habe 1923 160 Millionen Goldrubel betragen, wovon zwei Drittel auf Ausfuhr und ein Drittel auf Einfuhr entfielen. Die Zukunft der russisch-deutschen Handelsbeziehungen sei selbstverständlich aufs engste mit der Klärung der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands verknüpft. Aber auch davon abgesehen, werde Deutschland stets für den Handel Rußlands und für die russische Gesamtwirtschaft eine große Rolle spielen.

Japan

Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung.

Tokio, 3. Jan. Vicomte Kiyura teilte dem Regenten mit, daß er nicht in der Lage sei, das Kabinett zu bilden. Die Ursache seines Mißerfolges ist offenbar, daß es ihm nicht gelungen ist, sich die Unterstützung der politischen Parteien beider Häuser des Landtags zu sichern.

Aus dem besetzten Gebiet

Paris, 4. Jan. Wie offiziell aus Düsseldorf gemeldet wird, wird der Generalstab der Besatzungsarmee des Ruhrgebietes Düsseldorf noch vor dem 15. Januar verlassen, um sich nach Mainz zu begeben. General Degoutte wird indessen auf seinem Kommandoposten in Düsseldorf verbleiben. Die verschiedenen Zivildienststellen, die gegenwärtig in Düsseldorf eingerichtet sind, sollen nummerisch verringert in der Stadt aufrechterhalten bleiben.

Kleine Meldungen

Bochum, 2. Jan. In Oberdahlhausen versetzte der 13jährige Schüler Karl Michel einem Altersgenossen einen Stich in die Lunge. Der Verletzte starb nach kurzer Zeit. Der Getötete hatte auf einer Wiese einen Schneemann gebaut, den Michel zerstörte. Deswegen kam es zu einem Streit, der einen so traurigen Ausgang nahm.

Eisenbahnunfall.

Duisburg, 3. Jan. Heute vormittag gegen 10 Uhr stieß ein auf dem hiesigen Hauptbahnhof, Bahnsteig 1, Gleis 2, einfahrender, aus Dortmund kommender Personenzug auf einen dort haltenden Leerzug auf. Ein Personenwagen des Leerzuges wurde völlig zertrümmert, einige andre Wagen sind entgleist. Ein am Ende des Leerzuges stehender Wagen hatte fünf Pferde geladen, von denen eins so schwer verletzt wurde, daß es abgeschlachtet werden mußte. Drei Personen wurden als verletzt gemeldet und dem Krankenhaus zugeführt.

Oberhausen, 3. Jan. Einer Dame aus der hiesigen Stadt wurde von einem Kinde mit einem Schneeball ein Auge ausgeworfen. Sie wurde ins evangelische Krankenhaus gebracht, wo durch operativen Eingriff das zweite Auge gerettet wurde.

Unersetzliche Verluste hat die Universität in Tokio durch das Erdbeben am 1. September vorigen Jahres erlitten. Ueber den Gesamtverlust der Universität sind kürzlich von japanischer Seite Angaben gemacht worden. Der schmerzlichste darunter betrifft die Universitätsbibliothek. Das Unglück brach über die Universität durch den Brand eines Nebengebäudes herein. Damals waren bereits alle Wasserquellen, die man zum Löschen hätte benutzen können, versiegt. Man versuchte sofort aus der Bibliothek die wertvollsten Bestände zu sichern. Alle Bemühungen waren aber vergebens, da binnen wenigen Minuten die ganze Bibliothek in Flammen stand. Nur ein ganz unwesentlicher Teil der Bücher konnte gerettet werden. Die Gründung der Bibliothek geht auf das Jahr 1872 zurück. Im Laufe von 50 Jahren wuchs der Bestand auf 750 000 Bände. Davon waren etwa 400 000 japanischer und chinesischer Herkunft, die übrigen stammten aus dem Auslande. An weltberühmten Büchersammlungen hatte die Bibliothek sich folgende zu erwerben gewußt: Max Müller (10 000 Bände), Ernst Engel (5200 Bände), Josef Kohler (18 500 Bände). Außerordentlich wertvoll waren auch eine Reihe von Original-Chroniken aus der alten Zeit der Li-Dynastie (790 Bände), ferner alte und neue Werke über die chinesische und japanische Sprachkunde. Die Bibliothek hatte auch die meisten ausländischen Werke über Japan gesammelt. Darunter eine Anzahl von seltenen Jesuitenschriften aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Alle diese Schätze sind restlos zerstört und selbstverständlich unersetzlich.

Frankfurt a. M., 3. Jan. Das „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung" kann morgen auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Das von Leopold Sonnemann gegründete Blatt, das neben dem politischen Teil besonders den volkswirtschaftlichen und Handelsteil pflegt, ist in erster Linie auf die im Ausland lebenden Deutschen eingestellt, unter denen es eine starke Verbreitung gefunden hat.

Peoria (Illinois), 3. Jan. In einer Getreidemühle in der Stadt Pekin ereignete sich eine Staubexplosion. Es sollen 25 Personen getötet und hunderte schwer verletzt worden sein.

Zum Schicksal der Dixmuide

Paris, 3. Jan. Nach einer Meldung des Echo de Paris aus Toulon ist dort gestern abend ein Funktelegramm der Seepräfektur von Biserta aufgenommen worden, demzufolge gestern im Meere ein Benzintank aufgefunden wurde, auf den mit Bleistift mehrere Sätze aufgeschrieben waren. Der Tank dürfte von dem verlorenen gegangenen „Dixmuide" herrühren. Der Berichterstatter gibt die Nachricht mit allem Vorbehalt wieder.

Die drahtlose Telephonie im Dienste der Predigt. Durch den Rundspruchsender der Reichstelegraphenverwaltung in Berlin wurde am Totensonntag zum ersten Mal in Deutschland eine Predigt auf drahtlos-telephonischem Wege verbreitet. Die Predigt hielt Pfarrer Siebert von der Melanchthonkirche, der musikalische Teil des Rundspruchs bestand aus Gesangstücken und Cellostücken mit Klavierbegleitung.

Vergangenheit und Zukunft

Die Vergangenheit liegt abgeschlossen hinter uns. Wir können nichts mehr an ihr ändern. Was wir getan haben, gehört der Wirklichkeit an. Es liegt nicht mehr in unserer Hand. Auch was wir versäumt haben, können wir nicht mehr ändern. Das Leben geht unaufhaltsam weiter und stellt uns vor neue Fragen, Pflichten und Aufgaben.

Die Vergangenheit aber liegt nicht in dem Sinn abgeschlossen hinter uns, als ob sie bedeutungslos für die Zukunft geworden wäre. Vergangenheit und Zukunft sind, wie die Zeit überhaupt, Kategorien des menschlichen Denkens und bilden grundsätzlich eine Einheit.

Was wir in der Vergangenheit getan und versäumt haben — nennen wir als Beispiel das Jahr 1923 — das trägt seine Früchte in der Zukunft, in einer näheren oder ferneren Zukunft und geht mit uns, unabhängig von unserem Wollen oder Nichtwollen.

Die Vergangenheit bringt dem Menschen den Ernst der Zukunft zum Bewußtsein und gibt uns eine Ahnung von der Wichtigkeit der Zeit. Es liegen nach dieser Seite hin die stärksten sittlichen Antriebskräfte in ihr. Aber es liegen in ihr ebenso starke religiöse Mächte der Beruhigung. Beides für den, der da weiß:

„Meine Zeit steht in Gottes Hand."

— B.

Zur Wiedereröffnung des Wiesbadener Staatstheaters.

Wiesbaden. Mit einer Festaufführung des „Lohengrin", der Vertreter des preußischen Kultusministers und anderer staatlichen Behörden, sowie Vertreter der französischen Zivil- und Militärverwaltung und zahlreiche prominente Persönlichkeiten des In- und Auslandes anwohnten, wurde soeben das am 18. März v. Js. niedergebrannte Wiesbadener Staatstheater wieder eröffnet. Bei der Bedeutung die gerade diese Bühne unter altem Regiment für das deutsche Kunstleben hatte, und die es auch während der Besetzungszeit zu einem außerordentlich wichtigen Faktor des Weltkurorts Wiesbaden machte, gestaltete sich die Vorstellung zu einem großen gesellschaftlichen und auch künstlerischen Ereignis. Die Wahl eines national-deutschen Festspiels wie des „Lohengrin" war außerordentlich glücklich.

Aus einer fast hoffnungslosen Ruine ist uns wiederum und zwar dank der Mitwirkung des ganzen deutschen Volkes sowie vieler Spenden aus dem befreundeten Auslande, ein Bau erstanden, der sowohl im Hinblick auf die Schnelligkeit seiner Errichtung wie auch durch die Neugestaltung des einst so großartigen Bühnenraums eine Glanzleistung darstellt. Die schon in der wilhelminischen Zeit allseitig bewunderte Bühnenmaschinerie ist nach den neuesten Erfahrungen ausgestaltet und noch erweitert worden. Auch das ganze Bühnenhaus ist nach den neuesten technischen Erfahrungen gebaut. Die Prosceniumsöffnung beträgt 12 Meter, die Gesamtbühnenbreite 25 Meter, die Tiefe 19 Meter. Der neueingebaute Rundhorizont ist 45 Meter lang, 23 Meter hoch und wird mantelartig um die Bühne herumgezogen. Er wird aus 32 Lampen mit je 2000 Normalkerzen beleuchtet. Dann sind 35 Scheinwerfer mit 1000 bis 6000facher Kerzenstärke zu nennen. Die absolute Höhe des neuen Bühnenraumes von der Sohle des Versenkungsraumes bis zu dem neuerstandenen mächtigen Kuppeldach ist 47,5 Meter, also Kirchturmshöhe.

Die Kosten des Wiederaufbaus waren mit 850 000 Goldmark veranschlagt, gebraucht wurden jedoch nur 750—800 000 Goldmark. Neben der Unterstützung durch den preußischen Staat gebührt der Dank auch den Sammelstellen, die über das ganze Reich verstreut waren und auch vom Auslande besonders aber von dem Wiesbaden sehr freundlich gesinnten Amerika, Holland, der Schweiz, Deutsch-Oesterreich und den nordischen Ländern her lebhaft unterstützt wurden. Neben den bühnentechnischen Verbesserungen aller Art gelang auch noch eine Vergrößerung des Orchesterraumes und eine so durchgreifende Verbesserung des Feuerschutzes im Theater, daß die Versicherungsgesellschaften ihre Prämien um 50 Prozent der sonst üblichen Höhe ermäßigten.

In den ungünstigen Zeiten ist damit ein Rettungswerk deutscher Kultur geleistet worden, auf das alle seine Förderer stolz sein können. Als der gewaltige Bau fast vor 30 Jahren eingeweiht wurde, wohnte Wilhelm der Zweite mit seinem ganzen Hofstaate der damals in aller Welt berühmt gewordenen „Oberon"-Aufführung bei. Für Wiesbaden begann damit zugleich eine Zeit künstlerischen Glanzes und die Wiesbadener Hofbühne stand in der deutschen Westmark, auf dem Boden eines der schönsten deutschen Kurorte, von den Vertretern der Nationen aller Welt besucht, an erster Stelle. Aus der Einsicht heraus, daß dies Theater eine nationale Notwendigkeit und auch ein Lebensfaktor für Wiesbaden selbst war, ergab sich jene bewunderungswürdige Anteilnahme fast der ganzen Welt an ihrem Wiederaufbau.

So kam es, daß vor Beginn der Festvorstellung der nach der Revolution zum Intendanten ernannte und als solcher ausgezeichnet bewährte Dr. Karl Hagemann zunächst die Künstlerschaft des Staatstheaters um sich versammelte und dem Dank des Theaters selbst an alle Beteiligten für das Wiedererstehen des schönen Hauses Ausdruck gab. Die ausgezeichnete Elsa und Elisabeth des Staatstheaters, Fräulein Hanna Müller-Rudorf, sang dann unter Professor Franz Mannstaedt's Begleitung „Dich teure Halle grüß' ich wieder . . . ." aus dem „Tannhäuser" und leitete damit zu einer weihevollen Stimmung des ganzen Personals über, die sich auch dem Publikum mitteilte, als der Vorhang erstmalig wieder sich hob. Den Gralsritter sang Fritz Scherer, der leider demnächst nach München übersiedeln wird. Die „Elsa" verkörperte Hanna Müller-Rudorf, der stimmgewaltige Max Roth den Telramund, während Prof. Mannstaedt dirigierte. Ein Teil der Künstler war während der Interimszeit in Amerika engagiert, für die Musiker und den Chor schuf man andere zeitweilige Unterkunftsmöglichkeiten, so daß sich das alte vorzügliche Zusammenspiel des Theaters ergab, das unter dem Eindruck stärkster innerer Anteilnahme der Bühne und Haus stand, so daß ein frohes festliches Ereignis zustande kam, das allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben wird.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 5. Jan. (Kirchenkonzert.) Auf das morgen Sonntag, nachmittags 5 Uhr in der Pfarrkirche vom Evang. Kirchengesangverein aufgeführte kirchliche Oratorium „Die fromme Ruth" sei nochmals empfehlend hingewiesen. Alle Gesänge sind bestens einstudiert, sodaß den Besuchern genußreiche Stunden bevorstehen. Der Kartenvorverkauf findet sowohl bei den Vereinsmitgliedern als auch bei Herrn Georg Hilzinger (nicht wie in der Anzeige irrtümlich angegeben bei Frau Steuber Wwe.) und bei Frau Frauendorf statt. Sonntag abend sind Karten im evang. Gemeindesaal erhältlich.

Nudershausen, 5. Jan. (Bürgermeisterwahl.) Als neuer Bürgermeister unserer Gemeinde wurde Herr Heinrich Seel gewählt und vom Landratsamt bestätigt.

Eingesandt

Nach dem Gesetz vom 4. August 1914 über die Ermächtigung des Bundesrates zu wirtschaftlichen Maßnahmen heißt es im § 3: Der Bundesrat wird ermächtigt, während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen.

Diese Maßnahmen sind dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.

In der Begründung hierzu heißt es: In der gegenwärtigen ernsten Zeit ist es ferner erforderlich, über den Rahmen der Vorschriften in den Paragraphen 1 und 2 hinaus die Möglichkeit zu schaffen, etwaige wirtschaftlichen Schädigungen gegenüber unverzüglich entsprechende gesetzliche Maßnahmen ergreifen zu können. Hierzu bedarf es einer besonderen Ermächtigung des Bundesrates. Aenderungen der sozialpolitischen und der Arbeiterschutzgesetze kommen dabei nicht in Betracht.

Am 28. September 1914 hat nun der Bundesrat auf Grund des Paragr. 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats folgende Verordnung erlassen.

§ 1. Die vor dem 31. Juli getroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Zahlung in Gold zu erfolgen hat, sind bis auf weiteres nicht verbindlich.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Die dem Reichstag überreichte Denkschrift sagt zu dieser Verordnung folgendes aus: „Irgendwelche Befürchtungen sind durch die umfassende Verwendung der Reichsbanknoten an Stelle der Goldmünzen nicht hervorgerufen worden. Immerhin bleibt zu erwägen, daß im Geschäftsverkehr vielfach ausdrücklich Vereinbarungen getroffen waren, inhalts deren die Zahlung der Zinsen und die Rückzahlung des Kapitals in Goldmünzen erfolgen soll. In einer Zeit, in der die Reichsbank die Einlösung ihrer Noten gegen Gold [illegible], während der [illegible] die Vollwertigkeit der Noten unbeschränkt anerkennt, erschien die vorübergehende Außerkraftsetzung derartiger Goldklauseln erforderlich, um den Schuldner gegen schikanöse Ausübung des Gläubigerrechts zu schützen, aber auch unbedenklich, da sie den Gläubiger in keiner Weise benachteiligt. Ihre Aufrechterhaltung würde überdies dem allgemeinen Streben nach Konzentrierung des Goldvorrates bei der Reichsbank entgegenwirken."

Wie steht es nun heute mit dieser Verordnung? Die Verordnungen des Bundesrates sollten nur Gültigkeit während des Krieges haben. Der Krieg ist schon über fünf Jahre beendet und trotzdem hat man noch nichts von einer Aufhebung dieser Verordnung gehört. Während des Krieges mochte diese Verordnung wohl seine Berechtigung haben, weil während dieser Zeit die Vollwertigkeit der Noten unbeschränkt anerkannt wurde und der Gläubiger durch die Rückzahlung des Kapitals und Zahlung der Zinsen in Noten nicht benachteiligt wurde. Aber nach Beendigung des Krieges, wo der Wert und Kaufwert der Noten beständig gesunken ist und die Goldmark gleich einer Billion Notenmark steht, sodaß der Gläubiger entgegen der Denkschrift durch Zahlung in Noten nicht unerheblich benachteiligt wird, mußte das Bestehen dieser Verordnung unbedingt sehr bedenklich erscheinen, und sofort beseitigt werden. Nicht allein, weil diese Verordnung nur für die Zeit des Krieges erlassen war und nach Beendigung desselben keinen rechtlichen Bestand mehr hatte, sondern auch wegen der wirtschaftlichen Schäden. Bekanntlich blüht unser wirtschaftliches Leben nur dann, wenn eine rege Bautätigkeit herrscht, wofür bei der großen Wohnungsnot nach Beendigung des Krieges doch alle Vorbedingungen bestanden.

Aber wie soll bei solchen Zuständen eine rege Bautätigkeit zustande kommen? Woher soll das Baugewerbe das Geld hernehmen. Wer wird heute bei solchen Zuständen noch Geld auf Hypotheken hergeben, wenn das Porto für die Anmahnung der rückständigen Zinsen milliardenmal mehr beträgt, als der Betrag der rückständigen Zinsen.

Es wird schwer halten, das Vertrauen zu den Hypotheken zurückzugewinnen, weil durch das Bestehenlassen dieser Verordnung nach dem Kriege, viele tausend fleißige Sparer, Rentner, Greise, ja sogar das Kind in der Wiege, dessen Vermögen mündelsicher in Hypotheken angelegt war betrogen wurden.

Vom Oberlandgericht in Darmstadt ist ja vor längerer Zeit schon die Ungesetzlichkeit dieser Verordnung anerkannt worden, aber leider hat bis heute unsere Regierung und Reichsgericht dieser Entscheidung sich nicht angeschlossen und daraus die Konsequenzen gezogen. Hoffentlich haben wir aber jetzt einen Reichskanzler, welcher von Beruf Richter ist und dessen richterliches Empfinden solche unhaltbaren, unrechtliche und ungesetzliche Zustände bald beseitigen wird.

Humoristisches.

Kindermund: „Tante, bitte ein paar [illegible]!" — „Ich hab keine." — „Doch, Papa sagt — im Kopf sogar!"

Am Montag, den 7. Januar
beginnt mein diesjähriger

Zu ganz außergewöhnlich
vorteilhaften Preisen!

INVENTUR-AUSVERKAUF

Strick- und Woll-Kleider
Mk. 18.- 25.- 36.- 45.-

Seiden- u. Sammet-Kleider
Mk. 15.- 25.- 34.- 48.-

Waschkleider Voile u. Frotte
Mk. 8.- 12.- 15.- 24.-

Blusen
aus Satin, Voile, Zephir und Seide
Mk. 2.50 3.50 4.75 5.50 7.50 12.50

Jumper
aus Wolle und Seide
Mk. 9 12 15 22

Kostüm-Röcke
aus Frotté, Wolle und Seide
Mk. 6.50 9 12.50 15 18

1 Grundmark=
1 Billion Papiermark

Strickjacken
aus Seide und Wolle
Mk. 12 18 25

Damen-Mäntel
aus guten, rein wollenen Stoffen
Mk. 12 18 24 29 35

Damen-Kostüme
aus nur rein wollenen Stoffen, teils auf Seide
Mk. 25 35 45

Damen-Strümpfe
Baumwolle . . . 0.75 Mk.
Seidengriff . . . 1.25 Mk
Kunstseide . . . 1.75 Mk.

Pelze, Stolas Kragen und Füchse
sehr preiswert!!

HCH. KÖNIGSBERGER · BAD EMS

Besichtigen Sie meine Auslagen, worin ein Teil dieses Angebots ausgestellt ist.

Hotel Wiener Hof, Bad Ems

Sonntag, den 6. 1. 24.
Fortsetzung des grossen
Bockbier-Rummels
mit humoristischem Konzert.

Bocklieder, Bockmützen, Bockwürste.

Brennholzverkauf.

Dienstag, den 8. Januar 1924, nachmittags 3 Uhr ab sollen auf der „Wottmannshöhe" aus dem Distrikt „Magenahlen"
358 Rm. Buchenknüppel,
56 Rm. Meiserknüppel (Holznummer 73–220)
öffentlich meistbietend versteigert werden.

Gewerkschaft Merkur Bad Ems.
Forstverwaltung.

Gasthaus zur Krone

BAD EMS

Sonntag den 6. Januar
von 4 Uhr nachmittags ab:

Konzert

Marktlichtspiele Diez a. L.

Samstag und Sonntag abends 8 Uhr.

2 Schlager
von kolossaler Spannung

Das begrabene Ich
Schauspiel in 5 Akten.

Außerdem:

Die Sippschaft
Ein Problem von Haß und Liebe.
Johannes Riemannfilm in 6 Akten.

Montag abend 8 Uhr.

Die Todesfahrt des weißen Häuptlings
Wild-West Drama in 6 Akten.

Der Saal ist gut geheizt.

Braunkohlenbriketts

in den ersten Tagen eintreffend
per Zentner 2 Mark.
in Fuhren frei ins Haus.

Karl Kunz, Freiendiez

Bestellungen auf Nusskohlen erbeten.

Für sofort gesucht ein
Mädchen
für Küche und Haus. Hoher Lohn.
Grusewald, Bahnhofswirtschaft, Bad Ems.

Dr. Zimmermann'sche kaufm. Privatschule
Inh. C. Hacke beeidigter Bücherrev. Coblenz.
Am 15. Januar beginnen
Handelskurse
vom halbjähriger Dauer.
Näher. d. Prosp. Auskunft im Schulh. Hohenzollernstr. 148

Verlag von J. Neumann in Neudamm.

Die reichhaltigste und verbreitetste Jagdzeitung ist unentbehrlich unsere

Deutsche Jäger-Zeitung

Organ für Jagd, Schiesswesen, Fischerei, Zucht und Dressur von Jagdhunden.

Herausgegeben und redigiert unter Mitwirkung hervorragender Weidmänner, Hundekenner u. Hundefreunde.

Einzige Jagdzeitung, die zweimal wöchentlich erscheint, also 104 mal im Jahre!

Jede Nummer ist reich illustriert und bringt Abhandlungen sowie kürzere Mitteilungen aus allen Zweigen des Jagdwesens des In- und Auslandes. Die Deutsche Jäger-Zeitung ist unentbehrlich für jeden, der jagdliche Belehrung und Unterhaltung in echt weidgerechter Form sucht.

Wegen der Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit ihres Inhalts ist sie auch die bei weitem verbreitetste deutsche Jagdzeitung. Daraus erklärt sich die allgemein anerkannte hervorragende Wirkung der in ihr erscheinenden Inserate.

Probenummern
auf Wunsch umsonst und postfrei.

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Raiffeisenverein

Bad Ems,
Bestellungen auf Kunstdünger, besonders Thomasmehl, werden bis Montag, den 7. J. entgegengenommen

---

Die beste Hebung Ihres Geschäfts bringt unzweifelhaft ein Inserat im Lahn-Boten
der einzige im Unterlahnkreis erscheinenden Tageszeitung.

J. Ehrenberg, Dentist, Diez

Luisen-Scherstr. Be 1, part.

Zahnziehen . Plom Zahnersatz
in erstklassiger Ausführ:
Kronen und Brücken in Gold und mit und ohne
Kautschukarbeiten.
Auf Wunsch Teilzahlungen.
Mäßige Preise.

Gottesdienst-Ordnung:

Bad Ems. Evangelische Kirche. Pfarrkirche. Sonntag, den 6. Januar (Epiphanias). Vorm. 10 Uhr Herr Pfr. Lic. Peter. Lieder: Nr. 65, Nr. 256, Nr. 439. Text: Ruth. 1, 16, 17: Die treue Ruth. Im Anschluß an den Gottesdienst findet Christenlehre für die konfirmierte männliche Jugend statt.

Nachmittags 2 Uhr: Herr Pfr. Emme. Lieder: 31, 204 V. 6.

Nachmittags 5 Uhr: Evangelischer Kirchengesangverein: Aufführung des Oratoriums „Die fromme Ruth" von Hermann Müller.

Mittwoch, den 9. Januar, abends 8 Uhr. Bibelstunde und Frauenabend im Gemeindesaal.

Amtswoche: Herr Pfr. Lic. Peter.

Bad Ems. Katholische Kirche. Sonntag, 6. Jan., Epiphanie. Hl. Messen: in der Pfarrkirche: 7,30 Uhr, Predigt; Generalkommunion des Männer- und Jungmänner-Apostolates. 9 Uhr Kindergottesdienst, Generalkommunion der Schulkinder. 10,15 Uhr Hochamt, Predigt. In der alten Kirche: 8,30 Uhr.

Nachmittags 2 Uhr: Herz Jesu Andacht. 4 Uhr Versammlung des Jünglingsvereins und des Marienvereins.

Diez. Evangel. Kirche. Sonntag, den 6. Januar, Epiphanias. Ev. Gemeindehaus. Morgens 10 Uhr: Herr Dekan Wilhelmi.

Mittags 2 Uhr: Herr Pfarrer Ziemendorff.

Amtswoche: Herr Dekan Wilhelmi.

Nassau. Ev. Kirche. Sonntag, 6. Januar, Epiphanias. Vormittags 10 Uhr: Herr Pfarrvikar Schilp.

Vormittags 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Vormittags 11 Uhr: Sitzung des Kirchenvorstandes.

Der Nachmittagsgottesdienst fällt aus.

Rheinisches Technikum Bingen

am Rhein
Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenbau.
Programm kostenfrei. Dir.: Prof. Hoecke.

Gute und billige
LEBENSMITTEL

Erbsen grün mit Sch.	Pfd. 34 ₰	Bandnudeln	Pfd. 28 ₰
Erbsen gelbe halbe	Pfd. 32 ₰	Suppennudeln	Pfd. 44 ₰
Bohnen weiße II.	Pfd. 30 ₰	Stangenmaccaroni	Pfd. 56 ₰
Rangoonbohnen	Pfd. 24 ₰	1 Pfd.-Paket	64 ₰
Linsen	Pfd. 38 ₰	½ Pfd.-Paket	34 ₰
Grünkern gemahlen	Pfd. 36 ₰	Bruchreis	Pfd. 22 ₰
Haferflocken lose	Pfd. 26 ₰	Ia. Vollreis	Pfd. 26 ₰
Magnet-Haferflocken	1 Pfd.-P 36 ₰, ½ Pfd.-P 20 ₰	Limburger Käse	Pfd. 1.10 ℳ
		Tilsiter Käse	Pfd. 1.80 ℳ
Gemahlener Zucker	Pfd. 45 ₰	Kunsthonig	1 Pfd. Paket 60 ₰

S & F Malzkaffee 1 Pfund Paket 30 ₰ ½ Pfund Paket 16 ₰

Schade & Füllgrabe A.G.
Diez, Wilhelmstr. 38

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Diez a. L.

Anzeigenpreise: Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen und Vorzugsanzeigen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Dollar-Multiplikator verrechnet. — Druck u. Verlag: H. Chr. Commer, Bad Ems. Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Koxenstr. 36, Fernsprecher 17. Schriftleitung: E. A. Blosch. Telegramm-Adresse: Lahnbote Diez. Bankkonten: Volksbank Diez. Postscheck-Konto: Frankfurt am Main Nr. 19224.

Nummer 5 — Diez, Montag den 7. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Vor einer bedeutsamen Neugestaltung der Angestelltenversicherung

Von Hans Gloy.

„Es ist unendlich traurig, wenn ein Gehilfe nach jahrelangen, treuen Diensten arbeitsunfähig wird, dann keine Stellung mehr findet und schließlich mit seinen Angehörigen der öffentlichen Wohltätigkeit anheimfällt." Diese Worte des Grafen Posadowski aus dem Jahre 1907 kennzeichnen den Geist, aus dem das Gesetz über die Versicherung der Angestellten geschaffen wurde.

Die Ursachen, die den Anreiz zu diesem Gesetze gaben, bestehen auch nach der Revolution ungeschwächt fort. Ja, die Notwendigkeiten, den berufsinvaliden Angestellten zu schützen und das Interesse an der Erhaltung des mittelständischen Charakters des Privatangestelltenstandes sind stärker denn je. Umsomehr Besorgnis muß es erregen, daß die Sozialversicherung der Angestellten in den jüngst vergangenen Jahren immer wieder in gefährliche Bedrängnis geriet. Die Oeffentlichkeit hat freilich davon nur geringe Notiz genommen, weil die unaufgesetzt neuauftauchenden außenpolitischen Vorgänge und die inneren Unruhen aller Art die Aufmerksamkeit vollkommen fesselten.

Die Gefahren, die die Angestelltenversicherung bedrohten, sind zunächst finanzieller Natur gewesen. Ebenso wie bei der Invalidenversicherung verzehrten allein die Verwaltungskosten die gesamten Einnahmen, ja reichten in manchen Monaten nicht einmal hin. Man erhält einen Begriff von den geldlichen Schwierigkeiten, wenn man die nach dem Kriege erhobenen Beitragssätze durch Umrechnung mit der Lebenshaltungsmeßziffer des Reiches auf ungefähre Goldbeträge zurückführt und die Ergebnisse mit den Beiträgen vor dem Kriege vergleicht. Im Jahre 1914 waren in der untersten Gehaltsklasse monatlich 1,60, in der obersten 26,40 Mark zu bezahlen. Mit dieser Beitragsleistung wurde man den gegenwärtigen und zukünftigen Geldbedürfnissen der Versicherung gerecht. Im Januar 1921 betrugen die Beiträge in den genannten Klassen nur noch 0,14 und 2,25 Mark. Im Januar 1923 war der innere Wert der Beiträge bereits auf 0,05 Mark in der untersten Klasse gesunken. Durch Einführung einiger neuer Beitragsklassen belief sich der Wert in der obersten Klasse vorübergehend auf 4,32 Mark. Im nächsten Monat betrug der Beitrag in den äußersten Klassen nur noch 0,02 und 1,83 Mark. Es fällt bis zum Juni langsam weiter und stürzte im nächsten Monat auf 0,002 (!) und 0,13 Mark. Gerade dieser letzte Sturz war die Folge davon, daß die Beitragsänderungen zur Angestelltenversicherung abhängig gemacht wurden von denen der Invalidenversicherung. Da die mit dem Markenverkauf von gesetzwegen beauftragte Post für die Abrechnung anfänglich 4—6 Wochen brauchte, trat eine weitere Verringerung der tatsächlichen Einnahmen ein.

Man muß sich wundern, daß die Reichsversicherungsanstalt unter diesen Umständen und obwohl sie nicht wie die Invalidenversicherung durch Darlehen oder Zuschüsse vom Reich unterstützt wurde, überhaupt durchgekommen ist. Dieser Sieg über das Beitrags- und Währungselend ist einer klugen Verwaltung des Anstaltsvermögens zu danken. Die Leitung der Anstalt hat frühzeitig die Gefahren der Inflation gerade für die Versicherungseinrichtungen erkannt und die eingehenden Gelder rechtzeitig wertbeständig angelegt. Soweit es überhaupt in ihrer Macht lag, sich vor Entwertung zu schützen, hat sie das getan. Leider mußte der größte Teil der wertbeständigen Anlage sehr bald wieder preisgegeben werden, um das Heilverfahren erneut durchführen zu können.

Sowohl die berufsamtlichen Leiter, wie die in der Leitung ehrenamtlich vertretenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben es zu keiner Zeit an Bemühungen fehlen lassen, die Beiträge selbst auf wertfesten Grund zu stellen. Aber erst das Jahresende brachte den Bestrebungen Erfolg. Durch die Verordnung vom 23. November 1923 sind die Beiträge zur Angestelltenversicherung getrennt von denen der Invalidenversicherung festgesetzt. Hoffentlich darf man hierin eine amtliche Anerkennung erblicken dafür, daß die Verkoppelung der beiden Versicherungen unangebracht ist, daß man also nicht wieder die eine Kasse leiden lassen will, lediglich deshalb, weil die andere Kasse leidet, oder andere Bedürfnisse hat. Das neue Jahr bringt einen weiteren Fortschritt. Vom 1. Januar ab werden die Beiträge in Rentenmark erhoben. Die Goldmark empfahl sich nicht, weil die auf Rentenmark umgestellte Post gesetzlicher Verkäufer der Beitragsmarken ist. Daß die allgemeine Besserung unserer Währung zur Ueberwindung der Krise in der Reichsversicherungsanstalt wesentlich beigetragen hat, ist selbstverständlich.

Bis Mitte des Jahres mußte die Beitragsregelung den umständlichen Weg über den Reichstag gehen; seither ist der Reichsarbeitsminister zuständig. Aber auch mit dieser Vereinfachung sind Direktorium und Verwaltungsrat eigentlich nicht viel mehr als ausführende Verwaltungsorgane, ohne entscheidenden Einfluß auf das Schicksal der ihrer Verantwortung anvertrauten Versicherungseinrichtung. Das ist unzweckmäßig und auf die Dauer unerträglich. Die Reichsversicherungsanstalt ist ihrem ganzen Wesen nach ein reiner Selbstverwaltungskörper oder sollte es doch sein. Das findet in Sonderheit auch dadurch deutlichen Ausdruck, daß ihr — im Gegensatz zur Invalidenversicherung — Reichsmittel in keiner Weise zur Verfügung stehen oder je gestanden haben. Infolgedessen sollte man den leitenden Körperschaften eine größere Freiheit zugestehen, sie von jeder Bevormundung durch den Staat freimachen. Es genügt, wenn sich das Reich auf die Aufsicht über die Wahrung von Gesetz und Satzung beschränkt. Nach dieser Richtung haben die führenden Mitglieder des Verwaltungsrates — die Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten und des G. d. A. — Anträge gestellt, über die gegenwärtig verhandelt wird. Gibt man diesen Anträgen statt, überläßt man also den Arbeitgebern und Angestellten die Führung und Verwaltung der von ihnen selbst für ihre eigenen Zwecke aufgebrachten Gelder, dann dürfte die Gefahr für die Reichsversicherungsanstalt endgültig überwunden sein. Das ist umsomehr zu wünschen, als sich der Gedanke, der der Angestelltenversicherung zugrunde liegt, durchaus bewährt hat und sich zukünftig noch glänzender bewähren dürfte. Darüber hinaus ist die freiere Ausgestaltung der Reichsversicherungsanstalt auch von einer grundsätzlichen Bedeutung: Gesetzgebung sollte sich besinnen, die Behörden von Einmischungsbefugnissen zu entlasten, die für das allgemeine Wohl nicht den mindesten Gewinn bringen, die Behörden unpopulär machen, höchstens die Steuern hinaufschrauben, notwendig das Verantwortlichkeitsgefühl der an der Selbstverwaltung beteiligten herabsetzen und sie an fruchtbarer Arbeit verhindern.

Eine Umwandlung in der englischen Außenpolitik

Die Times zu den deutsch-französischen Verhandlungen.

London, 4. Jan. Die Times schreibt in ihrem Leitartikel über die britische Außenpolitik, in sehr kurzer Zeit werde eine neue Regierung in Großbritannien im Amte sein, aller Wahrscheinlichkeit nach eine Arbeiterregierung. Dieser Wahrscheinlichkeit mit allen ihren möglichen Folgen müsse offen gegenübergetreten werden. Während der letzten beiden politisch sehr wichtigen Monate war die Haltung Großbritanniens in den internationalen Angelegenheiten so gut wie passiv; die zeitweilige Einstellung der britischen Einflußnahme bedeute aber, daß die Kräfte, die es vorziehen würden, Großbritannien unberücksichtigt zu lassen, eine außerordentlich gute Gelegenheit hätten, ihre Ziele zu verfolgen. Auf jeden Fall stehe Europa nicht still und könne auch nicht stillstehen. Es ändere sich täglich in seinen Tendenzen und Kombinationen. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland änderten sich bis in die feinsten Einzelheiten. Unter dem Druck der Ruhrbesetzung schwine nicht nur die Bevölkerung des Ruhrgebiets und des Rheinlandes, sondern auch die deutsche Regierung selbst mehr und mehr geneigt zu sein, in Abwesenheit irgendwelcher entgegenwirkenden Kräfte zu versuchen, ihre Lage zu erleichtern, indem sie separate und exklusive Vereinbarungen mit Frankreich träfe. Die Ruhrindustriellen hätten mit der französischen Regierung bereits eine Vereinbarung getroffen, die Führer des Rheinlandes retteten sich aus dem separatistischen Terror durch irgendein Kompromiß mit Frankreich, das, wie sie hoffen, von Berlin gebilligt werde. Diesen Tatsachen Rechnung tragend, suche der Reichskanzler Marx nach einem modus vivendi mit der französischen und belgischen Regierung. Es werde erwartet, daß Poincare nächste Woche eine endgültige Antwort auf die deutschen Vorschläge erteile. Inzwischen würden Fortschritte gemacht mit dem Plane einer Vereinbung der französischen und deutschen Industrie nicht nur in dem Sinne, daß das Lothringer Erz mit der Ruhrkohle vereinigt werde, sondern auch in dem weiteren Sinne eines direkten, dauernden französischen Einflusses auf die industrielle Produktion. Während Tendenzen wie diese sich in den Vordergrund drängten, entwickele sich die allgemeine politische Lage in Europa in neuen Richtungen, die 1919 niemals in Aussicht genommen wurden.

Der geplante französische Vertrag mit der Tschechoslowakei sei ein Symptom. Was auch immer die Absicht der Tschechoslowakei bei dieser Vereinbarung sei, so bestehe kein Zweifel, daß sie in Paris dahin ausgelegt werde, daß sie die französische Politik bei ihrem Bestreben stärke, die neuen Staaten Europas in den großen Streitfragen dieser Zeit auf die Seite Frankreichs zu bringen. Es sei Ernst für Großbritannien, daß es in einer so schwierigen Lage wie der jetzigen ohne eine klar ausgedrückte Politik sei. Auf dem Kontinent habe der britische Einfluß seit einiger Zeit abgenommen. Die Ueberzeugung, daß angemessene Reparationen bezahlt werden müßten, wurde in diplomatischen Noten ausgedrückt, die ihre Wirkung vollkommen verfehlt hätten, weil auf sie keine festen Aktionen folgten. Die Folge davon war, daß sowohl in Frankreich als in Deutschland die britische Haltung durchaus mißverstanden wurde.

Die Times schließt: Wir können es uns nicht leisten, in Europa abseits zu stehen oder zuzulassen, daß unsere Rechte und Interessen in allen diesen neuen Kombinationen unberücksichtigt gelassen werden. Die erste Aufgabe jeder britischen Regierung ist jetzt, das britische Prestige in Europa wieder herzustellen und ihr Aeußerstes zu tun, um die sehr ernsten Gefahren abzuwenden, in die wir treiben.

*

Macdonald Ministerpräsident?

London, 4. Jan. Der Times zufolge erwarten die Führer der Arbeiterpartei, daß die Regierung Baldwin am 17. Januar infolge des Abänderungsantrages der Arbeiterpartei zur Antwortadresse gestürzt und Macdonald aufgefordert wird, die Regierung zu bilden. Macdonald werde diesen Auftrag sofort übernehmen und auch infolge seiner Vorbereitungen in der Lage sein, jedem Posten im Kabinett innerhalb 24 Stunden nach dem Sturz der Regierung Baldwin zu ersetzen.

Bayern zur Verfassungsreform.

Die bayr. Denkschrift zur Umgestaltung der Reichsverfassung.

München, 5. Jan. Nachdem gestern vormittag in Berlin durch den bayrischen Gesandten die bayrische Denkschrift über die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung dem Reichskanzler überreicht wurde, ist gestern abend in München der Wortlaut der bayrischen Denkschrift an die Presse übergeben worden. Die Denkschrift verzichtet auf alle Formalitäten und will lediglich eine Unterlage für künftige Verhandlungen bieten.

Die bayr. Staatszeitung zur Denkschrift.

München, 5. Jan. Zur Denkschrift der bayrischen Regierung schreibt die Bayrische Staatszeitung u. a.: Wenn die bayrische Staatsregierung jetzt mit ihren Vorschlägen hervortritt, ist das nicht etwas, was rein auffällig wäre oder auf einer partikularistischen Neigung beruht, sondern etwas ganz Natürliches, in der Natur der Dinge selbst begründet, und etwas, was notwendig ist, mindestens ebenso sehr im Interesse des Reiches wie Bayerns selbst. Wenn Bayern diesen Schritt getan hat, so hat es ihn getan im Interesse des Reiches in allererster Linie. Bayern hat es immer als seine Aufgabe betrachtet, zum Gedeihen und zur Erhaltung des deutschen Nationalstaates nach Kräften beizutragen, und in Erfüllung dieser seiner Aufgabe hat es zugleich stets die sicherste Gewähr für seinen eigenen Bestand gesehen.

Blätterstimmen zur Denkschrift.

München, 5. Jan. Während die bürgerlichen Blätter die Denkschrift der bayrischen Regierung zur Revision der Weimarer Verfassung als einen begrüßenswerten Schritt bezeichnen, meint die sozialdemokratische Münchener Post, die bayrische Regierung glaube wohl selbst nicht, daß ihre Vorschläge in weitem Umfange etwa Aussicht auf baldige Verwirklichung hätten. Das Blatt befürchtet, daß die Heraufbeschwörung dieses Verfassungsstreites weder den Interessen des Reiches noch denen des Landes förderlich sei.

Politische Nachrichten

Deutschland

Beratungen im Reichskabinett.

Wie der Lokalanzeiger wissen will, werden die Beratungen des Reichskabinetts am Montag wieder aufgenommen werden.

Die Reichsbank zu dem angeblichen Goldabfluß nach Amerika.

Aenderung des Reichsbankgesetzes.

Zu den in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchten, die Reichsbank habe wieder einen erheblichen Teil ihres Goldes nach Amerika exportiert, erklärt die Voss. Ztg., mitteilen zu können, daß die Reichsbank überhaupt kein Gold nach Amerika geschickt habe. Zutreffend sei nur, daß Anfang-Dezember zwei Millionen Goldmark aus Deutschland nach Amerika abgegangen seien, aber nicht aus dem Reichsbankbestand. Wie das Blatt über die in der Beratung befindliche neue Aenderung des Reichsbankgesetzes hört, betreffe diese die Amtsdauer des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums. Der Reichsbankpräsident solle nicht mehr lebenslänglich, sondern nur für sieben Jahre ernannt werden. An der Autonomie der Reichsbank werde aber dadurch in keiner Weise gerüttelt. Im Gegenteil würden die Befugnisse des Präsidenten noch insofern erweitert, als ihm maßgebender Einfluß auf die Ernennung des Vizepräsidenten und der Direktoriumsmitglieder gesichert werden soll, deren Bestellung auch weiterin auf Lebenszeit gelten soll.

Hauptverfahren gegen Obst. Roßbach und Fahrenhorst.

Blättermeldungen zufolge ist gegen die Begründer der vom Minister des Innern Severing verbotenen großdeutschen Arbeiterpartei, den gegenwärtig in München wohnhaften Oberleutnant a. D. Roßbach und den deutschvölkischen Führer Fahrenhorst, das Hauptverfahren wegen Begründung einer verbotenen Vereinigung eröffnet worden.

Der Bund Oberland in Schlesien aufgelöst und verboten.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Breslau ist der Bund „Oberland" vom schlesischen Militärbefehlshaber verboten und aufgelöst worden. Das gesamte Vermögen des Bundes ist beschlagnahmt worden.

Zur Ausgabe von Provinzialobligationen.

Berlin, 4. Jan. Wie der Amtliche preußische Pressedienst zu der Nachricht, daß den Provinzen die Erlaubnis zur Ausgabe neuer Provinzialobligationen erteilt worden ist, noch ergänzend meldet, ist die Ausgabe von Goldobligationen durch den wenige Tage vor Weihnachten bekanntgegebenen Entschluß der Reichsfinanzverwaltung, Reichszuschüsse zu den Beamtenbesoldungen der Länder und Gemeinden zum 1. Februar zwar noch in der Höhe von 75 Prozent zu zahlen, sie aber durch die neue Art ihrer Berechnung tatsächlich auf etwa 35 Prozent herabzusetzen veranlaßt worden. Zur Vermeidung der Gefahr, daß zahlreiche Gemeinden und Gemeindeverbände neues, im wesentlichen ungedecktes Notgeld herausgeben bezw. bereits aufgerufenes Notgeld in der einen oder anderen Form wieder in den Verkehr bringen oder im Verkehr belassen würden, habe man den Weg der Aufnahme provinzieller Anleihen auf wertbeständiger Grundlage gewählt. Das Recht zur Aufnahme derartiger Anleihen hätten die Gemeinden und Gemeindeverbände bereits. Um jeden Mißbrauch zu vermeiden, sollen nur die Provinzialverbände des unbesetzten Gebiets und der Stadt Berlin zur Ausgabe berechtigt sein. Vor Aufnahme des Darlehns müsse sich die Gemeinde mit dem Provinzialverband in Verbindung setzen. Die Auszahlung der Anleihen erfolge in Zwischenscheinen, die ein Recht auf den Erhalt von Stücken der künftigen Provinzialanleihen geben und somit als Uebergang zur festen Kapitalanleihe dienten. Auch in allen anderen Einzelheiten unterscheidet sich die Zwischenscheine der neuen provinziellen Goldanleihe wesentlich von reinem Notgeld. Mithin seien Vorkehrungen getroffen, um einer Inflation vorzubeugen. Im übrigen wird die Summe der umlaufenden Zwischenscheine nicht allzu groß sein, da nur ein Teil der Gemeinden von dieser Kreditmöglichkeit Gebrauch machen wird. Die Reichs- und preußischen Kassen seien nur bis zum 31. Januar zur Annahme dieser Zwischenscheine ermächtigt, sodaß auch hierin ein wesentlicher Anreiz liege, sie baldmöglichst wieder aus dem Zahlungsverkehr zu entfernen.

Verringerung der Abgeordneten.

München, 5. Jan. Die Bayrische Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, wonach die Zahl der Abgeordneten entgegen der Regierungsvorlage, die 114 Mandate vorsieht, nur auf 128 verringert werden soll.

Zu den deutsch-französischen Verhandlungen

Die Stellung des Oeuvre zur Haltung Millerands.

Paris, 4. Jan. Robert de Jouvenel bespricht im Oeuvre die gestern vom Matin veröffentlichte Erläuterung zu der Neujahrsansprache des Präsidenten Millerand an das diplomatische Korps. Es sei unmöglich, nicht eine Parallele zu ziehen, zwischen der Haltung Poincares, der, durch sein Amt verpflichtet, mit Deutschland zu verhandeln, sich bemühe, die Verhandlungen auf das kleinste Ausmaß einzuschränken, und erklärt, daß er sich weder bereit finden werde, diese Gegenstände zu berühren, noch jene auch nur zu streifen, noch vor allem das Kapitel der Reparationen anzuschneiden, und auf der anderen Seite der Haltung Millerands, der für seinen Teil nur verpflichtet sei, still zu schweigen, der aber nicht zögere, eine Erweiterung der Verhandlungen bis zu einem allgemeinen Wirtschaftsabkommen und eine restlose Ausführung vorzuschlagen. Von mancher Seite werde allerdings unterstellt, daß, wenn Millerand sich auf diese Weise in das Getümmel stürze, die Vorschläge Rechbergs darauf nicht ohne Einfluß gewesen seien. Andere fügten hinzu, daß Millerand, wenn er auch französischer sozialistischer Minister gewesen sei, nichtsdestoweniger einer sozialistischen Regierung in England mit Befürchtung entgegensehe und in dem Gedanken befangen sei, eine sogenannte „Umgruppierung der Allianzen" herbeizuführen, solange es noch Zeit sei. Er würde nach dieser Annahme eine Annäherung an Deutschland anstreben, da England versage, und eine Annäherung an die deutschen Industriellen angesichts des Versagens der Berliner Regierung. Welche persönliche Politik aber auch Millerand treiben möge, man müsse wohl oder übel annehmen, daß diese Politik verschieden genug von derjenigen Poincares sein müsse, da der Präsident der Republik das Bedürfnis empfunden habe, sie selbst zum Ausdruck zu bringen, ohne sich desjenigen ministeriellen Sprachrohres zu bedienen, das die Verfassung ihm vorschreibe.

Poincare bereit, Stinnes zu empfangen.

Paris, 5. Jan. Eine Berliner Meldung von der evtl. Reise Hugo Stinnes nach Paris hat hier beträchtliches Aufsehen erregt. Man bringt sie mit dem Pariser Aufenthalt Rechbergs in Zusammenhang und erwartet, daß der deutsche Großindustrielle seinerseits Vorschläge bezüglich des Reparationsproblems hier unterbreiten wird. Wie man erfährt, ist Poincare bereit, Hugo Stinnes zu empfangen.

Zur franz. Antwort auf die deutschen Vorschläge.

Paris, 5. Jan. Zu der französischen Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge werden gestern abend am Quai d'Orsay einige offiziöse Angaben gemacht. Es ist richtig, daß ein erster Antwortentwurf ausgearbeitet wurde, über den z. Zt. mit Brüssel verhandelt wird. Die definitive Redaktion der Antwortnote wird jedoch erst nach Beendigung des Meinungsaustausches in den nächsten Tagen vorgenommen werden. Ueber ihren Inhalt bewahrt die französische Regierung vorläufig bis zur Uebergabe des Dokuments an den deutschen Geschäftsträger absolutes Stillschweigen und ist, wie man ausdrücklich versichert, von dieser Richtlinie bisher nicht abgewichen. Blättermeldungen, die die französische Antwort als völlig negativ bezeichnen, sind daher aus der Luft gegriffen.

Angesichts der Zurückhaltung in den offiziellen Kreisen läßt sich zur Stunde schwer entscheiden, inwieweit die oben erwähnte Mitteilung des Quai d'Orsay zu einer optimistischen Auffassung der Dinge berechtigt. Doch hat sie offenbar den Zweck, eine solche zu verbreiten und insbesondere den ungünstigen Eindruck zu vermeiden, den allzu pessimistische Pressetelegramme in Berlin hervorgerufen haben mögen. Die Ansicht maßgebender diplomatischer Kreise geht jetzt dahin, daß Poincare seiner Antwort eine Fassung geben wird, die der Berliner Regierung, trotz Ablehnung gewisser Vorschläge, die wir bereits charakterisierten, zumal auf finanzpolitischem Gebiete, moralisch keine andere Wahl läßt, als die Besprechungen fortzusetzen.

Polen droht mit Repressalien

Berlin, 3. Jan. Am 24. Dezember 1923 überreichte der polnische Gesandte in Berlin dem Auswärtigen Amt eine Note, worin Beschwerde geführt wird über die vom mecklenburgischen Innenministerium angeordnete Durchführung des Rückkehrzwanges gegen die ausländischen Wanderarbeiter in Mecklenburg, da dadurch zahlreiche polnische Staatsangehörige gezwungen würden, ihren Besitz zu verschleudern. Ferner sei für den Rücktransport in technischer und gesundheitlicher Hinsicht keine hinreichende Fürsorge getroffen worden. Zugleich werden in der Note Repressalien gegen Reichsdeutsche in Polen angekündigt.

In der deutschen Antwortnote vom 31. Dezember 1923 wurde dem gegenüber darauf hingewiesen, daß die betreffende mecklenburgische Verordnung bereits vor Wochen erheblich abgemildert worden sei, was der polnischen Gesandtschaft auch mitgeteilt worden war, sodaß wenigstens Neunzehntel der polnischen Wanderarbeiter in Mecklenburg verblieben. Auch von den Abgereisten, deren Zahl die polnische Gesandtschaft auf 1500 beziffert, dürfte die Mehrzahl freiwillig nach Polen zurückgewandert sein. Allen Abgewanderten stehe ferner die Rückkehr nach dem 15. Februar 1924 frei. In Fällen, wo wirtschaftliche Schäden durch die Verschleuderung von Besitz eingetreten sind, wird die Bereitwilligkeit, Schadenersatz zu leisten, zum Ausdruck gebracht unter der Voraussetzung, daß Repressalien von polnischer Seite unterbleiben.

Verbot von Zeitungen.

Berlin, 5. Jan. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General der Infanterie von Seeckt, hat auf Grund der Verordnung 1 des Reichspräsidenten vom 25. September den Vertrieb der Roten Fahne, Wien, des Baseler Vorwärts und der Internationalen Pressekorrespondenz, Wien, für das Reichsgebiet verboten.

Berlin, 5. Jan. Die Blätter erfahren von zuständiger Stelle, daß eine neue Inflation nicht zu befürchten ist. Zurzeit sind die Verhältnisse unseres Finanzwesens nicht ungünstig, da die Reichseinnahmen in befriedigender Weise fließen. Die Ausgaben des Reiches in der letzten Dezemberdekade konnten aus den Einnahmen gedeckt werden. Die Anleihen der einzelnen Länder brauchen keine Beunruhigung hervorzurufen, sie bewegen sich auf legalem Wege und ihre Beträge fallen auch nicht ins Gewicht. Dem Fehlen eines deutschen Betriebsfonds sollen Schatzwechsel abhelfen, welche eigentlich eine Deflation bedeuten; ihre Lombardierung geschieht in der allersorgfältigsten Form. Eine sorgfältige Schätzung der laufenden Zahlungsmittel ergibt 2,4 Milliarden Mk. und zwar Rentenbankscheine 1,2 Milliarden, Reichsbanknoten 400 Millionen, kleinere Goldanleihestücke 300 Millionen, Notgeld 500 Millionen.

Fühlungnahme zwischen Deutschland und Türkei

Berlin, 5. Jan. Wie die Zeitungen von zuständiger Seite erfahren, hat eine Fühlungnahme zwischen der deutschen und der türkischen Regierung in der Absicht der Aufnahme von Verhandlungen wegen eines künftigen Freundschaftsvertrages stattgefunden.

Die deutsche Not

Amerikanische Hilfstätigkeit.

Washington, 5. Jan. Professor Emerson von der Universität Columbia, der zusammen mit Professor Patterson von der Universität Pennsylvania von General Allen nach Deutschland entsandt worden, um festzustellen, in welchem Maße tatsächlich Not herrsche, drahtete folgende Meldung nach Amerika: Nach viertägigem Studium der Berliner Krankenhäuser, Säuglingsheime, Kinderhorte, Waisenhäuser und Obdachlosenasyle finde ich die Berichte über die Ausdehnung und Zunahme der Unterernährung durchaus bestätigt. Die Milchversorgung Berlins beträgt nur noch ein Zehntel der Vorkriegsmenge. Ein Viertel der Bevölkerung Berlins ist auf private und staatliche Unterstützung angewiesen. Der Mangel an Nahrungsmitteln, Kohlen und Licht und die Wohnungsnot im Verein mit dem Schließen von Krankenhäusern und der geringen Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe hat eine starke Zunahme von Krankheiten zur Folge. Viele Kinder leiden größeren Mangel an Schuhen und Unterkleidung. Die deutsche Selbsthilfe sowohl wie die Einzelunterstützung bilden einen wichtigen Faktor in dem Hilfswerk. Für die Kinderernährung fehlt es hauptsächlich an Milch, Butter, Fett und Lebertran.

Argentinisches Gefrierfleisch.

Berlin, 5. Jan. An argentinischem Gefrierfleisch werden nach der B. Z. am M." im Großhandel Berlins täglich etwa 1200 bis 1500 Zentner abgesetzt. Das städtische Ernährungsamt hat eine großzügige Versorgung in die Wege geleitet. In allen Markthallen sind von der Stadt Verkaufsstellen eingerichtet worden. Man bezahlt bei diesen 56 Pfennige für das Pfund, die Ladenschlächter nehmen etwa 60 bis 70 Pfennige. Der starke Konsum an Gefrierfleisch dürfte eine Senkung der Preise des Inlandsfleisches veranlassen.

Nachahmenswerte Spenden der Banken

Berlin, 5. Jan. Die Commerz- und Privatbank, die Darmstädter- und Nationalbank, Deutsche Bank, die Direktion der Diskonto-Gesellschaft, die Dresdner Bank, die Mitteldeutsche Kreditbank, sowie die Bankhäuser Hardy u. Cie., F. W. Krause u. Cie., Delbrück, Schickler u. Cie., J. Dreyfuß u. Cie und Mendelssohn u. Cie. haben zur Linderung der Not in Deutschland 700 000 Goldmark gespendet. Von diesem Betrage wurden 150 000 Goldmark der Reichsgeschäftsstelle der deutschen Nothilfe überwiesen, der Rest ist für Berlin bestimmt. Er soll in dreimonatigen Raten ausgeschüttet und für Speisungen, Heizung, Altersfürsorge, Gesundheitspflege und sonstige notwendige Unterstützungen bestehender charitativer Organisationen verwendet werden. Es ist zu wünschen, daß dieses vorbildliche Vorgehen der Großbanken auch bei den übrigen Banken Nachahmung findet.

Sachsen

Aus dem Landtag. Heldt zum Ministerpräsident gewählt.

Dresden, 4. Jan. Zu Beginn der Landtagssitzung teilte der Ministerpräsident Fellisch mit, daß ein Antrag eingegangen sei, ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Die Regierung werde diesem Antrag entsprechen. In der nächsten Nummer der sächsischen Staatszeitung werde eine entsprechende Bekanntmachung erscheinen. Darauf wurde zur Wahl des Ministerpräsidenten geschritten. Von sozialdemokratischer Seite wurde der frühere Finanzminister Heldt vorgeschlagen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Demokraten stimmten diesem Vorschlag zu. Der Abg. Schwarz erklärte im Namen der sozialdemokratischen Minderheit, daß sie Gegner einer Koalition mit der Volkspartei sei und den Abgeordneten Heldt nicht wählen würde. Bei dem Wahlakt wurden 79 Stimmen abgegeben. 14 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 52 auf Heldt (Soz.), 17 auf Hoffmann (Natl.) und 10 auf Boettcher (Komm.). Heldt ist somit gewählt. Er erklärte sich, auf die Frage des Präsidenten Winkler bereit, die Wahl anzunehmen. Darauf erfolgte die Vereidigung des neugewählten Ministerpräsidenten.

Frankreich

Antrag der kommunistischen Partei.

Paris, 4. Jan. Die kommunistische Parteileitung hat der kommunistischen Kammerfraktion den Auftrag erteilt, beim Wiederzusammentritt der Kammer am kommenden Dienstag eine Interpellation über die Beziehungen der französischen Presse zu dem verstorbenen russischen Finanzagenten Raffalowitsch einzubringen, über die die Humanite seit dem 5. Dezember täglich Enthüllungen veröffentlicht.

England

Um die deutschen Auslandsguthaben.

London, 4. Jan. Nach einer Meldung der Daily News aus Washington teilte Schatzsekretär Mellon mit, daß die Vereinigten Staaten bei der bevorstehenden Untersuchung unter den Auspizien der Reparationskommission zwecks Auffindung des aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgeführten Kapitals nicht mithelfen werden. Mellon erklärte, diese Frage biete unüberwindliche Schwierigkeiten und er zweifle, ob die Untersuchung in der vorgeschlagenen Richtung überhaupt erfolgreich sein würde, zumal das ausgeführte deutsche Kapital im Vergleich zu dem in Deutschland befindlichen unbedeutend sei.

Amerika

Eine Unterredung des Sachverständigen Robinson.

Paris, 4. Jan. Havas berichtet aus Washington, im Staatsdepartement habe man gestern erklärt, es seien Robinson in seiner Unterredung mit Hughes keinerlei besondere Instruktionen erteilt worden. Er habe nur allgemeine Informationen über die Verhandlungen erhalten, die zur Einberufung der Sachverständigenausschüsse geführt hätten. Diese Erklärung beziehe sich auf die Rede von Newhaven, in der Staatssekretär Hughes sich dahin geäußert habe, daß der Wert der Enqueten in dem Umstand liege, daß sie von Sachverständigen durchgeführt würden, die unbeschwert von jeglicher Instruktion zusammentreten würden. Das würde die Möglichkeit bieten, den beteiligten Regierungen neue Aufklärungen zu verschaffen.

Unterredung Henry Robinson mit Staatssekretär Hughes.

London, 3. Jan. Aus Washington wird gemeldet: Henry Robinson, einer der amerikanischen Vertreter in den Sachverständigenausschüssen der Reparationskommission, dessen Abreise nach Paris bevorsteht, hatte eine lange Unterredung mit Staatssekretär Hughes.

Um die Herabsetzung der Einwanderungsquote.

Paris, 3. Jan. Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington hat der italienische Botschafter Caetani beim Staatsdepartement gegen den Plan einer Herabsetzung der Einwanderungsquote protestiert, der zurzeit dem Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses vorliegt. Staatssekretär Hughes hat den Protest dem Einwanderungsausschuß übermittelt. Da am 30. Juni das derzeitige Einwanderungsgesetz außer Kraft tritt, muß bis dahin der Kongreß eine Entscheidung getroffen haben.

Auswanderungsgesetz vor dem Kongreß.

Washington, 2. Jan. Der Arbeitsminister hat dem Kongreß seine Vorschläge bezüglich der Auswanderungsgesetzgebung übermittelt. Darin wird die Entscheidung über die Zahl der zuzulassenden Einwanderer dem Kongreß überlassen. Auch der Plan der Registrierung der Ausländer ist aufgegeben worden. Die neuen Vorschläge sehen eine Abänderung der Einwanderungsquote vor, falls

Die Frühlingsmädchen

1 Novelle von Rudolf Herzog.

Als Arzt war der schwarzbärtige Mann mit dem scharfen Seemannsauge und dem bei Tag und Nacht [illegible] schreiten, über kurz angebundenen Wesen bald die beliebteste Persönlichkeit des ganzen Kreises. Man hörte ihn zuerst nicht gerade gern, denn er war kein Freund von langen Jammereden, Auseinandersetzungen und Erörterungen. „Ich bin hier, um selber zu sehen und, wenn's menschenmöglich ist, zu helfen. Unterhalten können wir uns später mal beim Schoppen. Also die Bettdecke hoch, wenn ich bitten darf."

Widerspruch vertrug er nicht. Wurden seine Anordnungen nicht in allen Teilen befolgt, oder wurden aus gestörter Bequemlichkeit gar Einwendungen erhoben, so pflegte er stets nach dem breitrandigen Filzhut zu greifen. „Hier dürfte wohl der Barbier genügen. Wenn Sie wünschen, schicke ich ihn heraus."

Und nach Jahresfrist gebar Frau Doktor Frühling ihr erstes Kind. Es war ein Mädchen.

„Auch gut," sagte der schwarzbärtige Doktor, streichelte seiner Frau dankbar die blassen Wangen und trug das Kind ans Fenster. Es hatte die Kohlenaugen des Vaters und schmetterte mit aller Kraft.

„Die nennen wir Eva", lachte der Doktor. „Das wird mal eine stramme Stammmutter."

Auch das zweite Kind, das nach Jahresfrist folgte, stellte sich als ein Mädchen dar.

„Wenn schon", meinte der Doktor, nahm es lustig aus den Armen der lächelnden Mutter und trug es ans Licht. „Nicht mehr ganz so schwarz wie die Eva. Der mildernde Einfluß der Mutter macht sich schon in einer Schattierung bemerkbar. Ein Gemisch. Die taufen wir nach dir, Maria."

„Nicht nach mir", bat die junge Mutter. „Nein, nein. Nach dir soll sie heißen."

„Frau," wehrte der Doktor mit lachendem Erschrecken, „dann müßten wir ja zweimal taufen. Ich heiße nämlich Friedrich Franz."

Es blieb dabei. Der Bräunling wurde Friederike getauft und Friedel genannt, und damit auch der zweite Name des Vaters zur Geltung kam, lag im dritten Jahre wieder ein Schwesterchen in der Wiege.

„Tres faciunt collegium", beschwichtigte der Doktor die verlegen zu ihm aufschauende Frau. „Da hätten wir nun das Fräuchen, ein Blondhärchen und ein Blauäugelein. Es ist nur ein Glück, Maria, daß meine Vornamen nunmehr erschöpft sind."

Das schwarze Evchen lief auf strammen Beinen von einem Schwesterchen zum andern, suchte sich nützlich zu machen oder durch scharfes „Pst" die Ruhe herzustellen. Der Doktor fuhr ihr oft durch ihr Rabenhaar. „Recht so. Nur nicht verpimpeln. Der Mensch kann nicht früh genug ein handfestes Knochengerüst bekommen, an Leib und Seele."

Der vergrößerte Haushalt schuf größere Kosten. Aber auch das Tätigkeitsfeld des tüchtigen Arztes hatte sich in den Eifelbergen von Dorf zu Dorf weiter hinausgedehnt. Unermüdlich und ohne auch nur einen Hauch seiner Spannkraft zu verlieren, war Doktor Frühling zu Fuß oder in seinem Einspänner unterwegs. Er sah die goldenen Flammen der Ginsterbüsche lohen und wußte, daß der Lenz nun auch in die Eifelberge gekommen war, er sah die weiten Flächen und Kuppen des Hochlandes vom Purpurteppich des blühenden Heidekrautes überzogen und wußte, es ist Sommerzeit, und er sah die Wipfel der Ebereschen, die in langen Reihen die Landstraßen säumten, unter der Last ihrer Korallenbeeren im Winde sich zur Erde beugen und wußte, es herbstelt, und über ein kurzes liegt hier der erste Schnee. Und dann holte er den Schlitten heraus oder schnallte die Schneeschuhe unter wie ein Grönlandfahrer. Alle Mühsal war für ihn nur dazu angetan, Körper und Willen zu stählen.

„Ich habe vier Weiber daheim," pflegte er zu sagen, „die halten munter."

Und dann waren es doch fünf geworden. Als ihm die vierte Tochter geboren wurde, flog ihm kein launiges Wort von den Lippen. „Bleib uns nur erhalten, Maria," keuchte er in sich hinein, „bleib uns nur erhalten..." Aber sie hätte ihn auch nicht mehr erhören können, wenn er laut gesprochen und gerufen hätte. Zum erstenmal in ihrer stillglücklichen Ehe mußte sie eine Bitte des Mannes, den sie liebte, wie das Schwache das Starke liebt, unerfüllt verhallen lassen. Ihre Hände umklammerten seine Schulter wie einst, als er die herumgestoßene, todmüde Waise aus dem Wasser geholt hatte, ihre Augen tranken sich an den seinen fest — dann brachen die Augen.

„Ich habe dir viel abzubitten, Kleine," sagte der Doktor Frühling am Tage nach der Beerdigung seiner Frau und hielt das Jüngstgeborene an seinen schwarzen Bart gepreßt. „Nicht einmal angesehen habe ich dich. Und so ganz besonders hübsch bist du ausgefallen. Goldrotes Haar und tiefdunkle Augen und Wimpern. Schade, daß deine Mutter um die Freude gekommen ist. Aber du sollst ihren Namen führen: Maria soll unser Kleinstes heißen, und die Schwestern werden dich liebhaben, als wäre jede von ihnen deine kleine Mutter."

„Papa," sagte die kleine Eva, und ihre Kohlenaugen blitzten vor Vergnügen. „Kind muß jetzt trinken." Und sie schwenkte die heiße Milchflasche.

Da lachte der Doktor trotz seines Schmerzes in sich hinein, rief die Pflegerin und schritt nach dem Stall, um mit Hilfe des Knechtes den Einspänner herauszuziehen und den Gaul einzuschirren. Denn es war durch die Schwere der Tage Arbeit liegengeblieben, die bis zur Nacht nachgeholt werden mußte. Er schnickte dem Gaul die Peitschenschnur auf den Kopf und fuhr aus dem Schloßhof. Als er noch einen Blick durchs Fenster in die große Stube warf, sah er das Jüngstgeborene auf dem breiten Schoß der Wärterin liegen, auf den Knien vor ihr sein ältestes Mädel, das ihm mit hocherhobenen Händen die Flasche ins Mäulchen hielt, und neben der raschen Eva die beiden kleinen Schwestern, die eben erst das Laufen gelernt hatten und schon versuchten, die hochgereckten Ärmchen der älteren zu stützen, damit sie nicht müde würden. Da lachte der Doktor trotz seines Schmerzes zum anderen Male in sich hinein, und dann reckte auch er die Arme, ließ die Peitsche knallen und fuhr aufrecht zum Tore hinaus. Ein Vater von vier mutterlosen Mädchen. Nun hatte er sein gerüttelt Maß an Pflichten.

— — — — — —

Wie die Frühlingsmädchen bis zur Schulzeit eigentlich erzogen worden waren, das wußte nachher mit Bestimmtheit kein Mensch mehr zu sagen. Aber sie waren alle vorhanden, streckten rank ihre Glieder und sperrten weit die Mäulchen auf, wenn das Essen auf den Tisch getragen wurde. Die Wärterin war geblieben. Aber sie war nur eine einfache Eifelfrau, die in irgendeinem der Dörfer ihren Mann schon seit Jahren begraben hatte und mit ihren Gedanken über Küche und Gemüsegarten kaum hinausragte. Kam der Doktor heim, so saß er unter seinen vier Mädels wie ein vergnügter Onkel, erzählte lustige Geschichten, daß die Kinder kreischten und an ihm herumkletterten, lief mit ihnen ins Freie, spielte Ball und Nachlaufen mit ihnen oder badete sich mit ihnen im Grase.

(Fortsetzung folgt.)

sich Mangel an Arbeitskräften zeigen sollte, andererseits eine Sperrung der Einwanderung für den Fall von Arbeitslosigkeit; ferner die Verteilung der Quoten der Nationen über ein Jahr in der Weise, daß jeden Monat der zwölfte Teil der Gesamtzahl zugelassen wird. Das bestehende Gesetz läuft mit dem 30. Juni 1924 ab. Bis dahin muß der Kongreß neue Bestimmungen erlassen.

Mexiko

Weitere Erfolge der neuen Regierung.

Berlin, 4. Jan. Nach einer der diplomatischen Vertretung der neuen provisorischen Regierung de la Huerta aus Veracruz zugegangenen Meldung befinden sich die Huasteca-Gebiete vollständig in den Händen der neuen Regierung. Eine Division Infanterie gehe gegen San Luis und Potosi vor, um Prieto Laurens zum Gouverneur einzusetzen. Der ganze Staat Tabasco sei im Besitz der Anhänger der neuen Regierung, ebenso Tehuantepec und Puebla. Luis Sanz sei von den örtlichen Behörden als Gouverneur eingesetzt worden. Die Arbeiter- und Bauernparteien seien zu der neuen Regierung übergetreten. Die im Kampfgebiet wohnenden Ausländer seien mit dem Dampfer „Colon" nach Tampico gebracht worden. Die neue Regierung bürge für den Schutz der ausländischen Interessen.

Rußland

Handelsbeziehungen mit Amerika.

Moskau, 5. Jan. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur hat der Zentrosojus den ersten Vertrag mit einem nordamerikanischen Vertragsgegner abgeschlossen. Der Vertrag kam mit der Internationalen Gesellschaft für Landwirtschaftliche Maschinen zustande, die den russischen Genossenschaften Kredit gewährt. Die Gesellschaft liefert Maschinen im Werte etwa einer halben Million Dollar, die Bezahlung ist durch ein bei der National City Bank in Newyork hinterlegtes Depot der alten russischen Genossenschaften in Höhe von 2,5 Millionen Dollars sichergestellt.

Soll die Sowjetregierung de jure anerkannt werden.

Genf, 5. Jan. Der römische Korrespondent des Journal de Geneve will wissen, daß man in vatikanischen Kreisen geneigt sei, die Sowjetregierung de jure anzuerkennen, sobald einige andere Mächte die Anerkennung vollzogen hätten und Sowjetrußland die Verfolgungen der katholischen Geistlichen eingestellt und in einer Regelung der Frage der Kultusgegenstände eingewilligt habe.

Aeußerung Tschitscherins und Krassins über die russ. Wirtschaft.

Moskau, 6. Jan. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphenagentur betonte Tschitscherin in einem Neujahrsinterview mit den Vertretern der Moskauer Zeitungen eine merkliche Festigung der internationalen Lage der Sowjetunion. Tschitscherin wies auf das steigende politische und wirtschaftliche Interesse englischer Geschäftskreise an den Sowjetrepubliken sowie auf die jüngsten Erklärungen Mussolinis über die rechtliche Anerkennung und die erstarkenden rußlandfreundlichen Tendenzen in Amerika usw. hin. Der Volkskommissar habe dieser Erscheinung jene unveränderlich sowjetfeindliche Politik Frankreichs gegenübergestellt. Tschitscherin habe ferner Beispiele des sowjetfeindlichen Vorgehens der französischen Diplomatie, und zwar in Polen, in den Staaten der Kleinen Entente, in Helsingfors, Riga und Kabul aufgezählt. Voraussetzung für jedes Abkommen mit Frankreich sei nach Tschitscherins Erklärung der Verzicht auf eine solche Handlungsweise.

Krassins Neujahrswünsche sind nach der Russischen Telegraphenagentur folgende: Konsequente Durchführung des Außenhandelsmonopols, unveränderlich aktive Handelsbilanz, weitere erfolgreiche Eroberung von europäischen Getreidemärkten und Steigerung der Ausfuhr russischer Rohstoffe und Hölzer.

Zu den neuen Lohnregelungen

Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau im Unbesetzten.

Berlin, 5. Jan. Die Löhne im Steinkohlenbergbau des unbesetzten Gebietes sowie im bayrischen Kohlenbergbau für die Zeit vom 1. bis 14. Januar sind im Reichsarbeitsministerium im Schlichtungsverfahren festgesetzt worden. Der Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des Goldlohnanteils an den bestehenden Löhnen um 10 Prozent vor. Darüber hinaus wird für jede in der vorgenannten Zeit verfahrene Schicht eine Papiermarkzulage in dem Ausmaß gewährt, daß der Gesamtbetrag an Gold- und Papierlohn gleich dem bis zum 31. Dezember in Geltung gewesenen Gesamtlohn ist. Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist zwischen den Parteien eine Vereinbarung erzielt worden, wonach in den Kernrevieren der Durchschnittslohn einschließlich der sozialen Zulagen 3,12 Rentenmark je Schicht beträgt. Hierzu tritt eine durchschnittliche Teuerungszulage von 0,93 Mark je Schicht.

Schiedsspruch im Mansfelder Schieferbau.

Berlin, 5. Jan. (Wolff.) Der am 29. Dezbr. 1923 gefällte Schiedsspruch der für den Mansfelder Kupfer- und Schieferbau die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit vorsieht, wurde von den Arbeitnehmerverbänden angenommen.

Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses.

Cöln, 4. Jan. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Essen: Nachdem über das Abkommen über die Arbeitszeit für die Uebertagearbeiter vom 19. Dezember 1923 eine Einigung nicht erzielt worden war, hat heute der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich folgenden Schiedsspruch gefällt: 1. Die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter beträgt insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 74 Stunden einschl. Sonntag. Sofern in die Sonntagsschicht eine Pause eingelegt wird, liegt sie außerhalb der Schichtzeit, wird aber besonders bezahlt. 2. Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Betrieben beträgt im Wochendurchschnitt 5 Stunden bei einer Höchstschichtdauer von 78 Stunden die Woche einschließlich Sonntag. 3. Die Einverständniserklärung ist bis Dienstag, den 8. Januar 1924 zu geben. — Der Schiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefällt. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich gegen die verlängerte Arbeitszeit Stellung nehmen. In der Lohnfrage für dieselbe Arbeitergruppe wurde ebenfalls unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich der Schiedsspruch gefällt, der bis auf weiteres am 1. Januar d. Js. einen Gesamtdurchschnittslohn von 4,20 Goldmark vorsieht.

Aus der Metallindustrie.

Berlin, 5. Jan. Die am Vormittag eingeleiteten direkten Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und den Metallarbeitern zur Beilegung des Konflikts in der Berliner Metallindustrie waren bei Redaktionsschluß der Abendblätter noch nicht abgeschlossen. Der „Vorwärts" spricht von der Möglichkeit einer Verständigung. Man suche zu einer Einigung zu kommen, ohne die Vermittlung des Schlichters in Anspruch nehmen zu müssen.

Betriebsstillegung in der Metallindustrie. Entspannung.

Dem Vorwärts zufolge sind fast sämtliche dem Verein Berliner Metallindustrieller angeschlossene Betriebe stillgelegt worden. Es handelt sich um etwa hundert Betriebe mit 130 bis 140 000 Arbeitern. Die Bewegung hat jetzt fast alle großen Werke, so die A. E. G. Bergmann, Schwartzkopff, Borsig, Knorr-Bremsen, Orenstein u. Koppel, Osram usw. erfaßt. An einzelnen Stellen, so bei der Knorr-Bremse A.-G. und bei der Aga in Lichtenberg kam es heute vormittag zu Ausschreitungen radikaler Elemente. Die Polizei stellte jedoch die Ruhe schnell wieder her.

In der Streikbewegung der Berliner Metallarbeiter ist am gestrigen Nachmittag eine gewisse Entspannung eingetreten. In einer Anzahl von Betrieben wurde die Arbeit ganz, in anderen zum Teil wieder aufgenommen. Der Schlichtungsausschuß hat die beiden Parteien der Metallindustrie für heute nachmittag zu Verhandlungen eingeladen.

Noch keine Einigung über den Metallarbeiterstreik.

Zu der gestern nachmittag vom Schlichter Wissell anberaumten Sitzung des Schiedsgerichts im Berliner Metallarbeiterstreik waren die Arbeitgeber nicht erschienen. Wissell erklärte, er wolle noch einen letzten Versuch der Verständigung machen und setzte deshalb die nächste Sitzung des Schiedsgerichts auf Samstag vormittag 10 Uhr an. Nach der gestrigen Sitzung teilte einer der Arbeitgeberbeisitzer den Vertretern der Arbeitnehmer mit, die Unternehmer seien bereit, persönlich mit ihnen zu verhandeln. Es wurde daraufhin vereinbart, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien heute vormittag 8 Uhr stattfinden. Falls sich die Parteien in dieser Sitzung nicht einigen, tritt das Schiedsgericht um 10 Uhr wieder zusammen und wird, wenn die Unternehmer nicht erscheinen, einen Schiedsspruch fällen.

Aus dem besetzten Gebiet

Zur Schützung des Franken.

Paris, 5. Jan. Die Rheinlandkommission hat eine Verordnung erlassen, um den französischen Franken zu schützen. Nur Banken und Wechselbüros sind berechtigt, im besetzten Gebiet Handel mit Devisen zu treiben. Sie müssen innerhalb und außerhalb ihres Geschäftslokales den Kurs anschlagen, zu dem sie Devisen kaufen und verkaufen. Die Verordnung erstreckt sich auch auf den Brückenkopf von Kehl.

Verfügung H. C. I. T. R. zur Paßerleichterung.

Mainz, 5. Jan. Die Rheinlandkommission macht bekannt, daß für die im besetzten Gebiet Wohnenden von jetzt ab der Personalausweis genügt, um nach dem unbesetzten Gebiet zu reisen, während für die Bewohner des unbesetzten Gebietes weiterhin die Genehmigung der Rheinlandkommission für die Einreise erforderlich ist.

Die „Vossische Zeitung" teilt mit, daß Anfang nächster Woche in Berlin Besprechungen der Reichsregierung mit Vertretern der besetzten Gebiete über die Angelegenheit der Ausdehnung der Lieferungsverträge mit der Micum auf weitere Industriezweige stattfinden werden.

Wirtschaftliches

Oesterreichisch-tschechische Vereinbarungen.

Wien, 5. Jan. Zwischen den vereinigten tschechoslowakischen Eisenwerken und der Alpinen Montangesellschaft kam eine Vereinbarung zustande, welche die Belieferung für die in Betracht kommenden Absatzgebiete hinsichtlich sämtlicher von ihnen erzeugten Hauptprodukte betrifft.

Aus dem Nahrungsmittelhandel.

Berlin, 5. Jan. Wie wir erfahren, ist die Bildung einer Kommission in die Wege geleitet, die sich mit den Beziehungen zwischen den Berliner Banken und dem Nahrungsmittelhandel befassen soll. Der Kommission sollen neben Vertretern der Wucherpolizei, des Handels, Industrie und Banken voraussichtlich auch Vertreter der Reichsbank angehören.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 7. Jan. Das 18. Franz. Schützenregiment verläßt am 8. Januar Bad Ems. Reklamationen, Schadenansprüche sind bis zum 8. Jan., vorm. 11 Uhr, dem städt. Besatzungsamt, Rathaus, Zimmer Nr. 4, anzuzeigen.

Bad Ems, 6. Jan. Der Ziegenzuchtverein hielt am Samstag, den 5. Jan., seine Generalversammlung ab, welche gegen sonst mäßig besucht war, was hauptsächlich auf die große Kälte und Nichthalten des „Lahn-Boten" zurückzuführen ist. Als erster Punkt kam der Beitrag zur Sprache, welcher auf 50 Pfg. = 500 Milliarden einstimmig für das verflossene Jahr festgesetzt wurde. Als zweiter Punkt kam die Futterbeschaffung zur Sprache. Da jetzt genügend Futtervorräte angeboten worden sind, so wurde zunächst ein Wagen Stroh bestellt; wer darin Bedarf hat, kann sich bis zum 10. d. Mts. beim Kassierer, Herrn Ph. Rosenbach, Kohlenerstraße, melden. Der nächste Punkt betraf die freiwillige Ziegenversicherung, welche 50 Pfg. pro Ziege im Jahr beträgt; geht ein Tier ein, so erhält der Besitzer in Gruppe 1 15 Mk., und in Gruppe 2 25 Mk. Entschädigung. Die Wahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurde auf die nächste Versammlung verschoben. Die Zeitung der Ziegenzüchter, welche jetzt wieder erscheint, wurde auch wieder bestellt, und liegt im Vereinslokal (Sporkenburg) zur Einsicht offen. Der Vorsitzende las mehrere Belehrungen aus der Zeitung vor, und die Mitglieder hörten mit großer Aufmerksamkeit zu. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Nassau, 3. Jan. (Volksküche.) Für die Unbemittelten der Stadt ist durch die Stadtverwaltung mit Unterstützung hochherziger Spender mit dem heutigen Tage eine Suppenküche ins Leben gerufen worden. — Die Männergesangvereine „Nassau" und „Liederkranz" haben sich vereinigt, um ein Konzert zur Unterstützung der Erwerbslosen zu veranstalten. Auf die Wirkung der Massenchöre unter Leitung des bewährten Dirigenten Herrn Toni Herber kann man gespannt sein, da beide Vereine über ein vorzügliches Stimmaterial verfügen. Wie man hört, soll das leider in den letzten Jahren etwas vernachlässigte Volkslied besonders zur Geltung kommen. Das einträchtige Zusammenwirken der Vereine zu dem wohltätigen Zweck wird mit Freuden begrüßt und steht die Veranstaltung dadurch schon unter einem guten Stern.

Diez, 6. Jan. (Schulbeginn.) Der Schulunterricht in sämtlichen Schulen nimmt morgen Dienstag wieder seinen Anfang.

Diez, 7. Jan. Gestern wurde unser hochverdienter Mitbürger Stadtältester Karl Groß zur letzten Ruhe gebettet. Ueber ein Menschenalter, von 1878 bis 1914, hat der Verstorbene den städtischen Körperschaften ununterbrochen angehört. In seiner Pflichttreue und Uneigennützigkeit hat er als Gemeinderat und Stadtverordneter, als Magistratsschöffe und Beigeordneter der Allgemeinheit gedient. Stets nur der Stimme seines Gewissens folgend, ist er den dornenvollen Weg der Pflicht und Selbstaufopferung geradeaus gegangen, ohne auf Lob oder Tadel zu hören. Sein Wirken wird uns unvergessen bleiben. Er war der Erste, dem die städtischen Körperschaften bei seinem Ausscheiden aus städtischen Diensten die höchste Auszeichnung verliehen, die zu verleihen sie berechtigt sind, das Prädikat „Stadtältester".

Der Verstorbene besaß einen äußerst regen Geist und zeigte lebhaftes Interesse für alle Tagesfragen. Sein stark ausgeprägter historischer Sinn ließ ihn volle 60 Jahre hindurch eine Stadtchronik führen, die wegen ihrer höchst wertvollen Aufzeichnungen von bleibendem Werte, namentlich für die kommenden Geschlechter sein wird. Der lokale Geschichtsschreiber wird oft auf dieses Werk als eine unerschöpfliche Quelle zurückgreifen müssen. Die Chronik ging am 80. Geburtstage des Verfassers in den Besitz der Stadt Diez über, die sie als ein kostbares Gut allezeit hüten wird. Der Stadtälteste Groß hat sich durch diese seine Chronik ein zugleich bleibendes Denkmal gesetzt.

Der Vogel im Winter

Hunger und Kälte sind in diesem Winter bei vielen Millionen unserer Mitmenschen zu Gast und schwer vom Tisch und der Stube zu verscheuchen. Trotzdem wollen wir auch für die Not unserer gefiederten Freunde ein offenes Auge und eine offene Hand behalten, denn sie leiden schwer unter Schnee und Winterfrost und mit Wenigem schon ist ihnen geholfen. Nur vergessen darf man sie nicht.

Von allen Geschöpfen ist der Vogel am schutzlosesten dem Winter preisgegeben. Das behende, zierliche Tierchen kann nicht anders als in den Tag hineinleben. Deshalb beglückt uns im Sommer sein fröhliches, sorgloses Gezwitscher. Im Winter zeigt sich dann die Kehrseite. Die einzige Waffe, die der Vogel im Kampfe um das winterliche Dasein besitzt, sind seine Flügel. Er kann ein wärmeres Klima aufsuchen, wenn Schnee und Frost ihm den Nährboden verschließen. Aber nichts ist unbeständiger und unberechenbarer als das Wetter. Wir haben es in diesem Winter erlebt. Ein plötzlicher Umschlag von mildem Wetter in eisige Temperatur — und die gefiederte Welt steht vor dem Frost- und Hungertod.

In solcher Lage ist die lange Winternacht der gefährlichste Feind des Vogels. Die Schlange verdaut tagelang an einer guten Mahlzeit und manches Tier kann aus der winterlichen Vorratskammer monatelang leben. Der Vogel, immer in Bewegung, verbraucht den Nährstoff sehr rasch und nimmt nie mehr zu sich, als er im Augenblick braucht. Wird es dunkel, so sucht er den Schlaf und die Nahrungsaufnahme hört auf. Und nun denke man sich das kleine Geschöpf einer langen, langen Winternacht von 16 Stunden ausgesetzt. Die Nacht ist schlimm, selbst wenn der Vogel gut zu fressen hat. Lebensgefährlich aber wird sie, wenn Frost den Boden steinhart macht oder Schnee ihn zudeckt. Wird der Vogel bei solcher Witterung noch durch den Sturmwind in eine Gegend verschlagen, in der er sich nicht auskennt, so muß er hungrig oder halbsatt „zu Bett gehen" und dann hat er bei Sonnenaufgang meist seine zarte Seele ausgehaucht.

Daß die Nacht nicht nur des Menschen, sondern auch des Vogels Feind ist, weiß man auch in den Zoologischen Gärten sehr wohl. Und nun das arme Tierchen im Freien, das nicht nur vor Hunger, sondern auch vor Kälte zittert!

Der Vogel hat im Winter noch einen schlimmen Feind, den kalten Wind. Das Gefieder ist ein herrlicher Schmuck, aber kein Kleid, das im Eishauch des Winters warm hält. Der Vogel hat schon bei warmem Wetter eine Abneigung dagegen, daß ihm der Wind die Federn zerzaust und den zarten Körper peitscht. Er setzt sich deshalb beim Flug niemals dem Gegenwind aus. Im Winter aber ist er ihm oft schutzlos preisgegeben.

Sie hat es nicht leicht im Winter, die gefiederte Welt. Sie muß jeden Schlupfwinkel aussuchen und muß flink und behende sein, wenn sie den Kampf ums Dasein bestehen will. Der Mensch ist immer noch ihr bester Helfer. Der Bauer, der im Winter das Getreide drischt, deckt ihr den Tisch reichlich und Schnee und Eis sind machtlos dagegen. Und wieviel warme Vogelnester baut der Mensch, ohne daran zu denken. In der Winterszeit verschläft der Vogel zwei Drittel seines Lebens. Schnee und Kälte würden eine noch reichere Todesernte in der Vogelwelt halten, wenn es nicht in der Nähe der menschlichen Behausung warme Unterkunft gäbe. Da sind vor allem die immergrünen Sträucher und Hecken, Lorbeer, Buxbaum usw., die gegen die Kälte schützen, wenn die Laubbäume ihre dürren oder schneebedeckten kahlen Aeste in die Luft strecken. Streicht man einmal im Winter des Abends an solchen Büschen und Hecken vorbei, so wird man sich wundern, welch ein Schwarm sich da eingenistet hat. Aber es kommen schlimmste Zeiten für die armen Vögel, Zeiten wie jetzt, in denen die Kälte alle Schlupfwinkel durchzittert. Dann gibt es ein großes Wandern. Es geht fort nach dem Süden, bis nach dem Mittelmeer, Spanien, Portugal und der Bucht von Biskaya. Schlimmer ist es nur, wenn auch dieser Weg versperrt ist. Wir erleben es gegenwärtig, daß die Kältewelle ganz Mittel- und Südeuropa überflutet, daß in Florenz Schnee fällt und in Neapel eisige Kälte herrscht. Das trifft die Vögel hart auf der Wanderschaft und sie kommen um zu Tausenden und Abertausenden.

Die Lawine

In den Bergen ist zur Zeit Hochsaison für den Wintersport und — so kann man hinzufügen — für die Lawinen. Aus Genf, aus Bern, aus Wien, kurz aus allen Teilen der Alpen kamen Nachrichten von heftigen Lawinenstürzen. Es sind in der zweiten und dritten Dezemberwoche Berge von Neuschnee herniedergegangen. Dann gab es ein paar warme Tage über Null, selbst in den höheren Regionen, und schon ballte sich der Neuschnee und sauste in mächtigen Lawinen zu Tal. Der Bergwanderer weiß, daß die Lawinengefahr aus der glatten Schneedecke herausbrechen kann wie der Blitz aus heiterem Himmel. Ein kräftiger Schritt oder ein lautgesprochenes Wort genügen manchmal, um ein Schneekörnchen in Bewegung zu setzen. Und in Sekunden wächst das Körnchen zum Riesenball, der auf seiner Bahn fortreißt und zudeckt, was ihm in den Weg kommt. Dann liest man in der Zeitung, wie es jetzt der Fall ist: ein paar Schneeschuhläufer verschüttet, eine Hütte im Wirbelsturm vernichtet, eine Eisenbahnlinie blockiert...

Manchmal liest man auch Schlimmeres. Es gibt Hunderte von Lawinengeschichten, die nicht nur voll Tragik sind, sondern manchmal auch den Reiz des Unerhörten, des Romanhaften haben. Eine dieser Geschichten war einmal weltberühmt und hat in vielen Büchern und Erzählungen ihren Niederschlag gefunden. Sie ereignete sich vor Jahren in dem italienischen Dörfchen Bergamoletto. Eine Lawine sauste von den Bergen herab, machte unten im Tale ihre letzten Sprünge und deckte, als sie sich eben zur Ruhe setzte, am Rande des Dorfes einen Stall mit ihrer Riesenwölbung zu. Drei Frauen, die in dem Stall beschäftigt waren, starben in der Lawinenmasse den weißen Tod. So dachte man im Dorf, als man jammernd und händeringend vor dem Schneeberg stand. Drinnen aber hatte sich etwas ganz Eigenartiges ereignet. Die Lawine hatte nur noch mit halber Kraft zugeschlagen und den Stall nicht zerquetscht, sondern nur eingedrückt. Als die drei armen Frauen sich von ihrem Schreck erholt hatten, fanden sie sich in dem Dunkel der Lawinennacht noch am Leben. Und mit ihnen eine Ziege, die den Raum und das Schicksal mit ihnen teilte. Nun hieß es ausharren, bis von draußen Rettung kam. Die Gefahr des Verhungerns bestand glücklicherweise nicht. Denn die Ziege hatte reichlich Futter und gab reichlich Milch. Aber die Lawinennacht wurde zur Ewigkeit. Denn in dem Dörfchen Bergamoletto hatte man es aufgegeben. Man hielt das Schicksal der drei Frauen für besiegelt und ging dem Schneeberg Schritt für Schritt zu Leibe. Endlich — nach langen fünf Wochen — stieß man auf die Hütte und glaubte ein Wunder zu erleben, als die drei totgeglaubten Frauen und die Ziege lebend an das Tageslicht traten. Die Dichter haben den Stoff seinerzeit in allen Variationen behandelt. Für den Film aber ist er noch Original.

Die heutigen Devisenkurse (nichtamtl.)

Dollar	4.300 Billionen	Mark
englisches Pfund	18 500	"
holländ. Gulden	1.690	"
frz. Frank	220 Milliarden	"
belg. Frank	195	"
schweiz. Frank	720	"

Börse und Handel

Frankensturz.

Basel, 5. Jan. An den Schweizer Börsen erreichte der französische Franken gestern einen neuen Tiefstand. In den Abendstunden notierten 27,95 Schweizer Franken 100 französische Franken, nachdem der französische Franken bereits am Vormittag eine kleine Erholung zu verzeichnen hatte.

Der Wochenmarkt in Wiesbaden war auch in den letzten Tagen nur sehr schwach besucht. Kaum daß sich nur einige Obststände aufgetan hatten, an denen es Aepfel zu kaufen gab. Vielleicht auch etwas Butter, sonst nichts. Nur gestern hatten sich noch etliche Gemüsestände dazu gesellt. Das Geschäft war aber sehr still. Am meisten gesucht waren die Fleischerstände, deren sich gestern wieder vier eingestellt hatten und an denen frisches Fleisch und Gefrierfleisch zu 600 bis 700 Milliarden, Kalbfleisch und Hammelfleisch 700—900 Milliarden, Schweinefleisch zu 1200 bis 1400 Milliarden, Hackfleisch zu 800 Milliarden verkauft wurde.

Die Frankfurter Pferdemärkte.

Frankfurt a. M., 2. Jan. Für das Jahr 1924 wurden die Frankfurter Pferdemärkte wie folgt festgesetzt: 7. Jan., 4. Febr., 3. März., 31. März 12. Mai, 2. Juni, 30. Juni, 28. Juli, 25. August 22. September, 27. Oktober, 17. November und 8. Dezember. Bei der Festsetzung der Termine hat der Landwirtschaftliche Verein den Wünschen der Interessenten, die Frankfurter Märkte vor den Märkten in den süddeutschen Staaten abzuhalten, entsprochen.

Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 3. Jan.

Bei sehr starkem Auftrieb, vor allem von Schweinen, wies der Markt eine nicht unwesentlich schwächere Tendenz auf. Der Auftrieb bestand aus 216 Ochsen, 36 Bullen, 776 Färsen und Kühen, 904 Kälbern, 1006 Schafen und 2690 Schweinen. Es wurden bezahlt für je einen Zentner Lebendgewicht in Rentenmark: Ochsen 30—53, Bullen 30—40, Färsen und Kühe 45—50, Kälber 30—60, Schafe 20—40, Schweine 55—80. Der Markt verlief gedrückt; bei allen Viehgattungen verblieb Ueberstand.

Kirchliches

Von der Arbeit der katholischen Kirche im Freistaat Sachsen.

Im Juni 1921 ist das Bistum Meißen wieder errichtet worden und seitdem hat die katholische Kirche in Sachsen bedeutende Fortschritte gemacht. Außer der Akademikergedächtniskirche in Leipzig sind in Dresden Löbtau, Bischofswerda und Oelsnitz neue Kirchen geweiht. Acht neue Pfarreien sind gegründet, nämlich in Dresden-Strehlen und Dresden-Striesen, in Limbach, Großenhain, Schwarzenberg, Königstein und Stier. Außerdem fünf Kaplaneien geschaffen. Die alten Archipresbyterate wurden wieder aufgerichtet und in Leipzig wurde eine Hochschulpfarrei ins Leben gerufen. Zehn neue Schwesternniederlassungen sind entstanden. In Hosterwitz bei Dresden haben sich die Jesuiten niedergelassen; in Dresden selbst wirkt der Orden der Oblaten. Der Winfriedbund, der auf die Bekehrung der Protestanten ausgeht, hat auf dem Dresdner Katholikentage eine besondere Konvertitenversammlung veranstaltet. Der Bischof selbst hält regelmäßig Vorlesungen an der Universität Leipzig. Auch dem höheren Schulwesen und der „Heranbildung katholischer Intelligenzen" wird große Aufmerksamkeit zugewendet. So ist nichts versäumt, um die katholische Kirche in Sachsen auszubreiten und vor allem auch, um die öffentliche Meinung ihr günstig zu stimmen. Die Mittel zu dieser umfassenden Tätigkeit boten ausgedehnte und beständige Sammlungen im Ausland, welche reiche Beträge erbrachten. Die evangelische Kirche dagegen führt einen schweren Kampf ums Dasein.

Staatswohlfahrt und Religion.

Nie ist es klarer geworden als in unseren Tagen, daß die innere Wiedergeburt eines Volkes aus religiösen Kräften hervorgehen muß, wenn sie ganz aus der Tiefe des Volksgeistes erwachsen soll. Wir leben viel mehr, als es oberflächlicher Betrachtung erscheinen will, in einer Zeit, zwar religiöser Spannungen, aber auch starken religiösen Lebens. Selbst die Bestreitung herrschender Religionen entspringt vielfach religiösen Motiven, und es ist offenbar, daß in kirchlichen und außerkirchlichen selbst in der außerkirchlichen Religiosität weiter Schichten sich neue religiöse Kräfte auswirken wollen. Der leidenschaftliche Kampf um die Schule ist aus Glaubensmotiven geboren.

Der Staat kann diese religiösen Kräfte nicht entbehren; sie schaffen die höchsten Gefühle der Pflichten und Verantwortung, die stärksten Willensimpulse für sittliches Handeln, die sozial unentbehrlichen Motive für Gemeinschaft, ohne die der Staat nicht leben, die er aber von sich aus nicht schaffen kann. Er muß diese religiösen Kräfte sich frei auswirken lassen, wo immer sie sich zeigen. Wo dazu Schulen besonderer Färbung gefordert werden, kann er sie nicht versagen, mögen sie sich konfessionelle Schulen oder Weltanschauungsschulen oder Gemeinschaftsschulen nennen. Wo aber die Bevölkerung konfessionelle und Weltanschauungsschulen nicht dringend fordert, ist es im Interesse der Bildungseinheit unseres Volkes zu wünschen, daß die alte Simultanschule als eine Schule allgemein christlichen Kulturbewußtseins weiterbesteht. Allen diesen Schulen soll die durch die Verfassung garantierte Freiheit im vollsten Umfange gewährleistet werden; und es versteht sich von selbst, daß die preußische Unterrichtsverwaltung auch den Schulen ihre Bewegungsfreiheit lassen wird, die auf die religiösen Kräfte der Erziehung und des Unterrichts, soweit sie konfessionell gebunden sind, verzichten, den sog. weltlichen Schulen. Jede der verschiedenen Schularten lebe in der Freiheit, ohne die wahres Leben nicht gedeihen kann. Aber über eins hat der Staat unbedingt zu wachen, daß in allen diesen Schulen keines unserer wertvollen nationalen Bildungsgüter Not leide; deshalb muß sich der Staat das Aufsichtsrecht im vollsten Umfange vorbehalten. Er muß dafür sorgen, daß keine verhängnisvollen Tendenzen konfessioneller oder antikonfessioneller Schulgestaltung, religiösen oder antireligiösen Lebens den Schulfrieden stören und einen Schulkampf von unabsehbaren Folgen hervorrufen. Er muß ausgleichend wirken und der Verengung hier, den Auswüchsen dort entgegentreten; er muß die Schule als „Veranstaltung des Staates" stets in den großen kulturellen Zusammenhang stellen, von dem alles, das nach Leben trachtet, lebt. (Aus Dr. Boelitz: Der Aufbau des preußischen Bildungswesens nach der Staatsumwälzung.)

Neues aus aller Welt

Das Rettungswerk an der Wartburg. Der unermüdlichen Werbearbeit der Vereinigung „Freunde der Wartburg" ist es gelungen, die Mittel zu beschaffen, die zur schrittweisen Fortführung der Erhaltungsarbeiten an dem schwer bedrohten Wandgemäldebesitz der Wartburg erforderlich sind. Die Hauptsorge gilt den Wandmalereien von Moritz von Schwind.

Eine Wüstenbahn durch die Sahara. Der Plan, eine Bahn durch die Sahara als Verbindungsglied der nord- und der westafrikanischen französischen Kolonialbesitzungen zu bauen, rückt seiner Verwirklichung näher. Er gewinnt deshalb für uns besonderes Interesse, weil die Bahn insbesondere militärischen Zwecken dienen soll. Der Vorsitzende des Ausschusses, der die näheren Vorarbeiten für den Bau der Bahn leiten soll, ist der auch uns nicht ganz unbekannte General Mangin. Der Ausschuß hat sich in einem ausführlichen Gutachten für den Bau der Bahn ausgesprochen und hat schon ein bestimmtes technisches Projekt angenommen. Die Bahn soll ihren Ausgangspunkt von Oran in Algier nehmen, dann an der marokkanischen Ostgrenze vorbei den Wadi Saura-Fluß entlangführen und dann durch die Wüste hindurch bis zum Niger-Fluß durchgeführt werden. Die Bahn erreicht den Fluß bei Tosaye und soll dann über den Fluß hinweg bis nach Wegadugu weitergehen, wo sie Anschluß an das Lokalbahnsystem von Französisch-Westafrika erreicht. Sie führt damit unmittelbar in das französische Rekrutierungsgebiet und erfüllt auf diese Weise ihren Hauptzweck. Die französische Militärverwaltung hat nämlich berechnet, daß sie nach Zurückführung der militärischen Dienstzeit auf 18 Monate in Zukunft im Jahre 280 000 Kolonialtruppen rekrutieren muß. Die Wüstenbahn soll die Möglichkeit schaffen, eine Rekrutierung rasch und bis zum letzten Mann durchzuführen.

Erfolg haben Anzeigen im „Lahnboten"

Kleine Meldungen

Zur Ermordung eines russischen Rotarmisten.

Moskau, 4. Jan. Ein in der Iswestija veröffentlichtes Kommunique vom 28. Dezember besagt, daß das Außenkommissariat anläßlich der Ermordung des russischen Rotarmisten Naliaschoff auf russisch-polnischem Grenzgebiet die polnische Regierung um Bestrafung der Täter ersucht habe.

Gedenket der hungernden Vögel!

Amtlicher Teil

Diez, den 2. Januar 1924.

Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Kirberg ist erloschen.

Der Landrat

Diez, den 2. Januar 1924.

In den Gemeinden Camberg und Erbach, Kreis Limburg, ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

Der Landrat.

Diez, den 3. Januar 1924.

Bekanntmachung

Durch Beschluß des Kreisausschusses sind neue Mietzuschläge für die Landgemeinden des Unterlahnkreises mit Ausnahme von Freiendiez festgesetzt worden. Der § 2 der Verordnung des Kreisausschusses vom 16. September 1922 über die Durchführung des Reichsmietengesetzes (abgedruckt im amtlichen Kreisblatt vom 11. Dezember 1922) erhält folgende Fassung:

„§ 2.

Zu der Grundmiete treten ab 1. Januar 1924 folgende Zuschläge:

1. 100 vom Hundert für Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des Grundstücks und der Steigerung für die Erneuerung der Belastung.
2. 3 Billionen vom Hundert der Grundmiete als Entgeld für die für das Haus aufgewandte Tätigkeit. — Verwaltungskosten —.
3. 5 Billionen vom Hundert für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten.

Der in § 5 festgesetzte Zuschlag für die großen Instandsetzungen darf ab 1. Januar 1924 10 Billionen vom Hundert der Grundmiete nicht übersteigen.

Ich ersuche die Herren Bürgermeister um ortsübliche Bekanntgabe.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
(Wohnungsamt)

J. Ehrenberg, Dentist, Diez
Luisen-Seherstraße 1, part.
Zahnziehen . Plombieren Zahnersatz
in erstklassiger Ausführung
Kronen und Brücken in Gold und Silbergold, mit und ohne Platte
Kautschukarbeiten. Bestes Material.
Auf Wunsch Teilzahlungen.
Mäßige Preise.

Brennholzverkauf.

Dienstag, den 8. Januar 1924, nachmittags 3 Uhr ab sollen auf der „Mottmannshöhe" aus dem Distrikt „Mayenahlen"
358 Rm. Buchenknüppel,
56 Rm. Reiserknüppel (Holznummer 73—220)
öffentlich meistbietend versteigert werden.
Gewerkschaft Merkur Bad Ems.
Forstverwaltung.

Mutterberatung Bad Ems.
Dienstag nachmittag von 2—4 Uhr in der Steinschule: Sprechstunde der Fürsorgeschwester und Mutterberatung.

Druckfachen
jeder Art liefert schnellstens zu zeitgemässen Preisen die
Buch- und Steindruckerei
H. Chr. Sommer
Bad Ems und Diez

Wandkalender
für das Jahr 1924 sind zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Für Wiederverkäufer!
Ständig lieferbar
Ia. Käse
Schweizer, Tilsiter, Limburger, Romandour, Camembert
A. Straub Diez - Freiendiez
Fernruf 223.

Freiwillige Versteigerung
Am Mittwoch, den 9. Januar 1924, nachm. 2 Uhr versteigere ich an Ort und Stelle, vom Hochwasser abgetrieben und in der Lahn am Ufer liegende
2 Motorboote, 1 Restaurationsschiff
sowie eine am Anlegeplatz im Kurgarten befindliche eiserne Treppe, hölzerne Brücke und das zur Schiffahrt gehörige Material der Gebrüder Köpper in Bad Ems.
Treffpunkt 1,45 Uhr an der Gasanstalt in Bad Ems.
Wilhelm, Gerichtsvollzieher in Bad Ems
Wilhelmsallee 42.

Gute und billige
LEBENSMITTEL

Erbsen grün mit Sch. Pfd. 34 ₰	Bandnudeln Pfd. 28 ₰
Erbsen gelbe halbe Pfd. 32 ₰	Suppennudeln Pfd. 44 ₰
Bohnen weiße II. Pfd. 30 ₰	Stangenmaccaroni Pfd. 56 ₰, 1 Pfd.-Paket 64 ₰, ½ Pfd.-Paket 34 ₰
Rangoonbohnen Pfd. 24 ₰	Bruchreis Pfd. 22 ₰
Linsen Pfd. 38 ₰	Ia. Vollreis Pfd. 26 ₰
Grünkern gemahlen Pfd. 36 ₰	Limburger Käse Pfd. 1.10 ℳ
Haferflocken lose Pfd. 26 ₰	Tilsiter Käse Pfd. 1.80 ℳ
Magnet-Haferflocken 1 Pfd.-P. 36 ₰ ½ Pfd.-P. 20 ₰	
Gemahlener Zucker Pfd. 45 ₰	Kunsthonig 1 Pfd. Paket 60 ₰

S & F Malzkaffee 1 Pfund Paket 30 ₰ ½ Pfund Paket 16 ₰

Schade & Füllgrabe A.G.
Diez, Wilhelmstr. 38

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Privat. Katalog 16 Nfrei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Für sofort gesucht ein
Mädchen
für Küche und Haus. Hoher Lohn.
Grunewald, Bahnhofswirtschaft, Bad Ems.

Erteile Unterricht in
Mathematik Latein und Französisch
Offerten unter E. 6 an die Geschäftsstelle d. Lahnboten

Beinkranke!
mit Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässenden und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias
behandelt rasch und naturgemäß
Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 123 I, Etg. Eingang: Roonstraße.
Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 1—4 Uhr.

Hege und Jagd
ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler Jagd- u. Hundeclubs. — Bekanntgaben des In- u. Auslandes. Probenummern sind gegen Rückportoersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Hausmädchen
sofort gesucht.
Hotel Westermayer, Bad Ems.

Zu verkaufen:
2türiger polierter Kleiderschrank.
Näheres Geschäftsstelle.

Guterhaltenes Kleid und neuer **Blusenrock**
preiswert zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Raiffeisenverein Bad Ems,
Bestellungen auf Kunstdünger, besonders Thomasmehl, werden bis Montag, den 7. J. entgegengenommen

Dr. Zimmermann'sche kaufm. Privatschule
Inh. C. Hacke beeidigter Bücherrev. Coblenz.
Am 15. Januar beginnen
Handelskurse
von halbjähriger Dauer.
Näher. d. Prosp. Auskunft im Schulh. Hohenzollernstr. 148

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachung u. Versteigerungen 12 Goldpfg, Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheck: Ffk (M) 10618

Nummer 6 — Bad Ems, Dienstag den 8. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Bedürfnis zu einer französisch-deutschen Aussprache

Französisch-deutscher Handelsvertrag.

Private Reparationsbesprechungen.

Wochenvorschau

In dem Bereich der innerdeutschen Politik wird wohl auch in den nächsten Tagen alles ziemlich ruhig bleiben. Die sozialdemokratische Partei gibt sich zwar alle erdenkliche Mühe, „Leben in die Bude zu bringen," man merkt ihr aber dabei das krankhafte Bestreben an, die Umwelt über ihre eigenen inneren Beschwerden hinwegzutäuschen. Die Sozialdemokratie macht seit einiger Zeit mit einem geradezu fanatischen Uebereifer Jagd auf den Belagerungszustand. Es ist möglich, daß sie diese Aktion auch in dieser Woche weiter zu verfolgen versucht. Großen Eindruck wird sie damit allerdings nicht machen, da sie alle Hände voll zu tun haben wird, um das wankende eigene Parteigebäude wenigstens einigermaßen zu stützen. Die Entwicklung, die die Dinge in Sachsen genommen haben, ist wohl nur der Auftakt zu einer gründlichen Auseinandersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. In Sachsen werden sich die Geister scheiden, soweit sie sich nicht schon bisher geschieden haben. Es werden die gemäßigten Elemente der Sozialdemokratie mit der Abkehr von den Kommunisten ernst machen und es werden die anderen dorthin gehen, wo sie ihrer Gesinnung nach schon längst sein müßten.

In England ist das neue Unterhaus inzwischen soweit aufgezogen worden, daß die parlamentarische Maschine in dieser Woche ihr Spiel beginnen wird. Wir erleben dabei ein Beispiel, das uns eine erfrischende Abwechselung gegenüber den deutschen Verhältnissen bietet. In Deutschland ist das parlamentarische System wie ein Uhrwerk, das sich in Unordnung befindet. Das Werk geht im Deutschen Reichstag bald falsch, bald überhaupt nicht, bald zum Verzweifeln langsam, bald in rasendem Galopp.

Wie aber weiß man im deutschen Reichstag, was eigentlich die Stunde geschlagen hat. In England wird man mit dem parlamentarischen System ganz anders fertig, obwohl dort durch die Führung des Drei-Parteien-Systems die Lösung an die Parteien ganz andere Anforderungen stellte. Man ist aber auch mit der neue Lage rasch und entschlossen fertig geworden. Die Konservativen werden als die geschlagene Partei von der Bühne abtreten und die Arbeiterpartei wir ihren Platz einnehmen. Und man kann sich darauf verlassen, daß sie ihr Handwerk besser verstehen wird, als die Arbeiterregierungen, die wir in Deutschland erlebt haben. Auch hier wird uns der englische Parlamentarismus ein Beispiel bieten, das sich namentlich die Sozialdemokratie zunutze machen sollte. Der künftige englische Ministerpräsident Macdonald hat aus seinem Programme alles gestrichen, was einen Konflikt heraufbeschwören müßte. Er hat sich auf das Mögliche eingestellt und hat auf diese Weise begründete Aussichten, fruchtbare Politik zu leisten. In dieser Woche werden wir allerdings nur das Vorspiel erleben. Der Hauptakt wird sich erst in der kommenden Woche abspielen.

Es ist dringend davor zu warnen, auf den voraussichtlich sicheren Regierungsantritt Macdonalds irgendwelche deutschen Hoffnungshäuser zu bauen. Auch in der äußeren Politik wird der künftige englische Ministerpräsident in jeder Beziehung Maß halten. Er wird aber doch wohl von der englischen Passivität abweichen, die völligen Schiffbruch gelitten hat. Merkt man jetzt schon eine Strahlenwirkung dieser künftigen englischen Aktivität?

Etwas anders aber scheint es mit der Stellung zu liegen, die die französische Regierung zu dem deutschen Memorandum und den darin enthaltenen Vorschlägen einnimmt. Zuerst hörte man ein Nein, jetzt hört man doch ruhigere Stimmen. Für diese Abmilderung des Tones liegt der Grund wohl hauptsächlich in der außenpolitischen Konstellation der Frankreich sich gegenübersieht. Der belgische Außenminister Jaspar hat in der letzten Zeit mit ganz auffälliger Rührigkeit sein Anlehnungsbedürfnis nach der englischen Seite betont, und so hat man denn auch in Brüssel von Anfang an dem deutschen Memorandum gegenüber eine etwas weniger schroffe Haltung eingenommen. Und ohne Rücksicht auf Brüssel kann der französische Ministerpräsident die französische Antwort auf das deutsche Memorandum nicht gut abfassen. Dazu kommt, daß der ständig sinkende Kurs des Franken der französischen Regierung doch allmählich fühlbar wird, und ernste Sorge bereitet. Vielleicht bleibt das alles nicht ganz ohne Einfluß auf die französische Antwort.

WTB. **Paris**, 6. Jan. Wie der Brüsseler Berichterstatter des Journal des Debats meldet, hat der französische Botschafter heute vormittag dem belgischen Minister des Aeußeren, Jaspar, den Antwortentwurf auf die deutschen Vorschläge vom 24. Dezember überreicht. Nach dem Temps wird der belgische Antwortentwurf jedenfalls schon am Montag den Kabinetten unterbreitet werden, so daß die Antwort im Laufe der kommenden Woche der deutschen Regierung überreicht werden kann. Der Berichterstatter meldet, es sei sicher, daß in der Frage der Abschnürung des Ruhrgebietes, des Lizenzensystems und der Erhebung der Taxen die französische und die belgische Regierung nicht entgegenkommen würden. Man erkläre aber in Brüssel, daß, falls das Reich die Verträge mit den Industriellen, die bis zum 15. April Gültigkeit hätten, anerkenne, im Laufe des April wiederum über das Regime im Ruhrgebiet verhandelt werden könne. Hierdurch wäre man in der Lage, Deutschland zum Nachgeben zu zwingen und ein Minimum von Reparationszahlungen sicherzustellen.

Paris, 7. Jan. Wie der Temps berichten zu können glaubt, wird die französische Antwort auf das deutsche Memorandum die darin enthaltenen Vorschläge einzeln Punkt für Punkt beantworten.

Paris, 7. Jan. In Paris herrscht eine optimistischere Auffassung vor. Es heißt, in dem französischen Antwortdokument würden gewisse deutsche Vorschläge nicht glatt zurückgewiesen sondern mit den lokalen Ortsbehörden selbst erörtert werden. In den maßgebenden Pariser Kreisen gibt man mit auffallendem Nachdrucke zu verstehen, daß die deutschen Vorschläge nur beschränkte Bedeutung beanspruchen können, und sich das Bedürfnis nach einer franko-deutschen Aussprache auf großem Maßstabe dringend fühlbar mache. Der Anstoß dazu müsse allerdings von Berlin ausgehen. Man hat hier zunächst private Reparationsbesprechungen im Auge, die unter Ausschaltung der Reparationskommission geführt werden sollen.

Der offiziöse „Temps" verwendet sich auf das Wärmste für die sofortige Eröffnung einer allgemeinen franko-deutschen Aussprache. „Niemand untersagt es Frankreich, und Belgien, mit Deutschland sämtliche Fragen des Reparationsproblems zu erörtern. Hat Deutschland sich nicht oft darüber mit England ausgesprochen? Wenn diese Fragen mit der Berliner Regierung angeschnitten werden, so würde Frankreich stets auf die Wahrung der Rechte der anderen Gläubigerstaaten achten und eine Entscheidung dürfte nur in der vom Vertrage vorgeschriebenen Form erfolgen. Deutschland hat auf jeden Fall mit Frankreich gewisse Probleme, die einzig und allein die beiden Länder angehen, zu erörtern, insbesondere das Problem der Handelsbeziehungen. Es muß schließlich zur Unterzeichnung eines franko-deutschen Handelsvertrages kommen."

Der Temps zum deutschen Memorandum.

Paris, 6. Jan. Der Temps bespricht in seinem Leitartikel die Frage des deutschen Memorandums vom 24. Dezember. Gewisse Forderungen hätten bereits Befriedigung erlangt, andere würden in Berücksichtigung gezogen werden. Verschiedene jedoch seien augenblicklich unannehmbar. Das Blatt meint, so bestätige sich alles, was man leicht hätte voraussagen können, wenn man die Diskussion auf Verwaltungs-, Steuer- und Zollfragen beschränke, könne sie nicht vorangebracht werden. Frankreich habe dann den Eindruck, man wolle ihm Pfänder entwenden, ohne ihm eine Zahlungssicherheit zu bieten, und Deutschland habe den Eindruck, man wolle es zwingen, eine vollendete Tatsache anzuerkennen, ohne ihm die Perspektive der Befreiung zu eröffnen. Es wäre also besser, die Debatte zu erweitern, oder sie von einer anderen Seite anzufassen. Wer verbiete es Frankreich oder Belgien, mit Deutschland die mit der Bezahlung der Reparationen in Zusammenhang stehenden Frage zu erörtern? Habe Deutschland darüber nicht mit England gesprochen. Wenn Frankreich über diese Fragen mit der deutschen Regierung verhandelt, so würde es immer darauf bedacht sein, die Rechte der übrigen Mitglieder zu wahren, und es würde keine Entscheidung anders als in den vom Friedensvertrag vorgesehenen Formen getroffen werden. Deutschland könnte auch mit Frankreich gewisse Fragen erörtern, die die beiden Länder ausschließlich angingen, beispielsweise das Problem der Handelsbeziehungen. Schließlich müsse man auch zu Verhandlungen über einen französisch-deutschen Handelsvertrag kommen. Das französische Antwortmemorandum würde natürlich keine von all diesen so wünschenswerten Betrachtungen ausschließen. Es würde französisch-deutschen Verhandlungen nicht die Tür versperren. Es könnte vielleicht sogar von mündlichen oder schriftlichen Erklärungen abgeleitet sein, die die französische Regierung gegen jeden Vorwurf sicherten und der deutschen Regierung alle Verhandlungsmöglichkeiten gewährten.

Politische Nachrichten

Deutschland

Rede von Staatssekretär Hieber.

Nach einem Telegramm der Montags Post aus Stuttgart fand dort gestern die sogenannte Dreikönigs-Parade der schwäbischen Demokraten statt, zu der Mitglieder und Führer der Parteien aus dem ganzen Lande wie außerhalb Württembergs eingetroffen waren. Staatssekretär Hieber streifte in seiner Rede auch die neueste bayrische Denkschrift. Wenn er dazu auch nicht endgültig Stellung nehmen könne, so müsse er doch sagen, daß, wenn die einzelnen deutschen Staaten und Länder wieder die Rechte bekämen, die sie vor 1870 hatten, dies über die Grenzen eines einigermaßen berechtigten Föderalismus hinausgeht. Er möchte als Leitgedanken bei dem Problem Reich und Föderalisten das Wort des Frhrn. v. Stein aufstellen: Ich kenne nur ein Vaterland, und das ist Deutschland! Nach dem Staatspräsidenten Hieber sprach Reichswehrminister Geßler über die innere und auswärtige Politik des Reiches.

Stresemann in Berlin.

Berlin, 7. Jan. Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann ist gestern vormittag 9 Uhr wieder in Berlin eingetroffen.

Verhaftung von kommunistischen Reichstagsabgeordneten.

Stuttgart, 6. Jan. Am Samstag nachmittag 4 Uhr wurde in den Unteren Anlagen der kommunistische Reichstagsabgeordnete Bartz und der württembergische Landtagsabgeordnete Karl Müller nebst weiteren vier ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Partei von der Kriminalpolizei verhaftet und in das Neue Schloß gebracht. Von den Festgenommenen wurden alle mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Bartz, der im Besitz von belastendem Material gewesen sein soll, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Sieg der Bürgerlichen in Lübeck.

Lübeck, 7. Jan. Die Linksmehrheit der Bürgerschaft hatte dem Senat mit einfacher Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen, worauf dieser den Volksentscheid berief, der darüber entscheiden sollte, ob der Senat oder die Bürgerschaft zurücktrete. Nach einem heftigen Wahlkampfe fand gestern der Volksentscheid statt. Der Volksentscheid endete mit einem glänzenden Sieg des Senats gegen die vereinigten Sozialisten und Kommunisten. Von 84 462 Wahlberechtigten wählten 73 932, also 87,5 vom Hundert. Für den Senat wurden 43 447 Stimmen abgegeben, gegen den Senat 30 195. 280 Stimmen waren ungültig. In der Stadt herrscht über dieses Ergebnis große Befriedigung. Die Folge dieses Volksentscheides ist, daß nun die Bürgerschaft innerhalb von 43 Tagen neu zu wählen ist. Die Linke hatte zu ihrem Vorgehen gegen den Senat verschiedene Gründe angeführt, die aber nur den einzig wahren Grund verdecken sollten, daß die Sozialdemokraten, die in der Bürgerschaft von 80 Sitzen 39 inne haben, die günstige Gelegenheit benutzen wollten, um auch die Macht im Senat zu erreichen. Die Niederlage der Sozialdemokraten wird nunmehr von den Kommunisten, die sich auf die Seite der Sozialisten geschlagen hatten, geteilt.

Thüringen

Direkte Besprechungen mit der Reichsregierung.

Heute sind laut „Berliner Tageblatt" in Berlin die Mitglieder des thüringischen Kabinetts eingetroffen, um die direkten Besprechungen mit der Reichsregierung aufzunehmen. Zu den Besprechungen, die gegen Mittag ihren Anfang nahmen, wurde Reichskommissar Künzer, der mehrfach in Thüringen weilte, hinzugezogen. Das Reichskabinett wird sich am Montag mit der thüringischen und möglicherweise auch mit der bayerischen Frage beschäftigen.

Sachsen

Die S. P. D. zur politischen Lage.

Dresden, 6. Jan. Der Landesverband Sachsen der Sozialdemokratischen Partei trat gestern mittag im Landtagsgebäude unter zahlreicher Beteiligung zu einem Landesparteitag zusammen, um Stellung zur politischen Lage in Sachsen zu nehmen, insbesondere sollte auch Beschluß gefaßt werden über die nach dem Zustandekommen der großen Koalition in Sachsen zukünftig für die Partei sich ergebende Politik. Ueber Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen, die unter Ausschluß der Presse geführt werden, übergibt das Parteiorgan, die „Dresdener Volksstimme" morgen nachmittag einen offiziellen Bericht der Oeffentlichkeit.

England

Macdonald für eine Ruhepause.

London, 5. Jan. Wie der „Daily Chronicle" aus den der Arbeiterpartei nahestehenden Kreisen erfährt, ist es Ramsay Macdonald gelungen, die Partei und auch ihre äußerst linksstehenden Elemente zu überzeugen, daß die Nation vor allem eine Ruhepause haben müsse, in der keine unmittelbaren Neuwahlen zu befürchten seien und daß zu einer Regelung der Verhältnisse auf dem Kontinent geschritten werden müsse, wozu auch die Wiederaufnahme ordnungsmäßiger diplomatischer Beziehungen zu Rußland gehöre.

Das Verhalten eines künftigen soz. Kabinetts.

Paris, 6. Jan. Der „Temps" meldet: Im Foreign Office wurde den ausländischen Diplomaten erklärt, das sozialistische Kabinett würde sich lediglich so verhalten, wie das Kabinett Baldwin. Baldwin und Lord Curzon seien entschlossen gewesen, die englischen Truppen aus Köln zurückzuziehen, keinen Delegierten mehr in der Rheinlandkommission zu belassen und keinen Vertreter mehr in die Botschafterkonferenz zu schicken. Ramsay Macdonald und seine Kollegen würden zunächst dieses Programm durchführen, nicht mehr und nicht weniger.

Wir wissen nicht, fügt der „Temps" hinzu, ob diese vertraulichen Aeußerungen der Wahrheit entsprechen, authentisch sind sie jedenfalls.

Frankreich

Um die Botschafterkonferenz.

Paris, 5. Jan. Die Botschafterkonferenz hat sich entgegen der Meldung des Echo de Paris heute vormittag nicht mit der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland, sondern mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt.

Stimmung in Frankreich über die englische Krise.

Paris, 7. Jan. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Mail" läßt sich über die Stimmung in Frankreich angesichts der englischen Krise aus. Obwohl die französische Presse sich über die englische Krise der größten Zurückhaltung befleißigt, sei man sich der großen Schwierigkeiten wohl bewußt, die daraus entstehen können, und verfolge mit wachsender Sorge die Entwickelung der Dinge. Man sei sich darüber klar, daß die auswärtige Politik Großbritanniens einschneidende Aenderung erfahren könne, und befürchte, daß eine ungünstige Wendung für Frankreich eintreten könne wenn gewisse Voraussagungen in Erfüllung gingen. Man rechnet ernsthaft mit der Möglichkeit eines Umschlages der politischen Haltung. Ein kleiner Teil der offiziellen Persönlichkeiten sei immer für eine offene Aussprache mit Deutschland gewesen. In den letzten Wochen hätte sich diese Richtung in den Kreisen der Finanz und der Industrie erheblich verstärkt.

Die französischen Senatswahlen

Paris, 7. Jan. Die endgültigen Ergebnisse der gestern in 36 Departements vollzogenen Ergänzungswahlen zum Senat sind die folgenden: Sozialisten 2, radikale Gruppe 54, Linksradikale 32, Republikaner 16, Konservative 11.

Das „Oeuvre" fügt hinzu: Die Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien sind folgende: Konservative: Gewinn 0, [illegible] 2. [illegible] Gewinn 5, Verlust [illegible] Verlust 1, [illegible] Gewinn [illegible] Verlust 9, Sozialisten: Gewinn 2, [illegible] 0.

Belgien

Jaspar über Politik.

London, 5. Jan. Der „Daily Telegraph" veröffentlicht eine Unterredung ihres politischen Beobachters mit dem belgischen Minister des Aeußern Jaspar. Dieser erklärte u. a. die belgische Außenpolitik verfolge eine Linie vollkommener Unabhängigkeit. Es sei das Hauptziel der belgischen Politik, die Entente zwischen Frankreich und England wahren und konsolidieren zu helfen. Die belgische Haltung gegenüber Deutschland sei daher nicht ausschließlich von seinen eigenen Interessen diktiert, sondern von interalliierten Erwägungen. Sie sei nicht diktiert von Haß oder Rache. Belgien wünsche die Bezahlung seiner gerechten Forderungen, ohne die es nicht hoffen könne, zu einem einigermaßen ausgeglichenen Budget zurückzukehren. Belgien sei ins Ruhrgebiet gegangen, weil es der Ansicht gewesen sei, daß dies das beste Mittel sei, Deutschland zum Zahlen zu bringen. Die Tatsachen, fährt Jaspar fort, hätten bewiesen, daß Belgien recht gehabt habe. Die Ruhr werde bald aufhören, Gegenstand von Erörterungen zu bilden; denn nachdem der passive Widerstand eingestellt sei, arbeiteten die Deutschen mit erstaunlicher Schnelligkeit, um alle Spuren des industriellen Kampfes zu beseitigen. Das Ruhrgebiet erlebt wieder.

Endgültige Abfassung der belgischen Antwort.

Brüssel, 6. Jan. „Independance Belge" meldet: Außenminister Jaspar begann gestern mit den zuständigen Ministerabteilungen die endgültige Abfassung der belgischen Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember. Nach dem Blatt wird die Note in den Hauptfragen, die das eigentliche Besetzungsregime betreffen, sowie hinsichtlich der Ausfuhr, der Versandbewilligung und Zollsperrung eine sehr feste Haltung einnehmen. Frankreich und Belgien beabsichtigen die gegenwärtige Lage energisch aufrechtzuerhalten.

Amerika

Um den Weltfrieden.

Paris, 5. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Newyork hat ein israelitischer Kaufmann in Boston 50 000 Dollar für einen Preis gestiftet, der in Europa ausgeschrieben und demjenigen gewährt werden soll, der die beste Möglichkeit ausfindig macht, den Weltfrieden wieder herzustellen. An dem Wettbewerb können teilnehmen Frankreich, Italien und England. Der Stifter wird auch die Teilnahme Deutschlands zulassen unter der Bedingung, daß sich qualifizierte Preisrichter finden.

Der amerikanische Sachverständige auf der Reise nach Europa.

Newyork, 6. Jan. Der Bankier Robinson, einer der amerikanischen Sachverständigen für die von der Reparationskommission eingeleitete Untersuchung ist gestern auf der „Aquitania" von Newyork abgefahren.

Tschechoslowakei

Wirtschaftliche Lage.

Mährisch-Ostrau, 6. Jan. Tschechoslowakisches Pressebureau. Nach Informationen von den zuständigen Stellen kann die Lage in der Industrie Ostmährens im Dezember als befriedigend bezeichnet werden. Insbesondere die Textilindustrie, aber auch die chemische Industrie hat sich weiter entwickelt. Die Aussichten der schweren Eisenindustrie, die Dezember am besten stand, sind für die nächste Zeit schlechter, weil infolge der Regelung der Verhältnisse im besetzten Gebiet und andere Umstände die Konkurrenzfähigkeit der Eisenbetriebe in Frankreich und Belgien stärken wird. Die Löhne sind in der Tschechoslowakei bereits auf das niedrigste Maß herabgesetzt, sodaß zu einer weiteren Reduktion des Lebensminimums nicht geschritten werden kann. Deshalb sehen die berufenen Kreise dem künftigen Konkurrenzkampf mit großen Befürchtungen entgegen. Die Leistungen der Arbeiter haben das Vorkriegsmaß erreicht, teils sogar überschritten.

Griechenland

Begeisterte Begrüßung Venizelos in Athen.

Athen, 5. Jan. Venizelos wurde gestern nachmittag, als er sich zur Kammer begab und beim Eintritt in die Kammer, begeistert begrüßt. Auch als er den Abgeordneteneid ablegte, bereitete man ihm stürmische Huldigungen. Im Anschluß daran schritt die Kammer zur Präsidentenwahl. Der Republikaner Papanastasiu erklärte, er und seine Partei seien der Ansicht, niemand sei geeigneter, die Geschäfte des Parlaments zu leiten als Venizelos. Nach weiterer Aussprache wurde Venizelos einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Albanien

Zu den Wahlen.

Paris, 6. Jan. Nach einer Blättermeldung aus Belgrad hat bei den albanischen Wahlen der Regierungsblock 67 und der Oppositionsblock 38 Sitze erlangt, fünf Unabhängige wurden gewählt. Der Regierungsblock setzt sich zusammen aus der Gruppe Achmed Bey und Scheffet Bey mit 33, die Gruppen Elbassany und Fracheri mit je 14 Sitzen.

Bulgarien

Aus der Sobranje.

Sofia, 5. Jan. Die Sobranje hat in dritter Lesung das Gesetz zum Schutz der Sicherheit des Staates angenommen, das alle Verbände unterdrückt, die zwecks Aenderung der Staatsform zu Tätlichkeiten aufreizen oder sich Gewalttätigkeiten zu Schulden kommen lassen. Die Begründer solcher Vereinigungen und Mitglieder können mit Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus und Geldbußen bis zu einer Million Lewa bestraft werden. In bestimmten Fällen kann auch auf Todesstrafe erkannt werden.

Gestern hat die Sobranje in zweiter Lesung die Amnestie für die Teilnehmer an den kommunistischen Unruhen im Juni und September angenommen.

Zum Schutz der Frankenwährung

Zum Sturz des franz. Franken.

Paris, 6. Jan. Der französische Volkswirtschaftler Charles Gide erklärte einem Vertreter der Humanité, die Ursachen des Sturzes des französischen Franken seien psychologischer Natur. Das sich ständig verschärfende Sinken der französischen Devise habe am Anfang des letzten Jahres begonnen, als Frankreich sich anläßlich der Ruhrbesetzung mit England überworfen habe. Man scheine zu vergessen, daß England und die Vereinigten Staaten Gläubiger Frankreichs seien und daß ihre Forderungen an Frankreich den französischen Forderungen an Deutschland gleichkommen. In Frankreich finde man Geld, um Polen und der Tschechoslowakei Anleihen zu geben, während man den französischen Gläubigern erkläre, man besitze kein Geld. Namentlich in den angelsächsischen Ländern mache dies keinen glücklichen Eindruck. Wenn es demnächst zu einer inflatorischen Verschärfung des Notenumlaufs komme, würde den psychologischen Gründen der Frankenbaisse ein neuer Antrieb gegeben werden. Die letzte Bilanz der Bank von Frankreich sei trotz der offiziösen Erklärung in dieser Hinsicht nicht sehr beruhigend gewesen.

Besprechungen im Finanzministerium zur Stützung des Franken.

Paris, 7. Jan. Im Finanzministerium haben gestern wichtige Besprechungen stattgefunden. Neue Konferenzen sind auf morgen angesetzt und werden sich wahrscheinlich die ganze Woche hinziehen. Es verlautet, daß die Regierung eine Reihe einschneidender Maßnahmen auf dem Valutamarkte plant. Insbesondere wird beabsichtigt, zwischen den einzelnen Bankinstituten Frankreichs einen genauen Aktionsplan zu treffen. Es ist beachtenswert, daß die Presse den Tiefstand hartnäckig auf böswillige Absichten der Mächte Zentraleuropas und englischer Bankiers zurückführen will. In einem Brief des Vizepräsidenten der Finanzkommission Ancol, heißt es indeß, trotz des Gesetzes über die Ausfuhr französischer Kapitalunternehmungen steht fest, wie ich zu beobachten Gelegenheit hatte, daß zahlreiche Landleute, ohne irgend eine kommerzielle Notwendigkeit auf Dollar und Pfund spekulieren, oft mit nur geringen Beträgen. Ein solcher Schritt ist tief bedauerlich und antipatriotisch.

Finanzminister zur Lage auf dem Wechselmarkt.

Paris, 5. Jan. Es verlautet offiziell, daß Finanzminister de Lasteyrie, der heute aus der Provinz nach Paris zurückkehrt, mit einer Anzahl von Finanzleuten eine Besprechung haben wird in der die Lage auf dem Wechselmarkt und die zur Unterdrückung der Spekulation a la baisse des französischen Franken etwa nötigen Maßnahmen geprüft werden sollen. — Die „Ere Nouvelle" bemerkt hierzu, daß mißbräuchliche Spekulation vorliege, stehe fest, aber daß der gegenwärtigen Krise nur das zugrunde liege, sei falsch. Die Ursachen lägen tiefer und die Spekulation beute diese Ursachen nur aus. Sie lägen in der Finanzpolitik, die ein von der Hand in den Mund lebender Minister treibe, der ein Budget auf dem Papier im Gleichgewicht halte, dessen Gleichgewicht in Wirklichkeit völlig zerstört sei, der sich auf wahrscheinliche Mehreinnahmen stütze, um feststehende Ausgaben zu rechtfertigen. Die Ursachen lägen vor allem auch in der Lüge des illusorischen Budgets der von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben und der Politik ununterbrochener Anleihen, zu der es führe.

Paris, 6. Jan. Der Abgeordnete Ancel teilte dem Finanzminister mit, daß er in der Kammer über die gegen die Spekulation in französischen Franken beabsichtigten Maßnahmen interpellieren werde.

Zum Schutz der französischen Währung.

Paris, 6. Januar. Das „Echo de Paris" kündigt eine Sondersitzung des Kabinetts nach der Rückkehr Poincarés aus dem Maas-Departement an, die sich mit Maßnahmen zum Schutz der französischen Währung beschäftigen wird. Nach dem Blatt befaßt sich die vom Finanzminister eingeleitete Untersuchung mit der Organisation des Devisenmarktes in Paris. Der „Matin" zählt eine Reihe von Maßnahmen auf, die nach Ansicht der sachverständigen Persönlichkeiten der französischen Finanz zur Zeit am dringendsten sind, und zwar:

1. Eine Verschärfung der Kontrolle über die Register der Maklerfirmen.

2. Die Sicherung regulärer Feststellung der amtlichen Durchschnittskurse, welche durch Transaktionen in letzter Minute häufig gefälscht werden.

3. Aufklärung der Handels- und Industriekreise die sich nicht genügend des Devisenterminmarktes bedienten, um ihren normalen Bedarf zu decken, und

4. ein gemeinsames planmäßiges Vorgehen des Finanzministeriums mit den Banken unter Führung der Bank von Frankreich.

Hochwassergefahr.

Aus dem besetzten Gebiet

Zunahme der Kohlenbeförderung.

Paris, 5. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind am 2. Januar im Ruhrgebiet 13 219 Waggons verladen worden. 8598 beförderten Reparationskohle, 122 Metallprodukte, und 4528 vermittelten den Handelsverkehr. Andererseits habe die Kohlenbeförderung in den Gruben und Kokswerken beträchtlich zugenommen. 18 Hochöfen befänden sich z. Zt. wieder in Tätigkeit.

Erlasse über Kohlentransporte zurückgezogen.

Paris, 7. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Coblenz hat die Rheinlandkommission nachdem zwischen der Micum und dem Braunkohlensyndikat ein definitives Abkommen getroffen wurde, sämtliche Erlasse betr. den Kohlentransport innerhalb des besetzten Gebietes zurückgezogen.

Die Regie und die Ruhrhäfen.

Paris, 5. Jan. Wie Havas aus Düsseldorf mitteilt, ist zwischen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und der Hafenverwaltung der Städte Duisburg-Ruhrort-Dorsfeld ein neues Abkommen getroffen worden. Am 7. November 1923 war bekanntlich die Hafenverwaltung der drei vorgenannten Städte durch einen besonderen Vertrag mit der französisch-belgischen Regie in ihr Amt eingesetzt worden.

Ausschreitungen der Erwerbslosen.

Nach einer Meldung der „Deutschen Allgem. Ztg." aus Koblenz kam es im benachbarten Sayn bei einer Besprechung über die Einführung des Zehnstundentages zu schweren Ausschreitungen der Erwerbslosen. Mehrere der Hüttendirektoren und ein Syndikus wurden er[illegible] verletzt. Der französische Oberdelegierte der Rheinlandkommission verhängte über Sayn und zwei Nachbargemeinden den Belagerungszustand.

Beamtenabbau im besetzten Gebiet.

WTB. Paris, 7. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Coblenz hat die Rheinlandkommission sich mit der Verordnung der Reichsregierung vom 27. Oktober 1923 über die Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl befaßt und beschlossen, die Durchführung der Verordnung im Sparsamkeitsinteresse zuzulassen, sie jedoch zu kontrollieren.

Paris, 7. Jan. Wie aus Coblenz gemeldet wird, hat die Interalliierte Rheinlandkommission ihre Delegierten angewiesen, bei den Beamtenentlassungen, die kraft eines Beschlusses der Reichsregierung vom 27. Oktober 1923 erfolgen, besonders Rücksicht auf die Rheinländer zu nehmen, die während des passiven Widerstandes eine korrekte Haltung gegen die Verbündeten beobachtet haben. Die Rheinlandkommission hat bereits gegen die Entlassungen einiger Beamten ihr Veto eingelegt.

Gegen Tanzlustbarkeiten

Berlin, 5. Jan. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, soll in Zukunft in Berlin das Tanzen in den Hotels einmal wöchentlich und in den Tanzstätten an einem jeden vierten Tage gestattet werden unter der Voraussetzung, daß die Besucher dieser Lokale sich durch eine soziale Leistung an der Volksspeisung beteiligen. Diese wird in Anlehnung an die Lustbarkeitssteuer unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens erhoben und zwar werden Beträge an die Volksspeisung des Berliner Magistrats abgeführt werden. Weiter sollen nach Möglichkeit Räumlichkeiten für die Volksspeisung in den einzelnen Bezirken von den beteiligten Wirten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß außer wie in Berlin auch in anderen Großstädten Preußens gleiche Einrichtungen getroffen werden. Falls sich das Ergebnis in Berlin so gestaltet, wie es erhofft werden kann.

Die Frühlingsmädchen

2 Novelle von Rudolf Herzog.

Erst wenn am Abend die Mädels schlafend in ihrem Bettchen lagen, ging der Vater mit ernsteren Augen zu seinem Vierblatt, von einem Bettchen zum anderen, horchte auf ihren Atem, tastete mit mütterlichen Händen über die gesunden Körper und kehrte zufriedenen Blicks und mit einem wohligen Gefühl an seinen Arbeitstisch zurück. Gottlob, da war nichts zu erinnern. Gesund war die Bande, und das dünkte ihn zuvörderst mal die beste Erziehung. Im übrigen erzogen sich die vier Mädels untereinander, putzten sich gegenseitig heraus, sangen, sprangen, lärmten und tobten, einigten sich sofort zu jedem Kinderstreich, und die schwarze Eva mit den hinundherfunkelnden Augen behielt tatkräftig die Leitung. — „Jugend muß ordentlich ins Kraut schießen," meinte der Doktor, „und eine frisch verlebte Jugend schafft eine feste Haut gegen die Wetterspritzer, die nicht ausbleiben. Tobt euch aus, Kinder. Lachen steckt an."

Wenn der Doktor Frühling etwa geglaubt hatte, eine ruhigere Zeit werde mit der Schulpflicht seiner vier Mädels eintreten, so hatte er sich gründlich geirrt. Aber dieser Irrtum war ihm nicht einmal unangenehm, und er stellte ihn immer wieder schmunzelnd fest. Wohl wurde es an den einzelnen Tagesstunden ruhiger in den Wohnräumen und den weiten Spielhallen des alten Schlosses. Aber diese Ruhe war wie die Ruhe vor dem Sturm. Als müßte aus den Teufelsmädels alles heraus, was sich beim erzwungenen Stillsitzen und Mäuschenhalten in der Schule angesammelt hatte, so brauste mit dem Glockenschlag nach Schulschluß die wilde Jagd durch die Flure, schleuderte Mappen und Tornister im hohen Bogen durch das offene Fenster, jagte in den Stall, umarmte unter Jubelgeschrei den Gaul, die Kuh, gackerte mit den Hühnern, schnatterte mit den Enten, fuhr durch den Obsthof, hieß je nach der Jahreszeit Kirschen, Pflaumen, Birnen oder Aepfel auf Nimmerwiedersehen verschwinden, steckte sich schnell noch ein paar bunte Blumen vor die Schürze und erstürmte, also vorbereitet, mit erfrischter Kraft Eßzimmer, Mittag- und Abendbrot. Und jede versuchte, gleichzeitig mit den drei anderen, dem Vater die neuesten Schwänke aus den Unterrichtsstunden zu erzählen, bis ein einziges Gelächter alles verschlang und der Doktor flüchtend nach der Türklinke griff.

„Freut euch des Lebens..", pfiff er leise vor sich hin, wenn er am Arbeitstisch saß oder auf langen Wegen zu seinen Kranken fuhr. Und dann überdachte er seine Mädels nach Veranlagung, Haltung und Seelenart der Reihe nach.

Der Irrwisch Eva war zuerst in die Schule gekommen. Aber das Blitzige in der kleinen Schwarzen hatte sich, ganz nach seiner Vermutung, in ein nervenstarkes Draufgängertum entwickelt, das vor keiner Schwierigkeit haltmachte. Was sich die Eva im Sturme zu eigen machte, erreichte die braune Friedel durch Zähigkeit, die durch strahlende Liebenswürdigkeit unbesiegbar wurde. Das blonde Fränzchen hatte eine feine Witterung für das Ausschlaggebende. Durch einen glänzend geschriebenen deutschen Aufsatz und, wenn es sein mußte, durch ein paar selbstgezimmerte Strophen von Schwung und Schlagkraft wußte sie die Schlußnoten des Schuljahres auf einer achtunggebietenden Höhe zu halten. Die goldrote Maria aber saß, umflossen von ihrem leuchtenden Heiligenschein, und träumte zum Schulfenster hinaus, als ob für sie nichts auf der Welt von Bedeutung wäre als das Musizieren der Vögel in den Lindenbäumen, und selbst die Lehrerin wagte sie nur ungern zu stören. Wie ein Märchenbild war sie. Aber unter ihren Schwestern wachte sie auf, ließ sich mitreißen und stand in der Freude ihren Mann, und ihr Lachen schmetterte wie Finkenschlag durch das halbzerfallene Schloß. Wenn die Mädchen sangen, saß sie am Klavier. Der Musik ergab sie sich ganz.

Der alte Schiffsarzt war an Wind und Wetter gewöhnt, und auf Polarfahrten und Südseedampfern waren ihm Entbehrungen und körperliche Anstrengungen bald keine Ueberraschungen mehr gewesen. Jetzt kam ihm diese Lebensschule zugute, jetzt, wo es sich darum handelte, seinen vier Mädels nicht nur das tägliche Brot und eine grundfeste Bildung zu verschaffen, sondern darüber hinaus mit der Zukunft zu verhandeln. Er tat es, indem er die Gegenwart kräftig ergriff und den Tag nicht eher aus den Fingern ließ, bis er seine sämtlichen vierundzwanzig Stunden ausgiebig hergegeben hatte. Die geringste Spanne Zeit fiel auf den Schlaf. Ein paar Stunden genügten, ob daheim im Federbett, ob im fernen Dorfwirtshaus auf der Ofenbank oder in einer Bauernscheune. Er streckte sich, schlief in selber Sekunde und sprang auf die Minute auf, die er sich zum Erwachen vorgenommen hatte. Ein Ueberstürz kalten Wassers, ein kräftige Abreibung, und der Arbeitstag konnte kommen, wie er wollte. Jede Muskel war bereit.

Was der Doktor Frühling leistete, wußte keiner als nur er selber. Er hielt in der Frühe seine Sprechstunde, schnitt und nähte den Morgen über im Krankenhaus der kleinen Kreisstadt, dessen Leitung er übernommen hatte, besuchte bis zum Mittag seine Kranken in der Stadt, schirrte nach Tisch den Gaul an und fuhr weit hinaus von Dorf zu Dorf, blieb in schweren Fällen über Nacht, ließ sich zu Beratungen und wundärztlichen Eingriffen in die Nachbarstädte rufen und hielt mit der ersten Sonne wieder seine Sprechstunde. Was er über den Lebensbedarf seiner Familie hinaus erwarb, legte er in guten zinstragenden Papieren an, die er niemals angriff. Und wieder ging es an die Arbeit, bei Tag und bei Nacht, im Frühlingsregen und im Wintersturm der Eifel. Die Gegenwart mußte heran, um die Zukunft seiner Mädels zu sichern. Reich konnte er sie nicht machen. Reichtum gab der rauhe Eifelboden nicht her, aber so viel mußte und sollte es werden, daß sie als starke und frei wählende Menschen bestehen konnten, wenn auch ihn „Freund Hein einst beschlich". — „Schlaf nicht ein, mein Pferdchen! Hohä!"

Und während der kleine, rasche Doktorwagen irgendwo über die Eifelkuppen hoppelte, zogen die Frühlingsmädchen nach glücklich überwundenem Schultag durch die Ruinen des alten Schlosses; denn seit sie in Geschichte und Dichtung eingeführt wurden, war ihnen wie ein neues Spiel die Romantik ins Blut gefahren und ließ sie nur noch diesen Teil des väterlichen Sitzes vollauf würdigen. Oben auf dem alten Turmgesims lagen sie lang ausgestreckt, eine jede nach einer anderen Seite der Windrose, wie verwunschene oder geraubte Ritterfräulein, und ließen die Blicke über die grenzenlose Weite und Einsamkeit der Eifellandschaft schweifen, ob ein Ritter käme oder ein Verzauberter. Dazu sangen sie lockende Weisen, von der Loreley oder den beiden Königskindern, und wenn kein Silbergeharnischter auf schwarzem Berberhengst auftauchte oder doch wenigstens ein Minnesänger mit wehendem Barett, himmelblauem Mantel und elfenbeinernem Saitenspiel, so lugten sie wohl auch in die Nähe und gewahrten mit Vergnügen, daß aus den Gassen der Stadt ein paar Gymnasiasten in bunten Mützen den Schloßberg heraufgestiegen kamen, taten, als lugten sie nur in die fernste Ferne aus und winkten wohl auch mit ihren Tüchlein fern, fern einem Luftgebilde.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Meldungen

Der Berliner Schlittschuhklub schlägt Universität Oxford mit 6:0.

Im Davoser Eishockey-Turnier um den Spenglerpokal schlug der Berliner Schlittschuhklub den kanadischen Studentenklub der Universität Oxford mit 6:0.

Berlin. Auf 16 Denkmälern in der Siegesallee hat ein noch unbekannter Täter unter Anwendung einer Schablone mit roter Oelfarbe das Wort „Volksbetrüger" aufgedruckt.

Großfeuer.

In einer Manometerfabrik in der Alten Jakobstraße in Berlin ist gegen Mittag ein Großfeuer ausgebrochen. Ein Lehrjunge war mit der Lötlampe einem Stapel Packmaterialien zu nahe gekommen, in wenigen Minuten standen die gesamten Fabrikräume in Flammen. Die Arbeiter konnten die Fabrikgebäude wegen der starken Rauchentwicklung nicht mehr verlassen. Vier Frauen und sechs Männer wurden in ohnmächtigem Zustande aus den Flammen gerettet. Einem Feuerwehrmann wurde durch eine zerspringende Fensterscheibe die Schlagader aufgeschnitten. Der Mann wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus gebracht.

Schiff gestrandet.

Hamburg, 5. Jan. Infolge des starken Eisganges war das Mitte November aus dem Tertiussande unweit von Büsum gestrandete Hamburger Motorschiff „Sonderburg" seit Weihnachten völlig vom Festland abgeschnitten. Auf Ersuchen der Reederei beschloß die Gesellschaft für Luftverkehrsunternehmungen ein Flugzeug zur Verproviantierung des auf dem gestrandeten „Sonderburg" zurückgelassenen, bereits empfindlichen Mangel leidenden Wachmannes, auszusenden. Diese Aufgabe wurde trotz der schwierigen Landungsverhältnisse von dem Flugzeug „Hummel" erfolgreich ausgeführt.

Strafverfahren gegen Berliner Bankiers.

Berlin, 5. Jan. Den Morgenblättern zufolge hat die Staatsanwaltschaft gegen eine Reihe Berliner Banken und Bankiers Strafverfahren eingeleitet, weil sie durch zu hohe Zinsberechnung und Belastung mit unverhältnismäßig hohen Bankspesen zu den Zahlungsschwierigkeiten des Lebensmittelhandels beigetragen haben sollen. Der B. Z. zufolge sollen gegen etwa sechzig Firmen des Bankfaches Strafverfahren eingeleitet sein.

London, 4. Jan. Reuter meldet aus dem Tal der Könige in Aegypten, nachdem es gelungen sei, alle Schreine des Grabmals des Tutanchamen zu öffnen, von denen zwei das Siegel der königlichen Nekropolis trugen, sei man im Innern auf einen unberührten Steinsarkophag von kolossaler Größe und wunderbarer Arbeit gestoßen.

Berlin. Vor einigen Tagen raubten abends etwa zehn bis fünfzehn maskierte, mit Armeepistolen und Handgranaten bewaffnete Männer aus den Kassenzimmern der Bergisch-Märkischen Margarinewerke von Isserstadta in Berlin-Pichelsdorf etwa 10 000 Goldmark. Beim Eintreffen der Polizei waren die Räuber verschwunden.

Berlin. Zu der Meldung, daß in der Kartonfabrik Hesse u. Stahl 20 mit dem Aufkleben von Federn beschäftigte Frauen bewußtlos zusammengebrochen sind: teilt die Fabrikleitung mit, daß diese Arbeit seit einer Reihe von Jahren stets mit dem gleichen Material ausgeführt wurde, ohne daß bisher irgendwelche Unzuträglichkeiten vorgekommen seien. Die übrigen vier Fabriksäle, in denen ebenfalls voll gearbeitet wurde, seien von der lediglich in dem Kleberaum beobachteten Erscheinung nicht betroffen worden. Es sei zu vermuten, daß infolge der Kälte während der Feiertage eine Zersetzung der sonst regulären chemischen Lösungen eingetreten sein könnte.

Zur Lohnfrage

Einigung im Berliner Metallgewerbe.

Berlin, 5. Jan. Der Berliner Metallarbeiterstreik ist heute abend durch das Zustandekommen einer Einigung beendet worden. Die Arbeit wird am Montag in allen Betrieben wieder aufgenommen. In der Arbeitszeitfrage ist eine Regelung dahin getroffen worden, daß in allen Betrieben, soweit eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorliegt, eine neunstündige Arbeitszeit täglich geleistet wird, daß ferner mit Einverständnis des Betriebsrates auch zehnstündige Arbeitszeit verlangt werden darf. Eine Zulage für Ueberstunden tritt erst mit der elften Arbeitsstunde in Kraft.

Aus der Metallindustrie.

Berlin, 6. Jan. Zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband kam gestern abend eine Verständigung zustande. Die Arbeit soll Montag bezw. Dienstag in allen Betrieben der Berliner Metallindustrie wieder aufgenommen werden.

Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung beschloß die gestern nachmittag nach Essen einberufene Zechenbesitzerversammlung einstimmig die Gründung einer Verteilungs- und Verkaufsvereinigung für die Ruhrkohle als Nachfolgerin des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, die vom 16. Januar bis 31. Dezember 1924 Geltung haben soll. Unter ganz besonderen Umständen ist auch die Kündigung mit besonderen Karteien vom 1. Mai bis 1. August möglich. Eine Herabsetzung der Kohlenpreise ist im allgemeinen nicht beabsichtigt. Nur die Brikettpreise sollen um etwa drei Mark heruntergesetzt werden.

Verkehr

Schwierigkeiten in der Schiffahrt.

Kopenhagen, 6. Jan. Die Lage der Schiffahrt hat sich infolge Bedrohung durch Eisgang gestern entschieden verschlimmert. Der große Sund ist mit Festeis belegt, an der seeländischen Seite ist der Dampferverkehr nur mit Hilfe von Eisbrechern möglich. Die Fährverbindung nach Schweden wird noch durchgeführt und zwar teilweise mit der Eisbrecherfähre, bei Masnedoe sind die Verhältnisse besser. Im Großen und Kleinen Belt werden noch alle Fahrten durchgeführt. Der deutsche Dampfer „Oderthal" der vorgestern infolge des Eisganges bei der Hafeneinfahrt auf Grund lief, ist gestern wieder flott gemacht worden. Eine Anzahl kleinerer Schiffe passiert den Sund mit Hilfe von Eisbrechern.

Die deutsche Not

Kopenhagen, 6. Jan. Das seit mehreren Jahren bestehende „Dänische Gesamtkomitee für Hilfeleistung an vom Kriege heimgesuchte Länder" erhielt vom Justizminister die Genehmigung, am 5. Februar im ganzen Lande eine Geldsammlung zur Abhilfe der Not in Mitteleuropa, namentlich in Deutschland, zu veranstalten. Zur Durchführung der Sammlung hat sich ein Sammelausschuß gebildet, in dem die bestehenden philanthropischen Organisationen, alle politischen Parteien, die kirchlichen Verbände, das Rote Kreuz usw. vertreten sind. Beim Einsammeln sollen 10 000 Personen beschäftigt werden, die von den dänischen Pfadfinderverbänden, Sport- und Jugendvereinen gestellt werden.

Der Plan wird von der Presse allgemein warm begrüßt worden. Politiken bemerkt dazu: Die Landessammlung ist Tatsache. Wir schließen uns der gigantischen Hilfsarbeit an, die eingeleitet und auch erforderlich ist, um Millionen von Menschen zu retten, die hungern, frieren und bitterste Not leiden. In einem Monat wird die Arbeit abgeschlossen sein. Sicher wird Dänemark der Welt wieder einmal seinen wirklichen mildtätigen Sinn beweisen und den in Not befindlichen Völkern seine helfende Hand reichen.

Amerikanische Hilfe für deutsche Kinder.

Berlin, 5. Jan. Das Komitee des Generals Allen in Amerika hat bereits in den ersten Wochen in einer groß angelegten Propaganda für die Sammlung von Geldern zur Unterstützung der deutschen Kindernot reiche Erfolge. In diesen Tagen traf der Vertreter der Quäker, H. T. Broton in Berlin ein. Er überbringt bereits die ersten Nahrungsmittel, die aus dieser Sammlung stammen, ungefähr 3100 Tonnen Mehl, Reis, Fett, Kakao und Zucker. 35 000 Kisten Milch zu je 48 Büchsen sind teils unterwegs, teils liegen sie bereit in Hamburg. Das Komitee Allens bestimmte die Quäker als Treuhänder. Für das gesammelte Geld sollen bei der ersten Sammlung zehn Millionen Dollar zusammengebracht werden; man hofft in der nächsten Zeit aus dem Erlös der ersten Sammlung die Zahl der zu speisenden Kinder in Deutschland auf eine Million erhöhen zu können. Die Verteilung der Lebensmittel in Deutschland wurde dem deutschen Zentralausschuß für Auslandshilfe übertragen, der auf Grund seiner großen Erfahrungen für die zweckmäßigste Stelle angesehen wird.

Die Fälle von Hungersnot mehren sich.

In einem Hause in der Kurzestraße in Spandau fand man den 62 Jahre alten Zimmermann Joh. Müller tot auf, nachdem man ihn seit dem 26. Dezember nicht mehr gesehen hatte. Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß Müller den Hungertod gestorben ist. Wie die Hausbewohner erzählen hätte der alte Mann nur noch von Küchenabfällen besonders Kartoffelschalen gelebt und Unterstützungen seiner Nachbarsleute abgelehnt mit dem Bemerken, er wolle nicht betteln.

Die Sorge der Reichsbahn um erholungsbedürftige Kinder.

Die Liebestätigkeit im Ausland hat Tausenden von deutschen Kindern freien Aufenthalt in der Schweiz und in Dänemark, in Oesterreich und in Holland gewährt; einige Schwierigkeit hat die Beförderung dieser Kinder, die nur in Holland und in Oesterreich, und stellenweise in Dänemark gebührenfrei fahren. Auf den deutschen Bahnen werden die Kinder allgemein in der dritten Klasse in D-Zügen befördert, gegen ein Gebühr, die einem Viertel des Fahrpreises der vierten Klasse entspricht, so daß die längste dieser Auslandsreisen von Berlin nach Basel, 4,00 Mark kostet und auf einen Kilometer einen halben Pfennig entfällt. Außerdem hat Reichsverkehrsminister Oeser in einem besonderen Erlaß auf die entgegenkommende Behandlung reisender Ferienkinder hingewiesen: „Der Beförderung erholungsbedürftiger Kinder ist besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit zuzuwenden; es sollen dafür nur bequeme und für den Zweck besonders geeignete Wagen verwandt werden, die sich in durchaus einwandfreiem Zustande befinden. Für die Sammlung der Kinder auf den Ausgangsbahnhöfen, sowie für das Umsteigen auf den Unterwegsstationen sind geeignete Räume bereit zu halten, auch soll bei der Unterbringung und beim Umsteigen wirksame Unterstützung geleistet und den Führern und Helfern an die Hand gegangen werden."

Wirtschaftliche Rundschau

Erklärung des Reichsfinanzministers.

Berlin, 5. Jan. Einem Vertreter der „Deutschen Allgem. Ztg." der ihn im Hinblick auf die heute früh bekannt gewordene bayerische Denkschrift über die Umgestaltung im Reichskörper aufsuchte, erklärte der Reichsfinanzminister, daß die Rückübertragung der Steuerverwaltung oder eines Teiles derselben auf die Länder, wofern man sich dazu entschließt, erheblich schneller gehen werde als seinerzeit die Ueberführung auf das Reich und doch werde auch sie, ebenso wie damals die Ueberführung auf das Reich, einen Steuerausfall bedeuten und durch die damit verbundenen Organisationsfragen die Arbeitskräfte und Beamten von der Steuerveranlagung und -erhebung ablenken. Der Minister sagte weiter: Daß nach dieser Richtung zurzeit auch nicht die geringste Unterbrechung eintritt, ist aber einfach eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Es muß alles vermieden werden, was die Kräftezusammenfassung der Steuerverwaltung auf das Einheben der Steuern irgendwie beeinträchtigt. Da der 1. April 1924 aus den soeben genannten Gründen ausscheidet, kommt als Zeitpunkt für die Rücküberführung, wenn diese beschlossen wird, der 1. April 1925 in Betracht. Zu dem in der bayrischen Denkschrift angegebenen Grund für den Wunsch der Rücküberführung, daß nämlich die Reichsfinanzverwaltung die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt habe, bemerkte der Minister: Ein Urteil darüber, was die Reichsfinanzverwaltung geleistet hat und zu leisten vermag, kann zurzeit endgültig noch nicht abgegeben werden. Da in der Inflationswirtschaft die Steuererhebung infolge der schnellen Entwertung des Geldes niemals den geforderten Ertrag bringen kann, ist erst jetzt, nachdem wir stabile Geldverhältnisse bekommen haben, die Grundlage für ein Urteil über die Leistungsfähigkeit der Reichssteuerverwaltung geschaffen. Beispielsweise kann die Reichsfinanzverwaltung auf ihre Erfolge bei der Erhebung der Landabgabe mit Genugtuung blicken. Die Behauptung, die Reichssteuerverwaltung arbeite teuer, wird von meinen verantwortlichen Mitarbeitern im Reichsfinanzministerium auf das lebhafteste bestritten. Eine eingehende Denkschrift darüber ist in Ausarbeitung. Erst an Hand dieses Materials wird sich ein sachliches Urteil darüber gewinnen lassen, ob die Reichsfinanzverwaltung die im finanztechnischen Sinne erwarteten Vorteile gebracht hat. Eine Reihe von kleinen Organisationsänderungen ist jedenfalls erforderlich. Mit aus diesem Grunde findet in diesen Tagen eine Erörterung der Organisationsfragen mit sämtlichen Landesfinanzamtspräsidenten unter meinem Vorsitz statt.

Eine Rückübertragung der Verwaltung der Verbrauchssteuern und Zölle würde eine Aenderung der Reichsverfassung notwendig machen, während die direkten Steuern im Wege des einfachen Gesetzes rückübertragen werden könnten. Bei einer Aufteilung zwischen der Reichs- und Länderverwaltung wird man prüfen, ob nicht einerseits das Reich und andererseits die Länder und Gemeinden diejenigen Steuern erheben sollen, deren Ertrag jedem der beiden großen Steuergläubiger zufließt. Verbrauchssteuern und Zölle hätten dann in unmittelbarer Reichsverwaltung zu bleiben. Hinsichtlich der direkten Steuern kann ich mir nicht denken daß das Reich auf die Vermögenssteuer verzichten würde. Schon im alten Reich beanspruchte das Reich einen Teil Besitzsteuern, weil es sonst nicht leben konnte. Dieser Tatbestand ist heute natürlich viel deutlicher, nachdem das Reich die ungeheuren Lasten trägt, die aus dem Vertrage von Versailles und aus den sonstigen Folgen des Weltkrieges sich ergeben. Obendrein ist die Vermögenssteuer für die Goldanleihe verpfändet worden. Eine getrennte Veranlagung der Einkommen- und Vermögenssteuer aber scheint mir sehr bedenklich. Auf die Bemerkung der Interviewers, daß der Minister einer Rücküberführung der Steuerverwaltung an die Länder grundsätzlich abgeneigt zu sein scheine, lehnte dieser ein glattes Ja oder ein glattes Nein ab und sagte: Die Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden muß dadurch gestärkt werden, daß sie wieder eigene Einnahmen bewirtschaften. Ueber die Grundzüge einen Finanzausgleich auf dieser Grundlage wird zurzeit zwischen meinem Ministerium und den Ländervertretungen verhandelt. Aus dieser Notwendigkeit der Aufteilung der Steuerquellen folgt aber nicht ohne weiteres, daß die Erhebung der Steuern und besonders der Einkommensteuer auch wieder durch die Landesbehörden erfolgen müßte. Diese Angelegenheit bedarf vielmehr eingehender Prüfung. Die Bedeutung der Schaffung einer Reichsfinanzverwaltung seinerzeit bestand in der großen neuen Tat einheitlicher Kräftezusammenfassung in Deutschland. Daß nachher die Inflation die Wirkungen dieser Tat abschwächte, oder sogar zum Teil aufhob, war nicht die Schuld des Gedankens. Deshalb ist die Entscheidung über die Reichsfinanzverwaltung auch eine Frage von entscheidender politischer Tragweite, die mit größter Besonnenheit behandelt werden muß.

*

Deutschlands Ausfuhr

Der deutsche Außenhandel im vergangenen Jahre stand durchaus im Zeichen der Ruhrbesetzung. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Statistik des Jahres 1923 mangels genauer Registrierung des Warenverkehrs an der Westgrenze in der Zeit der Ruhrbesetzung nicht ganz vollständig ist, kann man heute an Hand der vorliegenden Ziffern überall die schwere Schädigung des deutschen Exportes durch die Ruhrbesetzung feststellen. Noch im Jahre 1922 durften wir hoffen, allmählich wieder die Ausfuhrziffer zu erreichen, die wir zur Wiedergesundung unserer gesamten Wirtschaft benötigten; hatten wir doch ein im Hinblick auf die Gebietsminderung des Deutschen Reiches verhältnismäßig günstiges Ausfuhrergebnis in Höhe von rund 60 Prozent des Vorkriegsstandes zu verzeichnen. Von Beginn 1923, also von der Zeit an, wo die Besetzung des Ruhrgebietes begann, wurde dieses anders. Stellen wir die im Monatsdurchschnitt Januar bis Oktober zur Ausfuhr gekommenen Eisenwaren und einige für die deutsche Wirtschaft besonders notwendige Waren aus Nichteisenmetallen in Vergleich zum Monatsdurchschnitt des Jahres 1913, so beobachten wir deutlich den starken Rückgang der Ausfuhrergebnisse vor allem dieser Waren, die mittel- oder unmittelbar mit der Produktion im Ruhrgebiet zusammenhängen. Führten wir im Jahre 1922 beispielsweise, zu 1000 Dz. gerechnet, Röhren und Walzen im Gewicht von 161,84 aus (1913: 327,48), so betrug die Ausfuhr im letztvergangenen Jahre nur noch 82,37. Noch schlechter lagen die Verhältnisse bei der Ausfuhr von Stab- und Formeisen, von denen wir 1923 1 350,10 tausend Dz., 1922 426,93 tausend Dz. und 1923 nur 163,31 Dz. tausend Dz. zu exportieren vermochten. Von sonstigen Eisenwaren führten wir 1913 753,47 tausend Dz., 1922 611,32 tausend Dz. und 1923 410,85 tausend Dz., von sonstigen Waren aus unedlen Metallen 45,86 tausend Dz. (1913), 25,86 tausend Dz. (1922) und 13,86 (1923) aus. Noch weit ungünstiger gestaltet sich das Bild, wenn wir die besonders hohe Steigerung der Einfuhr gewisser für unsere Veredlungswirtschaft so notwendigen Produkte in Betracht ziehen und die infolge des Währungsverfalles ins Ungeheuerliche steigenden Kosten für die Auslandsstoffe berücksichtigen. Da zahlreiche Werke der Maschinenindustrie teils im Ruhrgebiet liegen, teils vom Ruhrgebiet als Lieferanten von Halbfabrikaten abhängig sind, zeigt die deutsche Maschinenausfuhr im vergangenen Jahre ein recht ungünstiges Bild; sie sank auf ein Drittel des Vorkriegsstandes, die Ausfuhr anderer Maschinen auf durchschnittlich die Hälfte. Bemerkenswert ist, daß die Textilwarenausfuhr im Jahre 1923 gegenüber dem Vorjahre eine erfreuliche Besserung zeigte, wenngleich sie naturgemäß den Vorkriegsstand (schon mit Rücksicht auf das Ausscheiden der elsässischen Textilindustrie) nicht erreichte. Der Export von Chemikalien und Farbstoffen, deren Produktionsstätten zum erheblichen Teile in den besetzten Gebieten liegen, war im Vorjahr durchaus ungenügend. Andere wichtigere Exportzweige, wie beispielsweise Möbel und Holzwaren, Papier und Papierwaren, Glas und Glaswaren, elektrische Maschinen, Kraftfahrzeuge usw. mußten ihren Export gleichfalls mehr oder minder reduzieren, während die Ausfuhr von Kautschukwaren und Kinderspielzeug sich im letzten Jahre ein wenig gebessert hat. Insgesamt belief sich die Ausfuhr von Fertigwaren im Monatsdurchschnitt 1913 auf 7 766 970 Dz., 1922 auf 4 863 460 Dz. und 1923 auf 3 545 277 Dz. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange die in dem soeben erschienenen Jahresbericht 1923 der Hamburger Handelskammer enthaltene Feststellung, daß das Ladungsangebot im Hamburger Hafen stetig abgenommen hat und am Ende des Jahres auf den regelmäßigen Linien so stark zurückging, daß große Schiffsräume demnächst zum Stilliegen verurteilt sein werden. Gehen wir jetzt daran, mit allen Mitteln unsere Währungsverhältnisse wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, so dürfen wir nicht vergessen, daß ohne eine erhebliche Steigerung der Ausfuhr alle Maßnahmen auf diesem Gebiete Stückwerk bleiben würden.

Freigabe der Milch in Aussicht.

Wie uns aus Frankfurt gemeldet wird, ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß bereits in der ersten Hälfte des Januar die Zwangsbewirtschaftung der Milchversorgung aufgehoben wird — wenigstens in Frankfurt.

Börse und Handel

Berlin, 5. Jan. Börsenbericht. Unter dem Einfluß des andauernd flüssigen Geldstandes zeigte sich heute im freien Effektenverkehr eine ziemlich feste Stimmung für fast alle Papiere, sodaß ziemlich allgemein für die genannten Werte die gestrigen Schluß- und Nachbörsennotierungen überschritten wurden. Dies gilt besonders von Petroleum- und Kaliwerten. Für erstere waren, wie schon gestern französische Pressemeldungen von der Umbildung der deutschen Petroleuminteressen unter Stinnesscher Beteiligung anregend und für letztere erwartet man von der beschlossenen Preisherabsetzung für Kalisalze eine Belebung des bislang stockenden Absatzes. Für Devisen war die Nachfrage für die Hauptplätze etwas größer. Die Notierungen und Zuteilungen entsprachen bei geringfügigen Abweichungen für einige Nebenplätze den gestrigen. Dollarschätze und Goldanleihe wurden wiederum mit 4,200 Milld. notiert. bei ersteren erhielten Aufträge unter 250 Dollar nichts, darüber 2 pCt.

Berlin, 5. Jan. (Wolff.) Am Produktenmarkt war das Geschäft bei im allgemeinen wenig veränderten Preisen still. Roggen war etwas mehr angeboten, sonst blieb der Bedarf Mitteldeutschlands bestehen und die in Schlesien bezahlten hohen Preise erhielten sich, sodaß dahin Ware abströmt, die sonst für Berlin in Betracht gekommen wäre. Für Weizen bleibt Sachsen Käufer. Für Gerste erhielt sich die Nachfrage seitens der Brauereien. In Futterstoffen, Mehl und Hülsenfrüchten hat sich nichts geändert.

Berlin, 5. Jan. (Wolff.) Goldanleihe 4200 (voll), Dollarschatzanweisungen 4200 (2 pCt.)

Frankfurt a. M., 5. Jan. Vom Sonntag den 6. Januar an fallen wegen ungenügender Besetzung die Pz. 3404 Hanau-Ost ab 1,48 Nm., Frankfurt a. M.-Ost an 2,28 Nm. und Pz. 3409 Frankfurt a. M.-Ost ab 7,43 Nm., Hanau-Ost an 8,22 Nm. an Sonn- und Feiertagen bis auf weiteres aus.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 8. Jan. Beginn des Unterrichts der gewerblichen Berufsschule am Donnerstag, den 10. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr nach dem bisherigen Stundenplan. Eltern und Arbeitgeber wollen die Schüler zum pünktlichen und regelmäßigen Besuch der Schule anhalten. Auch der Unterricht für die Schüler ungelernter Berufe wird gleichzeitig aufgenommen.

Bad Ems, 8. Jan. (Erwerbslosenfürsorge.) Die Zahl der Arbeitslosen in hiesiger Stadt hat sich leider noch nicht verringert. Durch die eingetretenen Witterungsverhältnisse hat sich die Zahl der Unterstützungsempfänger wieder erheblich vermehrt. Z. Zt. sind 380 Hauptunterstützungsempfänger mit 460 Zuschlagsempfängern (Familienangehörigen) vorhanden. Die Unterstützungssätze betragen zur Zeit für eine männliche Person über 21 Jahre wöchentlich 4,700 Bill. Mk., für einen Verheirateten 5,900 Bill. Mk. und für einen Verheirateten mit einem Kind 6,800 Bill. Mk. Vorstehende Sätze sind Höchstsätze in Ortsklasse A, wie sie für das ganze besetzte Gebiet festgesetzt sind. Da die Sätze gering sind, ist die Stadtverwaltung bemüht, durch Ausgabe verbilligter Lebensmittel bezw. kostenloser Abgabe von Lebensmitteln die Notlage der Erwerbslosen zu mildern. So wurden diese Woche auf den Kopf kostenlos abgegeben je 1 Pfd. Erbsen, Bohnen, Gries, Nudeln, Graupen und Fett bezw. Fleisch. Es erhielt also z. B. eine Familie von 6 Personen je 6 Pfd., zus. 36 Pfd. Lebensmittel. Außerdem wurden weitere Lebensmittel zu verbilligten Preisen abgegeben. Die vorstehende Abgabe erforderte eine Ausgabe von 800 Bill. Mark, die von der Stadtverwaltung zu tragen ist. Für weitere Abgabe von Lebensmitteln sollen trotz der ungünstigen Finanzlage der Stadt noch weitere Geldmittel bereitgestellt werden. Wie diese Fürsorge von unreifen Elementen gedankt wird, beweist folgender Vorfall. Es wurden im Schlachthof auch u. a. Heringe zu billigem Preise abgegeben. Zwei junge Leute besaßen die Frechheit, einen Hering an eine Schnur festzubinden und diesen durch die Straßen über das Eis zu ziehen mit dem Bemerken dabei, das gibt die Stadtverwaltung den Erwerbslosen für einen Tag zum Leben. — Die von Tag zu Tag sich immer schwieriger gestaltende Lage der Stadt macht es notwendig, weitere 50 bisher als Notstandsarbeiter beschäftigte Personen mit Ablauf der vergangenen Woche zu entlassen. Seit Anfang November vergangenen Jahres bleiben jegliche Reichs- und Staatszuschüsse aus. Es wird auch notwendig werden, den noch verbleibenden Rest der Notstandsarbeiter in Wechselschichten zu beschäftigen.

Diez, 6. Jan. Der kath. Männerverein Constantia veranstaltete am Dreikönigstage im Saale des Hotels Viktoria eine Weihnachtsfeier. Eingeleitet wurde dieselbe durch Weihnachtsgedichte, liebliche Kinderszenen und Liedervorträge der Kleinen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Pfarrer Eufinger, begrüßte darauf die Mitglieder, Pfarrangehörigen und Gäste, die den großen Saal bis zum letzten Plätzchen füllten, wünschte allen einige Stunden der Freude, des Friedens, und dankte denen, die bei den Veranstaltungen des Abends mithalfen. Im Mittelpunkte der Feier stand das Schauspiel „Die Rache der Zigeunerin oder Preziosa“ von Dr. Faust. Spieler und Spielerinnen entledigten sich ihrer Rollen mit Sicherheit und Geschick; sie ernteten für die wohlgelungene Aufführung reichsten Beifall. Sangesfrohe Mitglieder mit Unterstützung anderer Herren trugen einige vierstimmige Männerchöre vor, die allgemeinen Anklang fanden. Eine Verlosung mit zahlreichen und schönen Gewinnen beschloß die Feier. — Recht befriedigt schieden die Teilnehmer mit dem Bewußtsein, einige genußreiche Stunden unter frohen und friedlichen Menschen verlebt zu haben.

Bad Ems, 8. Jan. Morgen sind 25 Jahre verflossen, seit im Gasthaus Flöck Herr Johann Schneider aus Camp tätig ist. In vorbildlicher Treue und in großer Sachkenntnis hat er den Flöck'schen Weinberg mustergiltig gepflegt, was von berufenen Fachkritiken der Weinbaukommission u. a. des öfteren rühmlich anerkannt worden ist. Möge ihm, der an der Schwelle der 70 steht, noch manches Jahr in der liebgewordenen Tätigkeit vergönnt sein. Die Gäste des Hauses Flöck sprechen dem allzeit fleißigen und bescheidenen Mann zu seinem heutigen Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche aus.

Neues aus aller Welt

Die geheimnisvollen Smaragden. In den letzten Tagen des vergangenen Jahres sind in London 15 herrliche Smaragden eingeführt worden, die sowohl nach ihrer Größe wie nach ihrer Qualität etwas ganz Außergewöhnliches darstellen. Die Zollbehörde ließ die Edelsteine nach Erledigung des Zolls anstandslos passieren, da sie an die Adresse einer der bekanntesten Juwelenhändler in Newyork gerichtet waren. Sie hatten allerdings vorher Verdacht geschöpft und infolgedessen den russischen Prinzen Jussupoff, der in Newyork weilt, zur Begutachtung der Steine eingeladen. Der russische Prinz erklärte, er erinnere sich ganz genau, daß die 15 Smaragden früher im Besitze des russischen Zaren gewesen seien. Die Newyorker Zollbehörde fand aber in dieser Vermutung keinen Anlaß, die Weitergabe der Edelsteine zu verhindern. Der Juwelenhändler hat [illegible] jede Auskunft über die Herkunft der Edelsteine verweigert.

Der Leutnant als Spekulant. Ein Militärskandal, der zugleich ein kleiner Börsenskandal zu sein scheint, hält die amerikanische Oeffentlichkeit in Spannung. Es handelt sich dabei um den jungen amerikanischen Leutnant Osborne Wood, dem Sohn und Adjutanten des gleichnamigen Gouverneurs der Philippinen. Dieser vielversprechende junge Mann hat es im Laufe von 15 Monaten verstanden, an der Newyorker Börse durch Spekulation ein Vermögen von über 700 000 Dollars zu erwerben. Ueber die Art der Spekulation laufen in Newyork die tollsten Geschichten herum. Es wird behauptet, daß er seine amtliche Stellung auf den Philippinen mißbraucht habe, um auf Grund der Kenntnisse, die er dort erlangte, in philippinischen Werten zu spekulieren. Auf Grund dieser Vorwürfe ist im Repräsentantenhaus der Antrag eingebracht worden, eine Kommission mit der näheren Untersuchung dieses Skandals zu betrauen. Fürs Erste hat man dem Leutnant das Spekulationshandwerk gelegt. Die weiteren Spekulationen sind ihm einmal von seinem Vater, dem Gouverneur, und zum anderen von dem amerikanischen Kriegsminister Weeks auf das strikteste verboten worden. Eine Newyorker Zeitung hat einen Vertreter nach Manila geschickt, um den jungen Spekulanten zu interviewen. Der Wood jun. hat dem Journalisten erklärt, er habe sein erstes Geld mit Aktien der Standard Oil Co. verdient und im übrigen hauptsächlich Anlagegeschäfte gemacht durch Ausnutzung der Differenzen zwischen Manila und Newyork. Der Skandal hat deshalb einen politischen Nachgeschmack, weil Herr Wood sen. als Konkurrent von Coolidge bei der künftigen Präsidentenwahl genannt wird. Die Spekulationsabenteuer seines Sohnes werden vermutlich im nächsten Wahlkampf eine bedeutende Rolle spielen.

Wetterbericht

Paris, 6. Jan. Die Hochwassergefahr in Paris hat, wie man annimmt, gestern das Maximum erreicht. An der Austerlitzbrücke wurden 7,20 Meter gemessen.

Die heutigen Devisenkurse: (nichtamtl.)

Dollar	4.300	Billionen	Mark
englisches Pfund	18 500	"	"
holländ. Gulden	1.600	"	"
frz. Frank	220	Milliarden	"
belg. Frank	195	"	"
schweiz. Frank	720	"	"

Amtlicher Teil

Pr. I. 2. F. 3158.
Wiesbaden, den 28. Nov. 1923.

Die Gemeindeförsterstelle Hambach in der Oberförsterei Diez mit dem Wohnsitz in Hambach, Kreis Unterlahn, gelangt mit dem 1. April 1924 zur Neubesetzung.

Mit der Stelle, welche die Waldungen der Gemeinden Aull, Gückingen, Heistenbach und Staffel sowie 315 Hektar Staatswald mit einer Größe von 57 Hektar umfaßt, ist ein Jahreseinkommen nach Gehaltsgruppe VI mit Aufrückungsmöglichkeit nach Gruppe VII neben den gesetzlichen Nebenbezügen wie Ortszuschlag, Ausgleichszuschlag u. Frauen- und Kinderbeihilfe, letztere Bezüge in der Höhe der für die Staatsbeamten gültigen Sätze, verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probedienstzeit.

Bewerbungen sind bis zum 1. Februar 1924 an die Oberförsterei Diez zu Händen des Hegemeisters Sauer zu Altendiez zu richten.

Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit forstlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Der Regierungspräsident.

J.-Nr. II b 5831. Diez, den 3. Jan. 1924.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden

In Abänderung der Geschäftsanweisung für die Oberförster ist zur Verminderung des Schreibwerks angeregt worden, daß die Abzählungstabellen nunmehr den Gemeinden nur in einfacher Ausfertigung abzugeben sind, was den Gemeinden hiermit mitgeteilt wird.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

I. 1091. Diez, den 29. Dezember 1923.

An die Magistrate und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Betr. Nachweisung der wegen Uebertretung der fischereipolizeilichen Vorschriften vorgekommenen Bestrafungen.

Unter Hinweis auf mein Ausschreiben vom 9. Februar 1892, I. 161, Kreisblatt Nr. 46, und und 21. Mai 1903, Kreisblatt Nr. 124, ersuche ich mir über die von Ihnen im Kalenderjahr 1923 erfolgten Uebertretungen der fischereipolizeilichen Vorschriften bis zum 10. Januar 1924 unter entsprechender Ausfüllung des im Kreisblatt Nr. 232 (Jahrgang 1919) abgedruckten Formularmusters zu berichten.

Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

Der Landrat

Diez, den 4. Januar 1924.

An die Herren Jagdvorsteher der Landgemeinden.

Betrifft: Jagdpachtverträge.

Mit Ausschreiben in Nr. 293 des vorjährigen Kreisblattes war Ihnen aufgegeben worden, mit den Jagdpächtern auf Grund der Verordnung, betreffend die Ausdehnung der Pachtschutzordnung vom 23. November 1922, Gesetzsammlung Seite 440, höhere Jagdpachtbeträge zu vereinbaren. Das ist wohl auch allgemein mit mehr oder weniger Erfolg geschehen, doch habe ich festgestellt, daß nur in sehr wenig Fällen wirklich angemessene Pachtpreise erzielt worden sind. Ein Hase kostet ja heute viele Billionen und doch gelten noch Pachtbeträge von Millionen und noch weniger. Es kann von aufsichtswegen nicht geduldet werden, daß ein reicher Jagdpächter sich auf Kosten der armen Gemeinden, die heute nicht wissen, wo sie die erforderlichen Einnahmen hernehmen sollen, bereichert. Ich ersuche Sie deshalb, sich sofort nochmals mit den Jagdpächtern in Verbindung zu setzen, damit sie angemessene Preise zahlen. Bei Weigerung muß an das Pachteinigungsamt gegangen werden. Wo eine Gemeinde sich nach den bisherigen Erfahrungen keinen Erfolg von der Anrufung des Pachteinigungsamtes verspricht, kann sie nach dem heutigen Stand der Rechtsprechung sich auf den Standpunkt stellen, daß der vor Jahren vereinbarte Pachtpreis auch heute noch gilt, d. h. umgerechnet in Goldmark auf der Basis des Verhältnisses der Papiermark zu Goldmark am Tage der Vereinbarung. In einem solchen Falle braucht der Jagdvorsteher nicht an das Pachteinigungsamt zu gehen, sondern er kann die Klage auf Zahlung im örtlichen Rechtsweg anstrengen.

Jede neue Vereinbarung über den Pachtpreis bedeutet eine Abänderung des Jagdpachtvertrags. Der Jagdpachtvertrag muß deshalb gemäß § 24 der Jagdordnung offen liegen. Jede neue Vereinbarung auf Grund der diesseitigen eingangs genannten Anweisung ist deshalb nichtig, wenn diese Offenlage nicht erfolgt ist. Die Jagdvorsteher haben damit eine Handhabe, gegen die Jagdpächter erneut vorzugehen. Ueber das Ergebnis erwarte ich bis zum 31. d. Mts. Bericht.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

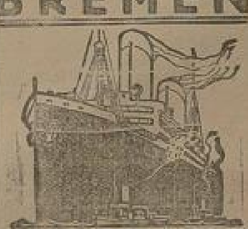
Herren- u. Damenfahrräder, Bereifungen
Elektrische Koch- und Heizapparate
Elektrische Bügeleisen für Reise und Haushalt. Dampfmaschinen und Modelle.
Taschenlampen. Batterien und Birnen.
Reparaturen gebrochener Fahrrad-Rahmen, Einziehen neuer Rohre, Emaillieren, Vernickeln.
Eigene Emaillieranlage.

Mech. Werkstätte Sebastian Holler
BAD EMS, Römerstr. 22 — Benzin . Oel . Garage

Pension
in Ems bei nur gebildeter Familie sucht erholungsbedürftige verheiratete Dame. Offerten unter E. 21 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Sauberes, nicht zu junges
Mädchen
für vormittags gesucht.
Badhausstr. 3, I. Etg., Ems.

Trächt. Schwein
gegen schlachtreifes einzutauschen.
Emil Schmidt, Bad Ems.
Koblenzerstraße 11

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
in Bad Ems: Ans. Pfaffer, Lahnstraße 6

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Katharine Kaffine

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie für die vielen Blumenspenden unsern herzlichsten Dank

Heinrich Kaffine.

Bad Ems, den 7. Januar 1924.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu Bad Ems

am Freitag den 11. Januar 1924, nachmittags 4 Uhr im Rathaussaal.

A. Einführung eines Beigeordneten.
Einführung eines Magistratsschöffen.

B. Vorlagen des Magistrats.
1. Wahl eines Beigeordneten.
2. Steuer-Nachtragsumlage für Oktober-Dezember 1923.
3. Erhebung der Hundesteuer.
4. Wahl eines Sachverständigen in die Wohnungskommission.
5. Bullenhaltungsvertrag.
6. Abgabe von Lebensmittel.

C. Mitteilungen.
Die Akten liegen am Mittwoch, den 9., und Donnerstag, den 10. Januar 1924 im Rathaus — Zimmer 17 — zur Einsicht offen.
Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Bad Ems, den 7. Januar 1924.

Der Stadtverordnetenvorsteher:
Malzbender.

Radfahrer-Verein 09 Bad Ems.

Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr im Gasthaus „Moseltal“ Generalversammlung. Tagesordnung: u. a. Neuwahl des Vorstandes.

Für Wiederverkäufer!
Ständig lieferbar
Ia. Käse
Schweizer, Tilsiter, Limburger, Romandour, Camembert
A. Straub Diez - Freiendiez
Fernruf 223.

Bekanntmachung.

Betreffend: Preisauszeichnung der Waren.

Auf Anordnung der Besatzungsbehörde sind Preisauszeichnungen in Goldmark verboten. Gestattet ist die Bezeichnung Grundpreis mit dem jeweiligen amtlichen Multiplikator, sowie die Auszeichnung in vollen Papiermark.

Diez, den 5. Januar 1924.

Der Bürgermeister.
Heck.

Wandkalender
für das Jahr 1924
sind zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Allen Freunden und Bekannten, die unserem heimgegangenen teuren Vater die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere Herrn Dekan Wilhelmi und Herrn Bürgermeister Heck für die trostvollen und ehrenden Worte am Grabe sagen wir auch Namens unserer Angehörigen und Verwandten tiefgefühlten Dank

Hermann Groß
August Groß

Diez, den 7. Januar 1924.

Gewerbliche Berufsschule in Bad Ems.

Schulanfang Donnerstag, den 10. d. Mts. 2 Uhr nachmittags. Stundenplan wie bisher.

Bad Ems, den 7. Januar 1923.

Der Magistrat.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Millimeterzeile 8 Goldpf., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Vereinsanzeigen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Heiligfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Telegr.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 7 — Bad Ems, Mittwoch den 9. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Der Temps schlägt einen neuen Reparationsplan vor

Uebereinstimmung des belgischen und französischen Entwurfes. — Die französische Antwort an Hoesch überreicht.

Paris, 7. Jan. Der Temps kommt gestern abend in einer eingehenden Prüfung der Finanzlage beider Länder zu dem Schluß, daß Frankreich und Deutschland nur durch eine direkte Verständigung in der Frage der Reparationen geholfen werden könne. Das offiziöse Pariser Blatt schlägt dann folgende Reparationen vor:

Die innere Schuld, die Frankreich zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete aufnimmt, wird allmählich in einer Schuld des deutschen Staates umgewandelt, zunächst in eine innere und dann in eine äußere Schuld. Ein solches System werde, wenn es richtig gehandhabt werde, in keiner Weise den deutschen Wechselkurs beunruhigen, sondern den Reichskredit stärken und es in den Stand setzen, die Stützung seiner Valuta herbeizuführen. Der französische Franken werde unter diesen Umständen die Käufer nicht mehr anlocken und daher ohne besondere Anstrengung stabilisiert werden.

Dieser Reparationsplan des Temps weist eine auffallende Aehnlichkeit mit einem Plane auf, den der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch zuschreibt, nur mit dem Unterschiede, daß Dr. Benesch eine Annuitierung der ausländischen Schuld durch England und Amerika hinzufügt.

Frankreich und Belgien einig.

Paris, 7. Jan. Poincare, der gestern abend gegen 10 Uhr nach Paris zurückkehrte, wird den belgischen Antwortentwurf bereits hier vorgefunden haben. Wie aus Brüssel gemeldet wird, haben ihn die belgischen Minister in der gestern nachmittag stattgefundenen Beratung gutgeheißen. Es verlautet, daß dieser Entwurf sich von dem französischen nur in der Form unterscheide und dem Inhalte nach mit ihm übereinstimmt. Die französisch-belgische Aussprache dürfte hiermit im Großen und Ganzen beendet sein. Man rechnet damit, daß die französische Antwort evtl. schon morgen Herrn von Hoesch übergeben werden wird, spätestens aber am Mittwoch.

Paris, 8. Jan. Echo de Paris teilt mit, daß Poincare Ende dieser Woche, wahrscheinlich Donnerstag oder Freitag erneut in der Kammer seine Politik gegenüber dem Reiche auseinandersetzen werde. Der französische Ministerpräsident gedenke insbesondere den Inhalt seiner Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember darzulegen und zu begründen. Die französische Antwort werde wahrscheinlich heute dem deutschen Geschäftsträger überreicht werden.

Politische Nachrichten

Deutschland

Hoesch zur Beratung nach Berlin.

Berlin, 8. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Herr von Hoesch, wird am Mittwoch zur Beratung in Berlin eintreffen, um über die Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten zu sprechen. Man erwartet bis Mittwoch die endgültige Antwort Frankreichs und Belgiens auf die letzten deutschen Vorschläge.

Kabinettssitzung.

Berlin, 7. Jan. (Wolff.) Wie die Blätter von zuständiger Seite erfahren, wird sich eine Kabinettssitzung heute nachmittag mit den laufenden Angelegenheiten beschäftigen.

Aus dem Reichskabinett.

Berlin, 8. Jan. Das Reichskabinett beriet in seiner gestrigen Sitzung über den Antrag des Vereins Deutscher Zeitungsverleger nach weiteren Vorschüssen auf die Waldabgabe. Der Antrag mußte abgelehnt werden. Der Entwurf eines Reichsberufsschulgesetzes und eines Lehrerbildungsgesetzes wurde vom Kabinett vorläufig zurückgestellt, bis zur endgültigen Regelung der Finanzen zwischen dem Reich und den Ländern. Das Kabinett befaßte sich dann weiter mit Maßnahmen gegen die maßlose Verteuerungswirtschaft, wie sie sich insbesondere in diesen Wochen breit macht. Es wurde rücksichtslose Bekämpfung beschlossen.

Die Entscheidung über die dritte Steuernovelle, die Aufwertung der Hypotheken und Obligationen wird sich wahrscheinlich noch eine Woche verzögern.

Mißg. Pacelli bei Ministerpräsident Braun.

Berlin, 8. Jan. Der preußische Ministerpräsident Braun hatte am Montag abend zu Ehren des apostolischen Nuntius Msgr. Pacelli zu einem Abendessen eingeladen, an dem Reichskanzler Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann und die preußischen Staatsminister teilnahmen. Hieran schloß sich ein Empfang, zu dem u. a. der Weihbischof von Berlin, Dr. Deitmer, die preußischen Staatssekretäre, der Vizepräsident des Landtages, Geheimrat Dr. Porsch, Kammergerichtspräsident Dr. Tiges und hervorragende Vertreter der Berliner Universität erschienen.

Zu den Vorwürfen gegen Dr. Schacht.

Berlin, 8. Jan. Gestern früh ist Reichsbankpräsident Dr. Schacht von seiner Londoner Reise wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Zu den in der Presse gegen Dr. Schacht erhobenen Vorwürfen bemerkt die Zeit: In den letzten Tagen ist von Herrn A. Zimmermann gegen Dr. Schacht ein Angriff in einer Provinzzeitung untergebracht worden, der dann verabredungsgemäß die Runde durch die rechtsstehende Presse Berlins machte. Es handelt sich dabei um Vorwürfe, die sich gegen Dr. Schacht in der Zeit richten, in der er während des Krieges bei dem Gouverneur von Brüssel im Dezernatamt tätig war. Wenn die Urheber dieses Angriffes der Meinung sein sollten, daß sie mit ihren Verdächtigungen irgendwelchen Erfolg haben, so sei ihnen gesagt, daß das gesamte Material, auf das diese Angriffe zurückgehen, sowohl dem Reichsrat wie auch dem Reichskabinett vor seiner Entscheidung vorlag. Wenn sich das Kabinett einstimmig für die Ernennung Dr. Schachts zum Reichsbankpräsidenten ausgesprochen hat und wenn der Beschluß des Reichsrates in dieser Richtung gegangen ist, so beweist das wohl am besten, wie ungerechtfertigt die gegen Dr. Schacht erhobenen Vorwürfe sind.

Um den Posten des Ministerpräsidenten in Sachsen.

Dresden, 8. Jan. Aus der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei beschloß am 6. Januar, daß der neugewählte Ministerpräsident Heldt zurücktreten soll. Herr Heldt ist nicht in der Lage, diesem Beschluß Rechnung zu tragen. Nach Artikel 27 der Verfassung hat lediglich der Landtag über das Verbleiben der Minister im Amte eine Bestimmung zu treffen. Wollte Heldt von sich aus zurücktreten, noch ehe die Regierung völlig gebildet worden, so würde eine Unterbrechung der Regierungsgeschäfte eintreten, für die er nicht die Verantwortung tragen kann.

Tätigkeit der Abbaukommission.

Das Berliner Tageblatt meldet noch über die Tätigkeit der Abbaukommission, welche aus dem Vorsitzenden, Staatsminister a. D. Sämisch, Staatssekretär z. D. Dr. Lewald und Staatssekretär z. D. v. Welser berufen wurde: Sie habe den Verwaltungsdienst zu prüfen, zu vereinfachen und entbehrliche Abteilungen zu beseitigen oder zusammenzulegen. U. a. werde eine solche Vereinfachung beabsichtigt im Reichsversicherungswesen. Indirekt ergebe sich daraus auch eine Einschränkung der Zahl der Beamten, doch behandle die Kommission die Personalfragen nicht direkt.

Eine große Rede Macdonalds

London, 9. Jan. Ramsay Macdonald sagte in einer Ansprache bei einer Kundgebung der Arbeiterpartei:

Wir wollen nicht das Amt übernehmen, um die allgemeinen Wahlen vorzubereiten, sondern um zu arbeiten. Falls das Kapital aus dem Lande flüchte, wenn wir zur Macht kommen sollten, werden die Leute dafür verantwortlich sein, die die Panik verursachen, nicht die Arbeiter. Wir wollen alle Funken kräftig austreten, die vielleicht zu künftigen Kriegen führen könnten; der Streit zwischen Frankreich und Großbritannien, wenn man so die Radikalismen, Mißverständnisse und die gereizte Stimmung nennen könne, sei bedauerlich. Dies alles geht nicht von den Ministern in beiden Ländern aus. Es werde ein großer Erfolg sein, wenn es möglich wäre, eine Verständigung statt des Wettbewerbs der Kräfte in Frankreich, Italien, Rußland, Deutschland und der Tschecho-Slowakei und allen anderen Nationen herzustellen.

Wir wollen das Amt übernehmen, um zu versuchen, die mannigfachen Schwierigkeiten, die jetzt Großbritannien, Europa und die ganze Welt bedrängen, zu beseitigen. Unsere Aufgabe ist, alle Männer und Frauen, die guten Willens sind, und ein solches Recht besitzen, zu mobilisieren. Wir fordern die Liberalen und Konservativen auf, sich mit uns bei dieser Aufgabe zusammenzuschließen. Unsere erste große Pflicht ist es, die Bedingungen für den Frieden herzustellen. Es gibt keine europäische Hauptstadt, die nicht bemüht wäre, die glimmenden Funken des letzten Krieges verlöschen zu lassen.

Die Arbeiterregierung ist dazu berufen, die Friedenskräfte in allen Teilen Europas zu stärken. Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, um den Bau des Völkerbundes zu vollenden und ihn rücksichtslos als das Hauptinstrument zu verwenden, um die internationale Gerechtigkeit zu sichern und dadurch die Bedingungen für den internationalen Frieden zu schaffen. Die Torheit, sich von der russischen Regierung fern zu halten, wird beendet werden, nicht aus dem Grunde, weil wir mit allem einverstanden wären, was die russische Regierung getan hat. Das ist nicht unsere Sache. Wir wünschen Handelsbeziehungen und deren Regelung von Japan bis Irland. Wenn wir gegen die Vorgänge in Afghanistan zu protestieren haben, wie können wir dies, wenn wir keine Kanäle für unseren Protest besitzen. Macdonald erklärte weiter: Die Arbeitslosigkeit sei auf die geringere Kaufkraft der Verbrauchermasse zurückzuführen. Zum ersten Male würde eine Arbeiterregierung, umgeben von Männern und Frauen, die Erfahrung in den Arbeiterfragen hätten, das Problem der Arbeitslosigkeit vom menschlichen Standpunkt, nicht vom reinen Lohnerwerbsstandpunkt, betrachten. Ein wesentlicher Teil im Programm der Arbeiterpartei sei der Wohnungsmangel. Wenn es sich herausstelle, daß für die hauptsächlichsten Baustoffe Monopole beständen, so würden sie beseitigt werden. Macdonald schloß mit der Erklärung, diese Ansprache sei keine Programmrede, sondern nur der Versuch darzulegen, in welchem Geiste die Arbeiterregierung ihre Arbeit verrichten würde.

Clynes, der nach Macdonald sprach, sagte die Arbeiter würden sich von keiner anderen Rücksicht als von der auf die nationale Wohlfahrt leiten lassen.

Sachsen

Lähmung in der sozialdemokratischen Partei.

Dresden, 7. Jan. Gestern fand in Dresden der sozialdemokratische Landesparteitag statt, in dessen Hände die radikalen Sozialisten die Entscheidung über den sächsischen Regierungskurs gelegt hatten. Wie die K. Z. erfährt, war die Verhandlung sehr stürmisch. Schließlich ist eine Entschließung mit etwa 70 gegen etwa 20 Stimmen gefaßt worden des Inhalts, daß der Ministerpräsident sofort zurücktreten habe. Weiter solle versucht werden, eine sofortige Auflösung des Landtages herbeizuführen. Wenn sich das nicht erreichen lasse, sollen die Landtagsabgeordneten die Pflicht haben, das Volksbegehren auf Auflösung des Landtags zu unterstützen. Die 25 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, die sich für die Große Koalition entschieden haben, haben dagegen eine Erklärung abgegeben, worin sie zum Ausdruck bringen, daß sie sich unter keinen Umständen dem Beschluß des Landesparteitages fügen werden, sondern im Gegenteil die eingeschlagene Politik weiter zu verfolgen gedenken. Sie erklären sich höchstens bereit, dem Reichsparteitag im März Rede und Antwort zu stehen. Damit ist eine weitere Verschärfung in den Streit zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Sozialdemokraten getragen. Vom Berliner Parteivorstand haben Wels, Hilferding und Wilh. Dittmann an den gestrigen Verhandlungen teilgenommen und den Streit der 25 rechtsgerichteten Sozialisten gebilligt. Damit scheint sich auch innerhalb des großen Parteivorstandes eine Wandlung in dem Sinne vollzogen zu haben, daß sie den Schritt der sächsischen Genossen gutheißen.

In diesem Zusammenhang verdient folgender Vorgang ernsteste Beachtung: In der letzten Woche hat in Leipzig eine Versammlung aller sächsischen Gauleiter der freien Gewerkschaften stattgefunden, etwa 40 an der Zahl. Alle Gauleiter haben sich für die Große Koalition ausgesprochen und weiterhin in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß sie eigene Kandidatenlisten aufstellen werden, wenn Landtagsneuwahlen erzwungen und die rechtsgerichteten Sozialdemokraten nicht mehr aufgestellt werden sollten.

Kundgebung zur inneren Geschlossenheit

Antwort des Reichspräsidenten.

München, 7. Jan. Eine größere Anzahl hervorragender Persönlichkeiten verschiedener Parteirichtungen und Berufe Bayerns, darunter der Professor an der Münchener Universität Brentano, Universitätsprofessor Dr. Lerch, Oberstudienrat Kerschensteiner, Reichsminister Graf Pestalozza, Thomas Mann und der erste Bürgermeister Münchens, Eduard Schmid, haben vor einigen Wochen an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Notwendigkeit innerer Geschlossenheit betonten. Darauf ist jetzt vom Reichspräsidenten folgende Antwort eingegangen:

Ich begrüße es mit großer Freude, daß in dieser schwersten Zeit unseres Volkes angesehene Männer verschiedener Parteirichtungen und Berufe mit warnender Stimme auf die unserem politischen Leben drohende Gefahr der Zersetzung hingewiesen haben. Ich stimme dem Grundgedanken des Schreibens, daß das Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft erzeugt und gefördert werden muß, in voller Uebereinstimmung zu. Die Geschichte, die große Lehrmeisterin, zeigt, daß, so lange die Deutschen sich gegen diesen Gedanken verschließen, unser Vaterland ohnmächtig blieb und daß immer erst ein Zusammenfassen aller Kräfte, die Einigung aller Stämme und Bevölkerungsschichten und das tatbereite Bewußtsein, daß wir ein einiges Volk sind und bleiben müssen, Deutschland zur Blüte brachte und zur Erfüllung seiner Aufgaben befähigte. Nach einem verlorenen Kriege leben wir in einer Zeit des Niedergangs, den abzuwenden nicht ganz in unserer Macht liegt. Aber gerade deshalb haben wir uns, unseren Kindern gegenüber die Pflicht, alle Kräfte im Volk zu wecken, sie zusammenzufassen und vereint den Weg zur Freiheit zu suchen. Mit Ihnen bin ich der Ueberzeugung, daß wir zu einer Gesundung und Wiedererstarkung nur dann kommen, wenn die einigenden Faktoren über die auseinanderstrebenden siegen, wenn wir uns unbeschadet unserer Weltanschauung und politischen Grundlage mehr als bisher in allen Lebensfragen der Nation zusammenfinden. Denn wir sind in erster Linie auf uns selbst gestellt, müssen daher auf uns selbst auseinander vertrauen. Die Forderung, das Gemeinsame über das Trennende zu setzen, mag von den Parteien wie von den Einzelnen ein gewisses Maß von Selbstverleugnung verlangen. Aber die Zeiten sind ernst. Es müssen Opfer gebracht werden. Wir alle erstreben ja dasselbe Ziel, die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes. Darum begrüße ich Ihr Schreiben und verbinde mich mit Ihnen gern zu dem Ruf an alle, die auf diesem Boden stehen, kräftig für den Gedanken der Schicksalsgemeinschaft und Volkseinheit einzutreten.

gez. Ebert, Reichspräsident.

Dresden, 7. Jan. Im weiteren Verlauf des Parteitages wurde ein Antrag Lipinski-Leipzig angenommen, wonach die 25 Abgeordneten, die für die große Koalition stimmten, aus der Partei ausgeschlossen seien. Nach der Erklärung Wirths, der die Haltung der Fraktionsmehrheit begründete und erklärte, daß sie den gefaßten Beschluß nicht anerkenne, verließen die Gemäßigten und die aus Berlin eingetroffenen Mitglieder der Partei Hilding, Wels und Dittmann demonstrativ den Saal und beteiligten sich an den ferneren Beratungen nicht mehr.

Aus der sächs. Sozialdemokratie.

Wie der „Montags-Post" aus Dresden gemeldet wird, hat der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei Sachsens nach Entgegennahme der Referate der Abgeordneten Fellisch und Müller-Leipzig mit 77 gegen 16 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der er feststellt, daß sich 25 Sozialdemokraten, die sich an der Abstimmung für die große Koalition beteiligten, eines groben Bruches der Parteidisziplin schuldig gemacht hätten. Sie seien deswegen verantwortlich für die Spaltung in der Fraktion. Der Parteitag fordert den Rücktritt des Ministerpräsidenten, den Appell an das Volk und ersucht sämtliche sozialdemokratische Minister, aus dem Kabinett auszutreten. Sollte die Landtagsauflösung nicht erreicht werden, so sei der Volksentscheid durchzuführen.

Dementi des Vorwärts.

Der Vorwärts stellt fest, daß auf dem sächsischen sozialdemokratischen Parteitag in Aussig Lipinski, welcher den Ausschluß der Koalitionspolitiker verlangte und nach Ablehnung dieses Antrages überhaupt nicht gestellt worden ist.

England

Demarche bei der französischen Regierung

Paris, 9. Jan. Havas meldet aus London: Informationen aus guter Quelle zufolge habe die englische Regierung bei der französischen Regierung verschiedene Demarchen unternommen um eine Erklärung über die Haltung Frankreichs gegenüber den Verhältnissen in der Pfalz zu erhalten. Diese Demarchen sollen von dem englischen Botschafter in Paris bei dem Oberkommissar der Rheinlandkommission unternommen worden sein.

Zusammensetzung des kommenden Arbeiterkabinetts.

London, 8. Jan. Ramsey Macdonald wird seine erste große öffentliche Rede nach den Wahlen morgen abend in der Alberthall in London halten, wo der Sieg der Arbeiterpartei gefeiert werden soll. Ueber die voraussichtliche Zusammensetzung des kommenden Arbeiterkabinetts kursieren folgende Versionen: Danach wird u. a. dem Lord Parmore, einem der bekanntesten Linksliberalen, größten Juristen und Kirchenlehrer der Posten des Lordkanzlers angeboten werden, wofür Macdonald dem ursprünglich hierfür ausersehenen Lord Haldane den Posten des Kriegs- und Erziehungsministerium anbieten wird. Lord Meston soll das Staatssekretariat für Indien angeboten werden. Es steht weiterhin fest, daß verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei zu Pairs ernannt werden und somit Mitglieder des Oberhauses werden, z. B. der alte Bowermann, der frühere Generalsekretär des Schriftsetzerverbandes, weiter einige Intellektuelle wie Sidney, Webb, Ponsonby und Wedgewood

Bauernpartei in England?

London, 8. Jan. Blättermeldungen zufolge ist in England die Bildung einer politischen Partei im Werke, die den Namen Rural Party (Landpartei) führen soll.

Kein Zurückziehen der Truppen aus Deutschland.

London, 8. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: In der Presse des Festlandes sind Nachrichten aufgetaucht und verbreitet worden, wonach die gegenwärtige englische Regierung entschlossen sei, die englischen Truppen aus dem besetzten Rheinland zurückzuziehen und die englischen Vertreter in der Reparationskommission und der Botschafterkonferenz zurückzuberufen. Diese Nachrichten sind falsch. In Verbindung hiermit schreibt der diplomatische Mitarbeiter der Daily News, die Regierung Baldwin habe niemals derartige Absichten gehegt. Der Mitarbeiter beschäftigt sich sodann mit der wahrscheinlichen Außenpolitik, die eine Arbeiterregierung in England beschreiten werde. Sie werde keineswegs die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückziehen.

Zur Politik einer kommenden Arbeiterregierung.

London, 8. Jan. Garvin befaßt sich im Observer mit der Politik der kommenden Arbeiterregierung. Er schreibt, mit den Geschäften keiner einzigen Nation sei eine derartige Mißwirtschaft getrieben worden, wie mit denen Großbritanniens seit dem Kriege. Als der Krieg zu Ende ging, seien die Möglichkeiten in der Hand Großbritanniens größer gewesen als die irgend einer anderen Nation. Sie seien jedoch weggeworfen worden. Die Preisgabe des Wiederaufbaues durch die Koalitionsregierung sei eine der schlimmsten Katastrophen in den Annalen Großbritanniens gewesen. Die Koalition habe die wunderbare britische Luftstreitmacht bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesetzt, während Frankreich sich der Luft in großer Ueberlegenheit bemächtigte. Garvin wendet sich dann gegen die Verbindung des Premierministeramtes und des Außenministeramtes in den Händen Ramsay Macdonalds. Die Aufgabe der kommenden Arbeiterregierung sei, die Ehre Großbritanniens aufrechtzuerhalten und den England zukommenden Einfluß wiederherzustellen.

Garvin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung Ramsay Macdonalds unverzüglich diesem Zuland volle Anerkennung gewährt und danach über die Schuldenfrage verhandeln werde. Der zweite Schritt müßte die Einleitung einer ruhigen und entschlossenen Politik sein, die Deutschland in den Völkerbundsrat bringe. Der dritte Schritt müßte der Abschluß eines endgültigen Abkommens mit Italien und Spanien sein, außerdem müsse England im gemeinsamen Interesse die Beziehungen zu Holland und den skandinavischen Ländern fördern. Es müßte den Versuch unternehmen, die Entente aufrechtzuerhalten, jedoch nur auf der Grundlage des Gleichgewichts.

Frankreich

Ankunft der amerikanischen Sachverständigen.

Paris, 8. Jan. Die amerikanischen Sachverständigen Dawes und Young, die zum ersten der beiden Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission gehören, sind gestern hier eingetroffen. Die Sitzungen des ersten Ausschusses werden am 14. Januar, die des zweiten Ausschusses am 21. Januar beginnen.

Oesterreich

Der Bundeskanzler über die Außenpolitik.

Wien, 7. Jan. In einer am Samstag abend abgehaltenen Sitzung des Wiener christlich-sozialen Parteirates sprach der Bundeskanzler Seipel nach einem Hinweis auf die bisher durchgeführten und noch durchzuführenden innerpolitischen Maßnahmen die Ueberzeugung aus, daß sich Regierung und Parlament im neuen Jahre wieder stärker mit außenpolitischen Fragen beschäftigen würden. Es werde allem Anscheine nach die deutsche Frage gelöst oder wenigstens deren Lösung eingeleitet werden. Des weiteren werde die Anerkennung der Sowjetrepubliken in allernächster Zeit in den Vordergrund gerückt werden. Durch den Wiedereintritt Deutschlands und Rußlands in die Weltpolitik und Weltwirtschaft werde dann das große Problem der Organisierung der Welt und damit das Problem der definitiven Gestaltung des Völkerbundes aufgerollt werden.

Belgien

Vom deutsch-belgischen Schiedsgericht.

WTB. Paris, 8. Jan. Der Nationalverband der während des Krieges nach Deutschland gebrachten belgischen Staatsangehörigen hat vor dem deutsch-belgischen gemischten Schiedsgericht die Forderungen einiger seiner Mitglieder geltend gemacht, die von der deutschen Regierung Schadenersatz für die ihnen zugefügten Nachteile verlangen. Die Verhandlungen beginnen heute in Paris und werden nach Havas 2 oder 3 Tage, in je 2 Sitzungen in Anspruch nehmen.

Spanien

Begnadigung Datos?

Madrid, 7. Jan. (Wolff.) Die Verteidiger der Mörder Datos haben um deren Begnadigung gebeten. Das Direktorium antwortete, die Regierung werde bei der Prüfung der Angelegenheit guten Willen zeigen.

Empfang beim König.

Madrid, 7. Jan. (Wolff.) Der König empfing in längerer Audienz den früheren Ministerpräsidenten Garcia Prieto sowie den früheren Minister Marenes de Cortina und Garnica.

Zur franz. Währung.

Madrid, 7. Jan. (Wolff.) „A. B. C." schreibt zu der Verschlechterung der französischen Finanzen, wenn der Pessimismus des französischen Volkes bezüglich der Zukunft des Franken andauere, müsse die Regierung die Steuern verdoppeln oder zur Inflation übergehen.

Griechenland

Attentat auf Venizelos?

Rom, 8. Jan. Das Mailänder Blatt Ambrosio erklärte zu der Meldung über die schwere Erkrankung Venizelos, es sei zwar möglich, daß Venizelos einen natürlichen Unfall erlitten habe. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß seine Erkrankung die Folge eines Attentats sei, das man in Athen begreiflicher Weise geheim zu halten versuche.

Attentat auf Mustafa Kemal.

Athen, 8. Jan. Nach einem Privattelegramm Mutelene ist bei einem Empfang im Hause Mustafa Kemals Pascha in Angora eine Bombe geworfen worden, durch die die Gattin Kemals, Latife Hanum verwundet wurde. Nach derselben Meldung ist Mustafa Kemal mit unbekannten Bestimmungen ins Innere abgereist.

Rumänien

Konferenz mit Rußland.

Paris, 7. Jan. (Wolff.) Der Korrespondent der „Chicago Tribune" in Bukarest behauptet, vom Außenminister Duca gestern erfahren zu haben, daß Rumänien bereit sei, die russische Regierung anzuerkennen und sämtliche Ansprüche auf die 60 Millionen Dollar fallen zu lassen, die sie in Moskau während des Krieges als Garantie deponierte. Die rumänische Regierung erwarte, daß die Sowjets die rumänischen Ansprüche in Bessarabien anerkennen würden. Der Vorschlag werde am 15. Januar in Salzburg gemacht werden, falls die Bolschewisten, die die Konferenz angeregt hätten, Ort und Zeit der Zusammenkunft akzeptierten. Minister Duca erwarte, daß Tschitscherin persönlich die Sowjets vertrete.

Der Außenminister über den Zweck der Konferenzen der Kleinen Entente.

Bukarest, 7. Jan. (Wolff.) Außenminister Duca erklärte Pressevertretern gegenüber, über die Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad, daß die Bedeutung dieser periodischen Konferenzen übertrieben würde. Ihr Zweck sei der, den Außenministern die Möglichkeit zu geben, wenigstens zweimal im Jahr persönlich ihre Anschauungen über die internationale Lage auszutauschen, um zu den Ereignissen besser Stellung nehmen zu können. Auf der Tagesordnung der Konferenz befinde sich tatsächlich bloß der Meinungsaustausch über die gegenwärtigen Ereignisse und die Erläuterung einiger kleinerer Punkte betr. den Standpunkt der Kleinen Entente zur ungarischen Anleihe.

Serbien

Aus der Sobranje.

Belgrad, 7. Jan. In Entgegnung auf die Erklärungen Zankows in der Sobranje wird die Regierung die Aufmerksamkeit der verbündeten Mächte darauf lenken, daß in Südserbien „keine bulgarischen Minoritäten existieren", daß es überhaupt keine mazedonische Frage mehr gebe und daß eine Erhöhung des Standes des bulgarischen Heeres im Interesse der Erhaltung des Friedens unzulässig sei. In diesem Sinne gab auch der Minister des Aeußern eine Erklärung vor Vertretern der Presse ab.

Amerika

Kriegsschiffe nach Mexiko.

Paris, 9. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" haben die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe nach Mexiko zum Schutze der amerikanischen Interessen zu entsenden beschlossen. Die meisten Petroleumquellen befinden sich jetzt in der Hand Huertas, der angekündigt habe daß er eine Ausfuhrabgabe erheben werde.

Mexiko

Angriff der Aufständischen auf die Hauptstadt Mexiko.

Washington, 8. Jan. Nach einer Meldung aus dem Hauptquartier der Aufständischen hat Huerta den Angriff auf Mexiko City begonnen. Die Aufständischen beabsichtigen den Schienenstrang nach den Vereinigten Staaten abzuschneiden, um Munitionstransporte an die Regierungstruppen abzufangen.

Japan

Aenderungen im Kabinett.

London, 7. Jan. (Wolff.) Einer Meldung aus Tokio zufolge hat infolge der starken Opposition gegen den Baron Jushimara Baron Katomi das Amt des Außenministers übernommen. Ferner sind folgende Veränderungen zu verzeichnen: Ugaki wird Kriegsminister, General Murakami Marineminister.

Neuer Attentatsversuch.

London, 6. Jan. Reuter meldet aus Tokio: Vor dem kaiserlichen Palast fand in Anwesenheit der kaiserlichen Familie eine Kundgebung statt, in deren Verlauf ein Koreaner eine Bombe schleuderte, die jedoch nicht explodierte. In seinem Besitz sollen drei weitere Bomben gefunden worden sein.

Aus dem besetzten Gebiet

Ein pfälzischer Handelskammerdollar.

Ludwigshafen, 7. Jan. Wie die Handelskammer Ludwigshafen mitteilt, gibt sie zur Behebung der außerordentlichen Knappheit an deutschen Zahlungsmitteln und zum Ersatz des französischen Franken ein wertbeständiges Notgeld heraus, das unter der Kontrolle einer Kommission steht, in der alle Pfälzischen Wirtschaftskreise vertreten sind. Die Einheit dieses Geldes ist ein Dollar. Das Geld trägt den Namen „Pfälzischer Handelskammerdollar". Die Deckung in amerikanischen Dollars ist nach Vorschrift der Besatzungsbehörde bei der Allgemeinen Elsässischen Bankgesellschaft, Zweigstelle Ludwigshafen, hinterlegt. Die Interalliierte Kommission garantiert die Deckung gegen jeden Zugriff. Sie garantiert ebenso auch die Notgeldscheine in den Druckereien gegen jeden Zugriff. Das ausgegebene Notgeld verliert seine Umlauffähigkeit am 15. Februar 1924.

Zur rheinischen Goldnotenbank.

Berlin, 7. Jan. Dem deutschen Handelsdienst wird aus bergbaulichen Kreisen mitgeteilt: Die geplante rheinische Goldnotenbank ist im Ruhrbezirk von vornherein mehr als eine Angelegenheit des Handels, als der Industrie aufgefaßt worden. Man war sich darüber klar, daß in Paris und Berlin sehr starke Widerstände dagegen bestünden und insbesondere in Kreisen die im Vertragsverhältnis mit der Micum ständen, bestehe eine starke Abneigung gegen die Goldnotenbank. In dieser Woche werden Vertreter der besetzt. Gebiete nach Berlin kommen, um mit der Reichsregierung über alle mit der Goldnotenbank zusammenhängenden Fragen zu beraten. Dabei wird wohl auch über die Erweiterung der Micumverträge gesprochen werden.

Besprechungen im Ministerium für die besetzten Gebiete.

Berlin, 8. Jan. Zur Vorbereitung einer Regelung der Verkehrs-, Zoll-, Eisenbahn- und Wirtschaftsfragen im besetzten Gebiet haben gestern nach dem Lok.-Anz. in Berlin Besprechungen zwischen einer Reihe von Vertretern der beteiligten wirtschaftlichen Gruppen des besetzten Gebietes und dem Ministerium für die besetzten Gebiete stattgefunden. Wie das Blatt hört, haben diese Besprechungen zu einem vorläufigen Ergebnis geführt, das dem Ministerium als Grundlage für seine weiteren Vorschläge an das Reichskabinett dienen wird.

Die Frühlingsmädchen

3 Novelle von Rudolf Herzog.

„Der Schlacks in der Primanermütze ist der Georg Brüning vom Notar und Rechtsanwalt," erläuterte die stürmische Eva während des ruhig weiterschwebenden Gesanges. „Wie schlapp sich der Bengel hält. Der Affe glaubt, es sei die neueste Mode. Und seht doch mal den Robert Junker, den Sekundaner. Er hat sich ein paar farbige Bänder aneinandergenäht und trägt sie über der Weste, um uns einen flotten Bruder Studio vorzuspiegeln. So ein Flausenmacher. Und der Fritz Leydecker mit seinen roten Fäusten steht dabei und grinst vor Hochachtung, statt seine Körperkraft zu zeigen und uns zu Ehren die beiden anderen wenigstens einmal zu verwamsen. Mein Gott, was für Anbeter!"

„Für mich ist keiner darunter," seufzte die goldrote Maria unter ihrem Heiligenschein und begann mit süßer Stimme eine neue Liedstrophe.

„Nein, Kind, für dich ist keiner darunter. Um Gottes willen! Aber wenn wir anderen erst verheiratet sind, wollen wir einen für dich backen aus feinstem Lebkuchenherz, mit Mandelaugen und einem Rosinenmund. Friedel! Fränzchen! Gebt acht! Die Jungen klettern über die Mauer."

Das Lied riß ab. Auf huschenden Katzenpfoten ging es die Sprossenstiege hinunter, die vom Turmgehäus zur Erde führte. Dicht neben dem Turmpförtchen bauchte sich ein kleines Pförtnergelaß, und die Mädchen schlüpften eng aneinandergedrängt hinein, zogen die geöffnete Turmtür zur Deckung heran und lauschten atemlos hinter den Bohlen.

Schritte jetzt, Stolpern und Schnaufen. Die Buntbemützten hatten sich einen Mut gefaßt, stolperten über die Schwelle und begannen die Sprossenstiege zu erklimmen. Die Teufelsaugen der schwarzen Eva funkelten hinter ihnen drein. „Jetzt," sagte sie, und im Husch waren die Mädchen lautlos hinter der Tür hervor und im Freien, zogen das Pförtchen ins Schloß, drehten zweimal den Schlüssel um und wandelten, Arm in Arm gehängt, mit neuem, sehnsüchtigem Liedgesang durch den Blumengarten, wie der Welt entrückt. Von der Plattform des Turmes aber stierten die Buntbemützten fassungslos über die Brüstung.

„Jetzt haben sie uns gesehen," zischelte die braune Friedel.

„Nein," flüsterte die schwarze Eva, „sie machen Glotzaugen, und damit sieht man nichts."

„Nun wird der Fritz Leydecker wohl seine ewige Hochachtung vor den feinen Kameraden einpacken," freute sich das blonde Fränzchen.

„Ich wollte, sie sprängen vom Turm wie wilde Ritersleute," murmelte träumerisch die goldrote Maria, und dann sangen sie weiter, untergefaßt in langer Reihe, die Augen in das blaue Bergland gerichtet und den Rücken dem Turm zugewendet. Von der Loreley und den Königskindern.

Von der Plattform drang leises Scharren. Gebückt, um von der Erde aus nicht gesehen zu werden, stieg einer der betrogenen Abenteurer nach dem anderen durch die Turmluke auf die Leiter und kroch die Sprossen hinab. Nun wurde drunten die Türklinke niedergedrückt. Lautlos, aber mit strahlenden Gesichtern verfolgten die Frühlingsmädchen die Befreiungsversuche ihrer Ritter. Die verschlossene Tür gab nicht nach.

Drinnen wurde es still. Es wurde wohl Kriegsrat abgehalten. Dann warf sich ein Körper mit voller Wucht gegen die erzitternden Bohlen.

„Das war der Fritz Leydecker," flüsterte stolz das blonde Fränzchen. „Der ist der Stärkste."

Ein zweiter, ein dritter Anprall erfolgte. Das Schloß gab nicht nach.

Und plötzlich begannen die vier Frühlingsmädchen dicht vor der Turmpforte aufzukreischen, als ob das Entsetzen sie gepackt hätte: „Hilfe, Hilfe — Räuber, Mörder! Ruft den Vater — holt den Knecht! So laßt doch die Glocke läuten! Die ganze Stadt soll zu Hilfe kommen — zu Hilfe.."

„Brüllt doch nicht so! Haltet den Mund! Wir sind es ja!"

„Wir? Wer ist wir? Zu Hilfe!"

„Zum Teufel, der Georg Brüning bin ich doch!"

„Ah," machte die schwarze Eva verwundert und schnitt dazu ihren Schwestern eine hastige Grimasse, „derselbe, der immer so schlapp durch die Straßen zieht wie ein Mummelgreis?"

„Schlapp? Mummelgreis?"

„Wer ist denn noch mehr da drinnen?"

„Robert Junker!" rief eine Stimme, die vergeblich versuchte, scharf und bestimmt zu klingen.

„Wirklich?" fragte die braune Friedel erstaunt und schnippste vor Verzückung mit den Fingern. „Das Roberichen mit dem Bindebändchen um? Ich hab' schon mal geglaubt, es wär' ein wirklicher Student."

„Scheinheiliges Geschöpf!"

„Wer ist denn noch mehr da drinnen?"

„Fritz Leydecker. Wenn ihr nicht aufmacht, setzt es Schmiß!"

„Wahrhaftig?" rief das blonde Fränzchen wie erschreckt und tanzte vor Freude von einem Bein auf das andere. „Der starke Fritz, der immer der anderen Packesel ist? Derselbe?" Hinter der Turmpforte keuchte es vor Zorn.

„Für mich ist keiner da drinnen," wehklagte die goldrote Maria.

„Laßt uns heraus! Auf der Stelle! Oder ihr sollt was besehen."

„Wollt ihr auch ganz hübsch still nach Hause gehen und in Zukunft fleißig eure griechischen und lateinischen Vokabeln lernen, daß man sich eurer Bekanntschaft nicht zu schämen hat? Immer fein warten, bis wir Mädchen es an der Zeit halten —"

Weiter kam die schwarze Eva nicht. Mit wilder Gewalt hatten sich drei Knabenkörper gegen die Tür geworfen, daß die Bretter splitterten. Rücklings schlug der starke Fritz Leydecker zuerst hinaus, hinter ihm fuhren Brüning und Junker durch die Staubwolke. Eine Sekunde nur lagen sie wie betäubt. Dann machte sich Fritz Leydecker wortlos daran, das blonde Fränzchen zu verprügeln, der Primaner Brüning fiel über seine Quälerin Eva her, und der farbengeschmückte Robert Junker warf sich mit hämmernden Fäusten auf die blonde Friedel. Die Mädchen taten keinen Schrei. Stumm tobte der Kampf. Dann kletterten die drei Buntbemützten befriedigt über die Mauer und verschwanden spurlos.

Die Frühlingsmädchen waren allein. Krampfhaft hielt die atemlose Eva eine schöngemusterte Halsbinde, die zerzauste Friedel ein zerrissenes Studentenband und das höchmißhandelte Fränzchen einen großen hirschhornenen Jackenknopf in der Hand. Dann brach die Aelteste das Schweigen.

„Siehst du nun," stieß sie noch immer atemlos hervor und klopfte den Schwestern den Staub aus den Röcken, „siehst du nun, wie gut es war, kleine Maria, daß für dich — niemand drinnen war?"

Eine halbe Stunde später hatte der Knecht das alte Pförtchen wieder verschalt und in seine Angeln gehoben. Als am Abend der Vater heimkehrte, wurde er wie immer mit Jubelgeschrei empfangen.

Am späten Abend aber schlich die kleine Maria zu den Betten der Schwestern. Keine schlief. Und sie krochen zu viert in das Bett der Aeltesten, eine dicht neben der anderen, und die Kleine kam ans Fußende. Tuschelnd und kichernd durchlebten die Frühlingsmädchen noch einmal den Tag der Ritter und Frauen.

„Herrlich war's, herrlich," wisperte die kleine Maria, „wie da alles durcheinanderflog. Ein andermal laßt ihr mich mit dabei sein. Ich will auch meinen Spaß."

„Kinder," sagte die kräftige Eva, „es war Spaß und mehr als Spaß. Die Jungen wissen jetzt, daß wir ihre Fehler kennen, und werden sich vor uns zusammenreißen."

Nach diesen mütterlichen Überlegungen [illegible] kuschelten sich die Schwestern [illegible] in das Wunderland.

(Fortsetzung folgt.)

Zur deutschen Not

Holländische Hilfe.

Rotterdam, 5. Jan. Der katholische Hilfsausschuß in Hertogenbosch hat seit 3 Jan. seines Werkfeldzuges zur Linderung der Not in Deutschland empfangen: 301 429 Gulden, davon 204 205 für die deutsche Bevölkerung, 14 256 für deutsche Klöster, 12 645 für deutsche Geistliche und 9221 für notleidende Holländer in Deutschland. Insgesamt wurden bisher versandt 297 Waggon Lebensmittel und Kleidung. Die Zahl der Freiplätze für Kinder aus Deutschland ist auf 4116 gestiegen.

Zum Untergange der Dixmuide

Das französische Marineministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Die über das am Kap San Marco gefundene Reservoir angestellten Untersuchungen ergaben, daß es vom Zeppelin 113 stammt. 280 Liter enthält und 200 Kilogramm wiegt. Es wird bestätigt, daß sich dieses Reservoir auf der „Dixmuide" befand und zwar im Hauptgang zwischen den Kabinen 40 und 47, d. h. also in der Mitte des Luftschiffes. — Nach Meldungen aus Sciacca förderten die von französischen Marinesoldaten vorgenommenen Bergungsversuche ungefähr 250 Meter Telephonkabel, das sich um einen Anker gewunden hatte, zutage. Man glaubt, daß dieses Kabel zu der „Dixmuide" gehörte. Am Fundort bleibt vorerst eine Barke liegen. — Der Sarg mit der Leiche des Kommandanten der „Dixmuide" ist in Toulon angekommen. Bei der Ausschiffung wurde eine Leichenparade abgehalten, an der auch Flugzeuge teilnahmen.

Kleine Meldungen

Kommunistische Abgeordnete als Zechpreller.

WTB. Berlin, 7. Jan. Heute nacht wurden zwei Personen, die in einer Konditorei die Bezahlung der Zeche verweigerten, zur Polizeiwache abgeführt. Sie leisteten heftigen Widerstand und beschimpften die Polizeibeamten. Sie wurden festgestellt als kommunistischer Landtagsabgeordneter Paul Neumann und kommunistischer Reichstagsabgeordneter Heinrich Malzahn.

Die Bekämpfung der Schundliteratur.

Berlin, 6. Jan. Das Reichsministerium des Innern, das die Arbeiten der am 1. Januar d. Js. eingegangenen Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur im Rahmen seines Archivs für Volksbildung fortführt, hat sich durch eine Rundfrage bei den Unterrichtsverwaltungen der Länder und den größeren Volksbildungsvereinigungen über die gegenwärtige Lage, die Erfolge und Möglichkeit der Schundbekämpfung unterrichtet. Eine zusammenfassende Darstellung des reichlich eingegangenen Materials wurde unter Hervorhebung der als wirksam erprobten positiven Maßnahmen an die Unterrichtsverwaltungen der Länder und die größeren Volksbildungsvereinigungen zurückgeleitet, um zu bewirken, daß Mittel und Wege, die an der einen Stelle mit Erfolg versucht worden sind, auch an der anderen in den Dienst der Sache gestellt werden. Das Archiv für Volksbildung bittet alle interessierten Stellen und Personen um Zusendung von Arbeitsberichten. Es erteilt oder vermittelt auch auf alle Anfragen persönlich oder schriftlich sachgemäße Auskunft.

Mannheim, 6. Jan. Ein schwerer Unfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich im Vorort Rheinau. Mehrere Kinder rodelten dort eine 5 Meter hohe Böschung hinab, soweit, daß die Schlitten bis in die Mitte eines noch nicht fest zugefrorenen Weihers rutschten. Drei Kinder brachen ein; zwei, eine Schülerin von 11 Jahren und ein 9jähriger Schüler ertranken.

Gau-Köngernheim, 6. Jan. Wohl der älteste Einwohner in ganz Rheinhessen ist dieser Tage in Gau-Köngernheim verschieden. Der frühere Feldschütz, Ortsgerichtsdiener usw. Philipp Stumpf hat im Alter von mehr als 100 Jahren das Zeitliche gesegnet. Im Juni des vergangenen Jahres konnte er seinen 100. Geburtstag feiern. Der Verstorbene war bis in sein hohes Alter körperlich und geistig sehr rüstig und versah bis vor wenigen Jahren seinen Dienst.

Saarburg, 6. Jan. Ueber das Erdbeben in der Silvesternacht hat man durch die Zeitungen schon allerlei erfahren. Nirgends scheinen aber die Erschütterungen so heftig gewesen zu sein wie in unserer Gegend. An und in manchen Häusern wurde ein förmliches Schwanken wahrgenommen. In einem Hause, wo man gerade eine Verlobungsfeier beendet hatte, wurden zwei Personen durch die Erschütterungen gegeneinandergeworfen. Es soll hier aber keine Mißdeutung aufkommen, denn die beiden jungen Männer waren vollständig nüchtern; auch wurde beobachtet, daß sich die aus Eisengittern bestehenden Einfriedigungen von Häusern bewegten. Aehnlich lautende Nachrichten hörte man aus den Orten der Umgegend. Auch in Coblenz will man die Erdstöße beobachtet haben.

Der deutsche Exkronprinz in Meran?

Paris, 8. Jan. Radio teilt aus Rom mit, daß der deutsche Exkronprinz, den man in Oberschlesien glaubte, sich seit einem Monat in Meran unter dem Namen des Grafen Lingen aufhalte. Der Exkronprinz sei von einer Ordonnanz, ferner seinen zwei Söhnen und einer englischen Gouvernante begleitet.

Riesenbrand in den Londoner Docks.

London, 8. Jan. Auf den Londoner Docks ist gestern ein Riesenschadenfeuer entstanden. 200 Feuerwehrleute mit einer Anzahl von Löschgeräten sind bemüht, des entfesselten Elementes Herr zu werden. Im Augenblick erstreckt sich das Flammenmeer über eine Fläche von über 500 Yards. Eine große Anzahl von Wohnhäusern in der Umgebung der Docks mußte geräumt werden.

Wirtschaftliche Rundschau

Preisabbau in der Phosphatindustrie.

Berlin, 7. Jan. (Wolff.) Dem allgemeinen Preisabbau folgend, setzt die Superphosphatindustrie nach Rücksprache mit der Landwirtschaft den Preis für ein Kilogramm wasserlösliche Phosphorsäure in Superphosphat zur Lieferung im Frühjahr auf 59 Goldpfennig fest. Dies bedeutet eine Ermäßigung um etwa fünfzehn Prozent. Die Industrie ist dabei über die in der Herstellung eingetretene Verbilligung hinausgegangen.

Der bayrische Einzelhandel über die Beamtengehälter.

Eine Verhandlung des Landesausschusses bayrischer Provinzkaufleute beschäftigte sich kürzlich u. a. mit den neuen Goldmarkgehältern der Beamten. Die Versammlung erklärte, daß auch nach Ansicht des bayrischen Einzelhandels die neuen Beamtengehälter nicht zum Leben ausreichten und daß der Einzelhandel die Beamten in ihrem Bestreben nach besserer Bezahlung unterstützen müsse.

Immer mehr bricht sich in Deutschland die Ueberzeugung Bahn, daß die Bezahlung der Beamten entscheidend ist für das Schicksal des deutschen Mittelstandes, und daß besonders die erwerbstätigen Kreise an einer kaufkräftigen Beamtenschaft das größte Interesse haben. Es mehren sich deshalb die Stimmen, die die Beseitigung der vielfach hervortretenden Gegensätze zwischen dem Beamtentum und den Erwerbskreisen fordern. Die Beamtenschaft hat seit langem auf diese Notwendigkeit hingewiesen und es an Verständnis für eine Schicksalsgemeinschaft zwischen beiden Schichten nicht fehlen lassen.

Berlin, 5. Jan. Getreide. Amtl. Produktennotierungen in Goldmark der Goldanleihe für 1000 Kg.: Weizen 170—173 (172—175), Roggen 146 bis 150 (147—151), Sommergerste 169—174 ((169 bis 170), Hafer 126—132 (128—133), Weizenmehl 100 Kg. 26—29,25, (26—29,5). Roggenmehl 100 Kg. 25—27,25 (25—27,25), Weizenkleie 100 Kg. 8,50 (8,40), Roggenkleie 100 Kg. 8—8,25 ((8,10—8,25) Raps 285—295 (285).

Frankfurt a. M., 6. Jan. Ab 1. Februar freie Milchwirtschaft. Das Lebensmittelamt hatte den Antrag gestellt, die Zwangsbewirtschaftung der Milch aufzuheben. Die Deputation des Wirtschaftsamtes beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Frage und hat dem Antrag des Lebensmittelamtes zugestimmt. Es wurde nur die Bedingung gestellt, daß die Milchversorgung der Kinder und Kranken auf alle Fälle gesichert werden muß. Die Freigabe der Milch soll so rasch wie möglich erfolgen. Es handelt sich jetzt nur noch darum, Mittel und Wege zu finden, wie dies durchgeführt werden kann. Mit den Händlern und der Milchverwertungsgesellschaft sollen daher weitere Verhandlungen gepflogen werden. Man glaubt in Händlerkreisen, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft mehr Milch nach Frankfurt kommen wird. Als Termin für die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird der 1. Februar genannt.

Reichspostverwaltung zum wertbeständigen Notgeld.

Berlin, 7. Jan. Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Verschiedene Anfragen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß, wie die anderen Reichsbehörden auch die Reichspostverwaltung das wertbeständige Notgeld des Freistaates Preußen grundsätzlich in Zahlung nimmt. Nur soweit die Einzahlung in Rentenmark ausdrücklich vorgeschrieben ist, also im Postscheckverkehr und Rentenmarkpostanweisungsverkehr, wird Notgeld nicht angenommen. Zur Erleichterung des allgemeinen Zahlungsverkehrs sind jedoch alle staatlichen Kassen angewiesen worden, soweit dies die Geldbestände gestatten, jedem Ansuchenden auf Wunsch das preußische Notgeld in Rentenmark oder Papiermark umzutauschen.

Güterverkehr aus dem Ausland.

Köln, 8. Jan. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten in Amsterdam gibt bekannt, daß nach Mitteilung des holl. Gesandten in Paris die Rheinlandkommission am 2. Januar d. Js. beschlossen habe, daß Güter aus dem Auslande ohne Bezahlung von Abgaben an die Besatzungsbehörden durch das besetzte Gebiet nach dem unbesetzten Gebiet befördert werden können.

Oberschlesien.

Beuthen, 7. Jan. (Wolff.) Auf die starken Schneefälle in der vergangenen Woche die den Verkehr in Oberschlesien nahezu lähmten, folgte jetzt eine ungewöhnliche Kältewelle. Das Thermometer zeigte vergangene Nacht 23 Grad Celsius unter Null. Die Temperatur stieg bis zum Mittag um acht Grad. Durch diesen heftigen Frost und die dadurch Vereisung der Schneemassen ist der Verkehr sowohl im deutschen wie im polnischen Industriegebiet erneut sehr gehemmt worden. Die Versorgung der Städte ist sehr erschwert worden, da der Verkehr über Land ruht. Der Eisenbahnverkehr auf der Hauptstrecke Beuthen—Oppeln ist nicht gestört. Die Züge haben aber hier wie auf allen Linien starke Verspätungen.

•

Berlin, 7. Jan. Wie die Blätter melden, hat die Generalversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller die am Samstag getroffenen Vereinbarungen genehmigt. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird nun überall erfolgen. Ein Ueberstundenzuschlag tritt erst bei der elften Arbeitsstunde in Kraft. Die Entlohnung beträgt in den einzelnen Stufen 38 bis 48 Pfennig pro Stunde.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 9. Jan. Auszahlung der Kleinrentnerunterstützung am Donnerstag, den 10. Januar, vorm., auf der Stadtkasse (Zimmer 10).

Bad Ems, 9. Jan. Bei dem jetzigen starken Frostwetter ist es unumgänglich, daß jeder Gebäudebesitzer und Mieter darauf bedacht ist, seine Wasserleitung vor dem Einfrieren zu schützen. Durch Bewickeln der Leitungen, besonders an den Stellen vor und hinter dem Wassermesser, auch an sonstigen freiliegenden Stellen der Leitung, mit Stroh oder Lappen, durch Verstopfen der Kellerluken, durch Abstellen und Entleeren der Hausleitungen während der Nachtzeit kann dem vorgebeugt werden und sich jeder vor Schaden schützen, da evtl. Instandsetzungen bedeutende Kosten verursachen.

Bad Ems, 9. Jan. Durch die schweren Schneefälle der vergangenen Woche verbunden mit starkem Frost ist bei einem plötzlichen Witterungswechsel Hochwasser zu befürchten. Es müssen daher schon jetzt Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, um Schäden nach Möglichkeit vorzubeugen. Den Bewohnern der in der Nähe der Lahn und ihrer Zuflüsse gelegenen Anwesen wird daher geraten, schon jetzt die Keller und tiefer gelegenen Räumlichkeiten von Möbeln und Vorräten zu räumen, damit sie nicht überrascht werden. Das Hochwasser kann über Nacht kommen. Für den Notfall stehen die früheren Feuermeldestellen zur Alarmierung der Wasserwehr zur Verfügung.

Bad Ems, 9. Jan. (Oratorium „Die fromme Ruth".) Am vergangenen Sonntag brachte der Evangelische Kirchengesangverein Bad Ems die Cantate „Die fromme Ruth", von Hermann Müller gedichtet und komponiert, in der ev. Pfarrkirche zu Gehör. Jene zartsinnige und herrliche alttestamentliche Erzählung von der Gottesfurcht und Treue der edlen Ruth hat von jeher unsere großen Dichter und Komponisten ein begeisterndes und dankbares Motiv abgegeben. Die Cantate von H. Müller steht darunter in der ersten Linie. In sicherer und überaus schöner Weise führten die einzelnen Solisten: Frl. Scharffenberg als Ruth, Frl. H. Wagner als Naemi, Frl. M. Gröisch als Erzählerin und Herr Ingenieur Kempf-Nassau als Boas ihre Rollen durch. In seiner gewohnten Tüchtigkeit sang der Kirchengesangverein die Chöre und Choräle, die die Herzen der Zuhörer immer von neuem zu tiefer Andacht zwingen. Es sei unter anderem hingewiesen auf den herrlichen Chor der Schnitter Nr. 15 und den zartinnigen Wechselgesang zwischen Ruth und den Schnitterinnen Nr. 20. Die Choräle begleitete der ev. Bläserchor in stimmungsvoller Weise. Eine besonders wichtige und große Aufgabe fiel der Orgel zu, die gleichsam das Rückgrad des Ganzen bildete. Sie wurde von Herrn W. Schmidt in der trefflichsten Weise bedient. Der jugendliche Organist zeigte sich seiner schwierigen Aufgabe meisterhaft gewachsen. Die ganze Aufführung stand unter der sicheren und ausgezeichneten Leitung des Herrn Lehrer Heinrich Schmidt. Ihm als Leiter sowie dem Kirchenchor wie allen einzelnen mitwirkenden Kräften sei auch an dieser Stelle herzlicher Dank für die Stunden der Andacht und religiössittlicher Erbauung ausgesprochen.

Diez, 8. Jan. (Radfahrklub 1920.) Der Radfahrklub 1920 hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, am Sonntag, den 13. Januar 1924, abends, im Hotel Viktoria ein Wintervergnügen für seine Mitglieder und eingeführte Gäste abzuhalten. Bei dieser Gelegenheit soll gleichzeitig die neubeschaffte Standarte übergeben werden. Durch hochherzige Stiftungen von Mitgliedern und Gönnern war es dem Verein möglich, vor einiger Zeit die Standarte, die in ihrer Ausführung und Aufmachung als ein Kunstwerk zu bezeichnen ist, zu beschaffen. Für den Abend ist außerdem ein schönes Programm zusammengestellt, unter anderem wurde eine auswärtige Künstlerkapelle verpflichtet. Die übliche Verlosung findet ebenfalls statt. Die Veranstaltungen des Radfahrklubs, die noch von früher her in bestem Andenken stehen, lassen uns hoffen, daß auch diesmal von dem Verein etwas Gutes geboten wird.

Jagdliches

Jagdunfälle und kein Ende. Der 23 Jahre alte Otto Rychner von Rupersthal hatte von der Scheune aus wahrscheinlich einem Raubvogel aufgelauert, und stellte das Jagdgewehr mit gespanntem Hahn in eine Ecke. Dabei ging der Schuß los und traf Rychner in den Kopf. Er war augenblicklich tot.

Vom Herbstschnepfenzug. In der Gegend von Feltre herrschte um den 31. Oktober starker Schnepfenzug, der bis zum 4. Dez. dauerte. Am 5. und 6. Dezember zogen sie weg, voraussichtlich merkten sie den Witterungsumschlag, der uns erst Regen, dann Hagel und auf den Bergen Schnee brachte. In den fünf guten Tagen sind sicher um Feltre herum 400 Schnepfen geschossen worden. Dort wurde auch, eine ganz besonders große Seltenheit, ein Auerhahn geschossen, und zwar mit dem dritten Schuß von einem Dach herunter.

Die Steinbockkolonie im Weißtannental hat dieses Jahr wieder Vermehrung erfahren. Von einem Wildhüter sind vier Geißen mit je einem Kitze beobachtet worden. Jüngst wurden am Valtüsch auch drei starke männliche Steinböcke gesichtet.

Die heutigen Devisenkurse: (nichtamtl.)

Dollar	4.300	Billionen	Mark
englisches Pfund	18.500	"	"
holländ. Gulden	1.600	"	"
frz. Frank	220	Milliarden	"
belg. Frank	195	"	"
schweiz. Frank	720	"	"

Humoristisches.

Ein findiger Kopf. Lehrer: „Ge… mir einen Satz, in dem Dein Name vorkommt." — Georg: „Mein Vater ist bei einer Fürsorgeorganisation."

Moderne Liebesbeteuerung. Verliebter: „Ach, Fräulein Röschen, Sie interessieren mich wie — wie der Stand des Dollars."

Im Nullen-Zeitalter. „Na, wie alt sind Sie denn, Mütterlein?" — „Ach, ich glaube, 75 000, so genau weiß ich's nicht mehr."

Letzte Nachrichten

Weitere Verhandlungsmöglichkeiten

Paris, 9. Jan. Ueber die französische und belgische Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dezember will der „Matin" erfahren haben, daß die beiden Dokumente die Türe zu weiteren Verhandlungen nicht verschließen. Wahrscheinlich werde heute am Quai d'Orsay die letzte Hand an die französische Note gelegt werden, die alsdann unverzüglich dem Botschafterrat von Hoesch ausgehändigt werde.

Amtlicher Teil

I. 65. Diez, den 5. Januar 1924.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Nach § 7 der Kreispolizeiverordnung vom 7. Januar 1903, Sonderbeilage zum amtlichen Kreisblatt Nr. 18 von 1903, ist bestimmt:

„Die Ortspolizeibehörden haben die Leichenschauscheine dem Kreisarzte einzureichen und zwar

1. wenn der Tod an einer Krankheit erfolgt, die nach den bestehenden Vorschriften angezeigt werden muß, sofort.
2. alle übrigen Scheine gesammelt am 1. eines jeden Monats.

Anscheinend sind diese Bestimmungen in Vergessenheit geraten, da ein großer Teil der Ortspolizeibehörden die Leichenschauscheine überhaupt nicht mehr dem Kreismedizinalrat eingesandt hat. Ich ersuche nunmehr, dies umgehend nachzuholen und für die Folge auf eine genaue Beachtung der Bestimmungen bedacht zu sein.

Der Landrat

I. 11 283. Diez, den 3. Januar 1924.

An die Polizeiverwaltungen der drei Städte, die Herren Bürgermeister der Landgemeinden und die Herren Landjägereibeamten des Kreises.

In den nächsten Tagen lasse ich Ihnen durch die Post ein vom Landesfinanzamt (Abtlg. für Besitz- und Verkehrssteuern) Zweigstelle in Frankfurt a. M. herausgegebenes Merkblatt über Ermittelung von Steuerzuwiderhandlungen für Beamte des Steueraußen-, Polizei- und Sicherheitsdienstes mit dem Ersuchen um Beachtung und entsprechendem Aushang im Büro zugehen.

Der Landrat

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab wird der Wert der Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzugs vom Arbeitslohn wie folgt festgesetzt.

1. volle freie Station

a) für weibliche Hausangestellte usw. monatlich 20 Goldmark.
b) für männliche Angestellte usw. monatlich 30 Goldmark
c) für Angestellte höherer Ordnung monatlich 4[illegible] Goldmark;
d) für die in der Großschiffahrt beschäftigten Kapitäne usw. monatlich 60 Goldmark.

Von den vorstehenden Sätzen entfallen auf

a) freie Station (ohne Wohnung, Heizung und Beleuchtung) 5/6.
b) freie Wohnung einschl. Heizung und Beleuchtung (ohne Naturalbezüge) 1/6
c) auf das erste und zweite Frühstück 1/6
d) auf das Mittagessen 3/6
e) auf das Abendessen 1/6

Hat auch die Familie des Arbeitnehmers freie Wohnung und Verpflegung, so erhöht sich der Betrag für die Ehefrau und jedes Kind über 16 Jahren um 2/3, für jedes Kind unter 16 Jahren um 1/3.

Wird nur freie Wohnung ohne Heizung und Beleuchtung und ohne Naturalbezüge gewährt, ist der Wert der freien Wohnung nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzusetzen.

Der Wert der den Bergbauangestellten und Bergarbeitern gewährten Hausbrandkohle wird auf 75 v. H. des Großhandelspreises festgesetzt.

Diez, den 4. Januar 1924.

Das Finanzamt

Abschrift.

Bf. d. M. d. J. v. 30. 10. 1923 — IV e 527, betr. Gebühren für Legitimierung ausländischer Arbeiter.

In sinngemäßer Anwendung meines Erlasses v. 31. 8. 1923 — VI e 451 (M. Bl. V. S. 915) wird die Grundgebühr für das Umschreiben einer Legitimationskarte beim Stellenwechsel — vgl. Ziff. VIII, 6 meines Erlasses v. 19. 12. 1922, IV e 5887 (M. Bl. V. S. 1231) auf 0,50 M. festgesetzt.

An die Ober- und Regierungs-Präsidenten, den Polizeipräsidenten hier, die Landräte und Ortspolizeibehörden.

I. 11 273. Diez, den 3. Januar 1924.

Abdruck vorstehenden Erlasses den Ortspolizeibehörden des Kreises zur Kenntnisnahme und Beachtung.

Der Landrat

Gedenket der hungernden Vögel!

Bis auf weiteres

Zu ganz außergewöhnlich vorteilhaften Preisen!

INVENTUR-AUSVERKAUF

Strick- und Woll-Kleider
Mk. 18.- 25.- 36.- 45.-

Seiden- u. Sammet-Kleider
Mk. 15.- 25.- 34.- 48.-

Waschkleider Voile u. Frotte
Mk. 8.- 12.- 15.- 24.-

Blusen
aus Satin, Voile, Zephir und Seide
Mk. 2.50 3.50 4.75 5.50 7.50 12.50

Jumper
aus Wolle und Seide
Mk. 9.- 12.- 15.- 22.-

Kostüm-Röcke
aus Frotté, Wolle und Seide
Mk. 6.50 9.00 12.50 15.00 18.00

1 Grundmark = 1 Billion Papiermark

Strickjacken
aus Seide und Wolle
Mk. 12.- 18.- 25.-

Damen-Mäntel
aus guten, rein wollenen Stoffen
M 12.00 18.00 24.00 29.00 35.00

Damen-Kostüme
aus nur rein wollenen Stoffen teils auf Seide
Mk. 25.- 35.- 45.-

Damen-Strümpfe
Baumwolle . . . 0.75 Mk.
Seidengriff . . . 1.25 Mk.
Kunstseide . . . 1.75 Mk.

Pelze, Stolas Kragen und Füchse
sehr preiswert!!

HCH. KÖNIGSBERGER · BAD EMS

Besichtigen Sie meine Auslagen, worin ein Teil dieses Angebots ausgestellt ist.

Sitzung der Stadtverordneten-versammlung zu Bad Ems

am Freitag den 11. Januar 1924, nachmittags 4 Uhr im Rathaussaal.

A. Einführung eines Beigeordneten.
Einführung eines Magistratsschöffen.

B. Vorlagen des Magistrats.
1. Wahl eines Beigeordneten.
2. Steuer-Nachtragsumlage für Oktober-Dezember 1923.
3. Erhebung der Hundesteuer.
4. Wahl eines Sachverständigen in die Wohnungskommission.
5. Bullenhaltungsvertrag.
6. Abgabe von Lebensmittel.

Eilsache:
7. Amtsgeschäfte des Bürgermeisters.

C. Mitteilungen.

Die Akten liegen am Mittwoch, den 9., und Donnerstag, den 10. Januar 1924 im Rathaus — Zimmer 17 — zur Einsicht offen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Bad Ems, den 7. Januar 1924.

Der Stadtverordnetenvorsteher:
Malzbender.

Jagd-Verpachtung.

Am 15. Januar nachmittags 3 Uhr findet die Jagdverpachtung der Gemeinde Obernhof bestehend in ca. 240 Hektar Wald und Feldjagd auf die Dauer von 9 Jahren auf der Bürgermeisterei in Obernhof öffentlich meistbietend statt.

Obernhof, den 8. Januar 1924.

Der Jagdvorsteher:
, Bürgermeister

Bekanntmachung

Die nach § 53 Abs. 4 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn von den zum Ueberweisungsverfahren zugelassenen Arbeitgebern bis Ende dieses Monats dem Finanzamt einzureichenden Ueberweisungsblätter werden voraussichtlich für die Einkommensteuerveranlagung 1923 nicht benötigt.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat sich dahin damit einverstanden erklärt, daß die Ausschreibung der Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen vorläufig unterbleibt.

Ebenso kann von der Ausfertigung der nach der Verordnung vom 2. Januar 1922 am Jahresschlusse auszustellenden Ausweise seitens der zum erleichterten Steuerabzugsverfahren zugelassenen Behörden zunächst abgesehen werden.

Diez, den 5. Januar 1924. **Das Finanzamt**

Meiner werten Kundschaft
empfiehlt
zu Kleinverkaufspreisen
Limburger Käse
per Pfd. 1.— Mark
Tilsiter Käse Vollfett
per Pfd. 1.70 Mark
Schweizer Käse
per Pfd. 2.20 Mark
A. Straub
Frelendiez. Fernruf 223.

Union-Briketts
ab Lager und frei Haus sofort lieferbar.
Balzer & Co., Bad Ems Alexanderstraße 1.

Bekanntmachung

Im hiesigen Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 142 die Kommanditgesellschaft Glasmann u. Cie. in Bad Ems mit 1 Kommanditisten eingetragen worden. Die Gesellschaft hat am 1. Dezember 1923 begonnen. Persönlich haftender Gesellschafter ist der Kaufmann Heinrich Glasmann jr. in Bad Ems.

Bad Ems, den 31. Dezember 1923.

Das Amtsgericht

Tüchtiges
Haus- und Zimmermädchen
sofort gegen hohen Lohn gesucht.
Frau Born, Bad Ems.
Haus Taube, Grabenstr. 58.

Drei Herren
im Alter von 23 Jahren suchen die Bekanntschaft junger Damen im gleichen Alter zwecks späterer Heirat.
Offerten mit Lichtbild unter D. 161 an die Geschäftsstelle

Zu verkaufen:
1 eisernes Bett und ovaler Tisch.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Zeitung.

Jung. Fräulein
für Kontorarbeiten in Diez gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein fast neuer
Füllofen
mit Kochvorrichtung preiswert zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Für sofort gesucht ein
Mädchen
für Küche und Haus. Hoher Lohn.
Grunewald, Bahnhofswirtschaft, Bad Ems.

Zu verkaufen:
2türiger polierter Kleiderschrank.
Näheres Geschäftsstelle.

Pension
in Ems bei nur gebildete Familie sucht erholungsbedürftige verheiratete Dam.
Offerten unter E. 21 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Nähmaschinen
wieder eingetroffen
Damen u. Herren-FAHRRÄDER
Prima Qualität. Billige Preise.
Grosse Auswahl in allen Ersatzteilen.
Automobil- und Fahrradgummi
Herabgesetzte Preise.
Elektr. Artikel, wie
Bügeleisen, Kocher, Platten, Taschenlampen und **Batterien** in bekannter Güte
Benzinfeuerzeuge.
Auto-Zentrale Biller & Co.
BAD EMS.
Benzin. Oel. Carbid. Reparaturen. Garagen.

Beachten Sie meine Fenster, Qualitäten und Preise!

Grosser Inventur-Ausverkauf!

Seiden-Spangenschuhe mit Ia. Ledersohle	3,—	Bill. M.
Leder-Spangen- und Schnürschuhe	6,5	„ „
Ia. Halblack-Schnür- u. Spangenschuhe	12,5	„ „
Damenstiefel, Fabrikat Wolf, (Rahmenware)	12,5	„ „

Enorm billig weil unter Einkaufspreis

Schuhhaus M. Stern, Bad Ems Römerstr. 62 Telefon 106

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht.— Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheck. Ffk (M) 10618

Nummer 8 — Bad Ems, Donnerstag den 10. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Der französische Finanzminister über die Frankenwährung. Zu dem Rechberg'schen Plan. Die Reichsregierung gegen Schlemmerei.

Aeußerung von de Lasteyrie

Paris, 9. Jan. Im Verlaufe des gestrigen Ministerrates wurde ausführlich zur Währungsfrage Stellung genommen. Bei Ausgang der Sitzung machte der Finanzminister de Lasteyrie den Journalisten ausführliche Angaben und sagte u. a.: Der wahre Grund des Sturzes des französischen Franken sei darin zu erblicken, daß seit dem Frieden große Frankenbeträge in die Hände von Ausländern gegangen seien. Später habe das Sinken der englischen Währung umfangreiche Dollarkäufe heraufbeschworen und indirekt den Verkauf von neuen Frankenbeträgen zur Folge gehabt. Diese Franken, so fügt der Finanzminister hinzu, stellen in den Händen des Auslandes eine Waffe dar, deren es sich zur Entwertung der Wechselkurse bedient. Die Deutschen sind auf diesem Gebiete besonders beschlagen und versuchen, die auswärtige Politik Frankreichs zu beeinflussen und Poincare zum Verzicht auf seine Aktion an der Ruhr zu bewegen. Gleichzeitig verkündet die deutsche Propaganda, fuhr der Finanzminister fort, allenthalben, daß der Sturz der Mark den Sturz des Franken nach sich ziehen werde. In Frankreich werde man den Rückschlag dieses Manövers erdulden müssen. Es seien Rundschreiben der deutschen Banken, aus denen deutlich der Plan hervorgehe, beschlagnahmt und der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der französische Finanzminister beabsichtigt nunmehr eine Reihe von Maßnahmen zur Deckung der französischen Valuta zu ergreifen. Zu diesem Zwecke werden dem Parlament neue Gesetzesvorlagen demnächst unterbreitet. Im einzelnen zielt das Programm de Lasteyries darauf ab, eine genaue Ueberwachung der Börsengeschäfte zu organisieren und außerdem verdächtigen Personen den Zutritt zur Börse zu untersagen. Auch sollen die telephonischen Verbindungen der Börse mit dem Auslande künftig streng kontrolliert werden, um die Verbreitung alarmierender Gerüchte zu verhindern. Dem Parlament würde ein Entwurf zur Verminderung der öffentlichen Ausgaben und zur Schaffung des Streichholzmonopols zugehen. Von der Verwirklichung dieser Maßnahmen verspricht sich der Finanzminister jedoch keine überraschende Erholung der französischen Währung. Dafür ist das Geständnis bezeichnend, das de Lasteyrie zum Schlusse seiner Erklärungen ablegte: Unsere Finanzlage zerrüttet einzig und allein das Reparationsproblem, weil die Deutschen die vorgeschriebenen Zahlungen nicht leisten. Wir haben im Auslande zur Ausgleichung unseres Haushaltes eine Anleihe aufgenommen. Wenn Poincare die Rechte Frankreichs verteidigt, so verteidigt er gleichzeitig den Franken.

Zur Kritik an Rechberg

Berlin, 9. Jan. Von unterrichteter Seite erfährt die „Telegraphen-Union" zu dem Rechberg'schen Plan: In der ausländischen Presse hat man zunächst hinter der Persönlichkeit Rechbergs große deutsche Industrieinteressen vermutet. Hier liegt vielleicht eine Verwechselung vor. Herr Rechberg der jetzt in Paris seinen Reparationsplan entwickelt hat, ist nicht identisch mit dem Kaliindustriellen Rechberg, der seinerzeit an den mit Billigung der deutschen Regierung stattgefundenen deutsch-französischen Industriellenverhandlungen teilgenommen hat. Die Pläne des Herrn Rechberg sind in deutschen Regierungskreisen genau bekannt, und zwar datieren sie von der Vorkriegszeit her. Herr Rechberg lebte damals als Bildhauer in Paris, wo er ein Mitglied der dortigen englischen Botschaft kennen lernte, das bereits damals der unerschütterlichen Ansicht war, daß es zu einem Kriege zwischen England und Deutschland kommen werde. Ein solcher Krieg ließe sich nach Meinung der Engländer verhindern, wenn es gelang, die englische und die deutsche Wirtschaft für einander zu interessieren. Während des Krieges gelang es Herrn Rechberg, den damaligen Abgeordneten und späteren Reichsfinanzminister Erzberger für seinen Plan, der auf eine Verständigung mit Lloyd George abzielte, zu interessieren.

Nach dem Kriege stellte sich Rechberg auf den Standpunkt: Wir haben den Krieg verloren. Infolgedessen kommt eine gegenseitige Beteiligung nicht mehr in Betracht. Um die französische Oeffentlichkeit für das aufblühende Deutschland zu interessieren, glaubt er jetzt der französischen Regierung bezw. der französischen Industrie 30 Prozent deutschen Aktienkapitals, das um den gleichen Prozentsatz erhöht werden sollte, anbieten zu müssen.

Auf diese Weise die Lösung des Reparationsproblems zu versuchen, erscheint ungeeignet. Einmal ist es unmöglich, einen solchen Plan auf die deutsche Aktiengesellschaft zu beschränken und somit eine Differenzierung zwischen den in Aktienform betriebenen Gesellschaften und den Privatgesellschaften vorzunehmen. Anderseits aber wird es stets von einer Gesellschaft selbst abhängig bleiben müssen, ob sie eine Dividende verteilen will oder nicht. In dem Augenblick, wo eine Verzinsung des Aktienkapitals ausbliebe, würde sofort der Protest der französischen Aktienbesitzer erfolgen. Wenn man den Plan des Herrn Rechberg durchführen wollte, müßte man gleichzeitig Frankreich auch die Kontrolle über das ganze Geschäftsgebahren der Gesellschaften zubilligen. Weiterhin würde der finanzielle Ertrag eines Angebotes wie es Herr Rechberg vorschlägt, so eminent gering sein, daß man von einer Lösung des Reparationsproblems überhaupt nicht sprechen kann. Wenn man das wirkliche Goldkapital der deutschen Aktiengesellschaften nimmt, so würde eine Beteiligung von 30 Prozent eine verhältnismäßig sehr geringe Summe sein. Eine gegenseitige Kooperation der Industrien Frankreichs und Deutschlands hätte vielleicht auch heute noch eine gewisse Grundlage. Aber eine ganz einseitige Hingabe der deutschen Wirtschaft würde nicht nur nicht das Reparationsproblem um einen Schritt der Lösung näher bringen, sondern auch gerade dazu neue Konfliktsmöglichkeiten eröffnen.

Auch die deutsche Industrie verhält sich dem Rechbergschen Plane gegenüber ablehnend. Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris" ist an Direktor Dr. Sorge mit der Bitte herangetreten, daß dieser sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die von Arnold Rechberg in Paris vorgetragenen Pläne äußere. Dr. Sorge hat in einer längeren Unterredung Nachstehendes zum Ausdruck gebracht:

Zunächst müsse festgestellt werden, daß Arnold Rechberg nicht als maßgebender Industrieller von der deutschen Wirtschaft anerkannt werde. Diese Feststellung sei notwendig, weil Aeußerungen von Arnold Rechberg, der der Bruder des einflußreichen Industriellen, Kommerzienrats E. F. Rechberg, ist, als dessen Aeußerungen aufgefaßt und demnach bewertet werden könnten. Dr. Sorge stellte weiter fest, daß die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit, jedenfalls in ihrer überwiegenden Mehrheit durchaus bereit ist, große Opfer zu bringen, für eine endgültige Lösung der Entschädigungsfrage und damit des Wiederaufbaus Deutschlands und auch Europas. Wäre das letzte deutsche Angebot, das sich in seiner Hauptsache auf die praktischen Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industrie stützte, angenommen worden, so würden wir heute auf dem Wege der Gesundung Europas einen erheblichen Schritt vorangekommen sein, und Frankreichs Interessen wären wesentlich besser gewahrt geblieben als durch die Ruhrbesetzung und ihre für alle Beteiligten nachteiligen Folgen.

Zu den Rechbergschen Vorschlägen nahm Dr. Sorge wie folgt Stellung: Sie seien an sich nicht neu und auch von einzelnen Industriellen, sowohl deutschen, wie namentlich französisch-belgischen erörtert worden. Nach seiner Kenntnis sei eine solche Erörterung immer, jedenfalls auf deutscher Seite, von dem Gedanken der Gegenseitigkeit ausgegangen, d. h. die vereinzelten Anhänger solcher Gedanken glaubten eine Verschmelzung der Interessen und damit eine Ausscheiden von internationalen Reibungen dadurch erreichen zu können, daß einerseits eine Beteiligung der Industrie der Verbandsländer an den deutschen Werken und anderseits der deutschen Industrie an den Betrieben der Verbandsländer versucht werden sollte. Längst sei aber auf allen Seiten, auch auf der der Verbündeten, nach näherem Durchdenken, der Plan als undurchführbar und unzweckmäßig erkannt worden. Denn entweder bedeute diese gegenseitige Beteiligung nur eine rein finanzielle Teilnahme an den Gewinnen, und das sei ja schließlich nicht das, was die Verfechter des Gedankens haben wollen, oder sie müsse die Gewinnung eines wesentlichen Einflusses auf die ganze Leitung der industriellen Anlagen bedeuten, was wiederum die Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit vornehmen, so würde man die Grundlage für die Möglichkeit höchster Leistungsfähigkeit sowohl der deutschen als auch der französischen Industrie jedenfalls gefährden, vielleicht zerstören; denn die Industrie der verschiedenen Länder könnten im beiderseitigen Interesse wohl Hand in Hand arbeiten; aber es liege in der Natur der Dinge, daß jede selbständig sich den Bedürfnissen des eigenen Landes, auch in der Leitung, anpaßt. Der Erfolg industrieller Unternehmungen gründe sich doch wesentlich auf das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für die Erreichung eines einheitlichen wirtschaftlichen Zieles, und dabei könnten bei keinem Volk vaterländische Gefühlsmomente ausgeschaltet werden, die den Ertrag der persönlichen Arbeitsleistung naturgemäß auch dem eignen Lande zugute kommen lassen wollen. Der Rechbergsche Plan würde daher nach der Auffassung Dr. Sorges nicht zu einem Ausgleich der Schwierigkeiten führen, er könnte vielmehr leicht zu einem Herd dauernder Beunruhigungen werden.

Die deutsche Not?

Berlin, 8. Jan. Wie die Blätter melden, beträgt nach angeblich zuverlässigen Schätzungen der Anteil der deutschen Gäste in St. Moritz, Pontresina und am Gardasee fast 70 Prozent. Die Reichsregierung soll scharfe Maßnahmen finanztechnischer Art gegen diejenigen Kreise planen, die es jetzt möglich machen können, ins Ausland zu gehen und sich dort wochenlang in Luxuskurorten aufzuhalten.

Basel, 9. Jan. Die von der deutschen Regierung beabsichtigten Maßnahmen gegen solche Deutsche, die in ausländischen Winterkurorten, so besonders in der Schweiz, durch ihr luxuriöses Leben auffallen, finden im Auslande Anerkennung. Es ist aber notwendig, daß die Maßnahmen auch sofort in die Praxis umgesetzt werden. Denn diese Leute haben die Sympathien und die Hilfsbereitschaft, die man für die deutsche Not an den Tag legt, stark herabgemindert. Es hat auch in der Schweiz in den letzten Wochen sehr befremdend gewirkt, daß überall in wärmster Weise für die Notleidenden in Deutschland gesammelt wurde, während die Züge in den Feiertagen immer neue Scharen von Vergnügungssüchtigen aus Deutschland hereinbrachten. Nach Mitteilung der Presse werden jetzt auch die Schweizer Behörden die Deutschen in den Kurorten einer schärferen Kontrolle unterstellen, und das Schweizerische Hilfskomitee will sie für die Deutschenhilfe heranziehen. Gleichzeitig bittet die Schweizer Hilfsorganisation für die Notleidenden in Deutschland in einem Aufruf in der Presse, das Schweizer Volk sich dadurch in seiner Opferwilligkeit nicht beirren zu lassen.

Wie aus Berlin verlautet, plant die Reichsregierung scharfe Maßnahmen finanztechnischer Art gegen alle diejenigen, die es sich leisten, wochenlang in ausländischen Luxushotels sich aufzuhalten. Kriminalbeamten überwachen die Anwesenheitsliste in den bekannten Kurorten und erstatten dann den zuständigen Finanzämtern Bericht über die Namen der dort festgestellten deutschen Gäste. Bei ihrer Rückkehr werden diese dann vom Finanzamt vorgeladen und wenn sich ergibt, daß die Einkommensteuer im Gegensatz zu den Kosten in einem ausländischen Kurort stehen, werden sich die Schuldigen einer scharfen Nachprüfung ihrer Steuererklärung zu unterziehen haben. Darüber hinaus will man der übertriebenen Reiselust ins Ausland durch Sperrung von Pässen zu Vergnügungsreisen vorbeugen.

Politische Nachrichten

Deutschland

Steuerermäßigung für die notleidende Kulturschicht.

Berlin, 8. Jan. Aufgrund einer Eingabe des Präsidenten des Schutzkartells für die notleidende Kulturschicht Deutschlands, des Reichstagsabgeordneten Dr. Otto Everling, ordnete der Reichsfinanzminister zu Paragraph 3 der Steuernotverordnung an, daß eine Veranlagung der Umsätze der freien Berufe im Kalenderjahr 1923 bei verhältnismäßig geringer Höhe der Einnahmen unterbleibt. Dies gilt zunächst für die vierteljährliche Vorauszahlung im Januar 1924. Ob und in welchem Umfange eine Erleichterung bei der im April fälligen Vorauszahlung stattfinden kann, wird von der Entwicklung der Verhältnisse abhängen.

Aushebung einer geheimen kommunistischen Konferenz.

Frankfurt a. M., 8. Jan. Am vergangenen Sonntag ist von der Kriminalpolizei eine in Hanau tagende geheime kommunistische Konferenz ausgehoben und die Teilnehmer, der Volksstimme zufolge, verhaftet worden.

Berechtigte Beschwerde des Abg. Sollmann.

Berlin, 8. Jan. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat die Beschwerde des Abgeordneten Sollmann, dem die Veranstaltung einer öffentlichen politischen Versammlung im Bezirk Münster durch den Militärbefehlshaber am 14. Dezember verboten wurde, einstimmig als berechtigt anerkannt und weiter beschlossen, durch den Reichstagspräsidenten dem Reichswehrminister als seine einmütige Ueberzeugung zur Kenntnis zu bringen, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September keine Rechtsgrundlage für grundsätzliches Verbot von Versammlungen gebe und Verbote nur zulässig seien, wenn ein besonderer Anlaß dazu gegeben sei.

Dr. Schacht hat die Leitung der Reichsbank übernommen.

Berlin, 8. Jan. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der gestern nach Berlin zurückgekehrt ist, hat heute die Leitung der Reichsbank übernommen. Nach der B. Z. behält Dr. Schacht daneben sein Amt als Reichswährungskommissar, in welcher Eigenschaft er beratendes Mitglied des Reichskabinetts ist.

Dr. Schacht und das Goldnoteninstitut.

Berlin, 8. Jan. Die Eindrücke, die der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf der Reise nach London und Amsterdam gewonnen hat, werden in unterrichteten Kreisen als durchaus zufriedenstellend bezeichnet, namentlich hinsichtlich der Auffassung von der Bedeutung eines zu gründenden Goldnoteninstituts für die Sanierung des deutschen Geldverhältnisses und eine endgültige Stabilisierung der Währung.

Bayern

Die Denkschrift ohne Wissen des Landtags veröffentlicht.

München, 7. Jan. Im Verfassungsausschuß des Landtags hat der Abgeordnete Dr. Dirr im Namen der Demokraten eine Erklärung abgegeben, in welcher das Bedauern darüber ausgesprochen wurde, daß die Denkschrift der bayrischen Regierung über die Revision der Weimarer Verfassung veröffentlicht wurde, ohne daß der Landtag davon Kenntnis bekam. Die Erklärung verlangt, daß die Regierung in nächster Zeit mit der Volksvertretung in eine Aussprache über diesen Schritt und über den Inhalt der Denkschrift eintritt. Dr. Müller (Dem.) bezeichnete es als ungeheuerlich, daß die Abgeordneten, obwohl der Verfassungsausschuß versammelt sei, erst aus der Presse von dieser großen Verfassungsaktion erfahren mußten.

Freisetzung der Schutzhaftgefangenen.

München, 7. Jan. Ein kommunistischer Antrag im Landtag verlangt, daß sämtliche Schutzhaftgefangenen sofort in Freiheit gesetzt werden.

Keine Beseitigung des Ausnahmezustandes.

München, 7. Jan. Der Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages lehnte einen Antrag, der Beseitigung des Ausnahmezustandes ohne jede Beschränkung verlangt, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten ab; ferner wurden Anträge auf Außerkraftsetzung des Ausnahmezustandes während der Wahlzeit abgelehnt.

Dagegen nahm der Verfassungsausschuß einen demokratischen Antrag an, der Sicherheiten schafft gegen Zeitungs- und Druckschriftenverbote während der Wahlzeit und die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit im gesetzmäßigen Rahmen wiederherstellt. Angenommen wurde weiter ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, nach dem Angehörigen der auswärtigen politischen Parteien die gleiche Versammlungsfreiheit gewährt wird, wie den übrigen Parteien. — Bei der

Beratung des Regierungsentwurfs zur Abänderung des Landtagswahlgesetzes wandte sich der Referent, Graf Pestalozza (B. V.) gegen eine weitere Beeinträchtigung des flachen Landes durch allzugroße Beschränkung der Zahl der Mandate. Minister des Innern, Schweyer, bemerkte, das bayrische Parlament sei nicht zu zahlreich besetzt, deshalb sei auch das Bedürfnis nach Verringerung nicht so groß wie anderwärts. Abg. Dr. Müller (Dem.) tritt für Verminderung um mindestens ein Drittel ein.

Sachsen

Kabinett Heldt.

Dresden, 8. Jan. Die kommunistische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Das Kabinett Heldt hat nicht das Vertrauen des Landtags.

Pressekundgebung.

Berlin, 8. Jan. Im Rahmen des sächsischen Pressetages wird am 12. Januar mittags im Landtagsgebäude eine Pressekundgebung veranstaltet, an der sich neben sächsischen Pressevertretern etwa 45 ausländische Journalisten sowie zahlreiche Behörden und Körperschaften beteiligen werden. Ministerpräsident Heldt wird ein Referat über Staat und Presse, Finanzminister Dr. Reinhold über die Presse im öffentlichen Leben der Völker und Landtagsabgeordneter Dr. Schneider, Geschäftsführer im Reichsverbande der deutschen Industrie, über Wirtschaftsleben und Presse halten. Außerdem sind noch Referate vorgesehen vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und vom stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, Chefredakteur Ackermann in Berlin.

Sitzung des sächs. Landtags auf den 15. verschoben.

Wie die Voss. Ztg. meldet, ist die für Dienstag angesetzte Sitzung des sächsischen Landtags auf den 15. 1. verschoben worden.

Generalleutnant Müller und die Regierung.

Nach einer vom Berliner Lokalanz. wiedergegebenen Meldung der Dresdener Volkszeitung zu der Denkschrift, welche die sächsische Regierung auf Aufforderung des sächsischen Landtags über Mißhandlungen von Zivilpersonen durch Angehörige der Reichswehr zusammenstellen soll, hat der Befehlshaber des Wehrkreises 4, Generalleutnant Müller, der sächsischen Regierung schriftlich mitgeteilt, er bestehe darauf, daß ihm die Unterlagen der Denkschrift vor der Drucklegung vorgelegt werden. Er verbiete eine Veröffentlichung der Denkschrift oder die Verwendung einzelner Teile derselben in der Oeffentlichkeit vor Prüfung und Genehmigung durch das Wehrkreiskommando.

England

Miß Bonfield ins neue Kabinett?

London, 8. Jan. Der Berichterstatter des Daily Telegraph für Arbeiterfragen schreibt, es sei durchaus möglich, daß das bevorstehende Kabinett Macdonald ein weibliches Mitglied enthalte. Der Name, der in Zusammenhang damit genannt werde, sei der von Miß Margaret Bonfield. Die beiden Aemter für die eine Frau besonders geeignet zu sein scheine, seien der Untersekretärsposten im Arbeitsministerium und im Gesundheitsministerium.

Das Parlament eröffnet.

London, 9. Jan. Das Parlament wurde gestern in der gebräuchlichen zeremoniellen Form mit der Wahl der Sprecher eröffnet. Nach der traditionellen Prozession der Parlamentsmitglieder zum König, wurde der bisherige Sprecher, der Liberale Whitley, einstimmig wieder gewählt, ebenso sein Stellvertreter, der konservative Kapitän Hope.

Die Krise in der Sozialdemokratie.

In der Sozialdemokratie Sachsens ist es zu einem tiefen Riß gekommen. Zwei Bestandteile der sozialdemokratischen Partei stehen sich dort in unversöhnlichem Gegensatz gegenüber. Auf der einen Seite die Mehrheit der Landtagsfraktion, die mit Demokraten und Deutscher Volkspartei zusammen eine Regierung gebildet und den Ministerpräsidenten gestellt hat, auf der anderen die Organisation der Landespartei, die auf dem Parteitag die große Koalition auf das allerschärfste verurteilt und die Disziplinverbrecher aus der Partei ausgeschlossen hat. Der sozialdemokratische Ministerpräsident, das Haupt der neuen sächsischen Regierung, hat erklärt, daß er der Aufforderung des Parteitages nicht Folge leisten, sondern sein Amt beibehalten werde. Der sozialdemokratische Parteitag aber hat die gegenwärtige sächsische Koalitionsregierung in Acht und Bann erklärt und sich ausdrücklich davon losgesagt. Eine Lage, wie sie wohl noch in keinem parlamentarisch regierten Lande da war! Hier die Fraktion, die bei der Uebernahme der Regierungsverantwortung sozusagen in der Luft schwebt, dort die Partei, die der eigenen Regierungsfirma das Firmenschild und das Schaufenster mit einem kräftigen Faustschlag einschlägt.

Ob eine Regierung in Sachsen unter diesen Umständen möglich ist, werden die nächsten Tage zeigen müssen. Höchstwahrscheinlich bleibt die Neuwahl das einzige Mittel, um den Wirrwarr zu lösen. Und dann wird sich zeigen müssen, ob die sozialdemokratische Fraktion oder der Parteitag die Mehrheit der Wähler hinter sich haben. Heute aber ist eins schon sicher: Die Partei ist vollkommen auseinandergefallen, ganz einerlei, nach welcher Seite die Mehrheit auch fallen wird. In Sachsen haben sich die beiden Elemente wieder getrennt, die in der sogenannten vereinigten Sozialdemokratie unter der Nachwirkung der Ermordung Rathenaus sich vereinigt hatten. In dieser Spaltung der ehemals Unabhängigen und der ehemaligen Rechtssozialisten zeigt sich die Nachwirkung des Stoßes, durch den Einmarsch der Reichswehr, durch welchen der kommunistische Bann, unter dem die sächsischen Sozialdemokraten standen, ein für allemal gebrochen worden ist. Zweifellos hat damit ein Prozeß eingesetzt, der schon längst unter der Oberfläche sich anbahnte und der jetzt für unser ganzes innerpolitisches Leben von größter Tragweite werden muß. Denn in der gesamten Sozialdemokratie zeigen sich dieselben Ansätze zum Auseinanderfallen: die in Sachsen selbst ganz offen und unheilbar in die Erscheinung getreten sind. Ueberall sind in der Vereinigten Sozialdemokratie meist unter dem Zwange von Partei- und Fraktionsdisziplin die inneren Gegensätze nach außen vertuscht worden. Man denke nur daran, wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der letzten Zeit zwischen Ja und Nein, zwischen rechts und links hin und hergeworfen worden ist, wie sie einmal eine Regierungskoalition zerschlug, um dann aus Angst vor Neuwahlen wieder zu derselben Regierungskoalition zurückzukehren, die sie heute mit einer knappen Fraktionsmehrheit gegen das Ermächtigungsgesetz und morgen mit einer ebenso knappen Mehrheit dafür stimmt. Auch hier wogte der Kampf zweier Elemente hin und her, die sich innerlich feindlich und fremd gegenüberstehen und die durch die Klammer der Parteieinheit nur noch schwer zusammengehalten wurden.

Auf dem Dresdener Parteitag haben sich die Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Abgeordneten Wels und Dittmann, zusammen mit den Vertretern der Fraktionsmehrheit aus dem Saale fortbegeben, als der Bannstrahl des Parteitages gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heldt geschleudert wurde. Ob die sozialdemokratische Gesamtpartei zu den Vorgängen in Sachsen offiziell Stellung nehmen wird, bleibe dahingestellt. Sicher ist jedenfalls, daß zwischen ihr und den sächsischen Sozialdemokraten schon jetzt eine Kluft besteht. Ob eine Parteigesundung kommt, wird sich auf dem nächsten Parteitag, Ende März, entscheiden.

Frankreich

Energisches Vorgehen gegen Devisenhändler.

Paris, 8. Jan. Wie der „Figaro" mitteilt, sind gestern an der Pariser Börse drei Ausländer verhaftet worden, deren ständige Anwesenheit in der Devisenabteilung, wie das Blatt bemerkt, nicht gerechtfertigt erschien. Es wurden weitere Spuren verfolgt. Ueber gewisse verdächtige Vermittler wurden Erkundigungen eingezogen. Es sei sogar die Rede von bevorstehenden Ausweisungen.

Poincare und die deutsche Antwort.

Paris, 8. Jan. Nach dem „Echo de Paris" wird Ministerpräsident Poincare am Donnerstag oder Freitag nochmals seine Politik gegenüber Deutschland erörtern und dabei im besonderen darlegen, in welchem Geist die Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dezember abgefaßt sei, die alsdann bereits überreicht sein werde.

Dementi der franz. Regierung.

Paris, 8. Jan. Der diplomatische Redakteur der Havasagentur erklärte sich ermächtigt, die Darstellung englischer Blätter, wonach die französische Regierung von Rumänien als Gegenleistung für ihre politische und finanzielle Unterstützung wirtschaftliche Privilegien namentlich auf dem Gebiete der Petroleumproduktion, verlangt hätte, zu dementieren. Die Finanzkommission des französischen Senats habe den Kredit für Rumänien von der Tagesordnung abgesetzt, nicht um Repressalien für die Ablehnung der französischen Wirtschaftsforderungen durch die Bukarester Regierung zu üben, sondern weil der Kommission Klagen vorgelegen hätten über die Nichterfüllung gewisser rumänischer Finanzverpflichtungen. Da inzwischen die rumänische Regierung unaufgefordert diesen Verpflichtungen nachgekommen sei, werde die französische Regierung natürlich den Senat um die Annahme des vorgesehenen Kredits ersuchen.

Zu den amerikanischen Sachverständigen.

Paris, 8. Jan. Nach der „Chicago Tribune" ist mit dem amerikanischen Sachverständigen General Dawes dessen Bruder Rufus Dawes in Paris eingetroffen, den das Blatt als Budgetsachverständigen bezeichnet. Mit dem dritten amerikanischen Sachverständigen Robinson, der dem Ausschuß für die Feststellung der deutschen Auslandsguthaben angehört, sollen als Wirtschaftssachverständige die Professoren Kemmerer von der Princeton Universität und Davis von der Stanford Universität (Kalifornien) nach Europa kommen.

Blum zum Sinken des Franken.

Paris, 7. Jan. Der sozialistische Abgeordnete Blum schreibt im „Populaire", das Pfund nähere sich dem Stande von 90, der Dollar stelle sich über 20 Franken und diesmal sei die öffentliche Meinung alarmiert. Auf also zur Verteidigung des Franken! Die Teuerung sei der Devisenkurs, der Devisenkurs, das sei die Ruhr. Diese beiden elementaren Wahrheiten seien nachgerade so offensichtlich, daß sie allmählich in die Gemüter eindrängen. Es sei nur zu leicht, die Spekulation anzuklagen. Im übrigen scheine auch Finanzminister de Lasteyrie selbst in seiner letzten Rede im Senat sich bemüht zu haben, alle anderen Ursachen als die wahren aus dem Spiele zu lassen. Die französische Handelsbilanz, so habe er erklärt, sei ein wenig besser als im vergangenen Jahre und viel besser als vor zwei Jahren. Die Steuereinnahmen wiesen ein Plus auf. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sei zu zwei Dritteln beendet. Das ordentliche Budget nähere sich dem Gleichgewicht. Daraus folge, daß das Sinken des französischen Franken durch keinerlei wirtschaftliche oder finanzielle Gründe gerechtfertigt sei. Wenn Gründe dieser Art allein wirksam gewesen wären, wäre der Franken nicht gesunken, sondern gestiegen. Welche andere Ursache aber, so fügt Blum hinzu, könne man sich danach noch denken, als die französische Außenpolitik.

Abreise des Exzaren dementiert.

Paris, 8. Jan. Nach dem „Eclair" wird von der bulgarischen Gesandtschaft in Paris die Athener Agenturnachricht von der Abreise des ehemaligen Zaren Ferdinand nach Sofia dementiert und für tendenziös erklärt.

Holland

Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung.

Haag, 8. Jan. Die Königin hat, nachdem die Bemühungen, ein Kabinett zu bilden, seit mehr als zwei Monaten vergeblich angedauert haben, auf das Ersuchen des Ministeriums vom 27. Oktober vorigen Js aus seinem Amt entlassen zu werden, geantwortet, daß sie genötigt sei, dieses Ersuchen abzulehnen.

Tschechoslowakei

Herabsetzung der Visagebühren.

Wien, 8. Jan. Wie das „Prager Tageblatt" erfährt, hat die Tschechoslowakei die Visagebühren für die Zugehörigen sämtlicher Staaten auf nahezu die Hälfte herabgesetzt.

Japan

Der neue Außenminister.

Paris, 8. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Tokio bestätigt es sich, daß das Ministerium des Aeußeren in dem neuen Kabinett dem Baron Matsui übertragen worden ist, der während der Friedensverhandlungen bis 1920 Botschafter in Paris war.

Zu dem Attentat.

Paris, 8. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Tokio hat das Attentat in der Nähe des kaiserlichen Palastes über das berichtet wurde, und dem andere Anzeichen von der Existenz einer gegen den Mikado gerichteten Bewegung vorausgingen, großes Aufsehen erregt. Kürzlich sei in Schanghai eine Verschwörung entdeckt worden, die zur Ermordung des Prinzregenten an seinem Hochzeitstage führen sollte. Man erwarte, daß strenge Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, um neue Attentate zu verhindern.

Mexiko

Kein Ankauf von Munition.

London, 88. Jan. Reuter meldet aus New Orleans: Nach einer Konferenz mit den amerikanischen Beamten hat der Einkaufsagent der aufständischen Mexikaner mitgeteilt, daß die Pläne betr. den Ankauf von Munition in den Vereinigten Staaten aufgegeben worden seien.

Washington, 8. Jan. Präsident Coolidge hat den Verkauf von Munition an die mexikanischen Aufständischen verboten.

Die Frühlingsmädchen

4 Novelle von Rudolf Herzog.

Der Doktor Frühling beobachtete stillvergnügt das Heranwachsen seiner vier Mädchen. Allabendlich holte er sich ihre Schulhefte und Mappen und Tornister, und ob der Tag noch so anstrengend für ihn gewesen sein mochte, er schüttelte die Müdigkeit ab und las aufmerksam und frohgestimmt, was seine Vier den Tag über an Weisheit zu sich genommen und der Welt wiedergegeben hatten. Da lag das Innenleben seiner Mädchenschar offen vor ihm wie die Blätter ihrer Schulhefte, aber auch die Lücken wurde er gewahr, die der Schulunterricht der Kleinstadt nicht auszufüllen vermochte. Und der nun schon graugesprenkelte Landarzt machte sich zu einem neuen Amte bereit.

Als die großen Herbstferien für die Schulen angebrochen waren, nahm er abwechselnd und je vierzehn Tage lang zwei seiner Mädchen mit auf die Fahrt durch die Eifeldörfer. Violett in verblühender Heide lagen die Hochflächen, wie lauschende Zwerge hockten die seltsamgeformten Wacholdergesträuche vor dem schwarzgrünen Wald. Und der Doktor sprach zu seinen Töchtern von den Blumen und Kräutern und ihren verborgenen Eigenschaften, von den Pilzen und Waldfrüchten und Säften, von dem Getier und seinem Zweck und Leben bis herab zur kleinsten Mücke, von Wind und Wetter und den Gestirnen am Himmel. Und von der Pflanzen- und Tierwelt der Heimat kam er auf die der fernen und fernsten Länder zu sprechen, die er zwei Jahrzehnte lang durchforscht hatte, auf ihren Sternenhimmel, auf ihre Menschen, Sitten und Gebräuche. Von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil führte er seine Mädchen, und die Geschichte der Völker umspann die fremden Erdteile. Augen und Wangen wurden den Mädchen heiß, und ihr Sinn fiel das Kleine ab und wurde weit, und der Verstand wurde geschärft und gestählt. Mit in die Bauernhäuser mußten die Mädchen und dem Vater zur Hand gehen und lernen, daß eine blutige Wunde, eine heimtückische Krankheit nicht da ist, um sich zu entsetzen, sondern um sie zu heilen. Hilfreich sei der Mensch, und die Frau zumal. Und die Frühlingsmädchen hielten aus, ohne mit der Wimper zu zucken, wuschen die Wunden, rollten den Wickelverband ums kranke Glied, halfen der Wöchnerin den Säugling versorgen und den überständigen Alten in der Todesstunde.

Längst waren die Ferien dahin, aber der Lebensunterricht ging weiter. An den schulfreien Nachmittagen, an den Sonn- und Festtagen, selbst des Nachts, wenn der Doktor hinaus mußte, hockten die Eva und die Friedel oder das Fränzchen und die Maria in dem schmalen Kastenwagen beim Vater, lauschten, sahen und lernten wie im Spiel, und nie deuchte sie die Jugend so schön. Sechzehn Jahre zählte jetzt die Aelteste, und die kleine Maria zwölf. Froh und gesund waren sie, zielbewußt und voll drängenden Lebens, und nur die Kleine geriet noch ins Träumen, wenn sie Musik vernahm oder selber am Klavier saß.

Brauchte der Doktor einen Abend nicht mehr hinaus, so braute ihm die Eva einen steifen Grog, wohl wert, daß ein seebefahrener Mann ihm seine Gunst zuwende, und die anderen sorgten sich um ihn mit Lehnsessel, Pantoffeln und Zeitung. „Man muß sich nur um seine Kinder kümmern, und die Kinder kümmern sich um uns", schmunzelte der alte Lebenskundige, lobte den Grog über den Nordpol, Sessel und Pantoffeln über das Serail des Großtürken, schlug die Zeitung auseinander, sah hinein, stutzte und rief: „Na, nun hört doch nur, Kinder, das muß ich euch doch mal vorlesen. Gebt acht, und jede soll ihre Meinung sagen."

Und nun folgten sich politischer Leitartikel und Reichstagsbericht, Theater, Kunst und Wissenschaft, bis zur Wetterprophezeiung für den nächsten Tag. Was die Mädchen nicht verstanden, wurde erklärt, Parteipolitisches und Wirtschaftliches, Strömungen der Literatur und neue Erkenntnisse auf den Wissensgebieten, Bücher wurden herbeigeschleppt, Atlanten aufgeklappt, Ansichten aufgestellt, verfochten, bewiesen, der väterliche Grog ein-, zweimal erneuert und unermüdlich an der Brauchbarmachung der Mädchen für das Leben gearbeitet. Und das Lachen und die Freude waren nichts als die Sonnenseite des Ernstes, ohne daß sie es wußten.

In immer größer werdenden Zwischenräumen sahen die vier Frühlingsmädchen die alten Spiel- und Kampfgenossen. Der Notarsohn Georg Brüning studierte zu Bonn in sorgsam ausgewählten Anzügen die Rechtswissenschaften, doch fürchtete die schwarze Eva, als ihre Funkelaugen beim ersten Wiedersehen über ihn hinfuhren, daß allein die kunstvoll geschlungene Krawatte die Zeit der Morgenvorlesungen hinreichend in Anspruch nehmen dürfte. Auch die braune Friedel vermochte sich mit der Erscheinung ihres Freundes Robert Junker, dem nun das echte Dreifarbenband prall über die Weste saß, nicht sonderlich zufrieden zu erklären. Der schlanke Robert schien ihr doch etwas aufgeschwemmter, als es ihrer Ansicht nach das gründliche Studium der Medizin mit sich zu bringen pflegte, und die Fülle der steilen Terzen über dem breiten, erst wenig vernarbten Durchzieher im Gesicht stieß höchstens auf einen Umweg zu den anatomischen Studien schließen. Auch Fritz Leydecker war einmal zu Pfingsten erschienen und hatte seine breitschultrige Figur in gehöriger Schweite des „Schlosses" zur Schau gestellt. Kurz darauf glaubte das blonde Fränzchen einen unaufschiebbaren Gang ins Städtchen unternehmen zu müssen und konnte nicht hindern, daß der handfeste Kindheitsfreund an der nächsten Wegbiegung zu ihr stieß. Fritz Leydecker hatte seine humanistische Bildung mit der Erlangung des Reifezeugnisses zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst als abgeschlossen betrachtet, eine dreijährige Lehrzeit als Buchdrucker durchlaufen und arbeitete nun in gehobener Stellung in der Setzerei einer großen Kölner Zeitung. Kopfschüttelnd vernahm das geistig rege Fräulein, wie wohl sich der gutmütige Freund fühle und wie zufrieden er sei. „Zufrieden," meinte das Fränzchen, „kann doch höchstens der Mensch im Greisenalter sein, wenn er den letzten Gedanken in eine fruchtbringende Tat umwandelte, und nicht ein junger Mann, weil er eine gefüllte Suppenschüssel vor sich hat. Man kann auch eine Suppe veredeln, verstehst du?" Aber der Freund verwunderte sich vorläufig nur.

Die ersten Jahre verblieb es bei den Wiedersehen in den Ferientagen und kürzeren oder längeren Streifen auf den alten Jugendwegen, die die Ginsterbüsche im Frühjahr goldüberlohten, die Glockenblumen blaufärbten, die Heide mit purpurnen Teppichen überzog, bis Sommer und Herbst alles in violetten Tönen zerfließen ließ und die Ebereschen in der dünnen Höhenluft keinen anderen Schmuck mehr in die weite Landschaft tragen konnten als ihre fröstelnden korallenroten Beeren. Dann standen die jungen Menschen abschiednehmend und heimatbefangen auf einem Höhenkopf, schauten über das starre Wellenmeer der Eifel bis hinaus, wo sie den Rhein, die Mosel wußten und die hohen Berge der Ahr, und grüßten Berge und Burgen der Heimat. An den Trichterseen, den dunkeläugigen Maaren, schlenderten sie mit schwergewordenen Füßen vorbei und dem Städtchen zu, das wie eine alte vergessene Sagenkrone auf dem Hügelkamm liegengeblieben war. „Totes Nest," sagte der vornehme Notarsohn und griff sich nach der Halsschleife, als ob sie ihm zu eng geworden sei.

„Wenn ihr es sterben laßt, ist es tot," erwiderte Eva Frühling in auflodernder Kampffreude.

„Es lohnt nicht," meinte müde der Jurist, und der Mediziner nickte. Sie waren beide auf dem Wege nach Berlin.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem besetzten Gebiet

Rhein- und Ruhrausschuß und die Rhein. Goldnotenbank.

Berlin, 9. Jan. Den Abendblättern zufolge beschäftigte sich der Rhein- und Ruhr-Ausschuß des Reichskabinetts am Vormittag mit der Frage der Rheinischen Goldnotenbank.

Ueber die Form und die Art, in welcher die Militärkontrollkommission ihre Tätigkeit demnächst voraussichtlich wieder aufnehmen wird, sollen nach Blättermeldungen vorher noch Besprechungen mit der deutschen Regierung erfolgen.

Verkehr mit zollpflichtigen Waren.

Köln, 9. Jan. Die Düsseldorfer Handelskammer teilt laut einer Meldung der „Köln. Ztg." mit, daß nach Mitteilung der Direktion der „Micum" vom 8. Januar an im Verkehr mit zollpflichtigen Waren aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet nicht mehr wie bisher 25 Proz., der in dem interalliierten Tarif vom 1. Dezember 1922 angegebenen Sätze, sondern der volle Betrag erhoben wird. Wie die Düsseldorfer Handelskammer weiter mitteilt, haben nach der Neuordnung des Personenverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet die Erlaubnisscheine, die für die Bewohner des unbesetzten Gebietes zur Einreise in das französisch besetzte Gebiet erteilt worden sind, für ein Jahr Gültigkeit.

Zur Regelung aller wirtschaftl. Fragen.

Zur Vorbereitung einer Regelung der Verkehrs-, Zoll- und allgemeinen wirtschaftlichen Fragen im besetzten Gebiet haben gestern nach dem „Berliner Lokalanzeiger" in Berlin Besprechungen zwischen einer Reihe von Vertretern der wichtigsten wirtschaftlichen Gruppen des besetzten Gebietes und dem Ministerium für die besetzten Gebiete stattgefunden. Wie das Blatt hört, haben diese Beratungen zu einem vorläufigen Ergebnis geführt, das dem Ministerium als Grundlage für seine weiteren Vorschläge an das Reichskabinett dienen wird.

Rückkehr von Ausgewiesenen

Bonn, 8. Jan. Die Rückkehr in die Heimat ist gestattet worden den aus Bonn ausgewiesenen Eisenbahnern Heinrich Kistenich, Emil Wenz, Aug. Loch, Martin Braun und Jakob Holzem.

Die Bestimmungen über die Ein- und Ausreise

Berlin, 9. Jan. Zur Klärung der Bestimmungen über die Ein- und Ausreise nach und aus dem besetzten Gebiet wird zusammenfassend mitgeteilt:

1. Für die Bewohner des besetzten Gebietes ist die Aus- und Einreise freigegeben. Eine Assistenzleistung der Pässe und Personalausweise ist nicht mehr notwendig. Die Bewohner der besetzten Gebiete haben lediglich einen polizeilichen Personalausweis bei der Ein- und Ausreise bei sich zu führen.

2. Für die Bewohner des unbesetzten Gebietes ist zur Einreise in das besetzte Gebiet, und zwar für das altbesetzte wie für das Ruhrgebiet, noch wie vor ein Geleitschein notwendig. Nach französischen Mitteilungen soll lediglich insofern eine gewisse Erleichterung eintreten, als die zur Einreise in das französisch besetzte Gebiet erteilten Erlaubnisscheine für die Dauer eines Jahres gültig sein sollen. Die Einholung der Erlaubnisscheine geschieht im altbesetzten Gebiet bei den Organen der Interalliierten Rheinlandkommission, den Bezirks- oder Kreisdelegierten. Im englisch besetzten Gebiet sind die Anträge einzureichen beim Verkehrsamt Köln, Domhof 28. Für das Ruhrgebiet haben die Handelskammern in Düsseldorf und in Essen die Erledigung der Anträge auf Einreiseerlaubnis übernommen. Die Anträge können auch bei den zuständigen Kommandos eingereicht werden. Als Unterlagen sind erforderlich: außer dem schriftlichen Antrag ein mit einem Lichtbild versehener Personalausweis, der von der Polizeibehörde des Wohnorts des Einreisenden ausgestellt ist, ferner zwei unbeschriebene und ungestempelte Photographien und 25 französische Franken.

3. Für die Bewohner des Grenzgebietes ist eine Aenderung der Ein- und Ausreisebestimmungen nicht eingetreten. Die Bewohner des Grenzgebiets müssen sich für die Zwecke der Ein- und Ausreise nach wie vor ihre Ausweispapiere mit einem Grenzstempel versehen lassen. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Ein- und Ausreise die Personalkontrolle von den französischen Behörden noch ausgeführt wird.

Zur Lohnfrage

Konflikt über die Arbeitszeit.

Köln, 8. Jan. Nach der Kölnischen Zeitung dauert der Konflikt über die Arbeitszeit im Düsseldorfer Bezirk an. Das Kartell der freien Gewerkschaften, die Afa und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erließen einen Aufruf zu einer Kundgebung auf dem Hindenburgwall und zu Straßenumzügen, die nachmittags stattfinden sollen. In dem Aufruf werden die in Arbeit Stehenden aufgefordert, sich mit den Ausgesperrten und den Arbeitslosen solidarisch zu erklären und für sie ein Viertel ihres Arbeitsverdienstes zu opfern. Auch die Vereinigung der Arbeitgeber hat einen Aufruf herausgegeben, der im wesentlichen eine Darlegung der Rechtslage enthält. Im übrigen hat sich entgegen den sozialistischen Verbänden der Christliche Metallarbeiterverband, dessen Vertrauensmänner gestern zu einer Versammlung zusammentraten, für die Durchführung des Berliner Abkommens über die zehnstündige Arbeitszeit erklärt und die Beteiligung an der Streikleitung abgelehnt.

Beuthen, 8. Jan. Die Metallarbeiterverbände der christlichen und freigewerkschaftlichen Richtung haben ihre Unterschriften unter das Ueberarbeitszeitabkommen zurückgezogen und zwar mit der Begründung, daß das Abkommen von einigen Werksleitungen rigoros und einseitig ausgelegt würde. Man befürchtet demnach eine allgemeine Aussperrung auf sämtlichen oberschlesischen Werken.

Streik in einem oberschlesischen Elektrizitätswerk.

Breslau, 8. Jan. Im oberschlesischen Elektrizitätswerk in Zaborze (Kreis Hindenburg) verweigerte die Belegschaft die neunstündige Arbeitszeit und trat gestern mittag in den Streik. Da die Streikenden auch die Verrichtung von Notstandsarbeiten verweigerten, wurde am Nachmittage die Technische Nothilfe eingesetzt. Dadurch ist die Lichtstromversorgung für die Kreise Hindenburg und Gleiwitz gesichert.

Lohndifferenzen auch auf See.

London, 7. Jan. Reuter meldet aus Hull, die Mannschaften von sieben Dampfern, die dort im Dock liegen, seien in den Ausstand getreten. Sie verlangten, nach den britischen Lohnsätzen bezahlt zu werden. Die Streikenden würden von der britischen Seemanns-Union unterstützt. Einer der deutschen Kapitäne habe ihre Forderungen bewilligt.

Kündigung in der Norddeutschen Hütte.

Wie die Deutsche Allgem. Ztg. aus Bremen meldet, hat die Direktion der Norddeutschen Hütte der gesamten Arbeiterschaft, soweit sie im Lohnverhältnis steht, zum 12. 1. gekündigt, da sie die von der Direktion als notwendig angesehene Arbeitszeitverlängerung nicht annehmen will.

Wirtschaftliche Rundschau

In Berlin und in anderen Städten des Deutschen Reiches ist die Oeffentlichkeit Zeuge erbitterter Kämpfe in der Industrie. Man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß es sich hier nur um ein Vorspiel handelt. Es ist unabwendbar, daß sich im ganzen deutschen Wirtschaftsleben neue Arbeits- und Produktionsbedingungen durchsetzen. Der Antrieb dazu kommt zum Teil von der Arbeitszeit-Verordnung, die den Arbeitgebern die Möglichkeit gibt, vom Achtstundentage abzugehen. Es ist unbedingt nötig, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, denn der ganze Rentenmarkjegen würde in kurzer Zeit wie ein Spuk verschwinden, wenn nicht die Belastung des deutschen Volksvermögens durch die Rentenmarkhypotheken durch Mehrleistung in absehbarer Zeit wieder wettgemacht wird. Der Anstoß kommt aber auch von der reinen Geldseite her. Die gesamte deutsche Wirtschaft befindet sich im Augenblick in einem wichtigen Prozeß der Umbildung. Bis vor kurzem stand alles auf dem losesten Boden des Papiergeldes. Heute hat die deutsche Wirtschaft insgesamt wieder auf dem Grunde der festen Währung Fuß gefaßt. Alle Spuren der früheren Geldwirtschaft werden jetzt getilgt. Man merkt das, soweit man Verbraucher ist, auf angenehme Weise an dem Sinken der Preise, das namentlich während des gegenwärtigen Inventurverkaufs in Berlin direkt eine freudige Ueberraschung bildet. Auf der anderen Seite aber muß natürlich die Produktion sich in demselben Maße verbilligen, in dem die Preise heruntergehen. Und deshalb ist es auch unabänderlich, daß aus den Löhnen die letzte Spur der Papiergeldinflation getilgt wird.

In diesem Zeichen stehen die Lohnkämpfe in der Berliner Metallindustrie. Die Berliner Metallarbeiter bezogen bis in die letzten Tage noch den Stundenlohn von 60 Pfennigen, der üblich war, als das feste Geld zum ersten Male in den Verkehr kam. Sie sind nach dem Dollarkurs umgerechnet aus der damaligen Höhe des Papiergeldwertes entlohnt also noch den damaligen Entwertungsfaktor, der mehr und mehr auf allen Wirtschaftsgebieten getilgt wird, selbstverständlich nicht ohne Widerstand der dabei Leidtragenden. Die Berliner Arbeiter aber würden sich wohl mit der Abwertung abfinden, wenn nicht die Person des amtlichen Berliner Schlichters (ein Amt auf Grund der neuen Schlichtungsverordnung), des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wissell, einen ernsthaften Konfliktsstoff bildete. Rein sachlich genommen sind die Berliner Kämpfe eine Notwendigkeit und sie werden sich anderswo wiederholen. Und überall muß der Ausgang derselbe sein: Anpassung der Arbeitszeit und des Lohnes an die überall sich durchsetzenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Die Industrie wird auch sonst in der nächsten Zeit schwer zu kämpfen haben. Wenn die Krise sich im neuen Jahre etwas gemildert haben, so braucht man darin vorläufig nichts weiter zu sehen, als eine vorübergehende Erscheinung, die vielleicht etwas von der frischen Lust des Neujahrsstimmung an sich hat. Tatsächlich hat die deutsche Industrie nicht nur im Inneren, sondern auch auf dem Weltmarkt schwer zu kämpfen. Es ist bezeichnend, daß die französische Industrie jetzt als ernsthafter Konkurrent auftritt, daß sie z. B. auf dem Gebiet der Spirituspreise die deutsche Produktion derartig unterbietet, daß dem Alkoholgewerbe die nötige Zeit angenehme Ueberraschungen bringen dürfte. Aber auch auf anderem Gebiete kann die französische Industrie unterbieten, weil sie jetzt von dem Vorteil der unanständigsten Geldentwertung ihren Nutzen zieht, wie es vorher die deutsche Industrie tun konnte. Damals haben wir anderverkauft und jetzt geht Frankreich allmählich zu diesem System über. Es wird zweifellos sehr ernsten Schaden leiden, aber auch die deutsche Industrie wird es spüren, daß eine billige Konkurrenz da ist.

Die deutsche Industrie kann erst wieder auf bessere Zeiten rechnen, wenn sie — abgesehen von der Grundfrage der Reparationslösung — Kapital zur Verfügung hat, um damit wirtschaften zu können. Sie ist zur Zeit trotz aller Geldflüssigkeit, die hin und wieder an der Börse herrscht, von einer außerordentlich hemmenden Kapitalsschwäche. Ihr Retter kann möglicherweise Dr. Schacht werden, wenn es dem neuen Reichsbankpräsidenten gelingt, das Goldnoteninstitut auf die Börse zu bringen, das das Ziel seiner Tätigkeit in der nächsten Zeit sein wird. Dr. Schacht hat in London, wie es scheint, vielversprechende Kreditbeziehungen angeknüpft. Er hat wohl auch schon in neutralen Ländern mit ähnlichem Erfolge geworben. Da er bisher eine sehr glückliche Hand bewiesen hat, so wird man auch seiner weiteren Tätigkeit mit berechtigten Erwartungen entgegensehen können. Aber vorläufig und auf lange Zeit hinaus wird es auch dann noch heißen müssen: Sparsam wirtschaften und mehr arbeiten.

Wetterbericht

Berlin, 8. Jan. In den frühen Morgenstunden hat bei etwa 5 Grad Celsius unter Null ein ziemlich starkes Schneetreiben eingesetzt, das zurzeit noch anhält.

Berlin, 8. Jan. Mit dem neuen Niederschlag, der in der Nacht begann und bis in die späten Vormittagsstunden dauerte, hat die Schneedecke in Berlin eine Höhe von über zwanzig Zentimeter erreicht. Seitens der Berliner Straßenreinigung wurden die Arbeitsnachweise unverzüglich aufgefordert, Schneeschipper soweit als möglich zu mobilisieren. Wie bekannt, sind die Arbeitslosen verpflichtet, ohne besondere Bezahlung 24 Stunden in der Woche Notstandsarbeiten zu verrichten, während längere Arbeit mit Zuschlägen zur Arbeitslosenunterstützung bezahlt wird. Wie man der „B. Z." aus den Arbeitsnachweisen mitgeteilt wird, sind die Leute durchaus arbeitswillig. Die wenigen Arbeitsverweigerungen sind mit Krankheit oder allzu schlechter Kleidung durchaus entschuldigt.

Kleine Meldungen

Ein Obrammergauer Gast des Präsidenten Coolidge.

Newyork, 8. Jan. Wie die Associated Preß aus Cleveland meldet, erhielt der Oberammergauer Christus-Darsteller eine Einladung des Präsidenten Coolidge. Er wird während der Baltimorer Woche persönlicher Gast des Präsidenten sein.

Um die Polizeistunde.

Berlin, 8. Jan. Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Nachricht, daß durch Verfügung des preußischen Ministeriums des Innern die Polizeistunde für Berlin vom Samstag auf den Sonntag auf 1 Uhr verlängert werden soll. Der amtliche Preußische Pressedienst teilt hierzu mit, daß diese Meldung falsch ist. Das preußische Ministerium des Innern denkt nicht daran, von seinem bisherigen Standpunkt abzugehen, und ist nicht bereit, die Polizeistunde zu verlängern.

Am Sarkophag des Pharaonen

Nach einer Meldung aus Luxor ist man jetzt bis unmittelbar an den Steinsarg des ersten ägyptischen Pharaonen Tutthankamen vorgedrungen. Die Nachricht kommt denen, die die englischen Zeitungen verfolgt haben, nicht überraschend. Seit einer Woche etwa war man auf den geschichtlichen Augenblick gespannt, in dem die innere und wie man annahm, letzte Totenkammer aufgefunden sollte, um die eigentliche Ruhestätte des Pharaonen freizugeben. Man macht sich in Deutschland meist keine Vorstellung davon, wie sehr das ägyptische Königsgrab das Interesse der Oeffentlichkeit in den westlichen Ländern in Anspruch nimmt. Der glänzende Meldedienst, den die „Times" eingerichtet hat und der der gesamten englischen Presse zugute kommt, überschüttet die Oeffentlichkeit förmlich mit allen Einzelheiten der Ausgrabung, die in dem Tal der Könige vor sich gehen. Hätte die deutsche Presse die Hälfte des Geldes, das hier an jedem Tage für ellenlange Spezialtelegramme ausgegeben wird, so könnte sie ihren Auslandsdienst etwas besser einrichten, als sie so leider imstande ist.

Daher soll keineswegs bestritten werden, daß die Arbeit in Luxor das Interesse der Oeffentlichkeit restlos verdient. Nach allen bisherigen Ergebnissen der dortigen Ausgrabung liefert uns das Grab Tuthankamens die kostbarste Ausbeute, die je dem Altertumsforscher bei seiner Maulwurfsarbeit beschieden war. Um dieser Arbeit Zug um Zug zu folgen, ist auch für den Laien von unbeschreiblichem Interesse, daß der Kabeldienst des englischen Blattes zum ersten Male ermöglicht, einen Einblick in all die spannenden Einzelheiten einer solchen Tätigkeit zu tun.

Man erlebte die Ueberraschung mit, als die sorgsam verschlossene und fest verriegelte Kammer sich öffnete, die man für die eigentliche Totenkammer hielt. Als man in das Innere vorgedrungen war, stellte sich heraus, daß man erst den wohl bestreten hatte. Denn nun fiel der Blick auf eine zweite Kammer, den eigentlichen Totenschrein, der in die erste Kammer kunstvoll eingebaut war. Ehe man an diesen Schrein gelangte, mußte man eine Unmenge kostbarster Gegenstände beiseite räumen; Waffen, Hausgerät, Schmuckgegenstände und Statuen aller Art, sämtliche Gegenstände aus edelstem Metall. Um das Ausräumen bequemer zu haben, legte man die ganze Scheidewand nieder. Die Raumverhältnisse waren überhaupt ein Kapitel für sich. Sie ließen darauf schließen, daß man den König zu Tode geleitet und dann die Kammer gewissermaßen kapellenartig errichtet hatte. Erst den Totenschrein, dann die Kammer, die ihm einschloß, dann die Vorzimmer usw. Diese Art der Bauwerkes ließ nur die Wahl, auch die Wände der letzten Kammern zu zertrümmern, wenn man mit den Schätzen, die sie bargen, ins Freie gelangen wollte.

Vor etwa 10 Tagen hat man an den Totenschrein Hand angelegt. Zuerst wurde die Decke entfernt, die aus schwersten Holzstücken kammerartig ineinandergefügt war. Es nahm Tage in Anspruch, bis man diese Arbeit erledigt hatte. Die Holzdecke war innen kostbar mit Gold geschmückt. Nach ihrer Entfernung wurde das große Totenlaken vollkommen frei, das den ganzen Schrein einhüllte und das man auf der offenen Vorderseite der Kammer bereits entfernt hatte. Durch die Entfernung der Decke hatte man freien Raum gewonnen, um nunmehr an die Niederlegung der Würde zu gehen. Diese Arbeit ist verhältnismäßig rasch vor sich gegangen. Sie hat kaum zwei Tage in Anspruch genommen und nun ist der große Steinsarg des toten Pharaonen freigelegt, der die letzten Geheimnisse in sich schließt.

Man sieht auch jetzt noch vor dem ungelösten Rätsel, denn bisher ist nur die äußere Hülle der eigentlichen Totenkammer gefallen. Die Größe des Steinsarkophages läßt darauf schließen, daß im Innern mit dem Pharao vor annähernd 3000 Jahren Kostbarkeiten aller Art zur Ruhe bestattet worden sind. Und nach den Schätzen, die man bisher in steigendem Werten von Kammer zu Kammer vorgefunden hat, kann man darauf schließen, daß im Sarkophage selbst das Kostbarste von allem Platz gefunden hat. Der Pharao hat die längste Zeit Grabesruhe gefunden. Denn die Oeffnung des Sarkophages wird jetzt nur noch eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit sein.

Der Eisenbahndieb

Von Curt Seibert.

Komoll, der gerissene Eisenbahndieb der Strecke Mainz—Kiel—Danzig—Basel, hatte ein Opfer erspäht. Einen älteren Herrn mit einem wundervollen Krokoffer. Er nahm ihm gegenüber Platz und stellte seinen Handkoffer in das Netz. Sie kamen bald ins Gespräch, über Boxer und Ministerpräsidenten und andere weltweite Menschen. So auch über Gepäckdiebe. Natürlich schimpfte Komoll tüchtig mit und hat schließlich den alten Herrn, doch auf seinen Koffer aufzupassen, während er in den Speisewagen gehen werde. Er hatte richtig kalkuliert. Der andere war nicht nur gern dazu bereit, sondern bat auch seinerseits Komoll, später, wenn er speisen gehen werde, doch ebenfalls auf sein Gepäck Obacht zu geben. Komoll versprach das natürlich und ging.

Im Speisewagen bestellte er vergnügt ein gutes Mittagessen. So schnell und glänzend war ihm noch keiner ins Netz gegangen. Auf den Koffer des alten Herrn wollte er schon gut aufpassen, so gut, daß ihn der andere gar nicht wiedersehen würde. Als er daher gesättigt und mit einer guten Zigarre bewaffnet, in sein Abteil zurückkam, war der alte Herr verschwunden. Mit beiden Gepäckstücken.

Komoll stellte fest, daß er einem Eisenbahndieb auf die er vorher mit Recht geschimpft hatte, ins Garn gegangen war, und lehnte sich ruhig in seine Ecke. Machte der alte Herr sehen, was er mit seinem schäbigen Handkoffer anfing, in dem doch nur eine wollene Decke war. Dabei zog er die goldene Uhr aus der Tasche, die er vorhin beim Aufpassen dem alten Herrn abgenommen hatte. Die war jedenfalls mehr wert, als das Köfferchen.

Vom Büchertisch

Verbrecherschwarten. Für nichts sind die langen Winterabende geeigneter wie für das Lesen. Und jeder von uns weiß wohl aus seiner mehr oder weniger zurückliegenden Jugend, mit welcher Wonne man sich im lesehungrigen Alter des Abends in irgend eine Geschichte einspinnen konnte. Dabei waren die sogenannten „Schwarten" natürlich immer die beliebtesten, d. h. Geschichten, die recht aufregend waren und die in die geheimnisvolle Verbrecherwelt einen Blick tun ließen. Ist diese Vorliebe für aufregende oder für spannende Literatur tadelnswert, sind Verbrecherschwarten unter allen Umständen ein Verderben?

Im „Literarischen Echo" bespricht Kurt Christian Bry das Thema in einigen interessanten Beispielen. Schon Lichtenberg hat ausgesprochen, er lese den Robinson Crusoe, tausendmal lieber als die Messiade. Trotzdem Lichtenberg ein kritischer Schriftsteller war, hatte er den bewundernswerten Mut, ohne Scheu und Unschuld die Wahrheit zu sagen. Aber Leute wie Lichtenberg sind rar. Bessere Patrioten und Moralisten schieben die Vermehrung der Kriminalromane auf die besondere Immoral und Sensationslust unserer Zeit. Erwiesenermaßen haben sich aber Verbrecherschwarten genau in dem Maße vermehrt, in dem unsere hohe Literatur überfein, langweilig und für den gewöhnlichen Menschen ungenießbar wurde.

Allerdings ist das mehr ein Angriff auf moderne Literatur als eine wirkliche Verteidigung der „Schwarte". Zu deren Gunsten läßt sich aber mindestens eine Tatsache allen Ernstes anführen; nämlich die, daß sie in nennenswerter Zahl von homosexuellen Fällen unerotisch ist. Man braucht kein Muckertum zu sein, aber wenn man die Wahl hat zwischen dem „Giftschrank der Herzogin" und dem „Strumpfbandgeheimnis der Herzogin", so wird man vom Standpunkt der Wirkung unbedingt dem Giftschrank den Vorzug geben. Er ist weniger giftig.

Aus Stadt und Land

Niederneisen, 7. Jan. (Goldene Hochzeit.) Bei voller Frische und Gesundheit begingen heute Herr Hotelier Karl Friedrich Forst und Frau das Fest der goldenen Hochzeit. Möge dem noch rüstigen Ehepaar vergönnt bleiben, sich dieses gemeinsam betretenen Wegs durchs Erdenleben noch recht lange bei bester Gesundheit zu erfreuen.

Flacht, 8. Jan. (Denkmalsweihe.) Am vergangenen Sonntag vollzog sich die Einweihung unserer Kriegergedächtnisstätte, die die beiden Gemeinden Niederneisen und Flacht ihren im Weltkrieg gefallenen Helden zur Ehrung errichtet hatten. Wie allerorts, sind auch hier derer nicht wenige gewesen, die ihr Leben in Deutschlands schwerster Zeit für Heimat und Vaterland dahingegeben haben. Des Meisters kunstvolle Hand hatte verstanden, schlicht und einfach, ohne größeren Prunk ein Monument fertig zu stelen, das seinen Erwartungen für alle Zeit zu entsprechen vermag. Der Gedenkstein, ein echter Granitblock, hat seinen Platz auf dem alten Friedhof neben der Kirche gefunden und trägt neben einem kurzen Gedenkwort die Namen von 18 Gefallenen aus der Gemeinde Niederneisen und 24 aus der Gemeinde Flacht. Die den Stein umgebenden Anlagen verleihen dem Ganzen ein recht freundliches Bild. Zur Einweihung dieser Gedächtnisstätte, an der neben den Ortskörperschaften auch die übrige Einwohnerschaft eine rege Beteiligung zeigte, versammelte man sich nachmittags 2 Uhr zu einem gemeinsamen Festgottesdienst in der Kirche. Trotz überaus starker Beteiligung hatte man für die nächsten Angehörigen eine genügende Anzahl Plätze bereithalten können. Unter den Klängen der Orgel nahm die Feier ihren Anfang. Reiche liturgische Ausschmückung, bei der auch kräftige Männerchöre mit einsetzten, brachten der Stunde die rechte Weihe. „Unserer Helden Sterben: Heldenblut, Heldenblut ist die geflossen, dir sank der Jugend schönste Zier. — Unserer Helden Opfertreue: Gut und Blut für Volk und Freiheit geben, kann die Tat, die sich der Tat vergleicht. Nur in dem Opfertod reißt uns das Glück. — Unserer Helden Verklärung: Wir schauen hinauf nach Himmesauen, wo Heldenväter niederschauen." — Im weiteren Verlauf hatte Herr Pfarrer Ferger seiner Gedächtnisrede zugrunde gelegt das Textwort Spr. Sal. 10 Vers 7: Das Gedächtnis der Gerechten bleibt im Segen. Wenn auch die gewaltigen Opfer im Augenblick uns nutlos erscheinen wollen, so tragen sie in sich doch mehr, edle Früchte, die vielleicht erst unserer Nachwelt die tiefere Erkenntnis erschließen und ihr sie zum Segen werden lassen. Seine Worte klangen darin aus, daß das Monument in seiner schlichten und einfachen Form nicht rühme der Helden gewaltige Taten, sondern die Treue, mit der sie für des Vaterlandes Wohl vollauf ihr Leben eingesetzt. Und diese Treue auch ihnen zu wahren sei unsere heiligste Pflicht. „Man reicht sich wohl die Hände, als sollt's geschieden sein, und bleibt doch ohne Ende im innigsten Verein, man sieht sich an, als sähe, man sich zum letztenmal und bleibt in gleicher Nähe dem Herrn doch überall." Nachdem diese letzten Liederklänge verklungen, und mit dem Segen die Gemeinde das Gotteshaus verlassen hatte fand die erhebende Feier ihre Fortsetzung an dem Gedenkstein vor dem man in einzelnen Gruppierungen Aufstellung genommen hatte. Auch hier war noch einmal die edle Sangeskunst zu ihrer vollsten Entfaltung gekommen. Sodann wurde durch den Geistlichen die Weihe des Gedenksteins vorgenommen. Zum ehrenden Gedenken ihrer Gefallenen legten Vertreter beider Gemeinden Kränze nieder mit dem Gelöbnis, die Stätte in den Schutz und die Pflege der Gemeinde mit zu übernehmen. Nicht unerwähnt bleibe noch ein Gedicht, das Herr Ph. Reinhard aus Niederneisen, ein auch über die Grenzen unseres Kirchspiels hinaus bekannter Dichter, den gefallenen Helden an dieser Stätte gewidmet hat. Die erhebende Feier beschloß der Posaunenchor mit dem schönen und ergreifenden Soldatenlied: Ich hatt' einen Kameraden.

Braubach, 9. Jan. Sonntag nachmittag 5 Uhr singt Herr Baritonist H. Schlusius in der evangel. Kirche in Braubach unter Mitwirkung des dortigen Bläserchors. Dienstag abend 8 Uhr singt Herr Schlusius im „Rheintal" in Braubach.

Neues aus aller Welt

Das verbotene Land im Film. Ein Engländer namens McGovern hat kürzlich eine Forschungsreise in das Land Tibet abgeschlossen. Solche Reisen sind keine Seltenheit mehr, da das einstens „verbotene Land" neuerdings seine Tore dem Forschungstrieb von Ausländern geöffnet hat. Neu aber ist es, daß es dem genannten Engländer geglückt ist, insgeheim während seiner Reise eine ganze Anzahl gelungener Filmaufnahmen herzustellen, die in das Land Tibet und das Leben und Treiben seiner Bewohner einen bisher noch nicht gekannten Einblick eröffnen. Der Film ist in London bereits vorgeführt worden. Dabei hat der Forschungsreisende, ein junger Mann von 26 Jahren, auch interessante Mitteilungen über seine Reise selbst gemacht. Da er die Aufnahmen insgeheim machen mußte, so bedurfte die Reise der sorgfältigsten Vorbereitungen. Um vor Entdeckung geschützt zu sein, übte der junge Engländer monatelang vor Antritt der Reise die Rolle eines tibetanischen Dieners und eines Gepäckträgers ein. Er mußte zu diesem Zwecke sich auch die Landessprache aneignen. Als Führer der Expedition schob er dann einen Tibetaner vor, während er selbst im Hintergrunde blieb. Diese Vorbereitungen retteten ihm in einem kritischen Moment das Leben und sicherten seinem Unternehmen den Erfolg. Als er in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, weilte, wurde seine Anwesenheit den fanatischen Mönchen bekannt und die Folge war ein Vorstoß der Masse gegen das Gebäude, in dem er abgestiegen war. Der Engländer rettete sich noch rechtzeitig in der Tracht eines Gepäckträgers aus dem Hause, mischte sich unter die Masse und half nach Kräften, dem Hause die Fenster einwerfen. Zusammen mit einem englischen Begleiter gelang es ihm, in Lhasa selbst recht interessante Filmaufnahmen herzustellen. Besonders schwierig war die Rückreise nach Indien, und der Forschungsreisende erklärte es für ein Wunder, daß er sich selbst und seine Aufnahmen heil durch alle Fährnisse hindurchbrachte.

Die drahtlose Fernsprechverbindung von Amerika und England hatte am Jahresende verglichen mit der Zeit von ein paar Wochen früher außerordentlich große Fortschritte gemacht. Am letzten Tag des Jahres fing die Rundfunkgesellschaft in London einen drahtlosen Runddienst auf, der von der drahtlosen Station in Pittsburg in Amerika verbreitet wurde. Der amerikanische Runddienst wurde in England weitergegeben und vorzüglich verstanden. Ein amerikanisches Orchester spielte das bekannte englische Lied „Auld Lang Syne". Genau so gut wie dieses Musikstück wurde ein Pianosolo verstanden, für das der amerikanische Künstler das „Frühjahrslied" von Mendelssohn gewählt hatte. Eine Rede an die englischen Pfadfinder wurde ebenfalls vom ersten bis zum letzten Wort tadellos verstanden. Die Versuche der letzten Woche haben also zu einem vollen Erfolge geführt, sodaß man gegenwärtig tatsächlich den drahtlosen Fernsprechdienst nicht nur von Land zu Land, sondern auch von Kontinent zu Kontinent spielen lassen kann.

Letzte Nachrichten

Mord an Separatisten in Speyer

Paris, 10. Jan. Havas verbreitet folgende Meldung aus Mainz: Der Präsident der separatistischen Bewegung der Pfalz wurde gestern abend 9,30 Uhr in einem Restaurant in Speyer ermordet, als er das Essen einnehmen wollte. Drei Männer erschienen in dem Restaurant, riefen Hände hoch und feuerten. Heinz-Orbis stürzte tot zu Boden. Einer seiner Begleiter ist leicht verletzt. Die Mörder haben die Flucht ergriffen. Ihre Persönlichkeiten konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Die Polizei und die Besatzungstruppen haben in der ganzen Stadt Haussuchungen vorgenommen. Die Automobile, die die Stadt verlassen, werden von Patrouillen durchsucht. Wahrscheinlich hätten die Mörder im Auftrag einer nationalistischen Organisation gehandelt.

Mannheim, 10. Jan. Wie WTB. meldet, sind bei dem gestern abend 9,30 Uhr in einem Restaurant in Speyer auf den Separatistenführer Heinz-Orbis verübten Attentat noch vier weitere Todesopfer sowie mehrere Schwerverletzte zu verzeichnen. Die Namen der Toten sind: Weiß, Sand, Weigel, Fußheller. Ein gewisser Lilienthal befindet sich unter den Schwerverletzten.

Amtlicher Teil

Diez, den 8. Januar 1924.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betrifft: Kreissteuerveranlagung für 1923.

Zwecks endgültiger Kreissteuerveranlagung f. 1923 wollen Sie umgehend anzeigen:

a) den Betrag der neuen Grundvermögenssteuer, deren Soll Ihnen wohl inzwischen durch die Katasterämter mitgeteilt worden ist.

b) der Gewerbesteuer nach dem Stande am 1. dieses Monats.

(Bei der Grundvermögenssteuer ist der Monatsbetrag, bei der Gewerbesteuer der Jahresbetrag anzugeben.)

Zu a) ist ferner anzugeben, welcher Betrag davon auf die Gemeinde-Gebäude und -Liegenschaften entfällt.

Zu b), ob darin auch die von auswärts überwiesenen Gewerbesteueranteile enthalten sind. Von auswärts veranlagte Steuer, die noch nicht ordnungsmäßig in Abzug gestellt ist, ist nachzuweisen, auch wenn der Gewerbebetrieb seit 1. April 1923 geruht hat.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses

SONDER-VERKAUF
in modernen eleganten Pièces

Jacken-Kleider
in Gabardine und Sportstoffen:
50 30 20 Bill.

Mäntel
in Velour de laine:
45 25 15 Bill.

Damenhüte
teils zur Hälfte des regulären Preises.

Taillen-Kleider
in Wolle und Seide:
65 45 35 Bill.

Hemd-Blusen
in reinem Woll-Flanell
von 7.50 an.

Modehaus A. Haubold
Tel. 384 BAD EMS Lahnstr.

Nähmaschinen
wieder eingetroffen.
Damen u. Herren-FAHRRÄDER
Prima Qualität. Billige Preise.
Grosse Auswahl in allen Ersatzteilen.
Automobil- und Fahrradgummi
Herabgesetzte Preise.
Elektr. Artikel, wie
Bügeleisen, Kocher, Platten, Taschenlampen
und Batterien in bekannter Güte.
Benzinfeuerzeuge.
Auto-Zentrale Biller & Co.
BAD EMS.
Benzin. Oel. Carbid. Reparaturen. Garagen.

Todes-Anzeige.

Heute morgen verschied sanft unser lieber Vater, Großvater, und Bruder

Herr
Friedrich Maus

im 86. Lebensjahre

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

August Maus
Emil Maus

Diez, den 9. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Radfahrer-Verein 09 Bad Ems.

Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr im Gasthaus „Mosella" Generalversammlung. Tagesordnung: u. a. Neuwahl des Vorstandes.

Geflügelzuchtverein Bad Ems

Freitag abend, 8 Uhr: Generalversammlung. (Neuwahlen des Vorstandes und diesjährige Ausstellung.

Tüchtiges Haus- und Zimmermädchen
sofort gegen hohen Lohn gesucht.
Frau Bors, Bad Ems.
Hans Taube, Grabenstr. 58.

Jüng. Fräulein
für Büro und leichte Lagerarbeiten gesucht.
Selbstgeschriebene Offerten mit Zeugnis unter E. 32 an die Geschäftsstelle der Ztg.

Pension
in Ems bei nur gebildeter Familie sucht erholungsbedürftige vorbeitretete Dame. Offerten unter E. 21 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Beinkranke!
mit Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias
behandelt rasch und naturgemäß
Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 123 I. Etg.
Eingang: Roonstraße.
Sprechstunden:
Jeden Mittwoch von 10—4 Uhr.

Die beste Hebung Ihres Geschäfts bringt unzweifelhaft ein Inserat im Lahn-Boten
der einzige im Unterlahnkreis erscheinende Tageszeitung.

Dr. Zimmermann'sche Privatschule
Inh. C. Hacke beeidigter Bücherrev. Coblenz.
Am 15. Januar beginnen
Handelskurse
vom halbjähriger Dauer.
Näher. d. Prosp. Auskunft im Schulh. Hohenzollernstr. 148

Union-Briketts
ab Lager und frei Haus sofort lieferbar.
Balzer & Co., Bad Ems Alexanderstraße 1.

Ein hervorragendes Fachblatt seiner Art ist die illustrierte Jagd-wochenschrift „St. Hubertus" Cöthen (Anhalt)
Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großartiger Bilderschmuck. Wertvolle Kunstbeilagen.
Wirkungsvolles Anzeigenblatt.
Bezugspreis 12 Mark für das Vierteljahr. — Jede Postanstalt und Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.
Probenummern
vollständig kostenlos bitte zu verlangen von dem Verlag des St. Hubertus (Paul Schettlers Erben, Gesellsch. m. b. H.), Cöthen (Anhalt).

Jagd-Verpachtung.

Am 15. Januar nachmittags 3 Uhr findet die Jagdverpachtung der Gemeinde Obernhof bestehend in ca. 240 Hektar Wald und Feldjagd auf die Dauer von 9 Jahren auf der Bürgermeisterei in Obernhof öffentlich meistbietend statt.

Obernhof, den 8. Januar 1924.

Der Jagdvorsteher:
Hagel, Bürgermeister.

V. Ehrenberg, Dentist, Diez
Luisen-Scherstraße 1, part.
Zahnziehen . Plombieren
Zahnersatz
in erstklassiger Ausführung
Kronen und Brücken in Gold und Silbergold, mit und ohne Platte
Kautschukarbeiten. Bestes Material.
Auf Wunsch Teilzahlungen.
Mäßige Preise.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Millimeterzeile 8 Goldpf. auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem zweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Hellingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 9 — Bad Ems, Freitag den 11. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Ein Interview beim Reichskanzler Marx.

Aus dem deutsch-belgischen Schiedsgericht. — Der Existenzkampf in der deutschen Industrie.

Zur deutschen Lage

Braunschweig, 8. Jan. Reichskanzler Marx gewährte dem Chefredakteur der „Braunschweigischen Staatszeitung" ein Interview, in dessen Verlaufe er u. a. sagte: Es sind im Wesentlichen zwei Aufgaben, die unausgesetzt die Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anspruch nehmen: das ist die Sorge um Rhein und Ruhr und die Sorge um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des deutschen Volkes. Das Fundament für unseren Staat bildet die Erhaltung des Lebens, der Arbeits- und Produktionskraft unseres Volkes. Daß unser Volk ohne schwere Schädigungen durch diesen Winter kommt, ist die wichtigste Sorge. Die Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat und bei deren Ergreifung sie nicht immer auf Beifall rechnen darf, sind bekannt: sie heißen: rücksichtslose Drosselung aller irgendwie entbehrlichen Ausgaben und rücksichtslose Steigerung der Einnahmen. Die Erkenntnis daß es gilt, Opfer zu bringen, hat erfreulicherweise zugenommen, seitdem es gelungen ist, die deutsche Wirtschaft vor dem völligen Sturz in den Abgrund zu retten und unserm geplagten Volke wieder ein festes Geld in die Hand zu geben. Das Ausland ist uns dabei durch charitative Mithilfe in überraschend erfreulichem Maße zu Hilfe gekommen; aber vor allem ist erforderlich, daß unser Volk Selbstzucht übt. Der kleine Kreis, der immer noch nicht begriffen hat, daß es eine Schande ist, zu schwelgen, wenn Hunderttausende von Volksgenossen darben, muß sich endlich des Ernstes der Situation bewußt werden und sein Verhalten danach einrichten. Diesen Leuten, die jetzt im Auslande eine Luxusleben führen dürfen, wird die Reichsregierung energisch zu Leibe gehen.

Neben den wirtschaftlichen Sorgen besteht die Sorge um unser deutsches Rheinland, die Sorge um unser Ruhrgebiet, Rhein- und Ruhr- und Reparationsfrage, das sind die Schicksalsprobleme unseres Volkes nach der Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens durch eine gesunde Währung. Gegenüber diesen Dingen treten alle anderen Fragen in den Hintergrund. Was den Gedanken einer Umgestaltung der Weimarer Verfassung betrifft, so werden wir der Erörterung dieser an und für sich wichtigen Dinge, denen in normalen Zeiten jahrelange Prüfungen Sachverständiger in der Publizistik und in der öffentlichen Meinung vorangegangen wären, natürlich auch im Sturmlauf der Dinge nicht aus dem Wege gehen. „Ich habe ja, erklärte der Kanzler, „bereits in meiner Rede vom 4. 12. 23 lebhaft beklagt, daß das Verhältnis zwischen dem Reiche und den Ländern in vielfacher Beziehung getrübt ist. Ich habe damals das Versprechen abgegeben, eine Klärung dieses Verhältnisses zu versuchen und womöglich herbeizuführen. In dieser Aufgabe halte ich fest und ich hoffe, daß sie sich jetzt mit umso weniger Schwierigkeit durchführen läßt, als die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines einmütigen Verhaltens bei den Gefahren, die uns außen und innen umgeben, gewachsen ist. In erster Linie kommt als dringendste Frage eine Neuregelung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Ländern in Frage. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits im Gange. Der Reichsfinanzminister hat auch bereits zu diesem Zwecke mit den Ländern Fühlung genommen. Haben die finanziellen Beziehungen zwischen dem Reiche und den Ländern erst eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Regelung erfahren, so wird erforderlichenfalls auch in eine Prüfung der in Deutschland jetzt staatspolitisch wichtigen Probleme eintreten werden. Aber wie gesagt: bei allen diesen Fragen, so wichtig sie auch sein mögen, dürfen wir doch nicht vergessen, daß die Einheit der Nation unser höchstes Gut ist, das aufrechtzuerhalten das dringendste Gebot der Stunde ist."

Eine Rede Hymans

Paris, 10. Jan. In der Rue de Varenne begann vor dem deutsch-belgischen gemischten Schiedsgericht die Verhandlung wegen der Entschädigungsforderung der während des Krieges nach Deutschland gebrachten belgischen Staatsangehörigen gegen die deutsche Regierung. „Der deutsche Vertreter, Hilch, legte den deutschen Standpunkt dar. Er betonte daß für sämtliche erduldeten Schäden die Reparationskommission allein zuständig sei. Der belgische Staat habe kraft Artikel 231 die Vergütung sämtlicher Schäden zu beanspruchen und die von den Privatpersonen erduldeten seien in der Totalsumme einbegriffen. Unter den Ansprüchen des belgischen Staates ist ein Betrag der zur Ausgleichung der an die Deportierten ausgezahlten Löhne, die ungenügend waren, angefordert worden. Ferner habe die Reparationskommission am 23. April 1921 die Gesamtziffer der Schäden festgesetzt. Zum Schlusse antwortete Herr Hilch mit folgenden Worten auf die Ansprache des belgischen Vertreters Pirenne:

„Wir streben mit allen Kräften nach einer Entspannung in den belgisch-deutschen Beziehungen; aber Deutschland kann nicht drückendere Lasten übernehmen, als es zur Zeit ertragen muß. Die dem Gerichte unterbreiteten Forderungen beziehen sich auf Lasten, die der Vertrag Deutschland auferlegt und die zu zahlen es sich nicht weigert. Man darf aber Deutschland nicht dazu verurteilen, zweimal zu entrichten. Wenn das Urteil Deutschland doppelt Lasten auferlegen würde, so hätte es nicht den günstigen Erfolg, den man sich von ihm verspricht."

Im weiteren Verlaufe der Sitzung ergriff der Generalanwalt der belgischen Regierung und frühere Minister Hymans das Wort. Er wandte sich nachdrücklich gegen die These des deutschen Anwaltes und setzte auseinander, daß die belgische Regierung ein Anrecht auf Vergütung der an die Deportierten ausgezahlten Zuschüsse besitze und sonst lediglich als Mittelsmann zwischen den Deportierten und dem Reiche auftrete. Deutschland habe sich durch die zwangsweise Verschickung der Zivilisten einen Bruch des Völkerrechtes zuschulden kommen lassen und müsse Schadenersatz leisten. Es gebe im Versailler Vertrage, betonte Hymans, ausdrücklich, keine Klausel, die es den belgischen Arbeitern untersage, direkt gegen den Arbeitgeber — das Reich im vorliegenden Falle — wegen Nichterfüllung eines Arbeitskontraktes vorzugehen. Die Verschickungen, so fügte der belgische Generalanwalt hinzu, hätten in den Kreisen der belgischen Zivilbevölkerung größeren Haß erregt, als er an der Front je bestanden hätte. Europa müsse indessen wirtschaftlich wieder in die Höhe gebracht werden. Man hoffe, daß Deutschland sich neu forme und Ludendorff zugunsten Goethes und Heines entthronen werde. Um eine allgemeine Entspannung herbeizuführen, müsse ein jeder seine Pflicht tun, Deutschland vor allem die moralische der Wiedergutmachung.

De Jouvenel zum Reparationsproblem

Paris, 10. Jan. Robert de Jouvenel befaßt sich in einem Leitartikel des Oeuvre mit dem Rechbergschen Plane und dem Reparationsproblem überhaupt. Der Artikel wirft auch interessante Streiflichter auf die Untergründe und Ziele der Reparationspolitik Frankreichs. de Jouvenel legt zunächst dar, warum Millerand und Poincare dem Plane des deutschen Großindustriellen, den sie 1922 ablehnten, einen plötzlichen Geschmack abgewonnen haben, weil die französische Regierung, so gibt de Jouvenel zur Antwort, bereits im November 1922, wie nunmehr einwandfrei feststeht, sich zur Besetzung des Ruhrgebietes entschlossen hatte und zu dieser Zeit keinen anderen Plan in Erwägung ziehen wollte. Die mangelhaften Ergebnisse der Ruhrbesetzung hätte sie nun auf den Plan Rechberg zurückgreifen lassen. de Jouvenel zieht weiter die Frage der ungünstigen Bilanz der Ruhrokkupation und fügt hinzu, Poincare hat einen neuen Plan für die Ausbeutung der besetzten deutschen Provinzen. Um aber aus diesem Plane alle Vorteile zu ziehen, müssen wir nach der Auffassung des Herrn Poincare selbst mindestens 27,5 Millionen Tonnen Kohlen, Koks und Braunkohlen 1924 aus dem Ruhrgebiet erhalten. de Jouvenel bezweifelt, daß die deutsche Industrie in der Lage wäre, einen so hohen Bruchteil ihrer Produktion, ohne irgendwelche Barzahlungen an Frankreich abzutreten. Indem könne Frankreich nicht mehr als höchstens 14 Millionen Tonnen deutscher Kohle ertragen. Diese Ueberschwemmung von 27,5 Millionen Tonnen werde allmählich die französische Kohlenindustrie und den internationalen Markt zerrütten und außerdem noch das Uebel der englischen Arbeitslosigkeit vergrößern. Das Drama der Reparationen habe sich folgendermaßen abgespielt: 1922 lehnte Frankreich die Sachleistungen ab, um seine Holzhändler und Unternehmer nicht zu behindern. Während des Jahres 1923 habe Frankreich aus dem Ruhrgebiet keine Metallprodukte aus Rücksicht auf die Großindustrie des Komitees des Forges ausgeführt und 1924 werden die Proteste der französischen Kohlenproduzenten und Grubenbesitzer laut, sodaß man aus dem Dilemma keinen Ausweg sieht.

Zur Lohnfrage

Stillegung der Wissemer Eisenhütten.

Köln, 9. Jan. Die Vereinigten Stahlwerke Van Zypen und Wissemer Eisenhütten A. G. hatten, weil der Betrieb nicht mehr produktiv arbeiten konnte, die Genehmigung zur Stillegung beim Demobilmachungskommissar beantragt. Die Wiedereröffnung des Betriebes ist in Aussicht genommen, sobald aufgrund einer anderweitigen Regelung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse eine Produktionsmöglichkeit wieder gegeben erscheint.

10-Stundentag in der Zementindustrie.

Laut „Berl. Lokalanzg." ist für den Bereich des Arbeitgeberverbandes der rheinisch-westf. Zementindustrie nach langen Verhandlungen der Uebergang zum 10 Arbeitsstundentag vereinbart worden.

Zu den Lohnkämpfen.

Köln, 9. Jan. Bei der Motorenfabrik Deutz hatte die Arbeiterschaft, ohne das Ergebnis von Verhandlungen für die gesamte Metallindustrie beim Schlichtungsausschuß abzuwarten, besondere Lohnforderungen gestellt. Teile der Arbeiterschaft veranstalteten eine Kundgebung vor der Betriebsleitung und stellten die Arbeit ein. Infolge des Verhaltens der Belegschaft sah sich die Firma gezwungen, das Werk zu schließen und die Arbeiter zu entlassen.

Düsseldorf, 9. Jan. In der Düsseldorfer Metallindustrie sind jetzt alle Betriebe stillgelegt. Gestern waren nur noch zwei im Gange; auch diese haben heute die Tore geschlossen. Der von den Kommunisten erstrebte Allgemeinausstand wird in vielen Orten des niederrheinischen Gebiets ausgerufen.

Duisburg 9. Jan. Der christliche Metallarbeiterverband gibt eine Entschließung der in den Zechenbetrieben beschäftigten Metallarbeiter bekannt, die gegen den Schiedsspruch des Reichs- und Staatskommissars Mehlich vom 4. Januar tatkräftigen Einspruch erhebt und darauf hinweist, daß die Arbeitnehmerorganisationen durch ihr Zugeständnis einer wochendurchschnittlich 60stündigen Arbeitszeit und 7stündigen Schichtzeit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten genügend Rechnung getragen hätten.

WTB. Magdeburg, 10. Jan. Einige Betriebe der Magdeburger Metallindustrie haben ihre Arbeiter ausgesperrt. Nach Angabe des Metallarbeiterverbandes hatten die Arbeitgeber, da die Tarifverhandlungen ergebnislos verliefen, die Löhne einseitig festgesetzt. Die Arbeitnehmer weigerten sich daraufhin, unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

Düsseldorfer Generalstreik widerrufen.

Düsseldorf, 9. Jan. Die Düsseldorfer Nachrichten melden: In Berlin war heute das Gerücht verbreitet, daß in Düsseldorf der Generalstreik ausgebrochen sei. Das Gerücht kann als falsch bezeichnet werden. Außer der Metallindustrie ist kein Werk am Streik beteiligt. Lediglich die Arbeiterschaft der Papierfabrik Reisholz ist in einen Sympathiestreik für die Metallarbeiter eingetreten.

Arbeitseinstellung in der Textilindustrie.

Krefeld, 9. Jan. (Wolff.) In der Krefelder Textilindustrie ist es plötzlich zu Arbeitseinstellungen gekommen. Nach der „Krefelder Zeitung" haben Syndikalisten, die aus Hochemmerich kamen, die Arbeiter unter Drohungen gezwungen, die Arbeit einzustellen und die Fabriken zu verlassen.

Die Krefelder Baumwollspinnerei in Uerdingen liegt auch still. Der Streik nimmt an Ausdehnung zu.

Vorkriegsarbeitszeit in der Kaliindustrie.

Nach dem „Berl. Lokalanzg." hat die Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums gestern mit Zustimmung der Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter die Vorkriegsarbeitszeit für die gesamte Kaliindustrie wieder hergestellt.

Politische Nachrichten

Deutschland

Die S. P. D. zum Ausnahmezustand und zu den Vorgängen in Thüringen.

Laut „Vorwärts" beschloß der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestern, der Reichsregierung neuerdings die schleunige Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes nahezulegen. Hinsichtlich der Vorgänge in Thüringen wurde einhellig die Auffassung vertreten, daß der Kampf gegen die thüringische Regierung als eine parteipolitisches Manöver zur Erzielung einer bürgerlichen Mehrheit bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu betrachten sei. Die gegen den verhafteten Minister Hermann erhobenen Beschuldigungen rechtfertigten seine Verhaftung nicht, da weder Verdunkelung noch Fluchtverdacht vorliege.

Ausschuß zur Neuorganisation der Reichsbahn.

Gestern trat im Reichsverkehrsministerium der Organisationsausschuß zusammen, der über die Neuorganisation bei der Reichsbahn und über die mögliche Gestaltung ihrer künftigen Betriebsform berietet.

Die Zentrumspartei zum Personalabbau.

Nach der Germania hat die Zentrumsfraktion des Reichstages einstimmig eine Entschließung angenommen, welche bei der Durchführung der an sich notwendigen Personalabbauverordnung vorgekommenen Schärfen bedauert. Insbesondere wendet sie sich gegen die Verordnung, durch die alle oberschlesischen Flüchtlingslehrer und Lehrerinnen, die noch keine Wiederanstellung erlangt haben, in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, und gegen die Ausdehnung des Personalabbaus auf die Opfer des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr (Gefangene und Verdrängte). Eine Nachprüfung dieser Maßnahmen wird gefordert.

Freie Arbeiterunion verboten.

Laut Berl. Lokalanz. hat der Militärbefehlshaber des Wehrkreises 6 die Freie Arbeiterunion verboten, da sie syndikalistische Ziele verfolge.

Militärkontrollbesuch in deutschen Städten.

Berlin, 10. Jan. Halbamtlich wird gemeldet: Wie bereits in der ausländischen Presse angekündigt wurde, hat die Interalliierte Militärkontrollkommission der Reichsregierung mitgeteilt, daß am 10. und 12. des Monats in einer Reihe von deutschen Städten Kontrollbesuche stattfinden sollen. Die Besuche sind, soweit bisher Nachrichten von den deutschen Verbindungsstellen vorliegen, zum Teil auch militärischen Kommandostellen zugedacht. Sie sollen indessen in Zivil stattfinden und werden auch sonst in Formen vor sich gehen, die den Gefühlen der kontrollierten Stellen Rechnung tragen. Die zur Durchführung dieser Kontrollbesuche nötigen Maßnahmen sind deutscherseits getroffen worden. Die Reichsregierung hat indessen der Interalliierten Militärkontrollkommission erklärt, daß ihrer Ansicht nach diejenigen Aufgaben, die die Kommission mit militärischen Stellen in persönliche Berührung bringen, nunmehr als beendet angesehen werden.

Bayern

Beschwerden der Dem. Partei.

München, 9. Jan. Im Verfassungsausschuß des Bayrischen Landtags erhob Abg. Dr. Dirr (Dem.) eine scharfe Beschwerde dagegen, daß Staatskommissar Gareis in Nürnberg eine öffentliche Beamtenversammlung der Demokratischen Partei verbot und verlangte, daß der Minister des Innern dafür sorge, daß solche Eingriffe unterbleiben. Die Demokraten ließen sich derartige Zustände nicht mehr längen gefallen. Der Redner bezeichnete es weiter als einen unerhörten Zustand, daß der Chefredakteur einer großen Münchener Tageszeitung zugleich politischer Berater des Generalstaatskommissars sei, obwohl das schon aus Konkurrenzgründen und aus Taktgründen nicht angängig erscheine. Redner der Bayrischen Volkspartei und Bayrischen Mittelpartei wandten sich vorbehaltlich der Richtigkeit der Darstellung Dr. Dirrs ebenfalls gegen das Nürnberger Versammlungsverbot. Der Minister des Innern erklärte, den Fall sofort untersuchen zu lassen.

Zum Hitler-Ludendorff-Prozeß.

München, 8. Jan. Die Blättermeldung, wonach der Hitler-Ludendorff-Prozeß außerhalb Münchens stattfinden soll, ist, wie die Korrespondenz Hoffmann von zuständiger Seite erfährt, unzutreffend.

Sitzung der bayr. Volkspartei.

Wie die Voss. Ztg. aus München meldet, fand dort eine Sitzung der vereinigten Reichstags- und Landtagsfraktion der Bayrischen Volkspartei statt, in der Reichsjustizminister Emminger ein Referat über die Lage im Reich erstattete.

Thüringen

Einheitsliste der bürgerlichen Parteien.

Nach einer Meldung des „Tags" aus Weimar ist eine Einheitsliste der bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Völkischen) dort zustande gekommen. Die Vorbereitungen für die Einheitsliste des Bürgerbundes, des sogenannten Ordnungsbundes, sind in den vier Wahlkreisen völlig beendet.

Die Kontrolltätigkeit in Thüringen.

Als neue Auswirkung der Kontrolltätigkeit des Reiches in Thüringen wird nach dem „Berl. Lokal-Anz." bekannt, daß Regierungsrat Borch und Major Etscheit von der Landespolizei vom Dienst suspendiert worden sind und daß Ministerialrat Dr. Rockser als Regierungsrat von Weimar weg versetzt worden ist.

Klage gegen thüring. Minister erhoben.

Nach dem Lokalanzeiger ist die öffentliche Anklage gegen den thüringischen Minister Hermann und den Regierungsassessor Knatze erhoben worden. Die Voruntersuchung wurde eingeleitet. Die Haftbefehle gegen beide wurden bestätigt, und zwar kommen die Paragraphen 348 und 349 des Reichsstrafgesetzbuches (schwere Urkundenfälschung) in Betracht.

Erörterungen in der Reichsregierung.

Berlin, 8. Jan. Die Erörterungen zwischen der Reichsregierung und Mitgliedern der thüringischen Landesregierung sind heute in der Reichskanzlei fortgesetzt, aber nicht zu Ende geführt worden; der Abschluß steht jedoch unmittelbar bevor.

Frankreich

Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

London, 9. Jan. Daily Telegr. meldet, daß die Botschafterkonferenz mit dem Vorschlag Nollets über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland einverstanden sei, wonach die Kontrolle am 10. Jänner wieder aufgenommen werden soll, und zwar von einer Kommission, bestehend aus Vertretern Englands, Belgiens, Italiens und Frankreichs, die in jedem Falle gemeinsam ihre Tätigkeit ausüben sollen, und zwar in Zivil.

Erklärung der amerikanischen Sachverständigen.

Paris, 9. Jan. Die beiden in Paris eingetroffenen Sachverständigen haben dem Matin eine Erklärung zur Verfügung gestellt, in der es heißt: Wir werden an unsere Arbeit mit dem brennenden Wunsche herangehen, zuerst einmal alle Tatsachen klar zu sehen und dann ein Resultat zu erzielen.

Der Petit Parisien schreibt im Zusammenhang mit dieser Erklärung: Wenn Deutschland darauf verzichtet, den Einflüsterungen seiner üblen Ratgeber Gehör zu schenken und jeden Versuch auf Revanche aufzugeben, wenn es bereit ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, und wenn unsere Verbündeten sich bemühen werden, den französischen Standpunkt zu verstehen und unter alle Lösungen eine solche herauszufinden, die Frankreich nicht entrechtet, so wird Frankreich sich, wie es Poincare als der ermächtigte Sprecher dieses Landes erklärt hat, niemals unmenschlich, sondern stets edelmütig erweisen.

Ausweisung eines holländ. Staatsangehörigen.

Paris, 9. Jan. Auf Anweisung des Innenministers ist der holländische Staatsangehörige Dunzen, der in Paris eine ausländische Bank vertritt, ausgewiesen worden mit der Begründung, daß er alarmierende Aeußerungen über das Sinken des Franken getan habe.

Weitere Erklärung des amerik. Sachverständigen.

Paris, 8. Jan. Die gestern in Paris angekommenen beiden amerikanischen Sachverständigen Dawes und Owen Young erlassen heute durch die Havasagentur folgende Erklärung: Die amerikanischen Sachverständigen haben bis jetzt der Presse keinerlei Erklärung abgegeben. Alle Erklärungen, die sie jetzt oder in der Folge zu geben haben, werden einen offiziellen Charakter tragen. Sie sind von der Reparationskommission aufgefordert worden, an einem Sachverständigenausschuß teilzunehmen, von dem man verlangt, daß er Tatsachen studiert, Folgen hieraus zieht und gewissen Vorschläge unterbreitet. Die amerikanischen Sachverständigen kommen als Privatpersonen, sie haben keine vorgefaßten Pläne und hoffen nur den Plänen, die von anderen Persönlichkeiten unterbreitet werden, zu Hilfe zu kommen.

Sie haben aber augenblicklich eine Erklärung abzugeben, von der sie voraussetzen, daß sie von allen Mitgliedern des Sachverständigenausschusses sowie von der öffentlichen Meinung der Welt gebilligt werde: Die Zeit sei ein wesentliches Element der Lage. Das Komitee, das eingesetzt sei, sei ein geschäftliches Komitee, das sich mit Tatsachen beschäftige und konstruktive Folgerungen daraus zu ziehen habe. Seine Arbeiten müssen mit umgehender Beschleunigung geführt werden und es müssen ununterbrochen tägliche Sitzungen abgehalten werden.

Paris, 8. Jan. Die in Paris angekommenen amerikanischen Sachverständigen General Dawes und Owen Young haben heute nachmittag die erste Fühlung mit der Reparationskommission genommen.

Der neue Generalstabschef.

Paris, 8. Jan. Im Ministerrat, der heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehalten wurde, ist der Divisionsgeneral Debeney, der dem Obersten Kriegsrat angehört, auf Vorschlag des Kriegsministers zum Nachfolger des vor einigen Tagen verstorbenen Generals Bat zum Chef des Generalstabes ernannt worden.

Ausweisung von 10 Ausländern wegen Spekulation.

Paris, 10. Jan. Wie der Matin mitteilt, sind auf Veranlassung des französischen Finanzministers zehn Ausländer, zum Teil Russen, gestern auf der hiesigen Devisenbörse wegen Spekulation ausgewiesen worden. Evtl. werden sie zum Verlassen des französischen Bodens gezwungen, wenn sie über den Grund ihres hiesigen Aufenthaltes keine triftigen Angaben machen können.

Paris, 10. Jan. Die belgische Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember 1923 ist gestern am späten Nachmittag dem Quai d'Orsay zugestellt worden. Es verlautet, daß Poincare unmittelbar nach ihrer Prüfung die französische Note dem deutschen Geschäftsträger überreichen lassen wird.

Paris, 10. Jan. Es bestätigt sich, daß der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoesch, in den nächsten Tagen zur Berichterstattung über die Lage nach Berlin reisen wird. Es ist wahrscheinlich, daß der deutsche Geschäftsträger die Reise antreten wird, wenn er in den Besitz der französischen Antwort auf die deutsche Note gelangt ist. Wie Havas berichtet, wird die Note an die deutsche Regierung dem deutschen Geschäftsträger jedenfalls am Freitag übergeben werden.

England

Zur de jure Anerkennung Sowjetrußlands.

London, 7. Jan. (Wolff.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es bestätige sich, daß während der letzten französisch-tschechischen Verhandlungen in Paris Dr. Benesch Poincare aufgefordert habe, Sowjetrußland angesichts der Wahrscheinlichkeit einer Arbeiterregierung in England de jure anzuerkennen, da England sonst, wie er glaube, Frankreich zuvorkommen werde.

„Daily News" schreibt, der französisch-tschechische Pakt habe in ganz Europa allgemeines Aufsehen erregt. Die Versicherungen, die, wie verlautet, Benesch dem britischen Foreign Office über die friedlichen Zwecke des Vertrages zu geben wünsche, würden sehr klar sein müssen, wenn sie die ernsten Besorgnissen, die durch den fraglichen Pakt erzielt worden sind, beseitigen sollen.

Das neue Parlament und der engl. Einfluß in Europa.

London, 8. Jan. „Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel, das Parlament werde sich vor Ablauf der Woche dem ernsten Regierungsproblem zuwenden können. In der Zwischenzeit drängten sich aber die Ereignisse in Europa in rascher Reihenfolge aneinander, ohne daß Großbritannien irgendeine entscheidende Rolle zu spielen vermöge. Es sei heute fast ebenso wichtig, daß rasche Entschlüsse gefaßt würden, wie es während des Krieges der Fall war, aber England habe keine verantwortliche Regierung'. Frankreich konsolidiere jetzt seine Stellung im Ruhrgebiet. Zum alleinigen Vorteil der Franzosen habe England im Kriege seine Menschen und sein Geld hergegeben, damit es jetzt bei der Regelung beiseite gestoßen werde. Was weiterhin den neuen Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei anbetreffe, so habe während des politischen Interregnums in England die französische Diplomatie, die hauptsächlich daran interessiert sei, um Deutschland herum einen Wall Bewaffneter,i an seine Interessen gebundener Mächte zu schmieden, Dr. Benesch in diesen Zauberring hineingelockt. Ebenso würden Annäherungen an Rußland unternommen. „Daily Chronicle" tritt zum Schluß dafür ein, daß es die Pflicht der britischen Politiker sei, Macdonald alle mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen und ihm zu helfen, dem englischen Einfluß in Europa wieder Geltung zu verschaffen.

Die Mitarbeiter von Macdonald.

London, 8. Jan. (Wolff.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, man glaube, Ramsay Macdonald werde, wenn er außer dem Amte des Premierministers das Foreign Office übernehmen werde, zu seinen hauptsächlichsten Gehilfen in letzterem Amt Tom Shaw und Artur Ponsonby machen. Es sei auch wahrscheinlich, daß Ramsay Macdonald Lord Acton, der 1919, in dem unmittelbar auf den Krieg folgenden Jahre Gesandter in Finnland war, zur Mitarbeit im In- oder Auslande heranziehen werde. Noel Buxton sei ein weiteres Mitglied der Partei, dessen besondere Kenntnisse europäischer, insbesondere östlicher Probleme, im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik der Arbeiterregierung verwandt werden würde.

Vorbereitungen zur Thronrede.

London, 8. Jan. Reuter meldet, eine Vollsitzung des Kabinetts wird die Form der Thronrede erwägen und darüber beraten, ob die konservative Partei weiterhin für den Schutzzoll eintreten soll. Baldwin prüft gegenwärtig den Bericht der Millnerschen Zollkommission, deren Schlußfolgerungen Einfluß auf die Entscheidung des Kabinetts haben werde.

Zur Stundung der engl. Kriegsschuld.

London, 10. Jan. Beträchtliches Aufsehen erregt ein redaktioneller Artikel in der heutigen Ausgabe des von Lord Beaverbrook geleiteten Daily Expreß. In diesem Artikel wird es als äußerst wünschenswert und gar als sehr möglich hingestellt, daß die englische Regierung die der Vereinigten Staaten bitten wird, die Zahlung der Kriegsschulden auf vier bis fünf Jahre zu stunden, bis sich die wirtschaftliche und finanzielle Kraft Englands wieder so gehoben habe, daß es zahlen könne. Eine derartige Entwicklung würde dem Gläubiger nur zum Vorteil gereichen, da er es dann später mit einem Schuldner zu tun habe, der sich in neuem Wohlstande befinde und daher auch die beiderseitigen Handelsbeziehungen ertragreicher gestalten könne. In Verbindung mit dieser Auslassung des Daily Expreß wird von politischen Kreisen auf die gegenwärtige Anwesenheit Lord Beaverbrooks in den Vereinigten Staaten und seine Unterredungen mit dem bekannten amerikanischen Finanzmann Otto Kahn hingewiesen.

Belgien

Ansprüche von Arbeitslosen an Deutschland.

Paris, 8. Jan. Vor dem deutsch-belgischen Schiedsgericht wird seit gestern, wie berichtet wird, ein Prozeß verhandelt, den zehn Belgier gegen die deutsche Regierung angestrengt haben. Es handelt sich um Arbeitslose, die nach Deutschland transportiert worden waren, um dort in Industrie und Landwirtschaft Verwendung zu finden. Der Friedensvertrag von Versailles macht das Deutsche Reich für die gesundheitlichen und materiellen Schäden verantwortlich, die die Deportierten erlitten haben. (Ziffer 2 und 8 des Anhangs 1 zu Artikel 244.) Die hieraus sich ergebenden Ansprüche hatte die belgische Regierung bei der Reparationskommission angemeldet, die sie bei der Festsetzung der Entschädigungssumme in Höhe von 132 Milliarden berücksichtigte. Trotzdem tritt der Vertreter dieser belgischen Arbeitslosen für weitere Ansprüche ein. Die Forderung wird mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch begründet. In der morgigen Sitzung wird der Vertreter des Deutschen Reiches Rechtsanwalt Illch aus Berlin zu Worte kommen. Die Verhandlungen werden jedenfalls nicht vor dem 10. 1. abgeschlossen sein.

Amerika

Internationale Telephon- und Telegraph-Company.

Paris, 8. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat unter dem hauptsächlichsten Einfluß der International Telephon and Telegraph Company eine starke amerikanische Finanzgruppe ein Projekt ausgearbeitet, das hauptsächlichst die einheitliche Kontrolle der transozeanischen Telephon- und Telegraphenverbindungen, die Einführung von Kabeln, die mit höchster Geschwindigkeit arbeiten und die Normalisierung des gesamten Apparatewesens zum Ziele hat. Die „Chicago Tribune" will wissen, daß die Gruppe bereits an Frankreich, Spanien, Italien, Belgien, Deutschland und andere Länder mit dem Plane eines internationalen Telephontrusts herangetreten sei. Sie sei auf Widerstand bei den Regierungen gestoßen, habe jedoch in Spanien, Italien und Deutschland Fortschritte gemacht.

Um die Anerkennung der Sowjetregierung.

Washington, 9. Jan. Der Senat hat die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung erörtert. Lodge verteidigte die Politik der Nichtanerkennung. Borah sprach sich für die Anerkennung aus und erklärte, die Zeit sei gekommen, zu erwägen, ob Rußland nicht den Bedingungen ,die Coolidge in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß erwähnt habe, entgegengekommen sei.

Mexiko

Tampico, 9. Jan. (WB.) Die Regierungstruppen haben den Hafen völlig in ihrem Besitz.

Zur Lage in Mexiko.

Paris, 9. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Newyork teilt eine amerikanische Petroleumgesellschaft mit, daß die mexikanischen Aufständischen ihre Petroleumfelder in Tierra Blanca und Chapopotrunez besetzt hätten. Die Schächte seien geschlossen und die Gesellschaft habe durch das Vorgehen der Aufständischen einen Verlust von 30—40 000 Stück

---

Die Frühlingsmädchen

5 Novelle von Rudolf Herzog.

Die braune Friedel sprang mit unverbrauchter Zähigkeit der Schwester bei. „Es lohnt nur nicht, wenn man zu vornehm zum Arbeiten ist oder zu — zu — durstig. Jawohl. Hat's etwa bei meinem Vater nicht gelohnt? Ein ganzes starkes Menschenleben hat er hier aufgerichtet und seine vier Mädels mit in die Höhe genommen und ist glücklich geworden und zehnmal so stolz als ihr alle, daß ihr's nur wißt."

„Ja, der Doktor Frühling — —"

„Das ist auch ein Auswärtiger."

„Ein Auswärtiger, richtig. Und ich glaube selber, daß der Stadt nichts besser wäre als eine Blutauffrischung, wenn ich euch so ansehe und anhöre. Das aber dürfte sich wohl lohnen. Der Robert ist ja Mediziner und wird daher wohl wissen, was eine Blutübertragung bedeutet, und daß ein richtiger Arzt seinen Stolz dareinzusetzen hat, einen müden Körper wieder frisch auf die Beine zu stellen, statt hinterm Bierglas mit den Achseln zu zucken."

„Donnerwetter, wenn das auf mich gehen soll —"

„Es geht auf alle Kleinstädter, die die Schönheit der Heimat vor dem Zauberfeuerwerk der Großstadt vergessen."

Von Liebe sprachen die jungen Menschen nie, wenn sie sich auch nach Auswahl und zu zweit zusammenhielten. Es war etwas zu Gesundes in den Frühlingsmädchen, als daß man ihnen mit schönen Worten hätte die Sinne verwirren können. Ihre Augen, vom Vater geklärt und geschärft, blickten in den Endzweck aller Dinge, und nur die goldrote Maria ließ sich mehr und mehr von den Tönen umrauschen, die sie ihrem Klavier entlockte, und wurde erst wach und ein echtes und rechtes Frühlingsmädchen, wenn die Schwestern heimkehrten und über sie herfielen. Dann aber war sie die Uebermütigste.

Als die Studenten die Stadt verlassen hatten, hielt der Doktor Frühling mit seinen Töchtern eine Ratsversammlung ab. Alle saßen sie beim Lampenschein um seinen Arbeitstisch.

„Mädels," begann der Doktor und strich langsam seinen grauegewordenen Bart, „ein richtiger Haushalter macht bei Lebzeiten Kassensturz und überläßt es nicht den trauernden Hinterbliebenen, sich in den Tod zu wundern. Ihr seid jetzt so weit, damit ihr euch selber einen Ueberschlag machen könnt, ja müßt, damit ihr wißt, wie weit ihr zu springen habt, und euer Leben nach Menschenmöglichkeit geordnet bleibt, auch wenn ich mal nicht mehr dasein sollte. Ne, ne, ne, Friedel, du brauchst meinen Puls nicht zu fassen. Der schlägt noch kerngesund, und bevor ich nicht zum wenigsten viermal Großvater geworden bin, gedenke ich mich durchaus nicht aus dem Staube zu machen."

„Gut," entschied Eva, „fahre fort."

„Nun seht einmal, Kinder. Auf diesem Blatt steht, was ich mir in den zwanzig Jahren hier erworben habe. Nicht wahr, es liest sich ganz leidlich. Aber wenn man einen Taler durch die Zahl vier teilt, bleiben auf den Kopf 75 Pfennig. Das sieht sich dann schon weniger unternehmend an."

„Kommt unsere eigene Arbeit hinzu, Vater."

„Richtig. Darauf wollte ich hinaus. Was ich euch lehren konnte, habe ich euch gelehrt. Aber das sind erst die Grundmauern zum Haus. Nun kommt es darauf an, wie eine jede von euch weiterzubauen wünscht."

Die Mädchen blickten versonnen in das Lampenlicht. Sie hatten längst über ihren Weg nachgedacht.

„Es reicht auch zum Studieren," meinte der Vater, „obwohl ein regelrechtes Studium mit seinen Vorbereitungsjahren, den Semestern und den gewinnlosen Uebergangsjahren eine große Bresche in euer kleines Vermögen schlagen würde. Immerhin, wählt selber, ich vertrau' auf euch."

Die schwarze Eva schüttelte den Kopf.

„Ein sechsjährig Studium? Wo du doch zum wenigsten viermal Großvater zu werden wünschest?"

„Kinder — nehmt also keine Rücksichten."

„Doch, doch, doch! Und überhaupt!" Die drei Aeltesten riefen und wehrten durcheinander.

„Also die Eva hat's Wort," bestimmte der Doktor. „Was soll's mit dem ‚überhaupt'?"

„Ueberhaupt ist meine Meinung, Vater, daß nicht jedes Frauenzimmer ‚studiert' zu sein braucht, um ihren Mann zu stehen. Was läuft heute nicht schon alles auf die Universitäten! Die innerlich dazu berufen sind, sollen hin und müssen hin, aber die Mehrzahl rackert sich ab und hungert sich ab und verelendet ihre kräftigsten Jahre, um einen Titel und, wenn's Glück hold ist, ein Pöstchen zu erwischen. Da will ich doch tausendmal lieber Nummer eins in irgendeinem kräftigen Lebensberuf sein als Nummer null in einer eingebildeten Bildungswelt. Wenn ich zum Beispiel, wie ich hier bin, ein, zwei Jahre auf die Kölner Handelshochschule ginge und träte dann bei einem Rechtsanwalt als Bürovorsteher ein — Gott, es kann natürlich auch ein Kaufmann oder ein Ingenieur sein — so verdien' ich mir, was ich brauche, bin im übrigen mein freier Herr, brauch' keine große Bresche in mein kleines Vermögen zu schlagen und könnte einmal, wenn schon geheiratet werden soll, in Geschäftsdingen meines Mannes rechte Hand sein. Vier Gründe für einen."

„Und einer würde genügen. Sagen wir also: um deines Mannes rechte Hand zu sein. Auf die linke hätte übrigens keiner von uns gewettet." Und der Doktor Frühling sah der Reihe nach lachend seine Mädchen an, und die Mädchen jubelten ihm zu.

„Ich melde mich auch für die Handelshochschule," rief die dritte, das blonde Fränzchen. „Wenn Eva und ich zusammenziehen, wird es billiger!"

„So, so, so," brummte der Arzt in den Bart. „Nun, man muß auch diesen Gründen gelten lassen. Aber Nummer zwei hat sich noch nicht zum Wort gemeldet."

„Vater," sagte die braune Friedel, „den Gedanken an ein medizinisches Studium habe ich aufgegeben, sosehr er mich reizte. Ich sehe ja an dem jungen Junker aus der Stadt, wie lange sich so eine Sache hinziehen kann. Er steht immer noch vor dem Physikum."

Der Doktor hob die Hand. „Nun, nun, wenn du zum Beispiel nicht einer schlagenden Verbindung beiträtest und häufiger zum Reagenzglas als zum Bierglas griffest —"

„Ich versteh' dich, Vater. Aber da du doch die vier Enkel nicht von einer Tochter zu haben wünschest —"

„Meine Enkel! Meine verehrten Enkel!" johlte der Doktor auf und wühlte in seinem Bart. „Meine Enkel haben nicht das Schicksal meiner Töchter zu bestimmen! Vorläufig bin ich noch der Vater und nicht der Großpapa. Wähle frei, mein Kind. Du hast eine außerordentliche Begabung für den medizinischen Beruf. Es wäre schade, wenn deine sichere Hand, dein Frohsinn und deine Willenskraft der leidenden Menschheit verlorengingen."

„Der Krankenschwesterberuf braucht das alles noch viel mehr, Vater, als Wippröckchen, Lackschühchen und eine schöne Brosche. Laß mich als Lehrschwester eintreten. Ich werde deinem Namen keine Schande machen."

Der Doktor strich seinen zerwühlten Bart wieder glatt. Er brauchte länger dazu, als es den Mädchen nötig schien. „Drei Erziehungsergebnisse," knurrte er endlich. „Hm, nicht weit gefehlt. Lieber in der Provinz der Erste, als in Rom der Letzte. Mädchen, ich möchte euch alle drei auf dem Knie reiten lassen, wenn ihr lütten Deerns nicht schon so große Damens geworden wärt. Stopp, stopp, ich ersticke! Kinders, ich geh' über Bord! Wollt ihr denn das Nesthäkchen nicht auch singen hören?"

Da gaben die drei, die sich auf seinen Knien drängten und seinen Hals umdrosselten, Ruhe und glitten geräuschlos auf ihre Plätze.

(Fortsetzung folgt.)

Faß Petroleum erlitten.

Newyork, 10. Jan. Präsident Obregon hat ein Kommunique veröffentlicht, in dem er mitteilt, daß der Gouverneur von Lucatan von Aufständischen ermordet wurde, weil er sich weigerte, zu ihnen überzutreten. In dem Kommunique wird hinzugefügt, daß der Gouverneur im Gefängnis erdolcht worden sei. Die Bundesregierung beabsichtige, den Besitz der Mörder zu beschlagnahmen. Die mexikanische Regierung hat dem amerikanischen Staatsdepartement einen Scheck von 150 000 Dollar als Abschlagszahlung auf das gelieferte Kriegsmaterial übergeben.

Rußland

Moskau, 9. Jan. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rußlands, Stalin, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter der Russischen Telegraphen-Agentur u. a. folgendes: Die erst nächste Woche stattfindende Parteikonferenz der Gesamt-Union wird die Bilanz der Diskussion ziehen, die die Partei und die Oeffentlichkeit beschäftigt. Doch läßt sich schon heute auf Grund zahlreicher im Zentralkomitee einlaufender Entschließungen der Parteiorganisationen der Provinz feststellen, daß die Stellungnahme des Zentralkomitees von über 90 Prozent der Parteimitglieder einmütig gutgeheißen wird. In der jetzigen Diskussion ist die außerordentliche politische Reife der Arbeitermassen, die die Träger der Staatsmacht in der Sowjet-Union sind, zutage getreten; jedermann, der mit dem Inhalt der Diskussion vertraut ist, kann sich davon überzeugen, daß über sämtliche grundsätzlichen politischen und wirtschaftlichen Fragen bei der überwiegenden Parteimehrheit die größte Meinungseinheit herrscht. Das Wesen des Streites, welcher in allen Parteiversammlungen behandelt wird, besteht aus folgendem: 1. Soll unsere Partei eine einheitliche selbständige Körperschaft mit einheitlichem Willen sein, oder soll man im Gegenteil die Bildung einzelner Fraktionen und Gruppierungen zulassen? 2. Hat sich die sogenannte neue Wirtschaftspolitik im großen und ganzen bewährt? Das Zentralkomitee meint, daß die Partei geschlossen bleiben muß und die neue ökonomische Politik in keiner Weise einer Revision bedarf. Die Parteikonferenz wird einen entscheidenden Beschluß fassen, der für sämtliche Parteimitglieder bindend sein wird.

Die deutsche Not

Liebesgaben aus Brasilien.

Eine besonders praktische und wirkungsvolle Form für die Unterstützung der notleidenden Heimat haben die Deutschen in Brasilien gefunden. Der „Liebesgabenzentralausschuß für Brasilien" unterhält in Rio de Janeiro eine Geschäftsstelle, bei der sowohl fertige Liebesgabenpakete und -kisten für Angehörige oder Bekannte in Deutschland als auch Bestellungen auf Lebensmittel-, Kleider- und Wäschepakete, deren Verpackung von der Geschäftsstelle aus veranlaßt wird, entgegengenommen werden. Tausende von Liebesgabensendungen, insbesondere Lebensmittel, wie „Zucker, Kaffee, Mehl, Schmalz„ Kakao, sind auf diese Weise durch Vermittlung der Geschäftsstelle, die mit dem Deutschen Roten Kreuz Hand in Hand arbeitet, in der Heimat verteilt worden.

Die Besteller der Sendungen in Brasilien bezahlen sowohl die Liebesgaben selbst als auch die Auslagen für Fracht und Versicherung bis zum Wohnort des Empfängers, sodaß dieser gar keine Kosten zu tragen hat. — Die Geschäftsstelle in Rio de Janeiro, hat nun im abgelaufenen Jahre so rationell gearbeitet, daß sie, besonders infolge billigen Einkaufs, sparsamen Betriebes und vorteilhaftester Ausnützung der Kurs-Chancen einen Ueberschuß von 75 Contos de Reis, d. h. 75 000 Milreis erzielte, die nach dem augenblicklichen Kurstand etwas über 30 000 Goldmark bedeuten. Diesen Betrag hat der Liebesgabenzentralausschuß für Brasilien nunmehr dem Deutschen Roten Kreuz unter anderen charitativen deutschen Organisationen zur Verfügung gestellt.

Neben dem Ausschuß in Rio de Janeiro arbeiten noch in anderen brasilianischen Städten, in denen sich deutsche Kolonien befinden, ähnliche Organisationen, zum Besten der Heimat.

Bulgarische Liebesgaben.

Das befreundete bulgarische Volk will in der tatkräftigen Hilfeleistung für das notleidende deutsche Volk hinter den anderen Völkern nicht zurückstehen. Schon seit längerer Zeit wird in Bulgarien eine lebhafte Tätigkeit zu diesem Zwecke entfaltet, die schon sehr beachtenswerte Ergebnisse gezeitigt hat. So hat vor einiger Zeit der Ausschuß bulgarischer Studenten in Sofia ein größeres Tanzfest zugunsten der Deutschen Studentenhilfe veranstaltet. Das finanzielle Ergebnis des Abends, der aus allen bulgarischen Kreisen und von allen dort lebenden Deutschen besucht war, belief sich auf ca. 31 000 Lewa, die unmittelbar an die Studentenhilfe überlandt worden sind. Ferner ist, um eine allgemeine Sammlung zu veranstalten, in Sofia eine „Deutsche Volks- und Kinderhilfe" gegründet worden, deren Komitee aus Bulgaren und Deutschen besteht. Die „Deutsche Volks- und Kinderhilfe" hat einen warmen Aufruf in der Presse veröffentlicht, in dem alle bulgarischen Kreise zu Spenden zur Linderung der Not im deutschen Volke aufgefordert werden. Schon das bisherige Ergebnis dieser Sammlung beläuft sich auf viele Hunderttausende Lewa, und es ist beabsichtigt, diese Sammlung in verstärktem Maße im ganzen Lande fortzusetzen. Außer den Geldsammlungen sind auch Sendungen von Lebensmitteln und Kleidern usw. geplant. Das bulgarische Volk wird diese werktätige Hilfeleistung um so dankbarer begrüßen, als sie von einem Volke ausgeht, das selbst unter den Folgen des Krieges schwer leidet.

Wirtschaftliche Rundschau

Deutsche Währungsbank in der Schweiz?

Zürich, 10. Jan. Zur Schaffung einer Deutschen Währungsbank meldet die „Neue Zürcher Ztg." aus Berlin: Die Frage der Gründung einer deutschen Währungsbank in der Schweiz oder einem anderen Staat befindet sich gutem Vernehmen nach noch im Stadium der Vorbesprechungen. Die bezüglichen Besprechungen finden in London statt. Dem Projekt liegt die Idee zu Grunde, daß die Geldgeber unter den gegenwärtigen Verhältnissen Bedenken tragen würden, die Goldbedeckung in Deutschland selbst zu reponieren. Voraussetzung für das Gelingen des Planes ist, daß die Reparationskommission sich damit einverstanden erklärt.

Der Reichsindex.

WTB. Berlin, 9. Jan. Die Reichsmeßziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 7. Januar auf das 1,13-billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 29. Dezember (1,147 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,5 v. H. zu verzeichnen.

Zur Gründung der Rheinisch-Westfälischen Bank.

Berlin, 9. Jan. (Wolff.) Nach der „B. Z. am Mittag" traf Kommerzienrat Louis Hagen mit den anderen Mitgliedern des Gründungskonsortiums der geplanten Rheinisch-Westfälischen Bank in Berlin ein, um die Entschlüsse des Reichskabinetts kennen zu lernen.

Wirtschaftliche Grundlage der Rentenmark.

In einem Vortrag in der Berliner Handelskammer über die wirtschaftliche Grundlage der Rentenmark wies Geheimrat Hillger, Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenbank und Vorsitzender des Reichslandbundes, gestern abend, der „Deutschen Allgem. Ztg." zufolge darauf hin, daß der Staat zur Stabilhaltung der Rentenmark unter allen Umständen sein Budget ausbalanzieren müsse. Hillger glaubt, daß der Reichsfinanzminister in seinen dahingehenden Bemühungen Erfolg haben werde. Die Wirtschaft müsse die Bestrebungen der Rentenbank unterstützen durch rücksichtslosen Preisabbau und ebenso die arbeitende Bevölkerung durch Abbau der Arbeitssyndikate, eine vernünftige Lohnpolitik und eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit.

Großhandelsindex.

Berlin, 9. Jan. Die auf den Stichtag, 8. Januar 1924 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande v. 2. 1. (122,4) einen Rückgang um 2,2 Prozent auf 119,7. Von den Hauptgruppen sanken Lebensmittel (im Großhandel) um 1,7 Proz., auf 106,9, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 3,5 auf 84,2, Industriestoffe um 2,9 auf 143,6, davon die Gruppe Kohle und Eisen unter Berücksichtigung der am 4. Januar bekanntgegebenen (ab 1. 1. gültigen) Herabsetzung der Roheisenpreise um 4,7 auf 140,2; ferner Inlandswaren um 3,1 auf 111,7, während Einfuhrwaren um 1,2 Prozent auf 159,9 anzogen.

Weitere Ermäßigung der Roheisen-Preise.

Laut „Rhein.-Westf. Ztg." hat der Roheisenverband in seiner am 4. Januar in Hannover abgehaltenen Sitzung weitere Ermäßigung der Roheisenpreise beschlossen; der Preis für Hämatit wurde um 11 M. auf 105 M. und der für Gießerei-Roheisen 1 und 3 um 24 M. auf 92 M. die Tonne herabgesetzt. Original Luxemburger Roheisen wird vom Roheisenverband neuerdings schon zu 320 bis 325 Frs. die Tonne verkauft, wobei die Zahlung jedoch in wertbeständiger Valuta zu erfolgen hat. Die Luxemburger Werke fordern dagegen etwa 350 franz. Frs. für die Tonne.

Bremen, 8. Jan. Baumwolle 37,48 Dollarcent (Vortag 37,14).

Berlin, 8. Jan. Getreide. Amtl. Produktionsnotierungen. in Goldmark der Goldanleihe für 1000 Kg. Weizen 163—165 (167—171), Roggen 144—146,50 (146—151), Sommergerste 165—171 (170—177), Hafer 120—124 ((124—130), Mais waggonfrei Hambg. 170—172 (173—174), Weizenmehl 100 Kg. 25,75—29 (28—29,25), Roggenmehl 100 Kg. 24,75—27 (25—27,25), Raps 285—295 ((285 bis 295), Wiktoria-Erbsen 100 Kg. 39—40 (41—43) Kartoffelflocken 18—18,50 (18—18,50).

Zur Zivil- und Strafprozeßreform und der Not der Anwälte

schreibt uns der Reichsbund deutscher Rechtsstandsgenossen aus Berlin:

Zu einer Zeit, in der das Reich fortgesetzt die Zivilgerichte zu entlasten sucht, immer mehr bestrebt ist, das Laienelement zur Rechtsprechung heranzuziehen und die zeitige Not des Anwaltstandes durch Gebührenerhöhungen zu beseitigen, übersieht es, daß es in allen drei Fragen ganz wesentliche Fortschritte machen würde, wenn es radikal sämtliche Winkelkonsulenten (ca. 27 000) ausmerzen und nur die ehrbaren, sachlich durchgebildeten und durch uns geprüften Rechtsbeistände (ca. 3090) gesetzlich bei allen Amts- und Schöffengerichten zulassen würde. Da ein Amtsrichter heute auf Grund § 157 Zivilprozeßordnung einen Rechtsbeistand nur dann zuläßt, wenn es ihm paßt, Winkeladvokaten, die er stets schon am ersten Schriftsatz erkennt, sofort zurückweist, anständigen Rechtsbeiständen aber häufig erklärt: „Gegen Sie persönlich habe ich nicht das Geringste, aber — nach dem Gesetze darf ich Sie nicht zulassen," sind ungezählte Ablehnungen der Richter wegen Besorgnis der Befangenheit, die einen Beschluß des Landgerichts und einen neuen Termin, sodann langwieriges Verhandeln mit der unbeholfenen Partei selbst in mehreren Terminen, meist Kostenfestsetzungs-Erinnerungen, Kostenbeschwerden bei den Landgerichten und häufig sogar noch weitere Beschwerden bei den Oberlandesgerichten sowie viele Vertagungen bei den Landgerichten erforderlich machen, an der Tagesordnung.

Wie geradezu ungeheuerlich die Gerichte insoweit völlig überflüssig in Anspruch genommen werden, kann Berlin „besingen", obwohl dortselbst unsere Mitglieder fast ausnahmslos zugelassen werden, andererseits aber seit der Revolution tausende von Personen aus allerlei Berufen, die alles andere, nur keinerlei Rechts- und deutsche Sprachkenntnisse besitzen, sich berufen fühlen, in Prozessen parteibegünstigende Bevollmächtigte zu „spielen". Da jährlich hunderttausende Prozesse durch die Weisheit solcher Herren unnötig angestrengt werden bezw. verloren gehen, werden unsere Mitmenschen, zumal, da auch die Gerichtskosten jetzt recht ansehnliche sind, nicht nur ganz enorm geschröpft, sondern auch in ihrem Rechtsbewußtsein tief erschüttert, letzteres zumindest ein Resultat, daß das Reich in der Jetztzeit gut entbehren könnte. Daß hingegen ein sachlich durchgebildeter und unbescholtener Rechtsbeistand ein Förderer der Justiz, ein Entlaster der Gerichte und kein Konkurrent der ehrbaren Rechtsanwälte ist, kann jeder Kenner der Berliner Gerichtsverhältnisse von objektiver Warte aus bestätigen.

Wenn man ferner bedenkt, daß nicht nur jeder Angeklagter vor den Schöffengerichten, sondern auch jeder, der bei diesen eine harmlose Privatklage wegen Beleidigung, fahrlässiger Körperverletzung oder dergl. führen will, nur einen Rechtsanwalt zu seinem Verteidiger bezw. Vertreter bestellen darf, so wird man es u. E. nur verständlich finden, wenn wir aus Anlaß der Strafprozeßreform von der Reichsregierung begehren, daß sie nicht nur das Richterelement durch Laien umfangreich vermehrt, sondern auch die Laienvertretung insoweit zuläßt.

Damit die Reichsvertreter ein klares Bild über die Stimmung im Volke zur Rechtsbeistandsfrage erhalten, bitten wir hiermit alle Berufsvertretungen und Vereine, ihre Auffassung „für oder gegen uns" ihren Reichstags- und Landtagsabgeordneten und dem Rechtsausschusse des Reichstages recht bald mitteilen und begründen zu wollen.

Aus dem besetzten Gebiet

30 Ausweisungsbefehle rückgängig gemacht.

Paris, 9. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind am 7. Januar drei Strafvollstreckungen ausgesetzt und 30 Ausweisungsbefehle rückgängig gemacht worden.

Abkommen in Coblenz über die Eisenbahnen.

Köln, 9. Jan. Die „Köln. Zeitung" teilt über die Eisenbahnen im Brückenkopf Köln noch mit: Am 14. Dezember wurde von der Regie und den britischen Behörden ein Abkommen in Koblenz unterzeichnet, das sich dem englischen Standpunkt anpaßte. Die britischen Behörden seien bemüht gewesen, auf der Grundlage dieses Abkommens den Eisenbahnverkehr möglichst schnell wieder in normale Bahnen zu leiten und seien sogar soweit gegangen, einen englischen Sachverständigen für die Eisenbahnen als Mittelsmann zwischen der Regie und der Reichsbahn zu bestellen. Dieser Eisenbahnsachverständige weilt zurzeit in Köln. Nach dem Koblenzer Abkommen wäre der Personen- und Güterverkehr in der englischen Zone voll und nach dem französisch-belgischen besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland vollkommen reibungslos vor sich gegangen. Sämtliche Uebergangsschwierigkeiten, wie die Behinderung des Durchgangsverkehrs, die Schwierigkeiten im Fahrkarten- und Fahrplanwesen, wären fortgefallen. Nun sei aber noch einmal von französischer Seite ganz unerwartet wieder auf den Novemberplan zurückgegriffen worden und man habe verlangt, daß die Eisenbahnverwaltung Köln der Generaldirektion in Mainz unterstellt werde. Die Regie wolle so rechtlicher u. tatsächl. Inhaber d. Eisenbahnen in der englischen Zone werden. Die Zahl der Beamten usw. solle von Mainz aus geregelt werden, mit einem Worte: Die deutsche Verwaltung solle ausführendes Organ der Regie sein. Dadurch sei die geplante Wiederbelebung des Verkehrs aufgrund des Koblenzer Abkommens unmöglich geworden und es ergaben sich daraus Schwierigkeiten politischer Natur. Die britische Regierung stehe bei den augenblicklichen Verhandlungen über die Verkehrsfragen fest auf dem Standpunkt, den sie von Anfang an angenommen habe: nämlich die deutsche Verwaltung entsprechend dem Rheinlandabkommen in der englischen Zone zu erhalten.

Zur Regelung der Verkehrsfrage im Brückenkopf Köln.

Köln, 9. Jan. Die Regelung der Verkehrsfrage im Brückenkopf Köln ist noch nicht abgeschlossen da die Verhandlungen zwischen London und Paris bisher kein Ergebnis gezeitigt haben. Wie die „Kölnische Zeitung" von unterrichteter Seite erfährt, steht die britische Regierung noch wie vor auf dem Standpunkt, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung im Brückenkopf Köln aufrechterhalten bleiben soll.

Verbot der Voss. Zeitung.

Berlin, 9. Jan. Die „Vossische Zeitung" wurde in der Rheinpfalz abermals für drei Tage durch die französischen Behörden verboten.

Rückkehr von Ausgewiesenen.

Mainz, 9. Jan. Nach einer Meldung des „Mainzer Anzeigers" ist von der interalliierten Rheinlandkommission der Ausweisungsbefehl gegen den Regierungsrat Oppenheim, hessischer Landeskommissar in Mainz, und den Direktor der Mainzer Ortskrankenkasse, Wagner, zurückgenommen worden.

Offenburg, 9. Jan. Die Franzosen haben 61 ausgewiesene Beamten, Eisenbahnern, Polizisten u. Bürgern die Rückkehr in das Offenburger Gebiet gestattet. Den noch im Gefängnis weilenden Beamten wurde Begnadigung in Aussicht gestellt.

Neueinstellung von Arbeitern.

Paris, 10. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind in den Gruben zahlreiche neue Arbeiter eingestellt worden. Die Kohlenproduktion habe sich sehr entwickelt und erreiche in verschiedenen Bergwerken den normalen Ertrag. In dem Kohlenbecken von Gelsenkirchen sei die Produktion von 9580 Tonnen im Verlaufe einer einzigen Woche auf 20 000 Tonnen gestiegen. Der Gesamtertrag des Industriebeckens mache zurzeit 60 Prozent der Produktion von 1922 aus.

Kleine Meldungen

Stapellauf auf der Germaniawerft.

Kiel, 9. Jan. Auf der Germaniawerft hat der Stapellauf des Doppelschrauben-Reichspostdampfers für den Mexikodienst der Hamburger Ozeanlinie stattgefunden.

Bedenklicher Eisgang auf der Unterelbe.

Hamburg, 9. Jan. Den „Hamburger Nachrichten" zufolge nimmt der Eisgang auf der Unterelbe immer bedrohlichere Formen an. Der ganze Strom ist dicht mit treibenden Schollen bedeckt. Im Brunsbüttelkoog wird das Oeffnen und Schließen der Schleusen durch das Eis erschwert. Gegen 15 Ewer, zwei Dampfschlepper, je zwei Dreimaster und Viermaster und das Viermastermotorschiff „Komet" sind in Brunsbüttelkoog eingefroren. Die Dampffähre verkehrt noch halbstündlich eingeleisig. In der Fahrrinne des Kaiser Wilhelmkanals wird das Eis noch durch die großen Kanalschlepper losgehalten.

Zur Zunahme der Landesverratsprozesse.

Berlin, 9. Jan. Zu dem Artikel von Friedrich Thimme „Landesverratsprozesse" in Nr. 6 des „Berliner Tageblatts" vom 6. Januar wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Der Artikel ist geeignet, in der Oeffentlichkeit irrige Vorstellungen zu erwecken. Von den über 1200 im letzten Jahre wegen Landesverrats anhängig gewordenen Strafverfahren sind noch nicht einmal drei Prozent solche, die mit der Presse in irgend einem Zusammenhange stehen. Es ist unmöglich, hier darzulegen, aus welchen Kreisen sich die anderen (beinahe 98 Prozent) Fälle zusammensetzen. Nur das eine kann hervorgehoben werden, daß der Hunger nach Devisen in der Zeit der absoluten Geldentwertung, das ist in der zweiten Hälfte 1923, die Verlockung zu solchen strafbaren Handlungen wesentlich gesteigert hat. Infolge der Stabilisierung unserer Währung und einiger anderer Gründe ist die Hoffnung berechtigt, daß die Zahl der Landesverratssachen in Zukunft zurückgehen wird. Sie wird jedoch aus verschiedenen, hier nicht näher zu erörternden Gründen, die mit den Gedankengängen der Artikel von Dr. Thimme aber nichts zu tun haben, wohl noch längere Zeit eine wesentlich höhere als früher bleiben. Ganz unzutreffend ist, daß der seitherige Reichsjustizminister über die Behandlung der Landesverratssachen irgendwelche generellen Anweisungen an den Oberreichsanwalt gegeben, oder solche Anweisungen seiner Vorgänger aufgehoben hätte. Ob ein Tatbestand als Landesverrat zu verfolgen ist, hat zunächst die Anklagebehörde in eigener Zuständigkeit gewissenhaft zu prüfen. Angesichts der Häufung der Fälle und der schwierigen außenpolitischen Lage Deutschlands müsse allerdings ein mildes Vorgehen in Landesverratssachen als ein Mißgriff, wenn nicht gar als Versündigung an den vaterländischen Interessen erscheinen.

Trauerfeier in Hamburg.

Hamburg, 8. Jan. In der großen St. Michaeliskirche fand gestern vormittag eine Trauerfeier für den verstorbenen Bürgermeister Diestel statt. Der Sarg war unter einer Fülle von Blumen und Kränzen vor dem Altar aufgestellt. Sechs Offiziere der Traditions-Kompagnie des Regiments Hamburg hielten die Ehrenwache. Die zahlreiche Trauerversammlung füllte den weiten Kirchenraum. Neben den Hinterbliebenen bemerkte man Mitglieder des Senats, der Bürgerschaft und der Hamburger Geistlichkeit, sowie viele Vertreter der Behörden, Wissenschaft und Kaufmannschaft. Als Vertreter der Reichsregierung nahm Reichsminister Dr. Jarres, als Vertreter des Reichswehrministers Generalleutnant v. Tschischwitz und für den Chef der Marineleitung Fregattenkapitän Gayer an der Feier teil. Ferner waren u. a. anwesend: Oberregierungsrat Dr. Schüller in Vertretung des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, die Bürgermeister von Bremen und Lübeck, eine Abordnung des Kreuzers „Hamburg" und Kapitänleutnant v. d. Marwitz, Abordnungen des Regiments „Hamburg", sowie studentische Korporationen usw. Gedächtnisreden hielten der Senior d. Stifte und Hauptpastor D. Schöffel und Gemeindegesänge sowie Orgelvorträge umrahmten die eindrucksvolle Feier. Die Beisetzung erfolgte nachmittags auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

Aus Stad[illegible]

Die Handelskammer [illegible] daß es neuerdings [illegible] vorgekommen ist, daß [illegible] der am [illegible] Dezember 1923 in Kraft getretenen Regelung des Postpaketverkehrs (Zulassung einer einheitlichen Beschlagnahme[illegible]) auch Pakete mit verbotenem Inhalt, z. B. Seidenwaren, zum Versand gebracht haben. Es wird deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß folgende Waren in die neue Regelung des Postpaketverkehrs nicht mit einbegriffen sind, sondern nach wie vor der Einholung der französischen Ein- und Ablaufsbewilligung und der Entrichtung des Zolls oder der Ausfuhrabgabe im einzelnen unterliegen: Edelmetalle oder Fabrikate aus diesen, Edelsteine und Halbedelsteine, Kunstwerke, Seide und Seidenfabrikate, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Pelze und Kürschnerwaren, Elfenbein und seine Imitationen, Zelt, optische und Präzisionsapparate, Uhren und Uhrwerke, Schuhe. Die Handelskammer zu Limburg ersucht die Geschäftswelt dringend, die Bestimmungen der interalliierten Rheinlandkommission über den Postpaketverkehr aufs genaueste zu beachten.

Umtausch von Einkommensteuermarken. Künftig werden von den Postanstalten nur noch auf Goldmark lautende Einkommensteuermarken ausgegeben. Der Verkauf dieser Steuermarken beginnt aus technischen Gründen erst am 10. Januar 1924. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird der Verkauf der auf Papiermark lautenden Einkommensteuermarken eingestellt. Die auf Papiermark lautenden Marken dürfen nur noch für den Steuerabzug aus dem Kalenderjahre 1923 sowie in denjenigen Fällen verwendet werden, in denen Steuermarken für 1924 vor dem 10. Januar 1924 geklebt werden müssen. Die etwa noch in Händen der Arbeitgeber befindlichen nicht mehr benötigten größeren Mengen von Einkommensteuermarken, die auf Papiermark lauten, können bis zum 10. Januar 1924 bei den Postanstalten umgetauscht werden. Nach diesem Zeitpunkt findet ein Umtausch nicht mehr statt.

•

Bad Ems, 11. Jan. Von zuverlässiger Seite erhalten wir folgende Zuschrift zu unserer Mitteilung über die Hilfstätigkeit in Holland: Bezüglich Ihrer Mitteilung aus Rotterdam vom 5. Jan. 24 teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die darin genannten Zahlen nur den Betrag des neuen Werbefeldzuges bilden, und nicht den Gesamtbetrag der seit Beginn seines Werbefeldzuges vom Niederländ. Katholischen Hilfsausschusses zur Linderung der Not in Deutschland gespendeten Gaben. Bis 1. Januar 1923 wurden in Holland durch Vermittlung des genannten Hilfsausschusses 26404 deutsche Kinder untergebracht. An Lebensmittel und Kleider wurden 456 Waggon geschickt. In Ziffern ausgedrückt wurden insgesamt 6771006 Gulden gespendet, also fast sechs Millionen Gulden (alles bis 1. Jan. 1924). Zurzeit finden in allen Kirchen Sammlungen statt, die, wie man mir mitteilt, einen ungekannt großen Erfolg haben.

Nassau, 11. Jan. Der Vorstand der Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern hat in seiner letzten Sitzung an Stelle des Lehrers Cornelius, der in den öffentlichen Volksschuldienst zurücktrat, Herrn Ernst Koch aus Herborn zum Anstaltslehrer ernannt.

Diez, 11. Jan. Die Marktlichtspiele bringen für Freitag und Samstag ein Filmschauspiel zur Vorführung, betitelt „Der Leidensweg der Inge Kraft", [illegible] bekannten Filmgrößen in den Hauptrollen, Mia May und Konrad Veidt. Als Beiprogramm ein Chaplinfilm. Sonntag und Montag läuft der Film „Landstraße und Großstadt" (Musikanten des Lebens), ein tragisches Schauspiel in 6 Akten mit dem Russen Dimitri Buchowetzki. Beide erstklassige Filme dürften ihre Anziehungskraft nicht verfehlen.

Gerichtliches

Frankfurt a. M., 9. Jan. Die hiesige Strafkammer verhandelt gegenwärtig gegen 14 Angeklagte im Alter von 19 bis 38 Jahren, die seit 1923 als Mitglieder einer proletarischen Hundertschaft an verbotenen Versammlungen teilgenommen haben sollen. Außerdem werden ihnen Ueberfälle auf eine Gruppe Ausflügler am Lohrberg, die Insassen des Klubhauses des Sportklubs Frankfurt 1880 und die Wirtschaft von Bonnie in der Eschersheimer Landstraße zur Last gelegt. Zu der Verhandlung sind etwa 50 Zeugen geladen.

Die Tränen der Siebzehnjährigen

Von Jo Lhermann.

Meine kleine Schwester, du hast diese Nacht geweint...

Ich bin gewiß nicht der Einzige, der darum weiß. O, dein liebes Gesicht sah so verstört aus, als ich dich heute morgen traf, und alle anderen haben es ebenso bemerkt wie ich. Manche sahen dich verwundert und erstaunt an, manche gleichgültig, und einige lächelten vielleicht sogar über dich; alle wußten ja, warum du geweint hattest — ach, du bist noch so jung, und der Schmerz in deinen Mienen verriet zu deutlich den Grund deiner Trauer.

Liebe kleine Schwester, du hast geweint, weil dein Freund abreiste und dich allein ließ — ach, es ist ein großer Schmerz, zurück zu bleiben. Als ich in dieser Nacht an deinem Zimmer vorüber ging, da hörte ich dein Schluchzen — ich stand einen Augenblick still, und am liebsten hätte ich mit dir geweint; aber ich ging weiter, und ich hätte nicht gewagt, dich zu trösten. Man muß seine große Not allein tragen, wie eine Mutter ihr Kind allein trägt, und jedermann ist fremd daneben und stört.

Vielleicht ist es das erste Mal, daß du um einen Mann weintest... Wie viele Tränen, liebe Schwester, wirst du noch vergießen, beladen mit dem Fluch und dem Segen, eine Frau zu sein! —

Nun gehst du müde, und deine Schritte federn nicht mehr leicht über den Boden; dein blondes Haar ist ein wenig wirr und stumpf und glänzt nicht so fröhlich in der Sonne wie alle anderen Tage. Dein Gesicht ist geneigt und deine Augen gesenkt, und wenn du sie hebst, strahlen sie nicht; und du siehst aus, als trügest du eine schwere Last. Du gehst fremd vorüber an uns anderen, die wir dir nichts mehr sind, weil der Eine nicht unter uns ist, und vorbei an Dingen, die tot sind, weil sein Blick sie nicht mehr belebt, und durch Räume, die dir ausgestorben scheinen, weil er nicht mehr durch sie auf dich zuschreiten wird. Du frierst, denn aller Sommer ist in die Ferne gezogen...

Liebe Schwester...

Aber verbirgst du nicht auch dein Gesicht, weil du dich deiner Trauer und deiner Tränen schämst?

Liebe Schwester, du sollst deinen Schmerz heimlich haben und für dich, denn wir anderen sind selbst hilflos davor, daß dir schlimmes geschehen ist. Aber du sollst nicht scheu sein vor uns und dich nicht verbergen; schäme dich nicht dessen, daß du weinst und dich grämst...

Denn sieh: es ist etwas unendlich Schönes und Heiliges darum, daß ein Mensch zu weinen vermag; und in den lichten Händen Gottes, in denen tausend Jahre nicht schwerer wiegen als ein Tag, gelten deine Tränen nicht weniger als die Not der Völker.

Neues aus aller Welt

Ein Wolkenkratzer als Kirche. Newyork wird demnächst ein Gotteshaus besitzen, das auf der zweitgrößten Anhöhe der Stadt, dem Washington-Berg, errichtet werden soll, damit es nach allen Seiten hin sichtbar ist. Diese Kirche wird deshalb einen einzigartigen Anblick bieten, weil sie eine Kombination zwischen Gotteshaus und Wolkenkratzer darstellt. Sie wird nämlich 24 Stockwerke hoch gebaut. Während das Aeußere mit dem überragenden Turm vollkommen einer Kirche gleicht, nimmt der Raum für den Gottesdienst nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Ganzen in Anspruch, wenn er auch für 2200 Personen Platz bietet. Der übrige Teil des Gebäudes enthält Schlaf- und Wohnzimmer, die vermietet werden sollen. Die Kirche wird von der Methodistengemeinde gebaut und wird etwa 10 Millionen Goldmark kosten.

Reiche Goldfelder in Kanada. Es bestätigt sich immer mehr, daß die Entdeckung von reichen Goldfeldern in Kanada Tatsache ist. Nach den letzten Nachrichten rechnet man infolgedessen mit einem Ansturm von Goldgräbern, der hinter dem von Klondyke und von Kalifornien in keiner Weise zurücksteht. Amerikanische Ingenieure sind kürzlich aus dem neuentdeckten Goldgebiet von Abitibi und Teniscamie zurückgekehrt. Sie erklärten, es gäbe auf der ganzen Welt keine Goldfelder, die reichhaltiger seien als diejenigen von Kanada. Deshalb treffen auch die Behörden von Kanada alle Vorbereitungen, um den vermutlich bald einsetzenden Zustrom von Goldgräbern gerecht zu werden. Kanada wird voraussichtlich noch ganz andere Zeiten erleben, als Kalifornien im Jahre 1849, als dort die Einwanderung der Goldgräber einsetzte. Das Goldgebiet umfaßt den nordwestlichen Teil der Provinz Quebec und erstreckt sich 100 Meilen östlich und südlich von der Kontinentalquerbahn, wobei Ontario das Gebiet an der Westgrenze abschließt.

Aus dem Sauerlande. Schon vor längerer Zeit tauchte in verschiedenen Zeitungen die Meldung auf, daß im Sauerland und im vormaligen Fürstentum Waldeck sehr ergiebige Platinlager entdeckt seien. Verschiedene Börsenmagnaten machten sich diese Nachricht zunutze, um sich dadurch zu bereichern. Um eine Platinproduktionsgesellschaft zu gründen, suchten sie bei Börsen- und Geldleuten größere Kapitalien für sich zu erlangen. Es waren dies ein gewisser Nordhoff aus Hamburg, der Makler Heß aus Hannover und der Agent Flemming aus Berlin. In den nordischen Ländern hatte ihr Schwindel kein Erfolg, aber in Holland, in Rotterdam und Amsterdam, fielen ihnen verschiedene Personen mit beträchtlichen Kapitalien zur Beute. Das ergatterte Geld wurde verschoben. Nordhoff konnte kürzlich verhaftet werden, die beiden anderen entkamen. Die Geographische Gesellschaft in Berlin läßt zur Klärung mitteilen, daß nach amtlichen Feststellungen sich nirgendwo in Deutschland Platin in solchen Mengen findet, daß eine Ausbeutung sich lohnend erweisen würde.

[illegible] Vorbereitungen für die dritte Himalaja-Expedition

sind bis zu einem gewissen Grade abgeschlossen. Die „Times" macht davon Mitteilung und bietet zugleich den Nachrichtendienst dieser Expedition, den sie als Weltmonopol erworben hat, allen Ländern an. Der Führer der Expedition ist wieder, wie im vorigen Jahre, General C. G. Bruce. Die erste Expedition war eigentlich nur ein Probeunternehmen, um überhaupt die Möglichkeit gangbaren Weges festzustellen. Bei der zweiten gelang es bekanntlich im vorigen Jahre beinahe bis zum Gipfel vorzudringen, wenn nicht ein unüberwindlicher Schneesturm dazwischen gekommen wäre. Die damals gewonnenen Erfahrungen berechtigen aber nach der „Times" zu der festen Ueberzeugung, daß diesmal die Ersteigung des Mount Everest, des höchsten Berges der Welt, gelingen wird. Das englische Blatt teilt mit, daß einer der Teilnehmer an der vorigen Expedition als jedes weitere Vordringen unmöglich war, dem verhältnismäßig nahen Gipfel zurief: Warte nur, Du altes Ding. Du mußt doch bald daran glauben. Man rechnet sicher damit, daß diese „Drohung" im nächsten Jahre in Erfüllung geht. Bezüglich der Berichterstattung hat die Expeditionsleitung mit der „Times" einen Monopolvertrag abgeschlossen. Danach gehen sämtliche Nachrichten und bildliche Darstellungen (Photographien, Zeichnungen etc.) an die Times. Die Nachrichtenübermittlung wird so organisiert werden, daß eingeborene Läufer die Meldungen durch Tibet nach der nächsten Post- oder Telegraphenanstalt besorgen, von wo aus dann die Weitergabe auf dem üblichen Wege erfolgt. Der Monopolvertrag bedeutet aber nicht etwa ein ausschließliches Veröffentlichungsrecht der „Times", vielmehr soll, wie das jetzt schon mit den Nachrichten über das Pharaonengrab bei Luxor geschieht, der Meldedienst auch in Bezug auf die Himalaja-Expedition der gesamten Weltpresse zur Verfügung stehen. Die „Times" gibt alle Nachrichten weiter und bittet zu diesem Zweck, die Presse aller Länder, die ein Interesse daran haben sollten, sich mit ihrem Manager (Printing house square) in Verbindung zu setzen.

Amtlicher Teil

I. 66. Diez, den 8. Januar 1924.

Die französische Kreisdelegation hat mir nachstehendes Schreiben zugehen lassen, das ich den Gemeinden in Uebersetzung hiermit weiter mitteile.

Der Landrat.

Diez, den 29. Dezember 1923.

Der Delegierte der Hohen Kommission im Unterlahnkreise

an den Herrn Landrat in Diez.

Die Hohe interalliierte Kommission der rheinischen Gebiete hat in Anwendung ihrer Ordonnanz 134 verfügt, die Gemeinden vorläufig zu ermächtigen, über die aus den Einschlägen für 1924 herrührenden Hilfsmittel an Geld und Holz zu verfügen.

Sie wollen gefl. diese Entscheidung den interessierten Gemeinden des Kreises bekanntgeben.

P. O.
gez. Giraud.

Hüte

für Damen und Kinder können Sie

selbst arbeiten

nach Beyers Führer für

Putzmacherei

im Hause

Die neuesten Modelle!

Überall zu haben u. d. Verlag Otto Beyer, Leipzig-T

Verkauf der beliebten Beyer-Schnitte:

B. Schmiemann,

Diez, Marktplatz 22.

Hege und Jagd

ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler Jagd- u. Hundevereine. — Bestellungen des In- u. Auslandes. Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Braver ehrlicher

Junge

als Lehrling für sofort oder zu Ostern gesucht.

A. Knecht, Diez.
Metzgermeister.

Jüng. Fräulein

für Büro und leichte Lagerarbeiten gesucht. Selbstgeschriebene Offerten mit Zeugnis unter E. 32 an die Geschäftsstelle der Ztg.

Einfach möbliertes

Zimmer

von jungem Ehepaar zu mieten gesucht. Offerten unter E. 38 an d. Geschäftsstelle der Zeitung.

Beinkranke!

mit Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias behandelt rasch und naturgemäß

Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 123 I. Etg. Eingang: Boonstraße.
Sprechstunden:
Jeden Mittwoch von 10—4 Uhr.

Gasthaus zur Krone, Bad Ems

Sonntag den 13. Januar
ab 4 Uhr nachmittags

KONZERT

Gesucht wird zum 1. Februar 1924

tüchtiger Kaufmann

der doppelte Buchführung und Korrespondenz selbständig erledigen kann. Derselbe muss auch Schreibmachine (System Adler) beherrschen.

Offerten mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen sind zu richten unter D 1624 an die Exp. d. Ztg.

Wandkalender

für das Jahr 1924
sind zu haben in der

Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Gottesdienst-Ordnung:

Bad Ems. Israel. Gottesdienst.
Freitag abend $4\frac{3}{4}$.
Samstag morgen 9,—.
Samstag nachm. 5,10.
Samstag nachts $5\frac{3}{4}$.

Diez. Evangel. Kirche. 1. S. n. Epiph., den 13. Januar, Ev. Gemeindehaus.
Morgens 10 Uhr: Herr Pfarrer Ziemendorff.
Mittags 2 Uhr: Herr Dekan Wilhelmi.
Amtswoche: Herr Pfarrer Ziemendorff.

Dienethal. Evang. Kirche. Sonntag, 13. Januar, 1. S. n. Ep. Vorm. 10 Uhr: Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Bibelstunde in Dienethal.

Rheinisches Technikum Bingen
am Rhein
Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenbau.
Programm kostenfrei. Dir.: Prof. Hoepke.

Heute Nacht $3\frac{1}{2}$ Uhr entschlief sanft im 72ten Lebensjahre unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau Mina Funk Ww.

geborene Faust

nach schwerem Leiden infolge eines Schlaganfalls.

Bad Ems, den 10. Januar 1924.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3.30 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Druckfachen

jeder Art liefert schnellstens
zu zeitgemässen Preisen die

Buch- und Steindruckerei
H. Chr. Sommer
Bad Ems und Diez

Marktlichtspiele Diez a. L.

Freitag und Samstag abend 8 Uhr.

Der Leidensweg der Inge Kraft

Filmschauspiel in 5 Akten mit Mia May und Conrad Veidt.

Chaplin als Stütze der öffentlichen Ordnung
Groteske in 2 Akte.

Sonntag und Montag abend 8 Uhr.

Landstrasse u. Grosstadt

Tragisches Schauspiel in 6 Akten mit Conrad Veidt.

Dazu Beiprogramm.

Gute Musik. — Der Saal ist gut geheizt

Für Wiederverkäufer!

Ständig lieferbar

Ia. Käse

Schweizer, Tilsiter,
Limburger, Romandour,
Camembert

A. Straub Diez-Freiendiez
Fernruf 223.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Vorsteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Heilungsvers. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 11 — Bad Ems, Montag den 14. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Von der Uebergabe der Antwortnote

Türe zu weiteren Verhandlungen offen * Im allgemeinen Ablehnung der deutschen Wünsche

Eingabe an den Reichskanzler über die Zinspolitik

Herr Reichskanzler!

Euer Exzellenz gestatte ich mir, zu der Zinspolitik und Rentenmark folgendes vorzutragen:

Bei der Rentenmark handelt es sich praktisch um ein Notgeld, das von der Wirtschaft herausgegeben wird. Man hätte auch auf Grund einer Verordnung den einzelnen Landwirten etc. das Recht geben können, bis zu 4 Proz. des alten Steuerwertes (Goldwert) ihres Betriebes auf Grund von Schuldverschreibungen eine solche Rentenmark selbst herauszugeben, ähnlich wie dies früher schon in anderen Staaten geschehen ist. Der Zinsfuß wäre sodann für die beteiligte Wirtschaft 0 Proz. gewesen. Um aber eine größere Einheitlichkeit zu wahren, hat man in Deutschland eine von Führern der Wirtschaft gegründete und geleitete Rentenbank in Verbindung mit der Reichsbank eingeschoben.

Volkswirtschaftlich handelt es sich nun an erster Stelle um die Frage, ob hierdurch eine erhebliche Verteuerung des Geldes eintritt, da die deutsche Wirtschaft nur bei billigem Gelde sich wieder entwickeln kann. Landwirtschaft etc. zahlen neben der Uebernahme der Bürgschaft von 4 Proz. des Wertes ihrer Betriebe 6 Proz. Goldzinsen von diesen Beträge an die Rentenbank. Die Reichsbank berechnet einen Zinsfuß von 10 Proz. (die beantragte Erhöhung auf 18 Proz. wurde zurückgestellt), sodaß durch Rentenbank-Reichsbank eine Verteuerung um 16 Proz. eintritt. Falls demnächst der belastete Landwirtschaft etc. eine Dividende von einigen Prozenten gezahlt werden sollte, so würde sich dadurch der Unkostensatz um einige Prozent ermäßigen. Die Großbanken berechnen 18 Proz., sodaß die Gesamtunkosten auf 24 Proz. steigen. In Wirklichkeit wird es aber nur wenigen vergönnt sein, ein Rentenmarkdarlehen zu 18 Proz. zu bekommen, da die Banken oft neben dem Reichsbankdiskont 12—24 Proz. Provision nehmen. In der Provinz waren übrigens auch in den letzten 6 Wochen Rentenmarkkredite kaum zu erlangen, dagegen gab es Papiermarkkredite mit täglichen Zinsen. Wenn nun demnächst diese hohen täglichen und monatlichen Zinssätze auch verschwinden und zu dem Zinssatz der Großbanken von 18—38 Proz. Geld zu bekommen sein wird, so bedeutet das immerhin eine Verteuerung für die Wirtschaft um 24—34 Proz. bezw. für zwei Institute (Rentenbank-Reichsbank und Großbank) eine Zinsspanne von 24—34 Proz. Ohne Einschiebung einer Bank wird es selbst bei den besten Sicherheit meist schwierig sein, Wechsel bei der Reichsbank unterzubringen. Die Bank muß eine Provision erhalten. Diese Zinspolitik ist um so gefährlicher, als sich auch die übrigen Zinssätze in Deutschland mehr oder weniger nach diesen Zinssätzen richten werden. Es kommt noch hinzu, daß die Rentenmarkkredite nur in wertbeständiger Form gegeben werden und der Darlehnsnehmer dadurch noch ein gewisses Risiko zu tragen hat. Hätte die Rentenbankverordnung entsprechend meinem früheren Vorschlage bestimmt, neben der Reichsbank auch den provinziellen und einzelstaatlichen Zentralen der kommunalen Kassen, der Preußenkasse, den Banken der berufsständischen Organisationen und vielleicht noch einigen größeren öffentlichen Anstalten, also vielleicht 30—40 Stellen, direkte Kredite zu etwa 3 Proz. zu überlassen (evtl. noch mit der Verpflichtung, die Beträge im Höchstfalle mit einem Zuschlag von 2—3 Proz. weiter auszuleihen), so hätten sich solche Zinssätze allein schon infolge der Konkurrenz niemals entwickeln können. Selbst wenn die Rentenbank sodann auf die 6prozentige Zubuße, die die Wirtschaft zu der übernommenen Bürgschaft zu zahlen hat, verzichtet hätte, so hätte sie bei 3prozentigem Zinsfuß bei einem Kapital von 2,4 Milliarden 72 Millionen für die Bearbeitung und Einrichtung zur Verfügung gehabt, einen Betrag, der sicherlich für die Einarbeitung und den Geschäftsverkehr mit vielleicht 40 Stellen ausgereicht hätte! Heute haben wir tatsächlich Zinsen von 18 Proz., während in Wirklichkeit viel höhere Zinsen berechnet werden. Wenn in den letzten Jahren ein kleiner Kaufmann den Wiederbeschaffungspreis für seine Ware nahm, so wurden schwere Strafen verhängt. Um diese Zinspolitik, die für die Zukunft der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Volkes mit ausschlaggebend ist, kümmert sich die Regierung nicht.

Welches werden nun die Folgen sein? Die Höhe der Zinssätze hat für die deutsche Wirtschaft eine viel größere Bedeutung als vor dem Kriege, da die deutsche Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, das eigene Betriebskapital verloren hat. Ferner hat die deutsche Wirtschaft heute auch höhere Lasten zu tragen als die ausländische Wirtschaft, wodurch die Konkurrenz mit dem Ausland noch weiter erschwert wird. Die mehr oder weniger zusammengebrochene Wirtschaft wird sich in Deutschland bei einem Zinssatz von 20—30 Prozent nicht wieder entwickeln können. Alle Schulden wirken sich bei 20 Proz. fünfmal so stark aus als bei 4 Proz. Vor allen Dingen wird auch die Landwirtschaft solche Zinsen nicht tragen können. Roggenrentenbriefe werden sehr schwer zu pari unterzubringen sein. Auch auf den Kurs der Rentenbriefe der Deutschen Rentenbank und damit der Rentenmark können diese Zinssätze nachteilig wirken.

Eine weitere Folge dieser hohen Zinssätze sind naturgemäß hohe Betriebskosten und hohe Preise für alle inländischen Produkte, insbesondere der Landwirtschaft. Eine Ausfuhr wird dadurch mehr oder weniger unmöglich gemacht (Auslandsdiskont 4,5—5,5 Prozent.), was wiederum eine große Erwerbslosigkeit zur Folge haben dürfte. Die natürliche Folge solcher Zinssätze wird sein enorme Teuerung, auf allen Gebieten, Unmöglichkeit des Exports, Zunahme der Erwerbslosigkeit, Rückgang der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die sich sodann zwangsläufig einschließenden weiteren Erscheinungen. Die bisherige Entwickelung unserer Zinssätze bildet nicht nur für die deutsche Wirtschaft, sondern für unser gesamtes Volk eine große Gefahr. In diesem Sinne sind auch meine Ausführungen in der Aufsichtsratssitzung der Rentenbank, die in der Berliner Presse erörtert wurden, aufzufassen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, Sehr verehrter Herr Reichskanzler, gütigst dahin zu wirken, daß eine Abänderung der Verordnung über die Rentenbank dahin erfolgt, daß die Rentenbank in Zukunft berechtigt ist, auch den provinziellen und einzelstaatlichen Zentralen der kommunalen Sparkassen sowie den Bankinstituten der berufsständischen Organisationen und einigen öffentlichen Einrichtungen direkt Kredite zu den für die Reichsbank geltenden Bedingungen zu gewähren und dabei zur Bedingung machen kann, daß diese Mittel nur mit einem bestimmten Aufschlag weitergegeben sind. Für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft dürfte eine solche Verordnung von der allergrößten Bedeutung sein.

Bei der Papiermarkentwertung hat die deutsche Bevölkerung, speziell der Mittelstand, seine Ersparnisse und das Betriebskapital verloren. Ausnahmen waren, abgesehen vom Reich, nur ein kleiner bekannter Kreis. Nunmehr hat die Wirtschaft vor allen Dingen die Landwirtschaft, ihre Sachwerte für eine Sanierung der Währung zur Verfügung gestellt. Es besteht die Gefahr, daß diese Opfer wiederum zum großen Teil einem kleinen Kreis in den Schoß fällt. Leider ist dieser kleine Kreis aber so mächtig, daß nur Wenige der Vertreter der Wirtschaft, die an sich berufen wären, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, es wagen, sich mit diesen Dingen öffentlich zu beschäftigen.

Deutschland muß und will in der Preisbildung abbauen. Der Roggenpreis beträgt heute drei Viertel des Friedenspreises, die Beamtengehälter wurden auf etwa 50 Prozent des Friedensgehaltes herabgesetzt. Die Löhne werden ermäßigt, die Arbeitszeit verlängert etc. Alle diese Opfer werden aber vergebens sein, wenn die bisherige Zinspolitik weiter geht.

Die Landwirtschaft kämpft gegen die Steuern, speziell Grundsteuer, da sie nicht aus dem Ertrage, sondern nur durch Anleihen aufgebracht werden können. Alle diese Steuern wirken sich aber bei 20 Proz. viermal so stark aus als bei 5 Proz. Die Landwirtschaft soll von dem Wirtschaftskredit der Rentenbank (1,2 Milliard.) nach den Vereinbarungen 50 Proz. erhalten, wird aber von der Reichsbank nur ganz kleine Beträge bekommen, da Wechselkredit für den praktischen Landwirt nur in kleinem Umfange in Frage kommt. Die Rentenbank wurde bekanntlich seinerzeit an erster Stelle gegründet, um die Ernte zu bergen, die Reichsgetreidestelle, die hierzu an erster Stelle berufen ist, hat aber bis heute noch keine Kredite bekommen!

Wenn ich, sehr verehrter Herr Reichskanzler, mir gestatte, auf die erörterten Fragen Ihre Aufmerksamkeit zu lenken, so tue ich das nicht in meiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrats und Aufsichtsamts bezw. stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats, sondern als Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens, speziell der deutschen Landwirtschaft.

gez. Dr. Crone-Münzebrock.
M. d. R. d. R. — M. d. pr. L.

Die belgische Antwort

Paris, 12. Jan. Wie aus Brüssel mitgeteilt wird, hat die Herrn Rödiger gestern überreichte Antwort Belgiens auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember 1924 ungefähr folgenden Inhalt:

Zu Eingang der Note erinnert Jaspar daran, daß nach Einstellung des passiven Widerstandes dem Reiche bereits gewisse Zugeständnisse eingeräumt wurden. Insbesondere seien die Ausweisungserlasse aufgehoben worden und den Beamten die Rückkehr nach dem besetzten Gebiet gestattet worden. Auf den Gruben habe man die Besatzung zurückgezogen und auch sonst Vorteile jeder Art zugestanden. Die belgische Regierung erklärt sich bereit, auf diesem Wege fortzuschreiten und bemerkt, daß sie in diesem Geiste in die Prüfung des deutschen Memorandums eingetreten sei.

Es verstehe sich von selbst, heißt es weiter, daß sich die Aussprache über einen modus vivendi nur auf die Modalitäten des Pfändersystems und nicht auf einer grundsätzlichen Abänderung derselben beziehen könne. In dieser Antwort, die einen vornehmlich technischen Charakter trägt, äußert die belgische Regierung insbesondere mit Hinblick auf den Personenverkehr daß die Einwohner des unbesetzten Deutschlands künftig nur mit einer Ausweiskarte in das besetzte Gebiet einreisen können. Gewisse Fälle müßten allerdings zur Entscheidung des Oberkommandos der Besatzungsbehörde unterbreitet werden.

Hinsichtlich der Begründung einer Emissionsbank im besetzten Gebiet macht die belgische Regierung ihre Zustimmung von einer Aenderung des Berliner Standpunktes in der Frage abhängig. Die deutsche Regierung habe tatsächlich für die Bildung dieser Bank Bedingungen aufgestellt, die unannehmbar seien.

In der Frage der Rheinschiffahrt wird ausgeführt, daß die bisherigen Einschränkungen lediglich mit Rücksicht auf die Sicherung der Besatzungstruppen erfolgt seien. Eine Reihe dieser Maßnahmen würde nun gestrichen werden. Der freie Durchgangsverkehr durch das besetzte Gebiet rheinabwärts sei zudem am 1. Dezember 1923 hergestellt worden.

Wenn der Eisenbahnverkehr in vollem Umfange bisher nicht einsetze, so habe die Reichsregierung es sich selbst zuzuschreiben, weil sie die bisher getroffenen Abkommen nur teilweise zur Ausführung gebracht habe. Der Zollkordon an der Grenze des besetzten Gebietes wird aufrechterhalten. Doch sollen die Vergünstigungen, die bisher in Form von Ausnahmebestimmungen zugestanden wurden, auch weiterhin stattfinden. Was die Sicherheit der Personen und des Eigentums anbetreffe, so sind die belgischen Behörden bereit, eine Vermehrung der Polizeitruppen in Betracht zu ziehen, falls sie sich als notwendig herausstellen sollte.

Die belgische Note versichert zum Schlusse, daß den Rechten der deutschen Bürger kein Abtrag geschehe, vorausgesetzt, daß diese ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber den Besatzungsbehörden treulich erfüllen.

*

Ein abschließendes Urteil wird sich erst bilden lassen, wenn der Wortlaut sowohl des deutschen Memorandums wie der Antworten Frankreichs und Belgiens vorliegt. Allein auch die vorstehenden Mitteilungen gestatten bereits den Schluß, daß Belgien und Frankreich im Augenblick nicht gesonnen sind, den deutschen Vorschlägen, die darauf abzielen, die Lage im besetzten Gebiet wieder normal zu gestalten und insbesondere den Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland und dem Ausland leichter zu gestalten, volle Folge zu geben. Man scheint lediglich diejenigen Maßnahmen fortzusetzen und diejenigen Erleichterungen gewähren zu wollen, die bereits bestehen bezw. eingeleitet sind. Insbesondere bleibt die Zollgrenze nach dem unbesetzten Gebiet aufrechterhalten. Die Antwort ist also im allgemeinen als negativ zu bezeichnen.

Immerhin ist ein gewisser Fortschritt in der mündlichen Erklärung Della Roccas zu erblicken, daß die Tür für weitere Verhandlungen offen bleibe und die französische Regierung jeden Vorschlag, den die deutsche Regierung machen wolle, wohlwollend prüfen und in Erwägung ziehen wolle. Die Entscheidung wird also künftigen Verhandlungen, die das ganze Reparationsproblem umfassen sollen, vorbehalten, inzwischen aber werden die Verhältnisse an Rhein und Ruhr keine wesentliche Aenderung erfahren.

Paris, 12. Jan. Der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat v. Hoesch, ist um 5 Uhr nachmittags vom politischen Direktor im Ministerium des Auswärtigen, Peretti della Rocca, empfangen worden, da Poincare durch die Kammersitzung über die auswärtige Politik verhindert war. Peretti della Rocca hat dem deutschen Geschäftsträger als Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember ein Memorandum überreicht im Umfang von 14 geschriebenen Seiten.

Bei der Uebergabe der französischen Antwortnote an den deutschen Geschäftsträger Herrn von Hoesch hatte dieser eine Aussprache mit Peretti della Rocca. Die Aussprache nahm nahezu 50 Minuten in Anspruch. Im wesentlichen betonte Herr Peretti in dieser Unterredung, daß die französische Note mit Rücksicht auf den technischen Charakter des von Deutschland überreichten Memorandum auch einen rein technischen Charakter habe, daß es jedoch der Wunsch Frankreichs sei, die Aussprache auf einem allgemeineren Gebiete fortzusetzen, und alle Fragen zu diskutieren, die Deutschland zur Sprache bringen wolle." Herr Peretti legte Gewicht auf die Erklärung, daß mit der heutigen französischen Note keineswegs die Tür zu weiteren Verhandlungen geschlossen bleiben soll.

Das französische Schriftstück, das nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist, umfaßt 14 Seiten und beantwortet Punkt für Punkt die deutschen Forderungen. Wie aus den Anspielungen einiger Pariser Blätter hervorgeht, — was im übrigen schon seit mehreren Tagen vermutet wurde — enthält die französische Note im wesentlichen eine Ablehnung der deutschen Wünsche.

Der „Temps" meldet heute, daß Frankreich im Verlaufe der fortgesetzten Aussprache positive Vorschläge von Deutschland namentlich in der Frage der Reparationen erwarte.

Bei dieser Gelegenheit spielt das Blatt auf angebliche Schwierigkeiten an, die sich infolge neuer Ereignisse im Ruhrgebiet den weiteren Verhandlungen entgegenstellen könnten. Die Schwierigkeiten sollen darin bestehen, daß die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit im Ruhrgebiete durch angeblichen Widerstand eingeschränkt wird. Der „Temps" wirft die Frage auf, ob diese Widerstände am Ende einem vorgefaßten Plan zur Verhinderung der Produktivität der französisch-belgischen Pfänder entspringe.

In journalistischen Kreisen wird die Auffassung verbreitet, daß die in der mündlichen französischen Erklärung besonders stark betonte Bereitschaft Frankreichs zur Fortführung der Aussprache mit Deutschland vor allem den Wünschen des Präsidenten Millerand entspreche.

WTB. Paris, 12. Jan. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoesch, wird, wie verlautet, am Samstag nach Berlin reisen.

Politische Nachrichten

Deutschland

Differenzen in der U. S. P.

Berlin, 12. Jan. Wie die Abendblätter melden, entstanden in der U. S. P. starke Differenzen. Der Parteivorstand und der Parteiausschuß schlossen die bisherigen Vertreter im Reichstag und Landtag, die Abgeordneten Ledebour, Wegmann, Rusch aus. Gleichzeitig wurden noch 16 andere Parteifunktionäre ausgeschlossen, die mit den drei Genannten zur Bildung einer neuen Arbeiterpartei aufgefordert hatten.

Zur nächsten Zukunft der Reichseisenbahn.

München, 12. Jan. Reichsverkehrsminister Oeser weilte am Freitag in München, um mit Knilling und den beteiligten Fachministern über die nächste Zukunft der Reichseisenbahnen eine vorläufige Rücksprache zu nehmen. Definitive Ergebnisse wurden bei der Besprechung ihrem Charakter entsprechend noch nicht erzielt. Oeser reiste von München nach Stuttgart.

Sachsen

Ausgabe kleingestückelter Rentenmarkschatzanweisungen in Sachsen.

Berlin, 11. Jan. Wie die B. Z. meldet, ist der neue sächsische Finanzminister Dr. Reinhold gestern abend zu Besprechungen über die Ausgabe kleingestückelter Rentenmarkschatzanweisungen seitens des sächsischen Staates in Berlin eingetroffen und in Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister eingetreten.

Berlin, 11. Jan. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit der sächsischen Regierung wegen der Ausgabe kleingestückelter Schatzanweisungen auf Rentenmark hatten folgendes Ergebnis: Der sächsische Finanzminister hat anerkannt, daß die Ausgabe von Schatzanweisungen, die den Charakter von Notgeld haben, der Genehmigung des Reichsfinanzministers bedarf. Weitere Schatzanweisungen in kleinen Stücken werden nicht ausgegeben. Die bisher ausgegebenen werden, sobald als möglich, längstens innerhalb von zwei Monaten, eingezogen werden. Um das Publikum, das die Schatzanweisungen vertrauensvoll in Zahlung genommen hat, nicht zu schädigen, hat der Reichsfinanzminister nachträglich die Genehmigung erteilt, zumal da es sich nur um einen Betrag von fünf Millionen Rentenmark handelt, von dem inflatorische Wirkungen nicht zu besorgen sind. Die sächsischen Schatzanweisungen können mithin wie anderes Notgeld an den Reichskassen in Zahlung genommen werden und sind von diesen der sächsischen Regierung in Anrechnung auf die Steuerüberweisungen zu übermitteln.

Der Reichsfinanzminister hat aus Anlaß der Ausgabe sächsischer Schatzanweisungen ein Schreiben an die Regierungen der Länder gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß die Länder zwar in der Begebung von Anleihen selbständig sind, daß aber die Begebung von Scheinen, die als Zahlungsmittel zu dienen geeignet sind, als Notgeld seiner Genehmigung bedürfe. Eine solche Genehmigung könne und werde er nicht erteilen, sofern mit der Ausgabe eine Inflationsgefahr verbunden sein könne. Zum Schutze der Rentenmark könne er keinesfalls die Ausgabe von Schatzanweisungen in kleinen Stücken, die auf Rentenmark lauten, genehmigen.

Bayern

Aus dem bayrischen Landtag.

München, 11. Jan. Im Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages erklärte der Minister des Innern Dr. Schweyer zu dem Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Roth auf Gewährung voller Versammlungsfreiheit für die Organisation Freie Bauernschaft in dem rechtsrheinischen Bayern, daß der Landtag in dieser Frage nicht zuständig sei. Die Freie Bauernschaft sei eine ausgesprochen politische Organisation, die durchaus nicht harmlos sei. Ihr Ursprung reiche auf die Pfälzer Freie Bauernschaft zurück. Die Freie Bauernschaft versuche auch im rechtsrheinischen Bayern in hetzerischer Weise die Staatsautorität zu untergraben. Es bestehe daher alle Veranlassung, die Polizeibehörden auf die Tätigkeit der Organisation aufmerksam zu machen. Der Antrag wurde schließlich mit 14 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt, die sich vom Standpunkt gleichmäßiger Sicherung der Versammlungs- und Wahlfreiheit dafür ausgesprochen hatten.

Frankreich

Ruhrdebatte in der französ. Kammer.

Paris, 12. Jan. Die Kammer eröffnete heute nachmittag die Aussprache über die Interpellationen betreffend die Außenpolitik mit der sie sich bereits an sechs vorausgegangenen Freitagen beschäftigt hatte.

Als erster Diskussionsredner ergriff der Führer der Radikalen, Herriot, das Wort. Er führte aus, selbst diejenigen, welche die Ruhrpolitik als notwendig erklärt hätten, könnten sie heute nicht mehr als befriedigend ansehen. Vor der Ruhraktion habe Frankreich von seinem Recht auf Sachlieferungen voll Gebrauch gemacht. Frankreich und Deutschland könnten sich jetzt über einen Lieferungsvertrag verständigen. 1923 hätten alle Verbündeten mit Ausnahme Frankreichs, von Deutschland mehr Sachlieferungen erhalten als 1922. (Poincare wirft Herriot vor, daß er die Zahlen falsch auslege.) Herriot erklärt, seine Zahlen seien die des Wiederherstellungsausschusses. Das Ruhrgebiet ist nicht genügend produktiv, um die Reparationen sicherzustellen. Frankreich solle sich endlich mit England verständigen und dabei auch nicht die wirtschaftlichen Fragen außer Acht lassen. Mit der englischen Arbeiterpartei könne man sich ebenso leicht verständigen, wie mit den Konservativen. Herriot forderte sodann eine Besserung der Beziehungen Frankreichs zu Amerika und wandte sich sodann gegen die Unterstützung des Separatismus und die Requisitionen. Napoleon habe damit nur negative Ergebnisse erzielt. Zu Rechbergs Plänen sagte er, man werde sich mit England veruneinigen, wenn man den Plan Rechberg annehme. Wenn die Sachverständigen, die jetzt ihre Arbeit begännen, erfolgreich arbeiten wollten, müßten sie mit freien Händen arbeiten können. Wenn man aber die Sachverständigenkonferenz mit der Frage der Erhöhung der deutschen Einnahmen befasse, sehe man sie unnötiger Gefahr aus.

Poincare erklärt hierzu, Frankreich habe diese Frage nicht aufgeworfen. Die Sachverständigen könnten in keiner Weise die Schuld Deutschlands herabsetzen. Sie hätten den Versailler Vertrag zu respektieren.

Herriot vertrat ferner den Standpunkt, daß die Wiederherstellung des Friedens die wesentlichste Bedingung für die Wiedergenesung der Wirtschaftslage sei. Er befürchte jedoch, daß die deutschen Großindustriellen eine wahrhafte Tyrannei ausüben wollen.

Poincare unterbrach und erklärte, er sei mit Herriot darin einig, daß Frankreich nicht mit den Industriellen, sondern mit der deutschen Regierung verhandeln müsse.

Herriot erklärte, in allen Ländern hätten die Industriellen Einfluß auf die Regierung.

Poincare erwiderte, er sei unabhängig.

Herriot griff alsdann die deutsche Industrie an. Die erste Arbeit der Sachverständigen müsse sein, ihr an die Gurgel zu springen, damit interalliierte wenn möglich, internationale Abkommen geschlossen werden könnten. Wenn man nicht so vorgehe, dann werde das Reparationsproblem unlösbar sein.

Die Kammer vertagt die weitere Aussprache auf kommenden Freitag.

Französische Enthüllungen aus den Akten des zaristischen Rußlands.

Paris, 11. Jan. (Wolff.) Die Enthüllungen der „Humanite" aus den Akten des zaristischen Rußlands, nehmen seit gestern einen hochpolitischen Charakter an. In diesen [illegible] jetzt nicht mehr allein der Finanzagent Raffalowitsch handelnd auf, sondern auch Iswolski.

Heute wird ein längerer Bericht Iswolskis an Sassanow veröffentlicht, der Paris am 1. (14.) Februar 1913 verlassen hat, und am 5. Februar 1913 in Petersburg eintraf und dort unter Nummer 138 im Eingang registriert wurde. In dieser Depesche setzt Iswolski den Zweck seiner Aktion auseinander. Er berichtet, die außerordentliche gegenwärtige internationale Lage lasse einen gewissen finanziellen Druck auf die französische Presse wünschenswert erscheinen. Aus seinen Unterredungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten, jetzigen Präsidenten der Republik, habe er sich überzeugen können, daß Poincare seine Ansicht teile. Er habe jedoch den Wunsch geäußert, daß nichts nach dieser Richtung unternommen werde, ohne ihn zu unterrichten. Die Verteilung der Unterstützungen auf die verschiedenen französischen Presseorgane solle unter Beteiligung der französischen Regierung und durch Vermittlung einer von ihr genannten Persönlichkeit, nämlich Herrn Lenoir, vorgenommen werden. Seine Politik rechtfertigte Iswolski in dem Bericht wie folgt: Seit Beginn des Balkankrieges habe er sich ohne Unterlaß bemüht, in den ernstesten französischen Blättern Diskussionen zu unterhalten, die mit dem russischen Standpunkt im Einklang seien und durch die, wie Außenminister Sassanow anerkennen werde, in dieser Beziehung höchst handgreifliche Ergebnisse erzielt wurden. In der letzten Zeit habe sich die Verbindung mit den Präsidentenwahlen in einem gewissen Teil der französischen Presse eine Agitation gegen die angebliche zuweitgehende Unterordnung der Außenpolitik unter die russischen Interessen und ihre Direktiven herausgebildet.

Iswolski spricht alsdann von den Unterredungen die er mit Raffalowitsch hatte, um ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, seine gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Balkanpolitik zur Geltung zu bringen. Er plaudert aus: Er habe Raffalowitsch u. a. erklärt, daß er in den letzten Monaten die Vermittlung von Journalisten der verschiedensten Kategorien habe in Anspruch nehmen müssen, angefangen mit den politischen Redakteuren ersten Ranges, bis zu den bescheidensten Persönlichkeiten und daß er diese Vermittlung auch künftig noch brauchen werde. Durch diese Vermittlung sei es ihm gelungen, sehr häufig Nachrichten unauffällig in die Zeitungsspalten gelangen zu lassen, wo sie in einem für Rußland günstigem Lichte erschienen. Es wäre für ihn, Iswolski, höchst wichtig, wenn er eine gewisse Summe, beispielsweise 30 000 Frcs., zur Belohnung dieser Vermittlungsdienste zu seiner persönlichen Verfügung hätte.

Der sozialistische Parteikongreß in Marseille.

Paris, 11. Jan. (Wolff.) Der sozialistische Parteikongreß ist auf den 30. Januar nach Marseille einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Festsetzung des Wahlprogramms und der Wahltaktik. Für die Verhandlungen sind fünf Tage vorgesehen..

Die ausländischen Pressevertreter auf dem sächsischen Pressetag.

Dresden, 12. Jan. Die sächsische Pressetagung fand heute mittag ihre Fortsetzung durch eine bedeutende Kundgebung im großen Plenarsitzungssaal des Landtags. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Landesverbandes der sächsischen Presse Dr. Blank ergriff Ministerpräsident Heldt das Wort. Er führte u. a. aus, er würde es begrüßen, wenn es den ausländischen Journalisten nach ihrem Aufenthalt in Dresden möglich sein würde, den Handel und die Industrie ihrer Länder zu ermuntern, wieder in engere wechselseitige Beziehungen zur sächsischen Industrie zu treten und ihre Länder zu überzeugen, daß die Darstellungen, als ob in Sachsen alles drunter und drüber gehe, nicht der Wahrheit entsprächen. Nach mancherlei Irrungen und Wirrungen sei nunmehr auch in Sachsen der Gedanke der Zusammenfassung möglichst breiter Volksschichten zur gemeinsamen Regierungsarbeit in die Tat umgesetzt worden und werde nunmehr hoffentlich die Vollbringung einer ruhigen und positiven Arbeitsleistung ermöglichen. Hierauf sprach Finanzminister Dr. Reinhold von den großen Machtwerten der modernen Welt, als welcher er das Pulver, das Gold und die Druckerschwärze bezeichnete. Redner wies auf die mögliche Gefährdung der Freiheit der Presse durch die Zusammenballung einiger großen Interessensphären und Konzerne im Zeitungswesen hin und bat zum Schluß die ausländischen Pressevertreter, darauf hinzuweisen, daß man in Deutschland, so dankbar man auch für eine direkte Unterstützung sei, lieber Arbeit annehmen würde, die besser sei als jede Unterstützung. Alsdann sprach der Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller Abg. Dr. Schneider über die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Presse, sowie Chefredakteur Ackermann, stellvertretender Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse, über die Not der deutschen Presse und der deutschen Redakteure. Namens der ausländischen Journalisten dankte der Holländer Blokzijl für die der Auslandspresse bereiteten Ehrungen und versicherte, daß sie, was an ihnen liege, tun würden, um die Wahrheit über die Zustände in Deutschland zu verbreiten. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden fand die Kundgebung ihr Ende.

Dresden, 11. Jan. Die zur Teilnahme an der sächsischen Pressetagung eingetroffenen Vertreter der ausländischen Journalisten wurden heute von den Vertretern der Stadt und der Dresdener Blätter empfangen. Oberbürgermeister Blüher führte in seiner Begrüßungsansprache nach einer Würdigung der Bedeutung der Presse u. a. aus, das Ausland messe sehr mit Unrecht den gegenwärtigen Zustand Deutschlands am Benehmen einiger Weniger, die noch prassen könnten. Die schimmernde Außenseite der Leipziger Straße und des Kurfürstendamms zeige keineswegs das wahre Gesicht Berlins. In Dresden sei ungefähr jeder achte Einwohner unterstützungsbedürftig. Man möge im Ausland die Wahrheit über Deutschland verkünden und im besonderen auch darauf hinweisen, daß dank der Reichswehr in Sachsen wieder Ruhe und Ordnung herrschten. — Der Vertreter der ausländischen Journalisten dankte dem Oberbürgermeister für die Begrüßung und versicherte, daß die ausländischen Pressevertreter weiter bestrebt sein würden, ihre Heimat über die wahren wirtschaftlichen und sozialen Zustände Deutschlands aufzuklären.

Die ausländischen Pressevertreter wurden später auch vom Militärbefehlshaber Generalleutnant Müller empfangen, der in einer Begrüßungsansprache ausführte, daß man in Deutschland den Wert der Presse leider nicht immer voll erkannt habe, sonst würde die Wahrheit über die Ursache des Krieges bekannter sein. Die Reichswehr sei genau dem Vertrage von Versailles aufgestellt; als er die Ruhe und Ordnung in Sachsen habe wiederherstellen müssen, sei er sogar auf Truppen anderer Bezirke angewiesen gewesen. Aber einen anderen Feind gebe es noch in Sachsen, die furchtbare Not. Deshalb sei unter seinem Vorsitz eine große Hilfsaktion ins Leben gerufen worden. Er bitte die ausländischen Pressevertreter, mitzuteilen, daß in Sachsen Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt sei, damit neue Aufträge ins Land kämen.

Geheimrat Schmitt hielt dann einen Vortrag über die Not in Sachsen. Hierauf dankte der Vertreter einer holländischen Zeitung Generalleutnant Müller für den freundlichen Empfang.

Balkan

Die erste Konferenz der kleinen Entente.

Paris, 11. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Belgrad wird folgendes offizielle Kommunique über die Konferenz der Kleinen Entente veröffentlicht:

Die erste Konferenz der Kleinen Entente fand gestern nachmittag 5 Uhr unter dem Vorsitz von Paschitsch statt. Sie galt der allgemeinen Erörterung der internationalen Lage. Der südslawische Ministerpräsident Paschitsch, der südslawische Außenminister Nintschitsch, der tschechoslowakische Außenminister Benesch und der rumänische Außenminister Duca stellten in einem Meinungsaustausch fest, daß sie vollkommen einig seien, die Kleine Entente mit ihren vertrauensvollen Beziehungen zu sämtlichen Alliierten beizubehalten, und weiter mit ihnen zusammenzuwirken. Sie sind mehr denn je entschlossen, im Rahmen der gegenwärtigen europäischen Lage diejenigen Strömungen zu unterstützen, die die Aufrechterhaltung der Verträge und die Befestigung des für die drei Staaten der Kleinen Entente gleichermaßen unentbehrlichen Friedens anstreben.

Im Laufe des heutigen Vormittags wird zunächst weiter über die auf der allgemeinen Tagesordnung stehenden Fragen verhandelt werden, bevor man zur Prüfung derjenigen Punkte übergeht, die die internationale Lage vom besonderen Standpunkte jedes einzelnen der drei Länder betreffen.

Die Frühlingsmädchen

6 Novelle von Rudolf Herzog.

„Also nun rede du, kleine Maria. Möchtest du eine Elfenkönigin werden oder ein Frühlingsmädchen wie deine drei wilden Schwestern?"

„Beides," sagte die goldrote Maria und strich sich eine Locke aus dem Träumergesicht.

„„Beides?" hub der Doktor nach einer Pause an. „Ich fürchte, mein Töchterchen, daß sich diese grundgegensätzlichen Dinge im Leben nicht werden vereinigen lassen."

„Dann erst das eine und dann das andere."

Der Doktor sah sein Jüngstes an. Er strich ihm liebkosend mit der Hand über die Locken. „Maria —" sagte er.

„Ich möchte mich noch nicht so schnell von meiner Musik trennen, Vater."

„Und von den Traumgängen durch die Wunderwelten, die sie uns vorzaubert. Kind, die Zeit der Schwanenritter ist dahin, und was uns geblieben ist, ist weniger schön und doch — viel, viel schöner, weil es die gesunde Wirklichkeit ist, weil sie uns selber fordert, die ganze Kraft, den ganzen Menschen, die ganze derbe Liebeslust an der handgreiflichen Realität und den handgreiflichen Tatsachen statt des entrückten Stöhnens über eine Heldentat, die außerdem schwer nachprüfbar ist, weil sie meistens nur der Held allein behauptet. Ach, Kind, wenn du all diesen Erlebnissen mit Riesen, Zwergen, Drachen und schönen Wasserfrauen auf den Grund gehen könntest, ich sage dir, es kämen seltsame Dinge zum Vorschein, und Wucherjuden, Halsabschneider, Hausknechte und liederliche Frauenzimmer würden eine bedeutende und betrübliche Rolle darin spielen. Doch zu dieser fröhlichen Erkenntnis muß sich ein jeder selbst durchringen, und ich will dir die Freude an der Rätsellösung nicht verderben. Du möchtest Musik studieren? Du sollst es."

„Vater — Vater!"

„Und wenn es so wird, wie ich es vorausgesagt habe, — wirst du dann ebenso vergnügt ‚Vater — Vater' rufen?"

„Noch viel vergnügter, Vater! Denn dann weiß ich doch, daß das Vergnügtsein gar nicht so einfach ist, wie es sich die meisten Menschen denken."

„Kind, Kind, ich sage es dir als Vater und Arzt, es gibt nur ein Heilmittel gegen das Leben und gegen den Tod: die selbsterrungene Fröhlichkeit."

Lautlos saßen im Kreis die Frühlingsmädchen und blickten mit leuchtenden Augen auf den Mann, der ihnen Vater und Mutter, Erzieher und Wegweiser war.

„Euch alle auf einmal herzugeben, halte ich nicht für richtig," meinte der Doktor nach einer Weile stiller Nachdenklichkeit. „Nicht aus Selbstsucht. Das wäre die falsche Vaterliebe. Nein, ihr Mädchen, euer selbst wegen. Wenn nacheinander zwei gehen und zwei bleiben, so ist es nur ein Verreisen und kein Vondannenreisen, nur eine Luftveränderung des Körpers und nicht der Seele. Die Schwesterlein in der Heimat halten das Garnknäuel der Ariadne, an dem sich die Schwesterlein in der Fremde schnell und lustig wieder heimfinden. Denn die stärksten Wurzeln unserer Sehnsucht haften nun doch einmal in dem Boden, auf dem wir groß geworden sind und Liebe, Freundschaft und Schwesternschaft erfahren haben. Das sagt euch ein Mann, dessen Heimat Jahrzehnte lang das Meer war, und der sich den Heimatboden spät erst erwerben mußte. Es geht viel Sehnsucht, viel Liebe, viel Freundschaft verloren, wenn Menschen, die sich so nahestehen und in Glück und Unglück dasselbe fühlen, auseinandergerissen werden nach Nord und Süd. Es sollte nicht sein, wo es angängig ist. Das Leben ist zu kurz und geht nicht mehr rückwärts."

„Nein, Vater, das soll nicht sein," sagte Eva Frühling.

„Gut, ihr Mädchen." Der Doktor straffte sich. „Und nach richtigem Wundarztbrauch wollen wir ohne viel Zögern zum heilbringenden Messer greifen. Die beiden Handelsschülerinnen zuerst an die Klinge. Eva und Fränchen, packt eure Siebensachen. Sonntag in der Frühe dampfen wir gen Köln, suchen Quartier und besorgen die Anmeldung an der Handelshochschule. Fertig! Friedel tritt in nächster Woche bei mir im Krankenhaus ein. Ich werde mit der Schwester Oberin alles besprechen. Später, wenn die Schwestern zurück sind, gehst du zur weiteren Ausbildung hinaus in ein größeres und reichhaltigeres Tätigkeitsfeld. Unsere kleine Maria zählt jetzt fünfzehn Jahre. Sie wächst sich indes zu einer Jungfrau aus, die ein Tenorsolo von dem Arbeitslied des Werktags wohl zu unterscheiden vermag. Dann soll sie nach Frankfurt am schönen Main auf die Musikhochschule. Alle einverstanden? Alle meine vier? Na, dann frage ich jetzt nur noch: Habe ich einen Grog verdient, oder habe ich keinen Grog verdient?"

— — — — — —

Der alte Doktor Frühling zählte sein fünfundsechzigstes Lebensjahr, als die erste seiner Schwalben wiederkehrte. Ueppigen Wuchses, funkelnd vor Lebensfreude und Tatendrang, selbstsicher in Wort und rascher Bewegung war die schwarze Eva heimgekehrt, als der Vater ihr in einer Randbemerkung geschrieben hatte, der alte Notar Brüning kränkele und verkündete ein wenig und die Notariatsgeschäfte schleppten am Boden. In ihrer zupackenden Bestimmtheit trug sie dem zittrigen Herrn die Früchte ihrer zweijährigen Handelshochschulbildung an, überwand seine letzten Bedenken durch einen vorläufigen Verzicht auf jegliche Gehaltsforderung, die für bessere Zeiten gestundet werden mochte, und saß nach wenigen Tagen als Befehlshaber eines Schreiberjungen in der staubigen Schreibstube des Notars.

Das erste war ihr, die Röcke und Aermel aufzuschürzen und die Amtszimmer einem gründlichen Hausputz zu unterziehen. Dann begann die Durchsicht und Ordnung der unerledigten Akten.

Und dann ratterte unter Evas flinken Fingern die Schreibmaschine los und flog die Feder von durch bis auch der letzte Akt gefertigt war und durch, bis auch der letzte Akt gefertigt war und das letzte Bäuerlein wußte, was nach Brief und Siegel sein Eigentum war, und das letzte Bürgerlein endlich im Besitze eines rechtsgültigen Testamentes wohlgeborgen schlafen konnte.

„So," meinte die rasche Eva, und ihre Augen blitzten den zittrigen Notar wie Feldwebelaugen an, „nun sehen wir doch wieder Grund und auch die Farbe des Fußbodens. Das muß nun bleiben wie Parkett, und wenn Sie noch soviel Arbeit hereinschaffen, Herr Notar."

(Fortsetzung folgt.)

Lebensweisheit

Die Eifersucht ist ein Heilmittel, das löffelweise genommen, den Kranken nur noch leidender macht. Trinkt er aber in einem Zuge die ganze Medizinflasche leer, so kann das Genesung bringen.

*

Weder Bayard noch Cid sind mir die Sinnbilder des Mutes. Mir ist es derjenige Mann, welcher den Mut hat, mit freier und offener Stirne zu gestehen: „Ich gehe nicht, weil es meine Frau nicht will."

*

Nimmt der Mensch wahr, daß er keine Seele besitzt, so will er sie anderen rauben.

*

Gar wohlfeil ist heute der Lorbeer! Die Blätter kocht man, mit den Zweigen kehrt man die Stuben.

Rußland

Russisch-rumänisches Uebereinkommen.

Moskau, 10. Jan. Nach einer Meldung der Iswestija bestätigte der Rat der Volkskommissare das russisch-rumänische Uebereinkommen zur Vermeidung von Konflikten auf dem Dnjestr.

Bulgarien.

Paris, 11. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Sofia veröffentlicht das Amtsblatt das von der Sobranje angenommene Amnestiegesetz. Sämtliche Aufständischen, die an den von den Agrariern und den Kommunisten bis Ende 1922 hervorgerufenen Wirren teilgenommen haben, fallen unter die Amnestie. Es wird eine Ausnahme gemacht hinsichtlich der Anführer der Aufstandsbewegung, der Organisationen der Kampfhundertschaften und derjenigen bewaffneten Aufständischen, die sich im Auslande aufhalten und nicht binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nach Bulgarien zurückkehren.

Griechenland

Das Kabinett Venizelos.

Paris, 12. Jan. Wie aus Athen mitgeteilt wird, setzt sich das neue Kabinett, dessen Bildung Venizelos endgültig übernommen hat, aus folgenden Mitgliedern zusammen: Ministerpräsident Venizelos, ohne Portefeuille, Innenminister Sofoulis, Außenminister Roussos, Justizminister Kalandaris, Kriegsminister Gonatikas, Marineminister Canaris, Volkswirtschaft Sporidis, Landwirtschaft Mylonas, Finanzen Richakopoulos, Verkehrsminister Tsouderos, Unterricht Calalas. Die neuen Minister haben gestern abend den Verfassungseid geleistet.

Ein Attentat auf das griechische Königspaar.

London, 11. Jan. Nach einer Meldung aus Czernowitz haben der König und die Königin von Griechenland einen Autounfall erlitten, indem ihr Wagen mit einem anderen Automobil zusammenstieß. Der König blieb unverletzt, während die Königin schwer verletzt wurde. Man glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß dieser Unfall mit einem Attentat zusammenhängt.

Aus dem besetzten Gebiet

Sperrung der Ludwigshafener Rheinbrücke.

Ludwigshafen, 11. Jan. Der Verkehr über die Rheinbrücke ist heute vormittag gegen 9,30 Uhr von der Besatzungsbehörde ohne vorherige Ankündigung für Personen, die nicht im Besitze eines Passes sind, plötzlich gesperrt worden. Ob und inwieweit es sich bei dieser, die Bevölkerung der Doppelstadt Mannheim-Ludwigshafen hart treffenden Maßnahme um eine Repressalie etwa gegen Speyerer Attentate handelt, ist nicht zu erfahren. Nach Mitteilung der Rheinlandkommission ist die Sperre bis auf weiteres verfügt worden.

Wie wir hören, wird heute nachmittag von 2 bis 3 Uhr und morgen vormittag von 8 bis 9 Uhr ein Austausch der durch den Brückenschluß ausgesperrten Personen stattfinden. Der Güter- und Lebensmittelverkehr soll während einer bestimmten Tageszeit nicht behindert werden. Bis zum Mittagstunde war auch der Personenumgverkehr von Mannheim nach Ludwigshafen möglich.

Die rheinische Goldnotenbank.

Köln, 12. Jan. Die Handelskammer zu Köln wählte in der gestrigen Sitzung den bisherigen Vorsitzenden Geh. Kommerzienrat Dr. Louis Hagen in geheimer Wahl einstimmig für das Jahr 1924 wieder. Er nahm die Wahl dankend an und erklärte, es sei ihm eine große Freude mitteilen zu können, daß seit vorgestern in der Frage der Rheinisch-Westfälischen Notenbank eine Wendung zum Besseren eingetreten sei. In Berlin habe dieser Tage eine gründliche Aussprache mit der Reichsregierung stattgefunden, in der wir von der rheinisch-westfälischen Industrie erreicht haben, daß die Zulassung der Goldnotenbank unter gewissen Kautelen, so schnell wie möglich zustande kommen soll. Heute habe er vom Reichskanzler einen Brief erhalten, in dem die Bestätigung der Abmachung von vorgestern gegeben werde. So sei die Hoffnung berechtigt, daß diese schwere Frage doch gelöst werde.

Dr. Hagen zur Lage des Ruhrgebiets

Köln, 12. Jan. Bei seiner gestrigen Uebernahme des Vorsitzes der hiesigen Handelskammer gedachte Geheimrat Hagen in einer Ansprache des Jahrestages der Besetzung des Ruhrgebietes. Zwei Dinge seien es, die in der jetzigen Zeit außerordentliche Schwierigkeiten bereiteten, und auf deren Besserung großer Wert gelegt werden müsse. Unter den jetzigen Verkehrsverhältnissen leide die Wirtschaft außerordentlich; von einem geregelten Leben in den westlichen Provinzen könne keine Rede sein. Die deutsche Regierung müsse alles aufwenden, um mit den anderen Beteiligten zu einer Uebereinstimmung über diese Frage zu gelangen. Das Hauptaugenmerk müsse darauf gelegt werden, daß Deutschland die Tarifhoheit behalte, damit die deutsche Industrie wettbewerbsfähig bleibe. Die andere schwerwiegende Frage sei die der Währung. Wir seien im besetzten Gebiet ohne wertbeständiges Geld. Weder die Rentenmark sei zugelassen, noch das wertbeständige Geld der Landesbank.

Die deutsche Not

Ungarische Liebesgaben für deutsche Aerzte.

Budapest, 11. Jan. Der Budapester Aerzteverband hat dem Leipziger Aerzteverband mitgeteilt, daß er Spenden in Höhe von 14,5 Millionen ungarische Kronen gesammelt hat, für die er ein Liebesgabenpaket mit Lebensmitteln für die mit Existenzsorgen kämpfenden deutschen Aerzte absenden werde. Waisenhäuser, Jugendfürsorgevereine, aber auch viele Die ungarischen Aerzte seien sich völlig klar darüber, was sie in wissenschaftlicher Hinsicht ihren deutschen Kollegen schulden.

Tiroler Kinderhilfe.

Innsbruck, 11. Jan. Der Landeshauptmann von Tirol Dr. Stumpf empfing den Reichstagsabgeordneten und Universitätsprofessor Georg Schreiber, der den Dank deutscher Kreise für die großzügigen Hilfsmaßnahmen Tirols zum Ausdruck brachte. Bisher wurden über 3500 Kinder aus Deutschland nach Tirol gebracht. Der Tiroler Landtag bewilligte einstimmig eine Landesspende von 100 Millionen Kronen. Ferner beträgt die Landessammlung Tirols für die Deutschlandhilfe bis jetzt 150 Millionen Kronen. Dr. Stumpf erwiderte mit schlichten Worten, Tirol tue nur seine Pflicht. Professor Schreiber brachte im besonderen die Notlage der deutschen Studenten zur Sprache und schilderte die Wirksamkeit der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft.

Finnlandhilfe für Deutschland.

Berlin, 9. Jan. Die Finnlandhilfe für Deutschland, die schon das ganze vergangene Jahr hindurch beträchtlich war, hat zu Weihnachten eine außerordentliche Steigerung erfahren. Vor allem sind die deutschen Kinder bedacht worden: Kinderheime, Einzeladressen. An einem einzigen Tage gehen 57 Kolli ab, darunter Kisten, die je 300 Pakete enthielten. Der Inhalt der Pakete bestand aus 1 bis 5 Kg. Butter, Seife, Kaffee, Zucker, Weizenmehl, Graupen, Käse, Kakao und Konfekt; dazu Kleider, Strümpfe usw. Namhafte Summen sind im Jahre 1923 auch für deutsche Studenten und für die Familien der ehemaligen Finnlandskämpfer zusammengekommen. Der Verein der finnländischen Krankenpflegerinnen sandte Geld an die entsprechenden Berufsorganisationen in Deutschland. Ferner wurden im Jahre 1923 in Finnland 307 deutsche Ferienkinder und 60 deutsche Studenten verpflegt. Das Liebeswerk für Kinder wird auch nach Weihnachten vom finnländischen Komitee für deutsche Kinderhilfe fortgesetzt werden. In dem Weihnachtsgruße dieses Komitees wird in warmen Worten des notleidenden deutschen Volkes gedacht und zu neuen Spenden aufgefordert.

Hilfsaktion der ungarischen Parlamentsbeamten.

Berlin, 9. Jan. Die Beamten und Angestellten des ungarischen Parlaments haben zugunsten ihrer Kollegen im deutschen Reichstage eine Sammlung veranstaltet, deren Ergebnis im Betrage von 546 400 ungarischen Kronen durch Vermittlung der deutschen Gesandtschaft in Budapest dem Direktor des Reichstages zur Verteilung zugegangen ist.

Wirtschaftliche Rundschau

Angestelltenversicherung.

Vom 1. Januar 1924 gelten folgende Gehalts- und Beitragsklassen: bis 50 Rentenmark monatlich: Klasse A. 1,50 Rentenmark; 50 bis 100 Rentenmark monatlich: Klasse B. 3,00 Rentenmark; 100 bis 200 Rentenmark monatlich: Klasse C. 6,00 Rentenmark; 200 bis 300 Rentenmark monatlich: Klasse D. 9,00 Rentenmark; 300 und mehr Rentenmark monatlich: Klasse E. 12,00 Rentenmark. Diese Marken sind vom 5. Januar ab bei den Postanstalten erhältlich. Für die Zeit vor dem 1. Januar 1924 dürfen Marken der früheren Klassen 44 bis 50 nicht mehr verwendet werden, sondern nur noch Marken der neuen Klassen A. bis E. zu den oben angegebenen Preisen. Das Gleiche gilt für die freiwillige Versicherung. Etwa noch vorhandene Marken der Klassen 44 bis 50 werden von der Post bis zum 31. Januar 1924 umgetauscht. Vom 1. Dezember 1923 ab beträgt die Versicherungspflicht die Höchstgrenze eines Monatseinkommens von 333⅓ Goldmark. Wer die Versicherungspflicht überschreitet, scheidet erst mit dem ersten Tage des dritten Monats nach diesem Zeitpunkte aus der Versicherungspflicht aus. Zur Prüfung der Versicherungspflicht werden bei Berechnung des Arbeitsverdienstes Zuschläge, die mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt werden (Frauen-, Kinder- und ähnliche Zuschläge) nicht angerechnet. Ergibt sich ohne diese Zuschläge Versicherungspflicht, so sind Beiträge nach der jeweils höchsten Gehaltsklasse zu leisten. Die Marke ist spätestens am Schlusse des Monats in die Versicherungskarte einzukleben. Steht zu diesem Zeitpunkte der Entgelt noch nicht fest, so ist der Betrag nach demjenigen Entgelt zu berechnen, der bis dahin vorschußweise gezahlt worden ist oder geschätzt wird. An- und Abmeldungen sind nicht mehr einzusenden. Bei jeder Postanstalt erscheinen regelmäßig grüne Aushänge der Angestelltenversicherung. Es wird dringend empfohlen, diese Aushänge zu beachten. Die Revisionsstelle Koblenz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erteilt jeden Samstag von 8 bis 12 Uhr im Versicherungsamt, der Stadt Koblenz, Castorpfaffenstraße 3, Zimmer 5, mündliche Auskunft. — Schriftliche Anfragen, denen Rückporto beizufügen ist, sind an die vorgenannte Revisionsstelle in Pfaffendorf, Emserstraße 32, zu richten.

Jahresbericht der deutschen Faßindustrie.

Berlin, 9. Jan. In dem Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Faßfabriken wurden über die Lage der deutschen Faßindustrie nachstehende Ausführungen gemacht:

Für die deutsche Faß-Industrie bedeutet das Jahr 1923 ein sehr schweres Jahr. Der Inlandsabsatz sowohl wie der Export erlitten starke Einbußen. Eine Reihe von Betrieben wurden stillgelegt, alle übrigen konnten nur stark eingeschränkt arbeiten.

Die Preise sind mittlerweile soweit gesunken, daß sie durchweg als unauskömmlich bezeichnet werden müssen. Trotzdem ist eine Belebung der Geschäfte nicht eingetreten.

Ueber die Aussichten für das Jahr 1924 läßt sich heute noch kein treffendes Bild zeichnen. Alles wird davon abhängen, ob die niedrigen Verkaufspreise gehalten werden können, und damit eine Belebung des Absatzes kommt.

Die Voraussetzung hierfür ist ein entsprechender Rückgang der ausländischen und inländischen Rohstoff-Preise, insbesondere muß eine Verbilligung des deutschen Rundholzes eintreten, das immer noch wesentlich über Weltmarktpreis, vielfach sogar mit doppelten und höheren Friedenspreisen bezahlt werden muß.

Börse und Handel

Paris, 11. Jan. (Wolff.) Die Bank von Frankreich hat den Diskont von 5 auf 5½ pCt. erhöht.

Berlin, 11. Jan. Die Markbewegung an den Auslandsbörsen zeigt auch heute keine nennenswerte Veränderung. Die verhältnismäßige Stetigkeit hält an, eher ist noch eine kleine Befestigung zu verzeichnen, wie sie aus dem gestrigen Neuyorker Schlußkurs hervorgeht, der einem Gleichwert von 4,39 für den Dollar entspricht. Nachbörslich hat sich der Kurs nicht weiter verändert. Die heutige Nachfrage nach Devisen hält sich auch heute im gewohnten Rahmen. Die Anmeldungen aus dem Rheinland, die früher eine große Rolle spielten, haben stark nachgelassen. Der französische Franken zeigt heute eine neue internationale Abschwächung wobei möglicherweise die politischen Ereignisse in der Pfalz eine Rolle spielen.

Berlin, 11. Jan. (Wolff.) Börsenbericht. Die Börse bot heute das gleiche Bild ausgesprochener Geschäftsstille und Lustlosigkeit wie an den Vortagen. Es ist aber festzustellen, daß die Verkäufe erheblich nachgelassen haben und die bereits gestern hervorgetretene Neigung zu Rückkäufen in mäßigen Kursverbesserungen weiteren Ausdruck fand. Im allgemeinen war der Kursstand der Industrie-, Bank- und Schiffahrtsaktien gegen gestern nur wenig verändert. Wo Erhöhungen eintraten, hielt sie sich im Rahmen von 1 bis 4 Bill. Nur Anglo-Guano, Oberschlesische Kokswerke und Akkumulatoren stiegen bis 9 Bill. Ab und zu flackerte für das eine oder andere Papier von der berufsmäßigen Spekulation geschürtes Interesse auf, was namentlich für Bankaktien gilt. Doch war diesen Versuchen zur Unterbrechung der geschäftlichen Eintönigkeit kein Erfolg beschieden, und die Märkte fielen wieder in die alte Lethargie zurück. Die gleiche Geschäftsstille wie für Aktienpapiere bestand bei zumeist unveränderten Kursen auch für Rententwerte. In der Flüssigkeit des Geldmarktes und der Festsetzung der Devisenpreise hat sich gegen gestern nichts wesentlich verändert, nur die Zuteilung für London mußte etwas eingeschränkt werden.

Berlin, 11. Jan. (Wolff.) Produktenbericht. Lustlosigkeit und Geschäftsstille sind in den Börsenräumen allgemein geworden. Am Produktenmarkt war die Reichsgetreidestelle heute nicht Käufer. Das Angebot von außerhalb ist zwar kleiner geworden, es befindet sich aber im Markte mehr als genügend Material von Weizen und Roggen um die geringe Nachfrage zu befriedigen. Für Hafer werden vom Konsum Preise geboten, zu denen aber Inlandsware nicht zu beziehen ist. Für Weizenmehl ist die Tendenz andauernd still und schwach. Bei Bezug von Roggenmehl zeigen sich die Mühlen aber weniger nachgiebig.

Während der letztverflossenen vier Wochen hat sich am Markt für Nadel-Stammholz ein völliger Umschwung vollzogen. An Stelle der Preissteigerungen in den Forsten trat nämlich große Zurückhaltung hervor, durch welche die Preise stark herabgedrückt wurden, obwohl der Waldbesitz durch Fernhaltung belangreicher Posten den Markt vor Ueberangebot zu bewahren suchte. Im Dezember wurden in den württembergischen Staatswaldungen beim Verkauf von Nadel-Stammholz für 6 Klassen Fichten- und Tannen-Langholz 19,50—32,50 Goldmark je Kubikmeter ab Wald erzielt, gegenüber von 26—44 Goldmark im November. Der scharfe Wettbewerb tschechoslowakischer Ware wirkte bei dem Rückgang der Preise inländischen Holzes mit. — Der Markt für Papierholz, an welchem die Preise weniger aufgebläht waren, erfuhr, wie der „K. Bztg." geschrieben wird, seit Monatsfrist wenig Veränderung. — Seit die Ruhrzechen allmählich wieder in regelmäßigen Betrieb kommen, wächst die Nachfrage nach Grubenholz. Bei den Versteigerungen in den Forsten wurde Nadel-Grubenholz bisher nicht hoch bewertet, wie überhaupt der Absatz zu wünschen übrig ließ.

Die letztvergangenen Wochen haben das Geschäft mit Schnittholz sehr still werden lassen. Der Verbrauch blieb ungewöhnlich schwach, und für Meinungskäufe war selten Neigung, zumal da überall Geldknappheit vorherrschte. Viele Sägewerke wurden sogar zu Zwangsverkäufen genötigt, um Geld für die Bezahlung ihrer Verbindlichkeiten aufzubringen. Auf alle Fälle übertraf das Angebot die Nachfrage gewaltig und durch dieses Mißverhältnis wurden die Schnittwarenpreise stark herabgedrückt.

Von Hobelware wurden wegen des beschränkten Bedarfs des Baufachs nur kleine Posten gehandelt. In Verbindung mit der Abschwächung des Marktes für Rohbretter gingen auch die Preise der Hobelbretter zurück.

Das Fallen der Rundholzpreise hatte auch Senkung der Preise für geschnittenes Tannen- und Fichten-Bauholz im Gefolge, zu mal da der Handel damit durchweg schleppend war. Mit 15 % Waldkante geschnittenes Tannen- und Fichtenkantholz kostete zuletzt bahnfrei Karlsruhe etwa 50 Goldmark je Kubikmeter.

Zur Lohnfrage

Aus dem Kölner Wirtschaftsgebiet.

Köln, 11. Jan. Die Lage im Kölner Wirtschaftsgebiet hat sich allgemein verschärft. Wie die Telegraphenagentur aus Kreisen der christlich organisierten Arbeiter erfährt, sind die beiden großen Gewerkschaftsverbände, der christliche und der freie, einig über die Ablehnung des Schiedsspruches für die rheinische Braunkohlenindustrie, wo auch die 9½stundenschicht und ein Lohnabbau von 33 Prozent vorgesehen sind. Man rechnet mit einem großen Ausstand im rheinischen Braunkohlenrevier. Auch in der Metall- und der chemischen Industrie hat sich die Lage verschärft.

Streik in Beuthen.

Beuthen, 11. Jan. Seit gestern sind die Belegschaften der Donnersmarckhütte und der Delselwerke wegen Verweigerung verlängerter Arbeitsleistung ausgesperrt worden.

Kampf in der Metallindustrie.

Köln, 11. Jan. Ueber den Kampf in der Metallindustrie wird der Kölnischen Zeitung aus dem Ruhrgebiet u. a. geschrieben: Die endgültige Entscheidung liegt nunmehr in den Einzelbetrieben. Der christliche Metallarbeiterverband wolle an dem Kampfe teilnehmen. Eine Konferenz des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit denen der freien Gewerkschaft der Metallarbeiter wurde nach Elberfeld einberufen. Tag und Stunde der Verhandlungen sind noch unbekannt.

Streik in M.-Gladbach.

In M.-Gladbach wird dem Blatt zufolge in sechs Betrieben der Metallindustrie mit 450 Arbeitern und in 14 Betrieben der Textilindustrie gestreikt. Die städtischen Straßenbahner haben sich dem Streik angeschlossen, während in den übrigen städtischen Betrieben nur einzelne Leute von der Arbeit fortblieben. Die öffentliche Ruhe und Ordnung wurde bisher nicht gestört. Ein von der freien Gewerkschaft im Laufe des Nachmittags herausgegebenes Flugblatt forderte zum Gesamtausstand auf, ohne daß der Aufforderung bis jetzt irgendwie nennenswerte Folge geleistet wurde. Der belgische Kreisdelegierte verbot alle Versammlungen, auf denen die Besprechung der Frage der Arbeitszeit erfolgen könnte.

Die Streiklage im Düsseldorfer Bezirk.

Im Düsseldorfer Bezirk einigten sich die Kampfleitungen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und die kommunistischen Betriebsräte. Die örtliche Kampfleitung wurde durch 6 Mitglieder des Aktionsausschusses verstärkt unter der Voraussetzung, daß dieser seine Tätigkeit in jeder Form einstellt. Im Bezirk Benrath-Reisholz und in Benrath selbst ist der Ausstand allgemein. Auch in Hilden liegen alle industriellen Betriebe mit Ausnahme eines Textilwerkes still.

Keine Aenderung in der Düsseldorfer Streiklage.

Düsseldorfer, 11. Jan. In der Streiklage ist eine Aenderung nicht eingetreten. Ruhestörungen sind bisher nicht vorgekommen. Nur in der Hafengegend wurde ein Kohlenfuhrwerk umgekippt. Beim Erscheinen der Polizei wurden von der Menge mehrere Handgranaten geworfen, doch blieben die Beamten unverletzt.

Arbeitsdienstpflichtjahr und Erwerbslosenfürsorge

Von Abg. Dr. Crone, Münzebrock, Bauernvereine, Berlin.

Bei der katastrophalen Finanzlage des Deutschen Reiches und der Länder wird es in der kommenden Zeit nicht möglich sein, die Erwerbslosenfürsorge in ausreichendem Umfange aufrecht zu erhalten, zumal für die Zukunft mit einer noch größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen sein wird. Es müssen daher Mittel und Wege gesucht werden, die Arbeitslosigkeit erheblich einzuschränken und die Erwerbslosenfürsorge mit geringeren Mitteln und dabei in produktiver Form durchzuführen. Die älteren und verheirateten Arbeiter müssen dabei möglichst gegen eintretende Arbeitslosigkeit geschützt werden, zumal diese ihren Wohnsitz nicht ohne Schwierigkeiten verlegen können und Frau und Kinder zu ernähren haben. Soll dies erreicht werden, so empfiehlt es sich, einen Teil der jüngeren Arbeiter rechtzeitig anderweitig zu beschäftigen. Dies ließe sich erreichen durch die Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres. Während dieses Jahres müßten die jungen Leute im Alter von etwa 18—26 Jahren für ein Jahr in großen Gebäuden gemeinschaftlich untergebracht werden und zwar einerseits in der Stadt, andererseits auf Heide- und Moorflächen. In der Stadt könnten diese jungen Leute vornehmlich zum Bau von Arbeiterwohnungen und auf dem Lande zur Kultivierung von Heide- und Oedflächen Verwendung finden. Diesen jungen Leuten müßten naturgemäß demnächst auch an erster Stelle in der Stadt eine Wohnung und auf dem Lande eine Siedlerstelle zur Verfügung gestellt werden.

Etwaige Erwerbslose können sich diesen Arbeitskolonnen anschließen, erhalten sodann für diese Zeit Wohnung und Beköstigung, Kleidung und ein geringes Taschengeld. Die gesamte Erwerbslosenfürsorge ließe sich auf diese Weise produktiv gestalten und würde dem Reich kaum nennenswerte Kosten verursachen. Gleichzeitig würden die Wohnungsfrage, die Siedlungsfrage und die Kultivierung von Oedland und damit die Nahrungsmittelversorgung praktisch gefördert.

Das Arbeitsdienstpflichtjahr wäre auch für die Erziehung der Jugend zur Ordnung und Arbeit, sowie für die Stärkung der Gesundheit und des sozialen Empfindens der verschiedenen Volksschichten von großer Bedeutung.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 14. Jan. Fischereierlaubnisscheine für das Kalenderjahr 1924 werden im Rathaus — Zimmer 17 — gegen Zahlung der Gebühr von 5 Mark ausgefertigt. Die Gebühr für Angel- und Hebgarnscheine ist gleich.

Bad Ems, 14. Jan. (Städtisches.) Im Rathaus ist die 54stündige Arbeitszeit eingeführt und sind die Dienststunden jetzt vormittags von 8—1 Uhr, Samstags von 8—2.30 Uhr, und nachmittags von 2.30—7 Uhr. Für den öffentlichen Verkehr sind nur die Vormittagsstunden bestimmt, nur in ganz dringlichen Fällen können die Dienststellen nachmittags in Anspruch genommen werden. Die Einwohnerschaft wird dringend gebeten, diese Maßnahmen beachten zu wollen, damit die Nachmittagsstunden für die Erledigung der übrigen dienstlichen Aufgaben frei bleiben. Nur auf diese Art ist es möglich, schnell und unter Ersparung von Arbeitskräften zu arbeiten. Die Stadtkasse ist alltäglich bereits ab 12 Uhr für den Verkehr geschlossen.

Deutsche Schule! Deutsche Zukunft

Wir müssen abbauen, unzweifelhaft. Aber dürfen wir unsere Staatsverwaltung und Staatswirtschaft auf ein geringeres Maß von Leistungsfähigkeit herunterschrauben? Wäre das nicht der Anfang vom Ende? Muß nicht der Staat heute mehr und besser verwaltet werden als je? Muß er nicht alles, was er auf sich genommen hat, so vollkommen als möglich ausführen, wenn er überhaupt bestehen will? Sind nicht seiner Feinde so viele, daß er sich nur durch ein Höchstmaß von Leistungen Achtung verschaffen und seiner Gegner erwehren kann? Wird er das können, wenn er einfach jeden vierten Mann aus seinen Betrieben auf die Straße setzt?

Abbauen heißt nicht abreißen. Abbauen soll man alles Ueberflüssige, alles Hemmende, alles Veraltete. Unser Staat kann gewiß heute nicht einen einzigen Mann spazieren gehen lassen, kann noch weniger Zehntausende halb beschäftigt herumlungern lassen und andere Zehntausende bei gänzlich wertlosen Arbeiten sitzen lassen. Unser Staat muß wirtschaften lernen wie jeder Geschäftsinhaber. Diejenigen Taschen, die ihm und seinen Steuermaßnahmen zugänglich sind, sind nicht gefüllt genug, um sich eine kostspielige Verwaltung zu leisten. Daß man alles das Jahre hindurch nicht genügend bedacht hat, ist unzweifelhaft und hat nicht wenig zu unserm jetzigen wirtschaftlichen Zusammenbruch beigetragen. Ebenso ist sicher, daß diejenigen, die in den Staatsdienst hineingezogen worden sind, oder sich den Zugang zu einer teilweise recht wenig anstrengenden Beamtentätigkeit erzwungen haben, recht schwer zu entfernen sind. Sie klammern sich an ihr Amt und ihre Stellung wie der Schiffbrüchige an ein Wrack. Daß die Staatsregierung also vor einer unendlich schweren Aufgabe steht, ist auch dem Fernerstehenden klar. Aber das entbindet nicht von der Pflicht, die Aufgabe so zu lösen, daß der Zweck, die wirtschaftliche Last des Staates zu vermindern, so gelöst wird, daß der Staat selbst nicht darüber zugrunde geht.

Abgebaut kann nur Ueberflüssiges, Entbehrliches, Hinderliches werden. Wo findet sich so etwas in den Schulhäusern? Die Staatsumwälzung hat hier keine Vermehrung gebracht. Im Gegenteil, Preußen, das nach anscheinend zuverlässigen Mitteilungen in der Abbauarbeit auf dem Schulgebiete vorangehen will, hatte 1922 über 5000 Lehrer weniger als 1911, allerdings ebenso viele Lehrerinnen mehr. Der Lehrkörper der preußischen Volksschulen ist 1911 gegenüber nicht vergrößert. Allerdings ist das Staatsgebiet verkleinert und die Kinderzahl hat sich vermindert. Würde man aber die Zahlen für 1914 zum Vergleich heranziehen können — sie liegen nicht vor —, so würde auch die verhältnismäßige Besserung in den jetzt den Staat bildenden Landesteilen nicht erheblich sein. Wenn man in Betracht zieht, daß der alte Staat im Volksschulwesen an keiner Stelle irgendwelchen entbehrlichen Aufwand getrieben hat, so ergibt sich, daß ein Abbau von 25 v. H. ein Zurückwerfen der Volksschule in lange überwundene Zeiten bedeutet. Wenn in Zukunft statt der 116 000 Lehrer und Lehrerinnen in Preußen nur 87 000 vorhanden wären, so kämen auf jeden Lehrer nicht mehr 47, sondern 63 bis 64 Schüler, d. h. im Einzelfalle 90—100. Das ist Schulzerstörung, ist Abrüstung des Geistes und der sittlichen Kraft. Preußen und Deutschland sind nicht zuletzt geworden, was sie waren, durch ihre Schulen. Ein Schulabbruch bedeutet ein Aufgeben aller wirklichen Aufbauziele.

Was soll geschehen? Die Regierung kann die folgenschweren Maßnahmen nicht vom grünen Tische aus treffen. Sie rufe die Vertrauensmänner der Lehrerschaft, die besten Kenner der tatsächlichen Zustände in jedem Kreise, in jeder Provinz und sodann an der Hauptstelle zusammen. Sie wird dann aus dem Schulleben heraus erfahren, ob und was abgebaut werden kann, ohne daß unübersehbares Unheil angerichtet wird und unersetzliche Güter vernichtet werden. Wir haben nicht mehr viel zu verlieren. Vielleicht blieb uns aber von dem besten noch manches erhalten. Soll und darf eine wohlgemeinte, aber in ihrer Ausführung ungemein schwierige und in ihren Folgen ganz unberechenbare Maßnahme auch die noch zerstören? Uns ist bei aller Liebe zu unserm Berufe das Schulhaus nicht der Staat, steht der Staat, das Volkshaus, höher als jedes seiner Bestandteile. Aber gerade deswegen warnen wir vor den in Aussicht stehenden Maßnahmen. Wer Hirn und Herz in einem Körper trifft, greift dem Körper ans Leben. Das wollen die verantwortlichen Leiter unseres Staatswesens gewiß nicht, aber ihre Maßnahmen bedeuten das. Schon in wenigen Jahren sitzt das Geschlecht, das jetzt auf den Schulbänken sitzt, in den Werkstätten, in der Arbeit des Volkes, und heute vermeintlich ersparte Summen bedeuten als mangelndes geistiges und sittliches Vermögen dann vielleicht unsern endgültigen Untergang.

Neues aus aller Welt

Lippstadt. Der Colon Graskemper aus dem benachbarten Gute Warthe ging mit einem Bekannten auf die Kaninchenjagd. Bei einer kurzen Rast wollte sich Graskemper auf sein Gewehr stützen, wobei sich die Waffe entlud und die ganze Schrotladung dem Unglücklichen in den Kopf drang.

Vom Kommerzienrat zum Buchhalter. In Hof hat kurz vor dem Weltkriege der Besitzer einer Spinnerei diese um 20 Millionen verkauft. Er war der reichste Mann in Hof. Heute ist der frühere Kommerzienrat und Fabrikbesitzer in derselben Fabrik als Buchhalter beschäftigt, um sich ernähren zu können. Der Direktor der Fabrik ist sein ehemaliger Buchhalter.

London, 10. Jan. Reuter meldet aus Palm Beach (Florida): Eine starke Polizeimacht mit Maschinengewehren überrumpelte eine Versammlung von Bankräubern. Es folgte ein heftiges Gefecht, wobei der Führer der Polizisten und fünf Räuber getötet wurden.

Kampf mit Autoräubern.
Frankfurt a. M. Am Sonntag raste durch Fulda ein neues Personenauto, das von zwei entsprungenen Zuchthäuslern gestohlen war. Die Burschen befanden sich auf dem Wege nach Frankfurt, fuhren aber auf der Höhe des Distelrasens im Schnee fest und wurden hier von nachgeschickten Polizeibeamten eingeholt. Die Räuber empfingen die Beamten mit Revolverschüssen und gingen schließlich mit Totschlägern gegen dieselben vor. Jetzt gaben auch die Beamten Feuer, wobei ein Räuber getötet wurde. Der andere konnte fliehen.

Direkte telegr. Verbindung zwischen London London und Chicago.
London, 8. Jan. Der Brand im Londoner Hafen ist erst heute nachmittag gelöscht worden. Der Schaden übersteigt 200 000 Pfund Sterling. Das Kautschuk-Lagerhaus, in dem der Brand ausgebrochen ist, ist vollständig zerstört.

Einbruch in Berlin.
Die Friedenauer Wohnung des Legationsrats a. D. und Direktors der Telefunken-Gesellschaft, Frhrn. Hans v. Geldsattel, der sich zurzeit auf einer Geschäftsreise nach Japan befindet, wurde gestern von Dieben geplündert. Es scheint sich um eine Bande zu handeln, die schon mehrere Einbrüche in den westlichen Vororten verübte.

Großes Unglück auf dem Schwarzen Meer.
Rom, 10. Jan. Der amerikanische Dampfer Corlins ist im Schwarzen Meer in einen Orkan geraten, der das Schiff gegen den Leuchtturm von Trapezunt warf, sodaß es in Trümmer ging. Ungefähr 300 Personen sind ertrunken.

Englische Bahnbauten in China.
Paris, 10. Jan. Aus Peking wird gemeldet: Eine bedeutende Londoner Finanzgruppe hat mit der chinesischen Regierung einen Kontrakt zum Bau von drei Eisenbahnlinien unterzeichnet. Die Kosten werden sich auf ca. 20 Millionen Pfund belaufen. In dem Vertrag ist auch der Ausbau von Bergwerken vorgesehen.

Die heutigen Devisenkurse: (nichtamtl.)

Dollar	4.300	Billionen	Mark
englisches Pfund	18.500	"	"
holländ. Gulden	1.600	"	"
frz. Frank	200	Milliarden	"
belg. Frank	180	"	"
schweiz. Frank	720	"	"

Vorzeitiger Frühling in Rußland.
Wie ein Korrespondent der „Daily Mail" berichtet, wird Rußland gegenwärtig von einer Wärmewelle überflutet, wie man sie in diesem Lande seit fünfzig Jahren nicht kannte. Im Laufe der vergangenen Woche stieg das Thermometer auf 22 Grad, sodaß die nächste Ernte starken Schaden erlitt. Das Wintergetreide, z. B., das die Russen im September und Oktober säen, und das im Anfang des Frühjahrs unter dem Schnee zu keimen beginnt, ist schon jetzt völlig aus der Erde hervorgewachsen, sodaß die ganze Winterernte verloren ist. In Kiew blüht der Flieder, und in Odessa verkaufen die Blumenhändler Veilchen. Die Ukraine prangt im Weiß der Kirschenblüte.

Springflut in Biarritz.
Paris, 9. Jan. Nach einer Mitteilung aus Biarritz hat eine heftige Springflut heute früh die Anlagen des Fischerhafens sehr beschädigt. Zwölf Fischerboote wurden zerstört und der Hafendamm ist teilweise eingestürzt.

Auffindung eines großen Gemäldes von Raffael. In der prunkvollen, bei Savona im Tal von Albissola gelegenen Villa des Marchese Faraggiana wurde dieser Tage eine aufsehenerregende künstlerische Entdeckung gemacht. Bei der Ausführung von Reparaturen im ersten Stock legten die Arbeiter ein wunderbares Gemälde frei, das die zur Prüfung herangezogenen Sachverständigen einstimmig als ein Meisterwerk des Raffael Sanzio und des „Romano" genannten Giulio Pippi erkannten. Das Bild mißt in der Breite zwei und in der Höhe einen Meter und enthält über hundert Figuren, von denen einige von den beiden Malern in den Kammern und Loggien des Vatikans wiederholt wurden. Es ist deshalb fast außer Zweifel, daß die kostbare Arbeit im Auftrag des Papstes Julius 2. ausgeführt wurde, der in Albissola geboren worden war und den Wunsch hatte, den Palast, den er sich in Savona hatte bauen lassen, von Raffael und Pippi mit Bildern geschmückt zu sehen. Der Entwurf soll immer nach dem Urteil der Sachverständigen, teilweise in ein Freskobild in den Loggien des Vatikans noch einmal ausgeführt worden sein, aber nur zum Teil, da der Raum fehlte, das ursprüngliche Bild in seiner Gesamtheit anzubringen. Wenn man das jetzt aufgefundene Bild von der rechten Seite beobachtet, so erkennt man mühelos, unter den Figuren das Porträt des Meisters von Urbino und darunter seine Signatur.

Humoristisches.

Der empfindliche Schwiegersohn. „Warum haben Sie denn Ihrem Hund den Schwanz abgeschnitten?" — „Ich konnte nicht vertragen, daß er vor Freude wedelte, wenn meine Schwiegermutter kam."

SONDER-VERKAUF
in modernen eleganten Pièçen

Jacken-Kleider
in Gabardine und Sportstoffen:
50 30 20 Bill.
—
Mäntel
in Velour de laine:
45 25 15 Bill.

Morgen-Röcke
aus Flausch
zu 10.-, 20.- u. 30.- Mk.
—
Damen-Hüte
teils zur Hälfte des regulären Preises

Taillen-Kleider
in Wolle und Seide:
65 45 35 Bill.
—
Hemd-Blusen
in reinem Woll-Flanell
von 7.50 Mk. an

Modehaus A. Haubold
Tel. 384 BAD EMS Lahnstr.

Fischerei-Erlaubnisscheine
für Angel und Hebgarn für 1924 werden im Rathaus Zimmer 17 ausgestellt. Gebühr 5 Mark
Bad Ems, den 10. Januar 1924.
Der Magistrat

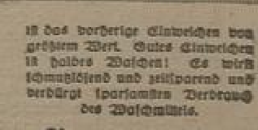
Mutterberatung Bad Ems.
Dienstag nachmittag von 2—4 Uhr in der Steinschule: Sprechstunde der Fürsorgeschwester und Mutterberatung.

Bienenhonig
gar. rein Pfund 1 Mark.
Alberti Laurenburg, (Lahn)

Guterhaltenes
Kleid
und neuer
Blusenrock
preiswert zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Beinkranke!
mit Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füßen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias behandelt rasch und naturgemäß
Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 123 I. Etg.
Eingang: Roonstraße.
Sprechstunden:
Jeden Mittwoch von 4—10 Uhr.

Bei jeder Wäsche
ist das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen ist halbes Waschen! Es wirkt schmutzlösend und zeitsparend und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels.



Henkel's Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte unübertroffene Einweichmittel. Zu einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren
unerläßlich!

Hüte
für Damen und Kinder können Sie
selbst arbeiten
nach Beyers Führer für
Putzmacherei im Hause
Die neuesten Modelle!
Überall zu haben u. d. Nachn. v.
Verlag Otto Beyer, Leipzig-T
Verkauf der beliebten Beyer-Schnitte:
B. Schmiemann,
Diez, Marktplatz 22.

Chaiselongue
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Herr, dein Wille geschehe.

Todes-Anzeige.

Nach langem schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden entschlief sanft Samstag vormittag 11¾ Uhr mein innigstgeliebter Gatte, unser treusorgender Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Wilhelm Doré

im 68. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Elisabethe Doré
nebst Kindern und Angehörigen.

Bad Ems, den 13. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. 1. 1924, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fajer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: C. A. Bloesch. Tgl.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm 10618

Nummer 12 — Bad Ems, Dienstag den 15. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Die Sachverständigenkonferenz in Paris. Ein Vorschlag Loucheurs

Politische Wochenvorschau

Der parlamentarische Horizont fängt allmählich wieder an, sich vor unseren Blicken zu lichten. Die sozialdemokratische Partei sucht mit aller Macht ein Betätigungsfeld für ihre Agitation, um ihre inneren Schwierigkeiten damit einigermaßen zu verdecken. Wir wollen aber doch hoffen, daß man diesen Versuchen Widerstand leistet und das Parlament vorläufig noch aus dem Spiel läßt. Die Verzögerung der dritten Steuerverordnung des Reichsfinanzministers Dr. Luther beweist zur Genüge, daß es der Regierung auch ohne Parlament sowieso genug wird, rasch vorwärts zu kommen. Aber immerhin: es geht im Innern vorwärts. Der Etat der Reichseisenbahn ist seit 1. Januar wieder einigermaßen im Gleichgewicht und wenn die Regierung die vorhandenen Steuerquellen voll erschließt, und durch Vereinfachung des Verfahrens auch für einen vollen Ertrag der vorhandenen Quellen sorgt, so wird auch der Reichsetat in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen sein. In der Zwischenzeit braucht der Reichstag sich nicht allzusehr zu bemühen. Die Frage des Belagerungszustands und sonst beliebte Gegenstände des Parteigezänks sind wirklich von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß wir die im Gang befindliche innere Sanierung wirklich auf einen erfolgversprechenden Stand bringen. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, unter dem Belagerungszustand seufzen zu müssen, so möge sie sich bewußt sein, daß die Welt rund ist und sich dreht.

Freilich ist die Gesundung unserer Finanzen und unserer Wirtschaft eine Utopie, wenn nicht unsere Entschädigungsverpflichtungen der Entente gegenüber endlich vernünftig und erträglich geregelt werden. Hier wird die nächste Zeit von ausschlaggebender Bedeutung sein. In Paris soll heute der erste Sachverständigen-Ausschuß zusammentreten, der sich mit der deutschen Leistungsfähigkeit beschäftigt und diese Frage — allerdings unter der Obhut der Reparationskommission ?— prüfen wird. Die Amerikaner wollen, daß jeden Tag Sitzungen abgehalten werden. Sie fassen die Frage geschäftlich auf und haben kein Verständnis für politische Hemmungen. Die entscheidende Frage aber ist die, ob die Hemmungen der französischen Politik nun endlich gemildert werden oder ganz aufhören sollen.

Zuverlässige Berichte, die aus Paris nach Berlin gelangten, lassen keinen Zweifel daran, daß die Erkenntnis sich durchzusetzen anfängt und daß die Stimmung umzuschlagen beginnt. Die Oppositionsführer reden in der französischen Kammer eine außerordentlich deutliche Sprache und die Aussicht auf einen Wahlkampf bei sinkender Währung macht den politischen Machthabern Frankreichs doch einige Sorgen. Der eiskalte „Temps" von früher erwärmt sich heute für deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen. Die begeisterte Aufnahme, die Herr Rechberg in Paris gefunden hat, ist zum großen Teil auch mit auf dieses Konto zu setzen. Wir werden allerdings abwarten müssen, ob diese Stimmung auch ihre Probe bestehen wird. Die französische und die belgische Antwort sind in wesentlichen Punkten ablehnend. Aber es ist bei ihrer Ueberreichung ausdrücklich betont worden, daß beide Staaten weiter verhandeln wollen.. Deutschland ist dazu bereit, aber es muß der Gegenseite ein für allemal klar sein, daß Deutschland seine Leistungen nur wieder aufnimmt, wenn es dadurch seine Freiheit sichern kann daß es nur liefert und zahlt, wenn es weiß, daß auch die Gegenseite dann ihre Verpflichtungen erfüllt. Ohne den ehrlichen Willen zur Verständigung geht es auch sonst nicht. Eine internationale Anleihe ist der Schlüsselpunkt des ganzen Entschädigungsproblems. Sie ist aber nur zu erhalten, wenn Frankreich Deutschland im Rahmen der vertraglichen Bestimmungen die Freiheit seines wirtschaftlichen Handelns zurückgibt.

Politische Nachrichten

Deutschland

Die Antworten in Berlin.

Berlin, 13. Jan. Der deutsche Geschäftsträger [illegible] Rodiger, ist, wie wir erfahren, in Berlin eingetroffen. Der Geschäftsträger in Paris, Hösch, der seine Abreise wegen leichter Erkrankung verschieben mußte, wird, voraussichtlich am Dienstag früh in Berlin sein. Die den Geschäftsträgern in Paris und Brüssel am Freitag überreichten Antworten auf das deutsche Memorandum vom 23. Dezember sind inzwischen durch Kurier in Berlin eingegangen.

Wie der „Montag" berichtet, sind die französische und belgische Antwortnoten im Auswärtigen Amt übersetzt worden. Da die beiden Noten zusammen 29 Seiten lang sind, konnte ihre Bearbeitung seitens der zuständigen Regierungsstellen noch nicht begonnen werden. Das Kabinett wird über die beiden Noten voraussichtlich erst beraten, wenn der deutsche Geschäftsträger in Paris, v. Hoesch, in Berlin eingetroffen ist, also nicht vor Dienstag.

Zum Beamtenabbau.

Berlin, 14. Jan. Der Unterausschuß des ständigen Ausschusses des preußischen Landtags (Beamtenabbau) erledigte den Abschnitt, über die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Die Vorlage wurde mit der Abweichung angenommen, daß bei Berücksichtigung der Familienverhältnisse in erster Linie die verheirateten weiblichen Beamten in Betracht kommen sollen. Das bei der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zu gewährende Wartegeld soll solange ruhen, als die wirtschaftliche Versorgung gesichert ist. Zur Sicherung einer möglichst gerechten Durchführung des Personalabbaues soll nach Antrag der Koalitionsparteien, welchem auch die Deutschnationalen zustimmten, in jeder Provinz ein Schiedsgericht mit einem unabhängigen Richter an der Spitze gebildet werden. Daneben soll noch bezüglich der allgemeinen Durchführung des Abbaues eine Art Ueberwachungsausschuß des Landtages gebildet werden. Bei der Verminderung des Personals sind die Arbeitnehmer vor den Beamten dann auszuscheiden, wenn sie im wesentlichen gleichartige Aufgaben erfüllen.

Der Nachfolger Dr. Petersens im Reichstag.

Nachfolger Dr. Petersens im Reichstag wird der Kaufmann Joh. Büll, Mitglied der hamburgischen Bürgerschaft.

Entwurf einer Reichsdienststrafordnung.

Wie mehrere Blätter melden, ist im Reichsministerium des Innern der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung ausgearbeitet worden, über den in nächster Zeit mit den Beamtenvertretern Besprechungen geführt worden sollen.

Ergebnislose Verhandlungen im oldenburgischen Landtag.

Dem Vorwärts zufolge sind die letzten Verhandlungen im oldenburgischen Landtag zwischen Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei zwecks Bildung einer parlamentarischen Regierung wieder ergebnislos verlaufen. Man einigte sich jedoch dahin, die Verhandlungen nach dem Zusammentritt des Landtages, der etwa Mitte Februar erfolgen wird, fortzusetzen.

Interalliierte Militärkontrolle in Paderborn.

Laut Berl. Lokalanz. hat eine interalliierte Militärkontrollkommission gestern auch in Paderborn dem dort garnisonierenden Bataillon des Infanterie-Regiments 16 einen Kontrollbesuch abgestattet. Für heute haben Kontrollkommissionen ihr Kommen noch für Dresden, Cannstatt und Breslau angekündigt.

Suspension des sozialistischen Kreisdirektors in Gotha.

Der sozialistische Kreisdirektor des Kreises Gotha ist heute ebenfalls vom Amte suspendiert worden. Zu seinem Nachfolger wurde Oberregierungsrat Leuthäuser ernannt.

Vereinfachung des Strafverfahrens.

Berlin, 13. Jan. Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten über die beschleunigte Aburteilung von Straftaten vom 17. Dezember 1923 wurden die Strafkammern für zuständig erklärt zur Aburteilung einer Reihe von Straftaten, wodurch die öffentliche Ordnung, zumal in Zeiten von Unruhen, besonders schwer beeinträchtigt wird. Um die notwendige schnelle Aburteilung dieser Straftaten sicherzustellen, sieht die Verordnung gegenüber den Vorschriften der Strafprozeßordnung ein abgekürztes, vielfach vereinfachtes Verfahren vor. Wie der Reichsminister der Justiz bereits im 45. Ausschuß des Reichstags bei der Beratung der Verordnung über die Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege hervorhob, war die Reichsjustizverwaltung bestrebt, die zeitliche Geltungsdauer der Verordnung vom 17. Dezember 1923 möglichst abzukürzen. Nachdem nunmehr die Verordnung über die Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924 erlassen ist, scheint der Zeitpunkt nahe gerückt, an dem die Verordnung vom 17. Dezember entbehrlich wird. Durch die in ihr vorgeschlagenen Notmaßnahmen wird ein Teil der Gründe beseitigt, die den Erlaß der Verordnung vom 17. Dezember notwendig erscheinen ließen. Es ist auch zu erwarten, daß die Strafkammern die dringendsten unter die die Verordnung fallenden Sachen bereits erledigt haben, oder doch bis zum Ablauf des Monats werden erledigen können. Der Reichspräsident entschloß sich deshalb auf Antrag des Reichsministers der Justiz, die Verordnung vom 17. Dezember 1923 zum 1. Februar außer Kraft zu setzen.

Morgenfeier der proletar. Jugend.

Berlin, 13. Jan. Die Morgenfeier der proletarischen Jugend, die gestern bereits von der politischen Polizei verboten war, hatte doch eine größere Anzahl Personen veranlaßt, sich am Sonntag mittag vor dem Großen Schauspielhause anzusammeln. Polizeibeamte zerstreuten die Menge. Sie nahmen drei Männer und eine Frau wegen Widerstandes fest.

Sachsen

Die Gemeinderatswahlen in Sachsen.

Dresden, 13. Jan. Heute fanden in ganz Sachsen die Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen statt. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen rege. Aus sämtlichen bis 11 Uhr abends vorliegenden Wahlergebnissen ergibt sich eine mehr oder weniger starke Verschiebung nach rechts, während andererseits die Kommunisten einen ziemlich erheblichen Stimmenzuwachs auf Kosten der Sozialdemokraten gewonnen haben.

Dresden, 14. Jan. Das Ergebnis der heutigen Gemeindevertreterwahlen in Sachsen ist ein großer bürgerlicher Sieg geworden. In Dresden erzielten die Vereinigten bürgerlichen Parteien 39, die vereinigten Sozialisten und Kommunisten 31, die Deutschsozialen 5 Sitze, wodurch die bisherige sozialistische Mehrheit im Stadtparlament durchbrochen ist. Auch in Chemnitz haben die Bürgerlichen mit 31 gegen 30 der Linken den Sieg davongetragen.

Ernennung des sächsischen Wirtschaftsministers.

Nach dem Vorwärts wird Landtagsabgeordneter Müller-Leipzig, Redakteur der Leipziger Volkszeitung, am Montag zum sächsischen Wirtschaftsminister ernannt werden.

Frankreich

Der Matin zu den Zielen der Kleinen Entente.

Paris, 13. Jan. Der Berichterstatter des Matin berichtet aus Belgrad, ihm habe der rumänische Außenminister Duca erklärt, daß demnächst Verhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland über die Fragen der Anerkennung der Sowjetregierung eingeleitet würden. Die Kleine Entente sei Bulgarien gegenüber solidarisch. Sie verlange die Respektierung des Friedensvertrages von Neuilly und verpflichte Bulgarien, Grenzzwischenfälle zu vermeiden. Auf die Frage des Korrespondenten erklärte der rumänische Minister, die französisch-tschechische Allianz werde nicht erweitert. Der tschechische Außenminister Benesch sagte zu dem Vertreter des Matin, die Sowjetregierung würde von seiner Regierung de facto anerkannt werden. Ueber die Frage der de jure-Anerkennung könne er noch nichts Bestimmtes sagen. Wie der Berichterstatter weiter erfährt, wird zu der englischen Note über die von Frankreich eröffneten Kredite an die Länder der Kleinen Entente erklärt, daß jeder Staat getrennt antworten und mitteilen werde, daß die französischen Kredite die Bezahlung der Schulden an England nicht beeinflussen würden.

Zum Termin der Kammerwahlen.

Paris, 13. Jan. Die Presse erörtert die Frage, ob Kammerwahlen am 2. März oder 5. April stattfinden, also zu einem früheren Termin als bisher angenommen. Man nimmt an, daß der Kabinettsrat bereits gestern sich mit dieser Frage beschäftigte und daß sie in aller Kürze entschieden wird.

Erneute Ausweisungen von Ausländern.

Paris, 13. Jan. Die Pariser Polizei wies gestern neun Ausländer, sieben Russen und zwei Griechen, aus, weil sie an der Pariser Börse Baissespekulationen in französischen Franken trieben.

Zur Lohnfrage

England

Englisch-französische Verhandlungen über die Pfälzer Frage.

London, 11. Jan. Reuter erfährt, daß mit der französischen Regierung weiterhin Erörterungen über die Frage einer Untersuchung der Lage in der Pfalz im Gange seien. Inzwischen sei die Angelegenheit weniger dringlich geworden, weil die Anwendung der Verordnungen, gegen die Einwände erhoben worden, infolge der Aktion der Rheinlandkommission verschoben wurden. Der britische Standpunkt bezüglich dieser Verordnungen sei der, daß die Rheinlandkommission sie nicht annehmen durfte, denn eine derartige Annahme könne die de facto-Anerkennung der Separatisten bedeuten. Die Oberkommission sei nur zuständig in Angelegenheiten des Besatzungsheeres und habe keine politischen Vollmachten. Wenn irgendwie die Frage einer Anerkennung der separatistischen Bewegung akut werde, bilde die Weimarer Verfassung den Prüfstein. Die Bevölkerung müßte durch eine Mehrheit zeigen, daß sie eine Abänderung will und dem müsse von der Zentralregierung zugestimmt werden. Großbritannien sei neutral und Frankreich habe offiziell erklärt, daß es ebenfalls neutral sei. Infolge der bereits unternommenen Aktion sei, wie bemerkt, die Anwendung der Verordnungen verschoben worden.

Besprechung der Thronrede im englischen Kabinett.

London, 11. Jan. Reuter meldet, in der gestrigen Kabinettssitzung sei dem Vernehmen nach beschlossen worden, die Schutzzollfrage in der Thronrede nicht zu erwähnen, das Kabinett fühle sich indessen verpflichtet, die Frage betreffend Aushebung der Reichsvorzugstarife, worüber die Reichskonferenz zu einer Uebereinstimmung gelangt ist, in der Thronrede anzuschneiden.

Bevorstehende Erhebung Lord Curzons zum Herzog.

London, 14. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter des Newyork Herald behauptet, daß Lord Curzon noch vor dem Rücktritt der Baldwinregierung zum Herzog erhoben wird. Diese Ernennung ist umso wahrscheinlicher, nachdem sich das Gerücht, wonach die Tochter Lord Curzons sich mit dem Sohn des englischen Königs, Prinz Georg, in Bälde verloben wird, immer mehr verdichtet hat.

Ein- und Ausfuhr.

London, 12. Jan. (Wolff.) Der Wert der Einfuhr betrug im Dezember 109 189 790 Pfd.; das entspricht gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres einer Zunahme um 14 252 089. Der Wert der Ausfuhr belief sich auf 64 115 189, das sind 5 232 157 Pfund mehr.

Die Zusammensetzung der bevorstehenden Arbeiterregierung.

London, 12. Jan. (Wolff.) „Daily News" zufolge wird in Kreisen der Arbeiterpartei folgende Zusammensetzung der bevorstehenden Arbeiterregierung für möglich gehalten:

Staatssekretär des Aeußern und Erster Lord des Schatzamts Ramsay Macdonald; Unterstaatssekretär des Aeußern Brigadegeneral Thompson; früher des Unterhauses Clynes; Schatzkanzler Snowden; Finanzsekretär des Schatzamts Graham; Staatssekretär des Innern Henderson; Kolonialsekretär Thomas; Sekretär für Indien Wedgewood; Gesundheitsminister Sidney Webbs; Unterrichtsminister Trevelyan, Landwirtschaftsminister Noel Buxton; Arbeitsminister Greenwood, Attorney General Patrick Hastings; Solicitor General Slesser; Sekretär für Schottland Adamson; Lord-Advokat Moßlun Mitchell. Es besteht die Möglichkeit, daß General Sir Jan Hamilton das Kriegsamt übernimmt. Lord Meston wird vielleicht Indien im Oberhaus vertreten. Justice Sarkey dürfte Lordkanzler werden.

Die Streiklage im Industriegebiet.

Köln, 12. Jan. In Elberfeld hat heute eine Versammlung aus Vertretern der rheinisch-westfälischen freien Gewerkschaften zu den in der Metallindustrie ausgebrochenen schweren Arbeitskämpfen Stellung genommen. Im Gegensatz zu der Entscheidung des Reichsarbeitsministers und des der Sozialdemokratie angehörenden Reichs- und Staatskommissars Mehlich vertrat die große Mehrheit der Versammlung die Auffassung, daß das Berliner Abkommen über die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit in der nordwestdeutschen Metallindustrie nicht rechtskräftig geworden sei. Die Gewerkschaftsmitglieder werden daher aufgefordert, den Abwehrkampf der Metallarbeiter gegen die zehnstündige Arbeitszeit mit allen zweckentsprechenden Mitteln zu unterstützen. In dem in einigen Orten des Industriegebiets ausgerufenen Generalstreik nimmt der Beschluß nicht ausdrücklich Stellung; vielleicht aber ist ein weiterer Satz das Beschlusses, der sich gegen alle Parolen wilder Konferenzen richtet, als Ablehnung des Generalstreiks aufzufassen. Der Gesamtausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird ersucht, dem Beschluß beizutreten.

Köln, 12. Jan. Die Kölner Polizeibehörde schreibt im Polizeibericht von gestern: Gegen 10 Uhr vormittags drangen etwa 200 Leute in die Chemische Fabrik von Forster und Grüneberg, Kalker Hauptstraße, ein, um die Arbeitenden aus der Fabrik zu holen. Die Eindringlinge wurden von der Polizei entfernt. 42 Personen wurden wegen Landfriedensbruchs angezeigt; es wurden keine Waffen gebraucht. Gegen 12,30 Uhr drangen mehrere 100 Arbeitslose in das in Köln-Poll liegende Rheinwerk ein und besetzten das Direktionsgebäude, die Fernsprechvermittlung und das Werk. Sie wurden von der Polizei entfernt, wobei Eingedrungene Widerstand leisteten und einzelne Beamte mit Eisenstücken bewarfen. Es mußte daher von einigen Beamten der Widerstand mit der Hiebwaffe gebrochen werden. Ein Teil der Eingedrungenen, 85 Personen, wurde festgestellt und wegen Landfriedensbruch angezeigt. Der größte Teil entwich durch Türen und über Mauern.

Krefeld, 12. Jan. In Krefeld ist gestern abend der Generalstreik beschlossen worden. Infolgedessen haben sich den schon ausständigen Textil- und Metallarbeitern auch zahlreiche andere Betriebe dem Ausstand angeschlossen. Auch die Buchdrucker der bürgerlichen Zeitungen haben die Arbeit niedergelegt, weshalb die bürgerlichen Zeitungen nicht erscheinen können.

Aus der Stadtverordnetenversammlung Düsseldorfs.

Köln, 12. Jan. In der gestrigen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung in Düsseldorf der ein Offizier der Besatzungsbehörde beiwohnte, wurde der „Kölnischen Zeitung" zufolge, der sozialdemokratische Antrag, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um die durch den Kampf um die Arbeitszeit in der Metallindustrie in Not Geratenen zu unterstützen, mit 35 gegen 27 abgelehnt. Der stellvertretende Oberbürgermeister erklärte in der vorhergehenden Aussprache, es handle sich um einen Wirtschaftskampf, in den die Stadt nicht eingreifen könne. Die Stadtverordneten stimmten weiter einmütig der von der Stadtverwaltung vorgelegten Entschließung zu, wonach diese die sofortige Schaffung eines werbeständigen Kommunalgesetzes für die dringendste Lebensfrage für alle Gemeinden des ganzen besetzten Gebietes hält. Deshalb werde die nachdrücklichste Förderung der mit der Reichsregierung und den Besatzungsbehörden durch die Vereinigung der Städte und Landkreise des gesamten besetzten Gebiets geführten Verhandlungen erwartet.

Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten teilt mit, daß der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch für das Bankgewerbe vom 29. Dezember für verbindlich erklärte, welcher die 54-Stundenwoche und die Gehaltsstaffelung von 72 bis 210 Mark vorsieht. Nach der Meinung des Verbandes verstößt dieser Schiedsspruch gegen Paragr. 1 der Arbeitszeitverordnung und er will dagegen gewerkschaftliche Maßnahmen treffen.

Beuthen, 12. Jan. Am 10. Januar ist in Gleiwitz durch Schiedsspruch eine Vereinbarung getroffen worden, wonach die Löhne im oberschlesischen Bergbau 3,30 Goldmark zuzüglich 600 Milliarden Papiermark betragen.

•

Ausdehnung des Streiks der deutschen Seeleute in England.

London, 11. Jan. Der Streik der deutschen Seeleute in den britischen Häfen dauert an und hat sich auf drei weitere Schiffe im Londoner Hafen, auf zwei in Hull und auf drei in Methil in Schottland ausgedehnt.

Hebung der versenkten deutschen Kriegsflotte in Scapa Flow.

London, 11. Jan. Reuter meldet, daß die in Scapa Flow versenkte deutsche Kriegsflotte demnächst gehoben werden soll. Die Kontrakte seien zwischen der Admiralität und einer Bergungsgesellschaft unterzeichnet worden. Es handelt sich um 68 Schiffe, von denen eine große Anzahl zum Abbruch verkauft und eine kleinere Anzahl für Uebungszwecke als Ziele Verwendung finden dürften.

Italien

Gedenktafel für Crispi.

Rom, 12. Jan. In Gegenwart des Ministerpräsidenten Mussolini, der Minister, von Vertretern des Senats, der Deputiertenkammer und den Behörden hat im Palast Chigi die feierliche Enthüllung der marmornen Gedenktafel zur Erinnerung an Francesco Crispi stattgefunden. Nach einer Ansprache des Fürsten di Scalea hielt Mussolini eine Rede, in welcher er den Patrioten, Staatsmann und Soldaten Crispi feierte und einen Vergleich zwischen Crispi und Bismarck zog.

Tschechoslowakei

Zur Politik der Kleinen Entente.

London, 12. Jan. Der Sonderberichterstatter der „Times" in Belgrad schreibt, die Annahme daß die Konferenz der Kleinen Entente eine Ausdehnung der Allianz zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei auf den übrigen Teil der Kleinen Entente bringen werde, könne als erledigt angesehen werden. Rumänien sei der Ansicht, daß ein Bündnis mit Frankreich nach dem Vorbild der Tschechoslowakei seine Aktionsfreiheit zu sehr beschränken würde, ebensowenig wollen die Südslawen der tschechischen Führung folgen. Die Staaten der Kleinen Entente schienen vielmehr bestrebt zu sein, der Welt im allgemeinen und Großbritannien im besonderen zu zeigen, daß sie, obgleich ihre Politik in verschiedenen Richtungen denselben Weg verfolge wie die Frankreichs, nicht beabsichtigen, sich an Frankreich zu binden. Benesch wies daraufhin, daß der Vertrag mit Frankreich ihn nicht verhindern könne, ähnliche Vereinbarungen mit Großbritannien oder Italien zu schließen. Weiter hätten sich die südslawisch-italienischen Beziehungen während der letzten Wochen beträchtlich gebessert und es sei wahrscheinlich, daß der Gegensatz zwischen Jugoslawien und Italien in naher Zukunft aufhören werde.

Richtlinien der Kleinen Entente in der russischen Frage.

Prag, 13. Jan. Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Belgrad über die Richtlinien, auf die sich die Konferenz der Kleinen Entente bezüglich ihrer Haltung in der russischen Frage grundsätzlich einigte. Es könnten auf Grund authentischer Informationen folgende zwei Punkte festgestellt werden: Die Regierungen der Kleinen Entente seien sich darin einig, abzuwarten, welchen Standpunkt in dieser Frage Italien und England einnehmen würden. Die Regierungen der Kleinen Entente behielten sich vollkommene Handlungsfreiheit vor, damit sie entsprechend neuen Umständen und der allgemeinen Lage ihren besonderen Standpunkt bestimmen könnten. Rumänien werde seine bisherigen Verhandlungen fortsetzen, da es mit Rußland einige besondere Fragen zu regeln habe.

Alle Nachrichten über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Kleinen Entente oder zwischen Mitgliedern der jugoslawischen Regierung, insbesondere zwischen dem Ministerpräsidenten Paschitsch und den übrigen Ministern entbehren jeder Grundlage.

Die nächste Konferenz der Kleinen Entente.

Prag, 13. Jan. Das Tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Belgrad: Die Außenminister der Tschechoslowakei, Rumäniens und Südslawiens haben bei Beendigung der Konferenz beschlossen, daß die nächste Zusammenkunft der Vertreter der Kleinen Entente im Juni oder Juli stattfinden soll. Die drei Minister werden noch vor ihrer Abreise in Verhandlungen von Minister zu Minister die zwischen ihren Staaten noch schwebenden Fragen regeln.

Besprechung der ungarischen Anleihe.

Belgrad, 12. Jan. Ueber die heute zu Ende geführte Konferenz der Kleinen Entente wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die letzte Sitzung der Vertreter der Kleinen Entente fand heute vormittag 10 Uhr im Ministerium des Aeußern statt. Benesch, Duca und Ninitschitsch setzten die Besprechung der Frage der ungarischen Anleihe fort. Nachdem sie die diesbezüglichen Protokolle auf ihre Vollständigkeit überprüft hatten, kamen sie über die Entscheidungen überein, die noch zur Beseitigung von bestehenden Schwierigkeiten notwendig sind.

Rußland

Dr. Benesch als Vermittler zwischen Moskau und Paris.

London, 13. Jan. (WB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Observer" teilt mit, daß Dr. Benesch der russischen Regierung den Vorschlag gemacht habe, als Vermittler zwischen Moskau und Paris bei Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland aufzutreten. Die Grundlage der Verhandlungen würde sein, daß Frankreich Rußland de jure anerkennt im Austausch gegen eine russische Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden und eine Verpflichtung auf Seiten Rußlands, den Versailler Vertrag zu respektieren. Dem Berichterstatter zufolge ist die obige Information noch nicht amtlich bestätigt worden. Wenn sie sich als richtig erweisen sollte, so werde wie verlaute, die russische Politik sein, derartige Verhandlungen nicht abzulehnen, aber nicht zu irgendeiner Vereinbarung zu kommen, bis die russische Regierung eine Gelegenheit gehabt habe, die Frage der britischen Anerkennung mit Ramsay Macdonald zu erörtern. Da Dr. Benesch nächste Woche in London sein werde, so werde er zweifellos Gelegenheit nehmen, eine Mitteilung über diese Frage zu machen.

Die Frühlingsmädchen

7

Novelle von Rudolf Herzog.

Der Notar aber schaffte keine Arbeit herein. Er ließ wie in verschwundenen Jahren, da er noch allmächtig war in dem weiten, abgelegenen Kreis und die Bauern zu ihm kommen mußten, ob sie wollten oder nicht, die Dinge müde und vornehm ihren Lauf gehen, und nur der Notar in der nächstgelegenen Kreisstadt hatte seine Freude daran. Das war die Zeit, in der Eva Frühling begann, sich volkstümlich zu machen, auf allen Kirchweihen der Umgegend zu erscheinen, allen Kindtaufen beizuwohnen, bei denen ihr Vater die Hand im Spiele gehabt hatte, bei allen Begräbnissen Trost zu spenden und die Erben über die besten Verteilungsmöglichkeiten zu unterrichten. Wenn sie durch ein Dorf kam, wurde sie von den Bauern oder ihren Weibern angerufen und zu einer Tasse Kaffee in die Stube genötigt. Die Eva vom Doktor Frühling war bekannt als der geschickteste Kopf, der nicht lange fackelte, den Nagel auf den Kopf traf und deshalb schon mehr wert war als zehn gescheite Advokaten, weil sie Rat und Rechtsbelehrung, ja selbst das Aufsetzen der knifflichsten Schriftstücke und Eingaben ohne das geringste Entgelt und nur für einen kräftigen Handschlag vornahm. Daß sich alsdann die Bauern, um ihre geregelten Angelegenheiten notariell beglaubigen zu lassen, zum Notar Brüning in die Stadt begaben, war nur selbstverständlich. Wußten sie doch in der rechten Hand des Notars, dem fackermentschen Frauenzimmer, ihre beste Vertreterin.

So begannen sich die Geschäfte zu mehren und zu festigen, als an einem Morgen der immer stiller und müder gewordene Notar nicht in seinem Arbeitszimmer erschien, sondern in seinem feinen Mahagonibett liegen blieb, um der Sorge für Stempel und Unterschrift ein für allemal enthoben zu sein.

„Da schläft die alte Zeit," sagte die schwarze Eva an seinem Lager, „spitz, klein und in einem Mahagonisärglein. Es müssen wieder größere Bettstellen gezimmert werden, auch wenn sie nicht aus Mahagoni sind."

Der Assessor Brüning war zur Beerdigung seines Vaters im Städtchen erschienen. Er folgte dem Sarge in vornübergebeugter Haltung, aber in spiegelndem Zylinder und untadeligen Lackschuhen. Ein wenig ermüdet und unliebsam berührt von den Pflichten und Mühen des Tages, ruhte er tief in einem Lehnsessel gedrückt und sah seine alte Jugendfreundin mit abwesenden Blicken an.

„Du mußt dich entscheiden, mein lieber Georg," sagte die schwarze Eva und hielt ihn fest unter ihrem Blick. „Ueber deine Vermögensverhältnisse bin ich unterrichtet. Jeder Versuch, mich eines besseren zu belehren, wäre eine überflüssige Anstrengung, und du bist vorderhand nicht für Anstrengungen. Die gesamte Geldwirtschaft deines Vaters ist in den letzten zwei Jahren durch meine Hände gegangen, ich habe sie geordnet, soweit da zu ordnen war, und sie zum wenigsten mit dem Ansehen des Notariats wieder in Einklang gebracht. Aber zu erben gibt es hier nichts als — das Beste: Arbeit."

„Um Gottes willen," murmelte der Assessor, „komme mir in dieser Stunde der Trauer doch nicht mit dem Alleruneidlichsten der Welt, mit Geldgeschichten."

„„Du begehst eine kleine Verwechslung, mein lieber Georg. Ich komme dir mit Arbeitsgeschichten, denn von Geld kann leider Gottes nicht die Rede sein. Arbeit, so sagte ich."

„Ich habe mich in Berlin als Rechtsanwalt niedergelassen, meine gute Eva."

„Das war für einen jungen Mann, der möglichst ungestört sein Dasein verbringen will, sicher das Zweckentsprechendste. Aber mir scheint, es handelt sich hier weniger darum, wo du Geld loswerden, sondern wo du es verdienen kannst."

„Und du hättest den Mut, meine gute Eva, mir vorzuschlagen, fern von aller Kultur in diesem Ackerbürgernest meine Tage zu verbringen?"

„Ich hätte diesen Mut, mein lieber Georg. Aber gewiß nicht, damit du hier — wie du dich ausdrücken beliebtest, — deine Tage verbringen könntest, sondern damit du sie ausnutzen, inhaltlich fruchtbar machen kannst. ‚Ran an die Klinge', wie mein Vater zu sagen pflegt. Vom Pflastertreten, Droschkenfahren, Theaterbesuchen, Im-Gesellschaften-Laufen und Zwischendurch-ein-Schild-Herausstecken: ‚Dr. Brüning, Rechtsanwalt', davon hat noch kein Jüngling seine mehr als traurigen Geldverhältnisse in einen besseren Schick gebracht. Ach bitte, ich spreche. Und es ist höchste Zeit, daß gesprochen wird. Sonst könntest du dich bald und lediglich in deinen feinen Beinkleidern begraben lassen, denn zu einem anständigen Sarg würde es kaum noch langen."

„Meine gute Eva —!"

„Sieh einmal, mein lieber Georg, du wirst dich daran gewöhnen müssen, mich aussprechen zu lassen. Mit Redensarten wie ‚meine gute Eva' können wir wohl ein Schäferstündchen feiern, aber auch nicht einen Taler wechseln lassen. Und das scheint mir doch in deiner Lage das Wichtigere. Mache mir also, bitte, nichts vor und erzähle mir nichts von Berlin und den Kulturaufgaben auf der Friedrichstraße und Unter den Linden. Es gibt auch noch andere Aufgaben für einen kräftigen jungen Mann, und wenn es nur die der Kultur einer Kreisstadt in der Eifel wären. Spuck' in die Hände, mein Junge, denn die Handschuhe wirst du ausziehen müssen. Gott, graul 'dich nicht. Es weht nun einmal rauhe Luft in der Eifel. Aber das Notariat, fest angefaßt, nährt seinen Mann, das Leben in Berlin nur deine Gläubiger. Also müssen wir dir die Nachfolge im Notariat beschaffen, und in die Höhe bringen werden wir es, darum braucht dir nicht bange zu sein, denn ich werde in der Stellung als Bürovorsteher aushärren. Nun?"

„Mein Gott," sagte der Assessor Brüning und schlug die Hände vors Gesicht, um dem Blick ihrer funkelnden Augen zu entgehen. —

Nach kurzer Frist wurde der Assessor Brüning als Nachfolger seines geehrten Vaters zum Notar bestellt. Der alte Doktor Frühling hatte mit den Herren des Gerichts mancherlei Unterhandlungen gepflogen und mehrere Reisen nach Koblenz zur Regierung unternommen. Dann traf die Bestallung von Berlin aus ein. Herr Notar Georg Brüning bezog das Haus seiner Väter und erschien auch in der Amtsstube, wenn seine eigenhändige Unterschrift vonnöten war. Diese Tätigkeit füllte aber nur einen so geringen Bruchteil des Tages aus, daß sich die Bürovorsteherin, Fräulein Eva Frühling, nach Ablauf eines halben Jahres genötigt sah, um eine kurze Unterredung einzukommen. Und ob auch der Herr Notar plötzlich das Studium und die Durcharbeitung umfangreicher Akten vorschützte, die kurze Unterredung fand statt.

„Mein lieber Georg, findest du nicht, daß du über reichlich viel Zeit verfügst?"

„Nein, das finde ich nicht."

„Gut, daß ich die schärferen Augen von uns beiden habe. Also nicht wahr, du weißt mit deiner Zeit nichts Rechtes anzufangen, der Bezirk ist nicht groß und bevölkert genug, um dich von früh bis spät mit notariellen Geschäften zu versehen, und die Leihbibliothek hast du nunmehr ausgelesen."

„Ich stelle das durchaus in Abrede, daß ich —"

„Ach, lieber Georg, darauf kommt es ja gar nicht an. Die Hauptsache ist lediglich die Hebung deiner Stellung in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und persönlicher Beziehung. Das Notariat einer kleinen Stadt ist mehr oder weniger ein Alterspöstchen. Dein Sinn steht höher. Wenn du neben dem Notariat den Beruf des Rechtsanwaltes ergreifst — und ich weiß bestimmt, daß du es tun wirst — so wirst du erstens sehr viel Geld verdienen und deine Kundschaft erweitern, zweitens in den Stadtrat gewählt werden und im Leben der Stadt bald eine einflußreiche Stellung einnehmen, und drittens — ja drittens das Höchste auf der Welt erringen: deine eigene Justiziarin. Siehst du, nun strahlst du schon. (Forts. folgt.)

Polen

Demission des polnischen Generalkommissars in Danzig.

Warschau, 11. Jan. Blättermeldungen zufolge hat der polnische Generalkommissar in Danzig Plucinski seine Demission eingereicht. Als sein Nachfolger wird der ehemalige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Straßburger genannt.

Aus dem besetzten Gebiet

Regelung des Eisenbahnverkehrs im Ruhrgebiet.

Essen, 11. Jan. Die Bahnhöfe Hörde und Aplerbeck sind von der Reichsbahnverwaltung wieder in Betrieb genommen worden. Der Personen- und Gepäckverkehr wird bis Hörde durchgeführt. Die Regie hat den Bahnverkehr zwischen Wesel-Friedrichsfeld und Wesel-Spellen wieder aufgenommen. Der Personen- und Gepäckverkehr erfolgt wie bisher nur bis Wesel. Der Verkehr vom unbesetzten in das besetzte Gebiet erfordert in Wesel eine Neuabfertigung durch die Regie. Ebenso ist der Verkehr zwischen Wesel-Büderich-Menzelen wieder aufgenommen worden; die Abfertigung des Personen- und Gepäckverkehrs erfolgt bis Wesel. Auch hier erfordert der Verkehr vom unbesetzten ins besetzte Gebiet in Wesel eine Neuabfertigung durch die Regie.

Freilassung der von den Separatisten verhafteten Geiseln in Zweibrücken.

Zweibrücken, 11. Jan. Die von den Separatisten verhafteten Geiseln sind sämtlich wieder freigelassen worden. Sie mußten sich schriftlich verpflichten, das Weichbild der Stadt nicht zu verlassen.

Festnahme des 1. Staatsanwaltes in Essen.

Essen, 11. Jan. Der erste Staatsanwalt am Landgericht Essen Schulte-Velkum ist als Geisel festgenommen worden.

Kleine Meldungen

Paketverkehr nach Köln und Aachen.

Berlin, 13. Jan. Die Annahme von Postpaketen im unbesetzten Gebiet mußte für den besetzten Teil des Oberpostdirektionsbezirks Köln und für den Oberpostdirektionsbezirk Aachen wegen Zollschwierigkeiten in Bohwinkel vorübergehend eingestellt werden.

Berlin, 12. Jan. Ein politischer Mord ist am 7. Januar in der Oberbergerstraße 15 begangen worden. Dort wurde der Friseur Johann Rausch im dunklen Hausflur von zwei bisher noch nicht ergriffenen Personen niedergeschossen. Rausch, der selbst der kommunistischen Partei als Mitglied angehörte, sollte von seinen Parteigenossen erledigt werden, weil man ihn des Parteiverrates beschuldigte. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die in kommunistischen Kreisen als Peters und Fritz bekannt sind. Peters war Mitglied der russischen Tscheka und wurde wegen seiner früheren Tätigkeit Hängepeters genannt. Das Berliner Polizeipräsidium hat für Mitteilungen, die zur Ergreifung der Täter führen können, eine Belohnung von 300 Goldmark ausgesetzt.

Berufung eines deutschen Gelehrten nach Argentinien.

Hamburg, 13. Jan. Das Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten wurde vom argentinischen Gesundheitsministerium eingeladen, das Mitglied des Instituts, Prof. Muelhens, zum Studium der Bekämpfung der Malaria in den stark unter dieser Seuche leidenden Provinzen im Innern Argentiniens zu entsenden. Muelhens wird der Einladung demnächst Folge leisten und im Anschluß an seine Tätigkeit in Argentinien eine Studienreise in die tropischen Gegenden Brasiliens unternehmen. Hierauf wird er Vorträge an der Militärmedizinschule in Asuncion und an der medizinischen Fakultät in Valparaiso halten.

Hamburg, 12. Jan. Vergangene Nacht wurde die 110 Kilometer lange Versuchskabelleitung für Welisspruch zwischen Hamburg und München eröffnet.

Amtsniederlegung des Berliner Stadtverordnetenvorstehers.

Berlin, 11. Jan. In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung legte der gestern gewählte Vorsteher Dr. Caspari sein Amt nieder, weil die Deutschnationalen und Demokraten es abgelehnt hatten, an der Wahl des Vorstandes teilzunehmen. Die Sitzung, die sehr unruhig verlief, mußte vorzeitig geschlossen werden, die Wahl des Vorstehers wurde verschoben.

Großfeuer in Bremen.

Bremen, 12. Jan. Die letzte Nacht entstand auf den Werftanlagen der Aktiengesellschaft Weser Großfeuer, das in kurzer Zeit die Schiffstischlerei und Zimmerei vollständig einäscherte. Bald nach Ausbruch des Feuers stand das große, hundert Meter lange Gebäude in hellen Flammen, die an den gewaltigen Holzvorräten reiche Nahrung fanden. Nach einstündigen Bemühungen der Feuerwehren konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden. Der Materialschaden ist erheblich. Weisspruch Hamburg-München.

München, 12. Jan. Die Arbeiten an der Fernkabelstrecke München—Nürnberg—Leipzig—Berlin sind bereits soweit fortgeschritten, daß dieser Tage schon Versuchsgespräche stattgefunden haben. Die neue unterirdische Fernsprechlinie wird für weiteste Kreise des Handels, der Industrie usw. von größter Bedeutung sein, da es bald möglich sein wird, unabhängig von allen Witterungsverhältnissen Verbindungen zuverlässig herzustellen.

Politischer Mord in Berlin.

Die deutsche Not

Von der Hilfsaktion der Schweiz

Bern, 12. Jan. Die Schweizerische Depeschenagentur meldet: Die Versammlung des erweiterten Versammlungsausschusses der schweizerischen Hilfsaktion für deutsche Not stellte an Hand der Berichte des Generalsekretariats in Bern und der Vertreter der einzelnen Landesteile ein ruhiges, stetiges Fortschreiten der Hilfeleistung und der andauernd großen Gebefreudigkeit des schweizerischen Volkes fest. Die Versammlung beschloß einstimmig die Erweiterung der Aktion durch die Aufnahme des vom schweizerischen Gewerkschaftsbund und der schweizerischen sozialistischen Partei gebildeten Hilfskomitees für die hungernde deutsche Arbeiterschaft, so daß an der Schweizer Hilfsaktion für die deutsche Not nunmehr alle politischen Parteien und alle Glaubensbekenntnisse der Schweiz zusammenarbeiten. Die Versammlung nahm ferner einstimmig eine Entschließung an, in welcher Kenntnis genommen wird, daß die schweizerisch-deutsche Hilfsaktion für deutsche Kinder durch ihre Geschäftsstelle Maßnahmen ergriffen hat, gegen das Treiben gewisser deutscher Besucher der schweizerischen Fremdenzentren, um diese zu einer finanziellen Hilfeleistung an der schweizerischen Aktion der deutschen Not heranzuziehen.

Berlin, 12. Jan. Die Schweizer Eisenbahner faßten den hochherzigen Entschluß, in ihren Familien einer größeren Anzahl erholungsbedürftiger und notleidender Kinder deutscher Reichsbahnbediensteter unentgeltlichen Erholungsurlaub zu gewähren. Diese großzügige Hilfsaktion wird in den Herzen der Eltern wie der Kinder ein dauerndes Gefühl aufrichtiger Dankbarkeit auslösen und dazu beitragen, die guten Beziehungen der beiden Verkehrsverwaltungen zueinander noch mehr zu festigen. Dem Wunsch der Spender entsprechend, werden für den ersten Transport nur Kinder aus dem südwestlichen Reichsbahngebiet ausgewählt. Der Reichsverkehrsminister sprach der schweizerischen Eisenbahnergenossenschaft den Dank der deutschen Reichsbahnverwaltung aus.

Bremerhaven, 12. Jan. Heute vormittag fand an Bord des Dampfers „America" der United States Lines eine Bescherung von 1200 Kindern aus Lehe, Bremerhaven und Geestemünde statt. Nach der Feier in der großen Halle der United States Lines, die durch Kapitän Blau vom Bremer Büro der genannten Dampferlinie eingeleitet wurde und an die sich die Bewirtung schloß, wurden die Kinder auf die „America" geführt, um die Liebesgaben in Empfang zu nehmen, für die die Besatzung 1100 Dollar gesammelt hatte. An der Veranstaltung nahmen die Bürgermeister der drei genannten Städte teil. Im Verlaufe derselben wurden auch eine Reihe Drahtungen aus Washington und Newyork verlesen. Das Telegramm des Präsidenten Coolidge lautete: Ich hoffe, daß Ihr guter wohltätiger Plan Ihnen und Ihren Gästen in großem Maße Vergnügen und Befriedigung gewährt. Auch Staatssekretär Hughes gab in einer Depesche der Freude über die Veranstaltung Ausdruck. In derselben heißt es weiter: Ihre Aufmerksamkeit in dieser Sache wird Freude in die Herzen hunderter Kinder bringen und Ihre Güte nicht sobald vergessen werden. Endlich drahtete der Gouverneur des Staates Newyork Smiths: Wenn kleine Kinder leiden, kann es keinen Unterschied der Rasse, des Glaubens und der Nationalität geben. Mein Herz schlägt für die Kinder, die das Opfer des großen Krieges waren. Mögen die Kinder, die an Ihrem Fest teilnehmen, Glück und Freude finden, möge das neue Jahr ihnen Gesundheit und Glücklichsein bringen.

Liebesgaben aus allen Ländern.

Berlin, 12. Jan. Für verschiedene Wohlfahrtszwecke sind aus Wien wiederum 36 806 900 österr. Kronen, aus Graz 22 409 200 österr. Kronen überwiesen worden. Durch Vermittlung der Redaktion des Pester „Lloyd" stellte Baron Daech dem deutschen Roten Kreuz 500 000 ung. Kronen zur Verfügung. Aus einer Sammlung unter den Deutschen in Palermo gingen zur Linderung der deutschen Not 455 ital. Lire ein. Herr Grovt in Riga spendete 2000 lettische Rubel für hungernde Kinder. Die Buchhandlung Robert Lampel in Budapest stiftete zur Verteilung an bedürftige Buchdruckergehilfen in Deutschland 144 800 ungarische Kronen.

Hilfe des italienischen Roten Kreuzes.

Rom, 12. Jan. Der Präsident des italienischen Roten Kreuzes, Senator Ciraolo, hat, wie wir hören, dem deutschen Roten Kreuz 25 000 Lire für Kinderhilfszwecke überwiesen. Ciraolo ist wegen seiner humanitären Tätigkeit aus der Zeit der Konferenz von Genua noch in guter Erinnerung. Er hat damals den Präsidenten der Konferenz gebeten, einen Antrag an den Völkerbund weiterzuleiten, der die Schaffung einer internationalen Unterstützungsstelle für die Bevölkerungen, die in Not geraten sind, vorsah.

Wirtschaftliches

Die Kaufkraft der Mark.

Frankfurt a. M., 12. Jan. (Wolff.) Die von Dr. Moritz Elsaß berechneten Indexziffern für Frankfurt am Main betragen am 1. Januar d. J. 122,7 gegen 100 am 1. Januar 1914. (Alle Unterlagen auf Goldmark bezogen.) Die Lebenshaltungskosten sind demnach 22,7 Prozent höher als vor genau 10 Jahren.

Die innere Kaufkraft der Goldmark bleibt damit um 19,3 Prozent hinter dem äußeren Geldwert, am Dollar gemessen, zurück. Gemessen jedoch an den Kosten der Lebenshaltung in den hochvalutarischen Ländern ist die innere Kaufkraft der Goldmark der äußeren noch immer überlegen; oder anders ausgedrückt, die Lebenshaltungskosten sind in den Ländern mit intakter Währung noch mehr gestiegen.

Die prozentual größte Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit weisen die Kosten für Heizung und Beleuchtung mit 70 Prozent auf, dann folgt die Nahrung um 50 Prozent.

Bezüglich der Unstimmigkeit mit anderen Indexziffern über die Lebenshaltungskosten ist zu beachten, daß die vorstehende Berechnung die Vorkriegs-Lebensweise zur Basis nimmt und nicht den heutigen bescheideneren Lebensstandard der Bevölkerung.

Börse und Handel

Frankfurt, 10. Jan. Getreidebörse. Weizen 19,25—19,50; Roggen 17—17,50; Gerste 19,25 bis 19,75; Hafer 14,10—15., Weizenmehl 30—31,25 Roggenmehl 26,25—26,75; Goldmark für 100 Kg.

Frankfurter Schlachtviehmarkt

vom 20. Jan. Auftrieb 83 Ochsen, 651 Kälber, 273 Schafe und 380 Schweine. Bezahlt wurden für einen Zentner Lebendgewicht: Kälber 35—60, Schafe 20—45; Schweine 73—85 Goldmark. Der Markt wurde geräumt.

Weinbau

Aus dem Rheingau, 11. Jan., wird geschrieben: Im freihändigen Weingeschäft macht sich erfreulicherweise seit einigen Wochen bei anziehenden Preisen wieder eine regere Nachfrage bemerkbar und es ist heute auch leichter, zu einem Abschlusse zu gelangen, nachdem die Produzenten infolge der stabiler gewordenen Währung zur bereitwilligeren Abgabe neigen, andererseits aber auch Mittel benötigt werden, um die Fortführung des Wirtschaftsbetriebes zu ermöglichen. Obgleich von den 1922er Weinen schon gleich im Herbst und bald darauf zahlreiche Partien abgestoßen wurden, lagern doch heute noch in diesen Produzentenkellern recht ansehnliche Posten, darunter auch bessere Sachen, und da der 1921er Jahrgang fast restlos ausverkauft ist, die neuen Weine aber wegen ihrer geringen Menge kaum in Frage kommen, ist der Handel in der Hauptsache auf den 1922er Jahrgang angewiesen. Die Forderungen bewegen sich zwischen 900 bis 1200 Goldmark für das Stück (1200 Liter), für bessere Ware wird natürlich mehr verlangt. Umgesetzt wurden in den letzten Tagen einige Halbstück zu den genannten Preisen sowohl in Lorch als auch in Lorchhausen, ebenso etwas 1921er zu 2000 bis 3000 Goldmark per Stück in Lorch gehandelt. — Die neuen Weine nehmen eine zufriedenstellende Entwickelung und werden zurzeit zum erstenmal abgestochen.

Aus Stadt und Land

Das Familienblatt. Vor uns liegt das erste Heft des Jahrgangs 1924 der „Gartenlaube". Diese von unseren Vätern und Großvätern bereits gelesene Zeitschrift hat sich eine beneidenswerte Frische bewahrt trotz ihrer 71 Jahre, die sie jetzt vollendete. Welche Fülle an wertvoller Belehrung und gediegener Unterhaltung ist durch diese Blätter schon in die deutsche Familie getragen worden! Führende Männer haben sich, wie sie in vielfältigen Aeußerungen bezeugten, aus der „Gartenlaube" ihre Bildung geholt, durch ihre Beiträge den Ansporn zu strebender Arbeit erhalten. Auch heute geht ein Strom segensreicher Kräfte von der „Gartenlaube" aus, die in deutscher Notzeit nach wie vor möchentlich erscheint, für einige Stunden Sonne in den trüben Alltag bringt.

Handelskurse. Am 15. Januar beginnen an der Dr. Zimmermann'schen kaufm. Privatschule, Coblenz, neue Kurse von halbjähriger Dauer. Die heutige wirtschaftliche Lage und die Umstellung der Buchführung auf Goldmark verlangt eine gründliche kaufmännische Ausbildung. Dadurch, daß der Inhaber und Leiter der Dr. Zimmermann'schen Schule als öffentlich angestellter und beeidigter Bücherrevisor dauernd mit dem praktischen Wirtschaftsleben in Verbindung steht, gewinnt der Unterricht außerordentlich an Wert, da die wirtschaftlichen Tagesfragen dauernd mit im Unterricht behandelt werden, dies gilt besonders auch für die verwickelten Steuerfragen.

Bad Ems, 15. Jan. (Turnverein.) Wie uns mitgeteilt wird, beginnt von Mittwoch, den 16. Jan. ab wieder regelmäßig der Turnbetrieb. Für die Aktiven und Zöglinge ist am Mittwoch und Samstag, abends 8 Uhr, und für die Damen Donnerstags, abends 7 Uhr, Turnen in der Turnhalle. Sämtliche Damen, aktive Turner und Zöglinge werden gebeten, an den angesetzten Abenden vollständig zu erscheinen. Auch noch dem Turnsport Fernstehende sind, zur Ertüchtigung ihres Körpers und zur Erhaltung ihrer Gesundheit, freundlichst eingeladen.

Bad Ems, 15. Jan. Infolge des Tauwetters über Tage und der Fröste in den Nachtstunden der letzten Tage sind die Straßen sehr glatt geworden; daher ist reichliches Streuen jeden Tag dringend erforderlich. Einzelne Straßenteile sind wegen der Schnee- und Eishügel fast nicht zu passieren. Bemerkt sei noch, daß das Streuen bei Glatteis nach straßenpolizeilicher Vorschrift Sache des Anliegers ist.

Bad Ems, 11. Jan. Die Lahn ist oberhalb des Wehres kaum in der halben Breite zugefroren; trotzdem sind bereits seit mehreren Tagen Knaben auf dem Lahneis beim Schlittschuhlaufen zu sehen. Ein Warnungsruf ergeht hiermit an Eltern und Kinder.

Bad Ems, 15. Jan. Nachdem der „Abbau", d. h. die Einlösung des städtischen Notgeldes vom vorigen Jahre begonnen hat, dürfte es Viele interessieren, aus der Geschichte des Papier- bezw. Notgeldes einiges zu erfahren. Wie auf manchem anderen Gebiet, sind auch hier die Chinesen die Bahnbrecher gewesen. Im Jahre 119 v. Chr., in einer sehr kritischen Zeit der Staatsfinanzen, stellte man Geld aus fußgroßen Stücken Hirschhaut her, mit Schrift und Ornamenten bemalt. An diesem Leder- und späterhin Papiergeld scheint bei dem Volk aber die Freude nicht allzugroß gewesen zu sein; die Scheine wurden nur sehr ungern genommen bezw. gegen Metallgeld eingetauscht; nachdem aber der Ausdruck hinzugefügt worden war: „Es wird angeordnet, daß Papiergeld mit dem kaiserlichen Siegel ebenso in Zahlung zu nehmen ist wie Kupfergeld; wer nicht gehorcht, der wird gehöpft", fanden sie allgemeine Anerkennung. Während der jeweiligen kurzen Umlaufszeit (3 Jahre) der einzelnen Serien gingen naturgemäß viele dieser Scheine durch Unfälle und Unachtsamkeit der Besitzer verloren, und hieraus erzielte der Staat ansehnliche Gewinne. Darüber, ob außer durch die vorgenannten Umstände auch noch — wie heutzutage — durch Festlegung in Sammler-Albums große Summen uneingelöst bleiben, verlautet nichts. In Europa wurde erst im späteren Mittelalter Papier-(Noth-)geld eingeführt. Kaiser Friedrich II. ließ, um seine Soldaten löhnen zu können, Notgeld aus Leder herstellen, und in der holländischen Stadt Leyden wurden während der Belagerung, 1574, Gulden aus Pappe geprägt; ebenso wurde in Colberg während der Belagerung, 1809, Notgeld ausgegeben.

Nassau, 13. Jan. Wie wir hören, soll der Mädchenkursus der landwirtschaftlichen Winterschule für den Unterlahnkreis, der seither in Nassau statt, fand, nach Katzenelnbogen verlegt werden. Wenn es für die Mädchen, die aus der Nähe von Katzenelnbogen stammen, gewiß als eine Annehmlichkeit empfunden werden wird, wenn der Kursus dorthin verlegt wird, so wäre es doch aus anderen gewichtigen Gründen zu bedauern, wenn er von Nassau fort käme. Hat doch die Stadt Nassau ihre schönen, modern ausgestatteten Räume in der vereinigten Volks- und Realschule bereitwillig den Zwecken der landwirtschaftlichen Winterschule zur Verfügung gestellt, und eine hübschere, geräumigere, besser eingerichtete Lehrküche, als sie die Nassauer Schule ihr eigen nennen darf, ist wohl weit und breit, sicherlich in Katzenelnbogen nicht zu finden. [illegible] Nassau für den größten Teil der kreis[illegible] Mädchen, mindestens aber so leicht zu e[illegible] als Katzenelnbogen. Die Landwirtschaftskammer möge es daher bei dem bisherigen Zustand, den Mädchenkursus betreffend, bewenden lassen.

Dies, 15. Jan. Der Frost der letzten Tage hat in vielen Häusern Wasserleitungsschäden verursacht. Auch die städt. Wasserleitung hatte an zwei Stellen (Alter Markt-Pfaffengasse) Rohrbruch, sodaß am Samstag ein Teil der Stadt ohne Wasser war. Sonntag früh waren die Mängel wieder behoben. — Dem Rodelsport wird zur Zeit eifrigst gehuldigt. Ohne Unfälle scheint es nun doch nicht abzugehen. Sonntag abend brach ein junger Mann von hier das Bein; auch im benachbarten Attendiez sind einige Unfälle vorgekommen.

Stadtverordneten-Sitzung zu Bad Ems

Bad Ems, 11. Jan.

Die für Donnerstag, den 10. d. Mts. anberaumte Stadtverordnetenversammlung fand am Freitag, den 11. Januar, nachmittags 4 Uhr statt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Walzbender sprach dem Magistrat und den Stadtverordneten seine Neujahrsglückwünsche aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die wirtschaftliche Krisis im neuen Jahre zum Guten wenden möge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führte Herr Magistratsvorsteher Stroh Herrn Sehr als Beigeordneten ein und beredigte Herrn Schreinermeister Georg Müller als Magistratsschöffen.

Herr Stroh hat, aus Gesundheitsrücksichten und um sich seinem Hauptamte als Stadtrentmeister mehr widmen zu können, von der Vertretung des Bürgermeisterpostens zurücktreten zu dürfen. Bis zur Anerkennung eines Nachfolgers mußte Herr Stroh sein Gesuch einstweilen zurückziehen. — Herr Sehr wird die Verwaltung der Stadt übernehmen.

Der Magistrat hat um Zuwahl eines weiteren Beigeordneten. Die Verhandlungen ließen dies als wünschenswert erscheinen, und so wählte die Versammlung die Herren Schreinermeister Georg Müller und Hermann Bleichrodt, die sich zur Annahme des Amtes einverstanden erklärten.

Dem Antrag Ott, Punkt 6 der Tagesordnung zunächst zu erörtern, wird stattgegeben. Es handelte sich darum: Die Erwerbslosenversammlung vom 31. 12. 23 hatte bei der Stadt wegen der Nichtanerkennung ihres Vertreters Friedrich Müller schriftlich Protest erhoben und den Antrag gestellt, daß zu den jeweiligen Verhandlungen mit der Stadt drei ihrer Vertreter zugelassen würden. Außerdem wurde gefordert: pro Tag 2 Goldmark plus Familienzuschläge, Kartoffeln und Brand, ferner auch für die Notstandsarbeiter 2 Zentner Kartoffeln.

Hierzu beschloß der Magistrat:

1. 3 Vertreter der Erwerbslosen sollen zugelassen werden.

2. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze kann nicht erfolgen, weil die Höchstsätze bereits gezahlt werden, und Sätze, die darüber hinausgehen, von der Stadt übernommen werden müssen; hierzu ist die Stadt aber nicht in der Lage.

3. Die Stadt behält sich vor, Kartoffeln und andere Lebensmittel zu beschaffen, sowie weitere 800 Billionen zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsbeschluß mit dem Zusatz zu, daß der sogenannte Betrag verdoppelt würde.

4. Betreffs Brennholz sind Verhandlungen eingeleitet.

Punkt 2. Magistratsvorlage: Steuer-Nachtragsumlage für Oktober—Dezember 1923.

Der Magistrat fordert die Erhebung einer weiteren Nachtragsumlage zur Deckung der laufenden städtischen Ausgaben. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß die Umlagen für die einzelnen Steuerarten nach folgendem Maßstabe verteilt werden:

A. Gewerbesteuer für den Monat Oktober 130 Milliarden Proz. gemäß der besonderen für alle Klassen erlassenen Ordnung.
Für November und Dezember je 65 Millard. Proz.

B. Betriebssteuer für Oktober.
1. Klasse 910 Millard. Prozent, 2. Klasse 520 Millard. Prozent, 3. Klasse 65 Milliard. Prozent, 4. Klasse und steuerfreie Betriebe 52 Millard. Proz.
Für November und Dezember je die Hälfte der vorstehenden Betriebssteuersätze.

C. Grundsteuer für Oktober: 400 Milliarden v. Tausend des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke, 600 Milliarden vom Tausend des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke.

Für November und Dezember je die Hälfte der vorgenannten Sätze.

Herr Bleichrodt betonte, daß wohl kaum jemand in der Lage sei, die ungeheuren Summen zu bezahlen.

Herr Ludwig schloß sich seinem Vorredner an und hob hervor, daß es doch direkt unmöglich sei, diese Hunderte von Billionen zu bezahlen, nachdem die Mark bedeutend gestiegen sei.

Herr Stroh machte darauf aufmerksam, daß die Stadtkasse auch Billionen vorgelegt habe.

Herr K. Lotz schlug zwecks Erzielung von Ersparnissen Beamtenabbau bei der Stadt vor.

Frl. Pötz fragte an, ob es nicht möglich sei, Teilzahlungen bei der Stadtkasse abzugeben.

Herr Fischer erwiderte, daß es eine größere Arbeit für den Kassenbeamten sei, aber im Interesse der Bevölkerung doch ermöglicht werden solle.

Herr Sehr stimmte Herrn Fischer zu und ersuchte die Vorlage des Magistrats trotz der hohen Zahlen zu genehmigen.

Herr Klaus war dafür, daß diejenigen bezahlen, die dazu in der Lage sind.

Herr Müller war ebenfalls für Annahme des Magistratsvorschlags. Er bat um Aufklärung, aus welchem Grunde diese Gewerbetreibende, anstatt wie früher, in Gewerbesteuerklasse 3 und 4, jetzt in Gewerbesteuerklasse 1 versetzt sind.

Herr Sehr. Die Klassenverschiebung liegt an der Entwertung der Mark und ist ein vorübergehender Zustand.

Herr Stroh machte darauf aufmerksam, daß die Gewerbesteuer vom 1. Januar ab nach einer neu erlassenen Gewerbesteuerverordnung bearbeitet werde. Die Klassenverschiebung sei lediglich eine Zahlenverschiebung.

Herr Hankel war auch dafür, die Vorlage zu genehmigen.

Herr Heinz erklärte, die Arbeiter zahlten die meisten Steuern. Der Handwerker komme nie zu Geld, wenn der Arbeiter kein Geld habe.

Herr Arlt schilderte die äußerst schwierige Lage der hiesigen Landwirte, die ohne einen Nebenberuf nicht bestehen könnten.

Die Vorlage wird genehmigt.

Punkt 3. Erhebung der Hundesteuer.

Der Magistrat schlug vor, die Hundesteuer in Goldmark zu erheben, und zwar für den 1. Hund 25 Goldmark, und für den 2. und jeden weiteren Hund 40 Goldmark.

Frl. Pötz. Gegen 25 Goldmark ist nichts einzuwenden, aber wer sich in der jetzigen Zeit zwei Hunde halten kann, kann auch 100 Goldmark bezahlen.

Herr Hesse fragt an, ob keine Ausnahme zwischen Luxus- und Wachthunden gemacht werden könnte.

Dem Antrag von Frl. Pötz wurde stattgegeben.

Punkt 4. Der Magistrat beantragt die Einstellung von 2 Bau-Sachverständigen für das Wohnungsamt. Zu Vorschlag wird gebracht: Herr Georg Müller jun.

Verschiedene Stimmen sind in Hinsicht auf den allgemeinen Beamtenabbau dagegen.

Herr Hesse erwidert, daß es sich nicht um eine Beamtenfrage handele, sondern um die Zuwahl eines Kommissions-Mitgliedes.

Herr Fischer schildert die furchtbare Wohnungsnot. Zur Zeit suchen 250 Familien Wohnungen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Punkt 5. Bullenhaltung.

Der schon in der vorigen Sitzung vorgelegte Bullenhaltungs-Vertrag, der bereits grundsätzlich gebilligt worden war, wurde in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Nach der öffentlichen Stadtverordneten-Versammlung traten die Mitglieder zu einer Geheimsitzung zusammen.

Neues aus aller Welt

Eine Gefängnisfraktion im engl. Unterhaus.

Am Donnerstag abend voriger Woche wurde im englischen Unterhaus ein eigenartiges Essen veranstaltet. Die Einladung dazu ging von dem Abgeordneten Scott Duckers aus. Sie war an alle diejenigen Mitglieder des neugewählten Parlamentes gerichtet, die einmal wegen politischer oder religiöser Vergehen gesessen haben. Die Tafelrunde vereinigte lediglich ehemalige Gefängnisinsassen dieser Art. Die Teilnahme nicht vorbestrafter Personen war völlig ausgeschlossen. Das neugewählte Unterhaus zählt im Ganzen 19 Mitglieder dieser Art. Sie nahmen bis auf drei alle an dem Essen teil. Auch mehrere weibliche Mitglieder befanden sich darunter, so z. B. die Gräfin Rhonda und Frau Archdale. Die im übrigen bunt zusammengewürfelte Tafelrunde trieb die Erinnerung an die verlebte Gefängniszeit nicht so weit, sich bei dieser festlichen Gelegenheit mit Gefangenenkost zufrieden zu geben. Es gab im Gegenteil recht gut und recht reichlich zu essen. Die Erinnerung war indessen auf der Speisekarte festgehalten, auf der Handfesseln von Rosen überwachsen sowie ein vergittertes Gefängnisfenster mit lichtvollem Hintergrund zu sehen waren. Um auch mit dieser Speisekarte „unter sich zu sein", hatte man die Ausführung einem australischen Künstler übertragen, der während des Krieges in einem englischen Gefängnis aus politischen Gründen festgehalten worden war. Es wurde nur ein Trinkspruch ausgebracht, und zwar auf das Wohl der Eingefangenen des Unterhauses. Die „Times" der wir diesen Bericht entnehmen, befindet sich in Bezug auf weitere Einzelheiten in einiger Verlegenheit. Auch soweit die Presse in Betracht kam, waren nur solche als Gäste zugelassen die schon einmal gesessen hatten. Und in dem gesamten Redaktionsstabe der „Times" befand sich kein einziger, der dieser Zulassungsbedingung entsprochen hätte. Glücklicherweise — so fügt das Blatt stolz hinzu.

Ein spanischer Goldschatz gehoben.

Bei der königlichen Bank von Kanada wurde eine Summe von annähernd 1 Million Franks deponiert, diese Summe stellt den Gegenwert eines Schatzes von spanischen Dublonen aus dem Jahre 1700 dar, der im Hafen von Nassau, der Hauptstadt der Bahama-Inseln, durch eine junge Filmschauspielerin, Miß Jane Tolley, gefunden wurde. Diese Taucherin von Beruf, die in einem unter Wasser spielenden Film mitwirkte, tauchte eines Tages von einer Yacht abspringend, und bemerkte plötzlich aus dem Sand der Tiefe hervorragend, den Henkel einer Kassette, die von der Mannschaft der Yacht gehoben wurde. Die britische Regierung reklamierte, laut Chicago Tribune, den Schatz als ihr rechtliches Eigentum.

Amtlicher Teil

Diez, den 8. Januar 1924.

An die Herren Bürgermeister
der Landgemeinden.

Betrifft: **Holzversteigerung.**

Die Teuerung zwingt die Gemeinde mehr als je, auf möglichst hohe Erträgnisse aus ihren Waldungen bedacht zu sein. Was wegen Erhöhung der Jagdpachteinnahmen zu geschehen hat, ist mit Ausschreiben im Kreisblatt Nr. 6 gesagt. Jetzt handelt es sich um die Holzeinnahmen. Die Sorge, den Minderbemittelten in der Gemeinde ihren Brennholzbedarf zu sichern, und kleinen Handwerkern und Selbstverbrauchern die Beschaffung des notwendigen Nutzholzes zu ermöglichen, darf nicht dazu führen, daß Holz an alle Ortseingesessene zu Vorzugspreisen abgegeben wird. Wer sein Holz voll bezahlen kann, darf da, wo weniger Einnahmen durch Steuererhebung aufgebracht werden müssen, nicht billiger behandelt werden, als ein Fremder.

Das Nutzholz ist nicht wieder, wie seither üblich, auf einmal, oder in zu großen Mengen zum Verkauf zu bringen, vielmehr in kleinere zu zerlegen, und in angemessenem Zeitabschnitten zu verkaufen oder zu versteigern, wobei indessen zu beachten ist, daß alles Buchennutzholz bis Ende April verkauft sein muß, weil es von da ab minderwertig wird.

Alles Holz ist nur noch zu Goldmarkpreisen zu verkaufen. Bei öffentlichen Versteigerungen sind die Gebote mit Goldmark und Pfennig abzugeben, und es ist auszubedingen, daß bei der Zahlung, in Papiermark, bei der Berechnung in Goldmark der amtliche Berliner Goldmarkkurs zugrunde gelegt wird.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Diez, den 10. Januar 1924.

An die Herren Standesbeamten
der Landgemeinden.

Betr. **Eheschließungen von Ausländern.**

Es wird um umgehende Einsendung der Abschriften von Heiratsurkunden über etwaige Eheschließungen von Ausländern im letzten Jahre ersucht.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Diez, den 10. Januar 1924.

Betr. **Führung der Sprunglisten für Bullen, Eber und Ziegenböcke.**

Die ordnungsmäßig vollzogenen Sprunglisten für das Jahr 1923 sind mir bis spätestens 25. d. M. einzureichen.

Die für das Jahr 1924 erforderlichen Sprunglisten sind den Mannviehhaltern sofort zu überweisen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J.-Nr. II b 25. Diez, den 11. Januar 1924.

Betr. **Instandhaltung der Straßen.**

Die französische Militärstraßenbauverwaltung klagt über den schlechten Zustand der Wege im allgemeinen. Es wird angenommen, daß es sich dabei um die als Militärstraßen charakterisierten Straßen handelt und zwar um die Ortsbereingstrecken, die von den Gemeinden zu unterhalten sind.

Die Gemeindevorstände werden ersucht, den Ortsstraßen vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden, insbesondere auch dafür zu sorgen, daß auf den gesamten Verkehrsstraßen der Gemarkung stets für die rechtzeitige Beseitigung von Schnee und Glätte gesorgt wird.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

TODES ✝ ANZEIGE

Heute nachmittag 2 Uhr verschied sanft nach langem schweren Leiden, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten der röm.-kathol. Kirche, mein innigstgeliebter treuer Gatte, unser guter und treusorgender Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Jakob Hermes

im Alter von 31 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Jakob Hermes und Kinder.

Bad Ems, den 13. Januar 1924.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 16. Januar, nachmittags 3.30 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt. Das Seelenamt wird am Donnerstag den 17. Januar, morgens 7.45 Uhr gehalten.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unsrer lieben Entschlafenen sagen wir Allen unseren herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen

In deren Namen:

Auguste Funk.

Bad Ems, den 14. Januar 1924.

Danksagung

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank.

Familie Maus.

Diez, den 14. Januar 1923.

Mutterberatung Bad Ems.

Dienstag nachmittag von 2—4 Uhr in der Steinschule: Sprechstunde der Fürsorgeschwester und Mutterberatung.

Billige Lebensmittel

Vollreis	Pfund	0.24 ℳ
Tafelreis	„	0.35 „
Erbsen gelb ganz	„	0.25 „
Bohnen braun	„	0.23 „
Haferflocken	„	0.24 „
Graupen mittel	„	0.24 „
Weizen-Auszugmehl Holl.		0.20 „
Weizenmehl reines	„	0.18 „
Weizengries	„	0.24 „
Zucker gemahl.	„	0.46 „
Corned-Beef	„	0.75 „
Neue Vollheringe	Stück	0.07 „
Feinst. Backöl (Rüböl) p. L.		0.98 ℳ
Speiseschmalz	Pfund	0.64 „
Tafelmargarine	„	0.65 „

MARMELADEN

nur Früchte u. Cristallzucker
1 Pfund Gläser 1.00 und 0.90 ℳ
2 Pfund Eimer 1.30 und 1.20 „
5 Pfund Eimer 3.80 und 320 „
25 Pfund Eimer Pfund 0.48 „

Feinster Kaffee

täglich frisch geröstet in eigener Rösterei.

Ausgewählte Mischung	Pfund	4.00 ℳ
Mischung I.	„	3.00 „
Mischkaffee mit 20% Bohnenkaffee	½ Pfund Paket	0.70 „
Sparkaffee Mischung	Pfund	0.90 „

Kornkaffee und Malzkaffee

	lose Pfund	0.30 ℳ
	Pakete „	0.32 „
Ia. Kernseife 200 gr. Stück		0.24 ℳ
bei 10 Stück		0.22 „
Schmierseife	Pfund	0.55 „
Persil	Paket	0.50 „
Dixin Seifenpulver	Paket	0.35 „
Henko	Paket	0.20 „
Cristallsoda	Pfund	0.12 „

empfiehlt

AlbertKauth, BadEms

Telefon 29.

Die Ausführung von

Glaser- und Schreinerarbeiten

ist öffentlich zu vergeben. Termin: Donnerstag, den 17. d. Mts., vormittags 10 Uhr. Bedingungen im Stadtbauamt.

Der Magistrat
Bad Ems

Grosser Transport belgischer und Münsterländer

PFERDE

stehen zum Verkauf bei

Heymann & Beringer
Pferdehandlung. Limburg (Lahn)

Anzeigen
für den Lahnboten

nimmt an

Zigarrengeschäft
Rudolf Degenhardt, Nassau
Mauerstraße

Gedenket der hungernden Vögel!

Raiffeisenverein
Bad Ems.
Bestellung von Kunstdünger, sämtliches Saatgut u. Lebensmittel am 17, 18. u. 19. Jan. nachmittags von 2—6 Uhr Marktstraße 26.

Milch
zu haben von 12—1 Uhr.
Emil Schmidt, Bad Ems.
Marktstraße 1a.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Privat Katalog 16 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl/Thür

---

Gutерhaltenes
Bett
mit
Matratze
wegzugshalber billig zu verkaufen.
Nassau (Lahn),
Bahnhofsgebäude II. Stock.

Für Wiederverkäufer!

Ständig lieferbar

Ia. Käse

Schweizer, Tilsiter, Limburger, Romadour, Camembert

A. Straub Diez - Freiendiez
Fernruf 223.

ZIGARREN
ZIGARETTEN
UND TABAKE

Empfehle mein reichhaltiges Lager in **Zigarren Zigaretten, Tabake, Kautabake** zu billigen Preisen.

Otto Ims jr., Diez
Tabakerzeugnisse. Wilhelmstrasse 19.
en gros. en detail.

Zu verkaufen:

Fahrbarer KinderKorbbett und Erstlingswäsche alles noch gut erhalten.
Bad Ems, Pfahlgraben 12, I.

2—3 möblierte
Zimmer
mit Küchenbenutzung in gutem ruhigem Hause zu mieten gesucht.
Offerten unter E. 45 an die Geschäftsstelle.

Nähmädchen

sucht Beschäftigung in Näh- und Ausbesserungsarbeiten.
Näheres Geschäftsstelle.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die 6mm. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem zweiten Euser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fajer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 55, Fernruf 7. Schriftleitung: C. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm 10618

Nummer 13 — Bad Ems, Mittwoch den 16. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Die ersten Sitzungen der Sachverständigenkonferenz

Günstige Aufnahme der Rede des Generals Dawis — Der zweite Ausschuß

Paris, 15. Jan. (Wolff.) Der Vorsitzende der Reparations-Kommission, Louis Barthou, hat heute vormittag das erste Sachverständigenkomitee, das sich bekanntlich mit der Stabilisierung der deutschen Währung und der Sanierung des deutschen Budgets beschäftigen wird, installiert. Er begrüßte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender die verschiedenen Sachverständigen und sprach besonders seine Befriedigung darüber aus, daß die Amerikaner an den Beratungen teilnähmen. Er sagte im wesentlichen: Wir erwarten von Ihnen, nicht das Wunder einer unvorhergesehenen Lösung der Reparationsfrage, aber wir erwarten mit aufrichtigem Vertrauen, daß ihre Sachkunde, Ihre Erfahrung und Ihre Autorität dazu beitragen werden, jenes Ergebnis zu beschleunigen, um das wir uns bemühen. Der Versailler Vertrag ist unsre Magna Charta, er wird auch die Ihrige sein. In seinem Namen werden Sie gemäß dem Art. 234 des Versailler Vertrages Ihre Arbeiten in voller Unabhängigkeit und Unparteilichkeit durchführen. Das Gleichgewicht des deutschen Budgets und die Stabilisierung der deutschen Währung — zwei Probleme, die miteinander zusammenhängen — sind sie wesentlichsten Vorbedingungen für die Reparationsregelung selbst. Sie werden Ihre Arbeitsmethode selbst zu bestimmen haben. Deutschland steht nach dem Versailler Vertrag das billige Recht zu, gehört zu werden. Sie werden Deutschland hören in der Form, die Ihnen am zweckmäßigsten scheint, und wir wünschen im Gesamtinteresse, daß die deutsche Regierung und ihre Verwaltungsstellen Ihre so schwierige und verwickelte Aufgabe erleichtern. Wir müssen endlich zum Ziel kommen. Die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst sind nicht allein an der Regelung der Reparationsfrage interessiert. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß von ihr das friedliche Gleichgewicht der ganzen Welt abhängt. Nehmen Sie sich Zeit, aber nehmen Sie sich nicht mehr Zeit, als nötig ist. Die Reparationskommission begrüßt ohne Vorbehalte die Unterstützung, die von amerikanischen Bürgern den alliierten Sachverständigen zuteil wird. Die Schlußfolgerungen des Sachverständigenkomitees werden dadurch einen schätzenswerten Zuwachs an Autorität erlangen. — Barthou schlug vor, den amerikanischen Sachverständigen, General Dawes, zum Vorsitzenden des Ausschusses zu ernennen. Der amerikanische Sachverständige hat das Amt angenommen und hierauf eine längere Rede gehalten. Er erklärte in seiner Erwiderung auf die Begrüßungsansprache Barthous u. a., der Durchschnittsbürger sei sich in allen Ländern nicht über die Hindernisse klar, die einer Regelung der Reparationsfrage im Wege ständen. Diese Hindernisse hätten ihren Ursprung im nationalen Hochmut, in der Ueberheblichkeit und den egoistischen Interessen der verschiedenen alliierten Beamten, deren Vollmachten durch jeden mit Gewalt durchgesetzten interalliierten Akt vergrößert würden. Sie hätten ihren Ursprung desgleichen in den unaufhörlichen Entstellungen der Wahrheit und

dem unerträglichen Geschrei jener widerlichen Aasgeier

der nationalistischen Demagogen aller Länder, die in dem gemeinsamen Unglück ein Mittel sähen, ihre eigene traurige Persönlichkeit in ein besseres Licht zu setzen. Der Erfolg des Sachverständigenkomitees hänge vor allem davon ab, daß in der öffentlichen Meinung und in dem Gewissen der Alliierten und der Welt eine genaue Vorstellung von dem Unglück vorhanden sei, von dem jeder einzelne der Alliierten in ganz Europa bedroht sei, wenn der gesunde Menschenverstand sich nicht durchsetze.

Das Ergebnis der Sachverständigenarbeiten und das Maß in dem die Reparationskommission es für zumutbar halten werde, um danach zu handeln, wird vielleicht — fuhr General Dawes fort — die endgültige Antwort auf diese Frage liefern. Als amerikanischer Bürger kann ich weder im Namen der Regierung noch im Namen des amerikanischen Volkes, sondern nur auf meine persönliche Verantwortung sprechen. Ich darf sagen, daß ich mit Scham und Demütigung die Ergüsse amerikanischer nationalistischer Demagogen gelesen habe, die Europa Lektionen erteilen wollen, um einen wenig erheblichen Posten zu erlangen oder ihre Popularität zu pflegen. Wir amerikanischen Sachverständigen kommen als bescheidene Männer und wir wissen, daß der Erweiterung der Sachkunde keine Schranken im Wege stehen, die so mächtig wären wie der Hochmut einer vorgefaßten Meinung. Wir wissen, daß 130 000 Männer, die Blüte der französischen Jugend, 946 000 englische junge Männer, 460 000 Italiener, 40 000 Belgier und 127 000 Serben hier Seite an Seite mit unseren jungen Amerikanern ruhen. Wir wissen, daß aus ihren Opfern bei allen Völkern der Wille entsprungen ist, daß diese Opfer einen Zweck haben. Wir kommen mit der alleinigen Absicht, Ihnen von Nutzen zu sein.

General Dawes durchflicht hier seine Rede mit zahlreichen Erinnerungen aus dem Kriege, indem er Leiter der Lebensmittelversorgung der amerikanischen Armee war. Wenn ich an die eigenartige Waffenbrüderschaft erinnere, ist es dann erstaunlich, daß ich den Eindruck habe, bei Freunden angekommen zu sein? Nehmen wir unsere gemeinsame Arbeit auf mit dem gegenseitigen Vertrauen, daß wir während des Krieges zueinander hegten, und mit dem Glauben, daß wir dank der göttlichen Vorsehung bessere Tage erleben werden. Fünf Jahre hindurch hat unter den Alliierten nicht jenes Einvernehmen geherrscht, das für den Frieden und den wirklichen Fortschritt wesentlich ist. Wir sind soweit gekommen, daß wir heute wissen: Diese Uneinigkeit, sich über eine gemeinsame Haltung zu einigen, hat ganz Europa in eine äußerst kritische Lage geführt. Es ist nicht der Augenblick, uns Höflichkeiten zu sagen.

Was haben wir zu Beginn unserer Arbeit in diesem Sachverständigenausschuß vorgefunden? Zunächst ein undurchdringliches

kolossales Durcheinander wirtschaftlicher Ansichten,

beruhend auf Tatsachen, die so schnell sich geändert haben, daß die Gesamtheit der Ausgangspunkte selbst dann nichts wert wäre, wenn sie miteinander in Einklang standen. Bei allem gebührenden Respekt vor der großen Kompetenz der Sachverständigen, die in diesem Durcheinander umhergeirrt sind, war es ausgeschlossen, daß sie nicht bei verschiedenen Zeiten anlangten. Sie standen der Notwendigkeit gegenüber, stabile Schlußfolgerungen zu ziehen, während es keinerlei stabile Voraussetzungen gab. Wenn sie die Mark zur Grundlage nahmen, so war die Woche darauf die Mark etwas ganz anderes geworden. Handele es sich um den Dollar, das Pfund, den belgischen oder französischen Franken, so besaß jede dieser Währungen einen bestimmten Wert auf dem internationalen Wechselmarkt und einen anderen Wert hinsichtlich ihrer inneren Kaufkraft. Handelte es sich um Berechnungen um Gold, so galt es, Goldwerte aus der Zeit vor dem Kriege und Goldwerte aus der Zeit nach dem Kriege zu berücksichtigen. Im allgemeinen gesprochen, haben wir nichts besonders Wertvolles gefunden, unter den wirtschaftlichen Argumenten, die auf dem beruhten, was sein sollte, anstatt auf dem, was ist. Mit anderen Worten: Argumente, die auf einem ständig wechselnden Status beruhten. Während dieser Zeit, während der fünf Jahre, die dazu verwendet worden sind, mühevoll jene ungeheuerlichen Bibliotheken — anders kann man sie nicht nennen — von mehr oder weniger veralteten Statistiken und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zusammenzubringen, sind nach und nach die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands zusammengebrochen und mit ihnen die deutsche Produktionsfähigkeit. Ueberdies hat der Kredit sämtlicher europäischer Alliierten, als das Wirtschaftsleben Deutschlands allmählich erkrankt, einen Stoß erhalten; denn die Welt begreift sehr wohl, daß Deutschland wenn das deutsche Volk seine Arbeitsfähigkeit verliert, selbst seine Fähigkeit einbüßt, jene Reparationen zu zahlen, die ein so wichtiges Element der europäischen Zahlungsfähigkeit darstellen.

Die Reparationskommission hat dann auch begriffen, daß Feuer im Hause ist, und ist auf die Suche gegangen nach Wasser, um es zu löschen. Dabei will sie künftig auf die mathematischen Berechnungen der vierten Dimension verzichten. Die Instruktionen der Reparationskommission setzen uns in den Stand, an unsere Arbeiten auf der Grundlage eines Status quo heranzutreten. Man verlangt von uns nicht, daß wir uns über die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung aussprechen. Man verlangt von uns nicht, daß wir die politischen Resultate dieses oder jenes zukünftigen Aktes des gesunden Menschenverstandes verkünden. Es ist Sache der Reparationskommission, nicht die unsrige, sich mit den politischen Wirkungen des Berichts zu beschäftigen, den wir ihr erstatten werden hinsichtlich eines Planes zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Herstellung des deutschen Budgetgleichgewichts. Je mehr ich mit denjenigen rede, die in unmittelbarster Fühlung mit der Lage stehen, um so besser verstehe ich, wie klug die Reparationskommission daran getan hat, als sie den Gegenstand unserer Berufung dahin definierte: „Um gemäß Art. 234 des Friedensvertrages die Hilfsmittel und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen." Wir sind „beauftragt, die Mittel zur Herstellung des deutschen Budgetgleichgewichts und die Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung zu prüfen." In dem Maße, wie die wirtschaftlichen Funktionen Deutschlands unter der Wirkung einer stabilen Währung und eines ausgeglichenen Budgets sich wieder beleben, wird die deutsche Zahlungsfähigkeit in Erscheinung treten. Dann werden zum ersten Mal grundlegende und entscheidende Tatsachen zeigen. Helfen wir

zunächst, Deutschlands Heilung zu erlangen.

Die ersten Maßnahmen, die wir treffen müßten, wäre nach meiner Ansicht ein System, zur Stabilisierung der deutschen Währung. Es gilt das Wasser zu finden, das die Mühle des deutschen Budgets treiben soll. Bauen wir die Mühle erst dann, wenn wir das Wasser gefunden haben, das ihre Räder drehen kann.

Günstige Aufnahme der Antwortrede des General Dawis

Paris, 15. Jan. Die lange — nahezu neun Seiten umfassende — Antwortrede des General Dawis wird in Paris günstig beurteilt. Sie hat zunal wegen der ernsten Auffassung der Lage, die sich in ihr ausprägt, einen starken Eindruck hinterlassen. Die Stelle, wo der amerikanische Delegierte im Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Europa von „einer bevorstehenden Katastrophe" spricht, hat geradezu Sensation hervorgerufen. Der Absicht des Generals Dawis, sich zunächst mit dem deutschen Währungsproblem zu beschäftigen, zollt der „Temps" in seiner heutigen Abendausgabe uneingeschränkte Anerkennung.

Die erste Arbeitssitzung

Paris, 15. Jan. Der 1. Sachverständigenausschuß hat nachmittags seine erste Arbeitssitzung abgehalten, die 3 Uhr begann und um 6,40 Uhr zu Ende ging. Der Presse ist keine Mitteilung gemacht worden. Eine neue Sitzung wird heute vormittag 10 Uhr und zwar in den Räumen der amerikanischen Abordnung des Wiederherstellungsausschusses abgehalten werden.

Der zweite Ausschuß

Paris, 15. Jan. Der 2. Sachverständigenausschuß, der sich mit der Frage der deutschen Kapitalsabwanderung in das Ausland befassen soll, wird erst in der nächsten Woche zusammentreten. Zum Vorsitzenden des Ausschusses dürfte der englische Sachverständige Mac Kenna gewählt werden.

Jeden Tag zwei Sitzungen

Paris, 15. Jan. Da die englischen Delegierten mit den amerikanischen in der Ansicht übereinstimmen, jeden Tag zwei Sitzungen abzuhalten, wird ein entsprechender Beschluß höchstwahrscheinlich gefaßt werden. Die Amerikaner hoffen auf diese Weise, die Arbeit in spätestens einem Monat beendigen zu können, während man in anderen Kreisen skeptischer denkt und einen Zeitraum von mehreren Monaten für notwendig hält. Von der Herausgabe eines täglichen Kommuniqués über den Stand der Verhandlungen wird abgesehen werden.

Frankreich

Beginn der Prüfung der deutschen Note über die interalliierte Militärkontrolle.

Paris, 14. Jan. Havas zufolge wird die deutsche Note über die interalliierte Militärkontrolle von der Botschafterkonferenz in einer ihrer nächsten Sitzungen geprüft werden.

Weitere Veröffentlichungen über die zaristische Agitation im Weltkriege.

Paris, 14. Jan. Unter den von der Humanite angeführten Beweisstücken für die Zuwendungen von russischer Seite für die Auslandspresse findet sich folgende Notiz aus dem Jahre 1917: „Die Zeitung „Der Telegraaf" (Amsterdam) erhält für die auf Rußland bezügliche Sonderbeilage seit dem 1. Dezember 1916 alle sechs Monate 30 000 Gulden. Die Abmachung kann unter Kündigung bis zum 1. Juni zum Jahresschluß aufgehoben werden."

Der Kampf um den Lohn

Der Uebergang von Papierlohn auf den Goldlohn ist — wie erwartet werden mußte — nicht ohne Reibungen und Erschütterungen erfolgt. Die Propheten, welche erklärten, die erschöpften Kassen der Gewerkschaften gestatteten keine lange Arbeitskämpfe und nötigten zu schleunigem Friedensschluß unter halbwegs erträglichen Bedingungen, haben fast in allen Fällen Recht gehalten. So ist wo es zu Abstimmungen in einem erweiterten Vertrauensmänner-Gremium oder gar zu einer Urabstimmung in den Betrieben kam, wurden Lohnsätze angenommen, die erheblich unter den letzten Papierlöhnen und selbstverständlich auch unter den Friedenslöhnen lagen. — Für denjenigen, der an den großen Lohnkämpfen unbeteiligt ist, ist es erlaubt festzustellen, daß in den verschiedenen Zeiten die Position der beiden Parteien verschieden stark ist. Während der gegenwärtigen schweren Produktions- und Absatzkrise waren die Vertreter der Arbeitnehmerschaft auch dann der schwächere Teil, wenn sie über wohlgefüllte Kampffonds verfügten. Die Finanzen der Gewerkschaften haben ebenso wie die Finanzen aller öffentlichen Organe, der Vereine und Organisationen in der Zeit des Valutafalles schwer gelitten. Die ausgeschriebenen Beiträge waren bereits entwertet; als sie eingingen und lohnten kaum die Eintragung in die Kassenbücher, als sie dann schließlich dem gewünschten Zweck dienen sollten. Der grundsätzliche Standpunkt beider Parteien klingt durchaus plausibel: Die Arbeitgeber erklären die Sicherung oder gar die Ausdehnung des Warenabsatzes nur für möglich, wenn die Produktionskosten (und die Löhne machen direkt und indirekt den größten Teil der Produktionskosten aus) herabgeschraubt werden; die Arbeitnehmer erklären ihre Arbeitsfähigkeit für bedroht, wenn ihnen keine auskömmlichen Löhne gewährt werden. Es ist allerdings eine eigene Sache um das sogenannte „Existenzminimum". Es ist dies nämlich ein Kaulschukbegriff, der bei verschiedenen Völkern bei verschiedenem Kultur- und Zivilisationsstand und sogar bei den verschiedenen Individuen verschieden ist und zahlenmäßig überhaupt nicht festgelegt werden kann. Höchstens kann gesagt werden, daß eine bestimmte Lohnhöhe absolute auskömmlich ist. Bei uns handelt es sich aber in dieser schweren Krisenzeit nur darum, ob wir unser Volk aufs notdürftigste versorgen oder aber Millionen von Volksgenossen dem Verderben überantworten sollen.

Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger muß sich einen Abzug von seinem Einkommen zugunsten der Erwerbslosen gefallen lassen. Diese Einrichtung hat das Gefühl einer allgemeinen Volkssolidarität zur Voraussetzung. Wer so „glücklich" ist, noch über Arbeitsmöglichkeit und über Einkommen zu verfügen, hat eine Art moralischer Verpflichtung gegenüber seinen weniger glücklichen Volksgenossen, ihnen das Ueberstehen der Krisis zu ermöglichen. Die Erwerbslosenversicherung, die auf solchen Beiträgen der beschäftigten Arbeiter und Angestellten und auf weiteren Beiträgen der Arbeitgeber aufgebaut werden soll, krankt jedoch an einem schweren organischen Mangel: Die Beiträge für die Linderung der Not der Erwerbslosen fließen nämlich durchaus nicht stärker, wenn die Not steigt, sondern schwächer! Je weniger Arbeitende vorhanden sind, umso kleiner wird der so geschaffene Erwerbslosenfonds und umso größer wird der Anspruch des anschwellenden Erwerbslosenheeres sein. Anderseits ist es aber ausgeschlossen, für die Versorgung der Erwerbslosen öffentliche Mittel in erheblichem Umfange heranzuziehen. Hieran verhindert uns die trostlose Lage unserer öffentlichen Finanzen und wohl auch die Auffassung derjenigen internationalen Geldgeberkreise, die wir für die Gewährung an Valuta-, Finanzierungs-, Ernährungs- und anderen wichtigen Krediten gewinnen wollen. Das Lohnproblem bildet nur ein Kapitel des dringenden Versorgungsproblems, das ohne eine zielbewußte Reform der Produktion, d. h. ohne Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten nicht gelöst werden kann.

Politische Nachrichten

Deutschland

Vorläufige Geheimhaltung der Antworten.

Berlin, 15. Jan. Die hier eingetroffenen Denkschriften aus Paris und Brüssel sollen, wie der K. Ztg. gemeldet wird, vorläufig weiter geheim gehalten werden. Es handelt sich bei diesen ja nicht um Noten im eigentlichen Sinne, sondern um Niederschriften, die den Zweck haben, die mündlich geführten und weiter zu führenden Verhandlungen zu stützen und ihnen ein gewisses Gerippe zu geben. Die beiden Denkschriften bedürfen einer eingehenden und in Einzelheiten gesonderten Prüfung. Grund zu einer irgendwie optimistischen Beurteilung der Lage ist, soweit der Berichterstatter unterrichtet ist, nicht gegeben. Eine gewisse Zurückhaltung ist jedoch geboten, um auf keinen Fall dem Fortgang der Verhandlungen durch unliebsame Zwischenfälle Hindernisse zu bereiten.

Einigung zwischen Reich und Thüringen.

Berlin, 15. Jan. Ueber das Ergebnis der Erörterungen der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Die zahlreichen Beschwerden, die bei der Reichsregierung über die thüringische Landesregierung aus dem Lande Thüringen eingegangen sind, sowie das immer dringlicher von dort gestellte Verlangen nach Einsetzung eines Reichskommissars haben die Reichsregierung veranlaßt, auf Grund des Artikels 15 der Reichsverfassung Beauftragte an die thüringischen Landeszentralbehörden zu entsenden. Die Berichte der Beauftragten sind in eingehenden Verhandlungen mit den thüringischen Ministern erörtert worden. Die thüringische Landesregierung entspricht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung objektiv nicht den Vorschriften der thüringischen Landesverfassung. Die gegen die thüringische Regierung erhobenen Beschwerden haben sich zu einem erheblichen Teil als begründet erwiesen. Verfehlungen gegen das Reichsstrafgesetzbuch im thüringischen Ministerium des Innern im Zusammenhang mit der Beamtenpolitik unterliegen zurzeit strafrechtlicher Untersuchung. Die thüringische Landesregierung erklärt darum: „Die thüringische Landesregierung bestreitet, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe begründet sind. Sie ist verfassungsgemäß, obwohl sie in der Zahl ihrer Mitglieder der Landesverfassung zurzeit nicht ganz genügt. Vor Neuwahl des Landtages ist aber eine Ergänzungswahl unmöglich. Die thüringische Landesregierung wird Veränderungen im Beamtenkörper bis zur Neubildung der Landesregierung nur mit Zustimmung des fünfgliedrigen Ausschusses vornehmen und die nach dem thüringischen Notgesetz über die Herabminderung der Personalausgaben ihr zustehenden Befugnisse nur mit Zustimmung dieses Ausschusses vornehmen." Ausschußvorsitzender ist der Jenaer Oberlandesgerichtspräsident. Zwei Ausschußmitglieder werden von den vereinigten bürgerlichen Parteien, zwei von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Thüringens benannt. Das thüringische Finanzministerium wird beauftragt, mit Beschleunigung für die Zeit vom 16. Januar bis 31. März 1924 einen Bedarfsnachweis aufzustellen und den ordentlichen und außerordentlichen Bedarf aller Ministerien auf eine fest begrenzte Summe zu kontingentieren. Das thüringische Staatsministerium wird der Reichsregierung die in Ausführung dieser Beschlüsse getroffenen Maßnahmen und den Bedarfsnachweis mitteilen. Die Reichsregierung nimmt von den Erklärungen der thüringischen Landesregierung Kenntnis und sieht davon ab, dem Reichspräsidenten Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Das vorstehende Kompromiß erspart also dem Reich die Vornahme einer Reichsexekution gegen Thüringen.

Keine Privatisierung der Reichsbahn.

Stuttgart, 14. Jan. Reichsverkehrsminister Oeser war, wie der Staatsanzeiger berichtet, am 12. d. Mts. in Stuttgart anwesend, insbesondere auch, um mit der württembergischen Regierung laufende Verkehrsfragen zu besprechen. Dabei wurde auch die Frage der Umgestaltung der deutschen Reichsbahn, die im Zusammenhang mit der Finanzierungsfrage in letzter Zeit öfters in der Presse erörtert worden ist, eingehend behandelt. Der Reichsverkehrsminister erklärte, daß an eine Privatisierung der Reichsbahn nicht gedacht, vielmehr beabsichtigt sei, die Reichsbahn nach wie vor im Eigentum des Reiches zu behalten und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betreiben. Wie die Reichsbahn im Rahmen dieses allgemeinen Programms umgestaltet werden wird, und wie die Interessen der früheren Eisenbahnländer mit dieser Umgestaltung in Einklang gebracht werden können, bedarf noch eingehender Prüfung.

Erkrankung des Botschaftsrats von Hoesch.

Nach dem Berliner Tageblatt besteht die Erkrankung des deutschen Geschäftsträgers in Paris, von Hoesch, in einer Mandelentzündung. Der Zeitpunkt der Abreise erscheint noch nicht sicher.

Bayern

Der Hitlerprozeß.

München, 15. Jan. Der Hitler-Prozeß soll einer der größten Prozesse werden, der seit langem in München ein Gericht beschäftigte. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Drei Staatsanwälte sollen die Anklage vertreten. Den Beklagten werden neun Verteidiger zur Seite stehen. Schon das Studium der gewaltig angewachsenen Akten stellt eine große Aufgabe dar. Zahlreiche auswärtige Journalisten, darunter auch amerikanische, haben sich bereits für den Prozeß angemeldet. Man rechnet mit einer mehrwöchigen Dauer der Verhandlungen.

Sachsen

Ergebnis der sächsischen Gemeinderatswahlen.

Dresden, 14. Jan. In fast allen sächsischen Gemeinden wurde die bisherige sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Stadtparlament, wenn nicht beseitigt, so doch stark eingeschränkt. In Dresden büßte die Vereinigte sozialdemokratische Partei etwa ein Drittel ihres Bestandes an Stimmen und Mandaten ein. Auch die kommunistischen Gewinne können diesen Verlust bei weitem nicht ausgleichen.

England

Der englische König und die englische Kabinettskrise.

Paris, 15. Jan. Der Matin veröffentlicht eine Mitteilung seines Londoner Vertreters, die durch ihre mysteriöse Einkleidung großes Aufsehen erregt. Der Berichterstatter behauptet nämlich aus bester Quelle zu wissen, daß nicht Ramsay Macdonald die Erbschaft Baldwins antreten werde, und daß schon Ende der Woche die Entscheidung falle. Der König beabsichtige vielmehr, in voller Ausnützung seiner verfassungsmäßigen Rechte die drei Führer der stärksten Parteien zu sich zu bitten und jeden einzelnen zu fragen, ob er in der gegenwärtigen Lage sich stark genug fühle, in der Kammer eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Die Meinungen Macdonalds, Baldwins und Asquiths würden natürlich verschieden sein. Hierauf werde der König erklären, daß er unter diesen Umständen die Klärung der politischen Situation selbst in die Hand nehmen werde. Schließlich werde er Lord Grey of Fallodon mit der Kabinettsbildung betrauen und ihm anheimstellen, mit den verschiedenen politischen Gruppen eine Mehrheit zustande zu bringen. Der König halte es für seine Pflicht, nicht diesem oder jenem Parteiführer oder einer vom scheidenden Premier vorgeschlagenen Persönlichkeit die Leitung der Geschicke des Reiches anzuvertrauen, sondern nur einem Manne, der vom Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes getragen werde.

Anerkennung der neuen griechischen Regierung.

London, 14. Jan. Dem diplomatischen Berichterstatter des Daily Telegraph zufolge wird angenommen, daß Lord Curzon vor dem Rücktritt der britischen Regierung noch die neue Regierung Venizelos namens Großbritanniens anerkennen werde.

Bevorstehender Eisenbahnerstreik in England?

London, 14. Jan. Daily Herald berichtet, obgleich der Zeitpunkt für den Beginn des Eisenbahnerstreiks geheimgehalten werde, verlaute, daß 59 000 Mitglieder des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer die Arbeit am nächsten Sonntag Mitternacht einstellen werden, wenn die Lage in der Zwischenzeit nicht eine Aenderung erfahre. Eine dringende Sitzung der Mitglieder des Generalrats des Gewerkschaftskongresses wurde heute vormittag einberufen, um die Lage zu erwägen.

London, 14. Jan. Reuter meldet: Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat in den Eisenbahnerkonflikt einzugreifen und beschlossen, einen Ausschuß zu ernennen, der mit den Eisenbahndirektoren und dem Vollzugsausschuß des Lokomotivführer- und Heizerverbandes zusammenkommen soll, um eine Stockung der Verhandlungen zu beheben oder wenigstens den Ausbruch des Streikes hinauszuschieben, solange die Verhandlungen nicht abgeschlossen sind.

Gefahr eines Lohnstreiks im Bergbau.

London, 14. Jan. Die Abstimmung der Bergleute in Yorkshire und Northumberland zeigt eine überwältigende Mehrheit zu Gunsten der Beendigung des allgemeinen Lohnabkommens. Die Abstimmungsergebnisse aus den übrigen Teilen Englands sollen am Donnerstag bekanntgegeben werden; man erwartet, daß sie ebenfalls für die Beendigung des Abkommens lauten. Die Gefahr eines Lohnstreiks in der Bergbauindustrie und die Möglichkeit eines Eisenbahnerausstandes verursachen in den Kreisen der Arbeiterpartei Unruhe, haben aber den Entschluß der Arbeiterführer, sobald wie möglich, die Regierung zu übernehmen, nicht erschüttert, ebensowenig die liberalen Führer veranlaßt, ihren Beschluß, bei dem Sturz der Regierung mitzuhelfen, erneut zu erwägen. Man erwartet jetzt, daß die entscheidende Abstimmung am nächsten Montag stattfindet, da die Zahl der Abgeordneten, die an der Debatte teilnehmen will, sehr groß ist.

Amerika

Wiederaufnahme der amerikanisch-russischen Handelsbeziehungen.

Paris, 14. Jan. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Newyork verlangt das inoffizielle Komitee des amerikanischen Kongresses, bestehend aus den Senatoren Dowin Ladd und William King sowie den Mitgliedern des Repräsentantenhauses, James Prear und Albert Johnson, das vor kurzem eine längere Reise durch das europäische Rußland unternommen hat, in einem gestern veröffentlichten Bericht die Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen Amerika und der Sowjetrepublik. Das Komitee versichert, daß Rußland auf dem Wege der Erholung sei.

Wie die Konfiskation des deutschen Eigentums vermieden werden könnte!

Newyork, 14. Jan. Nach einer Meldung der Newyork World aus Washington empfiehlt Miller der Treuhänder für das beschlagnahmte Eigentum ehemaliger Feinde, dem Präsidenten Coolidge die sofortige Gründung einer Bundeskörperschaft, die, gestützt auf die beschlagnahmten Vermögenswerte, den deutsch-amerikanischen Handel wieder zu beleben hätte. Er erklärt, daß 180 Millionen Dollar verfügbar seien, die aus dem Verkauf des fremden beschlagnahmten Eigentums erzielt wurden. Miller glaubt, diese Vermögenswerte könnten so vorteilhaft zur Wiederherstellung der Handelsbeziehungen verwendet werden, daß alle anerkannten amerikanischen Forderungen an Deutschland aus dem Gewinn gedeckt werden könnten. Ferner könnten dann die Vermögensstücke selbst gegebenenfalls dem rechtmäßigen Eigentümer ungekürzt überwiesen werden, sodaß jede Konfiskation fremden Eigentums hierbei vermieden würde. Miller fügte hinzu, daß die völlige Regelung der Frage des beschlagnahmten fremden Eigentums mehrere Jahre beanspruchen werde.

Schweiz

Völkerbund.

Genf, 14. Jan. Zum Präsidenten der Memel-Kommission hat der Präsident des Völkerbundsrates den amerikanischen Finanzmann Norman Davis, der im Jahre 1919 der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz angehörte, dann unter Wilson im Schatzministerium gearbeitet hat, und von 1920 bis 1921 Unterstaatssekretär war, ernannt. Davis hat die Ernennung angenommen und wird am 15. Januar die Reise nach Europa antreten. Die Memelkommission wird aus drei Mitgliedern bestehen, die weder Litauer noch Staatsangehörige einer der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte sein dürfen, außer dem Kommissionspräsidenten, dessen Ernennung dem Ratspräsidenten oblag, sind noch die beiden anderen Mitglieder und zwar durch die Präsidenten der Verkehrskommission des Völkerbundes in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspräsidenten zu ernennen. Die Memelkommission ist auf der letzten Pariser Dezembertagung des Völkerbundsrates eingesetzt worden mit der Aufgabe, die Memel betreffenden Fragen, vor allem die Verkehrsprobleme zwischen der Botschafterkonferenz und der litauischen Regierung zu schlichten und den endgültigen Abkommensentwurf das künftige Statut für Memel auszuarbeiten.

Italien

Auflösung der italienischen Kammer.

Paris, 15. Jan. Nach einer [illegible] aus Rom wird am kommenden D[illegible] kret über die Auflösung der K[illegible] werden. Die allgemeinen Neuwa[illegible] auf den 6. April festgesetzt.

Griechenland

Venizelos griechischer Ministerpräsident.

Athen, 15. Jan. Das Kabinett ist nun endgültig wie folgt aufgestellt: Venizelos Ministerpräsident ohne Portefeuille, Sofoulos Inneres, Roussos Auswärtiges und Condylis Krieg. Die Kabinettsbildung hat in allen Kreisen Befriedigung hervorgerufen.

Südslavien

Das italienisch-südslawische Uebereinkommen.

Belgrad, 14. Jan. Die Basis des italienisch-südslawischen Uebereinkommens, von dem der Minister des Aeußern Nintschitsch am Schluß der letzten offiziellen Konferenz der Kleinen Entente die Teilnehmer verständigte, sollen folgende Punkte bilden:

1. Italien verpflichtet sich, alle Bestimmungen des Vertrags von Rapallo zu erfüllen und alle mit dem früheren italienischen Außenminister Sforza festgelegten Abmachungen zu beachten.
2. Das Königreich Südslavien gewährt Italien volle Freiheit bezüglich der Organisation des Fiumaner Staates.
3. Südslavien wird das Recht auf Benutzung des Fiumaner Hafens auf 50 Jahre eingeräumt.
4. Italien und das Königreich Südslavien werden eine Handelskonvention abschließen.

Die Frühlingsmädchen

8 [illegible] von Rudolf Herzog.

Der junge Notar brachte zwar nur ein klägliches Verlegenheitslächeln zuwege und meinte, die eigene Zufriedenheit käme hier wohl weniger in Betracht als die heftige Arbeitslaune der verehrten Freundin. Auch genüge ihm Beschäftigung und Verdienst vollkommen für die Bedürfnisse der Kleinstadt. Aber Eva Frühling legte freundlich das Hauptbuch auf den Tisch, schlug eine Seite auf und deutete mit dem Finger auf den Abschluß: „Ich würde nicht davon sprechen, lieber Georg, wenn es dir nicht zum Vorteil diente. Mein Gehalt ist seit zweiundeinhalb Jahren gestundet worden. Hier steht die Summe auf Heller und Pfennig berechnet. Du siehst also, daß dein Verdienst selbst für die Bedürfnisse einer Kleinstadt nicht genügt. Oder kannst du mich ausbezahlen? Nein. Was bleibt? Mehr verdienen. Wie macht man das? Mehr arbeiten. Es ist die allereinfachste Rechenaufgabe der Welt."

Der junge Notar starrte mit langsam sich rötendem Kopfe in das Hauptbuch.

„Mein Gott," murmelte er endlich, „ich bring's nicht zustande. Es ist zu viel für mich."

„Sei ein Mann, Georg. Besinn' dich endlich auf dich selbst und das, was das Leben fordert."

„Eva — —"

„Ich helfe dir, Georg. Laß dich in die Liste der Rechtsanwälte eintragen und verlaß dich auf mich."

„Und du versprichst mir, bei mir zu bleiben und mich nach Kräften zu entlasten?"

„Ich verspreche dir mehr. Ich verspreche dir sogar, dich zu heiraten, sobald du deinen ersten Prozeß gewonnen hast."

Die gebeugte Gestalt Georg Brünings reckte sich auf. Er wollte hastig entgegnen; aber vor dem strahlenden Blick Eva Frühlings strich er die Segel. „Heiraten . . .?" brachte er hervor. „Worauf baust du denn das Glück einer solchen Ehe . .?"

„Worauf?" lachte sie ihn an. „Weißt du nicht mehr, daß wir uns als Kinder verprügelt haben und ich noch deinen zerzausten Schlips als Pfand besitze? Was wir aber vor der Ehe taten, werden wir in der Ehe nicht mehr zu tun brauchen. Ist das logisch oder nicht? Im übrigen aber baue ich das Glück unserer Ehe auf unserer gemeinsamen Arbeit auf und du darfst sicher sein, mein stürmischer Verehrer, daß ich meinen vollen Anteil auf meine Schultern nehme. Und nun schultere du wie ein Mann den deinen." —

So wurde Georg Brüning Notar, Rechtsanwalt und Gatte der schwarzen Eva, der Erstgeborenen des Doktors Frühling, und schon hatte er durch Spitzfindigkeit und überraschende Schlußfolgerung, wie sie sonst nur besonders klugen Frauen eigen ist, seinen ersten Prozeß gewonnen, als der schmunzelnde Doktor Frühling auch seine andere Schwalbe wiederkehren sah.

— — — — — —

Fränzchen Frühling kam nicht allein. Sie kam in Begleitung ihres Jugendfreundes Fritz Leydecker, und der alte Landarzt zeigte keinerlei Verwunderung. Er streckte den beiden die Hand entgegen und sagte: „Natürlich hatt' ich's mir gedacht. Erlaßt mir das Staunen, Kinder. Glück brauch' ich euch nicht zu wünschen. Ihr seid zwei Arbeitsbienen und wißt, was eine Wabe Honig wert ist."

„Freust du dich wirklich, Väterchen?" und das blonde Fränzchen kuschelte sich in seinen Arm.

„Zwei hätte ich wieder hier von meinen vieren," freute sich der Doktor. „Und auch die beiden anderen werden den Weg zum heimatlichen Nest finden. Die kleine Maria siedelte auf die Frankfurter Musikschule über, als die große Eva heimkehrte. Zwei und ein halbes Jahr sind's schon. Wahrhaftig! Und unser Medizinmann, die Friedel, wechselte ein Jahr darauf zum berühmten Hamburger Krankenhaus hinüber. Gott schenk' auch ihnen fröhliche Heimkehr."

„Willst du denn nicht wissen, wie es gekommen ist, Vater? Bist du gar nicht neugierig?"

Der Alte strich ihr über das Blondhaar und lachte ihr in die Augen.

„Ich werde doch meine Mädels noch kennen? Raubritterfräulein, ihr! Na, Fritz, stimmt's? Kau' dir deinen Schnurrbart nicht ab, mein Junge, ich lasse mir nichts erzählen. Aber wie wär's, wenn wir beiden Männer den dritten im Bunde, den wackeren Notar und Rechtsanwalt Brüning, zu einem Schoppen in der „Harmonie" abholten? Doch, doch, er bekommt Urlaub, wenn wir der Eva das Fränzchen mitbringen. Bis wir heimkehren, haben sich die Mädels die Beichte überhört, und es herrscht klar Wetter luv und lee." —

Die stürmische Umarmung der Schwestern war vorüber. Eng aneinandergeschmiegt saßen sie auf dem Lederkanapee der Notarwohnung und sagten sich die Worte vom Munde. „Wie ist es gekommen Fränzchen? Wie hat es sich abgespielt? Bis zu meinem Abgang von der Handelshochschule tat er doch in seiner Werbung nichts, als sich Sonntags pünktlich zum Spazierengehen einzustellen. Halt, daß ich ihm nicht unrecht tu. Er nahm auch jedesmal eine Flasche Wein und ein paar leckere Schinkenbrötchen mit. Daß er sie in bedrucktes Zeitungspapier wickelte, hast du ihm ja abgewöhnt. Und das hielt schon schwer. Wie ist es gekommen?"

So aber war es gekommen, und es war nichts als ein bißchen Mädchenliebe und Mädchenfrische dabei. Fränzchen Frühling hatte sich auf das wirtschaftliche und politische Gebiet begeben, und die Handelshochschule hatte nur fortzusetzen gebraucht, was der Landarzt seine wißbegierigen Töchter beim Lampenschein an Hand der Zeitung, der Bücher und Atlanten gelehrt hatte. Das war fruchtbarer Mutterboden.

Die Professoren, die in reger Beziehung zu den Tagesblättern der Stadt standen, verwandten sich für die eifrige Schülerin, und da sie in Kurzschrift und Maschinenschrift gleich erfahren war wie in der englischen und französischen Sprache, so gelang es, sie als Hilfsarbeiterin bei der Schriftleitung einer großen Tageszeitung unterzubringen. Fritz Leydecker hörte die Freudenbotschaft mit gemischten Gefühlen.

„Jetzt hast du jeden zweiten Sonntag Dienst, und ich kann alleine wandern."

„Nimm an den Sonntagen die Bücher vor, Fritz. Es kann dir nicht schaden."

„Ich bin Buchdrucker," brummte er, „und nicht Schriftgelehrter. Wozu soll das dienen?"

„Ich dachte, du wolltest einmal dein eigener Herr sein?"

„Sieh dir mal die Arme an, die schaffen's."

„Ohne den Kopf? Ne, Fritze, niemals. Die Welt ist heller geworden, auch in der Eifel."

„Hochmut kommt vor dem Fall, und der Schuster soll bei seinem Leisten bleiben."

„Wer wagt, gewinnt. Aber wenn der Drucker sich mit dem Schuster verwechselt, hat er bereits verloren."

„Ich bin ein schlichter Handwerker, und wenn ich einmal heirate —"

„Siehst du, Fritze, dieser Satz stammt aus dem letzten Zeitungsroman, der bei euch gesetzt wurde. Bist du wirklich nicht darüber hinausgewachsen? Der Zeitungsroman ist doch nur dazu da, um die Menschen an die schwerere Kost heranzulocken, die unter „Politik" und „Wirtschaftsleben" in der Zeitung verabreicht wird. Denk mal darüber nach."

Fritz Leydecker brauchte zu allem, was nachdenken hieß, lange. Sich den Tag über müde schaffen, und sich beim Schaffen auf die kleinen Wonnen des Feierabends freuen, galt ihm als Zweck des Daseins. Seine ehrliche und gesunde Mittelmäßigkeit blickte nicht weit über den Tag hinaus, seine unermüdliche Arbeitsfrische aber hätte nur eines Leitsterns bedurft, um zu Taten überzugehen, bei deren Bewältigung er spielend den körperlichen Anteil übernommen hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Einigung in der Adriafrage.

In Belrad tagte seit Wochen eine Konferenz, die sich mit der Regelung der Adriafrage zwischen Italien und Südslawien beschäftigte. Jetzt ist eine Einigung erzielt worden, welche die südslawische Oeffentlichkeit sehr befriedigt. Südslawien erhält den Hafen Barosch (ein Teil des Hafens Fiume), das Delta Bankino und die kroatischen Dörfer bei Fiume, ferner Grenzverbesserungen und die Insel Lagosta. Damit sieht Südslawien seine nationalen und wirtschaftlichen Wünsche befriedigt, umsomehr als das in italienischem Besitz verbleibende Fiume selbst keinen Kriegswert hat. Wichtiger freilich als dieses Abkommen über Fiume ist das bevorstehende politische und militärische Abkommen zwischen Italien und Südslawien. Dieses Abkommen will den heutigen Zustand in Mitteleuropa durch gegenseitige Waffenhilfe aufrecht erhalten. Es ist geplant, daß demnächst die beiden Ministerpräsidenten, Mussolini und Paschitsch, zusammentreffen sollen. Möglicherweise werden sich auch beide Königspaare gegenseitig besuchen.

Aus dem besetzten Gebiet

Weitere Verhaftungen in der Pfalz.

Speyer, 14. Jan. Von der Regierung der autonomen Pfalz wurden weiter aus der Pfalz ausgewiesen der Bezirksamtsoberinspektor Scharb aus Bad Dürkheim, der Zollamtmann Friedrich Stadtmüller aus Neustadt a. d. Hardt und der Kaufmann Johann Keller von Pirmasens. Kanzleiverwalter Röhs von der Stadtverwaltung Speyer (Einwohneramt) wurde von den Sonderbündlern aus unbekannten Gründen verhaftet. Die Zahl der bisher in der Pfalz durch die Separatisten verhafteten Personen beläuft sich nach genauer Feststellung auf ungefähr 500.

Speyer vom rechten Rheinufer abgeschnitten.

Die Neuhäuser Fähre bei Speyer ist von den Separatisten besetzt und für den Verkehr gesperrt worden. Dies war der einzige Uebergang nach Baden, nachdem die Speyerer Schiffbrücke sich noch in Reparatur befindet.

Die Pfalzdelegation bei der Rheinlandkommission.

Coblenz, 14. Jan. Auch am Samstag war es der Pfalzdelegation nicht möglich, bei der Interalliierten Rheinlandkommission vorsprechen zu können. Dagegen hatten Bischof Dr. Sebastian und der Präsident des protestantischen Landeskirchenrats der Pfalz Dr. Fleischmann Gelegenheit, beim englischen Oberkommissar Lord Kilmarnock einen Besuch abstatten zu können. Beide Herren nahmen Gelegenheit, eingehend Aufklärung über die derzeitigen Zustände in der Pfalz zu geben und insbesondere darauf hinzuweisen, daß Gefahren in moralischer und religiöser Hinsicht in der Pfalz ruhen. Bischof Dr. Sebastian besuchte hierauf am Samstag noch den italienischen Oberkommissar und wegen Erkrankung des belgischen Oberkommissars dessen Adjutanten, denen er ebenfalls deutlich zu erkennen gab, welche seelischen Nöte die Bevölkerung in der Pfalz durchzumachen habe und daß die allgemeine Lage in der Pfalz eine baldige Klärung verlange.

Eine französische Kommission im Brückenkopf Köln.

Köln, 14. Jan. Die französische Regierung hat bei der britischen Behörde den Antrag auf Entsendung einer französischen Kommission eingereicht, die sich im britisch besetzten Gebiet über gewisse Verhältnisse orientieren soll. Der Köln. Ztg. zufolge ist dieser Antrag sofort angenommen worden, und die französische Kommission trifft in den nächsten Tagen in Köln ein.

Gründung der Dortmunder Zollhausgesellschaft.

Köln, 14. Jan. Die Kölnische Volkszeitung meldet aus Dortmund: In Verfolg von Anregungen der Besatzungsbehörde wurde die Dortmunder Zollhausgesellschaft mit einem Kapital von 50 000 Goldmark gegründet, die sich zur Aufgabe stellte, mit möglichster Beschleunigung für die Verzollung und Paßkontrolle auf den Bahnhöfen Dortmund und Lünen die erforderlichen Einrichtungen herzustellen.

Rheinischer Landkreisverband und Wertnotgeld.

Köln, 14. Jan. Der Rheinische Landkreisverband, dem sämtliche 56 Landkreise der Rheinprovinz angehören, nahm in einer Sitzung am Samstag Stellung zu der beabsichtigten Herausgabe von wertbeständigem Notgeld der Städte und Landkreise des besetzten Gebiets. Die anwesenden 41 Vertreter der rheinischen Landkreise stimmten einmütig dem Plan der Herausgabe wertbeständigen Notgelds zu. Die in der Oeffentlichkeit von gewisser Seite zum Zweck der Diskreditierung des Notgeldes verbreiteten Nachrichten wurden eingehend widerlegt und entschieden zurückgewiesen. Das Wertnotgeld würde dem Zahlungsmittelmangel einen Riegel vorschieben. An der Sicherheit des Geldes könne kein Zweifel sein; selbst wenn einzelne Städte und Landkreise Schulden hätten, besäßen sie doch so viele Vermögensstücke, daß der Betrag von 300 Millionen Gold spielend gedeckt werden könnte. Wenn das Reich einen Betrag von 800 Millionen Rentenmark für das besetzte Gebiet vorgesehen hätte, dann sei der Betrag von 300 Millionen Wertnotgeld demgegenüber gewiß gering. Um dem Notgeld den nötigen Umlauf zu sichern, würde für das besetzte Gebiet eine besondere Bestimmung erlassen, wonach die Kommunalverbände berechtigt seien, alle öffentlichen Abgaben und ähnliche Bezüge in wertbeständigem Notgeld zu fordern. Außerdem werden die Reichsbank und die Post das Notgeld annehmen und überweisen. Es sei kein Zweifel, daß sich die Banken diesem Vorgehen anschließen werden, zumal, da sie dadurch von dem bisherigen Papiernotgeld der Gemeinden befreit würden.

Wirtschaftliche Rundschau

Vom Beamtenabbau.

Berlin, 15. Jan. Das Reichsfinanzministerium hat die Beamtenorganisationen für den kommenden Donnerstag zu einer Besprechung eingeladen, in der die Frage der Existenzmöglichkeiten nach Durchführung des Abbaues behandelt werden soll. In der Einladung zu der Besprechung heißt es, daß zu prüfen sei, wie die zahlreichen abgebauten Beamten einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden könnten. Es wird dabei auf die dem Reichsfinanzministerium gemachten Vorschläge von Beamtenorganisationen verwiesen, in denen neben der Inanspruchnahme handwerksmäßiger Berufe insbesondere die Möglichkeit der Siedlung in den Vordergrund gestellt wird. Dabei wird weniger an eine rein bäuerliche als an eine gärtnerische Kleinsiedlung auf genossenschaftlicher Grundlage gedacht. Die Mittel sollen in erster Linie bei gemeinnützigen Bodenkreditanstalten aufgebracht werden. Ferner ist zur Erleichterung der Kostenbeschaffung an die Umwandlung der Versorgungsgebührnisse in eine Rente gedacht.

Die Unterstützung der staatlichen Lehrkräfte.

Berlin, 14. Jan. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, ist eine Verpflichtung des preußischen Staats zur Unterstützung ausgeschiedener Lehrer und Lehrerinnen nicht vorhanden. Es handelt sich also bei einer staatlichen Unterstützung lediglich um eine aus freiem Ermessen gewährte ergänzende Hilfe. Es erscheint aber fraglich, ob sich bei der Notlage des Staates und bei der erforderlichen äußersten Beschränkung und Kontingentierung aller Ausgaben die staatliche Unterstützung in dem bisherigen Umfange weiterhin aufrechterhalten lassen wird.

Die Indexziffer im Reiche.

Die Teuerung geht jetzt in den einzelnen Städten ebenso ungleich zurück, wie sie gestiegen war. Der vierwöchentliche Aufwand, für die bekannte Index-Familie hat vor dem Kriege im Reichsdurchschnitt 90,23 Mark ergeben. Nach einer Zusammenstellung, die jetzt für Mitte Dezember vorliegt, betrug der durchschnittliche Monatsaufwand, in Berlin 109,70 Mark, Hamburg 105,91, Köln 130,42, Leipzig 109,82, Dresden 115,34, Breslau 98,35; Essen 130,83, Frankfurt a. M. 121,94, Hannover 105,16, Stuttgart 115,15, Chemnitz 123,09, Dortmund 140,37, Magdeburg 104,89, Königsberg i. Pr. 102,01, Bremen 91,67, Stettin 103,70, Mannheim 115,01, Kiel 99,78, Aachen 91,18, Braunschweig 99,84, Erfurt 111,50, Lübeck 90,56, Darmstadt 103,53, Dessau 101,33, Coblenz 154,72, Solingen 155,34, Worms 113,46, Heilbronn 121,33, Eisenach 101,38, Weimar 103,34, Bautzen 104,56, Gießen 114,92, Lüneburg 82,56, Fulda 101,52, Annaberg 111,23, Reichenbach 100,31. Danach wäre Solingen die teuerste Stadt im Reiche: und ihr schließt sich als zweitteuerste Stadt Coblenz an.

Gegen die Getränkesteuer.

Trier, 15. Jan. Eine Versammlung des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer, in der auch der Wirteverband, der Brauereiverband, der Weinhändlerverein, die Wirteinnung, die Ortsgruppe des Verbandes rheinischer Hoteliers, die Gasthausangestellten, die Küfermeister, sowie der Einzelhandel vertreten waren, nahm eine Entschließung gegen die Getränkesteuer an. Sie sei geeignet, für Handel und Verkehr, sowie besonders für die Erzeugung als gefährlicher Hemmschuh zu wirken, und sie werde Weinbau, Weinhandel, das Braugewerbe, Brennerei- und Wirtegewerbe schwer schädigen, ohne der Stadt zu nutzen. Der Steuerplan werde deshalb nachdrücklich abgelehnt, und bekämpft. Vor allen Dingen werde verlangt, daß in der Stadtverordnetensitzung bald, und zwar namentlich, über die Getränkesteuer abgestimmt werde.

Wertnotgeld in Preußen.

Berlin, 14. Jan. In den nächsten Tagen werden, wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, Notgeldscheine des Freistaates Preußen, lautend über fünf Goldmark entsprechend 50/42 Dollar nordamerikanischer Währung, in den Verkehr gegeben werden.

Börse und Handel

Wiesbadener Viehmarkt.

Wiesbadener Viehmarkt vom 14. Januar. Aufgetrieben waren 25 Ochsen, 26 Bullen, 78 Kühe und Färsen, 177 Kälber, 77 Schafe, 116 Schweine. Marktverlauf: bei Großvieh mittelmäßiges, bei Schweinen und Kleinvieh etwas lebhafteres Geschäft; bei Großvieh verbleibt Ueberstand. An Preisen wurden (1 Pfd. Lebendgewicht) in Grundmark notiert: Ochsen 35—51 Pfg., Bullen 30—44 Pfg., Färsen und Kühe 20—51 Pfg., Kälber 33—60 Pfg., Schafe 25—45 Pfg., Schweine 65—74 Pfg., unreine Sauen und geschnittene Eber 55—60 Pfg.

Berlin, 14. Jan. (Wolff.) Börsenbericht. Die neue Woche brachte im Börsenverkehr keine Belebung. Vielfach zeigte sich mäßiges Angebot, angeblich wegen der Notwendigkeit der Kapitalsbeschaffung. Hierunter litten anscheinend besonders hoch im Werte stehende Industrieunternehmungen wie Deutsch-Luxemburger, Gelsenkirchener, Siemens u. Halske und Gebr. Bochler, die 3 Billionen Prozent überschreitende Kurs-Einbußen erfuhren. Dagegen zeichneten sich einige elektrische Werke wie Bergmann, Elektr. Licht u. Kraft, Felten u. Guilleaume und fast sämtliche Bankaktien durch eine feste Haltung aus. Bevorzugt waren besonders Darmstädter und Nationalbank, die 1,5 Billionen Prozent gewannen. Der Mangel an Käufern wird auf die hohen Umsatzspesen, die etwa 10 pCt. des ausmachenden Betrages umfassen, zurückgeführt, weil sie für eine spekulative Betätigung kaum Aussichten auf Gewinnchancen bei den geringfügigen Kursschwankungen lassen. Deutsche Anleihen waren größtenteils fester im Zusammenhang mit den Hoffnungen bezüglich einer Aufwertung. Am Devisenmarkt neigten die Notierungen vielfach zur Schwebe. Aufsehen erregte ein erhebliches Nachgeben des französischen Frankenkurses, im Anschluß an ausländische Notierungen. Die Devise blieb unverändert.

Berlin, 14. Jan. (Wolff.) Produktenbericht. Der Produktenmarkt zeigte eine etwas festere Haltung als in der Vorwoche. Roggen war zu etwas erhöhten Preisen zu verkaufen, weil Nachfrage für die Reichsgetreidestelle bestand und das inländische Angebot zurückhaltender war. Russischer Roggen wurde zu hoch im Preise gehalten, um Käufer zu finden. Weizen wurde wenig umgesetzt. Gerste war für Brauereien gesucht, Hafer wurde nur weniger vom Inlande angeboten. Mehl war still, Futterartikel hatten eher festere Haltung.

Die deutsche Not

Auch die englischen Arbeiter wollen helfen.

London, 14. Jan. Daily Telegraph zufolge wurde ein von dem Sekretär des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei Arthur Henderson unterzeichneter Aufruf an die Gewerkschaften, die Arbeiterparteien und ihre Anhänger gerichtet, worin sie aufgefordert werden, der Arbeiterbewegung in Deutschland zu Hilfe zu kommen. Es heißt in dem Aufruf u. a.: Es sei unmöglich, die vollkommen phantastischen Verhältnisse, die durch den katastrophalen Sturz der Währung in Deutschland herbeigeführt worden sind, zu schildern.

Der tschechoslowakische Außenminister über Deutschlands Notlage.

Paris, 14. Jan. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Belgrad soll der tschechoslowakische Außenminister Benesch gestern erklärt haben, die Hungersnot in Deutschland infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Landes erscheine so unvermeidlich, daß wahrscheinlich die Länder der Kleinen Entente energische Schritte zu unternehmen gezwungen sein würden, um die Ernährung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen. Er stehe Frankreich sehr freundlich gegenüber aber er glaube, daß Deutschland angemessene Reparationen zahlen würde, sobald es dazu imstande sei. Es müsse ihm indessen auch die Aussicht eröffnet werden, sich wirtschaftlich zu erholen. Benesch soll dem Korrespondenten der Chicago Tribune gegenüber ausdrücklich die Behauptung, daß Deutschland über große Mengen von Nahrungsmitteln verfüge und keiner Hilfe bedürfe, für völlig unwahr erklärt haben.

Zur Lohnfrage

Ausschreitungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. Jan. Gemäß der wilden Generalstreikparole versuchten heute die Arbeiter die Straßenbahner zum Streiken zu zwingen, was von diesen abgelehnt wurde. Auch in anderen städtischen Betrieben hatte man mit der Streikagitation keinen Erfolg. An einer Stelle wurden die Straßenbahnschienen aufgerissen, sodaß ein Straßenbahnwagen entgleiste. Heute Mittag wurde ein auf dem Heimwege befindlicher Polizeibeamter von einer Rotte junger Burschen angegriffen und, als er sich zur Wehr setzte, durch zwei Schüsse verletzt. Die Burschen entflohen. Im allgemeinen gelang es der Polizei, die Ruhe in einzelnen Fällen von Ruhestörung schnell wiederherzustellen und die Arbeitswilligen zu schützen.

Die sozialistischen Gewerkschaften lehnen den Generalstreik ab.

Köln, 14. Jan. (Wolff.) Der „Köln. Zeitung" zufolge lehnen die sozialistischen Gewerkschaften im ganzen Westen den Generalstreik ab. Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor weder für einen Kampf der Metallarbeiter noch für einen Generalstreik zu haben; ausgenommen einige wenige Orte wie Krefeld, Benrath und Hilden, widerstand die Arbeiterschaft bisher allen Lockungen und Drohungen der Kommunisten. Der Düsseldorfer Kampf hat so gut wie gar nicht auf das engere Industriegebiet übergegriffen, außer in Opladen, wo es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden u. Arbeitslosen mit der Polizei kam. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Weitere Ausdehnung des Seemanns-Streikes.

London, 14. Jan. (Wolff.) Reuter zufolge hat sich der Streik der deutschen Seeleute beträchtlich ausgedehnt. Nach einer unter dem Vorsitz Havelock Wilsons abgehaltenen Konferenz von Delegierten aller Schiffe, die im Londoner Hafen liegen und von der Bewegung bedroht sind, wurde einstimmig beschlossen, nicht nachzugeben und Weisungen an alle Häfen zu senden, wodurch die Seeleute auf den deutschen Schiffen zur Arbeitseinstellung aufgefordert werden.

Kleine Meldungen

Die Vereisung der Ostsee.

Die Vereisung der Ostsee hat zugenommen. Der dänische Schiffsverkehr in der Ostsee hat beinahe aufgehört. Sogar die größten Schiffe haben die erdenklichste Mühe, durch den Sund zu kommen. Im Sund liegen viele Dampfer vom Eis eingeschlossen, [illegible] Eisrillen; an [illegible] Eisschollen mehrere Meter hoch aufgetürmt. Der Fährdienst ist zum Teil eingestellt. Nach einem Telegramm aus Kopenhagen ist die Insel Seeland landfest mit Schonen.

Wegen der riesigen Schneeverwehungen traf der Berliner D-Zug in Königsberg mit sieben Stunden Verspätung ein. Auf einer Reihe ostpreußischer Strecken mußte der Verkehr eingestellt werden. Auch auf den von Königsberg ausgehenden Strand- und Kleinbahnen ist der Verkehr lahmgelegt.

Verurteilungen wegen Waffenschiebungen.

Erfurt, 11. Jan. Wegen großer Waffenschiebungen im August und September 1920 im Reichswerk zu Erfurt wurden der Fabrikant Walter Sauerbrey aus Suhl wegen versuchten Betrugs und Vergehens gegen das Waffengesetz vom 7. Aug. 1920 zu neun Monaten Gefängnis und Hermann Tamm aus Erfurt und Betriebsleiter Hermann Sonnenberg aus Erfurt wegen versuchten Betrugs und versuchten Diebstahls zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Disziplinarverfahren gegen einen Stadtrat.

Berlin, 11. Jan. Der hiesige Stadtrat Dr. Höfner, gegen den wegen Amtsmißbrauchs ein Disziplinarverfahren eröffnet worden war, wurde nach Beendigung des Verfahrens seines Amtes enthoben.

Raubüberfall auf eine Bank.

Ohrdruf, 11. Jan. In das Geschäftslokal der Filiale Gräfenroda des Hofbankhauses Max Müller-Gotha drangen gestern abend nach Geschäftsschluß acht maskierte Räuber unter Vorhalten von Revolvern und Handgranaten ein. Die vorhandenen Barbeträge fielen den Räubern in die Hände. Wie der „Thüringer Waldbote" in Ohrdruf zuverlässig erfährt, ist das Hofbankhaus durch Rückversicherung voll gedeckt. Die Räuber sind unerkannt entkommen. Die Depots und Depositen sind unverletzt, da die Einbrecher keinen Versuch machten, an die Tresors heranzukommen.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 16. Jan. (Musikabend.) Am vergangenen Sonntag erfreute die hiesige Musikschule ihre Mitglieder und deren Angehörige durch ein kleines Konzert, das unter der vortrefflichen Leitung des Herrn Musikdirektor Köhler im Hotel „Weilburger Hof" stattfand. In Verbindung mit diesem Abend fand gleichzeitig die offizielle Gründung der schon seit geraumer Zeit bestehenden Chorvereinigung unter Anschluß an die genannte Musikschule statt. Das Programm war nach dem Grundsatz: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen" in sehr geschmackvoller Weise aufgestellt. Soli und Orchestervorträge wechselten in angenehmer Reihenfolge mit Chören und — komischen Vorträgen, denn auch der Humor behauptete seinen Platz, der ihm gebührt. Hervorgehoben sei auch besonders der von Herrn A. Köhler arrangierte, reizende Damen-Reigen, der wohlverdienten Beifall fand. Wie schon erwähnt, lag der Feier die Gründung eines gemischten Chores zugrunde, dessen Hauptaufgabe es sein soll, die Werke unserer klassischen Tonmeister zu pflegen und unseren musikliebenden Einwohnern zu übermitteln. — In Vorbereitung befindet sich die Dichtung „Die Glocke", von Schiller, in Musik gesetzt von A. Romberg, die, wie wir hören, in einigen Wochen aufgeführt werden soll. Bemerkt sei noch, daß der genannte Chor eine große Anzahl kunstliebender Damen und Herren in seinen Reihen zählt, was auch gleichzeitig noch vielen gleichgesinnten Musikfreundinnen und -Freunden als Ansporn dienen möge, dem Chor beizutreten, zur eigenen Freude und zur Verherrlichung der Kunst. — Wir wünschen Herrn Köhler, daß seine schwere Arbeit durch großen Eifer der Mitglieder und stetes Zusammenhalten der Chorvereinigung belohnt werde, die letzten Endes auch unserer Volksbildung dient.

Bad Ems, 16. Jan. (Kirchliches.) [illegible] Kälte fällt die heutige Zusammenkunft des evangelischen Frauenvereins im Gemeindesaal aus.

Dausenau, 16. Jan. Bei der vorgestern abgehaltenen Treibjagd fanden Treiber etwa 2,5 Kilometer von Dausenau im Distrikt „Kalte Gäßchen" eine männliche Leiche ohne Kopf. Anscheinend liegt Selbstmord vor, da man an einem in der Nähe befindlichen Baume einen Strick fand. Der Kopf dürfte den nahen Abhang hinuntergefallen sein. Die Leiche war schon stark verwest, in der Hosentasche fand man einen 100 und einen 5 Markschein. Papiere wurden bis jetzt noch nicht gefunden, sodaß die Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Ermittelungen sind im Gange.

Diez, 16. Jan. (Radfahrklub 1920.) Der Radfahrklub 1920 hielt am vergangenen Sonntag im Hotel Victoria ein Wintervergnügen ab, verbunden mit Uebergabe der neuen Standarte. Die Beliebtheit des Radfahrklubs hatte eine stattliche Anzahl Besucher herbeigelockt. Nach Abwicklung eines schönen Konzertprogramms durch die bekannte Kapelle Höhn-Limburg erfolgte die Uebergabe der Standarte an den Verein. Von dem übergebenden Vorstandsmitglied wurde der bisherige Entwicklungsgang und die errungenen Erfolge kurz gestreift, die zeigten, daß der Verein lebensfähig und existenzberechtigt ist. Der z. Zt. aus Mitgliederkreisen geäußerte Wunsch zur Beschaffung der Standarte war nur möglich durch die zahlreichen Spenden, die aus dem Verein selbst und der Bürgerschaft geflossen sind. Redner knüpfte an die Uebergabe den Wunsch, daß sich zu den bisher errungenen Erfolgen in diesem Jahre weitere gesellen mögen, zur Ehre des Vereins und unserer Vaterstadt. Die Standarte selbst ist, wie wir uns überzeugen konnten, meisterhaft ausgeführt. Die übliche Verlosung und der daran anschließende Ball hielt die Teilnehmer noch lange zusammen.

Extra billige Tage mit 20% Ermässigung

auf sämtliche Bestände

in
Herren-Anzüge
Jünglings-Anzüge
Knaben-Anzüge
Herren-Paletots
Bozener-Mäntel
Gummi-Mäntel

Ganz besonders billiges Angebot in schönen weichen wolligen
Bettkoltern
in riesiger Auswahl

in
Damen-Mäntel
Kinder-Mäntel
Costüme
Kleider
Blusen
Röcke
Gestr. Westen u. Jacken

geschäftlich durchgehend von 9 bis 6 Uhr.

Unsere Preise in sämtlichen anderen Waren liegen meist unter den heutigen Herstellungspreisen und empfiehlt es sich schon deshalb, sich nach Möglichkeit jetzt einzudecken, da die Preise in kurzer Zeit ganz bedeutend höher sein werden.

Ganz besonders billige Angebote in Hemdbiber gestreift und karriert, **Kleider-Biber, Nessel, Hemdentuche, Handtücher, Damaste usw.**

Riesige Auswahl zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen in einfarbigen und gemusterten halb- u. reinwollenen Kleiderstoffen.

Sie werden von unserer Billigkeit überrascht sein.

Kaufhaus A. Kœnigsberger Diez a. L.

Wann soll man mit dem Inserieren aufhören!?

1. Wenn die Bevölkerung aufhört, sich zu vermehren, wenn keine Generationen mehr nachkommen, die nie von euch gehört haben.

2. Wenn ihr jeden, der euer Kunde sein könnte, überzeugt habt, daß eure Waren besser und eure Preise billiger sind, als die der anderen Firmen.

3. Wenn ihr bemerkt, daß die Leute, welche nicht anzeigen, ihre Konkurrenten überflügeln.

4. Wenn ihr den Rat der gescheitesten und erfolgreichsten Geschäftsmänner vergessen habt.

5. Wenn jedermann ein solcher Gewohnheitsmensch geworden ist, daß er ganz gewiß dieses Jahr am gleichen Ort wie letztes Jahr kaufen wird.

6. Wenn keine jüngeren und frischen Konkurrenten mehr auftauchen und die Zeitungen benützen, um der Welt zu verkünden, daß man vorteilhafter bei ihnen als bei euch kauft.

Mit einem Wort: Man soll nie aufhören, zu inserieren.

Petroleum

wieder eingetroffen. Jedes Quantum lieferbar.

Seb. Holler

BAD EMS, Römerstrasse 22

Ordentliches
Mädchen
tagsüber gesucht.
Frau Carl Thomas, Diez.

Mädchen
gesucht.
Bad Ems Römerstr. 54 I. Etg.

Klavier
zu mieten gesucht gegen Goldmiete.
Näheres Geschäftsstelle.

Die Beleidigung gegen Frl. M. Brüggemann nehmen wir mit Bedauern zurück.
H. Vack und Frau, Diez.

Beinkranke!
mit
Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias
behandelt rasch und naturgemäß
Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 125 I. Etg.
Eingang: Roonstraße.
Sprechstunden:
Jeden Mittwoch von 4—10 Uhr.

Sie finden nur Qualitäten

Ein ganz besonders billiges Angebot!

Sie werden stets reell bedient

Bettdamast Satin-Ware 130 breit, 1 Meter **2,40**	Kleiderdrucks beste Qualität Meter **1,20**	Schürzenzeuge 120 breit, Stuhlware Meter **1,65**	Manchester **HOSEN** grün und braun **15.—**
Bettdamast Satin-Ware 160 breit Meter **3,30**	Kleiderstoffe alle Farben Meter **2,20**	Weisser Flanell nur Qualität Meter **1,35**	Eisenfeste Hosen extra schwer **7.—**
Damast-Handtücher sehr schöne Dessins Meter **1,30**	Halbwollene Kleiderstoffe Meter **1,65**	Ungebl. Rohflanell Meter **1,20**	Normalhemden Stück **2,50**
Hemdenflanell Ia. Qualität Meter von **0,90** an	Handtücher von **0,50** an	Bettkattune schöne Muster, gute Ware Meter **1,20**	Einsatzhemden Stück **2,70**

Ein Posten Decken . Stück 2.90 Ein Posten Strickwolle . Strang 1.00

Keine Schaufenster

Wilh. Müller - Webwaren - Diez (Lahn)

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir Allen unseren herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Speier.

Nievern, den 14. Januar 1924.

Meiner werten Kundschaft
empfiehlt zu Kleinverkaufspreisen
Limburger Käse
per Pfd. 1.— Mark
Tilsiter Käse Vollfett
per Pfd. 1.70 Mark
Schweizer Käse
per Pfd. 2.20 Mark
A. Straub
Freiendiez. Fernruf 223.

Anzeigen
für den Lahnboten
nimmt an
Zigarrengeschäft
Rudolf Degenhardt, Nassau
Mauerstraße

Bekanntmachung

Auf Veranlassung der Besatzungsbehörde wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Manifestationen und Ansammlungen in den Straßen der Stadt strengstens verboten sind.

Bad Ems, den 15. Januar 1924 **Der Magistrat.**

Für Wiederverkäufer!
Ständig lieferbar
Ia. Käse
Schweizer, Tilsiter, Limburger, Romadour, Camembert
A. Straub Diez - Freiendiez Fernruf 223.

Wandkalender
für das Jahr 1924 sind zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Drucksachen
jeder Art liefert schnellstens zu zeitgemässen Preisen die
Buch- und Steindruckerei
H. Chr. Sommer
Bad Ems und Diez

Der weise Zauberer bin ich,
Auf Vielerlei versteh ich mich.
Ich zeige hier für Jedermann,
Was Erdal alles leisten kann.

Erdal
Schuhpasta Bohnerwachs
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 14 | Bad Ems Donnerstag den 17. Januar 1924 | 2. Jahrgang

Eröffnung des englischen Parlaments.

Die Thronrede. Die Debatte im Unter- und Oberhaus.

Persönlichkeit

Aufwärts kommt ein Volk nur durch Kraft. Wo Schwäche ist, da ist Stillstand und Untergang, Zerfall. Wer an ein Aufwärts glaubt, muß an Kraft glauben, selbst Kraft haben, die Kraft, die die edelste und hochwertigste von allen ist, die Kraft der Seele, die innerliche Kraft, die Kraft des Charakters, der Persönlichkeit. Alles Große wächst nur aus innen heraus, und wenn da drinnen der Keim zur Größe liegt, dann kommt sie ins Leben, muß sie kommen, dann erzwingt sie sich den Weg hinaus in die Wirklichkeit.

Das ist das große Ziel, aller Erziehung, Menschen zu bilden von Kraft und Charakter. Das ist die große Aufgabe, der Volkserziehung, Volksgemeinschaft zu schaffen durch Pflege der Persönlichkeit, die da in jedem einzelnen, wenn auch nur schlummernd, vorhanden ist.

Hierzu sind alle berufen und alle auserwählt. Denn diesen inneren Reichtum macht nicht Wissen aus. „Der Charakter des Menschen sitzt nicht im Verstande, sondern im Herzen." Die Seele des Menschen ist die Quelle seiner Kraft. Aus der Kraft der inneren Persönlichkeit strömt die Größe und der Sinn für Größe. Und all der deutsche Idealismus, der da nach wie vor das Wesen unserer Seele ist, er ist nichts als das glaubende Bestreben mit [illegible] der Seele zu erfüllen [illegible] das Leben des Tages in Verbindung zu bringen mit der Kraft der Seele Wenn der Persönlichkeitsreichtum groß und voll ist, dann muß er überströmen über die eigene Seele hinaus, dann muß er sich ergießen ins Leben, es zu adeln und zu erheben zu immer lauterer Höhe.

Der Keim der Zukunft liegt darum nicht draußen, sondern drinnen. Die Voraussetzung zu allem Großen, das da werden soll, liegt in dem einzelnen. Je mehr der einzelne wächst, um so mehr wächst das Ganze. Je mehr der Einzelne hineinwächst in den einen Urquell der persönlichen Kraft und Größe, um so erhabener und gewaltiger wird das Kommende, das Neue, Bessere, an das wir glauben. „Es sei jeder vollendet in sich." Dann, sagt ja Schiller, ist keiner gleich dem andern, doch jeder dem Höchsten." Dann wächst aus der Persönlichkeit des einzelnen heraus die neue große Einheit von Volk und Vaterland.

Rechberg und Stinnes

Paris, 16. Jan. Arnold Rechberg erklärte dem Berliner Berichterstatter des Matin zu den Vorschlägen des Herrn Hugo Stinnes, er sei völlig mit Stinnes darin einig, daß die Micum-Verträge mit der Industrie im Ruhrgebiet nicht lebensfähig seien. Es gebe keine Industrie die einen beträchtlichen Teil ihrer Produktion vertraglich liefern könne, ohne ihre Betriebsmittel und ihre Reserven aufzuzehren. Eine derartige Industrie werde bald paralysiert werden. Auch die Sachlieferungen in großem Maßstab, so wie sie Stinnes nach dem Muster seiner Verträge mit der Micum vorschlage, würden die Reparationsfrage nicht lösen und das gespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nicht beseitigen. Diese Lieferungen würden der französischen Industrie großen Schaden zufügen und auch die Finanzen des deutschen Staates seien zu gespannt, als daß er derartige ungeheure Sachlieferungen bezahlen könnte. Der Plan Stinnes könne auch den Kredit Deutschlands nicht verbessern. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland seien die, die zwischen Gläubiger und Schuldner bestehen, in denen der legale Schutz fehle. Frankreich verfüge über eine starke Heeresmacht und könne sich derselben jeden Augenblick bedienen, um seine Forderungen zu erhalten. Diese Lage sei in Amerika bekannt und mache es Deutschland unmöglich, Kredit zu bekommen. Deshalb trete er für die Beteiligung an der deutschen Industrie ein, denn nur so könne Deutschland in Amerika Kredit finden. Er (Rechberg) könne versichern, daß er in Frankreich die Zustimmung vieler bedeutender Persönlichkeiten gefunden habe.

WTB. London, 14. Jan. Der König eröffnete heute das neu gewählte Unterhaus mit einer Thronrede, in der er unter anderem sagte:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind nach wie vor freundschaftlicher Art. Ich freue mich, einen endgültigen Fortschritt bei der Lösung der Fragen feststellen zu können, die bisher den Weg zu einem gegenseitigen Einverständnis versperrt und die Wiederherstellung der Welt verzögert haben. Der Wiederherstellungsausschuß hat zwei Ausschüsse eingesetzt, in denen Sachverständige aus den Vereinigten Staaten mit denen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens zusammen arbeiten werden, um die ernsten finanziellen Fragen zu prüfen, die mit der Lage Deutschlands in Zusammenhang stehen. Ueber den zukünftigen Status der Gebiete von Tanger, das seit langem Anlaß zu Störungen gab, ist zwischen Vertretern der nächstbeteiligten Mächte eine Vereinbarung erzielt worden, die für die Errichtung eines internationalen Regimes durch Förderung des Verkehrswesens und Handels Vorsorge trägt. Es wird eine Vorlage eingebracht werden, durch die der Lausanner Vertrag mit der Türkei ratifiziert werden soll. Dann werden die freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei wieder beginnen. Weiter sagt die Thronrede, in der Frage des Alkoholverbots stehe mit den Vereinigten Staaten der Abschluß eines Abkommens bevor, welches die glücklichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern u. Völkern noch mehr stärken werde. Der Einfluß des Völkerbundes werde mit allen im Bereich der Möglichkeit liegenden Mitteln weiter gestärkt werden. Nach Erwähnung der Schwierigkeiten, die mit Afghanistan [illegible] der an der indischen Grenze verübten Mordtaten entstanden sind, [illegible] weiter: Die letzte Reichskonferenz hat einen entschiedenen Fortschritt im Zusammenwirken der Glieder des britischen Reichs gebracht. Besonders ist Vorsorge getroffen worden, den Wünschen der Dominions durch eine wesentliche Ausdehnung des Grundsatzes der Reichsvorzugsbehandlung, die von der Konferenz im Jahre 1917 erklärt wurde und seit 1919 in Kraft ist, zu entsprechen.

Mit Bezug auf die innerpolitischen Schwierigkeiten heißt es in der Thronrede: Ich stelle mit Befriedigung fest, daß die Pläne zur Beschaffung von Arbeit im letzten Jahr die Wirkung gehabt haben, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Eine gewisse Zahl von Arbeitern ist aber immer noch außerstande, Beschäftigung zu finden. Dies verursacht mir große Sorge. Meine Minister haben jüngst dem Lande Vorschläge hinsichtlich der Schutzzölle unterbreitet, die nach ihrer Ansicht wesentlich zur Lösung dieses Problems beigetragen haben würden, und zwar durch größere Sicherung der Industrie auf dem heimischen Markt und durch bessere Bedingungen für die Ausfuhr nach den Dominions und dem Auslande. Diese Vorschläge sind von dem Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird Ihre Zustimmung zur Ausdehnung und Verbesserung der Handelsmöglichkeiten und der Ausfuhrpläne erwartet werden; ferner zu den Vorschlägen der Reichskonferenz, betreffend beschleunigte Durchführung und Subventionierung gewisser öffentlicher Arbeiten im ganzen Reich, auch wenn sie unter Aufsicht der örtlichen Behörden stehen oder von privaten Gesellschaften vorgenommen werden. Die Thronrede erwähnt dann noch die Pläne der Arbeitsbeschaffung in der Schiffsbauindustrie durch Bau von Kreuzern und Hilfsfahrzeugen, durch Vergrößerung der Luftflotte zur Landesverteidigung, durch Entwicklung der allgemeinen und der technischen Fortschritte mit Rücksicht auf die Beschäftigungslosigkeit jugendlicher Arbeiter. Schließlich wird ein Plan erwähnt, eine Konferenz von landwirtschaftlichen Interessenten und Angehörigen der politischen Parteien einzuberufen, um eine bestimmte Politik zu beschließen, durch die die Anbaufläche Englands auf derselben Höhe gehalten und den landwirtschaftlichen Arbeitern ausreichende Löhne zugesichert werden.

Die Debatte im Unterhaus

WTB. London, 15. Jan. Im Laufe der Adreßdebatte im Unterhaus sagte der Führer der Arbeiterpartei, Macdonald, die Lage Europas gleiche derjenigen vom Jahre 1912 mit rivalisierenden Armeen, einer rivalisierenden nationalistischen Politik und ungeheuren Ausgaben für destruktive Vorbereitungen. Die Nationen der Alliierten betrachteten einander mit halb verhehlter Feindseligkeit. Der Einfluß Großbritanniens müsse wiederhergestellt werden durch geschickte Handhabung einer Politik der Voraussicht, bei Beachtung der Empfindlichkeiten anderer Völker, verbunden mit einer freundschaftlichen aber festen Betonung der Interessen Großbritanniens. Ein europäischer Ausblick sei erforderlich, und wenn dieser gesichert sein würde, verzweifele er nicht an Europa. Großbritannien hätte heute keine entschlossene Politik auf dem Kontinent und es wäre Zeit, hierin Wandel zu schaffen. Die Regierung hätte das Vertrauen des Hauses und des Landes verloren. (Lauter Beifall bei der Arbeiterpartei.) Macdonald schilderte dann die beklagenswerte Lage, die durch die Not in Mitteleuropa herbeigeführt sei, und erklärte, hier müsse Einhalt getan werden. England sollte erklären, daß es hier Einhalt tun wolle, und sollte bereit sein, seinen Anteil zu übernehmen, eine Politik zu beginnen, und eine Maschinerie zu schaffen, die diese Lage wirksam beenden würde.

Vor Macdonald hatten für die konservative Partei Mister Banks und Lord Apsley eine Erklärung abgegeben und in ihnen die Ausführungen der Thronrede gebilligt.

Nach Macdonald sprach Lloyd George. Er drückte die Hoffnung aus, daß jede kommende Regierung, welcher Art sie auch sein möge, den Einfluß zu wahren wisse, auf den England um seiner Macht und seiner Stellung willen Anspruch habe.

Die Aufnahme der Thronrede im Oberhaus

[illegible] 16. Jan. Im Oberhaus ergriff [illegible] liberalen Partei Lord Grey das Wort. Obwohl die Reparationskommission nunmehr zwei Sachverständigenausschüsse zur Untersuchung der finanziellen Lage Deutschlands eingesetzt habe, sehe er durchaus nicht optimistisch im Hinblick auf die Lage in Europa. Europa wandere immer noch auf dem alten Weg, den es schon vor dem Kriege beschritten habe. Wenn es auf diesem Wege fortfahren werde, gerate es in immer beklagenswertere Zustände. Die europäischen Nationen müßten einen neuen Weg einschlagen, wenn sie zu endlicher Sicherheit gelangen wollten. Der einzige, den er dafür sehe, sei der, daß jede Nation das Völkerbundsabkommen unterzeichnet, d. h., daß ihre bewaffnete Macht nur noch unter der Leitung des Völkerbundes eingesetzt werden könne. Mit Bezug auf die politischen Angelegenheiten sprach sich Lord Grey dafür aus, daß es angesichts des Drei-Parteien-System durchaus wünschenswert wäre, wenn der künftige Außenminister die Führer der beiden anderen Parteien regelmäßig bei sich empfangen und die Grundlinien seiner Außenpolitik mit ihnen erörterte, so daß er sagen könnte, daß er hierbei die allgemeine Unterstützung des Landes hinter sich habe. Einer ständigen Zusammenarbeit zwischen der liberalen und der Arbeiterpartei stehe an und für sich nichts im Wege. Grey fügte hinzu, daß er der kommenden Arbeiterregierung ohne Voreingenommenheit entgegensehe. Mit Hinblick auf die innere Politik seien die Ziele der Liberalen dieselben, wie die der Arbeiterpartei.

Lord Curzon erwiderte, es sei wahr, daß schwere Wolken über der internationalen Situation ständen. Die Regierung sei der Ansicht, daß der einzige Schlüssel zur Lösung in der Aufrechterhaltung der Entente liege. Er sei für die vollste Oeffentlichkeit der Regierungspolitik. Denn je öffentlicher sie vor sich gehe, desto besser werde im Lande erkannt werden, wie angebracht sie gewesen sei und wie wenig sie den Vorwurf der Unentschlossenheit und der Ohnmacht verdiene.

Das Mißtrauensvotum der Arbeiterpartei

WTB. London, 15. Jan. Reuter meldet: Der Antrag der Arbeiterpartei, der zur Antwortadresse auf die Thronrede eingebracht werden soll, stellt ein unmittelbares Mißtrauensvotum für die Regierung dar.

London, 16. Jan. Herr Clynes wird im Namen der Arbeiterpartei in Erwiderung auf die Thronrede folgendes Amendement einbringen: Es ist unsere Pflicht, Ew. Majestät ehrerbietig bekanntzugeben, daß Eure gegenwärtigen Ratgeber nicht das Vertrauen des Unterhauses genießen.

Politische Nachrichten

Deutschland

Entdeckung eines Attentats gegen General v. Seeckt

Berlin, 15. Jan. Heute morgen fand in Berlin im Kaffee Josty eine Verhaftung statt, der politische Bedeutung beigemessen wird. Es soll sich um einen von rechtsradikaler Seite ausgehenden Attentatsplan gegen eine sehr hoch stehende politische Persönlichkeit handeln. Augenblicklich finden die notwendigen Vernehmungen statt. Weitere Einzelheiten können im Moment nicht mitgeteilt werden.

Berlin, 16. Jan. Ueber die Vorgeschichte der Verhaftungen im Kaffee Josty erfährt der Lokalanzeiger folgendes: Die bayrische Regierung habe in Erfahrung gebracht, daß von rechtsradikaler Seite in einem kleinen Kreise ein Plan ausgearbeitet werde, um eine Umwälzung in Deutschland herbeizuführen. Jugendliche Phantasten hatten anfänglich beabsichtigt, den Oberbefehlshaber der Reichswehr, General von Seeckt, den bayrischen Präsidenten von Kahr und den Militärbevollmächtigten von Lossow zu ermorden. Dadurch hofften sie, den Prozeß gegen Hitler, Ludendorff und Genossen zu verhindern. Die bayr. Regierung machte der preußischen Mitteilung, die sofort die weiteren Nachforschungen durch den Berliner Untersuchungsrichter veranlaßte. Diese ergab, daß das Haupt der Verschwörung der 28jährige Kaufmann und frühere Offizier Thormann ist, der gestern bei Josty verhaftet wurde.

Preußen, Rheinland und Westfalen.

Berlin, 15. Jan. Am kommenden Samstag [illegible] des preußischen Ministeriums [illegible] die Lage in Rheinland und Westfalen statt, zu der die berufenen Vertreter dieser beiden Provinzen geladen sind. Es handelt sich in erster Linie darum, über die Beziehungen der beiden Provinzen zu Preußen für die Gegenwart und Zukunft völlige Klarheit zu schaffen und die Bestrebungen, die auf eine Aenderung dieser Beziehungen hinzielen, in ihren Beweggründen und in ihren Zielen offenzulegen.

Warnung vor einem Aufwertungsverbot

Darmstadt, 15. Jan. Der Richterverein beim Reichsgericht hat an die Reichsregierung und den Reichsrat eine ausführlich begründete Eingabe gerichtet, in der er aus Anlaß eines geplanten Aufwertungsverbotes seine warnende Stimme erhebt. Wenn der höchste Gerichtshof des Reiches nach sorgfältiger Erwägung des Für und Wider zu einer Entscheidung gelangt sei so dürfe wohl erwartet werden, daß die von ihm vertretene Auffassung nicht durch einen Machtspruch des Gesetzgebers umgestoßen wird.

Bayern

Oberleutnant Kriebel, der militärische Leiter des Hitlerputsches, der seit dem 9. November flüchtig ist, wird sich laut „Voss. Zeitung" am Mittwoch vormittag der Staatsanwaltschaft beim Volksgericht in München stellen. Er soll sich dazu entschlossen haben, damit die Verhandlungen gegen die Hauptteilnehmer des Umwälzungsversuches ein geschlosseneres Bild der Vorgeschichte der Ereignisse des 8. November geben.

Frankreich

Zwei Unterausschüsse.

Paris, 15. Jan. Nach einer Meldung des Newyork Herald soll in der Nachmittagssitzung des ersten Sachverständigenausschusses beschlossen worden sein, zwei Unterausschüsse einzusetzen, einen für die Stabilisierung der deutschen Währung mit Young an der Spitze, und einen zweiten für den Ausgleich des deutschen Budgets, dessen Vorsitz General Dawes übernehmen soll. Desgleichen soll nach dem Blatt beschlossen worden sein, nach einer Tätigkeit von einer Woche in Paris nach Berlin zu gehen. Man nimmt jetzt an, daß die Arbeiten des Komitees im April beendet sein werden.

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Paris, 16. Jan. Der Sachverständigenausschuß beschloß, daß alle Protokolle geheim gehalten und sämtliche Ausschußmitglieder verpflichtet würden, der Presse keinerlei Mitteilungen zugehen zu lassen oder Interviews zu gewähren. Jede Mitteilung für die Oeffentlichkeit wird durch den Sekretär der Konferenz vorher im Wortlaut festgestellt und vorher dem Ausschuß vorgelegt werden.

Der Frankensturz.

Paris, 15. Jan. Im heutigen Ministerrat wird der Ministerpräsident Maßnahmen zum Schutze des Franken vorschlagen. Er hatte gestern abend eine längere Unterredung mit dem Finanzminister und dem Justizminister, in deren Verlauf die Maßnahmen besprochen wurden, die ergriffen werden sollen, um den Entwertungsmanövern, die gegen den französischen Franken unternommen würden, zu begegnen. Auch der Handelsminister verhandelte gestern mit den Vertretern der Warenbörsen, um über die Nachwirkungen des Frankensturzes auf das Genaueste unterrichtet zu werden. In den Wandelgängen der Kammer wurde die Frage des plötzlichen rapiden Frankensturzes eingehend besprochen und es wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt, die man ergreifen könne, um die Frankenkrise zu beseitigen.

So ist nach Havas von einer strengen Kontrolle der Devisen gesprochen worden, von einer Zentralisierung des Devisenhandels durch die Bank von Frankreich sowie von Einzelheiten die ergriffen werden müßten, um die Devisen nach Frankreich zurückzuführen, die die Exporteure im Auslande belassen haben. Jedenfalls wünscht man aber eine erhöhte Wachsamkeit, um die Versuche zu durchkreuzen, die im Auslande gegen den Kredit Frankreichs unternommen werden. Nichts rechtfertige das plötzliche Sinken des Franken. Mittwoch werde der Finanzausschuß der Kammer in Anwesenheit des Finanzministers die Frage besprechen.

Wie im Echo de Paris mitgeteilt wird, ist auch die Rede davon, durch eine vorübergehende Erhöhung einiger Steuern der Frankenkrise entgegenzuarbeiten. Jedenfalls werde der Ministerrat heute beschließen, daß keine Inflation getrieben werden soll.

Gestern abend ist das Pfund an der Nachbörse auf 98 Franken, der Dollar auf 23,27 Franken gestiegen.

London, 15. Jan. Die Blätter bezeichnen den neuen Frankensturz als aufsehenerregend und heben die in Paris darüber erregte große Besorgnis hervor. Dem Pariser Berichterstatter der Morningpost zufolge ist die einzig mögliche Erklärung für den plötzlichen Zusammenbruch des Franken die, daß die großen und kleinen französischen Kapitalanlagen über die Wendung, die die Dinge genommen hätten, beunruhigt seien, weshalb sie ausländisches Geld und ausländische Wertpapiere kauften gegen Abgabe französischer Wertpapiere.

Der Pariser Berichterstatter der Daily News schreibt, die Ursache des Frankensturzes werde in Frankreichs auswärtigen Beziehungen gesucht. Man erwähne in diesem Zusammenhang die britische Haltung nach der Erschießung des Separatistenführers Heinz in Speyer. Curzons beharrt auf eine unabhängige Untersuchung der Lage in der Pfalz.

Daily News schreiben in dem Leitartikel: Die Wirkung der Ruhrbesetzung und das Verschwinden Deutschlands als eine wirtschaftliche Einheit sei jetzt klar zu übersehen. Wenn Poincaré oder sein Nachfolger beschließen würde, daß Deutschland, um Frankreich vor der vollständigen finanziellen Katastrophe Schulden auf einer vernünftigen Grundlage zu bezahlen, so werde die Gesamtlage in Europa eine bemerkenswerte Umwandlung erfahren.

Auch der Manchester Guardian führt aus, man könne nur hoffen, daß das Dilemma, in dem der nächste französische Finanzminister sich befinden werde, ihn dazu veranlassen werde, Deutschland weniger als Feind anzusehen, als vielmehr als Schuldner, der bei vernünftiger Behandlung Frankreich zum schließlichen finanziellen Gleichgewicht verhelfen könne.

Einladung an Dr. Schacht.

Paris, 16. Jan. Der erste Sachverständigenausschuß unter dem Vorsitz des Generals Dawes hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Direktor der Reichsbank Dr. Schacht zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um von ihm bestimmte Aufschlüsse über gewisse Währungsfragen zu erlangen, die wie der Bericht besagt, noch der Aufklärung bedürfen.

Prüfung der Note über die interalliierte Militärkontrolle.

Paris, 15. Jan. Die deutsche Note in der Frage der interalliierten Militärkontrolle unterliegt, wie der Petit Parisien mitteilt, zur Zeit aufmerksamer Prüfung von Seiten des Vorsitzenden der Kontrollkommission in Deutschland General Nollet, der sie alsdann mit seinem Gutachten, namentlich mit den Feststellungen über die Operationen in München, der Botschafterkonferenz übermitteln werde. Erst dann werde diese über die Beantwortung der deutschen Demarche beschließen.

Zur Lage in Sachsen

Die neue Regierung.

Dresden, 15. Jan. In der heutigen Sitzung des Landtages stellte der neue Ministerpräsident Heldt dem Hause das neue Kabinett vor, das sich wie folgt zusammensetzt: Müller (Soz.) Inneres, Kaiser (Deutsche Volkspartei) Volksbildung, Bünger (Deutsche Volkspartei) Justiz, Reinhold (Demokrat) Finanzen, Elsner (Soz.) Arbeit. Bis zu der noch ausstehenden Ernennung eines Wirtschaftsministers werde der Ministerpräsident selbst dieses Portefeuille übernehmen. Sämtliche Minister hätten den Eid auf die Reichs- und Staatsverfassung geleistet. Die Regierung sei das erste Kabinett der Mitte, das für Sachsen gebildet wurde; aber es sei in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse bereits von den verschiedensten Seiten angegriffen worden. Die aus einer zwangsläufigen Entwicklung gebildete Regierung werde das ihrige dazu beitragen, daß die so begründete Arbeitsgemeinschaft länger zusammenhalten werde, als die Regierungen der letzten Zeit. Allerdings sei versucht worden, den Bestand der Regierung dadurch in Frage zu stellen, daß die Neuwahlen auf dem Wege eines Volksbegehrens betrieben würden. Die Regierung werde hierbei pflichtgemäß nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren, Landtag und Regierung würden sich aber während dieses Verfahrens schlüssig zu machen haben, in welchem Umfange noch vor den Neuwahlen eine Verringerung der Abgeordnetenzahl und Veränderungen des Wahlverfahrens durchgeführt werden sollen, wie sie für die Reichstagswahlen bereits in Kraft seien. Im gegenwärtigen Kabinett seien zum ersten Male Vertreter aller Parteien zusammengefaßt, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Darin liege die sichere Gewähr dafür, daß die verfassungsmäßigen Einrichtungen Sachsens von einem neuen Kabinett peinlichst gewahrt und geschützt würden. Zugleich dürfe gehofft werden, daß es durch gemeinschaftliche Arbeit aller wirtschaftlichen Kreise gelingen werde, die wirtschaftliche Not des Volkes so weit zu lindern, wie es angesichts der gegenwärtigen Lage überhaupt möglich sei. Die sächsische Regierung lege besonders wegen der Erwerbslosigkeit in Sachsen Wert darauf von der Reichsregierung unterstützt zu werden. Sie glaube, dieses Ziel aber besser durch mündliche Verhandlungen zu erreichen, als durch einen Federkrieg.

Die kulturellen Zwecke sollten keinen Rückschritt erfahren, sondern ihrer Weiterentwicklung solle der Weg gebahnt werden, soweit es die Finanzverhältnisse gestatten. Es sei zunächst eine dringende Aufgabe, den Staatshaushalt auf Goldbasis umzustellen. Eine Gesundung der Finanzen würde in erster Linie davon abhängen, ob es gelingen werde, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und damit eine gesunde Grundlage für eine Ausgleichung des Haushalts zu schaffen. Die sächsische Regierung glaube, daß es mit dem von der Reichsregierung aufgezwungenen Personalabbau allein nicht getan sei, sondern vielmehr damit Hand in Hand der Ab- und Umbau des Verwaltungsorganismus gehen müsse. Man könne leider nicht behaupten, daß die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung im verflossenen Jahre erfreulich gewesen seien. Auch die Verhältnisse der einzelnen Landesregierungen zueinander seien vielfach durch eine allzu scharfe Betonung der parteipolitischen Gegensätze getrübt worden. Die bayrische Regierung sei soweit gegangen, daß sie zu Sachsen die Beziehungen abgebrochen habe. Das Kabinett könne nicht glauben, daß diese Entwicklung dem deutschen Ansehen und der deutschen Einheit förderlich sei. Sie erblicke vielmehr darin eine schwere Gefahr für die Weimarer Verfassung. Die bayrische Regierung habe eine Reform dieser Verfassung angeregt. Die sächsische Regierung halte zwar eine grundsätzliche Neuregelung des gegenwärtigen Finanzsystems für geboten, glaube aber, daß dieses Ziel im wesentlichen auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung erreicht werden könne. Sie werde sich nicht durch die Förderung partikularistischer Tendenzen von dem geraden Weg abdrängen lassen, der auf eine allmähliche Errichtung des deutschen Einheitsstaates hinziele. Zum Wehrkreiskommando habe die Regierung die Beziehungen aufgenommen und hoffe, solange der Ausnahmezustand noch bestehe, im Wege der Verständigung mit dem Wehrkreiskommando die Härten des Ausnahmezustandes auf ein Mindestmaß herabzudrücken und zugleich seine Aufhebung zu beschleunigen. Die sächsische Regierung lege besonderen Wert darauf alle Kräfte, die auf dem Boden der Staatsverfassung ständen, zusammenzufassen und durch den Ausbau der Volksgemeinschaft, zum Schutze der Republik, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung des Wirtschaftslebens zu schaffen.

Geßler beim sächsischen Ministerpräsidenten.

Wie mehrere Blätter aus Dresden melden, stattete Reichswehrminister Dr. Geßler gestern dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt einen Besuch ab. Der sächsische Ministerpräsident erklärte, daß die Stellung seiner Partei in der Koalition und damit die große Koalition in Sachsen selbst eine wesentliche Stütze erfahren werde, wenn der militärische Ausnahmezustand aufgehoben werde. Der Reichswehrminister versicherte darauf, daß der militärische Ausnahmezustand derart gemildert würde, daß von einem Eingreifen der Reichswehr in die Verwaltung des Freistaates Sachsen keine Rede mehr sein könnte.

Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion.

Laut „Voss. Ztg." wurde gestern auf der Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion in Dresden u. a. die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Eisenbahnfrachten ausführlich besprochen. Es wurde eine Kommission ernannt, die namens der Fraktion mit dem Reichsverkehrsminister Oeser hierüber verhandeln soll. Ferner wurde die Frage des sächsischen Ausnahmezustandes behandelt, wobei Reichswehrminister Dr. Geßler wiederholt in die Debatte eingriff. Hierauf wurde der Parteitag geschlossen.

Aus dem besetzten Gebiet

Konferenz des Sechzigerausschusses.

Köln, 15. Jan. Der heute zusammengetretene Sechzigerausschuß für die besetzten Gebiete, dessen Versammlungen Fraktionssitzungen vorausgingen, nahm zunächst die Wahl des Vorstandes vor. Zum ersten Vorsitzenden wurde Justizrat Mönnig, Köln (Zentrum), gewählt, als stellvertretender Vorsitzender Beigeordneter Dr. Meerfeld (Sozialdemokrat), als Beisitzer Professor Dr. Moldenhauer, Köln (Deutsche Volkspartei), Justizrat Falk, Köln (Demokratische Partei), und Rippel, Hagen (Deutschnationale Volkspartei).

Außerdem wurde ein aus fünfzehn Mitgliedern bestehender Ausschuß zur Erledigung der laufenden Geschäfte gewählt. Er setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Adenauer, Hagen, v. Loe, Mönnig, Wieber (Zentrum), Gerlach, Haas, Klupsch, Meerfeld, Reuter (Sozialdemokraten), Krücke und Moldenhauer von der Deutschen Volkspartei, Falk von der Demokratischen Partei, Rippel von der Deutschnationalen Volkspartei und Dr. Bayersdörfer von der Bayrischen Volkspartei. Damit hatte sich der Ausschuß endgültig konstituiert und trat in die Verhandlungen ein.

Justizrat Falk, Köln, behandelte die Frage der Besetzungskosten. Die Versammlung stimmte darin überein, daß die Reichsregierung die Besetzungskosten solange wie eben möglich weiter leisten müsse. Die Frage selbst wurde mit einer Reihe von Anträgen, die sich unter anderm auf die Besatzungsbauten und die Entschädigung der von den Sonderbündlern Geschädigten beziehen, zur Erledigung dem Fünfzehnerarbeitsausschuß überwiesen.

Abgeordneter Haas, Köln, berichtete über die Beschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit im besetzten Gebiet und befürwortete im Hinblick auf die kommenden Reichstags- und Gemeindewahlen Schritte des Sechzigerausschusses bei der Rheinlandkommission und General Degoutte, um die Gewährleistung voller Versammlungs- und Pressefreiheit bei diesen Behörden zu erlangen. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen des Berichterstatters zu und überwies die Angelegenheit ebenfalls zur weiteren Behandlung an den Fünfzehnerausschuß.

Ein weiterer Bericht beschäftigt sich mit der sonderbündlerischen Bewegung in Hessen und in der Pfalz. In einer Entschließung faßte der Sechzigerausschuß einmütig seinen Standpunkt in dieser Frage zusammen.

Tagung der rheinischen Zentrumspartei.

Köln, 15. Jan. Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei hielt am Montag hier eine aus allen Teilen der Provinz außerordentlich zahlreich besuchte Tagung ab. Die Abgeordneten des Reichstages und des preußischen Landtages waren sehr stark vertreten. Die besonderen Fragen des Rheinlandes standen im Vordergrunde der Beratung. Die Notwendigkeit der Regelung der Geld- und Verkehrsverhältnisse sowie die ungehemmte Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens mit dem unbesetzten Gebiet wurden als besonders dringlich bezeichnet. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen des Geheimrats Louis Hagen über die geplante rheinisch-westfälische Goldnotenbank, der vor allem darauf hinwies, daß alle Verhandlungen mit der Rheinlandkommission über diese Bank nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung geführt worden sind. Der Wille, an der politischen Einheit des Reiches unter allen Umständen festzuhalten, kam in den Verhandlungen stark zum Ausdruck. Zur Reichsregierung hat die Versammlung das Vertrauen, daß sie alle Möglichkeiten ausnutzen wird, um unter Wahrung der Einh[illegible] Vaterlandes der L[illegible] des besetzten Gebietes [illegible] zu werden. Die Versammlung forderte u. a. die Rückkehr der Ausgewiesenen und Befreiung der Gefangenen, ferner, daß bei dem Personalabbau alle vermeidbaren Härten vermieden werden.

Die Eisenbahnen in der englischen Zone.

London, 16. Jan. Hiesige Blätter bestätigen das Gerücht, daß die französische Regierung das englisch-französische Abkommen über die Durchführung der Regiezüge durch das englisch besetzte Gebiet verworfen habe. Die englische Regierung wünsche demgegenüber unverändert, daß die Eisenbahnstrecken in ihrem Besatzungsgebiet ganz unter englischer Oberhoheit blieben, frei von jeder anderen Ueberwachung oder Kontrolle. Sie ist der Ansicht, daß die Züge, die in die Kölner Zone einlaufen und weiterfahren, durch die englische Regie übernommen, bis zur Grenze der englischen Zone gebracht und dort wieder der anderen Regie übergeben werden.

Die Frühlingsmädchen

Novelle von Rudolf Herzog.

Das blonde Fränzchen Frühling hatte das wohl erkannt, und da sie des festen Glaubens lebte, den hinreichenden geistigen Antrieb beibringen zu können, beschlossen, diesen Leisten darzustellen. Aber Fritz Leydecker ließ sich Zeit, den Gedankenflügen der Freundin zu folgen. Und doch mußte er — das fühlte der weibliche Tastsinn des Mädchens leicht heraus — selber auf den Gedanken einer Lebenssteigerung kommen, um in seiner gesunden Mannheit vor der Freundin bestehen zu können.

Vorläufig lebte der Anbeter der Jugendgespielin in seiner gemütlichen Gelassenheit dahin, zum Wochenschluß zufrieden mit dem Werke seiner Hände. Wohl eignete er sich auf Zureden der jungen Schriftgelehrtin nach und nach eine größere Belesenheit an, zu der die Freundin durch Ausleihung aller der schöngeistigen Werke beitrug, die ihr von der Zeitung zur Besprechung anvertraut wurden, und Fränzchen hatte in der Stille ihre helle Freude an seiner ungesunkenen und oft derb anschaulichen Urteilsweise, die ihr Sehnsucht und Erquickung des großen, unangekränkelten Volkes verriet. Wohl ging er auf ihre Anregung mählig zum Studium der Kunstdrucke über und brachte ihr, errötend wie ein Schulknabe, seine ersten Versuche. Auch dem Theater und der Musik wandte er sich, der Freundin zu gefallen, in kürzeren Pausen als bisher zu, obwohl er immer noch eine Partie Kegel vorgezogen hätte. Im übrigen aber hatte er sein Lebensziel noch nicht verrückt. Er war Erbe eines kleinen Vermögens, das ihm über kurz oder lang beim Tode seiner betagten und kränkelnden Mutter zufallen mußte, und damit gedachte er im alten Heimatstädtchen eine Druckerei zu gründen, die im günstigen Falle mit einem Ladengeschäft in seinen Papieren zu vereinen sei. Das war unumstößlich so.

Die junge Schriftstellerin arbeitete indes mit Anspannung aller ihrer Kräfte. Heute ging sie dem politischen Redakteur zur Hand und übersetzte ihm in knappen und geschärften Wendungen die Leitaufsätze der führenden Londoner und Pariser Blätter, morgen besuchte sie an Stelle des Lokalredakteurs eine hitzige Versammlung, die sich mit städtischen Angelegenheiten befaßte, und schrieb einen boshaften oder einen humoristisch gefärbten Bericht, übermorgen saß sie in Vertretung des Feuilletonredakteurs auf dem Kritikerstuhl der Theater. Immer tiefer drang sie in die Geheimnisse des Zeitungswesens ein und — in seine Bedeutung als Macht.

Oft ließ sie in diesen Jahren des Strebens den Freund vergeblich warten. Oft zeigte sie sich ihm an der Seite befremdeter Kritiker, wenn sie ein Theater verließ. Das aber empfand Fritz Leydecker nachgerade am peinlichsten. Als Meister einer Zeitungssetzerei mochte er sich nicht dem Schriftsteller und Theaterkritiker der eigenen Zeitung zugesellen, der Fränzchen Frühling gerade in den zierlichst gewundenen Worten über die klassische Schönheit eines griechischen Chores unterhielt.

„Das ist doch nur so ein Dahingerede, um sich selber wichtig zu machen. Oder gefällt's dir der hungrige Kerl?"

„Er ist vielleicht nur schönheitshungrig, Fritz. Die Suppenschüssel allein tut's nun mal nicht. Und außerdem kann man nie wissen, was kommen kann."

„Was soll das nun wieder heißen? Was sollte denn kommen können, wo der Kerl dran beteiligt wäre..."

„Man munkelt doch, der Herr Doktor würde Teilhaber von eurer Zeitung werden. Da wäre es doch sehr leicht möglich, daß er mich mit einem hohen Gehalt zu sich herüberholte."

„Daher also deine Freundlichkeit."

„Auch daher. Denn nur angestellte Schriftstellerin möcht' ich auch mein Lebtag nicht bleiben."

„Du, Fränzchen," grollte der Freund, „der Doktor ist noch unverheiratet."

„Wahrhaftig? Das wußte ich noch gar nicht."

Fritz Leydecker zog die Stirn zusammen. Jetzt begann er nachzudenken. Und dann begann er ein zweites und nannte es ingrimmig für sich: „dem Doktor eins auf den Dienst passen". Und als in einer Sturm- und Regennacht, nach spätem Theaterschluß, der Doktor seiner schönen, schlanken Berufsgenossin den Regenschirm bot und mit dem Schirme den Arm, drängte sich ein starker, breitschultriger Mann so tölpelhaft zwischen Arm und Berufsgenossin, daß der Doktor über des Mannes Fuß zu Fall kam und mit zerbrochenem Regenschirm zu einer Droschke hinken mußte. Der Tölpel aber brachte die Zurückgebliebene an diesem Abend nach Hause und redete vor kochendem Zorn auf dem ganzen Wege auch nicht ein Wort. Darüber freute sich das blonde Fränzchen wohl noch eine Stunde lang unter der Bettdecke.

Zwei Ereignisse fielen in nächster Zeit zusammen: die Entlassung Fritz Leydeckers wegen ungebührlichen Betragens gegen ein hochverehrtes Mitglied der Redaktion und das Hinscheiden der alten Frau Leydecker im Heimatstädtchen. Der Sohn war von der Beerdigungsfeier zurück. Er sah sich im Besitze eines ganz ansehnlichen Vermögens und überlegte trotz seiner ehrlichen Trauer, wie er es, um sich selbständig zu machen, am klügsten anlegen könne. Da er nun doch einmal durch Doktor Frühlings Fränzchen, ihre gesteigerten Lebensziele und ihr Benehmen zum Nachdenken gebracht worden war, schien ihm der Weg zur Selbständigkeit doch nicht so glatt wie in früheren Jahren und kostete schweres Kopfzerbrechen. Mitten in seinen fruchtlosen Ueberlegungen störte ihn ein Klopfen an der Tür. Fränzchen Frühling trat ein.

Sie kam still, aber ohne Scheu, sprach ihm in herzlichen Worten ihre Anteilnahme am Tode der Mutter aus und fügte bescheiden hinzu, sie komme überdies, um seinen männlichen Rat einzuholen.

„Da du nun doch wohl fortgehst, möchte ich allein auch nicht mehr bleiben. Meine Aussichten auf einen hervorragenden Posten an eurer Zeitung sind dahin. Fritz, ich brauche dir wohl nicht zu sagen, wie das gekommen ist. Du brauchst deshalb nicht rot zu werden. Vielleicht hatte der Doktor wirklich Heiratsabsichten, und dann wäre es sowieso nichts geworden. Vorwärts will ich aber, und dazu erbitte ich nun deinen fachmännischen Rat. Ich persönlich dachte mir die Sache so: Der fortschrittliche Zug der Zeit erfordert eine stärkere Beachtung eines jeden Gemeindewesens, eines jeden Kreises. Was in den hauptstädtischen Zeitungen steht, ist gewiß sehr lesenswert, kommt aber für die eigenen Leiden und Freuden der Bürger anderer Städte kaum in Betracht, hilft auch keineswegs zum Aufstieg und zur Förderung ihrer Gemeinwesen. In unserer Kreisstadt zum Beispiel gibt es für Stadt und Kreis nur ein zweimal wöchentlich erscheinendes Wurstblättchen, das seine Glanzpunkte in den Anzeigen von Holzverkäufen oder frischtragenden Kühen sucht. Dem möchte ich im Geiste einer neuen Zeit abhelfen und mit Einsetzung meines kleinen Vermögens eine täglich erscheinende Zeitung gründen, die nichts außer acht läßt, was in der Stadt und auf den Dörfern, im Stadtrat und in den Vereinen, in Handel, Industrie und Landwirtschaft, kurz im geistigen Leben und im Erwerbsleben des ganzen Kreises und darüber hinaus vor sich geht. Ich habe zunächst einmal eine Probenummer auf der Schreibmaschine hergestellt. Der Anzeigenteil, der den klingenden Verdienst bringt, fehlt natürlich noch darin. Aber ich habe mich bemüht, den Text so anziehend, unterhaltend, fesselnd, scherzhaft oder beißend zu gestalten, daß auch der Anzeigenteil bald blühen wird. Bitte, lies. Das Blatt nennt sich „Der Beobachter in der Eifel'."

„Prachtvoll," sagte Fritz Leydecker, nahm die Probenummer und setzte sich auf einen Koffer. Und dann zuckte es bald auf seinem offenen Gesicht vor Hochachtung, Staunen, Verstehen, Schadenfreude und innerlich schütterndem Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Personenverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Paris, 15. Jan. Eine Verordnung des Generals Degoutte gewährt eine Reihe weiterer Erleichterungen für den Personenverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet. Danach muß jeder über 16 Jahre alte Einwohner des besetzten Gebietes im Besitze eines Personalausweises sein, mit dem er ohne weitere Formalitäten die Grenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet passieren darf. Für die Einwohner von Grenzbezirken, die beruflich oder geschäftlich im besetzten Gebiete zu tun haben, ist eine besondere Erlaubnis der zuständigen Militärkommandantur notwendig. Bewohner des übrigen unbesetzten Deutschland bedürfen jedoch nach wie vor eines besonderen Geleitscheins, auf den nur verzichtet werden kann, wenn es sich um eine Durchreise vom unbesetzten Deutschland nach dem Auslande oder umgekehrt handelt.

Erhöhung der Zollgebühren.

Essen, 15. Jan. Die französische Zollverwaltung hat die Verzollungsgebühr für Pakete mit sofortiger Wirkung auf das Vierfache der bisherigen Sätze erhöht. Der Zoll für ein Paket aus dem unbesetzten Gebiet nach dem besetzten beträgt daher künftig bis 5 Kilogramm 1,60 Goldmark, über 5 bis 10 Kilogramm 3,20, 10 bis 15 Kilogramm 4,80, 15 bis 20 Kilogramm 6,40 Goldmark. In der umgekehrten Richtung gilt die Hälfte dieser Sätze. Die besondere Behandlungsgebühr von 10 Pfennig für jedes Paket bleibt unverändert.

General de Metz vor der Interalliierten Kommission.

London, 15. Jan. Der Sonderberichterstatter des Daily Telegraph in Coblenz drahtet, daß General de Metz gestern vor die Interalliierte Rheinlandkommission berufen wurde. Nachdem er über die Lage in der Pfalz eine Erklärung abgegeben hatte, wurde eine Anzahl von Fragen sowohl durch den britischen als den belgischen Oberkommissar an ihn gerichtet, die sich, wie verlautet, direkt auf die Untersuchung des britischen Generalkonsuls in München bezogen. Die Bedeutung der Zusammenkunft der Oberkommissare erhellt aus der Tatsache, daß Lord Kilmarnock verschiedene lange Telegramme an den britischen Foreign Office sandte.

Die deutsche Not

Von der amerikanischen Hilfe für Deutschland.

Die Berichte von der geplanten 70 Millionen Dollar-Anleihe an Deutschland für den Ankauf von Nahrungsmitteln haben an der Chicagoer Weizenbörse sofort ein Anziehen der Preise bewirkt.

Im Kongreß hat der Sozialist Berger aus Wisconsin den Antrag auf Einräumung eines 1 Milliarden Dollar-Kredits gestellt, durch welchen Deutschland instandgesetzt werden sollte, Nahrungsmittel und Rohmaterialien in den Vereinigten Staaten zu kaufen, ohne direkte Bewilligungen durch die amerikanische Regierung, aber durch ihre Garantie. Nach dem Gesetz würde eine sich stets erneuernde Garantie geschaffen, die nach Bergers Ausführungen auf einen Kredit von 15 Milliarden Dollar innerhalb fünf Jahren, der Dauer des proponierten Gesetzes, hinauslaufen würde. Die amerikanische und die deutsche Regierung würden Kommissionen ernennen, um die Ausgaben zu überwachen, welche durch deutsche Werte auf beiden Seiten des Ozeans garantiert würden. Berger führt aus, daß diese Vorschläge der amerikanischen Regierung so gut wie nichts kosten werden, Deutschland würde aber dadurch das benötigte Kapital erhalten und den amerikanischen Farmern, den Baumwoll- und Fleisch-Produzenten, wäre eine Hilfe geboten. Andrerseits sei die amerikanische Regierung vollständig gegen mögliche Verluste gesichert.

Wahrscheinlich in der Ueberzeugung, daß die Reparationskommission das Ersuchen Deutschlands betreffs des 70 Millionen Dollar Nahrungskredits nicht bewilligen wird, hat Repräsentant Fish jun. von Newyork seine Resolution für Bewilligung von 20 Millionen für die darbende Bevölkerung von Deutschland im Kongreß eingeführt. Das Geld soll für den Ankauf von Getreide, Fettstoffen usw. in den Vereinigten Staaten verwandt werden. Der Transport nach Deutschland darf nur auf Schiffen der Bundes-Schiffsbehörde stattfinden. Der Kongreß vertagte sich für die Dauer von 14 Tagen.

7500 Tonnen Mehl und sonstige Nahrungsmittel die zum größten Teil von amerikanischen Kaufleuten nach Deutschland konsigniert sind, gingen am 20. Dezember mit dem Dampfer „Cleveland" der United American Lines nach Hamburg ab, via Cherbourg und Southampton.

In einer Ansprache erklärte der Präsident der Newyorker Handelskammer, Irving T. Bush, daß „Hilfsmaßnahmen, wie Gewähren von Krediten an die deutsche Regierung, welche der Zustimmung der Entschädigungskommission harren müssen, und monatelange Verzögerung bedeuten, nicht genügt, um den Notzuständen in Deutschland abzuhelfen.

Herr Bush erklärte, daß „Tausende von Kindern untergegangen sein werden", ehe Regierungshilfe gewährt werden kann. Er ersuchte die anwesenden Herren und Damen, dem Amerikanischen Hilfskomitee für deutsche Kinder Beistand zu leisten, um 10 Millionen Dollar für Ankauf von Nahrungsmitteln aufzubringen, die in Deutschland durch die Quäker zur Verteilung gelangen sollen. Bush ist Vorsitzender des Newyork City Komitees.

Das Kinderhilfswerk im Saargebiet.

Saarbrücken, 15. Jan. Ein großzügiges Hilfswerk für hungernde und frierende deutsche Kinder ist vom evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsamt im Saargebiet eingeleitet worden. Aus Düsseldorf, Duisburg, Bochum, Hamburg, Berlin, Magdeburg, Kassel und Darmstadt werden bis Ende dieses Monats 1200 bedürftige deutsche Kinder zur Erholung im Saargebiet eintreffen. Weitere Kindertransporte werden folgen.

Der Kampf um die Arbeitszeit

Ausschreitungen in Velbert.

Köln, 16. Jan. Die „K. Z." berichtet aus Velbert: Ausgesperrte und Arbeitslose verübten hier schwere Ausschreitungen. Sie versuchten die Kleineisenwarenfabrik von Mandorf stillzulegen u. die Arbeiter herauszuholen. Der Fabrikbesitzer und sein Sohn suchten sie daran zu hindern. Darauf fielen Schüsse, durch die ein Arbeiter verletzt wurde. Die beiden Fabrikherren wurden derart bedrängt, daß sie fliehen mußten. Der Sohn des Fabrikanten entkam. Der Vater fiel in die Hände der Menge, die ihn schwer mißhandelte. Er trug u. a. zwei Messerstiche im Gesäß davon und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Vorher war schon ein Bombenanschlag gegen sein Wohnhaus verübt worden, wobei jedoch kein Schaden angerichtet wurde.

Kommunistische Wühlarbeit.

Essen, 15. Jan. Wie die Blätter melden, entfalten die Kommunisten und Syndikalisten auf Grund des kommunistischen und syndikalistischen Generalstreikbeschlusses für Rheinland-Westfalen in allen größeren Orten des Ruhrbezirks eine rege Werbetätigkeit. Die Bewegung ist jedoch bisher im allgemeinen auf die Arbeitslosen beschränkt geblieben, die verschiedentlich versuchten, Arbeiter an der Arbeit zu verhindern. In Gelsenkirchen mußte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei einige Arbeitslose verletzt wurden. Von einem allgemeinen Streik kann nirgends im Rhein- und Ruhrgebiet die Rede sein.

Aufforderung zur Arbeitsniederlegung.

Elberfeld, 15. Jan. (Wolff.) Die Verwaltungsstelle Wuppertal des Deutschen Metallarbeiterverbandes, zu der außer Elberfeld und Barmen auch Vohwinkel gehört, hat gestern beschlossen, ihre Mitglieder aufzufordern, am 18. Januar, an dem der bisherige Manteltarif abläuft, und der Schiedsspruch über eine 57stündige wöchentliche Arbeitszeit in Kraft tritt, nach Beendigung der achtstündigen Arbeit die Betriebe zu verlassen.

Metallarbeiterstreik in Magdeburg.

Magdeburg, 15. Jan. Nachdem, wie bereits gemeldet, die Vertrauensmännerversammlung der Magdeburger Metallarbeiter den Schiedsspruch abgelehnt hat, ist ohne Abstimmung in den Betrieben an Stelle der Aussperrung der Streik der Metallarbeiter getreten, von dem heute bereits der größte Teil der hiesigen Metallindustrie betroffen wurde.

Aussperrungen in Oberschlesien.

Beuthen, 15. Jan. (Wolff.) In der oberschlesischen Metallindustrie sind nach Mitteilungen von gewerkschaftlicher Seite 60 000 Arbeiter ausgesperrt. Mit Ausnahme der Donnersmarckhütte und der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.-G., wo teilweise gearbeitet wird, ruhen alle Werke. Im Gegensatz zu den Arbeitgebern, die die Aussperrung mit einer Weigerung der Arbeiter erklären, einem Abkommen über den zehnstündigen Arbeitstag nicht nachzukommen, behaupten die Gewerkschaften, die Arbeiter hätten den Zehnstundentag abgelehnt, weil die Arbeitgeber andere Punkte des Abkommens, wie die über den Personalabbau und die Arbeitspausen nicht durchgeführt hätten. Auf Einladung des Oberpräsidenten begibt sich heute eine Abordnung aus je drei Arbeitgebern und Gewerkschaftlern nach Oppeln, um eine Beilegung des Konflikts zu versuchen.

Die Hypothekenaufwertung

Berlin, 12. Jan. Zu den am meisten erörterten innerpolitischen Fragen gehört im Augenblick diejenige der Hypothekenaufwertung. Eine Verordnung der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, die auch diese Materie gesetzlich regeln soll, geht hervor. Die Meinungen, nach welcher Richtung hin die Regelung zu erfolgen hat, ob im Sinne eines vollständigen Verzichts oder wenigstens einer teilweisen Aufwertung gehen auseinander. Zu dieser Lage ist von aktuellem Interesse ein Schreiben, welches der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz an den Reichskanzler gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

Breslau, den 8. Januar 1924

Hochzuverehrender Herr Reichskanzler, Exzellenz!

Dem Vernehmen nach machen sich innerhalb der Reichsregierung starke Strömungen geltend, welche die Aufwertung der Hypothekenforderungen, Industrieobligationen und dergleichen, die entsprechend dem Rechtsempfinden weitester Volkskreise und nach der in der juristischen Literatur vorherrschenden Ansicht der Rechtsprechung der deutschen Gerichte, insbesondere auch des Reichsgerichts grundsätzlich als Forderung der Gerechtigkeit festgestellt haben, aus steuerpolitischen Interessen künstlich beschränken oder praktisch vereiteln wollen.

Als Vorsitzender der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Mitglieder des deutschen Episkopats, deren Zustimmung zu diesem Schritt ich voraussetzen darf, muß ich vom Standpunkt des natürlichen Rechts, insbesondere des Privateigentums in Sorge um das Lebensinteresse weitester Kreise, sowie auch in pflichtmäßiger Vertretung der kirchlichen Vermögensinteressen gegen diese Strömungen Widerspruch erheben.

Wenn auch das Privateigentum in der Not für das Staatswohl große Opfer zu bringen hat, so darf das doch nicht von ihm in einer Weise gefordert werden, die gegen Grundsätze der Gerechtigkeit und gegen das gesunde Rechtsempfinden verstößt, die die Begriffe von Billigkeit, Treu und Glauben im Volke erschüttern und verwirren muß. Auch dürfen diese Lasten nicht mit erdrückender Schwere gerade solchen Volkskreisen auferlegt werden, die unter der Geldentwertung der letzten Jahre schon ohnehin zu erliegen drohen.

Die künstliche Beschränkung einer gerechten Aufwertung würde ferner eine große Enteignung der Kirchen und ihrer Stiftungen bedeuten, die sie schlechterdings nicht ertragen können. Was ihnen durch eine solche Maßnahme an notwendigen Mitteln zur wirksamen Durchführung ihrer heilsamen Tätigkeit handelt, der Staat doch wieder in Form von erhöhten Zuschüssen zurück gewähren.

So sehr es wünschenswert ist, daß der herrschenden Unsicherheit in den Rechtsverhältnissen zwischen Gläubigern und Schuldnern ein Ende gemacht wird, und so wenig es zu bezweifeln ist, daß auch die wirtschaftliche Lage des Schuldners nicht unberücksichtigt bleiben kann, muß doch vor Maßnahmen dringend gewarnt werden, die in ihren Wirkungen eine umstürzende Verletzung der in Darlehensverträgen gesicherten Rechtsverhältnisse bedeutet, indem sie den Inhalt und Sinn der zwischen Gläubiger und Schuldner getroffenen Vereinbarung verkehren durch Gleichstellung einer vollständig wertlosen Sache mit dem zum Nutzen des Darlehnsnehmers hingegebenen wertvollen Vertragsgegenstand — gewarnt werden vor Maßnahmen, die in ihren Folgen verhängnisvoll für weite Volkskreise und für wichtigste dem Volke dienende Institutionen werden müssen.

Euer Exzellenz bitte ich ergebenst, es zu würdigen, daß die ernste und pflichtmäßige Sorge um das Volkswohl und um kirchliche charitative Einrichtungen zu dieser Vorstellung mit drängen.

In tiefer Verehrung verbleibe Euer Exzellenz ergebenster Adolf Kardinal Bertram, Fürstbischof von Breslau.

Reichsgericht gegen sächsische Staatsregierung

Wie der Dresdener Berichterstatter des Evang. Pressedienstes meldet, ist der Rechtsstreit um die von der sächsischen Staatsregierung verfügte Zwangspensionierung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Evang.-Luth. Landeskonsistoriums in Dresden zu Gunsten der sächsischen Landeskirche entschieden. Konsistorialpräsident D. Dr. Boehme und Landesbischof D. Ihmels wurden durch Beschluß des Reichsgerichts in ihren Aemtern bestätigt und haben ihre amtliche Tätigkeit bereits wieder aufgenommen. Der Spruch des Gerichtshofes stellt fest, daß Art. 173 der Reichsverfassung die Anwendung des staatlichen Altersgrenzengesetzes auf die kirchlichen Führer Sachsens verbietet, und die Zwangspensionierung daher nicht zu Recht erfolgt ist. Damit hat der religionsfeindliche Kultusminister, just ehe er vom Schauplatz seines Wirkens abtreten mußte, eine empfindliche Niederlage erlitten. Die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche hat, als ein reichsverfassungsmäßiger Grundsatz, an dem nicht gedreht und gedeutelt werden kann, durch den obersten deutschen Gerichtshof ihre feierliche Anerkennung erlangt. Diese Tatsache insbesondere wird weit über die sächsischen Landesgrenzen hinaus Beachtung finden und weiterwirken.

Kleingartenpacht und Steuer

Der amtliche preußische Pressedienst schreibt:

Die in verschiedenen Erlassen des Wohlfahrtsministers gemachten Ausführungen über die Höhe der Kleingartenpachten lassen genügend Spielraum, um auch Nebenleistungen der Verpächter, insbesondere die Grundsteuern, im Regelfalle damit abzudecken. Grundsätzlich aber sollen, wie, dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge, in einem neuen Erlaß des Wohlfahrtsministers ausgeführt wird, die Pachten den Erträgen angepaßt werden, was die Umlegung von Steuern ohne jede Begrenzung neben der Pacht ausschließt. Ganz allgemein ist also zu sagen, daß die Steuern überhaupt nicht, insbesondere auch dann nicht umgelegt werden dürfen, wenn sie etwa so hoch sind, daß ihre Höhe es nahelegen würde, sie umzulegen und daneben die Pachten zu erheben. Vielmehr ist dann zu prüfen, ob nicht die Pachten im Hinblick auf den Ertrag soweit erhöht werden können, daß die Verpächter daraus die Lasten bezahlen können und daneben möglichst noch eine angemessene Bezahlung für die Landhergabe erhalten. Sind wirtschaftlich von den Kleingärtnern tragbare und durch die Erträge gerechtfertigte Pachten noch nicht ausreichend, um nur der Kleingartenwirtschaft nicht zusammenhängende Lasten, wie etwa Straßenreinigungskosten und Steuern zu tragen, so wird man annehmen dürfen, daß die Grundlasten übertrieben hoch sind und daher herabgesetzt werden müssen — oder auf den betr. Landbesitz aus ganz anderen Gründen gelegt sind, etwa weil es sich um Bau- oder Industriegelände handelt, für das teure Preise erwartet werden. Denn es geht selbstverständlich nicht an, die Kleingärtner deshalb zu überlasten, weil sie „zufällig" als Pächter auf einem mit hohen Grundsteuern übermäßig schwer belasteten Grundbesitz sitzen, die der Eigentümer in der Zwischenzeit bis zur Verwertung durch jene Art der Landverwendung ohnehin zu tragen hatte.

Kleine Meldungen

Prof. Schweninger †.

München, 14. Jan. Gestern ist hier Geh. Medizinalrat Professor Dr. Ernst Schweninger, der langjährige Leibarzt Bismarcks, im Alter von 73 Jahren gestorben.

[illegible] schafter in [illegible] Marquis von Ratibor und Corvey, ist am [illegible] in Sierz (Oberbayern) gestorben. In [illegible] zahlreichen Posten während einer langen diplomatischen Tätigkeit hat er die Interessen des Deutschen Reiches mit Geschick und Energie vertreten. Besonders wird seine erfolgreiche Tätigkeit in Madrid während des Krieges unvergessen bleiben. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hat im Namen des Auswärtigen Amtes den Hinterbliebenen herzlichste Teilnahme ausgesprochen.

Abreise des deutschen Botschaftsrats von Paris.

Paris, 16. Jan. Der deutsche Botschaftsrat von Hoesch ist nach Besserung seines Befindens gestern abend 7,40 Uhr endgültig abgereist.

Katholikentag in Hannover

Wie die Germania meldet, hat das „Zentralkomitee für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands" auf seiner Tagung in Bad Homburg beschlossen, die diesjährige Generalversammlung in Hannover vom 31. August bis 2 September abzuhalten.

Dammbruch bei der Wiekauer Talsperre.

Berlin, 14. Jan. Nach dem Berliner Tageblatt ist infolge des anhaltenden Frostes der kürzlich errichtete Damm der Wiekauer Talsperre, die im wesentlichen der Wasserversorgung von Königsberg i. Pr. dient, gebrochen. Der größte Teil des Wasserbestandes mußte abgelassen werden und hat die tiefer gelegenen Ländereien überschwemmt. Eine unmittelbare Gefahr ist beseitigt; der Damm kann jedoch erst wieder im Frühjahr hergestellt werden.

Einäscherung des Neustrelitzer Landestheaters.

Im Gebäude des Neustrelitzer Landestheaters ist heute früh Feuer ausgebrochen, das in wenigen Stunden den ganzen Bau bis auf die Grundmauern einäscherte. Der größte Teil der Dekorationen und der Garderobe ist den Flammen zum Opfer gefallen. Der Zuschauerraum, das Foyer und die meisten anderen Räume sind völlig ausgebrannt. Der Dachstuhl und die Kuppel sind in sich zusammengebrochen.

Erdbeben in Japan.

Newyork, 15. Jan. Aus Tokio wird berichtet, daß in Yokohama bei einem Erdbeben 6 Personen getötet und 22 verwundet worden sind. In Tokio wurden 4 Personen getötet und 20 verwundet. In Yokohama wurden 500 Häuser zerstört.

Eine neue Tollwut-Station.

Um der immer mehr um sich greifenden Hundetollwut zu steuern, ist nach dem Vorgange Nürnbergs nun auch im München-Schwabinger Krankenhaus eine Tollwut-Station eingerichtet, sodaß eine Reise nach Berlin für die durch Tollwut Gefährdeten nicht mehr notwendig ist.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 17. Jan. Die Auszahlung der Heeresrenten findet am 18. d. Mts., von 8—12 und 2—4 Uhr statt.

Diez, 16. Jan. (Unfall.) Die Unsitte, mehrere Schlitten zusammenzuhängen, um mit 6 und mehr Personen gleichzeitig rodeln zu können, verursachte am Sonntag einen Unfall. Auf der Schlittenbahn am Guckenberg stieß ein derartig stark besetzter Schlitten in voller Fahrt an die Aarmauer, weil der Lenker die Herrschaft verloren hatte. Der Karl St. von hier zog sich erhebliche Verletzungen, u. a. einen doppelten Beinbruch zu. Die übrigen Mitfahrer trugen nur leichte Verletzungen davon.

Diez, 17. Jan. (Markt-Lichtspiele.) Auf die heute abend 8 Uhr stattfindende einmalige Vorführung des 6aktigen spannenden Zirkusdramas „Wem nie durch Liebe Leid geschah", mit Johannes Riemann in der Hauptrolle, wird hierdurch nochmals empfehlend hingewiesen.

Ein großer Lebensinhalt

Jesus spricht, Matth. 4, 19., zu dem Brüderpaar Simon Petrus und Andreas das Wort: „Folget mir nach; ich will euch zu Menschenfischern machen."

Die beiden Brüder waren zuvor Fischer gewesen und hatten diesen ihren Beruf auf dem See Genezareth treu und gewissenhaft ausgeübt. Da erhielt ihr Lebensweg eine unerwartete Wendung und ihr Leben einen unendlich großen Inhalt. Jesus trat ihnen auf ihrem Weg entgegen und berief sie zu seinen Jüngern und versprach ihnen Großes. Petrus ist denn auch in der Tat eine der größten Persönlichkeiten in der Weltgeschichte geworden. Es war ihm nicht an seiner Wiege gesungen worden, er ist es aber durch das Dazwischentreten Jesu geworden, durch den Geist, den Jesu in sein Herz und sein Leben hineinlegen konnte, weil er ihm opferbereit folgte.

Wir haben alle unseren Beruf, in dieser oder jener Art, in diesem oder jenem Umfang, und üben ihn schlecht und recht aus. Aber es kommt für jeden darauf an, daß er einen großen, einen Ewigkeitsinhalt erhält. Es wird geschehen, wenn wir bereit sind, Jesus zu folgen, wenn er uns auf unserem Lebensweg entgegentritt und ruft. Das heißt: wenn wir bereit sind, über uns selbst hinauszukommen, und willig zu werden zum Opfer unseres Lebens. In einem Fall ist der Inhalt unseres Lebens unser armes irdisches Ich, im andern Fall der reiche, ewige Gott. In diesem Sinn sagt Jesus einmal: „Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren; wer es aber verliert um meinetwillen, der wird es gewinnen."

Und so lang du das nicht wirst!
Dieses: Stirb und werde!
Bist du nur ein trüber Gast
Hier auf dieser Erde. B.

Aus dem Wirtschaftsleben

Hannover, 14. Jan. Die nächste Technische Messe in Hannover findet vom 20. April (Ostersonntag) bis 24. April statt. Das ist das Ergebnis der durch den Wirtschaftsbund Hannover eingeleiteten und glücklich zu Ende geführten Einigungsverhandlungen zwischen der Technischen Messe G. m. b. H. und der Ausstellungs- und Messe-Akt.-Ges., die ursprünglich jede für sich eine Technische Messe planten und auch die Bekanntmachungen und Ausschreibungen gesondert erlassen hatten. Die erreichte Einigung wird aber nicht nur dieser einzelnen Veranstaltung zugute kommen, sondern darüber hinaus den Bestrebungen, die Stadt Hannover unter die anerkannten großen Messeplätze einzureihen, förderlich sein, zumal beste Aussicht besteht, daß die beiden genannten, bisher nebeneinander arbeitenden Gesellschaften zu einer völligen Verschmelzung gelangen. Das Büro der nächsten Technischen Messe, an das bis zum 1. März d. Js. Ausstellteller-Anmeldungen zu richten sind, befindet sich Hannover, Artilleriestr. 29 (Fernspr. Nord 1955 und West 4555.

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Der „Vorwärts" meldet, die Beruhigung der Währung habe bereits einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Eine Gesamtübersicht fehle zwar noch, doch lägen bereits die Ergebnisse der Zählung über den Beschäftigungsgrad im Textilgewerbe vom Deutschen Textilarbeiter-Verband der gewöhnlich ein typischer Gradmesser unserer gesamten Wirtschaft sei, von Ende Dezember vor. Während die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter im November noch 73 Prozent aller Mitglieder betragen habe, sei diese Zahl auf 50 Prozent herabgegangen. Die Zahl der Vollarbeiter sei gegenüber dem Vormonat auf mehr als das Doppelte gestiegen.

Preisabschlag auf Gas, Wasser und Elektrizität

Berlin, 11. Jan. Nach einer Meldung der „B. Z." ist infolge der weiteren Herabsetzung der Kohlenpreise mit einer Ermäßigung der städtischen Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität zu rechnen und zwar wird der Kubikmeter Gas von 21 auf 19 oder 18 Pfennige verbilligt.

Ausdehnung des Rentenmarkgeschäfts

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. Dezember läßt die weitere Uebernahme von Rentenmarkgeschäften durch das Zentralnoteninstitut erkennen. Auf der Passivseite der Wochenübersicht ist der neueingerichtete Rentenmarkgiroverkehr zu erwähnen, dessen Bestand mit 6,3 Millionen Rentenmark bei den fremden Geldern der Bank nachgewiesen werden. Von den in die Kassen der Bank übergegangenen Rentenmarkbeträgen wurden in der Berichtswoche 0,9 Mill. Rentenmark im Lombardverkehr ausgeliehen, während 73,9 Mill. Rentenmark durch Umtausch gegen Papiermark herausgabt wurden; der Bestand an Rentenmarkscheinen nahm demgemäß von 166,7 am 30. November auf 101,2 Millionen Rentenmark am 7. Dezember ab.

Neben vorstehenden Eigengeschäften der Bank in Rentenmark wurde der kommissionsweise Umtausch von Rentenmark gegen Papiermark für Rechnung des Reiches fortgesetzt und ein weiterer Umtauschbetrag in Höhe von 37,1 Trillionen Mark auf die Schatzanweisungsschuld des Reiches bei der Reichsbank abgeschrieben, die damit auf 59,7 Trillionen Mark zurückging. Die Abrechnungsposten auf Rentenmarkverkäufen für das Reich, die während der dritten Novemberwoche entstanden waren, aber damals nicht sofort mit dem Reiche glattgestellt werden konnten und daher vorübergehend bei den sonstigen Aktiven nachgewiesen wurden, haben nach teilweiser Ausgleichung in der Vorwoche nunmehr ihre völlige Erledigung gefunden; die stärkere Verminderung der sonstigen Aktiva steht damit im Zusammenhang.

Dem Rückgang des Reichsschatzanweisungskontos steht eine Zunahme der privaten Papiermarkkredite gegenüber. Die Wechselbestände stiegen um 46,9 auf 394,2, die Lombardforderungen um 16,2 auf 23,7 Trillionen Mark. Für die gesamte Kapitalanlage ergab sich aus Papiermark- und Rentenmarkkrediten eine Vermehrung um 27,1 auf 479 Trillionen Mark.

Die bezeichnete Ueberleitung von zusammen 111 Millionen Rentenmark in den Verkehr gegen Aufnahme von Papiermark war auf die Entwicklung der Passivgeschäfte der Bank von besonderem Einfluß. Den fremden Geldern wurden 100,7 Trillionen Mk. entzogen, ihr Bestand verminderte sich auf 273,2 Trillionen Mark. Der Banknotenumlauf zeigt gleichfalls — und zwar seit dem 23. April 1922 zum ersten Male wieder — eine Abnahme, nämlich um 10,3 auf 390 Trillionen Mark.

Im Goldbestande trat der Gesamthöhe nach keine Aenderung ein. Während 10 Millionen Mark dem Goldkassenbestande der Bank zwecks Verkaufs im Auslande entnommen sind, ließen sich dem Konto des unbelasteten Golddepots im Auslande 10 Millionen Mark wieder zuführen, die durch Darlehnsrückzahlungen auf den in der Schweiz deponierten, beliehenen Teil des Goldbestandes frei wurden.

Die Reichsdarlehnskassen erhöhten ihre Ausleihungen um 0,6 auf 9,5 Trillionen Mark. Die Bestände der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen stiegen entsprechend.

Neues aus aller Welt

Eine Skigesellschaft von einer Lawine verschüttet.

Wien, 10. Jan. Aus Innsbruck wird berichtet, daß am 27. Dezember in der Nähe von Galtür am Eingang in das Vermont-Tal eine aus vier Reichsdeutschen bestehende Skigesellschaft unter eine Lawine geraten sei. Der Ingenieur Stanger aus Elsaß-Lothringen und ein gewisser Franz Häusel aus Berlin konnten sich retten, der Münchener Student Otto Mayer und die Münchener Studentin Lene Schmäing konnten dagegen nicht mehr geborgen werden.

Schwere Stürme in Spanien. Heftige Stürme an der spanischen Nordküste verursachen zahlreiche Schiffskatastrophen. Verluste an Menschenleben und den Einsturz von Gebäuden, wodurch Hunderte von Familien obdachlos wurden.

Zugzusammenstoß.

Warschau, 15. Jan. Auf der Strecke zwischen Radziwillow und Zdolbunow sind zwei Personenzüge zusammengestoßen. Laut Blättermeldungen beläuft sich die Zahl der Toten auf 14 und die der Verwundeten auf 39.

Zur Unterdrückung der Seeräuberei.

Hongkong, 12. Jan. Der Kapitän eines britischen Kanonenbootes verhandelte mit dem hiesigen Polizeidirektor über die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen zur Unterdrückung der Seeräuberei in den Gewässern Hongkongs.

Zum Schicksal der „Dixmude". Der „Matin" veröffentlicht einen Auszug aus dem letzten Bericht des Kommandanten der „Dixmude", Duplessis, abgefaßt nach dem letzten Flottenmanöver im Mittelmeer. Der Bericht beleuchtet die Schwächen des Luftschiffes und die zwingende Notwendigkeit einer Notatrophe, wenn ihnen nicht abgeholfen würde. Duplessis hatte in einer der vorderen Ballonnets einen Riß von annähernd 1 Meter bemerkt und wies in seinem Bericht darauf hin, daß bei schwerem Wetter, wenn ein derartiger Riß einträte, das Luftschiff augenblicklich das Gleichgewicht verlieren würde, und daß keine Macht der Welt mehr seinen Sturz ins Meer verhindern würde, wo es später spurlos verschwinden werde.

Neuregelung der amerikanischen Einwanderung. Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika unterliegt außerordentlich strengen Vorschriften. Die Vereinigten Staaten suchen sich auf jede Art Einwanderer vom Leibe zu halten. Zu diesem Zwecke ist wohl auch die Behandlung der Einwanderer auf der berüchtigten Ellis-Insel, die alle Einwanderungslustigen passieren müssen, so abschreckend, daß jeder froh ist, wenn er die Station hinter sich hat. Die Einwanderungsbedingungen sollen aber noch weiter verschärft werden. Dazu gehört vor allem eine weitere Verminderung der Einwanderungsquote. Nach dem Plan, der gegenwärtig die amerikanische Gesetzgebung beschäftigt, soll jedes Land alljährlich nur 2 Prozent derjenigen Einwohnerzahl als Quote erhalten, die im Jahre 1890 an Eingeborenen der betreffenden Länder in den Vereinigten Staaten vorhanden war. Diese Bestimmung würde deshalb besonders einschneidend sein, weil die große Einwanderung aus Süd-, Mittel- und Osteuropa erst nach dem Jahre 1890 einsetzte. Hieraus erklärt sich auch, daß Italien sofort gegen die neue Quotenfestsetzung Einspruch erhoben hat. Italien würde nämlich auf etwa 20 Prozent derjenigen Einwanderzahl beschränkt sein, die es in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten zur Verfügung hatte. Andere Staaten, die damals schon die Vereinigten Staaten mit einer großen Anzahl von Landesangehörigen bevölkert hatten, würden besser wegkommen als bisher. Betroffen aber würden in der Hauptsache diejenigen sein, die, wie Italien, Polen und andere Oststaaten, alljährlich einen großen Teil ihrer Bevölkerung abstoßen, für die sie im eigenen Lande keine Ernährungsmöglichkeit haben. Auf der andern Seite ist es erklärlich, daß die Vereinigten Staaten ein Interesse daran haben, gerade diese Elemente auszuschließen, und deshalb werden sie wohl auch schwerlich auf die beabsichtigte Verschärfung der Einwanderungsbedingungen verzichten. Es ist allerdings fraglich, ob die Neuregelung noch in diesem Jahre Gesetz werden wird. Wahrscheinlich sind, wie der italienische Einspruch erweist, noch sehr viele Schwierigkeiten zu überwinden, und deshalb besteht die Aussicht, daß die Einwanderungsbedingungen noch ein Jahr lang aufrecht erhalten bleiben.

Amtlicher Teil

1. 56. Diez, den 9. Januar 1924.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Die Erhebung einer Ausfertigungsgebühr bei Stellung eines Antrages auf Erteilung eines Wandergewerbescheines kommt rückwirkend vom 1. d. Mts. in Wegfall. Meine Umdruckverfügung vom 14. November 1923, I. 9931, tritt daher außer Kraft.

Der Landrat.

Diez, den 11. Januar 1924.

Im Jahre 1924 finden im Unterlahnkreise folgende Märkte statt:

1. In Diez:
24. 1. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
21. 2. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
6. 3. Rindvieh- und Schweinemarkt.
3. 4. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
15. 5. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
12. 6. Rindvieh- und Schweinemarkt.
10. 7. Rindvieh- und Schweinemarkt.
14. 8. Rindvieh- und Schweinemarkt.
11. 9. Rindvieh- und Schweinemarkt.
16. 10. Rindvieh- und Schweinemarkt.
13. 11. Rindvieh- und Schweinemarkt.
18. 12. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
7. 10. Obstmarkt.
10. 10. Obstmarkt.

2. In Bad Ems:
2. 9. Krammarkt.
4. 12. Krammarkt.
3. 10. Obstmarkt.
20. 10. Obstmarkt.

Gemüsemärkte finden in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober 24 an jedem Dienstag, Donnerstag und Samstag statt.

3. In Hahnstätten.
9. 9. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.

4. In Holzappel:
30. 6. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
26. 8. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.

5. In Katzenelnbogen:
6. 5. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
4. 6. Rindvieh- und Schweinemarkt.
26. 8. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
15. 10. Rindvieh- und Schweinemarkt.
17. 12. Schweinemarkt.

6. In Nassau:
4. 2. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
24. 3. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
5. 5. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
16. 6. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
25. 8. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
22. 9. Kram-, Rindvieh-, Schweine-, Gemüse- und Obstmarkt.
6. 10. Gemüse- und Obstmarkt.
11. 11. Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt.
15. 12. Kram-, Rindvieh-, Schweine- und Flachsmarkt.

Der Landrat

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluße gefallen, meine liebe, herzensgute Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Dorweiler

geb. Vetter

nach langem, schwerem Leiden, wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sakramente der kath. Kirche im Alter von 71 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Der tieftrauernde Gatte u. Angehörige.

BAD EMS, Welschneudorf, Filsen.

Kranzspenden im Sinne der Verstorbenen dankend verbeten.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3 Uhr vom Leichenhause aus statt. — Das Seelenamt wird Freitag früh 7¾ Uhr gehalten.

Suppenküche

Die Eröffnung der Volksküche im Marienkrankenhaus erfolgt am 21. d. Mts. Zur Bestreitung eines Teiles der Selbstkosten wird für eine Portion von ¾ Liter ein Betrag von 10 Goldpfennig erhoben; es wird versucht, die nichtgedeckten Kosten durch freiwillige Spenden aufzubringen. Suppenkarten können gegen Bezahlung des vorerwähnten Betrages täglich während den Vormittagsdienststunden auf dem Rathaus — Zimmer 1 — in Empfang genommen werden.

Bad Ems, den 16. Januar 1924.

Der Magistrat

Turn- und Sportklub Diez 1875

Samstag, den 19. Jan., abends 8 Uhr im „Schaumburger Hof".

Jahres-Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Feststellung des Haushaltsplanes für 1924
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand

Ein rotes **Musterbuch** von Stoffen verloren. Abzugeben **Haus Alte Post.** I. Etage links, Bad Ems.

Neues **Kinderbett** mit Matratze zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Zeitung.

Kaufe **Stangenbohnen** auch die kleinsten Mengen. Zahle je nach Sorte, pro Pfd. 2—4 Goldmark. **Samenhaus Mull, Diez.**

Wir stellen ein:

Stuhlbauer — Schreiner
Polsterer — Polierer
Drechsler — Maschinenarbeiter
Gattersäger — Hilfsarbeiter

Holzindustrie Jos. Schnatz
Aktiengesellschaft Diez a. Lahn

Marktlichtspiele Diez.

Nur heute Donnerstag abend 8 Uhr

Wem nie durch Liebe Leid geschah

Außerdem:

Vertauschte Mütter

Saal durch 2 Oefen gut geheizt.
Volles Orchester.

Bienenhonig gar rein Pfund 1 Mark. **Alberti Laurenburg, Lahn.**

Ia. Pferdefleisch Marktstrasse 10, Bad Ems.

Ordentliches **Mädchen** tagsüber gesucht. **Frau Carl Thomas, Diez.**

Mädchen gesucht. **Bad Ems Römerstr. 54 I Etg.**

RICHARD WEINGARTEN
ILSE WEINGARTEN
geborene Frankenthal
VERMÄHLTE

Lübeck, den 15. Januar 1924

Petroleum

wieder eingetroffen. Jedes Quantum lieferbar.

Seb. Holler

BAD EMS, Römerstrasse 22

Kahlbaum Edelliköre sind an Qualität unerreicht!

Vertretung für den Kreis Unterlahn und Limburg:

Rudolf Eisseler, Bad Ems.

Fernruf 25.

Wandkalender

für das Jahr 1924 sind zu haben in der

Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Für Wiederverkäufer!

Ständig lieferbar

Ia. Käse

Schweizer, Tilsiter, Limburger, Romadour, Camembert

A. Straub Diez - Freiendiez

Fernruf 223.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme d. Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Herausgeber. Geschäftsstelle: Römerstr. 7. Fernruf 7. Schriftleitung: E. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 15 — Bad Ems, Freitag den 18. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Die Debatten im englischen Parlament.

Deutsche Sachverständige in Paris.

Der Anschlag gegen Seeckt.

Der 18. Januar und wir

Von Geheimrat Dr. Runkel, M. d. R.

Wie im Leben der Einzelnen Glück und Unglück, Wohlergehen und Not Erziehungsmittel in der Hand des Ewigkeitswillens sind, so auch im Leben der Völker. Doch für beide sind Zeiten der Not fruchtbarer als Zeiten des Glücks, diese bringen den Menschen so leicht ab von seiner eigentlichen Lebensaufgabe und lassen ihn aufgehen in äußerlicher Lebensauffassung und Lebensbetätigung und sind so einer tiefseelischen Einstellung geradezu hinderlich, während Zeiten der Not ihn innerlich machen und reif für tiefes seelisches Erleben und Selbstbesinnen. Auch im Werdegang der Völker sind Zeiten äußerlicher Hochkonjunktur für den innerkulturellen Fortschritt wenig fruchtbar und oft sogar schädigend, während Zeiten der Not den nationalen Lebenswillen eines Volkes stärken, An- und Auftrieb geben. Die Geschichte der letzten hundert Jahre unseres Volkes bestätigt diese Erfahrungstatsache. Gerade die Zeiten tiefster Erniedrigung waren es, die es national wieder aufleben ließen und das Streben nach stärkerer deutsch kultureller Kraftwirkung in ihm weckten und so den Boden bereiteten, aus dem dann die Sehnsucht nach nationalen Idealen aufwuchs, die es zusammengefaßt fand in der deutschen Einheit, als dem Inbegriff eines einheitlich eingestellten deutschkulturellen Kraftwillens und seines sichtbaren Ausdrucks im deutschen Kaisertum. Wie wenig fruchtbar dagegen waren nach der seelischen Seite hin die Jahre des politischen und wirtschaftlichen Hochstandes, die unser Volk geradezu abwegig machten von seiner großen Kulturmission, geistiger Führer unter den Völkern zu sein und ihm allmählich die innere Widerstandskraft nahmen und somit den nationalen Zusammenbruch herbeiführten, den wir alle leidvoll erlebten. Mögen auch diese Einzelursachen Schuld an diesem Zusammenbruche sein. Die Hauptursache ist der Mangel an nationalen Idealen. Ideale sind nun einmal die Richtzeichen des Einzelwillens für ein Volk. Ein Volk, das keine Ideale mehr hat, hat auch die Fühlung mit dem Ewigkeitswillen verloren und muß, im geistig-sittlichen Sinne unproduktiv untergehen.

Ein 18. Januar war es, der dem deutschen Volke die Verwirklichung seines Ideals, die nationale Einheit sinnenfällig brachte. Wie oft haben wir seit jener Zeit dieses nationalen Gedenktages feierlich gedacht in Festesrausch und Festesfreude. Ein innerseelisches Erleben war es nicht, innerseelische Wirkung hat es trotz aller äußeren Aufmachung nur bei wenigen gehabt. Von Glück und Glanz des Alltags hob er sich zu wenig ab, als daß er uns besinnlich hätte stimmen können. Heute aber begehen wir den Tag zu einer Zeit unsäglicher nationaler Not. Schwer wuchtet das Leid unseres Volkes auf einem jeden von uns. Wir fühlen es alle, das große Erbe jener Tage ist gefährdet, in Frage steht der Weiterbestand des Deutschen Reiches; denn im Innern wirken unheilvoll zersetzende Kräfte, von außen wird jede nationale Selbständigkeit zielbewußt abgebaut. Zu solchen Zeiten macht uns ein 18. Januar besinnlicher denn je, Rückwärts geht unser Blick und sucht nach den Volks- und Seelenwerten, die damals die mancherlei Sonderwillen und stammesegoistischen Bestrebungen zuletzt doch einheitlich einstellte und zusammenführte. Sie alle wieder zu wecken und von neuem zu beleben, ist die große und lebenswichtige Aufgabe der Gegenwart und Zukunft. Und der 18. Januar ein ernster Mahner.

Zwei Grundkräfte sind es, die die Sehnsucht nach der nationalen Einheit weckten und diese dann auch, nachdem sie einmal das ganze Volk ergriffen hatte, herbeiführten: Liebe zum Vaterland, und Wille zur nationalen Selbstbehauptung. Liebe zum Vaterland! Vaterland nicht als leere Formel und auch nicht als geographischer Begriff, sondern Vaterland als Inbegriff aller Volkswerte, die es seelisch berühren und sein Leben verinnerlichen: Glaube und Heimat, Sitte und Brauch, Märchen und Sage, Lied und Volkstanz, Gesang und Dichtung, Sprache und Mundart, Musik und Bilderei. Alles ist Vaterland. Jedes ein Teilwort dieses nationalen Gutes. Und die Pflege des Einzelwertes ist heiliger Dienst am ganzen Vaterlande.

Und neben der Liebe zum Vaterland als weitere treibende und national gestaltende Kraft der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, als zusammenfassender Ausdruck für das Einsetzen des Einzelnen und des gesamten Volkes, sich als wertvoller kultureller Weltfaktor erfolgreich zu betätigen. So kam er in dem wirtschaftlichen Auf- und Ausbau Deutschlands zur Auswirkung; in Wissenschaft und Kunst erlebten wir seine Entfaltung und auf den Schlachtfeldern des Westens seine Hingabe und seinen Opfersinn. Begründet ist sein Wert als Weltfaktor in den großen Kulturleistungen des deutschen Volkes auf allen Gebieten menschlicher Geistes- und Gestaltungskraft seit Jahrhunderten, begründet weiter in der Ueberzeugung, daß es auch nach dem Zeugnis der Völker seelische Sonderkräfte von eigenartigem Ausmaß und einzigartiger Kraftwirkung hat und so mit berufen sein muß, nicht nur kultureller Kulturarbeit, sondern zu kultureller Vorarbeit auf dem ganzen Gebiete geistiger Kulturarbeit der Völker.

Gewinnt der 18. Januar allmählich in unserem Volke diese erzieherische Bedeutung, dann ist er trotz parlamentarischer Bedenken und parteipolitischer Gegenwirkung nicht nur ein nationaler Feiertag, —, sondern der nationale Feiertag, der, aus der Tiefe seelischen Volkserlebnisses geboren, wieder zum lebenwirkenden Kraftzentrum wird für neues seelisches Erleben und nationales Gestaltenwollen.

London, 16. Jan. Lloyd George, der seine Rede mit einem heftigen Angriff gegen die gegenwärtige Regierung begann, und im besonderen ihre Haltung in der Reparationsfrage beanstandete, sprach vor allem über die besetzten deutschen Gebiete. (Seine Anfragen an die Regierung über das dortige Auftreten der Franzosen wird Mac Neil voraussichtlich heute beantworten.) Nach Erörterung der katastrophalen Möglichkeiten, die sich aus der Besetzung des Ruhrgebiets ergeben könnten, kam Lloyd George auf die separatistische Bewegung zu sprechen und sagte, wenn einer der Alliierten sie ermutigen würde, wäre dies ein schändlicher Bruch des Versailler Vertrages. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß er sich im Jahre 1919, als die französischen Militärbefehlshaber im Rheinland auch versuchten, eine separatistische Bewegung einzuleiten, unverzüglich an die französische Regierung gewandt habe mit dem Erfolge, daß man nichts mehr von der Sache gehört habe, da Millerand und Briand sich seiner Stellungnahme angeschlossen hätten. — Was die Aussichten einer Arbeiterregierung anlange, sagte Lloyd George schließlich, Macdonald werde es nicht leicht gelingen, seine Ideale in die Tat umzusetzen.

Nach Lloyd George sprach Baldwin, der das vergangene Jahr als nicht erfolgreich für die Förderung der Sache des Friedens und der Wohlfahrt in Europa bezeichnete, aber gleichzeitig die neuerliche Einsetzung von Sachverständigenausschüssen zur Prüfung der deutschen Finanzlage als den ersten Schritt vorwärts begrüßte. Baldwin sagte weiter, es könne sein, daß die französische Regierung in dem gegenwärtigen Stande der Pariser Debise den Anlaß finden werde, ohne weiteres zu zögern, jenes Problem, dessen Lösung sie mit soviel Erfolg während des ganzen vergangenen Jahres verzögerte, in Angriff zu nehmen. Nach der Bemerkung, daß die separatistische Bewegung in den besetzten deutschen Gebieten der britischen Regierung die größte Sorge verursachte, schloß Baldwin seine kurze Rede mit der Erklärung „Wenn uns im Unterhaus der Feindseligkeit zugeworfen wird, sind wir bereit, ihn aufzunehmen" und mit der Mitteilung, daß die Konservativen keine von Parteiinteressen diktierte Opposition gegen eine nichtkonservative Regierung beabsichtigten, vielmehr bei der Lösung der schwebenden Probleme wie z. B. der Arbeitslosigkeit, mitarbeiten wollten.

London, 16. Jan. (Wolff.) Oberhaus. Lord Curzon, der nach dem Viscount Grey das Wort ergriff, gab zuerst der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Regelung der Tangerfrage als befriedigend erweisen werde. Wenn es gelinge, der spanischen Regierung zu geben, was sie wünsche, werde ein weiteres Hindernis beseitigt werden. Curzon kam dann auf die griechische Frage und betonte, daß die neue griechische Regierung kein Mitglied des revolutionären Komitees enthalte. Er teilte mit, die britische Regierung habe Venizelos versichert, daß sie mit großem Vergnügen sofort die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland erneuern werde. Ueber die allgemeine europäische Lage sprechend, erklärte Lord Curzon, die Schwierigkeiten, denen man gegenübergestellt worden sei, seien aus der Ruhrbesetzung entstanden. Die britische Regierung habe es bekanntlich abgelehnt, irgendeine Verantwortung dafür zu übernehmen, und seit auch heute nicht bereit, daran teilzunehmen. Die Voraussagen, die sie seinerzeit über die Ergebnisse der Besetzung machte, hätten sich zu bestätigen war, mehr als erfüllt. Trotzdem sei die britische Regierung ebenso wie Lord Grey der Ansicht, daß man zu einer Regelung der europäischen Frage kommen könne, nur bei Aufrechterhaltung der Entente, und während der letzten Jahre habe sie standhafte und angestrengte Bemühungen in dieser Richtung unternommen. Curzon gab weiter der Hoffnung und Zuversicht Ausdruck, daß die beiden von der Reparationskommission gebildeten Ausschüsse eine weise und staatsmännische Prüfung der allgemeinen Lage vornehmen und einen Bericht geben würden, der zu einem Schritt vorwärts in der Lösung des Reparationsproblems führen werde. Ueber die sehr beunruhigende Lage in der bayerischen Pfalz führte Lord Curzon aus, auch er sei der Ansicht Greys, daß die Schaffung von künstlichen Staaten aus dem Körper des Deutschen Reiches nicht von den Alliierten ermutigt werden dürfe, außer wenn eine solche Bewegung wirklich die Stimmung der fraglichen Bevölkerung darstelle und die allgemeine Tendenz, die von der zuständigen Regierung selbst gebilligt werde. Die Geschichte der separatistischen Bewegung könne in einigen Sätzen zusammengefaßt werden. Gegen Schluß des letzten Sommers sei eine Reihe von sporadischen Versuchen unternommen worden, kleine örtliche Republiken zu errichten. Es habe sich größtenteils um von Unruhen begleitete Aktionen einer Gruppe Abenteurer ohne Autorität gehandelt, die nicht die Bevölkerung vertraten noch ihren Willen zum Ausdruck brachten.

Alle diese Pläne, gegen die sich die britische Regierung gewandt, und die sie mit allen in ihrer Macht befindlichen Mitteln entmutigt habe, seien allmählich zusammengebrochen. Man habe schon geglaubt, daß die Atmosphäre klarer werde, als man plötzlich im November von einer neuen Bewegung in der von französischen Truppen besetzten Pfalz gehört habe. Informationen der britischen Regierung seien aber dahingegangen, daß dort keinerlei Stimmung für die Lostrennung vom Reich bestanden habe. Die Häupter sowohl der römischen als der protestantischen Kirche in der Pfalz hätten den alliierten Ortskommissaren mitgeteilt, daß die Bewegung der Geist der Bevölkerung vollkommen fremd sei und Unterschriften unter die Unabhängigkeitserklärung durch Drohungen erzielt würden. Lord Kilmarnock habe daher nicht gezögert, einen Vorschlag abzulehnen, der auf die Anerkennung eines neuen Staates hinausgelaufen wäre, welcher so gut wie keine Grundlage gehabt hätte. Außerdem vertrete die britische Regierung die Ansicht, daß die Rheinlandkommission nur die Sicherheit der alliierten Truppen im besetzten Gebiet zur Aufgabe und sich nicht mit Politik zu beschäftigen habe. Die Regierung habe es weiter für notwendig angesehen, genau festzustellen, was vor sich gehe, und da sei eine schwere Zeit der Mißverständnisse mit den Franzosen entstanden, die aber, wie er hoffe, beigelegt werden könnte. Die Regierung habe Kilmarnock aufgegeben, einen seiner Offiziere zur Untersuchung der Lage in die Pfalz zu entsenden. Da die Franzosen dagegen aus technischen Gründen Einspruch erhoben, habe man den britischen Generalkonsul in München angewiesen, die Pfalz zu besuchen. Wiederum aber habe die französische Regierung eine Haltung eingenommen, die er, wie er bekennen müsse, nicht in der Lage sei, zu verstehen. Die Franzosen erklärten, daß sie es für ihre Pflicht halten würden, dem britischen Vertreter einen französischen Offizier zu attachieren. In dem von britischen Truppen besetzten Gebiet aber gingen französische Offiziere in beliebiger Zahl ein und aus, denen die Engländer jede Erleichterung gewährten, die sie gewähren könnten. Die Lage sei ein wenig besorgniserregend. Es sei jedoch zu hoffen, daß die Schwierigkeiten mit Klugheit und Zurückhaltung gelöst werden könnten.

Zum Anschlag gegen General v. Seeckt

Berlin, 16. Jan. Die Blätter teilen noch folgende Einzelheiten über die Verhaftung des frühern Offiziers Thormann, der beschuldigt wird, einen Anschlag auf General v. Seeckt vorbereitet zu haben. Thormann kam vor einigen Tagen nach Berlin und begab sich in das Büro der deutschvölkischen Freiheitspartei. Er verlangte und erhielt dort die Adresse eines Herrn D., den er von früher her zu kennen behauptete. Er suchte D. auf, legitimierte sich durch Ausweis des Wikingbundes, der Kapitän Ehrhardt nahesteht, und erklärte im Laufe der Unterhaltung, er sei mit der Absicht nach Berlin gekommen, v. Seeckt zu erledigen. D. ging zum Schein auf den Mordplan ein und versprach Thormann, einen geeigneten Mann zu stellen, der die Tat ausführen sollte. Nach der Unterredung machte D. sofort dem Reichskommissar für öffentliche Sicherheit, Oberst Künzer, von dem Mordplan Mitteilung. Künzer, der auch die Hintermänner Thormanns fassen wollte, beauftragte D., auf den Plan zum Schein einzugehen und auch den „geeigneten Mann" zu stellen. Als nun bei einer neuerlichen Unterredung Herr D. dem Thormann den verlangten Helfer vorstellte, entwickelte Thormann seinen Plan. Seeckt, der jeden Morgen vor Antritt seines Dienstes im Tattersaal zu reiten pflegte, sollte dort von dem Helfer der zur selben Zeit in dem Tattersaal reiten sollte, beim Vorbeireiten aus unmittelbarer Nähe durch mehrere Revolverschüsse getötet werden. D. und sein Helfer gingen zum Schein auf den Plan Thormanns ein, verabredeten mit diesem, daß man sich nach Vollendung der Tat am Montag vormittag im Kaffee Josty treffen sollte. Zur verabredeten Stunde waren dann auch Thormann, Herr D. und dessen Frau im Kaffee anwesend. Anstelle des Täters erschienen jedoch Polizeibeamte und nahmen sowohl Thormann als auch D. und dessen Frau fest. Diese beiden letzten sind natürlich sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden, während Thormann in Untersuchungshaft genommen wurde. Die Untersuchung erstreckt sich auch vor allem auf die Hintermänner Thormanns, da nicht anzunehmen ist, daß der Mordplan nur dem Willen eines einzelnen entsprungen ist.

Berufung von deutschen Sachverständigen

Paris, 17. Jan. Nach dem Newyork Herald beabsichtigt der Sachverständigenausschuß, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, den er gestern nach Paris gebeten hat, über den gegenwärtigen Devisenbestand der Reichsbank zu befragen, im Hinblick auf die Gründung einer neuen Notenbank, die völlig unabhängig von der Regierung dastehen soll. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich auch bereit erklärt, ihr Folge zu leisten, doch kann der Zeitpunkt seiner Abreise noch nicht mit Sicherheit angegeben werden. Wahrscheinlich wird sie nicht vor Freitag erfolgen. Bei Bekanntwerden der an den Reichsbankpräsidenten gerichteten Aufforderung habe einer der finanziellen Vertreter Deutschlands in Paris einem Berichterstatter des Blattes erklärt, er vertraue darauf, daß Dr. Schacht ohne weiteres bereit wäre, in Begleitung des Staatssekretärs a. D. Bergmann nach Paris zu kommen. Deutschland halte alle Informationen für den Ausschuß bereit. Wie dem Vorwärts aus Paris mitgeteilt wird, weilt Staatssekretär Bergmann bereits seit seiniger Zeit in Paris, wo er Gelegenheit hatte, mit Mitgliedern des Sachverständigenausschusses in Fühlung zu treten. Staatssekretär Bergmann soll bereits über verschiedene Fragen vom Ausschuß zu Rate gezogen worden sein.

Nach in Rom eingetroffenen Nachrichten glaubt man, daß in der nächsten Zeit auch andere führende deutschen Persönlichkeiten nach Paris berufen werden, um von dem Sachverständigenausschuß gehört zu werden.

Das Erdbeben in Japan

Aus Tokio wird berichtet, daß am Montag bei einem Erdbeben sechs Personen getötet und 22 verwundet worden sind. In Tokio wurden vier Personen getötet und 20 verwundet. In Yokohama wurden 500 Häuser zerstört.

Das Zentralobservatorium in Tokio teilt mit: daß der Mittelpunkt des am Montag verspürten Erdbebens beim Tanzawbi in der Provinz Sagami lag. Das Erdbeben dauerte 12 Minuten. Man glaubt, daß in Tokio, Yokohama und in den Vorstädten etwa 50 Personen getötet worden sind. Zahlreiche Personen wurden verwundet. Unter den Ausländern sollen sich keine Opfer befinden.

Nach weiteren Blättermeldungen aus Tokio ist das Erdbeben in dem ganzen Bezirk von Kuanto in dessen Mittelpunkt Tokio liegt, verspürt worden. Seit der Katastrophe vom 1. Sept. v. J. sei noch nicht wieder ein so heftiger Erdstoß aufgetreten. In der Stadt Tokio seien die elektrischen Leitungen unterbrochen und die Eisenbahn- und Straßenbahnlinien hätten verschiedentlich Beschädigungen erlitten, doch seien die Verbindungen alsbald wieder hergestellt worden. Eine Anzahl von Häusern sei zusammengestürzt, aber es sei zu keinem Brand gekommen.

Weiter wird aus Tokio gemeldet, daß im Bezirk Takido die Eisenbahnverbindungen vielfach unterbrochen seien. — Nach einer Havasmeldung aus Kobe hat sich annähernd in den gleichen Gegenden

ziert. Die amerikanische Regierung empfängt bereits Sendungen von Waffen und Kriegsmaterial, das sie in den Vereinigten Staaten angekauft hat. Hierdurch ist die Durchführung der unmittelbar bevorstehenden Aktion zur endgültigen Unterdrückung des Aufstandes sichergestellt. Im übrigen Lande herrscht vollkommene Ruhe und alle Verkehrsverbindungen funktionieren normal.

Aus dem besetzten Gebiet

Um die rheinische Goldnotenbank.

Köln, 16. Jan. In Bonn sind am 15. Januar zwischen den französischen Beteiligten und deutschen Bankiers Verhandlungen wegen der rheinischen Goldnotenbank gepflogen worden. Sie betrafen, der K. V. zufolge, diejenigen Nebenbedingungen, welche die Reichsregierung glaubte immerhin noch aufstellen zu müssen. Diese Bedingungen sind freilich von den Franzosen nicht völlig angenommen worden.

Deshalb fanden heute in Berlin wiederum, und zwar zwischen der Regierung und einem Abgesandten aus Köln Beratungen statt, welche die ganze Angelegenheit weiterhin gefördert und in aussichtsreiche Entwicklung gebracht haben. Offenbar hat die Reichsregierung nach bestem Ermessen ihr Möglichstes getan, um zu ihrem Teil zu dem Zustandekommen der Bank beizutragen. Nunmehr wird es wiederum an der Gegenseite liegen, ob die mehrmonatigen Verhandlungen bald zum erfolgreichen Abschluß kommen und damit endlich zur Gründung der Bank führen werden.

Neue Verordnungen.

Düsseldorf, 16. Jan. Der kommandierende General setzte die Bestimmung außer Kraft, wonach die Verwendung von Hüttenkoks zu Heizzwecken verboten ist, ferner hob Degoutte die Anordnung auf, die den Verkehr mit Kraftfahrzeugen innerhalb des besetzten Gebietes beschränkt. Besitzer von Kraftfahrzeugen bedürfen danach nur noch eines einfachen Erlaubnisscheines, den der Divisionskommandeur ausstellt. Der Erlaubnisschein gilt für ein Jahr.

Krawall in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. Jan. Nach Schluß einer politischen Versammlung zogen gestern abend die Teilnehmer in großen Scharen durch die Stadt. Sie hinderten im Verein mit anderen Ruhestörern die Straßenbahnen an der Weiterfahrt, zertrümmerten die Wagenscheiben und versuchten, den Betrieb stillzulegen. Die Insassen wurden mehrfach gezwungen auszusteigen. In der Schadowstraße hielten sie einen Kraftwagen an, mißhandelten die Insassen und beschädigten den Wagen. Die Polizei zerstreute die Menge, die sich aber wieder sammelte und nach dem Norringer Platz zog, wo ein Straßenbahnwagen beschossen wurde. Ein Kaufmann ist durch einen Schuß ins Auge schwer verletzt worden. Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer, und die Menge wurde schließlich zerstreut. Später kam es am Dorotheenplatz zu neuen Ansammlungen. Auch hier wurde geschossen. Die Polizei, die auch hier das Feuer erwiderte, versagte schließlich die Menge.

Revisionsverfahren gegen das Düsseldorfer Urteil.

Mainz, 17. Jan. Das Revisionsverfahren in Sachen der Offiziere und Beamten der Düsseldorfer Schutzpolizei wird in der heute stattfindenden Verhandlung des Revisionsgerichtes der Rheinarmee in Mainz durch die Rechtsanwälte Dr. Bräutigam, Dr. Grimm und Dr. Voß begründet werden. Die Verteidiger haben in ihrer Revisionsschrift zunächst wiederum die Unzuständigkeit des Gerichtes hervorgehoben, da es sich um Vorfälle in Düsseldorf, d. h. in „nicht feindlichem Gebiet" handle. Ferner komme bei dem Vorgehen der Schutzpolizei gegen die Separatisten kein Angriff auf die französische Armee oder deren Mitglieder in Frage, sondern nur Zwischenfälle, zwischen Deutschen. Die Sache gehöre daher, wenn überhaupt, nur vor die deutschen Gerichte.

Im übrigen richtet sich die Revisionsschrift gegen die Fragestellung. Unter den 135 Schuldfragen, die das Kriegsgericht in Düsseldorf gestellt habe, seien die für diesen Prozeß wichtigsten ausgelassen worden, nämlich die Frage, ob die Angeklagten sich in Notwehr befunden haben, und die Frage, ob sie zu ihrem Vorgehen durch das Verhalten der Separatisten gereizt worden seien. Unter weiterer Benennung verschiedener Formfehler wird die Aufhebung des Urteils des Düsseldorfer Gerichtes verlangt.

Zur Lage in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie.

Köln, 16. Jan. (Wolff.) Zur Lage in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie berichtet die „Kölnische Zeitung", daß eine vom rheinischen Textilarbeiterverband in Elberfeld einberufene Konferenz von Vertretern der rechtsrheinischen Textilarbeiter einstimmig beschlossen habe, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Der Christliche Textilarbeiterverband versucht dagegen, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern fortzusetzen. Der Christliche Arbeiterverband in München-Gladbach hat beschlossen, in den Ausstand zu treten. In einer größeren Anzahl von Betrieben, wird weiter gearbeitet und teilweise sogar Mehrarbeit geleistet.

Die deutsche Not

Schulkindersammlung in Transvaal.

Heidelberg, 14. Jan. Dem Oberbürgermeister ist durch die Vermittelung der Frau M. F. Steijn, der Gattin des früheren Präsidenten des Oranje-Freistaates, eine Spende im Betrage von 64 Pfund Sterling, etwa 1200 Goldmark, zugegangen. Dieser Betrag ist von den Schulkindern der Burenkolonie Heidelberg in Transvaal gesammelt worden mit der Bestimmung, daß er den Schulkindern der Volks- und Mittelschulen Heidelbergs am Neckar zugute kommen soll.

Zur Auswanderungsfrage.

Ueber die Auswanderung nach Südamerika

Nach dem Kanaan der neuen Zeit, zum Ueberfluß von Fleisch und Brot, von Milch und Butter in räumliche Unbegrenztheit ohne Menschengedränge, wo Deutsche wohl gelitten sind, nach Argentinien, nach Südamerika überhaupt, sehnen sich viele unserer Volksgenossen. Aber nur zwei Bevölkerungsschichten könnten mit Aussicht auf Erfolg dorthin auswandern: Handwerker und Bauern. Diese ganz allgemeine Feststellung muß indes wesentlich eingeschränkt werden.

Zunächst dürfen nur ganz gesunde, widerstandsfähige, tüchtige und nüchterne Menschen daran denken, in Südamerika tätig zu sein. Dort finden sie eine ganz andere Umwelt und sehr veränderte Verhältnisse, auch mit Bezug auf Ernährung, Unterkunft, Arbeitszeit, Arbeitsräume und Feiertage.

Soziale Fürsorge gibt es drüben so gut wie nicht. Auch keinen Achtstundentag. Jeder ist auf sich selbst angewiesen und muß sich vor Ausbeutung auch durch unehrliche Landleute selbst schützen. Neulinge, Gringos genannt, werden stets ausgenützt. Auch in staatlichen Betrieben werden Arbeitnehmer aus Mangel an barem Geld oft monatelang nicht entlohnt und müssen dann auf Gutscheine und Kredit höchst unwirtschaftlich leben.

Dennoch sind auch deutsche Handwerker in Argentinien, Chile und Brasilien zu Wohlstand gekommen. In São Paulo beispielsweise, der zweitgrößten Stadt Brasiliens, gibt es im Viertel der Rua Ypsigenia einige hundert gutgehende Verkaufsläden mit angrenzenden Werkstätten, in denen deutsche Fachhandwerker so ziemlich alles für den Lebensbedarf herstellen, Spekulative Brasilianer haben diesen Werktätigen eine Selbständigkeit durch Kredite ermöglicht, worauf aber heute infolge der auch in Südamerika fühlbaren Wirtschaftskrise nicht mehr zu rechnen ist. In Chile haben deutsche Handwerker kaum noch Aussicht vorwärts zu kommen, da sie im Wettbewerb mit den anspruchslosen genügsamen Handwerkern aus Syrien, Dalmatien Italien und Spanien unterliegen.

Für Handwerksspezialisten hat man drüben überhaupt keine Verwendung. Ein Schlosser muß gleicherzeit auch Schmied, Elektrotechniker und Kraftwagenmonteur sein, wenn es notwendig ist. Dabei kommt es ganz und gar nicht auf sachgemäße Arbeit an.

Wer heute nach Südamerika auswandern will, muß vor allem über einige hundert Goldmark verfügen, um im Zwischendeck, beziehungsweise in der dritten Klasse hinüberfahren zu können. Er soll dabei die Schiffe der Hapag, des Norddeutschen Lloyd oder der Südamerikalinie ganz nach Belieben benutzen. Niemals italienische Dampfer. Ich rate gut.

Hinüberarbeiten kann man sich nicht. Es gibt erstens schon Schiffsangestellte genug. Zweitens muß jeder von ihnen ein Heuerbuch haben, das der Kapitän erst im Heimathafen wieder zurückgibt. Drittens darf niemand ohne Leumundspapiere, Impfzeugnisse und Reisepaß in südamerikanisches Land.

Drüben erhält der Arbeitswillige zunächst freie Verpflegung und Beköstigung in einem der staatlichen Einwanderungsheime, im Hotel de Emigration. Das gilt meist für acht Tage, bis der Einwanderer Arbeit gefunden hat. Schuhe reinigen, Schaufenster putzen, Zeitungen verkaufen kann er nicht, ohne organisiert zu sein, was überhaupt erst nach längerem Aufenthalt geschehen kann. Aber als Geschirrspüler oder Diener kann man schon unterkommen und Aushilfsarbeit im Innern des Landes findet man stets. Dabei wird dem Einzuwandernden freie Bahnfahrt und Gepäckbeförderung bis zur Arbeitsstelle gewährt.

Das Vorwärtskommen ist übrigens auch in Südamerika Sache der Persönlichkeit. Ein rechter Kerl mit hellem Kopf Anstelligkeit, Fleiß und Sparsinn wird drüben rascher vorwärtskommen als hier, wobei er jedoch auf viel Kulturelles verzichten muß Man kann im Interesse unserer Volksgemeinschaft eigentlich nur wünschen, daß recht viele sich drüben umsehen, Besitz und Erfahrung sammeln, und schließlich als wertvolle Mitbürger wieder zurückkehren. Dies gelingt jedoch nur den allerwenigsten.

Für Argentinien wird jetzt wohl kaum Einreiseerlaubnis gewährt, da infolge einer europäischen Masseneinwanderung und der nachkriegszeitlichen schlechten Wirtschaftsverhältnisse dort jetzt allgemeiner Arbeitsmangel herrscht. Schon mehren sich die Nachrichten, die von trostlosem Elend Eingewanderter glaubwürdig berichten, die auf den Straßen der südamerikanischen Weltstadt Buenos Aires jämmerlich zu Grunde gehen.

Auch für Bauern ist Argentinien nicht das rechte Auswanderungsziel. Als Knechte, Peons, verdienen sie auf den großen Estanzias bei harter Arbeit, schlechter Verpflegung und noch schlechterer Unterkunft nicht genug für die übrigen Lebensbedürfnisse Als Erntearbeiter halten Deutsche in Argentiniens stechendem Sonnenbrand überhaupt nicht aus und kommen den süditalienischen Saisonarbeitern nicht gleich.

Aber auch das mühselige Dasein eines Kleinpächters auf einer argentinischen Chacrera taugt für Deutsche nicht. Da lebt man nicht viel besser, wie ein Peon und oft hat so ein Kleinpächter in einigen Jahren rastloser Arbeit und steter Hoffnung auf eine gute Ernte seine Ersparnisse zugesetzt. Mißernten, infolge andauernder Trockenheit oder durch Heuschrecken und auch aus anderer Ursache sind keine Seltenheit. Oft genug müssen also die Pächter bettelarm die fremde Scholle wieder verlassen.

Eigenland kann man in Argentinien nicht so leicht erwerben, da der wirklich gute, anbaufähige Kulturboden längst in fester Hand ist und Großgrundbesitzern, den Mächtigen im Land gehört. Neuerdings bemüht sich die Regierung im südwestlichen Teil Argentiniens im Tal des Rio Negro und bei Neuquen sowie im Norden im Chaco, im argentinischen Urwaldgebiet, Neuland zu erschließen. Indessen stehen diesem Unternehmen mannigfache große Schwierigkeiten im Wege. Gewinnsüchtige Kolonisatoren sind natürlich auch bestrebt, Spekulationsland zu besiedeln. Es ist aber ein großes Wagnis, sich mit solchen Leuten einzulassen und selbst vor anscheinend gemeinnützigen Siedlungsunternehmen muß man dringend warnen.

Auch Chile kommt für bäuerliche Ansiedlung nicht in Betracht. Die dort im Süden in Valdivia, von Bauern aus der Eifel um 1850 gegründeten Siedlungen stehen zwar in höchster Blüte und sind heute die Heimat von achtzehnhundert wohlhabenden Bauernfamilien. Der hier aber noch verfügbare oder freiwerdende Boden ist für die Kinder und Kindeskinder der Eingesessenen bestimmt, die ja auch leben wollen. Urwaldgebiet wird in Chile vorerst nicht erschlossen werden, da der Regierung für solche Kulturaufgaben das Geld fehlt.

Das eigentliche Auswanderungsgebiet für Bauern kann nur Brasilien sein. Arbeitskräfte für die Landwirtschaft sind dort sehr erwünscht. Man nimmt die zu diesem Zweck in das Land Gekommenen gerne auf und vergütet ihnen bei erfolgreichem Bemühen nach Jahresfrist alle Kosten der Einwanderung gemäß bundesgesetzlicher Bestimmung. Der Weg zum Erfolg solcher Einwanderer setzt auch hier körperliche Eignung, Gesundheit, mittleres Lebensalter, Tatkraft, äußerste Genügsamkeit und Verzicht auf alle Kulturannehmlichkeiten voraus. Auch sollte der Einwanderer verheiratet sein, weil er nicht neben der schweren Landarbeit noch kochen, waschen und nähen kann.

*

Deutsche Auswandererschicksale. Einem Privatbriefe eines nach den Vereinigten Staaten ausgewanderten Bayern entnimmt die „Münch. Ztg." folgende auch allgemein interessierende Stelle: „Wie Sie wohl wissen werden, war ich seit meiner Uebersiedelung von Pleinfits hierher in die Restaurationsbranche eingerückt und Bushoy geworden, so ein Mittelding zwischen Pikkolo und Mädchen für alles, und war dies bis vor zirka fünf Wochen geblieben. Es ging mir dabei nicht gerade gut, aber es war erträglich. Da mich die ungünstige Verteilung der 65 Wochenarbeitsstunden daran hinderten, meinen von Anfang an gehegten Wunsch, eine Abendschule für Englisch zu besuchen, zu verwirklichen, und ich auch nicht allzu lange mehr Busboy bleiben wollte, da sich mir dabei keine Aussicht zum Vorwärtskommen bot, so war ich froh, als mir der Boß, also der Inhaber, den Laufpaß gab, weil ich ein paarmal als Antwort auf das schikanöse Gebahren gebrummt hatte. Ich führte dann den seit langem gefaßten Entschluß aus und wurde Maschinenstricker, da dieses Handwerk bei erlangter Fertigkeit ziemlich viel einbringt, (und noch mehr eingebracht hat) und doch nicht anstrengend ist. Ich wäre wohl auch längere Zeit dabei geblieben trotzdem ich meine Augen dabei sehr anstrengen mußte, wenn ich nicht vor nunmehr drei Wochen in der hiesigen deutschen Zeitung die Anzeige eines deutsch-österreichischen Kleinexporteurs gelesen hätte, der einen Kaufmann suchte. Ich bewarb mich daraufhin und wurde eingestellt, und habe jetzt einen durchaus zufriedenstellenden Posten.

Kleine Meldungen

Zum Todestage des Dichters Hoffmann v. Fallersleben.

Berlin, 16. Jan. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat nachstehenden Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen gerichtet: Am 19. Januar sind fünfzig Jahre seit dem Tode des Dichters Hoffmann von Fallersleben verflossen. Ich ordne hiermit an, daß an diesem Tage in allen Schulen in geeigneter Weise dieses deutschen Dichters gedacht wird. Der Erlaß wird durch die Zeitungen bekanntgegeben.

Die erste Assessorin in Preußen.

Berlin, 15. Jan. Als erste Referendarin hat Fräulein Dr. Marie Munk am 7. Januar die große juristische Staatsprüfung vor dem Landesprüfungsamt in Berlin mit voll befriedigendem Erfolge abgelegt und ist zur Assessorin ernannt worden. Das Referendarexamen hatte Fräulein Dr. Munk, die aus einer Berliner Juristenfamilie stammt, am 24. Januar 1920 bestanden. Ihre Ausbildung hat sie im Bezirk des Kammergerichts erhalten.

Eisenbahnunfall.

Wien, 14. Jan. Ein merkwürdiger Unglücksfall hat sich auf dem Arlberg durch Bruch der Zugkoppelung bei einem Güterzug ereignet. 14 beladene Waggons entrollten von der am Eingang zum Arlbergtunnel gelegenen Station Langen talabwärts, durchfuhren in rasender Geschwindigkeit die Station Danöfen und konnten erst in Dalaas durch Umstellung einer Weiche angehalten werden. Die Waggons sprangen aus dem Gleis und zertrümmerten zum Teil die Vorhauten des Bahnhofsgebäudes. Die Ladung der Wagen erlitt nur geringe Beschädigung und fünf auf den Wagen sitzende Zugbeamte wurden nur verhältnismäßig leicht verletzt.

Regierungsmaßnahmen in Spanien. In einer halbamtlichen Note wird erklärt, daß die Regierung die Provinzialverwaltung reformieren werde und hierbei regionale Sonderinteressen berücksichtigen, aber gegen separatistische Bestrebungen rücksichtslos vorgehen werde.

Schwere Anklagen gegen die Wiener Aerzte. Der Leiter der zweiten chirurgischen Universitätsklinik, Hofrat Prof. Hochenegg, hat gestern in einer Vorlesung vor seinen Schülern schwere Anklagen gegen die Wiener Aerzte erhoben, indem er die Mehrzahl der Wiener Hausärzte und Spezialärzte der Korruption beschuldigte, da die letzteren für Zuführung von Patienten Provisionen an die Hausärzte zahlten. Er bezeichnete ein derartiges Schmiergelderunwesen als skandalunwürdig und als Betrug an dem Krankenpublikum. Die Blätter befassen sich ausführlich mit den Ausführungen Hocheneggs und fügen hinzu, daß die Standesorganisationen der Wiener Aerzte gegen diese Angriffe in einer gemeinsamen Sitzung eine Abwehrkundgebung veranstalten werden, da diese Aeußerungen unter der gesamten Wiener Aerzteschaft größte Aufregung und Entrüstung hervorgerufen habe.

Plünderung eines Zuges.

Moskau, 15. Jan. Der von Kiew nach Odessa gehende Passagierzug wurde dieser Tage, als er von der kleinen Station Bojarka (50 Kilometer von Kiew) abfuhr, von einer Räuberbande überfallen. Die Banditen sprangen in den Zug und plünderten während der Fahrt die Reisenden in mehreren Wagen vollständig aus, dann sprangen sie aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug und verschwanden im Walde.

Neues aus aller Welt

Der Bühnentod der Sängerin. Ein tragisches „Drama im Drama" ereignete sich bei der Aufführung der Oper „Margarita La Tornere", in dem Theater von Cheres, nordöstlich von Lodiz, als die Sopransängerin, die die Heldin gab, plötzlich auf der Bühne zusammenbrach und tot fortgetragen wurde. Das Publikum glaubte, daß das Zusammenbrechen der Heldin zu ihrer Rolle gehöre und klatschte begeistert Beifall zu dem außerordentlichen Realismus, der darin lag. Die Sängerin war die Tochter des spanischen Komponisten Ruberto Chapi, und die Oper, in der sie auftrat, war ein Werk ihres Vaters, der einige Jahre vorher gestorben war. Man vermutet, daß die Rolle in der Tochter die Erinnerungen an den Vater so stark werden ließ, daß sie eine große Erregung erspirt und sie infolgedessen an einem Herzschlag während der Aufführung verschied.

Merkwürdige Folgen eines Selbstmordes. Ein eigenartiger Vorfall hat sich im Südosten Berlins zugetragen. Gegen 1 Uhr nachmittags wurde der 68 Jahre alte Schneidermeister Karl Schultz in seiner Wohnung im Hause Hobrechtstraße 69 durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, ist Schultz aus Lebensüberdruß in den Tod gegangen. Die Feuerwehr, die zur Stelle war, begab sich nach der über der Schultzschen Wohnung gelegenen Behausung der Eheleute Kraak und fand hier den 57 Jahre alten Gustav Kraak und dessen Ehefrau Marie bewußtlos auf. Wie sich herausstellte, war das Gas durch die Decke in den Schlafraum des Ehepaares gedrungen, und hatte beide Personen betäubt. Es gelang, die Eheleute unter Anwendung eines Sauerstoffapparates wieder ins Leben zurückzurufen; doch war ihr Zustand so ernst, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus erfolgen mußte.

Heitere Ecke

Der höfliche Bürgermeister

Die Fürsten Radziwill hatte zwei grüne Papageien, schöne Vögel, die in einem großen Bauer wohnten. Bedeutende Sprachkenntnisse besaßen sie nicht, sie verstanden aber zu schimpfen, und zwar sprachen sie nur ein einziges Schimpfwort, aber dies sehr fleißig aus. „Du Racker" nannten sie Prinzen und Prinzessinnen und hießen deshalb „die Rackerchen." Diese Papageien machten alle Reisen der fürstlichen Familie in ihrem großen Bauer mit, welcher seinen Platz auf dem Gepäckwagen hatte. In einer kleinen schlesischen Stadt, in der das Mittagsmahl eingenommen wurde, stand als die fürstliche Familie eben zur Weiterfahrt eingestiegen war, pflichtschuldigst der Bürgermeister neben dem Wagen der Königlichen Hoheit. Die Fürstin, um ihre Papageien besorgt, rief einem der Lakaien zu: „Sind die Rackerchen schon im Wagen?" Der höfliche Bürgermeister verbeugte sich tief und sagte, „Zu Befehl, Königliche Hoheit, die jungen Prinzen sind bereits eingestiegen."

Mut und Geschicklichkeit

Nach den Schlachten von Sudletsch wurde das britische Lager von einem berühmten indischen Jongleur besucht, dessen Vorstellung General Napier nebst Familie beiwohnte. Unter anderen Kunststücken schnitt der Inder eine Zitrone auf der flachen Hand mit einem Hiebe seines krummen Säbels durch. Der General hielt das Kunststück auch für ein Blendwerk. Der Inder widersprach. Der General hielt ihm die rechte Hand hin und forderte ihn auf, das Kunststück bei ihm zu wiederholen. Der Inder weigerte sich dessen, ließ sich aber die linke Hand weisen und wiederholte mit dieser die Spaltung der Zitrone. Der General schüttelte das Haupt. „Warum hast Du die linke Hand und nicht die rechte gewählt?" fragte Napier. Der Inder lächelte. „Die rechte Hand ist hohl und ich wäre in Gefahr gekommen, Ihnen leicht den Daumen abzuhauen, bei der Linken lief ich diese Gefahr nicht." Was ist größer, der Mut des Engländers oder die Geschicklichkeit des Inders?

wie am 1. September ein heftiges Erdbeben eingestellt. Es werden Brände im nördlichen Stadtteil von Tokio gemeldet. Die telegraphischen Verbindungen mit der Landeshauptstadt sind unterbrochen. Der Eisenbahnverkehr auf den ganzen Linien mußte eingestellt werden. Die Erdstöße sind auch in Nogaya, Gnmma und Tochi verspürt worden.

Eine ministerielle Mitteilung sagt, daß in Tokio und Pokohama die Zahl der Toten ganz gering ist.

Politische Nachrichten

Deutschland

Der Reichskanzler zur bayerischen Denkschrift.

Berlin, 16. Jan. Der Reichskanzler hat an den bayrischen Gesandten v. Preger am 15. Januar ein Schreiben gerichtet, worin es heißt:

„Die mir am 5. Januar d. J. überreichte Denkschrift der bayrischen Regierung habe ich inzwischen mit Aufmerksamkeit gelesen und sie, sobald ich in den Besitz einer ausreichenden Zahl von Abdrucken gelangt war, allen beteiligten Reichsstellen zugeleitet. Die bayrische Regierung wird es verständlich finden, daß die Reichsregierung angesichts der weitreichenden Bedeutung der in der Denkschrift erörterten Probleme eine abschließende Stellung heute noch nicht einnehmen kann. Schon jetzt aber möchte ich meiner lebhaften Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der in sachlich gehaltener Form dargelegte Standpunkt, den die bayrische Regierung der Reichsverfassung gegenüber einnimmt, von dem Gedanken getragen ist, das Reich im Ganzen wie in seinen Teilen stark und fest zusammengefügt zu erhalten. Ich verkenne nicht, daß die Denkschrift sowohl in ihren geschichtlichen Darlegungen wie in den Vorschlägen für die Zukunft Gegenstand lebhafter, vielleicht heftiger Meinungskämpfe sein wird, die jedoch, wie ich bestimmt hoffe, sich in den Grenzen halten werden, die ihnen die Tatsache zieht, daß deutsche Gedanken und Gefühle der bayrischen Regierung die Feder geführt haben.

Die Reichsregierung ist gerne bereit, zunächst mit der bayrischen Regierung unter Zugrundelegung der überreichten Denkschrift in einen Meinungsaustausch einzutreten, wobei sie mit der bayrischen Regierung darüber einig ist, daß die einzelnen in der Denkschrift erörterten Fragen einer eingehenden sachlichen und vorurteilslosen Prüfung bedürfen. Erst nach dem Ergebnis dieser Erörterungen wird sich die Frage beantworten lassen, inwieweit von Seiten der Reichsregierung und der bayrischen Regierung die Initiative zu gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein wird."

Besserung der Reichsfinanzen.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben sich die Reichsfinanzen in der ersten Hälfte des Monats Januar zufriedenstellend entwickelt. Die schlimmen Befürchtungen, die der Reichsfinanzminister hatte, ob es ihm gelingen würde, im Monat Januar wenigstens soviel Mittel zu beschaffen, um die Verwaltungskosten des Reiches, insbesondere die Beamtengehälter bezahlen zu können, dürften doch im großen und ganzen hinfällig geworden sein. Die bisher fälligen Steuern sind ziemlich gut eingegangen, von den weiteren Steuern erwartet man eine Stärkung der Betriebsmittel des Reiches. Die Reichskasse leidet gegenwärtig an einem Mangel an Zahlungsmitteln. Die Reichsregierung besteht unbedingt auf der restlosen Einziehung der Steuern, wobei sie, wie sich das aus verschiedenen Maßnahmen der letzten Zeit ergibt, sehr bald geneigt ist, Unbilligkeiten und Härten nach Möglichkeit zu mildern. So hat die Reichsfinanzverwaltung bezüglich der Erhebung der Vorauszahlung für landwirtschaftliche Betriebe wesentliche Rücksichtnahmen walten lassen, die geboten sind durch den Umstand, daß diese Veranlassung zu den völlig veralteten Grundsätzen des Wehrbeitrages geschieht.

Alle Maßnahmen der Reichsfinanzverwaltung sind einzig und allein unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß unter allen Umständen jede neue Inflation vermieden werden muß.

Kommunistische Waffenfabrik.

Der „Voss. Ztg." wird aus Stuttgart gemeldet, daß in Friedrichshafen umfangreiche Vorbereitungen zu einem Putsch aufgedeckt worden seien. In einer Reihe von Betrieben seien seit einiger Zeit aus gestohlenem Material Handgranaten hergestellt worden. Es seien bereits zahlreiche Verhaftungen ausschließlich von Mitgliedern der kommunistischen Partei vorgenommen worden.

„Unabhängige" Reichstagsabgeordnete.

Der frühere unabhängige Abgeordnete Ledebour hatte, nachdem die Unabhängigen die Vereinigung mit der sozialdemokratischen Partei beschlossen hatten, sich mit seinem Parteifreund Wegmann isoliert und eine eigene Zwei-Männer-Gruppe im Reichstag gebildet. Das war im September 1922. Ledebour versuchte, die unabhängige Partei in Deutschland von sich aus weiter zu führen. Er gründete auch ein eigenes Parteiorgan, den „Weckruf". Man hat es ihm aber in seinen eigenen Reihen schlecht gedankt, denn vor kurzem ist der unabhängige Ledebour als Vorsitzender der Partei abgesetzt und ebenso von der Redaktion des „Weckruf" ausgeschlossen worden. Nunmehr hat Ledebour die Vorbereitungen für eine neue Parteigründung unternommen. Daraufhin hat der Parteivorstand der Unabhängigen Ledebour und seine Genossen aus der Partei ausgeschlossen. Ledebour ist nun politisch obdachlos und es wird, wenn er in den neuen Reichstag wieder einziehen will, darauf ankommen, ob es ihm gelingt, unterdessen die neue Partei wirksam zu etablieren. — Auch der sozialdemokratische Führer und Parteivorstand Weis hat trotz aller Bemühungen bis jetzt noch keinen Wahlkreis finden können, der ihn für die nächsten Reichstagswahlen aufstellt.

Ausstellung von Reisepässen an Jugendliche.

Berlin, 16. Jan. Der Minister des Innern hat, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, folgendes bestimmt: Reisepässe und Sichtvermerke dürfen an Minderjährige deutscher Staatsangehörigkeit nur erteilt werden, wenn zu dem Antrage die schriftliche Einverständniserklärung des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen beigebracht wird. Wenn besondere Gründe in sittlicher Hinsicht vorliegen, so ist gegebenenfalls die Abreise unter Anrufung des Vormundschaftsgerichts oder des Jugendamtes zu verhindern. Handelt es sich um Reisen, die minderjährige weibliche Personen deutscher Staatsangehörigkeit ohne Begleitung erwachsener Angehöriger ins Ausland zum Antritt einer Stellung unternehmen, so ist von der Ortspolizeibehörde beim Reichswanderungsamt und bei den Vermittlern, außerdem noch bei der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels beim Polizeipräsidium Berlin anzufragen, ob die Reise unbedenklich erscheint.

Sachsen

Besuch zweier Reichsminister.

Dresden, 16. Jan. Reichswehrminister Dr. Geßler besuchte gestern den Ministerpräsidenten Heldt im Landtage. Auch der anläßlich des Reichsparteitages der Demokratischen Partei in Dresden anwesende Reichswirtschaftsminister Hamm besuchte gestern Heldt. Hiernach wurden im Wirtschaftsministerium die brennenden Tagesfragen besprochen, insbesondere wurde die Belebung der Industrie und des Gewerbes durch die Beschaffung von Aufträgen und die Heranziehung der Länder bei der Vergebung von Reichsaufträgen erörtert.

Baden

Zum Beamtenabbau.

Karlsruhe, 16. Jan. Von den Demokraten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum ist nachstehender Antrag eingebracht worden: Die Regierung wolle alsbald nach der Durchführung der hauptsächlichsten Abbaumaßnahmen, jedenfalls noch in der gegenwärtigen Tagung, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Zahl und der Geschäftskreis der Ministerien in Weiterführung der Staatsvereinfachung gemäß § 52 der badischen Verfassung neugeregelt wird.

Frankreich

Die Reise nach Berlin.

Paris, 17. Jan. Der Sachverständigenausschuß der Reparationskommission wird die beabsichtigte Reise nach Berlin nicht so bald unternehmen, wie man angenommen hatte. Der Ausschuß legt Wert darauf erst die vorbereitenden Arbeiten durchzuführen, um zu einer Gesamteinigung sowohl über die in Berlin zu prüfenden Fragen als auch über die etwa ins Auge zu fassenden Lösungen zu gelangen.

Spannung in Paris.

Paris, 17. Jan. Der heutigen Kammersitzung wird in politischen Kreisen mit großer Spannung entgegengesehen. Die Interpellationen über den Sturz des Franken und die damit zusammenhängende Teuerung der Lebensmittel, wird, wie man voraussieht, zu einer sehr bewegten Debatte sowohl über Fragen der inneren wie der äußeren Politik führen. Man befürchtet in Regierungskreisen ein starkes Anwachsen der Opposition, namentlich aus Gründen der inneren Politik, während die Oppositionsparteien in den auswärtigen Fragen sich kaum über die bisherige äußerste Linke sowie einen Teil der Radikal-Sozialisten ausdehnen dürften. Die Regierung wird gegen zwei Fronten zu kämpfen haben. Es ist noch nicht vorauszusehen, wie weit die bisherige Mehrheit ihr treu bleiben wird.

Gleichzeitig bereitet sich die Senatsdebatte über die Wahlgesetze vor. Im Senate ist die Mehrheit für die Rückkehr zu Arrondissementswahlen, während Poincare sich als Gegner dieses Projektes bekannt und seinen Entschluß mitgeteilt hat, bei einer Abstimmung über diesen Antrag die Vertrauensfrage zu stellen. Bei dieser Gelegenheit ist eine Uebereinstimmung der Regierung keineswegs ausgeschlossen. Man glaubt jedoch, daß in diesem Falle Poincare mit der Neubildung der Regierung betraut werden dürfe und es ihm vielleicht nicht unangenehm wäre, aus innerpolitischen Rücksichten sein Kabinett bei dieser Gelegenheit umzubilden.

Gesetzentwurf über die Besatzungskosten.

Paris, 16. Jan. Der Minister des Aeußeren hat gestern in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Ratifikation des Abkommens über die Erstattung der amerikanischen Besatzungskosten in den Rheinlanden vorsieht. Das Abkommen ist am 25. Mai 1923 in Paris unterzeichnet worden.

Frankreich und die spanische Tangernote.

Paris, 16. Jan. Zu der dem spanischen Botschafter überreichten Antwort der französischen Regierung auf die letzte spanische Note über Tanger bemerkt Havas, es scheine nicht, daß an dem Statut des marokkanischen Hafens jetzt, wo es von England und Frankreich unterzeichnet worden sei, Aenderungen vorgenommen werden könnten, noch daß der Sultan territoriale Verschiebungen in der spanischen Zone zugestehen werde. Die französische Regierung wünsche aber, ihr Entgegenkommen zu bekunden und würde, wie man annehme, gewisse Genugtuungen auf anderem Gebiet zugunsten Spaniens in Erwägung ziehen.

Ungarn

Prozeß gegen Aufrührer.

Budapest, 15. Jan. Vor dem Budapester Gerichtshof begann heute der Prozeß gegen den Abgeordneten Dr. Franz Ulein, Bela Szemere und den Architekten Titus Boburu, gegen welche die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Verbündung zum Aufruhr erhoben hat. Angeklagte Ulein erklärt sich für nicht schuldig. Er sei mit Lu[illegible] und Hitler ein einziges Mal im Februar v. J. [illegible]men, könne aber die Einzelheiten [illegible] Sitzung aussagen. Die Sitzung wurde [illegible] geheim erklärt. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Verhandlung erklärte der Angeklagte Ulein, daß Döhmel welcher sich als Vertrauensmann Ludendorffs legitimierte, von der Unterstützung einer Aktion zur Wiederherstellung der Integrität Ungarns gesprochen habe. Es war davon die Rede, daß die Ungarn den Bayern Lebensmittein und diese hierfür Waffen und Soldaten schicken. In Uleins Gegenwart sei weder von einem Sturz der Regierung noch einer Regierungsliste oder Totenliste, noch einem Kriegsplan die Rede gewesen. Der Angeklagte Boburu bekannte sich gleichfalls für nicht schuldig. Es sei davon gesprochen worden, daß man auch mit den Türken, Bulgaren, Kroaten, Polen und Italienern Verbindungen suche, um die Arbeit im gegebenen Moment beginnen zu können. Der Gerichtshof beschloß sodann, Boburu, Szemere und den Zeugen Döhmel in geheimer Verhandlung zu vernehmen.

Südslavien

Südslawien und Fiume.

Paris, 16. Jan. Der Korrespondent des Matin in Rom will aus offiziöser Quelle erfahren haben, daß die für eine bestimmte Frist Südslawien gewährte Konzession im Hafen von Fiume sich auf einen der sechs Hafenbecken beschränken soll und zwar auf dasjenige, das an den Hafen von Baros und an das Delta anstoße. Der südslawische Generalstab solle auch eine Grenzberichtigung in Erwägung ziehen, mittels deren Südslawien aus strategischen Erwägungen heraus die Anhöhe in der Umgegend von Fiume zugewiesen würde.

Amerika

Ueber die deutsche Anleihe.

Paris, 16. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Washington wird im Weißen Hause zu den Blättermeldungen, wonach amerikanische Banken eine Anleihe an Deutschland in Erwägung zögen, erklärt, die einzige bis jetzt offiziell bekannte und vorgeschlagene Anleihe sei diejenige, die der Reparationskommission zur Genehmigung vorliege. Die Entscheidung der Reparationskommission sei, wenn überhaupt schon getroffen, in Washington noch unbekannt. Das Weiße Haus erwähne auch einen anderen Plan einer Anleihe, die Deutschland von einer Bankenvereinigung in Aussicht gestellt worden sei. Verhandlungen darüber seien eingeleitet, aber die Ergebnisse noch unbekannt.

Kein Lebensmittelkredit.

Washington, 17. Jan. In wohlinformierten Kreisen verlautet, daß die Gewährung des in Aussicht genommenen Kredits von 70 Millionen Dollars, um Deutschland zum Ankauf von Lebensmitteln zu verhelfen, vorläufig als aufgehoben zu betrachten ist. Dogherty informierte Coolidge und Mellon dahingehend, daß die Kriegs- und Finanzoperation auf gesetzmäßigem Wege eine Anleihe an Deutschland nicht geben könne. Die Newyorker Bankiers müßten den Plan der 70-Millionenanleihe an Deutschland fallen lassen, da Frankreich und Belgien eine derartige Hilfsaktion als erststellige Hypotheken vor den Reparationen nicht anerkennen.

Mexiko

Die Lage in Mexiko.

Berlin, 16. Jan. Bei der hiesigen mexikanischen Gesandtschaft ist folgendes Telegramm aus Mexiko eingegangen: Die Vorbereitungen zum Angriff an den Fronten von Jalisco und Veracruz stehen vor dem Abschluß. Die Aufständischen sind durch die Beschlagnahme der von ihnen in den Vereinigten Staaten angekauften Waffen infolge der Verordnung der amerikanischen Regierung demoralisiert.

Die Frühlingsmädchen

10 Novelle von Rudolf Herzog.

„Fritz," sagte Fränzchen Frühling, „ich wollte dich fragen, ob ich wohl einen Drucker daheim finde, dem ich zumuten kann, die Zeitung für mich zu drucken, zunächst natürlich unter Stundung der ersten großen Auslagen. Du selbst kommst ja für mich leider nicht in Betracht, da du ganz anders gerichtete Pläne verfolgst."

Da schlug Fritz Leydecker seine schwere Faust auf den Tisch.

„Kein Wort weiter. Bin ich ein Geschäftsmann, oder bin ich ein blinder Maulesel?! Mir da eigenhändig den unlauteren Wettbewerb in den Pelz setzen. Seit Wochen grüble ich schon, grüble und grüble. Und gerad' heute, wo ich dem Gedanken nähergekommen bin, tritt du in die Tür und trägst ihn mir fix und fertig herein. ‚Der Beobachter im. der Eifel'. Druck und Verlag von Fritz Leydecker. Wir werfen Geld und Kenntnisse zusammen und — und —"

„Und —?" fragte das Frühlingsmädchen und sah ihn aus großen, unschuldigen Augen an.

„Und werden Mann und Frau, Fränzchen, Mann und Frau! Bessere Teilhaberschaft gibt's nicht."

„Du bist der Stärkere," gab das Frühlingsmädchen in seinen festen Armen nach. „Mein Gott, ich wußte es ja schon, als du mich als Kind verprügeltest und ich dir den Hirschhornknopf abdrehte." — —

Und nun waren die beiden in der Heimatstadt erschienen, um Druckerei und Zeitungsvertrieb einzurichten und die Hochzeit zu begehen.

„Fränzchen," sagte die schwarze Eva, und ihre Augen funkelten vor Lust am Leben und Vorwärtsstreben, „deine Zeitung wird unsere Hausmacht werden. Jetzt kommt nun guter Georg unbedingt in den Rat der Stadt, und wir werden auch noch manches Wörtchen mitzusprechen haben. — —

Just zur selben Zeit aber machte sich Doktor Frühlings zweigeborene Schwalbe auf den Flug nach der Heimat und hatte einen argen Umweg einzuschlagen, um die widrigen Winde zu besiegen und als dritte zum Neste zu gelangen.

Die Krankenschwester Friedel Frühling in dem großen Hamburger Krankenhause führte seit einiger Zeit ein seltsam Doppelleben. Ihren Kranken gegenüber befolgte sie ihres Vaters ärztlichen Wahlspruch: „Freude ist die beste Arznei", richtete die Verzweifelnden durch fröhlichen Zuspruch auf, brachte die Stumpfgewordenen durch einen Scherz zum Lachen und damit dem Leben wieder näher, tröstete den Genesenden ein Liedchen nach dem anderen, damit sie die Länge der Wartezeit nicht empfänden, zeigte eine feste Hand, ein weiches Herz und einen fröhlichen Mund.

Abends aber in ihrem Stübchen wandelte sie sich wie ein Schauspieler, der auf den Brettern die lustige Person zu spielen hat und wie ein Schwermütiger durchs Leben wankt, in eine tiefsinnige Frau, der Scherz und Lachen fremd geworden sind, hielt sich in der Einsamkeit und dachte an den unaufhaltsamen Niedergang Robert Junkers, ihres Jugendfreundes.

Die Semester zu zählen, die er auf Hochschulen zugebracht hatte, lohnte sich längst nicht mehr. Er war ein mehr als bemoostes Haupt, als sie ihm eines Tages zornig schrieb, er möge, wenn es nun einmal nicht anders reiche, statt zum Wundarztmesser und Bluthecken doch zum Barbiermesser und Waschbecken greifen und somit der Menschheit in etwas dienen. Als Antwort aber erhielt sie nach einem halben Jahre des Schweigens auf einer Postkarte die Mitteilung, daß der Dr. med. Junker sich beehre, das ebenso trefflich bestandene Staatsexamen wie Doktorexamen anzuzeigen.

Diesem gewaltsamen Aufschwung aber war der Niedergang ebenso schnell wieder gefolgt. Der Mediziner, der schon als Sekundaner mit Inbrunst das Dreifarbenband des Studenten getragen hatte, vermochte sich von der studentischen Freiheit nicht loszureißen. Der winkende Beruf erschien ihm als frostiger Abschluß alles Jugendüberschwangs, als graues Philistertum, und so wenig er von den jugendlichen Brauseköpfen, die nach ihm gekommen waren, innerlich noch zu den ihren gerechnet wurde, so sehr hielt er äußerlich an Ton und Treiben fest, erschien abends auf den Kneipen, stellte sich in den Morgenstunden als Paukarzt auf den Mensurböden ein und saß die zwischen den beiden Polen liegende Spanne stumpfsinnig hinter dem Bierfiedel in einer kleineren Studentenwirtschaft.

Friedel Frühling war genau unterrichtet. Und als sie zu allem anderen vernahm, daß des Freundes Eltern in Vermögensverfall geraten und aus dem Heimatstädtchen irgendwohin in die Welt verzogen seien, drahtete sie ihm kurz entschlossen, sie habe in Berlin zu tun und hätte, sie am Bahnhof in Empfang zu nehmen.

Robert Junker empfing sie. Sein Gesicht war gerötet, seine Haltung aber straff und ritterlich. Er geleitete sie unter tastenden Gesprächen zu der Klinik eines Professors, in der sie, wie sie vorgab, eine knappe halbe Stunde zu tun hätte, und fand ihn bei ihrer Rückkehr im Sonnengarten eines gegenüberliegenden Bierhauses vor einem frischen Seidel. Langsam stand er auf und schloß sich ihr wieder an.

„Was tust du sonst am Tag?" fragte sie ihn kalt.

„Nichts. Wozu auch? ‚Wer's kann, der d'elbt im Herzen — Jetztdens ein Student', singt Scheffel."

„Im Herzen, jawohl, wie mein Vater! Wirst du übrigens, wie es deinen Eltern ergeht?"

„Schlecht. Ein Grund mehr für mich, mich aus dem Philistertum herauszuhalten."

„Geben das" — sie zögerte und sprach es dennoch aus — „geben das deine Mittel zu?"

„Eine Zeitlang reicht's noch. Ich lebe in einer Art einseitiger Gütergemeinschaft mit einem Juden in der Karlstraße, der zuweilen meine medizinische Bücherei mustern kommt und sich das Notwendige daraus mitnimmt. Bis er zu meinen wundärztlichen Werkzeugen vorgedrückt ist, kann immer noch ein schönes Semester hingehen. Es ist ein gutes Vierteljahr."

„Nein," sagte sie und schritt aufrecht neben ihm hin, „mit solcher Schauspielerei schr.[illegible] du mich nicht ab. Raff' dich zusammen. Zeig' dein altes, liebes, leuchtendes Gesicht. Hier muß und wird geholfen werden."

„Gib dir keine Mühe, Friedel. Ich bin bis auf die Knochen verbummelt, und die größte Gemeinheit ist: ich fühle mich mordswohl dabei."

Friedel fuhr nach Hamburg zurück, war fröhlich und guter Dinge mit ihren Kranken, saß abends grübelnd in der Einsamkeit ihres Schwesternstübchens und reichte kurz danach ihre Entlassung aus dem Schwesterverband des Krankenhauses ein.

„Weshalb tun Sie uns das an?" fragte unmutig der leitende Arzt. „Sie wären in Kürze zur Oberin aufgerückt. Betrachten Sie die Krankenpflege auch als eine Mädchenspielerei wie so manche junge Damen?"

„Herr Geheimrat, ich habe einen Schwerkranken. Wenn ich ihm nicht helfe, geht er verloren."

Der alte Arzt schob die Brille auf die Stirn und sah sie lange an. Und sie erwiderte fest den Blick.

„Gehen Sie mit Gott, mein tapferes Mädel."

Da ging sie. — —

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Wirtschaftsleben

Wiederaufbau.

Als eine der ersten Kreditgenossenschaften im Nassauer Land, welche aus der durch die Geldentwertung geschaffenen Sachlage die richtigen Konsequenzen zog, hielt am gestrigen Tage die Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H. Erbenheim eine außerordentliche Generalversammlung ab, auf deren Tagesordnung die Umstellung des gesamten Geschäftsbetriebes auf die Rentenmarkgrundlage stand. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf und nach einem Vortrag des Verbandsdirektors Petitjean-Wiesbaden wurde einstimmig beschlossen, den Geschäftsanteil der Mitglieder auf 60 Rentenmark festzusetzen, das Eintrittsgeld auf 3 Rentenmark zu bestimmen, die Aktivkreditgrenze gemäß Paragr. 49 des Genossenschaftsgesetzes auf 1,000 Rentenmark zu normieren und die Passivkreditgrenze auf 25000 Rentenmark festzulegen.

Verbandsdirektor Petitjean betonte in seinen einleitenden Worten, daß die Genossenschaften durch die Inflation ebenso wie alle diejenigen, welche der Geldwirtschaft des Staates ihr Vertrauen bewahrt hätten, auf schwerste geschädigt seien. Da heute der Papiermarkbetrag von 10 Milliarden Mark dem Werte eines Rentenpfennigs gleichkomme, so seien alle früher angesparten eigenen Betriebsmittel, insbesondere die Geschäftsanteile der Mitglieder sowie Reservefonds und Betriebsrücklagen wertlos geworden, wie auch die Spareinlagen durch die Geldentwertung verloren gegangen seien. Die alleinige Verantwortung für diese Tatsache trage das Reich, welches durch einen maßlosen Notendruck ohne jegliche Deckung die Papiermark wertlos gemacht habe, daß heute 1 Billion Papiermark nur noch 1 Goldmark, gemessen am Dollarkurse, bewertet werden könne. Hieraus ergäbe sich die zwingende Notwendigkeit, unter das alte Vereinsgeschäft gewissermaßen einen Strich zu machen und wie im ersten Jahre nach der Gründung ganz neu von vorne in den Kreditgenossenschaften anzufangen. Die Umstellung der Konten auf Rentenmark habe unbeschadet der späteren Lösung der Frage der Aufwertung von Papiermarkforderungen zu erfolgen, worüber heute infolge Fehlens jeglicher verläßlicher Rechtsprechung eine Auskunft nicht gegeben werden könne. Jedenfalls werde für Depositen, Spareinlagen, sowie Konto-Korrent-Guthaben eine Aufwertungsverpflichtung nicht in Frage kommen, da die Besitzer solcher Forderungen in der Lage waren, durch jederzeitigen Rückzug ihrer Guthaben die letzteren vor Entwertung zu schützen. Demgegenüber dürften Hypothekenforderungen anders zu beurteilen sein, [illegible] dem Schuldner infolge der Geldentwertung geschaffenen Vorteile durch Wertsteigerung des beliehenen Objektes gegebenen Falles eine Aufwertung der Hypothekenforderung rechtfertigen. Mit der Umstellung der Konten auf Rentenmark sei ein Schutz gegen Entwertung der Geldeinlagen gegeben, da die Darlehen künftig ohne Ausnahme mit einer Entwertungsklausel gewährt würden. Hiervon abgesehen könne jedoch die Wertbeständigkeit der deutschen Rentenmark nach der gegebenen Sachlage kaum Zweifeln unterliegen. Die „Deutsche Rentenbank" sei durch die gesamte deutsche Wirtschaft getragen, das Grundkapital von 3,2 Milliarden Rentenmark werde kraft Gesetzes durch den gesamten deutschen landwirtschaftlichen Grundbesitz, und durch die Industrie, Handel, Banken und Gewerbe je zur Hälfte garantiert. Die Verwaltung der Deutschen Rentenbank, welcher auch die führenden Persönlichkeiten des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften angehören, verdiene volles Vertrauen und es sei nicht anzunehmen, daß durch unlautere Machenschaften gewisser Kreise der Kurs der Rentenmark gedrückt werden könne. Die Umrechnung der bei der Genossenschaftsbank für Hessen-Nassau bestehenden Papiermarkforderungen wie Guthaben erfolge auf der Grundlage daß zur Zeit 1 Billion Papiermark gleich 1 Rentenmark bewertet werde. Alle Genossenschaften müßten ohne Ausnahme ihren Schuldnern für bestehende oder neu gewährte Darlehen ab 1. Januar 1924 eine Entwertungsklausel auferlegen. Um den Genossenschaften das Einlegen- und Depositengeschäft zu ermöglichen, habe die Genossenschaftsbank für Hessen-Nassau beschlossen, für Festmarkeinlagen bei täglicher Kündigung 10 Proz., bei monatlicher Kündigung 12 Proz., bei dreimonatlicher Kündigung 15 Proz. Zinsen für das Jahr zu gewähren. Mit der Umstellung des Geldverkehrs auf wertbeständige garantierte Rentenmark werde es gelingen, die seit langer Zeit brachliegende Vereinstätigkeit neu zu beleben. Restlos müßten die Devisen hereingeholt und abgestoßen werden, nachdem im deutschen Geldverkehr endlich wieder eine wertbeständige Zahlungseinheit in der Rentenmark gegeben sei. Es mehrten sich die Sturmzeichen einer vernichtenden Kreditnot auf dem Lande, deshalb sei es höchste Zeit, alle Gelder des Landes zu mobilisieren um dieselben wieder dem Lande zur Verfügung stellen zu können. Die Verwaltungsorgane der Vereine müßten durch rastlose Aufklärung und Tätigkeit die Wiedererweckung und Erhaltung des Sparsinns bei der ländlichen Bevölkerung durchführen, damit es den Kreditgenossenschaften möglich sei, wie in früheren Jahren segensreich ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Ausführungen des Verbandsdirektors gaben zu einer regen Diskussion Veranlassung, worauf einstimmig die oben erwähnten Beschlüsse gefaßt wurden und ferner beschlossen wurde, alle Konten unter 10 Milliarden Mark der alten Verrechnung auf ein Sammelkonto zu überschreiben. Die Spar- und Darlehnskasse Erbenheim hat mit dieser Einstellung auf die neue Zeit den Kreditgenossenschaften des Nassauer Landes den Weg gezeigt, der allein zur Erhaltung der genossenschaftlichen Gemeinwesen führt und auf welchem ebenso allein der Kreditnot in Stadt und Land auf gemeinnützige Weise in der folgenden Zeit entgegengetreten werden kann.

Endlich ein Ueberschuß in der Reichshauptkasse.

Berlin, 16. Jan. Eine Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse vom 1. bis 10. Januar zeigt, daß in dieser Dekade zum ersten Male seit langer Zeit wieder ein Ueberschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen bestand, und zwar in Höhe von 30 Trillionen Papiermark. Der tägliche Ueberschuß beträgt 4,5, gegenüber einem täglichen Zuschußbedarf von 10,5 Trillionen Papiermark in der Vordekade. Der in der Berichtsdekade nachgewiesene Ueberschuß stellt etwa den dritten Teil der in der folgenden Dekade fällig werdenden Besoldungszahlungen und Steuerüberweisungen an die Länder dar.

Reichsindexziffer.

Berlin, 16. Jan. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 14. Jan. auf das 1,11 billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,13 billionenfache) ist demnach eine Abnahme von 1,8 v. H. zu verzeichnen.

Französische Konkurrenz in der Mühlenindustrie.

Berlin, 16. Jan. Die „Vossische Zeitung" gibt Meldungen wieder, daß über Kehl-Ludwigshafen größere Mehltransporte aus Frankreich nach Deutschland gelangt sind, die unter Ausnutzung des niedrigen Frankenstandes zu sehr billigen Preisen angeboten werden. Den mitteldeutschen Mühlen ist infolgedessen ein Teil ihrer bisherigen Absatzgebiete in Südwestdeutschland verloren gegangen. Große französische Mühlen sind übrigens dazu übergegangen, ihre Offerten nur noch in Dollar abzugeben.

Der deutsche Viehbestand.

Nach dem Ergebnis der Viehzählung vom 1. Oktober 1923 hat die Erholung des deutschen Viehbestandes weitere Fortschritte gemacht, wenn auch für Rindvieh und Schweine die Vorkriegsziffern noch lange nicht wieder erreicht sind; dagegen übertrifft der Bestand an Schafen und Ziegen die Zahl von 1913 nicht unwesentlich.

Kölner Marktbericht.

Köln, 15. Jan. Der heutige Hauptmarkt war in inländischen Erzeugnissen stark, in ausländischen, besonders holländisches Gemüse, außerordentlich stark beschickt. Kartoffeln, Eier und Butter waren reichlich am Markt. Erstere zogen im Preise infolge des Frostwetters an, während die übrigen Erzeugnisse bei schleppendem Verkauf allgemein heruntergingen. Es kosteten im Großhandel in Goldpfennigen ein Pfund hiesige Aepfel 20 bis 40, holländische Aepfel 22 bis 27, hiesige Birnen 30 bis 40, Wal- und Haselnüsse 100, Feigen 60, Apfelsinen 5 bis [illegible], das Stück, Zitronen 7 bis 9, ein Zentner Kartoffeln, rote, 500, Nieren 750, weiße Industrie 6[illegible] bis 700, Grünkohl 3 bis 5 das Pfund, Rosenkohl 30 bis 40, hiesiger Rotkohl 10 bis 12, holländischer Rotkohl 10 bis 13, hiesiger Weißkohl 7 bis 8, holländischer Weißkohl 10 bis 13, hiesiger Wirsingkohl 10 bis 18, holländischer Wirsingkohl 10 bis 13, Molkereibutter 230 bis 240, Landbutter 200 bis 220, Landeier 21 bis 22 das Stück.

Handel und Gewerbe

Bei der Ostern d. Jahres stattfindenden Schulentlassung der Zöglinge des städtischen Waisenhauses in Köln sind über 100 Jungen in Lehrstellen unterzubringen. Bei dem Eintritt in die Lehre wird jedem Lehrling eine gute vollständige Ausstattung verabfolgt. Dem Lehrling muß während der Lehrzeit vom Lehrmeister Kost, Wohnung, ein für ihn allein bestimmtes Bett, Kleidung und Reinigung der Wäsche gestellt werden. Für Kleidung und Wäsche wird an den Lehrmeister während der Dauer der Lehrzeit ein Kleidergeld gezahlt. Die sonstigen Bedingungen sind: Mindestlehrzeit des betr. Gewerbes, Besuch der Fortbildungsschule Ablegung der Gesellenprüfung am Schlusse der Lehrzeit. Die Lehrmeister müssen die Meisterprüfung abgelegt haben oder sich im Besitz des kleinen Befähigungsnachweises befinden, das ist eine Bescheinigung des Landratsamtes, daß Lehrlinge ausgebildet werden dürfen. Siehe auch die Anzeige in der heutigen Nummer dieses Blattes. Anmeldungen sind an das Städt. Waisenhaus in Köln-Sülz, Sülzgürtel 41, zu richten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unsres lieben Entschlafenen sagen wir Allen unseren herzlichen Dank.

Frau Jakob Hermes und Kinder.

BAD EMS, den 17. Januar 1924.

Gottesdienst-Ordnung:

Bad Ems. Israel. Gottesdienst.
Freitag abend 5.
Samstag morgen 9.
Samstag nachm. 5,15.
Samstag abend 5,55.

Nassau. Evangel. Kirche. Sonntag, den 20. Jan.
Vorm. 10 Uhr: Herr Pfarrvikar Schilp.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Vorm. 11 Uhr: Sitzung der vereinigten kirchlichen Körperschaften.
Nachmittags 2 Uhr: Herr Pfarrvikar Schilp.

Dienethal. Evang. Kirche. Sonntag, den 20. Jan., 2. S. n. Ep. Vorm. 10 Uhr: Predigt.
Nachm. 2,30 Uhr: Bibelstunde in Sulzbach.

Diez. Katholische Kirche. 20. Januar. 2. Sonntag nach Erscheinung des Herrn.
7,30 Uhr Frühmesse mit Predigt.
10 Uhr Hochamt mit Predigt.
2 Uhr Andacht.
An Wochentagen beginnt die hl. Messe um 7 Uhr morgens.

Diez. Ev. Kirche. 2. Sonntag nach Epiph., den 20. Januar. (Ev. Gemeindehaus.)
Morgens 10 Uhr: Herr Dekan Wilhelmi. Kirchenk. f. d. Jerusalemverein.
Mittags 2 Uhr: Winterversammlung der Ev. Frauenhilfen des Dekanats.
Amtswoche: Herr Dekan Wilhelmi.

Ueber 120 Lehrlinge

sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen [illegible] an das Städtische Waisenhaus in Köln, Sülzgürtel 47, Post Klettenberg.

Aeußerst preiswerte Wollwaren!

Westen für Herren und Damen	20.00	18.00	15.00
Strickjacken	33.00	25.00	20.00
Mützen für Damen und Kinder	3.25	1.50	1.20
Schals	5.25	4.50	3.—
Garnituren Mütze und Schal		9.25	4.75
Herren-Handschuhe (wollgestrickt, kräft. Qualität)			1.40
Damen-Handschuhe (wollgestrickt, kräft. Qualität)			1.70
Kinder-Handschuhe (wollgestrickt, kräft. Qualität)			0.95
Herren-Socken 1 mal 1 gestrickt und Cachmir		3.50	2.—
Damen-Strümpfe Cachmir		4.25	2.—
Kinder-Strümpfe reine Wolle, 1 mal 1 gestrickt, mit 0,20 per Größe steigend von			1.40 an

Auf sämtliche Restbestände in **PELZ-WAREN**
20% Rabatt!

Fritz Bauer, Diez Rosenstraße 8.

Zwangsversteigerung.

Am Samstag, den 19. Januar 1924, nachmittags 2 Uhr versteigere ich ein in der Garage Koblenzerstraße 77 der Firma Sebastian Holler befindliches

Auto (Ford 11/22 P.S., 4 sitz. offen)

meistbietend gegen bare Zahlung in Festmark.

Wilhelm, Gerichtsvollzieher
Bad Ems, Wilhelmsallee 42.

Freiwillige Feuerwehr Bad Ems.

Zur Beerdigung unseres Kameraden **Heinrich Supp** tritt die Wehr Samstag, den 19. Jan. nachmittags 2½ Uhr am Vereinslokal „Wacht am Rhein" im Dienstanzug an.

Beinkranke!

mit **Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füßen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias** behandelt rasch und naturgemäß

Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 123 I. Etg.
Eingang: Roonstraße.

Hege und Jagd

ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler Jagd- u. Hundezüchter-Vereinigungen des In- u. Auslandes. Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Rodeln und Streupflicht!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Rodeln innerhalb der Stadt verboten ist. Zugleich wird noch einmal auf die Streupflicht der Hausbesitzer pp. bei Glatteis aufmerksam gemacht.

Bad Ems, den 18. Jan 1924.

Die Polizei-Verwaltung

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir Allen unseren herzlichen Dank

Frau Elisabethe Doré Ww. und Kinder.

BAD EMS, den 18. Januar 1924.

Billige Lebensmittel

Weizenmehl, reines	Pfund	0.17
Weizen-Auszugmehl Holl.	„	0.20
Vollreis	„	0.24
Erbsen gelb ganz	„	0.25
Büchsenfleisch engl.	1 Pfund	0.70
Feinstes Backöl (Rüböl)	p.L.	0.95
Feinste Tafelmargarine	Pfd.	0.60
Fst. Kaffee frisch geröst.	„	4 u. 3
Kauth's Sparkaffee	„	0.90
Korn- u. Malzkaffee	„	0.32
Kernseife	Stück	0.24

empfiehlt

Albert Kauth, Bad Ems

Telefon 29.

Abonnementspreis für die laufende Woche 700 Milliarden Mark.

Einzelpreis 120 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 1061

Nummer 16 | Bad Ems, Samstag den 19. Januar 1924 | 2. Jahrgang

Das Kabinett Baldwin vor dem Sturz.

Mißtrauensvotum der Arbeiter und Liberalen + Entscheidung am Montag.

Größe

„Das deutsche Volk verspricht eine Zukunft und hat eine Zukunft. Das Schicksal der Deutschen ist noch nicht erfüllt." Als Goethe dieses Wort vor einem Jahrhundert sprach, da konnte er es nicht ahnen, daß Deutschland nach seinem Aufstieg zur politischen Einheit noch einmal eine solch traurige Zeit der Tiefe haben würde, wie wir sie jetzt zu erleben gezwungen sind. Aber so wie Goethe damals trotz der politischen Zerrissenheit des großen Vaterlandes an Deutschlands Zukunft glaubte, so haben wir erst recht die Pflicht, an unser Vaterland zu glauben, das ungeachtet aller Feinde drinnen und draußen in ganz anderer Weise daseht als zu Goethes Zeit der schlimmsten Kleinstaaterei. Als Schiller sich in seinen jugendlichen Sturm- und Drangjahren nach Mannheim wandte, um am dortigen Theater sich die Freiheit seines Schaffens zu erringen, da wurde er vom Herzog fast als ein Landesverräter betrachtet, weil Mannheim „Ausland" war.

Wir Deutschen heute fühlen die deutsche Einheit. Sie ist da festgewurzelt, wo sie allen Tagesereignissen zum Trotz die Dauer der Ewigkeit verbürgt. Sie ist das Wesen unseres Herzens, unserer Seele. Und darum können wir trotz aller dunklen Wolken des politischen Horizontes nicht anders als zu glauben an das Blühen dessen, das da als Keim in unseren Herzen ruht.

Und wie jedes Volk sein vaterländisches Einsgefühl in Harmonie bringt mit seiner nationalen Eigenart, so ist der Glaube des Deutschen an sein Vaterland zugleich der Glaube an das Erwachen seiner eigenen Seele. Was nützt die Einheit, wenn aus ihr nicht die Eigenart der Seele des Volkes erblüht? Wir sind das Volk des Idealismus, das philosophische Volk der Welt, das Volk, an dessen Seelentiefe die Welt einmal gemessen soll zu sittlicher Höhe und innerlicher Kultur. Und darum wird sich das „Schicksal der Deutschen", das Goethe prophetisch ahnte, dann erfüllen, wenn das Volk sich seiner Kulturmission bewußt wird, die der Weltgedanke ihm zugedacht.

Ueber allem Hetzen und Jagen des Tages vergessen wir uns selbst, unser eigentliches Wesen. Wir lassen unser Innentum verkümmern und unser Sehnen nach Gemütskultur versiegen. „In deinem Busen baue sie auf!", die Welt. Aus der Persönlichkeit heraus erblüht der sittliche Aufstieg von Vaterland und Menschheit, aus einer Seele, die frei von Hochachtung vor äußerlicher Größe sich ihrer innerlichen Kraft und ihres innerlichen Reichtums voll bewußt ist, aus einem Glauben an das Wahre, Gute, Schöne, aus diesem stolzen, frohen Glauben an das Ideal. Und darum glauben wir nur dann an Deutschland, wenn wir an das Ideal glauben.

Mißtrauensvotum der Arbeiterpartei

London, 17. Jan. Im Unterhause saßen Asquith, Lloyd George und Ramsay Macdonald auf der vordersten Oppositionsbank nebeneinander, als sich Clynes unter großem Beifall seiner Partei erhob, um den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung einzubringen. Während der Rede Clynes nahmen der Prinz von Wales und der Herzog von York auf der Tribüne Platz. Clynes sagte, die Thronrede erkläre, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten freundschaftlich seien sollte das so sein? Seiner Ansicht nach nicht. Seien die Beziehungen zu Rußland freundschaftlich? Wenn England freundschaftliche Beziehungen zu Rußland unterhalte, wie komme es dann, daß es noch nicht beschlossen habe, diese Freundschaft soweit zu führen, daß die russischen Vertreter hier empfangen würden, ebenso, wie England die Vertreter Deutschlands seit langem empfangen habe? Sei es, weil Rußland sich nicht verpflichtet habe, seine Schulden zu bezahlen? Die Stellung Englands im Ausland sei schwächer, als je zuvor, und der Einfluß Englands in auswärtigen Angelegenheiten sei fast verschwunden. Der Anspruch Englands, die Friedenspolitik zu beeinflussen sei gerechtfertigt durch die Opfer, die es gebracht habe und durch seinen aufrichtigen Wunsch nach der zukünftigen Sicherheit Frankreichs selbst. Frankreich sei für England ein teurer, naher und mächtiger Freund. England habe in Frankreich und für Frankreich gefochten. Dauernde Freundschaft in Europa sei nur möglich, wenn Deutschland und Frankreich in Frieden lebten. Deutschland jetzt schlimmer behandeln, als Deutschland Frankreich vor fünfzig Jahren behandelt habe, bedeute eine monströse Vorbereitung für den nächsten Krieg. Und daher könne England nicht länger zusehen noch abwarten. England zahle seine Schulden.. Es habe gekämpft und geopfert und leide trotzdem mehr als die Länder, die es verteidigt und gerettet habe. Es gebe auch eine Grenze für den Preis, den England zu zahlen sich leisten könne. Bezüglich der auswärtigen Politik bestünde ein Hoffnungsschimmer infolge der Beteiligung Amerikas an der Entschädigungsfrage. Amerikas Mitwirkung sei nicht nur willkommen, sie sei wesentlich. Clines verurteilte die mangelnde Unterstützung des Völkerbundes durch die Regierung.

Asquith, der nach Clynes sprach, und trotz seiner Halbesbeschwerden die Opposition zu größter Begeisterung entfachte, erklärte, er werde zugunsten des von Clynes eingebrachten Abänderungsantrags stimmen und werde allen seinen Freunden anraten, dasselbe zu tun. Es sei ein klares und uneingeschränktes Mißtrauensvotum gegen die augenblickliche Regierung, wegen ihrer Unbeständigkeit und Unfähigkeit sowohl im Innern als auch nach außen. Keine Regierung habe bisher größeren tatsächlichen Schaden angerichtet. Er lehne es ab, zu glauben, daß die Sonne untergehen werde für die Wohlfahrt Großbritanniens am Abend des Tages, an dem die Arbeiterpartei ins Amt komme. Es sei die Pflicht aller patriotischen Männer und Frauen, alles zu tun, was sie könnten, ohne Grundsätze zu opfern, um die Aufgabe der Arbeiterpartei zu erleichtern. Von einer Koalition oder Fusion zwischen Liberalen und Arbeitern könne jedoch keine Rede sein, weil der Unterschied, der sie trenne, in fundamentalen Fragen nationaler Politik nicht überbrückt oder verschleiert werden könne durch unaufrichtige Anpassung. Aber in zahlreichen Fragen sei Platz für ein Zusammenwirken vorhanden, und zwar nicht nur der Liberalen, und der Arbeiter, sondern, wie er glaube, auch der Konservativen.

Der konservative Gesundheitsminister Johnson Ricks erklärte, die Verantwortung für den Sturz der konservativen Regierung und die Einsetzung einer Partei, mit deren Ansichten die Liberalen nicht übereinstimmten, falle auf die Liberalen. Dadurch fügten sie der konservativen Partei keinen Schaden zu, sie nützten damit auch nicht der Arbeiterpartei. Aber das sei sicher, die Liberalen werden dadurch für 100 Jahre gehindert werden, zur Regierung zu kommen. Was die Beziehungen zu Frankreich betreffe, so sei es unmöglich, sich mit Frankreich zu streiten, und er vertraue darauf, daß, wenn die Arbeiterpartei zu Macht gelange, sie in ihren Verhandlungen mit Frankreich sich an die großen Opfer erinnern werde, die Frankreich gebracht habe. Der Friede Europas würde nicht gefördert und nicht gebessert werden durch Streitigkeiten unter den Verbündeten. Alles, was Macdonald tun könne, um den Frieden Europas sichrer zu machen, würde die Unterstützung der konservativen Partei erhalten. Alles müsse getan werden, um die Mitwirkung zu sichern.

Der Mißtrauensantrag der Liberalen

London, 17. Jan. Der von den Liberalen ausgearbeitete Zusatzantrag für die Dankadresse auf die Thronrede hat folgenden Wortlaut:

„Da die gegenwärtigen Berater Ihrer Majestät unfähig gewesen sind, das Arbeitslosenproblem ohne Schutzzollpolitik zu behandeln, die von den Wählern endgültig verurteilt worden ist, und da sie ebenfalls in der Führung der Verwaltungsangelegenheiten und in der internationalen Politik erfolglos geblieben sind, so kann ihnen die Führung der Regierung nicht länger anvertraut bleiben."

Entscheidung am Montag

London, 17. Jan. Am nächsten Montag um 11 Uhr wird das Unterhaus über die beiden von der Arbeiterpartei und den Liberalen eingebrachten Abänderungsanträge abstimmen. Dieser Beschluß ist von den Einpeitschern der drei Parteien nach zahlreichen Verhandlungen im Laufe des gestrigen Tages gefaßt worden. Man erwartet, daß, wenn Baldwin Montag abend geschlagen wird, Dienstag früh ein Kabinettsrat zusammentritt, und daß Baldwin sofort dem König seinen Rücktritt einreichen wird. Am Nachmittag wird er seinen Entschluß dem Unterhause mitteilen, und dieses wird sich dann vertagen. Man glaubt zu wissen, daß, wenn Ramsay Macdonald vom König aufgefordert wird, ein Kabinett zu bilden, das Parlament etwa drei Wochen vertagt wird, damit die neuen Minister sich mit den laufenden Geschäften vertraut machen können, die sie spärer leiten werden.

Versammlung der deutschen Volkspartei.

Dr. Stresemanns Rede.

Hamburg, 17. Jan. ((WB.) Vor einer stark besuchten Versammlung die die Deutsche Volkspartei zur Feier der Reichsgründung abhielt, erklärte Außenminister Dr. Stresemann u. a. der Ruhrkampf sei zwar verloren, aber der Gedanke des Kampfes sei nicht falsch gewesen. Er habe gezeigt, daß es auch für das deutsche Volk eine Grenze der Geduld und des Entsagens gebe. Seine volle Bedeutung werde sich erst zeigen, wenn die Entscheidung über Land und Volk am Rhein falle. Zu dem Zusammentritt der interalliierten Ausschüsse in Paris sprach der Minister die Hoffnung aus, daß sie freimütig ihr Urteil über die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation abgeben mögen.. Die Entscheidung eile jedoch; denn ohne Zweifel könne die deutsche Industrie die Lasten nicht mehr lange tragen, die sie in den Micum-Verträgen übernommen habe. Eine Verlängerung dieser Verträge, soweit sie überhaupt annehmbar seien, seitens des Reiches sei nur möglich im Rahmen der endgültigen Lösung des Reparationsproblems überhaupt. Ohne eine solche Lösung erscheine es ihm unmöglich, daß das internationale Kapital Leistungen für den Wiederaufbau Europas auf sich nehmen werde, der die endgültige Verständigung mit Deutschland zur Grundlage haben müßte.

Bei Besprechung innerpolitischer Fragen erklärte der Minister, er hoffe, daß eine Verständigung über die Verfassungsfrage erreicht werde. Gegenwärtig sei aber die wichtigste Aufgabe, daß Deutschland und Bayern die deutsche Pfalz bei Deutschland erhalten. Er sprach die Zuversicht aus, daß die Stabilisierung der deutschen Währung von Bestand sein werde und fügte hinzu, er glaube sagen zu können, daß wir vor der baldigen Errichtung der Goldnotenbank stehen. Der Minister schloß mit einigen Worten über den Kampf gegen die Schuldlüge, der eine nationale Pflicht und vor allem auch eine Pflicht der Regierung sei.

Bayern

Aussprache im bayrischen Landtag.

München, 17. Jan. Im Verfassungsausschuß des bayrischen Landtags wies der Minister Schweyer die gestrigen Angriffe des Abgeordneten Roth auf das Generalstaatskommissar scharf zurück. Er erklärte u. a., daß das Gesamtministerium die Verantwortung für die Entscheidungen des Generalstaatskommissars trage, es aber ablehne, sich in eine Erörterung jeder einzelnen Maßnahmen des Generalstaatskommissars einzulassen. Die Beschlagnahme von Geldern, die in Briefen an Ludendorff geschickt wurden, sei deshalb erfolgt, weil die Vermutung bestand, daß Ludendorff nach wie vor die Zentrale der nationalsozialistischen Bewegung darstelle; übrigens seien die Beträge zunächst nur zurückgehalten, später aber wieder freigegeben worden. Nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen seien die Eingriffe des Generalstaatskommissars durchaus zulässig, da es sich um Geldzuwendungen an eine verbotene Partei handele. Die Schutzhaft sei im ganzen über dreißig Personen verhängt worden und zwar im Interesse der Staatssicherheit. An eine allgemeine Entlassung der Schutzhäftlinge könne nicht herangetreten werden. Die Ausweisungen aus Bayern seien erfolgt, weil verschiedene der Ausgewiesenen sich in hetzerischer Weise in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt hätten. Durchaus begründet sei im besonderen die Ausweisung des preußischen Majors Braun und des Studenten Kleo Pleyer, der eigens zur Entfaltung politischer Propaganda nach München gekommen sei nachdem er bereits vorher in Prag an der dortigen deutschen Universität sich als Unruhestifter betätigt habe.

Bei der weiteren Aussprache hielt Roth seine gestern vorgebrachten Behauptungen aufrecht. Held (Bayrische Volkspartei) polemisierte gegen die Art des Auftretens Roths, der nur neuen Agitationsstoff in die Oeffentlichkeit tragen wolle. Er erklärte, es könne nicht geleugnet werden, daß aus der Ordnungszelle Bayern „eine Unordnungszelle ersten Ranges" geworden sei. Die Schuld trügen aber jene, welche immer mit einer Neben- und Gegenregierung spielten. Mit Entschiedenheit wandte sich Redner gegen die Anträge auf Freilassung aller in Schutzhaft Genommenen. Hilpert (Mittelpartei) erklärte zum Fall Pleyer, daß dieser seiner Zeit aus Prag flüchten mußte, weil er den tschechischen Machthabern unbequem geworden sei. Seine Partei habe von den

Politische Nachrichten

Deutschland

Ein Antrag auf Reichstagsauflösung.

Berlin, 18. Jan. Die Deutschnationale Fraktion hat im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf den Reichspräsidenten dahin zu wirken, daß dieser die Neuwahlen alsbald anberaumt und dementsprechend den Reichstag auflöst.

Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 18. Jan. In der gestrigen sozialdemokratischen Fraktionssitzung wurde die politische Lage durchgesprochen. Nach mehrstündiger Debatte wurde der Vorstand beauftragt, erneut mit der Reichsregierung zu verhandeln, damit der militärische Ausnahmezustand alsbald aufgehoben wird. Die Fraktion beauftragt den Fraktionsvorstand, je nach dem Gang der Verhandlungen mit der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages zu beantragen. Die Fraktion war der Meinung, daß durch die zweite Steuernotverordnung Arbeitseinkommen und Verbrauch über das soziale und wirtschaftlich erträgliche Maß hinaus angespannt, dagegen die besitzenden Klassen wiederum geschont worden seien. Völlig ungerechtfertigt und für die Reichsfinanzen gefährlich wurde die vorzeitige Beseitigung der Landabgabe und Betriebssteuer bezeichnet. Durch die Zulassung der Aufwertung der Hypotheken und Obligationen zu Gunsten der Privaten drohen die Entschuldungsbesteuerung zu scheitern. Deshalb verlangt die Fraktion, daß die Entscheidung über die dritte Steuernotverordnung dem Reichstag überlassen bleibt.

Wie nach einer Berliner Korrespondenz aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Aeltestenrat einen Antrag auf frühere Einberufung des Reichstages kaum Folge geben, da der Aeltestenrat sich mit großer Mehrheit vor der Vertagung des Reichstags dahin verständigt hat, daß vor Ende Januar eine Einberufung des Reichstags nicht erfolgen soll. Es wird übrigens nach wie vor mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Zusammentritt des Reichstags erst im Laufe des Februars erfolgen wird.

Gegen die Privatisierung der Reichsbahn.

München, 17. Jan. Nach der Münchener Zeitung hat eine Tagung der Vertreter sämtlicher Organisationen der gehobenen und mittleren Eisenbahnbeamten Bayerns, Württembergs und Badens den einmütigen Beschluß gefaßt, jede Ueberführung der deutschen Reichseisenbahnen in einen privatwirtschaftlichen Betrieb unter allen Umständen aus volkswirtschaftlichen und politischen Gründen abzulehnen.

Reichskanzler Marx auf der Reise nach Bayern.

Berlin, 17. Jan. Reichskanzler Dr. Marx ist heute von Berlin abgereist, um sich in Mitteldeutschland mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling zu treffen. Die Begegnung, die einem von beiden Seiten geäußerten Wunsche entspringt, ist umso bedeutungsvoller, als sich die beiden Minister noch nicht kennen.

Die neue Regierung in Danzig.

Nach einer Meldung des Berl. Lokalanz. aus Danzig wurde dort die neue Regierung gebildet. Sie besteht aus 7 Deutschnationalen, 4 Abgeordneten des Zentrums und 2 Senatoren der Deutschen Danziger Volkspartei. Zum Vizepräsidenten des Senats wurde der deutschnationale Abgeordnete Dr. Ehlers gewählt. Die deutsch-soziale Partei hatte bei der Wahl weiße Stimmzettel abgegeben.

Aufgaben des Generalstaatskommissars folgende Auffassung: Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, Sicherung des Staates gegen die Gefahren, die aus dem Verlust des Ruhrkampfes sich ergeben, ferner Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte in einen Willen, Angliederung aller dieser an den Dienst des Staates. Heute stehe fest, daß diese Aufgaben des Generalstaatskommissars keine Erfüllung gefunden haben. Nachdem noch Redner der Demokraten und Sozialdemokraten sich für die Durchführung des Hitlerprozesses noch vor den Wahlen ausgesprochen hatten, wobei sie es aber ablehnten, daß der Prozeß mit Kahr als Kronzeugen durchgeführt werde, wurde der Antrag Roth auf sofortige Entlassung der anläßlich des Hitlerputsches in Schutzhaft genommenen Personen mit knapper Mehrheit abgelehnt, ebenso ein dahingehender kommunistischer Antrag.

Der „Wiking" dementiert.

München, 17. Jan. Der Bund „Wiking" lehnt in einer Erklärung an die Blätter es ab, mit dem gegen General von Seeckt geplanten Attentat in Verbindung gebracht zu werden. Der in der Presse genannte mutmaßliche Täter Thormann sei bereits vor einiger Zeit aus dem Bunde ausgeschieden.

Frankreich

Die Gesetzentwürfe über die Frankenstützung.

Paris, 17. Jan. Die Gesetzentwürfe der Regierung zur Stützung des französischen Franken sind heute vormittag im Ministerrat in ihrer endgültigen Form angenommen worden. Der amtliche Bericht faßt sie wie folgt zusammen:

1. Unterdrückung der Steuerhinterziehungen durch eine strenge Kontrolle der mobilen Werte und Strafverschärfungen. 2. Unterdrückung der Spekulation in Franken und Rentenpapieren. 3. Erhöhung sämtlicher Steuern um 20 v. H. 4. Vereinfachung der Verwaltung, die die Regierung auf Grund einer allgemeinen Ermächtigung durch das Parlament auf dem Verordnungswege vorzunehmen beabsichtigt. 5. Aufhebung der Einfuhrfreiheit, soweit sie nicht nationalen Notwendigkeiten entspricht. Auch hierfür wird die Regierung vom Parlament die Ermächtigung verlangen, entsprechende Verordnungen zu erlassen.

Finanzminister de Lasteyrie hat in einer Erklärung an die Presse die Ersparnisse durch die Vereinfachung der Verwaltung mit 1. Milliarde, die Einnahmen aus der Steuererhöhung mit 4 Milliarden und den Gesamtertrag der Stützungsmaßnahmen mit etwa 7 Milliarden beziffert.

In der mit großer Spannung erwarteten Nachmittagssitzung der Kammer ergriff Ministerpräsident Poincare das Wort. Seine Rede, die eine Zusammenfassung der in den letzten Wochen von der Presse geltend gemachten Gründe zugunsten einer optimistischen Beurteilung der französischen Wirtschafts- und Währungslage gab, gewann natürlich durch den seit zwei Tagen erkennbaren Rückgang der Devisenhausse. Poincare machte geltend, daß das Ausbleiben der Entschädigungszahlungen und die Frankreich hierdurch erwachsenen Wiederaufbau- und Pensionskosten der Krise zugrunde lägen. Spätestens im Mai, erklärte er, werde die Kammer vor ihre Wählerschaft treten. Wenn sie heute die Regierung unterstütze, so würde sie dadurch der Franken gefestigt und die Teuerung unschädlich gemacht sein. Die Regierung werde für die Gesamtheit der vorgeschlagenen Maßnahmen mit ihrer vollen Verantwortlichkeit eintreten. Die Hilfsquellen Frankreichs seien ungeheuer und da es nicht daran denke, sie durch politische Abenteuer zu gefährden, da es ausrichtig pazifistisch und sehr arbeitsam sei, müsse sich seine Lage bessern.

Nach den Erklärungen Poincares machte der Vorsitzende Mitteilung von einer Interpellation über die Zurückstellung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Pensionen. Der Interpellant verlangte sofortige Festsetzung des Zeitpunktes der Erörterung, eine Forderung, der sich die Kammer mit großer Mehrheit anschloß. Ministerpräsident Poincare erklärte darauf, daß die Regierung gegen jede sofortige Erörterung der von ihr eingebrachten Steuerentwürfe Stellung nehme und die Vertrauensfrage stellen werde. Was den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Pensionen anlange, so werde die Regierung keine Belastung des Haushalts ohne entsprechende Deckung gestatten. Die Kammer hat am Schluß der Sitzung mit starker Mehrheit die Vertagung der vorliegenden Interpellationen über den Frankensturz und die Teurung auf unbestimmte Zeit beschlossen. Die Regierung hat bei der Abstimmung, bei der Poincare die Vertrauensfrage stellte, ein Vertrauensvotum von 394 gegen 180 Stimmen erhalten.

Vertrauensvotum für Poincare.

Paris, 18. Jan. Die Regierung hat in der gestrigen Kammersitzung zweimal die Vertrauensfrage gestellt, ein erstes Mal, als der Abg. Bouisseau die sofortige Festsetzung des Datums der Beantwortung seiner Interpellation betreffend die Zurückstellung der Pensionsgesetze beantragte. Poincare erklärte, die Regierung wünsche, daß über die Festsetzung des Datums erst am Schluß der Sitzung verhandelt werde. Die Kammer pflichtete mit 360 gegen 215 Stimmen dieser Auffassung bei. Zum Schlusse der Sitzung wurde die Aussprache über die vorgenannte Interpellation und andere Interpellationen mit 360 gegen 215 Stimmen auf Dienstag verschoben.

Das Kabinett Poincare ist also mit einer verminderten Mehrheit aus der Abstimmung hervorgegangen. Während der Rede Poincares machten die Sozialisten beständig Zwischenrufe. Die Abgeordneten Phillebois und Mousset verlangten ungestüm die Demission Poincares. Die Ansprache des Abg. Brousse als Vertreter der Mehrheit verdient Beachtung. Er sagte, die Kammer müsse die von der Regierung beantragten Maßnahmen bewilligen, sie müsse ferner Kaltblütigkeit und Entschlossenheit an den Tag legen. Dem Auslande haben wir den Beweis zu liefern, daß wir hinter dem französischen Ministerpräsidenten stehen und nicht hinter den Vertretern der internationalen Finanzwelt.

England

Sitzung des Unterhauses.

London, 16. Jan. (WB.) Die heutige Unterhaussitzung über die Thronrede brachte eine großangelegte Rede des Unterstaatssekretärs des Aeußern Mac Neill, in der er sich eingehend mit den gestern vor allem von Ramsay Macdonald und Lloyd George gegen die Außenpolitik der Regierung gerichteten Angriffe auseinandersetzte. Neill befaßte sich mit den Tagesfragen, der Haltung der britischen Regierung gegenüber dem seinerzeit von der amerikanischen Regierung angeregten Reparations-Untersuchungsausschuß, der separatistischen Bewegung in Deutschland und der französisch-belgischen Ruhrbesetzung. Die Beantwortung der Anfrage Lloyd Georges über die Gustows Recovery Acte und das Abkommen zwischen der französischen Regierung und den deutschen Industriellen überließ er dem Schatzkanzler bezw. dem Präsidenten des Handelsamtes.

Der Arbeiterführer Tom Shaw, der nach Mac Neill sprach, griff die Politik der Konservativen Regierung scharf an. Er sagte, eine Politik, die dazu führte, daß mindestens eine Million Menschen mehr unter den Waffen gehalten werden als 1914, dürfe nicht fortgesetzt werden. Shaw bedauerte, daß in der Thronrede nichts über die Anerkennung Rußlands gesagt werde. Je eher eine Regierung gebildet würde, die die britische Politik in Bezug auf Rußland ändere, um so besser würde es für England sein. Shaw sagte, ob die Fortsetzung einer Politik gewünscht werde, die das Ansehen Großbritanniens auf einen niedrigeren Stand denn je brächte. Shaw erklärte weiter, es gebe keinen Mann und keine Frau auf den Bänken der Arbeiterpartei, die Feinde Frankreichs seien. Im Gegenteil, sie wünschten alle die herzlichsten Beziehungen zu Frankreich. Was meine jedoch Mac Neill, wenn er von einem Zusammenwirken mit Frankreich spreche? Dieses Zusammenwirken mit Frankreich gehe dahin, letzterem stets zu gestatten, das zu tun, was es wolle. Wann wäre Großbritannien je so tief gesunken, wie jetzt, da man ihm auf seine Vorschläge sage: Wir werden deine Vorschläge nicht erwägen. Dies sei kein Zusammenwirken. Es sei sicher richtig, Frankreich mit der größten Freundlichkeit zu sagen, England erwarte, daß es bei der Erörterung internationaler Angelegenheiten als vollkommen gleichberechtigt behandelt werde. Das bedeute nicht, die Entente zu brechen, es bedeute vielmehr, sie zusammenzuhalten. Europa sei vom Frieden weiter entfernt als 1918. Wie lange solle das noch fortdauern? Es würde kein Mangel an Freundschaft für Frankreich sein, wenn man sagte, daß die gesamte Frage der richterlichen Entscheidung des Völkerbundes unterbreitet werden solle. Frankreich könne England keine Schulden bezahlen, weil es keine Reparationen erhalte. Man könne Frankreich gegenüber ganz gut Vorstellungen in der Richtung erheben, daß dies nicht der beste Weg sei, um den Frieden zu sichern. Man behaupte, daß die Aktion Deutschlands durch den Wunsch eingegeben sei, seinen Verpflichtungen zu entgehen. Die Wahrheit sei, daß für die vom deutschen Durchschnittsarbeiter verdienten Löhne nicht mehr gekauft werden könne als der dritte Teil oder die Hälfte der Lebensmittel, die er vor 1914 dafür kaufen konnte.

Von der Rückzahlung der Reparationsabgabe.

London, 17. Jan. Im Unterhaus gab Schatzkanzler Neville Chamberlain eine Erklärung ab über die Weigerung der deutschen Regierung, den deutschen Kaufleuten für die nach England gelieferten Waren die von der britischen Regierung erhobenen 26 Prozent der Reparationsabgabe zurückerstatten. Er sagte, die deutsche Regierung habe den Vorschlag, eine Verpflichtung bezüglich späterer Rückzahlung einzugehen, angenommen. Sie entsende einen Vertreter nach England, um über das Verfahren zu verhandeln.

Der Eisenbahnerstreik in England.

London, 17. Jan. Führende Persönlichkeiten der Arbeiterschaft bemühen sich, dem für Sonntag angekündigten Ausstand der Eisenbahner vorzubeugen. Hendersohn hatte in der Sache verschiedene Besprechungen mit den Führern der in Betracht kommenden Organisationen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind aber völlig gescheitert und abgebrochen worden. Eine Vertreterversammlung der Arbeiter in York soll die Entscheidung bringen.

Belgien

Belgien und die Reparationsfrage.

Brüssel, 16. Jan. Der Minister des Aeußern erklärte während der Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern im Senat, die allgemeine Politik der Regierung werde vollkommen von der deutschen Frage beherrscht, die sich aus zwei Teilen zusammensetze, nämlich aus der der Reparationen und der der Sicherheit. Er sagte: Die Reparationen sind für das Leben Belgiens unumgänglich notwendig. Wir haben alles getan, um nicht in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Ebenso wie Frankreich haben wir keine imperialistische und militaristische Hintergedanken. Wir haben uns einfach bemüht, Deutschland zum Zahlen zu zwingen. Die am 11. 1. angenommene Politik hat keinen Fehlschlag erlitten. Indem das Deutsche Reich auf den passiven Widerstand verzichtete, hat es sich gebeugt. Wir haben Milderungen in der Besetzung eintreten lassen. Wenn aber das Deutsche Reich glaubt, daß wir die von uns besetzt gehaltenen Gebiete räumen werden, bevor das Werk der Gerechtigkeit verwirklicht ist, dann täuscht es sich. Ich zweifle nicht daran, daß die gegenwärtig versammelten Sachverständigen in den belgischen technischen Studien ein Mittel zur Lösung des Problems finden. Belgien muß seine Eigenart wahren. Es muß an dem System teilnehmen, das die europäische Entente aufrechterhält, dank welcher der Krieg gewonnen wurde und auch der Frieden gewonnen werden wird. Die Aufrechterhaltung der westlichen Entente ist für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens unumgänglich notwendig. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß Belgien ähnlich wie mit Frankreich, mit England einen Defensivvertrag schließen werde und außerdem einen Vertrag zu Dreien, der den Frieden sichere. Sodann behauptete er, die Rüstungen des Deutschen Reiches würden bereits den vom Versailler Vertrag gezogenen Rahmen überschreiten. Eine Kontrolle der Entwaffnung sei wesentlich. Belgien werde alle in dieser Hinsicht nützlichen Maßnahmen entweder mit allen Alliierten oder mit dem einen oder anderen von ihnen treffen, falls sie in dieser Frage uneins seien, denn es handele sich um die Sicherheit Belgiens.

Polen

Oestliche Friedenskonferenz.

Warschau, 17. Jan. Die Konferenz von Vertretern Estlands, Finnlands, Lettlands, Litauens, Polens und Rußlands über die Frage der gegenseitigen Verpflichtung, sich nicht anzugreifen, die Ende Januar in Riga stattfinden sollte, wird vertagt werden. Inzwischen haben die estnische, finnische und lettische Regierung der polnischen Regierung mitgeteilt, daß sie mit dem Zusammentritt der Konferenz in Warschau am 2. März unter Teilnahme der Außenminister der genannten Länder einverstanden seien.

Amerika

Amerika und seine Schuldner.

Washington, 17. Jan. Im Senat sprach Borah gestern über die französischen Kriegsschulden zu Amerika und sagte, Frankreich sei nicht bereit, mit Amerika eine Regelung zu treffen, habe aber trotzdem an europäische Regierungen große Anleihen bewilligt. Frankreich sei die größte militärische Macht, die Europa jemals gekannt habe, und die amerikanischen Steuerzahler müßten jedenfalls die dazu nötigen Kosten aufbringen. Er glaube nicht, daß Italien und Frankreich ihre Schulden an Amerika ableugnen wollten, aber es sei klar, daß die Regierungen dieser Länder ihren Völkern die Auffassung beizubringen suchten.

Aus dem besetzten Gebiet

Die Revision des Düsseldorfer Schupo-Prozesses verschoben.

Mainz, 17. Jan. Vor dem französischen Revisionsgericht in Mainz fand heute die Verhandlung über die von den Verteidigern der Schupobeamten in Düsseldorf, den Rechtsanwälten Dr. Grimm, Dr. Bräutigam und Dr. Voß, eingelegten Revision unter Vorsitz des Brigadegenerals statt.

Rechtsanwalt Dr. Grimm und Dr. Bräutigam behandelten die Frage der Zuständigkeit des französischen Kriegsgerichts. Sie machten zunächst geltend, daß nach Paragr. 18, Annexe 2 Teil 8 des Versailler Vertrages Düsseldorf nicht als feindliches Gebiet im Sinne des Artikels 63 des Militärstrafgesetzbuches angesehen werden könne, da der Brückenkopf Düsseldorf im Jahre 1923 auf Grund einer Sanktionsmaßnahme besetzt worden sei, die Deutschland verpflichte, eine derartige Maßnahme nicht als eine Feindseligkeit aufzufassen. Alsdann wurde anhand der französischen einschlägigen Literatur von Seiten der Verteidigung entwickelt, daß außerhalb eines Krieges die Besatzungsarmee eine Gerichtsbarkeit über die Bevölkerung des besetzten Gebietes nur dann ausüben könne, wenn es sich um direkte Angriffshandlungen und Delikte gegen die Armee selbst oder gegen deren einzelne Mitglieder handele. Unter Vergleich der Entscheidungen des Kassationshofes in dem vorjährigen Thyssenprozeß und im Krupp-Prozeß wies Rechtsanwalt Dr. Grimm darauf hin, daß man in diesen Prozessen unter Umständen die Frage der Sicherheit der Besatzungsarmee, die in den Entscheidungen des Kassationshofes eine besondere Rolle spielt, annehmen könne, während es sich im vor-

---

Die Frühlingsmädchen

11 Novelle von Rudolf Herzog.

Robert Junker saß in der entlegenen billigen Studentenwirtschaft, seiner Stammkneipe, und pochte langsam und nachdrücklich mit dem Deckelschoppen auf den Tisch. Jetzt, wo die Ferienzeit begonnen und die Mehrzahl der Studenten heimwärts war, saß er hier von morgens bis in die Nacht. Bis zu Beginn des neuen Semesters hatte er noch zu leben, wenn er sich seiner ärztlichen Werkzeuge entledigte. Weshalb heute schon weiter denken! Er pochte nochmals langsam und nachdrücklich mit dem Deckelschoppen.

„Gleich, Herr Doktor. Frischer Anstich."

Er hob den Kopf. Seltsam, diese Stimme —?

Woher — wohin —?

„Wohlsein, Herr Doktor."

Er griff zum Glas, hob es und setzte es mit einem Ruck auf den Tisch zurück. „Herrgott nochmal!"

„Ganz frischer Anstich, Herr Doktor. Jawohl — komm' schon!" Und die Kellnerin lief zu einem anderen Tisch.

Robert Junkers Augen folgten ihr. Er sah ihre schlanke, eidechsenbewegende Gestalt, die braunen, um den Kopf gewundenen Zöpfe, im festen Kielderausschnitt den braunen, geschwungenen Nacken. Er leerte das Glas auf einen Zug und pochte aufs neue. Und schon stand sie neben ihm, in der weißen Schürze, die Hände lässig in den Schürzentaschen.

„Herr Doktor wünschen?"

„Friedel! Friedel! Ich seh' doch recht? Ich bin doch nicht zur Frühschoppenzeit betrunken? Ach nee, soweit herumgekommen bin ich doch noch nicht, daß ich Gespenster am lichten Tage sehe. Friedel, was soll die Maskerade?"

„Ach Gott, der Robert! Ja, was soll ich da sagen? Gar nix kann ich da sagen als: ich hab' mich auch näher ans Bier rangemacht."

„Wenn du mich schon anlügen willst, so lüg' wenigstens ohne diesen schauerlich falschen Dialekt. Da du die Menschheit hier bedienst, wußt du ja wohl hier Kellnerin sein. Aber weshalb? Weshalb?"

„Ich wollt's auch mal so gut haben wie der Robert Junker."

„Gut haben? Du? Unter dieser Schmiere ja hier?"

„Ich hab' mir halt denkt, wo ein Doktor Robert Junker seine Täg verbringt —"

„Hör auf hör auf! Ich kann das verfluchte Kellnerdeutsch aus deinem Munde nicht hören! Da schreit schon wieder so ein Schmierlapp nach dir, und da, und da! Also in Dreiteufelsnamen, bring auch mir ein Bier. Gott verzeih' mir die Sünde, dich damit zu behelligen."

„Mit Vergnügen, Herr Doktor. Jawohl — komm' schon!"

Er griff sich mit der Hand an die Augen. Er preßte sich die Finger in die Schläfen. Wenn er aufschaute — das Bild war geblieben. Da huschte die braune Friedel Frühling in der weißen Kellnerinnenschürze von Tisch zu Tisch, setzte Bier auf, plauschte hantlich, lachte rheinisch und tändelte an die Ausschankbank zurück, um neue Aufträge abzugeben. Jetzt war sie wieder an seiner Seite, stellte das Deckelglas vor ihn hin und setzte sich, Luft fächelnd, für einen Augenblick auf die Kante eines Stuhles.

„Friedel! Friedel! Du weißt nicht, was du tustel Das ist doch keine Luft für einen reinlichen Menschen!"

„Ich hab' den Robert Junker all mein' Zeit für einen reinlichen Menschen gehalten, und wo dem die Luft paßt, da paßt sie auch mir, und da laß ich mir schon gar nix dreinreden."

„Friedel," sagte er und griff nach ihrer Hand, „Friedel, dein Puls geht ruhig. Demnach bist du also auch imstande, vernünftig zu reden. Bitte, tu es mir, tu es unserer alten Jugendfreundschaft zuliebe. Was willst du hier, und wielange willst du die Komödie hier aufführen?"

„Auf die Minute so lang', wie du sie aufstehst, Robert. Du spielst den verdammelten Studenten, ich die noch nicht verdammelte Kellnerin. Fragt sich nur, wem's von uns beiden am besten bekommt."

„Die nicht, Friedel, dir nicht!"

„Ist meine Sache. Du hast mich darauf gebracht. Ich hab's mir in der Jugend auch anders gedacht; weißt du, so in gemeinsamer anspornender Arbeit im Krankenhaus. Aber da's schon damit nichts geworden ist, wollen wir beide wenigstens gemeinsam trinken, und zum allerwenigsten will ich dir den Becher kredenzen. Dein Wohlsein, alter Freund."

Und sie griff nach seinem Glase, tat einen guten Zug und lief zu einem anderen Tisch. Als sie sich nach Robert Junker umsah, war er verschwunden.

Spät nachmittags kam er wieder, ließ sich aus der Gastküche ein Essen reichen, gab den nur halbgeleerten Teller zurück und saß brütend hinter seinem Deckelglase, bis Feierabend geboten wurde. Vor der Haustür wartete er vergeblich auf Friedel. Sie war schon zu einer Nebentür hinaus. — Verstört erschien er um die elfte Morgenstunde. — Noch war er der einzige Gast. Aber Friedel hatte mit einer Kameradin lange an den leeren Gästtischen zu räumen und herumzukichern, bevor sie zu ihm kommen konnte. —

„Guten Morgen. Ausgeschlafen? Ein frisches Bier?" Er nickte nur und ließ es sich bringen. Sie stand vor ihm und schaute ihn prüfend an.

„Ein bißchen grau im Gesicht, alter Freund. Ja, da fehlt entweder die frische Luft oder das seelische Gleichgewicht."

„Möglich. Es kann auch ein Katzenjammer sein, obwohl ich gestern kaum etwas getrunken habe, Friedel, sei gut. Ich bitte dich herzlich, Friedel, mach', daß du fortkommst. Wenn du mich ein bißchen lieb hast, Friedel —"

„Deshalb bin ich ja hier."

„Friedel, ich habe eine schlechte Nacht hinter mir. Mit geschlossenen Augen sah ich dich mit den Biergläsern durch die Stuhlreihen schlüpfen. Wie eine Eidechse. Die stolze, stolze Friedel."

„Der stolze, stolze Robert."

„Ach, was kommt es auf mich an. Ich schwöre dir, dies verfluchte Lokal nicht mehr zu betreten. Aber geh. Geh auf der Stelle. Ich kann deine Selbstentwürdigung nicht mit ansehen."

„Du würdest höchstens eine andere Stammkneipe wählen. Und siehst du, wenn ich ginge, würde ich die dorthin folgen. Ich hab' es mir nun einmal in den Kopf gesetzt, es nicht besser haben zu wollen als du, auch in der Selbstentwürdigung nicht, verstehst du das? Du hast dich ja vor Augen und deshalb einen Maßstab. Und meinen harten Kopf kennst du."

Gäste kamen. Und er ging und kehrte erst gegen Abend wieder. Gerade nahm sie ihre Mahlzeit ein.

„Das ist doch kein Essen für dich, diese Schlampampe."

„Robert," flüsterte sie ihm zu, „ich will's dir gestehen, ich kriege es schlecht herunter. Aber du hast dich ja auch daran gewöhnt."

„Wenn die Bude hier geschlossen wird, werde ich auf dich."

(Fortsetzung folgt.)

liegenden Düsseldorfer Schupo-Prozeß einzig und allein um eine Aktion der rechtmäßigen deutschen Polizei gegen den Separatismus gehandelt habe, also um einen innerdeutschen Streit, mit dem sich zu befassen die Besatzungsgerichte rechtlich keine Veranlassung hätten. Danach wandte sich Dr. Grimm zu den Formfehlern, die in der Voruntersuchung und bei der Ladung der Angeklagten vorgekommen sind.

Dr. Voß plaidierte darauf über die Schuldfrage, insbesondere rügte er die Frage, ob Notwehr vorgelegen habe, sowie ob durch das Verhalten der Separatisten die Angeklagten zu den Körperverletzungen gereizt worden seien. Er führte die entsprechenden Bestimmungen der französischen Militär-Strafgesetzordnung an, wonach der Präsident verpflichtet ist, derartige Fragen an die Mitglieder des Kriegsgerichts zu richten.

Der Anklagevertreter erörterte unter ausführlicher Darlegung der Rechtsprechung des Kassations-Gerichtshofes die Frage der Zuständigkeit und begründete die Besahung dieser Frage insbesondere damit, daß die Handlung der Schupobeamten am 30. September 1923 nur eine Fortsetzung der ständig widerspenstigen Haltung der Schupo gegenüber der französischen Besatzungsarmee sei, die General „Degoutte gezwungen habe, die ganze Schupo aus dem Ruhrgebiet auszuweisen. Die Tatsache, daß die Schupo entgegen einem französischen Befehl aus ihren Quartieren ausgerückt sei, rechtfertige allein schon die Zuständigkeit, denn ohne das Verlassen der Kaserne wäre es an jenem Tage nach französischer Auffassung zu keinerlei Zwischenfällen gekommen. Den Einwand, daß es sich um Zwischenfälle zwischen Deutschen handelte, suchte er durch die Anführung eines Urteils des Kassations-Gerichtshofes über die Rechtsprechung der französischen Kriegsgerichte „in Syrien zu widerlegen in Fällen, in denen eingeborene Syrier in Häusern von anderen Syriern geplündert hätten. Gegen diesen Vergleich deutscher Zustände und insbesondere gegen den Vergleich syrischer Gerichte mit den deutschen Gerichten von Düsseldorf, die allein befugt seien, in derartigen Fällen Recht zu sprechen, legte Dr. Voß namens der Verteidigung Protest ein.

Das Gericht erkannte nach kurzer Beratung auf Verwerfung der Revision. In dem Urteil wurde im wesentlichen die Argumente des Anklagevertreters wiederholt. Das Urteil bezog sich in seinem kritischen Teil nur auf die Frist und Form der durch die Verteidigung eingelegten Revision der Schupo-Offiziere und Wachtmeister.

Die französische Untersuchungskommission in Köln.

Köln, 16. Jan. Wie die Köln. Ztg. von zuständiger Seite erfährt, besteht die Aufgabe der heute vormittag hier eingetroffenen französischen Untersuchungskommission in der Feststellung, ob s. Zt. vom britisch besetzten Gebiet aus irgendwelche Vorbereitungen und Hilfeleistungen zur Bekämpfung der Sonderbündler in Düren und Honnef getroffen wurden. Die britische Behörde ist, wie mitgeteilt wird, mit der Untersuchung einverstanden. Der Standpunkt der britischen Behörde ist, in dieser Frage grundsätzlich gekennzeichnet durch die Bestimmungen des Rheinlandabkommens. Die Untersuchungskommission hat ihre Tätigkeit sofort aufgenommen.

24 Ausweisungen zurückgezogen.

In Duisburg wurde die Ausweisung von weiteren 24 Eisenbahnern zurückgenommen.

Einstellung deutscher Eisenbahner bei der Regie.

Paris, 17. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind bis jetzt im ganzen 60 111 deutsche Eisenbahner von der Regie eingestellt worden.

Anforderung von 980 Besatzungswohnungen.

Das Berl. Tageblatt meldet aus Essen, daß die dortigen Besatzungsbehörden jetzt weitere 980 Wohnungen für Offiziere und Beamte verlangen. Die in Betracht kommenden Familien der Besatzungsangehörigen werden vom 20. 1. ab eintreffen. Die Unterbringung muß innerhalb eines Monats beendet sein.

Der Kampf um die Arbeitszeit

Die Streiklage im Industriegebiet.

Benrath, 17. Jan. Die Streiklage hat insofern eine Verschärfung erfahren, als die Streikenden die Angestellten am Betreten der Betriebe verhindern. Im benachbarten Hilden gab es ähnliche Vorkommnisse. Den Aufforderungen der Arbeitgeber, die Arbeit wieder aufzunehmen, wird keine Folge geleistet. Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sind nicht vorgekommen.

In Duisburg ist die Arbeit auf der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte in größerem Umfang wieder aufgenommen worden. Es sollen bereits 300 Arbeiter wieder beschäftigt sein.

In M.-Gladbach wurden verschiedentlich Arbeitswillige belästigt, sodaß die Polizei einschreiten mußte.

In Viersen kam es in einzelnen Betrieben zur Niederlegung der Arbeit, während in Dülken außer in einigen Gießereien die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Der Kölnischen Zeitung zufolge sind die Lohnverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe und den drei Metallarbeiterverbänden in Essen gescheitert. Die Arbeitgeber wollten eine größere Spanne zwischen dem Lohn der Hilfsarbeiter und dem der Facharbeiter schaffen, da sie es für ein Unding halten, daß der Hilfsarbeiter nur wenige Pfennige Lohn weniger bekommt als der gelernte Facharbeiter. Die Metallarbeiterverbände riefen für Freitag den Reichs- und Staatskommissar zum Schiedsspruch an.

In der Textilindustrie des M.-Gladbacher Bezirkes kam es nach dem gleichen Blatte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Textilindustrie zu einer Einigung. Die Arbeitszeitfrage soll im Sinne der neuen Arbeitszeitverordnung geregelt werden, nötigenfalls durch Schiedsspruch, dem sich beide Teile unterwerfen.

In Rheydt kam es anschließend an eine Arbeiterkundgebung zu Unruhen, die von der einheimischen Polizei im Verein mit der von M.-Gladbach herbeigerufenen polizeilichen Hilfe, die mit Genehmigung der Besetzungsbehörde eingriff, alsbald unterdrückt wurden. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Brustschuß leicht verletzt.

Erwerbslosendemonstration in Neuwied.

Neuwied, 17. Jan. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr marschierte ein Zug von mehreren Hundert auswärtigen Erwerbslosen in die Stadt, um hier einen Demonstrationszug zu veranstalten. Sie führten in ihrem Zuge Schilder mit der Aufschrift mit: „Wir wollen Arbeit und Brot!" Arbeiter erwacht!" Ob im übrigen dem Zug ein besonderer wirtschaftlicher oder politischer Zweck zu Grunde lag, war nicht klar, denn im Gegensatz zu den mitgeführten Schildern hieß es, daß es einen Gedenkdemonstration für die 1919 verstorbenen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sein sollte. Als sich in der Hedesdorferstraße — Mittelstraße verschiedene Demonstranten von hier dem Zuge anschlossen, wurde derselbe von der Polizei und Gendarmerie, die zum ersten Male wieder Karabiner trugen, aufgelöst. Um Weiterungen vorzubeugen, waren das Landratsamt und Rathaus durch Gendarmerie und Polizei gesichert. Die auswärtigen Arbeiter versuchten trotzdem, sich in kleineren Trupps zu sammeln, wurden jedoch von der Polizei immer wieder zerstreut.

Zusammenstoß zwischen Erwerbslosen und der Schutzpolizei.

Solingen, 17. Jan. Am Mühlenplatz kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Streikenden und Erwerbslosen einerseits und der Schutzpolizei andererseits. Junge Burschen drangen auf die Polizeibeamten ein, worauf diese von der Schußwaffe Gebrauch machten. Einige Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Die Stromversorgung für Rheinland und Westfalen gefährdet.

Köln, 17. Jan. Die Arbeiter des Goldenbergwerks in Knapsack haben gestern, der Köln. Ztg. zufolge den Betrieb stillgelegt und verlassen. Heute vormittag steht auch die das Werk mit Kohlen versorgende Grube Vereinigte Ville im Ausstand. Die Arbeiter haben die Grube verlassen. Auf den andern Gruben, die das Goldenbergwerk mit Kohle versorgen, ist augenblicklich der Betrieb noch nicht gestört. Unter Umständen ist damit zu rechnen, daß die Stromversorgung für Rheinland und Westfalen ernstlich gefährdet wird, da das Goldenbergwerk der größte und wichtigste Stromerzeuger der beiden Provinzen ist. Die deutschen und britischen Behörden sind von der Sachlage unterrichtet worden.

Schiedsspruch im Kalibergbau.

Berlin, 16. Jan. Der Reichsarbeitsminister hat den von den Gewerkschaften abgelehnten Schiedsspruch, der für den Kalibergbau unter und über Tage die Leistung von Mehrarbeit vorsieht, für verbindlich erklärt. Aufgrund der in dem Schiedsspruch geregelten längeren Arbeitszeit haben sich die Tarifparteien über die Löhne verständigt.

Keine Schlichtung des Seemannsstreiks.

London, 17. Jan. Das deutsche Konsulat machte keine Vorschläge, betr. eine Konferenz zwischen den deutschen Reedern und Seeleuten in London unter den Auspizien der Gewerkschaft Havelock Wilsons. Der Vorschlag rührte von der Londoner Agentur der deutschen Schiffahrtsgesellschaft her. Die deutschen Reeder weigerten sich aber bestimmt zu verhandeln, da von einer Besprechung über die deutschen Löhne mit einer englischen Gesellschaft keine Rede sein könne.

Kleine Meldungen

Auffindung eines Unterseebootswracks.

London, 17. Jan. Die Admiralität gibt bekannt, daß nunmehr das Wrack des U-Bootes „L. 24" endgültig aufgefunden worden sei, daß jedoch infolge seiner Lage eine Bergung unmöglich sei.

Das Falschmünzerunwesen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 17. Jan. ((Wolff.) Das Falschmünzerunwesen nimmt hier immer mehr überhand. In den letzten zwei Tagen konnte die Polizei fünf verschiedene Fälschungen von Notgeld und Reichsbanknoten aufdecken. Es handelt sich um drei Banden und zwei Einzelpersonen. Etwa zehn Personen wurden verhaftet.

Die Auswanderung über Hamburg.

Hamburg, 17. Jan. Im Dezember 1923 sind über Hamburg 8246 Personen nach Uebersee ausgewandert gegenüber 4119 Personen im gleichen Monat des Vorjahres darunter 6210 deutsche Staatsangehörige, gegen 1771 im Dezember 1922.

Erschwerter Schiffsverkehr auf der Elbe.

Hamburg, 17. Jan. ((Wolff.) Infolge wieder eingetretener scharfer Kälte sind die Eisverhältnisse auf der Elbe für die Schiffahrt wieder schwieriger geworden. Ein besonders starker Eisgang ist auf der Strecke von Brunshausen bis Blankenese zu verzeichnen. Die großen Eisbrecher sind hier dauernd tätig, um das zusammengeschobene Eis ins Treiben zu bringen. Auch im Hamburger Hafen hat das Eis bedeutend zugenommen, sodaß die Kleinschiffahrt schwer leidet.

Oberstltn. Kriebel stellt sich dem Staatsanwalt.

Berlin, 17. Jan. (Wolff.) Die „B. Z." meldet aus München: Oberstleutnant Kriebel, der militärische Leiter des Hitler-Putsches hat sich gestern Vormittag der Staatsanwaltschaft beim Volksgericht in München gestellt.

Kampf der Aerzteschaft

Leipzig, 17. Jan. Der Verband der Aerzte Deutschlands teilt mit: Der Kampf der Aerzteschaft richtet sich gegen die Verordnungen des Reichsarbeitsministeriums vom 30. Oktober 1923. Durch Verhandlungen im Beisein der Kassenverbände war Einigung darüber erzielt worden, daß die „Verordnung über Krankenhilfe" bis zum 28. Januar 1924 ausgeschaltet und alsdann durch Richtlinien des im Gesetz fundierten Reichsausschusses ersetzt wird. Der Reichsausschuß selbst ist inzwischen den Wünschen beider Parteien entsprechend zusammengesetzt worden. Nachdem infolgedessen die Gefahr beseitigt schien, daß die Reichsregierung über die Köpfe der Kassenverbände hinweg selbständig in die Rechte der Krankenkassen und Aerzte eingreifen werde, hat sich die Aerzteschaft zur Wiederherstellung der vertraglichen Beziehungen in ihrer ursprünglichen Form bereit erklärt. Das R. A. M. hat seine Rechtsauffassung dahin kundgegeben, „daß die Aerzte verpflichtet sind, nunmehr den Kassen ihre Dienste einstweilen unter den bisherigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, und daß die Kassen verpflichtet sind, diese Dienste zu vergüten, daß beide aber gebunden sind, auf dem durch das Berliner Abkommen vorgeschriebenen Weg sich zu Verhandlungen wegen neuer Aerzteverträge zusammenzufinden." Die Aerzte haben sich verpflichtet, die Arbeit im Reichsausschuß nach Kräften zu fördern, daß bis spätestens 1. April 1924 neue Verträge abgeschlossen werden können. Trotzdem das R. A. M. durch die Sozialministerien der einzelnen Länder auf Grund des Parage. 30 der R. V. O. auf die Kassen eingewirkt hat, um sie zur Anerkennung seiner Rechtsauffassung anzuhalten, weigert sich ein großer Teil der Kassen, nunmehr die alten Verträge wieder aufzunehmen Auf Geheiß der Kassenverbände eröffnen vielmehr diese Krankenkassen ihrerseits einen Kampf gegen die Aerzteschaft, insbesondere gegen die freie Arztwahl.

Nach einer Aussprache der Landbunderganisationen, der Landkrankenkassen und der Aerzte im R. A. M. über die künftige Regelung der Krankenversicherung auf dem Lande hat das R. A. M. angekündigt, daß es die Neuordnung dieser Verhältnisse, zugleich aber auch der Landarztfrage durch eine neue Verordnung vornehmen werde. Führt das R. A. M. diese Absicht aus, ohne die Verordnung dem Reichsausschuß vorher vorzulegen, so setzt es sich wie im Oktober 1923 über das im Gesetz festgelegte Ausgleichsorgan hinweg und macht die Erledigung solcher Angelegenheiten auf dem vorgeschriebenen Instanzenweg unmöglich.

Der Beirat des Leipziger Verbandes hat daher am 13. Januar 1924 folgende Entschließung gefaßt:

Eine Beendigung des V. Z. ist für die Aerzte solange noch nicht angängig, als die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, daß den am 17. d. Mts. beginnenden Arbeiten des R. A. zur Regelung der Beziehungen zwischen Kassen und Aerzten durch neue Notverordnungen zu Ungunsten der Aerzte oder eines Teiles von ihnen vorgegriffen wird.

Im übrigen ermächtigt der Beirat den Vorstand, die Anweisung zur Beendigung des V. Z. zu erlassen, sobald die Gewähr für eine allgemeine Beendigung des V. Z. nach einheitlichen Grundsätzen gegeben ist.

Aus Stadt und Land

Nassauische Landesbank. Durch Beschluß des Landesausschusses vom 5. Oktober 1923 ist der Generaldirektor der Nassauischen Landesbank, Herr Geh. Reg.-Rat Klau, auf sein Ansuchen mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab in den Ruhestand versetzt worden. Generaldirektor Geh. Reg.-Rat Klau ist damit am 31. Dezember 1923 nach einer bald 24-jährigen Tätigkeit aus den Diensten der Nassauischen Landesbank ausgeschieden. Er hat es während seiner langen, an Erfolgen reichen Dienstzeit verstanden, das große Ansehen und Vertrauen, das die Nassauische Landesbank und die Nassauische Sparkasse in der Bevölkerung Nassaus besitzen, aufrecht zu erhalten und zu vermehren. Gelegentlich seines Ausscheidens sind die mannigfachen Verdienste des bisherigen Generaldirektors sowohl im Landesausschuß, als seitens des Landeshauptkomm. und der Direktion der Landesbank in ehrender Weise gewürdigt worden.

Diez, 19. Jan. In den Marktlichtspielen läuft Samstag und Sonntag der Film „Das Testament des Joe Sievers", bearbeitet nach dem Roman „Millionenegen" von Meta Schöpp. Der Film ist eine der neuesten Errungenschaften der Filmkunst, den der Besitzer mit großen Kosten erworben hat, und verdient, angesehen zu werden

Diez, 19. Jan. Auf die heute abend stattfindende Jahreshauptversammlung des Turn- und Sportvereins Diez im Schambacher Hof wird nochmals besonders hingewiesen.

Diez, 19. Jan. Der hiesige Männergesangverein „Harmonie" veranstaltet am morgigen Sonntag im Gasthaus Bremser einen Familienabend. Der Verein wird durch Gesang- und Musikvorträge, sowie Verlosungen seinen Besuchern einige frohe Stunden bereiten.

Die da mühelos verdienen

Zwei Szenen aus einem Gewinnlerbad.

Dem Leben abgelauscht von Artur Iger.

1. „Er."

Das Fräulein in der Telephonzentrale (zum Portier):

„Für Herrn Generaldirektor Knallmeier ist wieder Frankfurt da, g'schwind, g'schwind."

Der Portier läuft ins Vestibül, der Herr Generaldirektor ist nicht zu finden. Er stürzt in den Kurpark und streift ihn nach allen Seiten ab. Kommt nach zehn Minuten schweißtriefend in die Telephonzentrale, ohne Herrn Generaldirektor.

Das Telephonfräulein: „Gespräch Frankfurt wieder abgelaufen."

Der Portier (schimpfend): „Jetzt läßt sich der Kerl zum dritten Male mit Frankfurt verbinden, und immer läuft er davon. Einmal ist er im Lesesaal, ein andermal auf dem Tennisplatz, und jetzt sind ich ihn überhaupt nicht. Da soll doch gleich —"

Die Tür zur Telephonzentrale geht auf, Herr Generaldirektor tritt herein. „Nun, was macht mein Gespräch Frankfurt?"

Das Telephonfräulein: „Schon wieder abgelaufen, Herr Generaldirektor."

Der Generaldirektor (jovial): „Na schön, Kindchen, melden wirs halt noch mal an."

Der Portier: „Möchten Herr Generaldirektor nicht vielleicht im Vestibül solange Platz nehmen? Es ist schon das dritte Gespräch verloren gegangen. Und „dringend" kostet dreifach."

Der Herr Generaldirektor (in majestätischer Haltung, den Portier von oben bis unten verächtlich anblickend):

„Kostet's Ihr Geld? Na, also! Verbinden Sie mich mit Frankfurt dringend."

2. „Sie".

In der Buchhandlung. Die „Gnädige" sucht mit ihren brillantenbesäten Fingern Ansichtskarten aus. Das ausgewählte Häuflein legt sie auf den Ladentisch. „Das kostet, bitte?"

Der Verkäufer stutzt. „Diese Karten sind sehr teuer, gnädige Frau. Es sind nämlich originalphotographische Abzüge, handübermalt."

Die Gnädige unmutig: „Gott, sagen Sie doch, was sie kosten."

Der Verkäufer nennt eine phantastische Summe. Die Gnädige hat acht Karten dieser Art ausgewählt. Sie zieht wortlos ihre krokodillederne Handtasche.

Der Verkäufer: „Sie nehmen sie dennoch?"

Die Gnädige: „Ich nehme sie."

Der Verkäufer: „Alle!"

Die Gnädige: „Alle. Schade, daß Sie nicht mehr davon haben."

Gold

Von Kopernikulus.

Das Schiff war gescheitert. Nur zwei von den Passagieren war es gelungen, sich mit ihrem Gepäck, das bei jedem von ihnen in einem Handkoffer bestand, auf einen schwimmenden Balken zu retten, und nun trieben sie auf den Trümmern im endlosen Ozean dahin, auf einen glücklichen Zufall hoffend, der ihnen das Leben erhalten möchte. Mittlings saßen sie einander gegenüber, vor sich hielt jeder seinen Koffer, indem er ihn auf den Balken stützte.

Nach einigen Stunden aussichtsloser Fahrt bekamen sie Hunger, und Müller öffnete vorsichtig seinen Koffer, entnahm ihm ein Vierpfundbrot und schnitt sich ein derbes Stück davon ab. Schulze sah dem Essenden gierig zu und bat: „Geben Sie mir bitte etwas ab." — „Das können Sie nicht verlangen", meinte Müller bedauernd, „wer weiß wann wir wieder zu Menschen gelangen."

Die Zeit ging hin und Schulzes Hunger wuchs. „Ich gebe Ihnen Geld", sagte er, „ein Goldstück fürs halbe Brot." Müller lächelte verächtlich. Aber Schulzes Hunger wurde allmählich unerträglich, und das um so mehr, je kleiner Müllers Brot wurde. Schließlich bot er das Zehnfache, und, als jener sich unerbittlich zeigte, alles Gold, das er im Koffer habe.

„Wieviel ist das?" fragte Müller. „Ihr Brot wiegt's nicht auf," ächzte Schulze, „drei Kilo werden es mindestens sein."

„Drei Kilo," dachte Müller, und die Habsucht packte ihn; das mußten eine Menge Goldstücke sein, damit war er ein gemachter Mann. Und schimmerte dort in der Ferne nicht Land? Wie gut, daß Schulze offenbar kurzsichtig war und die gute Aussicht nicht merkte. Und nachdem Müller sich noch einige Minuten hatte bitten lassen, wurden sie handelseinig. Der eine gab sein Brot, der andere sein Gold. Herzhaft biß Schulze in den nahrhaften Stoff hinein und fühlte, wie seine Kräfte sich sammelten. Er stieß seinen Koffer ins Meer: „Der hindert ja nur, wenn's zum Schwimmen kommen sollte."

„Da haben Sie recht," sagte Müller, nahm sein Goldgeld, wickelte es in ein Handtuch, das er im Koffer hatte und wand sich dasselbe um den Leib. So trieben sie wieder einige Stunden dahin, während deren Schulze sein Brot verzehrte und sich immer kräftiger werden fühlte.

Plötzlich rief er: „Da ist ja Land!" riß sich die Kleider vom Leibe und warf sich in die Wogen. Müller grinste überlegen. Als er aber merkte, daß sich ein Wind erhob, der den Balken wieder aufs hohe Meer zu treiben drohte, folgte er Schulzes Beispiel. Aber o weh! Die drei Kilogramm Gold zogen gewaltig nach unten, und nach erschöpfendem Ringen mußte er seinen Schatz in die Tiefe gleiten lassen. Aber dann schaffte er es doch nicht mehr und ertrank elendiglich, während Schulze mit letzter Kraft den Strand erreichte und dort von mitleidigen Fischern aufgenommen wurde.

ZIGARREN ZIGARETTEN UND TABAKE

Empfehle mein reichhaltiges Lager in Zigarren Zigaretten,

Tabake, Kautabake zu billigen Preisen.

Otto Ims jr., Diez

Tabakerzeugnisse. Wilhelmstrasse 19.

en gros. en detail.

Gastwirte und Wiederverkäufer!!

Billigste Bezugsquelle für Branntwein, Weinbrand-, Rum- und Arrac-Verschnitt, Liköre, Wein und Obstschaumwein

Gebr. Besmann, Limburg

Weiersteinstrasse 3. Fernsprecher 353.

Lehrjunge
oder
Lehrmädchen
aus achtbarer Familie kann zu Ostern eintreten.

Oranier-Drogerie Aug. Zimmermann, Diez.

Stundenmädchen
oder
Frau
gesucht.
Bad Ems, Römerstr. 10 I. Etg.

2—3 möblierte
Zimmer
mit Küchenbenutzung in gutem ruhigem Hause zu mieten gesucht.
Offerten unter E. 45 an die Geschäftsstelle.

Zu verkaufen
4 schwere Lastwagen 100 Ctr. Tragkraft
1 zweispänniger u. 1 einspänn. Militärwagen.
1 kupf. Waschmaschine mit Wassermotor. Patent: Mongen, Köln-Mülheim.
1 Grammophon m. 10 Pfg. Einwurf
1 Büfett mit Bieraufsatz
1 Feldbahn-Weiche 50 cm. Spur
1 Mikroskop
1 Gasmesser für Laboratorium
1 chem. Laboratorium
1 junger Jagdhund
1 fette Kuh

Zu kaufen gesucht
2 tragende Rinder oder Milchkuh

Drave, Elisenhöhe, Bad Ems, Telefon 255.

Gottesdienst-Ordnung:

Bad Ems. Evangelische Kirche. Pfarrkirche. Sonntag, den 20. Januar (2. Sonntag nach Epiph.), vorm. 10 Uhr: Herr Pfr. Lic. Peter. Lieder: Nr. 31, Nr. 270, Nr. 290, Vers 10 und 11. Text: Luc. 16, 20—22 a: Warum die große Not? Anschließend Besprechungen über die innere Mission (die alte Märtyrerkirche) mit der konfirmierten männlichen Jugend.

Nachm. 2 Uhr: Herr Pfr. Emme. Lieder: 34, 242, V. 9 u. 10.

Nachm. 4 Uhr: Bibelstunde in Kemmenau.

Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr: Bibelstunde und Frauenabend im Gemeindesaal.

Amtswoche: Herr Pfr. Lic. Peter.

Bad Ems. Katholische Kirche. 2. Sonntag nach Epiphanie, 20. Januar. Hl. Messen: in der Pfarrkirche: 7,30 Uhr Predigt, Generalkommunion der Marianischen Kongregation der Jungfrauen. 9 Uhr Kindergottesdienst. 10,15 Uhr Hochamt, Predigt. In der alten Kirche: 8.30 Uhr.

Nachm. 2 Uhr: Sakramentalische Bruderschaftsandacht.

Nachm. 4 Uhr: Versammlung der Marianischen Kongregation der Jungfrauen in der Kapelle des Marienkrankenhauses.

Nachm. 4 Uhr: Versammlung des Jünglingsvereins.

Nassau. Evangel. Kirche. Sonntag, den 20. Jan. Vorm. 10 Uhr: Herr Pfarrvikar Schilp.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Vorm. 11 Uhr: Sitzung der vereinigten kirchlichen Körperschaften.
Nachmittags 2 Uhr: Herr Pfarrvikar Schilp.

Dienethal. Evang. Kirche. Sonntag, den 20. Jan., 2. S. n. Ep. Vorm. 10 Uhr: Predigt.
Nachm. 2,30 Uhr: Bibelstunde in Sulzbach.

Diez. Katholische Kirche. 20. Januar. 2. Sonntag nach Erscheinung des Herrn.
7,30 Uhr Frühmesse mit Predigt.
10 Uhr Hochamt mit Predigt.
2 Uhr Andacht.
An Wochentagen beginnt die hl. Messe um 7 Uhr morgens.

Diez. Ev. Kirche. 2. Sonntag nach Epiph., den 20. Januar. (Ev. Gemeindehaus.)
Morgens 10 Uhr: Herr Dekan Wilhelmi.. Kirchens. f. d. Jerusalemverein.
Mittags 2 Uhr: Winterversammlung der Ev. Frauenhilfen des Dekanats.
Amtswoche: Herr Dekan Wilhelmi.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir Allen unseren herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen:
Geschwister Schuhmacher

BAD EMS, den 18. Januar 1924.

Wandkalender
für das Jahr 1924 sind zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Marktlichtspiele Diez.
Samstag und Sonntag abends 8 Uhr:
Das Testament des Ive Sievers.
Dramatischer Spielfilm in 5 Akten.
Die Entdeckung einer Diva.
Lustspiel in 3 Akten.
Samstag abend m. Orchesterbegleitung.
Der Saal ist gut geheizt.
Sonntag nachm. 4 Uhr:
Wem nie durch Liebe Leid geschah
Zirkusfilm in 6 Akten.

Aufruf der Winterhilfe!

Bad Ems, im Januar 1924.

Weihnachten, das Fest der Liebe, liegt hinter uns; und wie überall fanden sich auch in unserer Stadt warme Herzen und offene Hände, die bereit waren, nach Kräften die Not ihrer Mitmenschen zu lindern. Doch die Zeit in der wir leben, ist hart und schwer, augenblicklich ganz besonders schwer.

Auf unserer armen Bevölkerung lastet nicht nur der kalte Winter mit allen seinen bösen Begleitern, sondern auch die plötzliche Umstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse, Arbeitsmangel und Geldnot haben in vielen Familien unserer Stadt eine überaus schwere Notlage geschaffen. Alle, die in einigermaßen geordneten Verhältnissen leben, dürfen diese Not nicht ruhig mit ansehen. Es ist eine heilige Pflicht, nach Kräften zu helfen und sobald als möglich. Dem guten Beispiel von vielen anderen Städten folgend, soll auch in unserer Stadt eine Winterhilfe eingerichtet werden, die es jedem Bürger ermöglicht, seiner heiligen Pflicht der Nächstenliebe zu genügen.

Liebe Mitbürger legt diesen Aufruf nicht achtlos beiseite!

Denket nicht: er ist nur für die Reichen, und dazu gehören wir nicht. Es dürfte nur wenig Häuser und Familien geben, in denen nicht etwas entbehrlich wäre, was im andern Hause eine Lücke ausfüllt. Gebet Eurem Herzen einen Stoß und bedenket: „Wohltun heißt auch, sich wehe tun." Gebe jeder was er kann: Geld, Kleider, Lebensmittel, Heizmaterial, Gutscheine für Waren usw., alles wird dankbar angenommen und den Notleidenden gewissenhaft zugeführt.

Liebe Mitbürger, denket daran, daß Geben seliger ist als Nehmen. Manche die in den Vorjahren noch hilfsbereite Spender waren, freuen sich diesmal auch einer Gabe. Heute dieser oben, morgen jener, wie uns das Schicksal wirft. Doch wer Liebe sät in Zeiten des Glückes, wird auch Liebe ernten in Zeiten der Not!

Darum helfet Euren notleidenden Brüdern und Schwestern

Für die Stadtgemeinde: Sehr, Beigeordneter, Malzbender, Stadtverordneten-Vorsteher.
Für die evang. Kirchengemeinde: Emme, Pfarrer, Lic. H. Peter, Pfarrer.
Für die kath. Kirchengemeinde: Kunst, Pfarrer.
Für die Kultusgemeinde: Dr. Weingarten.
Für den Vaterländischen Frauenverein: Frau Dr. Clebsch.
Für den Zweigverein vom Roten Kreuz: San.-Rat Dr. Stemmler.
Für den Elisabethen-Verein: Frau Direktor Rieß.
Für die Familienhilfe: Frau Lehrer Noll.
Für die Ortsgruppe des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener: Heinrich Schmidt, Lehrer.
Für den Charitas-Ausschuß: Kunst, Pfarrer.
Für den evang. Frauenverein: Frau Minna Ott.
Für den kath. Frauenverein: Frau Fr. Mazein.
Für den israelitischen Frauenverein: Frau Dr. Weingarten.
Für das Diakonissenheim: Schwester Sophie.
Für das Marienkrankenhaus: Schwester Maria Salome.

Rodeln!

Das Mitführen von Stangen und dergleichen beim Rodeln ist streng verboten.

Diez, den 17. Januar 1924.

Die Polizeiverwaltung

Männer-Gesangverein Harmonie
Diez an der Lahn

Sonntag den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Bremser:
Familien-Abend
Aktive und unaktive Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen sind freundl. eingeladen.
DER VORSTAND
Der Saal ist gut geheizt.

Hotel Wiener Hof, Bad Ems

Sonntag, den 20. 1. 24
Auf vielseitigen Wunsch Wiederholung des
Bockbier-Festes
mit humoristischem Konzert.

Gasthaus zur Krone, Bad Ems
Sonntag den 20. Januar ab 4 Uhr nachmittags
KONZERT

V. Ehrenberg, Dentist, Diez
Luisen-Seherstraße 1, part.
Zahnziehen . Plombieren Zahnersatz
in erstklassiger Ausführung
Kronen und Brücken in Gold und Silbergold, mit und ohne Platte
Kautschuckarbeiten. Bestes Material.
Auf Wunsch Teilzahlungen. Mäßige Preise.

Kahlbaum Edelliköre
sind an Qualität unerreicht!
Vertretung für den Kreis Unterlahn und Limburg:
Rudolf Eisfeller, Bad Ems.
Fernruf 25.

Drucksachen
jeder Art liefert schnellstens zu zeitgemässen Preisen die
Buch- und Steindruckerei
H. Chr. Sommer
Bad Ems und Diez

Stühle u. Sessel
in grösser Auswahl solange der Vorrat reicht, zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Stuhlfabrikation
K. Fickeis – Diez a. L.
Pfaffengasse

Gegen **Erkältung** sind die
Emser Bonbons
das beste Hausmittel. Zu haben in der **Drogerie** von **AUG. ROTH**, Bad Ems.

Ordentliches
Mädchen
tagsüber gesucht.
Frau Carl Thomas, Diez.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Privat Katalog 16 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Amtlicher Teil

I. 141. Diez, den 8. Januar 1924.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Der Landesausschuß hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1923, die Wertgrenzen und Entschädigungspauschbeträge für die obligatorische und die freiwillige Ziegenversicherung des Bezirks-Verbandes, rückwirkend ab 1. Dezember 1923 wie folgt festgesetzt:

Altersgruppe:	Wertgrenze	Entschädigungspauschbetrag 4/5 der Wertgrenze
I. (Ziegen über 3 Monate bis zu ihrer sichtbaren Trächtigkeit)	15 Goldmark	12 Goldmark
II. (von der Trächtigkeit bis zur Abzahnung)	40 Goldmark	32 Goldmark
III. (Abgezahnte Tiere)	30 Goldmark	24 Goldmark

Die Sonderbestimmungen für Herdbuchtiere ((20 Proz. Zuschlag) und für Ziegenzuchtböcke ((stets Entschädigung nach Gruppe 2) bleiben bestehen.

Ich ersuche den Ziegenzucht- bezw. Kleintierzucht-Vereinen Ihrer Gemeinde von vorstehendem Kenntnis zu geben.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Auf Antrag des Preußischen Ministers des Innern hat der Herr Reichsminister der Finanzen auf Grund des § 37 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz) vom 23. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 494) die Geschäfte der Finanzämter bei der Verwaltung der Grunderwerbsteuer den Stadt- und Landkreisen übertragen.

Als Zeitpunkt, von dem ab die Uebertragung auf den Stadtkreis Wiesbaden, die Landkreise Wiesbaden, Höchst a. M., Limburg a. d. L., Diez a. d. L., Langenschwalbach und Montabaur als erfolgt anzusehen ist, ist mit dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden der 15. Januar 1924 vereinbart worden.

Cassel, den 13. Januar 1924.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Wird veröffentlicht.

Diez, den 17. Januar 1924.

Das Finanzamt

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fajer, Heilingforst. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffk (M) 10618

Nummer 17 — Bad Ems, Montag den 21. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Betrachtungen zum kommenden Wahlkampf.

Parlament und Parteien

Wir haben in Deutschland seit 1918 die parlamentarische Regierungsform. Viele erwarteten von ihr eine grundlegende Neuregelung unseres parlamentarischen Lebens. Sie glaubten, die neue Form genüge, um neuen Geist in unser Parlament zu tragen, und das deutsche Volk politisch reif zu machen. Es erschien so einleuchtend. Man überträgt die Verantwortung für die Gestaltung des politischen Lebens des Landes dem Volke. Dann wird das Volk in den Wahlen das Parlament so zusammensetzen, daß es ein getreues Abbild der Volksmeinung ist. Dann wird das Parlament aus der Mehrheit der Abgeordneten eine Regierung bilden müssen, die nach dem Willen der Volksmehrheit handelt und die, da sie stets gewärtig sein muß, bei der nächsten Wahl durch die Minderheit beseitigt zu werden, vor einseitiger Interessenvertretung bewahrt bleiben wird. So werden auch die Deutschen ein politisch brauchbares Volk werden.

Heute haben die Meisten erkannt, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben. Woran sind sie gescheitert? Wir haben in Deutschland zwar die Regierungsform geändert, die Instrumente der Politik aber, die Parteien, sind im wesentlichen unverändert die Alten geblieben. Weder die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Jugendlichen und die Frauen, noch die Aenderung der Parteinamen und Programme hat sie neu gestaltet. Heute wie vor 1918 sind sie reine Programmparteien. Zu „Grundsätzen" suchen sie zu nahezu allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen vorweg Stellung zu nehmen. Solche Grundsätze und Programme lassen sich aber naturgemäß nicht häufig ändern. So „erben sie sich fort" und werden festgehalten, auch wenn die äußeren und inneren Umstände sich ändern. — und sie ändern sich dauernd — und „werden so zu Unsinn und Plage" und hindern die Parteien im Wahlkampf die entscheidenden Gegenwartsfragen herauszustellen. Und so verliert sich der Wahlkampf jedesmal wieder in einen Parteikampf um Grundsätze und Programme.

Diesem Kampf aber kann und will die Masse der Wähler nicht folgen. Sie interessiert es gar nicht, ob einmal vor so und soviel Jahren, diese oder jene Partei, so oder so handelt, oder ihre Führer so oder so geredet haben. Sie interessiert es gar nicht, ob man im einzelnen immer „konsequent" war und „grundsätzlich" das Richtige wollte. Und da sie das nicht interessierte, so wendet sie sich lieber ihren Sonderinteressen beruflicher oder wirtschaftlicher Art zu. Da das die Parteien wissen, kommt zu dem Parteikampf um die Grundsätze noch der Kampf um die Vertretung der „berechtigten" Interessen der einzelnen Gruppen. Das verwirrt so völlig die Uebersicht. Kein Wunder, daß die Masse der Wähler bei dieser Art des Wahlkampfes durch die politischen Parteien den Blick für das ganze, für die entscheidenden Gegenwartsfragen verliert. Kein Wunder, daß so schließlich das Ergebnis des Wahlkampfes keineswegs ein getreues Abbild der Volksmeinung daß so schließlich die Zusammensetzung des Parlamentes keineswegs eine Grundlage für die sinngemäße Handhabung der parlamentarischen Regierungsform abgeben kann.

Welches ist die entscheidende Gegenwartsfrage? Ich glaube sie lautet: „Soll in Deutschland bürgerlich oder sozialistisch regiert werden?" (Diese Feststellung läßt im Einzelfalle für eine Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an der Regierungsverantwortung natürlich Raum. Die Frage ist.) Und ich glaube, vor diese Frage gestellt, wird die deutsche Wählerschaft bestimmt ihre Stimme so abgeben, daß der Reichstag ein getreues Abbild der Volksmeinung wird, und daß sich dann im Reichstag diesem Willen des Volkes — die Mehrheit geht vom Volke aus! sagt die Verfassung — nicht wieder entziehen kann, d. h., daß dann auch die Parteien: die bisher der Mehrheit des Volkswillens meist nicht folgten, obgleich sie sich besonders gern als die berufenen Hüter des parlamentarischen Gedankens bezeichnen, im Reichstag auf die bürgerliche Seite gezwungen oder aber aus dem politischen Leben ausgeschaltet werden.

Es wäre dringend erwünscht, daß das beim Aufmarsch der Parteien zur nächsten Reichstagswahl von vornherein erkannt und berücksichtigt würde. Nur wenn es geschieht, kann zu der parlamentarischen Form auch das richtige Instrument, nämlich ein Reichstag, der dem Volkswillen entspricht, und Rechnung trägt, geschaffen werden. Nur dann wird die neue Form Leben erhalten.

Französische Reparationspläne.

Poincare über Ruhr und Pfalz. + Erste Note der Sachverständigen.

Paris, 19. Jan. Poincare hat im Verlaufe seiner gestrigen Kammerrede Angaben über einen Reparationsplan gemacht, den die französische Regierung ihren Verbündeten unterbreitet hat. Poincare sagte:

„Wir verlangen einen Mindestbetrag von 26 Milliarden Goldmark auf die Gutscheine A und B. Die Sachverständigen-Ausschüsse der Reparationskommission werden nach Abschluß ihrer Arbeiten mitteilen, welche Zahlungen Deutschland noch ihrer Ansicht für eine erste Periode zu leisten imstande ist.. Die Reparationskommission wird hierauf entsprechende Beschlüsse fassen und den Betrag der Jahresleistungen Deutschlands bis zum Jahre 1926 festsetzen. Gleichzeitig wird sie sich vergewissern, wie weit Anleihen,: die durch den Ertrag der ergriffenen Pfänder gedeckt sind, aufgenommen werden können. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein Teil dieser Anleihen Deutschland zu einer finanziellen Wiederaufrichtung überlassen werden dürfe, daß sie aber zum größten Teile zu Reparationszwecken Verwendung finden müssen.

Paris, 18. Jan. In der heutigen Kammersitzung vertrat Poincare gegenüber der Kritik der Abgg. Herriot und Reynaud seinen bekannten Standpunkt in der Ruhrfrage. Die französische Regierung sei mit Belgien darin einig, das Ruhrgebiet nur im Verhältnis und nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen. Belgien habe vielleicht die Besetzung anderer Pfänder in Erwägung gezogen. Frankreich habe aber geglaubt, diese Pfänder müßten zu denen hinzukommen, die man in der Hand habe:: nicht aber an deren Stelle treten. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen die Interpellationsredner, die ihm Vorwürfe gemacht haben, er sei allzu anspruchsvoll gegenüber dem Kabinett Stresemann nach der Aufgabe des passiven Widerstandes gewesen. Die Rede des Reichspräsidenten Ebert und die Maßnahmen der deutschen Regierung hätten allzu deutlich gezeigt, daß es sich nur um eine fiktive Abrüstung handle. In den folgenden Ausführungen beschäftigte sich Poincare mit der Stellung der französischen Regierung gegenüber der separatistischen Bewegung. Frankreich wolle den einzelnen Bevölkerungskreisen politische Freiheit lassen. In der Pfalz sei die Lage eine ganz andere als in den übrigen besetzten Gebieten. Die Pfalz unterstände nicht Berlin, sondern Bayern. Die Sozialisten hätten die Initiative zu einer Aktion gegen die Münchener nationalistische Regierung ergriffen und seien hierbei von der großen Mehrheit der Bevölkerung nämlich den Bauern, Handwerkern und kleinen Industriellen, unterstützt worden. Der französische Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission habe die französischen Vertreter angewiesen, strengste Neutralität zu bewahren und Unruhen vorzubeugen. Poincare wandte sich alsdann gegen England, wo Lord Curzon, „unerwarteterweise" in der Pfalz eine Untersuchung verlangt habe, die im übrigen durch Anwesenheit eines französischen Vertreters einen interalliierten Charakter angenommen habe. Der englische Vertreter sei zweifellos durch die Erklärung der pfälzischen Autonomisten überrascht worden. Wie dem aber auch sei, die französische Regierung halte sich an die Bestimmungen des Versailler Vertrags und werde niemals aus ihrer Reserve herausgehen. Noch weniger denke Frankreich an Annexion oder daran, die besetzten Gebiete unter seinen politischen Einfluß zu bringen.

Ministerpräsident Poincare hat nach Schluß der Interpellationsdebatte die Tagesordnung Madaut und Brousse angenommen und die Vertrauensfrage gestellt. Die Tagesordnung billigt die Erklärungen der Regierung, besonders hinsichtlich der Besetzung des Ruhrgebietes, spricht ihr das Vertrauen und die Zuversicht aus, daß sie ihre Politik des nationalen Heils fortsetzen werde und lehnt jeden Zusatz ab. Die Kammer hat sich mit 415 gegen 151 Stimmen dafür ausgesprochen, dieser Tagesordnung den Vorzug vor der von Herriot und Borrel eingebrachten zu geben. Die erste Hälfte der Tagesordnung Manaut wird darauf mit 446 gegen 122 Stimmen, die zweite Hälfte mit 445 gegen 126 Stimmen und schließlich die gesamte Tagesordnung mit erhobenen Händen angenommen.

Eine Note des Sachverständigenkomitees.

Paris, 19. Jan. Das Generalsekretariat des Sachverständigenkomitees der Reparationskommission hat eine Note veröffentlicht, worin mitgeteilt wird, daß der für internationale Eisenbahnfragen bekannte englische Sachverständige Sir William Acworth, sowie der Generalsekretär der europäischen Eisenbahnunion, der Franzose Lefebre eingeladen worden sind, einen Bericht über gewisse Fragen, die auf die deutschen Eisenbahnen Bezug haben, auszuarbeiten. Der Petit Parisien teilt mit, daß der Bericht, den die genannten Sachdverständigen auszuarbeiten haben, folgende Punkte behandle:

1. Gründe des Defizits der Reichseisenbahnen;
2. Geeignete Maßnahmen, um diesem Defizit entgegenzuarbeiten;
3. Prüfung der Frage, ob es für die Reichsfinanzen vorteilhaft wäre, wenn die Reichseisenbahn der Privatindustrie überantwortet würde.
4. Prüfung der Frage, ob die Reichseisenbahn nicht durch gemischten Organismus verwaltet werden sollte, in dem deutsche und alliierte Kapitalien vertreten seien, und wobei ein Teil der Einnahmen in die Reparationskasse fließen soll.

Politische Nachrichten

Deutschland

Ministerzusammenkunft in Homburg.

Berlin, 18. Jan. Wie die Blätter mitteilen, findet eine Zusammenkunft des Reichskanzlers mit dem bayrischen Ministerpräsidenten in Homburg statt. Im Reichsjustizministerium hat gestern laut der Vossischen Zeitung eine Besprechung über die Ausführungsbestimmungen zur Goldbilanzierungsverordnung stattgefunden. An der Besprechung nahmen außer Vertretern verschiedener Ministerien noch Vertreter der fünf wirtschaftlichen Spitzenverbände sowie der Handelskammer und die bisherigen Sachverständigen teil. Es wurden dem Reichsjustizministerium Anregungen und Wünsche der beteiligten Kreise übermittelt. Vom Justizministerium ist zugesagt worden, daß nach der redaktionellen Feststellung der Ausführungsbestimmungen die gleichen Vertreter noch einmal zur Begutachtung zusammenberufen werden sollen.

Die Reichstagswahlen voraussichtlich im Mai oder Juni.

Wie der Demokratische Zeitungsdienst hört, ist noch von keiner maßgebenden politischen Stelle ein bestimmter Tag für die kommenden Reichstagswahlen in Aussicht genommen. Die Regierung sei der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, wenn die Stabilisierung der englischen Arbeiterregierung und der Ausfall der französischen Kammerwahlen der deutschen Reichstagswahl vorausginge und wenn ferner die innerpolitische Gesundung noch einige Fortschritte machen könne. Danach werde man annehmen dürfen, daß die Wahlen im Mai oder Juni stattfinden werden.

Hoesch bei Stresemann.

Berlin, 18. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat v. Hoesch, hatte heute eine mehrstündige Unterredung mit dem Minister des Aeußern Stresemann. Hoesch wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Laut Vorwärts hat im Auftrag des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller gestern an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Brief gerichtet, in dem er die Einberufung des auswärtigen Ausschusses für die kommende Woche fordert. Dieses Verlangen wird mit dem Eintreffen der französischen und belgischen Noten auf das deutsche Memorandum begründet. Außer der Besprechung dieser Noten wird u. a. eine Aussprache über die Rhein und Ruhrfrage, das Reparationsproblem, das Verhalten der französischen Besatzung in der Pfalz und die Militärkontrolle gewünscht. Eine Besprechung dieser Fragen erscheine, wie es in dem Briefe heißt, schon deshalb notwendig, weil vorläufig ein Termin für die Einberufung des Reichstages noch nicht festgesetzt sei.

Staatsratssitzung.

Berlin, 18. Jan. Der preußische Staatsrat tritt am 22. Januar zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Zur Verhandlung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen die Notverordnung betr. die Abänderung des Gesetzes über die Grundvermögensteuer und die dazu gestellten Anträge.

Berlin, 188 Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat Arnold Rechberg beim Kanzler um eine Audienz nachgesucht, der Kanzler lehnte es aber ab, ihn zu empfangen, weil die Angelegenheit, die Rechberg zur Sprache bringen wolle, im wesentlichen offenbar die technischen Seiten der Reparationsfrage betrifft, ein Eingehen in Einzelheiten dieses Fragenkreises jedoch kaum erspießlich wäre. Der Kanzler habe Rechberg anheimgestellt, sich zunächst mit der zuständigen Abteilung des auswärtigen Amts in Verbindung zu setzen.

Tagung des Zentrum-Reichsausschusses.

Heute beginnt in Berlin die Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Sie wird durch eine Vorstandssitzung eingeleitet. Auf der Tagesordnung stehen die wesentlichen Fragen der Organisation und der kommenden Reichstagswahlen. Daneben dürfte, wie das Berl. Tageblatt meint, der Brief des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth an den Zentrumsabgeordneten Joos einen breiten Raum der Debatte einnehmen.

Zum Personalabbau.

Berlin, 19. Jan. Der [illegible] des preußischen Landtages hat die Verordnung über den Personalabbau angenommen; besonders der umstrittene § 21 a über das Schiedsgericht wurde in der Fassung angenommen, wonach der Beamte gegen einstweilige Versetzung in den Ruhestand oder gegen Entlassung mit der Begründung Einspruch einlegen kann, daß die §§ 19 und 20 verletzt seien. Der Einspruch ist nur binnen einer Frist von zwei Wochen zulässig, er kann nur vom Staatsministerium zurückgewiesen werden. Wird dem Einspruch stattgegeben, so gilt die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand oder die Entlassung als nicht erfolgt. Will das Staatsministerium dem Einspruch nicht stattgeben, so hat es vor der Entscheidung einen Vertrauensausschuß zu hören. Für jeden Regierungsbezirk wird ein Vertrauensausschuß von drei Mitgliedern gebildet.

Berlin, 19. Jan. Das preußische Staatsministerium beschäftigte sich mit der neuen Fassung, die der ständige Ausschuß des preußischen Landtags der Verordnung über den Personalabbau gegeben hat. Es wurden starke Bedenken hinsichtlich der Kontrollinstanz vorgebracht. Offenbar war man der Ansicht, daß durch diese Instanz erhebliche große Kosten entständen, andererseits der Abbau erschwert werde. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß voraussichtlich schon in der nächsten Woche das Staatsministerium die neue Vorlage einbringen wird.

Ueber die Ermäßigung der Gütertarife.

Berlin, 18. Jan. In der Angelegenheit einer Ermäßigung der Güter- und Tiertarife hat der Reichsverkehrsminister Oeser an die Mitglieder des Reichseisenbahnrates folgendes Schreiben gerichtet:

Dem Beschlusse des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates vom 14. Dezember gemäß wurde eingehend geprüft, ob eine allgemeine Herabsetzung der Gütertarife, die auch ich für durchaus erwünscht und erstrebenswert halte, möglich ist. Obwohl eine solche Maßnahme bei der schwierigen Finanzlage des Reichsbahn erheblichen Bedenken begegnet, habe ich mich doch entschlossen, vom 20. Januar ab die Sätze der Normalklassen des Gütertarifes und der Ausnahmetarife einschließlich der Kohlenausnahmetarife sowie des Frachten- und Tiertarifes um 8 Prozent zu ermäßigen. Die Ausnahmetarife für Düngemittel und Kartoffeln in Ladungen, die Notstandstarife für Lebensmittel und die veröffentlichten Seehäfenausnahmetarife in ausländischer Währung werden indessen nicht ermäßigt. Wegen der Düngemittelsätze erfolgt Vorlage an das Reichseisenbahnamt. Die Seehafenausnahmetarife sind aufgestellt unter Zugrundelegung des Wettbewerbes der deutschen Seehäfen unter sich und mit dem Auslande; sie können daher nicht ohne weiteres geändert werden. Die Notstandstarife für Lebensmittel berücksichtigen bereits die durch Einführung des Goldtarifes eingetretene Verteuerung. Mich leitet bei der allgemeinen Herabsetzung das Bestreben, den allgemeinen Preisabbau zu fördern und den Verkehr, dessen Aufschwung die Wirtschaft aus der Festigkeit der Währung erwartet, zu beleben. Eine stärkere Ermäßigung konnte angesichts der noch ungedeckt fortlaufenden Kosten aus der Ruhrbesetzung zunächst nicht vertreten werden, zumal die Untersuchung über die weitere Entwicklung der Eisenbahntarife noch nicht abgeschlossen ist. Ein besonderer Ausschuß ist beauftragt worden, zu prüfen, wie verschiedene in zahlreichen Eingaben beklagte Tarifhärten gemildert werden können und wie die Aus- und Durchfuhr durch geeignete Ausnahmetarife weiter zu begünstigen sind. Die Frage der Einführung neuer Seehafenausnahmetarife für wichtige Ein- und Ausfuhrgüter wird mit besonderer Beschleunigung behandelt. Der geplante Seehafenausnahmetarif für Eisen und Stahl wird zur Zeit ausgearbeitet und soll sobald als möglich in Kraft gesetzt werden. Die Gewährung weiterer Tarifermäßi-

kerungen wird in der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Arbeiterbahnrates zur Erörterung gestellt werden. Die Uebersendung einer Vorlage behalte ich mir dieserhalb vor.

Neue Fälschungen preußischer Notgeldscheine.

Berlin, 19. Jan. (Wolff.) Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, sind in den letzten Tagen neue Fälschungen der Notgeldscheine des Freistaates Preußen über 4,20 Goldmark — 1 Dollar — aufgetaucht. Für die Ermittlung des Fälschers wird wieder eine Belohnung bis zu 2000 Goldmark ausgesetzt. Der preußische Finanzminister hat nunmehr durch amtliche Bekanntmachung die Notgeldscheine über 4,20 Goldmark gleich 1 Dollar, mit sofortiger Wirkung zur Einlösung aufgerufen. Die Einlösung erfolgt binnen Monatsfrist bei der von der Generalstaatskasse hierfür besonders eingerichteten Umtauschstelle. Die Gültigkeit und der Umlauf des übrigen preußischen Notgeldes bleibt von diesem Aufruf unberührt.

Kupferpfennig gleich Rentenpfennig.

Wie das Berliner Tageblatt hört, besteht die Absicht, die alten Ein- und Zweipfennig-Kupferminzen des Reiches als Rentenpfennig zu erklären. Praktisch heißt das, daß das Reich dem Kupfergeld eine volle 100prozentige Aufwertung angedeihen läßt.

Rechberg beim Kanzler nicht empfangen.

Sachsen

Politischer Theaterskandal in Dresden.

Dresden, 19. Jan. Zu einem großen Theaterskandal kam es vorgestern abend gelegentlich der Erstaufführung von Ernst Tollers Tragikomödie „Der Hinkemann" im staatlichen Schauspielhaus. Ernst Toller, ein Dichter von zweifelloser Begabung, hat als Kommunist in der Münchener Revolution eine verderbliche Rolle gespielt. Schon in der ersten Szene setzte die Bewegung im gänzlich ausverkauften Hause ein. Nach dem Bekanntnis Paul Großhahns, er sei ein Atheist, wurde von einem Teil der Zuschauer auf Schlüsseln gepfiffen, von anderen lebhaft geklatscht. Das Publikum erhob sich von den Sitzen und der Vorhang mußte fallen.

Im ersten Rang bemerkte man die kommunistischen Abgeordneten Böttcher und Lieberasch, die sich an der Auseinandersetzung des Publikums beteiligten. In der Ministerloge war unterdessen Kultusminister Kaiser erschienen. Nachdem die Schutzpolizei einige Besucher mit Gewalt aus dem Theater entfernt hatte, erschien der Spielleiter des Abends, Schauspieldirektor Nicke, vor der Rampe und ersuchte um Ruhe. Man solle wenigstens den Dichter Toller respektieren. Es wurde dann bei erleuchtetem Hause weitergespielt.

Inzwischen bildeten sich erregte Gruppen im Parkett und in den Rängen, die bei offener Bühne aufeinander schrien. Mitten im Dialog des zweiten Aktes wurde stehend das Deutschlandlied und die Wacht am Rhein gesungen. Schauspieldirektor Nicke versuchte zum zweiten Mal beruhigend auf das Publikum einzuwirken. In der Pause bildeten sich im Foyer und in den Wandelgängen erregte Gruppen, die eine heftige Diskussion führten. Reihenweise wurden die Theaterbesucher von der Schutzpolizei aus dem Zuschauerraum entfernt. Der dritte Akt ging völlig im Lärm unter. Nach Schluß der Vorstellung setzte sich die Demonstration vor dem Schauspielhause fort. Auch hier wurde das Deutschlandlied gesungen. Ein Polizeiaufgebot stellte die Ruhe vor dem Theater wieder her.

Bei dem Theaterskandal gelegentlich der Aufführung von Ernst Tollers „Hinkemann" erlitt infolge der Aufregung ein Berliner Bankier einen Schlaganfall, woran er sofort starb.

England

Revolution mit konstitutionellen Mitteln.

London, 18. Jan. In der gestrigen Unterhausdebatte führte der Führer der Bergleute Frank Hodges aus, die Revolution mit konstitutionellen Mitteln sei im Anzuge, während die Revolution in anderen Ländern mit Blutvergießen und Gewalt begleitet seien. Die Arbeiterpartei würde Pläne zur Reorganisation der Industrie einbringen. Wenn die Verstaatlichung das einzige Mittel für eine zweckmäßige Organisation der Industrie und Arbeit sei, werde diese vorgeschlagen.

Gegen den Eisenbahnerstreik.

London, 18. Jan. Die Führer des nationalen Verbandes der Eisenbahner haben sich in einem Rundschreiben gegen den Streik ausgesprochen, den der Maschinistenverband für Sonntag abend proklamiert hat.

Lohnkampf bei Eisenbahn und Bergbau.

London, 18. Jan. Nach einer Besprechung mit den Eisenbahndirektoren und dem Vollzugsausschuß der Lokomotivführer und der Heizervereinigung erklärte gestern abend Henderson, er könne keine Möglichkeit entdecken, den Ausstand zu vermeiden. Der Sekretär der Vereinigung sagte ebenfalls, der Streik sei sicher.

Das Ergebnis der Abstimmung unter den englischen Bergarbeitern sei, daß sich ungefähr 510 000 für die Kündigung der gegenwärtigen Lohnübereinkunft, etwa 110 000 dagegen ausgesprochen hätten. Das bedeute keinen Streik, sondern lediglich, daß das jetzt in Kraft befindliche Uebereinkommen drei Monate vor Ablauf gekündigt werde. Inzwischen solle mit den Bergwerksbesitzern unterhandelt werden.

Englische Kohlenkredite.

London, 18. Jan. Wie gemeldet wird, erklärte Sir John Hindley von der Maris-Export- und Handelsgesellschaft in einer Unterredung, daß die Abmachungen zwecks Gewährung von Krediterleichterungen an gewisse große deutsche Kohlenankäufer jetzt vollendet worden seien. Es werde ein Kredit in Höhe von 750 000 Pfund Sterling für den Ankauf durch die deutschen Staatseisenbahnen während der nächsten drei oder vier Monate über etwa 400 bis 500 000 Tonnen Kohle gewährt werden. Hindley sagte, an seine Gesellschaft werde bezüglich dieses deutschen Eisenbahnkontraktes herangetreten. Englischerseits umfasse die Gruppe, die den Kredit vorstrecke und unter der Leitung von Henry Schröder u. Co. stehe, die Mehrzahl der hauptsächlichsten Banken und Handelshäuser Englands.

Frankreich

Paris, 19. Jan. Dr. Schacht ist Freitag in Paris eingetroffen. Der erste Sachverständigenausschuß hat gestern um 4 Uhr seine Sitzung begonnen. Vormittags wurde in offiziöser Unterhaltung die Fragenliste entworfen, die dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vorgelegt werden soll. Die Fragenliste, die dem Vertreter der Kriegslastenkommission Dr. Meyer gestern überreicht wurde, enthält 16 Fragen, die sich auf das Budget beziehen.

Rußland

Rücktritt Trotzkis?

Berlin, 18. Jan. Der Vorwärts meldet: Nach Mitteilungen, die gestern in später Abendstunde in Berlin eintrafen, ist Trotzki von allen seinen Stellen zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger im Revolutionären Kriegsrat sei vorläufig Kamenew ernannt, während zum Oberkommandierenden der Roten Armee General Budenny ausersehen sei. Eine Bestätigung dieser Meldung, die von außerordentlicher Tragweite wäre, liegt vorläufig noch nicht vor.

Russisch-polnische Eisenbahnkonvention.

Warschau, 19. Jan. Den Blättern zufolge schließen Rußland Polen eine Eisenbahnkonvention vor. Die Verhandlungen sollen Ende Februar in Warschau beginnen.

Finnland

Neuwahlen in Helsingfors.

Helsingfors, 18. Jan. Der Reichstag ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen wurden auf den 1. April festgesetzt.

Helsingfors, 19. Jan. Staatsminister Prof. Cajander hat folgendes Geschäftsministerium gebildet: ehemaliger Außenminister und jetziger Gesandter in Paris, Enckel; Außenminister, ehemaliger Minister und jetziger Justizprokurator des Reichstags Lilius; Minister der Justiz, ehemaliger Landsekretär Eskelae; Innenminister der Chef der Militärkanzlei Generalmajor Schwindt; Wehrminister, ehemaliger Minister und jetziger Kanzleichef im Unterrichtsministerium Lolmaranta; Minister des Unterrichts: Oberdirektor im Kolonisationsamt Elfving, Minister für Landwirtschaft, ehemaliger Minister Skogtroem, Verkehrsminister Abteilungschef im Sozialministerium Dr. phil. Relander, Finanzminister. Der Posten des Handelsministers ist vorläufig noch unbesetzt.

Tschechoslowakei

Französisch-tschechoslowakische Allianz.

London, 18. Jan. (Wolff.) In einem Leitartikel der „Times" in dem der in London weilende tschechoslowakische Außenminister Benesch die führende Gestalt in der Gefahrzone Mitteleuropas genannt wird, heißt es u. a., die Tschechoslowakei habe sich jetzt endgültig mit Frankreich alliiert. Diese Allianz habe ernste Besorgnisse in England hervorgerufen, weil, wenn auch von einer militärischen Konvention nicht die Rede sei, die Tatsache allein, daß die Tschechoslowakei sich entschieden habe, eine enge Intimität mit einem bestimmten Mitglied der Entente herzustellen, ein ungünstiges Omen zu sein scheine. Wenig Trost gebe die Tatsache, daß diese neue Allianz ihren Ursprung wenigstens teilweise dem Verlangen der britischen Politik verdanke.

Türkei

Ein Attentat auf Kemal Pascha.

Paris, 19. Jan. Wie Chicago Tribune aus Konstantinopel erfährt, ist vorgestern ein neuer Anschlag auf Mustapha Kemal Pascha in Smyrna erfolgt. Kemal Pascha soll unverletzt sein. Nähere Angaben stehen noch aus.

Südslavien

Französisch-südslawisches Abkommen.

Paris, 19. Jan. (Wolff.) Das „Oeuvre" weist darauf hin, daß neben dem Abkommen mit der Tschechoslowakei Frankreich einen ähnlichen Vertrag mit Südslavien zu schließen beabsichtige, darauf die Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad zur Besprechung kommen sollte. Diese Nachricht, die bereits einmal dementiert worden sei, habe gestern eine offizielle Bestätigung erfahren. Die zur Zeit über das französisch-südslawische Abkommen geführten Verhandlungen würden als eine Fortsetzung der durch den Krieg unterbrochenen früheren Verhandlungen hingestellt. Sie würden beim Besuch des serbischen Königspaares im April dieses Jahres endgültig zum Abschluß kommen.

Aus dem besetzten Gebiet

Der britische Generalkonsul in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 18. Jan. Der britische Generalkonsul Clive ist auf seiner Informationsreise gestern abend nach 7 Uhr in Kaiserslautern angekommen. Seine Ankunft hatte sich etwas verzögert, da die Besprechungen in Neustadt a. d. H. sich länger ausdehnten, als man erwartet hatte. Der Generalkonsul, der unter Glockengeläute von einer ungeheuren Menschenmenge erwartet wurde, empfing noch gestern abend Vertreter von Zivilbehörden, Pressestellen und Umgebung sowie die Vertreter der Justiz. Die Abordnungen von Kaiserslautern und der umliegenden Orte sind auf heute vormittag geladen.

Keine erhöhte Zollabgabe.

Paris, 19. Jan. Havas dementiert in einer Düsseldorfer Meldung die Nachricht von einer 100prozentigen Erhöhung der Zollabgabe für den Warenversand nach dem besetzten Gebiet. In Wirklichkeit habe die französische Zollverwaltung nur beschlossen, auf die Ostgrenze des besetzten Gebietes den Normaltarif anzuwenden, von dem bis jetzt nur 25 Prozent erhoben worden seien.

Köln, 18. Jan. Wie wir erfahren, hat die französische Untersuchungskommission, die vorgestern in Köln eingetroffen war, ihre Untersuchungstätigkeit im britisch besetzten Gebiet bereits eingestellt. Die französischen Offiziere sind nach Coblenz abgereist.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf sind die von dem französischen Oberkommissar in der Rheinlandkommission abgeordneten beiden französischen Offiziere Richter und Mallet, die in der englischen Besetzungszone eine Untersuchung vornehmen sollten, gestern abend nach Coblenz zurückgekehrt, um Oberkommissar Tirard Bericht zu erstatten.

Die deutsche Not

Griechische Hilfsaktion.

Berlin, 19. Jan. Das griechische Rote Kreuz hat einstimmig beschlossen, sich an der Hilfsaktion für Deutschland zu beteiligen. Angesichts des durch das Flüchtlingselend hervorgerufenen Not im eigenen Lande will es jedoch von Sammlungen absehen, dagegen stellte es für den erwähnten Zweck 25 000 Drachmen zur Verfügung.

Spende des Papstes.

Rom, 19. Jan. Der Papst hat an Deutschland 1 200 000 Lire und 50 000 Meter Stoff für Liebesgaben und drei Hektoliter Olivenöl für kirchliche Zwecke übersandt.

Ungarische Nothilfe.

Berlin, 17. Jan. In Ungarn sind zugunsten der Deutschen Nothilfe Sammlungen eingeleitet worden, deren Ergebnis in Höhe von 230 000 ungarischen Kronen der Nothilfe überwiesen worden ist.

Seit Monaten werden von der ungarischen Bevölkerung zahlreiche Geldspenden und Liebesgaben nach Deutschland gesandt, und es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß auch wirtschaftlich schwach Gestellte sich an dieser Hilfstätigkeit beteiligen. Das Ungarische Rote Kreuz hat Mitte Dezember den ersten Waggon Liebesgabenpakete, bald darauf drei Waggon Zucker, an die Zweigstelle des Roten Kreuzes in Passau gesandt. Die Budapester Börsenvereinigung hat zu demselben Zweck eine Sammlung unter den dortigen Banken veranstaltet. Allein bei der deutschen Gesandtschaft in Budapest sind bis Ende Dezember rund 225 000 000 ungarische Kronen eingegangen, die dem Wunsche der Spender entsprechend an bedürftige Einzelpersonen oder an Vereine, Krankenhäuser usw. verteilt werden.

Finnische Liebestätigkeit.

Berlin, 17. Jan. Unter den in Finnland auf dem Gebiete der Liebestätigkeit für das notleidende deutsche Volk wirkenden Persönlichkeiten hat sich insbesondere Fräulein Dr. Jenny af Forselles hervorragende Verdienste als Vorsitzende des Finnischen Komitees für deutsche Kinderhilfe erworben. Von diesem Komitee sind bis jetzt über tausend Pakete von je über 5 Kg. nach Deutschland abgesandt worden.

Die Frühlingsmädchen

12 Novelle von Rudolf Herzog.

Und wieder saß Robert Junker in dem dicken Tabaksqualm, der in Schwaden durch das Schankzimmer zog, untermischt mit den Düften abgestandenen Bieres und der Garküche, und zum erstenmal verspürte er es wie einen Ekel und hatte es all die Jahre nicht verspürt. Da beugte sich die Friedel wieder über einen Tisch und setzte ihre Last an Krügen ab.

Er stand auf und sah nach der Uhr, setzte sich und schob sein Bier weit von sich.

Dann war auch dieser Abend zu Ende. Die eisernen Vorhänge rollten an den Fenstern herunter, das Licht erlosch.

„Friedel?"

„Hier, Robert.." Und ihre Arm huschte in den seinen. „Das ist eine wunderbare Sommernacht."

„Friedel, ich will dir zu Willen sein. Friedel, seitdem du dich aus dem Rauch und Dunst meines täglichen Lebens plötzlich so blendend weiß abhebst, bin ich erst das Erbärmliche dieses Schmutzfinkendaseins gewahr geworden. Friedel, ich spiel' nicht mehr mit und mechte die Schaubühne, wenn du mit mechtest und gerade so hartnäckig bei mir bleibst."

„Junge," sagte sie mit verhaltenem Atem und preßte seinen Arm, „Junge „ ich bleib' schon diese Nacht bei dir. Wir laufen in den Grunewald, wir laufen die Seen entlang, überall, wo ein reiner Atem weht, und morgen mit dem Frühesten —"

„Heim, heim," stammelte er und suchte ihre Hand und krampfte seine Finger in die ihren.

„Ich habe mir ja schon einmal dein Dreifarbenband erobert." — — —

Der alte Doktor Frühling sprach nicht viel. „Ich war zwanzig Jahre zur See und habe heimgefunden. Morgen nehme ich dich ins Krankenhaus und später mit hinaus zu den Besuchen. Ich bin jetzt siebzig Jahre, mein Sohn, da ist mir eine Unterstützung wertvoll und vonnöten. Heiraten mögt ihr in vier Wochen, wenn's euch eilt." — — —

Und so war nun Doktor Frühlings vierte Schwalbe noch nicht zum Nest gekehrt.

— — — — — —

Die goldrote Maria hatte schon von Kindheit an Vater und Schwestern an die Gegensätze ihres Wesens gewöhnt. Ihre Abhängigkeit von der Musik, der sie sich so gern und so willenlos überließ, war ihr zu einer Hemmung geworden, mit den hellen Augen der Frühlingsmädchen die Wirklichkeit zu erkennen. Sie bedurfte eines Führers, der sie zum Tag erweckte und so stark die Glocken des Lebens läutete, daß das verführerische Gegengetön ihrer Traumwelt unter den Volksklängen erstarb. Diesen Führer hatten in Kindheit und Mädchenzeit die ungesunden und übermütigen Schwestern gestellt, und die echte und rechte Frühlingsnatur war auch in der Jüngsten zum unmittelbaren Ausbruch gekommen, sobald das Lachen und jagende Treiben der Schwestern sie von dem Alp des Träumerhanges befreit und ihr die Augen staunendweit für die ebenso großen Wunder und Freuden der Daseinsstunde geöffnet hatten. Dann war sie kein Singen und Springen zu lang, kein Mädchenstreich zu lustig gewesen.

Auf der Musikhochschule zu Frankfurt aber war ihr der Führer und Erwecker nicht zur Seite. Ueberhastig wie eine Verdurstende nahm sie den Rausch der Tonsprache als Wahrheitslehren, Heß sie ihre unentweihten Sinne durch den schweren Blumenduft aus Traumland einschläfern und betäuben. So ganz verwischten sich in ihrem Innern die Grenzen zwischen der angebeteten Göttin Kunst und ihren oft weniger einwandfreien Tempeldienern, daß der alte Doktor Frühling eines Morgens durch eine Drahtung geweckt wurde, in der seine Jüngstgeborene den väterlichen Segen, die notwendigen Papiere und die Auszahlung ihres Vermögensanteils erbat, um sich mit ihrem Lehrer, dem großen Klavierkünstler Cesare Cerini, in einem romantischen Alpenorte Bayerns standesamtlich trauen lassen zu können.

Wohl hatte sich der menschenkundige Landarzt sofort auf den Weg gemacht, um persönlich den Dingen auf den Grund und dem über Nacht vom Himmel geregneten Schwiegersohn ins Auge zu schauen. Aber dem Wortschwall des Italieners und den Erregungen der Tochter war er nicht gewachsen, und da er zeitlebens die Ansicht vertreten hatte, man dürfe reisende Leute nicht aufhalten, um ihnen nicht nachträglich berechtigten oder unberechtigten Grund zur Beschwerde zu geben, so sagte er sich: Die schwarze Eva und das blonde Fränzchen haben mich auch nicht viel gefragt, und sind doch auf ihre eigene Art glücklich geworden. Also vertraue auch hier auf das gesunde Blut deiner Frühlingsmädchen, das sich zur rechten Zeit schon melden und behaupten wird.

Lange schon war keine Kunde mehr von dem Ehepaar Cerini in das Doktorschloß in der Eifel gekommen. Nichts mehr als ein Kartengruß zu den hohen Fest- und Familientagen, in den ersten Monaten mitunter zerschnitt von dem großen Meister Cerini, dann nur noch von der Tochter und Schwester allein. Cesare Cerini hatte eine Aussprache mit seiner jungen Frau gehabt, just an dem Tage, an dem der letzte Tausendmarkschein des väterlichen Mitgifts zwischen seinen Händen elig zerronnen war. Er stand hochaufgerichtet und doch in schmerzlicher Bewegung vor der goldroten Maria, die ihm ein halbes Jahr lang als Schaustück, Rechnungsbegleicherin und Trägerin seiner gereizten Launen gedient hatte, und klärte ihre Unwissenheit darüber auf, daß die Kunst ein ungeteiltes Leben und darum Opfer persönlicher Leidenschaften und Zuneigungen fordere, und daß er, als der stärkere Teil, sich entschlossen habe, diese Opfer der ach so unerbittlichen Göttin zu bringen. Ein Künstler im Elend sei ein gemeiner Lohnsklave, der die Kunst zur Dirne mache. Er aber gedächte die Welt mit den Geschenken der Himmlischen zu überschütten und dem wahren Glücke zuzuführen.

„Wir müssen uns trennen, goldene Maria, auf der Höhe unserer Liebe. Die Kasse ist leer, und ich folge einem ehrenvollen Rufe nach München. Sei stark, mein Kind, um der Kunst willen."

Da war es, als sprängen um die Brust Marias eiserne Zauberreifen. Da war es, als stürme das lange zurückgedämmte Blut der Frühlingsmädchen zum Herzen und zum Hirn, triebe Dunst und Nebelwogen hinaus, fülle es mit pulsendem, echtem, rotem Lebenssaft und gäbe den Augen ihre Helligkeit, der ganzen Natur ihre Ursprünglichkeit zurück. Da war es, daß Cesare Cerini, der stärkere Teil entsetzt hinter sich ins Leere griff, denn Maria, der dienende Engel, die goldrote Träuerin, Maria Cerini, hatte sich in einen Seisel gewortzen und lachte so ungestüm und unwiderstehlich zur Zimmerdecke, wie nur ein Frühlingsmädchen dies befreiende und alles hinwegfegende Lachen zuwege brachte.

Maria Cerini leitete unverzüglich die Scheidung ein. Sie spürte das Kraftbewußtsein in sich, wie es die Schwestern besaßen. Sie war aufgewacht und sah, rot vor Scham, eine Welt des Scheins hinter sich versinken. Bis die Scheidung zu ihren Gunsten ausgesprochen war, nahm sie den Kampf mit dem Dasein als schlechtbezahlte Klavierlehrerin auf. Am Tage, an dem sie frei war und straff und stolz in die Reihe der Schwestern zurückkehren konnte, fuhr sie heimwärts.

Sie kam als letzte, und der weißgewordene Doktor Frühling öffnete weit seine Arme.

„Bleib uns nur erhalten, Maria, bleib uns nur erhalten," wiederholte er, und es waren dieselben Worte, die er einst seinem Weibe zugerufen hatte, „bleib uns nur erhalten, und wir werden die Welt schon wieder neu auf die Beine stellen."

(Fortsetzung folgt.)

Die unter dem Protektorat der Gattin des Präsidenten der Republik, Frau Ebert, stehende sinnische Abteilung der internationalen Kinderhilfe hat in ebenso anerkennenswerter Weise eine umfassende Hilfsaktion für die bedrohte Jugend in Deutschland in die Wege geleitet.

Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit

Zur Streiklage

Düsseldorf, 18. Jan. Der Köln. Ztg. wird gemeldet: Im Gegensatz zum gestrigen Tage war es heute nachmittag und am abend wieder sehr unruhig im Düsseldorfer Bezirk. Zu den Streikzügen der kommunistischen Jugend treten jetzt auch die kommunistischen Frauen auf die Straßen. Heute nachmittag kam es in der Fingerstraße vor dem Volkshaus zu schweren Zusammenstößen zwischen kampfbereiten Frauen und Polizei. Diesen Zusammenstößen waren Angriffe auf Ladengeschäfte vorausgegangen. Mehrere Frauen wurden in dem Handgemenge von der Polizei verletzt. Auch in Oberbilk kam es heute wieder zu größeren Ausschreitungen. Überall sind jetzt die kommunistischen und syndikalistischen Frauen an der Spitze der Straßenkundgebungen.

Langenberg, 18. Jan. Arbeitslose und Ausständige aus Velbert riefen hier einen Zusammenstoß mit Gendarmen des Kreises Mettmann hervor. Die Beamten wurden mit Eisstücken und Steinen beworfen und mit Knütteln bedroht. In der Notwehr mußten sie von ihren Schußwaffen Gebrauch machen. Ein, Reihe Angreifer wurde verletzt.

*

Sicherung der Lichtversorgung.

Köln, 19. Jan. Wie die Kölnische Zeitung erfährt, requiriert im Interesse der Licht- und Kraftstromversorgung für das britische und französisch-belgische Gebiet die britische Besatzungsbehörde etwa 600 Arbeiter aus dem Braunkohlenrevier für die Lieferung von Braunkohlen und Arbeit im Goldenbergwerk. Die Requisitionsscheine wurden gestern den hiervon betroffenen Arbeitern zugestellt. Wie das Blatt weiter mitteilt, beabsichtigt die Belegschaft des Kraftwerkes „Fortuna", das Köln mit Licht und Kraft versorgte, am Montag in den Ausstand zu treten. Die britische Besatzungsbehörde sei entschlossen, dem Streik vorzubeugen, da er schwere Störungen des öffentlichen Lebens verursachen könnte, worauf die Belegschaft von der britischen Behörde aufmerksam gemacht wurde. Uebrigens sei besonders zu betonen, daß die britische Behörde sich nicht in die bestehenden Streitigkeiten über Lohn und Arbeitszeit der deutschen Arbeiter einmischen werde, sondern nur darauf bedacht sei, die lebenswichtigen Bedürfnisse der Allgemeinheit zu sichern und die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Gegen den Streik.

Köln, 18. Jan. Aus dem rheinischen Braunkohlenrevier wird der Köln. Volksztg. vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (Libar) geschrieben: „Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter hat ebenso, wie die übrigen Gewerkschaften keinen Streikbeschluß und keine Aufforderung zum Stillsetzen der Betriebe ergehen lassen. Alle vernünftigen Gewerkschaftler verurteilen mit uns das eigenmächtige und jeder gewerkschaftlichen Disziplin hohnsprechende Verhalten von nicht im Bergbau beschäftigten und zum Teil auswärtigen Erwerbslosen, sowie von Teilen der Belegschaften. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Braunkohlenbergarbeiter nur den Anweisungen der Gewerkschaften folgen und nicht ihre schwere Lage durch Unbesonnenheiten noch weiter verschlimmern."

Abschaffung der neuen Arbeitszeit im Transportgewerbe.

Köln, 19. Jan. Die Kölnische Zeitung meldet aus Trier: Eine Versammlung des Transport- und Verkehrsgewerbes hat in einer Entschließung die achtstündige Arbeitszeit abgelehnt.

Zum Seemannsstreik.

London, 19. Jan. In Anbetracht der Berichte, daß die deutschen Seeleute, die jetzt in England streikten, von den deutschen Konsuln dahin unterrichtet worden seien, sie würden bei ihrer Rückkehr nach Deutschland gerichtlich belangt, fand laut Daily Herald gestern eine Konferenz in London statt, auf der beschlossen wurde, den deutschen Botschafter dahin zu unterrichten, daß, wenn die deutschen Schiffsbesitzer zu einer derartigen Taktik übergingen, dies das Signal für die englischen Dock- und andere Arbeiter sein wird, sich zu weigern, irgendwelche deutschen Schiffe in den britischen Häfen zu laden oder zu entladen. Der Vorsitzende des nationalen Seemanns- und Heizerverbandes, Havelock Wilson, der die Konferenz leitete, erklärte ferner, jeder Versuch der deutschen Schiffsbesitzer, Streikbrecher einzuführen, werde das Signal für die Arbeitseinstellung sein. Daily Herald zufolge wird heute eine neue Vollkonferenz abgehalten.

Kleine Meldungen

Landtagsmitglied Hermann Thomas †.

Altona, 17. Jan. (Wolff.) Das Mitglied des preußischen Landtags, Hermann Thomas (Soz.) ist gestorben.

Eisenbahnunglück.

Dresden, 18. Jan. Heute morgen ist der Personenzug 337 bei der Einfahrt in den Bahnhof Dresden-Friedrichstadt mit einer Rangiergruppe unbesetzter Personenwagen zusammengestoßen, wobei die Lokomotive und ein Wagen beschädigt wurden. Von den Reisenden meldeten sich 18 als verletzt. Von dem Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal sind vier zu Schaden gekommen.

Newyork, 18. Jan. Das Luftschiff Shenandoah, das durch den Sturmwind von seiner Verankerung losgerissen und abgetrieben worden war, ist heute vormittag 3,20 Uhr in Lakehurst gelandet. An Bord ist alles wohl.

Zum Mordanschlag gegen v. Seeckt.

Zu der Meldung der Münchener Post, daß der steckbrieflich verfolgte zweite Teilnehmer an dem Komplott gegen General von Seeckt in Bayern verhaftet wurde, erfährt die Vossische Zeitung von unterrichteter Seite, daß in Augsburg ein Kaufmann auf telephonisches Ersuchen des Berliner Untersuchungsrichters tatsächlich neuerlich festgenommen wurde.

Störung einer Reichsgründungsfeierlichkeit.

Hamburg, 19. Jan. Nach einer Meldung der Hamburger Nachrichten aus Itzehoe ist dort gestern abend gegen den anläßlich der Reichsgründungsfeier veranstalteten Fackelzug eine Handgranate geworfen worden. Vierzehn Personen wurden verwundet, darunter zwei Frauen schwer. Außerdem wurden zwei Reichswehrsoldaten verletzt. Mehrere Personen sind verhaftet worden.

Zum Theaterbrand in Neustrelitz.

Die „B. Z." berichtet über die Untersuchung zum Theaterbrand in Neustrelitz, man dürfte dem Täter bereits auf der Spur sein. Bei einer Beratung der maßgeblichen Persönlichkeiten der auch die beiden Staatsminister beiwohnten, kam man einstimmig zu dem Entschluß, das Theater wieder aufzubauen. Die Mittel dazu sollen durch besondere Sammlungen aufgebracht werden.

Beraubung eines Postzuges.

Metz, 17. Jan. Der Postzug Luxemburg—Metz wurde von bewaffneten Banditen beraubt. Als der Zug in Metz einlief, fand man im Postwagen den diensttuenden Beamten in einer Blutlache mit schweren Schädelverletzungen bewußtlos vor. Die Postsäcke, in denen sich Versendungen befanden, waren von den Banditen beraubt worden. Man nimmt an, daß ihnen über 200 000 Franken in die Hände gefallen sind.

Jahresversammlung des Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands

Das Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands hielt unter dem Vorsitze seines Präsidenten, des Fürsten Aloys zu Löwenstein dieser Tage in Homburg v. d. H. seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende gedachte in ehrenden Worten der fünf Mitglieder, die im Berichtsjahre gestorben sind; es sind dies Graf Droste zu Vischering, früherer langjähriger Präsident des Zentralkomitees, Rektor Brück, der Gründer des Katholischen Lehrerverbandes in Deutschland, Landgerichtspräsident Gießler in Mannheim, Kaufmann Weismantel in Köln und Geh. Kommerzienrat P. P. Cahensly in Limburg. Der zweite Band der von Prof. Dr. Johannes Kißling in Braunsberg bearbeiteten Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands (Münster, Aschendorff) ist fertiggestellt und lag bei der Sitzung vor, Damit ist das Werk zum Abschluß gekommen, das die große Wichtigkeit der jährlichen Katholikenversammlungen nach allen Richtungen hin darstellt und beleuchtet. — Das Zentralkomitee beschloß, wie bereits kurz gemeldet, nach eingehender Beratung, die Katholiken der Stadt Hannover zu bitten, nachdem die vorjährige Generalversammlung in Köln verboten worden ist, im Jahre 1924 die große Katholikenversammlung vorzubereiten und in den letzten Tagen des August abzuhalten. Dieser Katholikentag würde nicht bloß für die katholische Bevölkerung in der Provinz Hannover Bedeutung haben, sondern auch für die benachbarten Kreise und überhaupt für das weite Gebiet der nordischen Missionen.

Kirchliches

Für die Seligsprechung Pius X.

Msgr. Miasella, apostolischer Nuntius in Chile, und der gesamte Episkopat der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben an den Heiligen Vater Bittschriften um Eröffnung des Seligsprechungsprozesses Pius X. gerichtet. Diejenige des amerikanischen Episkopates ist unterzeichnet von Kardinal O'Connel Erzbischof von Boston, und enthält folgende Sätze: Alle Bischöfe Amerikas haben die größte Verehrung nicht ferne sei, an welchem er zur Ehre der Altäre für Pius X. und hoffen sehnsüchtig, daß der Tag erhoben wird... Die Verehrung für Pius X. ist in den Vereinigten Staaten allgemein und überall verbreitet. Es gibt keinen Bischof oder Priester mehr, der seinen Namen nicht segnet ob den geistigen Früchten, die aus seinen Amtshandlungen und besonders aus seinen Verordnungen über die Kommunionen hervorgehen." — Unter den übrigen zahlreichen Bittgesuchen um Seligsprechung Pius X., die täglich im Vatikan einlaufen, verdient jenes des gesamten spanischen Episkopates besondere Erwähnung.

Schulwesen

Umgestaltung der Reifeprüfung.

Berlin, 19. Jan. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Berliner Tageblattes erklärte der preußische Kultusminister Völtz, daß die auf Grund von Gerüchten über Verschärfung der Bestimmungen für die Reifeprüfung bei den Eltern und Schülern hervorgerufene Beunruhigung vollkommen unbegründet sei. Die Reifeprüfung werde Ostern 1924 nicht anders gehandhabt werden als bisher. Im übrigen werde im Kultusministerium im Zusammenhang mit der bevorstehenden Schulreform eine durchgreifende Umgestaltung der Reifeprüfung bearbeitet und voraussichtlich demnächst abgeschlossen werden können. Der Minister erklärte weiter, daß er gegen die Abschaffung der Reifeprüfung sei, aber die Beseitigung der Fehlerquellen im Auge habe. Richtunggebend müsse bleiben, die Gesamtpersönlichkeit des Schülers in den Vordergrund zu stellen und seine gesamten früheren Leistungen mit zu werten, um so die Prüfung mehr zu einer Nachprüfung des schon völlig sicheren Urteils zu machen. Wenn etwa statt eines einzigen deutschen Aufsatzthemas den Schülern drei Themen zur Auswahl gegeben würden, so sei auch das ein kleiner Anfang der Rücksichtnahme auf die Persönlichkeit der Schüler. Einem hervorragend musikalisch veranlagten Schüler sei kürzlich gestattet worden, daß er eine Sonate von Beethoven spielte, und daß diese Leistung bei der Prüfung entsprechend mitgewertet wurde. Daß seit Ostern 1922 die verbindliche Prüfung im Turnen eingeführt worden ist, gehe in der gleichen Richtung. Man denke daran, daß größere Klassen- oder Hausarbeiten in der Prima teilweise als Ersatz für die Prüfungsarbeiten zugelassen werden. Zum Schluß betonte der Minister, daß die Wahlfreiheit auf der Oberstufe erhalten bleiben solle.

Ist die Zeitung zu teuer?

Im Frieden deckte der Bezugspreis der Zeitungen kaum die Preise für das verdruckte Zeitungspapier. Alle übrigen Auslagen für Löhne, Gehälter, Betriebs- und Verwaltungskosten, Unkosten des Nachrichtendienstes einschließlich Versand, konnten und mußten aus den Anzeigenerträgnissen gedeckt werden. Als Folge der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist, vor allem im besetzten Gebiet, der Anzeigenteil und demgemäß auch das finanzielle Erträgnis aus den Anzeigen derartig zurückgegangen, daß es kaum noch 25 Prozent des Friedensstandes erreicht. Auf der anderen Seite werden die Rohmaterialien ausnahmslos mit einem weit über den Friedensstand liegenden Grundpreis uns berechnet. Sollen die Zeitungen weiter erscheinen, dann müssen die Mindererträgnisse aus dem Inseratengeschäft und die Ueberpreise bei den Herstellungskosten im Bezugspreis ausgeglichen werden. Wenn in den letzten Wochen eine erhebliche Verbilligung der Bezugspreise eingetreten ist, die nur zum Teil in den tatsächlichen Verhältnissen ihre Begründung findet, so soll diese nicht nur ein Entgegenkommen für unsere derzeitigen Bezieher bedeuten, sondern auch eine Aufforderung zur Erneuerung des Abonnements an diejenigen früheren Bezieher sein, denen die Zeitung zu teuer geworden war. Der Abbau der Bezugspreise wird indeß nur von Dauer sein können, wenn durch Vermehrung der Auflage eine Verbilligung der Gesamtunkosten möglich ist. Je größer die Auflage, desto geringer der Anteil des Einzel-Exemplars an den Gesamtunkosten. Wer also für seine Zeitung wirbt, verbilligt sie sich. Sollte demnächst auch im Anzeigengeschäft wieder eine Verbesserung eintreten, dann auch wird es den Zeitungsverlagen möglich werden, die Bezugspreise noch mehr wie bisher abbauen zu können.

Verein Rheinischer Zeitungsverleger.

Von der Urteilsfreude.

Bildung, Geschmack zu besitzen, und infolgedessen ein treffendes Urteil zu haben, ist zweifellos etwas, worauf man stolz sein kann. Kein Wunder, wenn man diesen Besitz nicht gern vergräbt, sondern ihn auch zeigen will, wenn man sein Licht vor den Leuten leuchten läßt, statt es unter den Scheffel zu stellen! Gewiß, viele Menschen haben nur deshalb so schnell ein Urteil, eine Bemängelung, eine Kritik, einen Tadel zur Hand, weil jene Fähigkeiten ganz unwillkürlich zur Betätigung drängen. Man darf also bei urteilsfreudigen, kritikllustigen Menschen durchaus nicht immer eine unschöne und liebloje Freude am Verderben fremder Freude vermuten. Wenn jemand nun einmal einen ganz hervorragend ausgebildeten Farbensinn besitzt, so ist es schon erklärlich, daß er die Freundin unbedenklich darauf aufmerksam macht, daß auf der Zierdecke, die sie mit vieler Mühe gestickt hat, zwei Töne nicht zusammenpassen — oder daß sie sich in der Nuance ihres Hutbandes vergriffen hat. Das sind nur flüchtige Beispiele, die sich um viele aus anderen Gebieten menschlichen Lebens und Leistens vermehren ließen.

Ja gewiß, man hört sich gern reden, wenn man glaubt, daß man sich für kompetent halten darf! Wird aber auch die Wirkung bedacht, die man so leicht damit im Leben anrichtet? Von der leisen, wehmütigen Verstimmung oder Enttäuschung bis zur tiefen, schmerzlichen Kränkung oder — unter Umständen — auch zur ernsthaften, beruflichen Schädigung kann solch unbedachtes Urteil Unheil stiften. Wie würde manche an sich gutherzige jüngere oder ältere Dame beschämt und erschreckt sein, wenn sie ahnte, daß ihr unschuldiges Sichwichtigmachen derartige Folgen haben könnte.

Wem es als das schönere Ideal erscheint, eine herzenszarte Frau zu sein, als ein geschärftes Urteil zu besitzen, wird darum gut tun, mit Bemängelung und tadelnden Aussprüchen recht zurückhaltend zu sein. „Wo ich nicht loben kann, da schweige ich!" sagte Goethe. Ein wundervolles Wort der Vornehmheit! Wenn schon ein Mann vom denkbar höchsten und urteilsfähigsten Geiste sich so menschlich milde zu denken erlaubte, dann darf die Frau wohl noch etwas weitergehen. Dann darf sie sicher zu sich selber sagen: „Nicht mitzutadeln, mitzuloben bin ich da!" — und darf in Güte alles das an einem Menschen oder einer Leistung erkennen und hervorheben, was der Anerkennung würdig und des Hervorhebens wert ist. Das Gefühl, damit Freude in irgendein Menschenherz gegossen zu haben, ist doch wohl beglückender und höher als das, ein „treffendes Urteil" gefällt zu haben.

J.

Wetterregeln.

Man spricht wieder vom Wetter. Es ist noch gar nicht so lange her, da war der Dollar der Hauptgesprächsstoff und das Wetter war uns gleichgültig. Jetzt können wir erfreulicherweise den Dollar mit Gleichmut betrachten. Wir haben wieder mehr Zeit für das liebe alte Gesprächsthema, das Wetter, das uns mit seinen unerschöpflichen Schneefällen in der Tat manchen Unterhaltungsstoff bietet.

Das Wetter hat immer im Denken des Volkes einen sehr großen Raum eingenommen, das beweisen schon die vielen volkstümlichen Wetterregeln, in denen eine jahrhundertealte Weisheit des Volkes aufgesammelt ist. In der „Deutschen Rundschau" weist Gustav Hellmann nach, daß man die Mehrzahl der sogenannten Bauernregeln bis in das 16. Jahrhundert und noch weiter zurückverfolgen kann. So führt er aus dem Jahre 1510 einen Vers an, der uns mit seiner Weisheit sehr naiv anmutet:

„Wenn sich die kelit im winter lindet,
als bald man schnees empfindet.
Es seyen dann dundel wolken dabey
so sag, das es ain Regen sey."

Das Alter der Wetterregeln ist allerdings nicht immer ein Beweis für ihre absolute Zuverlässigkeit. Doch muß man auch hier mit seinem Urteil gerecht sein. Meist wird den Regeln von den Meteorologen jeder Wert abgesprochen. Der Verfasser ist aber der Meinung, daß die Mehrzahl den Bauernregeln insofern nicht ganz gerecht geworden ist, daß sie diese zu wörtlich genommen und daß sie sich nicht genug in den Geist der in ihnen enthaltenen Volksweisheit zu versetzen gewußt haben. Man muß sowohl die Zeitangaben als auch Inhalt der Regeln freier deuten. Diesen liegt sicherlich eine tausend- und abertausendmal wiederholte Beobachtung zugrunde, die aber sehr häufig falsch aufgefaßt und unrichtig gedeutet wurde, bisweilen aber doch genügend sicher erkennen läßt, um was es sich eigentlich handelt. Der gemeine Mann kann natürlich nicht, wie ein Naturforscher, genau beobachten, und er versteht auch nicht, das Beobachtete genau wiederzugeben.

Wenn z. B. in der Bauernregel „Grüne Weihnachten — weiße Ostern" die Zeitbestimmung so wörtlich aufgefaßt wird, daß das Wetter an diesen beiden Feiertagen einander gegenübergestellt wird, so widerspricht das dem Geist der Volksweisheit. Beides sind allgemein gehaltene Zeitangaben, und die Regel will nur besagen: wenn mitten im Winter kein richtiges Winterwetter herrscht, dann gibt es einen Nachwinter, und das trifft häufig zu.

Der Glaube an die sogenannten „Eisheiligen" (Mamerius, Pankratius, Servatius: 11. bis 13. Mai) ist aus der Beobachtung hervorgegangen, daß es im Mai häufig Kälterückfälle gibt. Zur zeitlichen Bestimmung des Eintretens solcher Temperaturrückschläge wurde in jenen frühen Zeiten, in denen es noch keine genaue Methode der Datierung gab, der nächstliegende passende Tag eines Heiligen im Kirchenkalender genommen. Deren gab es aber in den ersten Jahrhunderten der christlichen Kirche nur wenige, sodaß die Zeitbestimmung wieder nur eine Regel nicht schließen, daß gerade der 11., 12 und 13. Mai Frostgefahr bringen, sondern nur so viel, daß man sie im Laufe des Monats Mai erwarten kann.

Bei der an dem Siebenschläfertag (27. Juni) anknüpfenden Bauernregel liegt wahrscheinlich die Erfahrung zugrunde, daß Ende Juni in Deutschland die Hauptregenzeit anfängt, die sich gewöhnlich bis zum August hinzieht. Wörtlich aufgefaßt ist die Regel natürlich falsch, denn sieben Wochen hintereinander hat es noch nie geregnet. Wird sie aber so gedeutet, daß von Ende Juni ab längere Zeit hindurch häufig Regen zu erwarten steht, so trifft sie in vielen Jahren zu.

Bei solcher und ähnlicher Auffassung der volkstümlichen Wetterregeln wird man finden, daß sie in manchen doch ein guter Kern steckt. Andererseits muß aber auch zugegeben werden, daß sich viele solche Regeln selbst bei freiester Ausdeutung als unbrauchbar und ganz töricht erweisen. Am meisten Wert haben die nicht an einen bestimmten Tag geknüpften allgemeinen Wetterregeln, die gewöhnlich die sogenannten natürlichen Wetterzeichen am Himmel, in der Luft, in den Wolken verwerten, unsinnig dagegen sind diejenigen Regeln, die das Wetter eines einzelnen Tages (Lostages) oder eines Zeitabschnittes als maßgebend annehmen für denjenige eines späteren Zeitraumes. Das ist nichts als Wetteraberglaube, der aber, wie aller Aberglaube, in den Vorstellungen des Volkes außerordentlich fest wurzelt. In zwei Fällen ist es gelungen, das hohe Alter solchen Wetteraberglaubens zu erweisen. Einer davon ist besonders lehrreich.

In ganz Europa wird in Volkskreisen den sogenannten „Zwölften", d. h. zwölf Tagen und Nächten, die man ursprünglich mit dem Jahresanfang, später aber unter dem Einfluß der christlichen Kirche mit dem Weihnachtsfest beginnen ließ, eine große Vorbedeutung beigelegt. Die Witterung dieser zwölf Tage soll nämlich mit derjenigen der zwölf Monate des folgenden Jahres übereinstimmen. Dieser Wetteraberglaube, der den Hauptbestandteil der Bauernpraktik bildet, läßt sich durch die gedruckte Literatur bis ins 15. Jahrhundert verfolgen.

Das Gebet in der Schule.

Nach einer Meldung des Lokalanzeigers aus Dresden hat der sächsische Volksbildungsminister die viel besprochene Verordnung, durch welche das Gebet aus der Schule verbannt war, aufgehoben. Gleichfalls annulliert wurde die Verordnung, die den Schulkindern den Kirchenbesuch an kirchlichen Feiertagen, die nicht zugleich allgemeine Feiertage sind, unmöglich machte.

Diese Frage ist, wie aus Zuschriften an die verschiedenen Zeitungsvertage im Regierungsbezirk hervorgeht, von manchem Leser in zum Teil energischen Worten bejaht worden. Und dennoch ist diese Auffassung irrig.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 20. Jan. Infolge des plötzlichen Witterungsumschlages ist inzwischen überall Tauwetter eingetreten. Die großen Wassermassen bewirkten ein schnelles Steigen der Lahn und rissen auch hier in der Nacht von Samstag auf Sonntag die gewaltigen Eismassen mit sich fort. Auf dem Leinpfad türmten sich die Schollen zu hohen Bergen. — Der Fischfang mit Netzen ist lebhaft im Gange und an verschiedenen Stellen auch recht ergiebig.

Bad Ems, 20. Jan. (Winterhilfe.) In dieser Woche werden die Sammlerinnen der Winterhilfe bei unsern Mitbürgern anklopfen. Möchten sie nicht nur offene Türen, sondern auch offene Herzen finden. Es ist ein schweres Amt, das sich die Sammlerinnen auferlegt haben, denn Ueberfluß und Gebefreudigkeit werden ihnen in dieser Zeit der Not selten begegnen; um so mehr Klagelieder werden sie zu hören bekommen. Enttäuscht die Menschenfreunde nicht in ihrer edlen Absicht durch harte Worte und bringt diesem Werke der Nächstenliebe Verständnis entgegen. Bei ruhiger und vertraulicher Aussprache mit den Sammlerinnen wird nicht nur manche verborgene Not offenbar werden, sondern es werden sich auch Mittel zu deren Linderung ausfindig machen lassen. Die Not sollte nicht die Menschen trennen durch gegenseitige Verbitterung, Mißgunst und Teilnahmslosigkeit, sondern gerade aus der Not ist schon manche herzliche und treue Gemeinschaft herausgewachsen. Möchte die Winterhilfe auch hier überall Verständnis und eine freudige Aufnahme finden, zum Segen unserer Stadt.

Bad Ems, 21. Jan. Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützung erfolgt am Dienstag, den 22. d. Mts. auf der Stadtkasser (Zimmer 10).

Bad Ems, 21. Jan. Ihre silberne Hochzeit feiern am Dienstag, den 22. Januar, die Eheleute Christian Beisel und Frau Karoline geb. Jakobi, Marktstraße, die Eheleute Wagnermeister Wilhelm Zimmerschied und Frau Lina geb. Weyer, ferner die Eheleute Emil Schreiech und Frau geb. Epstein, Kirchgasse.

Bad Ems, 21. Jan. Die Gaspreise von Ems und benachbarten Städten werden uns wie folgt mitgeteilt: Ems bis Mitte Januar 36 Pfg., in der zweiten Monatshälfte 30 Pfg., Diez im Januar 38 Pfg., im Februar 30 Pfg., Limburg — Gaswerk hat Bahnanschluß — 35 bezw. 30 Pfg., Bad Homburg im Januar 40 Pfg., Oberlahnstein im Januar 40 Pfg. (Warum wohl in Berlin nur 19 Pfg.?)

Nassau, 20. Jan. Mit der Größe der Not hat sich auch die Zahl derer vermehrt, die an unserer täglichen Suppenspeisung teilnehmen. Zur Zeit werden über 80 Personen unentgeltlich in der Suppenküche gespeist.

Königstein, 20. Jan. (Königsteiner Männergesangverein.) Am 5., 6. und 7. Juli dieses Jahres begeht der Männergesangverein Königstein einen großen Gesangwettstreit anläßlich seines 25jährigen Bestehens. Vereine, welche sich daran beteiligen wollen, werden ersucht, ihre Anmeldungen an den 1. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Georg Kowald, Schneidermeister, Klosterstraße 10, Königstein im Taunus zu senden. Der Delegiertentag findet am 17. Februar 1924, nachmittags 1 Uhr im Hotel Prokasky statt.

*

Beginn der Schonzeit. Auf Grund des § 40 der Jagdverordnung vom 15. Juli 1907 wird für den Regierungsbezirk Wiesbaden der Beginn der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen auf den 18. Januar 1924 festgesetzt.

Börse und Handel

Berlin, 18. Jan. Börsenstimmungsbild. Für den heutigen Börsenverkehr lagen keine neuen Anregungen vor. Die freundliche Stimmung konnte sich aber gut behaupten. Die ersten amtlichen Notierungen zeigten auf allen Umsatzgebieten meist etwas erhöhte Kurse. Von Montanwerten sind Hoesch-Aktien mit einer Steigerung um 8 Billionen Prozent hervorzuheben. Deutsche Kaliaktien gewannen 5 Billionen Prozent. Im allgemeinen überstiegen die Aenderungen nur selten zwei Billionen Prozent. Deutsche Anleihen setzten zu den gestrigen erhöhten Nachbörsekursen ein und hielten sich auf diesem Stande.

Das Geschäft ließ in den ersten Börsenstunden jede Regsamkeit vermissen, da wegen des Ausbleibens von Kaufanträgen des Privatpublikums die Spekulation sich nicht zu Neuerwerbungen ermutigt fühlte. Späterhin fanden etwas vermehrte Umsätze in Montanwerten und Anilinpapieren zu aufwärts strebenden Kursen statt. Die Devisenkurse erfuhren zum Teil Abschwächungen. Der Privatdiskont für Reichsmark blieb unverändert.

Berlin, 18. Jan. Am Produktenmarkt ist die Geschäftstätigkeit weiter zurückgegangen. Die Mühlen zögern wegen des unbefriedigenden Mehlabsatzes die gestrigen Preise anzulegen und auf Roggen drückt allseitiges Angebot aus der Provinz. Von Gerste sind nur gute Qualitäten leicht verkäuflich, Hafer leidet unter dem Stocken des Absatzes nach dem Westen. Für Hülsenfrüchte hat sich das Angebot vermehrt. Futterartikel waren lustlos.

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Wochenübersicht

Die allgemeine Wirtschaftslage bietet immer noch ein recht unerfreuliches Bild. So hält der Kursrückgang an der Börse weiter an und nach allen vorhandenen Anzeichen zu urteilen, wird darin in der nächsten Zeit wohl auch keine Aenderung eintreten. Es enthüllt sich eben mehr und mehr, daß die deutsche Wirtschaft und insbesondere die deutsche Industrie nach einer trügerischen Scheinblüte tatsächlich eine Krisis durchmachen, wie sie ihr in dieser Härte wohl noch nicht beschieden war. Die Geschäftsberichte und die Generalversammlungen der Gesellschaften ergeben fast durchweg dasselbe trübe Bild. Fast nirgends lohnt es, den im verflossenen Geschäftsjahr erzielten Gewinn nach der Umstellung auf die feste Währung in Goldmark auszuzahlen. Das trifft auch auf die A. E. G. zu: die das Geschäftsjahr mit einem Ueberschuß von 109 Billionen abschließt, und die es selbstverständlich vorzieht, diese 109 Goldmark dem Reservefonds zuzuschreiben. Sie verzichtet über haupt darauf, eine Dividende zu verteilen. Von diesem fast allgemein gewordenen Brauch gibt es nur ein paar Ausnahmen. Eine sächsische Gesellschaft hat kürzlich auf die Aktie von 1000 Mark einen Dividendenbetrag von 10 Goldmark verteilt. Sie schreitet damit an der Spitze und läßt die gesamte Industriekonkurrenz weit hinter sich. Bedarf es noch eines Beweises für die Verarmung der deutschen Wirtschaft, so ist er damit wirklich erbracht.

Man weist freilich darauf hin, daß die Aufstellung der Bilanz in Goldmark, die seit dem 1. Januar vorgeschrieben ist, auf dem Papier ein ganz günstiges Bild ergibt. Das ist gewiß richtig. Es gibt kaum eine Gesellschaft, die es nicht fertig gebracht hätte, ihren gesamten Besitz an Grundstücken und Maschinen bis auf eine Mark abzuschreiben. Wer es in dem verflossenen Jahre versäumt hat, Obligationsschulden abzustoßen, der würde sicher nicht zu den gewiegten Geschäftsleuten gezählt werden. Die Industrie hat in dieser Beziehung die Papiermarkentwertung zu ihren Gunsten restlos ausnutzen können. Aber was hilft der schuldenfreie Besitz, wenn er keinen Gewinn abwirft? Die Gebäude und Maschinen sind genau ebenso, wie die aufgegebenen Schienenwege der Berliner Straßenbahn, wertloses Altmaterial, solange sie nicht im Betriebe gehalten werden können und solange nicht der Schornstein vom Verdienst raucht. Und in diesem Zustande befindet sich die deutsche Industrie zum größten Teile auch jetzt noch. Sie wird sich auch noch eine Weile diesen Zustand gefallen lassen müssen. Ihre Rolle als Unterbieter auf dem Weltmarkt ist längst ausgespielt und sie wird erst dann wieder mit der Ausfuhr auf einen grünen Zweig kommen, wenn sich in Deutschland die Produktionskosten zum mindesten denjenigen der anderen Länder angeglichen haben. Wie sehr die Rollen in dieser Beziehung vertauscht sind, beweist der Umstand, daß Frankreich uns mit billigem Mehl überfluten kann und daß die deutsche Landwirtschaft nach dem Schutzzoll ruft. Wir werden über diese Krise hinwegkommen, denn sie ist, wenn sie sich naturgemäß weiterentwickeln kann, eine Gesundungskrise. Aber vorläufig stecken wir noch mitten darin.

An Lichtblicken fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung hat sich in verschiedenen Industriezweigen wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innenmarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation vom deutschen Wirtschaftskörper verschwunden sind. Es ist deshalb wohl kein Zufall, daß gerade diejenigen Zweige, die für den Innenmarkt produzieren, wie z. B. die Zigarrenindustrie, die Leder- und die Schuh-Industrie und andere eine Belebung des Absatzes verspüren. Sie können das auch wohl vertragen, denn gerade sie haben recht schwere Zeiten hinter sich. Der andere Lichtblick ist der erstmalige Ueberschuß, der nach langen, langen Jahren wieder einmal im Reichsetat erzielt worden ist. In den ersten zehn Tagen des Januar haben die Einnahmen der Reichshauptkasse die Ausgaben um 36 Goldmillionen überschritten. Freilich nur eine Schwalbe, und eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer. Besonders günstige Umstände haben mitgewirkt. Die Steuereinnahmen flossen gerade in dieser Dekade reichlich und die Beamtenbesoldung konnte man noch aus Krediten bestreiten. Die zweite Januar-Dekade wird vermutlich wieder ein etwas anderes Gesicht zeigen. Aber trotzdem ist der eine Lichtblick doch vielleicht der Schimmer einer besseren Zukunft. Freilich wird die Regierung unter allen Umständen Leistungen aus dem Friedensvertrag zurückweisen müssen, solange unsere Finanzbasis nicht ganz fest ist. Es ist deshalb erfreulich, daß sie erklärt, die Bezahlung der Besatzungskosten komme erst nach den eigenen Bedürfnissen des Landes, und daß sie abgelehnt hat, die Reparationsabgaben, die England von der deutschen Einfuhr in Höhe von 26 Prozent erhebt, aus ihrer Tasche zurückzuerstatten. Es wird gegenwärtig über eine spätere Zurückerstattung verhandelt, damit die deutsche Ausfuhr nach England nicht ganz brach liegt. Die Hauptsache aber ist, daß der deutsche Etat gegenwärtig nicht mit Posten belastet wird, deren Deckung zur Zeit unmöglich ist.

Erhöhung des Metallgeldumlaufs.

Berlin, 18. Jan. Die Summe für Rentenpfennige war ursprünglich auf eine Mark für den Kopf der Bevölkerung, also auf 60 Millionen Rentenmark, festgesetzt. Da der Bedarf des Verkehrs nach kleinen Zahlungsmitteln groß ist, hat man sich laut Deutschem Handelsdienst entschlossen, das Metallgeld auf 2½ Mark für den Kopf der Bevölkerung, also auf 150 Millionen Rentenmark, zu erhöhen. Dies würde ungefähr den Zahlen des vor dem Kriege umlaufenden Metallgeldes entsprechen. Der Kredit der Rentenmark wird hierdurch neuerlich nicht belastet. Die technischen Schwierigkeiten, die sich anfangs bei den neuen Metallegierungen der Rentenpfennige ergeben hatten, sind nunmehr beseitigt. Die sämtlichen staatlichen Münzstätten arbeiten mit Hochbetrieb. Es ist demnach bereits in den nächsten Tagen damit zu rechnen, daß eine größere Anzahl von kleinen Münzen in den Verkehr kommt.

Darf der Landwirt zurückbehalten?

Vor dem Leipziger Gericht verteidigte sich wegen strafbarer Getreidezurückhaltung der angeklagte Gutsbesitzer Gottlober, in dessen Scheune bei der Durchsuchung größerer Erntevorräte aus den Jahren 1921—23 beschlagnahmt worden waren, damit, daß er sein Getreide nicht in wertbeständige Zahlungsmittel hätte umwandeln können. Deshalb sei er genötigt gewesen, sich eine Getreidereserve zu behalten, um künstlichen Dünger anzukaufen und eine Sicherheit zu haben, falls Brandschäden entstünden. Die geladenen Sachverständigen stimmten ihm zu. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht, indem er behauptete, daß die Landwirtschaft von einem brutalen Egoismus beherrscht sei. Er beantragte schließlich sechs Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 1000 Goldmark, ferner Einziehung des Getreides. Die Rechtsanwälte betonten, daß der Landwirt ein Recht darauf habe, sich gegen unvorhergesehene Zwischenfälle zu sichern und sich das Kapital für die Aufrechterhaltung seines Betriebes zurückzulegen. Er habe dies damals nur tun können durch Stellung von Reserven in Getreide.. Das Gericht erkannte auf Kosten der Staatskasse auf Freisprechung. Das beschlagnahmte Getreide wurde freigegeben.

Nur das Notgeld des preußischen Staates und der Reichsbahn besteht fort.

Laut „Berl. Tageblatt" ruft das Reichsfinanzministerium im Einvernehmen mit den Landesbehörden, das wertbeständige, auf Goldmark lautende Notgeld, dessen Aussteller in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein, in den unbesetzten Teilen der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen, in den Ländern Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Thüringen, Anhalt, Bremen und Lippe ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 25. Januar auf. Die Einlösungsfrist läuft bis zum 24. Februar d. Js. Ausgenommen bleibt das Notgeld des preußischen Staates und das Notgeld der deutschen Reichsbahn.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Berlin, 17. Jan. ((Wolff.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein wenig gebessert. Besonders in München Berlin, Hamburg und Lübeck ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen etwas gesunken. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich verringert

Frankreichs Handel mit Deutschland.

Nach den Außenhandelsziffern für die ersten elf Monate 1923 hat die französische Einfuhr aus Deutschland in dieser Zeit 875,4 gegen 1160 Mill. Franken im Vorjahre betragen. Die Ausfuhr nach Deutschland ist im gleichen Zeitraum von 1809,7 in 1922 auf 940,3 in 1923 zurückgegangen. Eine sehr beträchtliche Zunahme weist die französische Ausfuhr nach dem Saargebiet auf. Sie hat sich mit 82 Millionen nahezu verdreifacht. Die Einfuhr aus dem Saargebiet ist dagegen nur von 584 auf 640 Millionen gestiegen.

Arbeitszeit und Besoldung im Bankgewerbe.

Berlin, 15. Jan. Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag des Reichsverbandes der Bankleitungen den für das deutsche Bankgewerbe ergangenen Schiedsspruch für verbindlich erklärt, durch den der bisherige Manteltarifvertrag unter Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 54 Stunden bis Ende Februar verlängert worden ist. Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs erfahren die Gehaltssätze der Angestellten im Bankgewerbe, die seit Wochen einseitig von den Arbeitgebern festgesetzt wurden, wieder eine tarifliche Regelung.

Berechnung der gesetzlichen Miete.

Berlin, 17. Jan. Auf Grund des Reichsmietengesetzes hat der Minister für Volkswohlfahrt dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge für alle Gemeinden, für welche eine andere Regelung nicht getroffen ist, über die Berechnung der gesetzlichen Miete mit Wirkung vom 1. Februar folgendes angeordnet: Zu der Papiermarkgrundmiete treten folgende Zuschläge: 1. für Verwaltungskosten, Zinssteigerung und Steigerung der Kosten für die Erneuerung der Grundstücksbelastung 5 Prozent; 2. für Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten einschließlich Schönheitsreparaturen 10 Prozent; 3. für Betriebskosten 15 Prozent, bei Festsetzung eines Sonderzuschlags für große Instandsetzungsarbeiten darf das Mieteinigungsamt 3 Prozent nicht überschreiten. Als Schönheitsreparaturen gelten: Tapezieren, Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, Streichen der Fußböden und Fenster, Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mietsräumen. Werden Schönheitsreparaturen vom Mieter ausgeführt, so ermäßigt sich der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten auf 6 Prozent.

Wiesbadener Viehmarkt

vom 17. Januar. Aufgetrieben waren 11 Ochsen, 9 Bullen, 32 Kühe und Färsen, 129 Kälber, 27 Schafe, 146 Schweine; außerdem geschlachtet eingeführt: 72 Schweine aus Holland. Marktverlauf: Bei mittelmäßigem Geschäft in allen Viehgattungen Markt langsam geräumt. An Preisen wurden (1 Pfd. Lebendgewicht) in Goldmark notiert: Ochsen 33—45 Pfg., Bullen 30—38 Pfg., Färsen und Kühe 15—45 Pfg., Kälber 30—50 Pfg., Schafe 22—40 Pfg., Schweine 63—72 Pfg., unreine Sauen und geschnittene Eber 53—55 Pfg.

Verlag von J. Neumann in Neudamm.

Die reichhaltigste und verbreitetste Jagdzeitung ist unstreitig unsere

Deutsche Jäger-Zeitung

Organ für Jagd, Schiesswesen, Fischerei, Zucht und Dressur von Jagdhunden.

Herausgegeben und redigiert unter Mitwirkung hervorragender Weidmänner, Hundekenner u. Naturforscher

Einzige Jagdzeitung, die 2mal wöchentlich erscheint, also 104mal im Jahre!

Jede Nummer ist reich illustriert und bringt Abhandlungen sowie kürzere Mitteilungen aus allen Zweigen des Jagdwesens des In- und Auslandes. Die Deutsche Jäger-Zeitung ist unentbehrlich für jeden, der jagdliche Belehrung und Unterhaltung in recht weidgerechter Form sucht.

Wegen der Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit ihres Inhalts ist sie auch für den weiten Verbreitungskreis unserer Jagdzeitung. Daraus erklärt sich die allgemein anerkannte hervorragende Wirkung der in ihr erscheinenden Anzeigen.

Probenummern
auf Wunsch umsonst und postfrei.

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Zu verkaufen

4 schwere Lastwagen 100 Ctr. Tragkraft
1 zweispänniger u. 1 einspänn. Militärwagen.
1 kupf. Waschmaschine mit Wassermotor. Patent: Mongen, Köln-Mülheim.
1 Grammophon m. 10 Pfg. Einwurf
1 Büfett mit Bieraufsatz
1 Feldbahn-Weiche 50 cm. Spur
1 Mikroskop
1 Gasmesser für Laboratorium
1 chem. Laboratorium
1 junger Jagdhund
1 fette Kuh

Zu kaufen gesucht

2 tragende Rinder oder Milchkuh

Dravo, Elisenhöhe, Bad Ems, Telefon 255.

Beinkranke!

mit Krampfadernleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias behandelt rasch und naturgemäss

Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 123 I. Etg.
Eingang: Roonstraße.

Sprechstunden:
Jeden Mittwoch von 4—10 Uhr.

Raiffeisenverein

Bad Ems.

Wir suchen bis 1. Februar einen Rechnor. Meldungen bei Herrn Vors. Gottfr. Diel, Marktstraße 45. Auch wird ein größerer Lagerraum zu mieten gesucht.

10 bis 15 Zentner

Heu

zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle Diez

Unterricht

in deutscher, englischer und französischer Sprache wird von Lehrerin erteilt.
Näheres
Villa Sommer Bad Ems.

Junge Dame

aus gutsituierter Familie, wünscht, da es ihr an passender Herren-Bekanntschaft fehlt, mit solidem Herren, in sicherer Lebensstellung bekannt zu werden. Bewerber mit nur ernsten Absichten wollen ihre Offerte mit Bild unter **H. E. 128** an den Verlag dieser Zeitung einsenden.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir Allen, besonders den Beamten, Angestellten und Arbeitern, sowie den Trägern unseren herzlichsten Dank.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Anton Dorweiler.

BAD EMS, den 21. Januar 1924.

Mutterberatung Bad Ems.

Dienstag nachmittag von 2—4 Uhr in der Steinschule: Sprechstunde der Fürsorgeschwester und Mutterberatung.

Keine Läuse und Wanzen mehr (s. Brat) auch b. Tieren in 5 Min. d. d. millionenf. bew. **„Kampolda"**
Vorrät. **Oranien-Drog. A. Zimmermann**, Diez a. L.

Ueber 120 Lehrlinge

sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das Städtische Waisenhaus in Köln, Sülzgürtel 47, Post Klettenberg.

Kahlbaum Edelliköre

sind an Qualität unerreicht!

Vertretung für den Kreis Unterlahn und Limburg:

Rudolf Eisteller, Bad Ems.

Fernruf 25.

Abonnementspreis für die laufende Woche 699 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: [illegible] Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Einser Multiplikatur vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Heilsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 18 | Bad Ems, Dienstag den 22. Januar 1924 | 2. Jahrgang

Verhandlungen im Sachverständigenausschuß. Dr. Schacht in Paris

Wochenschau

In Paris ist gestern der Reichsbankpräsident Dr. Schacht vor dem ersten Ausschuß der internationalen Sachverständigen über Deutschlands Finanzlage und Währungspolitik gehört worden. Auch der zweite Untersuchungsausschuß, der sich bekanntlich mit der deutschen Kapitalflucht beschäftigt, wird Dr. Schacht zu seinen Beratungen hinzuziehen. Die Reise des Reichsbankpräsidenten nach Paris ist ein Beweis dafür, daß die Sachverständigen wirklich Wert darauf legen, sich eine eigene und unabhängige Meinung zu bilden. Auf der anderen Seite zwingt allerdings diese Reise den Reichsbankpräsidenten dazu, die Vorarbeiten für die Gründung der deutschen Goldnotenbank wenigstens für eine Weile zu unterbrechen. Diese Vorarbeiten sind schon sehr wesentlich gefördert, sodaß man mit einer ziemlichen Bestimmtheit mit dem Zustandekommen dieser wichtigen Gründung rechnen kann. Dr. Schacht, der mit der festen Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Gründung sein Amt angetreten hat, ist in der letzten Zeit überaus tätig gewesen, um den Plan sobald wie irgendmöglich, zu verwirklichen. Die Dinge verlangen die denkbar größte Beschleunigung, da von dem Zustandekommen einer deutschen Goldnotenbank mit ausländischer Kapitalbeteiligung die Sicherung unserer Währung letzten Endes abhängt. Insofern bedeutet also die Abwesenheit Dr. Schachts von Berlin eine unliebsame Verzögerung. Aber die Vertretung Deutschlands im Sachverständigenausschuß ist natürlich auch von außerordentlich großer Wichtigkeit und bei der Energie Dr. Schachts kann man davon überzeugt sein, daß er die verlorene Zeit nach Kräften wieder einholt.

Die Tätigkeit der Sachverständigenkommission in Paris kann der Ausgangspunkt einer erfolgversprechenden Entwicklung sein. Allerdings muß man das „Kann" sehr stark betonen, da wir noch weit davon entfernt sind, mit einem sicheren Fortschritt auf dem dornenvollen Wege der Reparationsverhandlungen rechnen zu können. Die internationalen Sachverständigen werden zweifellos ihr Urteil genau so unabhängig bilden, wie es der englische Generalkonsul Clive in der Pfalz getan hat. Aber es hängt schließlich alles davon ab, ob der französische Ministerpräsident geneigt sein wird, auf das Urteil und die Ratschläge der Sachverständigen zu hören.

Die Frage, ob der Kabinettswechsel in England den Kurs der französischen Politik nennenswert beeinflussen wird; ist noch eine offene Frage und wird es bleiben, solange man nicht praktisch die Entwicklung erlebt. Wir werden darauf nicht lange zu warten haben, denn der Sturz des Kabinetts Baldwin wird heute erfolgen und die Bildung eines Kabinetts Macdonald mit ebenso großer Sicherheit darauf folgen. Die Wirkung dieses für Englands Innenpolitik hochbedeutsamen Ereignisses wird sich in außenpolitischer Beziehung erst noch zeigen müssen. Vor Ueberschätzungen ist jedenfalls zu warnen.

Politische Nachrichten

Deutschland

Dr. Marx zur inneren und äußeren Stellung des Reichs.

Sonntag vormittag begann im Reichstag die Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei, Reichskanzler Dr. Marx begrüßte die zahlreichen, aus dem ganzen Reiche erschienenen Vertreter und besprach dann die Stellungnahme der Reichsregierung zur inneren und äußeren Politik Der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Hoesle gab einen Ueberblick über die Lage an Rhein und Ruhr und in der Pfalz, besonders eingehend behandelte er die Frage des Separatismus, der Rheinischen Goldnotenbank usw. und kam zu dem Schlußergebnis, daß Deutschland versuchen müsse, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen, um einen Modus vivendi zu erlangen, und daß Deutschland sich davor hüten müsse, zu große Hoffnungen auf England und die dort zur Regierung gelangende Arbeiterpartei zu setzen. Diese Ausführungen fanden bei der Diskussion lebhafte Zustimmung, die in einer Resolution über die Außenpolitik zum Ausdruck kam. Am Montag wird der badische Zentrumsführer Prälat D. Schofer, ein Referat über die kommenden Aufgaben des Zentrums, besonders mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen erstatten; außerdem ist ein zweites ergänzendes Referat des Generalsekretärs der westfälischen Zentrumspartei, Brandt, vorgesehen.

Der Personalabbau.

Berlin, 19. Jan. Im ständigen Ausschuß des preußischen Landtages, der sich am gestrigen Freitag mit der Personalabbauverordnung beschäftigte, bezeichnete der Finanzminister die Einsetzung eines vom Unterausschusse beschlossenen Ueberwachungsausschusses des Landtages durch die Notverordnung als im Widerspruch mit der parlamentarischen Regierungsform stehend. Der Minister wandte sich besonders gegen die provinzialen Schiedsgerichte, die lediglich die Durchführung der geplanten Maßnahmen erschweren und die finanziellen Erfolge herabdrücken würden. Die Staatsregierung sei durchaus bereit, sich der Kontrolle über etwa mißbräuchliche Anwendung der Maßnahmen zu unterwerfen, die Beschlüsse des Unterausschusses seien aber für die Regierung unannehmbar. Die Ausführungsbestimmungen könnten erst nach Erlaß dem Ausschuß vorgelegt werden. Nach eingehender Aussprache, in der die Vertreter der Koalitionsparteien ihre Verständlichkeit erklärten, den Bedenken der Regierung durch Einschränkung der Unterausschußbeschlüsse Rechnung zu tragen, während die Deutschnationalen dies als einen glatten Umfall der Koalition bezeichneten, wurden die Verhandlungen gegen sieben Uhr abends auf Wunsch des Finanzministers unterbrochen, um Innerhalb der Koalition nach einer Lösung zu suchen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde ein Koalitionsantrag angenommen, wonach der Beamte, wenn er in den Ruhestand versetzt oder entlassen wird, Einspruch erheben, kann, der aber keine aufschiebende Wirkung hat und nur vom Staatsministerium zu überzeugen werden kann. Vor einer etwaigen Ablehnung ist ein dreigliedriger Ausschuß zu hören, gegen dessen Feststellungen die Regierung nur mit Dreiviertelmehrheit entscheiden kann. Der Vorsitzende des Vertrauensausschusses soll ein vom Staatsministerium ernannter richterlicher Beamter sein. Die Beisitzer ernennt der Oberpräsident. Die Deutschnationalen erklärten, daß dieser Koalitionsantrag für sie unannehmbar sei. Im übrigen wurden die Anträge des Unterausschusses im großen und ganzen angenommen.

Die Beamtengehälter.

Wie der Landesverband Rheinland des Deutschen Beamtenbundes mitteilt, sind alle umlaufenden Gerüchte über eine zum 1. Februar beabsichtigte Aenderung der Besoldungssätze usw. für die Beamten nach einer soeben eingeholten Mitteilung aus Berlin unbegründet.

Neue Streitigkeit zwischen dem Militärbefehlshaber und der Regierung in Thüringen.

Nach einem Telegramm der „Montagspost" aus Weimar ist die Bestätigung des Meininger Intendanten Dr. Ulbrich, als Generalintendant des Weimarer Deutschen Nationaltheaters vorläufig ausgesetzt worden, da der Militärbefehlshaber in Weimar, General Hasse, Einspruch erhoben hat. Obwohl die Wahl des Meininger Intendanten vom Gesamtministerium ausgeht, vertritt General Hasse den Standpunkt, daß ein Beschluß von solcher Tragweite wie der vorliegende, der nach Neuwahl des Thüringer Landtages zusammentretenden neuen Regierung vorbehalten bleiben müsse, die besonders in diesem Falle zugleich über die Zukunft der Thüringer Landestheater zugunsten einer Planwirtschaft entscheiden würde. Von Weimar und Jena aus sind bereits Schritte in Berlin gegen diese Eingriffe des Militärbefehlshabers getan worden.

Dawes für sofortige Aufnahme der Arbeiten

Paris, 20. Jan. Ueber die gestrigen offiziösen Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Sachverständigenkomitees will die Chicago Tribune erfahren haben, daß die Sachverständigen als Grundlage ihrer Beratung die sogenannten technischen Studien der Belgier benutzen, die bekanntlich seinerzeit einem Unterausschuß der Reparationskommission zugewiesen wurden. Es habe sich nun herausgestellt, daß angesichts der völligen Veränderung der Währungsverhältnisse in Deutschland die belgischen Vorschläge eine umfassende Revision bedürfen. Die Sachverständigen hätten die Einnahmen aus den deutschen Eisenbahnen, gewissen elektrischen Werken, aus der Tabak- und Alkoholsteuer und aller Quellen zu schätzen versucht, die für die Begleichung der Reparationen Verwendung finden könnten. General Dawes sei, wie verlautet, für die Fortsetzung der Arbeiten in Berlin in einem möglichst nahen Zeitpunkt. Das würde die Revision der belgischen Pläne fördern. Das Sachverständigenkomitee soll nach dem Blatte weiter der Auffassung sein, daß eine Auslandsanleihe und zwar in Höhe von einer Milliarde Goldmark genügen werde, die deutsche Währung endgültig zu stabilisieren. Nach Ansicht der amerikanischen Sachverständigen schreiten, wie die Chicago Tribune zu wissen behauptet, die Arbeiten zu langsam fort. Dem Newyork Herald zufolge wird vielfach erwartet, daß die Besprechungen mit Dr. Schacht zu der Frage führen werden, wieweit das Sachverständigenkomitee in der Aufstellung seines künftigen Arbeitsprogramms gehen könnte. Poincare habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die französischen Sachverständigen gewisse Instruktionen erteilt habe. Im Gegensatz zu den Amerikanern seien also die französischen Sachverständigen nicht unabhängig von ihrer Regierung, deren erste Forderung darin bestehe, daß der größere Teil jeder internationalen Anleihe zur Stabilisierung der deutschen Währung für die Reparationszahlungen und nicht für die drabsichtigte neue deutsche Notenbank Verwendung finden müsse und deren zweite Forderung sei, daß die von den Franzosen und Belgiern zurzeit ausgeübte Kontrolle der Ruhrindustrie als vollendete Tatsache hingenommen werden müsse, wobei nur die militärische Besetzung sobald wie möglich eingeschränkt werden solle.

Eröffnung des 2. Sachverständigenausschusses.

Paris, 21. Jan. Heute vormittag 11 Uhr wird der 2. Sachverständigenausschuß, der die Ausspürung der deutschen Guthaben im Auslande zum Ziele hat, im Hotel Astoria sich zu einer feierlichen Eröffnungssitzung versammeln.

Dr. Schacht in Paris

Paris, 20. Jan. Reichsbankdirektor Dr. Schacht ist gestern vormittag in Paris eingetroffen und hat in den Räumen der Deutschen Kriegslastenkommission Quartier genommen. Im Laufe des Tages ist bereits eine erste Fühlungsnahme zwischen Dr. Schacht und einigen — besonders englischen und amerikanischen — Mitgliedern des Sachverständigenausschusses erfolgt. Die Unterredungen, denen auch Dr. Mayer von der Kriegslastenkommission beiwohnte, hatten jedoch rein privaten Charakter. Die offizielle Einführung Dr. Schachts findet am Montag gelegentlich der Vollsitzung des Sachverständigenausschusses statt, die um 3 Uhr nachmittags anberaumt ist. Der Pariser Aufenthalt Dr. Schachts dürfte sich kaum über Mittwoch hinaus erstrecken.

Stresemann vor der ausländischen Presse

Berlin, 19. Jan. Heute abend fand in der Preseabteilung der Reichsregierung auf Einladung des Pressechefs ein Empfang der ausländischen Presse statt. Die in Berlin tätigen Vertreter der ausländischen Presse waren der Einladung fast vollzählig gefolgt. Außerdem waren der Reichskanzler mit den Mitgliedern des Kabinetts und eine große Anzahl von hohen Reichsbeamten erschienen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Ministerialdirektors Spiecker nahm der Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann das Wort und führte u. a. aus: Die ganze politische Welt blicke mit größtem Interesse auf die Arbeit dieses Komitees, die berufen seien, die Lösung der seit Kriegsende schwer auf Europa lastenden Reparationsfrage zu finden. Für Deutschland sei es von entscheidender Bedeutung, ob den Komitees diese Lösung gelinge. Es verstehe sich von selbst, daß die deutsche Regierung auch ihrerseits alles tun werde, um den Komitees ihre Tätigkeit zu erleichtern. Sie werde es besonders begrüßen, wenn die Mitglieder persönlich nach Berlin kämen, um sich an Ort und Stelle ein Urteil über die Lage Deutschlands und über die Ursache seiner Not zu bilden. Wir hoffen, fuhr der Minister fort, daß es dann ohne Verzögerung gelingen wird, die Vorschläge des Komitees in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe, die den Regierungen obliegt, könnte wirksam gefördert werden durch das Ergebnis des Meinungsaustausches mit Paris und Brüssel. Ueber sein bisheriges Ergebnis läßt sich im Augenblick wenig sagen, da es sich noch im ersten Stadium befindet und wir übereingekommen sind, den Wortlaut der zuletzt ausgetauschten Memoranden nicht zu veröffentlichen. Ich verrate aber wohl kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die französische und belgische Antwort auf die von uns angeschnittenen technischen Fragen uns manche Enttäuschung bereitet haben. Gleichwohl halten wir an der Hoffnung fest, daß die Fortsetzung der im Gange befindlichen Diskussion doch noch zu einem Ergebnis führen kann.

Bayern

Volksbegehren der Bayr. Volkspartei.

München, 20. Jan. In dem von der Bayerischen Volkspartei dem Ministerium des Innern überwiesenen Volksbegehren wird verlangt:

1. sofortige Auflösung des Landtages,
2. daß in dem ersten Halbjahr 1924 der neu zu wählende Landtag ermächtigt sein soll, das Gesetz zur Umgestaltung der bayerischen Verfassung mit einfacher Stimmenmehrheit zu beschließen.

England

London, 20. Jan. Wie Times berichten, ist die Anordnung für die entscheidende Debatte am Montag jetzt festgestellt. Die Debatte wird von Sir John Simon eröffnet. Vermutlich wird Lloyd George anschließend daran sprechen. Auch Baldwin wird das Wort ergreifen. Als letzter Regierungsvertreter wird der Attorney-General Hoag sprechen. Macdonald wird die Debatte beschließen. Die Abstimmung wird um 11 Uhr abends stattfinden. Nach Annahme des Abänderungsantrages wird das Unterhaus auf Dienstag vertagt. In dieser Sitzung wird Baldwin den Rücktritt der Regierung verkünden. Darauf erfolgt Vertagung bis zur Bildung des neuen Ministeriums. Wie verlautet, wünscht Macdonald eine Vertagung auf drei Wochen, um den neuen Ministern Zeit zu geben, sich einzuarbeiten.

Wie die Times weiter berichten, unterstützt Lord Haldane Macdonald bei der Wahl der Persönlichkeiten, die die Regierung im Oberhause vertreten sollen. Die praktischen Schwierigkeiten, die im Zusammenhang damit für die Arbeiterpartei vorausgesagt würden, würden in unerwarteter Weise überwunden. Es bestehe jetzt kein Zweifel mehr, daß die Geschäfte der Regierung im Oberhause durch eine genügende Zahl von Wortführern vertreten sein würden. Sie wurden größtenteils aus Kreisen nichtpolitischer Pairs gewonnen werden, d. h. Mitgliedern, die unter verschiedenen Regierungen und im Auslande gedient hätten und auch bereit wären, ihre Zugehörigkeit zu jeder künftigen Regierung als Vorbedingung ihres Dienstes anzusehen.

Eine Aufgabe für Macdonald.

Ein Untersuchungsausschuß des Unterhauses hat festgestellt, daß die englische Bevölkerung, namentlich in ihren ärmeren Schichten, durch wilde Buchmacher direkt ausgeplündert wird. Die leidenschaftliche Vorliebe des Engländers für Pferderennen, macht diesen Blutsaugern das Geschäft leicht. Der Buchmacher hat ein Heer von Agenten, die durch Aufpasser gedeckt werden. Parlament und Polizei waren bisher machtlos dagegen. Jetzt soll Macdonald helfen.

Großer Eisenbahnerstreik.

London, 21. Jan. Ein letzter Vermittelungsversuch, den die Vertreter des Generalkongresses der Trade Unions bei dem Exekutivausschuß der Lokomotivheizerverbandes unternahm, ist fehlgeschlagen. Der Eisenbahnerstreik wird daher, wie beschlossen, um Mitternach beginnen. Weitere Vermittelungsversuche wurden nicht vorausgesehen.

London, 21. Jan. Um Mitternacht sind 50 000 Lokomotivführer und Heizer in den Streik getreten. Alle Einigungsversuche sind gescheitert. der Streiklust der Eisenbahnerverbände. Am Sonntag vormittag bereits hat die Regierung Maßnahmen getroffen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Heute vormittag ruht der größte Teil des Personenverkehrs und fast der gesamte Güterverkehr.

London, 21. Jan. Durch das Hinzutreten des Heizer- und Lokomotivführerverbandes hat der Streik weiter an Ausdehnung gewonnen. Es läßt sich nicht sagen, zu welchem Umfang er anwachsen und welche Wirkungen er noch erzielen wird. Des Publikums hat sich gleich bei der Ansage des Streiks eine gewaltige Erregung bemächtigt. Hals über Kopf verließen die Bewohner der Provinz die Stadt, Den 90 000 Streikenden steht noch ein Verband von etwa 30 000 Arbeitenden gegenüber die nach Möglichkeit den Betrieb aufrechterhalten müssen.

Wenn es aber gelingt, die Hauptstreiken vollständig stillzulegen, dann wird sich die Lage wesentlich verschärfen. Die Schiffahrtsgesellschaften kündigen an, daß sie die Reisenden nach den Einschiffungshäfen durch Autos abholen würden.

Zur Streikfage.

London, 20. Jan. (Wolff.) Nach einer Reutermeldung beschloß der Vollzugsausschuß der Lokomotivführervereinigungen seine Streikankündigung nicht zurückzuziehen. Man nimmt aber an, daß der Ausschuß heute zu weiteren Beratungen zusammentreten wird.

Frankreich

Zum Kabinettswechsel in England.

Paris, 20. Jan. Im Hinblick auf den bevorstehenden Kabinettswechsel in England schreibt das Journal des Debats: Macdonald würde ein erhebliches Prestige erwerben, wenn es ihm gelänge, in der Reparationsfrage praktisch durchführbare Lösungen zu erzielen, wie sie die Führer der traditionellen Parteien nicht zu finden verstanden hätten. Die Reparationsfrage sei mehr politischer als wirtschaftlicher Art. Man habe es mit einem Konflikt von Willensrichtungen zu tun. Die angebliche materielle Unmöglichkeit, die man Frankreich entgegenhalte, würde sich verflüchtigen, sobald diese Willensrichtungen im Einklang miteinander ständen. Macdonald vermöge viel in dieser Beziehung. Aber abgesehen von England und abgesehen selbst von der Kleinen Entente möchte man gerne in der Lage sein, festzustellen, daß auch andere Länder, der gemeinsamen Gefahr bewußt, auf die deutsche öffentliche Meinung Einfluß nähmen, damit diese das Berliner Kabinett bestimme, aus seiner circulus vitiosus herauszutreten.

Die franz. Presse über die auswärtige Politik des neuen Kabinetts.

Paris, 19. Jan. Die gesamte französische Presse erwartet mit größter Spannung den Gang der Londoner Ereignisse. Man hält den Sturz Baldwins und die Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die Arbeiterpartei für definitiv ausgemacht. Dementsprechend versuchen die meisten Blätter die wahrscheinliche Einstellung des neuen Kabinetts zu den Fragen der auswärtigen Politik zu erraten. Der Temps zieht aus der letzten Unterhausdebatte gewisse Rückschlüsse auf die voraussichtliche Außenpolitik Ramsay Macdonalds. Keiner der sozialistischen Unterhaus-Redner, so stellt das Blatt fest, habe nachgewiesen, daß die englischen Interessen durch die Politik Frankreichs eine beträchtliche Einbuße erlitten hätten. In Frankreich, so fährt der Temps fort, habe man sich in diesem Zusammenhange auf sachliche, statistisch begründete Darlegungen gefaßt gemacht und überrascht mit angesehen, daß die Unterhausdebatte sich auf einem ganz anderen Gebiete abspielte. Bekanntlich haben die Vertreter der Arbeiterpartei in ihren Reden vor allem den Verlust an nationalem Prestige beklagt. Das Pariser Organ zitiert in diesem Zusammenhange Worte des Abgeordneten Tom Shaw und fügt hinzu: „Im Grunde genommen glauben wir, daß die sozialistischen Redner Großbritanniens völlig im Irrtum sind. Das Ansehen Englands ist keineswegs angegriffen. Es ist lediglich der Fall eingetreten, daß England ebensowenig wie eine andere Macht im modernen Europa nicht länger straflos eine vorherrschende Stellung behaupten kann. Im übrigen regt der „Temps“ mit auffallendem Nachdruck eine französisch-amerikanische Verständigung in der Schuldenfrage an.

Der Temps für eine neue Initiative

Dem Temps erscheint es, daß Frankreich die Initiative zu neuen Verhandlungen über die Kriegsschulden ergreifen sollte. Es könnte nach dem Beispiel Englands zunächst einmal mit den Vereinigten Staaten Fühlung nehmen. Zunächst würde man den genauen Betrag der amerikanischen Forderung an Frankreich festsetzen. Wenn bis jetzt noch kein Gesamtbetrag im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt sei, dann würde man über die Grundlagen einer Regelung verhandeln. Die tatsächlichen Zahlungen würden natürlich im gewissen Maße von den Mitteln abhängig sein, die Frankreich sich nach und nach durch die Einziehung seiner Forderungen an Deutschland verschaffen würde. Die Debatte sei jedenfalls unvermeidlich und Frankreich würde dabei gewinnen, wenn es sie selbst eröffnete, während es verlieren würde, wenn es ihr aus dem Wege ginge. Eine französisch-amerikanische Regelung würde auch zweckmäßig Anhaltspunkte für die Festsetzung der künftigen deutschen Zahlungen liefern. Sie würde schließlich vielleicht auch die Gelegenheit zu einer späteren Verständigung zwischen den Franzosen und Engländern mit sich bringen.

Eine neue Rede Poincares.

Paris, 20. Jan. Ministerpräsident Poincare beschränkte sich in einer Rede, die er heute zur Einweihung des Kriegerdenkmals im siebten Pariser Arrondissement hielt, im wesentlichen auf örtliche Kriegserinnerungen. Am Schlusse betonte er: Frankreich wünsche friedlich seiner Arbeit nachzugehen. Wenn es für die Beobachtung der Friedensverträge und die Aufrechterhaltung der ihnen festgelegten Rechte eintrete, so wolle es damit die allgemeine Eintracht verteidigen. Frankreich wünsche unter dem Schutz des beschworenen Vertrags in Sicherheit zu leben und die Schäden, die es durch den Krieg erlitten habe, wiedergutzumachen. Keine politische Hetze, kein Finanzmanöver, kein Druck des Auslandes würde diese Stimme des Gewissens ersticken. Frankreich sei keine von imperialistischem Wahnsinn erfüllte Macht, die nach fremdem Gut trachte; es wünsche das Glück der anderen Völker, und zwar nicht nur das Glück seiner Verbündeten, sondern auch das seiner ehemaligen Feinde, vorausgesetzt, daß sie ihre Vergangenheit ausmerzten und sich besserten. Frankreich sei bescheiden, es wünsche nichts weiter, als daß es von niemandem um das gebracht werde, was ihm versprochen wurde, und daß es nicht wieder von seinen Nachbarn an der Kehle gepackt werde.

Mac Kenna in Paris

Paris, 21. Jan. Gestern nachmittag ist der frühere britische Schatzkanzler Mac Kenna in Paris eingetroffen. Bekanntlich übernimmt Mac Kenna den Vorsitz über den 2. Sachverständigenausschuß.

In Paris wird behauptet, daß Staatssekretär Bergmann hier eintreffen wird.

Maßnahmen der Finanzkommission zur Stützung des Franken.

Paris, 20. Jan. Die Regierung hat sich mit dem Vorschlag der Finanzkommission, anstelle des Couponheftes dem Plenum die Kontrolle der Wertpapiere durch Ueberwachung der bei den Banken liegenden Auszüge zu empfehlen, einverstanden erklärt. Es handelt sich bekanntlich um eine Maßnahme im Rahmen der von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe zur Frankenstützung. Die Frage des Couponheftes war in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission der Hauptgegenstand der Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommission und Regierung.

Erhöhung der Steuern.

Paris, 20. Jan. Die Finanzkommission der Kammer hat sich gestern mit der von der Regierung vorgeschlagenen zwanzigprozentigen Erhöhung der Steuern einverstanden erklärt mit der Einschränkung, daß die Zucker- und Salzsteuer davon ausgeschlossen bleibt, und unter dem Vorbehalt, daß die Erhöhung für die Umsatzsteuer erst in Kraft tritt, wenn die beabsichtigte Neuordnung und Veranlagung derselben erfolgt ist. Der Ausschuß hat weiter den Gesetzentwurf, der das Zündholzmonopol aufhebt, angenommen, sich auch bereit erklärt, der Regierung die Ermächtigung zu Kontrollmaßnahmen im Wechselgeschäft zu erteilen, die auf dem Verwaltungswege durchgeführt werden sollen. Die Kommission billigte schließlich ebenfalls die durch Verordnung durchzuführende Vereinfachung der Verwaltung.

Rußland

Russisch-rumänische Wirtschaftskonferenz.

Moskau, 20. Jan. Nach einer in der „Iswestija“ veröffentlichten Mitteilung des Außenkommissariats hat die rumänische Regierung den russischen Vorschlag einer russisch-rumänischen Wirtschaftskonferenz in Odessa abzuhalten, mit dem Gegenvorschlag, Warschau als Verhandlungsort zu wählen, beantwortet.

Italien

Italienisch-südslawischer Vertrag.

Belgrad, 20. Jan. Außenminister Nintschitsch erklärte Journalisten, er werde Ende dieses Monats sich nach Rom begeben, wo er mit Mussolini den italienisch-südslawischen Vertrag unterzeichnen werde.

Amerika

Kriegsschiffe nach Mexiko.

Washington, 20. Jan. Ein amerikanischer Kreuzer und sechs Zerstörer die sich gegenwärtig in den Gewässern von Panama aufhalten, haben Befehl erhalten, nach Veracruz abzufahren.

Das Unwesen der Aufständischen in Mexiko.

Washington, 20. Jan. Das Hydrographische Amt der Vereinigten Staaten gibt bekannt: daß von den mexikanischen Aufständischen in dem Hafen von Salinacruz Minen gelegt worden seien und daß die Aufständischen beabsichtigen, andere Häfen die sie besetzt halten, ebenfalls durch Minen zu sperren.

Aus dem besetzten Gebiet

Die Schwierigkeiten im Verkehr mit Köln.

Paris, 20. Jan. Havas teilt offiziös mit, daß zu den Nachrichten über die zwischen der französisch-belgischen Eisenbahnregie und den englischen Behörden der Kölner Besatzungszone entstandenen Schwierigkeiten erklärt werde, die britische Regierung habe es in der Tat abgelehnt, sich mit der Regie über die englische Zone zu verständigen, was für deren Handel und namentlich für den von Köln eine beträchtliche Erschwerung darstelle. Da diese Haltung der englischen Behörden die Regie verhindere, die durch die Kölner Zone gehenden Strecken für den Verkehr zu verwenden, habe es sich als nötig herausgestellt, Maßnahmen zu treffen, die die Konzentration des Regieverkehrs auf den übrigen Strecken ermöglichten. Eine endgültige Entscheidung sei jedoch anscheinend noch nicht getroffen.

Nach einer Meldung der gleichen Agentur aus Mainz über die Benutzung der Strecke Neuß—Düren—Euskirchen—Bonn zur Umgehung der englischen Zone nimmt dieser Verkehr sämtliche auf den Bahnhöfen der fraglichen Strecke zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch, so daß die Einrichtungen für einen erheblichen Austauschverkehr mit der Kölner Zone nicht mehr verfügbar seien. Um Verstopfung zu vermeiden, habe daher die Regie den Austausch mit der Kölner Zone auf ein Minimum einschränken müssen, und das werde sich leider nicht bessern, ehe nicht der Regie die Möglichkeit gegeben sei, die Strecken der englischen Zone genau so zu benutzen, wie sie die deutsche Verwaltung benutzte.

Albert Thomas in Düsseldorf.

Paris, 20. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf befindet sich der Leiter des internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes, Albert Thomas, der in Berlin u. a. mit dem Reichsarbeitsminister eine Besprechung über die Frage des Achtstundentages hatte, in Düsseldorf. Er reist heute abend nach London ab.

Einschränkung des Zugverkehrs.

Nach einer Meldung der Havas-Agentur aus Mainz über die Benutzung der Strecke Neuß—Düren—Euskirchen—Bonn zur Umgehung der englischen Zone nimmt dieser Verkehr sämtliche auf den Bahnhöfen der fraglichen Strecke zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch, sodaß die Einrichtungen für einen erheblichen Austauschverkehr mit der Kölner Zone nicht mehr verfügbar seien. Um Verstopfung zu vermeiden, habe daher die Regie den Austausch mit der Kölner Zone auf ein Minimum einschränken müssen, und das werde sich leider nicht bessern, ehe nicht der Regie die Möglichkeit geben sei, die Strecken der englischen Zone genau so zu benutzen, wie sie die deutsche Verwaltung benutzte.

Kleine Meldungen

Ein gerissener Schwindler.

Berlin, 20. Jan. Die Polizei beendete durch die Verhaftung eines gewissen Plügge ein großangelegtes Schwindelunternehmen, durch das Berliner Geschäftsleute um Millionen von Mark geprellt wurden. Plügge befaßte sich mit Scheingründungen unter den verschiedensten Namen, wie Modehaus Königsberg, Reichsverband deutscher Kinderhilfsstätten, Konsumgenossenschaft deutscher Binnenschiffer, Kreisverband uckermärkischer Landwirte, und erschwindelte für diese Scheingründungen Waren aller Art, deren Ertrag in seine Tasche floß. Er arbeitete auch zusammen mit dem Fuhrwerksbesitzer Kastner, den er im Lübecker Gefängnis kennen gelernt hatte und dessen gestohlene Güter er in seinem Lagerraum unterbrachte, um sie dann zu verkaufen.

Theaterskandal in Dresden.

Dresden, 19. Jan. Zu einem großen Theaterskandal kam es Donnerstag abend gelegentlich der Erstaufführung von Ernst Tollers Tragödie „Der Hinkemann“ im Staatlichen Schauspielhaus. (Ernst Toller war z. Zt. Führer in der Münchener Räterepublik.) D. Red.) Schon in der ersten Szene setzte die Bewegung in gänzlich ausverkauftem Hause ein. Nach Paul Großhahns Bekenntnis, er sei ein Atheist, wurde von einem Teil der Zuhörer auf Schlüsseln gepfiffen, von andern lebhaft geklatscht. Das Publikum erhob sich von den Plätzen, der Vorhang mußte fallen. Im ersten Rang bemerkte man die kommunistischen Abgeordneten Böttcher und Lieberasch, die sich beide an der Auseinandersetzung des Publikums beteiligten. In der Ministerloge war inzwischen der Kultusminister Dr. Kaiser erschienen. Nachdem grüne Schutzpolizei einige Besucher mit Gewalt aus dem Theater entfernt hatte, erschien der Spielleiter des Abends, Schauspieldirektor Paul Wiecke, vor der Rampe und ersuchte um Ruhe. Man solle wenigstens den Dichter Toller respektieren. Es wurde dann bei erleuchtetem Hause weitergespielt. Zwischendurch traten mehr als halbstündige Pause ein, und erregte Gruppen im Parkett und in den Rängen schrien bei offener Bühne aufeinander ein. Mitten im Dialog des zweiten Aktes wurde stehend das Deutschlandlied und die Wacht am Rhein gesungen. Schauspieldirektor Wiecke versuchte ein zweites Mal, beruhigend auf das Publikum einzuwirken. In der Pause bildeten sich im Foyer und in den Wandelgängen wiederum Gruppen, die heftige Diskussionen führten. Reihenweise wurden von der grünen Schutzmannschaft Theaterbesucher aus dem Zuschauerraum entfernt. Der dritte Akt ging völlig in Lärm unter. Nach Schluß der Vorstellung setzte die Kundgebung vor dem Schauspielhause fort. Auch hier wurde das Deutschlandlied gesungen. Ein Polizeiaufgebot stellte jedoch die Ruhe vor dem Theater bald wieder her. Während des Skandals erlitt infolge der Aufregungen ein Berliner Bankier einen Schlaganfall, an dessen Folgen er sofort starb.

Die Frühlingsmädchen

13 Novelle von Rudolf Herzog.

Maria Frühling lebte mit ihrem Vater auf dem alten Schlosse. Sie hatte den Namen aus ihrer kurzen Ehe abgelegt und mit dem alten lieben Mädchennamen auch die alte und jetzt ungehemmte Mädchenfröhlichkeit wiedergewonnen. „Ich habe nur so bös geträumt, weil ihr nicht da wart, um mich wachzurütteln,“ sagte sie den drei Schwestern und faßte ihre Hände. „Und nun erzählt mir, wie die Eifel bei Tage aussieht und das Heimatstädtchen, und wie ihr drei mit euren Gatten und Erstgeborenen mitten darunter ausschaut. Erzählt.“

Und bald war es nur noch ein einzig Durcheinander von Stimmen, wie in der Kinderzeit. —

So ging aufs neue ein halbes Jahr dahin. Der Notar und Rechtsanwalt Doktor Georg Brüning war auf Betreiben seiner Gattin und mit noch wirksamerer Unterstützung des „Beobachters in der Eifel“ in den Rat der Stadt gewählt worden. Der Wohlstand seines Hauses hob sich. Wer den Notar der Stadt suchte, nahm ihn der Einfachheit wegen auch zum Rechtsanwalt, und die Bauern, die mit dem Rechtsanwalt gut gefahren waren, scheuten auch den Weg von ihren Dörfern zur Stadt nicht, um ihm die Notarsgeschäfte zu übertragen. Dann strahlten die Funkelaugen der schwarzen Eva, die von ihrem Posten als Büroaufseherin nicht gewichen war, eitel Freundschaft und herzliche Teilnahme den Besuchern entgegen, deren Sache sie zur Bequemlichkeit ihres Mannes, aber auch zu seiner unbedingten Richtschnur, in so glühenden Schriftsätzen niederzulegen wußte, daß, wie die Herren vom Amtsgericht meinten, man sich an Doktor Brünings Schriftsätzen Handschuh und Finger verbrennen könne und eine Kneifzange noch die Notglut bekäme.

Aber auch der „Beobachter in der Eifel“ war nicht zu verachten. Die Schriftleitung, die ihre Aufsätze mit F. L. zeichnete, während Drucker, Verleger und Herausgeber dem Gesetz gemäß mit dem ganzen Namen Fritz Leydecker hervortrat, griff furchtlos zu, wo ihr etwas faul am Staate Dänemark schien, nahm herzhaft Partei, schlug mit Säbelhieben oder mit zierlichen Degenstößen zu, und die Betroffenen wußten nicht, was sie mehr scheuen sollten, die sachliche und scharfe oder die humoristische Behandlung.

Besonders nach Stadtratssitzungen und Kreistagungen war der „Beobachter in der Eifel“ begehrter als die hauptstädtischen Blätter; die Bezieherzahl stieg von Vierteljahr zu Vierteljahr, und der Anzeigenteil, der für die Betriebssummen einstehen mußte, hatte den schönsten Nutzen davon. Zwei Arbeitskleinen saßen im Korb. Und während F. L. in Kleiderkittel und Schreibärmel politische, städtische, wirtschaftliche und vermischte Aufsätze und Berichte schrieb, nahm der Drucker und Verleger Fritz Leydecker die tintenfeuchten Blätter entgegen, goß, bald unterstützt von zwei Gehilfen, auf der Setzmaschine die Betrachtungen seines Fränzchens in Druckbuchstaben aus, mischte die Druckfarbe, überwachte den Gang der Druckmaschine, Austragen und Versand der fertigen Zeitung und saß zum Feierabend grienend im Ratskeller, wenn ihm von den Weisen der Stadt hochachtungsvoll ein Schluck dargebracht wurde in aufrichtiger Bewunderung seines neuesten Leitartikels.

Drunten am Marktplatz wohnte auch der Dr. med. Robert Junker. Er kümmerte sich nicht viel um die Stadtangelegenheiten, denn das große, über den ganzen Stadt- und Landkreis ausgedehnte Wirkungsfeld des Doktors Frühling war dem Gatten der braunen Friedel nach und nach von dem immer noch rüstigen Schwiegervater übertragen worden, und wie in Mädchenzeiten fuhr die im Krankendienst geübte Frau im Doktorwägelchen mit hinaus über Land, wenn ein wundärztlicher Eingriff eine sichere und geschickte Hilfe verlangte oder es einer Wöchnerin galt. Die Leitung des Krankenhauses hatte sich der alte Doktor Frühling vorbehalten, solange es Auge und Hand erlaubten, denn er wünschte nicht auf dem Altenteil zu sitzen. Aber bei allen wichtigen Unternehmungen rief er den Schwiegersohn an seine Seite, besprach mit ihm den Fall und arbeitete mit ihm gemeinsam, damit der Doktor Junker auch hier als sein Nachfolger angesehen werden könnte.

Einmal in der Woche kamen die Schwestern mit ihren Männern zum Schloß hinaufgestiegen und saßen mit dem Weißbart, der sich oft unter dem Tische vor Vergnügen die Hände rieb, und mit der aufgeblühten Maria hinter einer Bowle, in die, je nach der Jahreszeit, frischgepflückte Maikräuterspitzen hineingetaucht worden waren, purpurne Walderdbeeren, rotige Pfirsiche oder um die Weihnachtszeit eine köstliche Ananas. Dann blinzelte wohl im Laufe des lustigen Abends der Doktor Junker seiner Frau Friedel zu und begann das alte Burschenlied zu singen:

„Meine Mus' ist gegangen in des Schenken sein Haus,

Hat die Schürz' umgebunden und will nicht heraus!“

Und Frau Friedel blinzelte ihm wieder zu und sang begeistert mit, bis der seebefahrene Hausherr zum Schluß „Auf, Matrosen, die Anker gelichtet!“ anhub und ein jedes die Segel heimwärts setzte.

Die Frau Notarin und Stadträtin brachte wohl auch den jungen, tatkräftigen Bürgermeister aus der Stadt mit herauf, der sich unter den alten Schlafhauben der Stadtverordnetenversammlung just seiner Tatkraft wegen geringer Beliebtheit und mancher spitzen Anfeindung erfreute, „da es doch früher um so viel gemütlicher zugegangen sei und die Stadt dennoch auf demselben Fleck stehe“. Der junge Bürgermeister aber wünschte sie von eben diesem Flecke wegzurücken und vorwärtszubringen, damit sie näher an den Strom des Lebens gelange und seiner reichen Güter mehr als bisher teilhaftig werde. Darüber sprach er oft mit der goldroten Maria und über seine Abhängigkeit von diesen Schlafhauben, die seine Wiederwahl in Händen hätten. „Ein jeder Mann an verantwortungsreicher Stelle müßte so unabhängig gestellt sein, daß er nicht nach dem Gehalt zu fragen hätte. Dann ließen die Neunmalgescheiten die Knüppel zu Hause, die sie einem jetzt bei jeder Gelegenheit zwischen die Füße werfen, und fürchteten eher, er wirft ihnen den Kram vor die Füße. Gott sei Dank ist der „Beobachter in der Eifel“ auf meiner Seite, und das ist ein Vermögen wert.“ Und an einem besonders frohen Familienabend fragte er die goldrote Maria, ob sie es wohl wagen würde und ihm Helferin sein im Kampfe und in der Freude?

„O Gott,“ rief die goldrote Maria, „ich brauche ja selbst einen Helfer,“ und sie rief es so laut, daß die schwarze Eva mit funkelnden Blicken in ihr Geheimnis drang und der lachenden Schwester widerspruchslos erklärte, gerade der Bürgermeister fehle ihnen zu Notar, Kreisarzt und Zeitungsverleger noch „zu ihrer Hausmacht“, und „den oder keinen“. Da winkte die goldrote Maria den Bürgermeister ins Nebenzimmer und fiel ihm um den Hals. —

Als wollte das Schicksal noch einmal einen abenteuerlichen Seitensprung machen oder ihre wiedererlangte Gesundheit auf Herz und Nieren prüfen, so war es Maria Frühling zumute, als sie beim Erwachen eine Drahtnachricht überreicht erhielt, in der sich Herr Cesare Cerini zu einem Besuche anmeldete. Cesare Cerini! Wie weit lag die Zeit hinter ihr, so weit und nebelhaft fern, als gehörte sie einem ganz anderen Leben an, nur nicht dem wirklichen. Weshalb meldete sich der Mahner ihrer verstiegenen Mädchentorheit? War es ein übles Vorzeichen?

Sie saß allein in dem alten Gemäuer des Schlosses, und als sie eine Stunde vergeblich vergrübelt hatte, entfaltete sie die Morgenzeitung und begann, um die Gedanken abzulenken, das Blatt spaltenweise durchzulesen. Und plötzlich stutzte sie. Es war nichts Weltbewegendes, es stand unter „Vermischtes“. Aber das Blut war ihr zu Kopf gestiegen, und sie sprang wie ein wildes Füllen in ihre Kammer, riß die Schublade aus ihrem Schreibtisch, wühlte den Inhalt kunterbunt durcheinander, fand, was sie suchte, und eilte zur Zeitung zurück. Und Ziffer für Ziffer verglich sie die Nummer des Geldloses, das sie in der Hand hielt, mit der kurzen Notiz in der Zeitung, derzufolge ihr Los den Hauptgewinn der Süddeutschen Geldlotterie in Höhe von dreihunderttausend Mark gezogen hatte, ihr Los, das sie sich, einer Augenblickseingebung folgend, an dem Tage gekauft hatte, an dem ihr Ehescheidungsurteil rechtskräftig geworden war.

(Schluß folgt.)

Zum 50. Todestage Hoffmann v. Fallersleben.

Berlin, 21. Jan. Am 50. Todestage des Dichters ließ der Reichspräsident durch den Landrat in Härter am Grabe des Dichters in Corven einen Kranz mit einer Schleife in den Reichsfarben und der Inschrift: „Dem Vorkämpfer deutscher Einheit und Freiheit" niederlegen. Ferner sandte er an den Sohn des Dichters, dem in Berlin lebenden Maler Professor Franz Hoffmann v. Fallersleben folgendes Schreiben: Zur 50. Wiederkehr des Tages, an dem der Dichter und geistige Vorkämpfer deutscher Einheit und Freiheit aus dem Leben schied, möchte ich nicht unterlassen, Ihnen als dem in unserer Mitte lebenden Sohn und Ihrer Familie als Zeichen meines Gedenkens herzliche Grüße senden. In ihrem Vater hatte sich der Sinn für Freiheit und Menschenwürde mit der innigen Liebe für das Vaterland und seine Einheit auf das Schönste verbunden. Voll Stolz und Genugtuung können Sie darauf blicken, daß der Wunsch und die Sehnsucht Ihres Vaters, sein Lied der Deutschen möchte von allen Deutschen einheitlich gesungen werden, jetzt erfüllt ist.

Kabelverkehr.

Berlin, 20. Jan. Die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft beabsichtigt, das Kabel Emden—Vigo, das vor dem Kriege zum großen Teil den Telegrammverkehr nach Südamerika, Afrika und dem Fernen Osten vermittelte, in nicht zu ferner Zeit wiederherzustellen, und hat sich mit der Eastern Telegraph Company über die Wiederaufnahme des Betriebs bereits verständigt, um den deutschen Verkehr bis zur Fertigstellung des neuen Vigo-Kabels schon sammeln und der Eastern Telegraph Company mit Beschleunigung zuführen können. Sie stellt augenblicklich die unmittelbare Verbindung zwischen dem deutschen Telegraphennetz und dem Netz der Eastern durch ein besonderes Kabel zwischen Emden und London her. Mit dieser Verbindung ist der Anfang zur Wiederherstellung der deutschen Seekabelverbindungen mit dem Auslande gemacht. Ueber die Verbindung werden also dann diejenigen Telegramme nach Südamerika, Afrika, Asien, Australien geleitet, die zurzeit mit Weganagaben „via Madeira" oder „via Eastern" versehen werden. An Stelle dieser Weganagaben treten künftig Bezeichnungen „via Emden—Madeira" und „via Emden—Eastern".

Schwere Stürme in Irland.

Dublin, 20. Jan. Infolge von wolkenbruchartigen Regen, die in den letzten Tagen in Irland zu verzeichnen waren, sind mehrere Städte in Mittelirland völlig überschwemmt worden. Aus manchen Orten wird eine Wasserhöhe von 1,50 Meter gemeldet.

Die geplante Nordpolfahrt der „Shenandoah".

Newyork, 19. Jan. Der Nordpolflug des Luftschiffes „Shenandoah", der nach dem Probeflug im Sturm in Zweifel gestellt war, dürfte nunmehr doch stattfinden. Indessen erklärte die Mannschaft, daß sie nur unter Führung des Deutschen Heinen, der bei dem letzten Sturmflug das Luftschiff rettete, oder des Erbauers mitgehen wolle. Heinen ist der Held des Tages.

*

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hatte die Königin von Dänemark ein sehr unangenehmes Abenteuer. Das Königspaar weilte auf den Eisseldern im Sund und gab sich dem Vergnügen des Eislaufens hin. Plötzlich brach das Eis unter der Königin ein und sie versank bis zur Mitte des Körpers im Wasser. Der König, der sich in der Nähe befand, vermochte seine Gemahlin ohne fremde Hilfe herauszuziehen und ans Land zu bringen.

*

Massenverhaftungen in Moskau. Die Zahl der in Moskau in der letzten Zeit vorgenommenen Verhaftungen beläuft sich auf ungefähr 10 000. Diese Maßnahmen stehen im engen Zusammenhang mit den Vorwürfen der Linken, daß der Staat weniger Einkünfte aufweise, als Personen, die aus der neuen Wirtschaftspolitik Nutzen ziehen.

Jagdliches

Teure Jagden. Die Gemeindejagd Schönginsing — 1800 Tagwerk — wurde am 15. Dezember um 430 Zentner Weizen an einen Bauunternehmer in München versteigert. Die Zankenhausener Jagd — 700 Tagwerk — fiel um 3650 Goldmark an einen Gasthofbesitzer. Eching — 1890 Tagwerk — wurde um 2850 Goldmark ebenfalls an einen Münchener Herrn versteigert. Der Wildbestand aller dieser Reviere ist diesen Phantasiepreisen natürlich nicht angemessen.

Von Wilddieben erschlagen. In der Nähe des Forsthauses Schweinebrück bei Cladow wurde der Förster Hermann Schulz von seiner Ehefrau und dem Dienstmädchen schwer verwundet aufgefunden. Schulz konnte nur noch die Worte stammeln: „Drei Wilddiebe!" Man stellte bei ihm drei Stichverletzungen und eine Schußwunde fest. Die Ermittelungen ergaben, daß drei Burschen aus Lehnin als Täter in Frage kommen. Zwei sind verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert worden.

Wild in der Großstadt. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, kam am 31. Dezember in München, und zwar in der Ludwigstraße, im Universitätsrondell eine Kette von 19 Rebhühnern zur Beobachtung, die, offenbar durch den Hunger vom Englischen Garten hereingetrieben, hier Nahrung suchte.

Aus dem Wirtschaftsleben

Schiedsspruch im Metallgewerbe

Magdeburg, 20. Jan. (WB.) Ueber die Arbeitszeit und den Lohn in der mitteldeutschen Metallindustrie ist gestern ein Schiedsspruch gefällt worden, der von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angenommen wurde, aber noch den beiderseitigen Verbänden zur Annahme unterbreitet werden muß. Hinsichtlich der Arbeitszeit sind ab 4. Februar geltende Bestimmungen getroffen worden, wonach die regelmäßige Arbeitszeit grundsätzlich 48 Stunden in der Woche beträgt. Die regelmäßige Arbeitszeit kann aber auf 54 Stunden in der Woche festgesetzt werden. Das Abkommen gilt bis zum 30. Juni 1924. Es wurde vereinbart, daß einerseits die Arbeitgeber keine Einwendung erheben dürfen, wenn ein Betrieb die regelmäßige Arbeitszeit auf weniger als 54 Stunden in der Woche festsetzt, und daß andererseits die an den Betrieben beteiligten Gewerkschaften keine Einwendungen erheben dürfen, wenn wenn die Arbeitszeit bis 56 Stunden verlängert wird. Ferner wurde eine Lohnvereinbarung für die Zeit vom 20. Januar bis 16. Februar getroffen. Maßregelungen aus Anlaß des gegenwärtigen Lohnkampfes sind ausgeschlossen. Die Wiedereinstellungen sollen im Rahmen der Beschäftigungsmöglichkeit erfolgen.

Zur Aufwertung der Hypotheken.

Berlin, 18. Jan. Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist im Reichsfinanzministerium fertiggestellt, wenngleich er vielleicht noch einige Aenderungen erfahren wird in den noch ausstehenden Beratungen im Kreise des Finanzministeriums. Zu Beginn der nächsten Woche wird das Reichskabinett sich mit dem Entwurf beschäftigen.

In der vielumstrittenen Frage der Hypothekenaufwertung bestanden zwei Richtungen. Die eine ging dahin, daß die Reichsregierung die Aufwertung bis zu einem bestimmten Prozentsatz zulassen solle. Man sprach von 5 Prozent. Die Anhänger der zweiten Richtung waren der Meinung, daß man die Steuerfragen, die auch Gegenstand der dritten Steuernotverordnung sind, regeln solle ohne das Problem der Hypothekenaufwertung jetzt von Gesetzes wegen in Angriff zu nehmen. Aus den an der Beratung beteiligten Kreisen wird der K. V. mitgeteilt, daß die Aufwertungsfrage in der bevorstehenden Steuernotverordnung materiell überhaupt noch nicht geregelt wird, vielmehr wird die Verordnung nur eine Ermächtigung der Reichsregierung enthalten, die Richtlinien für die Aufwertung, vor allem also bzgl. der nicht zu überschreitenden Grenze später festzusetzen. Es handelt sich also um eine Verschiebung der Entscheidung. Nicht aufgeschoben wird aber die Entscheidung über die Mietzinssteuer, vielmehr werden diejenigen Personen, und Körperschaften, die infolge der auf jeden Fall nur teilweisen Aufwertung einen Vorteil erhalten werden, zu einer entsprechenden Steuerleistung herangezogen werden, und zwar nicht nur die Besitzer bebauter, sondern auch die Besitzer unbebauter Grundstücke.

Der Reichsjustizminister in dem Rechtsausschuß.

Berlin, 18. Jan. Aus Anlaß der Beratung des bayerischen Antrages auf Erlaß eines Sperrgesetzes zwecks Vorbereitung der Hypothekenaufwertung gab Reichsjustizminister Emminger für die Reichsregierung im Rechtsausschuß des Reichstages folgende vorläufige Erklärung ab:

Die Entscheidung des Reichsgerichts vom 28. November 1923 hält eine Aufwertung der Hypothekenforderungen unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse von Gläubiger und Schuldner sowie unter Berücksichtigung der öffentlichen Lasten des Grundstücks nach Lage des Einzelfalles für berechtigt. Die Durchführung dieses Grundsatzes allein der Rechtsentwicklung zu überlassen, würde bedeuten, Deutschland in den nächsten Monaten in Millionen von Prozessen zu stürzen; auch ein beabsichtigtes vereinfachtes Verfahren zur Regelung dieser Streitfragen würde für sich allein dieser Gefahr nicht begegnen.

Es erscheint daher notwendig, ein mehr das Durchschnittliche berücksichtigendes Verfahren zu schaffen sowie eine Unterbrechung der bereits zahlreich anhängig gewordenen Prozesse herbeizuführen. Bei Berechnung des Durchschnittssatzes wird zu berücksichtigen sein, daß für die Landwirtschaft jetzt schwere wirtschaftliche Verhältnisse entstanden sind, daß der städtische Grundbesitz infolge der Inflation vollständig verarmt und der Wert seiner Anwesen schwer herabgedrückt ist, ferner daß bereits die dem gesamten Grundbesitz auferlegten erheblichen Steuerlasten zum Teil mit der durch die Papiergeldwirtschaft herbeigeführten allgemeinen Entschuldung begründet worden sind. Eine alsbaldige rasche Klärung erscheint auch deshalb notwendig, damit nicht aus der Ungeklärtheit steuerliche Verluste für Reich, Länder und Gemeinden entstehen, dies um so mehr, als die Lage der Reichsfinanzen nach wie vor eine äußerst ernste ist.

Eine Aufwertung der Grundderpflichtungen von Reich, Länder und Gemeinden kommt nach den Grundsätzen der reichsgerichtlichen Entscheidung nicht in Frage, da diese öffentlichen Schuldner infolge des verlorenen Krieges und der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zahlungsunfähig sind.

Vereinfachung der Mietzinsberechnung.

Berlin, 19. Jan. (Wolff.) Wie dem Amtlichen Preußischen Pressedienst aus dem Volkswohlfahrtsministerium geschrieben wird, ist bei der Berechnung der gesetzlichen Miete eine wesentliche Vereinfachung des bisher gültigen Verfahrens herbeigeführt worden. Anstelle des Umlageverfahrens tritt die einfache Berechnung der Miete auf Grund von Zuschlägen zur Grundmiete. Als Grundmiete gilt nach dem Reichsmietengesetz der am 1. Juli 1914 gezahlte Mietpreis, vermindert um gewisse in der Friedensmiete enthaltene Beträge für Betriebs- und Instandsetzungskosten, Zentralheizung und Warmwasserversorgung. Die Grundmiete wird nach wie vor in Papiermark berechnet und spielt daher in dem Gesamtbetrage praktisch keine Rolle. Die vom 1. Februar ab zu zahlende Miete setzt sich im wesentlichen aus den Zuschlägen zusammen, die in den Hundertsätzen der Friedensmiete (nicht mehr wie bisher Grundmiete) ausgedrückt und in Goldmark zu berechnen sind. Der Begriff „Friedensmiete" ist bekannt. Die Zuschläge, die nunmehr einheitlich für ganz Preußen gelten, betragen insgesamt 30 v. H. In Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind nach wie vor die Kosten für Heizstoffe gemäß den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen. Was die Betriebskosten betrifft, so ist dem Vermieter das Recht eingeräumt, in den Fällen, wo er nachweislich mit dem festgesetzten Zuschlag von 15 v. H. nicht auskreicht, den fehlenden Betrag umzulegen, jedoch darf diese Umlage zur Deckung seines Fehlbetrages 3 v. H. der Friedensmiete nicht übersteigen.

Steigerung der heimischen Produktion.

Wiesbaden, 21. Jan. Im Interesse unserer gesamten Volkswohlfahrt muß jetzt alles aufgeboten werden, um die Leistungsfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft zu steigern, daß sie fähig wird, unser Volk auch ohne wesentliche Zufuhr aus dem Auslande hinreichend zu ernähren. Es bedarf vor allem der Verbreitung einer tieferen Einsicht — besonders in kleinbäuerlichen Kreisen — in den Aufbau und die Lebensbedingungen der Pflanzen, in die Zusammensetzung und die Eigenschaften des heimatlichen Bodens, in die Notwendigkeit seiner Düngung mit künstlichen Düngemitteln, in die Natur der chemischen Zusammensetzung dieser Düngemittel, ihre Eignung für die eine oder andere Bodenart und ihre Bedeutung für diese oder jene Kulturpflanze. Neben den landwirtschaftlichen Fachschulen, den ländlichen Fortbildungsschulen und den höheren und mittleren öffentlichen Lehranstalten hat sich auch die Volksschule soviel wie es ihr möglich ist, in den Dienst dieser Bestrebungen zu stellen. Sie findet dazu im naturkundlichen Unterricht Gelegenheit. Er soll und muß natürlich auch fernerhin seine allgemeineren lehrplanmäßigen Ziele verfolgen; aber er kann unbeschadet derselben bezüglich der Auswahl seinen Lehrstoff und ihrer Anwendung in weit größerem Maße als bisher auch auf die Bedürfnisse des praktischen Lebens eingestellt werden. Seine Aufgabe würde es u. a. zunächst sein, den Kindern die Fachausdrücke, die auch der kleinere Landwirt und der Kleingärtner kennen und verstehen muß, wenn er seinen Betrieb ertragreich gestalten will, zum Verständnis zu bringen und geläufig zu machen. Behauptet doch die Landwirtschaftswissenschaft heute, daß die heimische Landwirtschaft den weitaus größten Teil unserer Volksernährung sicherstellen kann, wenn auch jeder mittlere und kleine Landwirt und jeder Gartenbesitzer seinen Betrieb der modernen Pflanzen- und Tierproduktionslehre entsprechend gestalte, wenn insbesondere die künstlichen Düngemittel sachgemäß verwendet werden.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Berlin, 18. Jan. (Wolff.) Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt, daß die am 17. Januar in einigen Zeitungen mitgeteilte Zahl von 1 528 000 zurzeit unterstützten Arbeitslosen und 362 000 unterstützten Kurzarbeitern nur die Arbeitslosen des unbesetzten Gebietes angibt. Genaue Zahlen für das besetzte Gebiet sind wegen der immer noch gestörten Verwaltungstätigkeit der deutschen Behörden nicht zu erlangen. Es gibt dort aber schätzungsweise ebenfalls ungefähr anderthalb Millionen Arbeitslose und 850 000 Kurzarbeiter. Damit beträgt die Zahl der voll Erwerbslosen im ganzen Reich etwa 3 Millionen. Allem Anschein nach ist auch im besetzten Gebiet eine kleine Besserung eingetreten. Die Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes im besetzten Gebiet ist aber nach wie vor selbst bei der Berg- und Hüttenindustrie des Ruhrgebietes vor allem wegen der Verkehrs- und Zollschwierigkeiten außerordentlich unsicher.

Der Wiesbadener Wochenmarkt war auch in dieser Woche nur sehr schwach besucht. Wenn er auch gestern, wie gewöhnlich, an einem Samstag, etwas besser beschickt war, so war er doch verschwindend klein gegenüber einem früheren Samstagsmarkt. In den letzten Tagen sind Vereinbarungen zwischen dem Verein der Gärtnereibesitzer, den Obst- und Gemüsehändlern, und der städtischen Gartenverwaltung zustande gekommen, um die Preise für Erzeuger und Verkäufer festzusetzen. Die Preise sind aber verhältnismäßig immer noch so hoch, daß die Gemüsezüchter aus Gonsenheim und Mombach es vorziehen, lieber den Mainzer Markt zu besuchen, da die Preise dort ungefähr die gleichen sind und die Transportkosten nach Wiesbaden wegfallen. Das schlechte Wetter gestern trug ebenfalls dazu bei: daß auf dem Markt nur geringer Verkehr war.

Geflügel- und Kaninchenschau. Eine große Ausstellung von 300 Nummern Geflügel u. Kaninchen veranstaltete der Kleintierzuchtverein Wiesbaden E. V. im Saale des Gewerkschaftshauses, Wellritzstraße 49, am Samstag, den 19. Januar von 3—7 Uhr und am Sonntag, den 20. Januar von morgens 9—7 Uhr abends. Dem Besucher wurden alle Arten Hühner, Tauben und Kaninchen in erstklassigem Material vor Augen geführt, und es wurde gezeigt, was die Züchter in der Kleintierzucht heute zu leisten vermögen.

Aus Stadt und Land

Stempelsteuer für Pacht- und Mietverträge. Für die im Jahre 1923 in Geltung gewesenen Pacht- und Mietverträge über im Inland gelegene unbewegliche Sachen pp. sowie der Verträge über die Verpachtung im Inlande gelegener unbeweglicher Sachen zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung unterbleibt die Versteuerung bis auf weiteres. Dagegen unterliegen Jagdpachtverträge der Versteuerung. Diese sind im Monat Januar in der üblichen Weise zur Verstempelung bei dem zuständigen Stempelverteiler bezw. der Finanzkasse zur Versteuerung vorzulegen.

Benützung von Postkarten ins Ausland. Es ist leider zu wenig bekannt, daß das speziell in Deutschland vielfach übliche Großformat für Postkarten im Auslande nicht zulässig ist. Für das Ausland sind nur Postkarten in normaler Größe — Weltpostkartenformat — zulässig und werden größere Postkarten wie Briefe behandelt und entsprechend tariert. — In Italien werden solche Karten durchwegs mit 70 Cent. belegt, was für den Empfänger eine empfindliche Ausgabe bedeutet und für den Absender nicht weniger unangenehm sein dürfte. Es wäre deshalb sehr angezeigt, daß möglichst weite Kreise von diesem Umstande Kenntnis erhalten.

Bad Ems, 22. Jan. Der Hochwasserstand wird am Rathaus angeschlagen.

Diez, 21. Jan. (Turn- und Sportklub.) Der Turn- und Sportklub hielt am Samstag abend im Schaumburger Hof seine Jahreshauptversammlung ab, die gut besucht war. Der Bericht des Vorstandes und der Führer der einzelnen Turn- und Sportabteilungen ließ erkennen, daß das turnerische Leben unter den ungünstigen Verhältnissen des Jahres 1923 ganz besonders zu leiden hatte, sodaß dem Verein nicht die Erfolge beschieden waren wie in den früheren Jahren. Aus den Einzelheiten ist kurz folgendes bemerkenswertes hervorzuheben: Der Mitgliederstand ist von 288 auf 304 gestiegen, das sind 240 Aktive und Inaktive, 45 Zöglinge und 19 Damen. Die Kassenverhältnisse sind gut, das Geschäftsjahr schließt mit einem Ueberschuß von 71 Billionen Mark ab. Der Turnbetrieb hat sich gegen das Vorjahr etwas gehoben. Turnerische Veranstaltungen, die, soweit sie für den Lahn-Dill-Gau stattfanden, um unbesetzten Gebiet abgehalten wurden, konnten nicht besucht werden. Die Sportabteilung nahm an den Bezirks- und Gausaustballwettspielen mit gutem Erfolg teil. Der Pokal für die Vereine des Unterlahnkreises wurde von ihr zum drittenmale errungen und ging damit endgültig in den Besitz des Vereins über. Der Besuch von Sportfesten war leider nicht möglich, da in der nächsten Umgebung keine stattfanden und weitere Reisen s. Zt. unterbleiben mußten. Die Abteilung wird, sobald sich die gegenwärtigen Witterungsverhältnisse gebessert haben, ihren Betrieb wieder voll aufnehmen und auch das in neuester Zeit weit verbreitete und beliebte Handballspiel ganz besonders pflegen. Die Damenabteilung konnte ihren alten Bestand halten und erfolgreich tätig sein. Die Altersriege, die während des Sommers nicht in Tätigkeit war, wird mit ihren Uebungsabenden demnächst wieder beginnen. Bei den vorzunehmenden Ergänzungswahlen für den Vorstand wurden die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Auf Vorschlag aus der Versammlung wurde der langjährige 1. Turnwart Wilhelm Hemming in Anerkennung seiner Verdienste zum Oberturnwart mit Sitz und Stimme im Vorstand ernannt. An seine Stelle trat Heinrich Schuck als 1. Turnwart. Der Mitgliederbeitrag wurde auf 1 Goldmark pro Vierteljahr für Mitglieder und 50 Pfg. für Zöglinge festgesetzt. Die an den Gau, den Kreis und die Deutsche Turnerschaft abzuführenden Turnsteuern machen die Erhebung eines Beitrags in dieser Höhe notwendig. Auf Vorschlag des Vorstandes wird beschlossen, am 1. März (Samstag) eine Wohltätigkeitsveranstaltung abzuhalten. Der Reinertrag soll den Kirchen beider Konfessionen für die Konfirmanten und Kommunikanten zur Verfügung gestellt werden. Die Mitwirkung der beiden hiesigen Gesangvereine und der Diezer Stadtkapelle ist geschert. Ein Ausschuß ist mit der Ausarbeitung des Programms, das u. a. auch ein größeres Theaterstück und gute turnerische Vorführungen umfaßt, beschäftigt. Da die Leitung in guten Händen liegt, ist mit einer jedermann befriedigenden Veranstaltung zu rechnen. Näheres wird demnächst durch die Presse mitgeteilt. — Nachdem noch einige interne Vereinsangelegenheiten besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß das Jahr 1924 dem Turn- und Sportklub eine erfolgreiche Tätigkeit bringen möge.

Diez, 22. Jan. Zum Kirchenrechner der evangel. Kirchengemeinde Diez Birlenbach und Zugehörigen ist Herr Ferdinand Nold, Diez, bestellt worden.

Obernelfen, 22. Jan. Am kommenden Sonntag findet hier im Saale des Herrn G. Thielmann eine Wohltätigkeitsveranstaltung statt, deren Erlös zur Anschaffung von Schulutensilien für Kinder bedürftiger hiesiger Einwohner bestimmt ist. Die Veranstalter, die sich dieser guten Sache angenommen haben, sind Damen und Herren aus der Gemeinde. Zur Aufführung kommen: Hubertus, Schauspiel in 4 Aufzügen, ferner „Der Handwerksbursch von Einst und Jetzt, oder wie man durch die Welt kommt", mit anschließendem Ball. Der Besuch der Veranstaltung wird wärmstens empfohlen.

*

Fabian, Sebastian (20. Jan.) Der Tag des heiligen Sebastian verdankt seiner Popularität einer alten Bauernregel, welche heißt: „Zu Fabian, Sebastian soll der Saft in die Bäume gahn." Natürlich ist dies nichts weiter als eine fromme Mär. Denn es kommt ganz aufs Wetter an, ob Saft in die Bäume steigt oder nicht.

[illegible] hört die Saftzufuhr zu den Baumkronen nach dem herbstlichen Blätterfall nicht ganz auf, da auch die Zweige mit härtester Rinde Feuchtigkeit ausdünsten und demnach — um nicht zu verdorren — neue Säfte nötig haben. Auch entwickeln verschiedene Bäume und Sträucher gerade vor und nach Neujahr ihren Knospenansatz. Mit dem Sprüchlein kann höchsten gemeint sein, daß — geeignetes Wetter vorausgesetzt — die vermehrte Saftzuführung etwa um den 20. Januar bei einem Teil der Bäume und Sträucher eintritt. — Was den heiligen Sebastian betrifft, so stammt dieser Märtyrer aus Narbonne in Gallien. Unter Diokletian war er Hauptmann in der Prätorianergarde. Im Jahre 288 soll er von mauritanischen Bogenschützen mit 1000 Pfeilen durchbohrt und schließlich zu Tode gestäupt worden sein, da er vom christlichen Glauben nicht ablassen wollte. Der heilige Sebastian ist der Schutzpatron der Schützengesellschaften.

*

Wie wird das Wetter im Jahre 1924? Der Schuhmacher und Wetterprophet Biswang in Frankfurt a. M. hat für das Jahr 1923 einen Wettervorhersage gegeben, die bis auf ganz kleine Abweichungen so ziemlich zutreffend war. Dadurch ist der Mann zu einer gewissen Berühmtheit gelangt. Es lag nun nahe, von ihm zu hören, wie er sich das Wetter in diesem Jahre denkt. Ein Mitarbeiter des Frankfurter Generalanzeigers hat ihn deshalb aufgesucht und suchte Näheres zu erfahren. Der Wettermacher war aber mit seinen Mitteilungen zurückhaltend. Er hat nämlich für dieses Jahr bereits eine genaue Wetterkarte aufgestellt, die er verkäuflich abgeben will, das Stück zu 10 Mark, da er, wie er sagt, auch einmal etwas für seine Mühe haben will. Aber er hat doch einige Andeutungen gemacht, sodaß man wenigstens etwas im Bilde ist. Danach wird der Januar sehr kalt und trocken bleiben. Gegen Ende des Monats ist nochmals Schneefall zu erwarten. Auch im Februar werden wir viel Schnee zu erwarten haben, sodaß eine Hochwassergefahr nahe liegt. Der März wird sehr trocken sein. Der April ist im ganzen wie er sein soll, abwechselnd trocken und naß, windig und heiter. Im Mai dagegen besteht starke Frostgefahr. Von den weiteren Monaten ist zu sagen, daß sie ziemlich trocken sind. Das Jahr 1924 wird also ein trockenes Jahr sein. Die Landwirtschaft wird gut tun, Kartoffeln in nasse Aecker zu pflanzen. Im anderen Falle ist eine große Mißernte zu erwarten. — Wir werden ja sehen, ob er auch diesmal recht behält.

Neues aus aller Welt

Die Briefpost des Luftschiffes „Dixmuiden. Von dem verlorengegangenen französischen ehemals deutschen Luftschiff, Dixmuiden ist über Marsaille ein tragisches Erinnerungszeichen nach Paris gelangt. Es handelt sich um den letzten Briefbeutel, den das Luftschiff ausgeworfen hat. Die gesamte Luftschiffbemannung, sowohl Offiziere wie Mannschaften, hatten diesem Briefe an ihre Familien oder Angehörigen anvertraut. Der Beutel wurde am 19. Dezember, 4 Uhr nachmittags, wie aus der beigefügten Bescheinigung hervorgeht, über Bord geworfen, als das Luftschiff gerade Insalah in der Saharawüste passierte. Aus dem Inhalt der Briefe geht hervor, daß die Mannschaft an ihrer Luftreise das denkbar größte Interesse nahm. Einer schrieb: „Wir sind jetzt mitten über der Wüste und fühlen uns so wohl wie noch nie!" Die Briefschreiber gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sie glücklich wieder zurückkehren werden. Der Postbeutel wurde von Wüstenbewohnern aufgefunden und durch die Kamelpost von Insalah nach Wargla gebracht, von dort ging er über Konstantine nach Algier und Marsaille.

Verhaftung von Kokainschiebern. In Wiesbaden wurden vorgestern am Platze drei Kokainschieber festgenommen. In Frage kommen dabei Leute, welche in Kaffees, Restaurants, auf Bällen und bei anderen Gelegenheiten Kokain zum Kauf anboten und damit allem Anscheine nach ein schwungvolles Geschäft betrieben. Das Kokain wird nämlich, wie wir hören, immer mehr als Nervenberuhigungsmittel angewandt, ohne daß es dabei für nötig befunden wird, einen Arzt zu befragen, Es ergibt sich daraus eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Beteiligten, und nicht nur hier, sondern allerwärts wird daher diesem Kokainhandel polizeilicherseits mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Die hier Festgenommenen werden auch von Ludwigshafen aus verfolgt.

Ein großes amerikanisches Flottenmanöver am Panamakanal. Die Marineverwaltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika veranstaltet zurzeit am Panamakanal ein großes Manöver, an dem nicht nur Flottenstreitkräfte, sondern auch die Landarmee beteiligt ist. Die Manöver werden ungefähr eine Woche dauern, Sie unterstehen einem vereinigten Armee- und Marinestab. Dem Manöver liegt der Gedanke zugrunde, daß die Vereinigten Staaten sich gegen Seemächte zu verteidigen haben, die ungefähr die gleichen Kräfte entfalten können wie die Vereinigten Staaten. Dabei ist bezeichnender Weise vorausgesetzt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten es vernachläßigt hat, diesem voraussichtlichen Angriff beizeiten durch die nötigen Vorbereitungen zu begegnen. Als Grund dafür wird angenommen, daß kein Geld bewilligt worden sei. Als Kriegslage wird angenommen, daß erst vor einigen Tagen die Nachricht von dem Anmarsch feindlicher Kriegsschiffe und feindlicher Heerestransporte Washington erreichte. Daraufhin wurde sofort befohlen, die Kanalzone zu Land und zur See in Verteidigungszustand zu setzen. Die gesamte Flotte und 9000 Mann sind an dem Manöver beteiligt. Durch die Uebung soll der Beweis erbracht werden, daß die Armee imstande ist, den Kanal auch während eines Krieges offen zu halten, sodaß die Flotte der Vereinigten Staaten je nach Bedarf von einer zur anderen Seite des Ozeans wechseln kann, um die Küstenstädte an beiden Ozeanufern zu verteidigen. Ferner soll die Zusammenarbeit zwischen Heer und Flotte auf die Probe gestellt werden. Das Manöver erregt deswegen großes Aufsehen, weil es die erste größere Entfaltung von Kriegsschiffen und Truppen am Panamakanal bedeutet.

Moderne Mädels. Im Mainzer Anzeiger finden wir folgende zeitgemäße Betrachtung. Bei zehn Grad Kälte und scharfem Ostwinde stolzieren die Mädels mit ihren Zwirnfadenstrümpfen in der Stadt herum. Sie frieren, nur weil sie die Mode mitmachen müssen. Diese verlangt, daß sie sich die Beine abfrieren, damit sie später, wenn sie einen Mann „glücklich" machen sollen, ihm durch allerlei Unterleibskrankheiten, Ischias, Gicht und Rheumatismus das Leben zur Hölle gestalten, und natürlich sich mit. Ein halbwegs normaler Mann hat dicke wollene Strümpfe über den Unterbeinkleidern, hat eine Tuchhose darüber und empfindet die Kälte trotzdem unbehaglich. Die unvernünftigen Mädels aber ziehen einen Schleier über die Beine und meinen, das sei hübsch, und frieren dabei. Oben aber am Halse tragen sie dicke Pelze, trotzdem die Gesundheitsregeln sagen, daß man sich am Halse nicht so sehr verweichlichen soll. Bis zum Knie also stehen die Mädels in einem Eiskeller und oben bis zur Brust nehmen sie ein Dampfbad. O, wie das dem Körper so gut tut! Dann sitzen sie den ganzen Tag im Büro, wo vielleicht gar Zementboden ist, und klappern mit den Zähnen und frieren am ganzen Körper. Diese Fräuleins hüsteln mit 15—20 Jahren schon wie alte Frauen. Das sind die Mütter von morgen, die uns ein kräftiges Geschlecht erziehen sollen. Mädels, ich habe euch lieb und gerne, aber glaubt mir, jeder Mann mit gesundem Verstande lacht euch aus, wenn ihr mitten im Winter halbnackt daherkommt, wo doch jeder sieht, daß euch Gefrierfleisch an die Beine kommt, nur der Mode zuliebe. Später könnt ihr euch nicht erklären, woher die Kinderkrankheiten kommen. Der Mann schafft sein Geld in die Apotheke für eure Marotten. Deshalb strickt euch wollene Strümpfe, sie sind billiger als das Spinngewebe, das ihr anhabt, und das doch nach zwei bis drei Tagen zerrissen und unbrauchbar ist, weil ihr die Löcher nicht aneinandernähen könnt, sintemal hundert und tausend solcher Strumpflöcher noch kein einziges Paar Strümpfe ergeben.

Abschaffung der Stiergefechte in Spanien? Die spanische Gesellschaft für Tierschutz hat in Verbindung mit anderen ähnlich gerichteten Organisationen eine Bewegung ins Leben gerufen, die sich gegen die Stiergefechte richtet und ein gesetzliches Verbot dieser grausamen Volksbelustigung fordert. Die spanischen Zeitungen unterstützen diese Bewegung nur sehr zögernd und geben der Befürchtung Ausdruck, daß dem Tierschutzverein nicht gelingen wird, was Päpste vergeblich versucht haben. Sicher ist jedenfalls, daß nur eine Minderheit sich auf der Seite des Tierschutzvereins befindet. Die Masse des Volkes mag in Spanien die Stiergefechte nicht missen. Jede Stadt, die einigermaßen etwas bedeutet, hat eine Arena für solche Kämpfe. Barcelona hat deren zwei. Und jeder Kenner des spanischen Volkslebens weiß, daß der Stierkampf in Spanien genau ebenso zum Sonntag gehört wie die Messe und daß es keinen Festtag gibt, an dem nicht ein Stierkampf geboten würde. Und wie man in Ländern mit großer Sportbegeisterung dieses oder jenes große Sportereignis allgemein bespricht, so wird die Volksunterhaltung in Spanien durch die Geschichten von Stierkämpfen und Stierkämpfern bestritten. Diese Leidenschaft beherrscht im übrigen nicht nur die Massen, sondern auch die sogenannten höheren Gesellschaftsklassen. Als einer der berühmtesten spanischen Stierkämpfer, der Matadore Chicuelo am Kolumbustage in Madrid einen von sechs totgeweihten Stieren mit einem einzigen Stich seines Degens getötet hatte, wurde er gefeiert, wie man in anderen Ländern auch den beliebtesten Monarchen und den verdienstesten Nationalhelden nie gefeiert hat. Bei seinem Triumphgang rund um die Arena wurde er mit Geschenken aller Art buchstäblich zugedeckt. Der spanische Tierschutzverein kämpft also gegen einen Massenwahn. Man wird ihm umsomehr Erfolg wünschen müssen, auch wenn man nicht allzu viel Hoffnung hat.

Weinbau

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat beim Reichsministerium des Innern darauf hingewiesen, daß es wegen der geldlichen Lage des Reichs, der Länder und Gemeinden nicht mehr angehe, für die Beobachtung der Vorschriften des Weingesetzes zur Unterstützung der Nahrungsmittelpolizei besondere Sachverständige, die Weinkontrolleure, zu unterhalten. Es genüge, die Weinüberwachung nur durch die öffentlichen Nahrungsmittel-Untersuchungsämter durchführen zu lassen, zumal diese Sachverständige zuziehen könnten. Damit würden sehr erhebliche ständige Kosten fortfallen. Außerdem spiele der Wein als ständiges Getränk für breite Schichten des Volks weder jetzt eine Rolle, noch werde die vollständig verarmte Bevölkerung in nächster Zeit wieder den Genuß in größerm Umfange aufnehmen können. Gefahren für die Gesundheit seien schon seit geraumer Zeit im Weinverkehr nicht mehr beobachtet worden. Die jetzigen Hauptabnehmer der bessern Weine scheinen im allgemeinen wenig Verständnis für ihre Güte zu haben. Selbstverständlich müßten Weinfälschungen und Weinnachmachungen strafrechtlich verfolgt werden. In den letzten 24 Jahren seien für die Weinüberwachung viel höhere Kosten aufgewandt worden, als für die Ueberwachung des Verkehrs mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, z. B. Milch und Speisefette. Es dürfte sich nicht rechtfertigen lassen, für die Weinüberwachung im Hauptberuf besondere Sachverständige zu belassen, solange es nicht möglich sein werde, die volkswirtschaftlich und volksgesundheitlich wichtigsten Lebensmittel einer besonders wirksamen Ueberwachung zu unterwerfen. Breite Schichten der Bevölkerung dürften in einer Zeit größter Verarmung kein Verständnis dafür haben, daß der Weinüberwachung auf Kosten der Länder und Gemeinden ganz besondere Beachtung geschenkt werde. Der Minister ersucht deshalb, zugleich auch im Namen des Ministers für Handel und Gewerbe und des Landwirtschaftsministers, ein Gesetz zur Aufhebung des Paragraphen 21 Absatz 2 des Weingesetzes einzubringen oder die Aufhebung durch ein Ermächtigungsgesetz herbeizuführen.

Amtlicher Teil

I. 282. Diez, den 17. Januar 1924.

Ich ersuche bis zum 5. kommenden Monats um Namhaftmachung derjenigen Eheleute, die voraussichtlich im Laufe des Jahres 1924 das Fest der goldenen Hochzeit feiern werden und für die infolge Bedürftigkeit ein Geschenk der Staatsregierung in Frage kommt.

Ehejubiläumsmedaillen werden nicht mehr verliehen.

Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

Der Landrat.

STATT KARTEN

Am 18. Januar morgens 6 Uhr verschied nach längerer Krankheit meine liebe Frau, Tochter und Schwester, unsere liebe Schwiegertochter und Schwägerin

Frau Elly Werner

geborene Mund

im 30. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Armin Werner.

BAD EMS,
den 21 Januar 1924.

Die Beisetzung findet am Mittwoch, den 23. Januar, 3 Uhr nachmittags von der Friedhofskapelle Bad Ems aus statt.

Zwangsversteigerung.

(Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft)

Am 8. Februar 1924, vormittags 11 Uhr werden auf dem Bürgermeisteramt zu Charlottenberg die im Grundbuch von Charlottenberg, Dörnberg und Kölbingen eingetragenen Grundstücke der Eigentumserben des Bergmanns Mathias Saffenrath und seiner Witwe Marie Luise geb. Herpel von Charlottenberg versteigert.

Diez, den 17. Januar 1924.

Das Amtsgericht

Geschäfts-Eröffnung.

Habe in **Freiendiez**, Limburgerstraße 58,

ein Wolle-Annahme- und Verwertungsgeschäft

eröffnet.

Anfertigung sämtl. Strickwaren.

Empfehle mich einer geehrten Kundschaft.

Schott & Baumbach

Gute und billige Lebensmittel

bei

Schade & Füllgrabe

Gegr. 1878

Durch direkte Importe und Großeinkauf für ca. 100 Filialen sind wir in der Lage

beste Qualitäten zu billigen Preisen zu liefern

Garantiert reines **Schmalz** Pfd. 80 ₰	Weiche **Mettwurst** Pfd. 2.20 ℳ
Feine Tafel-**Margarine** 1 Pfd. W. 63 ₰	Geräucherter **Speck** Pfd. 1.28 ℳ
Allerfeinste Tafelmargarine **Moenus** extra 1 Pfd. W. 68 ₰	**Cornedbeef** lose Pfd. 80 ₰
Frische **Tafelbutter** Pfd. 2.50 ℳ	**Oelsardinen** Dose 62 ₰
Blutwurst Pfd. 1.10 ℳ	Norweger **Vollheringe** Stück 6 ₰

Gemüsenudeln Pfd. 28 ₰, **Pflaumen** Pfd. 50 ₰

Große schwere **Eier** Stück 21 ₰	**Limburgerkäse** P. 1.10 ℳ
	Edamerkäse Pfd. 1.24 ℳ

Citronen 3 Stck. 25 ₰, Orangen 3 Stck. 25 ₰

DIEZ, Wilhelmstr. 38

Druckerlehrling

gesucht.

Buchdruckerei Sommer, Bad Ems.

Ein alleinstehender kräftiger

Mann

anfangs 50er Jahre, welcher über 25 Jahre selbstständig **Okonomie** betrieb sucht passende Stellung.

Näheres bei

Wilhelm Burd, Niedernelsen Post Flacht.

Verkauf

von

Schuhwaren

zu billigen Preisen.

Leopold, Bad Ems.

Friedrichstraße 9.

Lehrjunge

oder

Lehrmädchen

aus achtbarer Familie kann zu Ostern eintreten.

Oranier-Drogerie Aug. Zimmerman, Diez.

Junges

Mädchen

perfekt in Stenographie, Schreibmaschine und einfacher Buchführung sucht baldmöglichst Stellung.

Angebote unter **E. 100** an die Geschäftsstelle.

Ordentliches

Mädchen

welches schon gedient hat nach Fulda gesucht. Guter Lohn und gute Behandlung Reise vergütet.

Bad Ems, Arzbacherstr. 91.

Keine Läuse und Wanzen mehr (s. Brut) auch b. Tieren in 5 Min. d. d. millionenf. bew. **„Kampolda"**

Vorrät. **Oranien-Drog. A. Zimmermann,** Diez a. L.

Achtung!

Die Firma Schnatz Akt.-Ges. zu Diez sucht durch Inserate in verschiedenen Tageszeitungen der Umgebung Arbeiter.

Die unterzeichneten Verbände erklären in aller Oeffentlichkeit, daß die Firma ihre bisherige Belegschaft unter schnödem Vertragsbruch kurzerhand auf die Straße setzte.

Arbeiter, übt Solidarität und fallt euren Arbeitsbrüdern nicht in den Rücken, denn es gilt Streikbruch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Diez.

Kartell der freien Gewerkschaften für den Unterlahnkreis.

J. A.: Gottl. Krafziek.

Billig! Heute beginnt mein billiger Verkauf von **Billig!**

Schokoladen .. Pralinen

Biskuits .. Bonbons

in 10 verschiedenen Sorten.

Frau Mertens, Emser Schokoladenhaus.

Frische

Kieler Rohessbücklinge, Rollmöpse, Bratheringe

heute frisch eingetroffen bei

Albert Kanth, Bad Ems.

Stellen-Gesuche

im **Lahn-Boten** billig und erfolgreich

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Dollar-Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffk (M) 10618

Nummer 19 — Bad Ems, Mittwoch den 23. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Das Schicksal des Kabinetts Baldwin besiegelt.

Macdonald beim König empfangen. — Aufgabe des zweiten Sachverständigen-Komitees.

Die Debatte im Unterhaus

TU. London, 21. Jan. Das Unterhaus war bei seinem Zusammentritt in Anbetracht der entscheidenden Aussprache und Abstimmung dicht besetzt. Es herrschte eine erwartungsvolle Stimmung.

Das Parlamentsmitglied Grey fragte den Unterstaatssekretär des Aeußeren, ob er dem Hause zusichern könne, daß keinerlei Einmischung in die deutsche Kontrolle der Bahnen im britisch besetzten Gebiet aus den augenblicklichen Verhandlungen zwischen der französischen und der britischen Regierung über die Verwaltung dieser Bahnen entstehen würde. Mr. Neill erwiderte, daß es, da Verhandlungen schwebten, verfrüht sein würde, irgendeine Mitteilung über die Frage zu machen.

Ein Parlamentsmitglied fragte, ob schon irgendeine Regelung erzielt worden sei zwischen der britischen Regierung und den deutschen Finanzvertretern, die heute in London sind, bezüglich der 26prozentigen deutschen Entschädigungsabgabe, und wenn keine Regelung erzielt worden sei, ob er bereit sei, zeitweilig die nach der Regelung der deutschen Entschädigungsfrage eingezogene Abgabe aufzuheben.

Neville Chamberlain erwiderte, die Antwort auf den ersten Teil der Anfrage laute verneinend, so daß der zweite Teil sich von selbst erledige. Verhandlungen seien im Gange und er sei bestimmt nicht bereit, der angeregten Aufhebung zuzustimmen.

Kenworthy fragte, ob die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amts auf die Mitteilung gelenkt worden sei, wonach die französische Regie im Rheinland Ordonnanzen veröffentlicht, hat, die die Einfuhr aller Art, ausgenommen Militärtransporte, Lebensmittel und Rohstoffe, in die britische Zone von Köln verbietet, desgleichen die Ausfuhr aller Waren aus der britischen Zone, ausgenommen Kohlen, was daran wahr sei, und welche Aktion die britische Regierung in dieser Frage unternehme.

Mc Neill erwiderte, die Antwort auf den ersten Teil laute bejahend. Auskünfte würden eingezogen und die Aufmerksamkeit der französischen und britischen Regierung werde auf die Angelegenheit gelenkt. Im gegenwärtigen Augenblick würde es verfrüht sein, irgendeine weitere Erklärung abzugeben.

Kenworthy fragte weiter, ob, wenn diese tatsächlich Blockade der britischen Zone fortdauere, in irgendeiner Form Wiedervergeltungsmaßnahmen von England angewandt werden könnten.

Baldwin verteidigte die Politik der Regierung und erklärte, wenn sie heute nacht beseitigt werden sollte, würde sie ihrem Nachfolger keine ungelösten Probleme, außer der Entschädigungsfrage, der französischen Frage und der Frage der Arbeitslosigkeit, zurücklassen. Die Zukunft liege zwischen der Konservativen- und der Arbeiterpartei!

Die Aussprache über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei wurde von dem liberalen Führer Sir John Simon aufgenommen. Selbst die Leute, die sich dem Antrag widersetzen, glaubten kaum, daß das Land irgendwelches Vertrauen zur Regierung habe. Er kritisierte die Regierung, weil sie nicht unverzüglich nach den Wahlen zurückgetreten sei, was ihre Nachfolger gezwungen hätte, eine Thronrede abzufassen und eine umfassende Erklärung über ihre Politik abzugeben. Das Land brauche vor allen Dingen die Beseitigung einer Regierung, die eingestanden habe, daß sie ein wichtiges Problem nicht förderlich behandeln könne, und ihre Ersetzung durch Leute, die auf jeden Fall hofften, daß sie es könnten. Simon protestierte gegen die Annahme, daß die Uebernahme der Regierung durch den Führer der Opposition im Unterhaus, wie es augenblicklich zusammengesetzt sei, bedeute, daß von heute auf morgen Großbritannien ein sozialistischer Staat werden würde. Die Wählerschaft habe gleichermaßen verworfen: die wilden Experimente des Schutzzolls als auch des Sozialismus. Es sei jedoch eine große Mehrheit von Stimmen vorhanden zugunsten eines neuen Geistes in der Regierung und zugunsten der Politik in auswärtigen und inneren Angelegenheiten, die billigerweise als gemeinsames Gut der Liberalen und Arbeiterpartei bezeichnet werden müßte.

Austen Chamberlain der Simons Rede scharf kritisierte, erklärte, die Koalition sei tot. Niemand könne sie wieder beleben und niemand würde es tun, selbst wenn er es könnte. Zusammenwirken sei jedoch eine Notwendigkeit. Das Land habe niemals angenommen, daß Asquith eine sozialistische Regierung zur Macht bringen werde. Infolge dieser Aktion werde Asquith in der Geschichte als der letzte liberale Erste Minister dastehen. Bei den nächsten Wahlen werde das Land sich entweder für die Arbeiterpartei oder für die Konservative Partei aussprechen.

Die Abstimmung

London, 22. Jan. Kurz nach 11 Uhr wurde der Abänderungsantrag der Arbeiterpartei der der Regierung das Mißtrauen ausdrückt, mit 328 gegen 256 Stimmen angenommen. Dadurch ist das Schicksal des Kabinetts Baldwin besiegelt. Man sieht voraus, daß heute der Ausschuß über die weitere Geschäftsordnung des Unterhauses beraten und daß sich im Anschluß daran, das Unterhaus auf den 12. Februar vertagen wird. In politischen Kreisen verlautet, daß der König heute Ramsay Macdonald empfangen werde, der bereits seine Ministerliste fertiggestellt habe.

•

Die Abstimmung im Unterhaus wurde von der Opposition mit stürmischem Beifall begrüßt. Baldwin nahm nochmals das Wort, um die Erfolge der konservativen Regierung in den 13 Monaten ihrer Tätigkeit hinzuweisen. Er erinnerte daran, daß es ihr gelungen sei, die Frage der interalliierten Kriegsschulden zu regeln, daß sie ferner in einer schwierigen Lage die Aufrechterhaltung der Entente mit Frankreich ermöglichte, den Frieden mit der Türkei und die Tangerfrage zum befriedigenden Abschluß brachte und schließlich auch der Schwierigkeiten Herr wurde, die sich gegenüber Amerika aus der Alkoholfrage ergaben. Baldwin fügt hinzu, obwohl niemand besser wisse als er, was in der Arbeitslosenfrage noch zu tun sei, könne er erklären daß unter seiner Regierung darin mehr getan worden sei, als früher. Er verteidigte dann weiter seine auswärtige Politik und übernahm dafür die ganze Verantwortung. Einer Arbeiterregierung gegenüber werde seine Partei keine grundsätzliche Opposition treiben, sich aber kritisch zurückhaltend stellen.

Ramsay Macdonald erwiderte: Das britische Reich sei im Begriffe einen Schritt zu tun, durch den eine Wendung zum Besseren herbeigeführt werden könne. Wohl habe sich die außenpolitische Lage in der letzten Zeit gebessert, aber nur durch den Ausblick auf den voraussichtlichen Regierungswechsel beeinflußt.

Douglas Mogg stellte noch einmal die Verdienste der früheren Regierung ins Licht und sprach die Hoffnung aus, daß es der Regierung in der Reparationsfrage gelingen möge, es Deutschland zu ermöglichen, aus der schwierigen Lage herauszukommen.

•

Barthou zur Aufgabe des 2. Sachverständigenkomitees

Paris, 21. Jan. (Wolff.) Der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou, erklärte in seiner Begrüßungsansprache an die Mitglieder des Zweiten Sachverständigenkomitees, das heute vormittag 11 Uhr in Paris zusammengetreten ist:

Es genügt uns, die Namen der Geschäftsleute zu kennen, die sich bereit gefunden haben, in das Zweite Sachverständigenkomitee einzutreten, um die Gewißheit zu haben, daß sie mit demselben vertrauensvollen Eifer arbeiten werden wie das Erste Komitee. Die Reparationskommission weiß ihnen dafür Dank. Ihre Aufgabe ist schwierig. Das Problem der deutschen Kapitalflucht läßt sich mit größerer Bestimmtheit stellen als lösen. Aber es ist unmöglich, seine Untersuchung zu vermeiden, weit entfernt, diese dem Budgetausgleich und der Stabilisierung so abträgliche Kapitalflucht zu leugnen hat die deutsche Regierung eine Reihe legislativer und administrativer Maßnahmen getroffen, um sie einzudämmen. Diese sind leider unwirksam geblieben. Ist also in dieser Frage nichts auszurichten? Die Reparationskommission ist nicht der Auffassung. Es ist von Deutschen im Ausland in Form von Depots, von Beteiligungen an bestehenden Geschäften und von Holdings ein beträchtliches Kapital gebildet worden, das die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Mitleidenschaft zieht und dadurch auch seine Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt. Läßt sich dieses Kapital abschätzen? Läßt es sich zurückführen? Der hervorragende englische Sachverständige Mac Kenna schätzte im Dezember 1922 die auf diese Weise nach dem Ausland abgewanderten deutschen Kapitalien auf keinen geringeren Betrag als eine Milliarde Dollar, und er zog unter besonderen Bedingungen deren Verkauf an die deutsche Regierung in Betracht, die sie ihrerseits der Reparationskommission übergeben könnte. Es wird Ihre Aufgabe sein, die zur Abschätzung der in Frage stehenden Beträge und zur Vorbereitung ihrer Rückführung geeigneten Methoden ausfindig zu machen. Es ist zu hoffen, daß Sie von der deutschen Regierung unterstützt werden, deren berufenste Vertreter zu wiederholten Malen erklärt haben, einen Versuch zur Rückführung der Auslandskapitalien, an dem Gläubiger und Schuldner gleiches Interesse hätten, würde ihre aktive Unterstützung finden. Zwischen den beiden Sachständigenkomitees gibt es keine strenge Scheidung Sie sollen einander weder fremd noch verschlossen bleiben. Es ist vielmehr nötig, daß sie einander kennen, unterstützen und zusammenarbeiten. Haben sie nicht die Aufgabe, auf verschiedenem Wege zum gleichen Ziel zu gelangen; der finanziellen Wiederherstellung Deutschlands, die die erste Vorbedingung für die Erfüllung seiner Verpflichtungen ist? Die ganze Welt ist an Ihren Bemühungen interessiert, von denen zum Teil ihr Gleichgewicht abhängt. Die Beteiligung amerikanischer Staatsbürger an den Arbeiten der alliierten Sachverständigen ist eine bedeutsame Tatsache, und ich lege Wert darauf, ihre Wichtigkeit nochmals zu unterstreichen. Das Recht und der Friede, die voneinander unzertrennlich sind, erfordern eine Lösung.

Barthou übertrug hierauf dem englischen Sachverständigen Mac Kenna den Vorsitz des Ausschusses.

Politische Nachrichten

Deutschland

Wahlreform und Abbau an Abgeordneten.

Berlin, 21. Jan. Wie die Blätter von zuständiger Seite erfahren, wird die Frage der Wahlreform und der Verminderung der Zahl der Abgeordneten sowie eine Neueinteilung der Großberliner Wahlkreise zurzeit erwogen und steht kurz vor dem Abschluß. Sie hängt damit zusammen, daß künftig die Zahl der Abgeordneten nicht mehr wie bisher beweglich sei, sondern feststehend bleiben soll. Die Wahlreform wird sich durchaus im Rahmen der Reichsverfassung halten und soll Vorzüge der früheren Einer-Wahl mit der Verhältniswahl verbinden. Die Wahlreform zielt auch dahin ab, eine engere Verbindung zwischen der Wählerschaft und den Abgeordneten wiederherzustellen. Weitere Einzelheiten können erst gesagt werden, wenn die Vorbereitungen zum Abschluß gekommen sind und das Reichskabinett zu der Vorlage Stellung genommen hat, was vielleicht bis Anfang der nächsten Woche der Fall sein dürfte.

Der Personalabbau bei der Reichsbahn.

Berlin 21. Jan. Der Sparausschuß des Reichstags hat über den Personalabbau bei der Reichsbahn verhandelt. Danach wird der Personalbestand der Reichsbahn, der am 1. Oktober 1923 rund eine Million an Beamten, Angestellten und Arbeitern umfaßte, am 1. April um mindestens 20 Prozent vermindert sein. Den durch die Besatzungsmächte inhaftierten Eisenbahnern ist zugestanden worden, daß ihnen der volle Lohn noch einschließlich desjenigen Monats zu zahlen ist, der auf den Monat ihrer Haftentlassung folgt. Die ausgewiesenen Eisenbahner sind bisher vom Abbau gänzlich verschont geblieben.

Berlin, 21. Jan. Der Sparausschuß des Reichstags hat im weiteren Verlauf seiner Sitzung das Reichsverkehrsministerium ersucht, den abgebauten und abzubauenden über 60 Jahre alten Beamten, die aus dem Eisenbahnarbeiterstande hervorgegangen und eine langjährige Gesamtdienstzeit bei der Eisenbahnverwaltung zu tätigelegt haben, auch dann das Ruhegehalt zu gewähren, wenn sie als Beamte noch keine ruhegehaltsberechtigte Dienstzeit von zehn Jahren erfüllt haben. Die Regierung hat zugesagt, im Sinne des obigen Antrags zu verfahren.

Berlin, 21. Jan. Wie wir zu den umlaufenden Gerüchten von zuständiger Stelle hören, hat der Reichsverkehrsminister durch Erlaß ausdrücklich betont, daß den von den Franzosen und Belgiern anläßlich der Ruhrbesetzung gefangen gehaltenen Eisenbahnbediensteten während der Zeit ihrer Haft keinerlei Entlassungsverfügung oder Verfügung betreffend Versetzung in den einstweiligen oder dauernden Ruhestand zugestellt werden darf. Dies bezieht sich auch auf die über 65 Jahre alten Beamten, die auf Grund der Personalabbauverordnung kraft des Gesetzes ohne weiteres in den Ruhestand getreten sind.

Beratungen über die französisch-belgischen Noten.

Berlin, 22. Jan. Die ursprünglich für Anfang dieser Woche in Aussicht genommene Rückkehr des Herrn v. Hoesch nach Paris wird sich verzögern, da die Antworten auf die beiden Memoranden Frankreichs und Belgiens noch nicht festgesetzt sind. Die Behandlung dieser Angelegenheit hat sich zunächst nur auf die ressortmäßigen Besprechungen mit dem Auswärtigen Amte beschränkt. Auch sind noch nicht alle Einzelfragen hinreichend geklärt und bedürfen der nochmaligen Erörterung. Es ist aber möglich, daß das Kabinett sich mit den beiden Schriften, die sich aus der Lage ergeben, beschäftigen wird, besonders mit den Möglichkeiten, die sich aus der Neugestaltung der politischen Verhältnisse in England ergeben.

Dement zur Sitzung des Sachverständigenausschusses.

Paris, 21. Jan. Die Mitteilungen der Morgenblätter über die heutige Nachmittagssitzung des Ersten Sachverständigenausschusses werden von zuständiger deutscher Seite dementiert. Der Sitzung werden nur Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Regierungsrat Meyer von der Kriegslastenkommission beiwohnen. Auch die Meldung, daß Dr. Schacht den Mitgliedern des Ausschusses gestern statistisches Material übermittelt habe, ist unzutreffend.

Die 3. Steuernotverordnung.

Berlin, 22. Jan. Die 3. Steuernotverordnung ist dem Reichskabinett zugegangen, das sich voraussichtlich am Dienstag damit beschäftigen wird.

Rücktritt Kahrs?

München, 21. Jan. Wie der Vertreter des K. Z. aus durchaus zuverlässiger Quelle erfährt, beabsichtigt Generalstaatskommissar v. Kahr, der allgemeinen Volksstimmung nachgebend, schon vor Beginn des Hitlerprozesse, also in allernächster Zeit freiwillig von seinem Amt zurückzutreten.

Ein Täter des Attentats auf v. Seeckt verhaftet.

Laut Vorwärts ist der in Augsburg verhaftete Helfershelfer des in Verbindung mit dem Attentatsplan gegen General v. Seeckt verhafteten Thormann, der Fabrikbesitzer Dr. Grandl aus Augsburg in Berlin eingetroffen und noch im Laufe des gestrigen Tages vom Untersuchungsrichter einem Verhör unterzogen worden. Soweit bisher feststeht, ist Dr. Grandl im allgemeinen geständig, an dem Attentatsplan gegen Seeckt beteiligt gewesen zu sein.

Sachsen

Um die Auflösung des Landtages.

Wie der „Berl. Lokalanzg." aus Dresden meldet, wird heute die sächsische Regierung den Landesarbeitsausschuß der sozialdemokratischen Partei, des einen Antrag auf ein Volksbegehren zwecks Auflösung des Landtages eingebracht hat, auffordern, den Nachweis zu führen, daß er die nach Paragr. 1 Abs. 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. 3. 1921 verlangten Eigenschaften eines Vorstandes einer Vereinigung im Sinne dieses Gesetzes besitzt. Wie das Blatt weiter erfährt, hat die sozialdemokratische Minderheitsgruppe den Abg. Arzt einen neuen Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt, der von 14 Abgeordneten unterzeichnet ist.

Thüringen

Verbot des Saalfelder Volksblattes.

Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatt" aus Weimar ist das im Verlage des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hofmann-Saalfeld erscheinende „Saalfelder Volksblatt" vom Militärbefehlshaber in Thüringen auf acht Tage verboten worden wegen der Veröffentlichung eines offenen Briefes des Verlegers an den Reichswehrminister Dr. Geßler.

Frankreich

Mac Kenna Vorsitzender des Komitees.

Paris, 21. Jan. In seiner Antwort auf die Ansprache Barthous, die erst gestern abend im Wortlaut veröffentlicht wurde, entschuldigte sich der englische Delegierte Mac Kenna, keine Rede vorbereitet zu haben. Seine verspätete Ankunft habe ihm nicht die Zeit dazu gelassen. Auf alle Fälle könne er nichts Besseres tun, als die Worte zu bestätigen, ja sogar sich zu eigen zu machen, die vor acht Tagen General Dawes gesprochen habe. Mac Kenna hat den ihm angebotenen Vorsitz des Komitees angenommen. Der zweite Sachverständigenausschuß verhandelt heute nachmittag über seine Arbeitsmethode.

Paris, 222. Jan. In seiner Ansprache entgegnete Mac Kenna u. a. auf die Anspielung Barthous: Es ist richtig, daß ich es mir herausgenommen habe, meine Ansicht über die deutschen Auslandsguthaben mitzuteilen. Es handelt sich jedoch um die rein persönliche Einschätzung eines Privatmannes. Eine jede Feststellung des 2. Ausschusses wird dagegen mit der Autorität umgeben sein, die die Kommission ihm durch seine Ernennung verliehen hat. Ich bin gewiß, daß meine Kollegen sich nicht im geringsten durch meine derzeitige Veranschlagung aus der Fassung bringen lassen, wenn sie zu dem Entschluß kommen, daß unsere gemeinsam erzielten Ergebnisse meine Angaben nicht bestätigen. Der englische Sachverständige betonte im weiteren Verlaufe seiner Ansprache, daß das Komitee den Mut habe, seine Schlußfolgerungen klar darzulegen. Er hoffe, daß die Welt zum gegebenen Augenblick ihrerseits den Mut haben werde, sie gelten zu lassen. Schließlich versicherte Mac Kenna bescheiden, daß ein jeder seiner Kollegen, insbesondere der amerikanische Delegierte Robinson, sich zur Uebernahme des Vorsitzes besser als er geeignet haben würde.

In der Tat hat Mac Kenna, wie man zuverlässig erfährt, in einem privaten Gespräche vormittags vor der Eröffnung der Sitzung den Wunsch geäußert, das Präsidium des zweiten Ausschusses nicht zu übernehmen. Nach Angaben von französischer Seite hatte Sir John Bradbury auf den früheren Reichsschatzkanzler eingewirkt, und ihm von der Uebernahme des Vorsitzes abgeraten.

Empfang bei Poincare.

Paris, 21. Jan. Ministerpräsident Poincare hat heute vormittag nacheinander den Vorsitzenden der Reparationskommission, Barthou, Finanzminister de Lasteyrie und den englischen Botschafter Lord Crewe empfangen.

Zur Sanierung der franz. Finanzen.

Paris, 21. Jan. Die Gesetzentwürfe zur Sanierung der französischen Finanzen, über die die Finanzkommission der Kammer weiter verhandelt, werden wahrscheinlich im Plenum der Kammer frühestens am Donnerstag den 24. Jan. zur Debatte kommen.

Leon Blum zur Interpellationsdebatte.

Paris, 21. Jan. Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum schreibt zum Abschluß der Interpellationsdebatte u. im Hinblick auf die Kammerverhandlungen zur Sanierung der französischen Finanzen: Als der Ministerrat am Dienstag beschlossen habe, von der Kammer aus Gründen des öffentlichen Wohls schleunigst die Annahme der Steuerentwürfe zu verlangen, die die Deckung des Wiederaufbaubudgets auf diese Weise ermöglichen und zwar restlos ermöglichen sollen, habe sie vor der Kammer und vor dem ganzen Lande festgestellt, daß die Ruhrbesetzung, die sich bezahlt machen und darüber hinaus die deutsche Regierung zum Bezahlen zwingen sollte, nicht allein keinerlei sofortige Einnahme bringe, sondern nicht einmal gestatte, mit einer baldigen Regelung der Reparationsfrage zu rechnen. Niemand in Frankreich werde jetzt mehr das Recht haben, in Unkenntnis der Tatsache zu sein, daß das Ruhrgebiet sich nicht bezahlt mache, da ja der Steuerzahler an seiner Stelle zahlen werde. Niemand werde mehr bestreiten können, daß die Ruhrbesetzung die französische Devise zugrunde richte. Die Teuerung und die Ruhrbesetzung seien dasselbe. Die neuen Steuern seien dasselbe wie die Ruhrbesetzung.

Vom 3. Jahreskongreß der Kommunisten in Lyon.

Paris, 21. Jan. Die kommunistische Partei Frankreichs hat gestern in Lyon ihren dritten Jahreskongreß eröffnet. Auf dem Kongreß waren 84 Landesgruppen durch 148 Delegierte vertreten. In der Nachmittagssitzung haben Vertreter der kommunistischen Parteien des Auslandes, u. a. für die englischen Kommunisten Newbold das Wort ergriffen. Die deutsche Partei war durch Rosie Wolfstein vertreten, die in ihrer Rede u. a. feststellte, daß die Besetzung des Ruhrgebiets der deutschen und der französischen Sektion der kommunistischen Internationale den Boden für eine gemeinsame Aktion geliefert habe. Die Kombination des beiderseitigen Kapitalismus könnte trotz der oberflächlichen Zugeständnisse Poincares nur zu einer entsetzlichen Verelendung des Ruhrproletariats führen. Die Rednerin berührte auch die innere deutsche Parteilage. In Sachsen, Thüringen und Hamburg sei der Kampf nur um einige Augenblicke aufgeschoben. Die Ereignisse, zu denen es dort im Oktober gekommen sei, würden in der kommunistischen Partei keine ernste Krise zur Folge haben. Für Februar erwarte man in Deutschland eine große Streikwelle, die der kommunistischen Partei Gelegenheit geben werde, zu beweisen, daß sie nicht tot sei. Rosie Wolfstein kündigte große kommunistische Demonstrationen in ganz Deutschland für den 13. Februar an. Bei Schluß der Sitzung wurde eine Resolution der kommunistischen Arbeiter aus den zerstörten französischen Departements angenommen, die den deutschen Kommunisten ihren Gruß entbieten und die Hoffnung auf eine proletarische Revolution in Deutschland aussprechen.

England

Generalkonsul Clive in London.

London, 21. Jan. Der englische Generalkonsul in Bayern, Clive, ist heute abend in London eingetroffen und hat sich sofort zur Berichterstattung in das Foreign Office begeben.

Amerika

Um die Einwanderung.

Paris, 21. Jan. Nach einer vom „Temps" veröffentlichten Meldung aus Newyork erklärt die amerikanische Bankiervereinigung in einem von ihr erstatteten Bericht, daß die gesetzliche Einschränkung der Einwanderung die Ursache des hohen Standes der Löhne und der Preise in Amerika sei. Die Bankiers verlangen die Zulassung der Einwanderer ohne Berücksichtigung eines Prozentsatzes um die Wirtschaftslage zu fördern.

Erpressung der Aufständischen in Mexiko.

Newyork, 21. Jan. Nach hier vorliegenden Meldungen hat Huerta gedroht, das Eigentum der mexikanischen Petroleumgesellschaften in Tampico zu vernichten, wenn nicht 400 000 Dollar Steuern an die Aufständischen gezahlt würden. Das Washingtoner Staatsdepartement riet den Vertretern der Gesellschaften, durch die Bewilligung der Forderung ihr Eigentum zu schützen, sobald die Aufständischen durch Beschlagnahme zu erkennen gäben, daß sie ihren Plan ausführen wollten.

Griechenland

Siegt Venizelos oder die Oppositionsparteien?

Paris, 21. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Athen stellen Presse und öffentliche Meinung fest, daß die Konferenz, die Venizelos vorgestern mit den Führern der Oppositionsparteien abgehalten hat, die Unmöglichkeit einer Verständigung erwiesen habe, da die Opposition vor allem ungehinderte Neuwahlen verlange und Venizelos es in Erwartung der demnächstigen Volksabstimmung ablehne, die verfassungsgebende Versammlung sofort aufzulösen. Man erwarte, daß für den weiteren Verlauf der Dinge schließlich doch Venizelos ausschlaggebend sein werde.

Verkehr

Neuregelung der Schüler- und Arbeiterfahrkarten.

Berlin, 21. Jan. Als die Personentarife mit dem 1. November des vergangenen Jahres auf Goldmark umgestellt wurden, waren die Gehälter und Löhne noch nicht auf Goldmarkbasis aufgebaut. Um dem Wirtschaftsleben Zeit zu lassen, sich auf die Goldrechnung umzustellen, waren die Preise für Zeitkarten, Arbeiter-Rückfahrkarten und Schülerfahrkarten vorübergehend um 50 Prozent ermäßigt worden. Nachdem nunmehr der Grund weggefallen ist, der zu einer vorübergehenden Herabsetzung geführt hatte, soll die Notstandsmaßnahme, wie wir hören, mit Ablauf dieses Monats außer Kraft treten. Darüber hinaus sollen Zeitkartenpreise eine geringfügige Erhöhung erfahren. Da die Zahl der Fahrten, die jetzt ihrer Berechnung zugrunde zu legen wären, bei weitem nicht der Benutzungsmöglichkeit der Karten entspricht. Es sollen daher die Monatskarten des Fernverkehrs anstatt nach 20 vom 1. Februar ab nach 25 Einzelfahrten berechnet werden. Die Schülermonatskarten werden nach wie vor zur Hälfte, die Wochenkarten zum 4. Teil des Monatskartenpreises und die Kurzarbeiterwochenkarten nach 3 Einzelfahrten festgesetzt. Bei einer Mindestbenutzung der Monatskarten zu 52 Fahrten im Monat und der Wochenkarte zu 12 Fahrten in der Woche beträgt die Ermäßigung immer noch 52 Prozent und 48 Prozent. Arbeiter- und Schülerrückfahrkarten genießen wieder wie früher eine Ermäßigung von 50 Prozent gegenüber den regelmäßigen Fahrpreisen. Von einer Aufhebung der Vergünstigung, daß Kurzarbeiter, die nur an einem Tage in der Woche arbeiten, für die Hin- und Rückfahrt eine einfache Fahrkarte vierter Klasse benutzen dürfen, wird einstweilen abgesehen.

Verkehrsstörung durch Hochwasser.

Frankfurt a. M., 21. Jan. Das Eis auf dem Main hatte sich heute morgen in Bewegung gesetzt, war aber kurze Zeit darauf wieder zum Stehen gekommen, weil die Eismassen sich an der hölzernen Brücke nach Sachsenhausen gestaut hatten. Heute nachmittag gegen 4 Uhr gab der am Sachsenhäuser Ufer stehende Pfeiler dem ungeheuren Druck nach und wurde von den Eismassen hinweggeschwemmt, sodaß ein Drittel der Brücke vollständig einstürzte. Der Versuch, die abtreibenden Holzmassen zu bergen, mußte vorläufig aufgegeben werden. Das Wasser des Mains ist in fortgesetztem Steigen begriffen. Auch von der Kinzig wird ein Steigen des Wassers um 1,60 Meter gemeldet. Bei Lahr ist der Main von 156 auf 260, bei Aschaffenburg von 266 auf 331 gestiegen.

Der Eisenbahnerstreik in England

London, 21. Jan. Die ersten Nachrichten über den Eisenbahnerstreik aus der Provinz besagen daß von dem Zentrum Doncaster keine Züge abgehen. In Brighton sind die Lokomotivführer ebenfalls ausständig. In Cardiff beträgt die Zahl der Streikenden 3000. In Crewe, einem wichtigen Verbindungspunkt auf der Fernlinie London—Midland—Schottland, sind zwar alle Mitglieder der Lokomotivführer-Vereinigung in den Streik getreten, doch soll eine ausreichende Zahl von Mitgliedern der nationalen Eisenbahner-Union verfügbar sein, um einen eingeschränkten Dienst im Gang zu halten. Bisher laufen so gut wie alle Fern-Expreßzüge mit geringer Verspätung ein. Der Umfang des Streikes kann erst im Laufe des Tages beurteilt werden.

London, 21. Jan. Im Mittelpunkt des Interesses steht hier der Streik der Lokomotivführer und Heizer. Laut Daily Chronicle werden fast 60 000 Eisenbahner unmittelbar davon berührt. Der Vorsitzende des Verbandes erklärte in einer Rede, der Ausstand werde vielleicht zwei Wochen dauern.

Der Westminster Gazette zufolge werde offiziell mitgeteilt, daß in zahlreichen Bezirken auch die Mitglieder des Nationalverbandes der Eisenbahner ihrer Absicht Ausdruck verliehen haben, die Arbeit einzustellen; tatsächlich hätten sich mit wenigen Ausnahmen die Mitglieder der nationalen Eisenbahnerunion den ausständigen Mitgliedern des Lokomotivführerverbandes während der Nacht noch nicht angeschlossen.

Die Blätter tadeln im allgemeinen ohne Unterschied der Partei den Streik. Einige erklären, er werde vielleicht einen bedauerlichen Einfluß auf die Aussichten der Arbeiterregierung bei Beginn ihrer Laufbahn haben.

London, 21. Jan. Reuter meldet: Es wird berichtet, daß Mitglieder der Gewerkschaft von Thomas sich dem Streik angeschlossen hätten, was u. a. in Warrington und teilweise in Crewe der Fall sei. In welchem Grade die Leute von Thomas die Streikenden unterstützen werden, wird sich erst später zeigen. In einer Versammlung der Streikenden wurde Thomas mit dem Rufe „Verräter" begrüßt.

London, 21. Jan. Obwohl durch den plötzlich eingetretenen Streik des Lokomotivpersonals die Fahrpläne der Eisenbahngesellschaften ziemlich in Unordnung geraten sind, ist es diesen im Laufe des Tages doch noch gelungen, einen, wenn auch eingeschränkten, so doch einigermaßen regelmäßigen Verkehr einzurichten, der die hauptsächlichsten Bedürfnisse der Oeffentlichkeit zu decken im Stande ist. Auch der Londoner Vorortverkehr ist im Laufe des Tages wieder in Fluß gekommen.

Die Frühlingsmädchen

14 Novelle von Rudolf Herzog.

(Schluß.)

Maria Frühling dachte nicht an den Gewinn. Maria Frühling dachte nur an Cesare Cerini und daß er es wohl durch den Lotterieeinnehmer, dem sie den Namen Maria Cerini angegeben hatte, drahtlich erfahren haben möge. Maria Frühling lag im Sessel und lachte vor Ausgelassenheit, bis ihr die Tränen kamen. Oh, der Priester der Kunst, Cesare Cerini liebte sie wieder. Oh — Oh . . .

Eine halbe Stunde darauf waren die Schwestern bei ihr versammelt. Sie hatte sie durch den Fernsprecher zu sich gerufen. Die Ratsversammlung der Frühlingsmädchen ging rasch zu Ende.

„Es geht nicht anders," bestimmte die schwarze Eva, und ihre Augen funkelten im Vorgenuß, „wir müssen diese Tragikomödie mit einem Lustspiel schließen. Das will bei uns der geheiligte Brauch. Wann erscheint der Held? Ah, heute gegen Abend schon. Mit dem Schnellzug um sechs. Er soll seinen wohlmeinenden Richter finden. Mädchen, wir spielen mit ihm die Porzia-Szene aus Shakespeares 'Kaufmann von Venedig', nur in neuzeitlicher Bearbeitung. Punkt sechs Uhr sitzen wir drei Aeltesten hier im Empfangszimmer hinter dem Tisch, ich im Richtstuhle meines Mannes, Friedel in seinem zweiten, abgelegten Talar, und Fränzchen borgt sich den dritten beim Bürgermeister, der ihn ja als Amtsanwalt vor dem Schöffengericht trägt. Maria aber hält sich, des Zeugenaufrufs gewärtig, im Nebenzimmer. Und dann soll uns der Meister einmal sein Klavier vorspielen." —

Es war kurz nach sechs Uhr abends, als der alte Pferdeknecht Herrn Cerini meldete. Verdutzt blieb der Fremdling auf der Schwelle stehen. Der schmunzelnde Alte schloß sacht die Tür hinter ihm.

„Erschrecken Sie nicht," sagte die schwarze Eva und rückte das Barett aus der Stirn. „Treten Sie mutig näher, so mutig, wie Sie zum Abschied vor unsere Schwester getreten sind."

Die beiden Beisitzer nickten, lehnten sich zurück und richteten ihre Blicke auf ihn.

„Meine Damen," begann der Meister und fuhr sich nervös mit der Hand durchs Haar, „ich wünschte nicht in eine Theatervorstellung zu gehen, sondern ich bin gekommen, um Frau Cerini zu sehen."

„Eine Frau Cerini gibt es nicht in unseren Akten. Wohl eine Maria Frühling, deren Schwestern wir zu sein die Ehre haben, und die nur einmal im Leben ohne den Rat der Schwestern eine rechtsgültige Handlung beging. Diese Handlung waren Sie! Und nun werden Sie sich darüber klar, mein Herr, ob Sie mit uns in die Verhandlung eintreten oder — überhaupt nicht verhandeln wollen. Nur wir entscheiden, ob die Schwester erscheint."

Die beiden Beisitzer nickten, und Herr Cerini machte den Damen drei knappe Verbeugungen.

„Ich freue mich als Mensch und als Künstler von Herzen über den heiteren Ton, der in diesem Hause vorzuherrschen scheint, und unterwerfe mich ihm trotz des Ernstes meiner Aufgabe."

„Worin besteht der Ernst Ihrer Aufgabe?"

„Frau Cerini zu erklären, daß nur ein Mißverständnis, ein unbegreifliches Mißverständnis die Entfremdung in so weitem Maße herbeiführen konnte, wie sie sich vollzogen hat."

„Reden Sie weiter. Was haben Sie zu Ihrer Verteidigung vorzubringen?"

Wieder fuhr sich Herr Cerini nervös durch das Haar. Doch er bezwang sich.

„Schön, schön. Ich mache gute Miene zum lustigen Spiel. Sie sind Frauen von Anmut und Geist, Sie sind Frauen, die die Liebe kennen und daher Frauen von Herz —"

„Bitte keine Bestechungsversuche. Zur Sache."

„Meine Damen, reden wir ernst. Als ich Frau Cerini von Trennung sprach, dachte meine Seele nicht an eine Ehetrennung, nur an eine zeitweilige Trennung aus wirtschaftlichen Gründen."

„Und diese wirtschaftlichen Gründe sind jetzt fortgefallen?"

„Sie sind es." Und Herr Cerini wischte sich die leise perlende Stirn.

„Seitdem unsere Schwester Maria Frühling Gewinnerin des Hauptpreises in der Süddeutschen Geldlotterie geworden ist? Kommen Sie mir nicht mit dem Einwand der 'gemeinsamen Errungenschaft'. Das Los wurde nach der Scheidung erworben."

„Auch davon erfuhr ich auf der Reise, auch davon, und ich beglückwünsche Frau Cerini außerordentlich. Aber meine Liebe und meine Einkehr sind älter als dieser Glücksumstand."

„Sie haben anderthalb Jahre dazu gebraucht, mein Herr, eine Spanne Zeit, in der man sich in der Tat über vieles klarwerden kann. Das Gericht unterstellt Ihre Beteuerungen vorläufig als wahr. Die Zeugin möge vortreten."

Die beiden Beisitzerinnen rauchten an dem peinlich Vernommenen vorüber und führten die Schwester herein. Cesare Cerini eilte mit einem Ruf des Entzückens auf sie zu. Die Beisitzerinnen wiesen ihn mit ernster Geste in seine Schranken. „Wiederholen Sie Ihre Verteidigung, mein Herr," gebot die schwarze Eva und wischte sich mit dem Taschentuch heftig die zuckende Nase.

Cesare Cerini nahm keine Notiz mehr von seinen Richterinnen. Mit südlichem Feuer wandte er sich der goldroten Maria zu, die wie eine Heilige vor ihm stand, und ein Schwall von Worten und Beteuerungen warf sich auf sie und wogte über sie hin. „Ich werde dich auf Händen tragen! Ich lasse, wenn du willst, meine Kunst für dich! Geh mit mir, und ich will die Sonne wie einen Teppich vor deine Füße legen. Maria!! Meine goldene Maria."

„Kommen Sie," sagte Maria zaghaft, „nur meinetwegen? Nur um der Liebe willen?"

„Wie soll ich deinen Glauben finden, nach dem, was uns schied?"

„Es wird ein entsagungsreiches Leben werden, schwer an Arbeit, denn heute bin ich ärmer als zu der Zeit, da ich das erstemal zu Ihnen sank."

„Du willst arbeiten? Arbeiten willst du? Weshalb sollte meine goldene Maria arbeiten wollen?"

„Weshalb sind Sie nicht gestern gekommen? Gestern war ich reich. Aber meine schweren Erlebnisse ließen mir den Reichtum nicht mehr verlockend erscheinen, nur noch die Arbeit, die über alles hinweghilft. Aber Sie kommen ja um der Liebe willen. Und um der Liebe willen werde ich doppelt freudig arbeiten."

Der Meister strich sich erregt über die Stirn. „Was haben Sie getan, Maria? Was haben Sie voreilig getan?"

„Der Zufall hatte mir eine große Summe in den Schoß geworfen. Ich glaubte, nichts mehr vom Leben nötig zu haben, und sah einen unbemittelten, aber begabten Menschen um seinen Aufstieg ringen. Es ist der hiesige Bürgermeister, Wolfgang Martin."

„Was haben Sie getan, Maria?"

„Ich habe zugunsten unseres Stadtoberhauptes verzichtet. Hier seien Sie die Abschrift des notariellen Aktes."

Der Meister wies das Schriftstück, das sie ihm mit niedergeschlagenen Augen darreichte, zurück.

„Nun werde ich mit doppelter Freude arbeiten," wiederholte Maria leise.

Cesare Cerini schüttelte den Kopf. Seine Augen irrten durch das Zimmer.

„Große Seele, große Seele," murmelte er endlich. „Nein, ich bin deiner nicht würdig."

Und ohne ein weiteres Wort verließ er hastig das Zimmer, als gälte es, sich den schönen Abgang zu sichern. Bis in die Stadt hinein vermeinte er das Jauchzen und Jubilieren der Frühlingsmädchen in den Ohren zu spüren. —

„Gottlob, daß ich das noch erleben mußte!" Und Maria fiel den ausgelassenen Schwestern der Reihe nach um den Hals. „Nun ist der letzte Krankheitsträger in mir hinweggespült! Nun bin ich gesund — gesund wie ihr!"

„Ein gesundes Mädchen muß Hochzeit halten! Wann wird's?"

„Ein Glück," sagte Maria nachdenklich, „daß die Werbung des Bürgermeisters eher kam als die Nachricht von meinem Gewinn. Jetzt glaube ich wirklich an mein Glück, und der Bürgermeister Wolfgang Martin soll es zu spüren bekommen."

„Maria," sagte die schwarze Eva, und ihre Augen funkelten über die Schwester hin, „vergiß den Wunsch unseres alten Vaters nicht, dem wir für unsere Jugend und gute Erziehung Dank schulden. Drei Enkel sind vorhanden. Der vierte ist an dir!"

Und dann rannten die vier Frühlingsmädchen wie ein Wirbelwind durch das alte Schloßgemäuer und die Turmstiege hinauf auf die Plattform ihrer Mädchenstreiche und winkten und riefen ihren Männern zu, die mit Vater und Bräutigam zu einem Feierabendtrunk im Schlosse den Berg hinaufgestiegen kamen.

Der Kampf um die Arbeitszeit

Lohnunterschied der Staatsarbeiter und Arbeiter der Privatindustrie.

Berlin 21. Jan. Ein Berliner Montagsblatt veröffentlicht ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums, das von Ministerialdirektor von Schlieben unterzeichnet und an die Minister der Arbeit, der Wirtschaft, des Verkehrs und der Post gerichtet ist. Es wird darin darauf hingewiesen, daß in den Schiedssprüchen der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse zum Teil erheblich höhere Löhne und Gehälter bewilligt worden sind, als das Reich jetzt an Beamte, Angestellte und Arbeiter zahlt. In dem Schreiben wird weiter bemerkt, daß nur durch eine der allgemeinen Notlage angepaßte Lohnpolitik der Privatwirtschaft die deutsche Ware im Auslande konkurrenzfähig erhalten werden könne. Nur bei einer weiteren Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten könne man an den Sätzen für die Bezüge der Staatsbediensteten festhalten, die zu erhöhen vorerst die Knappheit der Mittel verbiete. Das Reichsarbeitsministerium wird in dem Schreiben gebeten, auf die Schlichtungsausschüsse im Sinne einer Rücksichtnahme auf die geschilderten Gesamtverhältnisse einwirken zu wollen. Für den Fall, daß dies nicht zu einem Erfolg führen sollte, wird angeregt, ob nicht durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassende Verordnung die Spruchtätigkeit der Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken wäre, daß über die Lohn- und Gehaltssätze des Reiches nicht oder nur unter besonderen Voraussetzungen hinausgegangen werden dürfe.

Dieses Schreiben Schliebens, das die Billigung des Reichsfinanzministers fand, hat den Blättern zufolge in den Kreisen der Gewerkschaften und auch bei einigen Schlichtungsstellen lebhaften Protest hervorgerufen. Wie die Blätter hören, wollen die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften Abwehrmaßnahmen treffen. Durch die sozialdemokratische Partei soll im Reichstag eine Anfrage eingebracht werden, ob die Reichsregierung mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums einverstanden ist und ob der Inhalt des erwähnten Schreibens dem Kabinett vorgelegen und dessen Billigung gefunden habe.

Die Antwort des Reichsarbeitsministers bezüglich der Lohnfestsetzung

Berlin, 21. Jan. (WB.) Auf das von der Berliner Montagszeitung veröffentlichte Schreiben des Reichsfinanzministers an den Reichsarbeitsminister bezüglich der Lohnfestsetzungen in der Privatindustrie durch die gesetzlichen Schlichtungsausschüsse hat der Reichsarbeitsminister u. a. wie folgt geantwortet:

Ich halte es nicht für möglich, einen allgemeinen Grundsatz aufzustellen, wonach die Löhne und Gehälter der Privatindustrie über die Zahlungen der öffentlichen Arbeitgeber nicht hinausgehen dürften. Die Löhne und Gehälter werden sich stets in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrie- und Gewerbezweigen richten müssen. Ich würde ein Festhalten an dem Lohnniveau der öffentlichen Arbeitnehmer in einem größeren Umfange, als es die Lage der einzelnen Gewerbszweige dringend verlangt, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer möglichst großen Steigerung der Kaufkraft und ihrer Auswirkung für die Wiederbelebung der Wirtschaft nicht für erwünscht halten. Die Löhne der öffentlichen Arbeitnehmer kann nur eine Tatsache sein, die bei Lohnverhandlungen neben anderen wichtigen Umständen in Betracht gezogen werden kann. Es kommt hinzu, daß den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Arbeitgeber gewisse soziale Vorteile gewährleistet sind, die anderen Arbeitnehmern regelmäßig nicht in dem gleichen Umfange zustehen, was bei der Lohnbemessung gleichfalls berücksichtigt werden muß. Für völlig ausgeschlossen erachte ich es, aufgrund des Ermächtigungsgesetzes den Schlichtungsbehörden Grenzen für die von ihnen vorzuschlagenden Lohnsätze vorzuschreiben. Die Schiedssprüche kommen im übrigen durch die Abstimmung der Beteiligten zustande und es ist nicht ersichtlich, wie die Beisitzer zu einer den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums entsprechenden Stimmabgabe gebracht werden sollten. Ich halte die Bindung der Schlichtungsbehörden durch eine Art Sperrgesetz für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifvertrages und der Eigenart des Schlichtungswesens.

Die Lage in Köln.

Köln, 21. Jan. Mit Ausnahme zweier Gruben, Donatus und Mariaglück, ruht der Betrieb auf allen Braunkohlenzechen. Die ausständigen Arbeiter sind von den Werksleitungen entlassen worden. Die Streikenden verweigern auch die Notstandsarbeiten. Diese aber werden mit Hilfe von Arbeitswilligen und Betriebsbeamten durchgeführt. Die von den Ausständigen aufgestellten Streikposten haben diese Arbeiten, die auf einigen Gruben unter dem Schutze von Polizeikommandos stehen, bisher nicht gestört. Ueber die Dauer des Streiks läßt sich zurzeit nichts voraussagen.

Köln, 21. Jan. Mit Ausnahme zweier Gruben ruht der Betrieb auf allen Braunkohlenzechen. Die ausständigen Arbeiter sind von den Werksleitungen entlassen worden. Die Notstandsarbeiten, die die Streikenden auch verweigerten, werden von Arbeitswilligen und Betriebsbeamten, teils unter dem Schutz eines Polizeikommandos durchgeführt. Die Kohlenversorgung der Bevölkerung ist durch ausreichende Vorräte sichergestellt und der Absatz über Land bisher unbehindert vonstatten gegangen. Der Betrieb der Kraftwerke „Fortuna", das Köln mit elektrischer Energie versorgt, wird durch die Beamten und durch die von der britischen Besatzungsbehörde requirierten deutschen Arbeiter aufrechterhalten. Die erforderlichen Kohlen liefert die Grube „Fortuna" die im übrigen nicht arbeitet.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Beuthen, 21. Jan. Der Streik in der oberschlesischen Eisenindustrie ist beendet. Die Arbeit wird in allen Betrieben zu den Bedingungen der Arbeitgeber heute voll aufgenommen.

Kleine Meldungen

Radio-Ausstellung in Hamburg.

Hamburg, 21. Jan. Der Hamburger Radio-Klub veranstaltet in Hamburg vom 20. Mai bis 2. Juni die erste deutsche Radio-Ausstellung.

Dr. Franz Diblius †.

Dresden, 21. Jan. Das frühere langjährige Haupt der sächsischen Landeskirche, Oberhofprediger und Vizepräsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums Dr. Franz Diblius ist gestern gestorben.

Trauerfeier für Bürgermeister Ritter.

In der großen Halle des Berliner Stadthauses hat eine Trauerfeier für den Bürgermeister Ritter stattgefunden, an welcher Vertreter der Reichs- und der Landesregierung, des Berliner Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und eine große Anzahl Abordnungen zum großen Teil gewerkschaftlicher Vereinigungen teilnahmen. Oberbürgermeister Boele gedachte der verdienstvollen Arbeit des Heimgegangenen.

Zur Begnadigung der Mörder Datos.

Madrid, 20. Jan. Nach einer offiziösen Mitteilung wird die Begnadigung der Mörder Datos, Nicolau und Males, in erster Linie dem Mitleid des Königs und weiter einem von Deutschland bei der Auslieferung der Täter besonders ausgedrückten Wunsch zugeschrieben.

Die deutsche Not

Newyork, 21. Jan. Ein Appell des päpstlichen Delegaten in Washington um Spenden für die Bekleidung notleidender Deutscher ist gestern in allen römisch-katholischen Kirchen der Vereinigten Staaten verlesen worden. In den Kirchen Newyorks schloß sich an den Appell des päpstlichen Delegaten ein solcher des Erzbischofs Hayes.

Aus dem besetzten Gebiet

Pressefreiheit in der Pfalz.

Mannheim, 21. Jan. Die Pfälzer Zeitungsverleger haben beschlossen, die Ausgabe ihrer Zeitungen bis zum nächsten Freitag einzustellen. Sie fordern Pressefreiheit.

Die Eisenbahnblockade in Köln nicht zu ernst aufzufassen.

London, 21. Jan. Reuter erfährt, daß die britische Regierung der Frage der Eisenbahnblockade im Kölner Gebiet durch die französischen Behörden ihre Aufmerksamkeit widme. Es herrsche das Gefühl, daß die Angelegenheit nicht zu ernst aufgefaßt werden dürfe. Nach Feststellung aller Tatsachen werde die Angelegenheit mit Frankreich besprochen werden.

Aus Stadt und Land

Von der Eisenbahn. Am 21. d. Mts. ist in Limburg (Lahn) — besetztes Gebiet — gegenüber dem Warteraum 3. und 4. Klasse eine deutsche Fahrkartenausgabe eröffnet worden, woselbst Fahrkarten gültig ab Eschhofen und Staffel nach den Stationen des unbesetzten Gebiets verausgabt werden. Durch diese Einrichtung wird den Reisenden das bisherige Aussteigen in Runkel und Westerburg zum Lösen der Fahrkarten für die Weiterfahrt sowie die Lösung von Fahrkarten in den Zügen erspart. Dagegen ist Abfertigung des Gepäcks nach Stationen des unbesetzten Gebiets noch nicht möglich. Vielmehr müssen die Reisenden in Eschhofen und Staffel am Packwagen beim Zugführer gegen Vorzeigung des Gepäckscheins der Regie die Weiterleitung des Gepäcks nach der Zielstation beantragen.

Diez, 21. Jan. (Gesangverein „Harmonie") Wie verschiedene andere Vereine unserer Stadt, hielt auch der Gesangverein „Harmonie" in dem neu ausgebauten Saale der Gastwirtschaft H. Bremser, Marktplatz, eine Familienfeier für seine Mitglieder ab. Die Veranstaltung verlief, wie stets die Feierlichkeiten dieses Vereins, in bester Weise. Gut vorgetragene Chöre und die übliche Verlosung sorgten für die notwendige Stimmung. Der beliebte Dirigent, Herr Lehrer Kaltwasser, wurde anläßlich seines Geburtstages in stilvoller Weise geehrt. Das übliche Tänzchen durfte natürlich ebenfalls nicht fehlen und so verbrachten die Vereinsmitglieder angenehme Stunden wirklicher Harmonie und Geselligkeit.

Diez, 23. Jan. (Marktlichtspiele.) „Der schlummernde Vulkan", mit Heinz Mierendorf, dem bekannten Filmschauspieler, heißt der Film, der morgen Donnerstag in den „Marktlichtspielen" läuft. Der Film von kolossaler Spannung und mit herrlichen Industrie-Aufnahmen, dürfte seine Wirkung nicht verfehlen.

Letzte Nachrichten

Aus dem Reichsausschuß der Zentrums Partei

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei dessen Berliner Tagung gestern abend zu Ende ging nahm eine Reihe von Entschließungen an, in denen der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen wird und im Hinblick auf die infolge des eingetretenen weitgehenden Stillstands in der Wirtschaft bedingten Arbeitslosigkeit durchgreifende Maßnahmen der Regierung gefordert werden. Eine weitere Resolution fordert die Bildung einer 3 bis 5-gliedrigen Kommission für außenpolitische Angelegenheiten.

Deutsches Material für den Sachverständigenausschuß

Berlin, 22. Jan. In den für allgemeine Volkswirtschaft und finanzielle Fragen zuständigen Reichsministerien ist man eifrigst beschäftigt, Material für die Sachverständigenkommission zusammenzustellen. Es handelt sich hierbei, wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, nicht nur um die bis auf den neuesten Stand fortgeführten Statistiken, sondern auch um besonderes Material, das geeignet ist, ein Bild von der augenblicklichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands zu geben. Man rechnet damit, daß der Sachverständigenausschuß noch in diesem Monat nach Berlin kommt.

Dr. Schacht und Dr. Meyer in den direkten Verhandlungen

WTB. Paris, 21. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Regierungsrat Dr. Meyer von der Kriegslastenkommission sind heute nachmittag 2 Uhr von dem ersten Sachverständigenausschuß zu offiziösen Besprechungen empfangen worden. In der um 3 Uhr anschließenden offiziellen Sitzung wurde den deutschen Vertretern der Gegenbogen des Ausschusses vorgelegt. Der Reichsbankpräsident gab zunächst in zweistündigen zusammenhängenden Ausführungen und daran anschließend auf einzelne Fragen der Ausschußmitglieder Auskunft über die mit der Sanierung der deutschen Währung in Verbindung stehenden Fragen, insbesondere über seinen Plan einer deutschen Goldnotenbank.

Die Sitzung war gegen 6 Uhr zu Ende. Dr. Schacht und Dr. Meyer werden morgen vormittag 10 Uhr von dem zweiten Sachverständigenausschuß (deutsche Auslandsguthaben) gehört werden, der heute seine Arbeiten aufgenommen hat. In dieser Sitzung wird den deutschen Vertretern auch mitgeteilt werden, ob der erste Ausschuß sie nochmals zu hören wünscht.

Flasche Reichsbanknoten zu 10 Billionen Mark

der 1. Ausgabe vom 1. 11. 1923 im Umlauf.

Vor Annahme wird gewarnt und darauf hingewiesen, daß das Papier der echten Reichsbanknoten vorbezeichneter Ausgabe entweder auf der dreckten hellblau getönten Seite ein natürliches Wasserzeichen — Distelblätter in ornamentaler Verarbeitung — sowie im Papierstoff eingebettete orangerote Pflanzenfasern aufweist oder, im anderen Falle bei forikall der hellblauen Tönung und der orangeroten Fasern, ein über die ganze Fläche laufendes natürliches Wasserzeichen im Vierpaßmuster.

Die Reichsbank hat 1000 Goldmark als Belohnung ausgesetzt, auf die diejenigen Personen Anspruch haben, deren Mithilfe zur Festnahme der Fälscher vorbezeichneter Noten führt.

Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt für Groß-Berlin Kriminalkommissar v. Liebermann, Kurstraße 49 III, Amt Merkur 3789 entgegen; für alle anderen Orte sind die örtlichen Polizeibehörden zuständig.

Suomi

Von Geh. Rat Dr. Alfred Biese-Frankfurt a. M.

Nur wenige in deutschen Landen werden wissen, welch Reich ernster Schönheit und menschlicher Tüchtigkeit sich unter dem so melodischen Worte Suomi birgt. Es ist das Land der Schären und der tausend — nein, der vierzigtausend — Seen, Finnland. Für die Mehrzahl der Leser ein Begriff, der Halbkultur, halb schwedisch, halb russisch, ein Land, wo Bären und Wölfe und Rentiere hausen. Wie weit gefehlt! Wohl ist es nur klein, wie es sich hinstreckt zwischen Ladogasee und Bottnischen Meerbusen, und nur von 3,5 Millionen Menschen bewohnt; wohl ist es ein karges, rauhes, felsiges von Seen durchzogenes Land, aber wie an Granit, auch an Eisen und Erz, so ist es an Holz unerschöpflich reich; Sägemühlen, Holzschneide- und Gellulose- und Papierfabriken geben davon Kunde, aber auch Weberindustrie und wohlgeordnete Land- und Milchwirtschaft blühen. Groß ist der Wissensdrang, Schulen aller Art und eine angesehene Universität (früher Abo, jetzt Helsingfors) suchen ihn zu befriedigen. Das Volksepos, Kalewala, das aus Tausenden und Abertausenden von Runen (d. i. Liedern) noch kurz vor dem Verballen der mündlichen Ueberlieferung der Arzt Dr. Lönnrot zusammenstellte, steht mit seinem Parallelismus der sprachlichen Form einzig da, ein Denkmal eines einsamen, träumerischen, phantasiebegabten Volkes. Die Dichter Runeberg („Fähnrich Stahls Erzählungen") und Aleksis Kivi (Die sieben Brüder) gehören der Weltliteratur an; die Maler Edelfelt und Axel Gallen und der Komponist Jean Sibelius erwarben sich Ruhm weit über ihres Landes Grenzen. Bewundernd steht man in der Hauptstadt vor den Schöpfungen der Architekten Engel und Saarinen und in Ergriffenheit auf dem Ehrenfriedhof vor dem Denkstein, der den im finnischen Befreiungskampf gefallenen Deutschen (1918) errichtet ist.

Wie Handels- und Kulturbeziehungen aller Art Finnland und Deutschland seit Jahrhunderten verbanden, so auch Not- und Schicksalsgemeinschaft. Unter Gustav Adolf kämpften auch Finnen für den lutherischen Glauben; in den schweren Kriegen zwischen Schweden und Russen war Finnland der Schauplatz der Schlachten, und der unsäglich Gustav 4. trat das Land, das 6½ Jahrhunderte zu seinem Königreiche gehörte, 1809 an Rußland ab. Wohl hielten die Zaren Alexander 1. und 2. ihre beschworenen Verpflichtungen, dann aber folgten unter dem Schwächling Nikolaus 2., der auch uns Deutschen zum Verderben wurde, Treu- und Vertragsbruch und Tyrannei. Im Weltkrieg bildete ein finnisches Korps das 27. preußische Jägerbataillon und als nach der Sowjet-Revolution die von den Russen unterstützten „Roten" mordend und sengend Finnland durchzogen, da kam eine deutsche Division (v. d. Goltz) zu Hilfe und wurde zur Befreierin. Wer heute in Finnland als Deutscher reist, findet nur Dankbarkeit und Güte und Liebe. Denn ein Grundzug ist dem Land und den Leuten gemeinsam; die Festigkeit. Wie von Granit ist der Trotz dieser Menschen, der an dem einmal für richtig Erkannten festhält. Deutsches Wesen, deutsche Kultur ist ihnen bewundernswert, deutsches Schicksal für sie selbst ein Leid, eine Sorge. Tausende von deutschen Kindern fanden auch in diesem Jahre dort gastliche Aufnahme und lebten wieder auf in der treuen Pflege und in der reinen Luft in Wäldern und Wiesen und auf den romantischen Inseln. Auch die finnische Landschaft hat wie der Menschenschlag und seine Kultur ihre Sonderart. Schweigende Seen, dunkle Wälder, Föhren, Tannen, Kiefern und Birken zumeist, breite, ruhig dahinziehende Flüsse und tosende Stromschnellen wechseln. Und wer in der Ferne wieder weilt, der weiß nicht, was schöner gewesen: die Fahrt durch die Schären oder im Innern des Landes von See zu See, Insel zu Insel, Punkaharju im roten Gold der untergehenden Sonne oder der schäumenden, tosenden Imatra im magischen Mondlicht.

Ein Meister religiöser Malerei gestorben

Im Alter von fast 78 Jahren ist in Frankfurt am Main der Maler Wilhelm Steinhausen, Professor und Ehrendoktor der Theologie, gestorben. In diesem „Pietisten unter den Künstlern", wie Friedrich Naumann ihn nannte, war in einzigartiger Weise schöpferisches Künstlertum mit tiefinnerlichem Christsein vermählt. So kam der Freund Hans Thomas, auf dessen Entwicklungsgang ein Ludwig Richter einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hat, zur religiösen Malerei und hat hier vor allem ins Große und Allgemeine gewirkt. Steinhausen war eine stille, fast weiche, innerliche Natur. Demgemäß tritt in seinen biblischen Bildern das, was sie für das seelische Erleben bedeuten, in den Vordergrund. Sein Christus z. B. ist, worauf der Steinhausen-Biograph Oskar Beyer hingewiesen hat, nie der „historische" Christus eines Burnand, noch der „verdeutschte" Christus eines Ed. v. Gebhardt, noch der „soziale" Christus Uhde's es ist vielmehr der überzeitliche, als innerster Gegenwartsbesitz erlebte Christus, worauf der Maler Steinhausen allen Nachdruck legt. Und weil bei ihm alles durch ein ganz persönliches Erlebnis hindurchgegangen ist, hat er den Schatz der biblischen Bildvorstellungen der christlichen Vergangenheit ganz wesentlich durch neuartige bereichert. Aus den ungewöhnlich zahlreichen biblischen Bildern des Meisters sind besonders bekannt die schon 1872 entstandenen feinen Blätter zur „Geschichte der Geburt unseres Herrn", zu denen sein Bruder, Pfarrer Heinrich Steinhausen, Verse gedichtet hat. Sein Selbstbekenntnis „Aus meinem Leben" hat der greise Künstler denen gewidmet, „die auch in der vergänglichen Kunst die Ewigkeit suchen, die im kleinen Spinnenwerk die Tautropfen der Ewigkeit sehen; die Freude und Schmerz kennen und wissen, was das Kinderlachen hinter den Fenstern gittern bedeutet; die irre gehen und doch die Glocke hören, die zur Heimat ruft, und — die alle Kunst vergessen können."

Besprechung zwischen Kreistag und Kreisausschuß

Zu einer Besprechung des Kreistages und Kreisausschusses waren diese beiden Körperschaften auf Montag, den 21. Januar 1924 in das Kreishaus eingeladen. Die unter dem Vorsitz des Kreisausschußmitgliedes Mons geführten Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Sicherstellung des notwendigen Finanzbedarfs für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 1923-24, damit ein ersprießliches Weiterarbeiten der Kreisverwaltung möglich ist.

Ueber die einzelnen Punkte der Tagung sei folgendes mitgeteilt:

Finanzbedarf. Von einem Vertreter des Kreisausschusses wird vorgetragen, daß für die Zeit vom 1. 10. 1923 bis 31. 3. 1924 noch folgende bestimmte Aufwendungen zu machen sind: 24 500 Goldmark an den Landeshauptmann für die Unterhaltung des Kreiswegenetzes, 8500 Goldmark Armenkosten 6500 Goldmark Bezirksabgaben. Hierzu kommen noch die sonstigen laufenden Ausgaben, wie Beamtengehälter usw., sodaß rund mit einem Bedarf von 50 000 Goldmark für die vorgenannte Zeit zu rechnen ist. Rechnet man hiervon ab den Betrag, den der Kreis Unterlahn als Anteil aus der Reichseinkommensteuer erhält, so bleiben 45 000 Goldmark für diese Zeit aufzubringen. Dieser Betrag kann nur durch Kreissteuern gedeckt werden, da andere Mittel dem Kreis nicht zur Verfügung stehen.

Ueber die Aufbringung dieser Steuern entsteht eine lebhafte Erörterung. Der Kreisausschuß ist der Ansicht, daß die Aufbringung und Veranlagung zweckmäßig als Zuschlag zu der Grundvermögensteuer erfolgt, da Kreis und Landgemeinden befugt sind, Zuschläge zu dieser Steuer zu erheben. Den Gemeinden bleibt bekanntlich 50 Proz. dieser Steuern vom Reich zunächst als Vorschuß. Das Sollaufkommen der Steuer beträgt für die beiden Katasteramtsbezirke des Kreises rund 40 000 Goldmark, pro Monat, sodaß der Kreis mindestens 25 Proz. der bei den Gemeinden aufkommenden Beträge für sich in Anspruch nehmen müßte, um seine Bedürfnisse zu bestreiten.

Von den Kreistagsabgeordneten von Bad Ems, Ermisch und Meyer, wird auf die [illegible]igen Verhältnisse der Stadt Bad Ems hingewiesen. Es sei den Steuerpflichtigen dort außerordentlich schwer, die Grundvermögensteuer und die jetzt geforderten Zuschläge aufzubringen, da die großen Betriebe so gut wie still liegen würden und keine wesentlichen Einnahmen brächten. Kreistagsmitglied Altenhof erklärt, daß die Steuerbelastung der Landwirtschaft schon jetzt außerordentlich hoch sei und daß auch von ihr keine größeren Opfer mehr gefordert werden könnten. Nach seiner Ansicht hätte die Besteuerung der Landwirtschaft schon die zulässigen Grenzen überschritten und die Zukunft würde zeigen, daß die Landwirtschaft derartig hohe Steuern nicht mehr tragen könne.

Kreistagsabgeordneter Best weist auf die schwierige Finanzlage verschiedener Landgemeinden hin. Auch einer größeren Anzahl von Landgemeinden sei es nur unter den schwersten Opfern möglich, die verlangten Steuern aufzubringen. Schon jetzt gäbe es dort eine große Anzahl Leute, die nicht in der Lage seien die auf sie entfallenden Steuern zu bezahlen.

Seitens des Kreisausschusses wird darauf hingewiesen, daß der Kreisausschuß sich durchaus bewußt sei, welche schweren Opfer er von den Städten und Gemeinden fordere, daß aber der angegebene Betrag das Mindestmaß darstelle und daß er auf der Erhebung bestehen müsse. Die Umlegung würde zweckmäßig nach der vom Kreistag unterm 14. 3. 1923 festgestellten Verhältniszahl erfolgen, das sind 68 Proz. auf die Landgemeinden und 32 Proz. auf die Städte. Von einzelnen Abgeordneten wird noch der Vorschlag gemacht, daß die Veranlagung an Hand der früher zulässigen Steuern erfolgen sollte. Das erweist sich jedoch als unzweckmäßig. Nachdem noch verschiedene Abgeordnete zu der Steuerfrage Stellung genommen hatten, wird der Kreisausschuß ermächtigt, 45 000 Goldmark Steuern für das 2. Halbjahr 1923-24 nachzuerheben und zwar nach dem Soll der Grundvermögensteuer unter Anwendung des früher beschlossenen Verteilungsschlüssels. Der Kreisausschuß wurde auch ermächtigt, für das zweite Halbjahr 1923-24 eine Kreishundesteuer von 2 Goldmark für jeden ersten und 2 weitere Goldmark für jeden zweiten und weiteren Hund zu erheben.

Die Genehmigung zu den bisher schon erhobenen Kreissteuern und aufgenommenen Krediten wird nachträglich erteilt.

Bezüglich der anderweiten Festsetzung der Tagegelder für die Kreistagsmitglieder und die Kreiskommissionen wird dem Vorschlag des Kreisausschusses zugestimmt.

Hiernach betragen die Tagegelder für die Kreistagsmitglieder zukünftig 4,50 Goldmark und für die Mitglieder der Kreiskommissionen 3 Goldmark. Wegen der Tagegelder der Außenbeamten des Kreises entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Es soll hier Herabsetzung auf das unbedingt notwendige Maß erfolgen. Kreistagsabgeordneter Altenhof regt eine Kontrolle der Dienstreisen an. Der Kreisausschußvorschlag, wonach 20 Proz. des auf den Tag errechneten Diensteinkommens als Tagegeld zu gewähren sei, erscheint den Kreistagsmitgliedern nicht annehmbar. Es wird vorgeschlagen, den Außenbeamten mindestens 1,50 Goldmark Tagegeld und die Eisenbahnfahrkosten zu gewähren.

Die Kreistagsmitglieder sind ferner damit einverstanden, daß die Gebühren für die Inanspruchnahme des Kreisbaumeisters nach dem vom Kreisausschuß gemachten Vorschlag auf Goldmarkgrundlage neu festgesetzt werden.

(Schluß folgt.)

Amtlicher Teil

I. 228. Diez, den 21. Januar 1924.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 15. März 1923, I. 2500, die im Umdruck dorthin mitgeteilt worden ist, ersuche ich nunmehr um sofortige Vorlage der zum 10. Januar j. Js. geforderten Jahresbedarfsnachweisung, soweit Mittel für die Erhaltung der Kriegergräber angefordert werden.

Sämtliche Geldbeträge in den Spalten 6 und 7 der Nachweisung sind in Goldmark anzugeben. Unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage des Reiches sind die Anforderungen auf das unbedingt Notwendigste zu beschränken.

Was die Erhaltung der Kriegergräber angeht, so verweise ich auf meine Verfügung vom 28. 4. 22, I. 3576, Kreisblatt Nr. 102.

Bei Nachprüfung der Gesamtzahl der Bestatteten Sp. 3 der für 1923 eingereichten Jahresbedarfsnachweisungen haben sich gegenüber den vor einigen Jahren aufgestellten Hauptgräberlisten zahlreiche Unterschiede herausgestellt, deren Beseitigung dringend erforderlich ist. Da die Hauptgräberlisten der Aufstellung der Jahresbedarfsnachweisung zu Grunde zu legen sind, bleibt nachzuprüfen, ob die Hauptgräberlisten richtig aufgestellt sind. Ich werde den Ortspolizeibehörden zu diesem Zwecke die Hauptgräberlisten in nächster Zeit ohne Anschreiben zugehen lassen, damit diese berichtigt und dem heutigen Stande entsprechend ergänzt werden. In letzterer Beziehung mache ich darauf aufmerksam, daß die im vergangenen Jahre ausgegrabenen und in ihre Heimat überführten Angehörigen der Besatzungsmächte in den Gräberlisten zu streichen sind.

Der Landrat

Diez, den 12. Januar 1924.

Die Herren Bürgermeister derjenigen Gemeinden, die noch mit der Einsendung der Viehbestandsverzeichnisse für 1923 im Rückstande sind, werden an die Erledigung mit einer Frist von längstens drei Tagen erinnert.

Der Landrat.

I. 206. Diez, den 21. Januar 1924.

Anstelle des in Ruhestand getretenen Oberstadtsekretär Kaul ist Justizinspektor Pehl zum Amtsanwalt beim Amtsgericht in Bad Ems ernannt worden.

Der Landrat.

I. 363. Diez, den 19. Januar 1924.

Der Bezirksausschuß in Wiesbaden hat auf Grund des § 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 für den ganzen Regierungsbezirk die Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen auf den den 18. Januar 1924 festgesetzt.

Der Landrat.

Ziegenzuchtverein Bad Ems.
Bestellungen auf Heu (Zentner 5 Mark) nimmt bis zum Freitag entgegen **Der Vorstand.**

Ein ordentliches
Hausmädchen
für kleinen Haushalt sofort gesucht.
Hotel Darmstädter Hof, Bad Ems.

Büro-Fräulein
mögl. franz., engl. sprechend sofort gesucht.
Zu erfrag. in der Geschäftsst.

Emaillierter
Herd
(gebraucht) event. gegen Lebensmittel zu vertauschen.
Bahnhofshotel Bad Ems.

Eine junge frischmelkende
Fahrk[uh] mit Kalb
steht zum Verkauf bei
Emil Maurer, Kemmenau.

ZIGARREN ZIGARETTEN UND TABAKE
Empfehle mein reichhaltiges Lager in **Zigarren Zigaretten, Tabake, Kautabake** zu billigen Preisen.
Otto Ims jr., Diez
Tabakerzeugnisse. Wilhelmstrasse 19.
en gros. en detail.

Raiffeisenverein
Bad Ems.
Wir suchen bis 1. Februar einen Rechner. Meldungen bei Herrn Vors. Gottfr. Diel, Marktstraße 45. Auch wird ein größerer Lagerraum zu mieten gesucht.
Kaufe
Stangenbohnen
auch die kleinsten Mengen. Zahle je nach Sorte, pro Pfd. 2—4 Goldmark.
Samenhaus Mull, Diez.

Nette Brauerei
(Vereinigte J. Bubser und Brüdergemeine Brauereien)
Weißenthurm/Rh
empfiehlt ihre hellen und dunklen Qualitätsbiere in Gebinden und Flaschen.
Niederlage für Bad Ems und Umgegend:
Rudolf Eisfeller -- Bad Ems
Fernsprecher 25.

Markt-Lichtspiele Diez
Nur Donnerstag abend 8 Uhr:
Der schlummernde Vulkan
Die Geschichte einer rätselhaften Schuld.
Großfilm in 6 Akten mit Hans Mierendorf.
Außerdem eine tolle amerikanische Goldsucherkomödie in 2 Akten.
Volles Orchester (5 Mann).
Der Saal ist bestimmt gut geheizt.
Freitag und Samstag keine Vorstellung.
Sonntag abend und Montag abend:
I. TEIL
Fliegende Brigante.

STATT KARTEN
MARTHA STRAUSS
MAX THALHEIMER
VERLOBTE
WASENBACH · BALDUINSTEIN (Lahn) · BAD EMS
Januar 1924

Keine Läuse und Wanzen mehr! (s. Brut) auch b. Tieren in 5 Min. d. d. millionenf. bew. **„Kampolda"**
Vorrät. Oranien-Drog. A. Zimmermann, Diez a. L.

Frische deutsche
Margarine
Marke **„Prima"** 1 Pfd.-Würfel **58** ₰
keine abgelagerte Auslandsware.
Tafelmargarine 1 Pfd. W. **65** ₰
Allerfeinste Tafelmargarine **Moenus extra** 1 Pfd. W. **75** ₰
Garant. rein **Schmalz** Pfd. **80** ₰
Große schwere **Eier** Stück **21** ₰
Limburgerkäse Pfd. **1.10** ₰
Camembertkäse Schachtel **65** ₰
Oelsardinen 30 mm. Dose **62** ₰
Schade & Füllgrabe
Diez, Wilhelmstr. 38

Billigste Preise bei besten Qualitäten!
Reichardt Kakao,
[P]uderschokolade, ein halbes Pfund von **50** ₰ an
Reichardt Schokoladen 10, 40—60 ₰
Kaffee, beste Sorten, roh u. gebrannt
Mandel-Milchbutter „Tomor"
Käse, stets frisch
Hefe, ganz und im Anschnitt
Seife, Doppelstück von 25 Pf. an
Flammers Seife 35 Pf.
empfiehlt
J. Schreiber, Diez
Bäckerei u. Kolonialwaren. Oberstraße.

Wohnungs-Tausch
Köln gegen Diez-Limburg. Geboten: 5 Zimmer, Küche, Zubehör. Gesucht dasselbe. (Goldmiete)
Schaaf, Köln-Lindenthal Dürenerstrasse 476.

Musikhaus Beck
Bad Ems
Fachmännische Reparatur-Werkstätte für sämtliche Instrumente.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Private. Katalog 16 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Männergesangverein Concordia
Diez an der Lahn.
Freitag, den 25. Januar 1924, abends 8 Uhr:
Jahres-Generalversammlung
bei Schier, Hotel Viktoria.
Der Vorstand.

Gastwirte und Wiederverkäufer!!
Billigste Bezugsquelle für Branntwein, Weinbrand-, Rum- und Arrac-Verschnitt, Liköre, Wein und Obstschaumwein
Gebr. Besmann, Limburg
Weiersteinstrasse 3. Fernsprecher 353.

Eichenes
Schlafzimmer
kompl. Küche mit Geschirr
Fremdenzimmer
Freitag, nachmittags 3 Uhr freiwillig zu versteigern.
Carlton-Cabaret Bad Ems, Römerstr. 20.

In kleinen Geschäftshaushalt (2 Kinder) braves fleißiges
Mädchen
nicht unter 18 Jahre (am liebsten vom Land) gesucht. Gute Behandlung. Zeitgemäßer Lohn.
Näheres Geschäftsstelle Diez

Zu verkaufen:
einkl. Ofen mit Kochgelegenheit ein fast neues Vertiko.
Zu erfrag. in der Geschäftsst.

Holzversteigerung.

Am Freitag, den 25. d. Mts., vormittags 10 Uhr kommen im Gemeindewald Kemmenau, in den Distrikten Altenhau 11 a und Prinzenhau 13 b zirka 284 Rmt. Scheit-, Knüppel- und Reiserknüppelholz, sowie 2 Fichtenstämme und 13 Fichtenstangen öffentlich zur Versteigerung. Anfang im Distrikt Altenhau.

Kemmenau, den 22. Januar 1924.

Der Bürgermeister.

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Millimeterzeile 8 Goldpfg. Anzeige, amtl. Bekanntmachungen Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkbeträge werden mit dem jeweiligen Billionen-Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fayer, Heilingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 20 — Bad Ems, Donnerstag den 24. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Zum englischen Kabinettswechsel.

Das neue englische Kabinett. Lenin gestorben.

Das neue englische Kabinett

Kurz nach der Mittagsstunde ist Baldwin gestern von seinem Amte zurückgetreten, nachdem er am Vormittag seine letzte Kabinettssitzung abgehalten hatte und im Anschluß daran zum König gegangen war. Dieser letzte Akt seiner Regierungsherrlichkeit ist genau so programmäßig verlaufen, wie der Sturz seines Kabinetts in der Nacht vorher. Die Bahn ist nun frei für Macdonald, der zeigen muß, was er kann und was seine Versprechungen wert sind. Wir haben in Deutschland nicht nötig, dem Kabinett Baldwin eine Träne nachzuweinen. Im übrigen Jahre hielten wir uns während des Ruhrkampfes einmal für berechtigt, Hoffnungen auf die englische Politik zu setzen. Das war damals, als Lord Curzon im englischen Oberhaus seine Rede hielt, um die deutsche Regierung zu einem Schritte zu ermutigen. Dieser Schritt erfolgte dann auch in der Form des Angebotes, das die Regierung Dr. Cuno den Ententemächten unterbreitete. Bis heute ist auf dieses Angebot jegliche Antwort ausgeblieben. Diese Behandlung Deutschlands ist bezeichnend nicht nur für die Politik, die Bonar Law verfolgt hat, sondern eigentlich noch mehr für die seines Nachfolgers Baldwin. Die englische Politik überließ Deutschland vollkommen seiner Isolierung.

Wird darin unter der Führung Macdonalds eine Aenderung eintreten? Der neue englische Ministerpräsident hat in der Unterhausdebatte vor der entscheidenden Abstimmung wie auch schon vorher der Meinung Ausdruck gegeben, allein schon die Aussicht auf den kommenden Kabinettswechsel in England habe die außenpolitischen Verhältnisse gebessert. Den Nachweis dafür ist er allerdings schuldig geblieben.

Was die Mission des englischen Generalkonsuls Clive in der Pfalz im Gefolge haben wird, werden wir auch erst noch abwarten müssen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob man in London sich damit begnügt, oder ob man nun daraus auch die Konsequenzen ziehen wird. Die Antwort auf diese Frage wird schon ein Prüfstein für die Außenpolitik des neuen englischen Kabinetts sein. Was Macdonald bisher in außenpolitischen Ansichten äußert hat, läuft im Großen und Ganzen auf internationale Verständigung und Völkerbundsgedanken hinaus. Er wird es also im Amte sicher an der Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht fehlen lassen. Aber solange es bei diesen Worten bleibt, wird auch der Wechsel in der englischen Regierung noch keinen Wandel in der englischen Außenpolitik bedeuten. Von einem Umschwung wird man erst dann sprechen können, wenn der neue englische Ministerpräsident sich dazu entschließt, nötigenfalls auch mit der Tat für seine Grundsätze einzustehen. Hier wird man von vornherein der künftigen Tätigkeit Macdonalds mit großer Zurückhaltung entgegensehen müssen.

Aber wenn sich Macdonald auch vielleicht hüten wird, in der auswärtigen Politik seines Landes das reichlich vorhandene heiße Eisen sehr rasch und sehr fest anzugreifen — in der innern Politik wird er es tun müssen. Hier liegen wohl auch seine Schicksalssterne. Die Konservativen haben die Abstimmungsnacht im Unterhause noch einmal dazu benutzt, die Arbeiterpartei und ihrer Unterführer, die Liberalen, zu lästern und zu schelten. Sie haben sich den Anschein gegeben, als gehe man jetzt in England schweren sozialistischen Zeiten entgegen und sie haben sich bereit, den Liberalen die Verantwortung für all das aufzubürden, was sich nun nach ihrer Behauptung an sozialistischen Schreckenstagen ereignen wird. Baldwin u. Austen Chamberlain haben den Liberalen mit völliger Vernichtung bei der nächsten Wahl gedroht. Was die englischen Konservativen erwarten, liegt auf der Hand. Sie nehmen an, daß Ramsay Macdonald sich sehr rasch verbrauchen und mit einem völligen Fiasko von der politischen Bühne wieder zurücktreten wird. Dann würde höchstwahrscheinlich der Mißerfolg der Arbeiterpartei auch die Liberalen mit in seine Kreise ziehen. Aber die Liberalen wissen ebenso gut wie die Arbeiterpartei, worum sie sind und was für sie auf dem Spiele steht. Deshalb werden sie so leicht ganz sicher nicht den Konservativen den Gefallen tun, eine unhaltbare Lage herbeizuführen. Aeußerste Vorsicht und kluge Berechnung — unter diesem Zeichen wird die englische Innenpolitik in der nächsten Zeit stehen. Daß dieser Kurs sehr starke Gefahren im Gefolge hat, ist klar. Denn Macdonald kann gewisse Probleme der inneren Politik, wie z. B. das der Arbeitslosigkeit und das der indirekten Steuern nicht auf die lange Bank schieben, wenn er es nicht mit seiner eigenen Partei verderben will. Hier sind die heißen Eisen dazu da, um angepackt zu werden. Zwischen dieser Notwendigkeit und liberaler Bedenklichkeit wird der neue Ministerpräsident zu lavieren haben.

London, 23. Jan. Die Ereignisse nach dem Fall der konservativen Regierung sind sich im Laufe des gestrigen Tages schnell gefolgt, Vormittags um 10,30 fand die letzte Sitzung des Kabinetts Baldwin statt, und schon eine Stunde später überreichte der bisherige Premierminister dem König im Buckingham-Palast die Demission seines Kabinetts. Um 12 Uhr wurde der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Mac Donald vom König empfangen. Er war begleitet vom Thomas, Clynes u. Henderson, seinen Hauptmitarbeitern. Der König lud Mac Donald ein, die Regierungsbildung zu übernehmen, und der Arbeiterführer nahm diese Aufforderung an und leistete dem König den Handschlag darauf. Die Audienz beim König dauerte ungefähr eine Stunde. Sofort nach dem Zusammentritt des Unterhauses teilte Baldwin dem Parlamente den Rücktritt seiner Regierung mit und fügte hinzu, die Minister würden ihre Posten beibehalten, bis die neue Regierung vollzählig ernannt sei. Er beantragte dann die Vertagung des Unterhauses bis 12. Februar. Der Antrag wurde angenommen und das Parlament sofort vertagt.

Um 5 Uhr abends hatte Macdonald eine zweite Audienz beim König, und es wurde später verlautbart, daß der König der persönlichen Zusammensetzung der neuen Regierung, die Macdonald ihm mitteilte, seine Zustimmung gegeben habe.

WTB. London, 22. Jan. Reuter meldet: Die hauptsächlichsten Posten des neuen Kabinetts werden wie folgt besetzt werden:

Erster Minister und Staatssekretär des Aeußern Ramsay Macdonald;
Lordgeheimsiegelbewahrer und stellvertretender Führer des Unterhauses Clynes,
Lordpräsident des Rats Lord Parmoor;
Lordkanzler Lord Haldane;
Schatzkanzler Snowden;
Staatssekretär des Innern Henderson;
Kolonien Thomas;
Krieg Stephan Walsh;
Indien Sir Sidney Oliver;
Luftfahrt Brigadegeneral Thomson,
Admiralität Viscount Chelmsford;
Handelsamt Sidney Webb;
und Ackerbau Noel Buxton.

J. Ramsay Macdonald ist geboren 1866 als Sohn einer schottischen Landarbeiterfamilie. Er war ursprünglich für den Lehrerberuf bestimmt, aber es blieb bei der Absicht, und Macdonald ging als junger Mann nach London und schlug sich dort kärglich mit schriftlichen Arbeiten durch. Diese Tätigkeit führte ihn der Politik zu; er wurde Sekretär bei einem linksliberalen Parlamentsmitglied und begann für die Presse zu schreiben. Zu der Folge schloß er sich dem Verein der Fabier an, einem im Jahre 1884 gegründeten sozialistischen Propagandaverein, der sich im Gegensatz zu den Klassenkämpfern mehr auf das ruhige Studium des Sozialismus legte und deshalb seinen Namen dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator entlehnt hatte.

Im Januar 1893 wurde die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party) gegründet und Macdonald befand sich unter den Gründern. Mit dem Jahre 1900 begann seine eigentliche politische Laufbahn: Er wurde zum Sekretär der Arbeiterpartei gewählt und wirkte im Verein mit Keir Hardie außerordentlich für die Kräftigung der Partei und für ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen. Die Arbeiterpartei ist keine sozialistische Partei im engeren Sinne, sie will vor allem auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter (Trades Unions) an ihre Fahne fesseln und mit ihnen zusammen die Parlamentswahlen machen. Die Führer der Trades Unions standen aber vielfach dem Liberalismus viel näher als dem Sozialismus, sie bekämpften den letzteren teilweise sogar heftig und deshalb geriet die Unabhängige Arbeiterpartei in Gegensatz zu der Organisation der zielklaren Sozialisten, der „Sozialdemokratischen Federation."

Noch 1907 wurde die Richtung Macdonald, die sich mittlerweile in eine einfache „Arbeiterpartei" umgewandelt hatte, vom internationalen sozialistischen Kongreß in Stutgart nicht als „sozialistische" Partei anerkannt. Die verschiedenen sozialistischen Gruppen Englands vereinigten sich im Mai 1912 zur Britischen sozialistischen Partei. Die von Macdonald geführte Arbeiterpartei ging indessen in dieser Einigung nicht auf, und blieb als selbständige Partei weiter bestehen. Seit 1906 ist Macdonald Mitglied des Parlaments.

WTB. Paris, 22. Jan. Ramsay Macdonald hat unmittelbar nach der gestrigen Abstimmung im Unterhaus dem Londoner Korrespondenten des „Journal" erklärt, der Augenblick sei für Freudenausbrüche nicht geeignet. Die Arbeiterpartei übernehme eine furchtbare Verantwortung. Sie werde ihr Bestes tun, um ihr gerecht zu werden. Er sei stolz auf die Labour Party. Es würde für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin Englands wenn sie die Partei an der Regierung sähen, darin eine große Ermunterung liegen, zu arbeiten und sich aufzuopfern, um die Partei und ihn in den Stand zu setzen, einen Erfolg davonzutragen.

Französische Pressestimmen zum neuen Kabinett

WTB. Paris, 22. Jan. Das „Journal des Debats" wünscht, daß man sich auf beiden Seiten des Kanals sofort einige, noch bevor es zu neuen Unstimmigkeiten komme. Auf französischer Seite sei man dazu bereit. Es sollte der Zusammenhanglosigkeit der Verwaltung in den Rheinlanden, den Reibereien zwischen den verschiedenen besetzten Zonen, den Eifersüchteleien zwischen den Ländern, der aufreibenden Polemik, dem Geist der Rivalität ein Ende gemacht werden. Gäle die Uebernahme der Regierung durch Macdonald Gelegenheit zu erneuten freundschaftlichen Erwägungen der französisch-englischen Beziehungen, so könne man sie ohne besondere Beunruhigung verzeichnen.

Der linksradikale Paris Soir schreibt, Macdonald wolle den Frieden organisieren und trete für internationale Abmachungen großen Stils ein. Er sei entschlossen, an Stelle der mechanischen Anwendung der Verträge das Streben nach Lösungen im Geiste der Versöhnlichkeit und Solidarität zu setzen. Er werde von der gesamten öffentlichen Meinung Englands unterstützt. Seine Initiative würde, ganz gleich wie Frankreich sich zu ihr stelle, in der Welt ungeheuren Widerhall finden. Das Ministerium Macdonald sei mehr als ein Ereignis, es sei ein Abbruch einer neuen Epoche.

Die Stellung der englischen Presse

Die konservative Presse sucht sich in Würde mit ihrem Unglück abzufinden. Die liberale, wie z. B. die „Westminster Gazette" ermahnt die Arbeiterpartei, zu beweisen, daß sie regieren könne; sie werde dies nur können, wenn sie sich von Anfang an vor Augen halte, daß sie eine Minderheitsregierung sei, und bei allem, was sie tue, vom Wohlwollen und der Unterstützung der anderen Parteien abhänge. Das Arbeiterblatt „Daily Herald" schreibt, die Arbeiterpartei übernehme die Regierung mit der klaren Erkenntnis der Schwierigkeiten, die dem Ministerium bevorstehen, da sie sich nur auf die Stimmen von nicht ganz dem dritten Teil der Unterhausmitglieder verlassen könnte. Wenn das Experiment scheitern sollte, würde dies einen peinlichen Rückschlag bedeuten.

Wohl am meisten ist man, auch in England selbst, auf die auswärtige Politik des Arbeiterkabinetts gespannt. Die scharfe Kritik, die Ramsay Macdonald gerade an der Außenpolitik seines Vorgängers geübt hat, bedeutet zweifellos für ihn eine ernste Verpflichtung und die wichtigste Probe auf die politische Leistungsfähigkeit seiner Partei. Wir in Deutschland werden gut tun, in aller Ruhe abzuwarten, wie die neue britische Regierung ihre Aufgabe anpacken wird.

Zum Tode Lenins

Lenin †.

London, 22. Jan. ((Wolff.) Wie das hiesige Büro der Russischen Telegraphen-Agentur mitteilt, ist Lenin gestern in Moskau gestorben.

•

In der Regierungsveröffentlichung über den Tod Lenins heißt es: Nichts deutete auf die Nähe des Todes hin. In der letzten Zeit war in dem Gesundheitszustande Lenins eine bedeutende Besserung eingetreten. Alles schien darauf hinzuweisen, daß die Gesundheit sich auch weiterhin bessern werde. Da trat ganz unerwartet gestern, den 21. Januar, eine schroffe Verschlimmerung ein und ein paar Stunden später verschied Lenin. Der in Moskau tagende allrussische Rätekongreß und der in den nächsten Tagen zu eröffnende Kongreß der Sowjetunion werden die nötigen Entscheidungen treffen, um die weitere ununterbrochene Arbeit der Sowjetregierung zu sichern. Das Hinscheiden Lenins bedeutet den schwersten Schlag, den die arbeitenden Massen der Sowjetunion seit der Machteroberung durch die Arbeiter und Bauern Rußlands getroffen hat. Die Sowjetregierung, die den Willen der werktätigen Massen zum Ausdruck bringt, wird das Werk Lenins weiterführen und den von ihm gewiesenen Weg weiter beschreiten.

Die Leiche wird am Dienstag aus Gorki nach Moskau übergeführt und bis zu der am Samstag stattfindenden Beerdigung im Gewerkschaftshause aufgebahrt werden. Der ganzen Bevölkerung wird der Zugang zur Bahre freigestellt sein.

Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich Ulsanoff) entstammt einer angesehenen Familie aus dem Gouvernement Simbirsk. Sein Vater war Gymnasialdirektor. Schon in früher Jugendzeit nahm er an der revolutionären Bewegung in Rußland teil. Mehrfach erlitt er harte Gefängnisstrafen. Ein gleichgesinnter Bruder von ihm wurde 1889 hingerichtet. Er selbst wurde im Jahre 1897 nach Sibirien verbannt. Von dort entkam er 1899 ins Ausland. Seiner ganzen radikalen Veranlagung nach wurde Lenin das geistige Haupt der bolschewistischen Spielart der russischen Sozialdemokratie. Als solcher trat er während der Revolution von 1905 wieder in Rußland auf, wo er sich jedoch nur bis 1907 halten konnte. Er ging dann wieder ins Ausland, zunächst nach London, dann in die Schweiz.

Erst als im März 1917 der Zarenthron umgestürzt wurde, war für ihn der Weg nach Rußland wieder offen. Von Kerenski verfolgt, der ihn unschädlich zu machen versuchte, mußte er seine Verbarbeit in Rußland im geheimen entfalten, mit dem Erfolge, daß im November 1917 die Bolschewiki die Gewalt an sich reißen konnten. Lenin trat nun an die Spitze der Bolschewiki-Regierung als „Vorsitzender des Rates der Volkskommissare" oder, wie man sonst sagen würde, als Ministerpräsident.

Sein Tod kommt nicht unerwartet. Schon seit längerer Zeit war er durch Krankheit genötigt, auf jede aktive politische Betätigung zu verzichten.

Der ärztliche Bericht lautet: Am 21. Januar trat im Gesundheitszustande Lenins eine plötzliche Verschlimmerung ein. Um 5,30 Uhr abends wurde der Atem stockend, es trat Bewußtlosigkeit und allgemeine Entkräftung ein, und um 6,15 Uhr gab Lenin unter Erscheinungen der Paralyse des Atmungszentrums seinen Geist auf. — Ergänzend wird folgender ärztliche Bericht veröffentlicht: Die am 22. Januar um 2 Uhr nachmittags vorgenommene Obduktion stellte starke Veränderungen der Blutgefäße fest. Eine frische Blutung aus den Gefäßen der weichen Hirnrinde war die unmittelbare Todesursache. Unterzeichnet ist das Bulletin von den Professoren Foerster, Ossipow, Abrikosow, Deschin und Bunak, von den Doktoren Gaufler, Elistratow, Rasanow, Obuch, Weißbrodt und Semaschko.

Um 12 Uhr mittags fand eine 20 Minuten dauernde Sitzung des allrussischen Rätekongresses statt. Die von Kalinin überbrachte Mitteilung vom Tode Lenin machte auf die Delegierten einen umso überwältigenderen Eindruck, als den meisten Delegierten die Tatsache noch unbekannt war. Der Kongreß erhob den 21. 1. zum Trauertag. In Moskau sind öffentlichen Veranstaltungen und Lustbarkeiten auf sechs Tage abgesagt.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 22. Jan. Der Zusammentritt des Reichstages wird, wie aus parlamentarischen Kreisen bekannt wird, voraussichtlich um den 10. Februar herum erfolgen. Der 10. Februar ist jedenfalls nach Auffassung der Reichsregierung der äußerste Termin, weil das Ermächtigungsgesetz am 15. Februar abläuft.

•

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zum Mittwoch, den 30. Januar, 10 Uhr vormittags, mit der Tagesordnung „Politische Lage" einberufen worden.

Politische Nachrichten

Deutschland

Die 3. Steuernotverordnung vor dem Reichskabinett.

Berlin, 23. Jan. In der gestrigen Nachmittagssitzung des Reichskabinetts erstattete Reichsfinanzminister Dr. Luther einen Bericht über die 3. Steuernotverordnung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Desgleichen nahm das Kabinett einen Bericht des Geschäftsträgers in Paris von Hoesch entgegen.

Aus der Reichstagsfraktion des Zentrums.

Berlin, 23. Jan. Die Reichstagsfraktion des Zentrums beschäftigte sich am Dienstag mit den Auswirkungen der Beschlüsse des Reichsausschusses für die Fraktion. Einen breiten Raum nahm in den Erörterungen die Frage des besetzten Gebietes ein. Insbesondere wurde eine bessere Behandlung der ausgewiesenen Beamten verlangt. Beschlossen wurde u. a.: Die Fraktion wolle an die Reichsregierung im Reichstag die Anfrage stellen, was die Regierung zu tun gedenke, um die Kredite für die Wirtschaft, Industrie usw. zu verbilligen.

Aus dem Staatsrat.

Berlin, 22. Jan. Der preußische Staatsrat hat heute seine Arbeiten wieder aufgenommen und in seiner ersten Vollsitzung die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Für diese Wahl hatte die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft ihren Anspruch auf die Stellung des Präsidenten, der bisher vom Zentrum, von den Demokraten und den Sozialdemokraten mit der Begründung zurückgewiesen war, daß die Arbeitsgemeinschaften zwei Parteien, die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei, vereinige, also keine einheitliche Fraktion darstelle, erneuert. Der Einspruch war ohne Erfolg. In der Wahl wurde der Präsident Adenauer mit 47 Stimmen gegen das Mitglied Hallensleben von der Arbeitsgemeinschaft mit 22 Stimmen wiedergewählt. Ebenso zum Ersten Vizepräsidenten wieder der Sozialdemokrat Graef, zum zweiten Vizepräsidenten dann das Mitglied Hallensleben. Der Staatsrat erledigte kleinere Entwürfe und vertagte sich dann auf morgen.

Personalabbau in Preußen.

Berlin, 19. Jan. Der Ständige Ausschuß des preußischen Landtages nahm die Verordnung über den Personalabbau an. Der besonders umstrittene § 21 a über das Schiedsgericht fand Annahme in folgender Fassung: Gegen die einstweilige Versetzung in den Ruhestand oder gegen die Entlassung kann der Beamte mit der Begründung Einspruch einlegen, daß die §§ 19 und 20 verletzt seien. Der Einspruch ist nur binnen einer Ausschlußfrist von zwei Wochen zulässig, die mit dem Tage der Bekanntgabe der die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand oder die Entlassung aussprechenden Verfügung beginnt. Er hat keine aufschiebende Wirkung. Der Einspruch ist schriftlich einzulegen. Die Einspruchsschrift muß die Tatsachen enthalten, auf die die Verletzung gestützt wird und die Beweismittel bezeichnen. Der Einspruch kann nur vom Staatsministerium zurückgewiesen werden. Wird dem Einspruch stattgegeben, so gilt die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand oder die Entlassung als nicht erfolgt. Will das Staatsministerium dem Einspruch nicht stattgeben, so hat es vor der Entscheidung den Vertrauensausschuß zu hören. Die tatsächliche Feststellung des Vertrauensausschusses ist für das Staatsministerium bindend. Im übrigen kann das Staatsministerium von der Auffassung des Vertrauensausschusses nur abweichen, wenn es dies mit einer Mehrheit von Dreivierteln aller Staatsminister beschließt. Jede Entscheidung des Staatsministeriums, die von der Entscheidung des Vertrauensausschusses abweicht, ist mit Gründen zu versehen und dem Landtag mitzuteilen. Für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin und für jeden Regierungsbezirk wird ein Vertrauensausschuß von drei Mitgliedern gebildet. Der Vorsitzende wird vom Staatsministerium ernannt; er muß ein richterlicher Beamter sein. Die Beisitzer werden für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin vom Oberpräsidenten, für den Regierungsbezirk vom Regierungspräsidenten ernannt. Der eine Beisitzer muß dem in Betracht kommenden Zweige der Staatsverwaltung, der andere derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn wie der betreffende Beamte angehören. Die Ernennung erfolgt für das Kalenderjahr im voraus. Für die Beamten der Zentralbehörde ist ein entsprechender Ausschuß zu bilden.

Zum Beamtenabbau.

Berlin, 22. Jan. (Wolff.) Im Sparausschuß des Reichstags wurde vom Vertreter des Reichsministeriums des Innern bekanntgegeben, daß im gesamten Geschäftsbereich des Reichsministeriums des Innern der Personalbestand an Beamten und Angestellten bis 31. Januar um 23 Prozent vermindert sein wird. Der Vertreter des Reichsernährungsministeriums teilte alsdann mit, daß auch dieses Ministerium den vorgeschriebenen Abbau durchführe. Bei der Behandlung des Abbaues im Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums teilte der Regierungsvertreter mit, daß bereits in der Organisation des Reichswirtschaftsrats erhebliche Ersparnisse durchgeführt worden konnten. Bei Besprechung der anderen dem Reichswirtschaftsministerium nachgeordneten Stellen ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung, mit kurzer Frist das Reichskommissariat für Kohlenverteilung den Eisenwirtschaftsbund, den Metallwirtschaftsbund u. sämtliche noch vorhandenen Außenhandelsstellen zu beseitigen.

Preußischer Landtag

Berlin, 22. Jan. Präsident Leinert eröffnet die erste Sitzung nach den Weihnachtsferien mit einem Hinweis darauf daß vor 25 Jahren, am 16. Januar, die erste Sitzung des Landtages in diesem Gebäude stattgefunden habe. Die Kommunisten begleiteten die Erwähnung dieses Jubiläums mit höhnischen Zurufen.

Nach debatteloser Erledigung einiger Ausschußberichte führt der Bericht des Hauptausschusses über die Finanzierung der Universität Frankfurt a. M. zu einer längeren Aussprache. Nach dem Vertrag soll der Fehlbetrag der Universität je zur Hälfte vom Staat und der Stadt Frankfurt gedeckt werden.

Der Vertrag wird gegen den größten Teil der Deutschnationalen angenommen, zugleich eine Ausschußentschließung, die das Staatsministerium ersucht, dem Landtag jährlich eine Uebersicht über den Haushalt der Universität Frankfurt a. M. vorzulegen, und ein weiterer Ausschußantrag, der das Staatsministerium ersucht, keinerlei den Bestand des preußischen öffentlichen Bildungswesens gefährdende Maßnahme ohne Anhörung des Landtages zu treffen.

Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird den zuständigen Ausschüssen übergeben, darunter der Gesetzentwurf betreffend die Auflösung der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Grundsteuer, kleinere Vorlagen.

Bayern

Zum Hitler-Prozeß.

München, 22. Jan. (Wolff.) Wie die Korrespondenz Hoffmann von zuständiger Stelle erfährt ist die Blättermeldung, der zufolge der Generalstaatskommissar beabsichtige, noch vor Beginn des Hitler-Prozesses freiwillig zurückzutreten, unzutreffend.

Sachsen

Aus der sächsischen Sozialdemokratie.

Wie der Vorwärts aus Dresden meldet, befaßten sich die ganzen Instanzen der sächsischen Sozialdemokratie in den letzten Tagen erneut mit der Haltung der Fraktionsmehrheit zu dem Ergebnis des jüngsten Parteitages. Bekanntlich lehnte die Fraktionsmehrheit es ab, das Kabinett Held zum Rücktritt zu zwingen und sich für Neuwahlen zu entscheiden. Im Laufe der Beratungen forderten zwei Mitglieder die Rückverweisung der strittigen Fragen an die Bezirksorganisationen; dagegen vertrat die Mehrheit die Auffassung, daß ein Beschluß des Parteitages durch Beschlüsse in den Bezirken nicht geändert werden könne. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Fraktion als Beschluß der Landesinstanzen nahegelegt werden soll, den Antrag auf sofortige Landtagsauflösung zu unterstützen. Sodann wurde mit 22 gegen 4 Stimmen folgender Beschluß gefaßt: Tritt die Fraktionsmehrheit nicht auf diese Brücke der Verständigung, dann ist die Fraktionsminderheit verpflichtet, den Willen des Parteitages und die von ihm gewollte Politik im Landtag zu vertreten.

Frankreich

Resolution zu einem Wahlblock der Bauern und Arbeiter

Paris, 22. Jan. Der Landeskongreß der Kommunistischen Partei in Lyon hat gestern eine Resolution in Form eines offenen Schreibens an die Sozialistische Partei angenommen, in der er für die Bildung eines gegen den Linksblock gerichteten Wahlblocks der Arbeiter und Bauern eintritt. Die Bedingungen sind: Durchführung dieser Wahlkoalition im ganzen Lande ohne Rücksicht auf besondere örtliche Verhältnisse, Bruch der Sozialisten mit dem Linksblock und gemeinsames Vorgehen zwecks Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit.

Der Moskauer Exekutionsausschuß an die französische Partei.

Die Humanite veröffentlicht eine von Sinowjew unterzeichnete Botschaft des Moskauer Exekutivausschusses der kommunistischen Internationale, in der die französische Partei aufgefordert wird, das deutsche Proletariat und die deutsche Revolution zu unterstützen, dem Linksblock jede Konzession zu verweigern, da er gegen die Arbeiterklasse gerichtet sei, und sich unter den bereits oben erwähnten Bedingungen mit den Sozialisten zu einem Arbeiter- und Bauernblock zusammenzuschließen.

Foch bei Poincare.

Paris, 22. Jan. Ministerpräsident Poincare hat gestern nachmittag Marschall Foch empfangen.

Pariser Blätter zum Sturz Baldwins.

Paris, 22. Jan. Zum Sturze des Kabinetts Baldwin schreibt der Petit Parisien, die Geschichte der allzu zahlreichen Zwischenfälle, die seit sechs Monaten ohne Unterlaß die französisch-englischen Beziehungen vergiftet hätten, könne noch nicht geschrieben werden. Wahrscheinlich sei man auf französischer Seite dafür ein wenig mitverantwortlich. Aber hätte man in London gewisse nach außen hin täuschende vorübergehende Erscheinungen gegen Frankreich ausbeuten können, wenn man nicht immer schon für einen gewissen Argwohn empfänglich gewesen wäre? Es sei zweifelhaft, ob Baldwin damals an den französischen Imperialismus geglaubt habe. Aber er habe Lord Curzon so vorgehen lassen, als ob das Foreign Office daran glaubte. Ein Premierminister sei immer verantwortlich für die von seinen unmittelbaren Mitarbeitern getriebene Politik. Indessen würden die Franzosen nicht vergessen, daß Baldwin, wenn er auch oft aus Unerfahrenheit gesündigt habe, im Grunde seines Herzens immer ein Freund Frankreichs geblieben sei.

Das Petit Journal schreibt, Frankreich werde es künftig wie in der Vergangenheit mit Männern zu tun haben, denen vor allem die Vertretung der englischen Interessen am Herzen liege. Es werde gewisse zähe Vorurteile zu überwinden haben, die sie mit ihren Vorgängern teilten. Es werde ihre Ansichten zu berücksichtigen und ihnen die seinen verständlich zu machen haben. Es werde das große Bedürfnis empfinden, sich mit ihnen zu verständigen, wenn es zu einer allgemeinen Regelung der interalliierten Fragen kommen solle. Vielleicht werde man die Ueberraschung erleben, in gewissen Punkten sehr guten Willen, in anderen eine offene Gegnerschaft zu finden.

England

Macdonald Premierminister.

London, 22. Jan. Reuter. Ramsey Macdonald hat das Amt des Premierministers angenommen.

9 Liberale für die Regierung.

London, 22. Jan. Reuter meldet, daß 9 Liberale bei der gestrigen Abstimmung für die Regierung gestimmt haben.

England und die interalliierten Kriegsschulden.

London, 23. Jan. Sir Arthur Balfour hat gestern in einer Rede in Birmingham gefordert, daß nunmehr die Frage der interalliierten Kriegsschulden definitiv geregelt werden müsse. Er glaubt, daß der weitere Sturz des Franken hätte aufgehalten werden können, wenn Frankreich mit England zu einer Verständigung sich gefunden hätte. Er glaube nicht, daß die englischen Bedingungen drückend gewesen wären. Schließlich fand eine Resolution bei der Versammlung einstimmige Annahme, in der die englische Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen zu treffen, durch die Frankreich und Italien zur Begleichung ihrer Schulden angehalten werden. Im weiteren Verlaufe der Versammlung sagte Balfour Frankreichs Regierung behaupte immer, das Land sei arm, aber Frankreich sei doch reich genug, um die Schulden gewisser kleiner Staaten zu bezahlen.

Rückkehr Clives nach Deutschland.

London, 22. Jan. Nach der gestrigen Verlesung des Telegramms Clives im Unterhaus durch Mc Neill fragte das Parlamentsmitglied Kennworthy, ob irgendein Grund bestehe, weshalb England nicht einen Konsul in Speyer oder einer anderen pfälzischen Stadt haben sollte. Mc. Neill erwiderte, seines Wissens habe keine Notwendigkeit bestanden, diese Frage zu erwägen, aber sie könne zweifellos in Zukunft erwogen werden. Den Blättern zufolge hat Clive gestern nachmittag im Foreign Office Bericht über das Ergebnis seiner Untersuchungen in der Pfalz erstattet. Er wird wahrscheinlich in wenigen Tagen nach [illegible] zurückkehren.

Ein Schiffsbau[illegible]losigkeit.

Im Laufe der Debatte gab der [illegible] Admiralität, Amery, eine Erklärung über das Schiffsbauprogramm ab, das die Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den großen Schiffsbauzentren aufgestellt habe. Alle leichten Kreuzer würden im Laufe der folgenden zwölf Jahre veraltet sein; um sie zu ersetzen, und die Zahl der Kreuzer auf ausreichender Stärke zu halten, würde es nötig sein, während der kommenden 10 Jahre insgesamt 52 Kreuzer zu bauen oder durchschnittlich fünf in jedem Jahre. Von 1931 ab werde die Regierung infolge des Vertrages von Washington durch den Ersatz der Großkampfschiffe hohe Kosten auf sich zu nehmen haben. Die gegenwärtige Regierung habe die sofortige Inangriffnahme des Baues von acht leichten Kreuzern, drei Unterseebooten, zwei Kanonenbooten für den Dienst im Persischen Golf, einem Flugzeugmutterschiff und einem Minenleger vorgeschlagen. Das gesamte Programm werde [illegible] für 32.000 Arbeiter Arbeit schaffen [illegible] get im [illegible] um 5 [illegible]

*

Der englische Eisenbahne[illegible]

Die englischen Lokomotivführer haben, wie angekündigt, in der Nacht vom Sonntag auf Montag mit der Stillegung des Verkehrs begonnen. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um eine Privatangelegenheit, da die englischen Eisenbahnen in der Hand von Privatgesellschaften sind. Selbstverständlich aber greift der Streik in das öffentliche Leben Englands außerordentlich tief ein und deshalb ist es auch erklärlich, daß Regierungsmaßnahmen im Notfalle in Aussicht genommen sind. Der Wechsel des englischen Kabinettes wird daran nichts ändern, da auch der Führer der Arbeiterpartei in erster Linie auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs bedacht sein muß. England hat im Jahre 1919 schon einmal einen allgemeinen Eisenbahnerausstand erlebt. Damals hat die Regierung mit denkbar größter Rücksichtslosigkeit alle nur erdenkbaren Verkehrsmittel eingesetzt, um den Personen- und Güterverkehr in den lebensnotwendigen Grenzen aufrecht zu erhalten. Bis jetzt sind ähnliche Maßnahmen noch nicht in Aussicht genommen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Zehntausende von Lastkraftwagen sofort für allgemeine Verkehrszwecke mobil gemacht werden können. Ein durchaus brauchbares Ersatzmittel bietet auch der Luftverkehr. Die Luftverkehrsgesellschaften haben ihre Vorbereitungen schon bis ins Einzelne getroffen, sodaß vom Montag an ein außerordentlich verstärkter Personen- und Güterverkehr mit Hilfe von Flugzeugen nach allen Teilen Englands und nach dem Kontinent von London aus eingesetzt wird. Jedes nur irgendwie brauchbare Flugzeug ist wieder in den Dienst gestellt worden. Da dieser Luftverkehr gänzlich von genügenden Brennstoffvorräten abhängt, so sind in der letzten Woche alle nur erreichbaren Vorräte an Benzin in den unterirdischen Tanks der Londoner Flughalle gesammelt worden. Zwischen London und den hauptsächlichsten Industriestädten ist ein Luftsonderdienst Montag früh in Kraft getreten. In England bestehen im Ganzen vier Eisenbahngesellschaften. Sie haben untereinander Vereinbarungen getroffen, die den Fahrgästen die wechselseitige Benutzung der verschiedenen Linien erleichtern sollen. Man sieht in London dem Streik mit ziemlicher Ruhe entgegen, weil man annimmt, daß er nur von kurzer Dauer sein wird.

Aus den Sachverständigenausschüssen

Eine Goldnotenbank als Grundlage der Stabilisierung der Mark

WTB. Paris, 22. Jan. Der Wiederherstellungsausschuß veröffentlicht folgenden amtlichen Bericht:

Der vom Wiederherstellungsausschuß eingesetzte Sachverständigenausschuß, der sich mit der Stabilisierung der deutschen Währung und dem Ausgleich des deutschen Haushalts beschäftigt, ist zu der Auffassung gekommen, daß es zweckmäßig wäre, eine Goldnotenbank zu errichten, indem man 1. einen Teil der Metallreserven und der ausländischen Devisen flüssig macht, die etwa im Besitz deutscher Staatsangehörigen sind und zurzeit keinerlei wirtschaftliche Verwendung finden, 2. ausländische Kapitalien zur Unterstützung heranzieht. Der Ausschuß nimmt an, daß die Errichtung einer derartigen Notenbank einen Bestandteil des Gesamtplans bilden wird, der den künftigen Ausgleich des Haushalts und die Stabilisierung der Währung herbeiführen soll. In dieser Beziehung scheint dem Ausschuß, daß gewisse Teile des von Dr. Schacht entwickelten Plans mit Nutzen Verwendung finden werden, wenn der Zeitpunkt dazu gekommen ist. Der Ausschuß hat die Auseinandersetzung der Ideen Dr. Schachts begrüßt. Sie stellten ein Element der umfassenden Maßnahmen dar, die getroffen werden können, oder zwischen denen eine Wahl möglich ist. Der Vorsitzende des Ausschusses hat bereits hervorgehoben, daß es für die Verbündeten notwendig ist, sich über ein Einheitsprogramm zu verständigen. Der Ausschuß ist überzeugt, daß es zur Sicherung des Erfolges der ins Auge gefaßten Bank auch wünschenswert ist, daß Ausländer bei ihrer Leitung mitwirken. Angesichts der Dringlichkeit einer Entscheidung und ihrer Durchführung hat der Ausschuß Dr. Schacht davon unterrichtet, daß er am Mittwoch, dem 30. Januar, seinen endgültigen Plan in Berlin besprechen werde.

Guter Eindruck Dr. Schachts

Paris, 23. Jan. Dr. Schacht wird, wie wir erfahren, am Donnerstag die Rückreise nach Berlin antreten. Er hat nach der Sitzung des Sachverständigenausschusses den Pressevertretern, die ihn mit Fragen bestürmten, erklärt, daß sein Eindruck keine Rolle spiele, es käme nur auf die Mitglieder des Ausschusses an. Der „Gaulois" glaubt, diese Aeußerung dahin auslegen zu können, daß die Darlegungen Dr. Schachts einen guten Eindruck gemacht haben.

Dawes am Montag nach Berlin.

Paris, 22. Jan. Das Sachverständigenkomitee Dawes (Budget und Währung) reist voraussichtlich am Montag nach Berlin ab.

Günstiger Eindruck der Erklärungen Schachts auf das Sachverständigenkomitee.

Paris, 22. Jan. Der Gaulois schreibt zu der gestrigen Nachmittagssitzung des Ersten Sachverständigenausschusses, man könne eine gewisse Unruhe nicht unterdrücken. Das geheimnisvolle Stillschweigen des Sachverständigenkomitees sei einigermaßen störend. Es habe seine Nachteile nicht nur für die französische öffentliche Meinung, die sich frage, welche Ueberraschungen sie nach den vielen anderen Ueberraschungen meist unangenehmer Art noch zu erwarten habe, sondern auch für die öffentliche Meinung Amerikas, die vor nicht langer Zeit noch eine lebhafte Abneigung gegen die Methode der Geheimdiplomatie bekundet habe. Es müsse aber zugegeben werden, daß die Erklärungen Dr. Schachts auf das erste Sachverständigenkomitee einen günstigen Eindruck gemacht habe. Bei gewissen Alliierten stehe Dr. Schacht in dem Ruf, zu der kleinen Zahl jener Deutschen zu gehören, die sich bemühen, loyal eine Lösung der Reparationsfrage zu finden.

Rasche Arbeit des Sachverständigenausschusses

London, 22. Jan. Die Schnelligkeit der Beschlüsse des Sachverständigenausschusses erregt hier Staunen. Man ist der Ansicht, daß die Arbeiten schon spätestens am 20. Februar erledigt sein könnten, wenn der Ausschuß täglich vormittags und nachmittags-Sitzungen abhalte. In Berlin werde sich der Ausschuß wohl höchstens noch bis zum 20. Februar aufhalten. Seine Arbeiten erstreckten sich zunächst auf die Prüfung des deutschen Reichshaushaltes. Die Haltung Schachts wird in einer Pressenotiz umschrieben wie folgt: Schacht geht vor allem darauf aus, daß die geplante Notenbank und die internationale Anleihe zustande kommen und steht auf dem Standpunkte, daß in erster Linie von deren Ertrag und mit Hinzuziehung deutschen Kapitals zur Errichtung der geplanten Goldnotenbank geschritten werde mit einem Grundstock von einer Milliarde Mark.

Besprechung zwischen Kreistag und Kreisausschuß des Unterlahnkreises.

(Schluß.)

Die wesentlichen Gebühren sind danach für die Zukunft folgende:

1. Für Wohn- und Fabrikgebäude bis 100 Kbm. 2 Mk., mindestens jedoch 10 Mk., höchstens 75 Mk.
2. Für Wirtschaftsgebäude, Scheunen, Ställe, Schuppen, Remise usw. über 100 Kbm. pro 100 Kbm. 80 Pfg., mindestens jedoch 5 Mk.
3. Für untergeordnete Bauten unter 100 Kbm. 3 Mk.

Für die Revisionen der Gemeindegebäude werden ebenfalls Goldmarkbeträge von 1—3 festgesetzt.

Das Kapitel Kreisbaumeister führt zu kritischen Betrachtungen über das Bauamt. Die Abgeordneten sind zum Teil der Ansicht, daß eine Aufrechterhaltung dieses Institutes in dem bisherigen Umfange nicht mehr notwendig sei, da die Bautätigkeit erheblich nachgelassen hätte.

Abgeordneter Dankhoff hält das Bauamt in seinem bisherigen Umfang für eine durchaus notwendige Einrichtung. Als Fachmann könne er erklären, daß noch eine rege Bautätigkeit sei und daß sie sich im Jahre 1924 noch erheblich vermehren würde. Das Bauamt müsse in seiner jetzigen Form aufrecht erhalten bleiben. Abg. Müller-Kördorf hält die Besichtigungen der Gemeindebauten in dem bisherigen Umfang nicht notwendig, da sie auch die Gemeinden zuviel Geld kosten würden.

Entsprechend dem Vorschlag des Kreisausschusses wird der § 6 der Satzungen über den **Besuch gewerblicher Berufsschulen** im Unterlahnkreis geändert. Bisher waren für den Besuch der Schule feste Sätze vorgesehen, die durch die Geldentwertung weit überholt sind. In Zukunft ist der Schulvorstand berechtigt, zur Deckung der durch die Abhaltung der Berufsschule entstehenden Kosten besondere Zuschläge zur Gewerbesteuer zu erheben. Zur Zahlung verpflichtet sind alle Gewerbetreibenden, gleichviel ob sie berufsschulpflichtige Jugendliche beschäftigen oder nicht, sowie die nicht zur Gewerbesteuer veranlagten Arbeitgeber und die steuerfrei veranlagten Gewerbetreibenden, die berufsschulpflichtige Jugendliche beschäftigen.

Für die **Kommission zur Abnahme der letzten** Jahresrechnung der Kreiskommunalkasse erstattet Abg. Altenhof Bericht. Dem Rendanten wird Entlastung erteilt.

Einen breiten Raum nahmen dann noch die vom Kreisausschuß beabsichtigten **Abbau- und Sparmaßnahmen** ein. Die Kürzung und demnächst zu erwartende gänzliche Einstellung der Reichsbesoldungszuschüsse zwingt zur rücksichtslosen Einschränkung. Obwohl andererseits neue Aufgaben auf den Kreis abgewälzt sind, wie Veranlagung der Grunderwerbssteuer und Gewerbesteuer, muß unter Zurücksetzung anderer Verwaltungszweige unbedingt gespart werden. Die Not der Zeit zwingt zum Abbau des Wohlfahrtsamtes. Es soll künftig nur noch eine Schwester gehalten werden. Abg. Zimmet ist der Ansicht, daß wenigstens noch eine weitere Schwester gehalten werden müsse, um praktische Wohlfahrtspflege zu betreiben. — Ein Beamter der **Kreisverwaltung** soll pensioniert und zunächst 4 Angestellte **zum 1. 4.** entlassen werden. — Der Kreisausschuß **will Härten** vermeiden, sieht sich aber angesichts **der schwierigen** Finanzverhältnisse zu derartigen Maßnahmen gezwungen. Mehrere Abgeordnete äußern sich noch zu diesem Punkte.

Namens der Soz. Fraktion gibt der Abg. **Loß** die Erklärung ab, daß sie sich zu diesem Punkt heute nicht endgültig entschließen könnten, bis die Hauptbeamten des Kreises, die heute an der Ausübung ihres Dienstes durch die Ausweisung verhindert wären, zurück sind. Abg. Altenhof erwidert, daß darauf nicht gewartet werden könne, es müsse jetzt gehandelt werden. Abg. Loß erklärt erneut, daß seine Partei auf ihrem Standpunkt beharren müsse, das umsomehr, weil auch die Möglichkeit zur Besprechung innerhalb der Fraktion gefehlt habe. — Der Kreisausschuß soll die geplanten Abbau- und Sparmaßnahmen zur Durchführung bringen.

Außerhalb der Tagesordnung regt Unverzagt-Nassau eine weitere **Unterstützung der bedürftigen Erwerbslosen** an. Da dem Kreis schon die Mittel für die Durchführung seiner gesetzlichen Befugnisse und Obliegenheiten fehlen, kann dem Antrag leider nicht näher getreten werden.

Landwirtschaft

Was im Januar alles getan werden muß.

Die Wiesen überfahre man, wenn sie hart gefroren sind, mit Kompost. Die Rüben- und Kartoffelmieten bewahre man sorgfältig vor Frost und hindere das Wild am Aufkratzen der schützenden Decke. Klee- und Luzernesamen ist in den kalten Tagen, wenn das Thermometer mindestens 4—5 Grad unter Null steht, zu dreschen. Bäume, Reben, Sträucher, Hecken befreie man vom alten Holz. Astwunden bestreiche man mit Baumwachs oder mit Teer. Im Vorrat mache man Strohseile für die künftige Ernte. Besondere Beachtung erfordert das Warmhalten der Ställe. Dabei versäume man nicht, durch gute Ventilation auch für Erneuerung der Luft zu sorgen. Falls der Dezember zum Eisfahren keine Gelegenheit bot, so ist dies nachzuholen. Der Landmann hat jetzt mehr Zeit, sich im Hause aufzuhalten, er lese daher gute Bücher und halte sich auf dem laufenden über die Fortschritte in der Landwirtschaft, damit er seine praktischen Erfahrungen durch neue theoretische ergänzt.

Ratschläge für die Düngung.

Um ernten zu können, muß man nicht nur säen, sondern auch düngen. Jeder weiß, daß der Stallmist die Grundlage der Düngung ist. Leider ist er in der Regel in sehr knappen Mengen vorhanden, und man kann ihm daher nur zu Hackfrüchten, Gemüse, Hopfen, Wein, Oelfrüchten und eventuell in mäßigen Mengen zu Pferdebohnen verwenden, während die übrigen Halmfrüchte, Erbsen, Wicken, Klee und ebenso Wiesen nur Kunstdünger erhalten sollten. Der Januar ist der geeignetste Monat, die für die Frühjahrsbestellung nötigen Düngemittel anzukaufen. Als Phosphorsäuredünger: Thomasmehl oder Superphosphat, als Stickstoffdünger Natronsalpeter, schwefelsaures Ammoniak, Ammonsulfatsalpeter oder Kalkstickstoff, als Kalidüngemittel Kainit (zu 12—15 Prozent Kali) oder 40prozentiger Kalidüngesalz. Besonders vergesse man die Kalidüngung nicht, denn ohne ausreichende Kaligabe kann auch Phosphor- und Stickstoffdüngung niemals eine gute Ernte abwerfen.

Charitashilfe und Landwirtschaft

In der Stadt hört man manchmal die Meinung äußern, der Bauer habe kein Gemüt und stehe der Not seiner Mitmenschen teilnahmslos gegenüber. Wer solcher Ansicht ist, der kennt die Seele des Landvolkes nicht. Wenn es heißt, wirkliche Not zu lindern, findet man beim Bauer stets ein warmes, mitfühlendes Herz und eine offene, jederzeit gebefreudige Hand. Sobald er die Gewißheit hat, daß seine Gaben in die richtige Hände gelangen, gibt er gerne bis zum Letzten.

Man frage nur einmal an bei den für die Charitas tätigen Organisationen und Persönlichkeiten, welch weitgehende Gebefreudigkeit sie bei ihren Sammlungen auf dem Lande gefunden und wie das Ergebnis jedesmal gewesen. Und wie oft sind solche Sammlungen auf dem Lande nicht veranstaltet worden! Heute kam der Vertreter des Charitasverbandes, um eine Sammlung für die charitativen Anstalten (Krankenhäuser, Waisenhäuser, Säuglingsheime, Siechenheime usw.) zu veranstalten. Der Bauer hörte von der Not und gab. Morgen kam ein Bittsteller zugunsten der Kriegsopfer, der Kleinrentner- und Altershilfe. Eine neue Sammlung wurde veranstaltet. Am nächsten Tage meldete sich ein Abgesandter der notleidenden Studentenschaft. Wiederum flossen die Gaben zur Unterstützung der Studentenheime und Studentenküchen. Es folgte ein Aufruf zugunsten der bedürftigen Stadtkinder. Der Landpfarrer sprach von der Kanzel die Bitte aus, der armen Kinder nicht zu vergessen und ihnen Aufnahme zu gewähren. Der Bauer nahm die Kinder in sein Haus und an seinen Tisch. Der Bürgermeister des Ortes rief zu Spenden für die Notgemeinschaft auf. Abermals erfolgten die Gaben in Geld und Naturalien. Der Bürgermeister der Stadt wandte sich an die Landwirte zur Unterstützung der städtischen Volksküchen und Speiseanstalten. Die Bauern verpflichteten sich, freiwillige Spenden zu leisten und eine Umlage pro Morgen jedes landwirtschaftlichen Betriebes aufzubringen. Zahlreiche charitativen Anstalten haben es offen ausgesprochen, daß sie längst ihre Pforten hätten schließen müssen, wenn die opferbereite Mildtätigkeit des Landvolkes sie nicht vor dem Untergang gerettet. Die Säuglingsanstalten hätten nicht weiter zu leben vermocht, wenn die Landleute ihnen nicht die Milch umsonst oder zu bedeutend ermäßigten Preisen geliefert. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben zeugen von der großen Opferwilligkeit und den umfassenden charitativen Leistungen unseres Landvolkes.

Der Rheinische Bauernverein hat durch eine Umfrage bei seinen Kreisbauernschaften die Hilfeleistungen des Landvolkes auf charitativem Gebiet in einer zahlenmäßigen Uebersicht zusammenzustellen versucht. Bisher war es noch nicht möglich, eine zahlenmäßige Zusammenfassung zu geben, da die vielfältigen und immer aufs neue wiederholten Sammlungen und Spenden sich kaum übersehen lassen und die Landwirte es vielfach ablehnen, ihre still und gegen Gotteslohn gespendeten Gaben nach außen hin bekannt zu geben. Die Berichte der Kreisbauernschaften lassen jedoch erkennen, daß das Landvolk gegenüber den Hilferufen unserer in Not befindlichen Volksschichten in keinem Falle versagt hat. Aus den Berichten sei beispielsweise nur hingewiesen auf eine Mitteilung der Kreisbauernschaft Rees, worin es heißt, „Für die Notgemeinschaft des Kreises liefert die hiesige Landwirtschaft täglich fünfhundert Liter Milch kostenlos. Außerdem werden unentgeltlich landwirtschaftliche Produkte geliefert und zwar sind auf jeden Morgen 10 Goldpfennige pro Morgen umgelegt. Außer diesen Zuwendungen für die Notgemeinschaft entwickeln die einzelnen Ortsvereine eine ausgedehnte Tätigkeit zum Besten der Armen, Bedürftigen und Erwerbslosen. Die Bedeutung und Größe der charitativen Leistungen der hiesigen Landwirtschaft werden von allen Bevölkerungskreisen restlos anerkannt und wurden von dem Vorsitzenden der Notgemeinschaft überaus rühmend hervorgehoben." So und ähnlich lauten fast alle Berichte. Durch diese opferbereite Hilfe hat sich unser Landvolk um die Volksgemeinschaft unstreitig ein großes Verdienst erworben und es steht zu hoffen, daß diese uneigennützigen Hilfeleistungen wesentlich dazu beitragen werden, Stadt und Land einander näherzubringen und sie zu einer festen Schicksalsgemeinschaft in der Zeit der Not miteinander zu vereinigen.

Humoristisches.

Ein böser Mensch. Frau (eifrig mit dem Ankleiden beschäftigt): „Was schaust du denn so angelegentlich zum Fenster hinaus?" — Mann: „Ich wollte nur sehen, ob der Neubau drüben eher fertig wird als du."

Nächstenliebe. Der Lehrer will den Kindern die helfende Nächstenliebe klar machen. „Also Karl" sagte er, „denk' mal, Du und Hans kämt einmal an einen Sumpf und Hans fiele hinein." Was würdest Du da tun?" — „Mich schief lachen, Herr Lehrer."

Das empörte Fritzchen. Mama: „Du hast gestern in der Schule Strafe bekommen, Fritz?" — Fritz: „Woher weißt Du denn das?" — Mama: „Na, von Deiner Lehrerin!" — Fritz: „Daß doch die Weiber nicht schweigen können!"

I. 430. Diez, den 19. Januar 1924.

Bekanntmachung

An die Polizeibehörden des Kreises.

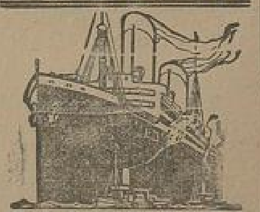
Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Gebühren für die wiederholte Ausstellung eines Jagdscheines den Zeitverhältnissen entsprechend auf 20 Goldpfennig erhöht wird.

Der Landrat.

Stühle u. Sessel
in grosser Auswahl solange der Vorrat reicht, zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Stuhlfabrikation K. Fickeis – Diez a. L.
Pfaffengasse

Achtung!
Die Firma Schnatz Akt.-Ges. zu Diez suchte durch Inserate in verschiedenen Tageszeitungen der Umgebung Arbeiter.
Die unterzeichneten Verbände erklären in aller Oeffentlichkeit, daß die Firma ihre bisherige Belegschaft unter schnödem Vertragsbruch brutal auf die Straße setzte.
Arbeiter, übt Solidarität und fallt euren Arbeitsbrüdern nicht in den Rücken, denn es ist gleich Streikbruch.
Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Diez.
Kartell der freien Gewerkschaften für den Unterlahnkreis.
I. A.: Gottl. Krafziek.

Männergesangverein Concordia
Diez an der Lahn.
Freitag, den 25. Januar 1924, abends 8 Uhr:
Jahres-Generalversammlung
bei Schier, Hotel Viktoria.
Der Vorstand.

BREMEN

AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in Bad Ems: Aug. Pfeffer, Lahnstraße 6

Städtischer Volksbildungsausschuß Bad Ems
Samstag, den 26. Januar 1924, abends 8 Uhr, in der Aula der Kaiser Friedrich-Schule:
Rezitationsabend
von Herrn **LUDWIG HARTWIG**, Schauspieler am Stadttheater **Coblenz**.
Karten zu 50 Pf. von 7.30 Uhr ab an der Kasse. Kinder haben keinen Zutritt.

Todes-Anzeige.
Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, am Mittwoch morgen 4.30 Uhr meinen lieben, unvergeßlichen Gatten, unseren guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel
Herrn Anton Schaust
Oberbahnwärter
im Alter von 55 Jahren, nach dreitägigem Krankenlager, wohlvorbereitet mit den hl. Sterbesakramenten der kath. Kirche zu sich in die Ewigkeit abzurufen.
Bad Ems, den 23. Januar 1924.
Die tieftrauernde Gattin und Kinder.
Die Beerdigung findet Samstag nachmittag 2.30 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Das Seelenamt ist Samstag morgen 7.15 Uhr.

Radfahrer-Verein 09 Bad Ems.
Samstag, den 26. Januar 1924, abends 8 Uhr im Gasthaus „Moseltal" außerordentliche Hauptversammlung. U. a. Neuwahl des Vorstandes.

Druckerlehrling
gesucht.
Buchdruckerei Sommer, Bad Ems.

Ein alleinstehender kräftiger
Mann
anfangs 50er Jahre, welcher über 25 Jahre selbstständig Oekonomie betrieb sucht passende Stellung.
Näheres bei Wilhelm Band, Niederneisen Post Flacht.

Lehrjunge oder **Lehrmädchen**
aus achtbarer Familie kann zu Ostern eintreten.
Oranien-Drogerie Aug. Zimmermann, Diez.

Emaillierter
Herd
(gebraucht) event. gegen Lebensmittel zu vertauschen.
Bahnhofshotel Bad Ems.

Stellen-Gesuche
im Lahn-Boten billig und erfolgreich

Wohnungs-Tausch
Köln gegen Diez-Limburg.
Geboten: 5 Zimmer, Küche, Zubehör. Gesucht dasselbe. (Goldmiete)
Schaaf, Köln-Lindenthal Dürenerstrasse 476

Junges
Mädchen
perfekt in Stenographie, Schreibmaschine und einfacher Buchführung sucht baldmöglichst Stellung. Angebote unter E. 100 an die Geschäftsstelle.

Musikhaus Beck
Bad Ems.
Fachmännische Reparatur-Werkstätte für sämtliche Instrumente.

Eichenes
Schlafzimmer
kompl. Küche mit Geschirr
Fremdenzimmer
Freitag, nachmittags 3 Uhr freiwillig zu versteigern.
Carlton-Cabaret Bad Ems, Römerstr. 20.

Eine junge frischmelkende
Fahrkuh mit Kalb
steht zum Verkauf bei Emil Maurer, Kemmenau

Fst. Schellfische Cabliau und grüne Heringe
heute frisch eintreffend bei
H. Umsonst
Bad Ems, Bahnhofstraße

Fst. Schellfische Cabliau im Ausschnitt Merlans Rotzungen
heute frisch eingetroffen bei
Albert Kauth
Bad Ems

8 Wochen alte
Ferkel
zu verkaufen.
Gutsverw. Denzerheide, Fernruf Bad Ems N. 12.
Daselbst tüchtiger
Pferdeknecht
gesucht.

Weißemaillierter
Küchenherd
fast neu zu verkaufen.
Römerstr. Goldne Traube IV Bad Ems.

Ein
Laden
zu mieten gesucht.
Angebote unter E. 102 an die Geschäftsstelle.

Beinkranke!
mit Krampfaderleiden, Venenentzündung Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias behandelt rasch und naturgemäß
Dr. med. Diertz,
Spezialarzt für Beinleiden, Koblenz, Löhrstr. 123 I.
Eingang: Roonstraße.
Sprechstunden: Jeden Mittwoch von

Abonnementspreis für die laufende Woche 699 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Heilingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 21 — Bad Ems, Freitag den 25. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Die Hochzeit des japanischen Kronprinzen

Von Dr. Paul Ostwald.

Am 25. Januar feiert der japanische Kronprinz und gegenwärtige Prinzregent Hirohito seine Hochzeit. Seine Braut, die Prinzessin Nagoka Kuniyoschi, entstammt nicht den fünf allein als ebenbürtig angesehenen Geschlechtern der Go Sakke, sondern ihre Familie gehört nur dem Schwertadel der früheren und seit 1868 beseitigten Fürstenhäuser an; ihr Vater ist bei der japanischen Armee Generalleutnant. Es ist daher eigentümlich, daß der Mikado, der ja im Frühjahr 1921 noch durchaus klaren Sinnes war, die Erlaubnis zur Verlobung gegeben hat, zumal noch hinzukommt, daß die Prinzen Kuni zur engsten Verwandtschaft des Kaiserhauses gehören und Verwandtenheiraten im kaiserlichen Hause auf Grund eines Gewohnheitsgesetzes bisher nicht geduldet wurden. Es können daher nur besondere Gründe gewesen sein, die den Kronprinzen Hirohito veranlaßt haben, sich in Bezug auf seine Heirat solche Extravaganzen zu erlauben, und es wird bei dem Schweigen, das über alle internen Angelegenheiten des Kaiserhauses gewahrt wird, auch sehr schwer sein, etwas Genaueres darüber zu erfahren. Nur eins ist sicher, daß es sich nicht um eine Liebesheirat handelt, denn der Kronprinz Hirohito kannte vor Abschluß des Verlobungsvertrages seine Braut gar nicht, wie ja in Japan die Ehen immer noch hauptsächlich von den Eltern für die Kinder verabredet werden. Daß politische Momente diese Kronprinzenheirat ausschlaggebend beeinflußt haben, ist möglich, da die Mutter der Braut dem ehemaligen Fürstenhaus von Satsuma entstammt und der Satsumoclan den Kern der sogenannten Flottenpartei bildet, die wiederum in der größten japanischen Reichstagspartei, der Seiyukai, ihre parlamentarische Stütze hat.

Es ist immerhin denkbar, daß die Flottenpartei und die Seiyukai sich auf diese Weise einen gewissen Einfluß auf den Hof und den späteren Mikado zu sichern hoffen. Vielleicht aber findet diese aus den Gepflogenheiten des japanischen Kaiserhofes so herausfallende Heirat nur darin ihre Erklärung, daß Hirohito auch damit bekunden will, wie wenig er sich noch an die Tradition gebunden fühlt. Er will ja überhaupt ein moderner Herrscher sein, der mit der Welt, und nicht mehr unsichtbar und zurückgezogen im kaiserlichen Palaste lebt. Japan soll auch nach dieser Richtung ein moderner Staat werden, und um die diplomatischen und höfischen Gepflogenheiten kennen zu lernen, um der Welt den Beweis zu geben, daß auch der kaiserliche Hof Japans sich den modernen Sitten öffnen wird, unternahm der Kronprinz ja vor zwei Jahren seine Europareise. Es war das erste Mal daß ein japanischer Thronfolger einen solchen Schritt wagte, der ihm eigentlich nach der konfuzianischen Lehre verboten war. Er wagte dazu diese Reise in einem Augenblick, wo sein Vater schwer krank war, sodaß mit dem Ableben des Kaisers gerechnet werden konnte, während der Thronfolger außer Landes war; ein Fall, der für Japan sich zum ersten Male ereignet und der gegen alles Gewohnheitsmäßige verstoßen hatte. Auch daß die Hochzeit im Januar stattfindet, spricht sehr für diese Bemühungen des Kronprinzen, sich von veralteten Anschauungen loszusagen und das seinem Volke sowohl wie auch der Welt gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Denn es ist altjapanische Ueberlieferung, daß man nur in den glückbringenden Monaten Ehen schließen darf, und der Januar rechnet nicht zu ihnen. Immer noch aber steht in Japan die Familie im Mittelpunkt des politischen Lebens und nur solche Ehen werden als glücklich bezeichnet, die mit Kindern gesegnet sind. Oberstes Gebot sollte daher gerade für den Kronprinzen sein, unter nur glücklichen Vorzeichen eine Ehe zu schließen, aber Hirohito bekannte sich auch hier als ein moderner Mensch, der mehr erhofft von dem frischen, unverbrauchten Blut des Schwertadels als vom alten japanischen Volksglauben.

Wenn nun auch die eigentlichen Ehezeremonien im Tempel des ersten kaiserlichen Ahnen, dem Kashiko dokoro, nach dem alten schintoistischen Ritus stattfinden, wie das die aus dem Jahre 1900 stammenden „Verordnungen über die Ehen des kaiserlichen Haushalts" festlegen, so ist die Hochzeit des japanischen Thronfolgers doch ein deutliches Zeichen dafür, wie stark heute in Japan fremde Einflüsse geworden sind; sie ist ein rechtes Abbild dafür, in welchem Maße sich heute das Land der aufgehenden Sonne in einem Uebergangsstadium vom Alten zum Neuen befindet.

Abbau in den Reichsministerien.

Berlin, 23. Jan. Der Sparausschuß des Reichstags behandelte den Abbau beim Personal des Rechnungshofes, wo von 267 Beamten seit dem 1. April 1923 bis zum 31. Januar 1924 insgesamt 39 Beamte ausgeschieden sind. Beim Reichsministerium für den Wiederaufbau wird der Personalstand vom 1. Oktober 1923 bis 331. Januar 1924 um 23 v. H. vermindert sein. Darüber hinaus beschloß der Ausschuß, die Reichsregierung zu ersuchen, daß das Reichsministerium für den Wiederaufbau spätestens am 1. April 1924 aufgelöst werden soll. Bei der Besprechung des Abbaues beim Reichsausgleichamt wurde der Wunsch geäußert, daß die Reichsregierung ziffernmäßig die gewaltigen Lasten bekanntgeben solle, die aus dem Ausgleichsverfahren dem deutschen Reichshaushalt erwachsen. Nach den weitern Angaben der Regierung hat das Reichsarbeitsministerium bis zum 31. Dezember 1923 insgesamt 14 v. H. seines Personals abgebaut. Bei den dem Reichsarbeitsministerium nachgeordneten Versorgungsbehörden betrug der Abbau bis zum gleichen Zeitpunkt 15. v. H., beim Reichspensionsamt 17 v. H., beim Reichsversorgungsamt 22 v. H., beim Reichsversorgungsgericht 13 v. H., bei den Reichsarbeitsverwaltungen 14 v. H. und bei den Versorgungskrankenhäusern 23 v. H. des Bestandes an Beamten, Angestellten und Arbeitern am 1. Oktober 1923. In Anbetracht der überaus schwierigen Finanzlage des Reichs erschien dieser Abbau im Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums dem Sparausschuß als nicht genügend. Im weiteren Verlauf der Beratung sah sich der Sparausschuß veranlaßt, das Augenmerk der Reichsregierung darauf zu lenken, daß bei der Nachprüfung des bisher erfolgten Abbaues der einzelnen Behörden und Aemter der Eindruck entstehen mußte, daß manche Behörden ihren Abbau schematisch auf die Erreichung der vorgeschriebenen Mindestprozentzahlen abgestellt haben. Der Ausschuß müsse mit aller Energie darauf dringen, daß der Abbau nach den durch organisatorische Einschränkungen gegebenen Möglichkeiten und zwar in ihrem vollen Ausmaß und nicht nach Mindestprozentsätzen durchgeführt werde.

Die Beamten zum Personalabbau.

Berlin, 23. Jan. Sämtliche Spitzenorganisationen der Beamten haben gestern dem Reichskanzler eine Eingabe überreicht, worin auf die ständig wachsende Erregung hingewiesen wird, die durch die Personalabbauverordnung in die Beamtengewerkschaften hineingetragen worden sei. Die Verordnung enthalte unnötige und sachlich ungerechte Schritte. In der Eingabe wird u. a. vorgeschlagen, den Erlaß der im Artikel 23 der Personalabbauverordnung vorgesehenen Ausführungsbestimmungen mit größter Beschleunigung zurückzuziehen und die Schaffung eines unabhängigen und neutralen Schiedsspruches mit größter Beschleunigung einzuführen. Zum Schluß wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Beamtenorganisationen nach wie vor bereit sind, die Regierung bei der loyalen Durchführung der Verordnung zu unterstützen.

Preußischer Landtag

(Sitzung vom 23. Januar.)

Das Haus nahm zunächst eine Reihe mündlicher Berichte zur Kenntnis. Hierbei fand ein Antrag der deutschen Volkspartei einstimmig Annahme, das Staatsministerium zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß Schulärzte für die staatlichen Schulen allgemein möglichst bald bestellt werden.

Zu einer längeren Aussprache führte der Bericht über den Zentrumsantrag, auf die Reichsregierung einzuwirken, zur Linderung der durch die Mißernte hervorgerufenen wirtschaftlichen Notlage der Weinbautreibenden Bevölkerung der besetzten Gebiete durch Gewährung von wertbeständigen Darlehen beizutragen.

Abg. Jacoby-Raffauf (Zentr.) begründete den Antrag.

Abg. Bachem (D. Vp.) legte dar, daß der Winzerstand besonders an der Nahe, vor dem Zusammenbruch stehe.

Abg. Rose (D. Vp.) fordert gleichfalls schleunigste Hilfe.

Abg. Kleinmeyer (Soz.) bemerkte, daß besonders den kleinen Weinbauern geholfen werden müsse.

Abg. Loenartz (Ztr.) wies die Angriffe des Abg. Bachem gegen Teile der rheinischen Bauernschaft zurück.

Abg. Jacoby-Raffauf (Zentr.) legte in einem Schlußwort die Notwendigkeit der sofortigen Hilfe dar. Er wünschte, daß diejenigen, die jetzt hier das große Wort führten, das erdulden müßten, was die Bevölkerung des besetzten Gebietes erdulden müsse. Zwei Drittel des gesamten deutschen Weinbaues lägen im besetzten Gebiet. Anstatt Millarden zu anderen Zwecken im deutschen Haushalt zu verschwenden, solle man in erster Linie da Unterstützung gewähren, wo es notwendig sei.

Dem Antrag wurde zugestimmt. Zugleich soll das Staatsministerium ersucht werden, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die die Gewährung wertbeständiger Darlehen durch die Provinzial-Landesbanken oder durch die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse zu erträglichen Zinsen gegen hypothekarische Sicherheit gewährleisten.

Es folgte die zweite und dritte Beratung der vom Staatsministerium mit Gesetzeskraft erlassenen Verordnung vom 22. Oktober über die weitere Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. Der Hauptausschuß hat die Verordnung unverändert zu genehmigen beantragt.

Es lagen hierzu eine Reihe von Uranträgen und Entschließungsanträge der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie vor.

Ueber die geschäftliche Behandlung des Gegenstandes entspann sich eine umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte, die mit knapper Mehrheit geschlossen wurde. Ein Antrag auf Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung wurde angenommen. Einzelne Teile wurden dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei auf vorläufige Aussetzung der Steuererhebung wurde in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 103 Stimmen abgelehnt.

Von der Sozialdemokratie wurde die Ungültigkeitserklärung der Abstimmung beantragt, da die Grundsteuer ja von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Nach weiterer längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Angelegenheit dem Aeltestenrat zur Entscheidung überwiesen.

Es folgte die erste Beratung der vom Staatsministerium erlassenen Verordnung zur Abänderung des Gesetzes über die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits. Verbunden mit der Beratung wurde ein Antrag Winckler (Dn. Vp.) auf Behebung der Kreditnot der Landwirtschaft.

Abg. Dr. Seelmann-Eggebert (Dn. Vp.) begründete den Antrag. Auf die Reichsregierung müsse eingewirkt werden, daß alle Zahlungen für das Umlagegetreide sofort bei der Lieferung erfolgten.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.) Die Frage ist keine Parteifrage. Wir haben alle das gleiche Interesse daran, der Landwirtschaft und unserer Wirtschaft überhaupt zum Wiederaufbau zu verhelfen, aber wir müssen uns auf allen Gebieten aufs äußerste einschränken. Aus der jetzigen Not können wir nur herauskommen, wenn wir zu der früheren Sittlichkeit zurückkehren.

Abg. Schmelzer (Zentr.): Der Kredit ist nicht zu erlangen, weil das Geld fehlt, denn 3 Prozent Zinsen für tägliches Geld kann der kleine Landwirt eben nicht zahlen. Das Ende vom Lied wird sein, daß die deutschen Landwirte zu Heloten des Auslandes werden. Die Fiktion der Papiermark hat uns so heruntergebracht. Wenn der preußische Forstfiskus aus seinen Einnahmen nicht einmal seine Beamten usw. bezahlen kann und mit solchen Steuerauflagen kommt, wie soll da der Landwirt Steuer zu zahlen in der Lage sein. Nur durch die Hebung der Urproduktion kann der Staat wieder hochkommen. Was jetzt geschieht, ist eine Erdrosselung der Landwirtschaft.

Damit schließt die erste Beratung. Die Verordnung wird in zweiter und dritter Beratung genehmigt.

Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung. Außerdem stehen auf der Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Wahltagsgesetz.

Berlin, 23. Jan. Der Sparausschuß des Reichstages hat beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, daß das Reichsministerium für den Wiederaufbau spätestens am 1. April aufgelöst wird. Der bisherige Abbau im Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums, der sich nach den Angaben der Regierung bis zum 31. Dezember auf insgesamt 14 Prozent belief, erschien dem Sparausschuß als nicht genügend.

Charles M. Schwab beim Reichsminister des Aeußern.

Berlin, 23. Jan. Der amerikanische Stahlindustrielle Charles M. Schwab ist heute vormittag vom Reichsminister des Aeußern [illegible] worden.

Schacht's Goldnotenbank.

Paris, 24. Jan. Wie „Petit Parisien" aus Berlin erfährt, wird die von Schacht geplante Goldnotenbank auf folgendem Statut beruhen: Die Zeichner können Deutsche und Ausländer sein. Die deutschen wie ausländischen Zeichner brauchen nicht ihre Namen anzugeben. Sie können die Kapitalien durch dritte Personen einzahlen lassen. Für die deutschen Untertanen ist eine Amnestie in der Weise vorgesehen, daß sie wegen etwaiger Vergehen gegen die Reichsgesetze, gegen die Kapitalverschleppung und Steuerhinterziehungen nicht verfolgt werden, falls sie eine der verschleppten oder hinterzogenen Geldmengen entsprechende Summe in Goldwerten zeichnen. Die Reichsbank beteiligt sich an den Zeichnungen mit einem Kapital- oder Goldnotenbetrag, über die sie ein sofortiges Verfügungsrecht besitzt. Die gezeichneten Gelder werden in Gold oder Devisen im Ausland niedergelegt, damit sie vor einer Revolution oder einer etwaigen Beschlagnahme durch eine feindliche Macht gesichert sind. Den Aufsichtsrat bilden hervorragende Persönlichkeiten aus allen Wirtschaftskreisen. Die Rückerstattung der Noten erfolgt in Gold oder goldwertigen Devisen innerhalb eines Jahres. Das Bankgeheimnis wird garantiert. Den Zeichnern wird eine in Gold zahlbare Dividende gewährt. Der Bank wird Steuer- und Abgabefreiheit gewährt. Von den Erträgen erhält das Reich 2 Prozent im Voraus, die Kapitaleinzahler 5 Prozent, außerdem teilen sie sich in 50 Prozent des restlichen Gewinnes.

Die 3. Steuernotverordnung.

Die 3. Steuernotverordnung zur Frage der Besteuerung der Inflationsgewinne.

Berlin, 23. Jan. Die Beratungen des Reichskabinetts über die dritte Steuernotverordnung, die gestern noch zu keinem Abschluß führten, sollen, wie die Blätter melden, am Freitag fortgesetzt und wenn irgend möglich beendet werden. Es handelt sich in der Hauptsache um die Frage der Besteuerung der Inflationsgewinne. Wie das Berliner Tageblatt wissen will, ist vom Reichsjustizministerium der Entwurf zur Abänderung des Zivilprozesses auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ausgearbeitet worden und soll dem Blatte zufolge bereits die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden haben. Morgen [illegible] eine Besprechung mit den juristischen Mitgliedern der verschiedenen Reichstagsfraktionen stattfinden, um festzustellen, wie weit der Entwurf einen Widerstand innerhalb der politischen Parteien findet. Wie der Berliner Lokalanzeiger hört, hat der [illegible] des Kammergerichts, der die Sachen des gewerblichen Rechtsschutzes bearbeitet, und deshalb mit einer Reihe fiskalischer Patentprozesse befaßt ist, in allen Sachen, in welchen auf Grund der erweiterten Abgeltungsverordnung eine Aussetzung des Verfahrens beantragt war, die Ungültigkeit dieser Verordnung und der Sparverordnung vom 24. Oktober 1923 ausgesprochen, da der Fiskus die Angelegenheit weiter verfolgen will, wird nunmehr das Reichsgericht über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Verordnung zu entscheiden haben.

Zum Tode Lenins.

„Daily News" bemerkt, Lenin werde als Gründer des neuen Rußlands anerkannt werden, daß in sich den Keim von Möglichkeiten trage, wie sie das alte Rußland niemals gehabt habe.

„Daily Chronicle" schreibt, Lenin habe lange genug gelebt, um zu erkennen, daß seine Theorie nicht durch eine Diktatur zur Ausführung gebracht werden könne.

Beileid der deutschen Regierung zum Tode Lenins.

Berlin, 23. Jan. Anläßlich des Ablebens Lenins hat der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Maltzan, dem hiesigen Botschafter der Union der S. S. R. die Teilnahme der deutschen Regierung ausgedrückt. Außerdem wurde der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt, das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dem Vorsitzenden des Zentralvollzugsausschusses des Bund. d. S. S. R., Kalinin, und das Beileid des Reichsministers Dr. Stresemann und des Staatssekretärs v. Maltzan dem Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, auszudrücken.

Die heutigen Devisenkurse: (nichtamtl.)

Dollar	4.200 Billionen	Mark
englisches Pfund	17.800 „	„
holländ. Gulden	1.530 „	„
frz. Frank	185 Milliarden	„
belg. Frank	170 „	„
schweiz. Frank	720 „	„

Baldwin und die englische Politik.

„Auch „Daily Expreß" erklärt sich bereit, der neuen Regierung unbedingte Gelegenheit zur Bewährung zu geben und sieht die Tatsachen, daß Macdonald die auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe, als ein gutes Vorzeichen an. „Daily Telegraph ist der Ansicht, die Arbeiterpartei sei zu regieren ungeeignet und werde wahrscheinlich nicht lange im Amte bleiben. Das Blatt schreibt, das Parlament und die Nation begaben sich in ein zweifelhaftes und gefährliches Abenteuer. Macdonald und seine Kollegen würden jedoch eine faire Behandlung erfahren, auf die die englischen Minister, welcher Partei sie auch angehören, ein Anrecht hätten. Immerhin seien Macdonald und seine Partei aber Feinde der bestehenden Gesellschaftsordnung und könnten daher kein besonderes Wohlwollen erwarten. Der Daily Telegraph kritisiert scharf die gleichzeitige Uebernahme des Amtes des Ersten Ministers und des Auswärtigen Amts durch Macdonald, da jeder dieser Posten an sich schon genüge, um die gesamte Kraft und Aufmerksamkeit selbst des erfahrensten Ministers in Anspruch zu nehmen. Es könnte geschehen, daß die Außenpolitik des sozialistisch regierten Großbritanniens in verhängnisvolle Verwicklungen gerate. Die „Westminster Gazette" schreibt, Macdonald habe ein Kabinett zusammengebracht, in dem wahrscheinlich Mäßigung die beherrschende Stimmung sein werde. Die Liberale Partei werde die Arbeiterpartei in ihrem Wirken für den Frieden durch den Völkerbund unterstützen. Der „Daily Herald" äußert, mit dem heutigen Tage beginne die schwierigste und gefährlichste Periode in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung.

London, 24. Jan. Die erste Arbeiterregierung in der Geschichte Englands ist nunmehr auch formell in ihr Amt eingeführt worden. Gestern begaben sich die Exminister des Baldwin-Kabinetts zur Audienz zum König, dem sie die Siegel und Insignien ihrer Aemter wieder zur Verfügung stellten. Hierauf empfing der König bei dem auch der Prinz von Wales weilte, die Minister des neuen Kabinetts, die er vereidigte und denen er die Siegel und Insignien aushändigte. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich vor dem Eingang des Buckingham-Palastes versammelt, um Zeuge dieses historischen Ereignisses zu sein.

Am Nachmittag hielt das neue Kabinett in der Downingstreet, dem Sitz der englischen Ministerpräsidenten seine erste Sitzung ab, an der unter Macdonalds Vorsitz 10 Mitglieder teilnahmen. Im Laufe des Tages besuchte Macdonald auch das Auswärtige Amt, um dort seine Obliegenheiten als Außenminister zu übernehmen.

„Evening Standard" zufolge umfaßt das Programm dem das Kabinett sofort seine Aufmerksamkeit zuwenden wird, das Arbeitslosen- und Wohnungsproblem sowie die Regelung der mitteleuropäischen Fragen.

London, 23. Jan. (Wolff.) Die Times erklärt, von der Haltung der Konservativen Partei gegenüber der Arbeiterregierung hänge in nicht geringem Maße die Zukunft der Konservativen und die Zukunft des britischen Reiches ab. Die Konservativen würden die Kritiker der neuen Regierung sein, ihr jedoch fair play geben und zu ihrer Unterstützung bereit sein, wenn ihre Ziele dem Staatswohl dienten. „Daily Mail" hebt heute hervor, daß sie zwar alles getan habe, um zu verhindern, daß eine sozialistische Regierung zur Macht gelange; Macdonald könne aber, nachdem er die Regierung übernommen und ernsten und schwierigen Problemen gegenüberstehe, versichert sein, daß sie sich bemühen werde, seine Worte und Taten in bestem Sinne auszulegen. Auch „Daily Expreß" erklärt sich bereit, der neuen Regierung unbedingte Gelegenheit zur Bewährung zu geben, und sieht die Tatsache, daß Macdonald die auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe, als ein gutes Vorzeichen an. „Daily Telegraph" ist der Ansicht, die Arbeiterpartei sei zum Regieren ungeeignet und werde wahrscheinlich nicht lange im Amte bleiben. Das Blatt schreibt, das Parlament und die Nation begäben sich in ein zweifelhaftes und gefährliches Abenteuer. Macdonald und seine Kollegen würden jedoch eine faire Behandlung erfahren, auf die englische Minister, welcher Partei sie auch angehörten, ein Anrecht hätten. Immerhin seien Macdonald und seine Partei aber Feinde der bestehenden Gesellschaftsordnung und könnten daher kein besonderes Wohlwollen erwarten. „Daily Telegraph" kritisiert scharf die gleichzeitige Uebernahme des Amts des Premierministers und des Foreign Office durch Ramsay Macdonald, da jeder dieser Posten an sich schon genüge, um die gesamte Kraft und Aufmerksamkeit selbst des erfahrensten Ministers in Anspruch zu nehmen. Es könnte geschehen, daß die Außenpolitik eines sozialistisch regierten Großbritanniens in verhängnisvolle Komplikationen verwickelt werde.

London, 23. Jan. (Wolff.) Dem Parlamentsberichterstatter der „Times" zufolge, verlautet, daß eine der ersten Aufgaben Macdonalds als Staatssekretär des Aeußern sein werde, das Werk des Völkerbundes weiter zu entwickeln.

Die Besetzung der übrigen Ministerposten.

London, 23. Jan. (Wolff.) „Westminster Gazette" schreibt, Macdonald habe ein Kabinett zusammengebracht, in dem wahrscheinlich die Mäßigung die beherrschende Stimmung sein werde. Das Blatt bezweifelt, ob es klug sei, das Amt des Premierministers und des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten in der Hand Macdonalds zu vereinigen. Es betont schließlich, daß die liberale Partei die Arbeiterpartei im Wirken für den Frieden durch den Völkerbund unterstützen werde.

„Daily Chronicle" sagt, es sei die Pflicht der liberalen Partei, einem Kabinett, wie es Macdonald zusammenstelle, aufrichtige Unterstützung zu gewähren. „Daily News" meint, das neue Kabinett scheine ein festes und wirksames Gefüge zu sein. Es übertreffe an Fähigkeit die vorhergehende bei weitem. Die „Morning Post" schreibt, das neue Ministerium hätte vielleicht schlimmer sein können. Das Blatt hebt hervor, daß die Gewerkschaften in dem Kabinett gut vertreten seien. „Daily Herald" erklärt, mit dem heutigen Tage beginne die schwierigste und gefährlichste Periode in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung.

London, 23. Jan. (Wolff.) Nach einer ergänzenden Meldung wird im neuen Kabinett Wheatley Gesundheitsminister Adamson Minister für Schottland, Trevelyan Unterrichtsminister, Tom Shaw Arbeitsminister, Hartshon Generalpostmeister und Oberst Wedgwood Kanzler des Herzogtums Lancaster.

Kolonialsekretär Thomas ist aus Staatsgründen vom Sekretariat des nationalen Verbandes der Eisenbahner zurückgetreten. Arthur Ponsonby ist zum Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden. Miß Bonfield wurde zum Parlamentssekretär des Arbeitsministeriums ernannt.

Politische Nachrichten

Deutschland

Gründung einer Notversorgung in Berlin.

Berlin, 23. Jan. Zu den Mitteilungen der Presse über die Gründung der Notversorgung Berlin G. m. b. H. wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Die Notversorgung Berlins soll denjenigen Schichten der Bevölkerung helfen, die trotz des Preisrückgangs den Bedarf für das tägliche Leben nicht decken können. Die Selbstmorde aus Hunger, die Sterblichkeit der Kinder und der Ernährungszustand der Schulkinder sprechen eine furchtbare Sprache. Die Volksküchen speisen etwa 80 000 Menschen und werden der Not nicht Herr. Der Militärbefehlshaber strebt deshalb zu, Stadt und Land zu gemeinsamer Hilfe zu vereinigen ohne Rücksicht auf politische Erwägungen. In erster Linie soll den Volksküchen der Einkauf billigerer Lebensmittel ermöglicht werden und sodann denen geholfen werden, die auf das Kochen in eigener Küche angewiesen sind und das Nötigste nicht kaufen können. Es ist geplant, Verkaufsstellen in den Stadtteilen einzurichten, wo die Bedürftigkeit am größten ist. Erzielte Ueberschüsse sind nach dem Gesellschaftsvertrag restlos für die Volksküchen der Krankenhilfe in Berlin bestimmt. Eine große Organisation zur Versorgung der Bevölkerung Berlins wird nicht geschaffen und eine Schädigung des Handels durch allzu billiges Angebot ist nicht geplant. Die Stadt Berlin hat keine Geldmittel dafür aufzubringen, trotzdem das Unternehmen nur für ihre Bevölkerung eingerichtet wird. Erforderlich ist lediglich die Uebernahme einer Bürgschaft für 500 000 Goldmark. Ein Risiko der Stadt dabei ist durch genügende Garantien des Unternehmens so gut wie ausgeschlossen. Es steht zu hoffen, daß der Plan zum Wohle der Volksspeisung verwirklicht wird und an unbegründeten Interessenwiderständen nicht scheitert.

Bayern

Zum Hitler-Prozeß.

München, 23. Jan. Im Verfassungsausschuß des Landtags teilte der Vertreter der Justizverwaltung auf verschiedene Anfragen wegen der Durchführung des Hitler-Prozesses mit, daß die Entscheidung, ob die Hauptverhandlung in München oder an einem andern Ort abgehalten werden soll, in den Händen des Vorsitzenden des Volksgerichts liegt. Die Verhandlung könne auch außerhalb Münchens stattfinden. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen. Die Justizverwaltung würde es begrüßen, wenn die Hauptverhandlung in München abgehalten würde. Die Staatsregierung habe die nötigen Machtmittel in Händen, um die Prozesse in München durchzuführen.

Aus dem besetzten Gebiet

Protest wegen Schließung der Druckerei.

Ludwigshafen, 23. Jan. Die berufenen Vertreter der 50 000 Katholiken der Stadt Ludwigshafen, der katholischen Kirchenvertreter der sieben Pfarreien und die Vertreter der sämtlichen katholischen Vereine Ludwigshafen haben heute beim Delegierten der Rheinlandkommission gegen die rechtswidrige Besetzung und Schließung der Druckerei der Neuen Pfälzischen Landeszeitung, in der das katholische Kirchenblatt und die katholische Arbeiterzeitung gedruckt wird, schärfsten Protest eingelegt und die Forderung ausgesprochen, daß den Katholiken das volle freie Verfügungsrecht über ihr Eigentum wieder zurückgegeben werde.

Verfügung für Lastautomobile.

Düsseldorf, 23. Jan. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat für das altbesetzte Gebiet angeordnet, daß Lastautomobile von jetzt ab mit einem den Rückblick ermöglichenden Spiegel versehen sein müssen.

Zur Lage an Rhein und Ruhr.

Köln, 23. Jan. Die Kölnische Zeitung berichtet, daß sich infolge des Terrors einer kleinen Minderheit die gesamte Belegschaft der Stahlwerke Becker A.-G. in Willich bei Krefeld im Ausstand befindet und die Werke durch Streikposten scharf abgesperrt hat. In Krefeld ist die Streiklage unverändert.

Die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke, Abteilung Hagener Gußstahlwerke, haben den Betrieb bis auf weiteres geschlossen, die gesamte Belegschaft wurde entlassen mit der Begründung, daß die Belegschaft ohne rechtlichen Grund die Arbeit niedergelegt habe und nicht mehr zur Arbeit erschienen sei.

Frankreich

Paris, 24. Jan. Die Persönlichkeit Ramsay Macdonalds steht im Mittelpunkte des allgemeinen Interesses. Seine Einstellung gegenüber Frankreich sowie die damit verbundene Neuorientierung der englischen Politik bilden den Gegenstand sämtlicher Gespräche und haben sogar die allgemeine Aufmerksamkeit von der verwickelten Finanzlage abgelenkt. Londoner Berichte lassen hier deutlich den Eindruck aufkommen, daß der neue Premierminister unter dem Drucke der Liberalen auf dem Gebiete der inneren Politik zu keinen großen Taten schreiten, sich dafür aber durch eine mächtige, nach außen gerichtete Aktion schadlos halten wird. Dabei dürfte er auf die Unterstützung sämtlicher Parteien zählen. Die französische Presse verzeichnet diese Meldungen und gibt im übrigen der Befürchtung Ausdruck, daß die französisch-englischen Beziehungen in der nächsten Zeit noch eine nie dagewesene Spannung erfahren könnten.

„Temps" und „Petit Parisien" kommen nach eingehender Schilderung der Lage zu dem Schlusse, daß die Regierung Poincare gut daran täte, durch eine sofortige Initiative dem Arbeiterkabinett im Hinblick auf die außenpolitischen Probleme zuvorzukommen. Letztgenanntes Blatt gibt ohne genauere Angaben in einem vielbeachteten Leitartikel zu verstehen, daß Frankreich „um eine rasche Besserung der europäischen Situation herbeizuführen" sich zu gewissen Konzessionen verstehen würde. Der „Temps" bemerkt, es würde kein Kunststück sein, die englischen Parteien zu einem Block der Opposition gegen Frankreich zusammenzuschweißen. Das Blatt vertritt den Standpunkt, daß ein englischer Vorstoß gegen Frankreich sich rasch zu einer Offensive gegen den Kontinent entwickeln könne und Macdonald es nacheinander mit Italien, Rußland und allen unabhängigen Ländern verderben werde. Der „Temps" formuliert daher folgenden Wunsch: „Wir wünschen aufrichtig, nicht nur als Franzosen, sondern als Einwohner des europäischen Festlandes und Anhänger des allgemeinen Friedens, daß die englische Regierung mit dem französischen Kabinett zusammenarbeite und umgekehrt. Das würde sogar zum Vorteil Deutschlands ausschlagen."

In den Pariser diplomatischen Kreisen rechnet man allgemein damit, daß der erste Schritt Macdonalds auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in einer Erklärung über das interalliierte Schuldenproblem bestehen werde. Wird der englische Premierminister sich zur Streichung dieser Schulden entschließen? Ohne direkt auf diese Frage einzugehen, erinnern die Blätter daran, daß Macdonald sich durch frühere Erklärungen, zumal durch Ausführungen auf dem Kongreß der Internationalen in Hamburg gebunden habe.

Verhandlungen mit der Kurie.

Rom, 22. Jan. Die Verhandlungen der Kurie mit der französischen Regierung über die Errichtung von Diözesenvereinigungen gemäß dem neuen Statut sind zum Abschluß gelangt. Die acta apostolicae sedis veröffentlichen darüber eine Enzyklika des Papstes an das französische Episkopat, den Klerus und das Volk. Der Papst gestattet unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Ablehnung der Trennungsgesetze und der darin vorgesehenen Kultusgenossenschaften, wie sie in den Enzykliken Vehementer und Gravissimo von Pius X. ausgesprochen wurde, die versuchsweise Errichtung von Diözesenvereinigungen gemäß dem neuen Statut. Sie stehen unter der Leitung des jeweiligen Bischofs, haben den Charakter einer juristischen Person und sind somit Träger des Kirchenvermögens und aller vermögensrechtlichen Akte. Die Enzyklika gibt einen Rückblick über die Lage der Kirche Frankreichs seit dem Trennungsgesetz und über die Versuche, einen Ersatz für die Kultusgenossenschaften zu schaffen, die mit den Vorschriften in Einklang stehen. Das neue Statut wurde im Einvernehmen mit der französischen Regierung ausgearbeitet und hat auch dem französischen Episkopat vorgelegen. Es ist durch die Kongregation für außerordentlich kirchliche Angelegenheiten mehrfach geprüft und schließlich dem Papst zur Genehmigung unterbreitet worden. Dieser habe versuchsweise die Genehmigung erteilt, unter zwei Bedingungen, nämlich erstens, daß die Statuten mit den kirchlichen Gesetzen in Einklang stehen, zweitens daß die Stabilität der genannten Vereinigungen durch Rechts-

Hexenprozesse in Ems

Unser Landsmann Herr Dr. Adolf Bach (Sohn des Herrn L. Bach hier), der in seiner Stellung in Wiesbaden Gelegenheit zu archivalischen Studien hat und dabei besonders die Heimatkunde pflegt, hat vor Kurzem ein kleines Werk veröffentlicht: „Hexenprozesse in der Vogtei Ems." Nach den Akten des Staatsarchivs zu Wiesbaden.

Der Verfasser hat in liebenswürdiger Weise gestattet, einiges aus seinem Buch auch dem größeren Leserkreis des „Lahn-Boten" zugänglich zu machen.

Es sind 6 Prozesse, deren Verlauf in dem Werk aktenmäßig erzählt wird, und zwar aus dem Jahr 1594 gegen Gertraudt Friedrich Frickels Hausfrau, 1629 gegen Elsbeth, Peter Scheffers des Aelteren, des Bäckers Hausfrau, Anna, Paulus Hömbergers Hausfrau und Ehle Johannes Josten Hausfrau, 1631 gegen Anna Arnold Hessen, eines Schiffmanns Hausfrau und gegen Sophie, die Krämerin in Ems.

Da der Raum nicht gestattet, alle Prozesse hier wiederzugeben, wollen wir den 1629 gegen Anna Hömberger verhandelten veröffentlichen.

Zum besseren Verständnis des Ganzen sei aus der Einleitung Nachstehendes angeführt:

Die Gegenstände der Hexenprozesse im Abendland sind genugsam bekannt, auch nachdem, wie bisher, nur ein kleiner Teil des in den Archiven ruhenden Materials bearbeitet worden ist. Denn jene Prozesse sind in der Regel von so auffallender Aehnlichkeit in ihren Ausgangspunkten, ihrem Verlauf und ihren Ergebnissen, daß die Bearbeitung weiterer Archivalien im allgemeinen, wenn sie lediglich der Erweiterung unserer Kenntnisse vom Hexenwesen dienen soll, keine fruchtbare Aufgabe darstellt: Teufelsbündnis, Teufelsbuhlschaft und vom Teufel angestiftete Schädigung der Mitmenschen an Gesundheit und Besitz, dies sind die drei Angelpunkte gegen die Hexen, die uns aus den verstaubten Akten aller Länder mit verblüffender Eintönigkeit entgegentreten. Trotzdem aber werden jene Akten ihren Wert nicht verlieren; sie werden stets beachtenswerte Quellen für den Lokalhistoriker sein, dem hier im Vorbeigehen über manche Einzelheit schätzbare Belehrung werden kann und der in ihnen nicht selten ein unmittelbares, nicht erst durch Rückschlüsse gewonnenes, anschauliches, wenn auch etwas einseitiges Bild des heimatlichen dörflichen oder städtischen Lebens und vor allem einer wichtigen Seite des Seelenlebens unserer Altvordern findet.

Die Lokalgeschichte, die in den letzten Jahrzehnten auch in Nassau an volkstümlicher Breite gewonnen, da der „Hunger nach Historie" auch hier weite Kreise ergriffen hat, ist aber den meisten, die ihr Beachtung schenken, viel weniger ein Gegenstand rein geistiger Betätigung (wie etwa die Geschichte einer Sprache) oder ethischer Erhebung (wie vielleicht die ruhmreiche Geschichte ihres Volkes oder ihrer Kirche); den meisten Menschen bleibt sie, besonders wenn sie eng mit der Volkskunde verknüpft ist, vielmehr lediglich der willkommene Reiz, der in ihrem Innern jene Saiten anschlägt, deren Resonanz Jugend und Heimat sind mit all ihren Köstlichkeiten; der Schlüssel, der die Tore jener heiligen Räume sprengt, in denen ihre Persönlichkeit am festesten verankert ist, weil sie hier die ersten Wurzeln schlagen durfte. — So werden jene Akten gerade denen nicht wenig zu sagen haben, die durch sie altbekannte Stätten der Heimat mit dem Hexenglauben in Verbindung gebracht sehen, die die Nachkommen jener Unglücklichen, die für Hexen gehalten wurden und sich gar selbst dafür hielten, noch täglich unter sich umgehen sehen, die mit den späten Trägern jener Züge, die sich unter den Fäusten der Henker und in der Glut der Scheiterhaufen schmerzlich verzogen, auf Du und Du stehen. Und so zählen denn auch wirklich die Hexenerinnerungen zu den volkstümlichsten und beliebtesten jedes Dorfes und jeder Stadt.

Aber gerade wir Emser mögen besonderen Grund haben, jene Akten zu schätzen. Denn was wissen wir im Grunde vorläufig von der Vergangenheit unserer Heimat? Es ist nicht viel, und das wenige bezieht sich meist auf das Bad, nicht aber auf Dorf Ems und seine Bewohner. Diese Akten aber zeigen in leidlicher Rundung das Denken und Empfinden, das Leben und Treiben der Menschen, die vor 300 Jahren die Straßen unserer Heimat gegangen sind und hier gehofft und gelitten, geirrt und gestrebt haben; es sind Bruchstücke von Dorfgeschichten, aus denen einzelne Personen plastisch hervortreten.

Was wissen wir ferner von dem Volkstum der alten Emser, ihren Sitten und Bräuchen und ihren Ueberlieferungen? Fast nichts, denn alles fast ging verloren oder wurde erdrückt von der großen Masse der mit dem Aufschwung des Bades aus aller Welt im letzten Jahrhundert Zugezogenen. Diese Akten aber sagen uns — oder lassen uns doch ahnen — von „Weinkäufen" und „Kindelbieren", vom „Brauchen" und „Festmachen" und manch anderen Gebräuchen der Vorzeit.

Und endlich: was hat sich von dem eigentlichen Gegenstand dieser Blätter, den Emser Hexenprozessen, in der Erinnerung des Volkes erhalten? Nichts als ein unverstandener Name, den nur die Alten noch selten gebrauchen: Das „Hexengreen" — so nennen sie die heutige „Stüberau", ohne zu wissen, daß dort auf dem Green, d. h. dem Sand an der Lahn, die Richtstätte stand, auf der die Hexen ihr Leben lassen mußten. Das ist alles! Die Akten aber füllen diese Lücke aus.

Mögen daher diese Zeilen dazu beitragen, die Freude an der Heimat und ihrer Geschichte zu beleben. Mögen sie aber auch den Glauben an die Zukunft und den Fortschritt stärken und uns die Gegenwart lieben lehren, damit wir nicht in falscher Schätzung der „guten alten" Zeit das wahrhaft Gute unserer Tage gering achten.

Die Zauberei, die Kuppelei und die Giftmischerei, d. h. die Grundlagen des Hexentums, sind seit dem germanischen Altertum das Privileg der Weiber gewesen, und man vermutet daher, ohne fremde Einflüsse völlig in Abrede zu stellen, mit guten Gründen, daß die Urbilder der Hexen in jenen germanischen Priesterinnen und Aerztinnen, jenen „weisen Frauen", zu suchen sind, die unter dem Murmeln geheimnisvoller Worte aus mancherlei zauberkräftigen Dingen zauberische Säfte und Tränke zu brauen wußten, die die Kraft hatten, Unwetter und Mißwachs, Krankheit und Heilung, Liebe und Haß zu bewirken. Schon in jener heidnischen Frühzeit unterschied man, wie später im Christentum, zwischen einer erlaubten und einer verbotenen Zauberei. Diese letztere dachte man sich vorwiegend von Frauen ausgeführt, die durch übernatürliche Einwirkung Besitz, Gesundheit oder Leben der Menschen schädigen konnten. Gern schrieb man plötzlich auftretende Uebel, für die man keine natürliche Erklärung fand, wie Lähmung und Geschwulst bei Mensch und Tier, Tobsucht usw. ihrer Tätigkeit zu; die rheumatische Steifheit des Kreuzes wird ja noch heute als Hexenschuß bezeichnet. Mit Vorliebe aber legte man den Hexen Naturereignisse, die das Gedeihen der Feldfrüchte beeinträchtigen, etwa Nachtfröste und Hagelschläge, zur Last, wie ja das Wort Hexe (ahd. hagazussa) wahrscheinlich als „die Feld- und Flur-Schädigende, die Walddämonin", zu er[illegible]

(Fortsetzung folgt.)

bürgschaften gesichert wird. Der Papst ermahnt sodann den Unterschied zwischen den jetzigen Diözesen und den von Pius X. abgeschaffenen Kultusvereinigungen. Schließlich wird betont, Erlaubnis zur Errichtung von Diözesenvereinigungen werde nur erteilt, um ein größeres Uebel zu verhüten, und sie sei für die Kirche nur ein Schritt auf dem Wege zur Wiedergewinnung völliger Freiheit. Der Papst gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß das Statut dazu beitragen werde, die gesetzliche Stellung der Kirche in Frankreich stabiler zu gestalten.

Rücksprache Bergmanns mit Mac Kenna.

Paris, 23. Jan. Das Sachverständigenkomitee Mac Kenna (Deutsche Auslandsguthaben) hat, wie Havas mitteilt, heute vormittag von 10—11 Uhr mit dem ehemaligen Staatssekretär Bergmann Rücksprache genommen.

Rußland

Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland.

Warschau, 23. Jan. Nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur ist die von den Blättern gebrachte Nachricht, daß zwischen Polen und Sowjetrußland Verhandlungen im Gange gewesen wären bezüglich einer Teilung der Einflußsphäre in den baltischen Staaten, unzutreffend.

Japan

Zusammentritt des japan. Parlaments.

Paris, 23. Jan. Nach einer Havas-Meldung aus Tokio ist gestern das japanische Parlament wieder zusammengetreten. Im Unterhause, wo der Ministerpräsident und der Außenminister Erklärungen über die Regierungspolitik abgegeben haben, wird eine Tagesordnung eingebracht werden, die der Regierung das Mißtrauen des Hauses ausspricht und über das nach der Hochzeit des Prinzregenten abgestimmt werden soll.

Nach einer weiteren Havas-Meldung aus Tokio hat sich das Unterhaus bis 29. Januar vertagt.

Kleine Meldungen

Fabrikunglück in Rathenow.

Berlin, 23. Jan. Nach der Berl. Ztg. am Mittag sind gestern in der Abteilung für Schwefelkohlenstoff der Pennnitzer Werke der Köln-Rottweiler A.-G. in der Nähe von Rathenow durch Ausströmen giftiger Gase eine Reihe Arbeiter zu Schaden gekommen. Die Mehrzahl der Verunglückten konnten wieder ins Leben zurückgerufen werden. Drei Arbeiter sind gestorben.

Prag, 23. Jan. Der in die Spirituskorruptionsaffäre verwickelte Senatspräsident Praschek ist von der Agrarpartei zum Rücktritt veranlaßt worden.

Der englische Eisenbahnerstreik.

London, 23. Jan. Reuter meldet: In Liverpool ist erster Mangel an Kohlen eingetreten, sowohl für die Schiffahrt, Industrie und Hausbrand. Die Ausfahrt der Schiffe erleidet infolgedessen Verzögerungen. Gegen Ende der Woche wird die Schiffahrt teilweise stillgelegt werden müssen, wenn nicht größere Kohlentransporte ankommen.

London, 23. Jan. Der Meinungsaustausch zwischen Bromley, dem Sekretär des Heizer- und Lokomotivführerverbandes, und den Direktoren der Eisenbahngesellschaften wird weitergeführt. Bromley hat den Direktoren mitgeteilt, daß er bereit sei, über die Beilegung des Streikes in Besprechungen einzutreten. Die Direktoren erklärten, daß sie nichts dagegen hätten unter der Voraussetzung jedoch, daß die Entscheidung des Lohnamtes aufrechterhalten bleibe.

Sieben Feuerwehrleute verbrannt.

Paris, 22. Jan. Nach einer Depesche aus Pittsburg hat sich während einer Feuersbrunst, die gestern vormittag in einer Petroleumraffinierie ausgebrochen war, ein schrecklicher Unglücksfall ereignet. Sieben Feuerwehrleute waren auf eine Leiter gestiegen, um von dort aus den Feuerherd mit Spritzen zu bekämpfen, als die Leiter plötzlich zusammenbrach und die Unglücklichen in einen brennenden Petroleumbehälter stürzten, von wo man sie nur mit großer Anstrengung als schrecklich verkohlte Leichen bergen konnte.

Ein Bestechungsprozeß in Sowjetrußland.

Moskau, 23. Jan. Das oberste Gericht fällte in dem sensationellen Bestechungsprozeß gegen die Beamten der Fischereiverwaltung in Astrachan das Urteil. Wegen Mißbrauchs der amtlichen Stellung, Bestechlichkeit und betrügerischer Machenschaften mit den Fischvorräten wurden zwei der Angeklagten zum Tode verurteilt, sechs zu zehn Jahren strenger Einzelhaft, 34 andere zu verschiedenen Freiheitsstrafen. Gegen sieben der Verurteilten wurde auch auf Konfiskation des Vermögens erkannt.

London, 23. Jan. (Wolff.) Die gesamte Presse veröffentlicht Bilder und Lebensbeschreibungen Lenins und nimmt in Leitartikeln zu dessen Ableben Stellung. „Daily Herald" sagt, der Tod Lenins sei ein Ereignis, das weltererschütternde Folgen haben könne. Die „Times" erklärt, Lenin sei der Bolschewismus gewesen und der Bolschewismus sei Lenin.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 25. Jan. (Ziegenzuchtverein.) Der Ziegenzuchtverein erinnert seine Mitglieder, da bisher erst wenige Bestellungen eingegangen sind, daß Bestellungen auf Heu zum Preise von 5 Mark pro Zentner bis heute vom Vorstand entgegengenommen werden.

Nassau, 21. Jan. (Wohltätigkeitsveranstaltung.) Unsere schöne Turnhalle, die durch die Aufführung am Weihnachten auch mit einer Bühne ausgestattet wurde, wird nächsten Samstag und Sonntag ihre Pforte öffnen zu einer Veranstaltung der vereinigten Männergesangvereine „Nassau" und „Liederkranz" zum Besten der Erwerbslosenfürsorge. 100 Sänger etwa ist der Chor stark und wird unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Toni Herber sicher einen hohen musikalischen Genuß bieten. Damit auch den auswärtigen Teilnehmern die Heimfahrt ermöglicht wird, ist die Veranstaltung am Sonntag, nachmittags 3,45 Uhr gelegt, Abfahrt lahnaufwärts 7,15, lahnabwärts 7,25. Die Vortragsfolge weist Liederperlen deutscher Tonkunst auf, außer Chorvorträgen werden auch Soli für Tenor und Baß geboten, ein Originalvortrag „In 50 Jahren ist alles vorbei", von Reuter, ein Theaterstück: Schirmhändler Anton Klimmelkamp aus Sachsenhausen bei Frankfurt a. Main (Schwank in einem Akt von Harry Bienenstein und Schlosser), und Musikeinlagen werden für angenehme Abwechslung sorgen.

Berlin, 24. Jan. Der Minister für Volkswohlfahrt gibt folgendes bekannt: Die bedrängte Lage der Staatsfinanzen zwingt dazu, alle Staatsausgaben soweit irgend angängig einzuschränken. Aus diesem Grunde ist es nicht mehr möglich, die Gefäße zur Versendung bakteriologischen Untersuchungsmaterials wie bisher in den Apotheken kostenfrei abzugeben. Es muß für die Ueberlassung dieser Gefäße mit sofortiger Wirkung eine Benutzungsgebühr erhoben werden. Um die Gebührenerhebung sofort ins Werk zu setzen, will ich vorläufig davon absehen, sie bereits jetzt auch auf Aerzte und Krankenkassen auszudehnen, die Versandgefäße unmittelbar von dem zuständigen Untersuchungsamt beziehen. Die Entscheidung hierüber behalte ich mir einstweilen vor. An Gebühren sind vorbehaltlich späterer anderweiter Festsetzung mit sofortiger Wirkung einheitlich für jedes Gefäß nebst dazugehörigem Versandbeutel 0,5 Goldmark zu erheben. Als Goldumrechnungssatz gilt der von dem Herrn Reichsfinanzminister für die Reichssteuern jeweils aufgestellte und öffentlich bekannt gegebene Satz. Von der Gebühr sind 20 Goldpfennige den Apotheken für ihre Mühewaltung zu überlassen. Die restlichen 30 Goldpfennige sind von den Apotheken in angemessenen Zwischenräumen auf dem einfachsten Wege dem zuständigen Untersuchungsamte zu übersenden.

Die Gefährdung des Wildbestandes

Aus den verschiedensten Gegenden des Reiches laufen Berichte von Jägern ein, die auf die ungeheure Not des Wildbestandes infolge der gewaltigen Schneemassen und des andauernden Frostes hinweisen. Vor allem sind die Rebhühner, die Hasen und Rehe gefährdet. Ganze Ketten von Hühnern kann man in den Dorfstraßen sehen, wie sie an Dungstätten Nahrung suchen und infolge ihrer körperlichen Ermattung zum Teil mit der Hand gefangen werden können. Die Hasen hoppeln ebenfalls bis in die Nähe der menschlichen Behausungen und selbst die sonst so scheuen Rehe kann man da und dort in allernächster Nähe von Siedlungen beobachten. Pflicht des waidgerechten Jägers ist es nun, für sein Wild zu sorgen und da sind es in allererster Linie, zumal der Wildstand ein bedeutender Faktor im deutschen Wirtschaftsleben bildet und für die Ernährung des Volkes von großer Bedeutung ist, die Forstbehörden, denen die Pflicht zufällt, in ihren Waldungen für Futtergelegenheiten zu sorgen. Aber auch an die Privatjagdpächter muß die dringende Bitte gerichtet werden, in ihren Revieren die armen Tiere durch Fütterung zu unterstützen. Leider wird von unsauberen Elementen die Not des Wildes ausgenützt und auf Wilddieberei ausgezogen. Mit Knüppeln geht man den Hasen, die in dem hohen Schnee nicht schnell genug fortkommen, zu Leibe und schlägt sie tot. Rebhühner sollen in letzter Zeit massenhaft gefangen worden sein. Auch hier muß also nach dem Rechten gesehen werden. Aber bald, sonst ist es zu spät und der kommende Sommer wird wildleere Reviere finden.

Vom deutschen Schulwesen in Rußland

Dem deutschen pädagogischen Zentraltechnikum in Moskau hat das „Hilfswerk der Wolgadeutschen in Berlin" drei Kisten mit Kleidern überwiesen und sich erboten, Bücherbestellungen des Instituts in Deutschland auf seine Rechnung auszuführen, wofür einstweilen 100 Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Die Bücher werden durch die russische Vertretung in Deutschland nach Rußland befördert werden.

Ueber das Leben der Studenten an diesem deutschen Zentral-Institut erfährt man Näheres aus der „Arbeit", dem sowjetistischen deutschen Halbmonatsblatt. Danach hat die Sowjetzentrale dem Institut seit dem 1. Dezember 1923 im ganzen 33 „Stipendien" gegeben, die samt und sonders für die Küche Verwendung finden. Es sind je 8 Goldrubel, also 264 Goldrubel monatlich. Davon müssen 84 Personen ernährt werden. Täglich kommen also auf den Studenten von dieser Unterstützung 0,105 Rubel. Man könne sich denken, heißt es, daß davon die Studenten nicht gerade üppig leben können. Von kräftigerer Nahrung sei keine Rede. Allerdings hat jetzt auch das deutsche Zentralbüro bei der Sowjetregierung der Ukraine 15 Stipendien bewilligt, so daß eine kleine Besserung zu verzeichnen sein wird. Es gibt auch in Rußland eine studentische Werkarbeit bei den deutschen Studenten: Das Studentenbüro für Arbeit an der Arbeiterbörse hat Zigaretten zum Handel überlassen, andere Studenten arbeiten auf Kanzleien und fertigen Uebersetzungen. Die Studenten geben alle 14 Tage ein Studentenjournal „Pionier" mit ernster und humoristischer Kritik ihres Studentenlebens heraus, das viel Anregung bietet.

Die Wiederaufrichtung unseres Außenhandels

Das Statistische Reichsamt hat unlängst eine Wertstatistik des deutschen Außenhandels veröffentlicht, der zufolge in den Monaten Oktober und November d. J. sich unsere Handelsbilanz als aktiv herausgestellt hat. Die Jubelhymnen, die man anläßlich dieser Veröffentlichung in einem Teile der deutschen Presse anzustimmen für gut hielt, erscheinen uns durchaus nicht am Platz, muß man diese Berechnung doch in vielerlei Beziehung skeptisch ansehen, vor allem schon, weil in den vorliegenden Berichten erstmalig an Stelle von Mengenzahlen teilweise „angewertete, teilweise von Sachverständigen nur geschätzte Goldmarkzahlen gegeben sind.

Hierzu kommt noch, daß im Oktober des vergangenen Jahres, also zu einer Zeit, da durch die wahnwitzige Markentwertung im Inlande der Konsum zu jede Verkaufsmöglichkeit auf ein Minimum herabgedrückt waren, aus Selbsterhaltungstrieb gründen alles zur Ausfuhr über die Grenzen drängte, während zu gleicher Zeit die dauernd fortschreitende Minderung des deutschen Geldwertes die Einfuhr auf ein möglichst geringes Maß zurückgehen ließ. Schon der November zeigte daher ein entsprechend anderes Bild und dem Dezember, also dem ersten Monat, in dem sich der Einfluß der stabilen Rentenmark bemerkbar machen konnte, sind noch keine zuverlässigen Vergleichsziffern vorhanden. — Nach oben erwähnter Wertstatistik betrug die Einfuhr im Oktober 435,7 Millionen, die Ausfuhr 567,79 Millionen Goldmark, was einen Ausfuhrüberschuß von 132,09 Millionen Goldmark entspricht. Im November stellte sich die Einfuhr auf 434 Millionen Goldmark, während die Ausfuhr nur noch 514,37 Millionen Goldmark, d. h. einen Ueberschuß von 80 Millionen erreichte. Will man die Außenhandelsstatistik 1923 auf das Jahresfallos abnorme Oktober-Ergebnis aufbauen, so käme man zu dem Resultat, eines Gesamtaußenhandels im Werte von 11 Milliarden Goldmark (Einfuhr 5,2, Ausfuhr 6,8) und eines Ausfuhrüberschusses von 1,5 Milliarden oder 13% Proz. gegenüber einer Gesamteinfuhr von 11,2 Milliarden und einer Ausfuhr von 10,2 Milliarden, also einem Einfuhrüberschuß von 1 Milliarde oder 4 Prozent des 21,4 Milliarden betragenden Gesamthandels im Jahre 1913.

Wenn also wirklich für einen einzelnen bezw. zwei Monate eine „Aktivität des Außenhandels" festgestellt ist, so läßt sich doch nicht leugnen, daß der Gesamthandel im Vergleich zum Friedensergebnis um 50 Prozent gesunken ist. Hier liegt der bittere Kern der äußerlich gewiß bedeutungsvollen statistischen Mitteilung. Viel ernster noch stellt sich uns das Bild, wenn wir nach der bisher angewendeten Methode den Außenhandel nach Gewichtsmengen berechnen und feststellen müssen, daß das Ergebnisse der Monate Januar bis Oktober im Vergleich zu den Monatsdurchschnitten des Jahres 1913 einen erheblichen Rückgang der Ausfuhr auch für die deutsche Wirtschaft besonders notwendigen Waren zeigen. Führten wir im Jahre 1922 beispielsweise (in 1000 Dz. gerechnet) Röhren und Walzen im Gewicht von 161,84 Dz. aus (1913: 327,48) so betrug die Ausfuhr im letzvergangenen Jahre nur noch 82,37 Dz. Noch schlechter lagen die Verhältnisse bei der Ausfuhr von Stab- und Formeisen, von denen wird 1913: 1350,10 tausend Dz., 1922 426,93 tausend Dz. und 1923 nur 163,31 tausend Dz. zu exportieren vermochten. Da zahlreiche Werke der Maschinenindustrie, teils im besetzten Gebiete liegen, teils vom Ruhrgebiet als Lieferanten von Halbfabrikaten abhängig sind, zeigte die deutsche Maschinenausfuhr ein besonders ungünstiges Bild; sie sank auf ein Drittel des Vorkriegsstandes, die Ausfuhr von Fertigwaren belief sich im Monatsdurchschnitt 1913 auf 7 766 070 Dz., 1922 auf 4 863 460 Dz. und im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres 1923 auf 3 545 277 Dz.

Auf die Notwendigkeit, eine aktive Außenhandelsbilanz zu erlangen, ist immer wieder hingewiesen worden, Steigerung der Ausfuhr ist eins der wichtigsten, wenn nicht gar die wichtigste Aufgabe der deutschen Volkswirtschaft, Grundbedingung für ihre Durchführung ist eine Mehrleistung an produktiver Arbeit. Diese ist nur durch Erweiterung der Arbeitszeit einerseits, und Ausschaltung möglichst alles Unproduktiven andererseits, sowie durch Ausbau und Vervollkommnung der technischen Mittel und des organisatorischen Apparates, letzten Endes also durch tatkräftige Hemmung jeglichen Leerlaufes zu erzielen. Fernerhin müssen wir neue und aussichtsreiche Wege zur Wiederanknüpfung unserer bewährten Auslandsbeziehungen einschlagen. Darüber hinaus ist es jedoch auch nötig, daß wir noch weitere wirtschaftliche Kabel nach aufnahmefähigen Ländern zu legen wissen. Aufbauend auf unserem von Leipzig her seit alters weltberühmten Messewesen müssen wir vor allem auch die Propaganda für unsere Produktion entsprechend unserer heutigen schwierigen Lage nach allen Seiten hin verstärken und vertiefen. Belangreiche Ansätze hierzu finden sich in dem begrüßenswerten Gedanken, sogenannte Wandermessen einzurichten, die in näheren und ferneren Ländern an Hand von Mustern, Modellen, und Achtbild-Darstellungen Beweise vom Stande der deutschen Produktion geben und vielleicht auch gleich an Ort und Stelle Geschäfte zu tätigen vermögen. So beabsichtigt beispielsweise die unlängst ins Leben gerufene „Deutsche Schwimmende Warenmesse A.-G." in Berlin bereits in diesem Frühjahr einen für derartige Musterausstellungen zweckmäßig eingerichteten 8000 Tonnen-Dampfer nach den wichtigsten Häfen und Handelszentren des näheren und ferneren Orients zu senden. Aehnliche Messe-Unternehmungen beabsichtigen im kontinentalen Bereich, insbesondere des Ostens und Südostens, Musterzüge laufen zu lassen, wie dies von Frankreich und erst in letzter Zeit von Italien mit recht gutem Erfolge unternommen worden ist.

Notturno

Von Elfriede Glaser.

Der greise Künstler sitzt im Dunkeln am Flügel und spielt. Er hat die Kerzen gelöscht, die Noten fortgeworfen; er benötigte sie nicht. Das Fenster ist weit geöffnet, draußen ist Nacht. Er spielt das Lied seiner Seele.

Er spielt: „Am nächtlich schwarzen Himmel flammen die Sterne auf. Vom Osten her kommt der Mond, langsam, und gespenstisch besteigt er seine Bahn. Ueber dem Flusse schlägt eine Amsel die Leier ihrer Schwermut, im Garten fallen von den blühenden Sträuchern müde Rosenblätter zur Erde, es ist wie ein Verbluten, wenn der Mond seine Fackel darauf wirft. Die ganze schmerzdurchtränkte Schönheit der Welt glüht auf in dieser Sommernacht.

Das Leben kommt mit schwerem Schritt und wirft einen dunklen Schleier über das Gewebe von leuchtender Pracht. Die aus Schönheit steigende Betrieung taucht in dunkle Nacht des Entsetzens. Mitten im Frieden einer wunderbaren Natur erfüllt sich eine Tragödie:

Ein Schrei durchgellt die Nacht, furchtbar und lähmend in seiner Durchdringlichkeit. Licht erstrahlt in dem dunklen mondumsponnenen Haus. Eile, Hast, Angst und Grauen stürzen aus ihren dunklen Ecken und durchfahren alle Räume. Ein Kind weint auf, eine Tür fällt krachend ins Schloß, wirre Stimmen ertönen und dann noch einmal dieser Schrei, der an allen Nerven zerrt, dann Totenstille. Die Amsel über dem Fluß hält erschrocken inne in ihrem Lied und der Mond kriecht hinter einen eilen dahersagenden Schatten.

Oben im Gästezimmer lohnt der kranke Knabe an seiner Tür, er war von seinem Schmerzenslager aufgesprungen, ein Toter schon mehr denn ein Lebender. Seine Glieder beben in Angst, das Herz schlägt sinnlos gegen die Brust, jeder Muskel seines schmalen Gesichtes ist gespannt vor Entsetzen. Er wollte die Tür öffnen und hinuntergehen zu den anderen, deren Lärmen und Klagen wie aus weiten Fernen zu ihm tönt, es gelang ihm nicht. Die Angst sitzt in seiner jungen Seele und nun ringt er mit ihr einen harten Kampf — es gilt wohl stärker zu sein als sie. Das Schreien die durcheinander eilenden Menschen, er wußte, was es zu bedeuten habe. Mit einem Schlag war ihm die Erkenntnis gekommen: Martha hatte sich getötet! Martha! — Wofür? Für wen? Warum? Sie war schön, schön wie eine Göttin, er hatte sie geliebt, seit er zum erstenmal in das Licht ihrer Augen gesehen, da alles um ihn sonst Dunkelheit gewesen, wie Sonnenleuchten war es ihm erschienen. Seit er in diesem Hause Aufnahme gefunden, ein gänzlich Verwaister, nach dem kein Wesen je sonderlich gefragt, um dessen armes Sein niemals ein Mensch gezittert, wenn er krank und schwach mit dem Tode gerungen, seit Anfang an liebte er Martha. Er war scheu und verschüchtert, man tat ihm in Dingen des täglichen Lebens Gutes wo man konnte. Aber die ausschreiende Sehnsucht, die in seinem Blicke lag, diese Sehnsucht, die aus Einsamkeit geboren nach Liebe schrie, sah niemand. Nur Martha hatte stets ein Lächeln für ihn gehabt, wenn die andern ungeduldig wurden, Martha war ihm mit sanfter Hand über den braunen Scheitel gestrichen, wenn er still und bedrückt unter den frohen Menschen gesessen. Und nun war sie tot. Er hatte den Schrei gehört, war aus dem Schlaf gefahren und sah im Augenblicke alles klar vor sich: es war ihm nicht entgangen, wie anders sie in den letzten Wochen gewesen. Ihre Augen hatten bleich und trüb geblickt, wenn sie lächelte, tat sie es gezwungen und gewaltsam, er sah das deutlich und das Zerbrochene, das über ihrem Wesen lag, konnte seinen ängstlichen Augen nicht entgehen. Irgend etwas Dunkles war, an dem sie litt und das er nicht kannte, nach dem er sich niemals zu fragen getraute; aber die Sorge um das geliebte Mädchen lastete auf seiner Seele. Gespannt horchte er hinab. Das Gartentor wurde geöffnet — er hörte es deutlich — ein schleifender Schritt und jetzt ein fester: der Arzt kam. Entsetzen erfaßte ihn, es wurde dunkel vor seinen Augen — jetzt würde man sie ansehen, untersuchen, bekasen — tot —! Martha tot! — Das schöne Gesicht bleich und ohne Leben — Grauen schüttelte den Knaben, dann schwanden ihm die Sinne. — — —

Das Licht des Mondes war längst dem Fahl des aufsteigenden Tages gewichen. Ein Streifchen Morgenrot fiel über das Haus am Flusse. Es drang durch das Giebelfenster zu einem toten Knaben, und legte sich wie verklärend auf sein zerquältes Gesicht. Dann leuchtete es das erste Licht in die Seele Marthas, die den Tod gesucht und dem Leben erhalten geblieben, weil ein Knabe in Liebe für sie gestorben war. Der Wind kam und wehte das verträumte Stückchen Morgenrot davon, hinter dunkle Wolkenwände, und holte den grauen Alltag herbei, der vergrämt und ärgerlich war, als hätte er gefürchtet, man könne seiner vergessen über den Schrecken dieser Nacht. Keine Sorge du grauer Gesell, wir wissen es längst, daß du siegend über allem stehst, über Tod und Leben." —

Der greise Künstler hielt im Spielen inne. Draußen ist es noch immer Nacht. Der Tag, der graue Alltag, ist noch nicht angebrochen. Das Streifchen Morgenrot, Martha, der Knabe, es war nur wie ein Traum, vielleicht ein Traum seiner Jugend. Warum ist Martha gestorben, indessen er selbst am Leben blieb? Wer fügt und ordnet unsere Wege? Wer löscht das Leben hier und erhält es dort? Es hat wenig Sinn, diesen Rätseln nachzufragen. Er schließt den Flügel leise und späht noch lange hinaus in die Nacht.

Die neue Mietberechnung

Aus dem Volkswohlfahrtsministerium wird dem Amtlichen Preußischen Pressedienst folgendes geschrieben:

Durch die neue Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt, die inzwischen in der Presse bekanntgegeben worden ist, wird die Berechnung der gesetzlichen Miete mit Wirkung vom 1. Februar neu geregelt. Durch diese Neuregelung ist eine wesentliche Vereinfachung des bisher gültigen Verfahrens herbeigeführt worden. Das bisherige umständliche Umlageverfahren ist damit grundsätzlich aufgegeben. An seine Stelle tritt nun eine einfache Berechnung der Miete auf Grund von **Zuschlägen zur Grundmiete**. Als **Grundmiete** gilt nach dem Reichsmietengesetz der am 1. Juli 1914 gezahlte Mietpreis, vermindert um gewisse, in der Friedensmiete enthaltene Beträge für Betriebs- und Instandsetzungskosten, Zentralheizung und Warmwasserversorgung. Die Grundmiete wird nach wie vor in Papiermark gerechnet und spielt daher in dem Gesamtbetrag praktisch keine Rolle.

Die vom 1. Februar an zu zahlende Miete setzt sich im wesentlichen aus Zuschlägen zusammen, die in Hundertsätzen der **Friedensmiete** (nicht mehr wie bisher der Grundmiete) ausgedrückt und in Goldmark zu berechnen sind. Der Begriff „Friedensmiete" ist bekannt. Es ist der am 1. Juli 1914 vereinbarte Mietzins. Die Zuschläge, die nunmehr einheitlich für ganz Preußen gelten, betragen insgesamt 30 v. H. und setzen sich wie folgt zusammen:

1. für Verwaltungskosten, Zinssteigerung, Steigerung der Kosten für Erneuerung der Grundstücksbelastung 5 v. H.;

2. für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Schönheitsreparaturen 10 v. H.;

3. für die Betriebskosten 15 v. H.

An einem einfachen Beispiel dargestellt, berechnet sich die Miete künftig wie folgt:

War am 1. Juli 1914 eine Jahresmiete von 1000 Mark vereinbart, so beträgt die Grundmiete nach Abzug der durch das Reichsmietengesetz festgesetzten Hundertsätze (in der Regel 20 v. H.), 800 Mark. Diese 800 Mark gelten in Papiermark. Dazu treten als Zuschlag 30 v. H. von 1000 Mark Friedensmiete, die aber im Gegensatz zur Grundmiete in **Goldmark** zu zahlen sind. Das ergibt also insgesamt eine **Jahresmiete von 300 Goldmark plus 800 Papiermark.**

Was die Zuschläge für Schönheitsreparaturen betrifft, so ist ergänzend zu bemerken, daß sich der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten, der mit 10 v. H. angesetzt ist, auf 6 v. H. ermäßigt in den Fällen, in denen die Gemeindebehörden die Schönheitsreparaturen aus den bisher von ihnen festzusetzenden allgemeinen Hundertsätzen für laufende Instandsetzungsarbeiten herausgenommen hatten, wie z. B. in Berlin. In diesem Falle ermäßigt sich die Summe der Zuschläge auf 26 v. H.

In Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind nach wie vor die Kosten der Heizstoffe gemäß den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen. Demnach sind bei der Berechnung der Miete in Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung nicht die Hundertsätze der vollen Friedensmiete, auf die Papiermarkgrundmiete zuzuschlagen, sondern es sind von der Friedensmiete wie bisher zunächst die darin enthaltenen Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung mit 9 v. H. und für Warmwasserversorgung mit 3 v. H. abzuziehen und erst von dem dann verbleibenden Betrage die obengenannten Zuschläge zu berechnen und der Papiermarkgrundmiete hinzuzuzählen.

Um an obiges Beispiel anzuknüpfen:

Angenommen, für eine Wohnung mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung war am 1. Juli 1914 eine Jahresmiete von 1000 Mark vereinbart, so ist auch hierfür wiederum 800 Mark Grundmiete in Papiermark zu zahlen. Die Zuschläge werden nun aber nicht nach der vollen Friedensmiete von 1000 Mark berechnet, sondern nach der um 9+3=12 v. H. verminderten Friedensmiete, also: (100—120)=880 Mark. Die gesetzliche Miete beträgt demnach 30 v. H. der 880 Mark = 264 Mark, die in Gold zu zahlen sind, wozu dann noch die Grundmiete von 800 Papiermark tritt. Außerdem sind noch die umgelegten Kosten für die Heizstoffe zu zahlen.

Was die Betriebskosten betrifft, so ist dem Vermieter das Recht eingeräumt, in Fällen, wo er nachweislich mit dem festgesetzten Zuschlag von 15 v. H. nicht ausreicht, den fehlenden Betrag umzulegen, jedoch darf diese Umlage zur Deckung seines Fehlbetrags 3 v. H. der Friedensmiete nicht übersteigen.

Steuerzettel neuestes Muster

empfiehlt den Landgemeinden

Kreisblattdruckerei

H. Chr. Sommer, Bad Ems u. Diez

Börse und Handel

Berlin, 23. Jan. (Wolff.) Börsenstimmungsbild. Die Geschäftsstille an der Börse, über welche die Bankfirmen und berufsmäßigen Händler zunehmend klagen, hielt auch heute an. Die Kursveränderungen sind daher nicht bedeutend. Die Stimmung ist im allgemeinen freundlich zu bezeichnen. Die meisten Kurse behaupteten ihren Stand. Wo Veränderungen in einigen führenden Papieren eintraten, hielten sie sich im Ausmaße von 1 bis 3 Bill. pCt. nach unten und oben. Während des ganzen Börsenverlaufs traten Kursveränderungen von Bedeutung nicht ein. Eine Unterbrechung brachte lediglich die sich fortsetzende Bewegung der Hochbahn- und Darstädter Bank-Aktien, für die seitens der Börsenspekulation mit allerhand Gründen Stimmung zu machen versucht wird. Schwach waren Schantungbahn-Aktien, wegen der bevorstehenden Zusammenlegung des Kapitals. Am Schiffahrtsmarkt erhielt sich für Deutsch-Australier und Kosmos und neuerdings Hamburg-Südamerikaner bei weiter anziehender Kursen eine gute Meinung. Heimische Renten waren nach dem scharfen Kursrückgang der letzten Tage nur wenig verändert, und teilweise leicht gebessert. Auslandsrenten neigten mit Ausnahme der ungarischen zur Schwäche. An der Flüssigkeit des Geldmarktes hat sich nichts geändert. Für Devisen entsprach die Nachfrage, bei belanglosen Kursveränderungen für einige Nebenplätze ungefähr der gestrigen.

Berlin, 23. Jan. (Wolff.) Produktenbericht. Anscheinend im Zusammenhang mit dem Anhalten des Frostwetters das die Zufuhren erschwert hat, war heute die Tendenz am Produktenmarkt leicht befestigt. Das Angebot von Inlandsware ist zurückhaltender geworden, und die an sich nicht große Nachfrage fand weniger Material vor als bisher. Die Preisbildung entsprach im allgemeinen der gestrigen. Roggen und Weizen waren im Preise wenig verändert. Gerste und Hafer lagen etwas fester. Das Mehlgeschäft bleibt andauernd ungünstig und infolge des ausländischen Wettbewerbs ist diesen Mühlen ihr bisheriges Absatzgebiet verschlossen sodaß sich das Angebot in Berlin zusammendrängt.

Frankfurt a. M., 23. Jan. (Wolff.) Die Handelskammer hat bei dem Reichsminister der Finanzen beantragt, daß nicht nur Reichsbankschecks, sondern auch gewöhnliche Bankschecks in Papier- oder Rentenmark von den Finanzkassen zu Steuerzahlungen angenommen.

London, 22. Jan. (Wolff.) Heute begann die erste Wollauktion in diesem Jahre, auf der 13317 Ballen angeboten wurden. Die Beteiligung war ziemlich stark und zwar nicht nur b... schen und festländischen Kreisen, sondern ... tens amerikanischer Firmen. Verglichen ... Dezembernotierungen wurden Merinos 5 bis ... pCt. und Kreuzzuchtsorten 10 bis 15 pCt. höher bezahlt. Der Wandel in Kapwolle gestaltete sich infolge hoher Verkaufslimite schleppend, sie notierte pai bis 5 pCt. höher.

Coblenzer Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: Ochsen 7, Bullen 9, Rinder und Kühe 106, Kälber 245, Schafe 8, Schweine 116; Marktverlauf: rege. Die Preise verstehen sich alle 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig. Ochsen: vollfl. ausgemästete, höchst. Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 42—45, junge fleisch, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 36—39; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 30—32. Bullen: vollfl. ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 5 Jahren 38—40; vollfleischige jüngere 32—34; mäßig genährte jüngere und ältere 27—29. Rinder und Kühe: vollfl. ausgemästete Rinder höchsten Schlachtwertes 42—45; vollfl. ausgemästete Kühe höchst. Schlachtwertes 36—39; ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Rinder 28 bis 30; mäßig genährte Kühe und Rinder 16—18. Kälber: feinste Mast- und beste Saugkälber 60—65; mittlere Mast- und gute Saugkälber 54—56; geringere Saugkälber 38—40. Schweine, vollfl. der feinsten und deren Kreuzungen höchsten Schlachtwertes 70—75; fleischige 62—68.

Die Reichs-Indexziffer.

Berlin, 23. Jan. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 21. Januar, auf das 1,08billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,11 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 2,7 Prozent zu verzeichnen.

Gegen **Erkältung** sind die

Emser Bonbons

das beste Hausmittel. Zu haben in der **Drogerie von AUG. ROTH**, Bad Ems.

Keine Läuse und Wanzen mehr! (s. Brut) auch b. Tieren in 5 Min. d. d. millionenf. bew. **„Kampolda"**
Vorrät. **Oranien-Drog. A. Zimmermann**, Diez a. L.

Für die uns so zahlreich dargebrachten Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Silber-Hochzeit danken herzlichst

Emil Schmidt und Frau.

In kleinen Geschäftshaushalt (2 Kinder) braves fleißiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahre (am liebsten vom Land) gesucht. Gute Behandlung. Zeitgemäßer Lohn.
Näheres Geschäftsstelle Diez

Unterricht

in deutscher, englischer und französischer Sprache wird von Lehrerin erteilt.
Näheres Villa Sommer Bad Ems.

Emaillierter

Herd

(gebraucht) event. gegen Lebensmittel zu vertauschen.
Bahnhofshotel Bad Ems.

Stellen-Gesuche

im Lahn-Boten billig und erfolgreich

Ein alleinstehender kräftiger

Mann

anfangs 50er Jahre, welcher über 25 Jahre selbstständig Oekonomie betrieb sucht passende Stellung.
Näheres bei **Wilhelm Sued, Niedernelsen** Post Flacht.

Zu verkaufen:

1 Herd und 1 Tisch.
Arzbachergstr. 10, Bad Ems

Ich bin erfreut — weil Sie erkennen,

daß Ihnen die kurzentschlossene Anschaffung der **„Diplomat-Klein-Schreibmaschine"** die im Verhältnis zu ihrer unvergleichlich niederen Preisstellung von keinem zweiten Fabrikat an Brauchbarkeit, Stabilität und Vollendung überflügelt werden kann, als **Selbstverständlichkeit einleuchtet!**

Warum hat sich nun der Interessent sinngemäß für unser Spezialfabrikat zu entscheiden? Hören Sie die Vorzüge unserer „Diplomat"! Tadellose Sichtschrift, Ruhiger Anschlag, Schreibschnelligkeit, Aeußerst gefällige Form, Austauschbares Typensystem für alle Kultursprachen und Schriftarten, Normalbreiter Wagen, Kolonnensteller usw.

Die bestausgerüstete, billigste und dabei zweckmässigste Kleinschreibmaschine hoher Dauerhaftigkeit!

Preis incl. eichenem Verschlusskasten nur Goldmark 50.—

Zahlung auch in zwei Raten gestattet.

Versand erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages (was am vorteilhaftesten auf unser Postscheckkonto 14672 Amt Stuttgart geschieht) vollständig spesenfrei, d. h. Fracht und Verpackung zu unseren Lasten. Prospekte und Schriftproben stehen bereitwilligst zu Diensten!

Bläusiegel, G. m. b. H., Stuttgart
Spezial-Fabrikation von Klein-Schreibmaschinen
Bismarckstrasse 48 -.- Fernsprecher 5213

Bedienen Sie sich nachstehenden Bestellscheines

Bestellschein.

Ich/Wir ersuchen um Lieferung von:
„Diplomat"-Kleinmaschine
zum angebotenen Preise von Goldmark 50 —
Der Betrag liegt bei – ist auf Ihr Postscheckkonto 14672 Amt Stuttgart einbezahlt.

Name (deutlich): ______________
Wohnort: ______________
Strasse: ______________

Lahnbote Bad Ems

Der Versand von Musikalien u. Saiten

vom besetzten ins unbesetzte Gebiet oder innerhalb des besetzten Gebietes findet nach wie vor unbehindert statt.

Ihre Bestellungen

können demnach schnellstens und ohne weitere Nebenkosten ausgeführt werden. Kataloge und Verzeichnisse kostenfrei

P. J. Tonger, Köln a. Rhein
MUSIKALIEN-HANDLUNG. AM HOF 30—36.

Buchen-Scheitholz

pro Zentner 1.40 Mark ab Lager.

Friedr. Wesseling Wwe.
Gmbh., Bad Ems. Fernsprecher 39.

Für die uns anläßlich unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke herzlichen Dank!

Chr. Beisel und Frau.

Tanzunterricht

Den geehrten Damen und Herren von **Diez und Umgegend** die ergebene Mitteilung, daß ich anfangs Februar im Hotel Viktoria einen

Tanzkursus

eröffnen werde und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll
Georg Büchler, Tanzlehrer.

Anmeldungen werden bei Herrn W. MAIER Diez, Schloßberg 1, entgegengenommen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unsres lieben Entschlafenen, besonders der Freiwilligen Feuerwehr danken wir herzlichst.

Familie Heinrich Supp.

BAD EMS, den 25. Januar 1924.

Zentral-Heizungen

kauft zu höchsten Preisen und demontiert
Ingenieur Berth. Kalt, Bendorf am Rhein
Fernruf 219.

Achtung! Nur 2 Tage. Achtung!

Kammerjäger kommt!!

Radikale Vertilgung von Ungeziefer aller Art durch den Radikal-Bazillus. Garantie 1 Jahr. Für Haustiere unschädlich. **Mässige Preise.**
Prämiiert: Paris, Brüssel, London, Rio de Janeiro.
Meldungen an die Geschäftsstelle erbeten.

Städtischer Volksbildungsausschuß Bad Ems

Samstag, den 26. Januar 1924, abends 8 Uhr, in der Aula der Kaiser Friedrich-Schule:

Rezitationsabend

von Herrn **LUDWIG HARTWIG**, Schauspieler am Stadttheater **Coblenz.**

Karten zu 50 Pf. von 7.30 Uhr ab an der Kasse. Kinder haben keinen Zutritt.

Gottesdienst-Ordnung:

Bad Ems. Isr. Gottesdienst.
Freitag abend 5 Uhr.
Samstag morgen 9 Uhr.
Samstag abend 5,30 Uhr
Samstag nacht 6 Uhr.

Dienethal. Sonntag, 27. Jan. 3. S. n. Ep. Vorm. 10 Uhr: Predigt. Nachm. 2 Uhr: Bibelstunde in Dienethal.

Druckerlehrling

gesucht.
Buchdruckerei Sommer, Bad Ems.

Entlaufen

schw. Dackel (Waldmann)
W. Fuhr, Niedernelsen.
Bauunternehmer.

Ein Hut

auf dem Finanzamt Diez, vertauscht.
Abzugeben auf der Geschäftsstelle Diez.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

Wasch- und Bügelmädchen

Direktion Kurhaus Bad Nassau.

Hege und Jagd

ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler Jagd- u. Hundevereine. Verbreitungsgebiet im In- u. Auslande. Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Verlagsabteilung in Dillingen-Donau.

Beinkranke!

mit Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias behandelt rasch und naturgemäß

Dr. med. Dientz,
Spezialarzt für Beinleiden,
Koblenz, Löhrstr. 123 I. Etg.
Eingang: Roonstraße.
Sprechstunden:
Jeden Mittwoch von 1—4 Uhr.

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreis: [illegible] Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Dollar-Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 5, Fernruf 7. Schriftleitung: E. M. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheck. Ffk (M.) 10616

Nummer 22 — Bad Ems, Samstag den 26. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Erfolgreiche Verhandlungen Dr. Schachts.

Optimistische Auffassung. Der neue Kurs in England.

Hypotheken und Mieteaufwertung

Die bereits vor Wochen angekündigte dritte Steuerverordnung ist immer noch nicht ergangen. Sie wird verschiedene Fragen der Aufwertung und eine endgültige finanzielle Auseinandersetzung von Reich Ländern und Gemeinden zum Gegenstand haben. Am populärsten ist die Vorstellung, daß die Hypothekengläubiger wenigstens einen Teil ihres Vermögens wiedererhalten sollten und auch wiedererhalten könnten, ohne daß dadurch über den Hypothekenschuldner eine gefährliche Krise heraufbeschworen wird. Im engen Zusammenhang mit der Aufwertung der Hypotheken steht daher die Frage der Aufwertung der Mieten. Wird der Hypothekenschuldner gezwungen, wieder einen erheblichen Betrag an Hypothekenzinsen zu bezahlen, so muß er aus dem Erlös der Mieten hierfür Deckung schaffen. Der Mietzins ist heute fast der einzige lebensnotwendige Aufwand, der weit hinter dem Vorkriegssatz zurücksteht. Für Preußen werden die Zahlungen der Mieter im Februar rund 30 Proz. des Vorkriegssatzes ausmachen. Man rechnet damit daß im Laufe des Sommers die Wohnungszwangswirtschaft ganz abgebaut sein wird, und daß dann wieder ungefähr die Vorkriegsmieten gelten sollen. Dies bedeutet natürlich eine Verteuerung des Lebensunterhaltes und bedingt eine Erhöhung der Löhne und Gehälter. Nun ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, warum denn ausgerechnet die Hausbesitzer aus der großen Zahl der Vermögensbesitzer eine Aufwertung ihres Besitzes und warum die Hypothekengläubiger, wenigstens zum erheblichen Teil, von den Folgen der Geldentwertung erlöst werden sollen. Mit dem Maßstab der Gerechtigkeit kommen wir hierbei nicht aus. Es ist durchaus nicht „gerecht", wenn die Hypothekengläubiger einen erheblichen Prozentsatz ihres Vermögens zurückerhalten, während die öffentlichen Gläubiger (Inhaber von Kriegsanleihen, Staats- und Gemeindeobligationen) nichts erhalten sollen und bei dem traurigen Stand der öffentlichen Finanzen auch nichts erhalten können. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus verdient die Aufwertung der Mieten und der Hypotheken nur deshalb eine Sonderbehandlung, weil ohne eine solche Aufwertung schwere soziale und gesundheitliche Schäden entstehen würden. Die Wohnungsnot hat auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und auch auf dem der sexuellen Moral verhängnisvolle Folgen gehabt. Ein Wiederaufleben der Bautätigkeit ist ohne Wiederherstellung des Kapitalbesitzes bei den Immobilien nicht zu erzielen. Es wäre ein Unding, wenn ein vor dem Kriege oder während des Krieges gebautes Haus gegenüber einem nach dem Kriege gebauten Hause mit gleichgroßer Wohnmöglichkeit unterwertig sein soll. Eine andere Frage ist es allerdings, ob die Aufwertung der Mieten und Hypotheken ausschließlich den beiden Beteiligten (Hausbesitzer und Hypothekeninhaber) zugute kommen soll. Die ungeheure Finanznot des Reiches verbiete es, eine Aufwertung zu vollziehen, welche allein Privaten zugute kommt, und das Reich leer ausgehen läßt. Wir haben uns überdies unseren Reparationsgläubigern gegenüber verpflichtet, unseren Sachwertbesitz als Pfand für eine internationale Anleihe bereitzustellen; würden die Hypotheken in früherer Höhe ganz wiederhergestellt und den Hypothekengläubigern überlassen, so würde der städtische Grundbesitz in großem Umfange als Sicherheit für solche internationalen Darlehen ausscheiden. An die Frage der Aufwertung darf eben nicht nur mit dem Maßstab der Gerechtigkeit, sondern auch mit dem der wirtschaftspolitischen Berechnung herangegangen werden. Das beste was erreicht werden kann, ist ein leidliches, schnell zu verwirklichendes Kompromiß, bei welchem einer verständigen Wohnungspolitik und den finanziellen Interessen von Reich, Ländern und Gemeinden gedient wird.

Aus den Ausschüssen.

Paris, 25. Jan. Im Astoriahotel haben die Sachverständigen gestern eine rege Tätigkeit entfaltet. Der erste Ausschuß ist um 4 Uhr zu einer zweieinhalbstündigen Besprechung über das deutsche Währungsproblem zusammengetreten. Am Vormittag hatten die Unterausschüsse die verschiedenen, damit verbundenen Fragen bereits bearbeitet. Heute früh versammelt sich der Ausschuß aufs Neue um 11 Uhr und später auch am Nachmittag. Er dürfte überhaupt bis zu seiner Abreise nach Berlin weitere Sitzungen abhalten. Was das zweite Komitee anbelangt, so haben seine Mitglieder bereits zum größten Teil Paris verlassen, um kommenden Donnerstag in Berlin wieder zusammenzutreten.

Auch Dr. Schacht ist gestern abend aus Paris abgereist. Nachmittags wurde er von Poincare empfangen. Ueber den Inhalt des stattgefundenen Gespräches verweigert der Quai d'Orsay vorläufig jede Auskunft. Man versichert aber in gut unterrichteten Kreisen, daß es sich nicht nur um einen Höflichkeitsbesuch handelte, sondern daß Poincare durch eine Reihe präziser Fragen sein Interesse für das Projekt des Dr. Schacht bekundet hat. Hingegen soll der Besuch bei Barthou einen rein formalen Charakter getragen haben. Im übrigen mußte Dr. Schacht nach unseren Informationen zahlreiche Einladungen, die von seiten führender Pariser Persönlichkeiten an ihn ergangen waren, ablehnen.

Der allgemeine Eindruck nach dem sechstägigen Aufenthalte des Reichsbankpräsidenten läßt sich dahin zusammenfassen, daß Dr. Schacht nicht nur ein starker persönlicher Erfolg beschieden war, sondern vor allem auch die französischen Kreise von dem lebhaften Optimismus, der im Astoriahotel vorherrscht, allmählich angesteckt werden. Allerdings zeigen die offiziellen Stellen nach wie vor Zurückhaltung und bringen auch dem Goldbankprojekt alle möglichen Vorbehalte entgegen. Es ist aber bekannt, daß die Mitglieder der Ausschüsse in privaten Gesprächen, die sie gelegentlich der zahlreichen festlichen Empfänge am Quai d'Orsay und sonstwo führten, auf französische Zuhörer sehr überzeugend einzuwirken vermochten.

Nach der Abendpresse zu urteilen, hat dieser Stimmung die Rede des Finanzministers Dr. Luther wesentlich Abbruch getan. Dr. Luther so wird behauptet, habe versichert, daß Deutschland nicht in der Lage sei, für die Besatzungskosten aufzukommen. Diese Worte lassen nach der Ansicht französischer Kreise auf einen bevorstehenden Vorstoß Deutschlands gegen den Friedensvertrag schließen. Sie ständen im Widerspruch mit dem Geist kordialer Zusammenarbeit, den die Sachverständigen zu verbreiten suchen. Die Mitteilung von Dr. Luther, so meint der „Temps" sei um so unverständlicher, als die Alliierten um ihre Mitwirkung bei der Gründung der Goldnotenbank gebeten worden.

Schacht über die Notenbank

Paris, 24. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht empfing heute vormittag Vertreter der deutschen Presse in Paris. Dr. Schacht führte aus, daß der Empfang, der ihm seitens der Sachverständigen zuteil geworden, durchaus korrekt gewesen sei. Er selbst habe sich größter Zurückhaltung befleißigt und außerhalb des Kreises der Sachverständigen an keinen Zusammenkünften teilgenommen. Er habe lediglich dem Präsidenten der Reparationskommission Barthou einen Besuch abgestattet, der ein Akt der Höflichkeit gewesen sei, da die Reparationskommission die Sachverständigenausschüsse eingesetzt habe. Nach den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten kann gesagt werden, daß die Beteiligung internationalen Kapitals an der Goldnotenbank keine internationale Finanzoperation darstelle, sondern lediglich eine freiwillige Beteiligung ausländischen Kapitals. Die Goldnotenbank sei die Voraussetzung für jede weitere internationale Hilfe Deutschlands und für den Erfolg der Arbeit der Sachverständigenausschüsse In der öffentlichen Meinung ist im übrigen der Gedanke stärker in den Vordergrund getreten, daß die Goldnotenbank bis zu einem gewissen Grade die internationale Finanzkontrolle überflüssig machen könne. Man habe in der Tat nach der Ruhroperation immer mehr eingesehen, daß die deutsche Wirtschaft nicht durch eine bureaukratische Einmischung von außen her wieder in Gang gebracht werden könnte, sondern nur durch Zuführung lebendiger Kräfte. In diesem Sinne könnte eine steife Finanzkontrolle schädigend wirken, während es denkbar ist, daß Kapitalien, die an der Goldnotenbank beteiligt sind, durch ihre Vertretung im Aufsichtsrat dieser Bank eine Kontrolle über die Finanzgebarung „Deutschlands ausüben.

Dr. Schacht ist sich darüber klar, daß die Goldnotenbank keine Lösung der Reparationsfrage darstelle, sondern nur einen Teil des Gesamtprogramms, daß sie aber auch eine Voraussetzung für das Programm ist.

Auf eine Frage, wie sich die Goldnotenbank und die rheinische Emissionsbank zu einander verhalten würden, betonte Dr. Schacht, die rheinische Emissionsbank könne einer großzügigen Gesamtregelung nicht dienlich sein. Dr. Schacht hat in Paris keinen französischen oder ausländischen Journalisten empfangen.

Aus den Sachverständigenkomitees.

Paris, 24. Jan. Wie mitgeteilt wird, treten die beiden Unterausschüsse des Sachverständigenkomitees Dawes (Budget und Währung) heute zur Abfassung eines Berichts über die ihnen unterbreiteten technischen Fragen zusammen, der dann von dem gesamten Komitee diskutiert werden soll.

Paris, 24. Jan. Havas veröffentlicht folgende Erklärung: Entgegen verschiedenen Ausführungen in der ausländischen Presse hat das erste Komitee nicht beschlossen, den Plan, den Dr. Schacht in den mit ihm abgehaltenen Sitzungen auseinandergesetzt hat, in Bausch und Bogen anzunehmen. Gewisse Anregungen des Reichsbankpräsidenten sind den Sachverständigen beachtenswert erschienen. Das Komitee Dawes wird sie in dem endgültigen Plan berücksichtigen, mit dessen Aufstellung es zur Zeit beschäftigt ist, und der am 30. Jan. in Berlin zur Erörterung gelangen wird.

Paris, 24. Jan. Das Komitee Dawes hat heute Nachmittag die Berichte seiner Unterausschüsse über die ersten Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und zum Ausgleich des deutschen Budgets zur Kenntnis genommen.

Englische Annäherung an Rußland.

London, 24. Jan. Unter den durch die Regierungsübernahme der Arbeiterpartei geschaffenen außenpolitischen Möglichkeiten hebt sich, dem Vernehmen nach, am klarsten der Wunsch hervor, die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland auf der Grundlage der Anerkennung der Sowjetregierung zu fördern Ueber die Einstellung der neuen britischen Regierung zum mitteleuropäischen Problem verlautet, daß mehr denn je die Tendenz zutage tritt, die endgültige Lösung unter hervorragender Mitwirkung eines Deutschland und Rußland umfassenden Völkerbundes herbeizuführen. Vor allen Dingen sei zu erwarten, daß der Premierminister behutsam vorgehe und daß sein Augenmerk darauf gerichtet sein werde, den Weg zu einer gerechten und vernünftigen Regelung zu beschreiten. Es wird weiter hervorgehoben, daß Großbritannien sowohl in der Frage der Kölner Eisenbahnen, als auch in der dringenderen Frage des Separatismus in der Pfalz auf einem sehr festen Boden stehe, da es bei den Kölner Bahnen im Besitze der Schlüsselstellung sei und da die von Clive im Namen der britischen Regierung in der Pfalz angestellte Untersuchung klar ergeben habe, daß die dortige Errichtung der sogenannten „autonomen Regierung" nicht in dem Willen der pfälzischen Regierung wurzele. Der starke Eindruck, den das im Unterhaus verlesene Telegramm Clives, der das Gerippe seines Berichtes an die britische Regierung und das Ergebnis seiner Untersuchung in der Pfalz bildet, in Deutschland und vor allem in der Pfalz selbst hervorgerufen hat, wird viel bemerkt.

Zur auswärtigen Politik der neuen Regierung.

London, 24. Jan. (Wolff.) Die „Daily News" schreibt über die auswärtige Politik der neuen Arbeiterregierung unter Hinweis auf die auf diesem Gebiet zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei herrschende Uebereinstimmung die neue Regierung werde wohl nur insoweit „revolutionär" sein, als sie eine schwache, schwankende und furchtsame Politik der Regierung Baldwin durch eine kraftvolle, feste und folgerichtige Politik ersetzen werde, die sich auf die Völkerbundsideale stützen und ein wirtschaftliches und allgemein menschliches Einvernehmen in Europa zu fördern versuchen werde. Die weiter von der Arbeiterregierung geplante Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nicht nur würde die Entwicklung der großen Eisen- und Kohlenlager Rußlands bis zu einem gewissen Maße der französischen Kontrolle, die über 70 Prozent der Vorkommen in Westeuropa umfasse, ausgleichen. Rußlands politische Anerkennung böte auch die günstige Aussicht, wirksam der katastrophalen aggressiven Politik Frankreichs in Zentraleuropa entgegenzutreten. Der Erfolg oder Mißerfolg dieser Politik werde ein Prüfstein der britischen Diplomatie sein.

London, 24. Jan. Wie gemeldet wird, verbrachte Macdonald den heutigen Vormittag im Foreign Office. Evening Standard berichtet, daß Macdonald bereits in Fühlung mit der russischen Regierung stehe und daß baldige Schritte zur Anerkennung der Sowjetregierung wahrscheinlich seien.

Neues Arbeitssystem im Kabinett.

London, 24. Jan. Das Kabinett hat gestern, Reuter zufolge, die Aufstellung eines neuen Arbeitssystems durch die Bildung eines kleinen Ausschusses für die Behandlung verschiedener innerpolitischer Angelegenheiten und für die Vorbereitung ihrer Regelung beschlossen, wobei indessen dem Gesamtkabinett die endgültige Entscheidung vorbehalten bleibt. Hierdurch wird das Ministerium in den Stand gesetzt seine Zeit den allgemeinen politischen Problemen zu widmen.

Ergänzende Ernennungen.

London, 24. Jan. Frank Hodges, Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes, wurde zum Zivillord der Admiralität und Harry Gosling, Vorsitzender des Transportarbeiter- und des [illegible] Arbeiterverbandes, zum Verkehrsminister ernannt.

Dr. Luther zur Finanzlage

Auf einem Klubabend des Ueberseeklubs Hamburg sprach Reichsfinanzminister Dr. Luther über die allgemeine Finanzlage Deutschlands. Der Minister führte u. a. aus: Wir können mit den Steuermaßnahmen vor keiner Schicht des deutschen Volkes halt machen. Ueber die dritte Steuernotverordnung ist eine Entscheidung im Kabinett noch nicht gefallen, aber auch diese Frage wird so entschieden werden, daß die Notlage unserer Wirtschaft und die Notlage unsere Staates als die leitenden Gesichtspunkte erscheinen. Der Minister ging dann auf den Reichshaushalt ein und erklärte: Wenn nicht außerordentliche Verhältnisse eintreten und wenn nicht nur das Reich, sondern auch die Länder und Gemeinden an der Beschränkung der Ausgaben bis aufs äußerste festhalten, dann werden wir über die Uebergangszeit hinwegkommen. Was den Haushalt für 1924 betrifft, so ist meines Erachtens die vollkommene Trennung der Finanzverwaltung zwischen dem Reich und den Ländern, wie sie von Bayern gewünscht wird, völlig unmöglich. Was im Augenblick möglich ist, ist die Aufteilung der Steuerquellen zwischen dem Reich auf der einen und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite, und ich hoffe, daß wir vor der Lösung dieser Frage stehen. Länder und Gemeinden würden dann aber mit dem, was ihnen durch die Gesetzgebung zugewiesen wird, auskommen und stärker sparen müssen. Es gibt große Länder, die es noch nicht zuwege gebracht haben, dem Reich bei seinen Ersparnismaßnahmen zu folgen. Dieser Zustand muß abgestellt werden. Dann können wir einen Reichshaushalt aufstellen, durch den die inneren Ausgaben Deutschlands im Jahre 1924 gedeckt werden. Der Haushalt deckt aber nicht die Besatzungskosten. Auch die sogenannten inneren Ausgaben aus dem Versailler Vertrag bleiben zu einem großen Teil ungedeckt. Der Haushalt enthält nichts für die Reparationen. Er rechnet immer noch mit übermäßigen Beschränkungen der Ausgaben, insbesondere bei den Gehältern, mit ungeschmälerten Einnahmen aus ganz Deutschland, aus den besetzten und den unbesetzten Gebieten. Die Kreditfrage ist nur mit Hilfe des Auslandes zu lösen. Ferner ist es notwendig, daß unser Handel in der Welt draußen sich wieder ungehemmt entwickeln kann. Der Minister besprach dann ausführlich die Verhältnisse im besetzten Gebiet und ging auch auf die sogenannten Micumverträge eingehend ein. Die Rheinische Goldnotenbank müsse durchaus willkommen sein, soweit sie Kreditmöglichkeiten für die Industrie schaffe. Es sei aber unmöglich, dem zuzustimmen, daß unsere deutsche Währungseinheit zer-

rissen werde. Es sei anzunehmen, daß man im besetzten Gebiet wirtschaftliche Fragen verfolge. Er frage sich aber vergeblich, wie diese Ziele auf dem eingeschlagenen Wege erreicht werden sollen. Reparationsleistungen könnten von Deutschland nur getragen werden, wenn als Schuldner dafür das gesamte deutsche Volk in wirtschaftlicher und finanzieller Freiheit in Betracht komme. — Die Versammlung nahm die Ausführungen des Ministers mit lebhaftem Beifall auf.

Politische Nachrichten

Deutschland

Berlin, 24. Jan. Zu dem angekündigten Besuch der Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission in Berlin schreibt die Germania: Außenminister Stresemann hat noch in seiner letzten Rede am Samstag vor Vertretern der ausländischen Presse erklärt, daß die deutsche Regierung alles tun werde, um den Komitees ihre Tätigkeit zu erleichtern. Sie werde es besonders willkommen heißen, wenn die Mitglieder persönlich nach Berlin kämen, um sich hier ein Urteil über die Lage Deutschlands und die Ursache seiner Not zu bilden. Den Herren wird in Berlin Gelegenheit zur ausreichenden Information gegeben und Einsicht in die einschlägigen Bücher und Akten gestattet werden. Die Deutsche Regierung betonte wiederholt, daß ihre Politik und ihre finanziellen Maßnahmen nicht das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätten und sie kann es nur begrüßen, wenn durch eine objektive Nachprüfung der Verhältnisse, den französischen Behauptungen von der Böswilligkeit des deutschen Schuldners endgültig der Boden entzogen wird.

Abbau in der Reichsverwaltung

Berlin, 24. Jan. Der Sparausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Abbau im Ressort des Auswärtigen Amtes. Der Personalstand wurde um 520 Köpfe vermindert, was gegenüber dem Bestand vom 1. Oktober 1923 einen Abgang von 18,2 Prozent bedeutet. Hierzu ist die Zahl der Beamten nicht gerechnet worden, die an die im Jahre 1923 neu errichteten Behörden entsandt worden sind, ohne daß in der Zentrale Neueinstellungen stattgefunden haben. Ebenso ist der Abbau unberücksichtigt geblieben, der vor Erlaß der Personalabbauverordnung stattgefunden hat. Besonderer Wert ist auf den Abbau im Auslande gelegt worden, weil dort die größten finanziellen Ersparnisse zu machen waren. Der Abbau ist noch nicht ganz abgeschlossen. Zu berücksichtigen war, daß die Arbeitslast des Auswärtigen Amtes gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gewachsen ist, was allein erhellt aus dem Versailler Vertrag und der Notwendigkeit, mit den neugebildeten Staaten sowie mit den früheren Gegnern zu einem Reparationsabkommen zu gelangen. Auch können der deutsche Handel und die deutsche Industrie ohne weitgehende Inanspruchnahme der Behörden im Auslande nicht auskommen, da ihre Verbindungen mit dem Auslande größtenteils fortgefallen sind und auch durch persönliche Reisen nicht in allen Fällen wieder angeknüpft werden können.

Alsdann behandelte der Ausschuß Abbaumaßnahmen im Geschäftsbereich des Reichsfinanzministeriums. Von diesem Ministerium wurden vom 1. Oktober 1923 bis 31. Januar 1924 an Beamten 14 Prozent und an Angestellten 18 Prozent abgebaut. Beim Personal für die Zölle und Verbrauchssteuern betrug die Abbauziffer im gleichen Zeitraum 11,19 Prozent und beim Personal für Besitz- und Verkehrssteuern 18,22 Prozent.

Im Verlaufe der Debatte ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung, die Zahl der Finanzämter, Hauptzollämter und Zollämter zu verringern, deren Kassenwesen möglichst zusammenzulegen und an den Grenzübergängen usw. durch Vereinbarungen und Uebertragung von Dienstbefugnissen zwischen Zoll-, Post- und Eisenbahnverwaltung Personalersparnisse herbeizuführen.

Aus dem preuß. Staatsrat.

Berlin, 24. Jan. Bei der Abstimmung über die Grundsteuerverordnung im preußischen Staatsrat stellte sich Beschlußunfähigkeit heraus. Die Entscheidung fällt daher erst in der nächsten Tagung des Staatsrats, die nach der Einbringung des Staatshaushalts stattfinden soll.

Die Abänderungsnovelle des Reichstagswahlgesetzes verschoben.

Die Absicht, noch vor den Neuwahlen eine Novelle zur Aenderung des Reichstagswahlgesetzes zur Verabschiedung zu bringen, ist, wie die „Deutsche Allgem. Ztg." meldet, aufgegeben worden, nachdem in einer Besprechung am Donnerstag mit den Parteiführern die Führer selbst erklärt haben, daß wegen der vorgeschrittenen Zeit von einer Aenderung des Wahlrechtes abgesehen werden müsse. Wie dasselbe Blatt berichtet, rechnet man damit, daß die Wahlen voraussichtlich im Januar stattfinden werden. Es besteht in parlamentarischen und in Regierungskreisen Einmütigkeit darüber, daß die Wahlen nicht unter dem Ausnahmezustand vorgenommen werden sollen.

Mehrere Blätter melden, daß der Reichstag in absehbarer Zeit wahrscheinlich nicht zusammentreten werde, da sämtliche Ressortminister durch die Anwesenheit der Sachverständigen-Ausschüsse der Reparationskommission außerordentlich stark in Anspruch genommen werden. Auch die Tagung des auswärtigen Ausschusses dürfte, aller Voraussicht nach, aufgehoben werden.

Tumultszenen im Berliner Stadtrat.

Berlin, 24. Jan. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es heute bei der Einbringung eines kommunistischen Dringlichkeitsantrages auf Besserstellung der Erwerbslosen zu heftigen Tumultszenen. Die anscheinend aus Erwerbslosen zusammengesetzte Zuhörerschaft verübte hierbei heftigen Lärm und bewarf Pressevertreter und Stadtverordnete mit Stinkbomben. Die Tribüne mußte schließlich geräumt werden. Die Zuhörer zogen unter Hochrufen, Absingen der Internationale und Werfen von weiteren Stinkbomben ab.

Mittel zur Hilfe für die Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 24. Jan. Um die finanzielle Belastung der öffentlichen Körperschaften durch die Erwerbslosenfürsorge, die naturgemäß bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktkrise außerordentlich schwer ist, zu verringern, hatte der Reichsarbeitsminister am 15. Oktober eine Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge erlassen. Darin war vorgesehen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugleich mit den Krankenversicherungsbeiträgen gewisse Zuschläge für die Kosten der Erwerbslosenfürsorge abführen sollten. Im unbesetzten Gebiet hat diese Verordnung trotz der schwierigen Wirtschaftslage schon bemerkenswerte finanzielle Ergebnisse gehabt, im besetzten Gebiet dagegen ist die Durchführung der Verordnung bisher noch nicht möglich gewesen, weil die Kreisdelegierten die Verordnungen wegen der mangelnden Genehmigung der Rheinlandkommission als ungültig ansehen. Trotz aller Bemühungen war es erst Ende Dezember möglich, die Verordnung durch die Reichsvermögensverwaltung in Koblenz der Rheinlandkommission vorzulegen.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 24. Jan. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht Bestimmungen des Reichsarbeitsministers, wonach auf Grund der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 die obersten Landesbehörden ermächtigt werden, für das ganze Gebiet eines Landes oder einzelne Landesteile anzuordnen, daß Darlehen oder Zuschüsse aus Mitteln der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge an Unternehmungen gegeben werden können, die ganz oder in selbständigen Betriebsteilen stilliegen. Die betreffenden Unternehmungen müssen sich verpflichten, den Betrieb wieder aufzunehmen und in ihm mindestens zwanzig Erwerbslose zu beschäftigen.

Falsches Reichsbahnnotgeld.

Berlin, 24. Jan. (Wolff.) Von dem auf Papiermark lautenden Notgeld der deutschen Reichsbahn sind Fälschungen im Umlauf, die auf seegrünem Wasserzeichenpapier gedruckt sind, wobei der ursprüngliche Betrag von 20 Millionen Mark abgeändert ist. Die Doppellinien und Buchstaben sind teils verstärkt, teils ganz mit grüner Farbe ausgeführt. An 20 Billionen-Scheinen der deutschen Reichsbahn ist nur eine geringe Anzahl im Umlauf, die auf Wertzeichenpapier gedruckt ist.

Bayern

Reichspostminister Hoefle in München.

München, 24. Jan. Reichspostminister Hoefle hat Veranlassung genommen, wegen der bevorstehenden Einbringung des Reichspostfinanzgesetzes und der damit zusammenhängenden Fragen aus dem Verhältnis der früheren bayrischen Postverwaltung sich mit der bayrischen Regierung im Ministerium des Aeußern zu besprechen. An der Besprechung nahmen teil der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Handelsminister sowie die Führer der Koalitionsparteien. Der Meinungsaustausch hat, wie verlautet, Uebereinstimmung über die grundsätzlichen Fragen ergeben; namentlich über die an Stelle der noch nicht gezahlten Abfindungssumme tretenden künftigen Rechte Bayerns.

Zum Hitlerprozeß.

München, 24. Jan. Der Prozeß gegen Hitler findet in München statt. Die Verhandlung beginnt am 18. 2. vormittags 8,30 Uhr im Sitzungssaal 5 des Amtsgerichts Mariahilfplatz.

Thüringen

Um die kommenden Landtagswahlen.

Leipzig, 24. Jan. Wie die Leipziger Volkszeitung zu der Blättermeldung aus Weimar über die Aufstellung einer eigenen Liste der ehemaligen Mitglieder der U. S. P. D. für die thüringischen Landtagswahlen feststellt, handelt es sich hierbei nicht um eine Loslösung von der V. S. P. D., sondern um die Ledebour-Gruppe, die nie mit der V. S. P. D. vereinigt war.

Frankreich

Die Neuwahlen am 4. Mai

Paris, 25. Jan. Eine Pariser Agentur versichert, daß der gestern im Elysee zusammengetretene Ministerrat beschlossen habe, die Neuwahlen am 4. Mai abzuhalten. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten. Sollte sie indessen zutreffen, was man für durchaus wahrscheinlich hält, so schadet sich Poincare mit dieser Anberaumung ohne Zweifel bei dem Nationalistenblock. Dieser steht nämlich auf dem Standpunkt, daß die Bewilligung der von der Regierung beanspruchten Steuermaßnahmen in weiten Kreisen der französischen Wähler Mißvergnügen hervorrufen wird, und findet daher, daß eine Hinausschiebung der Wahl bis zur Beschwichtigung der Gemüter nur in seinem Interesse liege.

Diesen Standpunkt bringt Bailby im Intransigeant deutlich zum Ausdruck. Poincare könne nicht, so schreibt Bailby, den Abgeordneten die Bewilligung unpopulärer Maßnahmen zumuten, ohne sie in entsprechender Weise vor ihren indirekten Auswirkungen zu schützen. Bailby glaubt, daß die heutige Kammersitzung vielleicht eine überraschende Wendung nehmen werde. Die Ansicht beliebter Politiker, meint er zum Schluß, gehe dahin, daß Poincare angesichts der Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage amtsmüde geworden sei und mehr und mehr mit dem Linksblocke liebäugele.

In den Wandelgängen im Palais Bourbon nennt man bereits als eventuellen Nachfolger den Namen Barthous.

Der Großhandelsindex gestiegen.

Paris, 24. Jan. Die amtliche Statistik gibt als Generalindex für die Großhandelspreise die Ziffer 468 an, die eine Erhöhung um 16 Punkte gegen Ende November darstellt. Es liegen die Preise von 1914 zu Grunde. Der Index für den Kleinhandel wird auf der gleichen Grundlage von der amtlichen Statistik mit 265 Ende Dezember gegen 355 Ende November angegeben.

Die ungarische Anleihe in der Repko.

Paris, 24. Jan. Der Reparationskommission ist gestern der Bericht des Völkerbundsausschusses für die ungarische Anleihe zugegangen, über den die Kommission gestern nach Festlegung der dabei zu beobachtenden Geschäftsordnung beraten hat.

England

Der englische Eisenbahnerstreik.

WTB. London, 24. Jan. Da die Leiter der Eisenbahngesellschaften es abgelehnt haben, von dem Spruche des staatlichen Schiedsgerichts abzugehen, hat die Streikleitung erklärt, daß der Streik zu ihrem Bedauern weitergehen müsse.

London, 24. Jan. Der Zugverkehr hat sich heute auf einigen Linien zumal auf den Linien Portsmouth—Southampton regelmäßiger als gestern abgewickelt. Die Lebensmittelzufuhr geht nach wie vor glatt von statten. Schlimm ist es nur um die Frage der Kohlentransporte bestellt. Allerdings sollen jetzt 12 Kohlenzüge von Nottinghamshire nach London unterwegs sein.

Rußland

Die Ueberführung der Leiche Lenins.

Moskau, 24. Jan. Heute um 7 Uhr morgens traf die zur Ueberführung der Leiche Lenins gewählte Delegation in Gorki ein, wo bereits Arbeiterabordnungen in großer Zahl versammelt waren. Um 10 Uhr morgens wurde die Leiche Lenins, die in einem von rotem Stoff überzogenen Sarg ruht, von Stalin, Bunov, Krassin, Bucharin, Sinowjew und Kameneff aus dem Hause getragen. Die nächsten Freunde und Schüler Lenins, sowie Mitglieder der Regierung, des Zentralkomitees und der Partei trugen abwechselnd den Sarg bis zu der vier Kilometer entlegenen Eisenbahnstation Gerassimowa. Unmittelbar hinter dem Sarg folgte die Familie. Auf dem Wege zur Station warteten zahlreiche Bauern, die von weit her gekommen waren, um von Lenin Abschied zu nehmen. Um 1 Uhr mittags erreichte der Trauerzug Moskau. Es folgte eine Andachtspause von fünf Minuten, während der jede Bewegung ruhte. Dann trugen die Freunde Lenins, unter ihnen Rykow, Tomski, Rudzutak, Djerjinski und andere, dann die Bauerndelegierten des Allrussischen Kongresses und Mitglieder des Revolutionären Kriegsrats den Sarg nach dem Gewerkschaftshaus. Dem Sarge folgten Hunderttausende; um 3 Uhr wurde die Leiche im Gewerkschaftshaus aufgebahrt, wo die Bevölkerung während dreier Tage von dem toten Führer Abschied nehmen kann. Lenin liegt im Sarge in seinem üblichen grauen Anzug, an dem Rock ist der Orden des Roten Banners befestigt.

Ungarn

Der Prozeß Ulain.

Budapest, 24. Jan. Im Prozeß Ulain wurde heute das Urteil verkündet. Das Gericht verurteilte Dr. Franz Ulain, Dr. Bela Szemere und Titus Bobula wegen des Vergehens der Aufforderung zum Aufruhr zu je sechs Wochen Staatsgefängnis. Die Strafe gilt durch die Präventivhaft und durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Gegen das Urteil haben sowohl Staatsanwalt wie die Angeklagten Berufung eingelegt.

Aus dem Balkan

Die Skupschtina zum Uebereinkommen mit Italien.

Belgrad, 24. Jan. (Wolff.) Die vereinigten Parteien der Opposition einigten sich dahin, in der

Hexenprozesse in Ems

Vielleicht darf man als Beleg dieses Glaubens unserer Altvorderer an der unteren Lahn auf die Sage hinweisen, die sich an den Hollerich bei Nassau (1146: Holdenrudde) knüpft, nach der dort eine alte Zauberin (Frau Holle) hauste, die Himmel und Erde zu beschwören im stande war und mit ihren Salben und Tränken viel Unheil anrichtete.

Die Entwicklung dieser Anschauungen im Laufe der Jahrhunderte führte schließlich — wenn wir Riezler vertrauen dürfen: unter dem Einfluß der theologischen Inquisitoren, die den Aberglauben in der Absicht, ihn auszurotten, gegen ihren Willen wieder belebten und mit neuen Zügen (Teufelsbündnis, Hexensabbath) ausstatteten — zu der Auffassung der Hexe, wie sie etwa Luther in der Handpostille von 1522 vertritt:

„Die Zauberer oder Hexen, das sind die bösen Teufelshuren, die da Milch stehlen, Wetter machen, auf Böcken und Besen reiten, auf Mänteln fahren, die Leute schießen ("Hexenschuß"), lähmen, verdorren, die Kinder in der Wiege martern, die ehelichen Gliedmaßen bezaubern ... die da können den Dingen eine andere Gestalt geben, daß eine Kuh oder Ochs scheinet, das in der Wahrheit ein Mensch ist, und die Leute zur Liebe und Buhlschaft zwingen, und des Teufels Dinge viel."

Zeigt schon die Bestimmung der lex salica, nach der jener in Geldstrafe zu nehmen sei, der ein freies Weib eine Hexe schelte, daß diese Frauen verachtet waren; bestraften schon die heidnischen Sachsen die Hexen mit dem Feuertode, so war doch die Hexerei nach den Begriffen jener Zeit nur strafbar, wenn sie dazu gebraucht wurde, die Mitmenschen an Leib und Gut zu schädigen. Unbedingt strafbar wurde sie erst als mit dem 13. Jhdt. eine schärfere Verfolgung der Ketzerei, namentlich manichäischer Sekten, einsetzte: denn nun wurde sie als Bündnis mit dem bösen Feind und Abfall von Gott ein Religionsverbrechen, und das schlechthin der Feuertod stand, dessen Verfolgung jedoch der Kirche oblag, die sich hierzu des auf die Erpressung eines Geständnisses abzielenden Inquisitionsverfahrens bediente. Auch in unserer Gegend schichtete man damals (1211) unter dem berüchtigten Konrad von Marburg den Ketzern und denen, die mit dem Teufel im Bunde standen, die Scheiterhaufen auf; die Aehnlichkeit aber zwischen den angeblichen Verbrechen der Ketzer jener Tage und der Hexen späterer Zeit, wie wir sie kennen lernen werden, liegt klar vor unseren Augen und läßt uns die Beziehungen ahnen, die zwischen beiden stehen.

Bei der Einführung eines Novizen in die Ketzerschule der Rheingegenden erscheint dem Neuling zunächst eine riesige Kröte, welche die einen am Hinterteile, die andern am Maule küssen und deren Speichel und Zunge sie in den Mund nehmen. Hierauf tritt ihm ein blasser, abgemagerter Mann mit kohlschwarzen Augen entgegen, den er ebenfalls küssen muß; dabei aber wird es ihm eiskalt ums Herz und jede Erinnerung an den katholischen Glauben entschwindet seinem Gedächtnis. Nun setzen sich die Anwesenden zum Mahle nieder; ist dies beendigt, so steigt ein schwarzer Kater von der Größe eines mittleren Hundes rückwärts an einer Statue herab, den zuerst der Neuling, dann der Meister und schließlich die würdigen Glieder der Gemeinschaft am Hinterteil zu küssen haben. Später werden die Lichter ausgelöscht, und es beginnt die schändlichste Unzucht. Sind die Lichter wieder angezündet, so erscheint aus einem dunklen Winkel des Versammlungsraumes ein Mensch mit glänzendem, heller als die Sonne leuchtendem Oberkörper, dessen unterer Körper aber einem struppigen Kater gleicht, und erfüllt mit seinem Glanze den ganzen Raum. Zu ihm wendet sich der Meister, nachdem er etwas vom Kleid des Aufzunehmenden ergriffen hat, mit den Worten: „Das mir Gegebene gebe ich Dir", worauf dieser erwidert: „Du hast mir des öfteren gut gedient und wirst mir noch besser dienen; Deiner Obhut vertraue ich an, was Du mir gegeben hast." Dann verschwindet er. Es war kein anderer als Lucifer, den Gott nach dem Glauben der Ketzer gegen alle Gerechtigkeit mit Gewalt und List in die Unterwelt gestürzt habe; dabei sei er, so wähnten sie, der eigentliche Schöpfer des Himmels, der nach dem Sturze Gottes dahin, in seine Herrlichkeit, zurückkehren werde. Deshalb hofften sie, durch ihn die ewige Seligkeit zu erlangen, und glaubten daher, alles Gott Wohlgefällige meiden und alles ihm Verhaßte tun zu sollen.

Diesen und ähnlichen phantastischen Aussagen der Zauberer männlichen und weiblichen Geschlechts schenkte man jedoch, ohne die Möglichkeit, mit dem Bösen in Beziehung treten zu können, zu leugnen, kirchlicherseits am Rheine auch damals nicht unbedingten Glauben. Die Ansicht des Ancyranischen Konzils vom Jahre 314: daß die Bekenntnisse jener Weiber keinen Glauben verdienten und ihre Aussagen über ihre nächtlichen Fahrten mit dem Teufel auf bloßer, vom Satan bewirkter Täuschung und von ihm eingegebenen Träumen beruhten, — diese Ansicht wird noch von der Trierischen Synode von 1310 vertreten.

Erst als Papst Innocenz VIII. 1484 in seiner Bulle "Summis desiderantes" Inquisitoren bestellte, die die Zauberer und Hexen in Deutschland verfolgen sollten, und es aussprach, daß er mit großer Betrübnis vernommen habe, wie besonders außer in einigen Teilen von Oberdeutschland in den rheinischen Erzbistümern viele Personen, ihrer Seligkeit vergessend, sich mit dem Teufel fleischlich verbunden und unsäglichen Schaden an Menschen und Vieh, an Weinbergen, Gärten, Feldern und Wiesen angerichtet hätten, — dann erst ging man gegen die Hexen auch hier energischer vor.

Eine der ältesten Hexenverbrennungen in Deutschland, die vor dieser Zeit stattfand, wird aus Dillenburg für das Jahr 1468 bezeugt. Der Urheber der Hexenprozesse ist Innocenz VIII. also keineswegs gewesen, wie dies gelegentlich behauptet wird.

Immerhin standen in Deutschland der rücksichtslosen Verfolgung der Hexen und Hexenmeister noch mancherlei Hindernisse im Wege, denn im Gegensatz zu dem kanonischem Buche des Hexenprozesses, der rheinischen Inquisitoren Heinrich Institor und Jakob Sprenger Malleus maleficarum (1487 in Mainz bei Peter Schöffer erschienen), dem verrücktesten, widerwärtigsten und dennoch unheilvollsten Buch der Weltliteratur, wollte noch Karls des Fünften Hochnotpeinliche Halsgerichtsordnung (1532) nur die Schaden verursachende Zauberei mit dem Feuertode gestraft wissen (§ 109), nichtschädigende dagegen nur nach „Gelegenheit der Sache. Seit dem 16. Jhdt. mehren sich jedoch — in katholischen und protestantischen Ländern im gleichen Maße — auch hier die Hexenbrände, bis sie im 17. Jhdt. unter dem Schutze der weltlichen Gerichtsbarkeit ihren Höhepunkt erreichten und Tausende von Opfern aus allen Ständen und Lebensaltern und in allen Gegenden des Vaterlandes forderten, aus denen man in der Tortur, ohne ihnen die Möglichkeit einer Verteidigung zu geben, das Geständnis der vermeintlichen Untaten erpreßt hatte. Denn wer gestanden hatte, der mußte des Todes sterben, so verlangten es die Hexenrichter mit Berufung auf die Bibel, wo Exod. 22. 18 geschrieben steht: „Die Zauberei sollst du nicht leben lassen!" Für ein solch teuflisches Verbrechen, wie es die Hexerei war, kam natürlich nur eine Art des Todes in Frage: der Feuertod, der nach der Auffassung der Zeit dem Hingerichteten die Möglichkeit nahm, an der Auferstehung des Fleisches teilzunehmen. Nur in seltenen Fällen hat man einer Hexe eine andere Todesart und ein Begräbnis im Schoße der Erde zugebilligt.

(Fortsetzung folgt.)

…zung der Skupschtina folgenden Dring…antrag zu stellen:

1. Die Skupschtina fordert die Regierung auf, ihr sofort nähere Erklärungen über das Uebereinkommen mit Italien zu geben.

2. Die Skupschtina fordert die Regierung auf, namens des Staates mit Italien nur ein solches Uebereinkommen zu schließen, durch das die Interessen des Staates vollkommen geschützt und alle seine Rechte gewahrt bleiben.

Im Klub der radikalen Partei referierte gestern Paschitsch über den Vertrag mit Italien und erbat sich die Ermächtigung zur Unterschrift des Uebereinkommens. Der Klub beschloß in diesem Sinne, Paschitsch reist am Donnerstag früh nach Rom ab. Eine Mehrheit für die Ratifikation des Uebereinkommens im Parlamente ist gesichert.

Industrialisierung der staatlichen Unternehmen in Rumänien.

Bukarest, 24. Jan. (Wolff.) Der Minister für Handel und Industrie Constantinescu erklärte Pressevertretern gegenüber, daß ein Gesetzentwurf über die Industrialisierung und Kommerzialisierung aller staatlichen Unternehmen mit Ausnahme der Eisenbahnen, Post und Monopolregie vorbereitet werde. In Betracht kämen hauptsächlich die staatlichen Waldungen und Domänen die staatlichen Gruben und metallurgischen Unternehmen, die Bazorte, die Staatsdruckerei und das Amtsblatt … Militärarsenal sowie die Teiche und Seen.

Mexiko

Die Lage im Hafengebiet.

London, 24. Jan. Reuter meldet aus Washington: Nach einem hier eingetroffenen Bericht haben die Aufständischen die Entfernung aller Minen und anderer Sperren in den Häfen von Frontera, Puerto Mexico und Veracruz angeordnet.

Aus dem besetzten Gebiet

Besprechungen über das Verkehrswesen im besetzten Gebiet.

Berlin, 24. Jan. Heute vormittag fand im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung des Reichsverkehrsministers mit dem Verkehrsausschuß des Wirtschaftsausschusses des besetzten Gebietes statt. Geheimrat Hagen und Generaldirektor Silverberg trugen die Wünsche des Ausschusses über das Verkehrswesen des besetzten Gebietes vor. Der Reichsverkehrsminister entwickelte in eingehenden Darlegungen die Absichten der Reichsbahn im Rahmen der Politik der Reichsregierung. Der Ausschuß billigte die Ausführungen des Ministers und sprach mit Dank sein Vertrauen aus, daß es der Reichsregierung und insbesondere dem Reichsverkehrsminister gelingen möge, im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens die Verkehrsfragen des besetzten Gebietes und der ganzen ganzen Reichsbahn … befriedigenden Lösung zuzuführen.

Berlin, 24. Jan. Die preußischen Landtagsabgeordneten und Staatsratsmitglieder des besetzten Rhein- und Ruhrgebiets hatten sich heute hier zu einer Aussprache über die politische Lage zusammengefunden. In einer angenommenen Entschließung heißt es u. a.: Die Abgeordneten des preußischen Landtags und die Mitglieder des Staatsrats aus dem besetzten Gebiet aller politischen Parteien bekunden ihren unerschütterlichen Willen, an der Zugehörigkeit zu Preußen und zum Reich festzuhalten. Eine Abtrennung auch nur von Preußen würde ein entscheidender Schritt zur völligen Auflösung des Deutschen Reiches sein.

Die deutsche Not

Spenden zur Deutschen Nothilfe.

Berlin, 24. Jan. Das Bankhaus Gebr. Arnhold, Berlin-Dresden, hat für die deutsche Nothilfe 30 000 Goldmark gespendet. Von dieser Summe wurden 15 000 Mark für die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin N. 8, Wilhelmstraße 62, zugunsten des dort eingerichteten Ausgleichsfonds zur Unterstützung besonders bedürftiger Gebiete in Deutschland, je 5000 Mark für den Berliner Ausschuß der Deutschen Nothilfe, das Sächsische Volksopfer in Dresden und einige besondere Wohlfahrtseinrichtungen bestimmt.

Spanische Hilfe für deutsche Studenten.

München, 24. Jan. Der spanische Konsul in München Caballero hat dem Zentralausschuß der ausländischen Studentenhilfe für deutsche Hochschulen 4639 Dollars übermittelt, die von den Professoren und Studenten der Universität Madrid zu Gunsten notleidender deutscher Studenten gesammelt worden sind.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 26. Jan. Die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlung der Versorgungsgebührnisse für den ganzen Monat Februar voraussichtlich am 29. d. Mts. durch das Postamt stattfindet. Der auszuzahlende Betrag ist für den ganzen Monat berechnet.

Bad Ems, 26. Jan. (Kartoffelverkauf.) Wie uns der Magistrat mitteilt, ist der Kartoffelpreis auf 4,50 Goldmark herabgesetzt worden. Bezüglich der Ausgabe der Kartoffeln wird auf die heutige Bekanntmachung des Magistrats hingewiesen.

Bad Ems, 26. Jan. (Volksbildung.) Herr Schauspieler Ludwig Hartwig vom Stadttheater zu Coblenz veranstaltet **heute** abend 8 Uhr in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule einen Rezitationsabend, worauf die Besucher der Volksbildungsabende hingewiesen werden. Karten von 7,30 Uhr ab an der Kasse.

Bad Ems, 26. Jan. Das Emser Lichtspielhaus bringt Samstag bis einschl. Montag „Königin Draga", der Roman einer serbischen Königin in einem Vorspiel und 5 Akten, ein äußerst spannendes und gediegenes Filmwerk, das vom Astoria-Film Wien nach der zu Beginn des Jahrhunderts allbekannten Begebenheit hergestellt wurde. Die Darsteller sind erste Kräfte und kann der Besuch zu dieser Vorführung bestens empfohlen werden. Vorab wird das originelle Lustspiel in 2 Akten „Klauses Weltkonzern" gezeigt. Das Theater ist gut geheizt. Siehe auch Inserat.

Bad Ems, 26. Jan. (Holzversteigerung.) Auf die am Mittwoch, den 30. d. Mts., stattfindende Holzversteigerung im Forstort 6 Pfahlgraben wird hingewiesen. Weitere Versteigerungen folgen in entsprechenden kurzen Abständen. Auswärtige und Händler sind nicht zugelassen. Einheimische Händler aber können ihren Hausbrand decken.

Nassau, 24. Jan. Die Wege, die von den Höhen ins Tal, von den hochgelegenen Dörfern, wie Hömberg, Schweighausen, Singhofen Winden nach dem Städtchen Nassau führen, sind derart vereist, daß sie nur mit Lebensgefahr begangen werden können. Auch die Tiere vor den Wagen können kaum vorwärts kommen. Dabei hält der Frost wieder an. Dadurch ist die Hochwassergefahr vorläufig beseitigt.

Schönborn, 25. Jan. (Vergehen gegen § 217 St. G. B.) Gegen die Witwe S. von hier ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erhoben worden, weil sie in dem dringenden Verdacht steht, ihr neugeborenes Kind beiseite geschafft zu haben. Schon vor zwei Jahren war ein gleiches Verfahren gegen diese Frau anhängig.

Diez, 26. Jan. (Freiwillige Feuerwehr Diez.) Heute Samstag abend hält die Freiwillige Feuerwehr im Saale des Herrn Bremser, Marktplatz einen Familienabend, bei dem die Feuerwehrkapelle (24 Mann) zum ersten Male in die Oeffentlichkeit tritt.

Charitas

Von einem alten Emser, der schon seit vielen Jahren von hier weg ist, der aber die Liebe und Anhänglichkeit an sein Heimatstädtchen nicht verloren hat, erhalten wir nebst einem Beitrag zu dem Liebeswerk der Winterhilfe für Ems noch das folgende, zugleich sinnige und ansprechende Gedicht. Hoffentlich wirkt dieses vorbildliche Beispiel nicht beschämend auf die ansässigen Emser, sondern vergrößert vielmehr noch ihren Eifer zu einem mildtätigen und nötigen Dienst an den Mitmenschen.

Welch' trübe Kunde dringt mir aus dem Heimatsthal?
Wo sonst ein heiter Volk der ganzen Welt den Tisch gedeckt,
Ein gastlich Dach gebaut, das Quellenwunder zu beschirmen,
Und wo des Tales Kindern selbst war ein genüglich Heim bereitet,
Dort sind zwei düstre Schwestern eingekehrt, die Sorge und die Not,
Als schlimm Gefolge und Nachzügler des unsel'gen Krieges.

Auf Charitas! und biete deinen ganzen Heerbann auf!
Verjage schnell die bösen Gäste und überm Tal die dunklen Wolken,
Daß wieder blauer Himmel strahle in die Herzen.
Sie stählend und mit Hoffnung füllend auf die künft'gen Tage.
Ein edler Wettkampf im Turnier des Wohltuns und der Liebe
Sei jedem Pflicht, den güt'ge Sterne noch vor Not bewahren!
Vergeßt auch die nicht, die einst geben konnten und gern gaben,
Und reicht es ihnen so, daß sie nun ohne Schämen nehmen können.
Die edle Tat trägt ihren ganzen Lohn in sich.

Ein Geistesfürst preist die Barmherzigkeit als hehrste Tugend,
Vergleicht sie sanftem Regen, tropfend aus dem Himmel auf die Erde,"
Und nennt sie zwiefach segnend, so den Nehmer wie den Geber.
So übt sie denn und nehmt als Dank, wenn bleiche Kinderwangen wieder rot

Und alte müde Augen neu mit Glanz sich füllen.
Doch säumet nicht: Tut so, als stünd das Haus in Flammen,
Geht rasch an's Rettungswerk, damit nachher nicht einer fehle.
Auf denn ihr Streiter für des Wohltuns edle Sache,
Euch winkt ein stolzer Sieg; kein schöner ward erfochten! A. T.

Spiel und Sport

Fußball

Bad Ems, 26. Jan. Sonntag, den 27. Januar, spielt die 1. Mannschaft und 1. Jugendmannschaft des Sportvereins 09 Bad Ems gegen die gleichen Mannschaften des Sportvereins 1919 Oberlahnstein. Abfahrt der 1. Jugend 10,10 Uhr (deutsche Zeit), Abfahrt der 1. Mannschaft 1 Uhr (deutsche Zeit).

Kleine Meldungen

Düsseldorf, 24. Jan. Nach einer Meldung der „Düsseldorfer Nachrichten" aus St. Tönis hat ein dort beschäftigter Kutscher, der schon verschiedentlich im Irrenhause war, der mit ihm an derselben Stelle beschäftigten Haushälterin den Hals mit einem Küchenmesser durchschnitten, sodaß der Tod sofort eintrat. Der Täter ist verhaftet.

Verkehrsstockung in Oberschlesien.

In jedem Fall
Die beste Schuhcreme ist Erdal.

Erdal

…rner & Mertz A.-G. Mainz

Kattowitz, 24. Jan. Infolge der jüngsten gewaltigen Schneefälle und der damit verbundenen Sperrung mancher Strecken ist die Ansammlung von Güterwagen, auf den großen Bahnhöfen, in den schlesischen Revieren gestört. Da also alle Abfuhrmöglichkeiten unterbunden sind, haben die Werke, die aus wirtschaftlichen Gründen das Stürzen der Kohlen auf die Halden ablehnen, Feierschichten eingelegt.

Waggonräuber.

Benrath, 24. Jan. Anläßlich der in … Zeit vorgekommenen Beraubungen von … hat die Polizei einige Streifen veranstaltet, um der Täter habhaft zu werden. Bei einer dieser Streifen sind heute morgen einige Personen beim Plündern betroffen worden; als sie auf den Anruf der Beamten nicht stehen blieben, … diese. Ein Räuber wurde getötet.

Kopenhagen, 24. Jan. Die Ausstellungsstücke der deutschen öffentlichen und privaten Sammlungen, die auf der Kopenhagener Goethe-Ausstellung vom 29. Januar bis 12. Februar gezeigt werden, sind in Kopenhagen eingetroffen. Es beteiligten sich mit wertvollen Leihgaben das Goethe-Nationalmuseum das Goethe-Schiller-Archiv in Weimar, das Frankfurter Goethemuseum und die Universitätsbibliothek mit der Hirzelsammlung in Leipzig, das deutsche Buchmuseum in Leipzig und ebenfalls die dortigen Privatsammlungen von Professor Kippenberg und Dr. Stumme. Unter den deutscherseits zur Verfügung gestellten Stücken sind zahlreiche kostbare Originale, die ihren Standort bisher nie verlassen haben und daher der Ausstellung ein besonderes Interesse verleihen.

Moskau, 22. Jan. Gestern sind hier Skiläufer hier eingetroffen, die den 1300 Kilometer langen Weg von Archangelsk nach Moskau in 27 Tagen zurückgelegt und damit einen Weltrekord aufgestellt haben.

Glühbirnen

mit 120 und 220 Volt Spannung, in allen Kerzenstärken zu Friedenspreisen angekommen.
Ebenso alle elektr. Artikel, wie
Schalter, Sicherungen, Beleuchtungskörper, Motore, etc.
zu günstigen Preisen stets am Lager.
Gustav Steinkrüger,
Telefon 37. **Nassau** Schulstr. 2.
Elektr. Anlagen.
Gegenüber der Metzgerei Paulus.

Zentral-Heizungen

kauft zu höchsten Preisen und demontiert
Ingenieur Berth. Kalt, Bendorf am Rhein
Fernruf 219.

Gasthaus Bremser, Diez a. L.
(Am Markt)
Ab Sonntag nachmittag 4 Uhr
Großes Tanzvergnügen
Musik:
Orchestervereinigung Diez a. L.

Bruch-heilung ohne Operation
Spezial-Arzt **Dr. med. Bäumges** hält Sprechstunden v. 8 bis 1 Uhr am **Dienstag, den 29. Januar** **Limburg**, Hotel Alte Post
Keine Berufsstörung! Naturgemäße schmerzlose Behandlung von **Leistenbruch, Schenkelbruch, Nabelbruch** usw., besonders **Wasserbruch.**

Für die uns so zahlreich dargebrachten Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Silber-Hochzeit danken herzlichst
Emil Schreieck und Frau.
BAD EMS, den 25. Jan. 1924.

Für die Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Silber-Hochzeit danken herzlich
W. Zimmerschied und Frau.
BAD EMS, den 26. 1. 1924

Nähmädchen
sucht Beschäftigung in Näh- und Ausbesserungsarbeiten.
Näheres Geschäftsstelle.

Stellen-Gesuche
im **Lahn-Boten** billig und erfolgreich

Möbl. Wohnung
4 Zimmer und Küche
sofort oder später zu vermieten
Offerten unter A. 43 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Ein alleinstehender kräftiger
Mann
anfangs 50er Jahre, welcher über 25 Jahre selbstständig Oekonomie betrieb sucht passende Stellung.
Näheres bei
Wilhelm Sand, Niederneisen Post Flacht.

Einspänner-Wagen
zu verkaufen
Bad Ems, Kirchgasse 4.

Junges
Mädchen
perfekt in Stenographie, Schreibmaschine und einfacher Buchführung sucht baldmöglichst Stellung.
Angebote unter E. 100 an die Geschäftsstelle.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
Wasch- und Bügelmädchen
Direktion Kurhaus Bad Nassau.

Ordentliches
Dienstmädchen
für kleinen Haushalt sucht
Frau Paul Lehmann, Diez.

Eine
3 Zimmer-Wohnung
mit Küche in Bad Ems gegen Friedensmiete gesucht.
Offerten unter E. 129 an die Geschäftsstelle Ems.

Konfirmanden-Anzug
blau, getragen, mit Hut gegen Kartoffeln zu vertauschen.
Näheres Geschäftsstelle.

2 schläfrige eiserne
Bettstelle
mit Matratze zu verkaufen.
Diez, Emserstr. 25.

Lehrling
für Büro gesucht.
Diezer Weisskalkwerk
Gebr. Bühl & Co.
G. m. b. H.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Private. Katalog 16 Kfrei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Steuerzettel neuestes Muster
empfiehlt den Landgemeinden
Kreisblattdruckerei
H. Chr. Sommer, Bad Ems u. Diez

Nette Brauerei
(Vereinigte J. Bubser und Brüdergemeine Brauereien)
Weißenthurm/Rh
empfiehlt ihre hellen und dunklen Qualitätsbiere in Gebinden und Flaschen.
Niederlage für Bad Ems und Umgegend:
Rudolf Eisfeller -- Bad Ems
Fernsprecher 25.

Ueber 120 Lehrlinge
sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das Städtische Waisenhaus in **Köln**, Sülzgürtel 47, Post Klettenberg.

Gastwirte und Wiederverkäufer!!

Billigste Bezugsquelle für Branntwein, Weinbrand-, Rum- und Arrac-Verschnitt, Liköre, Wein und Obstschaumwein

Gebr. Besmann, Limburg
Weiersteinstrasse 3. Fernsprecher 353

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern nachmittag 4½ Uhr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Tante

Frau Luise Bingel

geborene Fink

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 65 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Bingel
Minna Ludwig, geb. Bingel
Wilhelm Bingel
Louis Ludwig

Laurenburg, den 26. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Montag, den 28. Januar nachmittags 4 Uhr statt.

Modernes Theater Diez ☆ Hof von Holland

Sonntag abend 8 Uhr:
Der große POLA NEGRI-Film

SAPPHO

Drama in 5 Akten mit Pola Negri, Albert Steinrück, Alfred Abel, Johannes Riemann usw.

Als Einlage:
Edie Polos Abenteuer im wilden Westen

Erbschaft des Hasses

Gutes Orchester. Gute Heizung.

In Vorbereitung:
Zirkus Gray mit Edie Polo

Stühle u. Sessel

in grosser Auswahl solange der Vorrat reicht, zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Stuhlfabrikation
K. Fickeis ~ Diez a. L.
Pfaffengasse

Markt-Lichtspiele Diez

Heute Samstag abend 8 Uhr
Der schlummernde VULKAN

Sonntag und Montag abend 8 Uhr:
Fliegende Briganten
Sensations- und Abenteurerfilm in 2 Teilen
I. Teil: 11 Akte
Der Dieb seines Eigentums
Dazu:
„Die Juwelen des Buddha"
Ein unheimliches Abenteuer in 6 Akten

Sonntag nachmittag 4 Uhr
Jugend-Vorstellung.
Volles Orchester

Ueberraschend in der Wirkung gegen **Husten und dergl.** sind die echten

Emser Bonbons

Fabrikat der Emser Bonbonwerke J. Sturm.

Fabrikniederlagen:
Drogerie von AUG. ROTH, Bad Ems.
Drogerie Berninger, Diez an der Lahn.

Emser Lichtspielhaus.

Samstag	Sonntag	Montag
Anfang 8 Uhr	4 u. 8 Uhr	8 Uhr

„Königin Draga"

(Maschin)

Der Roman einer serbischen Königin in einem Vorspiel und 4 Akten. Ein äußerst spannendes gediegenes Filmwerk.

Ferner:

Klautes Wettkonzern

Sehr amüsantes Lustspiel in 2 Akten.

Betrifft: Kartoffelverkauf.

Der Verkaufspreis für die Kartoffeln ist von heute ab auf

4,50 Goldmark

festgesetzt. Die Ausstellung von Bezugsscheinen erfolgt nur Montags und Donnerstags, vormittags von 8—12 Uhr, im Rathaus, Zimmer Nr. 15.

Die Ausgabe der Kartoffeln auf Grund der Bezugsscheine findet jeden Dienstag und Freitag, nachmittags von 1 bis 5 Uhr statt. Die Ausgabestelle wird stets bei der Verabfolgung der Bezugsscheine bekannt gegeben. Sich auch als Saatkartoffeln eignende Vorräte werden jeden Freitag, von 1—5 Uhr, im Keller Elfer, Lindenstraße, verabfolgt.

Eine Ausgabe von Bezugsscheinen und Kartoffeln außer der festgesetzten Zeit findet nicht mehr statt.

Wer nicht in der Lage ist, die Kartoffeln sofort zu bezahlen, kann gegen Stellung eines zahlungsfähigen Bürgen Zahlungsaufschub gewährt werden.

Bad Ems, den 26. Januar 1924.

Der Magistrat

Feuermeldestellen.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß hier folgende Feuermeldestellen eingerichtet sind:

	Fernsprecher Nr.
1. Koblenzerstr. Bleichrodt, Branddir.	229
2. Silberau, Blei- und Silberwerk.	11
3. Marktstraße 66. Chr. Schulz	120
4. Römerstraße 62. Frau Paula Rosenbaum (Schuhhaus M. Stern.)	196
5. Viktoria-Allee. Gaswerk	259
6. Römerstraße. Rathaus.	67
7. Grabenstraße 11. Emil Paul	216
8. Lahnstraße 72. Heinrich Lanio	228
9. Wiesbach. Städt. Wasserwerk	197
10. Bahnhofstraße 9. Kaffee Weber.	247

Nach Schluß des Fernsprechamtes bleiben die vorbezeichneten Stellen untereinander verbunden, sodaß sie bei Feuersgefahr gegenseitig angerufen werden können.

Bad Ems, den 25. Januar 1924.

Der Magistrat.

Holzversteigerung

am Mittwoch, den 30. Januar 1924, vormittags 10 Uhr Forstort 6 Pfahlgraben

190 Rm. Derbholz, 40 Rm. Reiserknüppel Zusammenkunft auf der oberen Promenade (Pfahlgraben).

Auswärtige und Händler sind nicht zugelassen.

Bad Ems, den 24. Januar 1924.

Der Magistrat

In das Handelsregister A Nr. 103 ist heute die Firma Fritz Thorn in Diez eingetragen worden. Der Kaufmann Fritz Thorn Diez ist alleiniger Inhaber.

Diez, den 15. Januar 1924.

Das Amtsgericht

Gottesdienst-Ordnung:

Bad Ems. Evangelische Kirche. Sonntag, den 27. Januar, 3. S. n. Epiphanus. Pfarrkirche: vormittags 10 Uhr: Herr Pfarrer Emme. Lieder: 212 249 v. 7.

Im Anschluß an den Gottesdienst: Christenlehre für die konfirmierten Mädchen der 3 letzten Jahrgänge.

Nachm. 2 Uhr: Herr Pfr. Lic. Peter. Lieder: 17, 206. Text: Mtc. 2, 1—12. Jesus und der Gichtbrüchige.

Mittwoch, den 30. Jan., abends 8 Uhr: Evang. Frauenverein im Gemeindesaal.

Amtswoche: Herr Pfarrer Emme.

Bad Ems. Katholische Kirche. 3. Sonntag nach Epiphanie, 27. Januar. Hl. Messen, in der Pfarrkirche: 7,30 Uhr, Predigt; 9 Uhr Kindergottesdienst; 10,15 Uhr Hochamt, Predigt. In der alten Kirche: 8,30 Uhr.

Nachm. 2 Uhr: Andacht zum hl. Joseph.

4 Uhr Versammlung des 3. Ordens in der Kapelle des Marienkrankenhauses.

4 Uhr Versammlung des Marienvereins.

Donnerstag 4 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte. Am Herz Jesu Freitag 7,30 Uhr Herz Jesu Messe mit Andacht und Segen.

Samstag, Mariae Lichtmeß, 8,15 Uhr Kerzenweihe und hl. Amt.

Nassau. Evang. Kirche. Sonntag, den 27. Januar, 3. S. nach Epiph. Vormittags 10 Uhr: Herr Pfarrvikar Schilp.

Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Der Nachmittagsgottesdienst fällt aus.

Dierethal. Sonntag, 27. Jan. 3. S. n. Ep. Vorm, 10 Uhr: Predigt. Nachm. 2 Uhr: Bibelstunde in Dierethal.

Diez. Evangelische Kirche. 3. S. nach Epiph., den 27. Januar. Ev. Gemeindehaus.

Morgens 10 Uhr: Herr Pfr. Ziemendorff.

Mittags 2 Uhr: Herr Dekan Wilhelmi.

Amtswoche: Herr Pfr. Ziemendorff.

Diez. Katholische Kirche. 27. Januar, 3. Sonntag nach Erscheinung d. H. 7,30 Uhr Frühmesse mit Predigt. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 2 Uhr Christenlehre.

Holzversteigerung.

Donnerstag, den 31. Januar 1924, mittags 1 Uhr anfangend, kommen im hiesigen Gemeindewald, Distrikt „Kohlwald", angrenzend an die Gemarkung Hennethal

280 Rm. Buchenscheit
130 Rm. Buchenknüppel
4000 Stück Buchenwellen

30 Fstm. Buchenstämme zur Versteigerung.

Strinzmargarethä, 23. Januar 1924.

Der Bürgermeister.

Spezial-Angebot in Woll-Waren:

Strick-Jumper alle Farben **12.50** 15.– 18.–
Strick-Westen für Damen und Herren **15.**–18.–22.–50.–
Strick-Kleider in schönen modernen Farben **20.**– 30.– 40.–

Modehaus A. HAUBOLD · Bad Ems

Wir errichten

Laufende Konten in fremder Währung jeder Art

und nehmen

täglich verfügbare Guthaben sowie Gelder auf feste Termine in günstige Verzinsung.

Nähere Auskunft erteilen unsere Landesbankstellen.

Direktion der Nassauischen Landesbank Wiesbaden.

Lebensmittel

Backöl, Rüböl	Liter	0 90
Speiseschmalz	Pfund	0.62
Tafelmargarine	„	0.57
Vollreis	„	0 22
Erbsen, mittel ganz	„	0 22
Bohnen, braun	„	0.20
Graupen, grob	„	0 20
Haferflocken	„	0.22
Weizengries	„	0 22
Weizenmehl	„	0 16
Holländisches Auszugmehl	„	0.20
Kernseife	Stück	0.22

empfiehlt

Albert Kauth, Bad Ems
Telefon 29.

Gasthaus zur Krone, Bad Ems

Sonntag den 27. Januar ab 4 Uhr nachmittags

KONZERT

Buchen-Scheitholz

pro Zentner 1.40 Mark ab Lager.

Friedr. Wesseling Wwe.
GmbH., Bad Ems. Fernsprecher 59.

Danksagung

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme anläßlich des Hinscheidens meiner lieben Frau sage ich meinen herzlichen Dank.

Oberingenieur Werner.

BAD EMS, den 26. Januar 1924.

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung. — — — — — —

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg. Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Ems'er Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheck. Fkf M) 10618

Nummer 23 — Bad Ems, Montag den 28. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Bergmann nimmt an den Verhandlungen in Berlin teil.

Kammerdebatte in Frankreich.

Die Wahlen im Saargebiet.

Paris, 26. Jan. Staatssekretär Bergmann hat in den letzten Tagen noch weitere Besprechungen mit den einzelnen Mitgliedern der beiden Sachverständigenausschüsse gehabt. Er verläßt heute Paris und wird wahrscheinlich zusammen mit Dr. Schacht und anderen Mitgliedern der Reichsregierung an den Berliner Verhandlungen mit den beiden Sachverständigenausschüssen teilnehmen. Der erste Ausschuß wird seine Berliner Besprechungen am Mittwoch und der zweite am darauffolgenden Donnerstag eröffnen.

Zur Frage der deutschen Eisenbahnen.

Paris, 26. Janr. Die Sachverständigen des Ausschusses des Generals Dawes haben gestern früh 2½ Stunden über die Frage der deutschen Eisenbahnen beraten. Sie vernahmen den englischen Eisenbahn-Sachverständigen Acworth sowie seinen französischen Kollegen Leverve. Die Beratungen bezog sich hauptsächlichst auf die Möglichkeit der Ausbeutung des deutschen Eisenbahnnetzes sowie auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Defizits. Weiter wurde die Möglichkeit erörtert, die Eisenbahnen an private Gesellschaften zu verpachten.

Nachmittags hat sich der Ausschuß um 4 Uhr von neuem versammelt und auch die beiden Sachverständigen bei dieser Gelegenheit wieder vernommen. Die Sitzung ist um 6 Uhr ausgegangen.

Heute früh tritt der Ausschuß um 10 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen. Montag abend reist er nach Berlin ab und wird, wie hier verlautet, im Hotel Esplanade absteigen. Während ihres Berliner Aufenthaltes dürften die Sachverständigen Gäste der Reichsregierung sein.

Die Auffassung der Sachverständigen geht dahin, daß Deutschland genügend besteuert sei.

Wie aus London mitgeteilt wird, hat Mac Kenna nach einer Ansprache vor Persönlichkeiten der Bankwelt sich sehr optimistisch über den Fortgang der Arbeiten seines Ausschusses geäußert. Mac Kenna gab der Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund des Berichts der Sachverständigen das Reparationsproblem künftig in einem anderen Geiste behandelt wird.

Die Untersuchung der deutschen Steuerquellen.

WTB. Paris, 25. Jan. Nach dem Newyorker Herald hat sich das Sachverständigenkomitee Dawes in seiner gestrigen Sitzung in erster Linie mit der Frage der deutschen Steuerquellen beschäftigt. Im Komitee habe Uebereinstimmung darüber geherrscht daß sich die Besteuerung in Deutschland weit unter dem in anderen Ländern geltenden Niveau halte, aber es frage sich, ob das nicht auf die schwierige Finanzlage zurückzuführen sei, in die Deutschland durch die Veränderungen der europäischen Politik in den letzten Jahren gebracht worden sei.

Das gestrige Verhandlungsprogramm habe sich auf folgende drei Punkte beschränkt:

1. die Frage, ob die deutsche Besteuerung soweit reformiert werden könne, daß in das Budget die Besatzungskosten und die Reparationszahlungen für die nächsten Jahre aufgenommen werden könnten;

2. die Frage, in welchem Umfange die Mittel der Privatbanken Verwendung für die Zwecke der Regierung finden könnten;

3. die Frage der Einnahmen aus den Eisenbahnen, die nach Ansicht besonders der belgischen Sachverständigen durch eine Erhöhung der Personen- und Gütertarife auf das in einigen Ländern eingeführte Goldniveau gebracht werden könnten.

•

Saarbrücken, 28. Jan. Die Landratswahlen im Saargebiet weisen zur Stunde folgendes Ergebnis auf: Zentrum 98 662, Sozialdemokraten 44 536, Deutsch-Saarländische Volkspartei (Liberale und Demokraten) 32 058, Deutschnationale Volkspartei 2791, Haus- und Grundbesitzerpartei 9178; Kommunisten 39 311, Saarbund (Franzosenpartei) 5586 Stimmen. Die Mandate verteilen sich bisher wie folgt: Zentrum 14 (16); Sozialisten 6 (5), Kommunisten 5 (2), Deutsche Saarländische Volkspartei 4; (Liberale u. Demokraten bisher zusammen 5), Haus- und Grundbesitzerpartei 1 (3), Deutschnationale 0, Saarbund 0.

Debatte über Finanzmaßnahmen.

Paris, 26. Jan. Die Aussprache in der Kammer über die neuen Finanzmaßnahmen der Regierung wurden inmitten allgemeiner Spannung gestern nachmittag eröffnet. Poincare war, von sämtlichen Ministern und Staatssekretären umgeben, anwesend.

Der Berichterstatter Bokanowski entwickelte die Schlußfolgerungen seines Berichts und suchte insbesondere nachzuweisen, daß der Sturz der französischen Franken sowohl von der Vorliebe französischer Geschäftsleute für ausländische Devisen herkomme, wie auch von der maßlosen Spekulation. Schließlich mögen die politischen Umtriebe des Auslandes das ihrige zu seiner Entwertung beigetragen haben. Der allgemeine Staatshaushalt, fuhr Bokanowski fort, sei völlig ausgeglichen; dasselbe gehe aber nicht von dem Budget der wiedererlangbaren Ausgaben. Frankreich sei in seiner Hoffnung auf Einzahlungen deutscher Beträge getäuscht worden und habe selber Vorschüsse zu den Reparationen leisten müssen. Das habe allerdings zu Unrecht, weil das Ausland die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Frankreichs verkenne, die Entwertung der französischen Valuta nach sich gezogen. Es komme jetzt darauf an, sie durch geeignete Maßnahmen wieder zu heben, namentlich durch die Ausgleichung des außerordentlichen Haushalts, die nur mit Hilfe ständiger Einnahmequellen und bei unnachsichtiger Ahndung der Steuerhinterziehung denkbar ist. Bokanowski empfiehlt der Kammer, die Maßnahmen der Regierung zu bewilligen. Sonst würde der Dollar von neuem steigen und die Lebensmittelpreise sich nicht um 10 Prozent, sondern um 40 bis 50 Prozent erhöhen.

Abg. Taittinger: Uns beunruhigt es, daß der französische Steuerzahler und nicht der deutsche zur Balancierung des wiedererlangbaren Haushaltes herangezogen wird. Werden die Deutschen uns nicht eines Tages sagen: Ihr habt jetzt alles repariert, jetzt laßt uns in Ruhe? (Beifall auf der äußersten Linken.)

Poincare: Ich protestiere gegen diese Worte, die unseren Gegnern Waffen in die Hand geben. (Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kommt es zwischen Poincare und Herriot zu einem Zusammenstoß. Auf den Zwischenruf eines Abgeordneten erklärte Poincare, daß er sein allgemeines Programm erst nach Abstimmung über die Finanzmaßnahmen der Regierung bekannt geben werde. Er sei überzeugt, daß, wenn man jetzt eine allgemeine Debatte eröffnen würde, man zu keinem Ende kommen würde.

Herriot: Wenn man solche Worte hört, müßte man glauben, daß die Republik auf dem Spiele stände. (Beifall links.)

Poincare: Ich lasse mir von niemandem in republikanischen Dingen etwas sagen noch Ratschläge erteilen. Ich glaube aber, die beste Art, die Republik zu verteidigen, liege im vorliegenden Fall im engen Anschluß an die Regierung.

Die Kammer beschließt mit 453 gegen 110 Stimmen, auf Wunsch Poincares, heute vormittag eine außerordentliche Sitzung zur Prüfung der Finanzpläne abzuhalten.

Die Sitzung wird darauf fortgesetzt.

Der Abg. Daudet meldet sich zum Wort und nimmt in einer langen Rede sowohl für wie gegen die Finanzmaßnahmen Stellung. Bisher habe man in Frankreich erklärt, daß Deutschland bezahlen werde. Jetzt sehe man ein, daß Frankreich sich selbst bezahlen muß. Das beweise der Welt zum mindesten, daß Frankreich sich selbst zu helfen weiß.

Kurz vor Schluß der Sitzung kommt es zwischen Poincare und Tardieu zu einem heftigen Zwischenfall. Poincare erklärt in Erwiderung auf Zwischenrufe, daß er den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe.

Tardieu: Sie haben aber das Projekt unterzeichnet, kraft dessen er dem Parlament unterbreitet wurde.

Poincare: Die unwürdigen Briefe, die Sie zu einem Augenblick schrieben, in dem Sie noch nicht einmal Minister waren, werden der Oeffentlichkeit demnächst mitgeteilt werden. Der Ministerpräsident flicht ein, daß Frankreich zwar für Rechnung Deutschlands Vorschüsse zeichnen muß. Wir sind aber und werden auch immer die Gläubiger Deutschlands bleiben.

Tardieu bemerkt, daß das eben erwähnte Projekt betr. den Versailler Vertrag vom Präsidenten der Republik unterzeichnet worden sei.

Poincare erwidert darauf, daß der Präsident der Republik keine Verantwortung habe und allein die Regierung sie trage.

Tardieu: Sie haben es gewagt, meine Briefe als unwürdig zu bezeichnen.

Poincare: Dieser Ausdruck ist zu schwach. Sie waren ein einfacher Beamter und hätten mit dem Beispiel der Kaltblütigkeit vorangehen sollen.

Daudet: Alle Welt erklärt trotz der gegenteiligen Pressestimmen die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen für die Stabilisierung des Frankens als vollkommen unwirksam. Wo liegt die Garantie dafür, daß der Franken wieder steigt? Die Regierung lade zum Selbstmord ein, und zwar zu einem Selbstmord, der keine Früchte trage. Die Bemühungen seien aber nicht groß genug gewesen. Die Kommission gegen die Steuerhinterziehung müßte gerichtliche Befugnisse erhalten. Die neuen Gesetze könnten erst angenommen werden, wenn man die Spekulanten hochgenommen habe.

Die Neuregelung der ausgesetzten Wiederherstellungslieferungen

WTB. Berlin, 25. Jan. Die durch Verordnung vom 25. Oktober bestimmte Aussetzung der Zahlungen auf Wiederherstellungslieferungen, die erfolgen mußte, wenn die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes angesichts des Währungszusammenbruches nicht gefährdet werden sollte, hätte zur Folge gehabt, daß die in Arbeit befindlichen Lieferungen von mehreren hundert Millionen Mark auf die bereits erhebliche Anzahlungen geleistet worden waren, nicht weiter ausgeführt werden konnten. Die Interessen der alliierten Empfangsmächte, die hier die gleichen sind, wie die deutschen Interessen erforderten dringend, daß Verhandlungen zur Liquidierung dieser Verträge eingeleitet wurden.

Die Möglichkeit zur Führung solcher Verhandlungen wurde durch eine Entscheidung des Wiederherstellungsausschusses gegeben, die die beteiligten alliierten Empfangsstaaten ermächtigte, sich unmittelbar mit der deutschen Regierung wegen der Regelung zu einigen. Am 22. Dezember wurden von dem Reichsministerium für Wiederaufbau mit der französischen und belgischen Regierung Vereinbarungen getroffen, die auf dem Gedanken beruhen, daß der französische und der belgische Empfänger der Ware sich mit dem deutschen Lieferanten in Verbindung setzt und über die noch zu leistende Restzahlung einigt. Die Verträge werden alsdann gegen Zahlung des Restpreises durch die Empfänger der Ware im freien Verkehr abgewickelt. Diese Vereinbarungen haben die Genehmigung des Wiederherstellungsausschusses erhalten und sind bereits in Ausführung begriffen.

Am 23. Januar sind die Verhandlungen zwischen der deutschen und der italienischen Regierung zum Abschluß gekommen. Hierbei wurde für jede einzelne Lieferung eine besondere Regelung gefunden, zum Teil einigten sich die italienischen Empfänger über die Restlieferung und über den finanziellen Ausgleich mit dem deutschen Lieferanten, in anderen Fällen wurde auf einen Teil der Lieferungen verzichtet, so daß nur Waren im Rahmen der geleisteten Anzahlung ausgeliefert werden. Schließlich hat die italienische Regierung auf einen Teil der Lieferungen überhaupt mit der Maßgabe verzichtet, daß die durch deren Verwertung einkommenden Beträge für die Bezahlung und für die Durchführung anderer Lieferungen verwandt werden. Die Verständigung bedarf noch der Genehmigung des Wiederherstellungsausschusses.

Zur Anerkennung Rußlands

London, 26. Jan. In den Presseerörterungen über die baldige Anerkennung der russischen Regierung tritt heute die Frage der englischen Bedingungen mehr als gewöhnlich in den Vordergrund. Der Parlamentsberichterstatter der Daily Expreß schreibt, eine weitere Sitzung des Kabinetts werde am Montag stattfinden. In der Hauptsache dürften in ihr auswärtige Angelegenheiten erwogen werden. Die Anerkennung Sowjetrußlands werde nicht ohne Bedingungen und Garantien erfolgen. Macdonald sei bereit, die Frage einer großen Anleihe an Rußland zu erwägen, wenn andere Verpflichtungen übernommen würden. Er hofft, eine endgültige Erklärung über die Anerkennung abgeben zu können, wenn das Parlament wieder zusammentrete. Die Times berichtet, in der Frage der Anerkennung Sowjetrußlands seien anscheinend keine Fortschritte gemacht worden. Es verlaute aber, daß es endgültig die Absicht der Regierung sei, die Anerkennung mit einem möglichst geringen Verzug zu gewähren. Eine nähere Untersuchung zeige jedoch die Nachteile einer solchen Aktion von heute auf morgen. Es frage sich, ob die zahlreichen Vorkriegsverträge zwischen den beiden Ländern automatisch in Kraft treten. Dies sei eine Frage, welche die sorgfältige Erwägung erfordere. Es bestehe z. B. der Handelsvertrag von 1859, der mit den Worten beginne: „Es soll zwischen allen Dominions und Besitzungen der beiden hohen vertragschließenden Teile gegenseitige Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen. Die Times fragt, ob dies weiterhin gelten solle und ob das Handelsabkommen von 1921, das mit einem nicht anerkannten Rußland abgeschlossen wurde, bestehen bleibe. Sei ein besonderer Vertrag notwendig, um die Anerkennung herbeizuführen? Bis gestern abend sei kein Beschluß über diesen Punkt gefaßt worden. Die Frage solle jedoch so rasch wie möglich geregelt werden.

In ihrem Leitartikel über die Anerkennung Rußlands schreibt die Times: „Die wirklichen Schwierigkeiten, die in den Beziehungen zwischen England und Rußland beständen, würden nicht durch eine einfache Unterschrift und durch den Austausch von Botschaftern gelöst werden. Die Frage der internationalen Stellung der Sowjetregierung habe zahlreiche Stadien durchlaufen und die beharrlichen Versuche der Sowjetregierung, normale, politische und Handelsbeziehungen für Rußland wiederherzustellen hätten zu gewissen praktischen Ergebnissen geführt Diese Ergebnisse seien aber keineswegs ermutigend Die britische Arbeiterregierung werde ebenso wie ihr Vorgängerin finden, daß es unmöglich sei, sie unberücksichtigt zu lassen, ohne neue Schwierigkeiten zu schaffen. Wenn man damit beginne, daß man der Sowjetregierung die volle Anerkennung als Geschenk gebe, so werde dies die Angelegenheit keineswegs erleichtern. Die britische Regierung würde sich damit einer Waffe berauben, die sie später sehr nötig haben werde.

Trugbild und Wirklichkeit

Das Statistische Amt hat kürzlich Ziffern veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß Deutschland im November über eine aktive Handelsbilanz verfügte. Angeblich haben wir also in diesem Monat mehr ausgeführt als eingeführt, was man wohl als Gradmesser einer gesunden Wirtschaft betrachten kann. Es versteht sich dann auch von selbst, daß man im Auslande, die Ziffern des Statistischen Amtes für eine Beweisführung zu Ungunsten Deutschlands verwandt hat. Französische Zeitungen haben von „dem armen Deutschland" gesprochen und ihre Ansicht vom Gegenteil mit den Ziffern des Statistischen Amtes belegt. Diese Schlußfolgerungen sind umso schlimmer, als die Zugrundelegung dieser Ziffern ein ganz falsches Bild ergeben. Das Statistische Amt hätte darauf unbedingt Rücksicht nehmen müssen und es vermeiden sollen, ein Gesamtbild in Ziffern darzubieten, von denen es ganz genau wissen muß, daß sie zu Trugschlüssen verleiten. Der deutsche Außenhandel ist ziffernmäßig überhaupt nicht zu erfassen, da die Einfuhr über das besetzte Gebiet sich unserer Kontrolle vollkommen entzieht. Zudem würde das Ueberwiegen unserer Ausfuhr, wenn es wirklich in jenem Monat vorhanden gewesen sein sollte, nur beweisen, daß wir wirtschaftlich schlimm daran sind. Die deutsche Industrie ist infolge ihrer Kapitalschwachheit nicht imstande, sich mit Rohstoffen im Auslande einzudecken. Und es wäre durchaus möglich, daß die deutsche Ausfuhr gelegentlich deshalb einmal überwiegt, weil die Einfuhr vollkommen stockt. Daß darin alles andere liegt als ein Zeichen blühender Wirtschaft, versteht sich von selbst.

Tatsächlich ist unsere Wirtschaft dem Zusammenbrechen näher als der Möglichkeit, sich wieder aufzurichten. Die Micum-Verträge muten unserer Produktion im Ruhrgebiet Unmögliches zu. Diese Verträge sind schematisch vom Großbetrieb bis auf das kleinste Werk übertragen worden und so erpreßt man aus der Produktion dort Werte, die bei einer Durchführung einen Jahreswert von mehreren Milliarden Goldmark darstellt. Die deutsche Industrie muß diese Leistungen vollkommen auf die eigenen Schultern nehmen, da die Regierung bekanntlich, abgesehen von der Gutschaft für Steuerzahlungen keine Rückvergütung leistet; so versteht sich von selbst, daß dieser Zustand nicht andauern kann. Tatsächlich haben wir also im Ruhrgebiet eine Wirtschaftskrise von größter Gefahr und im unbesetzten Gebiete eine Wirtschaft, die kaum etwas abwirft. Das ist die Wirklichkeit, über die man sich durch Trugbilder nicht hinwegtäuschen lassen darf.

Preußischer Landtag

Berlin, 24. Jan. Vizepräsident Dr. von Kries eröffnete die Sitzung um 12,30 Uhr nachmittags und erklärte, daß die gestrige Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf Aussetzung der Erhebung der Grundsteuer nicht hätte stattfinden dürfen, nachdem ein Antrag auf Absetzung der ganzen Angelegenheit angenommen war. Der Antrag solle nochmals auf die Tagesordnung gesetzt und zur Entscheidung gebracht werden.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung der Verordnung zur Abänderung des Gesetzes betreffend Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Aktiengesellschaft. Verbunden damit wird der Ausschußbericht über den kommunistischen Antrag auf Verstaatlichung des gesamten Bergwerksbesitzes, seitens der Werke durch die Arbeitnehmerorganisationen, Beschlagnahme des Vermögens der Bergwerksbesitzer, Auslieferung an den Bochumer Knappschaftsverein.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag auf Verstaatlichung des Bergwerksbesitzes gegen die Kommunisten abgelehnt. Die Verordnung wird in allen drei Lesungen genehmigt.

Ebenso genehmigt das Haus die Verordnung über die Erhebung der Stempelsteuer nach dem Goldwert.

Darauf wendet sich das Haus zur zweiten Beratung des Urantrags der Koalitionsparteien auf Annahme eines Gesetzentwurfes über die Festsetzung des Wahltages für die allgemeinen Gemeindewahlen und über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeinde-Wahlrechts. Nachdem der Landtag schon früher beschlossen hatte, daß die Gemeindewahlen spätestens am 4. Mai stattfinden sollen, handelt es sich hier nur noch um die letztenwählte Regelung. Unter anderem soll die Wahlzeit der Gemeindevertretungen, die nach dem 1. Januar 1923 neu gewählt sind, vier Jahre nach den letzten Neuwahlen endigen. Die Wahlzeit der letzten Amtsinhaber soll mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes endigen und die Neuwahlen bis zum 1. Juli 1924 stattgefunden haben. Nach dem Ausschußbeschluß sollen in Berlin zugleich mit den allgemeinen Wahlen am 4. Mai auch die Bezirksvertretungen und Bezirksämter neu gewählt werden.

Die Ausschußvorschläge gelangen zur Annahme. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz fast einstimmig genehmigt.

Sodann wird die Verordnung zur Anpassung der Landeskulturgesetze an die Goldveränderung angenommen mit einem Antrag des Abg. Blanck (Ztr.) an das Staatsministerium das dringende Ersuchen zu richten, der Notlage der leistungsschwachen Gemeinden nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Zur Verordnung über die Festsetzung und Zahlung öffentlicher Abgaben auf der Grundlage der Goldmark (Goldabgabe-Verordnung) äußert Abg. von der Osten Bedenken. Die Steuern seien derart hoch, daß sie in absehbarer Zeit unsere Wirtschaft überhaupt totschlagen würden.

Abg. Jacoby-Nassau (Demokr.) schließt sich diesen Bedenken an. Die Steuern würden die Landwirtschaft ruinieren.

Das Haus genehmigte hierauf die Verordnung.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Freitag, 12 Uhr: Urananträge betr. Erwerbslosenunterstützung, Aufhebung des Ausnahmezustandes usw.

Schluß: 3,30 Uhr nachmittags.

•

Berlin, 25. Jan. Zur Beratung steht zunächst ein sozialdemokratischer Antrag über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten und über die Unterstützung für die Erwerbslosen: über die Herstellung von Kleinwohnungen und über die Wohnungsmieten.

Abg. Lüdemann (Soz.) begründet den Antrag, und erklärt: Wir haben jetzt wieder ehrliches Geld, aber keine ehrliche Wirtschaft. Die Preisforderungen sind immer noch ungerecht. Unerhört hoch seien auch die Fernsprechgebühren, sie seien geradezu ein Telephonwucher. Auch ein weitgehender Abbau der Gütertarife müsse in Angriff genommen werden. Der inländische Markt müsse gestärkt werden. Zur Belebung der Wirtschaft, zur Behebung der Arbeitslosigkeit und der Besserung der Lage der Arbeitslosen sei vor allem das Baugewerbe wieder in Gang zu bringen. Der Redner verlangt, daß aus der Wohnungswirtschaft planmäßig Kleinwohnungen hergestellt werden für die wohnungslose Bevölkerung und daß die Bautätigkeit wieder belebt würde.

Abg. Kloft (Zentr.) erklärt, zu keiner Zeit wäre das Erwerbslosen- und das Wohnungsproblem so brennend gewesen wie heute. In gründlicher Ausschußberatung müsse beiden Problemen baldigst zuleibe gegangen werden. Noch auf lange Zeit würden wir mit einem hohen Prozentsatz Erwerbsloser zu rechnen haben, besonders im besetzten Gebiet, wo das Wirtschaftsleben nicht wieder auf die Vorkriegszeit gebracht werden könne, so lange die Besetzung dauert.

Abg. Schmidt-Hirschberg (D. Vp.) betont, der Achtstundentag hat die deutsche Produktion gehemmt. Die Arbeiterschaft sei in dem Glauben, daß der Unternehmer den Preis des Produkts bestimmt. Ihn bestimme aber der Abnehmer. Jedenfalls hat der Achtstundentag dazu beigetragen, daß wir nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Abg. Hartmann (Dem.) erklärt, es müsse alles unternommen werden, um unsere Wirtschaft wieder aufzurichten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit sei eine Gefahr für das deutsche Volk. Die Erwerbslosenunterstützung reiche nicht zum Unterhalt aus. Sie dürfe aber auch nicht zum Ersatz der Arbeitslohnes werden.

Abg. Frau Hanna (Soz.) bezeichnet die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen als völlig unzureichend.

Darauf vertagt sich das Haus. Weiterberatung am Samstag, 11 Uhr.

Schluß: 6,15 Uhr nachmittags.

Der Wechsel im Völkerbundsrat

London, 26. Jan. Reuter. Die Regierung hat beschlossen, Lord Parmoor anstelle Lord Robert Cecils die Vertretung Englands im Völkerbundsrat zu übertragen. Um eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Foreign Office und dem Völkerbunde zu erreichen, werde Parmoor ein Büro im Foreign Office erhalten.

Politische Nachrichten

Deutschland

Die dritte Steuernotverordnung.

Berlin, 26. Jan. Die dritte Steuernotverordnung wurde gestern abend vom Reichskabinett in eingehenden Erörterungen durchberaten und in den wesentlichen Punkten Einverständnis erzielt. Die endgültigen Beschlüsse werden in erneuter Beratung zu Beginn nächster Woche gefaßt werden. — Wie die Dt. Allg. Ztg. erfährt, hat das Kabinett sich grundsätzlich für eine Aufwertung der Hypotheken entschieden. Das bedeutet aber nur soviel, daß ein Verbot der Aufwertung nicht erfolgen wird. Es bedeutet nicht, daß das Kabinett Beschlüsse des Inhalts getroffen hat, in welcher Höhe die Hypothekenaufwertung erfolgen darf, oder etwa, daß es prinzipiell von Bestimmungen dieser Art absehen will. Diese Fragen sind noch nicht geklärt. Der Entwurf hat zum wesentlichen Inhalt eine allgemeine Erfassung der Geldentwertungsgewinne. Im Laufe der gestrigen Beratungen sind an sehr vielen Einzelpunkten Veränderungen vorgenommen worden. Daraus erklärt sich trotz der Uebereinstimmung im wesentlichen die Verzögerung der Entschließung.

Hoesie in Württemberg

Stuttgart, 26. Jan. (Wolff.) Gestern weilte Reichspostminister Höfle hier, um sich mit der württembergischen Regierung über den Entwurf eines Reichspostfinanzgesetzes und eines auf Grund dieses Gesetzes mit Württemberg als früherer Besitzer einer eigenen Post abzuschließenden Abkommens zu besprechen. Der Meinungsaustausch hat, wie der „Staatsanzeiger" hört, über die Grundzüge des Reichspostfinanzgesetzes eine Einigung ergeben, dagegen ist es bis jetzt bezüglich der Berechnung des Ueberschußanteiles des württembergischen Staates noch nicht zu einer Einigung gekommen.

Aus der demokratischen Partei.

Berlin, 26. Jan. (Wolff.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen demokratischen Partei hat anstelle des bisherigen Vorsitzenden und zum Ersten Bürgermeister von Hamburg gewählten Petersen Abg. Koch-Weser zum Vorsitzenden und Erkelenz zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Aus der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 26. Jan. (Wolff.) Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hielt, wie die Nationalliberale Korrespondenz berichtet, am Freitag in Berlin eine Sitzung ab, der auch Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion beiwohnten. Im besonderen wurde die Rhein- und Ruhrfrage behandelt und hierzu folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Reichsregierung ist seit längerer Zeit unmittelbar in Verhandlungen mit Frankreich über die Rhein- und Ruhrfrage eingetreten. Alle Einzelverhandlungen über diese Frage müssen unterbleiben. Solche Versuche, die der Parteivorstand auf das Schärfste verurteilt müssen die Stellung unserer Unterhändler erschweren und können nicht nur für das besetzte Gebiet, sondern für das ganze Deutsche Reich von verhängnisvoller Wirkung sein. Zu den Verhandlungen ist nur die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Regierungen der beteiligten Länder befugt. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei des gesamten besetzten Gebietes haben am 20 Januar in Frankfurt a. M. einmütig erklärt, daß sie eine Lockerung der staatsrechtlichen Zusammenhänge des besetzten Gebietes mit Preußen, Hessen, Bayern und Baden mit aller Entschiedenheit ablehnen. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei erwartet daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen mit Frankreich diesen Standpunkt mit gleicher Entschlossenheit vertritt.

England

Neue Verhandlungsweise Macdonalds.

London, 26. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, es verlaute, daß Macdonald direkt Verhandlungen oder Unterredungen mit den diplomatischen Vertretern ausländischer Länder dem Austausch formeller Noten vorziehen werde.

Demselben Berichterstatter zufolge sind die Verhandlungen zwischen dem britischen, dem französischen und dem belgischen Auswärtigen Amt über die Frage der Pfalzverwaltung und den von dem belgischen Minister des Aeußern unterbreiteten modus vivendi weiterhin im Gange.

Schweiz

Zur Zonenfrage

Genf, 26. Jan. Wie die übrige schweizerische Presse, kritisieren auch die Blätter der Westschweiz lebhaft die französische Antwortnote in der Zonenfrage, die ein Schiedsverfahren über den Kernpunkt nämlich ob die durch Frankreich einseitig abgeschaffte freie Grenzzone noch zu Recht besteht oder nicht, ablehnt. Die „Gazette de Lausanne" erklärt daß nunmehr nur noch der Ausweges eines Appells an den Völkerbund übrig bleibe, der aber unter verschiedenen Gesichtspunkten gefährlich sei. Das sonst sehr frankophile und völkerbundsfreundliche Blatt schreibt u. a.: Dadurch, daß Frankreich sich weigert, die Rechtsfrage vor ein Schiedsgericht zu bringen, schafft es große innere Schwierigkeiten für die Schweiz, die es aus eigenem Interesse vermeiden sollte, Wenn Frankreich uns zwingt, den Völkerbund anzurufen, stärkt es die Hoffnungen aller derjenigen bei uns, die Frankreich des Mißbrauchs seiner überragenden Stellung in der europäischen Politik seit dem Kriege beschuldigen. Es beschwört ferner die Gefahr eines Konfliktes herauf, der die Existenz des Völkerbundes selbst in Frage stellen könnte. Denn wenn wie auch hier kein Recht finden, wird eine fest unwiderstehliche Volksbewegung in der Schweiz den Austritt aus dem Völkerbund betreiben und andere kleinere Staaten, die, wie wir, den ungenügenden Schutz gegen die Uebergriffe der großen Staaten empfinden, könnten diesem Beispiel folgen.

Bern, 25. Jan. (Wolff.) Nach der Schweizer Dep.-Agentur hat der Bundesrat beschlossen, dem im Nationalrat eingebrachten Antrag Forrer in der Weise Folgen zu leisten, daß für die Milderung der deutschen Not 80 000 Franken, zu Gunsten der ungarischen Kinder 10 000 Franken und zu Gunsten der französischen Kinder 5000 Franken, also im Ganzen 95 000 Franken als Bundesbeitrag gewährt werden.

Hilfe für Deutschland.

Genf, 26. Jan. (Wolff.) Die westschweizerische „Jugendorganisation für humanitäre Zwecke" (Mouvement de la jeunesse romane), hat auf der Tagung ihres Zentralkomitees in Bern beschlossen, durch ihre zahlreich. Mitglieder in Schülerkreisen, die der Kantone Waadt, Genf und Neuenburg angehören, Sammlungen zu veranstalten, um eine Suppenküche in einer süddeutschen Stadt zu errichten, die mindestens drei Monate lang 500 der ärmsten Kinder verköstigen soll.

Aus dem besetzten Gebiet

Der Separatistenführer Schlich erschossen.

Mayen, 25. Jan. Der Separatistenführer Schlich ist gestern abend zwischen Niedermendig und Obermendig erschossen worden. Nach einer TU-Meldung ist Schlich von acht Kugeln getroffen worden. Der Getötete trug selbst einen entsicherten geladenen Revolver bei sich. Schlich kam von einer separatistischen Propagandareise von Adenau. Er war der Anführer der hiesigen Separatistenaktion. Während der Separatistenherrschaft fungierte er als „Landrat" des Kreises Mayen und ließ sieben Trillionen Mark Geldscheine drucken, die hier unter dem Namen „Schlichgeld" bekannt sind. Schlich war von Beruf Backofenbauer. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Kleine Meldungen

Explosion in den Leunawerken.

Nach Blättermeldungen aus Leipzig ereignete sich im Hochdruckbau des Ammoniakwerkes im Leunawerk in Merseburg eine schwere Explosion. Ein Hochdruckbehälter flog wahrscheinlich durch die Entzündung von Knallgasen auseinander. Durch die Explosion wurden mehrere in der Nähe liegende Bauten schwer beschädigt. Durch umherliegende Metallstücke wurden drei Arbeiter getötet, 25 Arbeiter wurden teils schwer, teils leichter verletzt.

Großherzogin Maria Adelheid von Luxemburg †.

München, 24. Jan. Heute nachmittag 1 Uhr 30 Minuten ist auf Schloß Hohenburg bei Tölz die frühere Großherzogin Maria Adelheid von Luxemburg nach knapp zehntägiger Krankheit gestorben. Die Hroßherzogin die älteste Schwester der Gemahlin des Kronprinzen Rupprecht von Bayern, war am 14. Juni 1894 auf Schloß Berg als Tochter des Großherzogs Wilhelm geboren. Sie folgte am 25. Februar 1912 ihrem Vater als Großherzogin, dankte aber am 14. Januar 1919 zugunsten ihrer Schwester Charlotte ab und trat im September 1920 in ein italienisches Karmeliterinnenkloster zu Modena ein.

Unfall eines belgischen Flugzeuges.

Brüssel, 24. Jan. Aus Hasselt wird mitgeteilt, daß ein Militärflugzeug infolge einer Motorpanne oberhalb einer unter Wasser stehenden Wiese abgestürzt ist. Beide Insassen, ein Leutnant und ein Unteroffizier, sind getötet Ihre Leichen wurden in verstümmeltem Zustande aufgefunden.

Hexenprozesse in Ems

Im Hexenwesen fand der Aberglaube des 17. Jhdts. die Ursache vieler menschlicher Krankheiten, des Viehsterbens, der Schädigung der Felder durch verwüstende Ungewitter. Die Angst vor Behexung aber ließ die Menschen jener Tage kaum zur Ruhe kommen und Tag und Nacht auf die Entdeckung der Hexen sinnen. Was jedoch sah man als überführende Beweise an? Schon der bloße Verdacht der Hexerei, der sich auf das häßliche Aeußere älterer Personen, deren weiße (rote, triefende) Augen oder sonstige äußerliche Dinge stützen mochte, genügte, um ein Eingreifen der Behörden zu bewirken. Mochten auch einige wenige beherzten dem tiefwurzelnden Aberglauben entgegentreten, ihre Stimmen verhallten kaum oder mit Widerwillen gehört, und es bedurfte Jahrhunderte, um den Gegnern des Hexenwahns, wie dem protestantischen Arzt Johann Weyer in Cleve oder dem edlen Jesuiten Friedrich von Spee Gehör zu verschaffen, obwohl diese sich weniger gegen den Hexenglauben selbst als vielmehr gegen die furchtbare Praxis der Hexenprozesse gewandt hatten. Die Grundlagen des Hexenglaubens selbst griff erst am Ende des 17. Jahrhunderts der reformierte Prediger Balthasar Bekker in Amsterdam in seiner „Bezauberten Welt" (1691-93) an. Doch erst seit Thomasius den Kampf gegen den unseligen Aberglauben aufgenommen hatte (1701), legten ihn die Gebildeten Europas allmählich zu den Irrtümern der Väter und tilgten Friedrich der Große und Maria Theresia schließlich das Verbrechen der Hexerei aus dem Strafrecht. Allerdings wurde noch 1748 in Trarbach a. Mosel eine Frau wegen Hexerei verbrannt. Als letzte Hexe im kultivierten Europa wurde 1782 die Dienstmagd Anna Göldi in Glarus in der Schweiz hingerichtet. Bis auf den heutigen Tag jedoch herrscht in weiten Gegenden unseres Vaterlandes unter der Landbevölkerung der Glaube an die Hexen und ihr Wirken.

Auch bei uns in Nassau — wenn er sich hier auch mehr in den weltfernen Gegenden des Westerwalds als im aufgeklärten Süden erhalten hat. Bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts soll jedenfalls der Glaube an Hexen auch im „blauen Ländchen" noch allgemein gewesen sein. War einer Familie Leid widerfahren, so versammelten sich in deren Hause am Abend die Verwandten und Nachbarn mit Haselstöcken, die in Süden geholt wurden. Ein Aeltester schlug die altererbte Familienbibel auf, legte einen Erbschlüssel darauf und begann die Beschwörung der Hexe. Ein anderer legte einen eisernen Keil ins Feuer, bis er glühend war. Ein dritter drehte ein Wagenrad den umgekehrten Weg. Sobald der Schlüssel zu zittern anfing, nahte die Hexe; dann wurden Wände, Böden, Decken, Schränke, Oefen, der Rauchfang, jedes Gefäß und Gerät in Küche, Keller und Speicher beklopft, um die Hexe heraus zu treiben. „Aber wo soll sie hin? In den glühenden Keil! Na, Schläge hat sie wenigstens genug; und richtig, am nächsten Tage hat diese oder jene Frau blaue Mäler in Menge. Das war natürlich die Hexe."

Hexengeschichten lausen aber bis auf den heutigen Tag auch im südlichen Nassau um, und auch an längst verschwundene Bräuche, die mit dem Hexenglauben in Verbindung standen, ist hier die Erinnerung noch nicht geschwunden: „Wenn in früheren Zeiten am Walpurgisabend die Sonne hinter dem Hunsrück untergegangen war und die Dämmerung graue Schleier über den Rhein spannte, hob die große Glocke vom Lörcher Kirchturm ihr tiefes Geläut an. Stromauf und -ab stimmten die Glocken mit ein; weithin tönte ihr helles Klingen, ihr dröhnendes Hallen durch die stille Luft. „Dann kann keine Hexe über den Rhein", sagten die Leute; denn in der Walpurgisnacht möchten die Unholdinnen von Westen her auf Besenstielen und Ofengabeln zum Blocksberg reiten, um dort mit dem Teufel den Hexensabbath zu halten. Glockengeläut verlegt ihnen den Weg".

In nächster Nähe von Ems spielten damals Hexenprozesse in Frücht (1629-30), in Braubach und Oberlahnstein (gegen Johann von Nievern, einen vorbestraften Dieb) und in Obernhof (1629: 4, 1631: 4). Im Amte Nassau wurden (nach handschriftlichen Notizen von Lauz) wegen Zauberei hingerichtet: am 24. Jul. 1629: Apollonia, des Johann Hartfuß Wittib zu Nassau; am 3. Jul. 1630: Jacob Winterwerb aus Becheln und Maria, Hans Thönges Valerius' Frau, zu Becheln; am 1. Aug. 1631: Agnes, Heinrich Möberts Hausfrau, in Singhofen; am 16. Aug. 1631: Hamann Thönges Weib zu Dornholzhausen und Anna, Gergels Weib, zu Dessighofen; am 23. Nov. 1631: Emrich Bingel zu Attenhausen (der wegen Zauberei und Blutschande auf dem Felde zwischen Herold und Kördorf gerichtet wurde, während die andern eben genannten in Marienfels den Tod erlitten); im Juni 1632: Gertraud, Cloß Friedrichs Wittib, zu Geisig.

Zur Zeit des Prozesses gegen die Schefers Els (1629) ging man auch gegen Paulus Hömbergers Frau Anna vor, die der Els eine giftige „grünlechte Materi" zugesteckt und ihr geraten hatte, Treinchen der Schmalkaldterin jene „teüfelische Materi in einem Tronck roden Weins" einzugeben, woran dann Treinchen eines jämmerlichen Todes gestorben sein soll.

Auch wurde sie beklagt, daß sie „ihrem eigenen Mann vor sieben Jahren teüfflischer Materi in ein Milchsupp gethann vndt ihme dermaßen damitt bezaubert hat, daß er sieben ganzer Wochen kranck gewesen ist vndt sonder Zweyffel, wan sie ihme nicht zu Coblenz Arzeney gehohlet hette, sonder Zweiffel sein Leben laßen müssen."

Der Schöffe Hermann Hirtz sagte dann gegen sie aus: „Alß Nivenheym mit seiner Reiderei im Landt gelegen, da hete Petter Trip sein Knaitter bei ihme, Herman Hirtz, gehapt, vndt da sei ein Ritter, Gerhartt Jonckblutt genandt, mit 2 Pferden zu dem (Peter) Triben in sein Knaitter geriden, 5 Wochen lang, vndt sein Pferdt in Paulus Hümbergs Stall gestelldt. Endlichs ist dem Gerhardten seiner Pferdt einß lam geworden, vnd Gerhardt bezichtiget die Beclagte: hete im sein Pferdt behext, vndt sie fillmahl eine offentliche Hex geheyssen vndt gesagt: wo sein Pferdt nicht wieder zu Recht kome, so wolde er ir daß Haus anstecken. Entlich ferdt der Gerhartt zu vndt nimmt einen Brüell (Prügel), vndt zu der Anna gangen vndt eine gude Fant abgebürst (sie weidlich verhauen), welches er dem Triben gesagt, so hete er solches gemacht. Aber die Anna solches nicht fiell geklagt, vndt darauf ist dem Gerharden sein Pferdt wider gesundt vndt geradt worden. Vnd darnach hatt der Gerhartt die Beclagte alle Zeidt seine Hexin geheyssen.

Fritges Henrich sagit war, wie er vndt sein Gesell Petter Steppell wegen eines Amths zu dem Hern Keller (Helfmann) nach Braubach gangen, Rats zu pflegen von wegen der Hexen daß erste Mahl, damahls heten sie von der Beklagden auff dem Weg eine Rede gehabt wegen irer Zauberei; alß sie wider nach Hauß kommen, da hatt die Beklagdin sich verneinen lassen, waß sie von ir auff dem Weg zu reden heten; ihr Man hete hindig einem Püsch (Busch) gestanden vndt solches gehürdt, so es doch eine gude halbe Meill Wegs gewesen von Eimbs, da sie frer gedacht haben." Die Anna hätte nur durch Hexerei Nachricht von diesem Gespräch erhalten können.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Strafgerichtsreform.

Berlin, 26. Jan. (Wolff.) Wie uns der Deutsche **Richterbund mitteilt**, faßte dessen Strafjustizkommission zur Strafgerichtsreform folgende Entschließung: **Die deutsche Richterschaft** begrüßt die Verordnung **über die Gerichtsverfassung** und Strafrechtspflege vom 4. Januar als einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete der Strafjustiz. Zwar sind über einige Einzelheiten der Verordnung die Meinungen der Richter geteilt. So ist es zweifelhaft, ob die höchsten deutschen Gerichte noch ebenso gründliche Arbeit werden leisten können, wenn künftig die Senate des Reichsgerichts statt mit sieben nur noch mit drei Richtern besetzt sind. Auch werden viele erfahrene Kriminalisten bedauern, daß der Staat mit der Abschaffung der Strafkammern eine bewährte Handhabe zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Verbrechertums aus der Hand gelegt hat. Diese Nachteile werden aber durch die Vorteile aufgehoben, die lange gehegten Wünschen der weitesten Volkskreise entsprechen. Die Freunde einer stärkeren Beteiligung des Volkes an der Rechtspflege sehen alle ihre Forderungen erfüllt. In den Gerichten erster Instanz und in der Berufungsinstanz überall sitzen Männer und Frauen aus dem Volke neben den Berufsrichtern. Sie arbeiten als Schöffen Hand in Hand mit den Richtern, nicht mehr wie bisher im Schwurgericht scharf von ihnen getrennt. Jedermann weiß, daß das verfehlte Trennungsprinzip des Schwurgerichts oft zu schweren Fehlsprüchen geführt hat. Dieser Schaden ist jetzt beseitigt und ein großes Schöffengericht tritt nunmehr an die Stelle des Schwurgerichts. Die Richter erhoffen von der billigen Durchführung des Schöffenprinzips, mit dem sie durchweg gute Erfahrungen gemacht haben, eine bedeutende Stärkung des Volksvertrauens zur Strafrechtspflege. Die Fälle, in denen die Verordnung gestattet, daß Richter ohne Zuziehung von Schöffen als Einzelrichter entscheiden, sind sorgfältig ausgewählt und mit verschiedenen Sicherungsmaßregeln umgeben. Die Befürchtung daß der Einzelrichter eine zu große Machtbefugnis erlange, ist daher unbegründet. Seine Befugnis, bei der Erfüllung aller Vorbedingungen auch Verbrechen abzuurteilen, kann das richterliche Verantwortungsgefühl nur stärken. Erfüllt ist auch die alte Forderung der Berufung gegen Strafkammerurteile. Alle Vorteile der an die Stelle der Strafkammern tretenden Schöffengerichte sind mit der Berufung anfechtbar. Der Berufung unterliegen ferner die meisten Fälle von Verbrechen, die bisher von den Schwurgerichten abgeurteilt wurden und jetzt den Schöffengerichten zugewiesen sind. Erfüllt ist endlich auch das Verlangen, nach der Mehrheit von zwei Dritteln Stimmen für jede dem Angeklagten nachteilige Entscheidung auch in der Straffrage, sowie die lange gewünschte Durchbrechung des Legalitätsprinzips. Leichte Fälle, in denen die Schuld des Täters gering ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind, brauchen nicht mehr verfolgt zu werden. Dem Deutschen Richterbund ist bekannt, daß die Verordnung in der politischen Tagespresse und insbesondere aus den Kreisen der Anwaltschaft vielfach abfällig beurteilt worden ist. Der Richterbund ist aber überzeugt, daß bei der praktischen Durchführung der Verordnung ihre Vorzüge bald allgemein erkennbar hervortreten werden.

Wirtschaftliche Rundschau

Preisabbau.

Rückgang der Fleischpreise.

Der scharfe Preisrückgang auf den jüngsten Viehmärkten hatte zur Folge, daß nunmehr aus allen Gegenden Deutschlands **entsprechender Rückgang der** Preise für Fleisch und Wurstwaren gemeldet wird. Besonders scharfe Preisherabsetzungen werden aus Württemberg berichtet, wo die Fleischer bereits Rindfleisch für 25 Pfg. je Pfund anbieten!

Wie der **Reichsbankausweis** vom 31. Dezember zeigt, haben die zum Jahresschluß üblicherweise gesteigerten Kreditbedürfnisse der privaten Wirtschaft zu einer weiteren Zunahme des Wechselportefeuilles und des Lombardkontos der Bank geführt. In der Hauptsache wurden die neu beanspruchten Kredite in Rentenmark erteilt. Die Lombardforderungen stiegen im Rentenmarkgeschäft um 48 auf 127 Mill. Rentenmark, im Papiermarkgeschäft um 18,3 auf 141,3 Trill. Mark. Im Diskontverkehr wurden erstmals auf Rentenmark lautende Wechsel angekauft, die Zugänge beliefen sich auf 15,2 Mill. Rentenmark. Die Bestände in Papiermarkwechseln gingen dagegen wie in den beiden Vorwochen zurück und zwar um 12,3 auf 307,5 Trill. Mark. Für die gesamte Kapitalanlage ergibt sich aus diesen Veränderungen eine Erhöhung um 69,1 auf 591,1 Trill. Mark. Der Zunahme der Anlagen der Bank stand eine entsprechende Steigerung der Passiven gegenüber, die besonders bei den Konten der fremden Gelder in die Erscheinung trat. Diese wuchsen — im wesentlichen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Mitteln für den Ultimobedarf — insgesamt um 153,3 auf 548 Trill. Mark wobei sich die Rentenmark-Girogutnahben allein um 42,1 auf 75,4 Mill. Rentenmark ausdehnen. Der Neubedarf an Banknoten war in der Berichtswoche verhältnismäßig gering; der Banknotenumlauf vermehrt sich um 21,9 (gegen 60,4 in der Vorwoche) auf 496,5 Trill. Mark. Der Bestand an Rentenbankscheinen verminderte sich um 2,2 auf 192,9 Mill. Rentenmark. Die Ausleihungen der Darlehnskassen nahmen um 0,6 auf 9,3 Trill. Mark ab. Die Bestände der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen ermäßigten sich auf den gleichen Betrag.

Börse und Handel

Amsterdam, 24. Jan. (Wolff.) Die Niederländische Bank hat den Diskont von 4½ pCt. auf 5 pCt. erhöht.

Berlin, 24. Jan. (Wolff.) Börsenbericht. Da bei der auch heute in hohem Maße herrschenden **Geschäftsstille zur Schilderung des Börsenverlaufs nichts übrig bliebe, als das an den Vortagen Erwähnte zu wiederholen, kann man sich darauf beschränken, hervorzuheben, daß die Aufwärtsbewegung in Spezialpapieren, die schon an den Vortagen den Gegenstand regerer Nachfrage seitens der Spekulation bildeten, sich fortsetzte.** Wieder waren es Hochbahn, Darmstädter und Nationalbank und ungarische Renten, die somit den Mittelpunkt einer gewissen Geschäftsbelebung bildeten.

Auch in heimischen Rentenwerten hielten die Kursverhöhungen an. Sonst war die Grundstimmung allgemein etwas freundlicher. Der Geringfügigkeit des Geschäfts entsprachen die geringen Kursveränderungen. Wo diese größer waren, handelte es sich zumeist um Erhöhungen von 1 bis 3 Bill. pCt., die vornehmlich Spezialwerten wie Charlottenburger Wasserwerke, Deutschen Maschinenaktien und Deutschen Eisenhandel zugute kamen. Geld war zu 1 pro Mille und darunter reichlich angeboten. Die Devisenpreise stellten sich zumeist etwas niedriger. Für Newyork war die Nachfrage unverändert. Holland und London waren 10 pCt. und Paris 25 pCt. geringer als gestern.

Berlin, 24. Jan. (Wolff.) Goldanleihe 4 200 (voll), Dollarschatzanweisungen — G.

Berlin, 24. Jan. (Wolff.) Produktenbericht. Infolge des anhaltenden Frostes und der dadurch bewirkten Verlängerung des Stillstandes der Schiffahrt sind die Zufuhren weiter erschwert worden, sodaß das Angebot vom Lande noch geringer geworden ist. Für Weizen und Roggen bestand einiger Begehr, sodaß hier teilweise etwas höhere Forderungen bewilligt wurden. Gerste ist ziemlich viel angeboten, doch bleiben die gesuchten feinen Malzqualitäten nach wie vor knapp. Ausgesprochen fest lag Hafer. In Mehl stellten die Mühlen höhere Forderungen, weshalb auch die zweite Hand mit Abgaben vorsichtiger wurde. Kleie und Futterartikel hatten sehr ruhiges Geschäft.

Christiania, 24. Jan. (Wolff.) Der Aufsichtsrat der Norwegischen Handelsbank hat sich auf Grund des Vorschlages der Direktion nach eingehender Untersuchung zur Abschreibung aller Verluste, die sich auf etwa 45 Mill. Kr. belaufen, bei gleichzeitiger Herabsetzung der Aktien von 200 Kr. auf 100 Kr. entschlossen, um damit für eine zukünftige Tätigkeit eine feste Grundlage zu schaffen. Die Bank behält hiernach ein Aktienkapital von 20 Mill. Kr. und einen Reservefonds von 5 Mill. Kr.

Aus Stadt und Land

Krankenversicherung. Von geschätzter Seite ging uns folgende Mitteilung zu: Die vom Reichsarbeitsministerium angekündigte gesetzliche Neuregelung der Krankenversicherung auf dem Lande ist nicht „wie die Aerzteschaft befürchten mußte, ohne Mitwirkung der ärztlichen Organisation erfolgt. Der Entwurf ist vielmehr der gesetzlichen Vertretung der Aerzte und Krankenkassen, dem Reichsausschuß, am 17. 1. 24, zur Kenntnis gebracht worden. Gegen Einzelheiten der Verordnung haben die ärztlichen Vertreter Bedenken erhoben, mit Rücksicht darauf aber, daß die Regierung von einer Ausschaltung des Reichsausschusses Abstand genommen hat, die Aufhebung des vertragslosen Zustandes zugesagt. Die kassenärztlichen Vereine haben den Krankenkassen mitgeteilt, daß ihre Mitglieder auf Grund des vom R. A. M. vertretenen Rechtsstandpunktes bereit sind, die ärztliche Tätigkeit nach Maßgabe der Bestimmungen der alten Verträge wieder aufzunehmen. — Die Krankenkassen sind nunmehr nach der am 17. 1. erneut vertretenen Rechtsauffassung des R. A. M. verpflichtet, allen bisher bei ihnen zugelassenen Aerzten ihre Dienste nach den früheren Vertragsbedingungen zu vergüten, bis durch die Arbeit des Reichsausschusses neue Verträge zustande gekommen sind. Sollten sich einzelne Kassenvorstände weigern, der Wiederaufnahme der früheren Bestimmungen zuzustimmen, so handeln sie den gesetzlichen Bestimmungen und den Weisungen des Reichsarbeitsministeriums entgegen, hintertreiben die Beendigung des Kampfes und vereiteln die von der Aerzteschaft angestrebte Zusammenarbeit im Reichsausschuß. Entstehen aus einer etwaigen ablehnenden Haltung einiger Kassen neue örtliche Kämpfe, so tragen die Krankenkassen die Verantwortung für die den Versicherten daraus entstehenden Folgen.

Bad Ems, 27. Jan. (Radfahrerverein 09 Bad Ems.) Am Samstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr hielt der Verein im Gasthaus Mosetal eine außerordentliche Hauptversammlung ab. U. a. stand auf der Tagesordnung der Punkt Neuwahl des Vorstandes. Zum ersten Vorsitzenden wurde wieder Herr Wilh. Wild gewählt. Die Wahl des 1. Schriftführers fiel wieder auf Th. Schüßler und des 1. Kassierers wieder auf Robert Maurer. Zum 1. Saalfahrwart wurde ebenfalls Robert Maurer gewählt; zum Straßenfahrwart Willi Albishausen und zu Beisitzer Karl Kaiser und Karl Minor. Als Kassenrevisoren für das laufende Jahr wurden Franz Holler und Max Schäfer gewählt. Der Beitrag wurde auf monatlich 20 Goldpfennig einstimmig festgesetzt. — Heute Montag abend 8 Uhr Saalfahren in der Turnhalle. Pünktliches Erscheinen dringend erwünscht. Jeder, der sich an dem Saalsport beteiligen will, muß wegen Aufstellung der Mannschaften erscheinen.

Bad Ems, 27. Jan. (Volksbildung.) Für den gestrigen Rezitationsabend hatte der Volksbildungsausschuß Herrn Schauspieler Ludwig Hartwig gewonnen, welcher zur Zeit als Gast am Stadttheater zu Coblenz tätig ist. Herr Hartwig erfreute durch ein literarisch erstklassisches Programm. Die beiden ersten Teile füllten die folgenden größeren und dramatisch wirkungsvollen Werke aus: Die Weise von Liebe und Tod des Cornet Christoph Rilke von R. M. Rilke, Gorm Grymme von Fontane, Die Wallfahrt nach Kevelaar von Heine, Der Todspieler von Münchhausen und Herr von Ribbeck von Fontane. Stimmungsvolle kleinere Gedichte in musterhaftem Vortrage wiederg gaben, brachten angenehme Abwechselung in die schwere Kost. Das herrliche Abendlied von Claudius: „Der Mond ist aufgegangen" schloß den ersten Teil der Darbietungen. Der letzte Teil atmete Humor und ließ auch die Lachlustigen zu ihrem Rechte kommen. Der Rezitator zeigte ein feines literarisches Verständnis und eine tiefe künstlerische Auffassung. Das modulationsfähige Organ und die lautreine Aussprache sicherten allen Vorträgen großen Erfolg. Es gelang ihm vortrefflich, die Zuhörer vollständig in seinen Bann zu ziehen und eine innige Gemeinschaft herzustellen, was für einen Künstler wohl als größter Erfolg gelten darf.

Diez, 28. Jan. Silberne Hochzeit feiern heute die Eheleute Elektrotechniker Karl Alms und Gemahlin.

Diez, 28. Jan. Für die Empfänger der Versorgungsbezüge findet am Dienstag, den 29. Januar die Zahlung für den Monat Februar statt. Die kleinen Nummerkarten sind vorzuzeigen.

Diez, 28. Jan. Verhaftet wurden zwei Arbeiter, deren Spezialität es war, in den auf totem Gleis zwischen Diez-Limburg stehenden Eisenbahnpersonenwagen Ledersitze auszuschneiden.

Diez, 28. Jan. Die Marktlichtspiele bringen am Dienstag einen Film, der sich das Wunder des Schneeschuhs beteilt. Der Inhalt dieses Wunderfilms, der sich in der Zentrale des Wintersports, in St. Moritz, abspielt, bei dem sich Meisterläufer aller Länder um den Preis bewerben. Die Vorführung dieses Films, von dem sein Schöpfer Arnold Frank selbst sagt: Drei Forderungen sind es vor allem, die ich an einen solchem Film stellen zu müssen glaubte: Einmal müssen die sportlichen Leistungen absolute Höchstleistungen sein, die nicht nur beim Publikum, sondern gerade beim erstklassigen Skiläufer selbst eine helle Begeisterung auszulösen vermögen. Aus diesem Grunde verpflichtete ich mir die Meisterläufer aller skifahrenden Länder, die es mir ermöglichten, zum ersten Male Sprünge von über 50 Meter, diese unfaßliche Leistung des menschlichen Körpers, denen vorzuführen, die so etwas nie zu sehen vermögen. Mit großen Kosten hat sich der hiesige Kinobesitzer diesen Film erworben, auf den alle Sportler und Kinofreunde aufmerksam gemacht werden.

Diez, 28. Jan. Am vergangenen Freitag abend fand im Hotel Viktoria die diesjährige Jahreshauptversammlung des M.-G.V. „Concordia" statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und erteilte zunächst dem Schriftführer das Wort zum Verlesen des Jahresberichtes. Eine schwere Zeit liegt hinter dem Verein; die Gesangstunden mußten zeitweise ausgesetzt werden. Trotzdem konnte eine Vermehrung der Mitgliederzahl um 13 Mann dem Vorjahre gegenüber gebucht werden. Zwei alte Mitglieder hat der Tod aus dem Verein gerissen; die Versammlung erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt und die Bücher in tadelloser Ordnung befunden. Der Beitrag wird nach langer Debatte auf 30 Pfg. pro Monat festgelegt. Als nächster Punkt lag die Vorstandsneuwahl vor. Der Verein konnte nicht umhin, den im Ganzen wohlbewährten Vorstand fast in demselben Rahmen wiederzuwählen. Die Wahl fand per Akklamation statt: 1. Vors. H. Reiming, 2. Vors. K. Schang, 1. Schriftf. O. Jung, 2. Schriftf. A. Seyberth; Kassierer: P. Schrankel; Bibliothekar: H. Jung; 3 Beisitzer: W. Jung, Gg. Keuser, Hch. Kröller. Der bisherige 2. Vorsitzende überreicht im Namen des Vereins dem langjährigen 1. Vors. Herrn Reiming für seine 10jährige tatkräftig fördernde Tätigkeit ein schlichtes Diplom. Die Versammlung begrüßt die Ueberreichung mit dem „Deutschen Sängergruß". Bei dem Punkt Verschiedenes wurde die Frage einer 25-Jahrfeier des Vereins lebhaft erörtert. Ein endgültiger Beschluß wurde nicht gefaßt. — Der Verein hat sich auch bereit erklärt, zu dem am 1. März stattfindenden Wohltätigkeitsabend in Verbindung mit den übrigen Vereinen und der Freiw. Feuerwehrkapelle mitzuwirken. Die sehr lebhaft verlaufene Versammlung endete bei gutem Besuch gegen Mitternacht.

Das Coblenzer Notgeld.

Das städtische Notgeld hat noch immer Umlaufsgeltung und kann von jedermann unbedenklich angenommen werden, da es hinreichend gedeckt ist und von der Stadt jederzeit eingelöst wird. Die Ablehnung durch die Postverwaltung entspringt lediglich Betriebsrücksichtigten der Postverwaltung.

Coblenz, 25. Jan. **Von heute ab werden von den Postanstalten keine Notgeldscheine aus Coblenz Stadt und Kreis mehr in Zahlung genommen.**

Falschgeld.

Gefälschte Banknoten in der Höhe von 20 und 100 Billionen wurden in letzter Zeit auch in Coblenz wiederholt vereinnahmt, wodurch einige Geschäftsleute schwer geschädigt sind. Es sind echte 20- und 100-Millionenscheine, auf denen das M wegradiert und durch ein B ersetzt ist. Den durch Ausfall des breiteren Buchstabens entstandenen Zwischenraum haben die Fälscher durch aufgetuschte Arabesken ausgefüllt. Im übrigen sei daran erinnert, daß von Banknoten höherer Werte nur 5-, 10- und 100-Billionenscheine ausgegeben wurden, also keine echten 20-Billionenscheine existieren. Darum ist Vorsicht am Platz.

Weinversteigerungen. Verschiedene Tagungen von Winzern und Weinversteigerern im Gebiete des Coblenzer Weinversteigerungsringes hatten sich in letzter Zeit mit der Frage der sogenannten Weinhäsen befaßt, für die neuerdings hier und da Stimmung gemacht wurde. Alle Tagungen faßten einstimmig den Beschluß, die Weinhäsen nicht nur abzulehnen, sondern sogar als den Handel und das reelle Kommissionswesen störend zu verurteilen seien. In Trier ist denn auch die Häse vom Weinhandel und Kommissionär erfolgreich bekämpft worden, sodaß diese neue Erscheinung im Weinhandel wohl bald wieder von der Bildfläche verschwinden wird. Wie wir hören, wird der Weinversteigerungs-Ring Coblenz Ende März in der Festhalle wieder eine große Versteigerung abhalten, die stark beschickt sein wird. Auch wird sie wieder mit einer Fachausstellung verbunden sein. Interessenten für letztere können sich schon jetzt beim städtischen Verkehrsamte, Gartenplatz 2, Coblenz, melden.

Lohn und Arbeitszeit.

Schießerei zwischen Polizei und Demonstranten.

Schwarzenberg, 24. Jan. Nach zwei Gewerkschaftsversammlungen gestern abend bildete sich ein Demonstrationszug. Der Aufforderung der Sicherheitspolizei, am Marktplatz auseinanderzugehen, kamen die Demonstranten nicht nach. Vielmehr wurde von ihnen geschossen, und Handgranaten geworfen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Fünfzehn Demonstranten und sieben Sicherheitspolizisten wurden — teils schwer — verletzt. Erst nach Eintreffen von Verstärkungen wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Ebenso wie in Schwarzenberg im Erzgebirge kam es Blättermeldungen zufolge, auch in benachbarten Alberod zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Ein Polizeikommando, das aus einem Offizier und acht Beamten bestand, ist beim Verhaften eines Kommunistenführers von einer größeren Menge tätlich angegriffen worden. Zwei Beamte wurden niedergeschlagen und verletzt. Die Polizeibeamten gaben darauf Feuer wodurch ein Demonstrant getötet und eine Anzahl verletzt wurde. Allmählich konnte die Ruhe von der Polizei wieder hergestellt werden. Wie nach Schwarzenberg sind auch nach Alberode noch im Laufe der Nacht Polizeiverstärkungen abgegangen.

Landwirtschaft

Frostschaden bei Reben. Die Provinzial-Lehranstalt für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft zu Kreuznach teilt mit: Soweit sich bis jetzt überblicken läßt, haben wir mit empfindlichen Frostschäden in unseren Weinbergen zu rechnen, welche aber nach Rebsorten und Lagen verschieden stark zu sein scheinen. Die weichen Sylvaner, auch Franken oder Oesterreicher genannt, scheinen stark erfroren zu sein; beim Riesling läßt der Schaden in vollem Umfang noch nicht stellen. Tiefere Lagen haben natürlich stärker gelitten als höhere. Es ergeht daher an die Winzer nochmals die dringende Mahnung, bei so verschiedenen Verhältnissen sich selbst über den Frostschaden in ihren Weinbergen zu informieren, damit sie gegebenenfalls in der Lage sind, da wo es möglich ist, durch geeigneten Schnitt dem Frostschaden entgegen zu arbeiten.

Hederichsamen vermag im Boden seine Keimfähigkeit viele Jahre zu bewahren. Da das vergangene Jahr ein richtiges Hederichjahr war, ist zu befürchten, daß dieses lästige und überaus schädliche Unkraut in den kommenden Jahren wieder recht häufig auftreten wird. Hederich kann fast restlos vernichtet werden, wenn feingehackener Kainit (Sondermarke) an einem Tag, an welchem schönes sonniges Wetter erwartet werden kann, auf tau- und regennassen Pflanzen ausgestreut wird. Die Hederichpflanzen dürfen aber nicht zu alt sein, wenn eine volle Wirkung erzielt werden soll, daher versäume kein Landwirt, sich eine entsprechende Menge dieses Unkrauttöters — je Morgen genügen 4 Zentner — auf Vorrat zu legen, um den feingemahlenen Kainit sofort bereit zu haben.

Vermischte Nachrichten

Wie sich ein chinesischer Witwer tröstet! Dr. Wu-ling-fang, der chinesische Minister des Aeußern erzählt: Ein Chinese fand eines Tages seine Frau tot auf einem Felde liegen. Ein Tiger hatte sie umgebracht. Er warf eine Hand voll Arsenik, das er rasch holte, auf die Leiche. Am nächsten Tage fand er auf dem Felde, ganz wie er es erwartet hatte, den Tiger tot neben seiner toten Frau. Er zog dem Tiger das Fell ab und verkaufte es; den Leichnam des Tigers verkaufte er an einen Wundarzt, der daraus Pillen gegen die Furchtsamkeit herstellte, und für den Ertrag des Handels kaufte er sich — eine jüngere Frau . .

Eine wirksame Drohung. Der große Maler, Hogarth, der in seiner Kunst überhaupt das Charakteristische dem Schönen vorzog, schmeichelte denen nicht, die sich von ihm porträtieren ließen. So malte er einstmals einen alten Lord in seiner ganzen Häßlichkeit, und dieser war von dem Bilde so wenig entzückt, daß er ihm das Werk zurückschickte, ohne den ausgedungenen Preis zu zahlen. Darauf schrieb ihm Hogarth einen Brief in dem er den Lord aufforderte, das Bild binnen drei Tagen abholen zu lassen und zu bezahlen, sonst werde er es „unter Hinzufügung eines Schwanzes und anderer Anhängsel dem bekannten Tierbudenbesitzer Hore zur Ausstellung unter seinen Kuriositäten übergeben." Die Drohung wirkte. Hogarth erhielt sofort das Geld und der Lord das Bild, das er verbrannte.

Markt-Lichtspiele Diez.

Heute Montag abend 8 Uhr:

Fliegende Briganten. 5 Akte.

Juwelen des Buddha. 6 Akte.

Nur Dienstag abend 8 Uhr:
Der größte Wunderfilm der Welt!!

Eine Fuchsjagd auf Schneeschuhen
durchs Engadin in 6 Akten.

unter Mitwirkung der besten Skiläufer Europas. Darunter: John Helland, Daglin Carlsen, Vigo Cristensen (Norwegen), Hannes Schneider, Hans Schneeberger (Oesterreich), Flori Koch (Schweiz), Dr. Baader, Dr. Villinger, A. Berger, J. Schult (Deutschland), St. von Dewan (Ungarn), Bromann (Finnland).

Ort der Handlung: St. Moritz.

45–50 Meter fliegen die Springer in wundervoller Haltung durch die Luft.

Als Beiprogramm läuft ein Zweiakter:

Der Rhönsegelflug.

Schüler-Vorstellungen werden bekannt gegeben.

Buchen-Scheitholz

auf Ofenlänge geschnitten pro Zentner 1.40 Mk. ab Lager.

Friedr. Wesseling Wwe.
GmbH., Bad Ems. Fernsprecher 39.

Hobelbänke u. Werkzeuge

neu und gebraucht, jedoch in gutem Zustande sofort zu kaufen gesucht.

Holzindustrie Jos. Schnatz, A.G., Diez

Mutterberatung Bad Ems.

Dienstag nachmittag von 2—4 Uhr in der Steinschule: Sprechstunde der Fürsorgeschwester und Mutterberatung.

Nebenverdienst!

Großzügige Versicherungsgesellschaft sucht zum Abschluß von Währungsversicherungen

Vertreter

bei hohen Provisionen. Herren, die über gute Beziehungen zu Handel und Industrie verfügen, wollen ihre Angebote unter K. B. 8713 an Rudolf Mosse, Köln richten.

Kaiser's Kaffeegeschäft

G. m. b. H.

Ueber 1000 Filialen

Europas größter Kaffeerösterei-Betrieb.
Eigene Schokolade, Zuckerwaren und Backwarenfabriken.

Stets wieder vorrätig:
Kaffee . Tee . Kakao . Schokolade
Pralinen . Malzkaffee . Keks
Backwaren

Filiale in Bad Ems: Römerstraße 9

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis

Gemäß Vorstandsbeschluß werden vom 30. 12. 1923 von dem wirklichen Arbeitsverdienst als Beitrag 6 Prozent des Bruttoverdienstes, d. i. der Verdienst ohne jeden Abzug erhoben.

Nach einem bestimmten Grundlohn werden folgende Gruppen von Versicherten, auch mit 6 Prozent berechnet:

1. Lehrlinge ohne Entgelt 7 Pfg. wöchentl. Beitrag
2. Lehrlinge, mit Kost und Wohnung, 50 Pfg. wöchentl. Beitrag.
3. Invalidenrentner 15 Pfg. wöchentl. Beitrag.
4. Freiwillige (männlich) 30 Pfg. wöchentl. Beitrag
5. Freiwillige (weiblich) 45 Pfg. wöchentl. Beitrag
6. Knechte (bis zu einem täglichen Verdienst von 1,60 Mk.) 75 Pfg. wöchentl. Beitrag.
7. Dienstmädchen, 60 Pfg. wöchentl. Beitrag.

Die Bezahlung erfolgt für die nach dem wirklichen Arbeitsverdienst Versicherten auf Grund einzureichenden Lohnlisten wöchentlich, für die nach den verbleibenden Gruppen Versicherten monatlich. Lohnlisten sind bei der Kasse zu haben. Auch An- und Abmeldungen werden auf den Lohnlisten bewirkt. Freiwillige Mitglieder bezahlen monatlich im Voraus, sie verlieren ihre Mitgliedschaft, wenn zwei aufeinanderfolgende Termine nicht rechtzeitig bezahlt werden.

Gemäß Anordnung des Reichsarbeitsministers ist von den Mitgliedern und den Arbeitgebern ein Beitrag zur Aufbringung der Kosten für die Erwerbslosenunterstützung zu entrichten. Derselbe beträgt 20 v. H. des Kassenbeitrags und ist je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Pflichtmitglied zu tragen. Die Zahlung hat gleichzeitig mit den Krankenkassenbeiträgen zu erfolgen.

Wir fordern hiermit die Herrn Arbeitgeber auf, die noch restlichen Beiträge von 1923 unverzüglich an die Kasse zu entrichten, da vom 10. Februar die zwangsweise Beitreibung der Beiträge wegen des Rechnungsabschlusses beginnen muß.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung.

Holzversteigerung

am Mittwoch, den 30. Januar 1924, vormittags 10 Uhr Forstort 6 Pfahlgraben

110 Rm. Derbholz, 40 Rm. Reiserknüppel Zusammenkunft auf der oberen Promenade (Pfahlgraben).

Auswärtige und Händler sind nicht zugelassen.

Bad Ems, den 24. Januar 1924.

Der Magistrat.

Kostenlose Ratschläge zur richtigen Düngung erteilt:
Landwirtschaftliche Auskunftsstelle d. Deutschen Kalisyndikats G.m.b.H., Darmstadt, Elisabethenstr. 8

Hüte

für Damen und Kinder können Sie

selbst arbeiten

nach Beyers Führer für

Putzmacherei

im Hause

Ein reichhaltiges Modellheft Chenille zu ca. 60 Modellen u. Skizzen M. 1.— Verlag Otto Beyer, Leipzig 7

Verkauf der beliebten Beyer-Schnitte:

B. Schmiemann,
Diez, Marktplatz 22.

Wo kauft man billig? Wo spart man Geld?

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, gute Waren zu billigen Preisen abzugeben:

Einsatz-Hemden 2.70 — **Normal-Hemden** . . . 2.50

Strickwolle 1.— — **Nessel** 80 cm breit . . 0.90 — **Ungebl. Flanell** extra schwer, ab 4.20 — **Bettkattun** 80 cm breit, von 0.80 an

Karriert Hemdenflanell 80 cm. breit . . . . . von 0.90 an

Schürzenzeug 120 cm. breit, beste Qualität . . von 1.80 an

Kleiderbiber schöne Muster, gute Ware . . . von 1.20 an

Kleiderstoffe Cheviot, alle Farben 2.20

Damaste, Bettbarchent, Bettuchbiber, Bettuchnessel, Weisser Biber Zephir, Kleiderdrucks, Handtuch, Cretton Unterhosen, L & S-Unterhosen, Arbeiter-Hosen usw.

Wilhelm Müller • Webwaren

Diez an der Lahn.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

Wasch- und Bügelmädchen

Direktion Kurhaus Bad Nassau.

Unterricht

in deutscher, englischer und französischer Sprache wird von Lehrerin erteilt.

Näheres Villa Sommer Bad Ems.

Nähmädchen

sucht Beschäftigung in Näh- und Ausbesserungsarbeiten. Näheres Geschäftsstelle.

Spezial-Angebot in Woll-Waren:

Strick-Jumper alle Farben **12.50** 15.– 18.–

Strick-Westen für Damen und Herren **15.–** 18.– 22.50

Strick-Kleider in schönen modernen Farben **20.–** 30.– 40.–

Modehaus A. HAUBOLD • Bad Ems

L. & H. Schmidt • Katzenelnbogen

vormals Karl Schmidt

Ausverkauf!

Wollene und halbwollene Winterkleiderstoffe sowie Kleider- und Rockbiber
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Hemdenflanell, gestreift u. karriert 1.10, 1.20, 1.40, 1.70 p.M.
Hemdentuch . . . . . 0.80, 1.20, 140 p.M.
Ungebleichter Nessel, 80-90 cm. br. 0.85, 1.10, 140 p.M.
„ „ 150-160 cm. br. 1.80, 2.30, 2.80 p.M.

Ferner **Kleiderdruck, Kleiderzeug, Schürzenstoffe Bettzeug, Bettkattun in grosser Auswahl** und zu den niedrigsten Preisen.

Wollene Strümpfe, Socken, Strumpf- u. Sportwolle äußerst billig. **Strickblusen u. Strickjacken.**

Die beste Hebung Ihres Geschäfts bringt unzweifelhaft ein

Inserat im Lahn-Boten

der einzigen im Unterlahnkreis erscheinenden Tageszeitung.

Feinsten Cabliau Schellfische und grüne Heringe

heute eintreffend bei

H. Umsonst,
Bad Ems, Bahnhofstr.

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator verviellfacht. Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Herausgabe. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 24 — Bad Ems, Dienstag den 29. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Persönliche Aussprache zwischen Jaspar und Poincare.

Französisch-tschechoslowakisches Bündnis.

Italienisch-jugoslavisches Bündnis.

Fluchtkapitalien

Am 21.. Januar ist in Paris der zweite Unterausschuß der Sachverständigenkonferenz eröffnet worden. Er soll die Ermittlung und möglichst auch die Zurückführung der aus Deutschland geflohenen Kapitalien durchführen. Der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou, hat auch den zweiten Ausschuß eröffnet und bei dieser Gelegenheit dem ersten Ausschuß (zur Ermittlung der deutschen Zahlungsfähigkeit) hohe Anerkennung gezollt. Angesichts der großen Energie, welche der amerikanische Vorsitzende des ersten Ausschusses, General Dawes, entfaltet, um die tatsächliche Finanzlage Deutschlands festzustellen und die deutsch-französischen Auseinandersetzungen auf ein geschäftliches Geleise zu bringen, klingt dies Lob aus dem Mund Barthous nicht eben sehr überzeugend. Den Vorsitz im Kapitalflucht-Ausschuß hat der bekannte britische Finanzmann und frühere Schatzsekretär Mac Kenna übernommen. Barthou hat in seiner Einleitungsrede auf eine Aeußerung hingewiesen, die Mac Kenna im Jahre 1922 getan hat und die damals in Deutschland Widerspruch hervorrief.

Mac Kenna behauptete, die Summe der aus Deutschland geflüchteten Kapitalien belaufe sich auf etwa eine Milliarde Dollars, — das wären reichlich vier Milliarden Goldmark. Demgegenüber lauten deutsche Schätzungen auf nicht viel mehr als einige hundert Millionen Goldmark.

Das Problem der Zurückführung der deutschen Fluchtkapitalien in die Heimat liegt für jeden anständigen Deutschen vollkommen klar. Wer aus Furcht d. Schicksal d. im Kriege unterlegenen deutschen Volkes auch mit seinem Vermögen zu teilen, sein Geld ins Ausland verschoben hat, hat Vaterlandsverrat verübt und hat keinen Anspruch auf Schonung.

Ueber die Methoden, wie diese Kapitalien verschoben wurden, haben sich der Schweizer Leo Wulfsohn und der Franzose Gabriele Wernle in einem Büchlein verbreitet, das den Titel trägt: „L'Evasion des Capitaux Allemands" (Die Flucht der deutschen Kapitalien.). Hier werden u. a. zwei wichtige Arten geschildert, wie diese Verschiebung erfolgte. Deutsche Firmen hätten ihre Patente an ausländische Tochtergesellschaften billig verkauft u. alle Gewinne aus der Ausnutzung dieser Patente diesen ausländischen Tochtergesellschaften zugeleitet. Weiter haben deutsche Unternehmungen Kommissionsverträge mit ausländischen Firmen abgeschlossen und diesen Firmen die eigene Produktion billig verkauft, sodaß der große Nutzen beim Weiterverkauf den ausländischen Agenturunternehmungen, deren Majorität in den deutschen Händen lag, zufloß; vielfach habe überhaupt nur eine einfache „Zwischenfakturierung" stattgefunden. Es unterliegt keinem Zweifel daß — neben anderen — auch diese Methoden für die Verschiebung deutscher Kapitalien nach dem Auslande angewandt worden sind. Ein unbefangener Leser gewinnt jedoch den Eindruck (und soll ihn gewinnen), daß auf diese Weise ein sehr erheblicher Prozentsatz des deutschen Kapitals den öffentlichen Verpflichtungen des Reiches entronnen sei. Eine der größten amerikanischen Zeitungen, die „Newyork Times", widmet übrigens der genannten französischen Tendenzbroschüre die ganze erste Seite einer Sonntagsausgabe (vom 9. Dezember 1923) unter der Ueberschrift „Welch große Reichtümer aus Deutschland entronnen sind."

Der jetzt eröffnete zweite Sachverständigen-Ausschuß wird schwerlich ein vollständiges Verzeichnis der deutschen Fluchtkapitalien herbeibringen können. In Amerika selbst scheinen die Banken wenig geneigt, die Diskretion preiszugeben, die sie ihren Kunden gegenüber zu wahren gewöhnt sind. Vom deutschen Standpunkt aus können wir den Arbeiten des zweiten Ausschusses mit Ruhe entgegensehen. Es ist zu bemerken, daß in der gegenwärtigen Zeit der Kapitalknappheit zweifellos manche ausländischen Guthaben deutscher Unternehmer nach Deutschland zurückgezogen worden sind damit die Betriebe weitergeführt werden können. Ganz allgemein ist zu sagen, daß sich Kapital in einem Lande nur halten läßt, wenn die nutzbringende Betätigung geboten wird. Die Heilung unserer Finanzen und unserer Wirtschaft ist das beste Mittel, um weiterer Kapitalflucht vorzubeugen und die geflohenen Gelder in die Heimat zurückzuleiten.

Jaspar bei Poincaré

Paris, 28. Jan. Der belgische Minister des Aeußern, Jaspar, der erst vor acht Tagen hier weilte, ist gestern mittag um 1 Uhr unerwartet in Begleitung seines Kabinettchefs Datignon in Paris eingetroffen. Er hat sich nach kurzem Verweilen auf der belgischen Botschaft zu Poincare begeben, Zwischen den beiden Staatsmännern entspann sich eine zweistündige Unterredung, der man in politischen Kreisen hohe Bedeutung beimißt. Wir glauben zu wissen, daß im Verlaufe der Unterhaltung sowohl das Reparations- wie das Pfänderproblem wie auch die Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse durchgesprochen wurde, ferner auch die belgischen Sachverständigenarbeiten, zu denen der belgische Außenminister neue Belege lieferte. Schließlich haben nach Ansicht politisch unterrichteter Persönlichkeiten Poincare und Jaspar — und das dürfte den Hauptgegenstand ihres Gespräches gebildet haben — Ansichten über die neue politische Lage zumal mit Hinblick auf den politischen Umschwung in England ausgetauscht.

Abends hat Jaspar bei Poincare getafelt und Dr. Benesch bei dieser Gelegenheit gesehen. Dem Empfang sollte auch der Pariser belgische Gesandte sowie die belgischen Delegierten an der Reparationskommission beiwohnen, mit denen Jaspar am Nachmittag gleichfalls eine Aussprache gehabt hat. Jaspar fährt heute nach Brüssel zurück.

Paris, 28. Jan. Die Zusammenkunft Poincares mit Jaspar wird mit allerhand geheimnisvollen Andeutungen umgeben. Fest steht, daß Jaspar auf besonderen Wunsch Poincares nach Paris gekommen ist. Die Aussprache soll für eine Reihe politischer Fragen von entscheidender Wichtigkeit gewesen sein. Frankreich und Belgien haben nämlich nach Londoner Meldungen von Macdonald Aufschlüsse über die Wünsche der neuen englischen Regierung erbeten. Mit einschneidenden Veränderungen in grundlegenden Maßnahmen auf der Grundlage der neuen Macdonaldschen aktiven Politik dürfte in den nächsten 14 Tagen zu rechnen sein. Zwischen Poincare und Jaspar soll es zu einem Abkommen über die Frage gekommen sein, ob Frankreich und Belgien die Initiative zu einer allgemeinen interalliierten Aussprache ergreifen sollen, zumal über die Frage der autonomen Rheinpfalz. Danach haben sich beide Länder verpflichtet, auf die Ratifikation der von der provisorischen Regierung ergangenen Verfügungen zu verzichten. Dagegen sollen die seit dem 10. Dezember ausgewiesenen Beamten nicht zurückgerufen werden.

•

Die Sachverständigen-Verhandlungen

Paris, 27. Jan. Das Sachverständigenkomitee Dawes hat heute vormittag die Besprechungen mit den Eisenbahnsachverständigen le Berre und Acworth abgeschlossen und sie beauftragt, gemeinsam einen zusammenfassenden Bericht über die erörterten Fragen vorzulegen und dafür etwa zehn Tage vorgesehen. Die Eisenbahnsachverständigen werden also in der ersten Februarwoche und zwar in Berlin aufs neue zu den Arbeiten des Komitees Dawes zugezogen werden. Dieses wird Montag vormittag, vielleicht sogar auch am nachmittag, noch einmal in Paris zusammentreten. Davas zufolge wird es sich in Berlin 10—14 Tage aufhalten.

•

Das französisch-tschechoslowakische Bündnis

Prag, 26. Jan. Der Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei ist heute veröffentlicht worden. Darin verpflichten sich die Parteien, sich über auswärtige Fragen ins Einvernehmen zu setzen, die imstande wären, ihre Sicherheit zu bedrohen, und die der durch die Friedensverträge, deren Unterzeichner sowohl die eine wie die andere Regierung ist, festgesetzten Ordnung zum Schaden wären. Die Vertragsparteien werden über die geeigneten Maßnahmen zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen, falls diese bedroht wären, übereinkommen. Die Vertragsparteien bestätigen, daß sie vollkommen eins sind über die absolute Notwendigkeit, im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens einen gemeinsamen Standpunkt zu einem etwa möglichen Versuch, die Hohenzollerndynastie in Deutschland wieder herzustellen, einzunehmen und verpflichten sich, über die Maßnahmen übereinzukommen, die in diesem Falle getroffen werden müssen.

Das italienisch-südslawische Bündnis

Zu dem italo-jugoslav. Vertrag.

Rom, 27. Jan. Die heute unterzeichneten Verträge zwischen Italien und Jugoslawien sind ein Freundschaftsvertrag und eine Uebereinkunft über Fiume. Morgen wird das Zusatzabkommen zu der Uebereinkunft über Fiume unterzeichnet.

Belgrad, 27. Jan. Heute nachmittag ist in Rom im Siegessaal des Palazzo Chigi der Vertrag über Fiume und ein Vertrag politischen Charakters zwischen Italien und Südslawien unterzeichnet worden. Die notwendigen nachträglichen Arbeiten zu diesen Verträgen werden im Laufe des morgigen Tages beendet sein und ihre Ergebnisse sodann gleichfalls unterzeichnet werden, so daß alle Protokolle am Dienstag veröffentlicht werden können.

Die Aufteilung des Fiumer Gebiets erfolgt entsprechend den bereits bekannt gegebenen Grenzen. Bezüglich des politischen Vertrages heißt es in unterrichteten Kreisen, daß sich auf Grund der Bestimmungen der Friedensverträge von Saint Germain und Trianon beide Staaten zur Neutralität verpflichten, falls einer von ihnen ohne sein Verschulden in einen Krieg verwickelt werden sollte. Eine weitere Bestimmung besagt, daß bei einem gemeinsamen Ueberfall durch eine dritte Macht der nicht betroffene Vertragsteil dem anderen Staat politische und diplomatische Hilfe leistet. Schließlich wird noch vereinbart, daß Italien und Jugoslawien bei allen diplomatischen Aktionen, welche gleichgerichtete Interessen vertreten, ein Einvernehmen herstellen sollen.

•

Zu den Wahlen im Saargebiet

Stadt Neunkirchen: Zentrum 3250, Mehrheitssozialisten 2900, Deutschsaarländische Volkspartei 2900, Kommunistische Partei 2900, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 360, Deutschnationale Volkspartei 35, Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft 1127.

Stadt Völklingen: Zentrum 1849, Mehrheitssozialisten 1318, Deutschsaarländische Volkspartei 1521, Kommunistische Partei 1528, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 101, Deutschnationale Volkspartei 63, Hausbesitz und Landwirtschaft 330.

Stadt Merzig: Zentrum 6314, Mehrheitssozialisten 1294, Deutschsaarländische Volkspartei 558, Kommunistische Partei 789, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 164, Deutschnationale Volkspartei 40, Hausbesitz und Landwirtschaft 339.

St. Wendel: Zentrum 5633, Mehrheitssozialisten 1419, Deutschsaarländische Volkspartei 295, Kommunistische Partei 798, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 357, Deutschnationale Volkspartei 57, Hausbesitzer und Landwirtschaft 399.

Kreis Saarlouis: Zentrum 20 237, Mehrheitssozialisten 5128, Deutschsaarländische Volkspartei 2281, Kommunistische Partei 8112, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 1211, Deutschnationale Volkspartei 77, Hausbesitz und Landwirtschaft 665.

Kreis Ottweiler: Zentrum 19 520, Mehrheitssozialisten 10 185, Deutschsaarländische Volkspartei 4930, Kommunistische Partei 7193, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 1394, Deutschnationale Volkspartei 165, Hausbesitz und Landwirtschaft 2500.

•

Zur Bestattung Lenins

Moskau, 26. Jan. Heute nachmittag zwei Uhr, zur Zeit der Bestattung Lenins, wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion Gewehrsalven abgeschossen. Alle Fabriken und Betriebe salutierten mit Sirenen, die Eisenbahnen standen fünf Minuten still, ebenso der Telegraph, die Radiostationen unterbrachen die Arbeit fünf Minuten und gaben überall hin die Worte wieder: „Lenin ist tot, aber sein Werk wird ewig leben". Das drahtlose Telephon spielte den Trauermarsch. Die Zahl derer, die an dem Sarge vorüberzogen, betrug über eine Million. Der deutsche Botschafter, Graf Brockdorff-Rantzau, hatte namens der bei der Sowjetregierung beglaubigten Regierungen einen Kranz auf dem Sarg niedergelegt.

Moskau, 25. Jan. Lenin wird auf dem Roten Platz beigesetzt und zwar in einem provisorischen Holzmausoleum, das die Form einer Pyramide haben wird. Es ist beschlossen worden, die Beisetzung auf Sonntag zu verschieben, um wenigstens einem Teil der sich auf dem Wege nach Moskau befindlichen Delegationen der ausländischen Arbeiterorganisationen und den Tausenden von Bauern aus der Provinz die Möglichkeit zu geben, von Lenin Abschied zu nehmen. Im Gewerkschaftshaus, wo Lenin aufgebahrt ist, defilierten Tag und Nacht unübersehbare Reihen Moskauer Bürger und Leidtragende aus der Sowjetunion an der Bahre vorüber. Vor dem offenen Sarge halten die nächsten Freunde und Schüler Lenins und die ältesten Mitglieder der kommunistischen Partei Ehrenwache.

Preußischer Landtag

Berlin, 26. Jan.

Die Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge wird fortgesetzt.

Minister für Volkswohlfahrt, Hirtsiefer, erklärt, daß in der letzten Woche die Zahl der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter nicht unerheblich zurückgegangen sei; im unbesetzten Gebiet um 20 000 bezw. 46 000, im besetzten Gebiet um 60- bezw. 25 000. Das sei immerhin ein Rückgang der Voll-Erwerbslosen und Kurzarbeiter um 80 000 bezw. 70 000 und daher ein erfreuliches Zeichen. Besserungen im Erwerbslosenproblem bieten besonders auf finanziellem Gebiet ganz außerordentliche Schwierigkeiten, aber wir hoffen, diese Schwierigkeiten Herr zu werden. Auch wir wissen, daß die Erwerbslosenrenten jetzt niedrig sind, wir sind aber bei ihrer Festsetzung nicht gehört worden. Wir sind im Verein mit den übrigen Ländern dauernd bemüht, um die Herbeiführung einer Erhöhung, soweit sie sich irgendwie mit den Reichs- und Staatsfinanzen vereinbaren läßt. Die preußische Wohnungs- und Mietspolitik hat sich bewährt und sich als die einzig richtige bewiesen. Sie wird auch von der Mehrheit dieses Hauses gebilligt. Im Interesse des Volksganzen werden wir diese Politik ruhig und konsequent fortsetzen und keinen überstürzten Maßnahmen zustimmen, wenn wir auch jederzeit vernünftigen und berechtigten Ansprüchen Rechnung tragen werden. Bei einer Aenderung des Prinzips unserer Wohnungspolitik würden Tausende unter die Räder kommen, darum können wir vorläufig von diesem Prinzip nicht abgehen. (Lebhafter Beifall links und der Mitte.)

Damit schließt die Aussprache.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.) beantragt in seinem Schlußwort, den Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen.

Der Antrag geht an den Hauptausschuß.

Es folgt die Beratung der deutschnationalen Anfrage über das Abkommen der V. S. P. D. mit der Sozialdemokratie Dänemarks, betr. die endgültige Anerkennung der jetzigen dänischen Grenze.

Abg. Dr. Wilberg (Dtn.) begründet die Anfrage und betont, die neue dänische Grenze sei infolge des Versailler Vertrags zu Unrecht festgesetzt worden.. Vom preußischen Ministerpräsidenten verlangt der Redner eine baldige Erklärung der Mißbilligung des sozialdemokratischen Vorgehens.

Ministerialrat Dr. Nathenau erklärt: Die Stellungnahme der Regierung wird durch das Abkommen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie in keiner Weise beeinflußt.

Auf Antrag des Abg Kilberg (Dnt.) wird die Herbeirufung des preußischen Ministerpräsidenten beschlossen und die Aussprache bis dahin ausgesetzt.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Dr. v. Campe (D. Vp.), daß Paragr. 8 Abs. 2 des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltung vom 3. Juni 1921 aufgehoben wird. Abg. Dr. v. Campe betont: Das Gesetz müsse geändert werden, um den Zustand zu beseitigen, daß die preußischen Stimmen im Reichsrat einander aufheben können. So habe im Widerspruch mit der Stellung der anderen Vertreter Preußens der Vertreter des Rheinlandes gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, und das sei ein unhaltbarer Zustand.

Abg. Dr. Oppenhoff (Zentr.) hält den Antrag Campe für geeignet, besonders auch im besetzten Gebiet lebhafte Bedenken zu erregen.

Wir machen unsere verehrten Leser auf den in der heutigen Nummer beginnenden Roman

„Die Herweghs"
von Ludwig Dill

aufmerksam.

Der Antrag v. Campe wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Inzwischen ist Ministerpräsident Braun erschienen. Das Haus tritt in die Besprechung der Anfrage der Deutschnationalen betr. die dänische Grenze ein.

Ministerpräsident Braun erklärt: Ich bin durch Beschluß des Hauses hierher zitiert und dadurch an der weiteren Teilnahme an einer wichtigen Beratung des Reichskabinetts über die Rhein- und Ruhrfrage verhindert worden. Die zur Besprechung stehende Anfrage ist dem zuständigen Minister überwiesen und von diesem Kommissar beantwortet worden. Ich habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen. (Große Unruhe rechts.)

Ein Antrag des Abg. Milberg (Dtn.), nunmehr die Besprechung bis Mittwoch zu vertagen, findet den Widerspruch der Sozialdemokraten. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die Besprechung zu vertagen, zuvor aber noch einen Vertreter der Sozialdemokraten zu hören.

Abg. Bartels (Soz.) erklärt, daß man der dänischen Sozialdemokratie vorwerfe, daß sie den deutschen Interessen in die Hände gearbeitet hätte. Auch heute noch bekämpften die Sozialdemokraten die Art der Abstimmung. Von einer „vereinbarten" Grenze könne allerdings keine Rede sein.

Die Besprechung wird sodann vertagt.

Das Haus erledigt noch eine Reihe von Eingabeberichten des Rechtsausschusses und vertagt sich dann auf Dienstag, 1 Uhr.

Zur Goldnotenbank.

Paris, 26. Jan. Wolff. Zu den Besprechungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Paris schreibt die „Ere Nouvelle", Dr. Schacht habe eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten gehabt, die, wie verlautet, nicht ohne Interesse gewesen sei. Das Blatt vertritt die Auffassung, daß die Beteiligung des Privatkapitals an der geplanten Goldnotenbank die vorherige Aufhebung der Generalhypothek aus dem Versailler Vertrag und die Räumung der besetzten Gebiete an Deutschland erfordere. Schacht sei so geschickt gewesen, die Frage nicht in dieser brutalen Form aufzuwerfen. Aber es genüge, seinen Plan Zeile für Zeile zu verfolgen, um sich darüber klar zu werden, daß seine Durchführung nur bei völliger Aenderung der französischen Reparationsthese möglich sei. Poincare scheine aber noch nicht geneigt, diese Aenderung vorzunehmen, obwohl er in dieser Beziehung eine Wandlung durchgemacht habe. Vor einem Jahre, glaubt die „Ere Nouvelle", hätte er, wenn ihm das System Schacht bekannt geworden wäre, es von vornherein abgelehnt, sich damit zu beschäftigen. Vorgestern habe er das System Schacht erörtert. Die meisten Sachverständigen des Hotels Maria seien bereits für den Plan gewonnen. Namentlich habe der Reichsbankpräsident bei General Dawes einen tiefen Eindruck gemacht. Die „Ere Nouvelle" glaubt, daß Deutschland im Begriffe sei, außerhalb des besetzten Ruhrgebietes den ganzen Mechanismus, der ihm durch diese Besetzung entgangen sei, Stück für Stück wieder aufzubauen. In einiger Zeit würden vielleicht als Ersatz für das Ruhrgebiet eine Reihe von Organen arbeitsfähig werden, sodaß Deutschland nur noch in geringem Maße das Gewicht der Besetzung verspüren werde, und eines schönen Tages hätte Frankreich eine leere Schale in der fest zusammengeballten Hand. Die Stunde sei gekommen, nicht das Ruhrgebiet zu räumen, aber zu verhandeln. Am 15. April ließen die Verträge mit der Micum ab und in elf Monaten würden, was weit ernster sei, die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinfällig, die der elsässischen Ausfuhr den deutschen Markt offengehalten hätten. Die Goldnotenbank werde mit oder ohne Frankreich zustandekommen und ohne Frankreich bedeute in diesen Dingen gegen Frankreich.

Politische Nachrichten

Deutschland

Ein Devisen-Sammelgesetz

Das Reichswirtschaftsministerium hat, wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, einen Entwurf ausgearbeitet, der eine Zusammenfassung sämtlicher 30 jetzt bestehender Devisengesetze und Verordnungen in einem einzigen Sammelgesetz beabsichtigt. Das Ministerium hat die Beratungen mit den Wirtschaftskreisen aufgenommen, um bei diesem Gesetz bestimmte Anordnungen, die sich als untunlich erwiesen, auszumerzen oder durch andere zu ergänzen.

Die Besatzungskosten.

Berlin, 26. Jan. Im preußischen Staatsministerium fand gestern vormittag eine Aussprache zwischen Vertretern der Regierung und den Führern der politischen Parteien des besetzten Rheinlandes statt. In den Bereich der Besprechungen wurde auch die Frage der Besatzungskosten einbezogen. Die Vertreter der preußischen Regierung vertraten hierbei den Standpunkt, daß die Besatzungskosten unmöglich auf die besetzten Gebiete abgewälzt werden könnten, daß es vielmehr Sache der Reichsregierung sei, Mittel und Wege zu finden, um ihrerseits eine Regelung dieser wichtigen Frage herbeizuführen.

Alle deutschen Kriegsgefangenen zurück.

Berlin, 26. Jan. Eine Tageszeitung bringt erneut die Meldung, daß noch zahlreiche deutsche Kriegsgefangene in den Vereinigten Staaten zurückgehalten werden. Diese Nachricht ist unrichtig. Es befinden sich in den Vereinigten Staaten keine deutschen Kriegsgefangenen mehr. Vielleicht bezieht sich die von der betreffenden Zeitung in Newyork eingeholte Information auf amerikanische Staatsangehörige deutscher Abstammung, die wegen Verweigerung von Kriegsdiensten und Propaganda gegen den Krieg oder dergleichen verurteilt wurden. Nach den Feststellungen der Reichsregierung gibt es überhaupt keine deutschen Kriegsgefangenen mehr, die noch zwangsweise im Auslande zurückgehalten werden. Die einzige Ausnahme bildet der bekannte Fall des Kriegsgefangenen Otto Hoppe, der während seiner Kriegsgefangenenschaft in Frankreich einen Doppelmord beging und deswegen zum Tode verurteilt worden ist, welches Todesurteil nach Kriegsende zu lebenslänglicher Zwangsarbeit umgewandelt wurde.

Kommunistische Versammlung ausgehoben.

Hamburg, 27. Jan. Nach Mitteilungen der staatlichen Pressestelle wurde von der Polizei in Hummelsbüttel eine Versammlung kommunistischer Delegierter aus Nordwestdeutschland, Berlin und Leipzig aufgehoben. Die 55 Teilnehmer an der Versammlung wurden verhaftet. In ihrem Besitz wurde reichhaltiges Material über die Pläne ihrer Organisation gefunden. Die Vernehmung der Festgenommenen dauert noch an.

Strafen auf Preistreiberei.

Berlin, 26. Jan. Der preußische Justizminister hat eine Verfügung über die Behandlung der Preistreiberei-Strafsachen herausgegeben, aus der der amtliche Preußische Pressedienst u. a. mitteilt: Als Marktpreis kommen vor allem die unter amtlicher Mitwirkung bekanntgemachten Börsen- und Marktpreise in Betracht, ferner die Notierungen durch sogenannte Notierungskommissionen. Die in den Preisen enthaltenen Fabrikations- und Handelszuschläge in einer das Friedensmaß erreichenden oder gar übersteigenden Höhe zu bemessen, kann nicht gebilligt werden. Der sogenannte Leistungswucher ist ebenfalls unter Strafe gestellt. Die Vorschriften über den Leistungswucher finden auch auf wissenschaftliche Leistungen der freien Berufe beispielsweise Aerzte, Rechtsanwälte und Patentanwälte Anwendung. Von der Möglichkeit, den Verurteilten im Urteil den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu untersagen, unter gewissen Voraussetzungen auch die Schließung von Geschäftsräumen anzuordnen, soll Gebrauch gemacht werden in allen Fällen, in denen sie nach der Schwere der Straftat und den Umständen des Falles am Platze erscheint.

Meldefrist zur 2. Lehrerprüfung.

Berlin, 26. Jan. Die Meldefrist zur zweiten Lehrerprüfung ist, dem amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, für das laufende Jahr auf den 15. Februar und 15. August festgesetzt worden.

Wiederaufbau der Wohnungswirtschaft.

Berlin, 26. Jan. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat einen Antrag angenommen, der den durch die dritte Steuernotverordnung ev. fließenden Mietzins zu einem erheblichen Teile zum Wiederaufbau der Wohnungswirtschaft verwenden will. Auch ein Antrag, welcher die Reichsregierung ersucht, die dritte Steuernotverordnung vor ihrer Bekanntgabe dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorzulegen, wird angenommen.

Aufhebung der Zwangsmiete.

Der preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer hielt in Berlin eine stark besuchte Tagung ab, an der Vertreter des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, des Magistrats von Berlin und der bürgerlichen Parteien des Landtages teilnahmen. Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden, Landtagsabgeordneten Ladendorff, wurde eine Entschließung angenommen, die sich für die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Wohnungspolitik ausspricht.

Aus dem besetzten Gebiet

Zum Handel mit dem Franken.

Paris, 26. Jan. Die Rheinlandkommission hat durch Verordnung die Erhebung deutscher Steuern in belgischen und französischen Franken verboten. Desgleichen ist den deutschen Finanzämtern verboten worden, die Begleichung der Steuern in französischen Franken zu verlangen. Eine zweite Verordnung untersagt gleichzeitig jede Ausfuhr belgischer und französischer Banknoten aus dem besetzten nach dem unbesetzten Gebiet. Diejenigen Noten, die an der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet etwa beschlagnahmt werden, sollen in die Pfänderkasse abgeführt werden, und den belgischen und französischen Staatskassen anheimfallen.

Frankreich

Zur Kammerdebatte.

Paris, 26. Jan. (Wolff.) Die Diskussion über die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Frankensturzes wird fortgesetzt. Nach einer unwesentlichen Rede des reaktionären Abgeordneten Lacotte ergreift der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission Louis Dubois das Wort, um namens der demokratisch-republikanischen Entente (Araggogruppe) eine Erklärung zu verlesen. In dieser Erklärung wird festgestellt, daß die augenblickliche Krisis des Franken unzweifelhaft durch das Versagen Deutschlands bei der Bezahlung seiner Schulden zurückzuführen ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien also Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse erfolgen Frankreich und Belgien hätten im Ruhrgebiet kostbare Pfänder beschlagnahmt. Im Augenblick sei aber der patriotische Beistand Aller erforderlich, um die von der Regierung verlangten Opfer zu bringen, deren Höhe allerdings so bald als möglich durch Sparmaßnahmen herringert werden müsse. Die Erklärung erinnert schließlich daran, daß, um die Währungskrise zu überwinden, das feierliche Versprechen durchgeführt werden müsse, auf keines der Rechte zu verzichten, die Frankreich aus dem Friedensvertrag herleiten könne. Würde man das tun, so wäre Deutschland in der Lage, Frankreich und England wirtschaftlich zu erdrücken um den Revanchekrieg vorzubereiten. Es sei also eine wesentliche Sicherheitsbedingung für Frankreich und die gesamte Welt, von Deutschland die Erfüllung der von ihm eingegangenen Verpflichtungen zu erlangen. — „Der nächste Redner ist der sozialistische Abgeordnete Auriol, der die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen kritisiert. Er vertritt in seiner Rede den Standpunkt, daß für die mehr oder minder große Stabilität der Währung weit weniger der Zustand des Budgets als vielmehr der nationale Kredit im Auslande maßgebend sei, auf den wieder die Außenpolitik von größtem Einfluß sei. So spiegele sich in der Kursbewegung des Franken nicht so sehr die Lage der französischen Finanzen als vielmehr die Meinung des Auslandes von den Möglichkeiten einer Lösung der Reparationsfrage. Als der Redner auf die Praxis der französischen Exporteure hinweist, die ihre Forderungen in Devisen nur zum Teil der französischen Wirtschaft zuführen, den Rest aber zur Anlegung von Auslandsguthaben verwenden, beruft sich der Ministerpräsident auf die Aeußerung eines Mitgliedes der Sachverständigenkomitees, es gebe gegen dies Verfahren keine Abhilfe es sei denn die Stabilisierung der Währung. Gewinde diese Stabilisierung, die die Sachverständigen — davon sei er überzeugt — Deutschland aufzwingen würden, gedenke die Regierung mit den vorliegenden Entwürfen aus eigener Initiative zu erreichen. — Die Sitzung wird um 11,45 Uhr auf heute nachmittag vertagt. Der Abgeordnete Auriol wird seine Ausführungen fortsetzen.

Paris, 27. Jan. Gustave Herve, der Vertrauensmann des Elysees, schreibt: Das Ministerium, das in den letzten Wochen sehr krank war, hat sich endlich gestern der Mehrheit wieder genähert und damit eine neue Vitalität gefunden. Man muß sich über dieses Wiederfinden unseres Ministerpräsidenten in letzter Stunde freuen; ein längeres Mißverständnis zwischen ihm und der Mehrheit hätte das Land in eine unentwirrbare Lage gebracht.

Die Stellung Poincares in der Kammer.

Paris, 27. Jan. Der gestrigen Rede Poincares, durch die es möglich geworden, etwa dreißig für die Generaldebatte angemeldeten Rednern das Wort abzuschneiden, wird sowohl von der Presse des nationalen Blocks als auch von der linksstehenden Presse insofern große Bedeutung beigelegt, als darin eine Annäherung des Ministerpräsidenten an den nationalen Block erblickt wird. Zwar gibt man zu, daß noch eine zweite große Schlacht von Poincare dadurch gewonnen werden muß, daß er unzählige Gegenanträge gegen seine Steuerpläne abschlagen muß, aber immerhin ist von Bedeutung, daß das führende Organ des Linksblocks, L'euvre, erklärt:

„Poincare gab sich keine große Mühe, seine neuen Steuern zu rechtfertigen, er übernahm der Mehrheit der Kammer gegenüber die formelle Verpflichtung, sie wieder wählen zu lassen. Das war der eigentliche Inhalt seiner gestrigen Rede. Wie hatten die Anhänger von Arago einem derartigen, seit langem erflehten Versprechen widerstehen können? Aber diese rein politische Beweisführung hielt offenbar Poincare selbst für unbefriedigend. Die Unzufriedenheit mit sich selbst erklärte zweifellos auch seine an den Tag gelegte unberechtigte Reizbarkeit gegenüber der Linken."

Das Journee d'Industrielle spricht angesichts der Rede davon, daß sich das Ministerium wiederfand. Poincare zeigte, daß sich keine Mehrheiten bilden könnten für Ruhe und für fiskalische Opferwilligkeit, da beide solidarisch seien sowohl was die Vorteile als was die Gefahren anbetreffe.

Auch das Echo National deutet die gestrige Rede Poincares im gleichen Sinne. Tardieu schreibt: Poincare sagte, ich bringe dem Lande zur Kenntnis, daß die, welche die Steuern annehmen, die einzigen Freunde der Regierung sind. Es fragt sich nur, fügt Tardieu etwas zweifelnd hinzu, ob diese Aufforderung der Abgeordneten nicht mehr Unheil als Vorteil bringen wird.

Die Herweghs

Roman von Liesbet Dill.

„Und werdet die Wahrheit erkennen,
und die Wahrheit wird Euch frei machen."

Im allgemeinen kümmerte sich Ernst v. Herpegh nicht darum, was in der Mainzer Straße vorging. Er hatte es immer so eilig, wenn er des Morgens, die Mappe unterm Arm, die Handschuh zuknöpfend, auf das Büro des Justizrats Ehrlich lief, und des Abends mußte er sich erst recht eilen, um noch ein paar Arbeitsstunden für sich zu erübrigen, denn er bereitete sich auf den Assessor vor. Heute war es besonders spät geworden. Sein Freund Salzenberg in der Badhausgasse hatte neue Noten bekommen und er hatte noch rasch im Kursaal den Schluß der Don-Juan-Sinfoni angehört. Als er in die neblige Straße einbog, brannten die Laternen, dicker Rheinnebel kroch zwischen den entlaubten Kastanien und in dem letzten Eckhause strahlten die Fenster hell in die Nacht hinaus, dort wurde Klavier gespielt, wie jeden Abend, und auf dem Bahnhof schickte sich eben die Lokomotive mit einem langen Pfeifen an, ihre Fahrt nach dem Taunus anzutreten.

Unwillkürlich verlangsamte er seine Schritte bei dem Klang des Klaviers und blieb unter den erleuchteten Fenstern stehen, um zu lauschen.

Sieh, nun schweigen die Wellen des Meeres,
nun schweigen die Winde,
Aber es schweiget mir nie im inneren Busen
der Kummer,
Sondern um jenen vergeb' ich in Glut . . ."

Es war das Erotikon von Jensen, er erkannte es sofort. Unter hunderten hätte er „ihren" Anschlag herausgehört, diese perlende Geläufigkeit, die Verve und das Temperament ihres Vortrags und ihre maßvolle Klarheit, mit der die Begleitung die Melodie trug.

„Seitdem ich dich sah, werd' ich der Liebe nimmer los . . . Kassandra . . . ," Er achtete nicht darauf, daß ihm der Nebel den Mantel durchfeuchtete, die Noten an sich gepreßt, wartete er bis der letzte Ton verklang.

Dann schritt er rasch quer über die Straße auf das letzte Haus zu, dessen Haustor weit offen stand.

Die Herweghsche Haustüre stand immer offen. Sie hatte das so an sich. Und es nutzte auch nichts, daß die Generalin, die im ersten Stock auf Ordnung hielt, sie hinter den Hinausgehenden wieder zuschloß, und die Hausbesitzerin, Fräulein Schmidt, im zweiten Stock, sechs Hausschlüssel hatte machen lassen. Sie waren ja doch immer verlegt oder verloren. Da die Wohnungstüre gleichfalls offen stand, versetzte der mit Mappe und Noten bepackte Referendar dieser gastlichen Pforte einfach einen Fußtritt. Er legte die Sachen in der engen Diele ab, und da der Kleiderständer mit Mänteln, Schirmen und Hüten bereits überfüllt war, stülpte er einer lächelnden Flora aus Gips seinen Filzhut über und betrat das Wohnzimmer.

Es war leer.

Die Lampe strahlte über einem halb abgeräumten Eßtisch, und niemand kam, ihn zu begrüßen, als der Teerier, der von dem Sofa auf ihn zusprang.

Er schellte Sturm, denn er hatte Hunger. Daraufhin erschien Trina mit einem Teetablett, auf dem einige verdeckte Schüsseln standen. „Die Frau Major is in der Freischütz", erklärte sie, während sie dem warmen Kartoffelsalat noch einige in heißem Wasser schwimmende Wiener Würstchen hinzufügte u. der dicken braunen Teekanne die violette Bischofsmütze aufstülpte. Es war zwar heute nicht „ihr Tag", aber die Frau General hatte heruntergeschickt, sie habe das Nähmädchen und könne nicht ins Theater gehen, „und man will die Kurt' doch nit verderbe lasse."

„Und Fräulein Liane?"

„Die ist bei ihrer Fräfin, die hat heut ihren Jour. Es war einer vom Theater dort, Materdewsky oder so —", als Rheinländerin war es Trina unmöglich, einen Namen zu behalten. „Er deklamierte Jöthe."

„Und Herr Lutz?"

Der war schon seit sechs Uhr mit dem Hausschlüssel fort, er hatte Kommers und als „Erstschangierter oder wie dat hieß," die Arrangements zu treffen. Und der Kleine, setzte sie rasch hinzu, da sie auf Herrn Ernsts Stirn Wolken aufziehen sah, der war nur mal rasch zu einem Freund gegangen wegen dem lateinischen Extemporale . . . Damit entfernte sich Trina.

Ernst tafelte allein.

In diesem Zimmer, das mit schweren geschnitzten Eichen- und zierlichen Mahagonimöbeln vollgestellt war, waren zwei Einrichtungen zusammengekommen, die nicht zueinander paßten.

Der Salon nebenan war verschlossen und kalt, er wurde nur Sonntags geheizt, und das Balkonzimmer hatte sich Liane genommen, während Mama mit dem Jüngsten hinter der spanischen Wand in dem Hinterzimmer schlief. Lutz hatte ein schmales Gelaß neben dem Badezimmer, das für die seltenen Stunden, die er zu Hause zubrachte, genügte, und Ernst bewohnte droben in der Eisregion" eine Mansarde.

Ueber die Hängelampe hatte jemand in genialer Weise ein Stück kirschroter Seide drapiert, das einen Lampenschirm ergeben sollte, aber vorläufig mit Stecknadeln zusammengesteckt war. Der Kanarienvogel schlief bereits in einem schwebenden Käfig über dem Nähtisch, er tillierte Gott sei Dank nicht mehr, denn er hatte die Gewohnheit, nur dann seine Stimme zu erheben, wenn andere sprachen.

Auf dem offenen Klavier fuhren Noten herum, Kouplets und „Die Hochzeit von Trotteg", die einzige Frucht von Luty elfjährigem Klavierunterricht, und zwischen den Gedecken lagen verstreut die Blätter der Familie. Mamas Wiener Mode, ein illustriertes Sportblatt, Lianes „Revue hebdomadaire", ein Band „Teddys neunzehntes Abenteuer", mit einem Tintenfaß, auf dem ein Mann mit gespanntem Revolver über mondbeglänzte Dächer stieg, und Trinas „Ratgeber für christliche Jungfrauen", der als Unterlag für die Teekanne benutzt wurde. Auf dem Sofa lag der „Kurier". Ernst war etwas enttäuscht, daß er an seinem Geburtstag niemand von seiner Familie vorfand, die er den ganzen Tag noch kaum gesehen hatte. Am Samstag speiste man, Trinas wegen, in der Stadt in den „Drei Hasen", dem Stammlokal Fräulein Schmidts.

Man hatte ihn einfach vergessen.

Daß sich sein jüngster Bruder, der Tertianer, noch jetzt auf der Straße herumtrieb, ärgerte ihn, an das Extemporale glaubte er ebensowenig wie Trina, aber dieses „Produkt verfehlter Erziehung" hatte er aufgegeben.

Es war ein Nachkömmling, an dem irgendein Stabsarzt bei der Geburt einen Herzfehler entdeckt hatte, und er wurde von Mama verwöhnt. Es war überhaupt nichts zu machen. Weder bei Lutz noch Liane, und am wenigsten bei Mama.

Es hatte einmal eine Zeit gegeben, kurz nach dem Tod seines Vaters, der so jung, als Major, an den Folgen einer Blinddarmoperation gestorben war, da sich Ernst als Senior der Familie gefühlt und sich bemühte, eine etwas strassere Ordnung in diese Familie zu bringen. Aber seine erzieherischen Versuche hatten nur Auftritte unter den Geschwistern verursacht, und seine Mama liebte den häuslichen Frieden. Ihre Kinder sollten sich in Freiheit entwickeln.

Das Erziehen war ein undankbares Geschäft.

(Fortsetzung folgt.)

Regierung und Parteienmehrheit einig.

Paris, 27. Jan. Ueber die gestrigen Verhandlungen der französischen Kammer urteilt der Temps: Seit gestern ist die Frage, welche Stellung die Regierung zu den Parteien einnimmt, geklärt. Die Regierung und die Mehrheit sind einig vor dem Lande, die Sozialisten und Kommunisten treten gemeinsam an die Wahlurne.

Zur Politik der Kleinen Entente.

Paris, 27. Jan. Der Außenpolitiker des Petit Parisien sucht eine Verbindung zwischen dem französisch-tschechischen Allianzvertrag und der französisch-belgischen Entente herzustellen. Er schreibt: Wie man annehmen kann, habe sich Benesch nicht ohne Fühlungnahme mit den maßgebenden Stellen bemüht, der neuen Regierung in England klarzumachen, daß England ohne Beunruhigung und ohne Proteste das neue Abkommen hinnehmen könne. Es werde erst dann zu einem Friedensinstrument, wenn es der Wiederannäherung Frankreichs und Englands diene und zur Wiederaufrichtung der wahrhaften Entente Cordiale führe. Die neue Regierung, die in England zur Macht gelangte, habe sicher den Wunsch, sich mit Frankreich zu verständigen. Wenn sie da Erfolg erziele, wo die Regierungen anderer Parteien Schiffbruch erlitten, werde sie dem englischen Volke einen so großen Dienst leisten, daß sie mit einem Schlag das Höchstmaß an Bestand und Ansehen gewinnen werde. Wenn aber im Gegenteil im Laufe der nächsten Woche offenbar werde, daß die Arbeiterpartei unfähig sei, mit Frankreich zu verhandeln, oder daß Frankreich unfähig sei, sich mit ihr zu verständigen, dann werde ein endgültiger Bruch unvermeidlich. Dann würden in drei politischen Parteien Englands die mißtrauischen und feindseligen Elemente einen Block gegen Frankreich bilden. Wenn diese ungünstige Stunde schlagen sollte, dann hätte der deutsche Nationalismus sein Ziel erreicht. Wenn aber ein französisch-englisches Abkommen möglich sei, dann werde ganz Europa, wie es aus dem Versailler Vertrage hervorgegangen sei, befestigt und befriedet werden. Die einzige Kontinentalpolitik sei die, welche England wieder auf den Kontinent zurückführe. Diese Politik wolle Benesch betreiben, und, weil Frankreich sich mit seinem Lande verbunden habe, müsse diese Politik auch die Politik Frankreichs sein.

Ausfuhrverbot von Fellen und Leder.

Paris, 27. Jan. Durch ein im Journal Officiel veröffentlichtes Dekret des Handelsministers wird die Ausfuhr von Fellen und Leder aus Frankreich verboten.

Protest für Einfuhrverbot.

Madrid, 26. Jan. Zu dem französischen Einfuhrverbotsprojekt schreibt Imparcial, falls die französische Grenze für spanische Ausfuhr gesperrt würde, könne Spanien eine Sonderbegünstigung für die zahlreichen über 20 Prozent unter Zolltarif herabgesetzten Produkte nicht länger bewilligen.

Stellungnahme zu Rußland.

Paris, 26. Jan. (Wolff.) Senator de Monzie kündigt eine Interpellation an, in der er eine offizielle Enquete der französischen Regierung zwecks Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland verlangt.

England

Völkerbundspolitik Macdonalds.

London, 26. Jan. (Wolff.) Der Parlamentsberichterstatter der „Times" schreibt, die Hauptveränderung, für die Macdonald in der Zusammensetzung des Foreign Office eintrete, sei die stärkere Vertretung der Völkerbundanhänger. Er sei entschlossen, alles zu tun, was möglich sei, um die auswärtige Politik, die bisher verschieden gewesen zu sein scheine, je nachdem sie durch den Völkerbund oder durch die gewohnten diplomatischen Kanäle geführt wurde: einheitlich zu halten'. Es verlaute auch, daß ein weiterer Unterstaatssekretär ernannt wird, dessen Aufgabe es sein werde, die Völkerbundspolitik im Foreign Office zu vertreten. Ein weiterer Schritt werde wahrscheinlich die Annahme einer Klausel in das Protokoll des internationalen Gerichtshofes sein, die es für ein Land obligatorisch mache, zu schiedsgerichtlichen Entscheidungen zu greifen, wenn ein anderer Unterzeichner der Klausel sie anrufe. Augenblicklich hätten etwa 20 dem Völkerbund angehörende Nationen diese Klausel angenommen; unter ihnen befinde sich aber keine europäische Großmacht.

Laut „Westminster Gazette" hat das Arbeiterkabinett bereits beschlossen, die Sowjetregierung anzuerkennen, den Plan eines Dockbaues in Singapore aufzugeben und auf die Ausdehnung des Völkerbundes hinzuwirken. Die Regierung werde auch auf den Beitritt Rußlands und Deutschlands zum Völkerbund dringen, aber zuvor eine internationale Konferenz zur Abänderung des Versailler Vertrages und zur Herabsetzung der Reparationsforderungen vorschlagen. Der Berichterstatter betont jedoch, dies seien Fragen, die Zeit erforderten, bis sie in Erwägung der heiklen internationalen Lage an die Reihe kämen.

Italien

Zu den kommunalen Wahlen.

Rom, 26. Jan. Das Giornale Italia veröffentlicht einen Brief des Sekretärs der Vereinigten sozialdemokratischen Partei, in welchem es diese ablehnt, sich gemeinsam mit den Kommunisten am Wahlkampf zu beteiligen.

Rom, 26. Jan. Die Leitung der italienischen Volkspartei beschloß nach Erörterung der Lage in Bezug auf die Wahlen mit einer eigenen Liste an den Wahlen teilzunehmen. In einem gleichzeitig veröffentlichten Aufruf werden, nach einer Darlegung des Parteiprogramms, die Parteimitglieder aufgefordert, für den bevorstehenden Kampf die Reihen zu schließen.

Spanien

Handelsabkommen mit Belgien.

Paris, 27. Jan. Havas meldet aus Madrid, daß das Direktorium das Handelsabkommen mit Belgien billigte, das für ein Jahr abgeschlossen wurde.

Unterredung Mussolinis mit Paschitsch.

Rom, 26. Jan. Wie die Agenzia Stefani meldet, fand heute vormittag im Sitzungssaal des Palazzo Chigi eine längere Unterredung zwischen Mussolini und Paschitsch statt, die eine völlige Uebereinstimmung ergab.

Türkei

Die Verhandlungen über die Anatolische Eisenbahn.

Paris, 27. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel werden die Verhandlungen über die Anatolische Eisenbahnfrage, die von einer dreizehngliedrigen Kommission geführt werden, sich auf folgende Punkte beziehen: 1. Welche Pläne sollen für den Fall des Rückkaufs in Erwägung gezogen werden? 2. Welche Summen werden erforderlich sein, um das Eisenbahnnetz wieder instandzusetzen und rollendes Material zu beschaffen? 3. Welche wirtschaftlichen Gründe sprechen zugunsten des Rückkaufs bezw. der Ablehnung dieser Lösung?

•

Der Ministerpräsident in Aegypten.

Kairo, 27 Jan. Zaglul Pascha hat das Amt des Ministerpräsidenten angenommen.

Polen

Die neue Münzeinheit.

Warschau, 26. Jan. Eine Verordnung des Präsidenten der Republik schafft als polnische Münzeinheit den polnischen Gulden (Zloty), der 9/31 Feingold enthält und in hundert Groschen eingeteilt ist. Es sollen Goldmünzen zu hundert, fünfzig, zwanzig zehn und fünf Gulden, Nickelmünzen zu zwanzig und zehn Groschen, und Bronzemünzen zu 5, 3 und 1 Groschen zur Ausprägung gelangen. Das Recht zur Münzprägung hat nur der Staat. Der Finanzminister wird den Zeitpunkt festsetzen, wann die neue Münze in Umlauf gesetzt wird.

Verschiebung der Konferenz der baltischen Staaten.

Warschau, 25. Jan. Das Außenministerium teilt mit: Der finnische Außenminister Enckel ersuchte die polnische Regierung, die für den 3. Februar einberufene Konferenz der baltischen Staaten einige Tage zu verschieben, damit seine persönliche Teilnahme an der Konferenz ermöglicht werde. Das polnische Außenministerium wird sich mit den Regierungen der baltischen Staaten ins Einvernehmen setzen. Die Konferenz dürfte gemäß der Wünsche Enckels wahrscheinlich am 12. Februar beginnen.

Japan

Die Vermählung im Königshause Japans.

London, 27. Jan. (Wolff.) Reuter meldet aus Tokio: Heute wurde die Vermählung zwischen dem Kronprinzen Hirokito und der Prinzessin Nagako vollzogen.

Kleine Meldungen

Freisprechung von den Kerkhoff.

Nach einer Meldung der Montagspost aus Elberfeld wurde in dem Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten von den Kerkhoff wegen Steuerhinterziehung und Siegelbruch der Angeklagte freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß wegen eines Betrages von 33 000 Mark der Verdacht der Steuerhinterziehung bestehen bleibe. Bei der Entfernung der Siegel sei der Angeklagte ersichtlich im guten Glauben gewesen, wenn das Gericht auch aussprechen müsse, daß in dem Standpunkt, den der Angeklagte zusammen mit anderen Abgeordneten eingenommen eine gewisse Ueberheblichkeit zum Ausdruck komme.

Oberbürgermeister Schmachtenberg †.

Altona, 27. Jan. Nach zweimonatigem schweren Leiden ist Oberbürgermeister Schmachtenberg heute vormittag im 58. Lebensjahr gestorben.

1. Internationaler Schachkongreß Meran 1924.

Der 1. Internationale Schachkongreß (Beginn Anfang Februar) verspricht ein schachsensationelles Ereignis allerersten Ranges zu werden. Eine Reihe der namhaftesten Schachgrößen wie Bogoljubow, Euwe, Grünfeld, Rubinstein, Selesnieff, Spielmann und Dr. Tarrasch haben bereits ihre Beteiligung zugesichert. Auch das internationale Damen- und Haupttournier weist stärkste Besetzung auf. Die derzeitigen angenehmen Witterungsverhältnisse in Meran, sowie die ebenso ausgezeichnete wie billige Unterkunft Merans laden zu längerem Aufenthalt in dem Weltkurort ein.

Blühen der Falschmünzerei.

Wie die Blätter mitteilen, sind im Laufe des Januar in Berlin nicht weniger als 170 Personen wegen Herstellung und Verausgabung falscher Geldscheine festgenommen worden. 73 Personen wurden sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Bei einem der Verhafteten, einem Händler Kurt Binder, wurde eine Druckmaschine und 600 Bogen falscher preußischer Dollars beschlagnahmt.

Ein deutsches Hochzeitsgeschenk für den japanischen Kronprinzen.

Berlin, 26. Jan. Reichspräsident Ebert ließ durch den deutschen Botschafter in Tokio, Dr. Solf, dem japanischen Kronprinzen Hiro Hito zu seiner heute stattfindenden Vermählung Glück wünschen und als Hochzeitsgeschenk das fünfbändige Lichtenbergsche Dürerwerk überreichen. Der Kronprinz dankte dem Reichspräsidenten für seine Glückwünsche und sein Geschenk und versicherte telegraphisch, daß er sich stets glücklich schätzen werde, das Geschenk als sichtbaren Ausdruck der ihm entgegengebrachten Freundschaft zu besitzen.

Freren (Hannover), 23. Jan. Ein seltsames Wiedersehen gab es in einer hiesigen Bauernschaft. Ein großes englisches Flugzeug, in dem ein junges Brautpaar seine Hochzeitsreise machte, wurde wegen Motordefekts zu einer Notlandung gezwungen. Einem der vier Insassen des Flugzeuges war die Gegend nicht unbekannt. Er hatte nämlich hier während des Krieges zwei Jahre bei einem Landwirte als Gefangener gearbeitet. Für das gute Verhältnis, das ihn mit diesem verband, zeugte der Umstand, daß er sogleich sein altes Quartier aufsuchte. Dort gab es ein unerwartetes Wiedersehen, das beiderseits ein recht freudiges war.

Großfeuer bei Siemens u. Halske.

Berlin, 26. Jan. Heute früh brach in der Zweigstelle der Motorenfabrik von Siemens u. Halske in Mariendorf Großfeuer aus, das auf Kurzschluß zurückgeführt wird. Das Gebäude ist vollständig ausgebrannt. Die darin aufgestellten Maschinen sind vernichtet. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Ein Raubmörder verhaftet.

Moosburg, 26. Jan. Hier wurde gestern ein langgesuchter Raubmörder und Mordbrenner, der Schlosser Otto Kagerbauer, verhaftet. Der Verhaftete hat bisher eingestanden, in den Jahren 1920 bis 1923 mit Hilfe seines Bruders drei Raubmorde begangen zu haben. Sein Bruder befindet sich zurzeit unter dem Verdacht des Kindesmordes in Landshut in Untersuchungshaft.

Kesselexplosion in Oberschlesien.

Beuthen, 26. Jan. Oberschlesischen Blättern zufolge ereignete sich auf der Lithandgrube bei Antonienhütte eine Kesselexplosion, wobei ein Maschinenaufseher und ein Arbeiter schwer verletzt wurden.

Vermählung des Herzogs Eugen von Württemberg.

Koburg, 26. Jan. Am 24. Januar fand in der Stadtpfarrkirche in Mergentheim die Vermählung der Prinzessin Nadeida von Bulgarien, der jüngsten Tochter des früheren Königs Ferdinand von Bulgarien mit Herzog Albrecht Eugen von Württemberg statt. Den kirchlichen Trauakt vollzog der Bischof von Rottenburg, von Keppler.

Räuberbande verhaftet.

Düsseldorf, 25. Jan. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, im Zusammenhang mit den Unruhen in der letzten Zeit, eine siebenköpfige Einbrecherbande zu verhaften, der Totschlag, Bedrohung, Raubüberfälle, Entwaffnung von Polizeibeamten usw. zur Last gelegt werden.

Ein herzloser Vater.

Bernburg, 24. Jan. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Landwirt Fischmann, der einen seiner Söhne erschlagen und in die Saale geworfen hatte, zum Tode und seinen jüngsten Sohn wegen Beihilfe zu zwei Jahren Gefängnis.

Aus Stadt und Land

Vom Imme, 26. Jan. Die Bienen scheinen die wochenlange Kälte gut überstanden zu haben. Im allgemeinen tut ihnen auch der Frost wenig Schaden, erst recht nicht, wenn der Imker frühzeitig seine Pfleglinge gegen das allzu strenge Auftreten des Winters geschützt und ihnen vorher die nötige Nahrung für die Arrestzeit gereicht hat. Nicht selten kann man jetzt beobachten, wie Meisen an der Bienenwohnung anklopfen und sofort das neugierige Bienlein verspeisen, das sich am Flugloche zeigt. Damit keine Sonnenstrahlen die Bienen zu einem vorzeitigen Ausflug ermuntern, blendet der Imker deren Behausungen ab.

Raststätten. Die Landwirtschaftliche Schule unternahm mit Schülern und Schülerinnen einen wohlgelungenen Lehrausflug. Der Ausflug führte zuerst durch eine schöne Winterlandschaft nach der Saatbauwirtschaft Weidemann-Kloster Eronau, wo die Viehbestände, Getreidespeicher und Kartoffelkeller besichtigt wurden, von dort über das Römerkastell nach dem Rotherhof und Berndroth zur Besichtigung landwirtschaftlicher Maschinen und der Brennerei Schumacher. An den Lehrausflug schlossen sich einige gemütliche und humorvolle Stunden noch in Berndroth und Rettert an, die bei Schülern wie Schülerinnen in dauernder und schönster Erinnerung bleiben dürften.

Charlottenberg, 29. Jan. Förster W. Kulkosen und Frau feiern heute Dienstag das Fest der silbernen Hochzeit.

Bischofsheim. Glück im Unglück hatte der zwölfjährige Sohn des Lokomotivführers A. Fischer von hier. Er befand sich in dem Zug, der um 5,22 von Mainz H. abfährt und wollte in dem Tunnel ein Fenster des Abteils schließen. Durch bis jetzt noch nicht aufgeklärte Ursache öffnete sich plötzlich die Abteiltüre und der Junge wäre sicher aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug herausgestürzt, hätten ihn nicht besonnene Mitreisende im letzten Augenblick zurückgerissen. Noch bevor der Zug durch die Notbremse zum Halten gebracht war, wurde die offenstehende Tür von einem in demselben Augenblick auf dem anderen Gleise vorbeifahrenden Zuge erfaßt und abgerissen. Mit einiger Verspätung setzte der Zug seine Fahrt dann fort. Außer einem gewaltigen Schreck erlitt der Junge glücklicherweise keinen Schaden.

Recklinghausen. (Aus Nahrungssorgen in den Tod gegangen.) Im Rhein-Herne-Kanal wurde vor kurzem die Leiche einer Frau gefunden, an die ein vierjähriger Knabe angebunden war. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich um die Ehefrau Sindermann aus dem benachbarten Hochfeldermarkt handelt, die aus Nahrungssorgen mit ihrem Söhnchen den Tod gesucht hat. Der Ehemann verbüßt zurzeit eine Gefängnisstrafe, so daß der Familie der Ernährer fehlte.

•

Wiesbaden. Der Wochenmarkt war auch in der vergangenen Woche nur sehr klein. Die schlechten Witterungsverhältnisse trugen wesentlich dazu bei, dann aber auch vor allem immer noch die Ungewißheit in der Preisgestaltung. Die Gemüsezüchter aus der Umgebung von Mainz, die sonst etwa drei Viertel des hiesigen Marktes ausgemacht haben, bleiben weg, weil ihnen die Richtpreise hier zu niedrig angesetzt sind, sodaß sich der Transport nicht lohnt. Wie man hört, soll am Dienstag eine Versammlung stattfinden, in der neue Preise festgesetzt werden sollen im Verhältnis zu den Mainzer Preisen, um die hessischen Lieferanten wieder hierher zu ziehen. Der gestrige Markt war zwar ein bischen besser beschickt als in den letzten Tagen. Gekauft wurde aber auch wenig. Da die Fleischpreise erheblich zurückgegangen sind, hat die Nachfrage nach Gemüse nachgelassen.

Lohnfragen und Arbeitszeit.

Zur Streiklage in Düsseldorf und Elberfeld.

Düsseldorf, 26. Jan. Zur Beilegung des bereits drei Wochen dauernden Transportarbeiterausstandes fanden gestern zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden des Transportgewerbes Verhandlungen statt, die zu einem Ergebnis führten. Es ist damit zu rechnen, daß am Montag die Arbeit vollkommen wieder aufgenommen wird.

In der Lage des Metallarbeiterausstandes im Düsseldorfer Bezirk ist bis jetzt keine wesentliche Aenderung zu bemerken, wenn sich auch eine zunehmende Arbeitswilligkeit zeigt.

Elberfeld, 26. Jan. Zwischen Vertretern der ausständigen Textilarbeiter und des Arbeitgeberverbandes wurde gestern von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachts über den Schiedsspruch verhandelt. Die Arbeitgeber machten noch einige Zugeständnisse. Die endgültige Entscheidung liegt bei der Arbeitnehmerschaft, die am Montag darüber eine Urabstimmung herbeiführen will.

Lebensweisheiten

Nichts dringt so tief in die Seele und haftet dort so fest wie Rhythmus und Harmonie, darum macht gute Musik den Hörer edel und gut, schlechte verdirbt ihn. (Plato.)

•

Höher als das rein sinnliche Vergnügen an dem Wohlklange der Musik steht die durch Anhören derselben bewirkte Katharsis, die Reinigung, oder richtiger Entlastung der Seele. (Aristoteles.)

•

Musika ist eine halbe Disziplin und Zuchtmeisterin, so die Leute gelinder und sanftmütiger, sittsamer und vernünftiger macht. (M. Luther.)

•

Alle Kunst ist der Freude gewidmet, und es gibt keine höhere und ernsthaftere Aufgabe, als die Menschen zu beglücken. (Schiller.)

•

O Musik! Nachklang aus einer entlegenen harmonischen Welt! Seufzer des Engels in uns! Wenn das Wort sprachlos ist, und die Umarmung und das Auge, das weinende, und wenn unsere stummen Herzen einsam liegen: O, so bist nur du es, durch welche sie sich einander zurufen in ihren Kerkern und ihre entfernten Seufzer verjüngen in ihrer Wüste. (Jean Paul.)

Letzte Nachrichten

Von den Sachverständigenausschüssen.

Paris 27. Jan. Wie aus London berichtet wird, wird Macdonald mit Mac Kenna, dem Vorsitzenden des zweiten Sachverständigenausschusses, der sich z. Zt. in London aufhält, vor dessen Abreise nach Berlin verhandeln. Nach derselben Meldung versichert man in politischen Kreisen, Macdonald und Mac Kenna seien hinsichtlich der zu verfolgenden Politik, namentlich was die Arbeiten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse anbetrifft, vollkommen einig.

Um die neue Verfassung.

München, 26. Jan. (Wolff.) Die Bayerische Volkspartei veröffentlicht einen Aufruf, in dem das bayerische Volk ohne Parteiunterschied aufgefordert wird, zunächst Masseneinschreibung in die beiden Unterstützungslisten für die Volksbegehren zu bekunden, daß es einen neuen Landtag und eine neue, von starkem bayerischen Staatswillen und christlich vaterländischem Geiste erfüllte Verfassung will. Die sozialdemokratische Partei Bayerns fordert in einem Aufruf ihre Anhänger auf, die beiden Volksbegehren nicht zu unterstützen.

Kein Rücktritt Kahrs.

München, 26. Jan. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: In Berlin wurde die Nachricht verbreitet, daß General v. Lossow gestern den bayerischen Ministerpräsidenten besucht und ihm die Bereitwilligkeit seines Abschiedsgesuches ausgesprochen habe. Lossow hat weder gestern noch überhaupt in der letzten Zeit den bayerischen Ministerpräsidenten besucht oder gesprochen. Die Nachricht ist von Anfang bis Ende frei erfunden. Von Rücktrittsabsichten des Generalstaatskommissars von Kahr ist an keiner Stelle etwas bekannt.

Warum die Amerikaner nach dem Nordpol wollen

Das Abenteuer des amerikanischen Luftschiffes „Shenandoah" hat in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine tiefgehende Erregung hervorgerufen. Einmal, weil es unmittelbar hinter dem tragischen Untergang eines anderen Zeppelin-Luftschiffes, der „Dixmuiden", sich ereignete. Es waren [b]unkle Stunden, die man in Amerika in der Sorge durchlebte, dem eigenen Luftkreuzer könne ein ähnliches Schicksal beschieden sein. Die Aufregung hat aber noch einen anderen Grund. Die „Shenandoah" soll bekanntlich im Sommer nach dem Nordpol fliegen. Deshalb knüpfen sich an dieses Luftschiff die kü[illegible] Erwartungen. Es befindet sich zwar in D[illegible] ein weiterer Zeppelinkreuzer für Ameri[illegible]iedrichshafen im Bau. Aber es ist noch ungew[illegible] wann dieses Schiff in Amerika sein wird. Und deshalb hätte man die Nordpolhoffnung zunächst begraben müssen, wenn die Shenandoah" zerstört worden wäre.

Daß dieser Luftkreuzer beinahe von seinem Schicksal erreicht worden wäre, ist inzwischen durch Untersuchung festgestellt worden. Er wurde bekanntlich von seinem Mast durch einen furchtbaren Sturm losgeri[ss]e[n], und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre das Schiff am Erdboden zerschellt. Nach der Aussage von Mannschaft und Führer fehlten daran nur noch 5 Meter, die das Luftschiff vom Erdboden in einem außerordentlich kritischen Augenblick entfernt war. Wie die Untersuchung festgestellt hat, verdankte das Schiff seine Rettung dem deutschen Luftschiff-Hauptmann Heinen, der als Vertreter der Zeppelin-Gesellschaft und als Sachverständiger dem Luftschiff beigegeben ist. Heinen sorgte sofort dafür, daß die Motore in Gang gesetzt wurden und daß man das Schiff um Wasserballast erleichterte. Infolgedessen erhielt es sofort Auftrieb und kam in die Gewalt des Führers, der dann mit Hilfe Heinens nach abenteuerlicher Fahrt das Schiff glücklich wieder in den Hafen zurücksteuerte.

Die Frage des amerikanischen Nordpolfluges ist durch dieses Ereignis wieder zu einem ausgiebigen Thema der amerikanischen Presse geworden. Die Erörterung der Frage, ob es empfehlenswert ist oder nicht, das Schiff der Gefahr eines Nordpolfluges auszusetzen, beherrscht alle Zeitungen. Am vorigen Samstag ist die Frage kurz und bündig durch die amerikanische Marineverwaltung in bejahendem Sinne entschieden worden. Ein Vertreter der Verwaltung erklärte im parlamentarischen Ausschuß, der die Presseerörterung vor sein Forum zog, der geplante Nordpolflug werde unter allen Umständen ausgeführt werden. Sein Zweck sei nicht etwa die Entdeckung des Nordpoles, sondern die Sicherung des Nordpolargeländes der Vereinigten Staaten.

Diese Erklärung ist außerordentlich interessant. Sie gibt auch Antwort auf die Frage, warum man es in den Vereinigten Staaten auf einmal so eilig hat, Amundsen nicht zuerst das Feld zu überlassen. Der obenerwähnte Vertreter der amerikanischen Marineverwaltung erklärte, die Tatsache allein, daß ein unerforschtes und herrenloses Gebiet von Millionen von Quadratmeilen unmittelbar an die Vereinigten Staaten (Alaska) angrenze, bedeute für Nordamerika eine beständige Gefahr. Die Vereinigten Staaten könnten nicht zusehen, daß dieses Gebiet in die Hände einer anderen Macht falle. Und wenn die amerikanische Marineverwaltung in diesem Sommer nicht den Nordpolflug unternehme, so werde zweifellos das gesamte Nordpolgebiet von einer anderen Macht erforscht, photographiert und in Anspruch genommen werden. Den Nordpol braucht man nicht mehr zu entdecken, da der Erfolg des Admirals Peary unzweifelhaft sei. Der amerikanische Zweck sei nun, das Polargebiet zu erforschen und unter amerikanische Obhut zu nehmen. Und dafür sei die „Shenandoah" außerordentlich geeignet.

Wenn man die Frage von diesem Standpunkt beurteilt, so versteht man, daß für die Amerikaner der Nordpolflug einfach eine Frage von Biegen oder Brechen ist. Vom rein praktischen Standpunkt ausgesehen, ist die Frage natürlich nicht so leicht zu entscheiden. So macht denn auch die amerikanische Presse darauf aufmerksam, daß die Nordpolargegend eine Eiswüste ist, die nicht etwa eine glatte Oberfläche besitzt, sondern sich aus einem Chaos von Eisklumpen zusammensetzt. Auf solchem Gelände ist eine Landung natürlich eine gefährliche Sache. Trotzdem wird man, wie nicht zu bezweifeln ist, die „Shenandoah" auf die Nordpolreise schicken. Ihre abenteuerliche letzte Fahrt scheint aber doch Anlaß zu sein, die Vollendung des im Bau befindlichen noch größeren Zeppelin-Luftschiffes nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die amerikanischen Zeitungen berichten, daß das Schiff etwa Mitte April den Flug von Deutschland über den Ozean antreten wird, und zwar wahrscheinlich unter der Führung von Dr. Eckner. Die amerikanische Abnahmekommission wird voraussichtlich schon im Februar in Deutschland eintreffen. Zeppelinfahrten werden also in diesem Jahre zu den spannendsten Weltereignissen werden.

Neues aus aller Welt

Ein amerikanischer Universitätsskandal. In der Universität von Albion im Staate Michigan erlebte der Rektor in der vorigen Woche einen studentischen Empfang, wie er ihn sich wohl nie hat träumen lassen. Dem Rektor namens John Wesley Laird, wurden, als er früh zur Morgenandacht in der Universitätskapelle erschien, tausende von Gesangbüchern entgegengeschleudert. Dieser Empfang war von Zischen und Brüllen begleitet, an dem sich die ganze Studentenschaft männlichen wie weiblichen Geschlechts, beteiligte. Dieser Empfang sollte ein Protest dagegen sein, daß der Rektor eine Studentin wegen Rauchen und Trinkens ausgeschlossen hatte. Die Studenten hatte diese Strafe als einen Racheakt bezeichnet und behauptet, sie sei nur deshalb ausgeschlossen worden, weil sie vorher den Rektor öffentlich beschuldigt habe, sie wiederholt geküßt zu haben. Im Anschluß an die etwas stürmische Morgenandacht hielten die Studenten und die Studentinnen dann eine regelrechte Protestversammlung ab, an der sich auch 35 Professoren beteiligten. Es wurde eine Resolution angenommen, die dem Rektor der Universität große Ungehörigkeit vorwarf. Die Studenten verlangen die Wiedereinstellung der ausgeschlossenen Studentin und den Rücktritt des Rektors.

O, Feuerland! Feuerland, das zerissene Vorland Südamerikas, gilt allgemein als ein unwirtlich kahler Landstrich, in dem nur peitschende Polarwinde zuhause sind. Kurt Faber, der Globetrotter, belehrt uns in Heft 2 der „Gartenlaube" die eine Fülle interessanter Aufsätze mit gutem Bildmaterial bietet, eines anderen: Oft kommt man in stille Täler mit friedlichen Lagunen, in denen sich die Wälder spiegeln. Die Enten paddeln lustig im Wasser, die roten Flamingos stehen gravitätisch am Ufer, und stolze, schwarzhalsige Schwäne schwimmen ruhig auf der spiegelglatten Fläche. Am Waldrand weiden die Guanakos, nicht anders wie die Rehe bei uns zu Hause und überall im hohen Grase blühen die Blumen. Wieder kommt man durch Wälder mit immergrünen zerzausten Buchen, über gefallene Stämme, vermodertes Holz mit phosphorleuchtenden Schwämmen, die in der Dunkelheit wie Irrlichter glühen. Hoch oben in der Luft erheben Scharen von grünen Papageien — man sollte sie hier nicht vermuten — ein grausames Geschnatter. Ist man über die Waldgrenze hinaus, so kommt man über unheimliche Torfstrecken, wo unter jedem Pferdehuf das stinkende Wasser hervorquillt. Weiter hinauf ziehen sich die blauen Gletscher, von denen die lustigen Bäche herunterrieseln. Weithin breiten sich die Magelhaensveilchen wie ein gelber Teppich unter dem kristallklaren Himmel. Ein andermal steht man wieder am Meer, in einem jener wunderbar verträumten Fjorde, in ihrer seltsam düstern Majestät. In manchem dieser stillen Winkel, wo der Wind nicht hinkommt, entfaltet sich ein seltsam üppiger phantastischer Pflanzenwuchs, Mächtige, breitkronige Bäume mit gelben Blüten, ähnlich den weiter nördlich auf der Insel Chiloe vorkommenden Tulpenbäumen durchbrechen den Boden und ragen mit ihren Wurzeln weit ins Wasser hinein, ganz wie die Mangroven an tropischen Küsten. Ueberall blühen die seltsamsten Blumen, unter denen man sogar eine Abart der Fuchsie bemerken kann. Regungslos liegt das Wasser. Wie durch einen smaragdgrünen Edelstein glaubt man hindurchzusehen, bis in die Eingeweide der Erde. So still ist es ringsum. Nur zuweilen kommt der bellende Schrei eines Seehundes über das Wasser.

Ein hartnäckiger Bettler. Das Londoner Polizeigericht hatte am Montag voriger Woche einen eigenartigen Fall zu entscheiden. Es wurde ein Mann vorgeführt, der am Hochzeitstage seines Sohnes dem Bettlerhandwerk nachgegangen war. Der Angeklagte ist ein älterer polnischer Jude. Aus den Polizeiakten wurde festgestellt, daß er wiederholt wegen Bettelns bestraft worden ist. Bei der ersten Gelegenheit, als man ihn faßte, hatte er einen zusammengebettelten Barbetrag von 218 Pfund (über 4000 Mark) in der Tasche. Bei der zweiten Gelegenheit waren es 130 Pfund (über 2500 Mark). Man hatte sich bisher immer mit Geldstrafen begnügt, die zwischen 15 und 25 Pfund schwankten. Diesmal aber lag ein etwas krasserer Fall vor. Der Mann hatte der Hochzeit seines Sohnes beigewohnt. Er verließ aber die Synagoge noch während der Feierlichkeit, und zwar mit Zylinder und schwarzem Anzug. Kaum daß er die Synagoge verlassen hatte, lief er nach Hause und zog seine Bettlerkleidung an. Dann kehrte er zur Synagoge zurück, stellte sich vor die Tür und ließ sich von der Hochzeitsgesellschaft seines Sohnes Bettlerpfennige geben. Das Polizeigericht hielt diesen Fall offenbar für unheilbar und verurteilte ihn zu sechs Wochen Zwangsarbeit. Außerdem wurde er der Regierung zur Ausweisung empfohlen.

Die eingeschneite Bergkirche. Eine böse Weihnachts- und Neujahrsüberraschung wurde dem Bergkirchlein auf dem Wendelstein zuteil, der, als der „bayrische Rigi" bekannt, auf seinem 1800 Meter hohen Gipfel das höchste Gotteshaus auf deutschem Boden trägt. Das Berghotel auf diesem aussichtsreichsten Berge der bayerischen Alpenwelt ist infolge des Umstandes, daß eine und zwar die höchste Eisenbahn des deutschen Reiches zu ihr hinaufführt, Sommer wie Winter geöffnet, und so hatten sich auch zum Weihnachts- und Neujahrsfest zahlreiche Erholungsbedürftige zu einem Ferienaufenthalt in der luftigen Höhe gemeldet, zumal bei dieser Gelegenheit sehr schöne stimmungsvolle religiöse Feiern in dem eigenartigen Bergkirchlein stattzufinden pflegen. Allein am Vorabend des Christfestes setzte ein furchtbares Schneegestöber ein, das zugleich ein gewaltiges Naturschauspiel bot, für die zahlreichen Fremden aber weniger erfreulich war, da die Wendelsteinbahn nach wenigen Stunden den Verkehr einstellen mußte und die Gäste nun auf der Talstation Brannenburg am Inn von Tag zu Tag warteten, daß der Betrieb wieder aufgenommen würde. Das war jedoch nicht der Fall, denn die Räumung der Strecke von den gewaltigen Schneemengen konnte erst in den letzten vierzehn Tagen erfolgen, so daß die Gäste unverrichteter Sache wieder heimkehren mußten. Selbst Skifahreren war es unmöglich, auf den Berg zu kommen und ein 20jähriger Student aus München, der es dennoch versuchte, ist im Sturm umgekommen und seine Leiche bisher noch nicht gefunden. Man bangte auch um das Schicksal der auf dem Wendelstein tief eingeschneiten Bergwirtsfamilie Fuchs. Sie konnte sich jedoch durch Signale mit der Station Brannenburg verständigen, daß ihr nichts geschehen sei.

Wirtschaftliches.

Erweiterung des Gerling-Konzerns

Magdeburg, Wie soeben bekannt wird, ist die altangesehene Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in den Interessenkreis des Gerling-Konzerns einbezogen worden. Eine außerordentliche Generalversammlung der Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft hat am 28. Dezember Erhöhung des Aktienkapitals um 24 auf 30 Millionen Mark, unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrecht der Aktionäre, und Vollzahlung der Aktien beschlossen. Die neuen Aktien übernimmt die Dachgesellschaft des Gerling-Konzerns, die Rheinische Versicherungsgruppe Aktiengesellschaft in Köln zu dauerndem Besitz, die auch die Herren Geheimrat Professor Dr. Rießer, Berlin, Dr. H. M. von Langen, Köln, Kommerzienrat Arnold von Guillaume, Köln; Kommerzienrat Adolf Lindgens, Köln: Kommerzienrat Garnier, Lörrach i. Ba., in den Aufsichtsrat der Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft entsendet. Durch den Uebergang an den Gerling-Konzern soll die Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft von den Valutaverbindlichkeiten befreit werden, die in den letzten Jahren für sie zu einer bedenklichen Last geworden war. So hat der Gerling-Konzern, der vor Jahresfrist die Friedrich Wilhelm-Gruppe in sich aufgenommen hatte, nunmehr auch die Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft in seinen Kreis gezogen. Ueber seine derzeitigen Grundlagen macht der Gerling-Konzern unter anderem folgende Angaben: Das Aktienkapital der Sachversicherungsgesellschaften, die untereinander solidarisch durch einen Interessengemeinschaftsvertrag verbunden sind, beläuft sich auf 700 Mill. Mark, das seiner deutschen Rückversicherungs-Gesellschaften auf 309 Millionen Mark, der Rheinischen Rückversicherungs-Gruppe Aktiengesellschaft Basel auf 3 Millionen schweizer Franken (voll gezahlt nebst 1 Million schweizer Franken Organisationsbestand) und das Gerling-Konzern Duitsch-Nederlandschen Verzekering Maatschappij, Amsterdam, auf 5 Millionen holl. Gulden (wovon 1 Million Gulden eingezahlt.) Dazu kommt der Besitz der Aktien der Friedrich Wilhelm Lebensversicherungs-A.-G., der im vorigen Jahre neu gegründeten „Friedrich Wilhelm- und Gerling-Konzern" Lebensversicherungs-A.-G. und jetzt 24 Millionen Mark Aktien der Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft. Die Entwicklung der Prämie des Konzerns sei 1923 weit über die durch die Geldaufblähung bedingten Zahlen hinausgegangen. Seine Sachversicherungs-Gesellschaften dürften im laufenden Jahr auf reichlich 2 Millionen Dollar Prämieneinnahme kommen, von denen in den ersten 11 Monaten 1923 bisher durchschnittlich nur 22,4 Prozent durch Schaden aufgezehrt worden seien.

Zur Lage bei den Kleinbahnen.

Berlin, 27. Jan. (Wolff.) Zu der Aufforderung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen an die Leitungen der ihm angeschlossenen Bahnen, ihr gesamtes Personal zum 1. Februar zu kündigen, hat der Minister für Handel und Gewerbe in Beantwortung einer Kleinen Anfrage dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge darauf hingewiesen daß die Staatsregierung, falls die Gefahr einer umfangreichen Stillegung der Kleinbahnen eintreten sollte, nicht zögern werde, in Ausübung ihrer Aufsichtsbefugnis zur Aufrechterhaltung des Betriebs das Erforderliche zu veranlassen.

Die Arbeitszeit bei der Reichsbahn.

WTB. Berlin, 26. Jan. Zur Neuregelung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn hören wir von unterrichteter Seite:

Die bittere Notlage hat die Reichsregierung gezwungen, außer dem großen Personalabbau die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit der Beamten auf neun Stunden anzuordnen. Nach dem Beamtenrecht können die Beamten hierfür eine Erhöhung ihrer Bezüge beanspruchen. Dieser Umstand hat bei der Reichsbahn zur Folge, daß vielfach die neben den Beamten tätigen Arbeiter vor der Frage stehen, ob sie da, wo auch ihre Arbeitszeit verlängert werden muß, sich mit dem ihnen für die neunte Stunde angebotenen halben Stundenlohn (sie würden für neun Stunden Arbeit achteinhalb Stundenlöhne beziehen) begnügen wollen oder nicht. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dem der größte Teil der Eisenbahnarbeiter angehört, glaubt die teilweise Streckung der Arbeitszeit, ohne die wirtschaftliche Betriebsführung unmöglich ist, abwehren zu sollen und nimmt gegenwärtig unter seinen Mitgliedern eine Urabstimmung vor, ob in einen Abwehrstreik getreten werden soll. Man möchte dringend hoffen daß bei dieser Abstimmung die kühle und klare Ueberlegung die Oberhand behält und eine gewaltsame Auseinandersetzung vermieden wird.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

An jedem 1. und 3. Donnerstag eines jeden Monats findet auf der Regierung zu Wiesbaden und auf den Preußischen Hochbauämtern zu Diez an der Lahn, Dillenburg, Homburg vor der Höhe, Montabaur, Rüdesheim und Wiesbaden vormittags von 8 bis 12 Uhr kostenlos Bauberatung statt, an welcher Techniker, Handwerker, Bürgermeister, Baulustige u. a. Gelegenheit haben, sich in allen Fragen des Bauwesens beraten zu lassen.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Bauberatung zur Erreichung einer zeitgemäßen, sparsamen und heimischen Bauweise zur Gestaltung zeitgemäßer Fluchtlinien- und Bebauungspläne zur Erfüllung der Aufgaben des Heimatschutzes und der Denkmalpflege, der Errichtung von Kriegerehrungen, zur Gestaltung von Friedhofsanlagen usw. in Anspruch genommen wird.

Der Landrat.

Ein- und Ausfuhr-Formulare

stets vorrätig billigst zu haben.

Buchdruckerei H. Chr. Sommer, Bad Ems und Diez

Beinkranke!

mit Krampfaderleiden, Venenentzündung, Unterschenkelgeschwüren, nässende und trockenen Flechten, Lupus, Kniegelenkerkrankungen, Schmerzen in den Füssen (Platt und Senkfuss), Rheumatismus, Ischias behandelt rasch und naturgemäß

Dr. med. Dientz,

Spezialarzt für Beinleiden, Koblenz, Löhrstr. 123 I. Etg. Eingang: Roonstraße.

Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 1—4 Uhr.

Hege und Jagd

ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ dieser Jagd- u. Hundevereine. Vorsteigung den In- u. Auslandes. Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste und für die so zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung unseres nun in Gott ruhenden lieben Entschlafenen

Herrn Anton Schaust

Oberbahnwärter

sagen wir Allen, besonders den Herren Bahnbeamten und Trägern, sowie für die Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.

BAD EMS, den 28. Januar 1924.

Die tieftrauernde Gattin und Kinder.

Stammholzversteigerung.

Freitag, den 1. Februar 1924, mittags 1,30 Uhr kommt im Lollschieder Gemeindewald, Distrikt „Hattenberg" 26 und 28 folgendes Stammholz zur Versteigerung:

17 Buchenstämme	17,42 Fstm.
9 Eichenstämme	10,76 Fstm.
27 Eichenstämme	15,65 Fstm.

Lollschied, den 28. Januar 1924.

Der Bürgermeister. Müller.

Holzversteigerung

Am **Freitag**, den 1. Februar 1924, vormittags 11 Uhr werden im Gräflichen „Fruchter Walde" „Malbergskopf" versteigert:

195 Rm. Buchen Scheitholz.
52 Rm. Buchen Reiserknüppel

Nassau, den 28. Januar 1924.

Gräflich von der Groeben'sche Rentei
Zimmermann.

Steuerzettel neuestes Muster

empfiehlt den Landgemeinden

Kreisblattdruckerei
H. Chr. Sommer, Bad Ems u. Diez

Keine Läuse und Wanzen mehr; (s. Brut) auch b. Tieren in 5 Min. d. d. millionenf. bew. **„Kampolda"**

Vorrät. Oranien-Drog. A. Zimmermann, Diez a. L.

Feinste **Fett-Bücklinge**

per Pfund 0,70 und 0,60 Pf. frisch eingetroffen und empfiehlt.

Albert Kauth
Bad Ems.

Verkauf guter Schuh-Waren

zu billigen Preisen.

Leopold, Bad Ems.
Friedrichstrasse.

Besseres **Mädchen**

sucht Stellung in kleinem Haushalt evt. mit Familienanschluß zum 1. oder zum 15. März.

Offerten unter E. 136 an die Geschäftsstelle.

Nähmädchen

sucht Beschäftigung in Näh- und Ausbesserungsarbeiten. Näheres Geschäftsstelle.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Privat Katalog 16 Nfrei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Tüchtiges **Mädchen**

nicht unter 18 Jahren für alle Hausarbeiten auch flicken zu 2 Kindern zum 1. Februar gesucht.

Frau Rau, Diez, Wilhelmstrasse 8

Junges **Mädchen**

zur Hilfe gesucht.

Kleinkinderschule, Bad Ems

Abonnementspreis für die laufende Woche 600 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fayer, Helsingfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95, Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheck: Ffm (M) 10618

Nummer 25 — Bad Ems, Mittwoch den 30. Januar 1924 — 2. Jahrgang

Die Parteien in England

Aus einem Londoner Brief halte ich es für angebracht, zu besserer Orientierung das Folgende mitzuteilen:

Am Vorabend des Tages, an dem England zum erstenmal die Erfahrung eines sozialistischen Ministeriums machen wird, erscheint es außerordentlich interessant, die Pläne und den geistigen Zustand der drei in Frage kommenden Parteien zu beachten. Konservative, Arbeiter und Liberale. Die Konservativen, in der Wahlschlacht unterlegen, durch falsche Taktik und Ungeschicklichkeit ihrer Führer, wie es selber die eigenen Organe durchschimmern lassen, fühlten, daß es durchaus ihrem Vorteil entspricht, wenn der Gegner eine zeitlang regiert und dabei seine Kräfte aufreibt, ohne seinen Zielen viel näher zu kommen. Sie wollen sich infolgedessen in der Opposition „umgruppieren" und sind überzeugt (wer weiß ob zu recht oder unrecht) daß die Erfahrung, die das Land mit den Sozialisten macht, nur ihnen zugute kommt. Sollten sie bei dieser Annahme nicht ein wenig über die Nordsee blicken? Die Mehrheit unter ihnen weist jeden Gedanken an ein Zusammengehen mit den Liberalen zurück. Da nun die Arbeiterpartei leidenschaftlich nach der Regierung strebt, und ihr die Umstände wohl nächstens — wenn auch nicht sofort — die Gelegenheit geben, sagt man sich in konservativen Kreisen mit überlegener, leicht spöttischer Miene: „give the a chance."

Der Gedanke an eine Koalition gegen die Arbeiterpartei ist aber zur Zeit den Liberalen ebenso wenig genehm wie den Konservativen. Ihre Lage ist nicht einfach unter den gegenwärtigen Umständen, denn ihr Programm ging, sowohl was innere und äußere Politik betrifft, in verschiedenen Fragen mit dem der Arbeiterpartei zusammen und ist nur verschieden in bezug auf die Vermögenssteuer und die Nationalisierung der Industrie. Sie sagen sich, da nun doch über kurz oder lang der Versuch einer sozialistischen Regierung gemacht werden muß, ist es besser, daß es möglichst bald geschieht, weil es dann weniger gefährlicher erscheint. Und da die Liberalen den Ausschlag geben, sind sie die eigentlichen Herren der Lage.

Die Sozialisten verhehlen sich nicht, daß die Stimmen Asquits und seiner Partei, sobald sie sich mit denen der Konservativen vereinen, ein Kabinett Ramsay Macdonald sofort erledigen. Wollten die Arbeiter also ihr Programm wörtlich zur Tat machen, nach Innen wie nach Außen, würde aller Wahrscheinlichkeit nach das gemeinsame Interesse aller Besitzenden stark genug sein, die sonstigen Gegensätze der Parteien vorbehaltlos zu überbrücken. M. Asquit wird also auch das Zustandekommen eines sozialistischen Ministeriums nicht verhindern, aber dafür sorgen, daß seine Herrschaft nicht lange genug dauert, das Parteiprogramm zur Tat zu machen. Man hielt in diesen Kreisen Englands konstitutionelle Traditionen für so stark, daß niemand glaubt, die Arbeiterregierung würde — in Minorität versetzt, — zur Parlamentsauflösung schreiten.

Doch die Sozialisten sind reine Vertretung einer Interessengruppe und haben schon manche Tradition über Bord geworfen, die Liberalen würden also eine schwere Täuschung erleben und erst wieder zu Wort kommen, wenn im Innern und Aeußeren auf Finanz- und Bündnispolitik die neue Richtung maßgebend für längere Zeit gewirkt haben könnte. Man denke an Erklärungen Macdonalds über die Löschung der Kriegsschulden und einiges andere, das den bisherigen Verbündeten Englands nicht gerade genehm sein mag. Aber im „foreign office" herrschen, wie in den meisten Ministerien, des Aeußeren, so strenge im Beamtenkörper verwurzelte Richtlinien, daß mit dem Minister noch lange nicht seine Politik im Hause einzieht und man wird erst sagen dürfen, daß die starken französischen Einflüsse ausgeschaltet sind, wenn man von einem Ausscheiden des Sir William Tyrrel hören würde.

Sobald aber Macdonald über europäische Verbrüderung, Abrüstung, Erweiterung des Völkerbundes mit Aufnahme von Deutschland und Rußland bestimmte Vorschläge machen wird, hat er einen großen Teil der Liberalen auf seiner Seite. Er muß von den Höhen eines sozialistischen Messianismus herabsteigen, dessen Erfüllungen auf der anderen Seite verderben, was sie auf der einen gutmachen. In diesem Sinne ist es nicht praktisch in Deutschland Hoffnungen zu tragen, die allzu weitgehende Vorteile von einer neuen Regierung in England erwarten. Denn Großbritannien, mag dort regieren, wer will, wird immer nur großbritannische, und zwar ausgesprochen großbritannische Politik treiben zum eigenen Vorteil, aber auch zum Nachteil von Gegnern und Verbündeten.

Alexander von Gleichen-Rußwurm.

Empfang der auswärtigen Botschafter bei Macdonald.

London, 28. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt zum Empfang der auswärtigen Botschafter am Freitag durch Macdonald, daß die Unterredungen zwischen Macdonald und dem amerikanischen Botschafter durch besondere Herzlichkeit gekennzeichnet waren. Der belgische Botschafter habe Macdonald erneut erklärt, daß die belgische Politik in erster Linie eine Politik sei, die niemals durch die eine oder andere Macht ausschließlich bestimmt werden könne die aber auf ein Zusammenwirken mit allen hinzielen müsse. Macdonald antwortete, daß unter den Umständen einem Einvernehmen zwischen den beiden Ländern wenig im Wege stehen dürfte. Belgien hoffe, daß ein von der Brüsseler Regierung vorgeschlagener Mittelweg zwischen dem britischen und französischen Standpunkt in der Frage der separatistischen Ordonnanzen für das Pfalzgebiet sowohl für London als auch für Paris annehmbar sei, wenn die Rheinlandkommission in Koblenz die Erörterung in einigen Tagen wieder aufnehme. Auf belgischer Seite werde behauptet, daß die Rheinlandkommission, wenn sie direkt durch eine gemischte Körperschaft von Unterbelegierten die Verteilung der Arbeitslosenunterstützung überwache, eine unparteiische Verteilung sicherstellen würde.

Zu der Besprechung Poincaré-Jaspar

Paris, 28. Jan. (Wolff) Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" beschäftigt sich mit der gestrigen Beratung, die Ministerpräsident Poincare mit dem belgischen Außenminister Jaspar hatte. Er scheint aber der am Abend stattgefundenen Unterredung zwischen diesen beiden Ministern und dem tschecho-slowakischen Außenminister Benesch eine größere Bedeutung beizulegen. Benesch habe jetzt Ramsay Macdonald viel Klugheit und Zurückhaltung gezeigt. Er erkläre, daß er eine rein britische Politik verfolge und daß er sich nicht durch eine starre Theorie und durch keine vorgefaßte Meinung und durch keine Parteilichkeit beeinflussen lassen werde. Aber zu welcher Methode auch er seine Zuflucht nehmen werde, früher oder später müsse er sich notwendigerweise für eine Reparationsmethode aussprechen, die schwer mit der französisch-belgischen Politik vereinbar sei, und aus dieser Tatsache heraus könne ein gewaltsamer Bruch nicht außerhalb der Möglichkeiten der nächsten Zukunft liegen. Die Regierenden in Paris und Brüssel müßten zwischen dem Wesentlichen und Nebensächlichen unterscheiden, das Nebensächliche aufgeben und das Wesentliche aufrechterhalten.

Der Außenpolitiker bestätigt im übrigen über den Verlauf der gestrigen Nachmittagsverhandlungen das, was bereits durch WTB. berichtet worden ist, und fügt hinzu, daß auch die Frage des Verkehrs in der englischen Zone besprochen worden ist. Um diese Frage an Ort und Stelle regeln zu können, treffe heute der französische Oberkommissar Tirard in Paris ein. Auch die Frage des in den besetzten Gebieten eingerichteten Budgets sei behandelt worden. Frankreich sei bereit, diese Erleichterungen zu gewähren. Man werde die größte Rücksicht auf die materiellen Interessen Englands nehmen. Wenn die Umstände günstig seien, werde man die an den Tag gelegte Strenge mildern aber auf das Wesentliche der angewandten Methoden könne man nicht verzichten.

Auch das „Echo de Paris" behauptet, man könne auf mehr als eine Milliarde Franken Nutzen im Jahre rechnen, deren Steigerung sicher sei. Das allgemeine Reparationssystem, das die Sachverständigen schließlich in eine Formel kleiden könnten, könne diesen Ergebnissen nicht übergeordnet werden. Mit anderen Worten: Die belgischen Studien, von denen gestern bei den Beratungen gesprochen worden sei, seien nichts als Ergänzungen zu dem, was augenblicklich funktioniere.

Nach dem Brüsseler Berichterstatter des „Oeuvre" sei der Hauptzweck des Besuches Jaspars das belgisch-französische Wirtschaftsabkommen gewesen, das bekanntlich in Belgien auf starken Widerstand gestoßen ist.

Paris, 28. Jan. Nach einer Meldung der Chicago Tribune soll der belgische Außenminister Jaspar sich bei der gestrigen Besprechung mit Poincare erboten haben, nach London zu reisen, um mit Macdonald im Namen der Besatzungsmächte des Ruhrgebietes zu verhandeln. Man nimmt an, daß Poincare diesen Schritt für unnötig gehalten habe.

London, 28. Jan. (Wolff.) Der Brüsseler Berichterstatter der „Times" schreibt, er habe Grund zu der Annahme, daß die Zusammenkunft zwischen Poincare und Jaspar hauptsächlich mit der Orientierung der britischen Politik zusammenhänge. Es scheine, daß Macdonald die technischen Berichte Belgiens als Grundlage zu Erörterungen und zu einer Vereinbarung ansieht, in Brüssel gehe das Gerücht, daß Massingham, der das Vertrauen Macdonalds genieße, vor einigen Tagen nach Brüssel gegangen sei und dort Unterredungen mit verschiedenen hervorragenden Sozialisten einschließlich Vandervelde gehabt habe, denen er die Ansichten Macdonalds auseinandergesetzt habe. Wie verlautet, hat Vandervelde Massingham auch zum Premierminister Theunis mitgenommen. Massingham soll sich 24 Stunden in Paris aufgehalten haben, bevor er nach Brüssel gegangen ist.

Von den Sachverständigen-Ausschüssen

Paris, 28. Jan. (Wolff.) Der Erste Sachverständigenausschuß hat heute vormittag vor seiner auf heute abend festgesetzten Abreise nach Berlin die letzte Sitzung abgehalten. Wie die Havas-Agentur berichtet, fand heute eine allgemeine Diskussion über das Programm der in Berlin durchzuführenden Untersuchung statt. Der Ausschuß beschäftigte sich namentlich mit Bankfragen. Einige Mitglieder des Zweiten Sachverständigen-Ausschusses reisen heute Abend ebenfalls nach Berlin. Die anderen verlassen Paris morgen abend. Man glaubt, daß Mac Kenna, der Vorsitzende des Zweiten Ausschusses, der sich in London aufhält, über Ostende und Brüssel nach Berlin reisen und Mittwoch abend dort eintreffen wird.

Paris, 29. Jan. Der erste Sachverständigenausschuß ist gestern abend nach Berlin abgereist. Im Verlaufe einer nahezu dreistündigen Sitzung haben die Sachverständigen gestern früh von 10 bis gegen 1 Uhr ein Arbeitsprogramm für ihren Berliner Aufenthalt entworfen, und auch einen Fragebogen aufgestellt, der in Berlin beantwortet werden soll. Der Sachverständigenausschuß setzt seine Tätigkeit auch während der Eisenbahnfahrt fort. Eine Reihe von Mitgliedern des zweiten Ausschusses haben gleichfalls gestern abend Paris verlassen, die andern Mitglieder brechen erst heute abend auf. Der zweite Ausschuß wird sich dann am Donnerstag in Berlin versammeln. Mac Kenna tritt seine Reise nach Berlin direkt von London via Ostende an.

Berlin, 28. Jan. Die beiden Sachverständigen-Ausschüsse werden mit ihren Mitgliedern und sonstigem Personal, zusammen ungefähr 100 Personen, gemeinsam in einem großen Berliner Hotel untergebracht. Den Ausschüssen werden besondere Arbeitsräume in einem Reichsgebäude zur Verfügung gestellt. Nach Londoner Berichten rechnet man mit einer Dauer der Arbeiten von etwa einem Monat.

Dr. Hoefle zur Neugestaltung des Postwesens

Berlin, 28. Jan. Reichsminister Dr. Hoefle ist Ende voriger Woche in München und Stuttgart gewesen, um mit den dortigen Regierungen Besprechungen über das Postfinanzgesetz zu pflegen. Es ist ihm dabei gelungen, sich mit den beiden Regierungen zu einigen. Die Neugestaltung des Postwesens ist so gedacht, daß vom 1. April d. J. ab die Post als Sondervermögen des Reiches verwaltet wird. An der Spitze der Verwaltung bleibt nach wie vor der Minister, der dem Reichstag und dem Reichsrat verantwortlich ist. Es wird ein Verwaltungsrat aus Mitgliedern des Reichstages, des Reichsrates und der Wirtschaft gebildet zu dessen Kompetenzen die Festsetzung des Etats und der Tarife gehört.

Bei der Neuregelung des Verhältnisses der beiden süddeutschen Staaten zur Postverwaltung ist von der Tatsache ausgegangen worden, daß Bayern aus der Abtretung seiner Posthoheit an das Reich noch 650 Millionen, und Württemberg auf Grund desselben Zuteils noch 20 Millionen zu fordern hätte. Diese Ansprüche sollen durch eine Beteiligung des bayrischen bezw. württembergischen Staates an dem in beiden Staaten gelegenen Teil der Reichspost und zwar bis zu 80 Prozent abgelöst werden. Die Verkehrshoheit des Reiches und die Einheit der Tarifpolitik sollen aber durch diese Neuregelung in keiner Weise angetastet werden. Die beiden Staaten erhalten nur eine größere Selbständigkeit in der Ordnung des inneren Betriebes. Der Reichspostminister hatte zwar im besonderen in Bayern manchen Widerstand zu überwinden, bis die Einigung erzielt war, schließlich ist sie aber doch gelungen.

Politische Nachrichten

Deutschland

Sitzung des Ausschusses der Reichsbank

Berlin, 28. Jan. Der Zentralausschuß der Reichsbank ist für morgen vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen worden. In erster Linie dürfte sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in seinem neuen Amt den Zentralausschußmitgliedern vorstellen, ferner werden voraussichtlich Zins- und Diskontfragen erörtert werden. An der Börse verlautete von einer bevorstehenden Herabsetzung des Reichsbankdiskonts.

Kein Streik bei den Eisenbahnarbeitern.

Berlin, 28. Jan. Von den Organisationen der deutschen Eisenbahner hat, wie die Blätter mitteilen, nur der Deutsche Eisenbahnerverband unter den Mitgliedern eine Urabstimmung über die Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen. Die Abstimmung ist am Samstag abend zu Ende gegangen. Nach den bisher vorliegenden Resultaten dürfte für den Streik die notwendige Dreiviertelmehrheit nicht zustande kommen. In Gegenden, wo die radikalen Elemente die Oberhand haben, ist zwar eine überwiegende Mehrheit für den Streik vorhanden; jedoch sind die Bezirke, die sich gegen den Streik erklärt haben, in der Mehrheit geblieben.

Nach einer Meldung des B. T. aus Augsburg hat das bayrische Generalstaatskommissariat die Vornahme einer Urabstimmung unter den Eisenbahnern dauernd verboten. In Augsburg wurden die Büros und Wohnungen der Betriebsratsmitglieder durchsucht und das vorgefundene Material für die Urabstimmung beschlagnahmt. Die Funktionäre des Eisenbahnerverbandes wurden in einem Wahllokal verhaftet.

Zum Beamtenabbau.

Entgegen den Pressemeldungen, welche die Behauptung aufstellen, daß im Reichsfinanzministerium eine Erhöhung des Satzes der abzubauenden Beamten auf 35 Prozent geplant werde, hören die Blätter von unterrichteter Seite, daß an den Meldungen nichts Wahres ist. Gleichfalls wird in Abrede gestellt, daß bei dem Abbau eine Auswahl auf Grund der politischen Einstellung der Beamten erfolge. Das Endziel des Abbaues sei und bleibe eine Verminderung der Beamtenzahl um 25 Prozent.

Arbeit und Lohn der Erwerbslosen.

Berlin, 28. Jan. Die Erwerbslosen sind verpflichtet, gegen ihre Unterstützung gemeinnützige Arbeiten, insbesondere Notstandsarbeiten, zu leisten. Sie erhalten dann gewisse Zuschläge zur Unterstützung. Diese Zuschläge sind jetzt in der Weise erhöht worden, daß jeder Erwerbslose für je acht Stunden, die er mehr als 24 Stunden Arbeit leistet, dreißig Prozent Zuschlag zur Hauptunterstützung erhält. Bei schweren Arbeiten kann der Zuschlag schon nach 16 Stunden bezahlt werden. Für Facharbeiter ist eine besondere Prämie von 10 Prozent des Hauptunterstützungssatzes pro Tag eingeführt worden. Außerdem ist bei besonders guten und besonders schwierigen Leistungen eine Prämie von fünf Prozent täglich festgesetzt worden.

In der Vossischen Ztg. wird als Ursache der Aufrufung des preußischen Goldnotengeldes das Auftauchen von Fälschungen bezeichnet, die echten Stücken täuschend ähnlich sind. Die betreffende Fälscherwerkstatt arbeitet mit Wasserzeichenpapier und anscheinend auch mit einer gestohlenen Platte.

Exequatur an den brasil. Vizekonsul.

Frankfurt a. M., 28. Jan. Dem Vizekonsul Staub-Zuberbühler ist seitens des Reiches das Exequatur erteilt worden. Zum Konsular-Agenten ist Herr Karl Hill bestellt. Die Amtsräume des Konsulats befinden sich Reuterweg 65 part. Der Amtsbezirk umfaßt die Provinzen Hessen-Nassau (mit Ausnahme von Wiesbaden mit Land-kreis), Freistaat Hessen, sowie die Pfalz. Das Konsulat erteilt das Paßvisum für Auswanderer, Auskünfte, die Legalisierung der für den Export erforderlichen Konsulatsfakturen sowie Beglaubigungen aller Dokumente, die Rechtskraft in Brasilien haben müssen. Die im Konsulatsbezirk wohnhaften brasilianischen Staatsangehörigen werden aufgefordert, sich wegen ihrer Immatrikulation auf dem Konsulat zu melden.

Bayern

Graf Kanitz in München.

München, 28. Jan. Der heute in München eingetroffene Reichsernährungsminister Graf Kanitz hat den Minister für Landwirtschaft Dr. Helling besucht. Im Landwirtschaftsministerium hatte Kanitz Gelegenheit zu einer Zusammenkunft mit maßgebenden Kreisen der bayerischen Landwirtschaft und zu einer Besprechung verschiedener Tages- und Standesfragen.

Aus dem besetzten Gebiet

Keine Rheinisch-Westfälische Bank.

Berlin, 28. Jan. Nachdem Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit günstigen Aussichten für die Gründung der neuen deutschen Goldnotenbank aus Paris zurückgekehrt ist, hat die Reichsregierung Herrn Geheimrat Dr. Louis Hagen gebeten, er möge seine Bemühungen um die Gründung einer besonderen Rheinisch-Westfälischen Notenbank einstellen. Daraufhin ist laut Köln. Ztg. bereits ein Anmeldeschreiben des Geheimrats Hagen eingegangen, mit welchem er mitteilt, daß das bereits geschehen sei.

Ueberwachung des Beamtenabbaus.

Düsseldorf, 28. Jan. Der Kommandierende General Degoutte hat eine Verfügung zum Beamtenabbau im besetzten Ruhrgebiet und im Brückenkopf Düsseldorf den leitenden Stellen der deutschen Behörden zugehen lassen. Danach hat er beschlossen, sich der Durchführung der Reichsverordnung vom 27. Oktober 1923 über den Abbau der Beamten und Angestellten unter folgenden Vorbehalten nicht zu widersetzen: Durch die Divisionskommandeure und den Kommandierenden General wird eine Ueberwachung der auf Grund der Reichsverordnung durchzuführenden Entlassungen ausgeübt. Zu diesem Zweck müssen sämtliche erforderlichen Angaben über die entlassenen Beamten und Angestellten, gleichzeitig auch der Entlassungsplan (Abbauplan) durch die zuständigen deutschen Behörden den Militärbehörden zugestellt werden.

Die Arbeitslage im Westen.

Elberfeld, 28. Jan. Die Ausstandsbewegung im Wuppertal dauert unverändert an. Die Metall- und Textilarbeiter, die Fuhrleute, Kraftwagenführer und Buchbinder haben noch nirgends die Arbeit wieder aufgenommen. Die Urabstimmung der Textilarbeiter über die Abmachungen, die bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Schiedsspruch getroffen wurden, ist auf morgen nachmittag verschoben worden. Inzwischen hat sich die Lage dahin etwas verändert, daß nunmehr auch die Gefahr besteht, daß das Personal der Barmer städtischen Straßenbahn, der Bergbahn sowie die Gemeindearbeiter des Gas- und Wasserwerkes sich der Ausstandsbewegung anschließen. Hierüber dürfte morgen die Entscheidung fallen.

Oesterreich

Drahtlos London—Wien.

Der Radio-Verkehr zwischen London und Wien wurde offiziell am 12. Januar aufgenommen. Der Dienst geschieht durch die „Oesterr. Marconi-Gesellschaft" in Verbindung mit „Marconis Wireless Telegraph Co.". Die Uebertragung vom Radio House in London geht über die Nachrichtenstation in Ongar nach Laerberg, wo die Sendungen automatisch nach Wien weitergegeben werden. Die Verbindung von Wien erfolgt über Deutsch-Altenburg. Die Uebersendung von Meldungen von London nach Wien dauert 15 Minuten, die Gebühren sind dieselben wie für Landlinientelegraphie. Ein drahtloser Dienst zwischen Wien und Berlin ist ebenfalls eröffnet worden.

Frankreich

Aus der franz. Kammer.

Paris, 29. Jan. Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 428 gegen 152 Stimmen die Eröffnung der sachlichen Diskussion über die einzelnen Regierungsvorschläge angenommen.

Von drei Kommunisten und einem Sozialisten wurden Anträge auf Vertagung der Debatte eingebracht. Als Erster ergriff der kommunistische Abgeordnete Loon das Wort. Dann sprach Cachin. Er bemängelte die Finanzmaßnahmen der Regierung und kam ausführlich auf das Ruhrproblem zu sprechen. „Wir müssen auf diese Prestigepolitik verzichten," so führte er aus. „Das Beste ist, wenn wir die Ruhr verlassen, die uns teuer zu stehen kommt und nichts einbringt." (Stimmen auf der Rechten: „Das würde Deutschland so passen!") Der Antrag Cachins auf Vertagung wurde abgelehnt.

Als dritter Redner meldete sich der Kommunist Renaud zum Wort. Er beantragte gleichfalls Aufschiebung der Debatte bis zur Aufstellung der Statistik des französischen Finanzministeriums. Seine Partei werde sich mit aller Kraft der Vorlage widersetzen, die an die Ansichten Mussolinis erinnere. Der Vertagungsantrag dieses Abgeordneten wurde mit 480 gegen 78 Stimmen zurückgewiesen.

Schließlich entwickelte der Sozialist Moulet die Begründung seines Vertagungsantrages. Er erklärte, daß das französische Volk nach Abhaltung der Neuwahlen über die Finanzmaßnahmen gefragt werden müsse.

England

Der englische Eisenbahnerausstand flaut ab.

London, 28. Jan. Der Ausstand der Eisenbahner nähert sich seinem Ende. Die Unterhandlungen wurden wieder aufgenommen, und zwar mit Aussicht auf Erfolg.

London, 28. Jan. Der Ausschuß des Komitees des Trade Unions-Kongresses besuchte das Hauptquartier des Verbandes der Lokomotivführer und hatte mit dem Exekutivkomitee dieses Verbandes eine Besprechung. Der Ausschuß machte dem Komitee gewisse Vorschläge und erlangte dessen Zustimmung zu einer Zusammenarbeit mit den Eisenbahndirektoren, die bereits gestern abend stattfand.

Balkan

Aus der serbischen Kammer.

Paris, 28. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Belgrad hat die Kammer nach Anhörung der Erklärungen des Finanzministers und des Kriegsministers vorgestern mit 103 gegen 64 Stimmen die geplante französische Anleihe in Höhe von 300 Millionen Francs gutgeheißen.

Kleine Meldungen

Unglück auf dem Eise.

Berlin, 27. Jan. (Wolff.) Auf der Havel bei Schildhorn brach ein Automobil ein, das eine Fahrt auf dem Eisen unternommen hatte, es versank an einer nur mit einer dünnen Eisschicht bedeckten Stelle. Der Führer des Fahrzeugs, Ingenieur Paul Paar, beabsichtigte, sich an den heutigen Rennen auf dem Wannsee zu beteiligen und wollte vorher die Strecke abfahren. Von den Insassen des Autos wird der Monteur Duda vermißt, die anderen konnten sich retten.

Drahtlose Nachricht vom Nordpol.

Eine drahtlose Nachricht von Kapitän McDonald dem Nordpolforscher, hat die Zenith Radio Gesellschaft in Chicago vom Bord der Bowdoin aus erhalten, welche mit Zenith-Apparaten ausgestattet ist. Das kleine Fahrzeug ist gegenwärtig in der arktischen Nacht, 11½ Grad vom Nordpol entfernt, eingefroren. Dessen ungeachtet können die Mitglieder der Expedition die Vokal- und Instrumental-Musik, Reden, alle Ausstrahlung der Zivilisation hören.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 30. Jan. Da die Postanstalten in Coblenz aus Betriebsrücksichten keine Notgeldscheine der Stadt und des Kreises Coblenz mehr in Zahlung nehmen und auch den Umtausch des bei dem hiesigen Postamt aufgekommenen Notgeldes ablehnen, ist das Postamt gezwungen, die Annahme des Coblenzer Notgeldes von morgen ab ebenfalls einzustellen.

Bad Ems, 30. Jan. (Verkauf von Stalldünger.) Das städtische Besatzungsamt teilt mit, daß die Besatzungstruppe Stalldünger (Pferdemist) zu verkaufen hat. Kauflustige können sich im Hotel „de France" (Büro der Ortskommandantur) melden.

Sulzbach, 29. Jan. Eines neuen Bürgermeisters und eines neuen Gemeinderechners zugleich wird sich Sulzbach nun bald erfreuen können, nachdem beide Aemter längere Wochen unbesetzt waren. Schon Anfang Oktober legte der Landwirt Friedrich Pfeiffer das Amt eines Gemeinderechners nieder, das er länger als 10 Jahre mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue zur vollen Zufriedenheit seiner Behörde und der ganzen Gemeinde geführt hat. Nach drei Monaten erst hat sich in dem Sohn des Zurückgetretenen, Wilhelm Pfeiffer, jemand zur Uebernahme des verwaisten Postens gefunden. Die ganze Gemeinde bringt ihm volles Vertrauen entgegen. An seiner Bestätigung dürfte nicht zu zweifeln sein. Mit Jahresbeginn trat auch unser seitheriger Bürgermeister Karl Meffert zurück, weil er bei der Veränderung der Arbeitszeit die Arbeiten des arbeitsreichen und undankbaren Bürgermeisteramtes nicht mehr bewältigen konnte. An seiner Stelle wurde sein lediger Bruder, der Landwirt Christian Meffert, einstimmig erkoren, ein Zeichen, daß man allgemein mit der Amtsführung des geschiedenen Bürgermeisters zufrieden war und in dem Neugewählten den Mann des allgemeinen Vertrauens gefunden hat.

Diez, 29. Jan. Freitag, den 1. Februar, findet im evang. Gemeindehaus abends 8 Uhr die Jahres- und Mitgliederversammlung des evangel. Männervereins statt. Auf derselben wird Bericht erstattet über die Tätigkeit des Vereins im letzten Jahr; es finden die erforderlichen Ersatzwahlen statt. An das Geschäftliche soll sich ein Vortrag des Herrn Dekan Wilhelmi über die deutsche Lutherbibel anschließen.

Diez, 29. Jan. Der am Samstag abend stattgefundene Familienabend der Freiwilligen Feuerwehr verlief sehr nett. Der vergrößerte Saal im Gasthaus Bremser faßte kaum die zahlreich erschienen Mitglieder und Angehörige. Zum erstenmale trat die neugegründete Streichabteilung der Feuerwehrkapelle in die Oeffentlichkeit und hat mit ihren Leistungen alle Erwartungen übertroffen. Das gut gewählte Programm zeigte das tadellose Zusammenarbeiten der einzelnen Instrumente, wenn auch erst im November vorigen Jahres die Kapelle sich zusammengefunden hat. Herr Kommandant P. Walther dankte am Schluß des Konzertes und sprach seine Befriedigung über die zahlreich erschienen Zuhörer aus. Ist es doch ein Beweis, daß bei einer Feier der Wehr keiner fehlen will. — Bis in die frühen Morgenstunden hielt der übliche Tanz die Mitglieder zusammen. Jeder schied mit dem Bewußtsein, frohe Stunden verlebt zu haben. Wir hoffen die neugegründete Kapelle im Interesse der Allgemeinheit, zur Pflege guter Musik oft zu hören.

Oberlahnstein, 27. Jan. Vor 600 Jahren verlieh Kaiser Ludwig der Bayer dem Orte das Stadtrecht. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse hat die Stadtverwaltung beschlossen, die Feierlichkeiten in das Frühjahr zu verlegen. Das gleiche Jubiläum feiert auch die Stadt Braubach.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Coblenz, 27. Jan. Die Eisgefahr auf dem Rhein ist jetzt nach einer vollen Woche anscheinend vorüber. Am späten Abend des Samstages, den 19. Januar, begann das Ablaufen des ungewöhnlich starken Lahneises, das der Schiffbrücke schweren Schaden zufügte. In der Nacht von Sonntag auf Montag polterte das Eis derart gegen die Schiffbrücke, daß man alle Augenblicke das Mitreißen der Brücke befürchten mußte, weshalb auch das gesamte Brückenpersonal nebst Vertretern der maßgebenden Behörden die ganze Nacht über ununterbrochen auf der Brücke selbst bereit waren, um eingreifen zu können, da ein Abfahren ganz unmöglich war. Auch zwei Dampfer lagen ständig bereit. Da inzwischen auch das Maineis im Anzuge war, so wurde die beschädigte Schiffbrücke noch in der Nacht von Montag auf Dienstag ganz abgefahren, da sonst eine Katastrophe unvermeidlich gewesen wäre. Das Vorbeitreiben des Maineises begann am Dienstag mittag und dauerte mehrere Tage, während auch noch Lahneis sowie Eis von der Nahe zwischendurch kam. Sogar das Neckareis vermochte sich selbst hier noch zu behaupten, da zwischendurch strenge Kälte vorübergehend wieder eingetreten war. Als am Samstag vormittag mit dem Wiedereinfahren der Schiffbrücke begonnen wurde, zur größten Freude der Bevölkerung, da trieb immer noch ziemlich viel Eis, wenn die Blöcke auch nur klein waren; desto dicker aber waren sie. Am Nachmittag kamen nur noch ganz vereinzelt Schollen und jetzt ist der Rhein klar.

Coblenz, 28. Jan. (Geldscheinfälscher festgenommen.) Zwei Personen von auswärts wurden am Montag abend festgenommen, die im Besitze vor mehreren gefälschten 50 Billionen-Scheinen waren und versuchten, die Scheine in Coblenz an den Mann zu bringen. In einem Falle ist ihnen dieses auch gelungen. Die Fälschung wurde aber sofort bemerkt, so daß die geschädigte Person die Festnahme der beiden Betrüger bezw. Falschmünzer veranlassen konnte.

Braubach, 29. Jan. (Verkehrshindernis.) Auf der Straße Braubach-Ems unmittelbar am Nordausgang der Stadt bei der Antimonhütte beginnen Umgrabungen von Wasserleitungsrohren, wodurch Fuhrwerke und Autos nicht verkehren können. Die Arbeiten dauern etwa 14 Tage. Durch einen Nebenweg, parallel der Straße, können Fuhrwerke und Autos umgeleitet werden.

Andernach, 26. Jan. Heute hat am hiesigen Gymnasium die Reifeprüfung begonnen, der sich 16 Oberprimaner unterziehen

Niederwendig, 26. Jan. Dieser Tage wurde abends gegen 9 Uhr ein hiesiger Einwohner auf dem Wege nach seiner Wohnung in der Bahnstraße von drei Männern von auswärts überfallen und schwer mißhandelt. Der Bedauernswerte, der schwere Wunden am Kopfe erlitt, mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Nachträglich wird ein zweiter Ueberfall gemeldet, bei dem dieselben Täter in Betracht kommen.

Ahrweiler, 26. Jan. Ein Steuerzahler machte dieser Tage dem hiesigen Finanzamt seine besondere Visite. Er brachte zur Zahlung seiner Umsatzsteuer einen großen Sack voller Geldscheine mit, zu dessen Transport er sich noch eine Hilfskraft mitgebracht hatte. Das Finanzamt, sonst so bereitwillig im Empfang von Steuern, weigerte diesmal, die Steuerzahlung zu quittieren, indem es bemerkte, es habe keine Verwendung mehr für — „kleine" Geldscheine, deren der Sack anscheinend enthalte. Frohgemut zog der Steuerzahler schließlich mit seinem Geldsack wieder ab; er soll an der Steuerzahlung vorbeigekommen sein, da er, wie es heißt, eingehend nachgewiesen habe, nicht im Besitz „großer" Geldscheine zu sein.

Ahrweiler, 26. Jan. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag stand auf einmal die Schulbaracke (Altenbau), in der seit einiger Zeit die Volksspeisung

Die Herweghs

1 Roman von Liesbet Dill.

Nach dem Tode des Vaters, der ihn in der Garnison Saarlouis ereilt hatte, waren die Herweghs auf Veranlassung des Generals von Ludwiger, eines alten Freundes der Familie, in Frau von Herweghs Heimatstadt zurückgekehrt, an ihren geliebten Rhein, nach dem sie in allen norddeutschen und westlichen Garnisonen Heimweh gehabt und Ernst, der seiner Mutter hilfend zur Seite stand, hatte den Umzug geleitet.

Dieser Umzug vollzog sich mit allerlei Unglücken und in einem großen Durcheinander und war von einem nächtlichen Diebstahl gekrönt, der bis heute noch nicht aufgeklärt war. Der Möbelwagen war gerade fortgefahren, man hatte sich, so gut es ging, auf Sofas und Sesseln für die Nacht eingerichtet, als kurz nach Mitternacht Frau von Herwegh plötzlich das Haus alarmierte, sie hatte ein Geräusch im Salon gehört, war aufgestanden und fand ihren Schreibtisch geöffnet und aus der Kasse elf zweitausend Mark gestohlen. Der Dieb hatte die Schublade nicht zu erbrechen nötig gehabt, denn der Schlüssel hing daran. Da es September war und noch warm, hatten die Fenster nach der Straße offen gestanden, der Einbrecher war offenbar über den Vorgarten durch das Fenster eingestiegen und hatte sich auch auf diesem Wege lautlos entfernt. Es mußte ein guter Turner gewesen sein, denn er hatte nicht einmal Fußspuren im Gartensand hinterlassen.

Alles kam zusammengelaufen in Nachtkleidern und Pantoffeln, Generals und die Hausbesitzerin Fräulein Schmidt erschienen, letztere in ihrer Nachtjacke, um entsetzt die Tatsache zu konstatieren, daß in einem ihrer Häuser eingebrochen war. Der Dieb blieb spurlos verschwunden, obwohl der General sich bei Morgengrauen mit Ernst auf die Polizei begab, und Frau von Herwegh leitete die Ursache ihres Herzleidens, das in starkem Herzklopfen bei jeder Gemütsbewegung bestand, nur aus jenen Tagen der gerichtlichen Vernehmungen und der Besuche von Wachtmeistern und Kriminalbeamten her. Es kam nur ein fremder Dieb in Betracht, das Haus hatte keine Hausmannsleute, Generals waren ohne Köchin, und Trina stand über jeden Verdacht erhaben da; sie war ein frommes Mädchen, das keine Messe versäumte, und die Hausbesitzerin lebte mit ihrer Katze allein im zweiten Stock und hielt sich keine Bedienung.

Dieser Diebstahl bedeutete einen großen Eingriff in das Budget der Majorin, die auf ihre Pension und die Zinsen ihres Kapitals angewiesen war, und er hatte Ernsts sorgsame Berechnungen über die Vermögensverwaltung über den Haufen geworfen. Es war seitdem nie mehr zu einem ordentlichen Abschluß gekommen, sie wirtschafteten so gut es ging.

Man hatte so viele Bekannte hier vorgefunden, daß jeder in seinem eigenen Kreis für sich lebte. Mit wem Lux Tennis spielte, was für eine Persönlichkeit diese sagenhafte Gräfin Tessy mit ihren drei Männern war, was für Freunde Herbert hatte, was Ernst in seiner Mansarde trieb und worum er seinen Kopf, der mit Examenarbeiten angefüllt war, auch noch tagsüber einem geriebenen Anwalt zur Verfügung stellte, wußte seine Mutter kaum. Sie war immer beschäftigt mit ihren Besuchen und Gästen und Lianes Schneiderei, mit Anproben und Einkäufen in der Stadt, sie sah ihre Kinder eigentlich nur zu den Mahlzeiten.

Und dann waren sie meist nicht einmal vollzählig vorhanden.

Sie ahnte nicht, daß Ernst seit einigen Monaten heimlich verlobt war, und nichts von jener Kurhausredoute, auf der er Grete Kollin kennen gelernt hatte. Nur Trina wußte davon, denn sie hatte ihm die goldenen Knöpfe an den Frack genäht, aber sie war ein verschwiegenes Mädchen. Dieses Geheimnis lastete auf Ernst. Er hätte sein Glück am liebsten aller Welt, besonders aber seiner Mutter mitgeteilt, aber Grete warnte. „Du bist nur ein Referendar." Man mußte mehr sein, um ihrem Vater zu imponieren, diesem reichen Weinhändler, den man meist in Hemdsärmeln in seinem Hof zwischen den dicken Fässern mit den Hausknechten wettern hörte. „Ja, wenn du Rechtsanwalt wärest..." Die verdienten doch wenigstens. Aber dazu konnte sich Ernst nicht entschließen. Die kaufmännische Juristerei lag ihm nicht. Das sah er täglich auf dem Ehrlichschen Büro. Wenn er das kleine Gehalt, das er dort bezog, nicht so dringend nötig gehabt hätte, er hatte diesem Handwerk heute noch den Rücken gekehrt.

Schon als Gymnasiast hatte er sich mit Stundengeben seine Anzüge verdient, als Student hatte er in München seinem Wirt Flötenunterricht gegeben, er spielte alle Instrumente wie ein Zigeuner, ohne rechte Methode, aber es gab Schüler, die von keinem anderen unterrichtet sein wollten wie von Herwegh. Immer hatte er im Zwange gelebt, nebenher zu verdienen. Weiß Gott, wie sein Bruder Lux auskam, ohne Stunden zu geben. Der hatte immer Geld.

Trina fragte, ob sie abdecken könne.

„Ja, nehmen Sie das Götterwahl fort."

Ernst begab sich an das Klavier. Er warf die „Hochzeit von Trotteg" auf das Sofa, entrollte in freudiger Hast seine Noten und begann das erste Präludium der englischen Suiten von Bach.

Er begann stets mit Bach. Ueber diesen alten Meister ging ihm nichts, er verdankte ihm die Vertiefung seiner musikalischen Kunst, seine Fingerfertigkeit und die Klarheit seines Vortrages. Er war nicht immer aufgelegt, Chopin zu spielen oder Brahms, aber immer zu Bach.

Sobald der erste Ton erklang, lichtete sich das Chaos seiner Gedanken, er ward ruhig. Die Welt lag plötzlich vor ihm in einem schimmernden Glanz, die Sorgen schienen weit entrückt; alles, was ihn bedrängte, verblich, alles Dunkle verschwand.

Er dachte an „Sie..." die Künstlerin, vor deren Spiel er sich immer schämte, weil ihm der Tag keine Zeit ließ, ihr nachzueifern... Er träumte, daß er dort oben in ihrem Zimmer neben ihr saß und ihr lauschte. Was er trieb, war Dilettantismus, aber sie spielte vollendet, mit einer Reife, die er vergeblich mit ihren achtzehn Jahren zusammenzureimen versuchte.

„Wie könnt ich schweigen, nun du gekommen,
Nun unerwartet und gegen mein Hoffen ich
Dich erblicke..."

Er war, fast ohne es zu wissen, von „Erotikon" übergegangen, „Elektra..." Wie Feuerwogen lief es über die Tasten, mit halb geschlossenen Augen spielte er. Schmachtend erklang Adonis Klage unter seinen Händen...

„Bleibe mir, armer Adonis, noch einmal laß
dich erreichen" —

„Guten Abend, Ernst," sagte plötzlich eine weiche Frauenstimme, und seine Mutter stand vor ihm im hellen Abendmantel, einen Spitzenschal über den blonden Haar, frische Kamelien an der Taille. Sie brachte einen Hauch von Theaterluft im Fächer mit.

„Nun, wie war's Mama?" Er drehte sich auf dem Klavierschemel um.

„Ach, die ewige Agathe und die alte Wolfsschlucht," sagte sie, während sie vor dem Spiegel ihre Sachen ablegte. „Man sollte niemals das wiedersehen, für das man sich mit siebzehn Jahren begeistert hat. Es war eine Enttäuschung wie neulich mit Malkowsky. Ich hatte mich so darauf gefreut, ihn wiederzusehen, und als ich hinkam, war es ein alter Grillparzer in Versen..."

„Du sagst Verse, Mama, als ob das etwas Fürterliches sei —"

„Nun ja, ich bin keine romantische Natur. Ich hasse Stücke, die im Freien spielen. Schon als es so grünlich unter dem Vorhang wurde, ahnte ich gleich, es würde in Kerkern spielen oder unter einer Linde, und als der Vorhang aufging, saß der Mann in einem Tigerfell in einer Höhle und deklamierte. Das nächste Mal kann Tante Betty ihre Plätze allein absitzen."

(Fortsetzung folgt.)

kliche untergebracht war, in hellen Flammen. Das Feuer fand an den trockenen Holzwänden und dem trockenen Dachgebälk überaus reiche Nahrung, so daß die Feuerwehr nur mit großer Mühe des Feuers Herr werden konnte. Es gelang ihr, einen Teil des Nordflügels der Baracke, der als Notwohnung eingerichtet war, noch einigermaßen zu retten. Der Inhaber der Notwohnung wurde arg geschädigt. Ein beträchtlicher Teil seiner Habe ging verloren. Sonst sank von der Baracke alles in Asche und Trümmer.

Lorch, 29. Jan. In dem reichen Bauerndorfe N. unweit von St. Goarshausen lebte ein echter Nassauer der sich so leicht kein X für ein U vormachen ließ. Als Beweis dafür möge folgendes Geschichtchen dienen, welches den Vorzug hat, auch wahr zu sein. In seinem Holzschuppen hatte er eine große Menge klein geschnittenes Buchenholz aufgeschichtet. Wenn auch dort wenig mit Steinkohle gefeuert wird, so merkte doch der scharfsinnige Bauer, daß auch Unberechtigte von seinen Holzvorräten ihre Oefen heizten, denn der Haufen nahm namentlich in den letzten Tagen, ganz bedenklich ab. Es müßte schon ein Bekannter sein, den das fremde Holz zum Holen lockte, meinte der Bauer, denn einem anderen verwehrte der wachsame Hofhund den Zutritt zu dem Anwesen. Dem wollen wir doch auf die Spur kommen, dachte der Bauer und nach kurzem Ueberlegen kam er auf einen genialen Gedanken. Er war nämlich Steinbruchbesitzer und als solcher auch im Besitze von Sprengpulver. Er bohrte einige Holzstücke an, versah sie mit einer gehörigen Sprengladung und keilte darauf die Bohrung wieder so zu, daß nur der Eingeweihte sie entdecken konnte. Mit Blaustift wurden die gefährlichen Stücke außerdem gezeichnet und nur der Bauer selbst holte den Tagesbedarf für sein Haus aus dem Schuppen. Ich werde den Dieb schon kriegen, denkt der Bauer. Mehrere Tage vergingen, der Dieb aber war noch nicht festgestellt. Da begegnete ihm bald darauf sein Schwager, mit dem Fuhrwerk von St. Goarshausen kommend, auf dem Wagen stand ein funkelnagelneuer Herd. „De alte hat nix mehr getaacht," erklärte der Schwager, „eich hunn mehr en annern kaaft." „So, so," sagte der alte Nassauer und ahnte nun, wer der Holzdieb war. Herausgebracht hätte er es doch nicht, hätte nicht die alte Jakobine bei einem Besuche eine schreckliche Geschichte erzählt. „Eich hunn," so erzählte sie, „des Morjens noch im Bett gelehe und de Hannes war in de Küch un hot de Kaffee gekocht. Uff amol du tuts en Schlag, daß ich gemahnt hunn, des Haus werd 'mer üwerm Kopp zesamme sterze. Außem Bett unn in die Küch war ans. De ganze Herd war in hunnert Stücker, de Glasschrank kaput, die Fensterscheiwe unn mei gut Poorzellandippe zerbroche, de Kaffeekessel awer de lag owe uffem Glasschrank unn de Hannes halbdot unner de Trepp. Met Essig hunn eichen angewäsche. Sei erscht Wort war, es muß falsch Luft im Herd gewese sei, denn er is erplodeert. Noher sahre noch, mer solle nix drüwer redde, awer eich, de näächst Verwandtschaft, kann ichs so erzähle." Gesprochen hat der echte Nassauer über die Sache jahrelang nicht, aber gelegentlich einer schweren Sitzung hat er doch die Geschichte erzählt.

Höchst a. M., 26. Jan. (Um das Höchster Schloß.) Das unter Denkmalsschutz stehende Höchster Schloß ging vor längeren Jahren aus dem Besitz des Reichsfiskus durch Kauf in das Eigentum der v. Brüning'schen Familienstiftung über, nachdem die Stadt Höchst auf den ihr zustehenden Ankauf verzichtet hatte. Nun hat sich aber die Familie Brüning schon seit langem nicht mehr um das Anwesen gekümmert. Die Folge ist, daß das Dach durchlöchert ist und die Balken verfaulen und daß der Aufenthalt im Gebäude mit Lebensgefahr verbunden ist. Die Polizeiverwaltung Höchst hat den Eigentümern die Aufforderung auf Wiederherstellung des Gebäudes zugestellt. Die von der Familie Brüning dagegen erhobene Widerklage wurde jetzt vom Bezirksausschuß zu Wiesbaden abgewiesen.

Aus dem Westerwald, 26. Jan. (Vom Starkstrom getötet.) Bei Emmerichenhain kam der Monteur Emil Flick aus Westerburg mit der Starkstromleitung in Berührung und wurde sofort getötet.

Aus dem Wirtschaftsleben

Frankfurt a. M., 28. Jan. (Wolff.) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß von den Hessischen Dollar-Schatzanweisungen nur diejenigen Stücke hier lieferbar sind, die den Aufdruck tragen: „Die hessische Landesbank hat die selbstschuldnerische Bürgschaft gegen Verpfändung von staatl. Waldbesitz übernommen." Die außerdem im Umlauf befindlichen Hessischen Dollar-Schatzanweisungen vom 1. Dezember 1923 sind nicht lieferbar.

Frankfurt a. M., 28. Jan. (Wolff.) Mit Wirkung vom 30. Januar 1924 werden zur Notierung mit veränderlichen Kursen 4proz. Bad. Staatsanleihe von 1901, 1919, 1908/14 zugelassen Mindestbetrag Mk. 10 000 und weitere durch Mk. 5000 teilbare Beträge.

Berlin, 27. Jan. Die Deutsche Rentenbank teilt mit: Nach § 2 der Rentenbankverordnung sind das Kapital und die Grundrücklage der Rentenbank zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft auf der einen Seite, von Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Banken auf der anderen Seite aufzubringen. Die Landwirtschaft ist nach den Vorschriften der Verordnung mit 4 pCt. des Grundstückswertes belastet. Die Last ist mit 6 pCt. zu verzinsen. In Höhe desselben Goldmarkbetrages, wie ihn die Landwirtschaft insgesamt als Sicherheit stellt, sind Industrie, Handel, Gewerbe und Banken heranzuziehen. Die Verteilung dieses Betrages hat nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen eine Prozentbelastung der industriellen Betriebsvermögen ergeben, die nicht niedriger ist als die 4prozentige Grundschuldsbelastung bei den landwirtschaftlichen Grundvermögen.

Ueber die Errechnung der Industrie-Umlage und ihre Verteilung auf die einzelnen Unternehmungen besteht Einverständnis zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Verwaltungsrat der Rentenbank. Die Finanzämter sind entsprechend angewiesen und bereits damit beschäftigt, nach Maßgabe dieser Berechnungen die Schuldverschreibungen für die Rentenbank ausfertigen zu lassen. Im übrigen sind die Arbeiten der Finanzämter bereits soweit vorgeschritten, daß mit ihrem Abschluß, auch soweit die Belastung der Landwirtschaft in Betracht kommt, Ende Februar dieses Jahres etwa gerechnet werden kann. Dieser frühere Zeitpunkt ist gewählt worden, damit der pünktliche Zinseingang zum 1. April d. Js. für die Rentenbank sichergestellt wird.

Börse und Handel

Berlin, 28. Jan. Börsenstimmungsbild. Die bessere Stimmung in Börsenkreisen, wozu schon kräftige Ansätze bereits in der vergangenen Woche hervortraten, macht sich heute stärker bemerkbar. Zu Beginn herrschte auf allen Umsatzgebieten offenbar ziemlich rege Kauflust, seitens der Spekulation, was den Kreis der Papiere, die Kurssteigerungen erfuhren, wesentlich erweiterte. Das Geschäft erfuhr damit auch eine nicht unerhebliche Belebung. Die Kurssteigerungen hielten sich allerdings noch immer in ziemlich mäßigen Grenzen.

Besserungen um 3 bis 4 Prozent bildeten bei schweren Montanwerten so ziemlich das Höchstmaß. Darüber hinausgehende Gewinne hatten Humboldt Maschinen zu verzeichnen, die von 27½ auf 38½ stiegen und ferner Stettiner Vulkan mit einer Erhöhung um 6 Billionen Prozent. Auch Deutsche Kaliaktien sind als wesentlich besser hervorzuheben Lebhaft gestalteten sich die Umsätze in Bankaktien. Besonders Berliner Handelsgesellschaft waren beliebt und wurden weiterhin in die Höhe gesetzt. Das Geschäft wurde im Verlaufe zwar ruhiger, weil die Gefolgschaft bei dem Berliner Privatpublikum fehlte; die günstige Stimmung konnte sich aber behaupten, zumal die Flüssigkeit des Geldstandes anhielt.

Berlin, 28. Jan. (Wolff.) Goldanleihe 4200, Dollarschatzanweisungen —.

Berlin, 28. Jan. (Wolff.) Produktenbericht. Am Produktenmarkt machte sich heute die gleiche Lustlosigkeit wie in der Vorwoche bemerkbar. Bei reichlichem Angebot blieben die Käufer aus. Die Mühlen beobachteten Zurückhaltung infolge des schlechten Mehlgeschäfts. Gerste war nur in guter Brauware verlangt. Von Hafer konnte eingetroffene Ware an den Konsum billiger abgegeben werden, als wie ihn der Großhandel beschaffen kann. Auch in Hülsenfrüchten und Sämereien hat das Angebot zugenommen.

Wiesbadener Viehmarkt vom 28. Jan. Aufgetrieben waren 8 Ochsen, 22 Bullen, 36 Kühe und Färsen, 67 Kälber, 18 Schafe, 220 Schweine. Marktverlauf: Allgemein ruhiges Geschäft, Markt langsam geräumt. An Preisen wurden (1 Pfund Lebendgewicht) in Grundmark notiert: Ochsen 30—43 Pfg., Bullen 28—36 Pfg., Färsen und Kühe 15—43 Pfg., Kälber 40—60 Pfg., Schafe 22—40 Pfg., Schweine 58—65 Pfg., unreine Sauen und geschnittene Eber 50—54 Pfg.

Mainz, 26. Jan. (Warenbörse) An der gestrigen Börse wurden folgende Großhandels-Einstandspreise in Festmark per 100 Kilo loco Mainz festgestellt: Weizen 17—18, Roggen 16—17, Hafer 14,50—15,50, Braugerste 17,50—18, Weizenmehl 0 29—31, Roggenmehl 01 25—26, Roggenmehl 0 26—28, Weizenkleie 8,50—9, Roggenkleie 8 bis 8,50, Weizenfuttermehl 10—14, Rotklee inl. 140—160, Luzerne ital. 140—160, Rotklee ital. 140—160, Esparsette 40—45, Provencer Luzerne 150—170, Kleeheu 8,50—9, Wiesenheu 8,50—9, Hafer- und Roggenstroh 2—3, Roggenhanddruschstroh 3,20—3,60. Tendenz: Die Angebote waren sehr reichlich. Die Geschäftstätigkeit hat sich aber dennoch nicht sehr entwickelt.

Vermischte Nachrichten

Glücklich abgelaufene Gefahr.

Kopenhagen, 27. Jan. Auf dem gefrorenen Oeresund hatte sich heute eine große Anzahl Menschen begeben. Da vom Lande starker Westwind wehte, war das Betreten des Eises mit großer Gefahr verbunden. Als sich trotz der Warnung der Fischer gegen 4 Uhr nachmittags noch mehrere hundert Menschen auf dem Eise befanden, riß sich plötzlich mit einem ohrenbetäubendem Knall das Eis bei Hellerup los und trieb in den Sund hinaus. Fischerbooten und einem Kopenhagener Handelsdampfer gelang es, sämtliche Personen, die sich auf dem treibenden Eise befanden, zu retten, auch die ins Wasser gefallenen Personen konnten aufgefischt werden.

Bergwerksunglück in Pennsylvanien.

Newyork, 27. Jan. Nach einer Meldung aus Shankiowin (Pennsylvanien) sind infolge einer schweren Explosion im Bergwerk etwa 40 Bergleute von der Außenwelt abgeschnitten.

Feier am Geburtstag Emile Zolas

Paris, 27. Jan. Heute vormittag wurde am Geburtshaus Emile Zolas eine Gedenktafel angebracht; anschließend fand eine schlichte Feier statt.

Der Winter in Newyork.

Newyork, 27. Jan. Infolge der außerordentlich strengen Kälte sind im Staate Newyork die Schulen und öffentlichen Gebäude geschlossen.

Erdbeben.

London, 28. Jan. Aus Lima (Peru) werden heftige Erdstöße gemeldet. Mehrere Gebäude stürzten ein.

Neues aus aller Welt

Berlin, 26. Jan. Im Frühjahr 1923 verunglückten in Aracaty im brasilianischen Bundesstaat Ceara die beiden deutschen Flieger Werner Junkers und Hermann Müller. Eine seinerzeit zu diesem Zweck gebildete brasilianische Kommission hat jetzt zu Ehren der verunglückten Flieger eine Denkschrift veröffentlicht. Die würdig und geschmackvoll ausgestattete Denkschrift, an der u. a. auch der Präsident des Staates Maranhao mitgearbeitet hat, stellt nicht nur eine Huldigung für die beiden Pioniere deutscher Technik dar, sondern gibt auch beredtes Zeugnis von der in Brasilien zunehmenden Freundschaft für Deutschland.

Selbst die letzte Fahrt — eine Irrfahrt. Vor kurzem starb ein rumänischer Advokat in Siebenbürgen. Seine Angehörigen wollten die sterblichen Ueberreste in die Heimat überführen lassen und besorgten den üblichen plombierten Leichenwagen. Am nächsten Tage sollte der Tote mit dem fahrplanmäßigen Zug in Pitesti, einer kleinen Stadt Rumäniens eintreffen. Die Verwandten und Freunde des Verstorbenen hatten sich pünktlich am Bahnhof versammelt, sogar eine Musikkapelle war aufmarschiert, die beim Einfahren des Zuges einen pompösen Choral anstimmte. Aber als man den plombierten Waggon abkoppeln wollte, bemerkte man, daß er nicht da war. Man hatte ihn irrtümlich in einer Umsteigestation nach Bukarest umrangiert. Telegramme flogen hin und her, und so gelang es nach einigen Tagen, den Aufenthalt des Leichenwagens zu ermitteln. Er befand sich noch auf einem Nebengeleise des Bukarester Rangierbahnhofes. Man atmete auf und gab Auftrag, den Wagen mit dem nächsten Train nach Pitesti zu leiten. Aber weiß der Himmel, was an diesem Tage gerade vorgefallen war, der Waggon wurde wieder an einen falschen Zug angehängt, der diesmal gegen Kischinew raste. Merkwürdigerweise erlitt der Zug, der nach Pitesti fuhr, einen schweren Unfall, dem der Wagen mit dem Sarge infolge der neuerlichen Verwechselung glücklich entgangen war. Aber die gemütlichen Zustände auf den dortigen Eisenbahnen brachten es mit sich, daß man erst nach drei Wochen den Wagen in Czernowitz ermittelte. Nun aber setzten die Angehörigen des Verstorbenen Advokaten alle Hebel in Bewegung, um ihn endlich in sein Heimatstädtchen zu überführen; ein naher Verwandter reiste sogar nach Czernowitz. Unter seiner Aufsicht wurde der Waggon an den fahrplanmäßigen Schnellzug angekoppelt, und nun konnte die letzte Fahrt losgehen. Aber auch diesmal erreichte er seinen Bestimmungsort nicht. Denn unterwegs stieß der Eilzug mit einem Güterzug zusammen, wobei der Leichenwaggon total zertrümmert wurde. So kam der Tote schließlich durch das Eingreifen höherer Mächte zu seiner verdienten Ruhe.

Vom Büchertisch

Katholische Kulturarbeit. Der zerbrechende Götze des Materialismus weckt neue Sehnsucht nach Verinnerlichung und seelischer Erneuerung. Die krisenhafte Zeit verpflichtet uns Katholiken, die Empfänglichkeit der Gegenwart mit Ewigkeitswerten zu durchdringen und zu befruchten. Es ist erfreulich, daß unsere katholischen Verlage auch in Zeiten drohender Verarmung den Mut finden, ganz dieser Aufgabe zu dienen und reiches aufwärtsweisendes Gut zu bieten. Der Jahresbericht 1923 des Verlagshauses Herder u. Co. in Freiburg gibt die Uebersicht über eine erstaunliche Fülle katholischen Schrifttums und wirkt so zum Spiegel einer bedeutenden Kulturleistung im verflossenen Jahre. Da finden alle geistig Strebenden reichste Anregung: richtunggebende Werke aus Theologie und Philosophie durch die brennenden Fragen des aufgewühlten Heute, gemütstiefe Begleiter religiösen Lebens und gottinnige Führer im Wunderlande der Mystik und Liturgie; Bilder aus Welt und Wissen, Kernfragen der Politik vom katholischen Blickpunkt beleuchtet; dazu eine vielseitige schöne Literatur, die dem Kinde wie dem reifen Menschen, dem schlichten Volke wie dem anspruchsvollen Schöngeist Wertvolles zu bieten hat. Zahlreiche Neuauflagen machen auch frühere Werke wieder zugänglich. Auch die ausländische, englische, spanische und portugiesische Verlagstätigkeit des Welthauses Herder verdient als Pionierarbeit des Deutschtums besonders hervorgehoben zu werden. — (Der Jahresbericht wird Interessenten vom Verlag auf Wunsch kostenlos abgegeben.)

Hexenprozesse in Ems

(II)

Besonders belastend für Anna war auch, daß Hanß Neußen Hausfrau Maria vor Gericht aussagte, Anna habe am 29. Juni 1629, als die bevorstehende Verfolgung der Hexen bekannt geworden war, in ihrem Haus ihrem Manne gegenüber „grausam gemurrdt undt gesagtt: „Die Bluthundt, die Schelmen, die Blutdürstige, die hulen (holen) mich der erstl!"

Trotzdem aber gab sie zunächst keine der gegen sie erhobenen Beschuldigungen als wahr zu.

Als man ihr am 15. Augusst 1629 auf dem Emser Rathaus die geständige Schefers Els gegenüber stellte, fing Anna „von selbsten" an zu beteuern, „das sie in diesen (Hexen-) Sachen unschuldig seye, undt zwar also einmahl gescholtten worden, aber wegen der Kriegsleutten nichts gegen den andern ausführen können. In Gegenwart der Els befragt, ob sie nicht mitt bey Elsen Sohns Peters Kindtauf gewesen, sagt sie: Ja. Ferner gefragt, ob sie nicht iemandt einen rothen Drunck geben, fengt an, sich gar ungebärdig zu stellen undt zu schreyen: ob sie nun solte bezüchtiget werden, das sie iemandt ein Drunck vergeben? Davon ihr doch noch nichts vorgehalten gewesen. Hat nach ihrem Messer gegriffen, sagentt: wann man so bezüchtiget würde, sole einer sich selbsten das Messer ins Hertz stechen, deswegen die Cleger ihr das Messer genommen. Hatt mit solchem Ruffen continuiret, mitt Verwünschen undt Fluchen gantz und gar nicht anhören wollen, was man ihr vorhalten wollen. Als nun Els ihr ins Gesicht gesagtt, das sie, diese Anna, ihr, Elsen, die Materi in den Drunck, so sie bey ihres Sohns Kindtauf gebraucht, gegeben, eine Erbes gros, undt sollte dasselbe zureiben (zerreiben) undt sie nicht ahm ersten noch zum letzten drincken, sondern Treinchen, Arnolds Hessen Schwester, zum ersten undt letzten drincken lassen, hatt die Anna nur geruffen: Els liege (lüge) solches. Hat sie nicht reden lassen wollen, das man ihr vast das Maul zuzuhalten befehlen müssen. Undt wenn sie das Messer heite, wolte sie Elsen in Leib gestochen haben.

Hat Els ihr, Annen, ferner under Augen gesaget, das sie fünf Mahl (wie wol sie einmahl von drey Mahlen geredt) auf den Zauberdentzen mittgewesen; Anna rüfft nur: „Ihr ligtts!!" Ferner Els ihr, Annen, ins Gesicht geredt, das sie vor drey Iharenn mitt darbey gewesen, als sie durch den Frost die Frucht verderbtten. Anna aber wie vorhin leigend undt strafft Elsen Lügen. Under all dem Schreyen hatt man ir nicht einen Thran („Träne") aus den Augen fallen sehen."

Aus den Akten läßt sich leider nicht ersehen, wie lange Anna ihre Unschuld zu beteuern für gut hielt. Jedenfalls hat auch sie unter den Martern der Tortur, oder um diese zu umgehen, ein umfassendes Bekenntnis abgelegt.

Darin bekannte sie dann als wahr, „als sie bey Marquis Spinolae Durchzugk des Kriegsvolcks halben trauerigh oder bekümmert geweßen ist, .. damahls der Teüfel — Gott behüte uns — in Mansgestalt zu ihr kommen ist undt gesagett hatt, sie soll nicht trauerigh oder bekümmert sein, dann die Krieger kommen nichtt. Wiewohl nuhn der Teüffell damahls unverrichter Sachen von ihr gescheiden ist, so ist doch wahr, das uber ein Ihar hernacher, als sie abermahls der Krieger halben trauerigh undt bekümmert geweßen ist, er, der Teüffell, wiederumb zu ihr am Segtterich (Selterich) kommen ist undt gesagt hatt, sie soll nicht trauerigh oder bekümmert sein, dan er wolle ihr genungh geben, innaßen er ihr dan auch damahls zwen Reichsthaler, so gutt gewesen seyen, gegeben hatt. Item seye war, das, nachdem sie die zween Rthlr. vom Teüffell empfangen hatt, das er sie daruff bey den Heiligenstock für dem jungen Waldt geführet unndt haben wollen hatt, das sie Gott abschweren undt ihme zuschweren solle. Daruff erfolgt ist, das sie ganz gottloser Weiße Gott, ihrem Erschöpffer, Christo, ihrem Erlöser, undt dem heiligen Geist, irem Heiligmacher, abgeschworen undt dem leidigen Teufell zugeschworen undt gesaget hatt: sie wolle nun hienfüro Gott nicht mehe ahnruffen, sondern dem Teuffell vertrauen. Item seye war, das peinlich Beklagte es bey dießem erschrecklichen Abfall von Gott dem Allmechtigen nicht hatt verpleiben oder bewenden laßen, sondern Sünde mitt Sünde gehäuffet unndt ihrer Beständtnus undt Bekändtnus nach zu fünff underschüdenen Mahlen, als in Wantheil („Weidhell"), im Waides („Wäles"), uffem Hayer (?), in der Byngenn (?) unndt im Segtterich („Selterich") ohnnatürliche Ohnzucht undt Vermischung mit dem leidigenn Teuffell getriben undt begangen hatt." Auch daß die Beklagte mit andern „von ihr ahngegebene Persohnen uff der teüffellischen Zusammenkunfft undt Versambelung in der Colßbach („Kohlbach") mitt geweßen ist, sey wahr, wie auch daß sie in die teuffellische Materi, welche der Teuffell den Zauberern undt Zauberinnen daselbsten gegeben habe undt in einem Töpffen geweßen sey, ihr Wasser machen ... helffen. Schließlich ist wahr, daß sie undt andere von ihr ahngegebene Persohnen, solch teüffellische Materj ausgeschüttet undt damit einen Frost unndt Nebell gemacht undt das Korn verderbet unndi zu Schanden gemacht haben."

Als die Beklagte nach diesem Geständnis, über dessen Erpressung wir allerdings nicht unterrichtet sind, auch noch ganz oder teilweise die ihr von den Zeugen angehängten Verbrechen begangen zu haben eingestand, war sie natürlich dem Tod verfallen.

Außerdem bringt das Buch interessante Einblicke in die Bevölkerungs- und andere Verhältnisse im 16. und 17. Jahrhundert.

Einige Zahlen werden am besten dartun, wie furchtbar die Plagegeister der Menschheit, Krankheit und Krieg, während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in der Vogtei gehaust hatten:

1577 lebten in der Vogtei (nach einem Heberegister für die Türkensteuer) 109 Steuerzahler, d. h. Vorsteher selbständiger Haushaltungen, darunter rund 100 Männer.

1629 verzeichnet das Emser Dorfbuch des hessischen Kellers in Braubach: 13 Bauern, die zweispännig, 5, die einspännig Frondienste zu verrichten hatten, sowie 51 Handfröner und 9 Wittiben, im ganzen also wohl 78 Haushaltungsvorsteher, darunter 69 Männer.

1646 belief sich die Gesamtzahl der „Mannschaft" auf 30 Männer, von denen 3 auf dem Bade, 25 im Dorf und 2 in Kemmenau wohnten.

Um 1650 war „daß Dorff Embs an die 21 Haußgeseß stark."

In rund 70 Jahren waren also etwa 70 Prozent der Männer und wohl auch der Bevölkerung überhaupt dem Jammer der Pest- und Kriegszeiten zum Opfer gefallen, wobei noch zu beachten ist, daß nach der Belagerung des Ehrenbreitsteins (1638) überdies eine Reihe von Ortsfremden sich in Ems niedergelassen hatte.

(Schluß folgt.)

Landwirtschaft

Abwehrmittel gegen Hasenfraß.

Zur Abwehr der Hasenplage erläßt der Direktor der Rheingauer Winzerschule in Eltville, Dr. Schuster, einen Aufruf, in dem es heißt: „Wer in diesen harten Wintertagen einen Rundgang durch die Weinbergsgemarkung macht, der kann Betrachtungen machen, die das Herz eines jeden tüchtigen Winzers nicht gerade höher schlagen lassen. Durch die ungeheuren Schneemassen, wie wir sie seit langen Jahren nicht mehr gewohnt sind, sind alle sonstigen Nahrungsquellen für den Hasen verstopft. Um sein Leben zu fristen, nagt er alles an, was in seine unmittelbare Nähe kommt. Daß da vor allen Dingen die Weinberge herhalten müssen, wird jeder wohl einsehen. Wir haben es gerade hier in Eltville mit einer derartigen Hasenplage zu tun, daß unter allen Umständen ganz energische Schritte gegen diese Schädlinge unternommen werden müßten. In einem so wichtigen Weinbaukulturgebiet müßte der Hase als Schädling betrachtet und danach als Freiwild behandelt werden, genau so, wie es in Bayern und Baden schon seit Jahren der Fall ist. Man kann es letzten Endes keinem Winzer übelnehmen, wenn er selbst gegen diese Plage einschreitet, weil er eben wahrnimmt, daß von der Seite, die das Ueberhandnehmen der Hasen in mancher Beziehung nicht ungern sieht, die aber vor allen Dingen in der Lage wäre, diesem Schädling zu Leibe zu rücken, gar nichts unternommen wird, um den Uebelstand zu steuern. Was für gewaltigen Schaden die Weinberge erleiden, das kann nur der verstehen, welcher mit der Entwicklung der Reben vertraut ist. Die beschädigten Reben werden dadurch oft jahrelang in ihrem Wachstum zurückgeworfen besonders dann, wenn die Augen am Zapfen in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Bindfaden haltbarer zu machen.

Legt man Bindfaden 4—5 Tage in eine Auflösung von Alaun, so ist er viel haltbarer geworden. Er eignet sich dann vor allen Dingen trefflich dazu, Schlingpflanzen an ihm empor zu ziehen.

Die Versorgung der Sommerfrüchte mit Nährstoffen

muß viel sorgfältiger gehandhabt werden als die der Winterung. Gibt man solcher die nötigen Pflanzennährstoffe bei der Bestellung, dann ist über Winter und im zeitigsten Frühjahr genügend Gelegenheit geboten, zur Auflösung und Aufnahme dieser. Anders im Frühjahr. Kurz nach der Bestellung läuft die Saat auf und die Keimwurzel durchsucht hungrig den Boden nach den Nährstoffen, welche zum Aufbau der Pflanze notwendig sind. Findet sie diese alle bereits gelöst, und verteilt vor, dann wird die häufig beklagte Zeit der Unterernährung ausgeschaltet, die Pflanze zehrt stets aus dem vollen, kommt schnell zu voller Entwicklung und sichert hohen Ertrag. Erhalten die Pflanzen das nötige Kalisalz erst bei der Bestellung und treten reichliche Niederschläge erst spät ein, so kann es nicht mehr zur Wirkung kommen. Deshalb müssen die Kalisalze zeitig und gründlich eingebracht werden und dies um so mehr, je bindiger der Boden ist.

Ist der Kunstdünger schon bestellt?

Wenn noch manche Landwirte der Ueberzeugung sind, daß eine Anreicherung des Bodens, weil zu teuer, nicht richtig sei, so kann ich nach allen von mir angestellten Versuchen und gemachten Erfahrungen diese Ansicht nicht als richtig gelten lassen. Im Gegenteil, haben mich meine Erfahrungen davon überzeugt, daß gerade in der Anreicherung des Bodens das Hauptmittel liegt, dauernd sichere Erträge zu erzielen und damit auch die Wirtschaft produktiver und rentabler zu gestalten. Sch.

Frostschutzwirkung der Düngung:

Düngungsversuch zu Wintergerste von Oberförster Tetzlaff, Weidmannsruh, N.-L.

Auf der vorderen nicht gedüngten Fläche des Ackers zerstörte der Frost die jungen Pflänzchen vollkommen, während der hintere Teil einen Ertrag von 19 dz. Körner je ha. brachte. Er war gedüngt mit 800 Klg. Kainit, 400 Klg Thomasmehl, 150 Klg. schwefelsaurem Ammoniak. — Gute Ernährung schützt vor Auswintern.

Technik

Vom Frankfurter Rundfunkdienst

Von verschiedenen Seiten gehen uns Anfragen darüber zu, wie weit die Organisation des Frankfurter Rundfunksendedienstes gediehen sei, wie weit die Reichweite der Station sein wird, welche Bedingungen zur Teilnahme zu erfüllen sind und dergleichen mehr. Hierzu stellt uns der Nachrichtendienst der „Radio-Umschau“ (Verlag H. Bechthold, Frankfurt a. M., Niddastraße 81) folgende Mitteilungen zur Verfügung.

Die Frankfurter Sendestation wird ihren Betrieb in wenigen Wochen beginnen. Wenn auch der Termin bereits mit ziemlicher Sicherheit feststeht, so können doch infolge der dauernden neuen Erfahrungen, die insbesondere in Berlin gemacht werden, Umstände eintreten, die eine Hinausschiebung nötig machen. Die erforderlichen Vorbereitungen zur Aufnahme des Sendedienstes sind von der Post wie der Sendegesellschaft getroffen. Sobald der Sender aufgestellt sein wird, wird das Rundfunkprogramm in der „Radio-Umschau“ und den Tageszeitungen veröffentlicht werden. Die Reichweite der Station wird einen Radius von ca. 150 Km. haben. Der Frankfurter Sendedienst wird aus den Erfahrungen, die die Berliner Radiostunde, das Berliner Schwesterunternehmen der Südwestdeutschen Rundfunkdienst A.-G. gemacht hat, Nutzen ziehen und ein Programm bieten, das sowohl seiner Art wie der Darstellungsmöglichkeit im radiotelegraphischen Wege nach den Hörern am meisten zusagt. Zur Teilnahme am Rundfunkdienst ist ein Postabbonnement erforderlich, das 60 Mack jährlich kostet.

Während der Frankfurter Frühjahrsmesse wird ein Radiotag stattfinden, der durch technische Belehrungen und Vorführungen das Interesse der Allgemeinheit an dem jungen Rundfunkwesen nach allen Kräften fördern wird. Mit der Messeleitung sind Vorbereitungen getroffen, die es ermöglichen, werden, dem Sendedienst einen weiten Kreis von neuen Teilnehmern zuzuführen.

12 Radiostationen in Bulgarien.

Das bulgarische Ministerium für Eisenbahn, Post und Telegraphie soll ein Projekt zur Errichtung von 12 Radiostationen in den Hauptstädten des Landes in Erwägung ziehen.

Der Polizist mit der Antenne.

In mehreren amerikanischen Städten ist der Rundfunk in überaus wirksamer Weise für die öffentliche Sicherheit nutzbar gemacht. Die auf den öffentlichen Plätzen und in den Straßen verteilten Schutzleute tragen Mäntel, in denen kaum merklich und höchst bequem eine Antenne eingebaut ist. Von dem Mantel geht eine Hörleitung zum Ohr. Durch diese Einrichtung ist die zentrale Polizeibehörde in der Lage, auf telephonische Mitteilung von Einbrüchen oder sonstigen Vorkommnissen die ein rasches Einschreiten der Polizei erforderlich machen, sofort den nächststehenden Polizisten zu benachrichtigen und auf diese Weise Zeitverluste auf das äußerste Maß zu beschränken. Erhält die Polizeibehörde z. B. die Nachricht, daß in einem Hause ein gefährlicher Streit entstanden ist, so teilt sie dies durch den Radiofunksender mit, worauf der Schutzmann, der sich bei dem Tatort am nächsten befindet, sofort einschreiten kann. Die Polizeibehörde ist auf diese Weise in ständiger Verbindung mit ihren Außenbeamten.

Funkmöbel.

Vor kurzem wurde in Berlin eine Funkmöbelgesellschaft begründet. Sie baut Empfangsapparate in Möbelstücke ein, so daß das Empfangsgerät im Zimmer nicht in Erscheinung tritt. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese etwas sonderbare Zusammenstellung Gegenstand ironischer Kritik wurde. Es entspricht nicht dem guten Geschmack, daß ein Schreibtisch plötzlich ein Oratorium von sich gibt oder daß aus einem Bücherschrank heraus Lloyd Georges oder Stresemanns Stimme ertönt. Die Berliner Funkmöbelgesellschaft verteidigt ihre Konstruktionen aber damit, daß die bisherigen Apparate mit ihren auch im unbenutzten Zustand außenliegenden Bedienungsgriffen nicht in eine moderne Wohnung hineinpassen und daß das Gerät durch den Einbau vor dem Verstauben und Verschmutzen möglichst geschützt wird.

Steuerzettel neuestes Muster

empfiehlt den Landgemeinden

Kreisblattdruckerei
H. Chr. Sommer, Bad Ems u. Diez

Die heutigen Devisenkurse: (nichtamtl.)

Dollar	4.150	Billionen Mark
englisches Pfund	17 750	„ „
holländ. Gulden	1.530	„ „
frz. Frank	190	Milliarden „
belg. Frank	170	„ „
schweiz. Frank	705	„ „

Mietenzuschläge

ab 1 Februar 1924.

In der Papiermark-Grundmiete treten nachverzeichnete Zuschläge zur Friedensmiete, die zu dem amtlichen Berliner Goldmarkkurs am Vortage der Zahlung zu berechnen sind:

1. Verwaltungskosten, Zinssteigerung usw. 5 Prozent der Friedensmiete
2. Für laufende Instandsetzung unter Ausschluß der Schönheitsreparaturen 6 Prozent der Friedensmiete.
3. Für Betriebskosten, einschließlich der Kosten, die seither umgelegt wurden, 15 Prozent der Friedensmiete.

Mithin Gesamtzuschlag für Wohnungen, gewerbliche und berufliche Räume 26 Prozent der Friedensmiete.

Weist der Vermieter nach, daß der zur Deckung der Betriebskosten festgesetzte Satz von 15 Proz. nicht ausreicht, so ist er berechtigt, den fehlenden Betrag bis zu 3 Proz. der Friedensmiete nach dem Verhältnis der Grundmiete bei der nächsten Mietzahlung umzulegen

Bei Festsetzung eines Sonderzuschlags für große Instandsetzung darf das Mieteinkommen insgesamt 3 Proz. der Friedensmiete nicht überschreiten.

Bad Ems, den 30. Januar 1924.

Der Magistrat
(Wohnungsamt)

Amtlicher Teil

D. B. D. K. A. (W. A.) Diez, den 28. Jan 1924.

Bekanntmachung

Nach dem Erlaß des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Januar 1924 (II. 6. Nr. 97) wird die Miete vom 1. Februar 1924 wie folgt festgesetzt:

1.) für Verwaltungskosten pp. 5 vom Hundert der Friedensmiete.
2.) für laufende Instandsetzungsarbeiten pp. 6 vom Hundert der Friedensmiete;
3.) für Betriebskosten pp. 15 vom Hundert der Friedensmiete.

Insgesamt 26 vom Hundert der Friedensmiete.
Ich ersuche die Herren Bürgermeister um ortsübliche Bekanntgabe.

Der Kreisausschuß des Unterlahnkreises.

Diezer An- und Verkaufsgenossenschaft

Ausgabe von:

Erbsen, gelbe . . .	Pfd.	30 ₰
Vollreis Ia.	„	22 ₰
Haferflocken . . .	„	22 ₰
Blütenmehl Nr. 00 .	„	17 ₰
Gemüse-Nudeln . .	„	27 ₰
Suppen-Nudeln . . .	„	33 ₰
Speise-Salz	„	4 ₰

Ausgabestelle Diez, Schulstr. 5

Hobelbänke u. Werkzeuge
neu und gebraucht, jedoch in gutem Zustande sofort zu kaufen gesucht.
Holzindustrie Jos. Schnatz, A. G., Diez

Ein- und Ausfuhr-Formulare
stets vorrätig billigst zu haben.
Buchdruckerei H. Chr. Sommer, Bad Ems und Diez

Nähmädchen
sucht Beschäftigung in Näh- und Ausbesserungsarbeiten.
Näheres Geschäftsstelle.

Kaiser's Kaffeegeschäft
G. m. b. H.
Ueber 1000 Filialen
Europas größter Kaffeeröstereibetrieb.
Eigene Schokolade-, Zuckerwaren- und Backwarenfabriken.
Stets wieder vorrätig:
Kaffee . Tee . Kakao . Schokolade
Pralinen . Malzkaffee . Keks
Backwaren
Filiale in Bad Ems: Römerstraße 9

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unsres lieben Entschlafenen sagen wir Allen unseren herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Geschwister Bingel.
Laurenburg, den 29. Januar 1924.

KAHLBAUM-EDELLIKÖRE
sind an Qualität unerreicht. — Vertretung für den Kreis Unterlahn und Limburg:
RUDOLF EISFELLER
BAD EMS Fernruf 35.

Milchflaschen
„NESTLE“
Wasserdichter Gummibettstoff
empfiehlt in reicher Auswahl
Drogerie Berninger, Diez

Markt-Lichtspiele Diez
Donnerstag abend 8 Uhr
Opfer der Liebe
Drama in 6 Akten der Münchener Lichtspielkunst A. G.
Hauptrolle: Lucie Doraine.
Dazu:
„Jonny's Ferien“
Amerikanisches Lustpiel 2 Akte.
Volles Orchester.

Stellen-Gesuche
im Lahn-Boten billig und erfolgreich

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten direkt an Private. Katalog 16 Kfrei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Ueber 120 Lehrlinge
sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das Städtische Waisenhaus in Köln, Sülzgürtel 47, Post Klettenberg.

Donnerstag:
Frische Seefische
Wilhelm Klein, Diez

Abonnementspreis für die laufende Woche 603 Milliarden Mark.

Einzelpreis 110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Austräger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreiserstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Goldpfg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpfg., Reklamen 25 Goldpfg. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Emser Multiplikator vervielfacht. — Druck u. Verlag: H. Chr. Sommer, Bad Ems, Inh.: B. Fazer, Heiligenfors. Geschäftsstelle: Römerstr. 95. Fernruf 7. Schriftleitung: E. A. Bloesch. Tel.-Adr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Nass. Landesbank u. Bankh. L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postscheckk. Ffm (M) 10618

Nummer 26 | Bad Ems, Donnerstag den 31. Januar 1924 | 2. Jahrgang

Regierungskrise in Preußen wegen der Grundsteuervorlage?

Große politische Rede Macdonalds. Tätigkeit der Sachverständigen in Berlin.

Zur Ausländerfrage

Von Senator a. D. H. Beythien,

Volkswirt R. D. B. Mitglied des Reichstages.

Unser von übermütigen Nachbarn bedrücktes und gedemütigtes Volk findet begreiflicherweise nur schwer den Weg zu der Erkenntnis, daß der pfleglich behandelte Verkehr mit dem Auslande eine Lebensnotwendigkeit für unseren wirtschaftlichen und daraus auch für unseren nationalen Aufstieg ist. Wir standen gegen die ganze Welt im Kampfe, und wenn die Laute anderer Sprachen an unser Ohr dringen, dann sind nur wenige darunter, die auch im Kriege freundlich für uns klangen. Auf uns selbst gestellt, schlossen wir uns innerlich gegen das Ausland ab; unser Gefühl wurde obendrein abgestoßen durch den üblen Eindruck, den in unserer valutarischen Elendszeit ein gewisses Ausländertum bei uns hervorrief, und die Abneigung gegen den „Ausländer" gemeinhin war ein vorherrschender Grundzug deutscher Auffassung. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß eine verallgemeinernde Abneigung dieser Art unserm Lande und Volke die Zukunft verbauen könnte, weil wir zwangsläufig auf Weltwirtschaft angewiesen sind, dem Innenwirtschaft kann unsere 60 Millionen nicht ernähren. Nur durch einen würdigen und klug genutzten Verkehr mit dem Auslande erwacht uns eine bessere Zeit.

Der Reiseverkehr von Ausländern nach Deutschland, der weiten Volkskreisen mittelbar oder unmittelbar Beschäftigung und Lebensunterhalt gibt, und dessen Erträge einen wichtigen Aktivposten in der deutschen Zahlungsbilanz bilden, ist im letzten Jahre stetig und stark zurückgegangen. Berlin wies im Dezember 1913, also vor dem Kriege, eine Fremdenziffer von 18 448 auf. Ungefähr dieselbe Zahl von Ausländern war im Dezember 1922 in Berlin anwesend, während die Frequenz im gleichen Monat des letzten Jahres gleich Null war. Während 24 114 Ausländer noch im Juli 1923 Berlin aufsuchten, sank der Besuch im November auf 5000, um im Dezember völlig zu verschwinden. Noch drastischer tritt dies Bild in Hamburg zutage. Auch in zahlreichen anderen Städten ist der Ausländerverkehr von Monat zu Monat geringer geworden. Dies erklärt sich einmal daraus, daß der Antrieb, nach Deutschland wegen seines dort billigen Aufenthaltes zu reisen, fortgefallen ist, seitdem allgemein die Goldmarkrechnung eingeführt wurde. Jetzt lebt der Ausländer hier vielfach teurer als in anderen Ländern. Aber abgesehen von dem Fortfall des valutarischen Anreizes sind es hauptsächlich zwei Gründe, welche die dauernde Wiederherstellung des normalen Ausländerverkehrs nach Deutschland verhindern.

Aus der zu Anfang geschilderten, dem Ausländertum an sich feindliche Stimmung und aus dem Streben, vom Ausländer einen Ausgleich für dessen in Deutschland billige Lebenshaltung zu erzielen, hat eine Sonderbesteuerung eingesetzt, an der Reich, Staat und Gemeinde sich beteiligten. Insbesondere sind es die staatlichen und gemeindlichen Herbergssteuern auf den Umsatz, welche die Aufenthaltskosten in Deutschland weit über die Friedenspreise und über die Preise anderer Länder hinaus gesteigert haben. Neben einer 10prozentigen Reichsherbergssteuer auf die Hotelrechnung erheben die meisten Gemeinden besondere Umsatzsteuern auf die Beherbergung in Höhe von 20 bis 40 Prozent. Dabei wird die Reichsumsatzsteuer auch noch von der Gemeindeherbergssteuer selbst erhoben, was einer weiteren Erhöhung der Reichssteuer um 2—4 Prozent gleichkommt. Die gesamte Belastung des Umsatzes im Beherbergungsgewerbe beträgt allein infolge dieser Umsatzsteuern zwischen 32—55 Prozent und um diesen Betrag versteuern sich die Hotelpreise in Deutschland.

Nun wird aber von dem Ausländer in vielen Städten noch eine besondere Zuschlagsteuer erhoben und zwar in der doppelten Höhe der normalen Herbergssteuern. Der preußische Innenminister hat noch Anfang Dezember vorigen Jahres verordnet, daß eine Verdreifachung der Herbergssteuern der Ausländer bis zum fünffachen des regelmäßigen Steuerbetrages erhoben werden könne. Diese Sonderbesteuerung des Ausländers hat der Auslandspresse überaus ergiebigen und intensiv ausgenutzten Stoff zur Agitation gegen den Verkehr nach Deutschland gegeben. Man muß insbesondere z. B. den Geschäftssinn des Amerikaners kennen, um zu verstehen, wie sehr er auf eine solche ungleichmäßige Behandlung reagiert. Neben dieser Sonderbelastung wirkt aber die Erschwerung der Einreise nach Deutschland außerordentlich hemmend auf den wünschenswerten Ausländerverkehr ein. Die verschiedenartige Handhabung der Einreisebestimmungen durch die einzelnen deutschen Länder und die Erhebung von Sondergebühren für den Aufenthalt der Ausländer in den einzelnen deutschen Staaten wirken überaus verärgernd. Die deutschen Einzelstaaten erheben für die Erteilung des sogenannten Ergänzungsvermerks Gebühren in Goldmark, die auf den Tag berechnet sind und in Sachsen sogar bis zu 3 Goldmark pr. Tag gehen. Ganz abgesehen von den zur Erhebung gelangenden Paßgebühren durch die deutschen Auslandsvertretungen müssen diese staatlichen Sondersteuern den Ausländerverkehr nach Deutschland auf das Stärkste beeinträchtigen. Neben der Kostenfrage sind es gerade die formalen Schwierigkeiten, die der Ausländer als unbegreiflich und lästig empfindet. Schon jetzt äußert sich diese Verärgerung in Bezug auf die diesjährige Fremdensaison, wie ich erfahre, in bedenklicher Weise. Während früher von ausländischen Reisebüros namentlich aus Amerika und England in dieser Zeit schon zahlreiche Anfragen und Bestellungen nach Deutschland kamen ist zur Zeit die Nachfrage wie abgeschnitten.

Aus den zu Anfang dieses Artikels dargelegten Gründen dürfte es dringend erforderlich sein, baldigst großzügige Maßnahmen, sowohl auf dem Gebiete des Paßwesens und der Einreisebestimmungen wie auch hinsichtlich der Fremdenpolitik der einzelnen Länder und der Steuerpolitik der Gemeinden zu ergreifen, um die dem wünschenswerten Ausländerverkehr bereiteten Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Von anderen Ländern, so von Italien, der Schweiz, Frankreich und der Tschechoslowakei werden die stärksten Anstrengungen gemacht, um den Verkehr in diese Länder zu leiten. Deutschland wird, sofern es seine jetzige Praxis beibehält, vielleicht für Jahre hinaus von dem Ausländerverkehr ausgeschaltet werden. Es ist zu hoffen, daß die insbesondere von der Leitung der Organisation des deutschen Hotelgewerbes im auswärtigen Amt unterbreiteten Klagen baldigste Erhörung finden.

Der Kampf um die Grundsteuer.

Berlin, 29. Jan. Zurzeit berät der Hauptausschuß des Preußischen Landtages über die Frage der Grundvermögensteuer. Die Lage hat sich in dieser Frage ziemlich kritisch zugespitzt, weil eine Uebereinstimmung innerhalb der Regierungsparteien nicht erzielt werden konnte. Ein Teil der Zentrumsfraktion, deren Wortführer der Abg. Herold ist, lehnt die Regierungsvorlage als die Landwirtschaft zu schwer belastend ab. Versuche, zu einer Einigung über die Frage zu kommen, sind bisher gescheitert. Daß diese Lage, ganz gleichgültig, wie man sich zu der umstrittenen Angelegenheit stellen mag, unerfreulich ist, bedarf keiner weiteren Worte.

Das preußische Kabinett hat heute nachmittag über die Lage beraten. Auch der Hauptausschuß des Landtages berhandelte wieder über den Gegenstand. Ein Berliner Spätabendblatt bringt heute die Alarmnachricht, daß das preußische Staatsministerium in seiner heutigen Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt habe, von der Regierung zurückzutreten, falls die Grundvermögensteuer aus dem Haushalt herausgenommen oder wesentlich eingeschränkt werden solle.

Diese Nachricht ist der K. V." zufolge falsch. Ein derartiger Beschluß ist vom preußischen Kabinett nicht gefaßt worden. Immerhin birgt die Lage gewisse Gefahren in sich, und man muß wünschen, daß eine Einigung, die allen Teilen gerecht wird, möglichst bald gefunden wird.

In der Frage der Grundvermögensteuer tagte am Dienstag abend der interfraktionelle Ausschuß des Landtages. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Darauf beschloß der Hauptausschuß in einer sich sofort anschließenden Sitzung die nur formeller Natur war, sich auf Mittwoch 1 Uhr zu vertagen.

Der Kampf um die Grundsteuern in Preußen hat sich derart zugespitzt, daß, wie die Blätter schreiben, mit einer Kabinettskrise gerechnet werden müsse. Die von dem der Deutschen Volkspartei angehörenden Finanzminister von Richter eingebrachte Grundsteuervorlage ist nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern auch beim Zentrum auf Widerstand gestoßen, das den Steuerbetrag auf etwa 40 Prozent des in der Regierungsvorlage erwarteten Betrages verringern will. Das preußische Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung zwar Zugeständnisse an die Forderungen des Zentrums gemacht, im wesentlichen jedoch an der Vorlage selbst festgehalten, da der Finanzminister erklärte, in so starke Abstriche, wie sie das Zentrum verlangt, nicht einwilligen zu können, selbst auf die Gefahr hin, daß die Regierungsvorlage im Landtage keine Mehrheit finden werde und daraus eine Regierungskrise entstehe. Der interfraktionelle Ausschuß des Landtags hat sich gestern vergeblich um ein Kompromiß bemüht. Heute soll nun ein neuer Versuch gemacht werden, das Zentrum für die Grundsteuervorlage zu gewinnen.

Die Rede Macdonalds.

London, 30. Jan. Premierminister Macdonald ist gestern nach Edinburg abgereist. Auf der Station Carlrin hielt er dabei die erste größere politische Rede. U. a. versicherte er, die Regierung werde alles tun, um die Arbeiterpartei groß zu machen und das Ansehen Englands in Europa zur Geltung zu bringen. Die Regierung habe eine sehr verworrene Situation angetroffen, werde aber entschlossen daran gehen, alles ihren Grundsätzen entsprechend aufzuklären. Er bitte, sich in Geduld zu fassen, und hege die Zuversicht, daß man das Vertrauen, das man der früheren Regierung entgegengebracht habe, auch auf die neue übertragen werde. Er hoffe, daß man ihr Zeit lassen werde. Rom sei auch nicht an einem Tage erbaut worden. Wir werden Tag und Nacht daran arbeiten und alles aufbieten, um aus der verfahrenen Situation herauszukommen. Ein guter Anfang sei schon gemacht. Die Presse stehe günstig zu uns. Er hoffe, daß getragen vom allgemeinen Vertrauen, die Regierung durch viele Monate und Jahre im Amte bleiben werde.

Von den Sachverständigen-Ausschüssen.

WTB. **Berlin**, 29. Jan. Heute abend trafen die Mitglieder des Ersten Sachverständigenausschusses für die Währungs- und Haushaltsfragen und vom Zweiten Ausschuß für die Kapitalflucht der Direktor der Banque de Paris et des Pays-Bas, L. Athalin, mit Begleitpersonal, im ganzen etwa 40 Personen, hier ein. Die Herren wurden am Bahnhof von dem Mitglied der Kriegslastenkommission Regierungsrat Dr. Meyer, empfangen und in das Hotel Esplanade geleitet, in dem sie Wohnung nehmen. Die Mitglieder des Zweiten Ausschusses treffen am Mittwoch abend ein.

Berlin, 30. Jan. Der im Hotel Esplanade eingetroffene General Dawes erklärte Pressevertretern, daß er nicht mehr sagen könnte, als daß er sich freue, in Berlin zu sein, um die tätige Zusammenarbeit der deutschen Regierung und des deutschen Volkes zu würdigen. Von den Pressevertretern gefragt, ob er bereits sämtliche gewünschten Informationen erhalten habe, antwortete er, daß das gewünschte Material zum größten Teil eingegangen sei. Die erste Sitzung findet heute vormittag um 11 Uhr im Reichswirtschaftsrat mit Vertretern der Wirtschaft statt.

Schätzung des Wertes der deutschen Eisenbahnen.

Paris, 30. Jan. Die Sachverständigen des ersten Ausschusses haben Paris in durchaus zuversichtlicher Stimmung verlassen. Ihre Erhebungen über den Wert der deutschen Eisenbahnen sind nach Vernehmung der beiden französischen und englischen Sachverständigen als abgeschlossen anzusehen. Der Newyork Herald versichert, daß General Dawes und seine Mitarbeiter den Wert der deutschen Eisenbahnen auf 28—30 Milliarden Goldmark veranschlagen, wobei der Umstand, daß diese Eisenbahnen durch Entwertung der Papiermark geradezu völlig schuldenfrei sind, besonders vorteilhaft ins Gewicht falle. Das Eisenbahnsystem werde nicht nur erlauben, den deutschen Haushalt auszugleichen sondern könne auch als Unterpfand für künftige Anleihen dienen.

Der Ausschuß hofft, seine Arbeiten in Berlin in ungefähr zwei Wochen zu Ende zu führen und wird bei seiner Rückkehr nach Paris den definitiven Bericht für die Reparationskommission aufsetzen.

Berlin, 29. Jan. Zum heutigen Eintreffen der Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses in Berlin schreibt die Germania: Wir knüpfen an die Ergebnisse der Arbeiten der Sachverständigen weder übertriebene Hoffnungen, noch halten wir sie für zwecklos; letzteres schon deshalb nicht, weil man zu der Objektivität der Männer, die morgen ihre Arbeiten in Berlin beginnen werden, Vertrauen haben darf, daß sie rein sachlich an die Probleme herangehen werden. Die Aussichten für die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank hält das Blatt für nicht ungünstig und glaubt sogar, daß das Institut etwa Ende März seine Tätigkeit werde aufnehmen können. Die Pläne hinsichtlich der Schaffung einer rheinisch-westfälischen Goldnotenbank verlören an Bedeutung, und es sei anzunehmen, daß diese Absichten nicht weiter verfolgt werden.

Ueber das Resultat der Abstimmung unter den Mitgliedern des Deutschen Eisenbahnerverbandes über die Arbeitszeitverlängerung teilen die Blätter mit, daß durchschnittlich noch nicht einmal 50 Prozent der Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen haben. Jeder große einheitliche Streik ist daher von vornherein ausgeschlossen, da mindestens 75 Prozent aller eingeschriebenen Mitglieder sich für den Streik hätten erklären müssen. Schätzungsweise hat noch kein Drittel der Verbandsmitglieder für den Streik gestimmt. Sollte hier und da eine örtliche Bewegung aufflackern, so würde sie in ganz kurzer Zeit zusammenbrechen, zumal jeder Streikende sofort entlassen wird.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs

Paris, 29. Jan. (Wolff.) In der Vormittagssitzung der Kammer vertritt der Abgeordnete Dehris einen Gesetzentwurf, der eine Revision aller Wiederaufbauentschädigungen von mehr als 500 000 Franken in den Mittelpunkt der Finanzreform stellt. Alle widerrechtlich erlangten Summen sollten sofort der Staatskasse verfallen, unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung der über Gebühr Entschädigten. Der Antrag Dehris verlangt die Abwicklung des Wiederaufbaus bis Ende 1926, die möglichst baldige Entlassung der überflüssigen Beamten des Wiederaufbauministeriums und dessen sofortiges Anheimfallen an das Finanzministerium. Er fordert schließlich stärkere Besteuerung der Landwirtschaft. Was den Ermächtigungsentwurf der Regierung anbetrifft, so ist Dehris der Ueberzeugung, daß Poincare seine Vollmacht nicht mißbrauchen werde, aber als entschiedener Republikaner zu seiner so weit gehenden Beseitigung der Parlamentskontrolle nicht die Hand biete.

Die anschließende Debatte, an der sich der Wiederaufbauminister Reibel, Loucheur und andere Abgeordnete aus den befreiten Gebieten beteiligten, hat in der Hauptsache die Mißbräuche bei der Behandlung der Wiederaufbauentschädigungen zum Gegenstand und läßt den Regierungsentwurf in den Hintergrund treten. Erst in der Nachmittagssitzung werden sich die Verhandlungen auf diesen konzentrieren.

Paris, 30. Jan. Die gestrige Kammersitzung drehte sich in der Hauptsache um den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Der Wiederaufbauminister Reibel mußte heftige Angriffe, namentlich von Seiten des Abgeordneten Inghels über sich ergehen lassen. Auch Abgeordnete des Mehrheitsblockes übten an der Geschäftsführung des Ministers scharfe Kritik.

Im Verlaufe der Debatte ergriff Reibel dann das Wort zu einer längeren Rechtfertigung. Er sagte: „Ich muß diese Beschuldigungen, die nicht nur mich, sondern auch alle Minister treffen, die seit 1919 das Wiederaufbauministerium verwalteten, zurückweisen." (Lebhafte Proteste auf der äußersten Linken.). „Ich muß ausdrücklich versichern, daß keiner der Männer, die nacheinander das Wiederaufbauministerium verwalteten, sich um das Vertrauen des Landes gebracht haben."

Reibel machte dann sachliche Angaben und betonte, es habe sich nach Ausgang des Krieges darum gehandelt, mit dem Wiederaufbau Nordfrankreichs, besonders mit Rücksicht auf die industriellen Bedürfnisse, rasch fortzuschreiten. Er schreibe sich indessen das Verdienst zu, daß er die Nachprüfung der angemeldeten Kriegsschäden stets in methodischer und sorgfältiger Weise vorgenommen habe. Es sei ihm auf diese Weise gelungen, beträchtliche Ersparnisse zu machen. Ursprünglich hätte man 100 Milliarden an Schadensersatzansprüchen angemeldet. Durch eine entsprechende Sichtigung, die er angeordnet habe, sei dieser Betrag auf 82 Milliarden herabgesetzt worden. Die meisten Schadenersatzan-

Forsche seien geregelt. Zurzeit komme es noch darauf an, solche, die sich auf insgesamt 20 bis 22 Milliarden belaufen, nachzuprüfen.

Reibel fügte hinzu, er habe stets nur Mindestvergütungen zugestanden. Weiter führte er aus: „Ich habe unverzüglich gerichtliche Verfolgungen einleiten lassen, sowie man mir einen Mißbrauch oder Hinterziehungen mitteilte. Es ist mir gelungen, von 500 Personen gegen die ich die Klage einreichen ließ, 200 zur Verurteilung zu bringen." (Lebhafte Zurufe auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken.)

Der Minister fordert die Kammer dann auf, ein Projekt anzunehmen, wonach sämtliche seit 1918 eingereichte Schadenersatzansprüche von einer Untersuchungskommission in vollem Umfange nachgeprüft werden.

Preußischer Landtag

Berlin, 29. Jan. Auf der Tagesordnung steht zunächst der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) begründet den Antrag und führt Beschwerde über die Behandlung durch die Reichswehrsoldaten.

Abg. Hoffmann-Münster (Dtn.): Wir sind stolz darauf, daß das kleine Heer über das wir heute verfügen dürfen, wohl diszipliniert ist. Ueber die Staatsgefährlichkeit und den Terror der Kommunisten kann kein Zweifel sein. Wir wünschen die Fortdauer des Ausnahmezustandes und seine wirksame Handhabung.

Innenminister Severing weist darauf hin, daß vor einigen Monaten in einer Konferenz der Ministerpräsidenten der preußische Ministerpräsident sich mit den Vertretern der übrigen Einzelstaaten dahin verständigt hat, bei der Reichsregierung die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes zu befürworten. Diese Stellungnahme wird von der Staatsregierung auch heute noch als richtig anerkannt.

Abg. Dr. Preuß (Dem.) erklärt, seine Fraktion werde für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes stimmen, obschon sie sich damit die Begründung des Antrages durch Dr. Meyer nicht zu eigen mache. Die Handhabung der politischen Polizei müsse in der Reichsgewalt zentralisiert werden.

Abg. Kuttner (Soz.): Wir stimmen dem Antrag der Kommunisten zu. Der Ausnahmezustand ist nicht zur Erfüllung seines ursprünglichen Zweckes angewandt worden.

Hierauf wird der kommunistische Antrag, der das Staatsministerium ersucht, bei den Reichsbehörden die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu erwirken, bei schwacher Besetzung des Hauses mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneten angenommen.

Um 6,30 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Grundsteuer.

Politische Nachrichten

Deutschland

Der Verkehrsminister zum Personalabbau.

Berlin, 29. Jan. Im Sparausschuß des Reichstags erklärte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums zum Personalabbau, daß bis zum 31. Januar voraussichtlich 14 Prozent der Beamten und Angestellten der Reichsbahn und rund 17 Prozent der Eisenbahnarbeiter ausgeschieden sein werden. Weiter gab der Regierungsvertreter an, daß drei von den 16 im besetzten Gebiet liegenden Eisenbahnwerkstätten der Reichsverkehrsverwaltung zurückgegeben worden seien, aber in zerstörtem und verwahrlostem Zustande, daß sie erst im nächsten Haushaltsjahre in Vollbetrieb genommen werden könnten. In diesen Werkstätten war der größte Teil der Treibriemen gestohlen, die Fenster eingeschlagen und eine große Zahl wertvoller Werkzeugmaschinen spurlos verschwunden.

Hypothekenaufwertung auf 10 Prozent.

Wie die Voss. Ztg. wissen will, ist zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsjustizministerium eine Vereinbarung getroffen worden, wonach im Rahmen der dritten Steuernotverordnung die Hypothekenaufwertung generell auf 10 Prozent des Vorkriegswertes begrenzt wird. Nur in Ausnahmefällen kann durch gerichtliche Entscheidung darüber hinaus bis zu 25 Prozent gegangen werden. Das Reichskabinett wird, dem Blatte zufolge, heute über diese Vereinbarung Beschluß fassen. Ob für die Aufwertung der Obligationen dieselben Sätze gelten sollen wie für Hypotheken, steht noch nicht fest.

Monatssitzung des Zentralausschusses der Reichsbank.

Wie die „Voss. Ztg." hört, findet heute nachmittag die regelmäßige Monatssitzung des Zentralausschusses der Reichsbank statt. Entgegen an der Berliner Börse verbreiteten Gerüchten wird, dem Blatte zufolge, die Frage einer Diskontveränderung nicht auf der Tagesordnung stehen.

Ein Antrag von demokratischer Seite.

Von demokratischer Seite ist im preußischen Landtag ein Antrag eingebracht worden, wonach der Landtag beschließen wolle, das Staatsministerium zu ersuchen, unverzüglich bei der Reichsregierung dahin einzuwirken, daß im Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Bestimmungen der Verordnungen über eine Neuordnung des Strafverfahrens schleunigst dahin geändert werden, daß in Schwurgerichtssachen über die Schuld- und Straffrage die laienrichterlichen Mitglieder des Schwurgerichts urteilen und daß die großen Strafkammern aus zwei Berufs- und drei Laienrichtern zusammengesetzt werden. Ferner soll die preußische Staatsregierung ihren ganzen Einfluß auf die Reichsregierung in der Richtung zur Geltung bringen, daß in Zukunft weitere grundsätzliche Reformen der Rechtspflege nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden.

Erlaß an die Provinzial-Schulkollegien.

Berlin, 29. Jan. Nach dem amtlichen Preußischen Pressedienst hat Minister Boelitz unter dem 21. Januar an die Provinzial-Schulkollegien einen Erlaß gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Aufgaben, die die Gegenwart in besonderem Maße der höheren Schule stellt, nur eine Lehrerschaft ganz gewachsen sein werde, die mit dem wissenschaftlichen Rüstzeug der Jugendkunde ausgerüstet sei. In dem Erlaß wird gesagt, daß der bereits im Beruf stehende Lehrer seine Vorbildung gegebenenfalls hinsichtlich der Jugendkunde zu ergänzen habe, und daß der auszubildende Lehrer neben der Unterweisung in der Jugendkunde an der eigenen Anstalt angehalten werden soll, an entsprechenden Lehrgängen teilzunehmen, Erziehungsanstalten besonderer Prägung zu besuchen und mangels anderer Bildungsmöglichkeiten entsprechende Buchstudien zu treiben. Der Minister macht es den Prüfungsämtern zur Pflicht, bei der pädagogischen Prüfung auf die Durchbildung der Referendare im Sinne dieses Erlasses besonders Gewicht zu legen.

Ueber die Behandlung der Südwestafrika-Deutschen.

Berlin, 29. Jan. In dem Abkommen der Reichsregierung mit der südafrikanischen Union über die Behandlung der Südwestafrika-Deutschen erklärt Ministerialrat Ruppel, einer der beiden deutschen Unterzeichner des Abkommens, in der Dt. Allg. Ztg. Die Anerkennung, die Smuts in dem Brief an den deutschen Unterhändler den Deutschen in Südwestafrika zollt, insbesondere die von dem General zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung, daß die Deutschen an der Aufrichtung einer dauerhaften europäischen Zivilisation auf dem afrikanischen Kontinent kräftig mitarbeiten werden, habe eine große Tragweite insofern, als dadurch die Behauptungen über die Unfähigkeit der Deutschen auf dem Gebiete der überseeischen Kolonisation und ihre „Unwürdigkeit" zu weiterer Mitarbeit auf diesem Gebiete — Behauptungen, mit denen bekanntlich nach außen hin der Raub der deutschen Kolonien begründet wurde — widerlegt werden.

Der Sechzigerausschuß.

Berlin, 29. Jan. Heute nachmittag fand im Ministerium für die besetzten Gebiete eine Konferenz statt, an der Vertreter verschiedener Reichsressorts teilnahmen. Gegenstand der Besprechung war die Frage, nach welchen Richtlinien der in den besetzten Gebieten gebildete 60er Ausschuß in der Folge seine Tätigkeit einrichten soll.

Voraussichtliche Erhöhung der Personentarife.

Berlin, 30. Jan. Während im Güterverkehr eine erfreuliche Verbilligung der Tarife um 8 v. H. stattgefunden hat, werden die Personentarife um etwa 30 Prozent in der 3. und 4. Klasse voraussichtlich zum 1. März erhöht werden.

Unterschlagungen der Briefe aus dem Ausland

Berlin, 29. Jan. (Wolff.) Den vereinigten Bemühungen der Reichspostverwaltung und des Postpersonals selbst ist es zu danken, daß in den letzten Jahren pflichtvergessene deutsche Postbedienstete, die Briefe aus dem hochvalutarischen Auslande, besonders aus den Vereinigten Staaten von Amerika, nach Deutschland ihres Wertinhaltes meistens Papiergeld und Schecks, beraubten, dem Richter zugeführt wurden und daß es mehr und mehr gelungen, der Gefährdung des guten Rufes der deutschen Post wirksam entgegenzutreten. Gleichzeitig erfordert aber die Gerechtigkeit, zu sagen, daß sich nachweislich die Beraubung und Entwendung von Auslandsbriefen vielfach gar nicht auf deutschem Boden ereignen. Zeugnisse dafür sind der Reichspostverwaltung auch aus den Kreisen der Absender und Empfänger von Auslandsbriefen wiederholt zur Verfügung gestellt worden. So wurden auf dem am 5. November von Newyork in Hamburg eingetroffenen Dampfer „Mongolia" der American-Linie von der Schiffsleitung der erste Zimmermann Edward Semit und zwei andere Schiffsbedienstete unter dem Verdachte der Mittäterschaft wegen Beraubung der Post dingfest gemacht. Von der Briefpostladung die 193 Sack betragen sollte waren nur noch 186 Sack vorhanden. Die fehlenden Briefsäcke waren für Hamburg, Bremen, Berlin, Köln und für Bahnposten [illegible]-Hannover und Herbesthal-Köln bestimmt. Bis jetzt steht das Fehlen von über 2000 eingeschriebenen Briefen neben einer großen Menge gewöhnlicher Briefsendungen fest. Die Sendungen rühren wahrscheinlich in der Hauptsache aus dem Oktober her und waren, aus Amerika kommend, nach Deutschland gerichtet. Deutsche Zeitungen in Amerika, so der „Newyork Herold" und der „Philadelphia Gazette-Democrat" haben mit großen Ueberschriften (Briefe nach Deutschland auf dem Schiff gestohlen, Seeleute als Posträuber verhaftet, usw.) über den Fall berichtet. Eine andere Untersuchung schwebt ferner über große Beraubungen, die im April 1923 auf dem amerikanischen Dampfer „Minnekahda" vorgekommen sind.

*

Bayern

Zeichnung zum Volksbegehren.

Wie die Blätter aus München melden, liegen seit gestern abend die Listen der beiden von der Bayrischen Volkspartei eingeleiteten Volksbegehren zur Einzeichnung aus. Die Einzeichnung wird am 14. 2. geschlossen werden. Die Bayrische Mittelpartei wird heute über ihre Stellung zu den Volksbegehren Beschluß fassen.

Besprechung mit Kanitz.

Berlin, 28. Jan. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz ist am Montag abend von seinem Besuch in München wieder nach Berlin zurückgereist. Nachmittags fand ein Empfang im Hotel Continental statt, wozu auch Ministerpräsident v. Knilling, der Handelsminister v. Meinel und der frühere Landwirtschaftsminister Wutzlhofer erschienen waren.

*

Sachsen

Der Streik der Eisenbahner verboten.

Blättermeldungen aus Dresden zufolge hat das Wehrkreiskommando 4 die vom Deutschen Eisenbahnerverband eingeleitete Abstimmung über einen eventuellen Streik der Eisenbahner gegen die Arbeitszeitverlängerung unter Hinweis auf die Streikverordnung vom 27. 9. 23 verboten und verschiedene Personen festnehmen und Urnen, Abstimmungszettel sowie anderes Material beschlagnahmen lassen.

Frankreich

Die Pfalzfrage vor die Botschafterkonferenz.

Paris, 29. Jan. Havas berichtet offiziös, in diplomatischen Kreisen werde darauf hingewiesen, daß von einem Schiedsspruch in der Pfalzfrage nicht die Rede sein könne. Es bestehe keineswegs ein Gegensatz zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt, was die Anerkennung der separatistischen Bewegung angehe. In Paris wie in London sei man der Ansicht, daß die Rheinlandkommission über diese Anerkennung nicht zu entscheiden habe. Es handle sich in Wirklichkeit darum, ob die Rheinlandkommission die separatistischen Verordnungen bestätigen könne, ohne ihre Kompetenzen zu überschreiten. Die französische Regierung habe gefunden, daß zweckmäßigerweise in diesem Punkte die Botschafterkonferenz zu Rate gezogen werde, um zu bestimmen, wie weit die Kompetenzen der Rheinlandkommission hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit der Truppen usw. gehen. Die französische Regierung habe dementsprechend der Londoner Regierung vorgeschlagen, daß die Frage der Vollmachten der Rheinlandkommission im gegenseitigen Einvernehmen der Botschafterkonferenz unterbreitet werde, die die Kommission ermächtigen könnte, für eigene Rechnung diejenige von den pfälzischen Verordnungen, die die öffentliche Ordnung und die Sicherheit berühren, sowie die, die die Arbeitslosenfürsorge betreffen, zu veröffentlichen. Die Botschafterkonferenz hätte sich auch mit der von Geheimorganisationen in der Pfalz, wie der der „Treuhand" geschaffenen Erregung zu befassen und Abhilfsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Vereinfachung der Verwaltungsausgaben.

Paris, 29. Jan. (Wolff.) Die Kammer verhandelte heute vormittag über den im Rahmen der Regierungsmaßnahmen von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf betr. die Vereinfachung der Verwaltungsausgaben. Artikel 1 des Entwurfs, mit dem die Beratungen beginnen, lautet: „Es werden im Jahre 1924 Einschränkungen der Staatsausgaben vorgenommen, die sich im ganzen auf nicht weniger als eine Milliarde Franken belaufen dürfen. Die Regierung wird ermächtigt, mit Hilfe von Verordnungen, die nach vorheriger Zustimmung des Ministerrats vom Staatsrat erlassen werden, alle diejenigen Reformen von Vereinfachungen in der Verwaltung vorzunehmen, die die Verwirklichung dieser Sparmaßnahmen [illegible]. Wenn die auf diese Weise getroffenen Maßnahmen Aenderungen in den bestehenden Gesetzen erfordern, werden die Verordnungen binnen 6 Monaten dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet."

Gesetzentwurf über die Wiederaufbauschäden.

Die Herweghs

2 Roman von Liesbet Dill.

Sie setzte sich an den Tisch, zog die Zeitungen herbei, um sich in die vermischten Nachrichten zu vertiefen. „Ach Gott, da hat schon wieder ein Lokomotivführer den Zug auf einen Güterzug auffahren lassen."

Ernst hatte das Danaidenfragment „Kypris" begonnen. Er spielt es so zart und rieselnd, es klang wie warmer Sommerregen in einer fruchtbaren Nacht.

„Der Kartoffelsalat war hoffentlich noch warm?" fragte die lesende Mama. „Und es hat jemand auf den Kleinen aufgepaßt."

„Herbert ist bis jetzt noch nicht daheim," erwiderte Ernst. Frau von Herwegh sah erstaunt aus ihrer Wiener Mode auf . . . „Wie kommst du denn darauf? Er liegt ja längst in seinem Bett, ich hab' ihm eben noch gute Nacht gesagt."

„Dann weiß ich nicht, wie er hereingekommen ist," sagte der Bruder.

„Nun, wahrscheinlich auf dieselbe Weise wie du. Der arme Junge muß ja bis in die Nacht hinein lernen, wegen dem verrückten Euler, der immer etwas an seinen Arbeiten auszusetzen hat."

„Das wird doch wohl weniger an Herrn Euler liegen, Mama."

„Doch, es liegt nur an dem," sagte sie. Sie erhob sich, um das Blatt vom Kalender abzureißen, das noch eine feuerrote sonntägliche Zahl vom vergangenen Sonntag trug. Diese Zettel wurden von Trina gesammelt wegen der guten Rezepte auf der Rückseite. Als Frau von Herwegh an dem heutigen Samstag angekommen war und sie die Zahl [illegible] erblickte, [illegible] „Mein Gott, Ernst, [illegible]!"

Sie [illegible]. Dann kam sie [illegible]. „Mein guter Junge, wir haben deinen Geburtstag vergessen!! Ich werde alt, wahrhaftig!" Sie umarmte ihn zärtlich.

„Aber Mama," sagte er lachend, „das ist ja nicht so schlimm."

„Doch, das ist sehr schlimm," sagte sie, „das hätte mir dein Vater nie verziehen. Ich hatte seinen ersten Geburtstag nämlich auch vergessen, er war wochenlang noch darüber gekränkt, die Norddeutschen nehmen es mit solchen Gedenktagen genau. Du bist doch mein Bester," sagte sie leise, ihr blondes Haar, das noch keinen weißen Faden aufwies, an seine Schulter schmiegend . . .

Und er fühlte sich ausgesöhnt. Mit allem.

Er liebte seine Mutter mit all ihren Fehlern und Schwächen, und er zog ihre ringgeschmückte schöne Hand an sich.

In diesem Augenblick wehte es kühl zur Tür herein. Liane betrat das Zimmer. In einem silbergrauen Abendmantel, den sie über ein tiefausgeschnittenes Gesellschaftskleid geworfen hatte, einen dunklen Fuchs umgeschlungen. Sie schaute mit ihren grauen hellen Augen um sich. „Nun, was ist los?"

„Ernst ist heute vierundzwanzig Jahre alt geworden!" rief ihr die Mutter entgegen, „und wir haben seinen Geburtstag vergessen, denk' nur, Liane!"

Liane warf das goldrote Haupt zurück, das mit seinem hochbebauschten üppigen Haupt einem schimmernden Helm glich, und sagte mit einem müden Lächeln, während sie den Pelz in den Sessel gleiten ließ: „Nun, was ist denn das? Dann feiern wir ihn eben morgen. Man wird doch nicht von mir verlangen, daß ich jemand dazu beglückwünsche, daß er auf die Welt gekommen ist."

Am Sonntag morgen fand sich die Familie gewöhnlich erst nach zehn Uhr am Kaffeetisch ein. Als Frühstückszimmer wurde, der Bequemlichkeit halber, das neben der Küche gelegene Badezimmer benutzt, ein helles Raum mit weißgekachelten Wänden, das Morgensonne hatte und durch einen [illegible] leicht zu erwärmen war.

Trina pflegte Sonntags die Messe zu besuchen, dann stand der Haushalt solange still.

Der erste, der sich einfand, war Herbert, dann erschien Ernst und nach ihm Liane in einem hellblauen, etwas verschlossenen Samtschlafrock.

Da Herbert seine Schlafschuhe nicht gefunden hatte, klappte er in Trinas Holzpantinen umher. „Damit kannst du gleich auf den Heringsfang gehen," begrüßte ihn Liane, die sich das Brot mit einer Gabel über dem Gas röstete. Ernst hob der Kaffeekanne die Bischofsmütze ab, sie sah bei Tag sehr mitgenommen aus.

„Sehr geschmackvoll, dieses Ding da," bemerkte Liane.

„Dann arbeite du doch etwas Schöneres," erwiderte Ernst.

Liane zuckte die Achseln, es war nicht der Mühe wert, sich schon zu so früher Tageszeit mit dem Bruder auseinanderzusetzen, er nahm ja doch stets Mamas Partei.

„Ja, tät's du mal was Besseres machen wie Gedichte," mischte sich der Lümmel ein, der hinter Brotkorb und Apfelkrautdose verschanzt saß, „zum Beispiel die Strümpfe dort stopfen," er wies auf einen überfüllten Weidenkorb, der auf dem Plättbrett, das die Badewanne verdeckte und als Tisch für alles mögliche diente, stand.

„An meinen Buxen ist kein einziger Knopp mehr."

Darüber tauchte lautlos der schöne Lutz auf. Er sah bleich und angegriffen aus und trug weder Kragen noch Weste, sein „Morning family" hing lose, er streckte die langen Beine stumm unter den Tisch.

„Wie ein Louis sieht er aus," bemerkte der Lümmel, und er nahm einen Chapeau Claque, der auf dem Fensterbrett lag, und setzte ihn auf Lutz' schmalen Kopf. Lutz trank seinen schwarzen Kaffee, ohne sich zu rühren. Dieser Zylinder verlieh ihm höchstens etwas noch Verwegeneres, er stand ihm sogar. Selbst in diesem verkaterten Zustand sah er aus wie ein vom Pferd gestiegener Velazquez mit seinen müden, langbewimperten dunklen Augen, dem feingeschnittenen Profil, der gebogenen Nase und dem geschwungenen sinnlichen Mund. Er hatte prachtvolle Zähne und schmale aristokratische Hände. Er sah Liane sehr ähnlich, obwohl die Schwester nicht eigentlich hübsch war. Ernst dagegen sah dem Vater ähnlich mit seiner etwas gedrungenen Gestalt, dem bürstenartigen blonden Haar und dem offenen, versonnenen Ausdruck, über dem es wie leichte Melancholie lag.

Herbert dagegen sah niemand ähnlich, weder Vater noch Mutter, noch einem der Geschwister. Sie nannten ihn das Kuckucksei.

„Weshalb ißt du denn nichts, Lutz?" fragte das Kuckucksei, das ungeheure Mengen von Apfelkrautbroten vertilgte.

„Pfui, Deibel," sagte dieser und schob die Marmelade schaudernd zurück.

„Du bist eine Schattenpflanze, Lutz."

„Und du ein Nachtlicht."

Nun begann zwischen den beiden Brüdern das übliche Sonntagsmorgenduett zwischen Kaffeeeingießen und Brotabschneiden, als Frau Herwegh eintrat. Sie war noch in ihrem türkischen Morgenrock und trug eine Glasschale mit einer warmen Creme in den Händen, die sie vorsichtig auf das Bügelbrett neben den Strumpfkorb setzte. „Ich habe Weincreme gemacht, Kinder, und Trina bäckt eben Zimtwaffeln, sie sind übrigens abgezählt, Herbert."

„Aber Mama, ich hab' doch heute baden wollen," sagte der enttäuschte Lutz. „Nun stellst du wieder alles voll."

Diese Badewanne war das ständige Kampfobjekt zwischen Lutz und seiner Mutter, denn immer, wenn man baden wollte, lag etwas darin, gespaltenes Holz oder eingelegte Wäsche, und es mußte erst alles ausgeräumt werden. „Dieser Umstand allein kann einem das Familienleben verleiden," fügte Lutz mißmutig hinzu.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Reparationskommission.

Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 29. Jan. Nach dem „Journal des Débats" ist die Reparationskommission heute nachmittag 3 Uhr zusammengetreten, um in nichtoffizieller Sitzung interne Angelegenheiten zu erledigen. Im Anschluß daran wurden in offizieller Sitzung die Verhandlungen über die ungarische Anleihe fortgesetzt.

Barthou Vorsitzender.

Paris, 29. Jan. Die Reparationskommission wählte heute nachmittag einstimmig den französischen Delegierten Barthou wiederum zu ihrem Vorsitzenden und den italienischen Delegierten Salvago Raggi zu seinem Stellvertreter.

England

Macdonald und Poincaré

London, 30. Jan. In Paris hat der englische Botschafter einen Brief von Macdonald an Poincaré übermittelt. Indem Macdonald in diesem Briefe den Kabinettswechsel anzeigt, drückt er die Hoffnung aus, daß für die Sicherung des europäischen Friedens in erster Linie eine klare und volle Verständigung zwischen Frankreich und England hergestellt werden muß. Es soll von französischer Seite heute ein sehr freundschaftlich gehaltenes Antwortschreiben nach London abgegangen sein.

Paris, 30. Jan. Der Londoner Berichterstatter der Zeitung „Oeuvre" teilt mit, daß nach einem in den politischen Kreisen verbreiteten Gerücht Macdonald die Absicht habe, sich direkt mit Poincaré über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England auszusprechen.

Das Ende des englischen Eisenbahner-Ausstands

London, 28. Jan. Am Sonntag abend fand eine Unterredung zwischen den Eisenbahndirektoren und den Delegierten des Lokomotivführerpersonals statt. Eine zweite Unterredung wird heute vormittag erfolgen. Ueber die gestrige Unterredung ist keine Mitteilung veröffentlicht worden. Der Sekretär des Lokomotivpersonalverbandes, Bromley, erklärte allerdings am Sonntag abend, daß die Lokomotivheizer mit unverminderter Heftigkeit weiterkämpfen würden, bis alle ihre Forderungen bewilligt seien. Es sei die Pflicht eines jeden Einzelnen, seine Kameraden so viel wie möglich von der Arbeit fernzuhalten. In diesem Sinne ist auch eine Entschließung angenommen worden.

WTB. London, 29. Jan. Der Ausstand der Eisenbahner ist beigelegt.

Bradbury in London.

London, 28. Jan. Der britische Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Bradbury ist heute in London eingetroffen. Er hatte Besprechungen mit dem Schatzkanzler über die Reparationsfrage. Bradbury kehrt noch heute nach Paris zurück.

Noch keine diplomatische Aktion zwischen London-Brüssel.

Paris, 28. Jan. In dem Besuche des belgischen Außenministers Jaspar in Paris stellt in einer Brüsseler Meldung die „Etoile Belge" fest, daß zwischen London und Brüssel noch keinerlei diplomatische Aktion erfolgt sei.

Kabinettssitzung.

London, 28. Jan. Am späten Nachmittag fand eine Kabinettssitzung statt, nachdem Ramsay Macdonald im Foreign Office die Gesandten der auswärtigen Mächte empfangen hatte. Nach dem „Evening Standard" habe Macdonald die Prüfung einer Reihe von Dokumenten und Materials zur Anerkennung Rußlands, über die separatistische Frage, die Reparationen sowie andere auswärtige Fragen von hervorragender Bedeutung so gut wie beendet. Macdonald habe die Absicht, in Uebereinstimmung mit allen seinen Ministern eine direkte und umfangreichere Außenpolitik zu verfolgen. — „Evening News" will wissen, daß Ramsay Macdonald in nicht allzu ferner Zeit eine europäische Konferenz vorschlagen werde, die das große Problem der Regelung der europäischen Fragen einschließlich der Frage der deutschen Reparationen, der interalliierten Schulden und der Handelsbeziehungen und der Errichtung des Völkerbundes auf einer breiteren Grundlage zum Ziele haben werde.

Zu dem Dockarbeiterstreik.

London, 29. Jan. Reuter zufolge ist der auf der Konferenz des Transportarbeiterverbandes erfolgte Beschluß, in den Häfen die Arbeit niederzulegen, im Namen von 120 000 Hafenarbeitern gefaßt worden. Es wird eine Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Woche gefordert. Die Arbeitgeber erklärten dies für unmöglich, da es eine Mehrausgabe von 2 Millionen Pfund im Jahre bedeuten würde und die Schiffahrtsgesellschaften bei der schlechten Geschäftslage eine solche Belastung nicht ertragen könnten.

London, 29. Jan. Der Vollzugsausschuß der Dockarbeitervereinigung hat beschlossen, am 16. Februar in den Streik zu treten, falls bis dahin die Lohndifferenzen nicht geregelt sind.

Aus dem besetzten Gebiet

Duisburg, 29. Jan. Die letzte Sitzung des belgischen Polizeigerichts beschäftigte sich mit einer Reihe von Fällen gegen Kaufleute, die ihre Waren in den Schaufenstern in Goldmark ausgezeichnet hatten. Die Angeklagten wurden durchweg zu Geldstrafen von 40 bis 50 Goldmark verurteilt, da nach Ansicht der Besatzungsbehörde nur Auszeichnung in Papiermark zulässig ist.

Rücknahme von Ausgewiesenen.

Duisburg, 29. Jan. Der Kommandierende General der Besatzungsabteilung Duisburg-Ruhr hat die Aufhebung der Ausweisung gegen 33 Bürger der Stadt Duisburg verfügt. Ferner dürfen zurückkehren Telegraphendirektor Konrad Schwarz aus Wesel und Paul Burghoff aus Mülheim an der Ruhr.

Lohnfragen und Arbeitszeit.

Die Streiklage im Wuppertal.

Elberfeld, 28. Jan. Die Streikbewegung im Wuppertal dauert unverändert an. Die Metall- und Textilarbeiter, die Fuhrleute, die Kraftwagenführer und die Buchbinder haben nirgends die Arbeit wieder aufgenommen. Die Urabstimmung der Textilarbeiter über die Abmachungen, die bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Schiedsspruch getroffen wurden, ist auf morgen nachmittag verschoben worden. Inzwischen hat sich die Lage insofern etwas verändert, als nunmehr auch die Gefahr besteht, daß das Personal des Barmer städtischen Gas- und Wasserwerkes sich der Ausstandsbewegung anschließt. Hierüber dürfte morgen die Entscheidung fallen.

Feierschichten in verschiedenen Zechen.

Bochum, 28. Jan. Von folgenden Zechen werden Feierschichten wegen Wagenmangels gemeldet: Konstantin der Große, Eintracht, Tiefbau, Prinzregent, Dalhauser Tiefbau, Zollverein, Friedrich Ernestine, Präsident, Brassert, Adolf Haniel-Mann und Karoline Magnus.

Weiterer Streik im Buchdruckergewerbe.

Saarbrücken, 28. Jan. Im Buchdruckerstreik hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die Arbeit morgen wieder aufgenommen und am gleichen Tage Verhandlungen über die strittigen Fragen eingeleitet werden sollen. Es handelt sich in erster Linie um den Grundsatz des Achtstundentages. Die Arbeitnehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt. Der Streik geht also weiter.

Kleine Meldungen

Das große Los.

Das große Los der wertbeständigen Staatslotterie ist in die Kollekte eines Zigarrenhändlers in Tempelhof gefallen. Die glücklichen Gewinner sind zehn Tempelhofer Parteien, die jede mit einem Zehntel an dem Haupttreffer beteiligt ist, so daß auf jeden Gewinner 21 000 Goldmark fallen. Alle zehn Gewinner können die Summe recht gut gebrauchen. Es sind Personen des Mittelstandes. Eine gute Partie ist eine junge, bisher mittellose Verkäuferin geworden, die von ihrem Weihnachtsgeschenk den Losanteil gekauft hat.

Auswanderung.

Hagen, 28. Jan. Das Auswandererfieber ist in der hiesigen Gegend ungewöhnlich groß. Täglich enthalten die Tageszeitungen Inserate über Möbelverkäufe, Wohnungsaufgabe usw. Hauptziele der Auswanderungslustigen sind Brasilien und Argentinien. Inzwischen sind aber bereits Auswanderer in die Heimat zurückgekehrt, um ihr gesamtes Gut ärmer und um eine große Enttäuschung reicher. Sie haben gefunden, daß auch im gelobten Lande Südamerika der Grund zu gesicherter Existenz nur in jahrelanger und entsagungsreicher Arbeit gelegt werden kann.

Orkan in der Ostsee.

Drontheim, 28. Jan. Während eines orkanähnlichen Sturmes sind in der Nacht zum Samstag mehrere Fischerboote in den Fischgründen bei Frosden verunglückt. Im Laufe von 24 Stunden ertranken 16 Fischer.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Coblenz, 30. Jan. (Patengeschenk für das Schiff Coblenz.) Die Bedingungen zur Teilnahme am Wettbewerb für das Patengeschenk der Stadt Coblenz an den Norddeutschen Lloyd-Dampfer „Coblenz" sind in einigen Punkten abgeändert worden. Sie liegen zur Einsicht der Künstler im Lesesaal der Stadtbibliothek, Casinostraße 30, offen.

Eschweiler, 27. Jan. Ein städtischer Kassenbote, welcher Geld der Erwerbslosenfürsorge bei sich trug, wurde im Wald bei Donnersberg von maskierten Räubern überfallen. Diese gaben aus dem Gebüsch heraus plötzlich Feuer auf den Boten, sprangen dann mit vorgehaltenem Revolver aus dem Wald heraus und entrissen dem Boten das Geld. Umfangreiche Streifen, die alsbald von der Polizei in dem Wald vorgenommen wurden, um die Räuber zu ermitteln, blieben erfolglos.

Hadamar, 28. Jan. Wie man hört, soll die Irrenanstalt von hier nach Herborn verlegt werden, weil sie zu große Unkosten verursache.

Höchst a. M., 27. Jan. Beim Transport einer Lokomotive vom Ufer auf ein Schiff brach das Gerüst zusammen. Die niederstürzenden Balken rissen zwei Arbeiter mit in die Tiefe. Dabei wurde der Arbeiter Rörig aus Schwanheim zwischen den Trümmern so lange im Mainwasser festgehalten, daß nur noch der Kopf über Wasser war. In dieser qualvollen Lage mußte der bedauernswerte Mann über eine Stunde verbleiben, ehe seine Befreiung möglich war. Rörig kam fast vollständig erstarrt in das städtische Krankenhaus.

Bad Homburg v. d. H., 27. Jan. Im Frühzug trifft der Maharadscha von Kaschmir mit großem Gefolge für längere Zeit zu Kurzwecken hier ein. Der Leibarzt des indischen Fürsten, Regierungsarzt Dr. Lal, weilte bereits vor Monaten hier, um alle Vorbereitungen für den Besuch zu treffen. Der Fürst wird wieder im Ritters Park-Hotel Wohnung nehmen.

Bad Homburg v. d. H., 27. Jan. In Frankfurt wurden zwei Erwerbslose, Philipp J. und Karl St., in dem Augenblick festgenommen, als sie Notgeldscheine der Stadt Homburg in den Verkehr bringen wollten. In einem Falle war es den beiden schon gelungen, einen Falschschein über 50 Billionen Mark zu verausgaben.

Johannisberg (Rheingau), 28. Jan. Johannisberg und Umgebung werden seit einiger Zeit durch eine Einbruchsbande schwer geschädigt. So wurde bei dem Weinguisbesitzer J. Klein ein größerer Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Auf Schloß Johannisberg wurden eine große Anzahl Flaschen „Asbach Uralt" und edle Flaschenweine gestohlen, auf dem Gutsbesitz von Mumm Küchengeräte, Möbel und ein Grammophon. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 1000 Billionen Mark ausgesetzt.

Weilburg, 28. Jan. Nach hier eingegangener Nachricht ist die Großherzogin Maria Adelheid von Luxemburg auf Schloß Hohenburg in Oberbayern nach schwerer Krankheit sanft entschlafen. Geboren am 14. Juni 1894, folgte sie nach dem Tode ihres Vaters, des Großherzogs Wilhelm, diesem zunächst unter der Regentschaft ihrer Mutter in der Regierung, bis sie diese am 18. Juni 1912 selbst übernahm. Später legte sie die Regierung nieder und lebte bei ihrer Mutter, der verwitweten Großherzogin Maria Anna, auf Schloß Hohenburg.

Herborn, 30. Jan. Während die altpreußischen Predigerseminare — da der Staat seine Beihilfe zurückgezogen hat —, alle bis auf das Dom-Kandidatenstift in Berlin eingehen, ist der Bestand des theologischen Seminars in Herborn, auf dem die nassauisch-oranischen Geistlichen nach Vollendung ihres Universitätsstudiums praktisch für das Amt vorgebildet werden, bis auf Weiteres noch gesichert.

Frankfurt a. M., 29. Jan. Die Einfuhr ausländischer Früchte hat einen außerordentlichen Umfang angenommen. Vor allem wurden aus Italien Orangen in sehr bedeutenden Mengen eingeführt, die reißenden Absatz finden. Dieser Tage trafen hier sieben Eisenbahnwagen mit französischem Kopfsalat ein. Die Ware ist gegenwärtig billiger als die deutsche, da der Frankenkurs Schleuderpreise ermöglicht. Wenn bei mehr vorgerückter Jahreszeit deutsche gärtnerische Erzeugnisse auf den Markt kommen, werden diese unter der ausländischen Konkurrenz zu leiden haben.

Usingen, 27. Jan. Vor mehreren Jahren nahm ein hiesiger Schuhmachermeister ein Wiener Kind zur Verpflegung für einige Zeit bei sich auf. Vor kurzer Zeit erhielt der Menschenfreund einen Dankesbrief aus Wien mit zahlreichen Kronen. „Als es uns schlecht ging," — so schrieb der Wiener — „habt ihr in Deutschland uns getröstet. Heute, wo es uns besser geht, vergessen wir euch nicht!"

Linz, 26. Jan. Eine Liebesgabensendung aus Amerika traf gestern per Eisenbahn über Köln kommend, für das Kindererholungsheim im St. Antoniushaus ein. Die Sendung bestand aus Mehl, Büchsenmilch u. a. Der Waggon war an einem großen Plakat mit der amerikanischen Nationalflagge erkenntlich.

Cochem, 27. Jan. Der Monstranzdiebstahl in hiesiger Pfarrkirche fand am Donnerstag seine Sühne. Das Schöffengericht verurteilte den Haupttäter zu 3½ Jahren Zuchthaus und einen Mitbeteiligten zu 1 Jahr Gefängnis.

Lahr, 28. Jan. Auf der Polizeiwache hier erschienen letzter Tage zwei 13jährige Mädchen und erklärten, ein Zopfabschneider habe ihnen die Zöpfe abgeschnitten. Die Untersuchung ergab aber, daß die beiden Mädchen sich ihres Haarschmuckes selbst beraubt und ihn in den Schutterkanal geworfen hatten, weil sie künftig eine sogenannte Pagenfrisur tragen wollen. Auch das Mädchen, dem angeblich abends in Begleitung seines Vaters der Zopf von einem Unbekannten abgeschnitten worden sein soll, hat das selbst ausgeführt.

Bezdorf, 28. Jan. Zwei Stunden von hier, auf der äußersten Peripherie des Bezirkes Coblenz, liegt der Ort Friedewald, allen Besuchern des Westerwaldes wohlbekannt durch das herrliche Schloß, im Stile des Heidelberger Schlosses. Das heutige Dorf war einmal eine freie Reichsstadt, ausgestattet mit denselben Rechten wie Frankfurt a. Main. Der Ort erhielt dieses Stadtrecht am 27. Januar 1324, verliehen von Kaiser Ludwig von Bayern, an den damaligen Grafen Gottfried v. Sayn. So kann die ehemalige Reichsstadt Ende dieses Monats auf ein 600jähriges Bestehen blicken. Das alte Schloß wurde später auf Abbruch versteigert, und langsam begann die alte Herrlichkeit zu zerfallen. Der kunstsinnige Graf Alexander von Hachenburg (früher Fürst v. Sayn), der heute in Godesberg seinen Wohnsitz hat, ließ das Schloß seiner Ahnen wieder in allen Teilen restaurieren und ausbauen, so daß das ganze Anwesen heute das Entzücken aller Kunstfreunde bildet. 1912 ging das Schloß in den Besitz des Prinzen Otto v. Sayn-

Hexenprozesse in Ems

(Schluß.)

Der Ueberlebenden aber harrte ein schweres Los, denn der einst blühende Wohlstand der Vogtei war fast völlig vernichtet. Die Häuser des Dorfes wurden nach der Zerstörung des Jahres 1638 nur teilweise notdürftig und armselig wieder hergestellt; in den Feldern, Wiesen und Weinbergen wucherten auf weiten Strecken Dornhecken und Gesträpp, so daß sie zum großen Teil erst wieder mit dem Karst angerodet werden mußten. Die Ställe standen leer; wir wissen, daß im 16. Jahrhundert eine Reihe von Emsern Pferde besaßen; um 1650 dagegen lesen wir: „Pferde oder Schifferey, deren werden zu Embs keine gehalten". Man mußte in allem wieder von vorn anfangen.

Und dennoch fehlte ein bezeichnender Zug in dem furchtbaren Antlitz jener Zeit, wenn wir es unterließen, auf das gesteigerte Vergnügungsbedürfnis ihrer Kinder aufmerksam zu machen. Wir haben es ja in unseren Tagen wieder erlebt, wie der drohenden überstandenen Gefahr, besonders wenn die Drohung eine beständige wird, die Sucht nach Ausschweifungen folgt, und es scheint ein massen-psychologisches Gesetz zu sein, dessen Auswirkung natürlich durch ein ethisches Gegengewicht im einzelnen gehemmt werden kann, daß die Wildheit der Ausschweifungen mit der Größe der Gefahr zunimmt. Jedenfalls dürfen wir diese Erwägungen nicht vergessen, wenn wir im Juli 1631 in einem Bericht des Emser Pfarrers Joh. Jac. Werner lesen, daß in der letzten Kirchenvisitation gerügt worden sei, „daß von Junggesellen, Knecht und Mägten große Leichtfertigkeit pflegt geübt zu werden an diesem Ort, sonderlich am h. Pfingstfest und folgents fast alle Sontage biß an Michaelistag, welches Unwesen hier vorzukommen, sollte ich in beyder H. Superintendenten Nahmen anheigen und verbieten . ., welches auch gethan und zum fleißigsten gebeten, man wolle sich hierinnen gehorsamlich ertzeigen; ist aber nicht allein nicht gehalten, sondern noch viel gröser Insolentien, alß langer Zeit geschehen, geübt worden, dann sie am zweiten Pfingstag mit Leyer (Trösterwein) und Wein von Hauß zu Hauß gangen und Eyer colligirt, die hiebevor nie gefort (gefordert) worden." Damals sind die Uebeltäter „umb ½ Rthlr. gestraft worden oder aber Tag und Nacht in Turn- (Gefängnis-) buße, und dis so offt, als peccirt worden."

1577 werden bei den Steuerzahlern Familien aufgeführt, die heute noch hier blühen, u. a.: Schäfer (Scheffer), Simon, Dreiß, (der reichste Mann der Gemeinde, versteuerte 2400 fl), Schuhmacher, Hoffmann, Fischer, Jost, Lemler; aus dem Jahre 1650: Schäfer, Simon, Eichholz Zimmerschidt und Zimmerscheid (Zimmerschied), Dommermuth, Roßbach, Raßbach und Rosenbach, Eberhaan (Eberhahn), Kassine, Jost.

Die Vogtei Ems wurde von Nassau-Oranischen und Landgräflich Hessischen Amtmännern gemeinsam verwaltet. Glieder der Familie Hausmann dürften während des größten Teils des 17. Jhrdts. hessische Vögte in Ems gewesen sein. Erwähnt werden Rudolf H. (1575; † 29. 5. 1595), Johann Ludwig H., Otto H. (1629, 1640), Joh. Georg H. (1642, 1656). Die Herborner Matrikel (hrsg. von Zedler u. Sommer, Wiesb., 1908, S. 277) führt 1621 diesen letzteren als „Johannes Georgius Hausmann Embsenis Nass. et Hass." auf. — 1719-20 ist von dem „sogenannten Weißen Hauß, sonst der Hausmannische Stall", die Rede. Dieses „Weiße Haus" stand auf dem Platze des späteren Hauses „Zur Sonne" am Eingang der Grabenstraße.

Der Weinbau bildete damals einen Hauptverwerbszweig der Emser.

In dem Ehle-Josten-Prozeß (1629) kommt u. a. als Ankläger auch der Arnsteiner Hofmann Johann Ahler vor. Diese Familie saß auf einem Kloster Arnstein zinsbaren Hof, der an der Stelle des heutigen „Weilburger Hofes" in der Grabenstraße stand.

Bei dem peinlichen Verhöre (der Tortur) unterschied man 3 Grade; als erster Grad galt das Aufweisen und Erklären der Anwendung der Marterwerkzeuge durch den Henker (das „Erschrecken"); der 2. und 3. Grad bestand in der mehr oder weniger qualvollen Anwendung derselben. In unserer Gegend waren vorzugsweise 3 Martervorrichtungen im Gebrauch; zunächst die Daumenschrauben, mit denen man den Delinquenten das Blut unter den Nägeln hervorpreßte; dann die sog. „spanischen Stiefel", d. h. scharfkantige, innen mit Eisen belegte Beinschienen zum Zuschrauben; und endlich der „Zug" oder „Aufzug". Am Zug, einer Art Leiter, wurden die Delinquenten (meist an ihren auf dem Rücken zusammengebundenen Händen) in die Höhe gezogen, wobei man ihnen u. U. und je nach dem Grade der Tortur Gewichtstücke an den Füßen befestigte. Doch fand man gelegentlich auch die Füße an eine Walze, durch deren Drehen dann alle Körperteile des Gefolterten verrenkt und die Gelenke auseinander gerissen wurden.

In Ems haben sich an die Folterinstrumente der alten Zeit keine Erinnerungen mehr erhalten. Wohl dagegen im nahen Nassau, wo im „grauen Turm" an der Ostseite der Stadt, dem alten Gefängnis, bis zur Jahrhundertwende noch ein sog. „eiserner Stuhl" zu sehen war. Nach einer Zeitungsnotiz vom 29. Jan. 1873 (s. die Hähnschen Sammelbände der Nass. Landesbibliothek in Wiesbaden, Bd. 3, Nr. 64) bestand er „aus einem mit einer Oeffnung versehenen Sitze, einer gebogenen Rücklehne, zwei Seitenlehnen und einem schiefen Fußtritt. Die Seitenlehnen waren an ihren Enden durch eine eiserne Stange mit Lagern für die Handgelenke verbunden, über welche eine zweite bewegliche gelegt war. Ebenso war zwischen den Vorderfüßen eine hölzerne Fußunterlage angebracht, auf welche ein zweites Stück Holz paßte. In diesen an der Mauer befestigten Stuhl wurde der Delinquent zur Tortur oder Strafe gesetzt und mit den Fuß- und Handgelenken in den ziemlich engen Lagern so fest eingeschraubt, daß er keiner Bewegung mächtig war. Nur während des Essens war er der Bande ledig. Zur Befriedigung der anderen notwendigen Bedürfnisse diente eine Vorrichtung am Sitze. Traf der Festigung gelang es einmal einem Delinquenten, sich nicht bloß aus dem Stuhle, sondern aus dem wohlverwahrten Gefängnis, das aus 4 übereinanderliegenden Gemächern bestand, durch das Dach zu entkommen."

Wittgenstein-Berleburg über, von dem es 1919 Herr v. Oswald aus Coblenz in Pacht genommen. Im Orte befindet sich auch ein Denkmal mit dem lebensgroßen Standbild Ludwig von Bayern, welches Graf v. Hachenburg dem Gönner von Friedewald errichten ließ.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 31. Jan. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr brach in den Kellerräumen des Kaufhauses Jos. Schmidt Feuer aus. Durch glühende Asche, die aus dem Heizungskessel gefallen war, wurden einige Lumpen und Holzabfälle entzündet, und die dadurch hervorgerufene Hitze brachte den in der Nähe befindlichen Gasometer zur Explosion. Die aus dem Gasometer herausschlagende Stichflamme setzte einen im Keller befindlichen Holzstoß in Brand. Die schnell herbeigeeilte freiwillige Feuerwehr verhütete ein weiteres Umsichgreifen des Feuers und konnte den Brand in wenigen Minuten löschen. Wie wir hören, ist der Sachschaden nur unbedeutend.

Bad Ems, 31. Jan. (Rückständige Gemeindeabgaben.) Ab Oktober vor. Jrs. hat die Stadtgemeinde zur Deckung erhöhter Ausgaben die öffentlichen Abgaben, wie Grundsteuer, Kanalgebühr und Wassergeld erhöhen müssen. Die Erhöhung für Oktober hat durch die infolge der unruhigen Zeiten verzögerte Erhebung leider sehr belastend gewirkt; doch kann an der Tatsache nichts geändert werden, daß die Stadtgemeinde für ihre Ausgaben, die sie in Billionen hat leisten müssen, auch Deckung in Billionen Mark haben muß. Ab November ist eine Herabsetzung der Abgaben um die Hälfte erfolgt, doch sind sowohl für Monat Oktober als November noch eine größere Anzahl Beträge rückständig. Im Interesse einer baldigen Abrechnung und Verminderung der Arbeit in der Verwaltung werden die Schuldner dringend gebeten, umgehend bei der Stadtkasse Zahlung zu leisten. Wer absolut nicht in der Lage ist und dessen Existenz durch die Steuerzahlung gefährdet ist, kann Ausstand beantragen, der im begründeten Falle auch erteilt wird. Das Wassergeld und die Kanalgebühr, namentlich das erstere, sind jedoch auf alle Fälle abzudecken. Nach einigen Tagen muß die Mahnung durch die Stadtkasse erfolgen, wodurch den Schuldnern Weiterungen und Kosten entstehen.

Bad Ems, 31. Jan. (Milchpreise.) Nach Mitteilung der Preisprüfungskommission sind die Milchpreise von heute ab wie folgt festgesetzt worden: ab Stall 30 Pfg., ab Händler 40 Pfg. pro Liter. Die Preisprüfungskommission ersucht die Landwirte und Milchhändler, diese Preisfestsetzung nicht zu überschreiten, andernfalls wegen Ueberforderung Strafverfolgung eintritt.

Bad Ems, 31. Jan. (Turnverein.) Laut Inserat findet am kommenden Samstag im Gasthaus „Wacht am Rhein" die Generalversammlung des Turnvereins statt. Unter anderem ist auch die Vorstandswahl, und darum ist es unbedingt erforderlich, daß sämtliche Turner, ganz besonders die Damen und die älteren Herren, alle vollständig erscheinen.

Bad Ems, 31. Jan. Die Arbeitnehmer können ihre Steuerbücher, d. h. die Einlagebogen mit den im Jahre 1923 geklebten Steuermarken, im Rathaus, Zimmer 7, zur Weiterbeförderung an das Finanzamt Diez abgeben. Die Steuerbücher bezw. die Einlagebogen sind jedoch in einen Briefumschlag mit der Aufschrift „An das Finanzamt Diez" zu legen und zu verschließen.

Kemmenau, 31. Jan. Postschaffner Emil Schmidt ist nach Frankfurt versetzt worden.

Nassau, 29. Jan. (Beerdigung.) Gestern fand die Beerdigung des in weiten Kreisen bekannten Fuhrunternehmers Heinrich Nölz statt. Trotz des schlechten Wetters erwies ein stattliches Trauergefolge dem Verstorbenen die letzte Ehre. Die neue Friedhofskapelle, die zum erstenmal bei dieser Gelegenheit benutzt wurde, empfand man als große Annehmlichkeit, da ein längeres Verweilen im Freien bei dem naßkalten Wetter die Trauerfeier sehr beeinträchtigt hätte.

Nassau, 29. Jan. (Wohltätigkeitskonzert.) Großes wirket ihr Streit, Größeres ihr Bund. Daß bei dem Nebeneinander der hiesigen Gesangvereine „Nassau" und „Liederkranz" bei beiden Vereinen großartige Leistungen erzielt wurden, konnte jeder, der die Veranstaltungen derselben besuchte, konstatieren. Es hat etwas für sich, wenn Wettstreit als Triebfeder die Sangesfreudigkeit unterstützt. Daß ein größerer Erfolg dem Zusammenwirken beschieden ist, konnten die Besucher der Wohltätigkeitsveranstaltungen am Samstag und Sonntag bestätigen, und wäre es erfreulich, wenn die Vereine noch öfter sich bei anderen Anlässen vereinigen würden, wenn eine Verschmelzung nicht möglich ist. Unter der hervorragenden Leitung des Herrn Toni Herber aus Balduinstein, der mit Lust und Liebe und viel Geschick als Dirigent sich betätigte, wurden ganz hervorragende gesangliche Leistungen geboten und wird der überwältigende Eindruck der prächtig vorgetragenen Massenchöre allen Konzertbesuchern in der Erinnerung haften. Ein humoristisches Kouplet „In 50 Jahren ist alles vorbei", Soli für Tenor und Baß, und ein kleines Orchester (4 Violinen, Cello und Klavier) sowie ein flott gespieltes Theaterstück, welches die Lachmuskeln lebhaft in Tätigkeit versetzte, boten eine willkommene Abwechslung. Beide Veranstaltungen waren so besucht, auch von auswärts, daß die geräumige Turnhalle sich als zu klein erwies und soll eine dritte Veranstaltung für diejenigen folgen, welche keinen Platz fanden. Allen, welche sich in den Dienst der Erwerbslosenunterstützung stellten, gebührt wärmsten Dank.

Schweern, 29. Jan. (Turnverein.) Am 20. d. Mts. fand in dem Vereinslokal (Daniel Künzler) eine außerordentliche Generalversammlung des Turnvereins Bergnassau-Scheuern statt. Es hatte der gesamte Vorstand seine Aemter niedergelegt. Erschienen waren 23 Mitglieder des Vereins. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: 1. Vors. Herm. Gerke, 2. Vors. Karl Hubert, Turnwart Heinr. Schrupp, Kassenwart Adolf Wagner, Schriftwart Emil Huber, Spielwart August Müller, Beisitzer Karl Schrupp, Gastwirt, Karl Schrupp, Wagnermstr. Möge der Verein, welcher unter dem jetzigen Vorsitzenden im Jahre 1912 gegründet wurde und schon gute Leistungen erzielte, wachsen blühen und gedeihen. Gut Heil!

Diez, 30. Jan. Für Unfall und Sozialrentner. Die Zahlung der Unfallrenten findet am 1. und 16. Februar mit denselben Beträgen wie für Januar statt. Ebenso erhalten die E., A., K., O. und W.-Rentenempfänger die Beträge wie am 2. Jan.

*

Königsbacher Brauerei A.-G. vorm. Jos. Thillmann, Coblenz. In der am 29. Jan. 1924 stattgehabten ordentlichen Generalversammlung, in welcher 16 Aktionäre mit 8929 Stimmen vertreten waren, wurde die Bilanz für 1922-23 sowie die vorgeschlagene Dividende von 1 Goldmark für je 1000 Mark Aktienkapital genehmigt. Die Dividende ist sofort zahlbar. Das ausscheidende Aufsichtsratsmitglied Rechtsanwalt Dr. Maur wurde wiedergewählt.

Die neue Mietberechnung

Der bereits seit Ende Dezember vor. Jrs. erwartete Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt über die neue Mietberechnung ist nun sehr veröffentlicht worden und wird am 1. Februar ds. Jrs. in Kraft treten. Neu ist in den Bestimmungen, daß zu der Berechnung der Zuschläge künftighin nicht mehr von der Grundmiete, sondern von der Friedensmiete ausgegangen wird, sowie daß die Hundertsätze in Goldmark auszudrücken und bei der Zahlung in Papiermark nach dem amtlichen Berliner Goldmark-Mittelkurs zu berechnen sind. Hiermit sind wir der Wiedereinführung der ursprünglichen Friedensmiete ein erhebliches Stück nähergerückt und am Ende ds. Jrs. dürfte wohl voraussichtlich der Friedensstand in der Mietzinsbildung wieder erreicht sein. Zunächst wird die neue Berechnungsart für viele Vermieter und Mieter noch einige Unklarheiten enthalten, aber es ist damit zu rechnen, daß sie sich in 2 bis 3 Monaten vollkommen durchgesetzt hat, da man das seitherige System der Zuschläge in der Hauptsache beibehalten hat.

Bei der künftigen Mietberechnung ist vor allem zu berücksichtigen, daß — wie bereits vorher erwähnt — die Zuschläge nicht mehr von der jedem Vermieter geläufigen Grundmiete, sondern von der in den Hindergrund gedrängten Friedensmiete erhoben werden.

Die Zuschläge betragen:

1. Für Verwaltungskosten, Zinssteigerung und Steigerung der Kosten für Erneuerung der Grundstücksbelastung 5 Prozent.
2. Für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten, ausschließlich der sogenannten Schönheitsreparaturen, die vom Mieter zu tragen sind, 6 Prozent.
3. Für sämtliche Betriebskosten einschließlich der seither im Umlageverfahren erhobenen Kosten wie Gebäudesteuer, Kanalgebühr, Wassergeld usw. 15 Prozent.

Zusammen 26 Prozent der Friedensmiete, und zwar gilt dieser Gesamtzuschlag für alle Mieträume. Die seitherigen Umlagen sowie die Sonderzuschläge für gewerbliche und berufliche Räume kommen also endgültig in Wegfall, da die seither gerechtfertigte höhere Miete hierfür bereits in der Friedensmiete in Erscheinung tritt.

Bei großen Instandsetzungen kann das Mieteinigungsamt zwar wie seither auf Antrag einen Sonderzuschlag bewilligen, doch darf es hierbei nicht über den Satz von 3 Prozent der Friedensmiete hinausgehen. Derselbe Zuschlag gilt auch in den Fällen, wenn der Vermieter dem Mieter nachweist, daß der für die Deckung der Betriebskosten festgesetzte Satz von 15 Prozent der Friedensmiete zur Bestreitung dieser Unkosten nicht ausreicht. Kommen in einem Mietzahlungsabschnitt umlagefähige Betriebskosten nicht zur Umlage, so kann der Vermieter dieselben bei der nächsten Mietberechnung in Anrechnung bringen. Hat ferner der Vermieter umlagefähige Betriebskosten für einen längeren Zeitraum im voraus zu entrichten, so muß er diese gleichmäßig für den Zeitraum, für den die Zahlung erfolgte, auf die einzelnen Mietzahlungstermine verteilen. Dies sind in der Hauptsache die Grundsätze, die in der neuen Verordnung zum Ausdruck kommen. Im übrigen gelten die Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. 8. 1923, das hiernach bestehen bleibt.

Zur Berechnung der künftigen gesetzlichen Miete sei noch folgendes Beispiel angeführt:

Monatliche Friedensmiete 30 Mark mal 26 Proz. Gesamtzuschlag bei dem bestehenden amtlichen Kurs (1 Billion Papiermark = 1 Goldmark) = 7,80 Goldmark gesetzliche Miete. Hier nun kann man zwar dem Wortlaut der Verordnung nach die Papiergrundmiete von 24 Mark rechnen, da es jedoch hier an einem Zahlungsmittel fehlt, hat diese Einbeziehung keinen praktischen Wert, sondern es können nur die Goldmarkzuschläge erhoben werden. — Wenn dieser neuen Verordnung auch unstreitig noch einige Mängel anhaften, die sich in der Praxis bald fühlbar machen werden, so hat sie doch der seitherigen Mietberechnung gegenüber den großen Vorzug, daß sie von jedermann leicht begriffen werden kann. Mit einigen ergänzenden Nachträgen zu der Verordnung werden wir jedoch noch zu rechnen haben.

K. E. Fischer.

Börse und Handel

Berlin, 29. Jan. (Wolff.) Börsenstimmungsbild. Die Effektenbörse bot heute ein wesentlich anderes Bild als gestern. Gegenüber der am Vortage herrschenden Unternehmungslust waren heute Spuren von Ermüdung bemerkbar, da sich weitere außenstehende Kreise zur Beteiligung an dem Börsengeschäft offenbar nicht bereit gefunden haben. Auch übten die Meldungen über die geplante Einführung der Kopfsteuer für Börsianer über einen unverkennbaren Druck auf die Börsenstimmung aus. Vorsichtige Spekulanten waren bemüht, zu realisieren. Anfangs konnte der Kursstand bei etwa gleichmäßiger Verteilung von wenig erheblichen Besserungen und Abschwächungen noch als gut behauptet werden. Späterhin aber machte die Geschäftsstille einen wirkenden Einfluß geltend, und die Kurse gerieten infolge der Lustlosigkeit allgemein ins Schwanken; allerdings bestand genügend große Widerstandsfähigkeit, um stärkere Rückgänge zu verhüten.

Berlin, 29. Jan. (Wolff.) Produktenbericht. Der Produktenmarkt verlief sehr still, da ein großer Teil der Berliner Produktenhändler an dem heute stattfindenden 3. Allgemeinen Deutschen Saatenmarkt teilnahm. Die Tendenz war schwach bei vorsichtiger Nachfrage. Die Preise für Roggen und Weizen gaben nach, von Gerste wurden nur einige Posten in mittleren Qualitäten gehandelt. Hafer wurde wenig umgesetzt. Mehl war verkehrt angeboten.

Berlin, 29. Jan. (Wolff.) Dollarschatzanweisungen —.—, Goldanleihe 4200 (voll).

London, 28. Jan. (Wolff.) Wollauktion. Das heutige Angebot betrug 10 500 Ballen. Davon wurde die Hauptmenge zu voll behaupteten letzten Preisen verkauft. Einige Posten schmutziger Baumwolle aus Adelaide wurden aus dem Verkehr gezogen. Die Gebote hielten sich einen Penny bis

Postalisches.

Ein in Handels- und Industriekreisen sehr geschätztes Nachschlagewerk ist das Verzeichnis der Postanstalten und Eisenbahnstationen in Deutschland und der wichtigeren Orte im Auslande. Es enthält u. a. sämtliche Postanstalten und Eisenbahnstationen des Deutschen Reiches nebst den gebräuchlichen zusätzlichen Bezeichnungen und dem in Betracht kommenden Oberpostdirektionsbezirk, ferner die wichtigeren außerdeutschen Orte nebst Angabe der Länder. Das Werk ist wegen seiner Zuverlässigkeit ein nicht zu entbehrendes Hilfsmittel bei der Versendung von Briefen, Paketen usw. und kann zu dem Preise von 0,50 Goldmark von der Geheimen Kanzlei des Reichspostministerium bezogen werden.

Lebensweisheiten.

Wem die Kunst das Leben ist, des Leben ist eine große Kunst. (Joh. Seb. Bach.)

*

Das Notwendigste und Härteste und die Hauptsache in der Musik ist das Tempo. (Mozart.)

*

Was die Liebe den Menschen, ist die Musik den Künstlern und den Menschen, denn sie ist wahrlich die Liebe selbst, die reinste, ätherischste Sprache der Leidenschaft, tausendteilig, allen Farbenwechsel derselben, in allen Gefühlsarten enthaltend, und doch nur einmal wahr, doch von tausend verschieden fühlender Menschen gleichzeitig zu verstehen. (Weber.)

Todes-Anzeige

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen meinen innigstgeliebten Gatten, den treuen Vater seiner Kinder, unsern lieben Schwiegervater und Schwiegersohn, Bruder und Onkel

Herrn **Jakob Diné**

nach schwerem Leiden wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente im Alter von 47. Jahren in ein bessres Jenseits abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Elisabeth Diné nebst Kindern.

Diez, Flacht, Saarbrücken, Hadamar, Oberkaufungen, und Amerika, den 30. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Emserstr. 32 aus statt. — Das Seelenamt ist Samstag früh 7 Uhr.

Schellfische
Cablian
grüne Heringe
und Rotzungen
heute eintreffend bei
H. Umsonst,
Bad Ems, Bahnhofstr.

Beste
Kieler Sprotten und Bückinge
empfiehlt
Paul Viex, Bad Ems.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 5. Februar 1924, von morgens 10 Uhr an, werden im Hirschberger Gemeindewald

637 Rm. Eichen-, Buchen- und Weichholz-Scheit und Knüppel,

3810 Stck. Eichen-, Buchen- und Weichholz-Wellen an Ort und Stelle versteigert.

Anfang im Distrikt Dickehau an der Hirschberg-Eppenroder Straße.

Hirschberg, den 30. Januar 1924.

Reichel, Bürgermeister.

Turn-Verein Bad Ems.

Samstag, den 2. Februar 1924, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Wacht am Rhein"

Hauptversammlung

Tagesordnung:
Jahresbericht, Satzungsänderung, Wahl des Vorstandes, Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Städtischer Volksbildungsausschuß BAD EMS

Sonntag, den 3. Februar 1924, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Kaiser Friedrich-Schule:

Wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Studienrats Dr. Köhler aus Limburg

Physiologische Rätsel

Ein Abschnitt aus dem Gebiet der menschlichen Ernährung.

Karten zu 50 Pf. von 4.30 Uhr ab an der Kasse.

Turn- und Sportklub, Diez.

Altersriege. Treffpunkt: Donnerstag abend 9 Uhr bei Reinhard.

Den verehrl. Bürgern, insbesondere der Freiwilligen Feuerwehr und der Polizei-Beamtenschaft, denen ich wegen meiner Abwesenheit nicht persönlich danken konnte, spreche ich hiermit für die schnelle und rege Hilfe bei der Löschung des Kellerbrandes meinen warmherzigen Dank aus. **Jos. Schmidt,** Bad Ems.

Hobelbänke u. Werkzeuge

neu und gebraucht, jedoch in gutem Zustande sofort zu kaufen gesucht.

Holzindustrie Jos. Schnatz, A.G., Diez

Steuerzettel neuester Muster

empfiehlt den Landgemeinden

Kreisblattdruckerei
H. Chr. Sommer, Bad Ems u. Diez